Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

Deutsche Politik

Jahrgang

1916 • II

Digitized by Google

BERKELEY
LIBRARY
UNIVERSITY OF
CALIFORNIA

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

1. Jahrgang • 1. Juli 1916 • Heft 27

D1
D45
v.1:27-
52

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Der Sinn für das Organische

Von Prof. Dr. E. Jäckh

Deutschland ist eine Art Mikrokosmos von Mitteleuropa im Sinn unserer Ausführungen (in Nr. 25 der „Deutschen Politik") über den Vierbund von der Nordsee bis zum Mittelmeer — durch das Wesen und die Geschichte des deutschen Partikularismus: dieser brachte und löste innerhalb der deutschen Grenzen die gleichen Aufgaben, die nunmehr der Makrokosmos von Mitteleuropa der deutschen Berufung auferlegt zu ähnlicher Lösung. Deutschland ist als ein Reich von „Verbündeten Regierungen und Freien Städten" geworden und gewachsen. Von außen gesehen — hat das schon als deutsche Schwäche gegolten, ist es auch gewesen, solange die einzelnen Organe nicht zur Einheit des Organismus zusammengewachsen waren. Dann aber ist frühere Schwäche wirkliche Stärke geworden: die Entwicklung der Art und Kraft der Einzelstaaten und dadurch die Steigerung des Wesens und der Wirkung der Einheit. Nicht nur politisch, auch kulturell erhebt sich der deutsche Organismus über die drückende Armut der einseitigen Individualherrschaft des französischen Paris zum schöpferischen Reichtum der vielgestaltigen Pluralrechte in Eigenleistungen — sei es in München oder in Stuttgart, in Dresden oder in Frankfurt, in der Mark oder an der Wasserkante. Und der König von Württemberg hat einmal mit Recht in einer Geburtstagsfeierrede die Bereicherung Deutschlands durch diese Form eines organischen Partikularismus unterstrichen. Auch unser ältester Bundesgenosse jenseits der Reichsgrenze hegt und pflegt „Königreiche und Länder" — bereits fremdsprachige und andersrassige Völker innerhalb der k. und k. Mon-

Digitized by Google

archie: schon eine schwierigere Aufgabe, die bereits nach Mitteleuropa überleitet. Bismarck, dem es um organische Staatenbildung, aber nicht um „das nationale Prinzip" zu tun war, hat einmal gemeint: „Wenn die Deutschen aus Österreich-Ungarn zum Reich kämen, dann wäre Königgrätz umsonst gewesen!" Man versteht den staatenbildenden Willen Bismarcks in diesem Wort — auch für Österreich-Ungarn, das er schon auf dem Schlachtfeld als den notwendigen Bundesgenossen erkannte und erhalten, ja verstärken wollte.

Richard Wagner erzählt in seiner Schrift „Deutsche Politik und Deutsche Kunst" von Napoleon dem Großen, er habe seinem Bruder, den er zum König von Holland bestellt hatte, Vorwürfe gemacht, dem Nationalgeiste Hollands zu viel nachzugeben, wogegen er ihm, hätte er das Land besser französiert, noch ein Stück des nördlichen Deutschland zu seinem Königreiche Holland hinzugegeben haben würde, „weil das dann der Kern eines Volkes hätte werden können, durch das der deutsche Geist noch mehr sich selbst entfremdet worden wäre, was das Hauptziel meiner Politik ist", wie es in dem betreffenden Briefe Napoleons heißt. — „Hier stehen sie sich nackt gegenüber (so bemerkt Richard Wagner selbst dazu): dieser „esprit allemand" und die französische Zivilisation" — — setzen wir hinzu: der Uniformierung, der Entindividualisierung, der Mechanisierung. Im Gegensatz dazu wiederum der deutsche Geist, der deutsche Sinn für das organische Prinzip: in Bulgarien hat ein deutscher Fürst gearbeitet und ebenso in Rumänien ein deutscher Fürst, und auch in Griechenland ein Fürst aus deutschem Blut und aus deutscher Bildung. Keiner hat etwa „germanisieren" wollen, wie Napoleons Bruder Holland hätte „französieren" sollen. Im Gegenteil: jeder hat sich geradezu „nationalisiert", d. h. bulgarisiert, rumanisiert, gräzisiert — so konnte man manchmal eine oberflächliche Kritik sich äußern hören. Nicht der deutsche Sinn für Organisierung allein, noch mehr der deutsche Sinn für Organisches hat jene deutschen Fürsten in den Balkangebieten des neuen Mitteleuropa schon vor einer Generation die richtige Form finden lassen. Wenn ich den Satz wage, daß Serbiens Schicksal durch einen deutschen Fürsten (mit dem deutschen Sinn fürs Organische) wäre abgewendet worden, so mag das paradox klingen, kann aber seine Richtigkeit haben — nicht etwa die (meine ich), daß Serbien dann „germanisiert" worden wäre

Digitized by Google

sondern daß es eben wirklich „serbisiert" worden wäre — gemäß den inneren Gesetzen seines eigenen Organismus; daß es aber nicht „russifiziert" worden wäre, wie jetzt nach den fremden Bedürfnissen eines auswärtigen Egoismus. Wenn der „esprit français" sich über andere Eigenart leicht hinwegsetzt mit dem französischen Sinnspruch „Tel est mon plaisir", so gibt der deutsche Wille dem höchsten preußischen Orden des Schwarzen Adlers den gerechten Wahlspruch Suum cuique: „Jedem das Seine"!

Nur der deutsche Sinn kann organisch gestalten aus geschichtlicher Eigenheit — so sagte ich; und ich gehe weiter: der deutsche Sinn muß organisch gestalten aus innerer Eignung. Hier gilt vom deutschen Universalismus das Gleiche, was vom deutschen Partikularismus galt: einst, zur Zeit der politischen Desorganisation, eine Schwäche, ist er, seit der politischen und kulturellen Organisation und für die politische und kulturelle Organisierung, eine Stärke, unsre Stärke geworden. „Gastfreier gegen Fremde als irgendeine Nation" — so nannten uns Engländer, die schon Kant zitierte, und „Großhändler in der Gelehrsamkeit". Denker und Dichter, Humanisten und Klassiker haben unsere Seele geweitet und bereichert. Gehört nicht Goethe hierher: „Mache ein Organ aus dir! Wohl dem, der es begreift und für sich und für andere in diesem Sinne wirkt"! Und Kant mit seinem kategorischen Imperativ: „Handle so, daß die Maxime deines Willens zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten kann." Und ist es ein bloßer Zufall, daß die deutsche Wissenschaft gerade in der Biologie, der Lehre also von der gegenseitigen Bedingtheit und Abhängigkeit, unbestritten an der Spitze aller Nationen steht? Ist es nur interessant und nicht auch charakteristisch, daß der erste deutsche Denker, Nikolaus von Cusa (im 15. Jahrhundert), als seine Grundlehre die Einheit aller Gegensätze verkündigt — er, der selbst als päpstlicher Gesandter in Konstantinopel die Vereinigung der abendländischen und der morgenländischen Kirche, ja des Christentums und des Islams betreibt; er, der Cusaner, der zugleich die erste Landkarte von Mitteleuropa entwirft. Fassen wir das organische Prinzip mit Karl Joel, dem deutschen Philosophen an der Basler Universität, schließlich als „das Prinzip, das im Organismus lebt, der die Selbständigkeit der Glieder vereint mit der Geschlossenheit des Ganzen ... das organische

Digitized by Google

Prinzip, dieses Prinzip der Entwicklung, der Einheit und Gliederung, kraft dessen der Makrokosmos lebt und umgekehrt das Eine im Vielen zur Entfaltung kommt, ist der tiefste Sinn und Kern des deutschen Denkens in der Mystik, wie beim Cusaner, bei Leibniz wie bei Kant, bei Fichte wie bei Hegel, bei Schelling wie bei Schopenhauer. Einheit von Individuellem und Absolutem, Ausgleich des Besonderen und Allgemeinen heißt bei Leibniz Natur, bei Kant Erkenntnis, bei Fichte Moral, bei Schelling Kunst, bei Schleiermacher Religion, bei Hegel Geschichte. Einheit in der Mannigfaltigkeit, Mannigfaltigkeit in der Einheit, und das heißt: Harmonie — bleibt das Ideal, das ewige Thema des deutschen Denkens, des deutschen Lebens und der deutschen Kunst." Und — setzen wir hinzu — auch der deutschen Politik in und für Mitteleuropa. So verstanden — als das organische Prinzip, das die Teile als lebendige Glieder eines lebendigen Ganzen erkennt und anerkennt, ordnet und gestaltet — gewinnt der deutsche Heroldsruf eine neue und erst richtige Bedeutung: „Und so soll an deutschem Wesen einmal noch die Welt genesen!"

Freilich — eine Gefahr ist zu vermeiden: die Verwechslung von Organisation und Organisch. Nie ist soviel von „Organisation" die Rede gewesen, als seit und in diesem Weltkrieg die deutsche Organisation gerühmt wird. 1914 ist schon „das symbolische Jahr der Organisationsidee" genannt worden — mit Recht, aber auch mit der Pflicht, die Besonderheit des Organischen nicht zu übersehen. Die deutsche Organisation ist heute ein allgemein bestätigter Erfahrungszustand; der deutsche Sinn für das Organische muß noch ein besonderer Wissensinhalt und ein besonderes Willensziel werden. Türken sind es gewesen, die zuerst mich auf die deutsche Eigenheit und Überlegenheit der Organisation aufmerksam gemacht haben: schon 1911, als ich eine türkische Studienkommission durch Deutschland zu führen hatte, da habe ich beim Abschied auf meine Frage, was ihnen in diesen sechs Wochen als die deutsche Eigenschaft aufgefallen sei, die übereinstimmende Antwort bekommen: „Deutsch sein — heißt organisieren!" Türken waren es, die einst Martin Luther als das Beispiel und Vorbild einer überlegenen Organisation dem ängstlichen Europa angepriesen haben; und Türken waren es, die trotz diesem Lob ihrer militärischen Organisation als Staatsbildner scheiterten

Digitized by Google

— an ihrem Mangel des Sinns fürs Organische: sie wollten oberflächlich vergewaltigen, äußerlich „vertürken", wo sie nur innerlich angliedern, organisch organisieren durften.... Organisation ist ein Gerüst, ein Geradhalter, ein Geradstrecker — auch mit der Gefahr des Verstreckens wie im Prokrustesbett. Organisation sollte z. B. auch sein, was Moltke von der ersten türkischen Armeereform berichtet: französisches Reglement, englische Sättel, russische Tuniken, belgische Gewehre, ungarische Säbel usw. usw. Diese Art von Organisation war das Gegenteil von einem organischen Aufbau und Ausbau. Auch noch die letzte Generation verfiel in den Fehler, eine „Europäisierung des Orients" unorganisch organisieren zu wollen: durch Berufung von Deutschen, Franzosen, Engländern, Italienern, Russen, Belgiern, Schweizern usw. je in ein anderes Ministerium der Türkei. Auch diese Art von Organisation blieb äußerliche „Imitation", wurde unechtes „Surrogat". Erst dieser Krieg bringt die einheitliche Organisierung aller Ämter und Ministerien nur durch die eine Methode der deutschen Erfahrung. Das ist sicherlich nicht nur ein organisatorischer, sondern auch schon ein organischer Fortschritt, wird aber erst eine wirklich organische Vollendung — nicht etwa schon dadurch, daß die deutschen Pflichtmenschen anders als „die französischen Lumpen" (wie Friedrich der Große die türkischen Reformer seiner Zeit nannte) und anders als die englischen Lügner (die planmäßig die türkische Flotte völlig deformierten) ihr Wort treulich halten und ihre Arbeit zuverlässig leisten; sondern richtig erst dadurch, daß diese deutschen Organisatoren bewußt und zuversichtlich einen Sinn für das Organische der türkischen Dinge mitbringen und betätigen.

Streiflichter zur Weltlage XI

Von Professor Dr. Schiemann

Es ist doch von Interesse zu überlegen, welches im gegebenen Stadium des Weltkrieges das Verhältnis der Ententegenossen zueinander ist. Wenn zu Anfang des Krieges Rußland als die führende Macht erscheinen konnte und ihm die vornehmlichste Schuld am Ausbruch des Krieges zugewiesen wurde, so ist das nur insofern richtig, als Rußland erst durch seine Mobilisierung und dann durch seine Vorstöße über unsere Grenzen das Signal zum Kriege gab, und, wie wir ausdrücklich hervorheben wollen,

Digitized by Google

das verfrühte Signal. Weder Frankreich noch England waren mit ihren Vorbereitungen fertig, noch weniger Italien, das sein Heuchelspiel am längsten fortzusetzen genötigt war. Solange Rußlands Dampfwalze spielte, konnte es auch scheinen, daß ihm die Führung in dem Kampfe für „Wahrheit, Recht, Kultur und die Freiheit der kleinen Nationen" zufallen mußte, und sie wäre ihm ohne Zweifel geblieben, wenn die Dampfwalze, wie sie selbst und wie die tugendhaften Mitverschworenen erwarteten, Berlin erreicht hätte. Daß es nicht geschah, war die Schuld des bösen Hindenburg, der auch danach, wo immer er seinen Fuß hinsetzte, die russischen Anschläge vernichtete. Nach Tannenberg, nach der Winterschlacht und nach dem Fall der polnischen Festungen konnte weder von einer politischen noch von einer militärischen Leitung Rußlands weiter die Rede sein. Rußland, seine Staatsmänner, Feldherrn und Soldaten wurden „schätzbares Material" für die verschlagenen Herren an der Seine und die noch weit verschlageneren Herren an der Themse.

Als der heutige Generalgouverneur von Kongreßpolen Antwerpen zu Fall gebracht hatte, überließen die Engländer neidlos die Weiterführung des Kampfes gegen den Ansturm der deutschen Heere den Franzosen, den Russen und der belgischen Wehrkraft, bemüht vor allen Dingen, sich die Stellung in Calais zu sichern, wo sie sich bekanntlich recht häuslich eingerichtet haben und, wenn nicht alles täuscht, angenehme historische Erinnerungen wieder lebendig zu machen entschlossen sind. Gab es auch keine Jungfrau von Orleans mehr, die ad majorem Angliae gloriam geopfert werden konnte, so wurde doch ganz Frankreich zum großen Totenopfer Englands. Man ließ und läßt es an den unüberwindlichen Stellungen unserer Westfront verbluten und gewinnt damit die sichere Aussicht, daß Frankreich niemals mehr, weder zu Wasser noch zu Lande, weder in Europa noch in Asien oder Afrika, ein lästiger oder gar ein gefährlicher Rivale den „immer berechtigten" Interessen Albions werden wird. Das kann schon jetzt als eines der großen Ergebnisse, die der Weltkrieg England gebracht hat, gebucht werden. Um die anderen Gebilde seiner begehrlichen politischen Phantasie kämpft England noch. Zwar der Weg nach Konstantinopel über Gallipoli ist aufgegeben, und auch über Bagdad via Kut el Amara hat er sich nicht als gangbar erwiesen, Townshend erholt sich mit seinen beiden kriegslustigen Töchtern auf

Digitized by Google

einer der idyllischen Prinzeninseln, nachdem er, wie wir jetzt wissen, vor einem an Zahl ihm weit unterlegenen türkischen Heere kapituliert hat, zur Entrüstung seiner Offiziere, denen heute keine Wendung ihres Schicksals weniger erwünscht scheint, als die, in Zukunft wieder einmal unter Townshends Kommando zu stehen.

Zu diesen Kämpfen wurden vornehmlich Australier und Inder nächst den Engländern verbraucht, in Saloniki stehen heute 125 000 Engländer, 26 400 todmüde Serben, und als pièce de résistance 275 000 Mann französischer Elitetruppen, die Joffre und Poincaré jetzt so gern zur Verteidigung von Verdun brauchen würden — wenn England es nur erlauben wollte. Aber England erlaubt es nicht. Sarrail muß in Saloniki bleiben, und die Ungeduld der Franzosen wird dadurch beschwichtigt, daß ihnen Zuzug aus Ägypten versprochen, Griechenland zur Drangsalierung ausgeliefert wurde, und, was die Hauptsache ist, eine neue russische Dampfwalze in der Richtung gegen Bukowina, Galizien und Ungarn mit der Tendenz, aus Rumänien ein zweites Griechenland zu machen, nicht nur versprochen, sondern auch wirklich besorgt wurde. Heute sehen wir die Russen bereits wieder in Czernowitz, auch russische Kavallerie „aus Versehen" in Rumänien einrücken und wieder ausrücken. Es sind wieder einmal, wie es heißt, 1 1/2 Millionen Mann gewesen, von denen, wie man anzunehmen Ursache hat, etwa die Hälfte gefallen ist — aber die Walze ist bereits ins Stocken geraten. Die Österreicher und Ungarn halten stand, und wie schon einmal, bringen auch diesmal herangezogene deutsche Truppen von den stahlharten Linien Linsingens und Hindenburgs die Wendung herbei. Das ist der Anfang, und die Fortsetzung wird auf sich nicht warten lassen. Als Intermezzo haben dann die Engländer eine höchst eigene Aktion darangesetzt. Die Seeschlacht am Skagerrak hat der Welt die grand fleet in voller Aktion und trotz aller Siegesfanfaren, die in die weite Welt hinausgeschickt wurden, in „ruhmvoller" Niederlage und noch „ruhmvollerem" Rückzuge gezeigt. Die Aussagen der gefangenen schiffbrüchigen Seeleute, die von den Engländern im Stich gelassen und von unseren Schiffen aufgelesen und gerettet wurden, lassen keinen Zweifel darüber. Es haben 27—28 englische Großkampfschiffe an der Schlacht teilgenommen, und die britische Flotte, nicht die deutsche, hat das Schlachtfeld verlassen! Die englischen Verluste aber sind 7006 Mann gegen

Digitized by Google

3076 deutsche, an Tonnengehalt der verlorenen Kriegsschiffe („Warspite" und „Marlborough", die nach englischen Berichten schwer verletzt, aber nicht gesunken sein sollen, nicht mitgerechnet), zählt man auf englischer Seite 180000 Tonnen gegen 60720 Tonnen deutscher Verluste. Der Schwerpunkt ist wohl darauf zu legen, daß die ungeheueren Erwartungen, die von England und seinen Bundesgenossen an das Vorgehen dieser „unüberwindlichen Armada" geknüpft wurden, so völlig getäuscht worden sind. König Georg läßt durchklingen, wie groß diese Enttäuschung ist, wenn er den Admiral Jellicoe beglückwünscht „on a victory which was not decisive", denn auf eine endgültige Entscheidung hatten sie gerechnet. Die Fabel vom englischen Siege mußte natürlich aufrechterhalten werden, und sie wird auch in alle Zukunft von der englischen Geschichtschreibung ebenso wiederholt werden, wie sie es mit ihrer Legende von der Schlacht bei Waterloo getan hat. In der „Times" vom 10. Juni stellt der Admiral a. D. Moresby eine elegische Betrachtung über die „anxiety caused by the Kings message" an. Er tröstet seine Leser damit, daß Balfour in seiner Rede über den Verlauf der Schlacht den vollen Sieg proklamiert habe. „Wir können jetzt — führt Moresby fort — wieder freier atmen, da wir wissen, daß wir im Verhältnis die Stärkeren sind. Aber war das Spiel das Licht wert? Es ist klar, daß, wenn unsere Flotte nicht geteilt gewesen wäre, die deutsche Flotte nicht gewagt hätte, sie anzugreifen, und die Hekatombe an Menschenleben und Material, die geopfert wurde, wäre uns erspart worden und hätte dem Feinde in Zukunft entgegenziehen können.

Während der drei Wochen Parlamentsferien wird es nützlich sein, zu erwägen, ob die Strategie Mr. Balfours, die Flotte zu teilen, richtig oder falsch war, denn das ist eine Frage, die beantwortet werden muß."

Wir sehen hier, daß für England ein ähnliches Problem auftaucht, wie es die Franzosen in ihrer vielbesprochenen geheimen Sitzung lösen wollen. Fordert man in Paris Aufschluß über die Ursachen des Mißerfolges vor Verdun, so will man in England feststellen, wie sich die unbegreifliche Tatsache erklärt, daß die Flotte nicht den erwarteten Sieg heimbrachte.

In Frankreich sind Stimmen laut geworden, die von jener Geheimsitzung den Sturz des Kabinetts Briand erwarten, und es ist nicht ausgeschlossen, daß sie recht behalten.

Digitized by Google

In England war die große Figur des Kabinetts Lord Kitchener und seine Sendung nach Rußland zugleich eine hochpolitische Aktion. Man ist sich in England sehr wohl bewußt, daß der Tag, an dem Rußland eine entscheidende Niederlage erleidet, auch zugleich den Zusammenbruch der französischen Widerstandskraft bringt, während russische Erfolge als Reflex sofort ein Aufflammen der Hoffnungen Frankreichs nach sich ziehen und die Opferfreudigkeit der Franzosen aufs neue beleben. Das hat sich ja auch jetzt bei der Nachricht von den Siegen Brussilows an Styr und Strypa gezeigt; in den okkupierten französischen Gebieten war die Haltung der Bevölkerung sofort eine andere. Man hoffte wieder, nachdem vorher, und namentlich nach der Seeschlacht, die Stimmung aufs tiefste gedrückt war. Daß den Engländern diese Symptome nicht entgehen, kann als sicher gelten. Daher die ungeheuere Wichtigkeit, die sie der russischen Offensive beimessen, die, wie vorher Viviani und Thomas, in noch weit höherem Maße Kitchener durch seine machtvolle Persönlichkeit zu kräftigen bestimmt war. Sie wissen sehr wohl, daß auch die feierlichsten Verpflichtungen brechen „wie Glas", wenn die Voraussetzungen, unter denen sie abgeschlossen wurden, nicht mehr gelten, und so läßt sich in Hinblick auf den bisherigen Verlauf des Krieges das Axiom aufstellen, daß, so wenig ein Zusammenbruch Frankreichs genügen würde, Rußland von der Koalition unserer Feinde zu lösen, so bestimmt ein Zusammenbruch Rußlands die moralische und physische Kraft Frankreichs dauernd lähmen würde. Das Ergebnis muß dann ein isoliertes England sein, das danach mit ganz anderer Treffsicherheit zu Fall gebracht werden könnte.

Darin liegt die ungeheuere Bedeutung der Kämpfe, die jetzt an der russischen Front ausgefochten werden, sie können eine Entscheidung bringen, die an anderer Stelle von gleicher Tragweite nicht zu erringen ist.

Daß wir England zum Frieden werden zwingen müssen, ist wohl keinem Deutschen, der an die Zukunft denkt, zweifelhaft. Ich wage aber die Behauptung, daß dieses Ziel auf andrem Wege als auf dem, der über Rußland führt, überhaupt nicht zu erreichen ist, und bin in dieser Überzeugung noch bestärkt worden durch die vortreffliche kleine Schrift, die Dr. Heinrich Tilmann, Konventual-Studiendirektor in Kloster Loecêne, veröffentlicht hat unter dem Titel: „Woher das Selbstgefühl der Eng-

Digitized by Google

länder?" Tilmann beantwortet die Frage an der Hand der geschichtlichen Entwickelung Englands, und wie er das tut, mag bei ihm nachgelesen werden. Er schließt mit der weiteren Frage, wofür wir kämpfen, und da lautet seine Antwort: für das gute Recht deutscher Art und deutschen Geistes, für das Recht der Nationen, deren Interesse mit unserer Notwehr auf das engste verbunden ist, für die Sache der Freiheit, die in Gefahr steht, der Willkür eines einzigen Imperimus Platz zu machen!" Daran knüpft er die folgende beherzigenswerte Betrachtung: „Und fragt man uns endlich, wie wir kämpfen, dann soll nur das eine gesagt sein: nicht mit Haß — der mag an der Front selbst, dort im heißesten Kampfe unvermeidbar sein — aber mit heiligem Zorn, daß die Blüte und Kraft unseres Volkes muß geopfert werden, damit ein Volk wie das englische in die einfachsten Schranken der Zucht zurückgeführt werde.

Wir werden siegen: das ist unsre Zuversicht! Aber wir wissen, die Aufgabe der Überwindung unseres Feindes wird auch mit dem ehrenvollen Frieden nicht vollständig gelöst sein. Die Geschichte zeigt, daß wir es mit einem Feinde zu tun haben, dessen Grundsätze und Praktiken zu einer schweren Gefahr für die Seele der ganzen Menschheit werden können. Das gilt im Auge zu behalten und auch zu dieser Auseinandersetzung wird es tiefer Einsicht und eines festen Willens bedürfen..... Siegen soll das deutsche Schwert, damit Platz ist für den Sieg des deutschen Geistes!" Das ist vortrefflich empfunden und gedacht und das „Vergiften der Seele der ganzen Menschheit" gerade die schwerste Sünde, die England jetzt begeht. Wohin seine Hand reicht, hat es die schlimmsten Triebe wachzurufen verstanden. Mit am drastischsten tritt es an der Erziehung zutage, welche England den Neutralen zuteil werden läßt. Zuerst kam Norwegen an die Reihe. Da es mehr als die übrigen skandinavischen Staaten den Angriffen Englands ausgesetzt ist, fand es den Entschluß nicht, sich dem Zwang zu entziehen, mit dem London drohte. Es war ja im Grunde bereits Gnade, daß Norwegen nicht gezwungen wurde, aktiv am Kriege teilzunehmen. Wohl aber wurde ihm jede Verbindung mit Deutschland untersagt, sein Handel in den Dienst Englands gestellt, und dem Lande die Schmach angetan, ihm als Gesandten Englands jenen Findley zu belassen, von dem urkundlich vor aller Welt festgestellt worden war, daß er einen Mordanschlag gegen den irländischen Patrioten Sir

Digitized by Google

Roger Casement nicht nur geplant, sondern bis in das kleinste Detail hinein vorbreitet und den Mörder bereits gedungen hatte. Findleys Schuld war es nicht, daß sein Opfer am Leben blieb. Es folgte die Organisation jener über alle Staaten an Nordsee und Ostsee sich ausdehnenden Syndikate, die bestimmt waren, Werkzeuge Englands zur Aushungerung Deutschlands zu werden und die zwar ebensowenig wie England selbst dieses Ziel erreichen konnten, aber doch wesentlich dazu beigetragen haben, uns das Leben zu erschweren. Dann kam die Daumschraube, die England diesen Staaten durch die Bedingungen anlegte, welche sie an die Lieferung englischer Bunkerkohlen knüpfte, die Erkaufung eines Teils der Presse und der demoralisierende Einfluß, den die Gelegenheit zu großen Gewinsten auf schwache Charaktere ausübt. Das Neuste nach dieser Richtung hin sind wohl die Anleihen, welche England und Frankreich in Schweden gemacht haben, um es zu einer Neutralität zu führen, bei der der Begriff der Neutralität tatsächlich aufgehoben wird. Das Flagranteste was aber an Vergewaltigung eines neutralen Staates geschehen ist, hat sich auf griechischem Boden abgespielt. Erst war es die schon erwähnte, durch nichts zu rechtfertigende Besetzung von Saloniki, das in ein französisch-englisches Heerlager umgewandelt wurde, es schloß sich daran die Benutzung einer Reihe griechischer Inseln als Basis für die Flottenaktion der Italiener, Franzosen und Engländer, die völlige Mißachtung souveräner Rechte Griechenlands auf seinem eigenen Territorium, die Unterstützung der hochverräterischen Aktion von Venizelos, der auf den Sturz des Königs hinarbeitete, der Zwang zu teilweiser Demobilisierung und die Hungerblockade, die Griechenland mit völliger Demobilisierung beantwortete, um dadurch diesen Beschützern der kleinen Nationen ein für allemal die Aussicht zu nehmen, daß sie auch die griechische Armee als Werkzeug zu ihren Zwecken würden mißbrauchen können. Daß diese Demobilisierung in London und Paris verstimmt hat, ist daher sehr begreiflich, aufgegeben hat man daher den Plan keineswegs, Griechenland weiter Gewalt anzutun. Französische und englische Blätter raten die griechische Verfassung aufzuheben und durch ein Ministerium Venizelos Griechenland trotz allem in den Krieg zu zwingen. Ob sie freilich selbst an Verwirklichung dieses unerhörten Planes glauben, konnte fraglich scheinen, da sie wissen, wie verhaßt sie sich gemacht haben. Jetzt haben

Digitized by Google

sie es dennoch gewagt und neue Gewalttaten stehen unmittelbar bevor. „Daily Chronicle" bietet den Franzosen die ägyptische Armee Englands zur Verstärkung von Sarrail an, was das „Journal des Débats" in Ekstase versetzt und zu einem neuen Plan, der auch Rumänien treffen soll, begeistert: „Das ist endlich eine vernünftige Sprache. Es wäre Tollheit, die vor einem Jahr in Ägypten versammelten Truppen dort zu lassen. Sie sind aus verschiedenen Gründen an der französischen Front schlecht zu verwenden. Mazedonien ist dagegen ihr rechter Platz... Das Meer ist unsere innere Linie. Man muß verstehen, sie zu benutzen. Es ist weder schwieriger noch weiter, einige Divisionen von Alexandria nach Saloniki, als von Innsbruck nach Lemberg, oder von der Isar an die Weichsel zu führen. Inzwischen aber werden die auf dem Balkan erwünschten Vorteile erreicht sein und das übrige wird sich von selbst ergeben. Sind erst die Verbündeten in Sofia und die Russen in Lemberg, so wird Rumänien marschieren müssen, es mag wollen oder nicht, das Kabinett von Bukarest wird dann dem unwiderstehlichen Drang des nationalen Willens folgen müssen... Nur müssen vorher die Bulgaren auf Gnade und Ungnade niedergeworfen sein..." Wir werden an dieses Zukunftsbild erinnern, wenn die Zeit sich erfüllt haben wird. Es ist überflüssig, heute auch nur ein Wort darüber zu verlieren. Sie schreiben im Jubel über die Niederlagen unserer österreichischen Bundesgenossen durch die Million Russen Brussilows und ziehen daraus den Schluß, daß man den Plan, „der Hindenburg nach Petersburg führen sollte", in den Akten des Berliner Staatsarchivs begraben könne. „Die Wahrheit ist — schreibt der „Temps" — daß alle deutschen Träume verflogen sind und daß, wenn unsere Gegner bei ihrer Offensive gegen Verdun beharren, sie es tun, weil sie freiwillig sie nicht aufgeben können. Es ist ja denkbar, daß sie noch einige Fortschritte machen, aber sie werden die Zeit nicht finden, sie bis zum Ende zu verfolgen. Der Stundenzeiger rückt vor. Die Einigkeit des Willens der Alliierten ist unangetastet geblieben und ihre Pläne bestehen noch fort. Wende ich aber, so fährt der „Temps" fort, meine Augen der russischen Offensive zu, so frage ich mich, ob sie nicht große Dinge ankündigt. Offensive ist die Form des Krieges, die entscheidende Erfolge verbürgt, und große Feldherrn haben sie aus Grundsatz stets gebraucht..." Dann folgt, wie die Franzosen während dieses Krieges stets getan haben, der

Digitized by Google

Hinweis auf den großen Napoleon, den wir auch für einen großen Feldherrn halten, aber in aller Bescheidenheit behaupten, mehr von ihm gelernt zu haben, als Engländer und Franzosen.

Am 14. Juni hat die Organisation der zweiten großen Offensive begonnen, welche die Alliierten für uns vorbereiten. Wir meinen die große Handelskonferenz, die unter Leitung von M. Clémentel, dem französischen Handelsminister, parallel mit dem comité secret in Paris tagt. Lord Crewe und Bonar Law als Vertreter Englands, Hughes, von dem die „Times" sagt, seit Joe Chamberlain habe niemand in England eine so große Stellung eingenommen, für Australien, für Kanada Sir George Forster, für Japan Sakatani und danach all die Kleinen, deren Namen es nicht lohnt, herzuzählen. Ihre Aufgabe ist, den Handelskrieg für die Zeit nach dem Kriege zu organisieren, um jenes Mitteleuropa, dessen Bild sie schon jetzt schreckt, wenigstens in Gedanken lahmzulegen. Denn, sagt die „Times", die Deutschen waren in bezug auf den Handel die nächsten nach England und wollen nach dem Kriege zu ihren alten ökonomischen Beziehungen zurückkehren, als sei nichts geschehen. „It is a most impudent proposal." Die „Times" hofft, daß die Pariser Konferenz diesem „trick" dadurch ein Ende machen werde, daß sie den Beschluß faßt, Deutschland keine Meistbegünstigung nach dem Kriege zu gewähren.

Aber über das, was nach dem Kriege zu geschehen hat, wollen wir heute nicht streiten, am wenigsten mit „Times", „Temps" und Konsorten. Wir wollen zunächst für die Beendigung des Krieges sorgen und dann sehen, wie die Rechnung sich stellt.

Übrigens vermeiden Engländer, Franzosen und Russen ängstlich, den irländischen Faktor in ihre Rechnung zu ziehen, obgleich und wohl, weil er sie moralisch wie militärisch auf das schwerste belastet. Die Erhebung in Dublin, die mit der Festnahme von Sir Roger Casement von den Engländern als erledigt betrachtet wurde, ist infolge der unmenschlichen Mißhandlung der Iren durch den Diktator Maxwell zu höheren Flammen emporgelodert als je vorher.

Churchills Vermittelungsversuch ist nicht nur in Irland gescheitert, er hat auch das englische Kabinett in zwei feindliche Lager gespalten, so daß aller Wahrscheinlichkeit noch mehrere Minister zurücktreten werden. Redmond hat allen Boden und alles Ansehen in Irland verloren, und

Digitized by Google

damit auch den Einfluß, den er im englischen Kabinett und im Parlament ausübte. Unter den amerikanischen Iren ist er heute der meist gehaßte und verachtete Mann, und die Anhänger, die er früher drüben hatte, haben sich von ihm losgesagt. Der Haß, der ihn trifft, wird aber ebenso auf England übertragen, und das ist bei den großen Entscheidungen, die sich in Amerika vorbereiten, ein politischer Faktor von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Nur wenige Tage trennen uns von dem Termin, der für den Prozeß Sir Rogers festgesetzt ist. Da er nicht vor ein Kriegsgericht, sondern vor ein Zivilgericht kommt, in welchem Geschworene das Schuldig oder Nichtschuldig zu sprechen haben, und ein amerikanischer Ire als Verteidiger ihm zur Seite steht, er auch selbst zu Wort kommen muß, läßt sich hoffen, daß Casement volle Gelegenheit haben wird, auszusprechen, was ihm das Herz füllt, und daß auch die Anklage gegen Findley und Sir Edward Grey die notwendig einen Teil seiner Verteidigung bilden muß, zur Geltung kommen wird. Es ist freilich unberechenbar, wie der Spruch einer englischen Jury in irischen Angelegenheiten, jetzt, da die Geister sich in der Richtung „right or wrong my country" bewegen, auslaufen wird. Haben doch englische Richter erst kürzlich jenen Kapitän Corlthurst für irrsinnig erklärt, der kalten Blutes drei Iren, darunter den Journalisten Skefflington, erschossen hat, ohne auch nur den Versuch gemacht zu haben, sich davon zu überzeugen, wen er so ohne Unterstützung und Urteil hinrichtete. Corlthurst war keineswegs wahnsinnig, sondern ein Mörder, der den Strang verdient.

Der Sturz des Ministeriums Salandra ist wohl nur in der Hinsicht von Bedeutung, als damit einer der Hauptschuldigen am Treubruch, wie an der unglücklichen Kampagne Italiens von der politischen Schaubühne beseitigt worden ist. Schon die Tatsache daß in dem neuen Kabinett Boselli Sonnino seine Stellung als Minister des Auswärtigen behauptet hat, zeigt, daß damit prinzipielle Änderung eingetreten ist. Von den anderen Mitgliedern des Kabinetts haben Bissolati, Orlando, der Minister des Innern, und Meda, der Finanzminister, mehr als ephemere Bedeutung. Meda ist der einzige Klerikale im Kabinett und insofern ein neue Erscheinung. Im übrigen ist die Richtung die alte ge-

Digitized by Google

blieben. Man glaubt an die Rettung durch Rußland, und da gerade jetzt die russischen Parlamentarier in Rom sind, findet ein Wetteifer slawischer und italienischer Verherrlichung der beiderseitigen Nationalitäten und ihrer großen Taten statt. Von Rußland ist wenig zu sagen, abgesehen von dem Jubel, den die Siege Brussilows erregen, ist die große Sensation des Tages, daß Rasputin in Ungnade gefallen sein soll und, wie es heißt, beabsichtigt nach Amerika überzusiedeln, wo sich wohl ein Barnum finden wird, der diesen Wundermann dem amerikanischen Publikum vorführt. An Neugierigen kann es ja bei dem weltweiten — wenngleich nicht sehr schmeichelhaften — Ruf, den Rasputin sich erworben hat, nicht fehlen. Es würde uns aber mehr interessiren, wenn er seine Erinnerungen niederschreiben wollte, und bei den reichen und eigenartigen Erfahrungen, die er gemacht hat, läßt sich mit Sicherheit vorhersagen, daß er auf ein unerhört hohes Honorar rechnen kann. Die Russen haben übrigens wohl als Ersatz für diesen falschen Heiligen jetzt einen neuen echten Heiligen erhalten, den ehemaligen Metropoliten von Tobolsk, Ivan Maksimowitsch, der dieser Tage in Tobolsk unter großen Feierlichkeiten bontifiziert worden ist. Die Wunder werden wohl noch folgen.

Auf die amerikanischen Wahlangelegenheiten wollen wir heute nicht näher eingehen. Als Kandidaten stehen Wilson für die Demokraten, Hughes für die Republikaner einander gegenüber. Für wen im Oktober die Entscheidung fallen wird, läßt sich noch nicht vorhersehen. Daß sie auch von Bedeutung für den weiteren Verlauf des europäischen Krieges sein wird, läßt sich mit Bestimmtheit sagen. In Schlagwarte gefaßt, läßt sich die Lage so formulieren: Wilson ist der englisch-französische, Hughes der amerikanische Kandidat. Aber unberechenbare Zwischenfälle können über den Ausgang entscheiden, und gewiß wird auch der Verlauf des mexikanischen Abenteuers, in das Wilson die große Republik so unvorsichtig und mit so erstaunlicher Inkonsequenz hineingezogen, mitspielen. Auch das Verhältnis zu Japan könnte sich zu einer inner-amerikanischen Frage zuspitzen. Auch dort ist die Lage kritisch geworden. Die Stellung des Kabinetts ist ins Wanken geraten und ein Gegensatz zwischen der Haltung der Regierung und der Stimmung des Volkes ist nicht zu verkennen. Aber Japan hat in diesem Kriege nicht nur die Möglichkeit gefunden, seine Finanzen,

Digitized by Google

dank ungeheueren Kriegsgewinnen, in Ordnung zu bringen, sondern außerdem fast kampflos auf unsere Kosten einen großen territorialen Gewinn eingeheimst, der seine Stellung im Stillen Ozean zurzeit zur herrschenden gemacht hat. Dazu kommt der außerordentlich günstige Vertrag mit Rußland, der auch in China dem japanischen Einfluß das Feld freigegeben hat. Es ist nicht zu erwarten, daß eine Regierung, die ohne jedes Opfer solche Erfolge erringt, von der Nation im Stich gelassen werden wird. Wir mögen nicht schließen, ohne die bedeutsame Tatsache hervorzuheben, daß der asiatische Nordosten, den Rußland sich als Zukunftsfeld vorbehalten hatte, je länger je mehr in die Hände der Gelben übergeht. Ihre Vorposten sind als Arbeiter sogar bis in das Kiewsche gedrungen. Es wäre doch höchst merkwürdig, wenn sich auf diesem Wege eine völlig unerwartete Lösung der ukrainischen Frage vorbereiten sollte.

Kultur und Politik

Von Houston Stewart Chamberlain, Bayreuth

Man müßte eine dauernde moralische Macht organisieren, die nichts anderes ist, als eine feste, systematische, zusammenhängende Administration, in allen Teilen gemacht die Stimmung der Nation zu erheben indem sie sie beherrscht.

(Wilhelm von Humboldt)

Schon im achtzehnten Jahrhundert schreibt Liscow, der Humorist: „Das Denken greift den Kopf an, nimmt viel Zeit weg, und nützet doch — wenn man die Wahrheit sagen soll — nichts." Hiermit macht der Schalk als erster, wie so oft, auf eine Gefahr aufmerksam, an der die dreimal Weisen noch heute, wo sie inzwischen ins Riesenhafte angewachsen ist, achtlos vorübergehen. Denn die Denkträgheit, die nach und nach zu buchstäblicher Denkunfähigkeit führt, ist ein Zeichen unserer Zeit und, wenn ich richtig sehe, diejenige Klippe, an der unsere gesamte europäische Zivilisation und Kultur zu scheitern droht. Wir Menschen sind nun einmal vorwiegend Hirn-Wesen; vom Instinkt haben wir uns losgesagt; das Urteil muß jetzt dessen Stelle vertreten. Und wohin soll es mit uns kommen, wenn Urteilslosigkeit nicht allein zu phantastischen Weltanschauungsfratzen und ungeheuerlichen Kunstverirrungen führt, sondern

Digitized by Google

uns auch blind macht für die allgemeinen Gegebenheiten des praktischen Lebens und für die notwendige Ausgestaltung des uns alle verbindenden, schirmenden, gestaltenden Gebildes — des Staates? Nur tiefer und klarer Einblick in die deutlich vorliegenden Verhältnisse — in die fördernden und in die hindernden — und eiserne Folgerichtigkeit bei ihrer Lenkung und Beherrschung könnte hier Heil bringen; statt dessen bauen wir daran, wie an einem babylonischen Turm, im Parteigewirre leidenschaftlich sich befehdender Begierden, nicht in der Einmütigkeit einer wahren, erschöpfenden Einsicht. Sobald wir aber wirkliches Denken fordern, wird uns erwidert, es käme nur auf den Sinn für das Wirkliche an; diesen gelte es — im Gegensatz zu aller Theoretisiererei — zu hegen und zu stärken; der Deutsche sei lange genug Träumer gewesen, er solle jetzt praktisch werden. Schon gut; dieses Programm unterschreiben auch wir; praktisch ist es aber im hervorragendsten Sinne, sich zu überlegen, was es für eine Bewandtnis mit dem „Wirklichen" habe, und ob es nicht etwa verschiedene Stufen des „Praktischen" gebe, von denen jede der Beachtung wert sei? Nur derjenige handelt wirklich „praktisch", der zuerst diese Fragen der reifen Besinnung vorlegt. Selbst ein so wenig zu Spintisiererei aufgelegter Mann wie Goethe gelangte auf der Höhe seiner Geistesreife zur Einsicht, erst „durch mächtige Geister gewännen unsere Vorstellungen Wirklichkeit"; wir Menschen erschaffen uns selber die Welt, in der wir leben; wohl bleibt die Unterlage bestehen — der Hunger und die Liebe, diese machen aber doch den geringsten Teil unserer Wirklichkeit aus; was sie färbt und bestimmt, was auf uns als Überzeugung, als Hoffnung, als Antrieb wirkt, das alles ist im letzten Grund eine Schöpfung des Menschengeistes. Wer sich dessen bewußt wird, wer nicht blind dahinstürmt, sondern sich zu allererst über sich selber besinnt — über sich und die Mitmenschen — der erst wird ein wahrhaft freier Mensch, und ihm eröffnen sich bisher verborgene Quellen der Kraft und des Wachstums. Täte es ein ganzes Volk, täte es das deutsche Volk — das gewiß und trotz allem, was man dagegen anführen kann, mehr Befähigung dazu als irgendein anderes besäße —, entschlösse es sich heute dazu: es würde in wenigen Jahren dahin gelangen, die ganze Welt moralisch und intellektuell, dadurch aber auch in jeder anderen entscheidenden Hinsicht zu be-

Digitized by Google

herrschen; denn sein Handeln wäre fortan richtig, planmäßig, stark, schnell, zielbewußt und zielerreichend, mit einem Worte, was man „wissenschaftlich" zu nennen pflegt. Denn unter Wissenschaft verstehen wir heute nicht bloß gelehrte Fachstudien: jede auf Grund genauer Sachkenntnis zielbewußt geleitete Tätigkeit verdient diese Bezeichnung: es arbeiten viele daran, Industrie und Handel in Deutschland „wissenschaftlich" zu gestalten; die Handhabung der Reichsfinanzen jetzt im Kriege ist ein Triumph „wissenschaftlicher" Methode. Unsere ganze Wissenschaft der Natur, die auf den Gebieten der Welterforschung und der technischen Verwendung zu Ergebnissen geführt hat, die alle Märchenträume übertreffen, kann als die Folge reiner Besinnung bezeichnet werden: die Besinnung erst zeigte die Wege; das übrige folgte von selbst. Wir Menschen sind auch Natur: wollten wir uns nur über uns selber besinnen, wir würden uns selbst beherrschen, wie wir heute die Natur beherrschen — nicht mehr, aber auch nicht weniger; das heißt, das dunkle unausforschliche Element bliebe, wie dort, so hier, aber wir hätten zweierlei gar köstliche Gaben gewonnen: das bewußt angewandte Verfahren zur Steigerung unseres ganzen menschlichen Wesens und Wirkens, und — in Verbindung hiermit — ein zwar nicht vollkommenes aber immerhin brauchbares Gleichgewicht zwischen dem Tatendrang des äußeren und der Glückessehnsucht des innern Menschen. Es hat keinen Zweck, an dem Grabe unbewußter Jugendkräfte trauernd zu sitzen; wir treten ins Mannesalter ein und damit in dessen Pflichtenkreis; in einer Beziehung ist das auf alle Fälle Rückschritt, in einer anderen kann es — wenn wir wollen — beglückender Fortschritt sein; will der Mann in der gleichen Weise weiterleben, wie der Jüngling lebte — verschwenderisch, unüberlegt, sturmgetrieben — so rennt er notwendig ins Verderben; dagegen, faßt er sich, so gehört ihm die schönste Zukunft. Das erkannte vor hundertfünfzig Jahren Immanuel Kant; „die Freiheit zu retten", schwebte ihm als Ziel vor; denn er sah ein, daß die wahre Freiheit von allen Seiten heute bedroht sei; ja, daß sie in Todesgefahr schwebe; und er begriff, daß die Kultur, die mit ihrem Verluste zugrunde ginge, nur durch die „Politik" gerettet werden könne, und zwar, indem wir mit vollem Bewußtsein daran gingen, ein Reich zu errichten, „was nicht da ist, aber durch unser

Digitized by Google

Tun und Lassen wirklich werden kann". Da haben wir den besonnenen „Realismus": das Wirkliche sollen wir nicht als Gegebenheit hinnehmen, vielmehr sollen wir uns diejenige Wirklichkeit erschaffen, die uns am förderlichsten ist, — uns Gesamtheit, innerhalb deren ein jeder trägt und getragen wird. Im letzten Grunde handelt es sich um die Bändigung der dumm-tiermäßigen Willenstriebe im Dienste einer nach wissenschaftlichen Grundsätzen organisierten, bewußt gestaltenden Staatskunst.

Diese Gedanken kreisen mir durch den Kopf, da ich soeben Emil Hammachers anregungsreiches Buch „Hauptfragen der modernen Kultur" (Teubner, 1914) aus der Hand lege. Nicht daß ich sie dort gefunden hätte und den Bonner Philosophen dafür verantwortlich machen wollte; Hammacher beschränkt sich auf die Besinnung und nennt als sein Ziel, „den metaphysischen Charakter der modernen Kultur festzustellen"; doch gerade die hier gebotene, tiefe — um nicht zu sagen abgrundtiefe — Besinnung ruft als Gegenwirkung den unwiderstehlichen Drang zu entscheidenden Handlungen hervor. Der philosophische Fachmann gehört als solcher nicht vor das Forum dieses Blattes; was uns hier interessiert, ist der Blick, den ein in sozialen Fragen durchaus bewanderter, in Rechtsgelehrsamkeit und Staatenkunde nicht minder erfahrener, somit unser öffentliches Leben genau überschauender Denker auf die gesamte soziale Lage der Gegenwart richtet, ein tief-trauriger, eigentlich hoffnungsloser Blick; denn er sieht die Zivilisation mit der Gedankenlosigkeit und der maschinellen Kraft und Unerbittlichkeit eines Riesendampfhammers die Kultur zerstampfen und zernichten; ergriffen ruft er aus: „Diese Männer gilt es, aus der Zivilisation zu erlösen und für die Kultur zu gewinnen!" Doch daß dies gelingen könnte, dazu gibt er keine Hoffnung. Man beachte: der Verfasser ist nicht philosophischer Pessimist; im Gegenteil, er knüpft an Hegels Gedankenwelt an und besitzt für seinen eigenen metaphysischen Bedarf den Glauben an einen „ewig werdenden Gott", so daß ihm um das Weltall nicht bange ist; uns aber — uns moderne europäische Menschen mit unserer ganzen gerühmten Wissenschaft und Kultur — hält er nach nüchterner, eingehender Prüfung aller Lebenserscheinungen für verloren. Indem unsere rein verstandesmäßige Geistesrichtung darauf ausgeht, mit Hilfe der Wissenschaften den Menschen eine

Digitized by Google

neue Umgebungswelt zu erobern, „schafft sie eine objektive Sachkultur, die dem Individuum als beherrschende Lebensmacht gegenübertritt" und infolgedessen „die Persönlichkeit zertrümmert ..." Um uns herum — zugleich aber an uns und in uns — wird „ein Kampf auf Leben und Tod zwischen Masse und Individuum geführt"; in einer Reihe von Kapiteln wird dieser Kampf verfolgt: im Recht, im Staat, in den Erscheinungen des Kapitalismus und des Sozialismus, in der Frauenfrage, der Religionsfrage, den neueren Weltanschauungsversuchen und Kunstgebilden usw.; überall behält die Masse die Oberhand, überall unterliegt die schöpferische Gewalt des großen Einzelmenschen; von Tag zu Tag wächst die Gleichförmigkeit; „der durch die besonderen modernen Lebensbedingungen erzeugte Triumph der Mittelmäßigkeit steht bevor"; Gewalt der Majorität über die Minorität „heißt Gewalt der Ungebildeten über die Gebildeten"; „wegen der ständigen Zunahme der objektiven Kultur in ständig verstärktem Spezialistentum ist eine schließliche Erschöpfung der geistigen Kraft unvermeidlich"; „entweder siegt die Masse und tötet allen Kulturfortschritt oder das Individuum wehrt sich erfolgreich gegen die Ansteckung und bleibt vorläufig Herr, wird aber so sehr von dem Zusammenhang mit dem Volke getrennt, daß ihm die zur Reproduktion (wohl Schöpferkraft?) erforderlichen Kraftquellen versiegen ..." usw. Und „hat erst die Masse einen vollständigen Sieg erfochten, so bleibt uns nur der Untergang".

Nennt der Verfasser die Politik „Kunst des Möglichen", so wollen wir philosophisch nicht mit ihm rechten; mir scheint aber, dieser Opportunismus erschöpfe den Begriff nicht, und große Politik bestehe darin, das Unmögliche möglich zu machen; das ist das eigentlich „politische" daran, das weitere ist bloß ein mehr oder weniger dumpfes oder schlaues Fortschieben der Regierungsmaschine. So kann z. B. niemand die Geschichte der europäischen Mittelmächte zwischen 1850 und 1870 nachsinnend überdenken, ohne die Überzeugung zu gewinnen, daß die Einigung Deutschlands unmöglich war — ohne die Dazwischenkunft des einen Politikers Bismarck. Auch heute spielt sich ein Unmögliches vor unseren Augen ab: Deutschland, von allen äußeren Hilfsmitteln entblößt, besteht gegen eine Welt, rettet das schon halb verlorene Österreich, weckt den „kranken Mann" zu wehrfähiger Gesundheit, wandelt das kleine Bulgarien in einen Groß-

Digitized by Google

staat — und das ist nur möglich dank der Hebung der Landwirtschaft, sowie der Hebung des gesamten deutschen Volkstums, welches beides wir wiederum der Politik Bismarcks verdanken. Ich streite nicht um Worte und betone nur, daß wir praktischen Menschen wohl daran tun, von der Politik das Unmögliche zu fordern, denn nur auf diesem Wege erhalten wir das Reich, „was nicht da ist, aber wirklich werden kann". Und gerade hier erblicke ich das Heil, an dem Hammacher verzweifelt; ich bin tief überzeugt, daß das Unmögliche möglich ist und daß aus der Glut der jetzigen Zeit ein neuer deutscher Staat hervorgehen könnte — zweckmäßiger gegliedert, die Kräfte wirksamer zur Geltung bringend, zielbewußter nach außen, kulturfördernd nach innen. Freilich, wie Kant lehrt, „jede Wirklichkeit entsteht durch Beschränkung" und ich beschränke mich streng auf Deutschland; es genügt von Menschheit, ja, von Europa oder sogar von Mitteleuropa zu sprechen, und das Ganze hat weder Hand noch Fuß. Und hier kann ich auf vortreffliche Worte Hammachers verweisen: „Ich behaupte: beim Staat wie beim einzelnen ist der Egoismus so viel wert wie derjenige, der ihn hat. Auch die Nation, insonderheit die staatlich organisierte, ist eine starke Individualität, ein Eigentümliches, das eben deshalb selbst wertvoll ist, wie nach Früherem gerade die Persönlichkeit die Trägerin des Überindividuellen ist. Und wie die Menschheit nur durch die Summe und die Aufeinanderfolge der Individuen zur Totalität, zur konkreten Einheit in der Vielheit gelangt, so gehört zu ihrer Vollendung auch die geschichtliche Bewegung der Nationen und ihrer eigentümlichen Kulturen. Eben deshalb reicht das Recht soweit wie die Macht: d. h. indem das Besondere und Unwiederholbare als solches schon von Wert ist, so besteht seine Legitimation in dem Vermögen, sich durchzusetzen; daher muß die Nation sich im Kampfe stählen und ihre Tüchtigkeit beweisen."

Nicht habe ich über die dreihundert reichen Seiten dieses gedankenvollen Buches ein trockenes Referat geben wollen; es liegt mehr daran, daß es selbst gelesen wird; hier muß die Persönlichkeit des Denkers in ihrer sehr ausgesprochenen Eigenart auf den einzelnen wirken. Daß ein so freier, im besten Sinne des Wortes „moderner" Mann deutlich den Abgrund erblickt, in den wir hineinjagen, ist geeignet, jeden ernsten Menschen zur

Digitized by Google

Besinnung zu rufen. Sehen wir es nicht jetzt mit Augen, um uns herum, in welchen Pfuhl die Zivilisation des zwanzigsten Jahrhunderts geraten war? Und darf sich der Deutsche an die Brust schlagen: ich danke dir, Vater, daß ich nicht ein Sünder wie jene bin? Ich glaube es nicht. Aber ich glaube an Schätze reiner Kraft in seinem Busen und glaube an seine Fähigkeit, das neue Reich „wirklich" zu machen, wenn er nur den Entschluß faßt, sich zu besinnen, und den weiteren, zu wollen.

Städte als Zeitungsverleger

Von Dr. Erich Schairer

Das deutsche Zeitungswesen des achtzehnten Jahrhunderts unterscheidet sich von dem heutigen wesentlich durch die damals noch bestehende grundsätzliche Trennung zwischen Nachrichten- und Anzeigenblättern. Und zwar lagen diese, die sogenannten Intelligenzblätter, entweder unmittelbar in den Händen der staatlichen bezw. der städtischen Obrigkeit, oder sie standen, soweit sie von Privatpersonen herausgegeben waren, unter der ausdrücklichen Bevorrechtung und Aufsicht der Regierungen. Denn das Anzeigenwesen bildete einen Teil des alten Marktregals; es wurde einerseits als wichtiges wirtschaftspolitisches Mittel und darüber hinaus als nicht zu unterschätzende Finanzquelle betrachtet. Preußen z. B. bezog im Revolutionsjahr 1848 aus seinem seit 1727 bestehenden und erst 1850 aufgehobenen staatlichen Inseratenmonopol rund 60000 Taler Reingewinn.

Heute befindet sich die Anzeigenpresse — und zwar in einer offenbar unauslöslichen Verquickung mit der seinerzeit von ihr streng geschiedenen Nachrichtenpresse — im freien Besitz privater Unternehmer. Was ehedem allgemeine Regel gewesen war, ist beinahe zur Merkwürdigkeit geworden: das städtische Anzeigenblatt. Es gibt deren in ganz Deutschland drei bis vier Dutzend; vielleicht ist es gerade gegenwärtig nicht ohne Interesse, ihnen ein paar Worte der Untersuchung und Betrachtung zu widmen. Der Verfasser darf hierbei auf seine kürzlich in der Bücherschen „Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft" erschienene ausführlichere Abhandlung hinweisen.

Die gegenwärtig in Deutschland bestehenden städtischen Anzeigenblätter

Digitized by Google

(Amtsblätter, Gemeindeblätter), soweit sie unmittelbar im Verlag einer Gemeinde erschienen oder in ihrem Auftrag von einem privaten Verleger herausgegeben werden, lassen sich zwar vereinzelt auf ehemalige „Intelligenzblätter" zurückführen, teilweise auch — soweit sie nämlich private Inserate enthalten und einen größeren Leserkreis haben — in ihrem Charakter mit jenen sehr wohl vergleichen. In der Mehrzahl aber verdanken sie ihr Bestehen oder mindestens Entstehen freilich ganz anderen Erwägungen und Absichten als die einstigen Intelligenzblätter. Sie sind nicht als Organe der Volkswirtschaft und nicht als positive Finanzquellen der Gemeinde gedacht; sie sollen dieser nur — ob mit Erfolg, ist eine andere Frage — als Verkündigungsmittel für die amtlichen Anzeigen und Bekanntmachungen das Inserieren in privaten Blättern mit den damit verbundenen Unzuträglichkeiten und Kosten ersparen. Größere Städte vor allem haben für ihre Veröffentlichungen namhafte Summen auszuwerfen, wenn sie sich dazu der privaten Presse bedienen, umsomehr, als sie zur Erreichung möglichst allgemeiner Verbreitung und zur Vermeidung einseitiger oder einseitig scheinender Bevorzugung, also aus sachlichen und gemeindepolitischen Gründen heraus, meist in mehreren am Platz befindlichen Zeitungen inserieren müssen. Dazu mag noch das Interesse der Gemeindeverwaltung an einer möglichst lückenlosen Berichterstattung über kommunalpolitische Ereignisse, Beratungen und Entschlüsse treten, das neben dem Gesichtspunkt der Haushaltsentlastung für die Gründung eines eigenen Blattes mitbestimmend sein kann.

Daß trotz diesen guten Gründen und trotz der allgemeinen Zeitrichtung, derzufolge fast jede größere Gesellschaftsbildung ein eigenes Presseorgan oder mehrere hält, die Zahl der Gemeindeblätter eine so bescheidene ist, läßt — wie übrigens auch der Untergang der meisten einstigen Intelligenzblätter — darauf schließen, daß die Daseinsbedingungen für diese verwickelter Natur sind oder daß die Herausgeber über die Voraussetzungen nicht genügend im klaren sind, unter denen ein Anzeigenblatt bestehen und Erfolg haben kann. Ein kurzer Überblick über die bisherigen Erfahrungen mit Gemeindeblättern, wie ihn die folgenden Zeilen geben wollen, mag dem wünschenswerten weiteren Ausbau einer an sich durchaus lebensfähigen und wertvollen Einrichtung förderlich sein.

Die Gemeindeblätter in Deutschland lassen sich in drei verschiedene und verschiedenartige Gruppen einteilen:

Digitized by Google

1. Zeitungen, die lediglich amtliche Anzeigen enthalten.
2. Solche, die neben den amtlichen Bekanntmachungen auch noch private Inserate aufnehmen.
3. Vollständig ausgebaute Tagesblätter, die außer dem amtlichen Stoff und den privaten Anzeigen einen aus Nachrichten und Artikeln politischen, wirtschaftlichen, sowie allgemein belehrenden und unterhaltenden Inhalts zusammengesetzten „redaktionellen" Teil aufweisen — wie die privaten Tageszeitungen.

Eine Reihe von Städten — wir nennen an größeren Augsburg, Berlin, Breslau, Frankfurt a. M., Fürth, Hof, Königsberg i. Pr., Nürnberg, Oldenburg, Regensburg — sind im Besitz von Amtsblättern der ersten Gattung, die als reine amtliche Anzeigeblätter keinerlei private Inserate in ihre Spalten aufnehmen und keinen oder nur einen rudimentären Textteil enthalten. Sie stellen die ausschließliche Folgeerscheinung des oben als vorwiegend erwähnten Daseinsgrundes dar: die Benützung privater Zeitungen überflüssig zu machen. Es ist eine merkwürdige Ironie, daß von diesen Zeitungen, die sozusagen die reine Idee des Amtsblatts darstellen wollen, kaum eine einzige ihren Zweck erfüllt: allgemeine Verbreitung der amtlichen Verkündigungen bei möglichst geringer Haushaltsbelastung zu gewährleisten.

Erstens nämlich überschreitet der Betriebsaufwand für diese Blätter wohl in den meisten Fällen die Höhe der Ausgaben, die sonst für Benützung der privaten Presse entstehen würden. Während die Stadt Karlsruhe für ihre Anzeigen in sechs Tageszeitungen jährlich 6000 Mk., Mainz für die Anzeigen in fünf Zeitungen 3300 Mk. zahlt, kostet das Augsburger Amtsblatt 8000 Mk., das Königsberger Gemeindeblatt 8000 Mk., das Breslauer 14000 Mk., das Berliner gar 80000 Mk. Breslau z. B. würde nach sachverständiger Schätzung für Bekanntmachungen in den dortigen Blättern 4500 Mk. brauchen, wenn es auf seine eigene Zeitung verzichten würde, die beinahe das Dreifache erfordert. Und dabei stellt es sich gerade im Breslauer Falle, aber auch in anderen, heraus, daß auf die Anzeigen in sonstigen Blättern keineswegs verzichtet werden kann: weil die Publikationskraft der fraglichen Amtsorgane infolge ihrer geringen Auflage denkbar schwach ist. So ist es denn in Breslau „in besonderen Fällen" zulässig, im Interesse einer möglichst weiten Ver-

Digitized by Google

breitung von Bekanntmachungen außer im Gemeindeblatt auch in einer oder mehreren anderen Zeitungen zu inserieren; in Augsburg werden Versteigerungsankündigungen und Stellenausschreibungen auch in anderen Zeitungen veröffentlicht; Berlin hat mit drei Tageszeitungen am Platze („Lokalanzeiger", „Vossische Zeitung", „Nationalzeitung") ein Übereinkommen getroffen, kraft dessen sie neben dem Gemeindeblatt als amtliche Verkündigungsblätter zu betrachten sind. Die Auflagen einiger der „reinen" Amtsblätter sind nämlich im Jahr 1912 folgende (wobei wir um der Veranschaulichung willen die Einwohnerzahl der betreffenden Städte nach der letzten Volkszählung beifügen):

„Amtsblatt der Kgl. Bayr. Stadt Augsburg"	4550	(100000)
„Gemeindeblatt der Haupt- und Residenzstadt Berlin". .	14460	(2070000)
„Breslauer Gemeindeblatt"	4700	(510000)
„Königsberger Gemeindeblatt"	1900	(250000)
„Amtsblatt der Stadt Nürnberg"	2700	(330000)
„Regensburger Wochenblatt"	300	(50000)

Also diese Blätter erscheinen mehr oder weniger „unter Ausschluß der Öffentlichkeit", der sie doch in erster Linie dienen wollen; und sie kosten die verlegenden Gemeinden im allgemeinen weit höhere Summen als das private Inserieren, das sie ersparen wollen und nicht einmal ersparen. Sie sind darum von beiden Gesichtspunkten aus als vollständig verfehlt zu betrachten. Daran ändert die Tatsache einiger teilweisen Ausnahmen grundsätzlich gar nichts: Frankfurt a. M., das sein Blatt der dortigen Tageszeitung „Frankfurter Nachrichten und Intelligenzblatt" gegen eine jährliche Vergütung von 4500 Mk. an die Gemeindekasse beilegt und dabei auf ausreichende Verbreitung ebenfalls verzichtet, da jene Zeitung (trotz oder wegen der amtlichen Beilage?) in ihrem Abonnentenstand dauernd zurückgeht (1913 : 8000); und Hof, das dem dortigen „Hofer Anzeiger" seinerseits 900 Mk. für das Beilegen des Amtsblatts zahlt, wobei allerdings eine nahezu gesättigte Publizität erreicht wird, da der Hofer Anzeiger von 80 % der dortigen Haushaltungen gelesen wird.

Wenden wir uns zu den Gemeindeblättern, die ungeachtet ihres amtlichen Stempels, ihrer vorwiegenden Bestimmung als Sprachrohr der Gemeideverwaltung, auch noch gegen mehr oder minder geringe Gebühren private Inserate aufnehmen. Solche befinden sich außer in einigen kleineren Orten in den Städten Bromberg, Kattowitz, Königshütte,

Digitized by Google

München, Neiße, Oppeln, Reutlingen, Stuttgart, Ulm, Wiesbaden. Das Bild, das sich uns bei ihrer Betrachtung bietet, ist in einer Reihe von Fällen von dem der „reinen" Amtsblätter kaum zu unterscheiden. Sie arbeiten ebenso wie jene mit einer beträchtlichen Unterbilanz, und ihre Auflage genügt ebensowenig zur Verbreitung der amtlichen Veröffentlichungen, wie folgende Zahlen erkennen lassen (in Klammern wieder die Einwohnerzahlen):

„Bromberger Stadtanzeiger" 500 (60000)
„Kattowitzer Stadtblatt" 1200 (40000)
„Amtsblatt für den Stadtkreis Königshütte" . 1600 (70000)
„Münchener Gemeindezeitung" 2000 (600000)

Eigentlich sollte man meinen, durch die Aufnahme der privaten Inserate müsse bei dieser Art von Blättern das finanzielle Ergebnis verbessert werden, und diese Erwägung ist ohne Zweifel für die Erweiterung des Inhalts maßgebend gewesen. Aber die „Münchener Gemeindezeitung", die wie oben das „Breslauer Gemeindeblatt" den typischen Fall darstellt, erfordert einen jährlichen Zuschuß von über 17000 Mk.; München erlebt damit eine ähnliche Enttäuschung wie Breslau, das durch einen recht geringen Bezugspreis (2 Mk. jährlich) vergeblich eine hohe Auflage zu erreichen strebte: die Anzeigen, mit denen etwas verdient werden soll, wollen eben nicht kommen. Wer wollte sich darüber wundern bei einer Auflage von ganzen 2000 Stück? Und es ist nicht mehr als natürlich, daß auch die Stadt München sich gezwungen sieht, die amtlichen Bekanntmachungen noch in den Münchner Tageszeitungen zu veröffentlichen; was wiederum ein Steigen der Auflage und damit ein Anwachsen der Inserate verhindert, so daß der circulus vitiosus geschlossen ist.

Dabei ist der Gedanke, durch die Öffnung der Spalten für private Anzeigen den geschäftlichen Ertrag eines Amtsblatts zu sichern, an sich ein durchaus richtiger und glücklicher. Voraussetzung für die Ersprießlichkeit seiner Ausführung ist nur eine einigermaßen hohe Auflage des Blattes — mit der gleichzeitig auch die Frage der Verkündigungskraft gelöst erscheint. Also läßt sich das Problem der Gemeindezeitung, wenn sie private Inserate annimmt, einzig und allein auf die Frage der Erzielung einer genügend hohen bezw. einer möglichst hohen Auflage zurückführen.

Daß eine solche auch durch sehr niedrige Ansetzung des Bezugspreises

Digitized by Google

nicht erreicht werden kann, ist erfahrungsgemäß festgestellt. Es gibt also nur einen einzigen Ausweg: unentgeltliche Lieferung des Blattes an eine Mehrzahl oder an die Gesamtheit der Haushaltungen. Und diesen Schritt haben einige Zeitungen mit Erfolg gewagt; am erfolgreichsten das Amtsblatt der württembergischen Kreisstadt Reutlingen, das bei einer Einwohnerzahl von 30000 Seelen in einer Auflage von 6600 Exemplaren erscheint. Dieses Blatt hat bei wöchentlich 28 Quartseiten Umfang 20 Seiten private Inserate. Ausreichende Verbreitung ist gewährleistet, da es an sämtliche Haushaltungen geliefert wird; und der Ertrag darf auf jährlich 30000 Mk. geschätzt werden. Leider läßt sich seine Höhe nicht genau feststellen, da es an einen privaten Drucker gegen einen jährlichen Pachtzins von 1600 Mk. verpachtet ist. Die Stadtblätter von Neiße und von Oppeln, die zwar nicht an jede Haushaltung, aber doch an jeden Hauswirt unentgeltlich abgegeben werden, erreichen verhältnismäßig auch noch genügende Auflageziffern (1550 bezw. 2000 bei je 30000 Einwohnern); dasjenige von Oppeln, das — richtigerweise! — in Selbstverwaltung der Gemeinde erscheint, wirft jährlich 2000 Mk. Überschuß ab. Als sehr bedauerlich, wenigstens vom Standpunkt der Gemeindekasse aus, darf es betrachtet werden, daß der Stuttgarter Gemeinderat sich seinerzeit sein Amtsblatt von einer dortigen Tageszeitung, wenn auch gegen eine bedeutende Summe, abkaufen ließ, nachdem es bei unentgeltlicher Verteilung nach einjährigem Bestehen eine Auflage von 40000 Exemplaren erreicht und außer der vollkommenen Verkündigungskraft, die durch die Auflage der betreffenden Zeitung allerdings auch gesichert erscheint, eine beträchtliche Einnahme aus privaten Anzeigen versprochen hatte.

Die dritte und eigentlich interessanteste Gruppe von städtischen Anzeigeblättern sind diejenigen, die neben amtlichen und privaten Anzeigen auch noch einen teils mehr teils minder umfangreichen Nachrichtenteil ihr eigen nennen. Außer einigen sehr kleinen Unternehmungen gibt es deren zurzeit in Deutschland vier: den „Dresdner Anzeiger", den „Täglichen Anzeiger für Berg und Mark" in Elberfeld, das „Freiburger Tageblatt" und die „Zittauer Nachrichten und Anzeiger". Sämtliche stammen aus der Zeit der Intelligenzblätter und sind als zeitungstechnisch richtig aus- bezw. umgebaute Intelligenzblätter zu be-

Digitized by Google

trachten, weshalb es ihnen im Gegensatz zu den meisten ihrer früheren Schwesterblätter gelungen ist, sich in unsere Zeit hinüberzuretten. Bei diesen Zeitungen ist natürlich eine unentgeltliche Lieferung an die Leser ebenso unmöglich als unnötig. Reine Anzeigeblätter werden ohne solche, wie die Erfahrung zeigt, vom „uninteressierten" Publikum kaum gehalten und sind darum unweigerlich zum Vegetieren oder zum Untergang verdammt, wenn sie auf Bezugsgeldern beruhen wollen; der Nachrichtenteil aber macht eine Zeitung allgemein interessant und erlaubt die Forderung eines Bezugspreises, dessen Höhe, außer von Wettbewerbsverhältnissen, eben von der Güte dieses Textteils bestimmt wird. So erreichen die genannten „politischen" Gemeindeblätter eine ziemlich hohe Auflage, wenn auch selbstverständlich keine „gesättigte", nämlich im Jahr 1912:

„Dresdner Anzeiger"	37 500	(550 000)
„Täglicher Anzeiger für Berg und Mark" . .	8400	(170 000)
„Freiburger Tagblatt".	5800	(80 000)
„Zittauer Nachrichten und Anzeiger"	5800	(40 000)

Und die geldlichen Erträge, die sie für die Gemeindekasse abwerfen, sind verhältnismäßig beträchtlich, da sie an privaten Inseraten keinen Mangel haben. Der „Dresdner Anzeiger", das „großartigste Unternehmen auf dem Gebiete des städtischen Zeitungswesens" (Ehrler), lieferte in den letzten fünfzehn Jahren jährlich einen Reingewinn von 200000 bis 300000 Mk., das Elberfelder Blatt 40000—80000 Mk., das „Freiburger Tagblatt", das leider ebenfalls verpachtet ist, immerhin 35000 Mk. und die „Zittauer Nachrichten" rund 20000 Mk. Bemerkt sei noch, daß der Bezugspreis des „Dresdner Anzeigers" 12 Mk. jährlich, derjenige der drei anderen Blätter 6 Mk. ist. Die Roheinnahme betrug 1903 beim „Dresdner Anzeiger" aus dem Abonnement 300000 Mk., aus Inseraten 960000 Mk., beim Elberfelder „Täglichen Anzeiger" bezüglich 50000 und 150000 Mk. — übrigens ein Beispiel dafür, wie sehr bei unseren heutigen Tageszeitungen tatsächlich der Inseratenteil das „Rückgrat" ihres geschäftlichen Daseins bildet.

Wir versuchen, das Ergebnis unserer Vergleichung der bestehenden Gemeindezeitungen in einige Sätze zusammenzufassen und daraus die Folgerungen zu ziehen, die sich für die etwaige weitere Einrichtung derartiger „Gemeindebetriebe" aufdrängen müssen.

Digitized by Google

1. Reine städtische Amtsblätter, die nur amtliche Bekanntmachungen und Anzeigen enthalten, sind in jeder Hinsicht verfehlt.
2. Gemeindeblätter, die neben amtlichem Inhalt auch private Anzeigen aufnehmen, sind ebenso verfehlt, solange sie gleichzeitig auf bezahlten Bezug beruhen, da sie nicht genügend gehalten werden und darum auch keine Anzeigen anziehen.
3. Sobald die städtischen Anzeigeblätter unentgeltlich abgegeben oder noch besser geliefert werden, beginnen sie sowohl ihren publizistischen Zweck zu erfüllen als Gelderträge abzuwerfen, da sie nach Maßgabe ihrer Auflage Inserate vom Ort und von auswärts auf sich ziehen. Vollkommene Publizität und verhältnismäßiger höchster Inseratengewinn wird erzielt, wenn sie (womöglich täglich) jeder Haushaltung zugestellt werden.
4. Ziemlich hohe Publizität erreichen die nach dem Muster der privaten Lokalblätter und Generalanzeiger organisierten Gemeindezeitungen mit ausgebautem Text-, insbesondere Nachrichtenteil. Da sie neben hohen Inserateneinnahmen auch noch Bezugsgelder abwerfen, so ist auch ihr finanzielles Ergebnis befriedigend.

Die Gründung städtischer Blätter der eben erwähnten Art (dritte Gruppe) nach dem Vorbild des „Dresdner Anzeigers" wird praktisch wegen des entstehenden Risikos und anderer unangenehmen Wirkungen selten ernstlich in Betracht kommen. Allerdings könnte es sich an manchen Orten darum handeln, ob nicht vorhandene private „Amtsblätter" bei Gelegenheit von der Gemeindeverwaltung aufzukaufen und in eigene Verwaltung zu nehmen wären. Es gibt in Deutschland hunderte von solchen sogenannten „Amtsblättern", die aus Kapitalmangel neben jüngeren und kräftigeren Wettbewerbern elend dahinsiechen und nur durch das Privileg als Amtsblatt noch am Leben erhalten werden. Hier könnte in manchen Fällen der Regiebetrieb an der Hand einer Neuorganisation zum Wiederaufschwung und zu späterem Gewinn für die Gemeinde führen.

Als unbedingt nachahmenswertes Beispiel für die Gründung städtischer Inseratenblätter ist dagegen das „Amtsblatt für Reutlingen" zu bezeichnen, allerdings unter der Voraussetzung der Selbstverwaltung. Ein solches Blatt wird überall neben voller Publizität der amtlichen Ver-

Digitized by Google

kündigungen einen namhaften Überschuß garantieren. Zu empfehlen wäre vielleicht noch die Einführung eines lokalen und politischen Nachrichtenteils allerbescheidensten Umfangs — bei Beibehaltung der unentgeltlichen Lieferung. Eine derartige Bereicherung des Amtsblatts — wie sie übrigens verschiedentlich schon versucht wurde — würde um gesteigerter Reklamewirkung der Anzeigen willen eine merkbare Steigerung des Inseratenzuflusses, namentlich auch von auswärts, nach sich ziehen und den Geschäftsgewinn weiterhin zu steigern vermögen.

Es scheint im Zuge unserer Zeit zu liegen, daß die öffentlichen Körperschaften, namentlich die unteren Selbstverwaltungsorgane, die Gemeinden, sich mehr und mehr selbsttätig am Gange des Wirtschaftslebens beteiligen. Die Erfahrungen in der Kriegszeit haben diese Entwicklungsrichtung ohne Zweifel verschiedentlich mächtig gefördert; und vor allem finanzielle Gesichtspunkte werden in Zukunft noch stärker als bisher die Übernahme wirtschaftlicher Unternehmungen in öffentliche Hand wünschenswert erscheinen lassen, wo die Voraussetzungen dafür günstig sind. So darf vielleicht erwartet werden, daß auch in dem Verkehrsinstitut des Anzeigenwesens mehr und mehr die Form des kommunalen Betriebes sich durchsetzt, für den die sachlichen Vorbedingungen entschieden vorhanden sind, dessen Rentabilitätsmöglichkeit Beispiele wie das Reutlinger deutlich beweisen, und der gerade auf diesem Gebiet grundsätzlich und geschichtlich tief begründet ist. Die Zeitungsanzeige ist nichts anderes als die zeitgemäße Erscheinungsform des Marktes, dessen Veranstaltung, Förderung und Überwachung von jeher als Aufgabe öffentlicher Verwaltung betrachtet worden ist. Insofern waren die früheren Intelligenzblätter eine durchaus gesunde und volkswirtschaftlich wie staatsrechtlich zureichend begründete Angelegenheit der staatlichen und städtischen Regierungen; sie sind nur an ihrer zeitungstechnischen Unzulänglichkeit, anders ausgedrückt, an der durchschnittlichen Schwerfälligkeit und wirtschaftlichen Talentlosigkeit ihrer ehemaligen offiziellen Herausgeber, zum Teil auch, wie die preußischen, an politischen und wirtschaftspolitischen Hemmnissen zugrunde gegangen.

Die Einrichtung städtischer Inseratenblätter hat — das darf nicht übersehen werden — neben der rein finanziellen eine außerordentlich wichtige sozialwirtschaftliche und schließlich vielleicht überhaupt volkswirtschaft-

Digitized by Google

liche Bedeutung. Ihre Durchführung in größerem Maßstabe würde die Grundlage bieten können für eine Organisation des inneren Marktes anstelle der bisher auf ihm vorwaltenden Anarchie, deren Folgen man an manchen Erscheinungen der „Kriegswirtschaft" peinlich genug zu spüren bekommen hat. Sie würde bei konsequenter Weiterentwicklung eine bisher nicht angängige statistische und topographische Erfassung der gesamten Produktion ermöglichen und dadurch erst zur Ausschaltung des „Zwischenhandels", soweit er überflüssig und volkswirtschaftlich unfruchtbar ist, führen können. In erster Linie aber, und auch ohne den Ausblick auf eine etwaige spätere allgemeinere Durchsetzung der kommunalen Betriebsform für das Anzeigenwesen, könnte der Besitz eines täglich erscheinenden Anzeigeblattes für größere Gemeinden zunächst die einheitliche Organisation des Arbeitsmarkts (und Wohnungsmarkts) schaffen helfen, die wir so schmerzlich vermissen und bei beginnender Demobilisierung doppelt vermissen werden. Kommunalpolitiker wie Lindemann haben schon vor Jahren darauf hingewiesen, daß für das Gedeihen eines städtischen Arbeitsnachweises das Bestehen eines Gemeindeblattes eigentlich Lebensbedingung sei. Die provinzielle und bundesstaatliche Organisation des Arbeitsmarkts mit dem Überbau einer Reichsarbeitsvermittlung, wie sie im Hinblick auf kommende Aufgaben derzeit angestrebt wird, hat sogar ihre bedenklichen Schattenseiten und Gefahren, wenn nicht vorher der örtliche Arbeitsmarkt aller Berufe einheitlich geregelt ist. Das ist aber nur zu erreichen, wenn es an der Hand eines kommunalen Inseratenorgans gelingt, die „wilde" Arbeitsvermittlung durch die Zeitungsannonce in geregelte Bahnen zu lenken und mit dem Funktionieren des örtlichen Arbeitsamts organisch zu verbinden. Es ist denkbar, daß dieser Erfolg sogar ohne gesetzlichen Zwang dadurch herbeigeführt werden könnte, daß die Meldung der Vakanz oder Stellenlosigkeit beim Arbeitsamt Anspruch auf eine Gratisanzeige im städtischen Amtsblatt gewähren würde. Im Notfall müßte freilich die private Umschau durch den Inserationszwang im Gemeindeblatt unterdrückt werden; es müßte bestimmt werden, daß Stelleninserate in privaten Blättern und in auswärtigen Organen nicht erscheinen dürfen, ehe sie im öffentlichen Anzeigenblatt veröffentlicht worden sind bezw. ehe die Meldung beim Arbeitsamt erfolgt ist, in dessen Hand die Redaktion des Arbeitsmarktanzeigeteils zu liegen hätte.

Digitized by Google

Die zur Lösung des Arbeitsnachweisproblems erforderliche vollständige statistische Erfassung des Arbeitsmarkts wird jedenfalls auch bei einer einzuführenden gesetzlichen Regelung der Arbeitsvermittlung nicht möglich werden, solange das Stelleninserat vermöge seiner Anschaulichkeit, seines individuellen Anstrichs und seiner Bequemlichkeit dem rein schematisch und grob zahlenmäßig funktionierenden Nachweis mit Erfolg Konkurrenz macht. Den einzigen Weg, öffentlichen Nachweis und Inserat zu verschmelzen, weist aber das städtische Inseratenblatt.

Notizen

Die deutschen Flüchtlinge in Alcalá de Henares

Die Madrider Zeitung „El Imparcial" entwirft unter diesem Titel folgendes Stimmungsbild:

Die Gegenwart der Deutschen aus der Kolonie von Kamerun hat dem Städtchen Alcalá de Henares (bei Madrid) ein neues Aussehen gegeben. Das Städtchen, für gewöhnlich traurig und wie verlassen, hat sich in einen vergnügten und lärmenden Ort verwandelt. Wenn man die malerischen Gruppen der Deutschen sieht, die sich in den Straßen und auf den Promenaden bewegen, sollte man Alcalá für eine durch Touristen belebte Stadt halten.

Die Deutschen sind äußerst befriedigt von der Aufnahme, die ihnen von seiten der Einwohnerschaft von Alcalá geworden ist. Sie loben die Behandlung. Sie sprechen von den Aufmerksamkeiten, die ihnen von den Militär- und Zivilbehörden und den Einwohnern zuteil werden, die sie beschenken und sie mit vollkommener Sympathie aufnehmen.

Wo sich ein der deutschen Sache Wohlgesinnter befindet, darf keiner der Internierten für das, was er verzehrt hat, bezahlen.

Die Deutschen benehmen sich durchaus korrekt in bezug auf die ihnen gebotene spanische Gastfreundschaft. Selbst die Franzosenfreunde bezeigen den Flüchtlingen vollkommene Hochachtung; und diese verkünden bei jeder Gelegenheit das Lob der sprichwörtlichen spanischen Höflichkeit und Ritterlichkeit.

Im Quartier von Mendigorria. Die Einquartierung.

Ein Wagen brachte mich, so fährt der spanische Berichterstatter fort, an die Türe des Quartiers von Mendigorria, des Colegio Maximo der Jesuiten, das ursprünglich Universität war und heute dank dem Entgegenkommen des Kriegsministers als Militärquartier benutzt wird.

Unsere Gäste befanden sich auf ihrem Spaziergang. Sie genießen vollkommene Bewegungsfreiheit, die nur durch einige Vorschriften beschränkt ist.

Die Vorschriften, nach denen sich die 144 Mann zu richten haben, sind vom deutschen Hauptmann Liebe ausgearbeitet, der die Mannschaften befehligt und

Digitized by Google

der sie natürlich ganz der gewohnten deutschen Militärorganisation angepaßt hat. Sie erstrecken sich auf den Dienst, auf Nahruug und Hygiene.

Die Ernährung der 144 Mann geschieht für Rechnung der Militärverwaltung unter der Aufsicht des Intendanturhauptmanns Lafuente, der sich an die Art und Weise der deutschen Kochkunst hält. Die Flüchtlinge bekommen ein Frühstück und zwei Mahlzeiten, die eine mittags und die andere abends. Verschiedene der Internierten, die über die nötigen Mittel verfügen, haben die Erlaubnis erhalten, sich außerhalb einzuquartieren, sind aber im übrigen ihren Militärvorschrifteu unterworfen.

Alle sind mit ihrer Unterkunft höchst zufrieden und beantworten häufige Fragen, wie es ihnen gehe, mit den Worten: „Das ist gar kein Quartier, das ist ein erstklassiges Hotel."

Ein interessanter Bericht über den Rückzug der Kämpfenden und Abmarsch. Aus dem Munde des Hauptmanns Liebe und verschiedener anderer Offiziere erhielt ich einen interessanten Bericht über die letzten Kämpfe während des Rückzugs der deutschen Truppen aus Kamerun.

Die Besatzung der deutschen Kolonie von Kamerun bestand vor Kriegsbeginn aus ungefähr 4000 Mann, Weißen und Eingeborenen. Nach Ausbruch der Feindseligkeiten zwischen Deutschland und seinen Feinden sollte sie verstärkt werden. Indessen war der Zuwachs knapp, und unter diesen Verhältnissen hielten die Deutschen den Angriff der gleichstarken französischen Truppe aus, die sich aber unter dem Eindruck der Unmöglichkeit ihres Erfolges zum Rückzug entschloß.

8 Monate später hatte sich eine aus Franzosen und Engländern gebildete 40 000 Mann starke Angriffsgruppe gebildet, die mit allen Mitteln ausgerüstet, in die Kolonie von Kamerun einbrach.

Die Deutschen hatten sich mit ihren kargen Mitteln auf den Angriff dieses starken Heeres vorbereitet; sie hatten 5000 Neger und 1000 Weiße zusammengebracht (Kaufleute, Industrielle, Ackerbauer), von denen viele noch keinen Militärdienst geleistet hatten und mit dem Gebrauch der Waffen nicht vertraut waren.

Die Deutschen kämpften mutig, wurden aber schließlich besiegt und mußten die Kolonie ihren Angreifern überlassen. Indessen, getreu dem ihrem Vaterlande geleisteten Schwur, hat sich nicht einer von ihnen übergeben. Beim Verlassen des Gebiets ließen sie die übrigen Einwohner, zu deren Rettung, vor sich her marschieren und zogen sich unter fortwährenden Gefechten, ohne Ruhe bei Tag und Nacht, zurück. Die Lebensmittel gingen ihnen aus, Hindernisse und Schwierigkeiten waren bei jedem Schritt über das unwegsame Gelände zu überwinden, und es war ein Glück, daß es zu keinem ernsten Gefecht kam.

Nur einmal kam es zu einem bedeutenderen Treffen, bei welchem aber nur 6 Kompagnien in die Feuerlinie kamen, welche halbverhungert, aber mit stoischem Mut dem Feinde die Stirne boten, um den Abzug der eingeborenen Bevölkerung zu schützen, die auch ihrerseits Mut und Energie zeigte.

Zwei Tage lang fehlte jede Nahrung und selbst das Wasser.

Digitized by Google

Nahe bei Muni, der letzten Rast auf dem Marsch nach der Küste, bemächtigte sich ein englisches Schiff verschiedener Ewer (Fahrzeuge), auf denen die Eingeborenen viele Habseligkeiten mit sich führten und auf denen sich ihre Kleider und sonstige Ausrüstungen befanden. Alles fiel in die Hände der Engländer, es blieb ihnen nichts als weniges Gerät, das sie auf Maultiere geladen hatten.

Am 6. Februar dieses Jahres überschritten die Deutschen die spanische Grenze von Muni und wurden mit jeder Art von Rücksichten empfangen, nicht nur seitens der Behörden, sondern auch seitens der Eingeborenen. Die Deutschen erinnern sich aller spanischen Stationen und selbst der Namen der dortigen Beamten, von denen sie mit höchstem Lob sprechen.

Auf dem spanischen Gebiet von Muni waren sie nun von jeder Gefahr befreit, erlitten aber das Mißgeschick, zahlreiche Herden zu verlieren.

Die Deutschen wären gern in Muni geblieben, aber die Engländer bestanden auf die Internierung in Fernando-Po, da sie die Gefahr einer Überschreitung der Grenze fürchteten. Sie unterstützten ihre Vorstellungen mit einem starken Druck, indem sie das Ausladen von Lebensmitteln aus spanischen Schiffen verhinderten, unter dem Vorwand, diese Lebensmittel seien für die deutschen Flüchtlinge bestimmt.

Diese Maßnahme der Engländer verursachte einen großen Mangel an Lebensmitteln, deren Preise plötzlich um 60 % stiegen.

Die Deutschen erzählten, daß die Kolonie von Kamerun zuletzt wegen der Entwertung des Kautschuks ihren Wohlstand verlor; viele Deutsche hatten bedeutende Vermögen an dem Kautschuk verdient, die nun alle verloren gingen.

Nach der Abreise der Internierten aus Fernando-Po, wo 15000 eingeborene Kameruner zurückblieben, und nach ihrer glücklichen Ankunft in den verschiedenen spanischen Häfen, wo sie vor Anker gingen, hat sich nichts ereignet, was nicht schon bekannt wäre.

Nur ein Zwischenfall ist meines Erachtens wert erwähnt zu werden.

„In Dakar, der französischen Hauptstadt am Senegal, wurden wir, sagten zwei deutsche Ärzte, von den Franzosen mit aller Achtung und Rücksicht empfangen, sie versahen uns mit Fleisch, Zigarren und Getränken aller Art.

— Die Franzosen? — unterbrach ich ungläubig.

— Sie gaben uns sogar Bier, was wir am meisten schätzen."

Der Sinn der humanistischen Bildung

Die Neuordnung des höheren Schulwesens hat sich als eine notwendige Folge des Weltkrieges erwiesen. Im allgemeinen hat sich die Aufgabe ergeben, das Bildungswesen mehr nach der nationalen und realen Seite hin auszubauen, im besonderen ist für den deutschen Unterricht und die Geschichte eine Zentralstellung verlangt worden. Alle diese Forderungen gehen auf Kosten des Gymnasiums und des fremdsprachlichen Unterrichts.

Damit ist der Sinn der humanistischen Bildung von neuem zur Diskussion gestellt worden. Seit dem Leitwort des Kaisers für das Schulwesen aus dem

Digitized by Google

Jahre 1890 ist das Gymnasium trotz aller Stürme, die es inzwischen erfahren hat, nicht mehr vor eine so grundsätzliche Entscheidung über seine Berechtigung oder seinen Unwert gestellt gewesen. Vor dem Kriege hat die Erstarrung alter Bildungstraditionen den umstürzlerischen Neuerungsgeist geweckt. Die nationale Erhebung der Gegenwart führte zu Betrachtungen des Gymnasiums in seiner nationalen Wirksamkeit und seiner Richtung zum Idealismus hin. Diese beiden bis jetzt getrennt gehenden Strömungen vereinigt eine Schrift von Max Hildebert Boehm über den „Sinn der humanistischen Bildung" (erschienen bei Georg Reimer).

Sie betrachtet den Wert der humanistischen Bildung aus der kultur-philosophischen Besinnung der letzten Jahre und aus dem Bildungsprogramm, das sich als höchste Äußerung nationalen Bewußtseins vor dem Kriege allmählich einheitlich zusammenzuschließen begann. Der Krieg erscheint also auch auf diesem Gebiete nicht als Zerstörer, sondern als der lebendige Förderer kämpferischer geistiger Tendenzen. Über die Meinung des Tages hinweg findet sich die ernste, philosophisch und pädagogisch tief fundierte Betrachtung des humanistischen Bildungsideals von selbst zu dem Stand der Entwicklung zurück, der beim Ausbruch des Krieges erreicht war. Boehm lenkt damit den Blick ebenso in die jüngste Vergangenheit, um die zerrissenen Fäden an sie anzuknüpfen, als er die humanistische Bildungsgesinnung als Angelegenheit einer schaffensfrohen Zukunft begründet.

Nach den Darlegungen Boehms hatte sich in den Jahren vor dem Krieg in der Tiefe des Kaumbewußten, in historischer Kontinuität zwar mit den früheren Stufen des Humanismus, vor allem unter lebendiger Fortwirkung Humboldtscher Ideen, eine nationale modern-humanistische Bildungsgesinnung herausgebildet, die das moderne Gymnasium zu tragen und weiter zu entwickeln imstande war.

Auf dieser gesamten kulturphilosophischen Grundlegung baut Boehm die Konstruktion der modern-humanistischen Bildungsgesinnung auf. Sie ist ihm das notwendige Gegengewicht gegen den in die gegenwärtige Kulturlage immer tiefer eindringenden Spezialismus, von dem aus dem Ideal universaler Bildung die höchste Gefahr droht. Die Berechtigung dieses Spezialismus vorausgesetzt, bleiben noch zwei Träger des humanistischen Bildungsideals: die Frau und der junge Mensch. „Von ihm wird noch keine aktive Mitarbeit am objektiven Bestand beider Bereiche erfordert. So bleibt eher die Möglichkeit, für ihn den Gesichtspunkt der selbstgenugsamen, allmenschlichen, subjektiven Bildung auch im Rahmen der neuzeitlichen Lebensordnung desto entschiedener geltend zu machen." Dieser Möglichkeit dient die humanistische Schule, denn ihrem Wesenskerne nach bleibt sie durchaus universalistische Bildungsanstalt, die die Fülle des objektiven Geistes der Jugend zu erschließen sucht, die sie zum selbstvergessenen Schauen der geistigen Welt hinleitet, nicht aber vorzeitig den schöpferischen Arbeitstrieb in ihr wachruft oder nährt.

„Die geistesgeschichtliche Situation unseres Volkes aber hat es mit sich gebracht, daß die Beibehaltung der Antike nicht nur als selbständiges Bildungsziel ein

Digitized by Google

nationales Bedürfnis ist. Wir können auch an unsere eigenen nationalen Denkmäler der klassischen Zeit unserer Literatur nicht innerlich herankommen, wenn wir nicht in einigem Maße in der antiken Anschauungswelt heimisch sind. Die Erweiterung des Gesichtskreises unserer Bildung in der Richtung auf das Altertum ist also zugleich die Voraussetzung für die Erreichung nationaler Bildungsziele, sie ist in diesem Sinne der unvermeidliche Umweg auf der Bahn zu unserer eigenen Kultur." „Praktisch kann niemand von uns heute mehr an Weimar und Jena vorbei."

Die Erwähnung von Weimar und Jena weisen die Richtung, in die den Verfasser die Zukunft das humanistische Bildungsideal führt: vom Formalismus der lateinischen und griechischen Grammatik zum Anschauungsgehalt des Altertums, vom Mythischen zum Historischen. „Wir müssen unsere kulturellen Ahnen kennen: die Antike, unsere kulturellen Brüder: die anderen christlichen Völken der neuen Zeit. Wir müssen vor allem anderen aber unser eigenes deutsches Volkstum kennen. Im eigenen Volkstum und seinen nationalen Bildungserfordernissen sehen wir den festen Richtpunkt, an dem es sich entscheidet, ob dem Altertum ein Bildungswert für uns deutsche vorwärtsgerichtete Menschen zukommt oder nicht." „Ein solches Bildungsideal heißt uns humanistisch, weil es den Menschen in die Welt einführt, deren Ergreifung ihn erst zum wahren Menschen macht: in die Welt des objektivierten Geistes und damit in die Welt des geistigen Menschen. Denn auf dieser Grundlage soll sich das deutsche Gesellschaftsideal erbauen." „Daß die Erschließung dieser geistigen Welt in der Seele des Schülers ungeheure sittliche Impulse auslösen kann, wenn sie in der rechten Andacht vor der schöpferischen Kraft des Geistes geleitet ist, das ist uns seit den Tagen des deutschen Idealismus allen zur Gewißheit geworden. Wir alle wissen es seither: das reine Schauen, in dem uns Goethe das erhabene Vorbild ist, das von keinen egoistischen Impulsen getriebene Sich-Verlieren im Werk ist gerade in der Bildung das tiefste Hinfinden der Person zu sich selbst. Diese Ethik der Selbstbehauptung in der Selbsthingabe, dem Christentum innerlichst verwandt, ist zugleich diejenige neuzeitliche Sittlichkeit, die auf dem Felde der Tat gerade in unseren Tagen ihre große Probe aufs Herrlichste bestanden hat."

Friedensneigungen in England

Lord Brassey, früher Gouverneur von Viktoria, richtete an den Herausgeber des „Economist" einen Brief, in dem es heißt: „Was die Bedingungen einer Regelung mit Deutschland angeht, so ist das Verhalten dieses Landes im gegenwärtigen Kriege durch das Urteil der zivilisierten Welt verdammt worden. Wenn wir aber unseren Blick auf einen vorausgehenden Zeitabschnitt richten, so sind wir genötigt, gewisse Zugeständnisse zu machen."

„Seit den Tagen Friedrichs des Großen hat England, und zwar in weitgehendem Maße, mit Waffengewalt seine Reichsmacht über die ganze Welt ausgebreitet. Deutschland ist in seinen engen Grenzen eingezwängt geblieben, mit un-

Digitized by Google

genügendem Zugang zur See und ohne Raum für seine rapid anwachsende Bevölkerung! Englands bloße Existenz ist zu einer fortdauernden Aggression gegen Deutschland geworden."

Ebenso sprechen auch Mitglieder der Oxforder Fakultät für modene Geschichte. „Erinnern wir uns des mildernden Umstandes für Preußen, daß geographischer Druck auf allen Seiten hier das Gefühl eines Zustandes chronischer Erdrosselung erzeugt hat, und ein Mensch, der sich erdrosselt fühlt, wird erbarmungslos um Luft kämpfen. Deutschland hat viele Jahre lang Kolonialbesitz zu erwerben gesucht; diese Erwerbungen sind im gegenwärtigen Kriege verloren gegangen; Deutschland verlangt die Rückgabe. Seine Kolonien sind an Japan, Australien und Südafrika gefallen. Ein Ausgleich für Deutschland kann nur erzielt werden durch Kompensationen in anderen Gegenden, und das würde meines Erachtens ausführbar sein auf Grundlinien, die gleichermaßen von Gladstone und Salisbury gebilligt worden wären. Ich will jetzt nicht die schwierigen Fragen wegen Polens, der Balkanstaaten und Asiens aufwerfen; sie würden nicht unüberwindlich sein, wenn Belgien wiederhergestellt und das französische Nationalgefühl befriedigt werden kann. Und zuletzt, wie wird es nach Friedensschluß um Großbritannien stehen? Wir sind in diesen Krieg nicht eingetreten, um Gebietserweiterungen zu erlangen; bei uns war es ein Freiheitskrieg. Zwei unschätzbare Vorteile haben wir errungen: Wir haben gezeigt, daß wir nichts von der kriegerischen Tüchtigkeit früherer Zeiten eingebüßt haben. Wir haben in den Tochterstaaten jenseits der Meere eine aufopfernde und loyale Stütze gefunden, mit der wir nie zu rechnen gewagt hätten.

Wahrhaftig, wir dürfen uns fragen, ist es der Mühe wert, auf unbestimmte Zeit dieses schreckliche Ringen zu verlängern, mit seinen beklagenswerten Opfern an Menschenleben und der Verschwendung von nicht zu ersetzenden Kräften?"

Brasseys Brief wird von Lord Loreburn in derselben Zeitschrift beantwortet. Lord Loreburn kommt, indem er sich aber hauptsächlich mit dem Vertrag zwischen England und seinen Verbündeten beschäftigt, zu denselben Schlüssen wie Lord Brassey. „Wenn dies der Sinn unseres Vertrages ist, daß wir nicht unsere eigenen Ansichten darüber, was recht ist, uns leiten lassen können, dann ist es gut, daß wir die volle Bedeutung dieser Bindung begreifen. Sie kann bedeuten, daß unser Leben und alles, was wir haben, auf dem Spiel steht, um Ziele zu erreichen, die bisher nicht als echte Bestandteile der Politik und der Interessen dieses Landes betrachtet worden sind, Ziele, die erst nach Jahren erreicht werden können, und wenn sie erreicht sind, zum Bankerott führen würden."

Deutsche Erschöpfung und deutsche Mannhaftigkeit

„Nowoje Wremja" schreibt: „Die Erschöpfung Deutschlands ist von der gesamten Presse der Verbündeten eingehend behandelt worden, aber ein so gewaltiger Organismus wie Deutschlands und Österreich-Ungarns erschlafft nicht so schnell: über den abgestorbenen Teilen gibt es noch jugendfrische Organe. Ob in Deutschland die Erschöpfung oder Mannhaftigkeit größer sind, das läßt sich schwer feststellen."

Digitized by Google

Literatur

Die Türkei. Bilder und Skizzen von Land und Volk. Von Franz Karl Endres, kgl. bayr. Hauptmann im Generalstabe, kais. ottomanischem Major a. D. C. H. Becksche Verlagsbuchhandlung, München 1916. 300 S. Preis geb. M. 5.—.

Der Verfasser möchte dem deutschen Leser das Verständnis für die Eigenart des türkischen Volkes und Staates aufschließen, das trotz aller Beschäftigung mit „Orientpolitik" noch nicht eben weit gediehen ist. Er fühlt sich zu dieser Aufgabe berufen auf Grund eines dreijährigen Aufenthalts in der Türkei, und zwar eines Aufenthalts, der ihn über den bloßen geselligen und gesellschaftlichen Verkehr hinaus in ernster Arbeit mit allen Schichten der Bevölkerung in engste Berührung gebracht hat; „denn erst in der Arbeit lernt man die Menschen eines Landes kennen". Endres hat aber nicht bloß beobachtet und gelegentliche Beobachtungen aufgezeichnet, wie der und jener Reisende oder Journalist, der sich auf Grund einiger Tagebuchnotizen zum „Kenner" aufwirft. Er hat auch gründlich nachgedacht, nach Zusammenhängen gesucht, ist Ursachen und Wirkungen nachgegangen; und er hat gleichzeitig vielseitige Literaturstudien getrieben, deren Früchte er verwertet, mit deren Ergebnissen er sich auseinandersetzt oder zu denen er sich freimütig und ohne Autoreneitelkeit bekennt.

Es ist gewiß keine alltägliche Erscheinung und könnte zunächst manchen ein wenig bedenklich stimmen, wenn ein Berufssoldat zur Feder greift und nicht etwa über Heer und Marine, sondern über Kunst und Literatur der Türken, über volkswirtschaftliche und soziale Probleme, über innere und äußere Politik, ja über den Islam als Religion und die Persönlichkeit Mohammeds sich verbreitet. Endres ist bescheiden genug, seiner Arbeit die Erklärung vorauszuschicken, daß er nur anregen, nur das Interesse wecken wolle und sich keineswegs anmaße, dieses durch abgeschlossene Erkenntnis befriedigen zu können — an die er weder bei sich noch bei anderen so ohne weiteres zu glauben scheint. Wer aber, durch solche Aufrichtigkeit gewonnen, zur Lektüre greift und sich von der flüssigen und lebendigen Darstellung, der knappen und kernigen Sprache in ihr weiter und weiter tragen läßt, der ist erstaunt, einem selten vielseitigen und tiefen Geiste zu begegnen, dessen Äußerungen in aller ihrer Frische und Natürlichkeit doch gar nichts mit seichtem Geplauder und oberflächlichem Feuilletongeschreibsel gemein haben. Endres regt nicht bloß an, sondern er fesselt; und er hält weit mehr als er verspricht: er vermittelt Erkenntnisse. Das kommt von der wissenschaftlichen Anlage, die in ihm neben der künstlerischen Ader herläuft, und die ihn treibt, nicht nur die Einzelerscheinung als solche zu erleben und nacherlebend zu gestalten, sondern sie weiterhin als den Ausdruck eines Allgemeinen, eines Typischen, eines Gesetzes aufzufassen.

Das Buch ist also weit mehr als eine Aufklärungsschrift über Tatsächliches, als ein Leitfaden zur ersten Einführung in das Werden und Sein des türkischen

Digitized by Google

Reiches — was es zunächst sein will. Dabei kommt aber dieses, das Tatsächliche, im Rahmen des Ganzen keineswegs zu kurz. Insbesondere das geschichtliche und das volkswirtschaftliche Kapitel enthalten für einen Überblick, wie er hier geliefert werden soll, und in Anbetracht der Unzulänglichkeit der zu Gebote stehenden Quellen einen verhältnismäßig reichen Stoff. Wo es sich um Urteile über Vergangenes oder Bestehendes, um Mutmaßungen und Ratschläge über Zukünftiges handelt, berührt der Verfasser angenehm durch Nüchternheit, Sachlichkeit, Gerechtigkeit, ohne eine gewisse persönliche Wärme seinem Gegenstand gegenüber und einen sicheren, weil maßvollen und berechtigten Optimismus zu verbergen.

Auf einige Abschnitte möge hier noch besonders hingewiesen werden, weil sie von größter Wichtigkeit für alle diejenigen sind, die im Orient leben und arbeiten wollen. Das ist einmal die Schilderung des Levantinertums, bei der sich Endres zu der temperamentvollen Äußerung hinreißen läßt: wenn er Türke wäre, würde er alle Levantiner auf dem Bajasidplatz in Stambul hängen lassen; dann das ausgezeichnete Kapitel über den türkischen Charakter und die Abhandlung über den Islam. Auch hier wirkt die Unbefangenheit und innere Freiheit außerordentlich wohltuend, mit der Endres dem üblichen europäischen Kulturdünkel und einer gewissen oberflächlichen Engherzigkeit gegenüber die Vorzüge orientalischer Welt- und Lebensauffassung empfindet und heraushebt: das Gleichmaß der Seele, das „vom Schicksal keine Gerechtigkeit fordert", die Reinheit und Einfachheit der Gottesvorstellung, die Klarheit des Begriffes der göttlichen Allmacht, auf die alles, auch das Böse, zurückgeht, die Vollkommenheit in der Auffassung des Gebets, das niemals als persönliches Bitten und Danken erscheint. Endlich die Hervorhebung der religiösen Toleranz, die dem Islam von jeher in ganz anderem Maße eigen gewesen ist als dem Christentum, und die Feststellung, daß christliche Bekehrungsversuche im Gebiet des Islam als vollständig zwecklos zu betrachten sind.

E. Sch.

Kriegsliteratur aus dem Volksvereins-Verlag zu München-Gladbach.

Seit Kriegsbeginn hat der Volksverein für das katholische Deutschland seine literarische Tätigkeit, die er schon in Friedenszeiten in erfolgreicher Weise in den Dienst staatsbürgerlicher Erziehung und sozialer Schulung gestellt hatte, den neuen Bedürfnissen entsprechend fortgesetzt und weiter ausgebaut. Wenden sich seine Veröffentlichungen naturgemäß zunächst an den katholischen Volksteil, so dürfen sie doch auch darüber hinaus wegen ihrer Sachlichkeit und inneren Gediegenheit auf Beachtung Anspruch erheben. Das gilt auch von den Neuerscheinungen, auf die im folgenden aufmerksam gemacht werden soll. — Die beiden neuesten Hefte der „Staatsbürger-Bibliothek" (Nr. 69 und 70, jedes Heft 45 Pfg.) beschäftigen sich mit Bulgarien; das erste Heft schildert nach kurzer geschichtlicher Einführung in knappen sicheren Strichen das bulgarische Volk und die Verfassung und Verwaltung des Landes, während das zweite Heft einen Überblick über die

Digitized by Google

wirtschaftlichen Verhältnisse bietet. — Das zehnte Heft der „Vorträge für die Kriegszeit" (30 Pfg.) enthält zwei sachkundige brauchbare Vorträge: „Italiens Politik von der Gründung des Dreibundes bis zum Treubruch" und „Italiens Volkswirtschaft und der Dreibund". — Die mit bemerkenswertem Geschick vom ‚Sekretariat sozialer Studentenarbeit' herausgegebene ‚Studentenbibliothek' hat mit ihrem 23. Heft „Die flämische Studentenbewegung. Eine Skizze ihrer Geschichte" (40 Pfg.) eine wirkliche Bereicherung erfahren. Von dem Verfasser, Dr. Dosfel, der diesen interessanten Ausschnitt aus der flämischen Bewegung behandelt, läßt man sich um so lieber unterrichten, als er einer der wenigen wirklich Sachkundigen auf diesem Gebiet ist, hat er doch selber in der Geschichte dieser Bewegung eine Rolle gespielt.

Der gewaltige, im allgemeinen freilich mehr breite als tiefe Strom der Kriegsliteratur ist in letzter Zeit nicht unerheblich gespeist worden durch Schriften, welche das Innerste deutschen Geistes und deutschen Wesens darlegen wollen und sich an den Kündern des deutschen Gedankens in der Vergangenheit orientieren. Da war es dankenswert, daß Johannes Mumbauer mit der Sachkenntnis, die ihm die Herausgabe einer dreibändigen Auswahl aus den Werken Wilhelm Emmanuel von Kettelers verschafft hat, die Gedanken darlegt, die der hervorragende Mainzer Bischof vom Standpunkt der katholischen Weltanschauung vom Wesen des deutschen Staates entwickelt hat (Der deutsche Gedanke bei Ketteler. 47 S., 1.20 M.). — Wer die Aufsätze von Hermann Platz im „Hochland" kennt und schätzen gelernt hat, wird mit nicht geringen Erwartungen sein Büchlein „Krieg und Seele" (63 S., 1.20 M.) zur Hand nehmen und nicht enttäuscht sein; denn mit tiefem sozialem Empfinden und feinem psychologischem Verständnis wird da gehandelt über die Kulturnöte der Seele vor dem Kriege, die Erlebnisse der Seele im Kriege und die Hoffnungen der Seele nach dem Kriege. — Unter dem Titel „Im Kampf um unsere Zukunft" hat Martin Spahn vier historisch-politische Essays zusammengefaßt: Deutschland und Frankreich, Rußland und Österreich auf dem Balkan, England, Von der Großmacht zur Weltmacht (65 S., 0.60 M.). Dargeboten von einem erprobten Fachkritiker und politischen Schriftsteller von selbständiger Urteilskraft verdienen sie die Beachtung, die ihnen tatsächlich zuteil geworden ist; auch als Hilfsmittel in der Erziehung weiterer Kreise zum politischen Verständnis — was Deutschlands Stellung in der Weltpolitik betrifft — dürfen sie begrüßt werden. — Gestützt auf reiches statistisches Material und auf gründliche Vertrautheit mit dem Schulwesen sowohl wie dem modernen Wirtschaftsleben hat Joseph Kuckhoff seine Ausführungen über „Höhere Schulbildung und Wirtschaftsleben. Erwerbsaussichten und Berufsberatung für Schüler höherer Lehranstalten" (142 S., 2 M.) niedergeschrieben. Sie dürfen bei der Erörterung der Schul- und Erziehungsfragen, die durch den Krieg dringlich geworden ist, keinesfalls übersehen werden. F. X. Seppelt

Diesem Heft liegt das Inhaltsverzeichnis für das erste Halbjahr (Januar/Juni) 1916 bei.

Nachdruck aus dem Inhalt unter genauer Quellenangabe gestattet.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Prof. Dr. Karl Hian, Berlin W, Wilhelmstraße 62. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Weimar. Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

1. Jahrgang • 7. Juli 1916 • Heft 28

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Hüben und Drüben

Von Dr. Paul Rohrbach

Es ist ein merkwürdiger Unterschied in der Stimmung bei uns und bei unsern Gegnern vorhanden. Drüben ist sie niemals in der Tat, wenn auch nicht im absoluten Sinne, so doch relativ, der Einheitlichkeit so nahe gewesen, wie jetzt, während sich auf unserer Seite allerlei Differenzierungen geltend machen. Zwar auf dem Standpunkt der eigentlichen Kriegsgegnerschaft steht nur der durch die Tatsachen nicht belehrbare, schlechthin dogmatisierende Flügel der radikalen Linken. Diese Partei ist psychologisch interessant, aber seit sie sich von dem Hauptteil der Sozialdemokratie getrennt hat, ist sie ohne politische Bedeutung für den Krieg. Unter denjenigen Richtungen aber, die unbeschadet aller sonstigen Meinungsverschiedenheit im Willen einig sind, den Krieg zu einem positiven Ende zu führen, gibt es ein starkes Stimmungsgemisch. Wir wollen es nicht im einzelnen untersuchen, sondern als ein besonders häufig hervortretendes Merkmal nur an die stete Frage erinnern: Woher kommt es denn, daß die Feinde so hartnäckig sich dagegen sträuben, anzuerkennen, daß wir als Sieger dastehen, und daß sie den Kampf durchaus weiterführen, der für sie doch aussichtslos ist? Oder die Lebensmitteldebatte überwiegt bei uns, und wir sprechen entweder davon, daß die Zeit des Mangels in der Hauptsache nun bald vorüber sein wird, oder was für Fehler in der Einteilung und Austeilung unserer Vorräte gemacht worden sind. Zwar das letztere verstehe man durchaus. Es sind in der Tat so schwerwiegende, so vermeidbare, gegen den wiederholten Rat Wohlmeinender und Sachverständiger gerichtete Fehler gemacht worden, daß man den Wunsch, sie

Digitized by Google

mögen im einzelnen nicht weiter hervorgezogen werden, in der Tat nur dadurch begründen kann, daß jetzt eine Neuorientierung der Versorgungsfrage stattfindet und daß das neue Reichsamt für Volksernährung Anspruch auf eine billige Schonzeit hat.

Trotzdem scheint es uns merkwürdig, daß Dinge, wie die Ernährungsfrage oder selbst der U-Bootskrieg, das Interesse unserer öffentlichen Meinung gerade jetzt so stark ausfüllen. Wir meinen, das Interessanteste und Wichtigste wären heute für uns die Gegner: was sie alle im Augenblick erregt, was sie in Hoffnung, ja in fieberhafter Spannung, hält. Nichts wäre unzeitgemäßer, als jetzt nach Friedenssymptomen bei den Feinden Ausschau zu halten oder auf unserer Seite Friedensbereitschaft zu betonen. Was drüben jetzt erfolgt, ist die Anspannung aller Kräfte dazu, was man für die Entscheidung des Krieges hält und wovon man sie erwartet. Es ist gar nicht unmöglich, daß wir dem Frieden, zeitlich gesprochen, näher sind, als manche glauben, falls nämlich die große Anstrengung auf der Gegenseite zusammenbricht oder als fruchtlos erkannt wird. Vorläufig aber sind alle feindlichen Kräfte auf diese Anstrengung gerichtet, und jedermann beim Feinde, in den Heeren wie bei den Völkern, lebt in dem Bewußtsein, daß nun der entscheidende Höhepunkt des Krieges da ist. Hiervon aber merkt man bei uns wenig, und daraus ist zu sehen, wie gering eigentlich die Fühlung zwischen unserer und der feindlichen, ja selbst zwischen unserer und der neutralen Presse ist. Wer jetzt die ausländischen Zeitungen mit einiger Regelmäßigkeit verfolgt, der fühlt es förmlich von Tag zu Tage, welch eine gewaltige Erregung durch alle Stimmen zittert, die in den Blättern zu Worte kommen.

Am ausgesprochensten bewußt ist das Gefühl für die Wichtigkeit des Augenblicks in England. Die Engländer haben bei unsrer Kriegführung eine, alles andere überragende Sorge gehabt: einen Angriff Hindenburgs in der Richtung auf Petersburg. Das war schon während des Winters und Frühjahrs in manchen Zeitungsäußerungen versteckt zu spüren. Da kam die Seeschlacht vor dem Skagerrak. Die englische Admiralität und mit ihr das ganze England waren erst betäubt über den Schlag und über die Höhe der Verluste, von denen nicht zu zweifeln ist, daß sie bedeutender sind, als zugegeben. Selbst wenn wir gar keine anderen Nach-

Digitized by Google

richten darüber hätten, so könnte es mit vollkommener Sicherheit aus der Tatsache geschlossen werden, daß die gesamte englische Flotte das Schlachtfeld zur See verließ, ohne auch nur einen Versuch zu machen am Feinde zu bleiben. Kapitän zur See Hollweg hat in Nr. 25 der „Woche" das in überzeugender Weise dargetan. Er schreibt:

Beide Flotten waren bis zum Einsetzen der Dunkelheit in enger Kampfberührung. Die deutsche Flotte stand mehr denn 150 Seemeilen von ihrem nächsten Stützpunkt entfernt mitten in freier See. Der Weg in die Ecke des „nassen Dreiecks" ist ein vorgeschriebener... Gibt es irgendeinen englischen Fachmann, der im Ernst der Welt vorreden zu können glaubt, daß ein energischer, kampfgewillter, unbehinderter englischer Führer nicht hätte mit seinen leichten Streitkräften die Fühlung an der deutschen Flotte während der (kaum fünfstündigen!) Nacht aufrecht erhalten können, wenn der Vernichtungswille noch in ihm lebte und die Kräfte dazu bei ihm noch vorhanden waren?... Will uns der englische Führer glauben machen, daß es ihm unmöglich gewesen sei, auf Grund der Meldungen seiner Fühlungshalter am Morgen des 1. Juni dort zu stehen, wo er stehen mußte, um der deutschen Flotte die Entscheidungsschlacht anzubieten?

Erst einige Tage nach der Heimkehr der schlimm zugerichteten Flotte fand England die Sprache wieder und handhabte sie bald mit der gewohnten Geschicklichkeit, um die Tatsachen zu verdecken. In dem Chorus der Preßstimmen, die dies Geschäft ergriffen und immer noch unermüdlich weiterführen, macht sich aber eine bestimmte Führungslinie bemerkbar. Sie lautet in Kürze: Die deutsche Flotte ist so stark beschädigt, daß sie davon wird absehen müssen, die russische in der Ostsee aufzusuchen und zu bekämpfen; ohne die Flotte kann Hindenburg nicht vorrücken; Petersburg und damit Rußland sind gerettet! Es ist ganz deutlich, daß die Engländer die russische Sache in dem Moment für verloren oder doch aufs höchste für gefährdet halten, wo Petersburg fallen sollte — und daß sie Besorgnisse gehegt haben (sie tun jetzt so, als ob sie keine mehr hegen), es könnte fallen. Man fühlt sich lebhaft an die Todesangst erinnert, die aus den englischen Zeitungen sprach, als im August 1915 Wilna genommen war und der russischen Hauptmacht Umklammerung drohte. Werden die Russen eingeschlossen, so ist das die Katastrophe für Rußland — so schrieben damals der „Manchester Guardian", die „Daily News" und andere Blätter.

Daß unsere Flotte schwer beschädigt sei, mögen die Engländer glauben; wenn sie es glauben, so ist es Selbstbetrug. Einigermaßen glauben sie

Digitized by Google

es, weil sie es über alles wünschen und weil sie wenigstens diesen Trost für ihr erschüttertes Selbstbewußtsein zur See haben wollen. Als die Seeschlacht geschlagen wurde und als Lord Kitchener nach Rußland ausfuhr, da wußte man natürlich, was in Rußland bevorstand: die große Offensive! Wie immer in solchen kritischen Lagen ließ England die andern mit dem großen Blutopfer vorangehen. Glückte es, schlug es durch, so war man selbst des Opfers ledig. Schon die russische Märzoffensive bei Dünaburg scheint auf englischen Befehl erfolgt zu sein, denn die Russen sagten nachher, sie hätten mit dieser Offensive einem deutschen Vormarsch auf Petersburg begegnen wollen. Dahinter aber hat sicher mehr englische, als russische Sorge gesteckt. Auch im April und Mai deuteten russische Stimmen eine Wiederholung der Angriffsabsicht gegen die Hindenburgsche Front an, was in russischem Sinne ein Versuch zur Nachahmung der deutschen Zerstörungstaktik gegenüber der französischen Offensive bei Verdun hätte sein können. Es kam aber nicht dazu, und statt dessen wurde mit England der große Stoß auf der Südhälfte der Front verabredet, zu dem der ins nasse Grab gesunkene Kitchener eintreffen sollte. Nun steht der russische Sturm; im Raume vor Luck werden die Russen schon wieder zurückgedrängt, und auch in der Bukowina hat der Fortschritt aufgehört. Es ist klar: die Russen dringen nicht durch! Ferner: Vor Verdun hat die deutsche Angriffskraft nicht aufgehört. Also bleibt nichts übrig, als die englische Offensive, das wirkliche englische Blutopfer. Nur die Italiener waren noch vorher übrig; Sidney Sonnino, der Halbengländer, schwingt auf englisches Geheiß die Geißel über Italien, und der General Cadorna treibt seine Truppen gegen die österreichischen Stellungen.

Italien richtet aber nichts aus; Frankreich ist äußerlich und innerlich in einer Verfassung ähnlich dem Stier in der Arena, wenn Schmerz, Blutverlust und das Gefühl des herankommenden Kräfteverfalles das Tier vor Wut und Angst zur Besinnungslosigkeit zu bringen anfangen. Es wehrt sich mit der Kraft der Verzweiflung, aber es ahnt den Schwertstoß, der sein Schicksal besiegelt. So wehren sich die Franzosen noch grimmig, und auch die Russen und Italiener packen mit äußersten Kräften an, um so viel von der Stärke des Feindes auf sich zu ziehen, wie irgend möglich — aber alles wartet mit zusammengebissenen Zähnen und angehaltenem Atem auf England. Das englische Millionenheer soll nun endlich, endlich

Digitized by Google

losbrechen und die Entscheidung herbeiführen! Für England selbst ist die Lage so schwer, wie noch nie. Die Engländer fühlen es: wenn sie auch diesmal kein Blut, richtiges englisches Blut, ähnlich opferwillig hergeben, wie alle andern Genossen der Entente es schon getan haben, dann kann der Bund nicht nur von außen einen Schlag erleiden, sondern auch von innen her auseinanderbrechen. Andererseits, wenn wirklich schwere Verluste kommen, Verluste, die nach allen bisher gemachten Erfahrungen hoch in die Hunderttausende gehen müssen, wenn man ein Recht haben soll, etwas von ihnen zu erwarten, Verluste aber zugleich, die dann möglicherweise doch umsonst gewagt sind — dann kann es in England trotz aller oft bewiesenen und von uns nie unterschätzten englischen Zähigkeit doch zu der Stimmung kommen, die uns die natürlichste bei der Entente dünkt. Dann heißt es vielleicht: Die Mittelmächte sind unüberwindbar — was kostet der Frieden?

Was England während der letzten Zeit mehr als alles andere gefürchtet hat, das war eine Niederlage Rußlands, bevor die große Hauptoffensive des Verbündeten in Gang kommen konnte. Was es jetzt hofft, sind innerdeutsche Explosionen der Kriegsmüdigkeit und der Unzufriedenheit mit der Lebensmittelversorgung. Es kann überhaupt keine Bewegung dieser Art in Deutschland geschehen, die nicht nach einiger Zeit, bald mehr bald weniger entstellt, in der englischen Presse wieder auftaucht. Die Engländer spähen nach Symptomen des deutschen Zusammenbruchs, wie der Durstende nach dem Grün in der Ferne, bei dem er das rettende Wasser vermutet. Die Besonneren sagen: wer weiß, vielleicht täuschen wir uns, die Deutschen stellen sich nur wieder einmal tot, aber denken nicht daran, es zu sein. Die anderen aber glauben, was sie hoffen, und sie hoffen vielleicht sogar, daß deutscher Kleinmut ihnen den kostbaren Saft retten helfen wird: das englische Blut, an dem doch soviel mehr liegt, als an allem anderen Blut der Welt!

*

Seitdem dies geschrieben wurde, hat die wirkliche englische Offensive begonnen. Natürlich muß der schon stark mitgenommene Bundesgenosse auf dem rechten Flügel noch seinen gehörigen Packen mitschleppen. Nicht ohne Selbsterkenntnis schrieben die englischen Berichterstatter am zweiten Juli, noch wäre es mehr ein Kampf der Maschinen, der Artillerie, der

Digitized by Google

Minen, der Gasrohre; die wirkliche Durchbruchsarbeit könne die Infanterie sich nicht sparen. Mit andern Worten: England hat jetzt die Probe darauf zu leisten, wie es die allgemeine Wehrpflicht besteht. Erst wenn das Heer und die Nation dies Bluteramen hinter sich haben, werden sie merken, welch ein Maß moralischer Kraft zum — Militarismus gehört.

Englischer Imperialismus — asiatischer Universalismus

Von Professor Dr. O. Franke

Im englischen Imperialismus fließen zwei ganz verschiedenartige Ströme ethisch-politischen Denkens zusammen, ein materialistischer und ein idealistischer. Der materialistische ist jenes raffgierige Händlertum, das Sombart in seiner Schrift „Händler und Helden" so ausgezeichnet dargestellt hat. Es sieht in der Welt lediglich einen Ausbeutungsgegenstand für seine geschäftlichen Instinkte zur Aufhäufung von Reichtümern in England. Alle in gleicher Richtung laufenden Bestrebungen anderer Völker gelten ihm in dem Augenblicke als rechtswidrig, ja sogar als in sich unsittlich, wo sie beginnen, ihm durch Wettbewerb ernstliche Hindernisse in den Weg zu legen; für ihre Bekämpfung erscheint ihm von diesem Standpunkte aus jedes Mittel nicht bloß erlaubt, sondern im Interesse der gestörten Ordnung sogar pflichtmäßig. Der idealistische Strom scheint einem höher ragenden und weniger unedlem Gedankenkreise zu entspringen. Nach der in ihm wirkenden Anschauung ist das Engländertum die höchste bisher erreichte Entwicklungsstufe des Menschentums, und zwar in jeder Beziehung, in physischer, intellektueller und sittlicher. Mit dieser Tatsache aber erwächst ihm die in der göttlichen Zweckbestimmung der Welt liegende Aufgabe, die übrige Menschheit leitend und belehrend in der Richtung jener höchsten Stufe emporzuführen, bis sie, zwar in verschiedenen Staaten, aber doch unter gemeinsamem Recht lebend, den Welt-Staat, oder, wie das bekannte Werk The War and Democracy es ausdrückt, das große World-Commonwealth bildet, in der jedes Volk sein Home-rule auf demokratischer Grundlage genießt, aber nationale Staaten nicht mehr vorhanden sind. Inzwischen ist es für England eine ihm von Gott gesetzte Pflicht, über Sittlichkeit und Gottesfurcht in der Welt zu

Digitized by Google

wachen und überall schützend einzutreten für „jene immer höher wachsende Gerechtigkeit und jene umfassendere Freiheit, die, mit Recht oder Unrecht, verbunden werden mit der geistigen Eigenart der englischen Rasse, wo immer sie herrschend und in Sicherheit ist“[1]. Ausgehend von diesen Überzeugungen, erklärt Lord Curzon in der Widmung seines Werkes Problems of the Far East, „daß das Britische Weltreich nach dem Willen der Vorsehung das gewaltigste Werkzeug Gottes zur Förderung des Guten ist, das die Welt gesehen hat“.

Wir können die Frage hier auf sich beruhen lassen, welche von diesen beiden Strömungen des englischen Imperialismus die ältere und ursprünglichere ist — Cramb glaubt, die idealistische auf Cromwell und dann auf Edmund Burke zurückführen zu sollen, ich meine, man wird ihre Quellen eher im Puritanertum des 17. Jahrhunderts zu suchen haben —, wir wollen auch nicht untersuchen, welches die letzten Entstehungsursachen der Strömungen waren, wichtiger ist es für uns, festzustellen, was aus der Vereinigung beider im modernen England geworden ist, und wie dies Ergebnis sich ausnimmt, wenn man es geschichtlich betrachtet.

Die idealistische Strömung knüpft an eine Anschauung an, die Jahrtausende alt ist und im Laufe der Zeit sich in immer neuen Formen geltend zu machen gesucht hat: es ist der Glaube an die soziale Einheit des gesamten Menschengeschlechts und an die Einheitlichkeit seiner Führung von einem irdischen Mittelpunkte aus, eine Auffassung, die man als Universalismus bezeichnet hat. Entstanden ist dieser Universalismus in Asien, jedenfalls hat er hier seinen frühesten, seinen längsten und seinen mannigfachsten sozialen und politischen Ausdruck gefunden: es braucht nur an die Weltreiche der Babylonier, der Perser, der Chinesen, Alexanders des Großen, der Mongolen, ferner an den universalistischen Gedanken des Christentums und des Islam erinnert zu werden, Rom und das alte deutsche Reich verkörpern später den gleichen asiatischen Gedanken. Aber diese weltumfassenden Schöpfungen, soweit sie nicht selbst Religionssysteme sind, haben nicht nur einen starken religiösen Einschlag, sondern geradezu die Religion als Grundlage, eine Erscheinung, die bei dem nahen Verhältnis des irdischen Menschheitsführers zum göttlichen auch durchaus natürlich ist.

[1] Cramb, Germany and England, S. 126.

Digitized by Google

Nirgends nun hat der universalistische Gedanke eine reinere, folgerichtigere und lebenskräftigere Form gefunden, als in dem älteren chinesischen Weltkirchenstaate, namentlich dem Idealstaate der Tschou-Dynastie (12. bis 3. Jahrh. v. Chr.). Die ganze spätere politische Geschichte Chinas wird durchzogen von dem mehr oder weniger aussichtslosen Bestreben, diesem Idealbilde näher zu kommen. Hier finden wir den Zentralstaat mit dem Weltherrscher, um ihn herum gelagert die Lehenstaaten, darüber hinaus, in unbegrenzte Weiten sich verlierend, die Staaten der Barbarenvölker. Alle diese Staaten sind in sich selbständig, sie haben ihre eigene Verwaltung (Home-rule) und ihre eigenen Herrscherhäuser, aber die allgemeinen Rechtsgrundsätze sind ihnen gemeinsam, und der Zentralstaat überwacht deren Durchführung. Bei dem Weltherrscher, der „den Auftrag des Himmels erhalten" hat (so lautet der ständige Ausdruck), liegt auch die letzte Quelle der „Lehre", d. h. von ihm geht der Strom der Belehrung und Zivilisierung über die Länder bis zu den fernsten Barbaren, und seine Pflicht ist es, alle Völker allmählich auf die sittliche Höhe dieser „Lehre" emporzuführen. Ungehorsam oder Auflehnung eines Staates gegen den Zentralstaat wird bestraft, indem der Weltherrscher andere Lehenstaaten zu einer kriegerischen Unternehmung gegen den Schuldigen aufruft; das Strafmaß und etwaige Belohnungen zu bestimmen, bleibt ihm vorbehalten.

Die Ähnlichkeit dieser Gedankengänge mit den im englischen Imperialismus lebendigen ist in die Augen springend. Wenn uns der Raum nicht mangelte, würden wir diese Ähnlichkeit auch an Einzelheiten des chinesischen und englischen Staatslebens, der Politik und gewisser dadurch bedingter völkischer Eigenschaften in einem Umfange nachweisen können, der geradezu verblüffend ist. Einiges davon werden wir noch zu berühren haben. In der Tat ist diese Ähnlichkeit auch von einzelnen Engländern erkannt und ausgesprochen worden. Aber — und hier wird die Ähnlichkeit jäh unterbrochen — der englische Imperialismus weist, wie erwähnt, noch einen zweiten Bestandteil auf, den materialistischen, und dieser fehlt im chinesischen, wie überhaupt im asiatischen Universalismus, der einheitlich idealistisch ist. Dieser materialistische Bestandteil aber, das raffgierige Händlertum, ist im englischen Imperialismus, soweit seine praktische Betätigung in Frage kommt, das nahezu allein bestimmende

Digitized by Google

Moment geworden. Der idealiſtiſche Gedankengang lebt ſicherlich auch und hat ſeine erhebliche Bedeutung, aber er lebt nur als Theorie in den Köpfen von Gelehrten, Geiſtlichen und Philanthropen, d. h. von Perſonen, die zum weitaus größten Teile für das politiſche Leben Englands vollkommen bedeutungslos ſind, und ſeine Bedeutung beſteht darin, daß die führenden Gruppen, die abwechſelnd das Weltreich lenken, ſich ſeiner als eines ſtark und ſtets wirkenden Mittels bedienen, um die Kräfte der politiſch urteilsloſen Maſſen feſtzuhalten, um vor den Völkern Europas die wirklichen Triebkräfte der britiſchen Eroberungsſucht zu verhüllen (cant), und — vielleicht! — um die Regungen des eigenen Gewiſſens zu beſchwichtigen. Es mag ſein, daß unter den führenden Männern Englands, ſoweit ſie wirklich führten und nicht geſchoben wurden, einzelne geweſen ſind, die die Lehre vom göttlichen Auftrag rein in ſich trugen und dem Geiſte des Händlertums höchſtens eine nebenſächliche Stellung einräumen wollten, aber als erfolgreich wird das Wirken dieſer Männer in England kaum geprieſen werden. Verſchmolzen ſind die beiden Strömungen im engliſchen Imperialismus mit einander, aber zielgebend iſt das Händlertum geworden, und das Ergebnis der Vereinheitlichung bietet ein geradezu grauenhaftes Bild ſittlicher Verirrung. Was die Erde an gehobenen und ungehobenen Schätzen bietet, hat danach als Daſeinszweck, zur Verfügung des Zentralſtaates geſtellt zu werden. Ihm kommt es zunächſt von Gottes und Rechts wegen zu, er mißt den Völkern „draußen" davon ab, was er entbehren kann und was ſeinen Zwecken mittelbar zu dienen hat. Der ſo aufgehäufte Reichtum iſt, wie Troeltſch ſagt, „der ſichtbare Lohn Gottes für die Arbeit, die England als auserwähltes Volk bei Erzeugung und Verbürgung der Religioſität und Moralität der Welt aufwendet"[1]. Und nun die Mittel, die bei dieſer Arbeit verwandt werden! Ausgehend von dem univerſaliſtiſchen Gedanken, daß der Zentralſtaat die Menſchheit leitet und vertritt, verfährt der engliſche Imperialismus nach dem Dogma, daß engliſches Intereſſe Menſchheitsintereſſe iſt, und daß für die ſittliche Bewertung des Verhaltens der Völker als alleiniger Maßſtab die Frage gilt, ob und inwieweit dieſes Verhalten dem engliſchen Intereſſe nützlich oder abträglich iſt. Wer dieſem Dogma zuwiderhandelt oder, mit

[1] Deutſchland und der Weltkrieg S. 66.

Digitized by Google

seinem Maßstabe gemessen, als ein Schädling befunden wird, mag es ein einzelner oder ein Volk sein, der gilt als Feind, und zwar als Feind der Menschheit, der Sittlichkeit, der Zivilisation. Seine Beseitigung, oder seine Züchtigung und seine Zurückführung auf den rechten Weg ist Recht und Pflicht des Zentralstaates, und jedes Mittel, das diesem Zwecke dient, ist damit auch sittlich gerechtfertigt.

Stellt man sich einmal auf den Boden dieses Dogmas, so erscheint die Methode, wie England sein Weltreich zusammenhält und ausbaut, durchaus verständlich und folgerichtig. Ein Vergleich mit dem asiatischen, namentlich dem chinesischen Universalismus, wird auch hier wieder lehrreich sein. Ungleich dem chinesischen Weltreich ist das britische seiner Entstehung nach: während das erstere durch die Werbekraft einer großen sittlichen Idee mit gewaltiger staatsbildender Kraft geschaffen wurde, ist das letztere durch ein beutesuchendes Händlertum zusammengeschleppt worden, die Organisation nach einer Lehre vom ethischen Zweck kam erst später dazu. Ungleich sind auch beide dem entsprechend in ihrer Zielsetzung: das englische Zentralvolk will Reichtümer sammeln, sie genießen und dabei als Herrenvolk der Welt angesehen werden; der chinesische Zentralherrscher will die Ehrfurcht vor seinem göttlichen Mandat erzwingen, die Menschheit durch die rechte Bildung veredeln und so ihr Glück begründen, vom Geist des Händlertums ist er frei. Zahlreiche Ähnlichkeiten zeigen sich dagegen in der Wahl oder besser Wahllosigkeit der Mittel, mit denen diese verschiedenartigen Ziele verfolgt, in der Art, wie die beiden Reiche erhalten werden. Ganz besonders trifft dies zu mit Bezug auf die Zeit, wo China die zum Teil hochkultivierten Staaten in Mittelasien unterwarf und unter seiner Botmäßigkeit hielt, d. h. etwa vom 2. Jahrhundert v. Chr. bis zum 8. Jahrhundert n. Chr. Hier wie im englischen Reiche wird die Herrschaft aufrecht erhalten durch Gewalt, wo wenig Widerstand zu erwarten ist, Einschüchterung (bluff), wo sie Aussicht auf Erfolg bietet, Bestechung und Auskaufung, wo sie wohlfeiler erscheint als ein Kriegszug, vor allem aber durch ein meisterhaft arbeitendes System der Verhetzung mehrerer nicht leicht zu überwältigender Widersacher gegen einander. China war damals für die mittelasiatischen Staaten politisch genau dasselbe „tragische Verhängnis", wie später England für die des europäischen Festlandes: durch geschickte

Digitized by Google

Zwischenträgerei und Ausspielung der Machtinteressen des einen Staates gegen die des anderen hielten die chinesischen Statthalter hier stets eine gewisse Ruhelosigkeit und damit ein Bedürfnis nach der Hilfe des Zentralstaates wach. „Man muß die Barbaren durch Barbaren bekämpfen", lautete der Grundsatz der chinesischen Staatskunst, balance of power nennt es die englische. Eng verbunden mit diesem System der Verhetzung, ja die eigentliche Vorbedingung seines Erfolges ist die Notwendigkeit, bei den Völkern die Überzeugung von der Reinheit, d. h. der Sittlichkeit der Beweggründe des Zentralstaates zu erhalten. Beide, China wie England, haben diese Notwendigkeit erkannt und ihr mit Eifer und Ausdauer zu genügen gesucht. Der Erfolg ist bei beiden groß gewesen, aber während er bei China natürlich und daher leicht verständlich war, ist er bei England widernatürlich und ein völker-psychologisches Rätsel, das noch niemand gelöst hat. China war vollkommen ehrlich in der Überzeugung von seinem göttlichen Auftrage, es war die Heimat, die sichtbare Gestaltung und der Verbreiter der nichts Geheimnisvolles, Übernatürliches bergenden konfuzianischen Ethik, seine Ziele waren nicht die der Ausbeutung, sondern die eines sittlichen Machtwillens, und die Völker, die in seinen Kulturkreis gelangten, standen fast durchweg in jeder Beziehung tiefer als der Zentralstaat; wo dies letztere nicht der Fall war, ergaben sich sofort Schwierigkeiten bei der Unterordnung (wie eben in Mittelasien), und beim Zusammenstoße mit dem Abendlande brach der ganze Universalismus zusammen. Ganz anders bei England. Mit demselben salbadernden Phrasentume wie China, oft sogar mit denselben Ausdrücken predigt es den Völkern der alten und neuen Welt von der Reinheit seines Wollens, der Erhabenheit seiner Ziele, der Größe seiner sittlichen Weltpflichten, und doch ist sein ganzes Tun von 1688 (der Revolution) an bis 1916 nichts anderes als eine Kette unerhörter Gewalttaten, hinterlistiger Überfälle, roher Zerstörungen, schurkischer Schwindeleien, wobei das Händlertum seine schmutzigen Ziele in schamloser Nacktheit enthüllt; kaum einen Staat der Welt wird es geben, der nicht unter den Schrecken dieses entsetzlichen Vampyrs zu leiden gehabt hat, und nicht bloß halb oder gar nicht zivilisierte Völker waren die Opfer der Raubzüge, sondern auch die hochkultivierten Staaten Europas, von denen nur einzelne kulturell tiefer standen als England, die meisten ihm gleich und manche ihm er-

Digitized by Google

heblich überlegen waren. Das gute, das die englische Machtpolitik daneben und immer nur soweit es das eigene Interesse verlangte, geschaffen hat, bietet keinen auch nur annähernden Gegenwert für ihre Schandtaten. Und trotz alledem sehen wir uns der Tatsache gegenüber, daß vor dem Kriege wie während dessen die Völker bewundernd aufsehen zu England als dem Horte der Freiheit, der Gerechtigkeit und des Weltfriedens; man kann von einer vollkommenen Hypnose, oder, wie andere wollen, von einer Benommenheit der Völker sprechen, die sie unempfindlich gemacht hat gegen die niederwärtige Komödie, die mit ihnen gespielt wird. Das erstaunlich kurze Gedächtnis für die geschichtlichen Ereignisse der letzten hundert Jahre und die vollkommene politische Blindheit bei den am höchsten stehenden Völkern könnten hoffnungslos machen hinsichtlich der sittlichen Entwicklungsfähigkeit der Menschheit. „Das moralische Argument", so meint Professor Tönnies[1] von der Salbaderei des englischen Imperialismus — und offenbar hat er recht — „ist vorzugsweise auf weibliche Gemüter berechnet und findet in diesen am ehesten Widerhall, teils weil sie sich gern für edle Motive erwärmen und begeistern, teils weil auch gebildete Damen selten eine genaue Kenntnis von diplomatischen Tatsachen, noch seltener eine tiefere Erkenntnis der Geschichte besitzen. Beide Arten des Wissens sind aber notwendig, um das moralische Argument richtig zu beurteilen. Die Volksseele ist der weiblichen Seele ähnlich". Der ungenannte holländische Verfasser der kleinen Schrift „Europa unter politischer Hypnose von Großbritannien" aber meint verzweifelt am Schlusse: „So lange das sogenannte europäische Gleichgewicht (balance of power) — eine britische Erfindung — bestehen wird, so lange bleibt Europa unter der Hypnose von England, und ist kein Ende der großen Kriege abzusehen, die das Festland von Europa immer wieder verwüsten und die Völker Europas unglücklich machen werden." Dagegen ruft ein Engländer in der Zeitung „Labour Leader" vom Februar 1915 seinen Landsleuten warnend zu: „Wir mögen manche Nationen eine Zeitlang zum besten halten, aber wir werden nicht mehr viel länger alle Nationen zu Narren haben."

Bei dieser dauernden Hypnose der Völker haben die unmittelbaren Mittel der Verhetzung fast immer eine gute Wirkung gehabt. Diese

[1] Eng.ische Weltpolitik in englischer Be.euchtung S. 4.

Digitized by Google

Mittel bestehen in der Aufwühlung der sogenannten öffentlichen Meinung durch Kauf der Presse, in der Bestechung einflußreicher Persönlichkeiten durch hochbezahlte Agenten und in den Einflüsterungen der amtlichen Vertreter. Bedeutungsvolle Persönlichkeiten, die dem gewollten Zwecke ernstlich hinderlich sind und nicht gekauft werden können, werden durch Mord beseitigt. In der Tat dürfte kein Staat in der Geschichte bekannt sein, der es in der Ausführung und der Verwendung des politischen Meuchelmordes zu einer solchen Meisterschaft gebracht hat wie der englische. Die zufällig bekannt gewordene Tat des Herrn Findlay in Christiania hat nur für den etwas Überraschendes, der das amtliche England nicht kennt: jeder englische Gesandte würde in jedem Augenblick dasselbe tun, wenn es im Interesse seines Landes von ihm verlangt wird. Daß Findlay auch heute noch in Christiania seines Amtes waltet, und die Norweger ihn für einen untadligen Ehrenmann, ihren Landsmann Christensen aber für einen verlogenen Abenteurer halten, ist ein gutes Beispiel der Hypnose. Der Geheimfonds E von jährlich 100 Mill. Mark im Budget des Auswärtigen Amts und das Bureau for realizing political ends, von denen im letzten Herbst die „Continental Times" näheres berichten konnte, dienen dieser unterirdischen Tätigkeit. Die Verhetzung richtet sich natürlich immer gegen den Staat, der die Grenzen der ihm vom Zentralstaat zugewiesenen Bedeutung und Betätigung überschreitet, dadurch die balance of power stört und lästig oder gar gefährlich für den Zentralstaat selbst wird. Der chinesische Weltstaat kennt das Mittel der Verhetzung gleichfalls, hat es aber, da ihm nur der Bestechungsagent und der Meuchelmord, nicht aber eine gekaufte Presse zur Verfügung standen, nicht annähernd zu der Vollkommenheit entwickeln können, wie der englische. Sowohl in der Kolonialpolitik in Mittelasien, wie während der Kämpfe mit den Tartaren und Mongolen im 11. bis 13. Jahrhundert hat es seine Rolle gespielt, vielleicht würde sich auch im alten Staate der Tschou manche Unternehmung der Lehensfürsten gegen einander auf eine ähnliche Einwirkung des Zentralstaates zurückführen lassen, wenn uns die Geschichte jener Zeit besser bekannt wäre.

Schärfer noch in die Augen fallend ist die Gemeinsamkeit einer völkischen Eigenschaft des Chinesentums und des Engländertums, die einer-

Digitized by Google

seits eine Folge der universalistischen Überzeugung ist, andererseits aber auch dazu dienen soll, die Stellung des Zentralstaates zu stärken. Es ist die oft bis zum Grotesken gesteigerte Ruhmredigkeit. Sie hat, getragen von glänzenden politischen Erfolgen, so völlig von dem geistigen Organismus der Engländer und Chinesen Besitz ergriffen, daß sie schließlich das Unterscheidungsvermögen zwischen Wahrem und Falschem ausgelöscht hat. Dadurch ist die Erkenntnis der Grenzen der eigenen Leistungsfähigkeit ebenso unmöglich gemacht worden, wie die sachliche Beurteilung anderer Völker, die Folge davon aber sind wieder, selbst in den gebildeten Kreisen, eine Unwissenheit und eine Einseitigkeit des Denkens, die uns kaum faßlich erscheinen. Da der Angehörige des Zentralvolkes von der Überzeugung durchdrungen ist, daß er und sein Staat die höchste zunächst erreichbare Stufe der Menschheitsentwicklung inne haben, alle anderen Völker somit unter ihm stehen, so erscheint ihm natürlich auch die Beachtung dieser anderen und ihrer Leistungen als zwecklos, etwaige Fortschritte bei ihnen können sich höchstens in der Richtung auf den Punkt hin bewegen, den er längst vor ihnen erreicht hat. Chinesen wie Engländer haben sich auf diese Weise von den Quellen des menschlichen Fortschritts systematisch abgesperrt, und ihr Geistesleben, sowie dessen Ausdrucksformen sind rückständig geworden, während sie selbst in Verachtung die Augen abwandten und der Welt ihre eigene Erhabenheit in die Ohren schrien. The Englishman sits apart, bursting with pride and ignorance, schrieb der Schotte R. L. Stevenson einmal, und Hochmut und Unwissenheit des ewig moralisierenden und deklamierenden chinesischen Literatentums war eine der Hauptursachen des Zerfalls im Weltstaat. Bei den politisierenden Engländern erscheint auch hier wieder alles insofern vergröbert, als der selbstgerechte Dünkel zu flegelhafter Großmäuligkeit geworden ist, die mit eherner Stirn die phantastischsten Lügen erzählt. Bei den hypnotisierten Völkern ist aber auch damit oft die gewollte Wirkung erreicht worden.

Nach diesen Darlegungen werden wir den englischen Imperialismus kennzeichnen können als modernisierten asiatischen Universalismus, mit dem ethisch-religiösen Einschlag des letzteren, aber mit grob materialistischen Zielen. Ich trage deshalb kein Bedenken, das britische Weltreich unter allen Weltreichen der Geschichte hinsichtlich seiner Entstehung,

Digitized by Google

seiner leitenden Idee und der Mittel zu seiner Erhaltung als das sittlich am tiefsten stehende zu bezeichnen.

Halten wir uns dies vor Augen, so wird uns die Politik Englands Deutschland gegenüber, die Methode seiner Kriegführung, die Art seiner Friedensziele und das Verhalten seiner Staatsmänner vollkommen verständlich werden. Der Lehenstaat Deutschland hatte die ihm zugewiesenen Grenzen des Wirkens nach außen überschritten, störte somit das Gleichgewicht der Kräfte und behinderte den Zentralstaat in der Erfüllung seines göttlichen Auftrags. Für diese Auflehnung mußte er gezüchtigt werden, und um diese Züchtigung vorzunehmen, wurden die anderen Lehenstaaten aufgerufen (Einkreisung). Der Zentralstaat, dessen Tätigkeit weniger in einer Teilnahme an derartigen Unternehmungen, als in der Neuordnung der Verhältnisse besteht, trat diesmal in Anbetracht der Wichtigkeit der Aufgabe sogleich selbst mit auf den Plan, zunächst allerdings mehr symbolisch durch Entsendung militärischer Vertretungsgruppen (Tsingtau und Belgien). Der „Aufruf" selbst erfolgte durch Verhetzung mit den erwähnten Mitteln und durch Verstärkung der Hypnose. Dabei ergab sich die widerspruchsvolle Tatsache, daß sich der ebenfalls universalistische, aber sonst ganz anders geartete russische Imperialismus mit dem englischen vereinigte. Deutschland, anstatt die Gesetzwidrigkeit seines Tuns einzusehen, sich löblich zu unterwerfen und den Platz einzunehmen, der ihm im Weltstaate zukam, leistete den aufgerufenen Staaten Widerstand und wagte es sogar, dem Zentralstaate selbst gewaltsam zu trotzen. Ein solches Unterfangen ist selbstverständlich in sich unsittlich und als Empörung gegen die göttliche Ordnung anzusehen. „Der Zentralherrscher hat keinen ebenbürtigen Feind"[1], lehrt ein Satz des chinesischen Universalismus, und ebenso „ist ein kriegerisches Unternehmen gegen England selbst", wie Per Hallström im „Svenska Dagblatt" sehr richtig sagt, „nicht mehr Krieg, sondern Mord, Überfall Unschuldiger, Aufruhr und Gottlosigkeit". Nur wer diese Tatsache übersieht, kann darüber erstaunt sein, daß England bei seiner Kriegführung sich an keinen Satz des Völkerrechts kehrt: das Völkerrecht regelt die Beziehungen der Lehenstaaten unter einander, berührt aber das Verhältnis des Zentralstaates zu ihnen in keiner Weise, so wenig wie mensch-

[1] Kung-yang zu Tsch'un-ts'iu, Tsch'êng kung 1. Jahr.

Digitized by Google

liche Rechtsverhältnisse die göttliche Vorsehung binden. Wenn England sich zuweilen den Anschein gegeben hat, als wolle es diese oder jene Bestimmung des Völkerrechts als bindend für seine Handlungen ansehen, so sind das Zugeständnisse an die Not jeweiliger Verhältnisse, wie England sie häufig macht, lediglich Bestandteile der Phraseologie seiner Staatskunst. Wirkliche Geltung können solche Zugeständnisse natürlich auch nur haben, so lange sie nicht den Interessen Englands, d. h. also dem göttlichen Zwecke zuwiderlaufen.

Man halte diese Darstellung nicht etwa für eine ironisierende, sie ist durchaus ernst gemeint und überträgt nur den englischen Standpunkt aus der Sprache der modernen Diplomatie in die des aufrichtigen Universalismus. Ganz aus dem Rahmen des letzteren, wenigstens in seiner asiatischen Gestalt, treten allerdings die englischen Friedensziele. In der preisgekrönten Arbeit eines englischen Seeoffiziers, die im United Service Institution von 1909 veröffentlicht ist, finden sich die oftmals angeführten Worte: „Wir geben alle möglichen Arten von Gründen für den Krieg an, aber am letzten Ende von ihnen allen steht der Handel." Ein Urteil des Supreme Court of Iudicature vom 21. Dezember 1914 stellt dementsprechend fest: „Die Zerstörung der kommerziellen Blüte des feindlichen Landes ist das Ziel unseres Landes während des Krieges." Für ein solches Ziel hat allerdings niemals die Zentrale eines Weltstaates einen Kriegszug unternommen und die Lehenstaaten aufgerufen, das blieb dem abstoßendsten Gebilde des Universalismus vorbehalten. Diesem Ziele, das die Alleinherrschaft des Händlertums im englischen Imperialismus beweist, entsprach die sofortige Losung beim Ausbruch des Krieges: capture of the German trade. Der Losung folgte die Tat: Wegnahme der deutschen Marken, Muster und Patente, Plünderung der deutschen Kaufmannshäuser in den englischen Kolonien, Durchwühlung und Vernichtung ihrer Briefe und Geschäftsbücher, Forderung, daß im Friedensvertrage die Beseitigung der deutschen Industriestätten vorgesehen werde u. a. m. Hier ermißt man den Abstand zwischen der wenn auch irregeleiteten, so doch immerhin imponierenden sittlich-religiösen Idee des asiatischen Universalismus und den Pöbelinstinkten des englischen, die durch keinen Rest von Schamgefühl mehr gehemmt werden. In diesem Zusammenhange wird auch die Bedeutung der von Deutsch-

Digitized by Google

land geforderten Freiheit der Meere verständlich. Da dem Zentralstaate in Erfüllung des göttlichen Auftrages die wirtschaftliche Ausbeutung der Länder zusteht, so muß er bei seiner insularen Lage natürlich alle dahin führenden Wasserstraßen nebst den wichtigsten anliegenden Plätzen unmittelbar beherrschen und beaufsichtigen, höchstens könnte unbedingt zuverlässigen Lehenstaaten wie Portugal, Norwegen oder Dänemark die Verwaltung einzelner zeitweilig übertragen werden. Die deutsche Forderung dagegen verlangt nicht weniger als die Beseitigung dieser Aufsicht und gleiche Rechte für alle Völker, sie rührt also an die Grundlagen des Weltstaates und somit an die der göttlichen Weltordnung. Sie muß daher dem englischen Universalismus als völlig unsinnig erscheinen, als ebenso unsinnig, wie dem chinesischen Universalismus im Jahre 1381 die Behauptung eines japanischen Fürsten am Kaiserhofe zu Nanking erschien, der erklärte, daß „die Erde der Gesamtheit der Völker gehöre, nicht aber einem einzelnen Herrscher". Der Kaiser sagte damals zornig: „Dieser Barbar redet ungehörige Dinge, man soll ihm nicht weiter Gehör geben[1]." Sir Edward Grey aber ist Diplomat und muß auf die Hypnose Bedacht nehmen, er meint: „über diese Dinge kann man nach dem Kriege reden[2]".

Indessen sind seitdem zehn Monate vergangen, England mit den aufgerufenen Lehenstaaten („Verbündeten") ist in eine immer bedrängtere militärische Lage geraten, und die Hypnose zeigt hier und dort bedenkliche Ansätze einer beginnenden Lösung. Die Haltung der regierenden Gruppe im Zentralstaate hat dem Rechnung getragen. Asquith sprach im April d. Js. im Parlament von „der Lösung internationaler Fragen durch freie Verhandlungen zwischen freien Völkern unter gleichen Bedingungen", und Grey redete im Mai[3] sogar von „einem freien Europa, das befreit sei von der Oberherrschaft einer Nation über die andern".

[1] Ming wai schi, Ji-pên tschuan.

[2] Grey in einem Briefe an die Zeitungen über die Rede des Reichskanzlers vom 19. August 1915. Wörtlich lautet die Stelle: „Es wäre sehr vernünftig, die Freiheit der Meere zum Gegenstande von Beratungen, Begriffsbestimmungen und Abkommen nach diesem Kriege zu machen, aber nicht als etwas Abgesondertes und nicht, so lange kein Friede und keine Sicherheit gegen den Krieg und deutsche Methoden zu Wasser und zu Lande bestehen."

[3] In einem Gespräch mit dem Vertreter der „Chicago Daily News".

Digitized by Google

Das könnte fast aussehen wie ein Verzicht auf den ganzen Universalismus, aber man darf bei solchen Aussprüchen niemals die reservatio mentalis des englischen Gehirns vergessen. „Freie Völker und freies Europa" — gewiß, aber selbstverständlich frei innerhalb des Weltstaates, frei wie Griechenland, Norwegen und Portugal! Und „die Oberherrschaft einer Nation über die andern" — d. h. des einen Lehenstaates über die andern! Denn wo bliebe sonst die Stellung des Zentralstaates und die balance of power?

Die letztere war von Deutschland gestört, daher seine unzulässige „Oberherrschaft über die andern". Im übrigen sind die englischen Staatsmänner durch den unerwarteten Verlauf des Strafzuges gegen Deutschland vollkommen aus dem Gleise geworfen. In China wie in England hat die Stellung des Zentralstaates einen menschlichen Typus gebildet, in dem sich, wie es in der köstlichen Schilderung von Dickens in Our Mutual Friend heißt, „eine Vereinigung von Eigenschaften, eine Bescheidenheit, eine Unabhängigkeit, ein Verantwortlichkeitsgefühl, eine Ruhe findet, die man unter den Völkern der Erde vergeblich suchen würde". Dieser Typus heißt in China Kün tsĕ, in England gentleman. Neuere Forscher wollen wissen, daß der englische Typus bewußt und systematisch dem asiatischen Vorbilde nachgeformt sei, so wie man es in Indien angetroffen habe. Ein wesentlicher Zug des Kün tsĕ und des gentleman ist jene unerschütterliche Ruhe des nil admirari, die dem selbstsicheren Gefühl der Überlegenheit entspringt, und die mit gleichmütiger Verachtung, durch den Panzer der Unwissenheit gegen jeden Zweifel geschützt, auf das Gewimmel der Barbaren (continentals, foreigners) herunterſieht. Diese Ruhe ist den Herren Asquith, Grey und Genossen unter dem Druck der Ereignisse abhanden gekommen, ihr Gebahren wird immer aufgeregter, ihre Ausdrucksweise immer zügelloser; aus der Rolle des gentleman wird mehr und mehr die Haltung des geohrfeigten Gassenjungen, der schreit und schimpft, um für seine Unzulänglichkeit Ersatz zu haben. Diese Ausdrucksform paßt sich auch dem Gefüge des englischen Seelenlebens besser an als die asiatische Vornehmheit, sie entspricht jener rohen und niedrigen Gesinnung des englischen Händlertums vom ersten Minister an durch das Gelehrtentum, die Presse und die Kaufmannschaft hindurch bis zum letzten Seemann, von der uns fast jeder Tag des Krieges er-

Digitized by Google

schreckende Beispiele bringt, und die als „Baralong-Gesinnung" den künftigen Geschlechtern bekannt bleiben wird.

Unsere Zurückführung des englischen Imperialismus auf den politischen Universalismus Asiens zeigt, worum es sich bei unserem Kampfe mit England handelt: der Kampf ist, wie eingangs gesagt, ein gewaltsamer Austrag zwischen zwei großen Menschheitsgedanken, eine Zusammenfassung der Völker unter eine einheitliche oberste Leitung mit einheitlichen Zielen auf der einen Seite, eine selbständige Fortentwicklung der Einzelvölker, jedes in seiner Richtung, in bunter Mannigfaltigkeit auf der andern. Der politische Universalismus ist in der Weltgeschichte noch immer an seiner inneren Unmöglichkeit zu Schanden geworden: er hat für sein Gedeihen nicht eine irdische, sondern eine göttliche Kraft an seiner Spitze zur Voraussetzung, es ist aber eine ruchlose Vermessenheit oder ein frecher Betrug, wenn eine einzelne Persönlichkeit oder ein einzelnes Volk sich für den alleinigen Träger aller göttlichen Kraft erklärt und in ihrer Eingebung zu handeln vorgibt. Doppelt ruchlos wird die Vermessenheit, oder doppelt frech der Betrug, wenn, wie in England, die oberste Leitung von wechselnden Gruppen geführt wird, deren in Unwissenheit und Hochmut befangenes „Zentralvolk" nur Ziele der selbstsüchtigsten und erbärmlichsten Art kennt und diese Ziele mit den verwerflichsten Mitteln verfolgt. Ob der Strom der Geschichte die Menschheit dereinst einer höheren geistigen und sittlichen Einheit entgegentragen wird, ohne Rücksicht auf politische Formen, wie es der Konfuzianismus in seiner neuesten Entwicklung annimmt, diese Frage liegt jetzt noch jenseits der Grenzen unseres Erkennens.

Wir sehen nun auch, daß es eine Verständigung zwischen uns und England nicht gibt und nicht geben kann, so lange der universalistische Gedanke dort nicht verschwindet, ganz und für immer, so lange England nicht ein Volk sein will wie andere Völker und den Anspruch nicht aufgibt, anderen Völkern nach Gutdünkeu den Weg der Entwicklung versperren zu dürfen. Dieses Aufgeben aber muß gewaltsam erzwungen werden, denn eine andere Belehrung gibt es nicht; kein Opfer darf uns für die Erzwingung zu groß sein, weil außer uns sie niemand erwirken kann; mit uns steht und fällt die Hoffnung auf Befreiung der Völker, auch der hypnotisierten. Wie weit der Krieg schon die Lösung bringt, steht dahin,

Digitized by Google

aber die Säulen des Universalismus sind geborsten und zum Teil zerbrochen: die balance of power ist vernichtet, die Freiheit der Meere ist für unsere Zukunft gesichert, die Hypnose der Völker scheint sich hier und da zu lösen. Den Zerfall des britischen Händlerstaates dürfen wir dann getrost den zerstörenden Kräften überlassen, die aus dem Engländertume selbst geboren werden.

Frankreich und das westliche Mittelmeer

Die nachfolgenden Ausführungen sind einem Buche entnommen, das unter dem Titel „La Syrie de demain" in Paris erschienen ist. Es propagiert die Annexion Syriens durch Frankreich und bereitet so schon während des Krieges einen erweiterten französischen Imperialismus vor. Geht der Verfasser, Nadra Moutran, auch von dem Siege der Alliierten und der Aufteilung der Türkei als einer selbstverständlichen Voraussetzung aus, so verlieren seine Ausführungen doch nichts an ihrem Wert als Dokumente des politischen Willens in Frankreich. Das ist doppelt wichtig angesichts des nicht hinwegzuleugnenden Geschickes, das Frankreich in seiner Orientkolonisation bewiesen hat und auch in Zukunft beweisen wird. Die Lektüre des folgenden kleinen Kapitels möge viele deutsche Leser zum Studium des gut geschriebenen Buches selbst anregen, sei es auch nur um zu sehen, wie man es machen muß, um einen politischen Gedanken populär zu machen.

E. Z. Klötzel

Élisée Reclus hat erklärt, daß die Zukunft Frankreichs auf dem östlichen Mittelmeer ruhe. Beugen wir uns vor dieser politischen Erkenntnis des berühmten Geographen. Frankreich hat sie zu der seinen gemacht, sein großartiges Werk in Afrika ist dafür Zeuge. Was wir jedoch nicht begreifen, ist, daß das Bekenntnis zu dieser Ansicht, wie es in Afrika zum Ausdruck gelangt ist, nun jede Aktion im übrigen Mittelmeer ausschließen soll. Wäre es nicht vielmehr richtiger, mit Georges Leygues zu behaupten, daß die französische Mittelmeerpolitik sich um eine Achse drehe, deren Pole im Süden und im Norden dieses Gewässers ruhen? Reclus hat seiner Meinung doch zu einem Zeitpunkt Ausdruck verliehen, als die afrikanische Kolonialpolitik Frankreichs noch in den Anfängen steckte, während sie in Italien und in Deutschland überhaupt noch nicht existierte. Seither hat Frankreich ein mohammedanisches Reich geschaffen, dessen Ruhe es wahren muß, indem es die panislamitische Bewegung im Auge behält; es hat Indo-China und Madagaskar erworben, und beide verlangen die Sicherung ihrer Verkehrswege zur französischen Hauptstadt.

Digitized by Google

Deutschland zog die Türkei in seine Spur und baute die Bagdadbahn; auch plante es die Ausgestaltung Alexandrettes zu einer brauchbaren Schiffsbasis, geeignet, seine ehrgeizigen Pläne im Mittelmeer zu unterstützen. Italien hat sich inzwischen Tripolitaniens, Valonas und des Dodekanäus bemächtigt, von wo aus es eine lange Strecke der kleinasiatischen Küste beeinflußt. England sicherte sich mit Malta, Zypern und Kreta den Besitz von Bassora und Mesopotamien. Konstantinopel und Nord-Anatolien sollen den Russen zufallen, die Bulgaren, die Griechen, kurz jedermann verlangt etwas vom türkischen Fell zu bekommen. Und was soll Frankreich haben, dessen Anstrengungen, sich im Orient auszubreiten, die aller andern übersteigt, dem der größte Teil der ottomanischen Staatsschuld gehört, ebenso die Mehrzahl der Handelsunternehmungen, Industrieanlagen und Schulanstalten? Was überläßt man ihm an Stelle von Kompensationen und an Gegenleistungen? Denn Frankreich will keine Eroberungen, obwohl der Krieg gerade ihm besonders schwere Opfer auferlegt. Man gibt ihm Syrien, dessen Seele ihm seit langem gehört, mit einer Küstenlinie von Alexandrette bis Gaza. Und da gibt es Leute, die da wollen, Frankreich solle das zurückweisen, solle sich der Teilung fernhalten? Unter dem Vorwand, seine Kräfte nicht zerstreuen zu wollen, will man sie beschränken; unter dem Vorwand, das afrikanische Imperium schützen zu wollen, will man uns hindern, die dringlichsten Vorsichtsmaßregeln hierfür zu ergreifen und sich in den Besitz der wirksamsten Mittel für diese Verteidigung zu setzen. Man versteht wohl, daß Italien sich mit Triest, Valona, Tripolis und dem Dodekanäus nicht begnügen kann und auch noch Adalia nehmen muß; und da sollte es nicht begreiflich sein, daß Frankreich sich nicht mit Bizerta zufriedengibt und nach Alexandrette will? Aber welchem Nebenbuhler zuliebe soll eigentlich Frankreich seine Rechte im Mittelmeer fallen lassen und die Zukunft seiner afrikanischen Besitzungen opfern?

Man vergißt wohl vollständig, daß, wenn die politische Kraft eines Volkes sich Friedenserwägungen hinopfert oder vor unabweisbaren Anstrengungen zurückweicht, seine ökonomische Entwicklung darunter mehr leidet, als unter einem blutigen Kriege. „Es gibt kein Halten" — sagt ein berühmter Stratege — „weder im Leben des einzelnen, noch in dem der Völker. Entweder man schreitet vorwärts oder man weicht zurück."

Digitized by Google

Frankreich bewahrt sein afrikanisches Imperium am sichersten dadurch, daß es am jenseitigen Ende des Mittelmeeres eine neue militärische und politische Basis schafft, wenn nicht, so wird es ihm verloren gehen, weil es versäumt hat, die nötigen Sicherheitsmaßregeln für die Zukunft zu ergreifen. Nach Treitschke ist Schwäche eine Sünde gegen den heiligen Geist der Politik. Jeder Staat, der seine Ausbreitungsmöglichkeiten nicht im rechten Moment zu nutzen weiß, verurteilt sich dadurch selbst zur Bedeutungslosigkeit.

Tatsächlich ist Syrien für Frankreich unentbehrlich, nicht nur, um das maritime Gleichgewicht im Mittelmeer aufrecht zu erhalten, sondern auch, um die Ruhe seiner mohammedanischen Besitzungen in Afrika sicherzustellen ... Wenn dennoch Frankreich sich als in Syrien nicht interessiert betrachten würde, so daß dieses wahrscheinlich seine Unabhängigkeit erklären würde, so würde es schnell einsehen, daß es mit eigenen Händen den Schmelztiegel geformt hat, aus dem die panislamistischen Ansprüche hervorquellen werden, und das Feuer schürte, von dem die zündenden Funken auffliegen. Aber es wäre vorauszusehen, daß das scharfsichtige England dieser wirklichen Gefahr, die auch seinen muselmanischen Besitzungen drohen würde, entgegentreten würde und statt Frankreichs von Syrien Besitz ergriffe.

Diese Hypothese wird den Leuten, „die um jeden Preis" unser Desinteressement in Syrien wollen, nicht mißfallen. Wir wollen ihnen aber eine kleine lehrreiche Geschichte erzählen, die einer uns bekannten Dame passiert ist. Sie besaß in Syrien fünf Dörfer, was ein ansehnliches Vermögen ausmacht. Aber die Verwaltung dieser fünf Dörfer machte der Dame, die wenig fleißig und noch weniger einsichtig war, ständig Sorgen, denen sie in unendlichen Klagen beredten Ausdruck gab. Eines Tages aber verkündet sie ihrem Neffen mit freudestrahlendem Blick, daß sie eines der Dörfer verkauft habe. Sie habe nun also einige Sorgen weniger. „Das macht gar nichts aus," versichert ihr der Neffe. Nach zwei Monaten wird ein zweites Dorf verkauft, als sie aber nach kurzer Zeit den Neffen davon verständigte, daß weitere zwei Dörfer veräußert werden sollten, sagte dieser traurig: „Tante, da kommt für dich und für uns etwas sehr Betrübliches dabei heraus, denn wenn derartige Veräußerungen erst mal angefangen haben, hören sie nicht eher auf, als bis alles verkauft ist.

Digitized by Google

Schon als du es verweigertest, ein sechstes Dorf zu kaufen, ahnte mir, daß wir zurückgehen würden, da wir nicht vorwärts schritten. Jetzt ist nur noch ein Dorf übrig; die Katastrophe wird nächstens eintreten." Und so geschah es.

Frankreich als mohammedanische Macht kann unmöglich auf Syrien verzichten, das ihm als unersetzliche Ergänzung seines afrikanischen Imperiums zu gelten hat. Für Frankreich ist Damaskus, die heilige Stadt, das Tor zur Kaaba, die Stätte der Bewahrung uralter Tradition des Islams und Arabiens, die Krönung des Gebäudes, dessen Pfeiler Algier, Tunis und Fez sind. Es besitzt weder Kairo noch Konstantinopel: also muß es Damaskus besitzen. Nur so kann es die gewaltige Entwicklung der Syrier und Araber mit eigenen Händen lenken. Es wird ihr eine Richtung zu geben verstehen, die ihnen von Nutzen sein wird, ohne daß sie eine Beunruhigung der afrikanischen Positionen enthielte. Von Syrien aus kann Frankreich mit Erfolg das panislamitische Feuer überwachen, das seine Gegner gegen es zu entfachen suchen. Wer den Kopf hat, dem gehört der Leib!

Wir geben an dieser Stelle dem französischen Publikum folgende Zeilen wieder, die wir dem Bericht über eine Rede entnehmen, die Lord Curzon, der ehemalige Vizekönig von Indien, vor einiger Zeit in London über Mesopotamien gehalten hat:

„... Wir verfolgen in dieser Gegend die Verwirklichung unserer traditionellen Politik. Die Pflicht legt es uns auf, diesem Lande eine Zukunft zu garantieren, die jener fernen Vergangenheit entspricht, in der es in Sicherheit und Blüte bestand. Es ist nötig, daß wir die Bevölkerung dazu ermutigen, ihr Land und ihre Heimat wieder emporzubringen, und daß wir ihnen dabei helfen, und daß wir uns so einen der Wege sichern, die nach Indien führen. Dieser Krieg bietet uns die Gelegenheit, unsere Politik im Persischen Golf so zu konsolidieren, daß uns der Friede in diesen Gegenden auf hundert Jahre gesichert erscheinen kann."

Unsere erste Aufgabe für die Zukunft wird es sein, diese Gebiete nicht länger unter der unfruchtbaren und unfähigen türkischen Herrschaft zu belassen. Das um so weniger, als diese Gebiete niemals türkisches Territorium gewesen sind. Die Türken sind in ihm nur Fremde, die Bevölkerung ist arabisch. Und das Schicksal der Araber scheint unserm Blick unvergleichlich wichtiger, als das der Türken."

Digitized by Google

„Wir werden nicht länger gestatten, daß diese Gebiete dauernd der Schauplatz von Intrigen und Anschlägen bleiben, mit denen eine feindliche Macht in der letzten Zeit unaufhörlich gegen uns arbeitete. Wir machen es uns zur Pflicht, jeden deutschen Einfluß dort unten zu ersticken. Deutschland darf an der Friedensgestaltung Mesopotamiens keinerlei Anteil haben."

Und Antonin Dubost, Präsident des Senats, erklärt in einer patriotischen Kundgebung:

„Das Land hat sich mit seiner materiellen und moralischen Kraft im Willen zum Siege erhoben. Dieser Wille wird sein Ziel erreichen, und schon heute darf versichert werden, daß er sich durch keinerlei Ideologie etwas von den Früchten seiner Anstrengungen rauben lassen wird."

Was aber schrieb am 17. November 1912 „Die Post" in Berlin?

„Syrien und Mesopotamien gehören Deutschland. Macht Frankreich Ansprüche darauf: nun, so erobere es beide!"

Sichert die Demokratie den Frieden?

Von Dr. Max Seber, Dresden

Im Juniheft der „Nineteenth Century" warnt Lord Cromer vor der Überschätzung der Demokratie als Friedensgarantin.

Aus seiner reichen diplomatischen Erfahrung gibt er Beispiele von Kriegsströmungen, die gerade demokratischen Länder vom Volke gegen den Wunsch ihrer Regierungen aufgedrängt wurden. Beachtlich ist aus seinen langen Ausführungen, daß unter den amerikanischen Staatszielen, die demokratische zu nennen seien, zwei erreicht worden seien (Monroe-Doktrin und Gebietserweiterung), das dritte nur zum Teil. „Seit der Unabhängigkeit des Landes erstrebt es eine solche Anerkennung der Rechte Neutraler, daß die Vereinigten Staaten in den Stand gesetzt werden, ihren Handel ohne Hinderung zu treiben, während andere Nationen sich im Kriege befinden. Dieses Ziel hat geführt und führt noch zu fortwährendem Zank mit anderen Mächten, besonders während des letzten Jahrhunderts mit Großbritannien, und ist nur zum Teil erreicht worden."

Lord Cromer betont ferner, daß er von einem demokratisch regierten Volke keine Wunder an Uneigennützigkeit erwarte und auch nach historischen Erfahrungen nicht erwarten könne. Es ist ihm aber doch „offenkundig", daß die demokratischen Nationen, besonders die der angelsächsischen Rasse, nationale Gewissen besäßen. „Es mögen Gewissen sein, von denen man nicht zu große Opfer im altruistischen Sinne verlangen darf, aber vom moralischen Standpunkt aus ist es ein entschiedener Fortschritt, überhaupt ein nationales Gewissen zu haben, selbst auf

Digitized by Google

die Gefahr hin, daß man zeitweilig der Heuchelei bezichtigt wird, statt daß man, wie absolutistische Regierungen, alle Erwägungen von sich schiebt außer denen des schamlosesten eigenen Interesses.... Wenn auch zu Zeiten das demokratische Gewissen einigermaßen elastisch sein mag, so sucht der Demos doch ernstlich und sehnsüchtig nach einer moralischen Sanktion für alle seine Handlungen, und fühlt sich äußerst unbehaglich, wenn nicht eine solche gefunden werden kann."

Von der Berechtigung des letzten Gesichtspunkts wird noch zu reden sein. Durch den ersten gewinnen die folgenden Ausführungen an gegenwärtiger Bedeutung. Die Schriftleitung

Die zahlreichen Vereinigungen zur Bekämpfung des Kriegs, zur Sicherung eines dauernden Friedens, die sich besonders im neutralen Ausland neuerdings gebildet haben, sind alle eifrig bestrebt, ausführliche Aktionsprogramme aufzustellen, von deren Durchführung die endgültige Beseitigung des Kriegs erwartet wird. Ob man nun die Veröffentlichungen holländischer, schweizerischer, englischer oder amerikanischer Gesellschaften dieser Art in die Hand nimmt, man darf in jedem Falle sicher sein, daß die Demokratie als eines der hauptsächlichsten Heilmittel bezeichnet wird. Demgemäß fordern fast alle diese Organisationen die stärkere Demokratisierung der Politik, besonders der äußeren, öfters auch der inneren.

Hierüber könnte sich ein eingefleischter Demokrat freuen, wenn nicht neben dieser politischen Lockspeise ein scharfer Angelhaken zum Vorschein käme, der zur Vorsicht und Besinnung mahnt.

Der demokratische Gedanke fordert nach seinen modernen pazifistischen Anwälten nämlich in erster Linie Verzicht auf Gebietserwerbungen, fordert das Selbstbestimmungsrecht der Bewohner strittiger Gebiete in bezug auf ihre Staatszugehörigkeit. Die Sicherung des Friedens soll in Zukunft der befreienden Wirkung der demokratischen Kontrolle, der Friedensliebe des zur Herrschaft gelangten Volkes anvertraut werden. Dagegen soll die Sicherung durch das Machtprinzip aufgegeben werden, wofür ein erster Anfang der allseitige Verzicht auf Annexionen sein soll.

Der beste Einblick in die Konsequenzen allgemeiner Sätze und damit auch ein sicheres Urteil über das Prinzip selbst, ergibt sich, wenn man sie auf einen besonderen Fall anwendet.

Die erste Frage ist sodann die, ob wir von unsrem deutsch-nationalen Standpunkt aus auf Annexionen verzichten können. Es zeigt sich da sofort,

Digitized by Google

daß wir mit dem reinen Prinzip, wie es in der Politik meistens ist, nichts anzufangen vermögen. Wenn ein Land auf reale Sicherungen angewiesen ist, so sicherlich das Deutsche Reich, dessen zentrale Lage zwischen zwei der größten Militärmächte zu Koalitionskriegen förmlich herausfordert. Außer defensiver Sicherung bedarf Deutschland aber auch der Ausdehnungsfreiheit. Diese ist in der Hauptsache gleichbedeutend mit dem wirtschaftlichen Schlagwort der offenen Tür, indes legt doch die schmale Landbasis, auf der eine starke, ständig wachsende Bevölkerung sich nähren muß, den Gedanken nahe, auch Siedlungsland zu erwerben, das nur im Osten vorhanden ist, wo auch die nationale Entwicklung zum Teil sehr unbedeutend geblieben ist. Auf reale Sicherungen könnten wir nur dann verzichten, wenn eine andere Garantie vor künftigen Überfällen und Einkreisungen geschaffen würde, die ja die modernen Pazifisten vielfach in der Durchführung der Demokratie erblicken. Damit kommen wir zu dem Hauptpunkt: sichert die Demokratie den Frieden?

Die so felsenfest geglaubte Theorie von der Friedfertigkeit der Demokratie ruht auf der ungeprüften Voraussetzung, daß die Massen oder das „Volk" überall von friedlichster Gesinnung durchdrungen sei, weshalb eine wirkliche Volksherrschaft auch die Friedensliebe der Staaten und Nationen verbürge.

Voraussetzung und Folgerung scheinen mir hier im gleichen Maße angreifbar, und es ist eigentlich verwunderlich, daß man dieser Behauptung fast allseitig Glauben schenkt.

Der Grundfehler in der Voraussetzung ist eine Begriffsverwechslung. Man spricht von der Friedlichkeit des „Volks" und meint in Wirklichkeit den Einzelnen, wie er sich im täglichen Leben, bei seinen Geschäften, im Kreis der Familie, im vertrauten Zwiegespräch gibt. Man geht von den Beobachtungen aus, die am unorganisierten Einzelnen zu machen sind und überträgt diese ohne weiteres auf das organisierte Ganze, auf die in Wechselwirkung stehenden Massen. Gewiß steht der einzelne Mensch fremden Völkern meist harmlos gegenüber, da er mit solchen nur in der seltensten Fällen in nähere Berührung kommt. Er wünscht in Ruhe gelassen zu werden, seine persönlichen Angelegenheiten ungestört betreiben zu können und hat im allgemeinen nicht den Drang, fremde Völker zu berauben. Er begeistert sich nicht für Kriege, weil er die persönlichen Nach-

Digitized by Google

teile fürchtet und ist gerne bereit, alles gehen zu lassen, wie es will, wenn er nur sein Auskommen hat. Diese Schilderung der Psyche des Volksdurchschnitts dürfte so ziemlich auf alle Nationen zutreffen, solange das „Volk" eben unbeeinflußt, aus seinen eigenwüchsigen Empfindungen heraus sein Leben lebt. Das ist der gewöhnliche, naiv-egoistische Pazifismus der Massen, der bis zu einem gewissen Grade seine Berechtigung hat, den man aber doch ja nicht als etwas Besonderes preisen oder mit Gemütstiefe verwechseln sollte. Kennzeichnend für ihn ist ja doch gerade die Enge des Bewußtseins, die Beschränkung des Blicks auf die nächsten Verhältnisse, die Ahnungslosigkeit von den großen Zusammenhängen der Staaten, Kulturen und Völker, der Bedeutung geschichtlich-politischer Ereignisse und gesamtkulturellen Entwicklungsbedingungen. Dieser Stand der Volksbildung und des Volksbewußtseins ist aber sicherlich ganz unbefriedigend, am wenigsten kann die Demokratie sich damit abfinden. Und doch arbeitet man mit diesem Pfeifchenschmaucher-Pazifismus, als ob die Tiefen der Volksseele darin beschlossen wären. Für eine wirkliche Demokratie, die diesen Namen verdient, ist erste Voraussetzung das intellektuelle Erwachen der Volksmassen, die sich über das eigene Wesen und die eigene Bedeutung klar werden müssen. Das können sie nur dadurch, daß sie sich geschichtlich begreifen, sich in den nationalen Kulturzusammenhang einfügen, d. h. sie müssen Anschluß finden an die vorhandenen nationalen Einrichtungen und Ideen, an den gesamten Gedankenschatz ihrer Nation. Welche Wirkung solche Einordnung hat, sehen wir an den Gebildeten jeder Nation, die man in einen scharfen Gegensatz zum „Volk" bringen will. Diese repräsentieren den Nationalgedanken viel reiner als das „Volk", das man bei den Einzelnen sucht. Das Volk im höheren Sinn ist sonach das organisierte Volk, worunter nicht nur seine berufliche und soziale Gliederung verstanden werden muß, sondern auch der gesamte nationale Ideengehalt, der schließlich auch das „Volk" beeinflußt, formt und bestimmt. Will man also den politischen Willen eines Volkes kennen lernen, so ist man gezwungen, dessen schöngeistige und politische Literatur zu prüfen und die Willensrichtung der Führer, der Gebildeten zu erforschen. Gewiß ist es nun möglich, daß durch diese Führer eine Verfälschung des ursprünglichen Volkswillens stattfindet, wenn sie durch ihre Sonderinteressen verführt werden. Insoweit ist ein

Digitized by Google

Gegensatz zwischen Führern und Volk öfters festzustellen und das demokratische Mißtrauen nur zu berechtigt. Aber keine Demokratie kann ohne Führer auskommen, unmittelbare Volksentscheidung ist nur in kleinen Verhältnissen möglich. Volkswahl der Führer und ständige Kontrolle ist der allein mögliche Inhalt einer vernünftigen Demokratie. Je mehr sich ein Volk von dem idyllischen Dasein entfernt, in dem das friedliche „Volk" sein Leben lebt, je klarer und zielbewußter es seine Aufgaben erfaßt, desto gefestigter ist eine Demokratie, desto geringer die Gefahr, daß der Sturm der Leidenschaften allen die Besinnung raubt und schweres Unglück heraufbeschwört.

Nach dem Gesagten ist es von vornherein wenig wahrscheinlich, daß die bloße Demokratie die Völker friedlicher machen soll. Die Geschichte lehrt das Gleiche. Wenn wir auch keine reinen Demokratien irgendwo verwirklicht finden, so können wir doch Umwandlungen in der Richtung zur Demokratie feststellen. Mit diesen müßte doch, wenn die Theorie richtig ist, eine Abschwächung des aggressiven Geistes verbunden sein. Weder bei den Engländern noch bei den Franzosen, den Italienern oder den Russen ist aber Derartiges festzustellen. Die friedfertigsten Völker der Gegenwart sind die am wenigsten demokratischen, Rußland abgerechnet: Deutschland und Österreich-Ungarn. Ein deutliches Zeichen, daß der demokratischen Staatsform keine pazifizierende Kraft innewohnt, umgekehrt aber die inneren, psychischen Eigenschaften der Völker, ihr Nationalcharakter von ausschlaggebender Bedeutung ist. Anders ist es eigentlich auch gar nicht zu erwarten. Die Demokratie muß doch die durch Natur und Geschichte gegebene Willensrichtung gewaltig verstärken, den Nationalwillen steigern im guten wie im schlechten Sinne. Nur wenn man die Demokratie auf dem naiven Materialismus, die Schwung- und Idealloſigkeit der gedankenlosen Massen, des unorganisierten Volks aufbaut, könnte man allenfalls eine Politik absoluter Gleichgültigkeit, untätigen Gehenlassens erwarten. Solche Demokraten tun dem Volk aber unrecht, in dem doch alle gute Eigenschaften schlummern müssen, über welche die Nation überhaupt verfügt, das eben in Berührung mit den nationalen Ideen wirtschaftlicher, staatlicher, geistig-kultureller Art zum organisierten Volk, zur Nation wird. Damit ist gleichzeitig der Fehler in der Folgerung aufgezeigt, die man aus der Voraussetzung des friedlichen „Volks" ge-

Digitized by Google

zogen hat. Würde ein rein materielles, nur dem Augenblick lebendes Volk zur Herrschaft im Staat gelangen, so brächten die Notwendigkeiten des Herrschaftsverhältnisses sehr bald ganz andre Eigenschaften zum Durchbruch: Voraussicht, Selbstbeherrschung, Vorsicht, kurz alle Voraussetzungen staatlicher Politik. Der Selbsterhaltungstrieb würde im Daseinskampf der Völker den Volkscharakter völlig umbilden, andernfalls eben Untergang und Unterwerfung durch andre Völker die Folge wäre.

Die Demokratie sichert also den Frieden nicht, selbst wenn sie rein durchgeführt würde. Davon sind wir aber überall weit entfernt. Die Gegensätze der Völker, die ständige Drohung der Kriege bedingen ein Mindestmaß autoritativer Gewalt, das der demokratische Gedanke nirgends zu beseitigen vermag. Erst wenn der Völkerfriede gesichert wäre, stünde der Demokratie die Bahn frei. Aber die Demokratie soll ja hinwiederum erst den Völkerfrieden bringen — ein unglücklicher Zirkel, dem wir nicht entrinnen. Auch die soziale Idee, die ja tiefere internationale Wurzeln als die Demokratie hat, kann da nicht helfen, weil sie selbst mit der Demokratie eng verbunden ist. Ein Ausweg bietet sich nur dann, wenn wir statt einer international zu erarbeitenden Kulturstufe, die erst nach ihrer Erreichung Frieden bringen würde, die unmittelbaren Nationaleigenschaften der Völker in Betracht ziehen. Da wird es uns klar, daß das deutsche Volk nicht erst zur Kulturstufe der sozial gerichteten Demokratie durchzudringen braucht, um friedlich gesinnt zu werden, sondern daß es von Natur aus zum Friedenswächter bestimmt ist. Jetzt kann nur die Macht des friedlich gesinnten Deutschlands den Frieden sichern, später vielleicht, wenn einstweilen die Nationen vom sozialen Geiste durchdrungen sind, die Kraft der höheren Kulturstufe.

Die wirtschaftliche Bedeutung der deutschen Moore!

Von Dr. H. Kühl

Die Erfahrungen des Krieges haben die Frage nach Neuland als Lebensfrage der Gegenwart und Zukunft eindringlich ins Bewußtsein gerückt. Eine Anregung wie die folgende, die während des Krieges nicht aus Zufall auch schon deutsche Landtage beschäftigt hat, darf daher Anspruch auf besondere Teilnahme machen.

Die Schriftleitung

Digitized by Google

Die Urbarmachung der deutschen Moore beansprucht aus zwei Gründen das volle Interesse weiter Volksschichten. Einmal kann die etwa 20000 qkm[1] betragende Bodenfläche wie auch das Heideland nach den schon vor Ausbruch des Krieges gewonnenen Erfahrungen leicht zu hohen landwirtschaftlichen Erträgen gebracht werden. Sodann schlummern in dem Moor ungeheure Kräfte, die der Industrie nutzbar gemacht werden können.

Die große wirtschaftliche Bedeutung unserer Moorgegenden erkannte der auf dem Gebiete der inneren Kolonisation so verdiente große Preußenkönig Friedrich, als er durch die Oderbrüche Kanäle zog und so unwirtliches Land in blühende Saatfelder verwandelte. Es war die Tat eines genialen Fürsten, der sein Land kolonisierte, obwohl Feinde ringsum drohten. Nach seinem Tode schlief der Gedanke der inneren Kolonisation langsam ein, um erst wieder zu erwachen, als Justus von Liebig und seine Schüler erklärten, daß das an sich trotz eines hohen Gehaltes an Stickstoff unfruchtbare Moorland durch geeignete Behandlung der Landwirtschaft erschlossen werden könne. Den größten Aufschwung brachte das mächtige Vorwärtsdringen unserer Industrie, welche sich in ungeahnter Weise die schlummernden Energien der Moore nutzbar machte.

Die gegenwärtige Zeit, die eine Anspannung aller unserer Kräfte verlangt, läßt uns erkennen, welche Bedeutung die Erschließung großer gärtnerisch und landwirtschaftlich nutzbarer Ländereien besitzt.

Wohl ist es anders gekommen, als Albion dachte. Über der Jetztzeit steht in ehernen Lettern die Forderung „Schafft Neuland!" Wir brauchen nicht nach Osten und Westen zu äugen, im eigenen Lande haben wir den Boden, der auf den Pflug wartet! Gerade die Erfahrungen der letzten Friedensjahre haben schlagend bewiesen, daß den schon öfter genannten Ödländereien durch zweckmäßige Bearbeitung und Entwässerung, durch Zufuhr der fehlenden mineralischen Düngerstoffe, Erträge abgerungen werden können, welche denen besten Acker- und Wiesenlandes gleichkommen. Dieses gilt namentlich von den kalk- und stickstoffreichen Niederungsmooren, die zur Erzielung reicher Erträge nur einer Kali- und Phos-

[1] Die größten Moorflächen finden sich in der Provinz Hannover, reich an Moorland sind aber auch viele andere Gegenden Deutschlands, vornehmlich Schleswig-Holstein, Pommern im Norden, Bayern im Süden.

Digitized by Google

phorsäuredüngung bedürfen. Während der Kriegszeit, in der wir das Moorland ganz besonders nötig haben, fehlt uns freilich der Phosphatdünger sehr, sobald es sich um neu erschlossene Moorstrecken handelt. Altes Moorland, das früher gut gedüngt wurde, enthält eine hinreichende Menge Phosphorsäure aufgespeichert, so daß man die Phosphordüngung herabsetzen kann. Liegen saure Böden, Hochmoore und Übergangsmoore vor, so wirken auch die uns zur Verfügung stehenden belgischen Phosphate. Das für die Erschließung des Moorbodens so außerordentlich wichtige Kali haben wir in reichlichen Mengen im eigenen Lande.

Die Vergrößerung der Kulturflächen und Vermehrung der Pflanzenerzeugung ist nach Aussage eines unserer besten Kenner, Professor Tacke, auf vielen tausenden Hektaren Moorboden ohne große vorbereitende Arbeiten, Entwässerung usw., auch jetzt durch Anwendung geeigneter Motore und Verwendung der Arbeitskraft der Kriegsgefangenen möglich. Gerade für die Moorkultur eignen sich die mit Landarbeiten vertrauten russischen Kriegsgefangenen sehr.

Während die Erschließung der Niederungsmoore, die zumeist in kleineren Parzellen über landwirtschaftlich genützte Flächen vorkommen, der Landwirtschaft keine großen Schwierigkeiten bereitet, wird die Nutzbarmachung der Hochmoore dadurch erschwert, daß sie, vielfach von mineralischem Ödland umgeben, große zusammenhängende Flächen darstellen.

Die Erschließung der stickstoffreichen Niederungsmoore ist mit Hilfe der uns zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte leicht zu bewerkstelligen. Neben der einheitlichen Urbarmachung großer Moorflächen kommt auch die rationelle Bewirtschaftung kleinerer Flächen für die Gartenwirtschaft in Frage. Dieselbe ist lohnend. In den nordholländischen Moorgegenden blüht die Gemüsekultur seit vielen Jahren, die jüngsten Versuche der Moorversuchsstation in Bremen haben vor Ausbruch des Weltbrandes auch bei uns glänzende Ergebnisse gezeitigt. Wir werden auch nach dem Friedensschluß nicht sofort wieder Lebensmittel in großen Mengen einführen können. Um einer andauernden Lebensmittelteuerung im eigenen Lande vorzubeugen, müssen wir in erster Linie die heimatliche Scholle ganz urbar machen und ihr die höchsten Erträge abzugewinnen suchen.

Schwierigkeiten treten uns entgegen, wenn wir die stickstoffarmen Öd-

Digitized by Google

ländereien der Land- und Gartenwirtschaft erschließen wollen, weil wir an Stickstoffdünger keinen Überfluß haben. Die Sprengstoffindustrie verschlingt natürlich ungeheure Massen Salpeter, so daß nur verhältnismäßig kleine Mengen für die Landwirtschaft und ihre Kolonisationsaufgaben zur Verfügung gestellt werden können. Auch durch Ammoniakdünger können wir jetzt den Fehlbetrag nicht decken, früher lieferte ungefähr die Hälfte des von uns bisher zur künstlichen Düngung verbrauchten Stickstoffes Chile in Form von wertvollem Salpeter. Diesen gewinnen wir jetzt künstlich im eigenen Lande nach dem Haberschen Verfahren, der genialsten Erfindung dieses Jahrhunderts, aber wir dürfen nicht vergessen, daß die Heeresverwaltung ungeheure Mengen verbraucht. Unter dieser Tatsache muß natürlich die Erschließung der stickstoffarmen Moore während der Kriegszeit leiden. Schweigen die Kanonen, haben die Glocken den Frieden durchs Land gerufen, so wird die große Aufgabe der inneren Kolonisation zu Ende geführt werden. Unsere Großindustrie, die so überaus Glänzendes auch in der Moorkultur schon leistete, wird mit verdoppeltem Eifer ihre Hebel ansetzen.

Zur Inbetriebsetzung ihrer Dampfmaschinen und Motore hat sie täglich viele Millionen Wärmeeinheiten nötig. Anfangs war für sie der Torf, dessen Heizwert von dem der Nußkohle um das Dreifache übertroffen wird, der sich infolge der hohen Bahnfrachten außerordentlich teuer stellte, ein ungeeigneter Brennstoff. Diese Übelstände, der verhältnismäßig geringe Heizwert und die hohe Bahnfracht, riefen lange vor Ausbruch des Krieges in Frank den genialen Gedanken wach, die Krafterzeugungsstationen in das Moorgebiet selbst zu verlegen. Der Gedanke wurde zur Tat. Versuche auf einer Zeche bei Sodingen, den Torf zu vergasen, um wertvolles Ammoniak zu gewinnen, ergaben ein glänzendes Resultat. Eine Tonne Torf mit 1,05 Proz. Stickstoff lieferte bis zu 40 Kilogramm schwefelsaures Ammoniak, wertvollen Stickstoffdünger. Der Stein war im Rollen. Die Hannoversche Kolonisations- und Moorverwaltung in Osnabrück schuf bei Papenburg eine Anlage, um die Stadt Osnabrück mit elektrischem Strom zu versorgen. Dieser wurde vor dem Kriege durch drei Großgasmaschinen zu je 1000 Pferdekräften erzeugt. Aus dem Gas wurde das Ammoniak wie in den Kokereien und Gasanstalten als schwefelsaures Salz gewonnen. Die abgetorften Moorflächen wurden an Kolonisten übergeben.

Digitized by Google

In ähnlicher Weise legte man auch in anderen Moorgegenden große Zentralen an, um das Moor abzubauen und seine Wärmeenergie nutzbar zu machen. So ist seit einer Reihe von Jahren das Auricher Wiesmoor durch die preußische Domänenverwaltung der Landwirtschaft erschlossen. Die moderne Technik mußte die Pionierarbeiten leisten, d. h. in gewinnbringender Weise für die Entfernung des Torfes sorgen. Es geschah dieses durch die Anlage einer großen Zentrale, welche vom Fiskus im Verein mit der Firma Siemens & Schuckert errichtet wurde. Schon im Jahre 1910 konnte sie bei einer Leistungsfähigkeit von 2500 Kilowattstunden 8 Millionen Kilowattstunden abgeben, zu deren Erzeugung 2400 Doppelwaggons Torf verbrannt wurden.

Auf diese Beispiele aus der geschichtlichen Entwicklung der Moorkultur können wir uns beschränken, sie gewähren einen Einblick in die Methoden. Industrie und Landwirtschaft, Techniker und Bauer arbeiten Hand in Hand. Diese Arbeiten, welche auch der Krieg nicht unterbunden, sondern nur zeitweise in ihrem Fortschritt gehemmt hat, sind von größter Wichtigkeit in wirtschaftlicher Beziehung. Einmal wird der Landwirtschaft gute Erträge liefernder Boden erschlossen und das wiederum bedeutet, daß einer großen Anzahl deutscher Männer die Möglichkeit gewährt wird, bodenständig zu werden. Sodann wird der Industrie eine gewaltig fließende Energiequelle erschlossen, eine Energiequelle, die uns die fehlenden Wasserkräfte ersetzt. Überdies gewinnen wir jährlich zur Düngung unserer Felder beträchtliche Mengen schwefelsauren Ammoniaks.

Innere Kolonisation bedeutet innere Bereicherung. Niemals darf der erschlossene Acker der Bodenspekulation anheimfallen, wir müssen dafür sorgen, daß deutsche Eigenansiedelungen in deutschen Landen geschaffen werden!

Notizen

Der „Statist" über die Pariser Konferenz. „... Englands Interesse bedingt vor allem, daß es völlig freie Hand behält, um sich mit allem zu versorgen, sowohl mit Nahrungsmitteln wie Rohmaterialien. Es ist unleugbar, daß wir unseren Kolonien sehr viel Dank schulden, trotzdem muß jeder zugeben, daß es im beiderseitigen Interesse liegt, weder seitens Englands noch der Kolonien etwas zu unternehmen, das die gegenseitige Freiheit des Handelns einschränkte, aber alles zu tun, um jedes einzelnen künftiges Gedeihen und Kraftentfaltung zu stärken. Die Kolonien können uns fraglos mit einer Menge Nahrungsmittel und Roh-

Digitized by Google

material versehen. Es können aber dort Mißernten und andere widrige Umstände vorkommen, und es liegt weder in ihrem, noch in unserem Interesse, wenn wir dann, weil wir gebunden wären, darunter zu leiden hätten. Dasselbe ließe sich von unseren Alliierten sagen. Wir würden ihnen einen schlechten Dienst erweisen, wenn England irgendwie geschwächt würde. — Es liegt also im allseitigen Interesse und ist die erste Pflicht der englischen Regierung, keinerlei bindende Abmachungen zu treffen, die die Wohlfahrt und Kraft des Landes gefährden könnten. Die Hauptsache, nach der wir alle miteinander gemeinsam und jeder für sich streben müssen, ist, daß wir leistungsfähiger werden. Es wird uns wenig nützen, Schranken gegen Deutschland aufzurichten, sofern wir nicht dahin gelangen, soviel zu leisten, wie Deutschland leistete. Um das zu erreichen, müssen wir nach Zunahme unserer Bevölkerungszahlen streben, deren Abnahme Frankreich so geschadet hat; ferner müssen alle Volksklassen für intelligentes Arbeiten vorgebildet werden, sowohl ihr Wissen wie ihre Fertigkeit müßten sich bessern. Wenn wir das erreichen, können wir getrost Deutschland sich selbst überlassen." Es ist charakteristisch, daß nüchterne kaufmännische Urteile, wie sie von den amerikanischen Zeitungen oft gegeben werden, von derselben (offen geäußerten) Skepsis über die Wirkung der Konferenzbeschlüsse bestimmt sind: „New York Times", „Sun" und „World" betonen, daß die Pläne der Alliierten den wirtschaftlichen Gesetzen zuwiderlaufen und zu gefährlich sind, um ernst genommen zu werden. „New York Times" sagt, daß die Pläne der Alliierten eine Reaktion gegen deren Urheber hervorrufen würden, da sie sich als ebenso schädlich für die Alliierten selbst wie für Deutschland erweisen würden. „Sun" meint, die Beschlüsse der Konferenz seien überhaupt nicht ausführbar.

Hughes! Im „New Statesman" schrieb ein australischer Korrespondent aus Melbourne eben recht zur Pariser Konferenz: „Die außerordentliche Verhimmelung des Mr. Hughes durch die Tory-Partei und -Presse in Großbritannien ist in Australien mit einer Mischung von Amüsement und äußerstem Erstaunen beobachtet worden. In Ergänzung dazu sagt „The British Australasian": „Um sein Gewicht zu verstärken, stellt ihn die Northcliffe-Presse als Mundstück und als Vertreter der Meinung Australiens hin. Das ist einfach unwahr. Kaum eine maßgebende Zeitung in Australien oder Neuseeland gibt es, die den Hughes-Rummel nicht durchschaut und ihn nicht verhöhnt, weil er sich als Waffe gegen die Regierung gebrauchen läßt. Dazu haben englische Männer wie Frauen ihn zum Löwen der Saison erkoren, ihn den zündenden Funken der nationalen elektrischen Maschine genannt. Für uns in Australien entbehrt diese Situation nicht des humoristischen Beiklanges. Doch trotz unseres australischen offenen Sinnes für das Lächerliche solcher Verherrlichung macht uns doch die Sensation, deren Mittelpunkt Hughes ist, viel Spaß." Zu seinen „Erfolgen" auf der Konferenz sagt der „Economist": „Selbst Hughes hat dem „Matin"-Ausfrager gegenüber zugegeben, daß er nicht daran denke, jegliche Verbindung mit Deutschland abzubrechen . . ."

Der Boykott Deutschlands. Die italienische Wirtschaftszeitung „Econo-

Digitized by Google

mista" schrieb Anfang Juni: „Der Direktor der Finanzzeitung in Petersburg, Titof, ein einflußreiches Mitglied der Duma, hat in diesen Tagen offen ausgesprochen, daß die Handelsbeziehungen zwischen Rußland und Deutschland tatsächlich nicht beendigt und ausgetilgt sind, sondern nur unterbrochen, und daß sie wieder aufgenommen werden, falls Rußland für seine Ernährungserzeugnisse nicht einen anderweitigen Absatz bei den verbündeten Ländern findet. Können Frankreich und England Rußland versprechen, seine gesamte Getreideproduktion aufzunehmen und gleichzeitig die Industrialisierung des russischen Reiches zu unterstützen? Das ist eines der größten und wichtigsten Probleme der Frage der Wirtschaftsbeziehungen nach dem Kriege."

Griechenland und Italien. Der „Idea Nazionale" ist die „griechische Frage der Kernpunkt des größten balkanischen, orientalischen und mittelmeerländischen Problems, in dem Italien widerspruchslos die erste und am unmittelbarsten interessierte Macht ist". „Die Frage des Epirus hängt eng mit dem adriatischen Problem, also mit der unmittelbaren strategischen Sicherheit unseres Meeres und unserer Küsten zusammen." „Mit den Fragen von Saloniki und Kawalla hängt die Gestaltung der ganzen künftigen Balkanlage zusammen, ‚die uns mehr berührt als irgendeine andere Macht des Vierverbandes'. Mit dem Archipel und Kleinasien greift sie in das Gebiet unserer mittelmeerländischen vitalen Zukunft ein und in unsere Weltmachtstellung; von der einen wie von der anderen Seite berührt sie sich mit zwei Hauptzielen unseres Krieges, dem adriatischen und dem mittelmeerländischen." „Es wäre absurd und unverzeihlich, zuzulassen, daß ein grundlegendes adriatisches und mittelmeerländisches Problem ohne das Einspruchsrecht Italiens gelöst werden könnte. Der auch in gutem Glauben unternommene Versuch, Italien von dieser Lösung der griechischen Frage auszuschließen, wäre die gefährlichste Verletzung des Hauptgrundsatzes der Einheit und der Solidarität des Vierverbandes."

Zu dieser Einheit aber gehört es, daß das Recht des Vierverbandes gegenüber Griechenland nicht auf anachronistischen Verträgen, sondern auf der lebendigen und gebieterischen Notwendigkeit des Krieges beruht. „Das elementare Recht für jeden Kriegführenden ist, die Quertreibereien einer unlauteren Neutralität zu unterdrücken. Die juristischen Fiktionen haben keinerlei ernsten Wert gegenüber dem Zwange der geschichtlichen Notwendigkeit. Die griechische Frage ist nicht nach Verträgen zu beurteilen, sondern nach der Ökonomie des großen Krieges, der eine gewaltig lebendige Sache ist."

Die „Tribuna" benutzt die Gedankengänge zu einer ernstlichen Mahnung an die Regierung: „Bis jetzt ist Italien den Verhandlungen der Entente gegen Griechenland fern geblieben. Die neue Regierung muß aber wissen, daß diese Abwesenheit die Italiener viel mehr beunruhigt und betrübt als selbst der Schimpf der Österreicher im Trentino. Die österreichische Beschimpfung ist sichtbar und läßt sich bekämpfen, aber die Abwesenheit liegt außerhalb der Logik und des Gefühls des Krieges."

Digitized by Google

Italiens vorlautes Ausplaudern politischer Geheimnisse ist bekannt und geschichtlich sattsam bewiesen. Nur schafft es diesmal das Gute, daß die von den übrigen Mitgliedern der Entente sorglich gewahrte Phrase von dem „Schutz der kleinen Nationen" durch den italienischen Bundesbruder jählings und unsanft auf den Boden brutaler Wirklichkeit herabgezogen wird.

Rußlands und Italiens Ansprüche an die Adria. Der Besuch der Duma-Delegation in Italien veranlaßt die russische Presse, in dem freundlich scheinenden Tone, der unter den Verbündeten noch immer an der Tagesordnung ist, sich mit Italiens Ansprüchen auf die Adria höflich, aber deutlich auseinander zu setzen.

„Keiner der Verbündeten will die Rechte Italiens in der Adria beeinträchtigen: trotzdem muß darauf hingewiesen werden, daß die italienische öffentliche Meinung die Position des Südslawentums nicht richtig einschätzt. Der serbische Ministerpräsident Paschitsch hat in Petersburg nicht, wie man in Italien glaubt, die Anerkennung der Hegemonie Italiens in der Adria ausgesprochen, er hat nicht behauptet, daß Serbien nur einen Ausgang zum Meere wünsche. Schon der Begriff Hegemonie widerspricht auf das schärfste den durch Asquith formulierten Kriegszielen der Verbündeten, die in einer Gleichsetzung des Rechts der kleinen Staaten mit denen der Großstaaten bestehen. Wir wissen zwar, daß eine italienische Herrschaft über die Adria die Südslawen nicht an die österreichische Herrschaft erinnern würde. Nichtsdestoweniger müssen die Italiener unser historisches Bestreben verstehen, unsern jungen slawischen Brüdern eine absolut selbständige Existenz zu sichern, die keinerlei Spuren einer Hegemonie tragen darf. Der Ausweg ans Meer, den die italienische öffentliche Meinung, ihrer Presse nach zu urteilen, jetzt anerkennt, muß den festen Besitz eines entsprechenden Ufergebietes in sich schließen, das die Wahrung des ethnographischen Prinzips garantiert. Die genaue Festlegung dieser Grenze ist jetzt ein Ding der Unmöglichkeit: es genügt, wenn sie im Prinzip anerkannt wird. Wir hoffen, daß die Italiener die russisch-italienischen Beziehungen nicht gleich im Morgenrote der Freundschaft einer unnötigen Belastungsprobe aussetzen werden."

Italien braucht nicht nur Triest, sondern auch Istrien und die dalmatinische Küste. Der Triestiner Mario Alberti führt in einem Buch „Trieste de la sua fisiologia economica" aus: „Von dem Besitze der Ostküste des Adriatischen Meeres hängt die Freiheit der italienischen Schiffe im Adriatischen Meere ab. Diese Tatsache ist auch aus wirtschaftlichen Gründen von allergrößter Bedeutung. Der Erwerb von Triest und Fiume, so bedeutsam er wirtschaftlich ist, würde in der Tat die Bedingungen der Entwicklung unseres Seehandels im Adriatischen Meer nicht verbessern, wenn man — eine unzulässige Hypothese — Dalmatien von deren Schicksal ausschließen wollte."

Die Kohlenkrise in Italien. Der „Carlino" meldet: „Während nach dem englisch-französischen Abkommen in Frankreich die Kohlen mit 60 Fr. die Tonne bezahlt werden, kostet die Tonne in Italien noch 240 Lire. Wenn man die monatliche Einfuhr in Italien auf 800 000 Tonnen schätzt, so ergibt dies für Italien

Digitized by Google

im Verhältnis zu den Preisen von 1913 eine monatliche Mehrausgabe von 165 Millionen, die ausschließlich dem britischen Bundesgenossen bezahlt werden, der unser einziger Lieferant für Steinkohlen ist und über neun Zehntel der Schiffe verfügt. In diesen Zeiten, in denen alle militärischen, industriellen und finanziellen Hilfsquellen der Verbündeten zusammengelegt werden, erscheint ein so reichlicher Tribut geradezu unverantwortlich."

„Die deutschen Friedensbedingungen". Die persische Zeitung „Itilaat" teilt, angeblich aus englischen Quellen, folgende deutsche Friedensbedingungen mit:

1. Wiederherstellung aller deutschen Kolonien; 2. Verzicht auf Kriegsentschädigungen; 3. garantierte Unabhängigkeit Polens; 4. Teilung Serbiens, Montenegros und Albaniens unter Österreich und Bulgarien; 5. Vernichtung des englischen Einflusses in der Türkei und Griechenland; 6. die Räumung Belgiens und Nordfrankreichs von deutschen Truppen; 7. die Erhaltung der ganzen Macht Englands; 8. die Anerkennung der russischen Kontrolle über Persien.

Natürlich macht die 8. Bedingung auf das persische Blatt besonderen Eindruck, denn es sagt: „Ohne die einzelnen Punkte dieser kuriosen Friedensbedingungen kritisieren zu wollen, können wir nicht umhin, zu fragen, inwiefern die von Deutschland angebotene russische Kontrolle über Persien die Friedensverhandlungen der europäischen Staaten erleichtern kann? Übrigens beweist dieser Persien betreffende Punkt, wessen sich unser Land von der deutschen Freundschaft zu gewärtigen hat."

Die „Nowoje Wremja" bemerkt dazu, die Erfolge der russischen Truppen seien also doch nicht umsonst gewesen. Was doch wohl die Erfolge der russischen Propaganda in Persien heißen soll, der Wunsch und Verhetzung Englands nur tüchtig sekundieren?

Wie England Propaganda macht. Im Lichtspieltheater St. Gotthard in Bern wird ein Film vorgeführt, in welchem gezeigt wird, wie England eine Armee von 3 Millionen Mann geschaffen hat, wie das Kriegsmaterial hergestellt wird und wie die englische Flotte auf hoher See operiert.

Richard Wagner in London. „Daily News" verzeichnen das Ereignis, daß zum ersten Male eine Wagner-Oper in London aufgeführt worden ist: „Tristan und Isolde" wurde im Aldmych-Theater gegeben. Die Begeisterung war, wie die „Daily News" berichtet, sehr groß. „Es wird wohl Leute geben," meint das Blatt, „die dies bedauern und es als ein Zeichen des nationalen Verfalles auffassen. Die Majorität des vernünftiger denkenden Publikums wird jedoch darin ein begrüßenswertes Zeichen sehen."

Zum „Fall Förster" schrieb die „Frankfurter Zeitung": „Ludwig Thoma, der bekannte Schriftsteller, veröffentlicht im „März" eine Glosse zum Fall Förster. Wir möchten nicht unterlassen zu bemerken, daß diese Äußerung skandalös ist. Daß Förster Herrn Thoma nicht gefällt, ist seine Sache, aber wenn er es für nötig hält, das auszusprechen, dann darf man erwarten, daß der Schriftsteller Thoma das in einer Art tue, die einem Manne von dem geistigen Range Försters gerecht werde. Ein Ludwig Thoma hat doch auch einen Ruf zu wahren."

Digitized by Google

Die „Tägliche Rundschau" und die „Weißen Blätter". Der Übergang des Verlags der „Weißen Blätter" nach Zürich hatte der „Täglichen Rundschau" Anlaß gegeben zu folgern: „Jetzt ist anscheinend auch den „Weißen Blättern" der deutsche Boden Leipzigs zu heiß geworden, und sie sind ihrem Herrn und Meister dahin gefolgt, wo ihr verwaschen-internationales Fühlen sich in neutraler Umgebung ungefährdeter Luft machen kann." Dazu bemerkt die „Hilfe" in ihrem „Sprechsaal": „Die „Weißen Blätter" sind keine literarische Zeitschrift, wie es etwa noch die „Neue Rundschau" ist. „Literatur" im alten Sinne gibt es für das junge Deutschland nicht. Sein Kampf ist kein formalistischer, ist ein Weltanschauungskampf. Nur daß diese Weltanschauung nicht programmatisch, nicht objektiv festgelegt sein kann, weder in politischer noch ethischer Richtung, noch gar inhaltlich als national oder international. Hinter den verschiedenen und ungleichen Äußerungen der neuen Weltanschauung stehen Menschen, die nur auf eins sich gebunden, auf die Fahne der Freiheit geschworen haben, der Freiheit des Denkens und der Freiheit des Willens, Menschen, fern von einer „literarischen" Anschauung der Welt. Das Inhaltliche der einzelnen Äußerung mag fremd, gegensätzlich, selbst gefährlich sein. Der Lebenswille einer neuen Generation ist immer da."

Literatur

R. Sieger, Die geographischen Grundlagen der österreichisch-ungarischen Monarchie und ihrer Außenpolitik. Leipzig und Berlin 1915, B. G. Teubner.

R. Sieger, Der österreichische Staatsgedanke und das deutsche Volk (Band XI der Zeitschrift für Politik, herausgeg. v. Schmidt u. Grabowski, Heft 1,2. Berlin 1916, C. Heymann).

R. Sieger, Aus der Kriegszeit für Friedenstage. Gesammelte Aufsätze. Graz u. Leipzig 1916, Leuschner & Lubensky.

Erdkundliche Darstellungen, die für Erörterungen über den Gegenwartskrieg und den künftigen Frieden einen sicheren Boden tatsächlicher Kenntnisse bereiten möchten, mehren sich so stark wie die Kriegsliteratur im allgemeinen. Das ist erfreulich; denn es beweist die Ehrlichkeit, mit der unter uns Barbaren nach Verständnis für die Wirklichkeit gestrebt wird. Es ist zugleich bedauerlich; denn das Übermaß dieses erdkundlich-politischen Schrifttums erschwert dem Laien die Herausfindung des wahrhaft Wertvollen. Um so nachdrücklicher muß auf die Arbeiten des Grazer Universitätsprofessors der Geographie hingewiesen werden; denn was R. Sieger über die österreichisch-ungarische Außenpolitik geschrieben hat, später über die Stellung der Deutschen im Habsburger Doppelstaat zu ihrer Monarchie und zum deutschen Gesamtvolke, das fördert für nachdenkliche Leser aufs glücklichste die Einsicht von der tiefen Verankerung alles Staatslebens nach außen wie innen in die geographische Eigenart des Bodens, der dem Staate zugehört. Und die gesammelten Aufsätze des Hochschullehrers, die zunächst in Tageszeitungen oder in

Digitized by Google

Zeitschriften mannigfachster Art erschienen sind, besitzen als Niederschläge von Zeitstimmungen Zukunftswert, lassen uns Reichsdeutsche in österreichische Hoffnungen und Anschauungen freundliche und wohltuende Einblicke gewinnen, sind überdies anmutende Muster, wie landeskundliche Kenntnisse auch Laien schmackhaft gemacht werden können, wenn ihnen politische Nahrung zugeführt werden soll. Sieger setzt mit ruhiger, sicherer Klarheit auseinander, daß Österreich-Ungarn, wenn es schon durch die Entwicklung seines Herrscherhauses rein geschichtlich zum gegenwärtigen Landbesitz gelangt zu sein scheint, doch keineswegs ein Zufallsstaat sei, dem dauerhafte Grundlagen fehlen, daß es sich vielmehr als ein geographisch wohl abgerundetes Ländergebiet darstelle, bestehend zwar aus einer Reihe landschaftlicher Einheiten, die aber alle zum Wiener Becken sich öffnen, dagegen nach außen durch Gebirgsgrenzen abgeschlossen sind. Zudem gewahrt man unschwer eine vorherrschende Nordwest-Südost-Richtung in den Gebirgen, Flußläufen, in der Achsenrichtung des Adriatischen Meeres, ein Umstand, auf dem die Bedeutung dieses Staatengebildes für die europäische Gesamtpolitik beruht. Der Gedanke des Gesamtstaates ist hier durchaus territorial, geographisch zu fassen. Ihm entgegen zu stehen scheint die Wertschätzung, deren sich der Gedanke des Nationalstaates erfreut oder erfreut hat. Weit über den Rahmen des Verständnisses für Österreich-Ungarn hinaus geht nun die Abwägung in den Siegerschen Schriften über die Bedeutsamkeit des geographischen Raums einerseits und des einheitlichen Volkstums für den Aufbau eines jeden Staatswesens anderseits und führt doch zugleich hinein in ein tiefes Begreifen des besonderen Wesens, das dem österreichisch-ungarischen Nationalitätenstaat zu eigen ist, vornehmlich der Rolle, die den deutschen Bevölkerungsschichten zukommt sowohl in ihrem Verhältnis zu anderen Volksteilen des Habsburger Reiches wie in den zu den Reichsdeutschen außerhalb der schwarzgelben Grenzpfähle. Deutschösterreich ist gleich wichtig als Träger des gesamtösterreichischen Staatsgedankens wie als Träger des Bündnisses mit dem Deutschen Reiche. Wegen dieser Bedeutsamkeit des österreichischen Deutschtums muß es kulturell, wirtschaftlich, politisch kraftvoll sein, darf nicht in Parteien sich zerfasern, deren Gegensätze doch nur klein sind im Vergleich zur großen geschichtlichen Aufgabe. Es ist nicht nur ein Genuß, zu verfolgen, wie in diesen Auseinandersetzungen aus wissenschaftlicher Erfassung der Wesenheiten von Land und Staat unmittelbare Klärung der staatlichen und wirtschaftlichen Aufgaben sich ergibt, die das Volk zu lösen hat, sondern mehr noch wird es zu einer Pflicht auch des reichsdeutschen Politikers, zu diesen Siegerschen Schriften zu greifen, um selbst mit Hand darzureichen für die Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnis auf das flutende Leben. F. Lampe

Goldmann, Nachum: Von der weltkulturellen Bedeutung des Judentums. München, F. Bruckmann, A.-G., 1916. 53 S. gr. 8. (Weltkultur und Weltpolitik. Deutsche und österreichische Schriftenfolge. D. F. 8.)

Digitized by Google

Das Judentum in seiner weltkulturellen Bedeutung zu erfassen, ist eine Aufgabe, die jeden reizen muß, der sich darüber klar ist, daß der jüdische Stamm nicht bloß in dem Lande seiner Entstehung die ganze abendländische Kultur auf das Tiefste beeinflußt hat, sondern daß dieses Volk der Bibel auch weiter seiner Aufgabe treu geblieben ist, nachdem es längst vom heimatlichen Boden vertrieben worden war. Tausend Fährnisse und Verfolgungen vermochten nichts zu vernichten. Die Furchen, die Pflüger in seinem ältesten Altertum auf seinem Rücken gezogen haben, sind noch zu sehen, daneben die Narben mittelalterlicher Schläge und die offenen Wunden der Jetztzeit.

Trotzdem ist nicht daran zu denken, daß dieses uralte Volk vom Schauplatze der Weltgeschichte abtritt. Die Weltkultur der Zukunft, die von selber das Gepräge des Siegers in diesem Weltkriege tragen wird, wird auch weiter vom jüdischen Geiste mit beeinflußt sein. Diese Kultur der Zukunft, deren deutsche Eigenart Goldmann für gesichert hält, wird in der zum großen Teile deutsch-sprachigen Judenheit nicht bloß einen Vermittler in die fernsten Länder finden, sondern auch einen Mitschöpfer. Denn das Judenvolk will sich, wie das deutsche Volk in seinem Geschick, das es sich selbst schmiedet, nicht bloß ausleben, sondern gehorcht dem kategorischen Imperativ eherner Pflicht, indem es sich zum Schöpfer und Träger weltkultureller Gedanken macht. Diese von deutschem Geiste der strengen Pflichterfüllung und disziplinierter Unterordnung unter das Ganze getragene und durchdrungene Weltkultur, die in ihrem wesentlichsten geistigen Teile doch wieder auf dem im Judentum geborenen biblischen Altertume beruht, wird ihre Bahnen nach dem Osten führen, und der wiedererwachende Orient wird eine neue Befruchtung durch den weltkulturellen Hauch deutschen Geistes empfangen, ohne daß den nationalen Gebilden Vorderasiens die ihnen fremde Nationalität aufgeprägt werden soll. Judentum und Deutschtum, deren Auffassung der eigenen nationalen Würde als nationale Bürde von Pflichten sie trotz aller Verschiedenheiten geistig verwandt erscheinen läßt, werden im Zionismus, wie dies bereits der Fall ist, als dem Träger der vorderasiatischen Wiedergeburt, ihr Bindeglied finden.

Die Goldmannsche Schrift, die in tief eindringender Weise und mit großer Sachkenntnis ebenso wie mit feinem historischem Blick in diese Fragen hineinleuchtet, will keine erschöpfende Darstellung dieser Probleme geben, die nur in ganz großen, weit angelegten Werken einigermaßen erledigt werden können. Aber sie weist den Weg, der zu gehen ist, und die reichen Anregungen, die uns das Heft gibt, werden uns nicht bloß eine vertiefte und geläuterte Auffassung unserer eigenen orientalischen Aufgaben bringen, sondern werden in ruhigeren Zeiten den wissenschaftlichen Ausbau erfordern, den diese Gedankenfolge gebieterisch verlangt. Goldmanns Schrift ist ein sehr beachtenswerter Beitrag und weist neue Wege in Weltkutur und Weltpolitik. Wünschenswert ist es aber, daß der Verfasser in ruhigeren Zeitläuften Ruhe und Muße findet, um die hier in großem Wurfe gegebenen Gedankengänge auszubauen. Heinrich Loewe

Nachdruck aus dem Inhalt unter genauer Quellenangabe gestattet.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Prof. Dr. Karl Hönn, Berlin W, Wilhelmstraße 62. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Weimar. Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

1. Jahrgang * 14. Juli 1916 * Heft 29

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Der geopolitische Zwang

Von Professor Dr. E. Jäckh

Die Darstellung (in Nr. 25 der „Deutschen Politik") unseres „größeren Mitteleuropa" als der politischen Bundeseinheit der vier Völker (von Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien, Türkei) und als eines politischen „Organismus", der „organisch" geworden ist, hat uns aus den Schützengräben des Westens und des Ostens vielerlei freudige Zustimmung gebracht, zugleich auch mancherlei Fragen und Bitten, besonders diejenige, den Begriff der „Geopolitik" noch weiter zu veranschaulichen. Da ein „geopolitisches" Denken uns tatsächlich als die Kraft erscheint, die dazu befähigt, Weltpolitik zu leisten und zu beurteilen (handelnd also oder auch betrachtend), die notwendigen Ursachen des Weltkrieges ebenso zu verstehen wie die wesentlichen Ziele dieses Krieges zu erfassen, so sind jene Anregungen aus dem Schützengraben uns sehr willkommen. Die ganze Schwere dieses Weltkrieges wird leichter, wenn er nicht nur als die „Schuld" irgendeines Staatsmannes erscheint, nicht als die Folge von „Versäumnissen", von „verpaßten Gelegenheiten", nicht als die Wirkung falscher Wegrichtungen, von Laune oder Willkür — — sondern wenn er klar und scharf wird als das „geopolitische" Schicksal von Völkern, als der Zusammenprall von Willensnotwendigkeiten, die aus geographischen Grundlagen gewachsen sind zu politischen Nötigungen, zum geopolitischen Zwang. Freilich — die Menschen und Männer sind genau so notwendig, die diese Grundlagen einer weltpolitischen Gesetzmäßigkeit erkennen und darnach handeln.

In der Auseinandersetzung des deutschen „Mitteleuropa" (von der Nord-

Digitized by Google

see bis zum Persischen Golf) mit dem russischen „Mittelasien" (quer über den balkanisch-türkischen Körper) und mit dem englischen Mittelasien (quer über den arabisch-türkischen Körper) hat Deutschland nicht nur die „measures", sondern auch die „men" gehabt, nicht nur die Maßstäbe der Gesetzmäßigkeit gesehen, sondern auch die Persönlichkeiten mit Zielsicherheit verwendet. Das zeigt folgende Termintafel[1]:

1867: Karol von Rumänien sieht und zeigt die deutsche Bestimmung: „südostwärts sich zu wenden und auf diesem Weg die Völker zu entwickeln", und besteigt mit dieser Begründung den Thron in Bukarest.

1870: Der türkische Staatsmann Ali Pascha sieht nach der Schlacht bei Sedan im siegreichen Deutschland die Großmacht, deren eigenes Interesse es sein wird, die Türkei zu erhalten und zu entwickeln.

1878: Bismarck wirkt auf dem Berliner Kongreß für die Erhaltung der Türkei und legt die Grundlage für die Entwicklung Bulgariens.

1879: Bismarck entscheidet sich im Zweibundvertrag für Österreich-Ungarn und gegen Rußland, nimmt also selbst den Weg balkanwärts.

1888: Der erste Balkanzug Berlin—Wien—Sofia—Konstantinopel wird vom Fürsten von Bulgarien begleitet, dem die symbolische Bedeutung bewußt wird.

1889/90: Die erste Kaiserreise nach Konstantinopel, die die Grundlagen für die Bagdadbahnpolitik bringt; und zugleich auf der anderen Seite der Gewinn von Helgoland.

1898: Die zweite Kaiserreise in die Türkei und die Fortführung der anatolischen Bahn als Bagdadbahn; zugleich das Flottenprogramm als Fortsetzung des Helgolandwillens.

1908: Das Kaiserwort von der feindlichen Einkreisungspolitik, die „Deutschlands einzigen und letzten Landweg in die Welt" sperren will: balkanwärts zum Orient.

1912: Die Warnung des deutschen Botschafters in Konstantinopel an Rußland, daß das türkische Vorderasien ein „Rührmichnichtan" sei.

1914: Die deutsch-türkische Waffenbrüderschaft gegen Rußland, England und Frankreich.

1915: Die Eingliederung des bulgarischen Mittelstücks in den Zusammenhang „von Helgoland bis Bagdad".

[1] Aus Heft 22 der „Schützengrabenbücher", Verlag von Karl Sigismund in Berlin: E. Jäckh, „Die Türkei und Deutschland".

Digitized by Google

1916: Der gemeinsame Sieg und die gemeinsame Sicherung dieses „Mitteleuropa".

Ist das nicht eine folgerichtige Entwicklung, eine geschichtliche Gesetzmäßigkeit, eine diplomatische Arbeit — ebenso still wie sicher?

Und einige feindliche Gegenminen:

1879: Das russische Wort vom „Zweifrontenkrieg gegen Deutschland" und vom „russisch-französischen Bündnis" zur Revanche gegen Bismarcks Berliner Kongreßpolitik.

1898: Die französisch-englische Verständigung über das mohammedanische Nordafrika.

1904: Der russisch-französische Zweibund.

1907: Die russisch-englische Verständigung über das mohammedanische Mittelasien.

1908: Die russisch-englische Verständigung über die Türkei und den Balkan.

1912: Der russisch-englisch-französische Balkanblock gegen Türkei, Österreich-Ungarn und Deutschland; d. h. der Querriegel gegen „Deutschlands einzigen und letzten Landweg in die Welt".

1914: Der Weltkrieg aus dem Orient und um den Orient.

Ein Schicksal spricht aus solchen Zahlen: die Unentrinnbarkeit dieses Weltkrieges; aber auch die Unerschütterlichkeit dieses Weltteils, in dem Deutschland und die Türkei die Eckſteine sind, Österreich-Ungarn und Bulgarien den Zusammenschluß herstellen.

Diese Beurteilung deckt sich durchaus mit einem der besten Bücher und Politiker: Rudolf Kjellén, dem schwedischen Historiker und Parlamentarier, der sein von uns schon vor Jahresfrist erwähntes Buch „Die Großmächte der Gegenwart" jetzt ergänzt hat durch „Die politischen Probleme des Weltkrieges". Beide Bücher (beide bei Teubner in Leipzig erschienen) sollten bei niemand fehlen, der wirklich ernsthaft Weltpolitik verstehen und treiben will! R. Kjellén schließt dort eine Gegenüberstellung der Notwendigkeiten, die wir mit den Begriffen des „deutschen Mitteleuropa", des „russischen Mittelasien" und des „englischen Mittelsien" veranschaulicht haben (und auf die wir nochmals zu sprechen kommen):

„Wir sind durch die eigene Logik der Geographie, bei der sich das

Digitized by Google

eine Glied notwendig aus dem andern ergibt, zu diesem Endziel von Deutschland (Mitteleuropa plus Mittelafrika) geführt worden. Als organischer Gedanke überrascht auch der Umstand, daß das Reich der Mitte in Europa das Reich der Mitte in der ganzen alten Welt werden würde. Auch dieses Großdeutschland würde seinen Charakter als Zentralmacht bewahren, sogar bis hinein ins dunkelste Afrika würde es auf beiden Seiten von den Besitzungen anderer flankiert werden — nur die große Völkerbrücke zwischen den Weltteilen (zwischen Ägypten und Indien) würde demgemäß unter seinem Einfluß stehen. Das Ziel kann schwindelnd erscheinen und ist im Grunde doch *mehr defensiv als offensiv*. In dem Streben, die Integrität der Türkei zu bewahren, hält es gegenüber russischer Agressivität an den Dardanellen und gegenüber englischer Agressivität an der Persischen Bucht an einem klarem Status quo fest. Mit seiner Spitze gegen Ägypten ist es bestrebt, ein von England verletztes Rechtsverhältnis wiederherzustellen, da Deutschland dort als Verfechter und Vollstrecker eines von der Türkei nie aufgegebenen Anspruches auftreten würde. . . . . Auf seinem Gewinnkonto stehen auch Posten außerhalb der eigenen Machtfragen; es würde ein planetarisches Gleichgewicht schaffen, indem es eine gleichwertige Macht an Rußlands und an Englands Seite stellen würde; und zugleich würde es durch Einordnung des Unruheherdes auf dem Balkan in einem festen Zusammenhang Europa Frieden bringen. (Kjellén bezeichnet dann den deutsch-russischen Gegensatz an den Dardanellen und den deutsch-englischen Gegensatz bei Suez als „unversöhnlich" und fährt fort:) Wir stehen hier an einem Punkt, an dem sich die Großmachtwillen mit politischer Notwendigkeit gegenseitig kreuzen. So pflege ich *unlösbare Konflikte* zu bezeichnen. Aus dem gleichen Grunde mußten Japan und Rußland 1904 das Schwert ziehen; der Schneidepunkt hieß damals Port Arthur. Ebenso mußte Frankreich 1898 einen demütigenden Rückzug antreten; der Schneidepunkt hieß damals Faschoda. Solange es Rußland als eine Lebensfrage ansah, zum Mittelmeer hinauszukommen, und Deutschland, den Indischen Ozean zu erreichen, war kein Friede und keine Versöhnung möglich, weil das eine Programm das andere reinweg ausschließt. . . . Also: der *geographische Schwerpunkt des Weltkrieges* liegt in den Ländern des türkischen Sultans,

Digitized by Google

diesem wirklichen „Reich der Mitte" zwischen drei Weltteilen. Wie drei Flüsse von verschiedenen Bergen, strömen hier drei starke Willen zusammen und türmen sich gegeneinander auf. Drei Mächte ersten Ranges suchen hier ihre nächsten Entwicklungsmöglichkeiten: Deutschland seine Bewegungsfreiheit, Rußland sein „warmes" Meer, England seinen territorialen Zusammenhang (von Ägypten bis Indien) in der Kolonialwelt. Zwischen den beiden letzteren (England und Rußland) konnte eine Vereinbarung auf der Basis eines Ausgleiches zwischen Mesopotamien und den Dardanellen erreicht werden. Zwischen Deutschland und England schien ebenfalls ein Ausgleich auf einer Seite des Schauplatzes möglich, nämlich in bezug auf die Binnenlandrichtung und den Endpunkt der Bagdadbahn. Zwei unlösbare und unversöhnliche Punkte an den Reibungsflächen aber blieben noch übrig: der Suezkanal zwischen Deutschland und England und die Dardanellen zwischen Deutschland und Rußland. Der erstere Gegensatz war vor dem Krieg noch gebunden, er schlummerte in den objektiven Möglichkeiten der Karte; der letztere aber war schon von Anfang an lebendig. Da Rußland unbedingt nach Konstantinopel wollte und Deutschland sich dem unbedingt widersetzte, *war der Weltfriede nicht mehr zu retten*. Das ist der Ertrag der Geopolitik in bezug auf das Werden des Weltkrieges; Sache des Moralisten mag es dann sein, zu beurteilen, auf welcher Seite die Schuld liegt, auf der, die (wie Rußland) den Status quo über Bord werfen wollte, oder auf der, die (wie Deutschland) ihn zu bewahren strebte."

Diese Darstellung bestätigt auch den wesentlichen *Gewinn des Weltkriegs* für Deutschland — in der Tatsache eben des gesicherten Zusammenhangs über den Balkan bis nach Bagdad und bis vor Suez ...

Die *Geopolitik* — sagt Kjellén — stellt gewisse Anforderungen an die Staaten in ihrer Eigenschaft als Reiche, die zwar mit den Zeiten wechseln, aber zu jeder Zeit als kategorisch angesehen werden müssen; insbesondere: genügende Ausdehnung, Bewegungsfreiheit und Möglichkeit zu starkem Zusammenhalt.

Rußland fehlt es an der zweiten Eigenschaft (es hat keine „Bewegungsfreiheit", weil es vom Weltmeer abgesperrt ist, und es will darum nach Konstantinopel). England fehlt es an der dritten Eigenschaft (es hat keinen „inneren Zusammenhalt", weil es die Landbrücke zwischen Mittelmeer

Digitized by Google

und Persischem Golf nicht besitzt, und es will darum diesen Zusammenhang). Beide versuchen also, ihre Bedürfnisse im türkischen Reich zu befriedigen. Deutschland aber fehlen alle drei Eigenschaften — und kann sie nur südostwärts finden. Wie Kjellén formuliert: „Wieder stehen wir vor geographischen Axiomen .... Da die slawischen und romanischen Mauern den Osten und Westen absperren, während im Norden hinter Skandinavien Ödmarken liegen, blieb keine andere Richtung über. Gemäß dem Gesetz des geringsten Widerstandes, mußte Deutschlands Streben, aus seiner geographischen Klemme herauszukommen, naturnotwendig zum „Drang nach Süden" werden" — orientwärts. Daß der Orient (d. h. zunächst Türkei und Bulgarien) ebenso geopolitisch sich entschließen mußten und so nur sich sichern können, ist schon in der „Deutschen Politik" (Nr. 25) ausgeführt. Geopolitisch gehören auch Griechenland und Rumänien nicht in die Rubrik abhängiger Vasallen von der Entente Gnaden, sondern in den Organismus selbständiger Genossen zwischen den Zentralmächten und dem Orient. Daß in Athen und Bukarest die leitenden Persönlichkeiten etwas von Geopolitik wissen und verstehen, das beweist die feste Haltung auch in dieser Zeit.

Streiflichter zur Weltlage XII

Von Professor Dr. Schiemann

Das Hin und Her der Erörterungen über die Seeschlacht am Skagerrak hat im wesentlichen seinen Abschluß gefunden. Wir kennen ganz genau den Umfang der deutschen Verluste an Mannschaft und Schiffen und haben ihn in amtlicher Darlegung des Verlaufs der Schlacht aller Welt kundgetan. Einen entsprechenden amtlichen Bericht Englands hat es bisher nicht gegeben, es steht aber fest, daß die zugestandenen englischen Verluste die unsrigen um das Doppelte übertreffen und daß, was englischerseits verschwiegen wird, dieses Verhältnis noch sehr erheblich zu unseren Gunsten modifizieren würde. Fest steht außerdem, daß England uns alles entgegenwarf was es irgend aufbringen konnte, und trotz der so gewonnenen numerischen Überlegenheit vor der besseren Leitung des deutschen Geschwaders, der größeren Treffsicherheit seiner Geschütze, ihrer stärkeren Durchschlagskraft und vor der bewunderungswürdigen Einheit-

Digitized by Google

lichkeit unserer Aktion einen Rückzug antreten mußte, der dem Stolz der britischen Seeleute um so schwerer gefallen sein muß, als die falschen Siegesfanfaren, die sie ertönen ließen, von ihrem eigenen besseren Wissen Lügen gestraft werden. Bereits streiten die Admirale Jellicoe und Beatty darüber, wen die Schuld an der Niederlage trifft, und wenn es sich bestätigen sollte, daß Beatty durch den Admiral de Roebeck als Kommandanten des Kreuzergeschwaders ersetzt werden soll, hätten wir damit auch das offizielle Zugeständnis erhalten, daß England eine Niederlage erlitten hat. Wenn heute aufs neue französische oder russische Parlamentarier nach England kämen, um die britische Flotte zu bewundern, würden sie den Zugang zu den Häfen geschlossen finden, in denen die kranken Riesen, die so stolz dem Siege entgegendampften, heute ihre wunden Leiber zurechtzuflicken bemüht sind. The glorius first of June ist ein dies nefastus in der Geschichte Englands geworden und wird für alle Zeiten ein Ehrentag unserer Kriegsmarine bleiben.

Wenn einmal die Geschichte dieses Krieges von unparteiischer Feder geschrieben wird, läßt sich erwarten, daß die Fähigkeit der Engländer, Niederlagen zu vergessen oder, sagen wir lieber, als ein Stück bereits völlig beiseite geschobener Vergangenheit nicht weiter zu erörtern, als besonders charakteristisch hervorgehoben werden wird. Von dem so kürzlich gescheiterten Versuch, durch die Dardanellen Konstantinopel zu erreichen und damit die Türkei in die Bundesgenossenschaft der Entente zu zwingen, haben sie heute nur noch den glücklich gelungenen Rückzug aus Gallipoli im Gedächtnis behalten, und um den Namen der Anzactruppen Ruhmeskränze gewunden die bereits jetzt in ihren Augen den Schein der Echtheit gewonnen haben.

Die Niederlage Townshends bei Kut el Amara scheint völlig vergessen, und jüngst ist dem Parlament sogar von seiten der Regierung erklärt worden, erst nach Beendigung des Krieges solle ein ausführlicher Bericht vorgelegt werden. Welchen Lärm haben sie dagegen von der Vernichtung des kleinen Kreuzergeschwaders des Grafen Spee gemacht, das sie mit Hilfe der Japaner und Australier durch ihre Übermacht zur Strecke brachten, und wie wenig bringen sie es in Anschlag, daß wir aus eigener Kraft an militärischer Ausrüstung leisten, was sie mühsam mit der nur ihnen und ihren Verbündeten zufallenden Hilfe der Vereinigten Staaten

Digitized by Google

an Lieferung von Munition, jeder Art Kriegsmaschinen, Geld und Kredit zustande zu bringen fähig sind: sie und ihre Bundesgenossen: Japaner, Inder, Schwarze; der Halbengländer in Kanada, Australien, Neuseeland und der verräterischen Buren, der Botha und Smuts, nicht zu gedenken.

Auch an der Legende der von ihnen zur Befreiung vom deutschen Militarismus aufgerufenen „kleinen Nationen" bauen sie weiter. Sie reden noch immer von Belgien und finden es ganz in der Ordnung, wenn ihre Diplomaten und Zeitungen in einem Atem damit die schamlose Unterdrückung und Vergewaltigung Griechenlands als eine Handlung gerechter Selbsthilfe preisen. Neutralität, wie sie völkerrechtlich bis zum August 1914 anerkannt wurde, gibt es ja nach englischer Auffassung nur dann, wenn der nominell neutrale Staat seine wirtschaftlichen Hilfsmittel den Zwecken Englands zu Dienst stellt. Wer es nicht tut, wird dazu gezwungen, soweit die Hand Englands reicht, und parallel gehen die unsittlichen Mittel der Korruption, deren Blüten lebhaft an verwandte Erscheinungen erinnern, die mit der napoleonischen Kontinentalsperre verbunden waren. Daß das neue Völkerrecht und die neue Moral Englands von den anderen Ententemächten übernommen worden ist, kann nicht Wunder nehmen. „Nowoje Wremja" hat die britische Neutralitätstheorie recht anschaulich in ihrer illustrierten Beilage dargestellt. Die Überschrift lautet: Die „gefährliche Krankheit der Neutralität", um sie zu kurieren, sind, „ohne einen Augenblick zu verlieren, Chirurgen heranzuziehen", und als solche sehen wir in voller Bewaffnung je einen Engländer, Franzosen, Italiener und Belgier heranmarschieren. Der kranke Neutrale aber trägt die unverkennbaren Züge eines Rumänen.

Fast gleichzeitig mit dieser bildlichen Darstellung der Ziele, welche die neueste russische Offensive verfolgt, erklärte der „Daily Express" vom 27. Juni: „Die Zukunft des britischen Reichs hängt davon ab, daß die Russen ihren siegreichen Vormarsch im Westen fortsetzen und die Deutschen weiterhin gegen die Verteidiger von Verdun, Arras und Ypern erfolglos bleiben." Nun, die erste dieser Bedingungen, von denen die Zukunft des britischen Reiches abhängt, ist nicht Wirklichkeit geworden. Die russische Offensive ist bereits in der Hauptsache zum Stehen gebracht, aber wir müssen bei dieser Gelegenheit mit allem Nachdruck hervorheben, daß in der jetzigen Krisis es ganz unerläßlich ist, daß unsere und die österreichische

Digitized by Google

Ostfront einem einheitlichen Oberbefehl unterstellt werden. Auch das kann nicht zweifelhaft sein, daß dafür nur ein Mann — der Generalfeldmarschall von Hindenburg, in Frage kommen kann, der Mann, vor dessen Autorität die selbständigen Befehlshaber, unter denen heute noch die einzelnen Abschnitte dieser Front geteilt sind, neidlos zurückstehen würden. Das nehmen wir als selbstverständlich an. In einem Kriege, wie wir ihn zu führen haben, ist für einen Ehrgeiz der mit dem der Gesamtheit nicht identisch ist, kein Raum. Was aber den zweiten Teil der These des „Daily Express" betrifft, daß nämlich die Zukunft des britischen Reiches nächst dem siegreichen Vormarsch der Russen von der Erfolglosigkeit unserer Abwehr vor Arras, Ypern und Verdun abhänge, so rechnen wir darauf, daß die jetzt in Gang gekommene große Offensive der Engländer und Franzosen ebenso fehlschlägt, wie die russische. Wir werden den Ausgang abwarten und dann die Gelegenheit finden, sowohl die ungeheure Anstrengung zu würdigen, durch welche die Ententemächte die lange Reihe ihrer Niederlagen wett zu machen gedenken, als auch die Erfolge des opferfrohen Willens, den wir ihnen, nunmehr bald durch zwei lange Jahre, entgegenzuwerfen vermocht haben. Dagegen ist es schon jetzt an der Zeit, auf die Mittel hinzuweisen, durch welche unter Englands Führung unsere Feinde ihr Ziel zu erreichen bemüht sind. Formuliert wurden die Anschläge der Entente zuerst in den Pariser Feldherrn-Konferenzen, die sich das Ziel setzten, nach gemeinsam vereinbarten Plänen zunächst die Mittelmächte aus den von ihnen besetzten Gebieten zu verdrängen, danach aber vor allem Deutschland zu bestrafen, dessen Militarismus als Urheber des Weltkrieges ausgeschrieen wurde, den sie selbst vorbereitet haben, um der Revanche Frankreichs, dem orientalischen Ehrgeiz Rußlands und dem Handelsneide Englands ein Feld freier Betätigung zu schaffen. Das alles sollte erreicht werden, wie gleich zu Anfang des Krieges verkündet wurde, durch eine Zerstückelung Deutschlands, dessen fortlebende Bestandteile die Mächte der Entente sich in einem Zustande dauernder Unmündigkeit dachten, der für alle Zukunft die Gefahr einer neuen Einigung Deutschlands auszuschließen bestimmt war. Noch am 29. Juni dieses Jahres hatten „Daily News and Leader" die Stirn, zu schreiben, daß der Ausgang dieses Krieges die „Vernichtung Deutschlands" sein müßte. Noch haben sich die Karten erhalten, die uns

Digitized by Google

das Bild zeigen, das Europa nach Vollziehung dieser Operation am Deutschen Reiche darbieten sollte. Es hat einige Ähnlichkeit mit der Karte Deutschlands, die um das Jahr 1810 politische Wirklichkeit war, ist aber für uns noch weit ungünstiger gestaltet, da heute England und Rußland als gleich begehrliche Teilnehmer an der Vernichtung Mitteleuropas auftreten. Der französische und russische Militarismus und der englische Marinismus sollen mit ihren Machtmitteln dafür sorgen, daß der Schwächezustand Deutschlands für alle Zukunft erhalten bleibe.

So etwa hat noch kürzlich ein in Nizza erscheinendes französisches Blatt, in richtiger Deutung der gemeinsamen Kriegsziele, das ideale Zukunftsbild der Verschworenen gezeichnet. Es darf aber nicht vergessen werden daß den militärisch-politischen Kriegszielen unserer Feinde andere parallel laufen, die mit gleicher Unverfrorenheit angekündigt werden. Die Resolutionen der Pariser Wirtschaftskonferenz, in der ebenfalls alle Mitglieder der Entente vertreten waren, bedeuten eine Kriegserklärung an Deutschland für die Zeit nach dem Kriege. Man hat beschlossen, eine wirtschaftliche Lage zu schaffen, die Deutschland dauernd vom Weltmarkte ausschließen soll, damit es keine Möglichkeit finde, sich von den Wunden zu erholen, die ihm der Krieg geschlagen hat und von den viel schwereren Wunden, die man ihm noch schlagen will. Und zur Lösung dieser Kulturaufgabe, die so recht zeigt, was unsere Feinde unter Humanität und Zivilisation verstehen, haben sich der kalt rechnende Kaufmannshaß Englands, die sadistische Glut Frankreichs und die rohe Barbarei Rußlands zusammengefunden. Die stärkere Potenz unter ihnen stellt zurzeit ohne Zweifel die englisch-französische Verbindung dar; wir haben, um diese Feinde abzuwehren, weit größere Opfer bringen müssen als im Osten, aber die Gefahr der Zukunft liegt in Rußland. Es kann nicht ernst genug vor den Politikern und Pseudopolitikern gewarnt werden, welche diese Gefahr unterschätzen, sei es aus mangelnder Kenntnis, sei es weil sie den Mut nicht finden, sich umzudenken und von der Erfahrung zu lernen und sich ihr mehr oder minder absichtlich verschließen. Rußland und die Russen kennt nur, wer lange im Lande gelebt hat, die von dorther drohende Gefahr beurteilt nur der richtig, der einen Einblick in die Wirtschafts- und Kolonisationspolitik der Regierung und in die triebhafte Bewegung der russischen Bauernschaft gewonnen

Digitized by Google

hat. Für Europa wurde Rußland eine Gefahr erst, nachdem Peter der Große die Ostseeküste bis Riga gewonnen hatte, sie steigerte sich unter Katharina durch die Erwerbung von Polen, aber vorher wie nachher trat sie bei besonderen Anlässen praktisch zutage. Elisabeth, die sich in Preußen huldigen ließ, ist keineswegs die einzige gewesen, die begehrliche Blicke auf unsere östlichen Provinzen gerichtet hat, denn seit den Tagen Alexanders III. ist Feindseligkeit gegen Deutschland die bald latente, bald offen zutage tretende Tendenz der auswärtigen Politik Rußlands gewesen. Wir sollten doch nicht vergessen, daß die Parole vom Kampf gegen das Deutschtum als offizielles Programm der russischen Politik zu Beginn dieses Krieges ausgegeben worden ist, und ebensowenig, daß der Krieg der russischen Bauernschaft ein Volkskrieg ist, seit ihr die Verteilung deutscher Äcker in lohnende Aussicht gestellt wurde. Als die russische Welle aus Preußen und danach auch aus Polen und Kurland zurückfluten mußte, hat man dem Mushik die Güter der deutschen Kolonisten als Abschlagszahlung preisgegeben, und es unterliegt keinem Zweifel, daß dasselbe Schicksal das gesamte Ostseegebiet treffen wird, wenn unsere Waffen ihm nicht die in Aussicht gestellte Befreiung bringen sollten. Denn diesmal liegen die Verhältnisse allerdings so, daß die Gefahr der Ostseedeutschen auch unsere Gefahr ist. Seit dem 14. Juni tagt das allerhöchst bestätigte „Komitee zum Kampf mit der deutschen Vergewaltigung" in Sankt Petersburg. Vorsitzender ist das Mitglied des Reichsrats Trepow, Beisitzer die Unterstaatssekretäre (Ministergehilfen) aller Ministerien, ein Vertreter des Statthalters des Kaukasus, der Generalgouverneur von Finnland und der Geschäftsführer des Ministerrats. Es ist also die Vertretung des gesamten offiziellen Rußland, die hier am Werke sitzt, um alles, was deutsch auf russischem Boden ist, mit Stumpf und Stiel auszurotten. Denn „Vergewaltigung" nennt man die bloße Existenz deutschsprechender, nicht zur russischen Kirche gehörender Angehöriger des russischen Staats. Es ist aber nicht dabei geblieben; die deutschen Gefangenen werden systematisch in Verhältnisse gesetzt, die für einen ungeheueren Prozentsatz einem Todesurteil gleich kommen. Was bei den turkestanischen Bewässerungsanlagen beschäftigt wird, ist fast immer dem Tode verfallen, und erst kürzlich ist eine größere Partie deutscher Gefangener in Petersburg in einem Flecktyphuslazarett untergebracht

Digitized by Google

worden. Was an Greueltaten in den nicht für offizielle Besichtigung bestimmten Gefangenlagern vor sich geht, spottet aller Beschreibung. Es ist solchen Tatsachen gegenüber fast verbrecherisch, den Glauben an eine mögliche Versöhnung mit Rußland zu verbreiten und durch den Schein einer mehr oder minder oberflächlichen Kenntnis zu stützen. Auch ohne auf das verpönte Kapitel der Kriegsziele einzugehen, läßt sich doch die Behauptung nicht unterdrücken, daß eine dauernde Schwächung Rußlands die nicht abzuweisende Aufgabe ist, die unsere Kriegführung sich setzen muß, wenn sie den Kampf, auf den jetzt alle Kräfte unseres Volkes gerichtet sind, nicht nach einem oder zwei Jahrzehnten unter ungünstigeren Verhältnissen wieder auf sich nehmen soll. Der Kampf gegen die russische Gefahr ist in den letzten drei Jahrhunderten dreimal aufgenommen worden. Zu Anfang des 18. Jahrhunderts von Karl XII., er scheiterte, weil er die Entscheidung im Süden Rußlands suchte, wo sie nicht zu finden ist, zu Anfang des 19. Jahrhunderts von Napoleon, er scheiterte, weil er die Entscheidung in Moskau suchte, wo sie ebenfalls nicht zu finden ist, jetzt, nachdem wiederum ein Jahrhundert hingegangen, tritt der entscheidende Entschluß an uns heran. Alles hängt daran, daß wir nicht in falsche Bahnen einlenken.

Fast gleichzeitig mit den folgenreichen Beratungen, die in Paris über die gemeinsame große Offensive und über den Wirtschaftskrieg gepflogen wurden, fand der Kampf der französischen Kammer mit der Regierung um vertrauliche Mitteilungen in geheimen Sitzungen statt. Nach langem Sträuben hat Herr Briand sich entschlossen, nachzugeben. Es haben sowohl in der Chambre wie im Senat Geheimsitzungen stattgefunden, in denen die Abgeordneten alles erfuhren, was ihr Herz zu wissen begehrte. Man hat sie offenbar durch Mitteilungen über die bevorstehende große Offensive, über die ungeheuren Munitionsvorräte der verbündeten Mächte und mit guten Aussichten auf die Behauptung Verduns beruhigt. Aber die Absendung von Parlamentskommissaren an die Front hat das Ministerium ihnen doch zugestehen müssen und obgleich die Einzelheiten der vorausgegangenen Verhandlungen nicht in die Presse gedrungen sind, steht doch fest, daß stürmische Debatten dem Vertrauensvotum vorausgegangen sind, zu dem man sich „pour sauver la face“ schließlich verstanden hat. Die Interpellation des Senats verlangte Auskunft über die nationale

Digitized by Google

Verteidigung und über die allgemeine Politik des Kabinetts. Auch dort können die gegebenen Aufschlüsse nicht über Allgemeinheiten hinausgegangen sein. Aller Wahrscheinlichkeit nach würden wir nichts Neues erfahren, wenn uns der Vortrag Briands und die angeschlossenen Reden im Wortlaut vorlägen. An unserem Gesamturteil über die Verhältnisse in Frankreich haben die Ereignisse der letzten vierzehn Tage nichts geändert. Die letzte Mannschaft des Landes ist an die Front geschickt. Die Stimmung schwankt, von Stunde zu Stunde sich ablösend, zwischen Verzweiflung und hochfliegenden Hoffnungen, aber die letzteren gründen sich nicht mehr auf eigene Leistungsfähigkeit, sondern auf die Hilfe der Bundesgenossen: England, Rußland, Italien sollen den Sieg bringen. Die Phraseologie ihrer Presse und ihrer Redner aber ist sich gleich geblieben: durchaus unwahr und bombastisch.

In England hat das Ministerium bittere Vorwürfe über die unzureichende Ausbildung des Fliegerkorps hören müssen und am 26. Juni ein Komitee zur Prüfung der erhobenen Beschwerden einsetzen müssen. Dann kam der Casement-Prozeß, in dem die englische Verwaltung Irlands auf der Anklagebank saß, nicht Sir Roger, den man zwar zum Tode verurteilen konnte, der aber für alle Zeiten fortleben wird als einer der Märtyrer des mit Füßen getretenen guten Rechts der Irländer. Sogar Rußland hat an seinen Fremdvölkern nicht so gesündigt, wie England dem unglücklichen Irland gegenüber getan hat. Was Sir Roger Casement für Irland forderte: „einen König von Irland in Dublin und einen Kaiser der Vereinigten Inseln in London", war ein hochgemutes patriotisches Ideal, das mit den Interessen Englands zur Zeit, als es formuliert wurde, März 1914, ihm sehr wohl als zu erstrebendes Ziel erscheinen konnte, ohne daß ihm deshalb Illoyalität vorgeworfen werden durfte. Als der Engländer Carson die Provinz Ulster gegen Regierung und Parlament bewaffnete und England hart an den Rand eines Bürgerkrieges brachte, hätte ihm mit größerem Recht als jetzt dem Irländer Casement der Prozeß wegen geplanten Hochverrats, nach dem Wortlaut der englischen Gesetze, gemacht werden können. Aber mit Carson sympathisierte im Grunde ganz England, auch das Ministerium, das sich nur schweren Herzens zu jener Home Rule-Bill entschlossen hatte, die Carson nicht dulden wollte; in Casement aber denkt man zugleich das irische Home Rule zum Tode zu verurteilen. Man braucht

Digitized by Google

nur die beiden Männer einander gegenüber zu stellen: Carsons harten Kopf mit dem vorspringenden Bulldoggenkiefer, dem edelgeformten Kopf Casements, dessen schwärmerische braune Augen so schalkhaft zugleich und so ernst blicken können, und man hat Typen des brutal-realistischen angelsächsischen Volkstums und das vergeistigte Idealbild keltischer Rasse vor sich. Wir hoffen noch immer, daß die Berufung, die Casement gegen das Urteil der Jury eingelegt hat, Gehör findet und daß, wenn dieser Krieg seinen Abschluß gefunden hat, der Friedensschluß auch ihm die Freiheit wiederbringt. Seine Verteidigungsrede vor der englischen Jury aber wird für alle Zeiten als ein Denkmal kühnen und stolzen Freimuts in der Geschichte fortleben.

Daß der Versuch Loyd Georges, durch sein Eingreifen die nunmehr in Irland ausgebrochene Rebellion zu stillen, fehlschlagen würde, war vorauszusehen. Die Engländer hatten in Dublin so unbarmherzig und brutal gewütet, daß erst ihr Treiben die Flamme der Empörung auch in den Teilen Irlands auflohen ließ, die bisher teilnahmelos der Volksbewegung zugeschaut hatten. Jetzt wird es schwer fallen, dort die Flamme zu ersticken, noch schwerer wohl in Amerika, wo die Entrüstung über die Gewaltmaßregeln, durch welche England die irische Sprache und die irische Presse verfolgt, unter den Millionen dort lebender Iren offenbar in steter Zunahme begriffen ist. England verfährt mit der irischen Sprache genau so wie Rußland mit der deutschen und zeigt an dieser Mißhandlung der Iren aufs neue, wie heuchlerisch das Eintreten für die Rechte und Freiheiten der kleinen Nationen gemeint ist.

Die Fortsetzung des von den Ententemächten auf Griechenland ausgeübten wirtschaftlichen Druckes hat zwar einen Ministerwechsel und die Beschleunigung der Demobilisierung erzwungen, aber keineswegs eine Wendung zur Folge gehabt, die den Tyrannen, d. h. den Mächten der Entente, günstig wäre. Man haßt sie sehr aufrichtig und hat weniger Neigung als je, sich für sie totschießen zu lassen. Es ist daher trotz der gewaltigen Agitation, die für Venizelos in Szene gesetzt wird, sehr wenig wahrscheinlich, daß die für den September in Aussicht genommenen Wahlen zur griechischen Kammer ihm so zahlreiche Gesinnungsgenossen bringen, daß er die Majorität findet, um seine Politik durchzusetzen. Er hat feierlich verkündet, daß sein Sieg, den er unter dem Schutz Sarails

Digitized by Google

für sicher hält, die Aufnahme des Kampfes gegen Bulgaren und Türken an der Seiteder Entente bedeuten werde. Wir dagegen hoffen, daß den alten Verräter noch rechtzeitig das Schicksal treffen werde, das er verdient hat, der Galgen, wenn nach Zusammenbruch der Koalition unserer Feinde auch Griechenland die Möglichkeit finden wird, mit den Feinden im eigenen Hause abzurechnen.

Das Feld neuer Intrigen, das sich England in Arabien bereitet hat, indem es den Großscherif von Mekka, Hussein Pascha, veranlaßte, sich zum Kalifen zu proklamieren, wird aller Wahrscheinlichkeit nach schnell gesäubert werden. Schon ist der energische Haidar Pascha zum Nachfolger Husseins ernannt, und es ist kaum fraglich, daß sein Erscheinen in Mekka eine den Engländern höchst unerwünschte Wendung zur Folge haben wird. Alle uns aus der asiatischen Türkei zugesandten Nachrichten lauten günstig. Der Vormarsch der Russen ist ein Rückmarsch geworden und die Stellung der Türken am Suezkanal so gut gesichert, daß jede Schwächung der englischen Truppenmacht in Ägypten gefährlicher Leichtsinn wäre. Im fernen Osten aber spielen die japanischen Staatsmänner auf chinesischem Boden ihr im letzten Ziel gegen die englischen Interessen gerichtetes doppelzüngiges Spiel weiter. Nachdem Yuanshikai hat sterben müssen, ist Li Yan Hong Präsident der wiedererstandenen Republik geworden, und da dieser Mann für ein Freund Deutschlands gilt, finden die Organe der Entente nicht Worte genug, um ihn schlecht zu machen. Wir haben keinerlei Material, um ein zuverlässiges Bild von seinen Absichten und Fähigkeiten zu entwerfen, glauben aber, daß die Politik, welche an der Zersetzung Chinas arbeitet, noch im Anfangsprogramm ihrer Pläne steckt.

In den Vereinigten Staaten von Nordamerika ist das Interesse an den europäischen Begebenheiten entschieden im Abflauen. Nachdem Demokraten und Republikaner ihre Präsidentschaftskandidaten nominiert haben, handelt es sich darum, dem Gegner möglichst viel Abbruch zu tun, damit im Herbst die Entscheidung gegen ihn ausfalle. Zum Kampfobjekt wird immer mehr die Haltung Wilsons in der mexikanischen Frage, und dort liegen die Verhältnisse nicht günstig für ihn. Er steht vor dem Dilemma einen Erfolg zu brauchen und doch dem amerikanischen Volke einen höchst unpopulären Krieg ersparen zu müssen. Er ist genötigt, den

Digitized by Google

Schein höchster Energie und Entschlossenheit zu entfalten und doch einen Bruch zu vermeiden, der um so mehr von ihm gescheut wird, als die unberechenbare Haltung der japanischen Sphinx von ihm mit mißtrauischer Sorge beobachtet wird. Endlich verlangt die öffentliche Meinung des Landes von ihm, daß er den unbehinderten Verkehr der amerikanischen Post, an den sich sehr wesentliche Geldinteressen der amerikanischen Geschäftsleute knüpfen, England gegenüber durchsetze, während englischerseits nicht die geringste Neigung vorhanden ist, ihm darin entgegen zu kommen. Als charakteristisches Beispiel der Geistesrichtung, die allmählich in Amerika an Boden gewinnt, sei auf die Klage hingewiesen, die eine Frau Hopkins gegen die Cunard-Linie angestrengt hat. Der Mann dieser Dame ist am 15. Mai 1915 mit der „Lusitania" untergegangen. Sie verlangt jetzt von der Cunard-Linie, der bekanntlich die „Lusitania" gehörte, 750 000 $ Entschädigung, weil die „Lusitania" „impendently and negligently" geführt worden sei. Sie sei nur mit halber Schnelligkeit gefahren, und habe nicht den von der britischen Admiralität angegebenen Kurs eingehalten, sondern sich aus eigenem Antriebe den Gefahren der Kriegszone ausgesetzt! Wir wünschen der Mrs. Hopkins vollen Erfolg und sind der Ansicht, daß die Argumente, die sie ins Feld führt, vollste Berücksichtigung verdienen. Da die amerikanischen Zeitungen infolge der englischen Zensur hier regelmäßig mit vollen zwei Monaten Verspätung eintreffen, werden wir vom Ausgang des Prozesses wohl erst nach geraumer Zeit erfahren.

Im allgemeinen aber läßt sich sagen, daß auch die schließliche Haltung Amerikas sich dem Ausgang anpassen wird, den die Schlachtfelder Europas ergeben werden. Daß dieser Ausgang den endgültigen Sieg Deutschlands bringen wird, das steht uns aber über allen Zweifel fest.

Die russische Reichsduma ist ad calendas graecas vertagt, gewiß sehr gegen den Willen der Abgeordneten, aber zu seinem va banque-Spiel braucht Herr Stürmer offenbar freie Hand.

Digitized by Google

Die Rechtsannäherung zwischen den Zentralmächten und ihre Grenzen

Von Oberverwaltungsgerichtsrat Schiffer, Mitglied des Reichtags und des Abgeordnetenhauses

Die Frage der Rechtsannäherung bildet nur einen Ausschnitt aus dem Problem der Völkerannäherung überhaupt. Dieses Problem nimmt selbst jetzt, wo das Interesse an Krieg und Sieg alles andere in den Hintergrund drängt, einen breiten Raum in den öffentlichen Erörterungen ein — in grellem Widerspruch zu der Zerrissenheit, in deren Zeichen die Menschheit gegenwärtig lebt, und doch wieder nicht ohne Zusammenhang mit ihr. Denn je mehr die Welt in zwei große Gruppen zerfällt, die sich gegenseitig befehden und zerfleischen, desto stärker wird das Bedürfnis, innerhalb dieser Gruppen sich eng aneinander anzuschließen, um mit vereinten Kräften den vereinten Gegnern Widerstand zu leisten und in breiter Front seinen Angriff aufzufangen und abzuschlagen. Dieses Bedürfnis erschöpft sich auch nicht im Kriege. Es ist nun einmal damit zu rechnen, daß die Wellen des Krieges sich nach dem Friedensschlusse nicht sofort verlaufen und eine spiegelglatte Wasserfläche bilden werden, auf der sich die Schifflein der Völker mit Freundschaftswimpeln friedlich und lustig tummeln. Vielmehr muß man nicht bloß die Möglichkeit, sondern die Wahrscheinlichkeit ins Auge fassen, daß die ungeheueren Bewegungen und Erschütterungen dieses Weltringens nachzittern und sich nach Niederlegung der Waffen in Gruppenkämpfen anderer Art fortsetzen werden. Deshalb ist es verständig und wohlgetan, schon jetzt auch hierfür Vorsorge zu treffen. Das gesunde Empfinden der Völker hat diese Notwendigkeit schnell und scharf erfaßt und drängt darauf, den Gedanken der Annäherung in die Tat umzusetzen. Das geschieht hüben und drüben, bei uns wie bei unseren Feinden. Aber während bei diesen die Idee der Annäherung sich bisher eigentlich nur in volltönenden Phrasen und dilettantischen Phantasien auslebt, ist man auf unserer Seite, wo allerdings auch die natürlichen und geschichtlichen Vorbedingungen weitaus günstiger liegen, bereits mit zielbewußter Energie und in praktischer Methodik vorgegangen. Über politische, militärische und wirtschaftliche Abmachungen hinaus die Völker selbst an einander heranzuführen, Land und Leute

Digitized by Google

einander nahe zu bringen, eine Kulturgemeinschaft anzubahnen und in gegebenen Grenzen zu fördern und fortzuentwickeln — das ist das Ziel, dem wir gemeinsam mit unseren Verbündeten zustreben. Daß hierbei das Recht nicht fehlen kann; daß es sogar eine hervorragende Stellung einnimmt; und daß ihm gewissermaßen die Führung zufällt, ist eigentlich selbstverständlich. Denn das Recht in all seinen Gestaltungen und Ausstrahlungen, als Rechtswissenschaft und Rechtskunde, Rechtsleben und Rechtspflege, ist nicht bloß ein selbständiger Teil von hervorragender Bedeutung innerhalb der Gesamtheit unserer Kulturgüter, sondern zugleich der Sammel- und Brennpunkt aller überhaupt möglichen menschlichen Beziehungen, die, wie immer sie auch sonst geartet sein mögen, schließlich ihren Niederschlag im Recht finden müssen. Je enger die Fäden der Beziehungen sich schlingen, desto mehr bedürfen sie, um nicht in Verwirrung zu geraten, der Rechtsordnung; und da häufigere Beziehungen auch häufigere Verwicklungen mit sich bringen, muß das Recht zur Stelle sein, das sie löst.

Aus diesem Gedankengang heraus setzten in Deutschland die Bestrebungen der Rechtsannäherung sehr frühzeitig und nachdrücklich ein. Ein günstiges Omen war es, daß wirtschaftliche Kreise den Anfang machten. Bereits im August 1915 stellten die Ältesten der Kaufmannschaft in Berlin einen Plan zur Rechtsvereinigung auf dem Gebiete des Handels und der Industrie zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn auf, zu dessen Durchführung sie keinen Geringeren als den früheren österreichischen Justizminister Dr. Franz Klein gewannen. Damit war der ganzen Bewegung von vornherein Richtung und Ziel gewiesen. Eine Rechtsentwicklung ist es, die eingeleitet werden soll; aber sie soll sich nicht als ein bloß juristisches Phänomen abspielen, sondern im bewußten Zusammenwirken und in engster Fühlung mit dem Untergrunde und Nährboden alles Rechts, dem wirklichen Leben, insbesondere den Anschauungen und Bedürfnissen des Wirtschaftslebens vollziehen. Die Juristen traten durch die Ständige Deputation des Juristentages auf den Plan. Seit mehr als einem halben Jahrhundert pflegt der Deutsche Juristentag, sich über die politischen Ereignisse der Vergangenheit hinwegsetzend, die Gedankenverbindung und doch auch die Gefühlsgemeinschaft zwischen deutschen und deutsch-österreichischen

Digitized by Google

Juristen. Deshalb war es nicht mehr wie natürlich, daß er von dieser geschichtlichen Grundlage aus und über sie hinaus die Hand auch den ungarischen Juristen entgegenstreckte und ihnen einen großzügigen Grundriß der Rechtsvereinheitlichung unterbreitete. Den Überbau über beide Strömungen und ihre Zusammenfassung stellte schließlich die Abteilung für Recht und Rechtspflege dar, die von der Reichsdeutschen Waffenbrüderlichen Vereinigung gegründet wurde. Sie war nicht etwa dazu bestimmt, bereits vorhandenen Organisationen und Bestrebungen einen kräftezersplitternden Wettbewerb zu bereiten oder ihnen das Wasser abzugraben. Vielmehr ging sie von Anfang an davon aus, eine ehrliche Arbeitsgemeinschaft mit ihnen herzustellen. Aber indem sie sie in ihren Sondergestaltungen in den weiteren Rahmen der Waffenbrüderlichkeit hineinstellte, bewahrte sie sie vor der Vereinzelung, verlieh ihnen den Schwung der Volkstümlichkeit und ließ sie an der Stoßkraft des allgemeinen Annäherungsgedankens teilnehmen. Zugleich ergänzte sie jedoch ihre Bestrebungen in sehr glücklicher und bedeutsamer Weise und zwar dergestalt, daß sie die ganze Rechtsannäherung zunächst einmal aus dem Gebiete weitausschauender, eben deshalb aber vorläufig noch etwas nebelhafter Aufgaben und Zielsetzungen auf das der aktuellen, unmittelbar praktischen und wirksamen Betätigung überführte. Dachte man bisher immer nur an die Vereinheitlichung des Rechts, so lenkte die Rechtsabteilung der Reichsdeutschen Waffenbrüderlichen Vereinigung nunmehr die Blicke auf das vorhandene Recht und auf die Notwendigkeit, sich vorerst einmal mit ihm und seinen Trägern in engere Verbindung zu setzen. Das aber ist das wahre Gebot der Stunde. Sollen die Völker, die Menschen, die Berufe, die Wirtschafts- und Kulturmächte aneinander heranrücken, so müssen sie vor allem andern wissen, mit welchem Recht und welchen Rechtszuständen und Rechtsverhältnissen sie es zu tun bekommen. Besonders der Kaufmann, der Großindustrielle, der Gewerbetreibende, der Angestellte, der Ansiedler müssen es wissen; schließlich aber jeder, der seine Geschäfte irgendwelcher Art über die Landesgrenzen hinaus erstrecken will. Unter den Juristen müssen vor allen Dingen die Rechtsanwälte im fremden Recht Bescheid wissen, um darüber Auskunft zu geben und Rechtsbeistand zu gewähren; aber es kann nicht lange dauern, bis auch an die Richter das gleiche Erfordernis heran-

Digitized by Google

tritt. Deshalb heißt es zuerst die Kenntnis des Rechts des einen Teils bei dem anderen zu vermitteln, zu vertiefen und zu verbreiten. Ausbildung und Fortbildung stehen in vorderster Reihe. Vorlesungen an den Universitäten und Fortbildungskurse an geeigneten Stellen müssen so schnell als möglich eingerichtet werden. Allmählich mag auch der staatsbürgerliche Jugendunterricht herangezogen werden. Vorträge, Zusammenkünfte, Besuche, Kongresse, gemeinschaftliche Preisausschreiben sind zu veranstalten. Die wichtigsten Gesetze müssen zusammengestellt, so weit erforderlich übersetzt und leicht faßlich erläutert werden. Übersichtliche Abrisse der für die Annäherung wesentlichen Rechtsgebiete, insbesondere des Aufbaues und des Verfahrens der Behörden sind zu veranlassen. An sie haben sich vergleichende Darstellungen des beiderseitigen Rechts und Überblicke über die Ergebnisse der Rechtsprechung anzuschließen. Letztere ist überhaupt besonders zu beachten, zu verfolgen, zu erläutern und zu kritisieren; denn nicht der Buchstabe der Paragraphen macht es, sondern die Art seiner Anwendung. Deshalb sind die Entscheidungen der Gerichte, sofern sie von allgemeinem Interesse sind, auch in die Tagespresse zu bringen und von ihr zu behandeln. Daneben aber hat die Fachpresse und Fachliteratur die Wiedergabe und wissenschaftliche Verarbeitung des Gesetzesrechts in seiner fertigen wie in seiner werdenden Gestaltung, der Judikatur und der Theorie in die Hand zu nehmen und wissenschaftlich, systematisch und kasuistisch durchzuarbeiten. Wird diese Arbeit erfolgreich geleistet, dann dient sie zwar zunächst dem dringenden Bedürfnis der Gegenwart; aber nicht bloß ihr. Sie bereitet auch die Zukunft vor. Sie bereitet insbesondere die Entwicklung vor, von der die Rechtsannäherung ausging: die Rechtsausgleichung und Rechtsvereinheitlichung. Auf der Kenntnis des Rechts, auf dem Verständnis für das Recht, auf das Eindringen in das Recht des andern baut sich zum wesentlichen Teil erst die Möglichkeit auf, zu prüfen und zu erkennen, in wie weit eine Veränderung in der Richtung der Gleichheit notwendig, tunlich und durchführbar ist. Das ist von ausschlaggebender Bedeutung. Während jenem ersten Teil der Rechtsannäherung grundsätzliche Schranken überhaupt kaum gezogen sind, ihre Verwirklichung vielmehr höchstens durch äußere Umstände, zumal finanzielle Rücksichten eingeengt werden kann, sind für den zweiten Teil, die Rechtsausgleichung, Grenz-

Digitized by Google

linien vorhanden und sorglich zu beachten. Ihre Überschreitung könnte, und man darf vielleicht sogar sagen, müßte das ganze Werk gefährden. Vorsicht ist deshalb dringend geboten.

Solche Grenzlinien laufen einmal von dem Gesichtspunkte aus, daß die staatliche Selbständigkeit, die Souveränität aller Beteiligten unbedingt und unter allen Umständen geachtet und gewahrt werden muß. Auch der bloße Schein eines Eingriffs in das Selbstbestimmungsrecht des anderen Teils muß hier wie bei jeder andern Annäherung vermieden werden. Maßnahmen und Einrichtungen, die dagegen verstoßen, können überhaupt nicht in Frage kommen. Während es aber verhältnismäßig leicht ist, auf diesem Gebiete die Grenze zu finden und innezuhalten, liegt es nicht ganz so einfach auf dem anderen Gebiete, das gleichfalls der Schonung bedarf, dem der nationalen Eigenart. Wenn das Unternehmen praktisch gelingen soll, so ist nicht davon auszugehen, daß grundsätzlich alles Recht vereinheitlicht, und von der Vereinheitlichung nur so weit abgesehen werden soll, als ihr besondere Schwierigkeiten entgegen stehen. Vielmehr ist umgekehrt der Ausgangpuukt so zu nehmen, daß die Vereinheitlichung nur da zu erfolgen hat, wo durch engere Berührung und lebhafteren Verkehr ein besonderes Bedürfnis gegeben ist. Dabei mag dem allgemeinen Annäherungsverlangen weitherzig Rechnung getragen werden; nur schrankenlos darf es nicht geschehen. Das Wechsel- und das Scheckrecht, das Recht der Eisenbahnen, der Binnen- und Seeschiffahrt und der Seeversicherung, das Recht des geistigen Eigentums auf gewerblichem, literarischem und künstlerischem Gebiete, das Recht des Schutzes gegen unlauteren Wettbewerb, das internationale Privatrecht, besonders die Zuständigkeitsnormen fallen sicherlich unter die Aufgaben der Rechtsannäherung; wie andererseits Familienrecht, Erbrecht, Liegenschaftsrecht, Verfassungsrecht, Staatsrecht, Ständerecht, Kirchenrecht, Beamtenrecht, Vereins- und Preßrecht ebenso sicher nicht zu ihnen gehören. Bei den weiten dazwischenliegenden Strecken wird die Entscheidung zweifelhaft sein und sollte beileibe nicht vorschnell getroffen werden. Das gilt besonders für das Bürgerliche Recht, das Strafrecht und das Prozeßrecht. Man kann sich aber zu der Prüfung und Entschließung wahrlich auch Zeit lassen. Der vorhandene Arbeitsstoff ist schon so groß, daß auch die stärkste Betätigungsfreudigkeit die umfassendste Betätigungsmöglichkeit in ihm findet.

Digitized by Google

Schließlich ist noch eine dritte Grenze aufzurichten. Niemals darf die Rechtsannäherung parteipolitisch orientiert, parteipolitischen Zwecken dienstbar gemacht oder dazu benutzt werden, ihnen Vorspann zu leisten. Sie ist auf die Mitarbeit und zwar die rückhaltlose Mitarbeit aller Parteien angewiesen und kann sie nicht entbehren, muß deshalb aber auch so gehalten werden, daß sie ihr unbedenklich gewährt werden kann. Deshalb ist die Rechtsannäherung nur auf politisch neutralen Gebieten angängig. Höchstens könnte noch erreicht werden, daß die eine oder andere Strecke, die bisher von der Parteipolitik in Anspruch genommen war, gerade durch die Arbeit der Rechtsannäherung aus ihr herausgehoben, politisch neutralisiert wird.

Sind damit die Umrisse für ein Erfolg verheißendes Schaffen und Wirken in Sachen der Rechtsannäherung gezeichnet, so darf im letzten Ende doch eins nicht vergessen werden. Die Voraussetzungen für die Lösung der Aufgaben liegen bei den beteiligten Staaten und Völkern nicht nur nicht gleich, sondern völlig verschieden. Dabei handelt es sich nicht um Werturteile, sondern um tatsächliche Feststellungen. Man braucht bloß einen Augenblick lang das Verhältnis von Deutschland, Österreich, Ungarn, Bulgarien und der Türkei an seinem inneren Auge vorbeigleiten zu lassen, um sich sofort der ungeheueren Verschiedenheit und ihrer ebenso ungeheueren Tragweite bewußt zu sein. Ihr gerecht zu werden, verlangt viel völkerpsychologisches Verständnis, politischen Takt und zarte Rücksichtnahme. Freilich darf die Betätigung dieser Eigenschaften nicht bis zur Zaghaftigkeit übertrieben werden. Sie darf nicht so weit gehen, daß die frische Farbe der Entschließung verblaßt, und die Begeisterung verraucht, deren ein großes Werk niemals entraten kann, wenn es gelingen soll. Auch die Rechtsannäherung aber ist ein großes Werk. Deshalb müssen Kopf und Herz zusammenwirken, um es zu einem guten und glücklichen Ende zu bringen.

Die große Grenzfehde[1]

Von Erich Lindkoski, Helsingfors

Von dem welthistorischen Gesichtspunkt aus betrachtet, zeigt sich das Gottesurteil, das über die Welt dahingeht, an den verschiedenen Kampffronten in recht verschiedener Gestalt.

[1] Dieser Artikel geht der „Deutschen Politik" von maßgebender finnländischer Seite zu.

Digitized by Google

So ergibt die westliche Front das Bild eines neidvollen Kampfes zweier älterer Weltmächte gegen eine neue: einen Kampf von vitaler Bedeutung für Deutschland und einen Kampf von unberechenbarer welthistorischer Bedeutung, aber keinen Kampf spezifisch kulturhistorischer Art. Denn obgleich jeder Deutsche und auch so mancher andere unter den Offenbarungsformen der abendländischen Kultur die deutsche am höchsten schätzt, so fällt es doch keinem ein, den Westmächten das Recht abzusprechen, sich unter die vornehmsten Vertreter der menschlichen Kultur zu zählen. Welches der Ausgang des Kampfes auch hier werden mag, so hat doch keiner von den an dieser Front Kämpfenden, sei es den Willen oder auch nur die Fähigkeit, das Kulturniveau des Gegners niederzudrücken. Die italienische Kampffront zeigt ein noch beschränkteres Bild. Nicht um weltpolitischer, sondern um kleinlicher lokaler Interessen willen hat Italien einen Bundesgenossen verraten.

Aber an der Ostfront rollt sich das gigantische Panorama des Kulturkampfes auf. Hier erhebt sich der Kampf der Zentralmächte auf seine größte Höhe. Hier haben Deutschlands und Österreich-Ungarns Krieger das Bewußtsein, daß jeder Schritt, den sie zur Verteidigung des Vaterlands gegen Osten machen, einen Gewinn für Fortschritt und Zivilisation bedeutet. Die Sache der Zentralmächte fällt hier mit derjenigen zahlreicher unterdrückter Nationen zusammen, und nur aus Rußlands Niederlage kann dem russischen Volk selber eine lichtere Zukunft emporblühen.

„Die russische Barbarei" ist zu einem Schlagwort geworden, aber wir wissen alle, daß eine furchtbare Wirklichkeit hinter dem Worte liegt. Rußland sei nicht so schwarz, wie es ausgemalt wurde, sagen die Briten, um vor ihrer eigenen Scheinheiligkeit die asiatische Allianz zu entschuldigen. In Wirklichkeit hat sich Rußland noch schwärzer erwiesen. Daß seine Kosaken in Feindesland plündern würden, darauf war man gefaßt, aber man hatte sich wohl kaum ernstlich gedacht, daß die Regierung systematisch weite Landesteile innerhalb der Grenzen des eigenen Reiches verröden und Millionen Untertanen des Reiches in Heimatlosigkeit und Elend treiben würde. Was eine eventuelle russische „Befreiung" von Galizien auf die Dauer bedeuten würde, darüber war man sich im klaren, daß aber die russischen Behörden unmittelbar nach der Besitzergreifung mit naivem Zynismus die keimende Saat der ukrainischen Kultur unter der

Digitized by Google

breiten Sohle des großrussischen Nationalismus niedertreten würden, das hatte man nicht erwartet. Und die Verfolgungen gegen die jüdische und die deutsche Bevölkerung des russischen Reiches, deren streitbare Männer ihr Blut in Rußlands Heeren vergießen, übertreffen in ihrer finsteren Wirklichkeit sogar die Voraussetzungen der schlimmsten Schwarzmaler. Rußlands Regierung hat also während des gegenwärtigen Krieges durch ihre eigenen Maßregeln vollauf bekräftigt, daß sie eine für Westeuropa fremde, asiatische Auffassung vertritt, daß das von ihr verwaltete Reich vom staatlichen und sozialen Standpunkt aus ein Bau von asiatischem Despotismus und asiatischer Rücksichtslosigkeit ist. Der Krieg an der Ostfront ist die neuste und gewaltigste Phase in der alten Grenzfehde zwischen Ost und West.

Vom geographischen Standpunkt aus ist Europa eine Halbinsel von Asien. Die beiden Weltteile gehen ohne irgendeine bestimmte Grenzlinie ineinander über. Die Linie des Uralgebirges ist gleichsam durch einen Zufall gezogen: das Land trägt zu beiden Seiten denselben Charakter. Das europäische Rußland bildet eine natürliche Fortsetzung der unendlichen nordasiatischen Ebene, über welche die Volkswellen des Ostens unzählige Male dahingerollt sind. Zwei Stämme haben im Verlauf der Zeiten in einer Entwicklung von geradezu unglaublicher Expansionskraft den gegenwärtigen Begriff des Abendlandes geschaffen: früher der italische, und als sein Rückzug begonnen, der germanische. Aber während die Südgermanen in der Zeit der Völkerwanderung und später ihre historische Aufgabe im Westen und Süden erfüllten, vollbrachten die Nordgermanen, deren vulkanische Expansionsperiode mit der Zeit der Wikinger eintrat, ihre größte Tat im Osten: schwedische Häuptlinge sammelten die slawischen Stämme der osteuropäischen Ebene zu Staaten. Aber die herrschenden Germanen waren allzu gering an Zahl. Wie die Franken und Goten im Westen, verschmolzen sie mit der großen Masse ihrer Untertanen. Aber dieser Verschmelzungsprozeß war hier ein Niedergang: die Masse war schwer, sie stand auf einem niedrigen Niveau und sie zog herab. Und dann kam von neuem eine asiatische Flutwelle, die Tataren: es waren wiederum die Rosse Attilas, und wo ihre Hufe dahinsausten, wuchs kein Gras mehr. Die Tatarenherrschaft schlug in Trümmer, was Rurik und seinesgleichen aufgebaut, und als Moskau das Tatarenjoch abschüttelte und die russi-

Digitized by Google

schen Lande zu einem gewaltigen Reich sammelte, da ward dieses Reich auf rein asiatische Grundsätze aufgebaut und eine drohende Gefahr für die östlichen Grenzmarken des Abendlandes. Das ukrainische Kiew war vor der Tatareninvasion der Hauptort und das vornehmste Kulturzentrum der Slawen gewesen; jetzt trat das russische Moskau an seine Stelle. Es ist bezeichnend, daß die gewaltigsten Herrschergewalten in diesem Moskau Iwan IV., „der Schreckliche", und der großzügige Barbar Peter I. waren. Die Krim wurde erobert, die Türkei zurückgedrängt, die Ukraine unterworfen, Polen-Littauen verstümmelt und vernichtet, die Ostseeprovinzen verschlungen, Schweden, das unter Karl XII. vergebens Polen, die Ukraine und die Türkei zu gemeinsamem Kampf gegen den gemeinsamen Feind zu sammeln versucht hatte, wurde über die Ostsee und das Bottnische Meer zurückgeworfen, Finnland seinem Mutterlande entrissen. So entstand innerhalb der westlichen Grenze des Reiches eine zusammenhängende Reihe von nichtrussischen Völkern, die mit Gewalt in die Machtsphäre des russischen Reiches hineingezwungen wurden.

Hier eröffnet sich der deutschen Nation eine gewaltige Zukunftsaufgabe. Hier stehen die Zentralmächte als Vorkämpfer des Rechtsstaates gegen die Barbarei. Die Aufgabe, die ein kleiner nordgermanischer Stamm einst kühn aufnahm, ohne jedoch ihre Lösung erzwingen zu können: die politischen und kulturellen Grenzen Asiens zurückzudrängen — diese Aufgabe wird vielleicht einmal durch das gewaltige Bündnis der Südgermanen im Verein mit ihren getreuen Waffenbrüdern ihre Lösung finden. Gelingt dies, dämmert für die geknechteten Nationen innerhalb der westlichen Grenze des russischen Reiches der Tag der Freiheit und Erlösung auf, dann wird Deutschland wie ein Häuptling an der Spitze seines Gefolges von freien Männern dastehen als ein herrlicher Primus inter pares, als der politisch, wirtschaftlich und militärisch Führende in einem Staatenbund von bisher ungeahnter Gewalt und Kraft — einem Staatenbund, der sich vom Eismeer bis zum Indischen Ozean, von der Nordsee bis zum Schwarzen Meer erstreckt.

Eine solche Organisation hätte kein Gegenstück in der Weltgeschichte, sie wäre keine Nachbildung der geographisch zersplitterten Kolonialherrschaften älterer Seemächte; sie wäre zusammenhängend und fest, reich an Territorium wie an Küsten und könnte jedes Blockadekrieges spotten.

Digitized by Google

Sie wäre nicht erschaffen durch Waffenzwang gegen die in den Bund eingetretenen Nationen, sondern durch die erlösende und schirmende Macht des Schwertes, das gegen ihre Feinde gezogen wurde. Sie würde kein Aufgeben nationaler Kulturideale verlangen, denn jede Nation wäre frei in sich selber und könnte in der Hut des großen Bundes ruhig an der Lösung ihrer kulturellen Aufgaben arbeiten. Sie würde schließlich durch ihre gewaltige Kraft einen neuen Weltkrieg praktisch fast unmöglich machen und auf diese Weise der Menschheit den einzigen sicheren Weg — den des freiwilligen Zusammenschlusses — zu dem goldenen Zeitalter der Zukunft weisen, wo Friede auf Erden herrscht.

Neben einem solchen Staatenbund würde Großbritannien die Stellung eines blühenden Handels- und Industriestaats mit ansehnlichen Kolonien und einer großen Geschichte einnehmen, aber nicht mit einem ausschlaggebenden Gewicht in der Wagschale.

Die einander ergänzenden innerpolitischen Erfahrungen Deutschlands und Österreich-Ungarns legen dar, daß der Gedanke an eine staatliche Organisation, wie die eben angedeutete, praktisch durchführbar ist. Ein neuer und höherer Typus von Staatenbildung, eine neue und höhere Offenbarungsform von Kultur, — ist das nicht eine Aufgabe, die einer großen kraft- und pflichtbewußten Nation würdig?

* * *

Von den russischen Völkern, die in den Schlagschatten hineingezwungen wurden, den die Schwingen des russischen Adlers werfen, haben die meisten früher unter abendländischem Kultureinfluß gestanden und bilden folglich ein nicht ganz und gar rohes Material. Die Ukrainer sind ein allerdings zurückgebliebenes, aber hochbegabtes Volk, das in Galizien etwa vier Millionen fortgeschrittener Stammverwandter besitzt, die als kultureller Sauerteig in einer etwaigen neuen Ukraine dienen können. Polen zeigt das Bild eines Januskopfes, der das eine Antlitz nach Westen, das andere nach Osten wendet; in den Ostseeprovinzen faßte abendländische, von Deutschen und Dänen gepflanzte Staatsordnung schon früh Wurzel, aber fern von ihrer lebenspendenden Quelle erstarrte sie in alternden Formen und blieb, besonders in sozialer Beziehung, unbefriedigend; aber eine der eroberten Grenzmarken vertrat ein Stück lebendiges, in frischer Entwicklung befindliches Abendland, das war Finnland.

Digitized by Google

Seit der Dämmerzeit seiner Geschichte ist Finnland der Schauplatz der Grenzfehde zwischen West und Ost gewesen. Noch ehe die finnischen Stämme in politischer Beziehung das Kanton- oder Gaustadium überwunden hatten, waren bereits im Westen und im Süden von ihrem Gebiet wirkliche Staaten entstanden: Schweden und das ursprünglich von schwedischen Männern organisierte slawische Nowgorod. Diese beiden Mächte wendeten ihre Blicke wie ihre Waffen gegen Finnland. Von Westen kamen die Schweden mit dem Christentum in römisch-katholischer Form und, was zum mindesten ebenso wichtig war: schwedischer — folglich abendländischer — Rechtsordnung und schwedischer Staatsform. Von Südosten kamen die Nowgoroder mit griechisch-katholischem Christentum und slawischer Staatsordnung. Die Schweden errangen den Vorsprung, und der größere Teil des Gebietes der finnischen Stämme wurde der schwedischen Herrschaft einverleibt. Nur das Territorium des östlichsten Stammes — der Karelen — wurde derart gespalten, daß ein recht bedeutender Teil desselben unter die Oberhoheit von Nowgorod gelangte. Etwa um das Jahr 1300 war das Eroberungs- und Bekehrungswerk vollendet, und nicht viel später wurde die erste Grenzlinie zwischen schwedischer und russischer Herrschaft gezogen. Damit war die erste Periode in Finnlands Geschichte beendet. Ein halbes Jahrtausend lang teilte dann Finnland Schwedens Schicksale. Mancher unter den Söhnen des Landes spielte eine führende Rolle im Reich, finnländische Krieger erlangten einen geachteten Namen, vor allem in dem großen Kriege, der die Gewissensfreiheit in Deutschland rettete und den zarten Schößling vor Vernichtung bewahrte, der später zu der stolzen Eiche des neuen Deutschen Reiches emporwuchs. Aber jedes Geschlecht in Finnland erlebte einen russischen Krieg.

Als Finnland im Jahre 1809 von Schweden losgerissen ward, da war es ein Land mit schwedischer Bildungssprache, teils schwedischer, teils schwedisch gewordener gebildeter Klassen und einer recht zahlreichen schwedisch sprechenden Bauernbevölkerung an den Küsten, aber die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung des Landes war finnischen Stammes und finnischer Sprache. Unabhängig von Nationalität und Sprache war jedoch das Volk von schwedischer Rechtsauffassung und schwedischem politischem Geist durchdrungen. Seit Jahrhunderten hatte es sich an eine

Digitized by Google

konstitutionelle Staatsordnung, durch Gesetz gebundene bürgerliche Gerechtsame und ausgedehnte kommunale Selbstverwaltung gewöhnt. Finnland war also ein Stück Abendland, das im Jahre 1809 aus seinem historischen Zusammenhang losgeschnitten und politisch, aber noch nicht kulturell dem gewaltigen in Staatsgrundsätzen und Rechtswesen so vollkommen fremden russischen Reich einverleibt wurde.

Dort ganz oben im Norden ist also die Grenze klar, dort stehen West und Ost Auge gen Auge, unvermittelt und ohne neutrale Zone. Dort stoßen Rechtsstaat und Despotie, Konstitutionalismus und Selbstherrschertum, Gesetz und Willkür aufeinander. Dort gibt es einen noch lebenden abendländischen Staatsorganismus aus den Krallen des russischen Adlers zu befreien. Dort ist vielleicht der Grund vorhanden für den nördlichsten Eckstein des großen Staatenbundes, den Eckstein, der gleich einer Bastion keilförmig bis zur Küste des Eismeeres vorgeschoben, für alle Zeiten das Zaren- und Barbarentum von seinem westlichen Verbündeten sprengen soll. Soll Rußland wirksam zurückgedrängt und der Einkreisung der Zentralmächte auf dieser Seite für die Zukunft vorgebeugt werden, so muß jene Bastion aufgeführt werden, sie ist vom militärischen und wirtschaftlichen Sperrungsgesichtspunkt ebenso bedeutungsvoll wie die Balkanhalbinsel im Süden. Der Verlust der Ukraine, von Polen, Littauen, der Ostseeprovinzen würde Rußland zurückdrängen und schwächen; der Verlust von Finnland würde einen der wichtigsten Lebensnerven des russischen Reiches und der ganzen Entente durchschneiden.

* * *

Gleich einer Luftspiegelung dämmert das große Ziel durch die Dunst- und Rauchwolken des Weltkampfes empor. Ist es ein Traum, ist es eine erreichbare Wirklichkeit? Wird die Luftspiegelung verschwinden, wenn die Atmosphäre sich lichtet oder wird sie einmal dastehen vor den erstaunten Völkern wirklich und gewaltig und aus Stein gemauert? Dann ist fürwahr Kaiser Friedrich aus dem Kyffhäuser getreten und hat seinem Volk mit dem Schwert den Weg zum neuen, „Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation" gewiesen, dann ist fürwahr der Sockel zum Standbild der Germania so hoch gemauert, daß ihr gekröntes Haupt weiter als jemals Pallas' Helmkamm auf der Akropolis leuchten wird, in einem Schein, der nie verblaßt, denn eine Reihe befreiter Nationen wird ihr

Digitized by Google

voll Dankbarkeit die Hand reichen und die vermessene Behauptung der Verbündeten Rußlands, daß sie für das Recht der Nationen kämpfen, als eine zynische Dummheit mit Verachtung zurückweisen.

Weltkulturgemeinschaft und Weltkulturforschung

Von Dr. Wilhelm Stahl

Die große europäische Kulturgemeinschaft, in der trotz aller nationalen Sonderbestrebungen alle christlichen Völker zu einer machtvollen Einheit sich zusammengefunden hatten, ist durch den Weltkrieg so gründlich zerstört worden, daß, wie immer der Friedensschluß sich auch gestalten wird, an eine Wiederherstellung des früheren Zustandes nicht mehr zu denken ist. So betrüblich dieses Zukunftsbild jedem, der die bisherigen internationalen Beziehungen hochgehalten hat, zunächst erscheinen mag, so besteht doch keine Berechtigung, sich darob einem schwächlichen, hoffnungslosen Pessimismus hinzugeben. Nein, der Weltkrieg erweist sich auch in kultureller Hinsicht nicht nur als Vernichter überständiger, unfruchtbarer Gebilde, sondern ebenso stark als Schöpfer frischer wurzelkräftiger Lebensformen. Man erwäge nur einmal die in ihrer Bedeutung gar nicht zu überschätzende Tatsache, daß dieser Krieg das erste geschichtliche Ereignis ist, das die ganze Welt, soweit sie für die Fortentwicklung der Menschheit überhaupt in Betracht kommt, gleichzeitig in Mitleidenschaft zieht und zu regster (keineswegs nur politischer und wirtschaftlicher, sondern in erster Linie geistiger) Anteilnahme aufruft. Mit unabweisbarer Notwendigkeit wird sich jedem die Erkenntnis aufdrängen, daß dieser Weltkrieg, mögen „auch die Interessen der Staaten und Wirtschaftskreise im Vordergrund des Kampfes stehen, letzten Endes doch kein Staaten-, sondern ein Kulturkampf ist, der erste Weltkulturkampf, den es gibt"[1].

Die beiden großen Weltkulturgruppen, in die sich die ganze Menschheit

[1] Siehe Erwin Hanslik, Die neue Weltkulturgemeinschaft. I. Teil: Durch Wissenschaft zur neuen Weltkultur, II. Teil: Durch Weltkrieg zur neuen Weltkultur (Weltkultur und Weltpolitik, herausgeg. vom Institut für Kulturforschung in Wien, und Ernst Jäckh in Berlin, Österreichische Folge, Heft 2 u. 3). F. Bruckmann, A.-G., München.

Digitized by Google

einteilen läßt, die materialistische und die idealistische, stehen sich heute als Todfeinde gegenüber und messen ihre Kräfte. Von dem Ausgang dieses gigantischen Ringens hängt die Zukunft des Erdkreises ab. Gewänne die materialistische Richtung die Oberhand, würde die Welt trotz aller vorhandenen materiellen Fortschritte in die Barbarei, in die ärgste Knechtschaft der Gewalt und der Willkür zurücksinken. Denn nur auf der Grundlage des alle guten Kräfte der Menschennatur befreienden und stärkenden Idealismus vermag sich jene höchste Kulturblüte zu entwickeln, die der Menschheit zu erreichen bestimmt ist. Das frohe, untrügliche Bewußtsein, daß dieser weltweite Idealismus unser Erbteil und unsere Größe ausmacht, verleiht uns die Gewißheit des endlichen Sieges, wenn es uns dabei auch durchaus fern liegt, jede idealistische Regung bei unserem Gegner in Abrede stellen zu wollen. Nur wer sich darüber klar geworden ist, daß dieser Krieg eine Entscheidung des seit dem 16. Jahrhundert in Europa sich abspielenden Kampfes des materialistischen und idealistischen Kulturprinzipes bedeutet — E. Hanslik hat diesen Vorgang in der ersten der eben genannten Schriften sehr lichtvoll behandelt —, wird seine wahre Ursache und seinen tiefsten Sinn verstehen und zugleich den richtigen Weg erkennen, auf dem die heute so grimmig sich befeindenden Völker zu neuer friedlicher Arbeit sich begegnen können.

Soll die Menschheit diese furchtbare Krisis ohne bleibende kulturelle Einbuße überdauern, muß es gelingen, an die Stelle der vernichteten, von Anfang an innerlich brüchigen europäischen Kulturgemeinschaft eine neue, fester gegründete zu setzen, die den Bedürfnissen der heutigen Kulturmenschheit gerecht wird, indem sie allen die freie Entfaltung ihrer besten Kräfte gewährleistet. Eine derartige Neuordnung ist ohne eine grundsätzliche Wandlung in der Auffassung der Weltkunde undurchführbar.

Sprach man vor dem Kriege von der Schaffung einer Weltkultur als von einer von der Menschheit noch zu erfüllenden Aufgabe, so dachte man stets an die Bildung einer durch politische Entwicklungen veranlaßten und bedingten Kulturgemeinschaft. Eine unter bestimmten politischen Voraussetzungen entstandene, von nationalen Eigentümlichkeiten abhängige Kultur sollte auf andere Völker übertragen und diese dadurch zur Preisgabe ihrer eigenen Lebens- und Denkformen zugunsten angeblich allein zum Herrschen berufener fremder genötigt werden. Die Erfüllung

Digitized by Google

des stolzen Britenwortes, daß die Welt reißend schnell englisch werde, erschien vielen als die sichere Bürgschaft für ein allgemeines Erdenglück. Dieses politisch gefärbte Kulturideal hat der Weltkrieg mit unbarmherziger Hand in Trümmer geschlagen. Die Welt wird weder englisch noch amerikanisch, weder französisch noch russisch; sie wird, darüber müssen wir uns völlig im klaren sein, auch nicht deutsch in dem Sinne, daß die früheren Weltreiche jetzt durch ein den Erdkreis umspannendes deutsches Imperium fortgesetzt würden. Wohl hat dieser imperialistische Traum manchem unserer Politiker den Blick für die tatsächlich vorhandenen Verhältnisse und die wahren Aufgaben des Deutschtums getrübt; und vor allem haben unsere Gegner sich beeilt, der erschreckten Welt das Zerrbild einer kommenden deutschen Zwingherrschaft in grellsten Farben an die Wand zu malen. Sehr zum Schaden unserer Sache. Nein, das englische Weltreich, wie es vor dem Kriege bestanden hat, ist das letzte Imperium nach römischem Muster. Es war „in seinem Typus einer Situation und einer Szene angepaßt, welche die Weltgeschichte streichen wird". (R. Kjellén, Die Großmächte der Gegenwart.) Der Krieg hat die Bahn freigemacht für das Kommen eines neuen idealistischen Kulturgedankens, der nicht mehr die Unterjochung und Vernichtung der nationalen Verschiedenheiten zugunsten einer einzigen bevorrechteten Herrenkultur, sondern die Ausbildung und Fruchtbarmachung aller wertvollen nationalen Besonderheiten und die Vereinigung der so entwickelten Kulturkräfte zu einer alle Völker in eine große Gemeinschaft zusammenschließenden Organisation zum Ziele hat. Für die Verwirklichung dieses Ideales einzutreten ist die Aufgabe des siegreichen Deutschland. Dadurch werden wir uns der starken politischen Überlegenheit, die uns den Friedensschluß bringen wird und bringen muß (denn ohne politische Führerschaft ist ein Wirksamwerden des von uns zu vertretenden Kulturprinzipes nicht denkbar), am würdigsten erweisen, wenn wir „den mächtigen Gedanken der Entwicklungsfreiheit aller Völker, der kleinen wie der großen, in die Welt hineintragen und durch die Darbietung dieses sittlichen und universalen Gutes zugleich dem menschlichen Fortschritt dienen und die Größe unserer eigenen Zukunft mit einem tragfähigen Fundament unterbauen. Dann erst wird es in Wahrheit heißen können, daß am deutschen Wesen noch einmal die Welt genesen soll". (P. Rohrbach, Weltpolitisches Wanderbuch.)

Digitized by Google

Die Notwendigkeit einer so gestalteten Weltkulturgemeinschaft ist heute erst wenigen klar bewußt geworden. Allzu nahe stehen wir noch den Zeiten, da jedes Volk sich selbst als den Mittelpunkt des Weltgeschehens und die übrigen Völker lediglich als das Wirkungsgebiet seines Herrscherwillens betrachtete. Kaum mehr als fünfzig Jahre sind es her, seit die „räumlichen Schranken, welche die einzelnen kleinen Welten durch die Jahrtausende der Geschichte getrennt hatten, durch die neu geschaffenen Erdverkehrsmittel durchbrochen wurden" (E. Hanslik) und sich so wenigstens im Hinblick auf das äußere kulturelle Leben eine Weltgemeinschaft zu bilden begann. Ein neues Zeitalter der Menschheitsgeschichte nahm damit seinen Anfang. Aber „dieser Übergang von den vielen kleinen Kreisen des Daseins zu dem einen großen, die Eingliederung der früher viel mehr selbständigen Einzelvölker in ein festes System der Gesamtheit" konnte sich nicht ohne hitzige Reiz- und Fieberzustände vollziehen, als deren schwerster und hoffentlich entscheidender sich dieser Weltkrieg darstellt. Er gerade wird die mittelalterlich eng gebundene Weltauffassung völlig zunichte machen und die Möglichkeit für die Entstehung jenes einheitlichen Weltkulturbewußtseins schaffen, das der durch Haß und Zwietracht zerrütteten Welt Glück und Frieden bringen wird.

Zur Erreichung dieses Zieles aber bedarf es ernstester wissenschaftlicher Arbeit. Der reinste und stärkste Kulturwille wird fehlgehen und seine Kraft nutzlos vergeuden, wenn er nicht von der nüchternen Einsicht in das Gegebene und praktisch Durchführbare bedient wird. Richtlinien für den Zukunftsweg der Menschheit können nur aus der sorgsamen Betrachtung der bereits zurückgelegten Teilstrecke gewonnen werden. Die Weltkulturgemeinschaft hat die Weltkulturforschung zur unerläßlichen Voraussetzung.

Die Kulturgeschichtswissenschaft sieht sich damit vor gewaltige, fast unübersehbare Aufgaben gestellt. Unter dem Einfluß der Naturwissenschaften hat sie sich bisher zumeist mit dem Sammeln und Beschreiben der einzelnen Kulturerscheinungen begnügt und nur in seltenen Fällen den Versuch gemacht, ihre Ergebnisse durch planmäßige Verknüpfung und wechselseitige Erhellung in große Zusammenhänge einzureihen und so das Leben, das keine gesonderten Teile kennt, sondern eine untrennbare Einheit darbietet, in seiner Gesamtheit zu erfassen und nachzuschaffen. Mit dieser

Digitized by Google

Feststellung soll der Wert jener liebevollen Kleinforschungen nicht herabgemindert werden. Gewiß läßt sich nur auf der Grundlage unzähliger, methodisch einwandfreier Einzeluntersuchungen ein klarer Einblick in geschichtliche Vorgänge gewinnen. Und wenn wir heute auf dem Wege sind, für Probleme, angesichts deren der Gelehrte ehemals sein resigniertes Ignoramus et Ignorabimus sprechen mußte, die richtige Formel zu finden und das rätselvolle Geheimnis, das sie bisher verschleierte, zu heben, so verdanken wir dies gerade der uns zur Verfügung stehenden überreichen Fülle wertvollsten Materiales, das ungezählte fleißige Hände in entsagungsreichem Bemühen für uns herbeigeschafft haben. Aber es wird doch vielfach noch übersehen, daß jede kulturgeschichtliche Frage zugleich als Teilproblem der auf die Ergründung der Gesamtheit des menschlichen Entwicklungsprozesses gerichteten Forschung zu werten ist, und daß die Kulturgeschichtswissenschaft nur so ihre Daseinsberechtigung erweisen kann, wenn sie sich die Darstellung des Werdeganges der Menschheitskultur als eines geschlossenen, in sich zusammenhängenden Ganzen zum Ziele setzt.

Die neue Kulturforschung, für deren Schaffung E. Hanslik in den oben angeführten Schriften mit begeisterten, überzeugungskräftigen Worten eintritt, wird also das Universum, den einzelnen sowohl wie die Gesamtmenschheit als ihr Objekt und die Verbindung der „Tatsachen des weltgeschichtlichen Lebens und Bewußtseins mit den Tatsachen des Einzelbewußtseins" als ihre vornehmste Aufgabe betrachten. Der Gemeinschaftsgedanke in allem Weltgeschehen wird die Grundlage aller Untersuchungen bilden. „Erst aus der klaren Erfassung der gesamten Kulturwelt als einer eindeutig ergreifbaren und innerlich genau verständlichen Einheit vermag sich das Organische und Gesetzmäßige der Vorgänge in jedem einzelnen Teile der Geschichte in Zeit und Raum zu erschließen." Auf alle Wissenschaften, die etwas über den Menschen der Vergangenheit und der Gegenwart zu sagen haben, Geographie, Geschichte, Anthropologie, Sexualforschung, Volkswirtschaftslehre, Soziologie, Psychologie, Religionswissenschaft, Kunstgeschichte, Philosophie usw. wird diese Weltkulturforschung umgestaltend und belebend einwirken. Ihre Grundpfeiler aber werden Seelenkunde und Erdkunde bilden. „Geographisch-psychologische Analysen der Geschichte, der Länder und Völker müssen geschaffen

Digitized by Google

werden. Einzig auf diese Weise kann es gelingen, die Gesetzmäßigkeit unseres gegenwärtigen Aufstieges aus der isolierten Einzelzeit zur Allzeit nachzuweisen, die Gesetze aufzufinden, nach denen die Weltkultur sich ausbreitet und damit die Voraussetzungen zu gewinnen, mit Bewußtsein und Berechnung das Wachstum der Weltkultur in jedem Punkte zu leiten." Nur indem man an die Erforschung der Menschheitsgeschichte von jenen beiden Grundlagen jeder Kultur herantritt, vermeidet man auch die Gefahr, von der Fülle des zu bewältigenden Stoffes erdrückt zu werden. „Die Wurzeln des Baumes der Kultur reichen einerseits in den Boden, andererseits in die Seele des Menschen. Der Boden nun ist etwas Festes und hat im Laufe der geschichtlichen Entwicklung keine wesentliche Veränderung erfahren. Kennt man ihn, so übersieht man den einen Faktor der kulturellen Entwicklung. Auch die Grundzüge der Seele des Menschen sind im Laufe der Geschichte fest geblieben. Das allgemein Menschliche und das allgemein Natürliche sind die beiden gemeinsamen Maße, die sich aus aller Kulturentwicklung herausheben lassen. Ihre Erkenntnis bedeutet die Gewinnung der Gesetze, nach denen die weltgeschichtliche Entwicklung abläuft."

Eine so orientierte Weltkulturwissenschaft erheischt natürlich zu ihrem gedeihlichen Fortschreiten die „Zusammenordnung aller in der Welt freien Kräfte zu einem Forschungsganzen, in welchem jeder Einzelne in voller Klarheit über das Vordringen des Ganzen in der Forschung freudig und willig seine besondere Aufgabe löst". Dem Weitblick und der Tatkraft eines deutschen Gelehrten, Prof. E. Hanslik, ist es zu verdanken, daß mitten im Weltkrieg in Wien das Institut für Kulturforschung geschaffen wurde, das der Verwirklichung des eben entwickelten Programms dienen soll und das hoffentlich berufen ist, einmal die Mutterzelle einer Vertreter aller Kulturvölker vereinigenden „Weltkulturgesellschaft" zu bilden. Wer sich über das Wesen und die Ziele dieser kommenden Weltkulturforschung eingehender als die vorstehenden knappen Ausführungen tun konnten, unterrichten will, sei auf die eingangs genannten gedankenreichen Schriften verwiesen. Sie sind für jeden, der geisteswissenschaftlichen Problemen Teilnahme entgegenbringt, von hervorragender Bedeutung. Denn nicht um weltfremdes, unfruchtbares Wissen handelt es sich hier, sondern um die unaufschiebbare Lösung einer weltweiten, für die Zukunft der Menschheit entscheidenden Frage.

Digitized by Google

Notizen

Mexiko und die Vereinigten Staaten. Wilson hat es soweit gebracht, daß ein regelrechter Krieg zwischen Mexiko und den Vereinigten Staaten jeden Augenblick zur vollendeten Tatsache werden kann.

Als Madero ermordet wurde und es General Huerta gelang, die Zügel der Regierung in Mexiko an sich zu reißen, sah selbst die Taftregierung ein, daß es jetzt an der Zeit sei, Mexiko zur Ruhe kommen zu lassen und versuchte Huerta dadurch zu unterstützen, daß sie ein Ausfuhrverbot von Kriegsmaterial nach Mexiko erließ. Wenige Monate vor seinem Abgange ließ Präsident Taft dann seinen neuerwählten Amtsnachfolger bitten, ihn in Washington zu besuchen, um mit ihm über die Mexikofrage zu beraten. Wilson erschien aber nicht, sondern äußerte nur gelegentlich zu vertrauten Freunden, er brauche die Ratschläge seines republikanischen Amtsvorgängers nicht. Sein Mexikoprogramm sei bereits fertig. Tatsächlich hob dann Wilson bald nach seinem Amtsantritt das von Taft erlassene Ausfuhrverbot von Kriegsmaterialien nach Mexiko auf und stellte sich damit auf die Seite von Carranza. Da dieser aber zugleich auch der Schwager von Francisco Madero ist, welcher Porfirio Diaz mit Hilfe amerikanischen Geldes und amerikanischer Waffen stürzte, so ließ sich daraus auch erkennen, daß Wilson in der Hand des amerikanischen Petroleumtrusts war. Nicht mit Unrecht wurde vom Senator Boran und Man der amerikanischen Regierung unter Wilson vorgeworfen, daß sie in Mexiko einen regelrechten Petroleumkrieg zugunsten der amerikanischen Interessenten anzettele.

Schließlich gelang es ja auch Wilson, seinem Favoriten Carranza zur Macht in Mexiko zu verhelfen. Nur hat man dabei übersehen, daß Carranza selbst mit der amerikanischen Unterstützung sein Ziel nie erreicht haben würde, wenn ihm nicht der Bandenführer Villa dabei tatkräftig zur Seite gestanden hätte. Villa ist ein verwegener Bandit, aber ein ebenso tüchtiger Guerillakämpfer und besitzt ein großes Organisationstalent. Dadurch ist es ihm gelungen, sich zum regelrechten Volkshelden aufzuschwingen, aus welchem Grunde es ihm auch nie an Truppen und Unterstützung mangeln wird. Hierzu kommt aber noch, daß die früher friedliche Bevölkerung Mexikos durch die langen Wirren nicht nur aller Arbeit entwöhnt wurde, sondern sich heute tatsächlich auch gezwungen sieht, von der Revolution zu leben als der einzigen Beschäftigung, welche ihr noch das Leben zu fristen erlaubt. Nun ist aber Villa nur zu gut bekannt, wie glühend die Yankees in Mexiko heute gehaßt werden. Als daher Carranza, nachdem er sein Ziel erreicht hatte, Villa fallen ließ, war es vorauszusehen, daß Villa seine genauen Kenntnisse benutzen würde, um Carranza und den verhaßten Yankees gleichmäßig Schwierigkeiten zu bereiten. Villa fiel daher in das Gebiet der Vereinigten Staaten ein, weil er wohl wußte, daß die Vereinigten Staaten sich eine derartige Herausforderung nicht gefallen lassen konnten. Anderseits durfte sich auch Carranza nicht offen auf Seite der Amerikaner stellen, wenn er nicht selbst der Volkswut zum Opfer fallen wollte.

Digitized by Google

Wohl oder übel sah sich also Carranza gezwungen, ebenfalls gegen Amerika aufzutreten. Jedenfalls ist es Villa gelungen, Carranza wie auch die verhaßten Yankees gründlich zwischen Tür und Rahmen zu pressen.

Die Vereinigten Staaten benötigen, um in Mexiko erfolgreich eingreifen zu können, mindestens 200—250 000 Mann. Eine solche Armee aber kann die Union im günstigsten Falle erst innerhalb von 5—6 Monaten schlagfertig ins Feld stellen. Schnell zusammengeraffte bewaffnete Heereshaufen nützen im Feldzuge gegen Mexiko nichts, da den aufreibenden Kleinkrieg auf den mexikanischen wasser- und nahezu vegetationslosen Hochebenen nur ein außerordentlich gut disziplinierten und vorzüglich organisiertes Heer mit Erfolg aufnehmen kann. Der Regierung Wilsons kommen heute die mexikanischen Wirren aber auch aus inner- wie außerpolitischen Gründen höchst ungelegen. Die Präsidentenwahlen stehen vor der Tür und es besteht große Gefahr, daß ein Kampf in Mexiko alle fein ausgeklügelten Pläne der demokratischen Partei vernichtet. Ebenso drohend sind die eventuellen Einwirkungen des Kampfes auf die Außenpolitik. Die Mobilisierung einer stärkeren Armee raubt der Industrie erhebliche Arbeitskräfte. Am meisten müßte darunter die Industrie für Kriegslieferungen leiden. Eine weitere Gefahr besteht darin, daß die Mexikaner die fremden Petroleumquellen im Lande in Brand setzen würden. Dann schließt die angedrohte Blockade Mexikos durch die Amerikaner noch eine weitere große Gefahr in sich ein. Japan würde diesen günstigen Augenblick nicht ungenützt verstreichen lassen, um wegen seines gar nicht unerheblichen Handels mit Mexiko einzuschreiten, sowie Waffen und Munition an Mexiko liefern.

Aus diesen Gründen ist es verständlich, daß die englischen Diplomaten schon jetzt mit Hochdruck arbeiten, um einen offenen Bruch zwischen Mexiko und der Union zu verhindern. Die finanzielle Abhängigkeit der Mehrzahl der lateinamerikanischen Staaten von England ermöglicht es England einen scharfen Druck dahin auszuüben, daß diese Staaten vermittelnd eingreifen. Dieser Druck macht sich ja auch bereits fühlbar, indem verschiedene lateinamerikanische Staaten in Washington und Mexiko ihre Vermittlung angeboten haben. O. Sperber

Griechenland! Nach der italienischen Presse verliert jetzt auch die russische Griechenland gegenüber alle Haltung und Vorsicht. So sagt eine Zeitung: „Es ist an der Zeit, allen Prätensionen mit einem Schlage ein Ende zu machen. Die Verbandsmächte wollen nicht die Unabhängigkeit Griechenlands zerstören, sie wollen nur seinem Übermute ein Ziel setzen. Die Sentimentalitäten haben aufgehört. Zum zweiten Male fällt Europa auf das Philhellenentum nicht herein: die jetzigen Griechen haben mit den alten Griechen nichts zu schaffen. Ihre politische Rolle haben sie ausgespielt." Das ist dieselbe Tonart, in der die italienische Presse Griechenland gegenüber sich gefiel; in Rußland ist sie nur entsprechend schärfer und brutaler geworden. Man mag daraus absehen, wie Rußland sich erst einmal im Mittelmeer aufspielen würde, wenn es dort, wogegen gesorgt ist, als Herr auftreten dürfte!

Digitized by Google

Fair Play. „Daily Telegra h" vom 12. Juni veröffentlichte den Inhalt einer Unterredung mit einem englischen Artilleristen über die Schlacht am Skagerrak. Darin habe der Gefragte unter anderem gesagt: „I would sooner have saved a mad dog than a German pig" (ich würde lieber einen tollen Hund als ein Schwein von einem Deutschen gerettet haben). Die „Vossische Zeitung" stellte diesen Satz in das gebührende Licht. Daraufhin brachte „Daily News" vom 22. Juni folgendes „Dementi": „Der Marineminister hat erfahren, daß weder am 12. Juni noch einem anderen Tage die „Daily News" eine Unterredung mit einem englischen Marineoffizier über die Jütlandschlacht veröffentlicht haben, in der erklärt worden ist, „daß ein englischer Offizier gesagt habe, er würde lieber einen tollen Hund gerettet haben als diese Schweine von Deutschen". Das ganze Zitat aus den „Daily News" scheint also eine Erfindung zu sein."

„Daily News" hat gut sich selbst zu dementieren. Nur bedachte sie nicht, daß sie sich und die englische Presse an den Pranger stellt, indem sie die brutale Entgleisung des „Daily Telegraph" durch eine eigene bewußte Lüge wettzumachen sucht, der sie wider besseres Wissen die deutsche Presse zeiht.

Geschichtsverdrehung. Es gibt zwei Arten, die Geschichte zu fälschen. Die eine besteht darin, daß man mit vollem Bewußtsein unwahre oder halbwahre Behauptungen aufstellt, von denen man annimmt, daß sie zurzeit nicht nachgeprüft werden können. Die andere, heimtückischere und gefährlichere, fälscht das Bild dadurch, daß sie erweislich wahre Tatsachen so gruppiert, verallgemeinert und systematisiert, daß ein scheinbar geschichtlich treues Bild entsteht, das Anspruch auf Zuverlässigkeit und Wissenschaftlichkeit macht. Ein Typus dieser Art ist die im Verlage von Puttkammer und Mühlbrecht erschienene Broschüre über die „Deutschen in Rußland" von Friedrich Dukmeyer.

D. geht von folgender Theorie aus: „Bloß die politische Zugehörigkeit bestimmt heute die Stellung des Menschen fest und sicher. Wollte man sie nicht gelten lassen, so löste sich das Gefüge des Staates auf." Durch die Brille dieser Theorie betrachtet er die Deutschen in Rußland. Zwar sagt er theoretisch vorbeugend: „Man darf nicht in den Irrtum verfallen, daß etwa das Deutschtum hinter den Grenzpfählen des Deutschen Reiches gleich aufhörte, oder zum mindesten auch kulturell im Nordosten kaum wahres und echtes Deutschtum mehr sein könnte. „Nichtsdestoweniger läuft aber seine ganze Untersuchung darauf hinaus, darzutun, wie undeutsch im Grunde genommen z. B. die Balten seien. Um ihre Rückständigkeit zu beweisen, wird ihre ganze siebenhundertjährige Geschichte bemüht, aus der einzelne Züge und Episoden ausgewählt werden, die von der Herrschsucht, vom Starrsinn, vom Hochmut, von der Selbstgerechtigkeit und von der geistigen und politischen Unklugheit des Baltentums Zeugnis ablegen sollen.

D. beruft sich auf Treitschke als Kronzeugen, der über Livland folgendes geschrieben hat: „So trug diese Pflanzung von vornherein einen einseitigen, aristokratischen Charakter ... Das Volk hält der Sieger in schändlicher Berechnung der deutschen Sprache und Bildung fern .... So erhält sich hier zähe das

Digitized by Google

unberechtigte Volkstum eines Volkes von Knechten, während der preußische Bauer mit der deutschen Sprache auch allmählich die Freiheit der Deutschen gewinnt." Dieses Urteil Treitschkes ist ein typisches Ideologenurteil. Er übersieht die Wirklichkeit. Die Balten, die so bald schon vom Deutschen Reiche getrennt wurden, standen jahrhundertelang isoliert da, und mußten, als Deutschland nicht mehr hinter ihnen stand, um sich als Herren behaupten, um deutsch bleiben zu können, den Herrenstandpunkt nachdrücklicher wahren, als andere Deutsche: die Vermischung mit undeutschem Blut, die sich als notwendige Folge einer Eindeutschung der Letten und Esten ergeben hätte, würde sie den Russifizierungsbestrebungen gegenüber nicht widerstandsfähig erhalten haben.

Wenn es den Balten gelungen ist, auf ihrem vorgeschobenen Posten, trotz ihrer Abgeschiedenheit vom deutschen Mutterlande, deutsch zu bleiben, so haben sie ihre Aufgabe erfüllt, so haben sie trotz allen Unrechtes recht gehabt. Sie mögen in Einzelheiten auch tausendmal gegen die höhere Gerechtigkeit gesündigt haben — was sie im ganzen getan haben, bleibt bestehn — ihr „Baltentum" hat seine Sendung vollbracht.

Was nun die Beurteilung von Einzelheiten des heutigen baltischen Lebens betrifft, so genügt es, darauf hinzuweisen, daß D. agitatorische Zeitungsartikel als historisches Quellenmaterial benutzt. So stützt er sich z. B. einmal auf einen Zeitungsartikel Dr. Ernst Seraphims in der „Dünazeitung", den Seraphim augenscheinlich zu dem Zwecke veröffentlicht hatte, um das baltische Publikum zur Hergabe größerer Geldsummen für die deutschen Schulen im Lande zu bewegen. D. nimmt einen derartigen Artikel als Beweis dafür, daß die „baltischen deutschen Kinder allmählich ihre Muttersprache verlören und daß sie sich statt der deutschen Sprache eines entsetzlichen Gemisches zweier grundverschiedener Idiome (deutsch und russisch) bedienten." Und er sucht diese von ihm behauptete Tatsache folgendermaßen zu beweisen: „Konnte es anders kommen? Wie sollten Leute, die in ihrem Deutschtum vornehmlich ein sozialpolitisches Privilegium, das ihnen eine bevorzugte Stellung über dem gemeinen Volke sicherte, zu schätzen und zu hüten gewohnt gewesen waren, an einem Deutschtum festhalten, wo es keine Privilegien mehr mit sich führte, wo im Gegenteil eine höhere politische Gewalt sich in feindseligem Gegensatz zu ihm stellte?" Dem gegenüber sei nur darauf hingewiesen, daß nur ihre Herrenstellung es den Balten bei ihrer politischen Isoliertheit ermöglicht hat, sich rein deutsch zu erhalten. Aber es brauchen keine logischen Einwände gegen D. gemacht zu werden. Es genügt, auf die lange Reihe deutscher Gelehrter, Dichter und Schriftsteller hinzuweisen, die in Vergangenheit und Gegenwart aus den baltischen Provinzen hervorgegangen sind. Ein Volk, das Persönlichkeiten hervorgebracht hat, wie A. v. Harnack, K. E. v. Baer, Viktor Hehn, Julius v. Eckardt, Karl Schirren, E. v. Gebhardt, Th. H. Panthenius, E. Graf Keyserling, Otto Freiherr v. Taube und noch so viele andere, hat bewiesen, daß es — deutsch spricht. Auch deutet die Tatsache, daß die Balten das ganze Land mit einem dichten Netz deutschsprachiger Schulen überzogen, die aus-

Digitized by Google

schließlich von baltischem Geld unterhalten wurden, nicht darauf hin, daß man dort für die Erhaltung und Stärkung der deutschen Muttersprache nicht genügend Sorge trug.

Goetz

Literatur

E. Molden, Zur Geschichte des österreichisch-russischen Gegensatzes. Die Politik der europäischen Großmächte und die Aachener Konferenzen. Wien, L. W. Seidel & Sohn.

Dieser streng wissenschaftlicher Forschung dienenden Schrift eignet durchaus der Reiz des Gegenwärtigen und Zeitgemäßen. Indem sie die Tätigkeit der österreichischen und russischen Diplomatie vom Ende der Befreiungskriege bis zum Abschluß der Aachener Konferenzen in Zug und Gegenzug zu verfolgen gestattet, veranschaulicht sie mit überraschender Deutlichkeit, wie augenfällig der österreichisch-russische Gegensatz unmittelbar nach dem gemeinsamen Kriege in die Erscheinung getreten ist und welch richtunggebende Macht er gerade in jenen Jahren für die Gestaltung der gemeineuropäischen politischen Zustände bedeutet hat. Sobald Österreich von dem Alpdruck des napoleonischen Kaiserreichs befreit war, ist ihm in dem russischen Koloß ein neuer, nicht minder gefährlicher Gegner entstanden. Und gleichzeitig begannen, von einigen ehrgeizigen Diplomaten geschickt angeknüpft, zwischen Petersburg und Paris geheime Fäden sich anzuspinnen. Man braucht nur einen Blick auf die Landkarte zu werfen, urteilt schon ein so kluger politischer Kopf wie Gentz, um sich zu überzeugen, daß Frankreich und Rußland von der Natur zu Verbündeten bestimmt sind. Daß die Gefahr ihres engeren Zusammenschlusses damals glücklich beschworen wurde, verdankte Österreich, neben den innerpolitischen Verhältnissen Rußlands, vor allem der überlegenen Staatsmannskunst Metternichs. Durch geschickte Ausnützung der romantisch-konservativen Neigung des Zaren Alexander, der Frankreich als dem Herde der Revolution noch immer mißtraute, gelang es ihm, die Mächte in der Aachener Tagung auf Beschlüsse festzulegen, die den alten Vierverband als Schutztor gegen Frankreich aufrecht erhielten und die Sicherung des Besitzstandes als obersten Leitsatz des europäischen Konzertes zur Anerkennung brachten. Die Heranziehung eines ausgebreiteten, vielfach noch nicht verwerteten Materials, insbesondere vertraulicher Aufzeichnungen der Zeitgenossen, hat es E. Molden ermöglicht, diese verwickelten Vorgänge zum erstenmal völlig klarzulegen und so ihre bleibende geschichtliche Bedeutung erst recht verständlich zu machen. Durch seine Ergebnisse werden die bisher vorhandenen Darstellungen jenes Zeitraumes, die vor allem den preußisch-österreichischen Gegensatz in den Vordergrund rücken, in sehr bemerkenswerter Weise ergänzt und berichtigt. An dieser methodisch sauber gearbeiteten, ertragsreichen Schrift wird nicht nur der zünftige Historiker seine Freude haben, sie ist vielmehr für jeden wertvoll, der die Ereignisse der Gegenwart aus der Vergangenheit zu begreifen sich bemüht.

W. Stahl

Digitized by Google

Emil Deckert, Das britische Weltreich. Ein politisch- und wirtschaftsgeographisches Charakterbild. Frankfurt a. Main 1916, Heinrich Keller. 155 S. Preis geh. Mk. 7.60, geb. Mk. 10.—.

Unter den vielen brauchbaren Veröffentlichungen über England und seine Besitzungen, die der Krieg uns beschert hat, fehlte bisher eine ausführlichere geographische Darstellung. Denn das Werk des Geographen Hettner (Englands Weltherrschaft und der Krieg) geht zwar von geographischen Grundlagen aus, verfolgt aber schon nach dem Titel weitergehende Ziele und gelangt letzten Endes zur Politik. Nun will freilich auch das Charakterbild, das der Frankfurter Professor Deckert entwirft, nicht nur wirtschafts-, sondern auch politisch-geographisch sein (wäre übrigens diese unglückliche Wortbildung nicht durch „staatsgeographisch" zu ersetzen?). Aber die politischen Teile seiner Arbeit, etwa $^1/_5$ des Ganzen, sind weder besonders eingehend noch durchweg gelungen. Was etwa an Hoffnungen bezüglich Kanadas Abfall (S. 44), Verlust Kapstadts und Internationalisierung des Seewegs nach Ostindien (S. 75) gesagt wird, paßt nicht gerade zu den Absichten des Vorworts, „die vorliegenden Tatsachen scharf und fest in das Auge zu fassen"; und kühle Geschichtsbetrachtung hätte eine Äußerung verbieten müssen, wie die, daß die Briten „nicht hätten vergessen sollen", daß es auch noch andere Küstenvölker gäbe, und daß diese wohl auch ein Recht auf Freiheit der Meere hätten (S. 141/42). Die Gerechtigkeit verlangt aber zuzugeben, daß an andern Stellen sehr treffende und sachliche Beobachtungen gemacht sind, so über die Hemmung der Selbständigkeitsneigungen Australiens und Südafrikas durch Kapitalabhängigkeit vom Mutterland; über die geringe Aussicht auf Anschluß Kanadas an die Vereinigten Staaten; Kolonisationskraft in Kanada und Tasmanien.

Der Hauptvorzug des Deckertschen Buches liegt in der landschaftlichen und wirtschaftsgeographischen Beschreibung. Jeder der Bestandteile des britischen Weltreiches wird nach politischer Geschichte und Gestaltung, Bevölkerung, Bodenbeschaffenheit, Gütererzeugung und weltwirtschaftlicher Bedeutung eingehend und mit reichem Zahlenmaterial besprochen. Belebt wird der Text durch gut gewählte Landschafts-, Kultur- und Vegetationsbilder, geschickte Veranschaulichungen von Volks- und Konfessionsverhältnissen, sowie eine Reihe sehr übersichtlicher Karten.

Jedenfalls ist Deckerts Schrift wohl geeignet, die Stärke des Britenreiches und die ungeheure Vielseitigkeit seiner Hilfsquellen vor Augen zu führen, wie auch über seine schwachen Seiten aufzuklären.

Dr. Otto Weidenmüller, Flensburg

Nachdruck aus dem Inhalt unter genauer Quellenangabe gestattet.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Klepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Klepenheuer, Weimar. Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

1. Jahrgang • 21. Juli 1916 • Heft 30

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

„Soziopolitisches" in bezug auf England

Von Prof. Dr. Ferdinand Tönnies

In einer so jungen Wissenschaft, wie es die Soziologie ist — und in deren empirischen Teil gehört, was wir dem Geiste und der Feder Rudolf Kjellens verdanken —, ist es notwendig, neue Begriffe zu bilden, und es ist kein Vorwurf, sondern der Billigung wert, wenn für diese Begriffe auch neue Namen geschaffen werden. Freilich müssen wir in einem Buche[1], das von Analyse der Motive des Weltkrieges aus „einige synthetische Ausblicke auf die Zukunft mit ihrer neuen Gleichgewichtslage in der politischen Welt eröffnen will", nicht auch eine streng theoretische Begründung dieser neuen Begriffe erwarten. Der Verfasser teilt die „politischen Probleme" in geopolitische, ethnopolitische, soziopolitische und kulturpolitische ein. Wir wollen uns nur mit den zwei zuletzt genannten Arten, insbesondere mit den „soziopolitischen", beschäftigen.

Als Soziopolitik will Herr Kjellén eine Disziplin verstehen, die „die Staaten in ihrer Eigenschaft als Gesellschaften behandele": sie stelle gewisse grundlegende Voraussetzungen für die staatliche Gesundheit auf, nämlich auf der einen Seite Harmonie zwischen den einzelnen Gesellschaftsklassen in ihrer Arbeit für das private Wohlergehen innerhalb des staatlichen Rahmens — diese Lebensbedingung des Staates könne Sozialität heißen —; auf der anderen „eine gewisse Vielseitigkeit und innere Ergänzung der einzelnen Erwerbszweige, so daß der Staat in ökonomischer Hinsicht im Notfall auf eigenen Füßen stehen kann" — dafür

[1] R. Kjellén, Die politischen Probleme des Weltkrieges. Übersetzt von Dr. Friedrich Stieve. Leipzig, Teubner 1916. M. 2.40.

Digitized by Google

sei schon der Kunstausdruck Autarkie (wirtschaftliches Selbstgenügen) üblich geworden. Diese Begriffe sollen als Maßstäbe für den Zustand der kriegführenden Mächte vor dem Kriege gebraucht werden.

Wertvolle Gesichtspunkte ergeben sich daraus. Kjellén knüpft unmittelbar die Erwägung daran, daß innere Zwietracht leicht zur Versuchung für Staatsmänner werde, Ablenkung nach außen hin zu suchen, also Krieg zu erstreben oder doch willkommen zu heißen; wo dann freilich (darf man einwenden) der Beweis der Arglist und des bösen Willens so schwierig wie nur in irgendeinem Strafverfahren sein würde. Er prüft den Zustand Österreich-Ungarns, den Zustand Englands daraufhin und bringt die merkwürdige Äußerung eines Russen aus dem Jahre 1914, die im Werke „Deutschland und der Weltkrieg" aufbewahrt wurde, in Erinnerung. Er beruft sich auf die starken Unruhen in Frankreich 1907 bis 1911 und die syndikalistische Propaganda; auf die Furcht der leitenden Kreise Rußlands vor einer zweiten Revolution. Dabei seien in allen uns feindlichen Ländern offenbar falsche Hoffnungen gehegt worden in bezug auf die sozialdemokratischen Wählermassen. Für wichtiger hält unser Autor in bezug auf die primären und positiven Kriegsmotive die Forderung der Autarkie, als die nationalistische Reaktion gegen das kosmopolitische Freiheits- und Freihandelsideal. Es wird betont, daß die amtliche deutsche Politik ungeachtet der imperialistischen Tendenzen, die sich naturgemäß als Folge der großen Industrieentwicklung bemerkbar machten, das Prinzip der „offenen Tür" aufrecht erhalten habe. Dem Marineprogramm nebst der Kolonialpolitik sei in gewisser Hinsicht als konkurrierend das kontinentale levantische Programm zur Seite getreten. Hier wird die Verbindung des deutschen Industriestaates mit dem türkischen Agrarstaat, ebenso die mit Österreich-Ungarn, wobei Österreich schon als Industriestaat betrachtet ist, erörtert. Der Gedanke des mitteleuropäischen Wirtschaftsverbandes wird mit vielleicht zu kühnem Vertrauen als „vollkommen aktuell" dargestellt. Dagegen sei nun in Rußland das Gefühl einer erniedrigenden Abhängigkeit von der deutschen Industrie stark gewesen; auch der russische Reichshaushalt brauche Ausfuhrwege und stoße mit dem Nachbar zusammen. Durch die ungemeine Bedeutung der Ukraine für den russischen Reichshaushalt und nicht minder durch die Dardanellenfrage empfange die handelspolitische Span-

Digitized by Google

nung zwischen Deutschland und Rußland ihr richtiges Licht; dazu komme, daß für den Muschik das panslawistische Eroberungsprogramm bedeute, was er ersehnt: „mehr Land". Auf ganz andere Art ist offenbar der Gegensatz Englands gegen das Deutsche Reich begründet. Es besitzt seine Autarkie durch die Seeverbindung mit dem Kolonialreich. Die Triebfeder in Englands Bestreben, Indien und Ägypten in seiner Interessensphäre zusammenzuschließen, ist mehr militärischer als wirtschaftlicher Natur. Aber die Chamberlainschen Pläne? Sie wollten die Autarkie des Reiches vollenden, sie enthüllen „im Grunde" ein Friedensprogramm, das auch Deutschland seinen Platz gönnen wollte, aber sie schlossen für das Mutterland den Bruch mit dem Freihandel in sich ein; daran sind sie gescheitert.

Der schwedische Gelehrte kommt hier auf einen Gedanken zurück, den er in seinem Buche „Die Großmächte" (S. 122 des deutschen Auszuges) ausgesprochen hatte, daß nämlich die Ententepolitik innerhalb Europas eine „Alternative" zur Idee des panbritischen Zollvereins darstelle, einen „zweiten Weg" zur Konsolidierung des Weltreiches, auf Schwächung des Rivalen, anstatt auf eigene Verstärkung hinausgehend. Mir ist dieser Gedanke sehr vertraut, da ich ihn in anderer Form mehrmals beim Ausbruch des Krieges ausgesprochen und mit Selbstironie bereut habe, daß ich bei Verteidigung des englischen Freihandels „geholfen" (es bestand darin, daß ich im Jahre 1903 einen Freund drüben, der in dieser Richtung sehr erfolgreich, auch innerhalb der Regierung, tätig war, literarisch unterstützte). Ich glaube aber doch, daß der Zusammenhang nicht so einfach ist, wie Kjellén ihn darstellt. Die konservative Partei habe für die fortschrittliche Linie (die der eigenen Entwicklung), die liberale für die konservative (die der Schwächung des Rivalen) sich entschieden. Daß die zweite auch die kriegerische werden mußte, mache die Verwirrung zwischen den Parteien noch auffallender.

Ich meine aber, daß die Zusammenhänge etwas anders liegen. Die auswärtige Politik Englands ist immer verhältnismäßig kontinuierlich gewesen; wenn eine liberale Regierung davon abwich, hat sie es in der Regel büßen müssen. Zu den überlieferten Maximen gehört es, daß keine andere Kolonialmacht stark werden dürfe, und daß England schwächeren Kolonialmächten zeitweilig Zugeständnisse machen müsse, um einer stärkeren zu wehren. Die große Furcht war, das Deutsche Reich, stark wie es ohne

Digitized by Google

Zweifel von Anfang an (seit 1871) war, möge als Kolonialmacht groß und gefährlich werden. Diese Furcht hatte an und für sich mit Parteigegensätzen nichts zu tun. An ihr hatten nicht alle Tories und liberalen Unionisten teil, z. B. von jenen nicht Lord Salisbury, der nach wie vor in Rußlands asiatischer Expansion die Gefahr erblickte, auch nicht Chamberlain, dem die Tarif-Reform alles bedeutete und dem der bewaffnete Friede zwischen Frankreich und Deutschland beide hinlänglich zu schwächen schien. Noch weniger hatten alle Liberalen teil an jener Angst: nämlich alle die nicht, die unentwegt an den Freihandel und die demokratische Zukunft glaubten, und den Spitznamen „Klein-Engländer" nicht scheuten: sie hatten anfangs das Übergewicht im Kabinett von 1906. Der Imperialismus zog eine Furche durch das Parteiwesen, die noch weniger als die Furche des Freihandels, in gleicher Linie mit der Grenzscheide verläuft, die durch die irische Frage abgesteckt, die neue Parteigruppierung der herrschenden Klasse seit 1886 bestimmt hatte. Es waren und sind sehr einflußreiche Freihändler unter den Unionisten — so der vorige Herzog von Devonshire (als Marquis von Hartington vieljähriger Amtsgenosse Gladstones), und es waren und sind einflußreiche Imperialisten unter den Neuliberalen, die damals Gladstone treu blieben; ihr Haupt, Lord Rosebery, der Eidam Lord Rothschilds, stand 1894/95 an der Spitze eines freilich recht schwachen liberalen Kabinetts.

Wie aber der Freihandel wesentliches Element des liberalen Programms, so stellt der Imperialismus, dem die schutzzöllnerische Farbe wohl angemessen, aber nicht notwendig ist, ein wesentliches Element des Bekenntnisses dar, auf das sich die beiden überlebten Adelsparteien (Tories und Whigs) mit einigen radikalen Zugängern, denen die Rettung des britischen Industrie-Monopoles die Hauptsache war, geeinigt hatten. Darum kann man die Imperialisten im liberalen Kabinett gleichsam als Delegierte jener alten und jungen Oligarchie in einem politischen Körper verstehen, der sonst den Versuch bezeichnet, dem „Mutterland der Parlamente" eine wirklich moderne Grundlage zu geben — welches Beiwort hier kein Werturteil enthalten soll, es sei denn in dem Sinne, daß eine moderne Zurüstung für Aufgaben, die ein neues Zeitalter stellt, ohne Zweifel die tauglichste ist. Ohne die imperialistischen Fremdkörper und ohne eine imperialistische auswärtige Politik wäre für Nobility and

Digitized by Google

Gentry des alten England — das man immer von Wales, Schottland und vollends Irland unterscheiden muß — das neue liberale Kabinett noch mehr moralisch unmöglich gewesen, als es wirklich der Fall war. Auch so erschien es jenen als ein bloßes Revolutions-Komitee, gegen das zu rebellieren nicht nur ein selbstverständliches Recht, sondern unter Umständen Pflicht sei; solche Umstände waren durch Home Rule und die Gesetze, daß Ulster eingeschlossen wurde, gegeben. Bekanntlich versagten im Juli 1914 die aristokratischen Kavallerie-Regimenter den Gehorsam und Sir E. Carson übte seine Truppen für den Aufruhr ein.

Nach meiner Ansicht versteht man den Zusammenhang der Dinge nicht — darum widerspreche ich hier auch Herrn Kjellén — wenn man nicht erkennt, daß Sir Edward Grey ein Mann von beschränktem Geiste ist. Ich bin davon überzeugt, daß er von seinem Amtsantritt bis zur Kriegserklärung, und darüber hinaus, in vollkommen gutem Glauben gehandelt hat, im Glauben, dem Frieden zu dienen, soweit und solange als es mit den Lebensinteressen des britischen Reiches verträglich sei. Ich bin ebenso überzeugt, daß nur ein törichter Mensch die auswärtige Politik während der acht Jahre vor dem Kriege leiten und diesen Glauben behalten konnte. Er war unfähig zu sehen, daß das Bündnis seines Landes mit Frankreich und Rußland — zumal nachdem das neue Rußland so große Fortschritte in jeder Hinsicht gemacht hatte (es gehörte zu seiner Einfalt, zu leugnen, daß die Entente ein Bündnis in sich schloß) — eine ungeheure Kriegsgefahr für Europa bedeutete, was die belgischen Diplomaten so klar erkannt und angezeigt haben; unfähig zu sehen, daß eine diplomatische Konferenz, bei der die Mittelmächte in einer Frage, die den Lebensnerv des einen berührte, sich lauter Feinden und einem sehr zweifelhaften Freunde gegenüber gesehen hätten, scheitern mußte. In seinem eitlen und einfältigen Glauben an die Zaubermacht der Konferenzen und seines persönlichen Einflusses zugunsten des Friedens, ist er nicht irre geworden durch den jammervollen Mißerfolg der Konferenz, die der König von Großbritannien und Irland, sein König, aus eigener Initiative berufen hatte, um — wie dieser König ehrlich genug war, offen auszusprechen — dem drohenden Bürgerkriege — dem „Appell an die Gewalt" — zu begegnen. Da handelte es sich um einen Streit über die Gesetzgebung, einen Streit, wie er wenigstens fünfmal während des neunzehnten Jahrhunderts

Digitized by Google

annähernd ebensolche Schärfe angenommen hatte, es handelte sich um eine Konferenz von Parteiführern, die alle gewohnt waren, durch eine Abstimmung des Parlamentes die schwierigsten Streitfragen entschieden zu sehen und sich darein zu ergeben, wenn sie auch das Verderben des Landes drin erblickten. „Viele Leute haben uns neuerlich gesagt: könnten wir nur ein paar Menschen an einen runden Tisch setzen, so könnte wenigstens einstweilen die ganze Angelegenheit in Ordnung gebracht werden. Wohlan, die Männer sitzen nun am runden Tische und die ganze Nation erwartet ihren Bericht. Wenn sie keinen Ausweg finden, dann wird die letzte Chance einer friedlichen Erledigung ganz sicher verschwunden sein." So schrieb die „Times" vom 23. Juli 1914 von König Georgs Konferenz. Zwei Tage später verkündete sie den Zusammenbruch (the breakdown) der Konferenz. „Was bedeutet dieser Zusammenbruch? Er bedeutet, daß, wenn das Parlament nicht den schmalen Spielraum der Meinungsverschiedenheit zwischen den entgegengesetzten Parteien in Irland zu ebnen weiß, wir schleunig einen weit fürchterlicheren und unheilvolleren Zusammenbruch erleben werden." So der „Times"-Leitartikel am 25. Juli!

Man erwäge! Denn es kann nicht scharf genug in die Erinnerung der Mit- und Nachwelt eingeschnitten werden: das Ministerium, zu dessen leitenden Mitgliedern Edward Grey gehörte, mußte sich unfähig erklären, den inneren Frieden zu wahren, es fand sich dem Ausbruch des Bürgerkrieges gegenüber — nachdem die vom König berufene und geleitete Konferenz kläglich gescheitert war, mußte es undenkbar erscheinen, daß irgendeine Konferenz besseren Erfolg haben könne. Neben dem König stand eine Regierung, gestützt auf eine erhebliche Mehrheit des Parlamentes — und diese Regierung vermochte nicht den Widerstand, der von der Tory-Partei und 4—5 irischen Grafschaften (Irland besitzt deren 32!) ihr entgegengestemmt wurde, zu brechen. In Europa gibt es keinen König, keine Regierung. Was es gab, liegt klar zutage: Wille Rußlands, Konstantinopel und die Dardanellen zu gewinnen, Österreich-Ungarn zu schwächen oder gar zu vernichten, Wille Englands, Rußland und Frankreich in allem beizustehen, was zur Minderung deutschen Einflusses, deutscher Weltstellung beitragen könnte, Wille Frankreichs, im Vertrauen auf russische und britische Hilfe Elsaß und Lothringen wiederzugewinnen, Wille Italiens, sich als treulos zu bewähren, Wille des Deutschen Reiches

Digitized by Google

und Österreich-Ungarns, diese freundschaftlichen Gesinnungen der Nachbarn nicht unbedingt sich gefallen zu lassen. Und angesichts dieser Tatsachen — an denen wenigstens das eine sich nicht wegdeuten läßt, daß England Partei war gegen das Deutsche Reich, nicht wie König Georg neutral gegenüber den um Irland streitenden Parteien — wagt es Sir Edward Grey zu behaupten, wagt bis auf den heutigen Tag vor der Welt zu wiederholen, die von ihm einberufene Konferenz von Diplomaten hätte mühelos binnen acht Tagen den Streitfall erledigt; nur der böse Wille Deutschlands habe dieser friedlichen Erledigung den schrecklichen Weltkrieg vorgezogen!

Die meisten unbefangenen Richter werden dies als eine ungeheure Unverschämtheit und als ein Zeichen der Niedertracht bezeichnen, die unsere öffentliche Meinung dem britischen Minister längst zuerkannt hat. Ich halte diese Deutung nicht für richtig. Ich sehe darin vielmehr die Urkunde einer groben Gedankenlosigkeit, einer ungeheuren Dummheit, und nicht wenige andere Taten und Reden dieses liberalen Imperialisten bestätigen mir diese Deutung!

Ich betrachte den nunmehr ins Oberhaus hinaufgeworfenen Minister als einen Delegierten der Tory-Partei im liberalen Kabinett. Die radikalen Mitglieder des Kabinetts und vollends die Menge seiner Parteigänger haben ihn immer so empfunden. Als er seine große Staatsrede am 3. August vortrug, die den berüchtigten (übrigens ganz harmlos ausgesprochenen) Passus enthielt, daß England, wenn es neutral bliebe, nicht weniger leiden werde, als wenn es daran teilnehme, — da sah er sich noch keineswegs einem einmütigen Hause der Gemeinen gegenüber. Der „Times"-Bericht gibt einfache „Cheers", aber keine „Ministerial-Cheers", die sonst bei Reden der Kabinettsminister naturgesetzlich sich einstellen! Wohl aber sind ausdrücklich bei schwungvollen Wendungen über britische Ehre, britische Interessen „loud Opposition cheers" vermerkt, und daß die „renewed cheers" bei dem Worte „british obligations" gleichfalls von den Bänken der Opposition kamen, ist nach dem Zusammenhange zweifellos. Überdies ereignete sich am Schlusse der Sitzung folgendes. Ein Herr Bryce, Schotte, der Mehrheitspartei angehörig (nicht mit James Bryce, etzt Lord Bryce zu verwechseln), erhob sich, um zu sagen: er behaupte, daß die öffentliche Meinung des Landes zum großen Teil („a large body

Digitized by Google

of opinion") für Bewahrung der Neutralität sei: „Während der ganzen Rede des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten an diesem Nachmittag kam nicht ein einziges Zeichen des Beifalls von der ministeriellen Seite des Hauses." Es wurde dazwischen geschrieen und ein anderes Mitglied der Mehrheit sagte: „Es wurde allerdings zu mehreren Malen Beifall gespendet", worauf Bryce erwiderte, er bedaure, wenn seine Behauptung nicht völlig genau gewesen sei; er habe seinen Eindruck von der Aufnahme der Rede wiedergeben wollen.

Man wird demnach nicht zweifeln können, wie es in Wirklichkeit gewesen ist. Überdies hat noch vor kurzem einer der klugen Cecils durch eine Zuschrift an die „Times" davor gewarnt, die Liberalen durch ferneren Ministerwechsel zu reizen, da ein sehr großer Teil der Anhänger dieser Partei nur mit starkem Widerstreben in den Krieg gewilligt habe!

Soviel, um die Tatsache ins Licht zu stellen, daß die Partei, die sich in der Minorität befindet, die Partei, die den Bürgerkrieg vorbereitete, die in giftigen Ausdrücken, wie sie nicht giftiger gegen uns Deutsche erfunden werden konnten, ihre Widersacher im Inneren verklagt und bedroht hat, daß diese Partei auch die des auswärtigen Krieges gewesen ist. Gewiß hat Kjellén recht, wenn er meint (S. 104), ein ähnlicher Gesichtspunkt, wie für Österreich-Ungarn — daß die Staatsmänner dazu hätten kommen können, eine aktive äußere Politik mit dem Risiko eines Krieges, oder gar den Krieg selber, für die einzige Möglichkeit anzusehen, um die Staatsidee aufrecht zu erhalten und den Staat zusammenzuhalten, habe auch für England vor dem Kriege geltend gemacht werden können. Für österreichisch-ungarische Staatsmänner lag keineswegs eine unmittelbare Veranlassung vor, den Notausgang aus einer brennenden Krise zu suchen. Für Großbritannien war diese brennende Krise vorhanden und lag solche Veranlassung allerdings vor. Auch für das Ministerium bedeutete der Krieg eine große Befreiung. Aber viel näher lag es für die Opposition, diesen Ausweg zu suchen oder doch willkommen zu heißen. Anstatt des Odiums der Rebellion und ihrer so gut wie sicheren Niederlage winkte den Imperialisten die Ehre des auswärtigen Krieges und die — wie sie glaubten — mit Hilfe von Rußland, Japan und Frankreich so gut wie gewisse Niederwerfung des verhaßten Rivalen zur See und auf den ausländischen Märkten.

Digitized by Google

Die „Soziopolitik", um den Ausdruck Kjelléns aufzunehmen, bietet gerade für Großbritannien und Irland sehr wichtige Gesichtspunkte dar. Schon aus dem Jahre 1886 (der ersten Home Rule Bill) schreibt Morley (Life of Gladstone III, 321), die Atmosphäre in London sei dick und heiß gewesen von politischer Leidenschaft; greise Beobachter erklärten, nie einen ähnlichen Zustand erlebt zu haben. „Schriftsteller von Ruf konnten keine andere Erklärung für eine abweichende Meinung über Irland finden, außer moralischer Nichtswürdigkeit und persönlicher Schändlichkeit." Dicker und heißer noch war die politische Atmosphäre Londons und des ganzen Landes im Sommer 1914. Wenn man den Zündstoff des Krieges untersucht, so darf diese Tatsache nicht vergessen werden. Siege hört zum Verständnis der „politischen Probleme des Weltkrieges".

Die Bedeutung des Seesieges vor dem Skagerrak

Von einem deutschen Seeoffizier

Es würde verfrüht sein, schon heute über die politische und militärische Bedeutung des deutschen Seesieges vor dem Skagerrak abschließend urteilen zu wollen. Die in der Tagespresse bekannt gegebene, auf Grund amtlichen Materials verfaßte ausführliche Schilderung der Schlacht selbst gibt ein auch für den Laien recht anschauliches Bild, das die Größe des deutschen Erfolges wahrheitsgetreu und deutlich zur Erscheinung bringt. Wie Reuter meldet, ist jetzt auch ein amtlicher Bericht des Admirals Jellicoe erschienen, der die Schlacht vom englischen Standpunkte aus darstellt. Das Original liegt mir noch nicht vor. Sofern der Reuter-Auszug richtig ist, versucht die englische Schilderung ziemlich gröblich die Wahrheit zu beugen. Insbesondere gilt dies hinsichtlich der angeblichen deutschen Schiffsverluste. Die englischen Falschmeldungen über deutsche Verluste werden auch dadurch nicht wahrer werden, daß sie in einem amtlichen Bericht als „Schätzung" Wiederholung finden. Rücksichten allgemeiner Art legen uns heute bei der kritischen Beurteilung noch gewisse Beschränkungen auf. Politisch kann ein solcher Erfolg, wie dieser, erst später in Wirksamkeit treten. Wir stehen

Digitized by Google

dem Ereignis selbst noch zu nahe. Die Bedeutung der einzelnen Schlacht tritt in einem Völkerringen, wie dem jetzigen, naturgemäß zurück. Dennoch sei der Versuch hier unternommen, vorläufig und unter obigem Vorbehalt die Bedeutung der Seeschlacht vor dem Skagerrak einer Würdigung zu unterziehen.

*

Politisch und strategisch

Der Grundgedanke des Gesetzes, dem die heutige deutsche Flotte ihre Entstehung verdankt und in dessen Begründung ihre Aufgaben umrissen werden, weist ihr in der Hauptsache eine friedenserhaltende Rolle zu: das Risiko eines Kampfes mit ihr sollte jeden Gegner, auch den seemächtigsten, von einer politischen Vergewaltigung Deutschlands abschrecken. Kam es aber dennoch zum Kampfe, so sollte die Vormachtstellung auch des zur See stärksten Gegners durch rücksichtslosen Einsatz der deutschen Flotte gefährdet werden. Mit einem Kriege, wie dem jetzigen, in dem die Flotten fast aller See-Großmächte, unterstützt durch die Hilfsmittel der ganzen Welt, im Kampfe gegen die noch nicht programmäßig ausgebaute deutsche Flotte stehen, haben die maritimen Rüstungen Deutschlands ebensowenig rechnen können, wie mit der Tatsache, daß englische Skrupellosigkeit es ungestraft würde wagen dürfen, sich im Gegensatz zu den Interessen der großen und kleinen Neutralen über alle gültigen Regeln des Völkerrechts hinwegzusetzen und so eine Kriegführung zu inaugurieren, die in der Geschichte kein Beispiel und keinen Vorgang hat. Es konnte nicht vorausgesehen werden, daß England, unterstützt durch seine maritime Überlegenheit und seine geographische Lage, mit Hilfe seines Goldes und seiner Drohungen ein auf die Geldgier, die Bestechlichkeit und die Angst des einzelnen neutralen Kaufmannes aufgebautes Erpressungssystem wie das jetzige ohne energischen Widerstand der neutralen Regierungen durchzuführen imstande sein würde.

Es konnte auch vor dem Kriege nicht angenommen werden, daß die englische Flotte entgegen ihren historischen Traditionen, die ihr als Grenze ihrer Wirksamkeit die feindliche Küste anweisen, und trotz der vielfachen Reizungen durch Angriffe der deutschen Flotte auf die englische Küste mehr denn 1 1/2 Jahre mit ihrer Hauptmacht in die unzugänglichen Häfen der Westküste der britischen Inseln sich verstecken würde. Dies um so weniger,

Digitized by Google

als prahlerische Reden britischer Staatsmänner und Offiziere die Vernichtung der „German fleet“ spätestens mit Kriegsausbruch in sichere Aussicht gestellt hatten.

Die deutsche Flotte sah sich also im Verlauf des Krieges vor neue und unerwartete Situationen gestellt: Gesunde militärische Grundsätze verlangten die ständige Schlagbereitschaft der Hauptflotte in der Nordsee, wichtige sonstige Interessen geboten den Schutz der Handelswege und Küsten in der langgestreckten Ostsee gegen den schwächeren russischen Gegner. Beide Aufgaben zu lösen, blieb das strategische Ziel. Sonstige besondere strategische Ziele für die deutsche Flotte sind im Kriege nicht erkennbar geworden. Die geographische Lage verbietet von selbst den Angriff auf die in sicherer Entfernung von uns im Atlantik stehenden und dort widerrechtlich eine Handelssperre ausübenden englischen Streitkräfte. Strategische Ziele, wie sie die ältere Seekriegsgeschichte kennt, Schutz eines fernliegenden Stützpunktes, Verhinderung des Zusammenschließens einzelner Teile des Gegners, Wegnahme der spanischen Silberflotte, Sicherung großer Transportflotten und anderes mehr, kommen für uns gar nicht oder nur beschränkt in Frage. Die Vereinigung aller deutscher schwimmender Machtmittel ist gegebenen Falles durch den Kaiser-Wilhelm-Kanal sichergestellt. Gelegentliche Vorstöße an die englische Küste hatten immer den Hauptzweck, die englische Flotte zum Schlagen zu bewegen. Die Schlacht blieb immer das Ziel der deutschen Flottenmaßnahmen. Dieser Zweck ist durch die Schlacht vor dem Skagerrak nun erreicht worden. Die letzte Beschießung von Lowestoft am 24. April 1916 hat allem Anschein nach die englische Flotte zu größerer Aktivität in die Nordsee genötigt. Die immer schon unruhige öffentliche Meinung verlangte endlich eine andere Dislozierung der „Grand fleet“. Darauf deutete auch die bekannte Rede von Balfour hin. Das Hauptziel der deutschen Strategie wurde so erreicht. Es kam zur Schlacht, die siegreich für uns endete. Alle unsere Hoffnungen und Erwartungen wurden übertroffen. Welche strategische Folgerungen hieraus für die Zukunft zu ziehen sind, steht dahin. Mit der Wahrscheinlichkeit, daß die englische Admiralität die erlittene Schlappe auszuwetzen bemüht sein wird, wird zu rechnen sein. Solches Verhalten wird dann den vorerwähnten deutschen Wünschen weiter entgegenkommen.

Digitized by Google

Darüber hinaus hat der deutsche Seesieg ohne Zweifel schon jetzt eine erkennbare politische Bedeutung: die Wirksamkeit der deutschen Machtmittel zur See ist den uns benachbarten Neutralen, deren Regierungen die Aufrechterhaltung einer gerechten Neutralität wirklich anstreben, deutlich vor Augen geführt. Sie alle kennen aus der Geschichte die zweimalige Vergewaltigung Dänemarks vor 100 Jahren durch brutale Anwendung der englischen Seemacht. Die jetzige Knebelung Griechenlands gibt ihnen einen recht deutlichen Begriff davon, was ihnen bevorstehen würde, wenn englische Staatsmannskunst und Gewalt ungehemmt durch die deutsche Flotte auch auf sie mit Landungen und Hungerabsperrungen drücken könnte. Der Seesieg der deutschen Flotte garantiert ihnen die Möglichkeit, ihren Interessen entsprechend, weiter in der von ihnen gewollten streng gerechten Neutralität verharren zu können. Daß bei der englischen Regierung Vergewaltigungsabsichten hinsichtlich der nordischen Neutralen bestanden haben und vielleicht noch bestehen, wird eine spätere Geschichtsschreibung klar erweisen. Aus der derzeitigen Gesamtkriegslage ergibt sich ohne weiteres, welche Bedeutung es für uns hat, wenn die Schlacht vor dem Skagerrak diese englischen Vergewaltigungsabsichten zunächst jedenfalls und zu einem besonders wichtigen Zeitpunkt, der Generaloffensive der Alliierten, beseitigt hat. Von allgemeineren politischen Prestigewirkungen soll noch weiter unten gesprochen werden.

Taktisch

Der halbamtliche deutsche Bericht gibt Zahlen über die an der Schlacht beteiligten englischen Schiffe und Kaliber. Vergleiche über die Stärke beider Gegner sind noch nicht am Platze, da über die beteiligten deutschen Schiffe noch genauere Angaben fehlen. Das Kräfteverhältnis schätzt der halbamtliche Bericht wie 2:1; das Verhältnis der Verluste an Kampfschiffen wie 4:1, an kleineren Fahrzeugen wie 2:1. Diese einfachen Zahlen illustrieren am besten die Größe des taktischen Erfolges. Es bedarf hier keiner weiteren Versicherung, daß die englische „Schätzung" der deutschen Verluste, wonach drei Linienschiffe vom Dreadnoughttyp gesunken und andere schwer beschädigt sein sollen, unwahr ist. Die amtlich veröffentlichten deutschen Verlustzahlen sind bekannt. Daß der amtliche englische Bericht falsche Verlustmeldungen wiederholt, kann nur als Zeichen

Digitized by Google

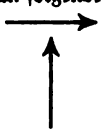
der Schwäche gedeutet werden und steigert die Bedeutung unseres Erfolges. Dabei ist, wie die Skizze 4 des deutschen Berichts zeigte, — das kann ruhig zugegeben werden — die Schlußstellung der beiden Flotten vom rein theoretisch-taktischen Standpunkte aus für die deutsche Linie keineswegs besonders günstig. Die englische Flotte war nach dieser Skizze, unterstützt und begünstigt durch die Unsichtigkeit der Luft, beinahe im Begriff, die Bewegung des „Crossing the T" zu vollenden, die — wenigstens vor einigen Jahren — das taktische Ideal der englischen Flottenführung war[1].

Eine spätere kritische fachmännische Geschichtschreibung wird es dem deutschen Flottenchef mit Recht als eine ganz besondere Führerleistung anrechnen, daß er — durch Rauchbehinderung und Unübersichtlichkeit des Kampfplatzes in diese unerwünschte Zwangslage versetzt — mit Energie und Geschick es verstanden hat, sich aus ihr loszulösen und sich so einer unbequemen Umklammerung seiner Spitze durch überlegene Kräfte zu entziehen. Der Vorstoß der großen Kreuzer und der schneidige Angriff auf die feindliche Spitze durch die Flottillen, deren Führer und Kommandanten als echte „Ritter von Eisen und Stahl" ihre Torpedos todesmutig in den Hagel der 38 cm-Granaten hinein an den Feind trugen, wird die Absichten und Bewegungen des deutschen Flottenchefs in diesem Kampfabschnitt besonders gut unterstützt haben.

Die taktische Bedeutung des Seesieges für uns läßt sich vielleicht so zusammenfassen:

Die bei der deutschen Flotte im Frieden mit größter Sorgfalt gepflegte Einzelschiffs- und Verbandsausbildung hat sich voll bewährt und reiche Früchte getragen. Dank der rastlosen Weiterbildung im Kriege unter An-

[1] Unter „Crossing the T" versteht man folgende Stellung der Linien:



d. h. der eine Gegner kann alle Breitseitgeschütze auf die Spitze der feindlichen Linie konzentrieren, während der andere nur aus einem Teil seiner Bugarmierung antworten kann. Theoretisch tritt also eine artilleristische Kraftkonzentration auf der einen Seite, ein Minimum an Geschützwirkung auf der andern ein. Vom artilleristischen Standpunkt aus ist der Vorteil etwas geringer, als es den Anschein hat.

Digitized by Google

spannung der Kräfte aller Beteiligten hat uns auch die zwangsweise gelegentliche Ruhe in unsern Flußmündungen nicht geschadet. Das „rotting in the Tajo", wie der verdiente englische Admiral Sir John Jervis, der Sieger von St. Vincent, seinerzeit die Beschäftigungslosigkeit der englischen Blockadeflotte nannte, ist ohne Wirkung auf die Schlagkraft und Manneszucht der deutschen Flotte geblieben. Die taktische Grundlage, auf die unsere Flottenführung in langer Friedensarbeit am grünen Tisch und in offener See aufgebaut worden ist, haben sich als richtig erwiesen. In kritischer Situation hat der ganze Gefechtsapparat einwandfrei gearbeitet. Die Waffenwirkung war über alles Erwarten, und trotz schwerster Gegenwirkung, überraschend groß. Die plumpe Überlegenheit der Zahl an Schiffen und Geschützkaliber, auf die die Engländer bauten, ließ sich durch geschickte Führung, seemännisches Geschick und Leistungsfähigkeit von Personal und Material so weit ausgleichen, daß trotz der Überlegenheit des Gegners ein großer Erfolg möglich wurde. Eine Vernichtungsschlacht im Sinne der Schlieffenschen Aufsatzreihe „Cannae" zu schlagen, konnte nicht das Ziel der nur halb so starken deutschen Flotte sein. Die Seekriegsgeschichte kennt auch nur wenige Vernichtungsschlachten. Tsuschima hat am ehesten Anspruch auf den Namen einer Vernichtungsschlacht. Ein Erfolg derart, wie er am 31. Mai erkämpft wurde, ist in England in historischer Zeit stets als großer Seesieg gefeiert und geehrt worden. Die Engländer haben früher gewisse deutsche Schiffsklassen spöttelnd als „five minute ships" bezeichnet, weil sie fünf Minuten nach Beginn der Schlacht mit Sicherheit vernichtet sein würden. Nach der Skagerrakschlacht mögen sie ihre Auffassung berichtigen. Vier englische Großkampfschiffe flogen auseinander oder sanken, vier weitere Panzerkreuzer gebrauchten im Granatfeuer unserer Linie nicht einmal fünf Minuten Zeit, um vernichtet zu werden.

Deutscherseits sank in der Schlacht selbst nur ein ungepanzerter kleiner Kreuzer. Die „Lützow", die an der Spitze der deutschen Linie stehend, die ganze Wucht des Kampfes vom Beginn bis fast zum Schluß getragen hatte, konnte das Schlachtfeld noch mit 15 sm Fahrt verlassen und sank erst später, am nächsten Morgen, nach ordnungsmäßiger Rettung der gesamten Besatzung. Man begreift, wenn man sich die Bedeutung der taktischen Ereignisse in der Schlacht an der Hand des amtlichen

Digitized by Google

Berichts und seiner Skizzen abschnittsweise nochmals klar macht, vollkommen, daß die englische Admiralität in ihrem ersten Bericht fast sprachlos war und von „schweren (heary) Verlusten" auf englischer Seite und „ernsten (serious) Beschädigungen" beim Gegner sprach. Hinterher hat die englische Presse die Sprache in bekannter dünkelhafter Tonart natürlich wiedergefunden. Aber alle diese Lügenberichte von „Augenzeugen" und „Schlachtteilnehmern", die links und rechts deutsche Schiffe versinken gesehen haben und in Selbstbewunderung vor der Treffsicherheit der englischen Geschützsalven ersterben, werden an dem Resultat, dem entscheidenden Erfolge der deutschen Flotte, nichts mehr ändern können. Das gleiche gilt hinsichtlich des amtlichen Berichts und des Reuter-Auszuges daraus. Das Bewußtsein, im ehrlichen Kampfe gegen einen um das doppelte überlegenen Gegner Sieger geblieben zu sein, wird die deutsche Flotte für die noch ausstehenden weiteren Kämpfe stärken und sie hart machen in dem Entschlusse, an ihrem Teile zu dem Endsiege beitragen zu wollen, der unserem Volke die Existenzberechtigung gegen eine Welt von Feinden erringen wird.

Prestige

Die Weltmachtstellung des britischen Imperiums ist zu einem erheblichen Teile auf Prestige aufgebaut. Dies Prestige verkörpert sich in der Unbesieglichkeit und Vormachtstellung der englischen Flotte. Flottenniederlagen Englands bedeuten in erster Linie Prestigeverluste. So ist es nur zu begreiflich, daß auch der amtliche englische Schlachtbericht versuchen muß, mit allen Mitteln einer verlogenen Dialektik, in der England unbestritten die Meisterschaft besitzt, den Prestigeverlust durch die Schlacht zu mindern. Der Engländer glaubt an die Unbezwingbarkeit seiner Flotte. Er hat hierzu ein gewisses historisches Recht. Man muß zurückgehen bis auf die Tage de Ruyters, um Schlachten und Kampfperioden zu finden, in denen die englische Flotte einem Gegner erlag. Von Teilerfolgen auf Sonderkriegsschauplätzen, wie die Taten des französischen Admirals Suffrén in Ostindien 1782/83, soll dabei abgesehen werden. Durch Prestigeverluste, die die englische Seemacht durch Niederlagen von 4 englischen Fregatten im Kampfe gegen gleichstarke amerikanische Gegner im Kriege mit den Vereinigten Staaten 1812—14 erdulden mußte, hat die englische öffentliche Meinung lange Zeit Qualen erlitten.

Digitized by Google

Mit allen Mitteln hat die englische Staatsleitung seit Alters her die Leistungsfähigkeit und damit das Prestige der englischen Seemacht auf der Höhe zu halten sich bemüht.

Hohe Belohnungen und Ehren dem siegreichen Führer, Kriegsgericht und Tod dem Zögernden, Unentschlossenen! Der Admiral Mathews, der 1744 in der Schlacht vor Toulon gegen formale Regeln der Taktik verstoßen haben sollte und so keinen Erfolg erzielte, wurde vor ein Kriegsgericht gestellt und kassiert. Der Admiral Byng, dessen taktisches Verhalten die Schuld an dem unentschiedenen Ausgang der Schlacht von Minorca (1756) zur Last gelegt wurde, wurde auf dem Achterdeck des Linienschiffes „Monarch" „mit allen Ehren, die seinem Dienstgrade zustanden" erschossen.

Andererseits verzieh die sonst so prüde öffentliche Meinung anerkannten Flottenführern und Nationalhelden, wie Rodney und Nelson, moralische Defekte, die selbst englische Geschichtschreiber nicht zu verbergen vermögen.

England hat sich, wie man sieht, sein Prestige etwas kosten lassen. Mit Druckerschwärze will es sich jetzt das in der Skagerrakschlacht verlorene Prestige wiedererkämpfen. Admiral Beatty soll nach der Schlacht vor dem Skagerrak „auf Urlaub" gegangen sein. Man wird abzuwarten haben, ob in Analogie der obigen historischen Beispiele demnächst Veränderungen in den Führerstellen der englischen Flotte eintreten und bekannt gegeben werden. Das englische Prestige hat in dem jetzigen Weltkriege zu Lande und zu Wasser in allen Teilen der Welt schon recht erhebliche Einbußen erlitten. Bei Mons und Neuve Chapelle, bei Coronel und vor den Dardanellen, bei Kut el-Amara und am Suezkanal, durch die ungeheuren Handelsschiffsverluste im U-Bootskriege, durch die Streifzüge der „Emden", der „Karlsruhe" und der „Möwe", vor Sansibar durch die „Königsberg", durch den Kreuzerkampf am 24. Juni 1915, und schließlich jetzt ganz besonders durch die Niederlage vor dem Skagerrak ist das englische Prestige schon in einer Weise erschüttert, daß wir uns diese Tatsache als erheblichen Erfolg in der Bilanz des Weltkrieges buchen können. Die späteren Folgeerscheinungen werden nicht ausbleiben. Der deutsche Erfolg vor dem Skagerrak trifft von allen bisherigen Ereignissen das englische Prestige am schwersten. Die Versuche, die Niederlage abzuleugnen, werden so besonders verständlich.

Digitized by Google

Die Zukunft der deutschen Flotte und das Personal

Mit Recht ist in allen deutschen Pressebetrachtungen die große Bedeutung des Flottensieges für die Zukunft der deutschen Flotte hervorgehoben worden. An der Schaffung der heutigen deutschen Flotte hat, das soll besonders hervorgehoben werden, das ganze deutsche Volk und der Reichstag hervorragenden Anteil. Alle diejenigen Volksvertreter, die als Laien in bezug auf die Anforderungen des modernen Seekrieges in einer Zeit, wo die Riesenfortschritte der Technik auch bei Fachleuten gelegentlich Zweifel über den richtigen Weg des Flottenausbaues aufkommen ließen, vertrauensvoll der bewährten Führung des Flottenbaumeisters v. Tirpitz gefolgt sind, dürfen jetzt nach der Schlacht die bangen Zweifel beiseite stellen, die sie im Laufe des Krieges gelegentlich beschlichen haben werden. Mit erfrischender Bestimmtheit und Deutlichkeit hebt der halbamtliche Schlachtenbericht die ausschlaggebende Bedeutung des Großkampfschiffes mit seiner schweren Artillerie als der entscheidenden Waffe im Seekriege hervor.

Der deutschen Zukunftsflotte ist damit der Weg für ihren Ausbau gewiesen. Das Großkampfschiff ist die Beherrscherin der Meere! Amerikanische und japanische Zuschauer haben die Richtigkeit dieses im Feuer der Skagerrakschlacht erhärteten Grundsatzes schon vor der Schlacht erkannt und dementsprechend ihre neuen Flottenbaupläne aufgestellt. Der Ausgang der Schlacht vor dem Skagerrak wird sie in dieser Auffassung nur festigen können.

Die dänische Zeitung „Dagens Nyheter" veröffentlichte kurz nach der Schlacht ein Gespräch des Admirals Beatty mit einer Prinzessin Radziwill, das nicht lange vor Ausbruch des Krieges stattgefunden haben soll. Danach hatte sich der englische Admiral über das deutsche Flottenpersonal etwa folgendermaßen geäußert: „Im Fall einer deutsch-englischen Schlacht gibt es für die Deutschen keine Möglichkeit des Sieges. Der deutsche Seemann hat seinen Beruf „gelernt", der englische ihn „aus Instinkt ergriffen". Das charakterisiert beide und ihre Leistungsfähigkeit. Außerdem paßt die deutsche Disziplin nicht für das Bordleben. Wenn auch der englische Löwe gelegentlich einen oder den andern Zahn aus seinem Gebiß verlieren sollte, ihm bleiben Zähne genug übrig, um seine Feinde tödlich zu treffen."

Admiral Beatty hat in der Schlacht vor dem Skagerrak reichliche Ge-

Digitized by Google

legenheit gehabt, die Richtigkeit seiner Gedankengänge nachzuprüfen. Es will scheinen, als seien die „Instinkte" des englischen Berufspersonals trotz seiner Prophezeiungen dem Können des deutschen Lehr- und Schulmeisters unterlegen gewesen. Dem englischen Löwengebiß sind immerhin einige für das Beißen wertvolle Eckzähne ausgebrochen worden. Die deutsche Flotte wird bereit sein zu weiteren Zahnoperationen, wenn „der Herr Graf ein neues Tänzchen wagen will". Darin liegt die Bedeutung der Schlacht vor dem Skagerrak in persönlicher Beziehung.

Als in der Kieler Woche vor Beginn des Krieges englische Schiffe unsere Gäste in Kiel waren, wurden auch zahlreiche Sport- und Kampfspiele zur wechselseitigen Unterhaltung der Mannschaften von uns veranstaltet. Dem Ausgange wurde bei dem bekannten Hochstand der englischen Sportleistungen von uns mit Spannung entgegengesehen; um so mehr, als unsere starke dienstliche Anspannung uns die Pflege des Sports nur selten gestattet. Fast alle Sportkämpfe endeten damals zugunsten der deutschen Mannschaften, die die meisten Preise nach Hause brachten. Als höfliche Gastgeber mußten wir Trostspiele und Trostpreise für unsere Gäste einsetzen. In aller Bescheidenheit haben wir damals unsere Schlußfolgerungen gezogen. Durch die Schlacht vor dem Skagerrak wissen wir jetzt, daß wir uns nicht nur in Sport und Spiel mit Erfolg mit englischem Können messen dürfen, sondern auch in offener Schlacht und auf dem weiten Meere, das frei zu machen von englischer Überhebung und britischem Dünkel seit Jahrhunderten das heißersehnte Ziel der Völker Europas war und das auch jetzt eines der hohen Ziele dieses furchtbaren Krieges ist.

„Invincible"

Träger dieses stolzen Namens finden sich schon in der ältesten englischen Seekriegsgeschichte. Für jedes veraltete Schiff entsteht alsbald ein neuer, stärkerer, modernerer Nachfolger.

Am 31. Mai 1916 sank der bisherige letzte Träger dieses Namens durch das Feuer deutscher Granaten vernichtet in die Tiefe.

Dies Großkampfschiff war im jetzigen Kriege wiederholt mit deutschen Schiffen und Waffen in enge Berührung gekommen.

Am 4. August 1914 folgte es, die Flagge des Admiral Milne führend, mit „Inflexible" der „Goeben" und „Breslau", die nach der erfolgreichen

Digitized by Google

Beschießung der algerischen Küste zurückliefen, immer bereit, das Feuer zu eröffnen, sobald ihnen der Funkspruch die erwartete Nachricht von der englischen Kriegserklärung brachte. Die Tüchtigkeit deutschen Maschinenpersonals schüttelte schließlich beim Wettlauf die lästigen Begleiter ab. Es ist bekannt, wie Admiral Souchon das englische Bewachungsgeschwader schließlich täuschte und glücklich an sein Ziel, Konstantinopel, gelangte.

Auch an den Niederlagen der englischen Seemacht vor den Dardanellen war „Invincible" beteiligt.

Nach dem Siege des deutschen Kreuzergeschwaders vor Coronel wurde „Invincible", die Flagge des Admiral Sturdee im Top, nach dem Kap Horn detachiert. Dort wirkte er an dem Kampfe mit, in dem — ruhmvoller für den Besiegten als für den Sieger — die munitions- und vorratsleeren Schiffe des Grafen Spee dem Fernfeuer eines zahlen- und kalibermäßig weit überlegenen Gegners tapfer kämpfend erlagen.

Nun liegt „der Unbesieglichе" mit vielen anderen Gefährten, die die stolze Flagge seines Landes tragen, besiegt auf dem Grunde der Nordsee vor dem Skagerrak.

Der Schimmer der Unbesieglichkeit wich von der englischen Flotte.

Mir will es eine frohe Verheißung für die Zukunft der deutschen Flotte, für die Freiheit der Meere, für die sie kämpfte, scheinen, daß in der Schlacht vor dem Skagerrak gerade dieser stolze Träger eines stolzen Namens, der „Unbesiegliche", deutschen Waffen in deutscher Tüchtigkeit erlag. Nomen est omen!

Die englische Flotte nicht mehr unbesieglich, das ist die große, ja die größte Bedeutung des Sieges der deutschen Flotte vor dem Skagerrak!

Petersburg, die Seele Rußlands

Von Dr. Richard Pohle

Petersburg ist gewissermaßen Grenzstadt. Bis hierher und nicht weiter kam das von Süden und Osten herandringende Russentum. Hier, an der Mündung der Newa, stoßen zwei Scharniere zusammen; an dem einen derselben hängt im Westen das verhaßte Land der Balten, an dem anderen im Norden das nicht weniger verhaßte und noch dazu gefürchtete Finnland; denn als feindliche Länder galten diese, lediglich von „Fremd-

Digitized by Google

völkern" besiedelten Gebiete von jeher in den Augen der Nationalrussen. Petersburg ist erwachsen an der Stelle, wo sich die sumpfige Newaniederung in eine Reihe von niedrigen Inseln auflöst. Das Gesicht schaut nach Westen und nach Norden. Strategisch betrachtet ist es ein Brückenkopf, der gerade nach Süden, nach der jetzigen Kampffront hin, ganz offen daliegt, keinerlei natürliche Verteidigungsstellung besitzt. Petersburg ist das Zentrum eines Industriebezirks, der im Reich an Leistungen nur noch von Moskau übertroffen wird. Aber er steht an erster Stelle da für die Verarbeitung von Metallen — in erster Linie Eisen — und in der chemischen Industrie. Hier legte Peter der Große die ersten Fabriken und Werkstätten für den Bedarf von Heer und Flotte an, hier wurden sie im Lauf der Jahrhunderte ausgebaut, um dann während des Krieges ganz gewaltig vergrößert zu werden. Der Fremde sieht sich die Stadt im Inneren an und fährt am Abend auf die „Inseln", wo neben der Natur noch Genüsse anderer, recht zweifelhafter Art seiner harren. Wer aber die Bedeutung Petersburgs in vollem Maße würdigen will, unternimmt die kurze Fahrt auf der Newa, der natürlichen Verkehrsstraße, die durch das im Osten anschließende Kanalsystem und die Wolga zum Bindeglied zwischen Kaspischem Meer und Ostsee geworden ist. Da liegt Fabrik an Fabrik, ragt Schlot neben Schlot in die Höhe, und auf dem Wasser lagern Tausende von hölzernen und eisernen Lastkähnen, darunter die von Astrachan herkommenden eigenartigen Naphtazisternen. Da sieht man die Putilowwerke, deren Arbeiterschaft während des Krieges die Zahl 20000 erreichte, die Obuchow- und Ishorawerke; sie und andere, kleinere, arbeiten an Panzerplatten, Kanonen und Geschossen; man erblickt ferner die Pulverfabriken von Ochta und Schlüsselburg. Vollkommener noch wird der Einblick in die industrielle Bedeutung, wenn wir die Fabriken und Werke besichtigen, die an der ältesten Kunststraße Rußlands, an der mit dem Lineal nach Moskau gezogenen Nikolaibahn liegen. Es bietet sich ein ähnliches Bild, nur das Wasser fehlt. Ein so bedeutender Industriebezirk, der in fieberhafter Tätigkeit für den Krieg arbeitet, braucht Bahnen, zumal er dem natürlichen Mittelpunkt des Landes weit entrückt ist; und über die Ostsee, deren Schiffsverkehr zurzeit beschränkt und stark erschwert ist, können Rohstoffe, wie z. B. Kohle, nicht befördert werden. Gerade dieser letztgenannte Umstand führt dazu, daß

Digitized by Google

Finnland und ein Teil der Ostseeprovinzen über Petersburg versorgt werden müssen. Das sind zwei bewaffnete Heerlager, die viel brauchen und dafür wenig hergeben. In Finnland liegen gegen 200 000 Mann Soldaten und hinter den finnischen Schären, diesem Gewirr von kleinen und kleinsten Inseln, verbirgt sich die russische Ostseeflotte, deren ganzer Bedarf an Kohle und Naphta über Petersburg herangeschafft werden muß. Die Flotte ist in jedem Fall völlig auf diese Stadt und ihre Industrie angewiesen; man kann ruhig sagen, mit ihr steht und fällt sie. In Petersburg laufen gegenwärtig sechs Bahnlinien zusammen. Nur eine derselben dient dem Verkehr mit Finnland; eine weitere führt über Narwa und Taps direkt nach Estland und treibt dann einen Zweig nach Livland hinein. Zwei Linien weisen nach Süd-Westen und Süden, nämlich nach Pleskau und Witebsk. Diese drei letztgenannten Bahnen dienen fast ausschließlich der Versorgung der ungeheuer langen Kampffront. Sie leisten so gut wie nichts für den Unterhalt einer Zweimillionenstadt und ihrer Industrie. Somit verbleiben nur zwei Bahnen, deren ganzer Betrieb auf Petersburg eingestellt sein muß und sich, wie wir gesehen haben, auch auf die Versorgung der nördlichen Ostseeländer erstreckt. Das sind: die Nikolaibahn und die über Perm—Wjatka—Wologda führende Nordbahn. Auf diesen ruht die ganze Last der Versorgung des Nord-Westgebiets. Kein Wunder, wenn die Russen dabei sind, neue Bahnen zu bauen, um die Bedürfnisse einer Stadt zu befriedigen, in der sich jetzt während des Krieges das ganze russische Leben konzentriert hat. Denn das ist die Bedeutung von Petersburg. Die am Eismeer mündende Murmanbahn hat den wichtigen Zweck, eine sichere Verbindung mit dem Auslande herzustellen. Eine Linie, die Rybinsk, den großen Stapelplatz an der Wolga, mit Petersburg verbinden soll, ist im Bau begriffen. Ferner wird ein neuer Strang Orel—Petersburg geschaffen, der dazu bestimmt ist, den Transport von Kohle, Eisen und Getreide aus dem Süden zu erleichtern. Diese drei Bahnen sollen spätestens im kommenden Winter für den Warenverkehr eröffnet werden. Es gehen große Ereignisse im russischen Verkehrswesen vor sich. Man hüte sich davor, dieselben zu unterschätzen. 25 000 Chinesen und Koreaner sollen an den Arbeiten beschäftigt werden. Sie sind teilweise schon am Werk. Große Summen sind ausgeworfen zum Ausbau der Nikolaibahn und ihrer Zweiglinien, um die Durchlaßfähigkeit

Digitized by Google

dieser wichtigsten Magistrale zu erhöhen — und Millionen sind bestimmt zum Bezug von rollendem Material. Man lasse sich diesen Tatsachen gegenüber nicht in Sicherheit wiegen, etwa in Gedanken an die bekannten Schäden russischen Wesens, wie Unfähigkeit und Bestechlichkeit. Nur der eine Schluß ist erlaubt: wir dürfen Rußland, das mehr oder weniger von seinen Verbündeten abgeschnitten ist, nicht gestatten, seine Wunden auszuheilen. Denn schwer krank ist dieser gewaltige Organismus immer noch. Das bezieht sich ganz besonders auf die Verkehrseinrichtungen. Gesund und ausreichend war ja das russische Eisenbahnwesen niemals, und wir können uns nicht darüber wundern, daß der Russe nicht noch einmal durchleben will, was sich im vorigen Herbst und Winter abgespielt hat. Der unerhörte Siegeszug des Sommers hatte die von Riga, Dünaburg und Witebsk auf Petersburg führenden Linien völlig gelähmt. Da mußten nicht nur Truppen, Kriegsmaterial und Verwundete, sondern auch Millionen von Flüchtlingen und die Einrichtungen ganzer Fabriken der westlichen Industriegebiete befördert werden. Dabei ging doch eine ungeheure Menge rollenden Materials verloren. Darunter hat aber auch die Nikolaibahn gewaltig gelitten. Die Folgeerscheinungen des Vormarsches und unserer Besetzung von Westrußland haben dann den ganzen langen Winter angehalten. Es ging so weit, daß der Passagierverkehr auf der Nikolaibahn sogar noch im Februar und März dieses Jahres wochenlang unterbrochen wurde, damit Petersburg mit dem Nötigen, hauptsächlich mit Kohle und anderem Brennmaterial, versorgt werden konnte. Diese Stadt hat tatsächlich viel mehr gelitten als die alte Residenz des russischen Reichs; denn Moskau besaß ungestörte Verbindungen nach Süden, Osten und Norden. Für Petersburg dagegen arbeitete nur noch die Nordbahn ohne Einschränkung.

Als Peter der Große die neue Residenz der Zaren schuf, erfüllte ihn doch nur ein Gedanke: Rußland dem Handel Europas zu öffnen; darum verlegte er dieselbe an die Newa. Hier, in der äußersten Ecke des Finnischen Meerbusens, geschützt durch das vorgelagerte Kronstadt, ist Petersburg mit der Zeit zur Handels- und Hafenstadt ersten Ranges geworden. Darum konzentriert sich in ihr das gesamte Bankwesen des ganzen Reiches; hier haben die großen Industriegesellschaften und Syndikate ihre Hauptverwaltungen, mögen auch die Arbeitsstätten selbst in den Kohlen-

Digitized by Google

gruben von Südrußland, auf den Goldfeldern an der Lena, oder um die Naphtaquellen von Baku herum gelegen sein.

Katharina II. gründete die Akademie der Wissenschaften, eine Pflanzstätte wissenschaftlichen Lebens, dessen Fäden zurzeit alle noch in Petersburg zusammenlaufen. Hier arbeitet die größte Universität des Reichs; hier ist das gesamte Medizinalwesen konzentriert; hier tagt die oberste geistliche Behörde, der „Heilige Synod". Eine Reihe von Technischen Hochschulen und wissenschaftlichen Instituten liefert Kräfte und Materialien für den Krieg. In dieser Stadt arbeitet der verzwickte Apparat der Intendantur, um die sich das gesamte Kriegsverpflegungswesen gruppiert. Dazu gehört jetzt auch die Übersiedelungsbehörde; sie ist ausschließlich für die Verpflegung des Heeres tätig, denn ihre eigentliche Aufgabe der Landeinrichtung und Kolonisation hat mit dem Kriege fast völlig aufgehört.

Petersburg ist Sitz des Senats, dem das Riesenreich seine ganze ungeheuer komplizierte Gesetzessammlung verdankt. Aus den von Peter dem Großen eingesetzten zwölf Kollegien sind mit der Zeit alle Ministerien hervorgegangen. In Rußland ist alles zentralisiert, in einer Weise, wie in keinem anderen Staate der Welt. Petersburg ist der allgemeine Mittelpunkt, die gewaltige Kraftstation, deren Leitungen einer aus unendlich vielen Teilen zusammengesetzten Regierungsmaschine Bewegung verleihen. Wird diese einzigartige Kraftquelle gelähmt, dann steht die Maschine still, und alles Leben hört auf. Rußland kann ohne Petersburg nicht regiert werden. Mir ist das so recht klar geworden, weil ich das zweifelhafte Glück genossen habe, anderthalb Kriegsjahre an der Newa zu verbringen. Deutlich entsinne ich mich der Vorgänge bei Beginn des Krieges. Es brach eine furchtbare Panik aus. All die Tausende, die den Sommer im Freien an der Küste des Finnischen Meerbusens verleben, strömten mit einem Male in die große Stadt zurück, in entsetzlichem Gedränge auf tagelanger Fahrt mit der Bahn im Viehwagen, oder mit Bezahlung ungeheurer Preise im Automobil. Aber die Panik ergriff nicht nur die Massen des Volkes, sondern auch höhere Regierungsbeamte. Schon wurden den einzelnen Regierungsbehörden ihre Plätze für den Fall des Auszuges angewiesen, den einen Moskau, anderen Kasan, Nishni-Nowgorod oder Saratow. So weit ist die Angst gegangen. Und dann, als man sich beruhigt hatte, wurde Peters-

Digitized by Google

burg mit zwei Reihen von Feldbefestigungen versehen, deren innere Linie, dicht an der Stadt hinlaufend, sogar die Gräber des Uspenski-Friedhofs nicht verschont hat. Und noch einmal sollte bleiche Furcht und Sorge die Regierungskreise ergreifen. Damals im Hochsommer 1915, als ein deutsches Geschwader im Rigaschen Meerbusen bis Pernau und Moonsund vordrang, befürchtete man die nachfolgende deutsche Landung und einen Vormarsch auf Petersburg. Denn hier wurde Befehl gegeben, eine große Zahl geräumiger öffentlicher und Regierungsgebäude im Laufe von acht Tagen frei zu machen. Den Hausbesitzern wurde verboten, freie Wohnungen bis auf weiteres zu vermieten. Alle diese Räume sollten dazu dienen, Offiziere und Mannschaften aufzunehmen, die Stadt mit Massen von Militär zu belegen. Eines jedenfalls ist klar: wenn Deutschland die Möglichkeit gehabt hätte, unmittelbar zu Kriegsanfang Truppen auf Petersburg marschieren zu lassen — der Krieg mit Rußland wäre anders verlaufen. Denn Petersburg ist nun mittlerweile auch — und zwar im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts — zum politischen Mittelpunkt Rußlands geworden. Wenn man vor etwa zwanzig Jahren in Rußland reiste und einen Provinzler frug, ob er Petersburg kenne, so konnte man erleben, daß derselbe statt jeder Antwort einfach verächtlich ausspie. Die Newaresidenz mit ihrem europäischen Anstrich, Sitz einer grenzenlos verhaßten Regierung, war und blieb verachtet. Moskau, die alte Zarenstadt, galt als Mittelpunkt national-russischen Lebens. Wer jedoch zehn Jahre später in Rußland reiste, wurde vom Bewohner der Provinz nicht mehr gefragt: Was sagt man in Moskau?, sondern es hieß: Wie denkt man in Petersburg? Denn dort tagte die junge russische Duma, die auch jetzt wieder, gerade während des Krieges, zum Schauplatz heftigster Kämpfe um brennende Fragen innerer Politik geworden ist.

Die anfangs erwähnte, in seiner geographischen Lage gegebene schwache Stellung Petersburgs erfüllt Rußland mit Sorge. Es gibt viele Beweise dafür. Nicht nur die Artikel Menschikows in der „Nowoje Wremja", und nicht allein das, was englische Blätter dazwischen aussprechen. Die letzte große russische Offensive ist im äußersten Süden angesetzt worden — hauptsächlich doch, um deutsche Truppen von der Dünafront abzuziehen. Darüber kann man uns nicht hinwegtäuschen. Und noch eins, vielleicht

Digitized by Google

das Wichtigste: vor den Toren Petersburgs breitet sich Finnland aus, dessen ganzes Denken auf Mitteleuropa eingestellt ist. Das Land hat auch während des Krieges nicht innegehalten im verzweifelten Kampf um sein Recht. Daher wird es verständlich erscheinen, daß die allrussische nationale Vereinigung erst kürzlich in einer Resolution betonte: Deutschland sei bemüht, ebenso wie in Irland, nun auch in Finnland einen Aufstand zu erregen. Deshalb müsse die Regierung Finnlands Jugend zum Kriegsdienst heranziehen und die gefährlichen Elemente aus dem Lande entfernen. Kein Wunder, daß diese Resolution einen Sturm der Entrüstung im Lager der russischen Liberalen entfesselte. Beide Parteien leben in Furcht vor der politischen Stimmung Finnlands; jede möchte in ihrer Weise für Beruhigung sorgen. Beide aber kommen zu spät. Die Finnländer haben längst alles Vertrauen verloren. Das Land hat sich endgültig vom russischen Reiche losgesagt und die Russen gehen nicht fehl, wenn sie dasselbe als feindliches Gebiet betrachten.

Spanien und der Krieg

Von Dr. Otto Grautoff

I.

Fürbitte eines Spaniers für Deutschland[1]

„Vater unser, an den wir aber glauben und auf den wir hoffen, gib, daß die Gerechtigkeit in der Welt siege; nicht die Gerechtigkeit der Gemeinplätze, der Agenturen, der geschaffenen Interessen, sondern die wahre und edle Gerechtigkeit. Gib, daß das Recht siege, nicht wie es die Völker predigen, die Rassen unterjochen und Schwarze und Gelbe zum Kampf gegen Weiße zwingen, sondern das Recht, wie es der empfindet, der Zorn erregt, weil er das nützlichste Glied der Menschheit ist. Gib, daß die Kultur siege, nicht die jeglicher Größe ledige Kultur des Anatol France, des Schriftstellers des Negativen, sondern die Kultur derer, die mit ihren rühmlichen Erfindungen und ihrer bescheidenen, aber festen Hingabe an die Erforschung eine harte, tief gebildete Seele bezeigen.

Gib, daß die Wahrheit siege, nicht die trügerische Wahrheit von Völkern,

[1] Luis Anton del Olmet, Der Sieg Deutschlands. (München, Georg Müller, 1916.) Deutsch von Mario Spiro. Preis 3 M. S. 277—279, 262—265, 272—273.

Digitized by Google

die die Gewissen kaufen und Lug und Trug unterstützen, sondern jene schweigsame, doch urkräftige Wahrheit, die nach wirklichen Siegen begierig macht. Gib, daß die großen Grundsätze siegen, die die Menschheit geadelt haben, nicht die falsche Freiheit, die verderbte Liebe, die selbstmörderische Irreligiosität, sondern jene andern, die Zucht und Ordnung heißen. Gib, daß die Arbeit siege, nicht die falsche Arbeit derer, die aus fremder Arbeit Nutzen ziehen oder die ihre Trägheit andern mit Kanonenschüssen aufzwingen wollen, sondern die edle Arbeit, die die billigen Maschinen erzeugt, welche das Brot unter die Menschen verteilen. Gib, daß der Erlöser siege, nicht die Henker unserer Rasse, die Beherrscher unseres Bodens, die unser Wesen verspotten, sondern das Land, das uns nie verletzt hat, das uns eine Hoffnung auf Macht ist.

Gib, Herr, daß Deutschland siege!"

Mit dieser Bitte schließt Luis Anton del Olmets Buch: Der Sieg Deutschlands; und folgendermaßen lautet die Begründung seiner Fürbitte:

„... Weder aus politischen noch aus historischen, noch aus sentimentalen Gründen kann uns der Sieg der Deutschen erschrecken. Und dabei glaube ich nicht einmal, wie gewisse Phantasten, daß Deutschland uns Gibraltar schenken und unsere Vereinigung mit dem Bruderlande, mit Portugal, herbeiführen würde. Nicht deshalb wünsche ich Deutschland den Sieg. Es sind moralische Gründe vorhanden, die mich an dieses Land knüpfen, tiefere Gründe, die von hohem Patriotismus zeugen.

Frankreichs Sieg würde den mehr oder weniger zufälligen, den mehr oder weniger flüchtigen und vorübergehenden Sieg einer verderblichen Regierungsform bedeuten. Ich bewundere Frankreich und empfinde für die Franzosen große Sympathien. Trotzdem kann ihre moralische Regierungsform, die Physiognomie, die sie darbieten, gar nicht kläglicher sein, noch kann es für Spanien ein trostloseres Beispiel, eine schlimmere Ansteckungsgefahr geben. Frankreichs Sieg wäre der Sieg des Unglaubens und der Zweifelsucht, der Korruption.

Wir wollen ein reines, ein lauteres Regiment. Und deshalb bewundern wir das deutsche Land.

Wir Jungen wollen rühmlich kämpfen mit den Attributen der Manneswürde. Wir wollen sein, was wir waren, und was jetzt Deutschland ist, ein starkes, disziplintiertes, heldenhaftes, arbeitsames Volk.

Digitized by Google

Englands Sieg wäre der Sieg des wildesten Egoismus, Frankreichs Sieg der Sieg der Korruption. Deutschlands Sieg dagegen wäre der Sieg der großen Prinzipien, die die Menschheit verehrungswürdig machten: Gott, Vaterland, König, Arbeit, Ehre, Mildtätigkeit, Familie. Und daß Deutschland siegt, halte ich für indiskutierbar. Im Kriege wie im Frieden siegt immer die Vernunft, die sich an der lebendigen Flamme des Gerechten entzündet.

Ist denn die Überlegenheit Deutschlands auf materiellem und technischem Gebiet nicht sonnenklar? Belgien ist in der Gewalt der Deutschen, desgleichen ein Stück des französischen Gebietes. Dünkirchen, Calais sind bedroht. Die ungeordneten Russenheere gehen in Westrußland und in Ostpreußen in Stücke. Die deutsche Flotte ist fast unversehrt. Der Heroismus ihrer Seeleute hat die ganze Welt überrascht. Österreich ist nicht das im Sterben liegende Land, von dem die gallischen Agenturen berichten. Die Türkei setzt ihr ganzes Ansehen auf die Karte. Und was steht dem allem gegenüber? Ein unvorbereitetes England, ein Frankreich ohne Führer, ein Rußland, in dem alles träge ist . . .

„. . . Deutsche, Spanien schaut mit Liebe auf euch. Wir geben euch das, was man auch aus der Ferne schicken kann: Achtung, Sympathie und Ehrfurcht; Ehrfurcht, Sympathie und Achtung, die andere Völker uns einflößen wollten, und die wir ihnen nicht schenkten, denn euch gehörte bereits das Herz meines Landes."

Madrid, 18. Februar 1915.

(Am Tage vor der großen englischen Hekatombe.)

II.

In Luis Anton del Olmets Fürbitte ist die spontane Sympathiekundgebung eines Spaniers zu sehen. Daß er in seiner Bewunderung für Deutschland nicht allein steht, beweist die Kundgebung der spanischen Intellektuellen, die die Madrider Zeitung „Tribuna" zur Zeichnung auflegte. Das Manifest lautet: „Die Unterzeichner, Anhänger und Vertreter der Wissenschaft und Künstler, geben — unter Betonung der Neutralität Spaniens — ihrer unbegrenzten Bewunderung und Sympathie für die Größe des deutschen Volkes, dessen Interessen mit denen Spaniens völlig übereinstimmen, freudigen Ausdruck; gleichzeitig bringen sie der hochstehenden

Digitized by Google

Kultur sowie ihrem machtvollen Einfluß auf den Fortschritt der Menschheit ihre dankbare Hochachtung entgegen." Es wurde gezeichnet von 283 Universitätsprofessoren, 144 Gelehrten, 308 Schriftstellern und Journalisten, 144 Künstlern, 796 Ärzten, 1285 Juristen, 461 Ingenieuren, 472 Lehrern. Diese zahlenmäßig erdrückenden Tatsachen der deutschfreundlichen Gesinnung Spaniens haben unsere Feinde in zahlreichen Abhandlungen Monat für Monat in neuer Form zugestanden.

Der französische Abbé Lugan veröffentlichte in der „Revue hebdomadaire" vom 25. September 1915 einen 30 Seiten langen Bericht über seine erfolglose fünfmonatige Vortragsreise durch Spanien. Der Aufsatz gibt einen lehrreichen Einblick in die Frankreich und Belgien feindliche Stimmung Spaniens und in die deutschfreundliche Haltung der meisten Provinzial-, Stadt- und Staatsbehörden. Abbé Lugans Propagandavorträge wurden trotz seiner hohen Empfehlungen in Santander, Viktoria, Burgos, Toledo, Gijon, Ciudad Real, Sevilla, Saragossa, Barcelona verboten und nur in Valencia, Avila, Oriedo, Valadolid, Barnelo, Bilbao erlaubt; in mehreren Städten aber durch stürmische Zurufe: „Nieder mit England" unterbrochen. In Madrid hat Lugan in der Kirche S. Louis de Français gepredigt, nachdem er vom Kriegsminister und damaligen Ministerpräsidenten Dato empfangen war, jedoch von seinem Vortrag über die belgische Neutralität und das christliche Recht wurde ihm vom Instituto de Reformas sociales entschieden abgeraten. Nachdem er aber doch noch in privatem Kreise über die belgische Neutralität zu sprechen versucht hatte, wurde er von der katholischen Presse heftig angegriffen.

Eine Begründung der Frankreich und England feindlichen Stimmung der Spanier gab ein anonymer Katholik im „Correspondant" vom 1. Oktober 1915. Er legte dar, daß Voltaire, Montesquieu, Musset, Hugo, Dumas und Barres alles getan hätten, um ihre Geringschätzung Spaniens zu verbreiten. Diese französischen Schriftsteller hätten den Haß der intellektuellen Spanier auf Frankreich groß gezogen. Viele historische Ereignisse hätten das offizielle Frankreich und Spanien entfremdet; aber seit der antiklerikalen Politik und seit der Marokkopolitik Frankreichs habe sich diese alte Entfremdung zu einem offenen Mißtrauen Spaniens gegen Frankreich verstärkt. Nicht besser sei das Verhältnis Spaniens zu England, das durch den Besitz Gibraltars und die wirtschaftliche Ausbeutung

Digitized by Google

seitens der Engländer so trübe sei. Dagegen seien die Beziehungen Spaniens zu Deutschland von jeher gut gewesen und scheinen gerade im Kriege sich von Tag zu Tag zu festigen.

Der franzosenfreundliche Marquis de Casa Fuerta versuchte in der „Revue" vom 1. und 15. Oktober 1915 derartigen Anschauungen entgegenzutreten, vermochte aber zum Beweis des Gegenteils keine stichhaltigen Gründe und Tatsachen anzuführen. Er steht mit seinem Aufsatz allein. Die französischen Klagen über das Wachsen der deutschfreundlichen Gesinnung in Spanien werden immer zahlreicher. In der südfranzösischen Zeitung „L'Indépedant des Pyrénées orientales" vom 1. Dezember 1915 erklärt ein Journalist den Franzosenhaß der Spanier durch das Zitat aus einem Brief, den er aus Spanien erhielt. Der Spanier schrieb: „Ich verachte die Franzosen. Die Spanier werden in Frankreich wie Deutsche b handelt und noch schlimmer. Es herrscht ein gegenseitiger Haß, und wir wünschen den Franzosen nur den Untergang."

Der Universitätsprofessor Vincente Gay der lange in Deutschland studiert hat, ist von der Überlegenheit der deutschen Kultur ebenso fest überzeugt, wie davon, daß Frankreich seit 20 Jahren unter der Regierung der Jakobiner nur zurückgegangen ist. Unter den berühmten Männern deutscher Gesinnung finden sich weiter der lebenslängliche Sekretär der Kgl. Spanischen Akademie D. Emilio Cotarelo y Mari, der in einer im „Correro Espanol" erschienenen Unterredung behauptet, „daß Frankreich schon seit dem 16. Jahrhundert immer bestrebt war, Spanien zu verfolgen". „Es handelt sich", meint der Berichterstatter, „um Unzufriedenheit gewisser Denker gegen ein Nachbarland, welches sie fürchten und gedemütigt sehen möchten; andererseits um Bewunderung für Deutschland, worüber sie wenig wissen." „Die große Majorität der Intellektuellen ist uns sehr günstig," fügt der Verfasser hinzu, und erinnert an die im April 1915 von den katalonischen Schriftstellern veröffentlichte Erklärung, die aber nur von ein paar Dutzend Intellektuellen unterzeichnet war, während das deutschfreundliche Manuskript, wie schon gesagt, 13000 Unterschriften gefunden hat.

Louis Bertrand, der in der „Revue des deux Mondes" vom 15. Januar 1916 über eine Studienreise in Spanien berichtet, bemerkt mit Befremden, daß schon in den Grenzstädten alle Geistlichen, Offiziere, Bürger und Bauern ihn als Fremden behandeln. Er versucht, mit einigen zu

Digitized by Google

plaudern, aber keiner hat ein Wort der Bewunderung oder Freundschaft für sein Nachbarvolk und dessen Leid, „ja kaum für Belgien fühlt man etwas Mitleid". „In Madrid sind meine Eindrücke nicht besser als an der Grenze," schreibt Bertrand. „Das ganze Volk scheint nur für das große nationale Ereignis, die Einweihung der Stierkämpfe bei Nacht, Interesse zu haben. In Wirklichkeit ist doch alles dieses oberflächlich, denn die Spanier verfolgen die Ereignisse des Krieges, dessen außerordentlicher Bedeutung sie sich bewußt sind. Überall sieht man Bilder von Hindenburg, dem Kaiser und dem Kronprinzen. Nur einige Zeitungen, wie „Liberal" und „Correspondencia de Espana", bleiben unserer Sache treu. Allerorts breitet sich die deutsche Propaganda aus. Die Spanier merken es nicht so, wie der Fremde. Seit einem Vierteljahrhundert hat das Eindringen des deutschen Handels und Industrie das Aussehen des Landes und besonders der Städte nach und nach verändert. Man kann nicht verheimlichen, daß die Spanier eine Vorliebe für die Deutschen haben. In den Kirchen haben sich die Prediger leider unvorsichtig und leidenschaftlich geäußert. Die Franzosen haben nur die verbannten französischen Mönche als Verteidiger, da die französische Kolonie äußerst klein ist. Besonders Offiziere, Industrielle, Ingenieure und Techniker, welche in Deutschland oder mit Hilfe der deutschen Methoden studiert haben, zeigen Bewunderung für Deutschland; ihnen schließen sich eine Anzahl von Schriftstellern, Intellektuellen, Politikern und fast die ganze Geistlichkeit an. Alle sind verblendet von der deutschen „Organisation". Die Katholiken z. B. betrachten Kaiser Wilhelm II. als Erlöser, als den Stützer der römischen Kirche.

Niemand in Spanien will Krieg führen, weder für noch gegen eine der Parteien. Die große Majorität bleibt für die unerschütterliche Neutralität, obgleich zwei Parteien vorhanden sind, die Deutschgesinnten und die Franzosenfreunde. Unter den ersteren sind hauptsächlich die Konservativen, die Karlisten und die Geistlichen.

Die antiklerikale Politik Frankreichs hat nicht nur die Katholiken, sondern auch alle Gläubigen der Welt zu Feinden Frankreichs gemacht. Die Anwesenheit der französischen Mönche und Schwestern, die in Spanien Zuflucht gefunden haben, nährt die Wut der Spanier. „Wir haben in Spanien eine Feindschaft geschaffen in derselben Weise, wie Ludwig XIV. in Holland und Deutschland, als er das Edikt von Nantes widerrief."

Digitized by Google

Auch die Karlisten vergleichen die französische Regierung mit der deutschen. „Einerseits: Ordnung, Disziplin, materielle und intellektuelle Organisation, die öffentliche Meinung in richtiger Grenze gehalten, selbst die revolutionären Kräfte, stark diszipliniert. Andererseits, d. h. in Frankreich: Anarchie, Unordnung, Verschwendung der Energie, Unbeständigkeit der Ideen; und wir haben die Franzosen viel zu viel nachgeahmt, obgleich ihre Einrichtungen gar nicht unserem Wesen anzupassen waren." Die Konservativen betrachten Frankreich als Erbfeind. „Der Verfall Spaniens fing mit dem Triumph Frankreichs an." Die Konservativen erinnern an die Feldzüge Ludwigs XIV. und Napoleons. Und nun die linke Partei, auf die viele Franzosen bauen möchten. Die Liberalen haben wenig Interesse für Frankreich selbst, nur für seinen Liberalismus, seinen Sinn der Menschlichkeit, und für das Denksystem. Die Schriftsteller beklagen sich, daß die Franzosen sich gar nicht um sie kümmern. Wenn sie von Spanien sprächen, sei es immer von seiner Geschichte, seiner Architektur, seiner Vergangenheit, nie aber von der Gegenwart. Wenn die Franzosen kommen, dann scheinen sie immer im Lande der Wilden zu landen; wenn sie uns einmal die ritterliche Nation genannt haben, glauben sie, ihre Pflicht erfüllt zu haben. Denken sie, daß wir ein Volk von Don Quichottes sind? Im Grunde genommen sind die Liberalen doch auch Katholiken, wenngleich nicht in dem Maße, wie die Konservativen, und doch sind sie mit unserer antiklerikalen Politik nicht einverstanden. Jetzt ist es zu spät, um Propaganda zu machen, nur ein Erfolg unserer Waffen könnte die Dinge verändern.

Ich glaube, mehr als die 13000 Unterschriften, mehr als die deutschfreundlichen Broschüren, Bücher und Zeitungsartikel zeugen diese Bekenntnisse unserer Feinde für die deutschfreundliche Stimmung Spaniens. Die Zitate ließen sich noch bedeutend erweitern, ich weise nur noch auf die letzten Artikel im „Nouvelliste" und im „Temps" vom 25. Februar, in denen der bekannte Musikschriftsteller Pierre Lalo eine bittere Klage über die deutschfreundliche Gesinnung Spaniens veröffentlichte.

Nach dem Sturze des Ministeriums Dato hoffte die Entente auf einen Stimmungsumschwung in Spanien, zumal, da kurz nach Ausbruch des Krieges Datos jetziger Nachfolger, Graf Romanones, versuchsweise zugunsten von Deutschlands Feinden eingetreten war. Aber als kluger

Digitized by Google

Mann hatte er schon damals seine Fühler sofort wieder zurückgezogen, nachdem er sich überzeugt hatte, daß fast das ganze spanische Volk zu Deutschland hielt. Auch die Ernennung des franzosenfreundlichen Marqués de Muni zum Botschafter in Paris hat die Hoffnungen der Entente bis heute noch nicht erfüllt.

Notizen

Mexiko oder Deutschland? „Chicago Tribune" stellt die Alternative, mit welchem Krieg den amerikanischen Interessen mehr gedient sei, dem gegen Mexiko oder dem gegen Deutschland. „Welche amerikanischen Interessen würden durch einen Krieg mit Deutschland gefördert? Würden wir einen besseren Schutz gegen Japan haben, würde die Monroe-Doktrin verstärkt werden und würden wir selber dadurch stärker? Wir haben keinen wirklichen Streitfall mit Deutschland. Wenn die Deutschen amerikanische Fahrgäste auf feindlichen Schiffen getötet haben, so war das gewiß nicht ihr Hauptzweck bei der Versenkung der Dampfer. Wenn wir wegen der Gefährdung und Tötung amerikanischer Fahrgäste auf englischen Dampfern Deutschland den Krieg erklären, so helfen wir England seine Handelsflotte beschützen. Wir helfen also England unter Opfern zu seinem Erfolg. Und was würden wir dabei gewinnen? Wenn wir Deutschland bekämpfen und Deutschland bliebe Sieger, was dann? Könnten wir einen Vorteil aus einem Kriege mit Deutschland ziehen, der größer ist als seine Nachteile, so könnte man nichts dagegen sagen. Man kann sich nur gegen einen Krieg mit Deutschland, aus sentimentalen Gründen wehren. Mit Mexiko liegt die Sache anders. Da stehen greifbare Interessen der Vereinigten Staaten auf dem Spiele. Wenn wir in einem Kriege mit Mexiko Opfer bringen, so würden sich daraus Wohltaten nicht nur für Amerika, sondern für Mexiko selbst ergeben, wenn wir Ruhe und Ordnung dort wiederherstellen."

Die Verurteilung Sir Roger Casements schildert der „Manchester Guardian" am 30. Juni: „Um $^1/_2$4 Uhr nachmittags verurteilte der Lord-Oberrichter Sir Roger Casement zum Tode durch den Strang. Nachdem man eine lange Zeit der sanften, schwermütigen Stimme des Gefangenen beim Verlesen seiner erstaunlichen Verteidigung zugehört hatte, schweifte die Aufmerksamkeit für einen Augenblick ab. Ein kleiner schwarzgekleideter Gerichtsdiener, wie ein Leichenbitter, unterbrach das fiebrige Schweigen des Gerichtshofes durch die heiseren Rufe: Oyez! Oyez! Auf dieses Signal hin richteten sich alle Blicke erschrocken auf die drei Richter, die schwarze Tuchlappen über ihre Perücken geworfen hatten; und wie es oft vorkommt, daß man in einem schrecklichen Augenblick geringfügige Dinge wahrnimmt, so beobachtete man, daß die „Mütze" des Richters Avory grotesk schief über sein würdevolles Gesicht herabhing. Seit drei Tagen hatten wir diese drei scharlachroten Gestalten angestarrt, bis sie uns gewohnt und selbst vertraut wurden. Jetzt in einem Augenblick verwandelten sie sich in fern gerückte und

Digitized by Google

drohende Gestalten. Das Sonnenlicht fiel durch die Oberlichtfenster auf die drei schweigenden Richter und erhellte prüfend das aschfahle Gesicht Lord Readings, das mit einemmal ganz alt geworden zu sein schien. Es folgte eine weitere Pause, und die starke nasale Stimme des Lord-Oberrichters ließ sich vernehmen, die von einem Blatt Papier das halbe Dutzend leidenschaftsloser Sätze ablas, die Sir Roger Casement zum Tode verurteilten: „Von hier nach dem gesetzmäßigen Gefängnis gebracht zu werden und von dort nach der Hinrichtungsstelle, um daselbst am Halse aufgehängt zu werden, bis Sie tot sind ..." Sir Roger Casement hörte diese Worte und lächelte matt, gleichsam um seine Freunde zu beruhigen, die in der Nähe der Anklagebank saßen. Dann ganz aufrecht und vollkommen gefaßt, wandte er sich ab und verschwand hinter dem grünen Vorhang. Er hatte seine Würde, seine fast unglaubliche Entrücktheit bis zum Ende bewahrt.

Die Jury war so lange abwesend, daß ein Gerücht über Unstimmigkeiten entstand. Sie kam nach fast einer Stunde wieder und nach dem prosaischen Intermezzo des Namensaufrufs sprach sie ihn schuldig. Dann fragte der „Master" des Gerichtshofes, von seinem Platz unter den Vorsitzenden, den Gefangenen in einem geschäftsmäßigen Tone, „was er vorzubringen habe, daß er nicht nach dem Gesetz sterben sollte". Sir Roger Casement stand, seine Arme auf das eiserne Geländer gelehnt, und sah über das Bild vor ihm hinweg mit jenem fremden Blick in seinen glühenden Augen.

Ja, er hatte viel zu sagen. Er streckte seine rechte Hand aus und nahm von dem Gerichtsdiener ein Manuskript, und indem er sich über das Geländer beugte, begann er zu lesen mit der Miene eines befangenen Redners bei einer öffentlichen Versammlung. So schnell begann er zu lesen, und mit so leiser Stimme, daß den gespannt lauschenden Geschworenen ein gut Teil verloren gegangen sein muß. Diese historische Darlegung war aber nicht an den Gerichtshof gerichtet, sondern an seine Zuhörer in Irland und Amerika. Es war ein Essay in wunderschönen Sätzen, voll Witz und Sarkasmus, die Arbeit eines reichen und gebildeten Geistes, der unter Idealen und großen Leidenschaften zu leben gewohnt ist. Es war weder eine Verteidigung, noch eine Herausforderung, sondern ein kunstvolles politisches Manifest, bei der die Persönlichkeit — eines zum Tode durch den Strang Verurteilten — sich der abstrakten Leidenschaft für ein Prinzip unterordnet. Sir Roger Casement suchte sich seinen Richtern zu entziehen und nahm den Standpunkt ein, der fremdländischen Rechtsprechung Englands die Befugnis abzustreiten, über ihn zu richten. Wie alle irischen Patrioten, die englischem Recht unterworfen werden, wies er den Rechtsanspruch eines englischen Gerichtshofes zurück, seine Loyalität einer Prüfung zu unterziehen. „Ich wandte mich nicht an England, ich forderte die Irländer auf, für ihre Rechte zu kämpfen." Höchst bemerkenswert waren seine bitteren Worte über die Ulsterpartei und ihre Führer. Mit einem Blick auf den Generalstaatsanwalt Sir Frederik Smith: „Ihr Verrat" (der Verrat der Ulsterführer) „lag auf dem Weg zum Wollsack, der meine auf dem Weg, der, ich war mir dessen bewußt, zu dieser Anklagebank

Digitized by Google

führen mußte. Ich bin stolz, auf der Bank des Verräters zu sitzen, anstatt auf dem Platz, den meine ehrenwerten Ankläger einnehmen." Sir Frederik Smith, der da saß, seine kleine Perücke in die Stirne gerutscht, hob seine Augen nicht von den Akten. Mit einem letzten unvorbereiteten Appell an die Geschworenen, sich an die Stelle eines Ausländers zu setzen, dem von einem fremden Gericht der Prozeß gemacht wird, schloß Sir Roger Casement."

England und Japan. Ein Leitartikel einer englischen Zeitung in Peking führt aus:

„Die Stellung der englischen Regierung und der Engländer in China zu den jetzigen chinesischen Wirren ist für jedermann klar: wir bedauern sie aufs tiefste. Sobald nur China in seinen jetzigen Schwierigkeiten zu irgendeiner vernünftigen Lösung kommt, so wird England die erste Macht sein, sie anzuerkennen. Ganz anders die Japaner! Sie sind bereit, die Rebellen als kriegführende Macht anzuerkennen und haben kein anderes Ziel, als die Lage in China zu ihrem Vorteil auszunutzen. Daneben halten sie es für notwendig, die Engländer zu schmähen. Deutlich streben die Japaner darauf hin, den ersten Platz in Peking einzunehmen. Aber solange sie England nicht auf dem Gebiet der Finanzen und des Handels übertreffen, kann ihnen England seinen Platz nicht einräumen. — Sieht das wie gegenseitiges Vertrauen oder gar wie die Freundschaft aus, die beiderseits offiziell so gern betont wird?

Italien und England. Wie verurteilslose Kreise in Italien über die wirtschaftliche Anlehnung an England denken, zeigt ein Artikel aus dem „Avanti":

„England genießt zwar den Ruf, ein liberales Land zu sein; es hat aber auch den Ruf, ein sehr positives Land zu sein, das gewöhnt ist, alle Probleme von einem sehr realistischen Gesichtspunkt ins Auge zu fassen. Wenn die Wirtschaftslage es dahin führte, Italien weniger wohlwollend zu behandeln, welche Lage hätte dieses in den internationalen Beziehungen einzunehmen? Wir erlauben uns zu betonen, daß es im Interesse und für die Würde Italiens vielleicht empfehlenswert ist, sich gleichfalls von allen Penetrationen fern zu halten, d. h. sich von allen Beeinflussungsversuchen frei zu machen."

Frankreich in Syrien. H. Klötzel hat in der letzten Nummer aus der französischen politischen Literatur Frankreichs Streben nach dem Besitz Syriens nachgewiesen. Er erhält jetzt einen weiteren Zeugen in einem Artikel des „Correspondent" von Ende Juni, worin es heißt:

„Alle Vorteile, die der Besitz Syriens bringen kann, erlauben uns nicht den Wunsch auszusprechen, das Land zu besitzen. Erst politische Gründe geben unserem Wunsch die Form der Berechtigung. Unser Kolonialreich kann nicht immer in den heutigen Grenzen bleiben, nicht aus dem Wunsch heraus, es übermäßig zu vergrößern, sondern in der Voraussicht vor Verlusten, die möglich sind. Unter allen herrenlosen Ländern aber — und in dem gegenwärtigen Zustand der Türkei kann man die Mehrzahl ihrer Provinzen so nennen — gibt es keines, das für uns von gleicher Wichtigkeit wäre, wie die Länder, die das Mittelmeer begrenzen

Digitized by Google

Aber Kleinasien und der Archipel haben weder die politische Wichtigkeit noch die vorteilhafte geographische Lage, wie sie uns die syrische Küste bietet. Sie bietet das geographische Pendant zu Marrokko und die notwendige Ergänzung zu unserem arabischen Reich. Der Reichtum des Landes, die verhältnismäßig geringe Entfernung von Frankreich und vor allem die lange Vorbereitung, die seiner Bevölkerung von uns zuteil wurde, sind alles Gründe, die dafür sprechen, Syrien unseren Mittelmeerbesitzungen einzuverleiben. Wichtig ist ein einziges bei der Festlegung der Grenzen: ein lebensfähiges Land schaffen. Syrien muß also eine militärische Grenze haben, die es scharf von den Nachbarländern trennt, eine Freizone schafft, die groß genug ist, jede unliebsame Überraschung zu vermeiden, und ein Hinterland umfaßt, das den Bedürfnissen der syrischen Häfen entspricht. Wir müssen hier einfügen, daß trotz der Ausdehnung, die wir Syrien geben, dies Land doch immer kleiner und ärmer bleiben wird, wenn man es mit den fruchtbaren Ländern vergleicht, die die anderen Mächte in Asien und Afrika sich zulegen. Die völlige Beherrschung des Golfes von Alexandrette ist eine absolute Notwendigkeit für Syrien. Man kann einen Hafen von solcher Wichtigkeit nicht in zwei Teile teilen. Wenn man ihm Syrien, auch nur teilweise, vorenthielte, würde das zu Kämpfen führen, die uns zwingen würden, die Gegend im Norden und Westen von Aleppo aufzugeben oder das Wilajet von Adana zu erobern. Doch hat ja keine Macht mit Ausnahme von Deutschland Interesse an diesem Golf. Man muß die Grenze also dorthin verlegen, wo der 31. Längegrad die Küste Kleinasiens berührt, von da auf die Höhen des Taurus hinaufsteigen, dort eine strategische Linie ziehen, die über die zilizischen Tore gehen und einen Halbkreis im Norden von Eis beschreiben und bei Tacaris am Euphrat zu Ende gehen wird. Die beiden Flußläufe des Euphrat wären syrisch ebenso eine Schutzzone in Mesopotamien von ungefähr 80 Kilometern. Die alte englisch-türkische Demarkationslinie Akaba—Mittelländisches Meer würde beibehalten." — Trotzdem wird von der Entente immer nur der „gefährliche" deutsche Imperialismus bekämpft!

Neuerscheinungen

Das Ende des Dreibundes. Es ist das Verdienst der Bewegung, die vor dem Kriege um die Veröffentlichung bedeutender Geschichtsquellen sich bemühte, daß viele Ursachen und manche Wirkungen des Krieges nun schon quellenmäßig zu erschließen begonnen wurde. Das bildet und fördert das eigene Urteil und hält von Blindgläubigkeit frei, die der Feind jeder gesunden eigenen Meinung ist. Wilhelm N. Doerkes-Boppard hat es unternommen, aus diplomatischen Aktenstücken und Quellen „Das Ende des Dreibundes" darzustellen (E. S. Mittler & Sohn, Berlin), der auf einem schon lange vor dem Kriege unterwühlten Grunde ruhte. Daß subjektive Färbung des Urteils nicht fehlt, mag daraus verstanden werden, daß wir den Ereignissen noch zu nahe sind, als daß in ihrer Erforschung die Stimmung der Zeit nicht mitschwingen sollte.

Digitized by Google

Der italienische Irredentismus. Die italienische volkstümliche und wissenschaftliche Irredenta-Literatur ergibt eine kleine Bibliographie für sich. Auf österreichischer Seite hat der Krieg die erste Erscheinung in einem Buch des Archivdirektors und Professors an der Universität Innsbruck, Dr. M. Mayr, gezeitigt (Verlagsanstalt Tirolia, Bozen). In den sachkundigen, sorgfältig fundierten Darlegungen, die vornehmlich der Entwicklung des Irredentismus in Tirol gelten, fällt die Tatsache auf, daß die Irredenta-Bewegung in Österreich und Italien erst nach 1859 und 1866 die Adrialänder in ihren Bereich einbezogen hat; im übrigen hinterläßt die Schilderung des unablässigen unterirdischen Kampfes, den die österreichische Regierung gegen die energisch ausladende italienische Bewegung zu führen hatte, einen starken Eindruck von österreichischem Entgegenkommen und stiller aggressiver italienischer Gewaltpolitik.

Friedrich List wird als „Deutschlands größter Volkswirt" in einem kleinen volkstümlichen Heft des Globus-Verlag (Dresden) geschildert und gefeiert.

Ostsee und Ostland werden jetzt in ihrer geographischen, geschichtlichen und kulturellen Bedeutung mehr und mehr der Allgemeinheit zugänglich gemacht. Einen Brennpunkt finden diese Bestrebungen in einer neuen, im Verlag F. Lehmann in Berlin erscheinenden Sammlung, die O. Grautoff unter dem Titel „Ostsee und Ostland" herausgibt. Bis jetzt sind ein gut zusammengestellter Bilderband über die baltischen Provinzen und eine Anthologie aus der baltischen Dichtung herausgekommen. Zwei Erscheinungen, die die Sammlung gut eröffnen und das Interesse an lange vernachlässigten guten deutschen Kulturwerten wecken und fördern.

Der Weltkrieg in der Karrikatur. Eduard Fuchs, durch kulturgeschichtliche Sammlungen bekannt, hat für einen starken, von Albert Langen in München verlegten Band Spottbilder und Grotesken auf den Krieg und politische Vorgänge von Daumier bis auf Gulbransson gesammelt, eine Fülle politisch, kulturgeschichtlich und national-psychologisch interessanten Materials, das Stimmung und Wollen der Völker oft schärfer bezeichnet, als lange politische Abhandlungen.

Wanderungen in Österreich beschreibt der Baseler Professor F. Zschokke in einem Buch, das der Züricher Verlag von Rascher & Co. unter dem Titel „Aus goldenen Tagen" herausgibt. Es ist in anschaulichem, warmem Ton geschrieben, recht als Wanderbuch und als Niederschlag tiefer Eindrücke, dem Verfasser zur Erinnerung an Land und Leute und allen zur Freude, die das durch Schönheit der Natur und durch Werke der Kultur gleich ausgezeichnete Land lieben.

Bücherfreundschaft im Austausch. Die Doves-Presse kündigt „Auserlesene Lieder, Gedichte und Balladen" von Goethe in deutscher Sprache an, Eugen Diederichs Shakespeares Hamlet ebenfalls in deutscher Sprache.

Am Aufbau des neuen geistigen Deutschland nimmt seit einigen Jahren Heidelberg wieder lebhaften tätigen Anteil. Zuletzt Georg Stammler mit „Worten an eine Schar" (verlegt bei Hans Christoph Schöll in Heidelberg). Sie lehnen sich auf gegen die willenlose Zerflatterung, die das Schicksal der Jahre vor dem

Digitized by Google

Krieg zu werden schien; gegen die „viel gepriesene Individualbildung", die „ohne Angelpunkt im Geistigen gerade das Gegenteil von dem erreicht, was sie zu erreichen verspricht: daß sie nur Herde gibt und keine Persönlichkeiten". Die Worte, die helfen wollen, „das Zweckleben, auf dessen Fläche sich unsere Zeit mit so fieberhaftem Eifer ausbreitet, in einen neuen Rhythmus geistiger Kräfte hinaufzuführen", regen so sehr zum Nachdenken an, daß wir zur Probe die Leitsätze abdrucken, um zum weiteren Lesen aufzumuntern. „Die Forderungen, die wir als Wegbereiter der Zukunft an uns selber stellen müssen, sind folgende: Erstens daß wir uns gründlich von der Lüsternheit und vom Sensationsbedürfnis der Gegenwart frei machen. Zweitens daß wir lernen, alle Dinge um ihretselbstwillen recht zu tun; daß wir also jede Scheinleistung ablehnen. Drittens daß wir uns wieder als die Verwalter unseres Eigentums betrachten lernen, die dem Wesen Verantwortung schuldig sind. Viertens daß wir mit allem Schwatzen und Kulturmachen aufräumen, daß wir aber nach einer sozialen Form streben, in der der Geist unter uns wirksam werden kann. Fünftens daß wir uns in allen Stücken zu uns selber bekennen — Nation, Charakter, Geschlecht — daß wir aber den menschlichen Kristall aus dieser Lauge herausbilden. Sechstens daß wir unser persönliches Glück und Leiden als Stoff nehmen, aus dem wir Leben formen sollen. Und endlich siebentens daß wir danach ringen, den technischen Apparat des Lebens in die Gewalt zu bekommen, ohne daß wir ihm ein geistiges Recht über uns einräumen."

Literatur

Alfred Hettner, Rußland. Eine geographische Betrachtung von Volk, Staat und Kultur. Zweite erweiterte Auflage des Werkes „Das europäische Rußland". Mit 23 Textkarten. Leipzig und Berlin, B. G. Teubner 1916. 8°, X und 356 S. Preis geheftet 4,20 M.

Dem vor Jahresfrist geschriebenen Werk über Englands Weltstellung und den Krieg hat der Professor der Geographie an der Heidelberger Universität A. Hettner nunmehr ein nicht minder beachtenswertes über Rußland folgen lassen, in dem ebenso die landeskundliche Betrachtung den Weg für das Verständnis von Staat, Volk, Kultur öffnet, ohne daß fachgeographische Vorkenntnisse nötig wären, und wir Deutschen dürfen stolz darauf sein, daß inmitten des Ringens um unser staatliches Dasein sich ein Gelehrter findet, ein Verlag und ein lesebegieriger Kreis sich bilden Wollender, die einträchtig das Ziel im Auge haben, ohne Trübung durch Augenblicksstimmungen nach klarer Erkenntnis vom Wesen unserer schlimmsten Feinde zu streben.

Insofern unterscheidet sich das Rußland-Buch Hettners von seinem England-Werke, als dies, unter dem Eindruck des Krieges frisch entworfen, ganz unter den Gesichtswinkel der politischen Geographie gestellt ist, während die Schrift über Rußland zunächst die Neuauflage eines Buches ist, das zum erstenmal erschien, als der russisch-japanische Krieg tobte und die russische Revolution vor der Tür stand. Es war damals ganz

Digitized by Google

allgemein als „Studie zur Geographie des Menschen" bezeichnet und nahm lediglich das europäische Rußland zum Gegenstande der Betrachtungen. Die neue Auflage verleugnet nicht das Wesen der alten, insofern die erste Hälfte des Buches auch jetzt „Das osteuropäische Tiefland" umfaßt und den Nachdruck der Behandlung auf die Völker, die wirtschaftliche und geistige Kultur legt. Doch dann folgt ein neuer Hauptteil, betitelt „Das russische Reich", und er steht ganz im Dienste der Staatsbetrachtung; die Untergruppen lauten: „Geschichte und Bestand", „Die russische Eroberungspolitik", „Der innere Zusammenhalt", „Die Macht", „Die Kultur". Die Gesamtheit aller Landesgebilde, die unter der Zarenherrschaft stehen, wird besprochen.

Es ist unmöglich, in wenigen Zeilen hier den Reichtum des Gedankengehaltes wiederzugeben, der dies reife Werk eines Gelehrten kennzeichnet, der gerade um die Geographie des Menschen hoch verdient ist. Nicht rasche, selbstwillige Urteile, geistreiche Aus- und Umblicke, unmittelbar die Staatskunst berührende Hinweise sind das Ziel des Geographen, sondern wohl abgewogene Darlegungen des als einwandfrei festgestellten Tatbestandes und nüchterne Kennzeichnung der Bedeutung, die russisches Wesen und russische Macht für uns als Nachbaren dieses gewaltigen Staates besitzen. Aber die Untersuchung der geographischen Ursachen für die allgemeine russische Sonderart und auch für die Unterschiede der einzelnen Landschaften im Zarenreich, ferner die Betrachtung des Staates, wie er in den Völkern und im Boden Rußlands wurzelt, bieten für jeden Leser so viel nicht nur des rein an sich Anziehenden, sondern vor allem des für jeden Deutschen Notwendigen an Wissen über unsere Stellung zu den Fragen, die Rußland betreffen, daß die aufmerksame Durchsicht des gediegenen Werkes auf das dringendste zu empfehlen ist.

Als Probe der Darstellung nur die Worte des Schlußabschnittes: „Anders steht Rußland vor den Augen des nationalistischen Russen, anders vor den Augen des Westeuropäers und auch manches russischen Liberalen, obgleich sich dessen innerste Ansicht in diesem Augenblick nicht hervorwagt oder durch den nationalen Haß getrübt ist. Vor jenen Augen steht es nicht nur als das gewaltigste Reich der Erde, über jede Verletzung erhaben, zu Wachstum bestimmt, sondern auch als ein zwar im äußeren Kulturbesitz gegenüber den westeuropäischen Ländern zurückgebliebenes, aber innerlich kräftigeres, auch sittlich höher stehendes, darum auch zur Herrschaft über fremde Länder und Völker berufenes Land und Volk, das ihnen die wahre Kultur bringen würde! Für uns dagegen verbindet sich mit dem angsterregenden Anblick seiner Größe eine oft sogar übertriebene Geringschätzung seiner Kultur. Wir sehen in den russischen Besonderheiten Eigenschaften der Rückständigkeit und glauben nicht an die Berufung des russischen Volkes und Staates. Vielmehr steht Rußland als ein Reich vor uns, dessen Ausdehnung nur im Osten einen gewissen Fortschritt und Segen für die Menschheit bedeutet hat und vielleicht noch bedeutet, im Westen aber ein Schaden ist, weil sie hier die Kultur

Digitized by Google

auf eine tiefere Stufe herabdrückt ... Wir glauben an den Fortschritt der Menschheit. Wir leugnen nicht, daß auch im russischen Volkstum Keime schlummern, die eines Tages schöne Blüten treiben können; aber wir fürchten den Sieg des heutigen Russentums und glauben nicht, daß es berufen sei, der Menschheit das Heil zu bringen. Wir glauben vielmehr, daß sich die russische Kultur nur dann wird entfalten können, wenn Rußland in seiner Eroberungspolitik einhält und sich dem inneren Fortschritte widmet."

F. Lampe

E. Engelhardt, Japans Weltpolitik um den Stillen Ozean. (12. Heft der Bibliothek für Volks- und Weltwirtschaft. Herausgeber Professor Dr. Franz v. Mammen. Globus Verlagsanstalt, Leipzig 1916. Pr. M. 1.—.)

Die kleine Schrift von Engelhardt verdient gelesen zu werden. Sie orientiert in knappen, sicheren Zügen über den Schauplatz der politischen und wirtschaftlichen Kämpfe der allernächsten Zeit im Fernen Osten. Die Bedeutung der hier zur Diskussion gestellten Fragen — Kampf um die Vorherrschaft am Stillen Ozean, Stellung Australiens zu demselben, Zukunft Chinas, Schicksal der Philippinen und Niederländisch-Indiens — wird in nichts durch die uns näher liegenden Ereignisse des Weltkrieges gemindert. Trägt derselbe doch dazu bei, auch da draußen Probleme zur nahen Reife und Entscheidung zu bringen, die vor dem Krieg noch in den ersten Stadien der Entwicklung begriffen waren. Auch über diese Fragen Aufklärung in sachlicher Form zu schaffen, ist ein dringendes politisches Gebot der Stunde. Dr. oec. publ. Heber

Wie England seine Kriege führt. Eine Betrachtung über Seekriegsrecht, Wirtschaftskrieg und militärische Leistung von Vizeadmiral a. D. Freiherr von Maltzahn. 515 S. Bruckmann, München. M. 0.60.

Die erste Hälfte von Maltzahns kleiner, gehaltvoller Schrift ist der Entwicklung des Seekriegs bis zum Februar 1916 gewidmet. Die dem Seekriegsrecht widerstreitende Erweiterung des Blokkadebegriffs mit seiner Gefährdung des neutralen Handels und der Kreuzerkrieg mit seiner „Fernblockade" beweisen, daß England auf dem Umweg über den Wirtschaftskrieg und unter Vermeidung einer Schlacht in der immer noch deutschen Nordsee die Entscheidung herbeiführen will.

Daß hierin eine gewisse Ähnlichkeit zu Englands Verfahren gegenüber Napoleon liegt, ist öfters gesagt worden. Doch wird im zweiten Teil dieser Vergleich auf sein richtiges Maß zurückgeführt (Ähnlichkeiten: Abhängigkeit Spaniens damals, Italiens jetzt; Ausnutzung der Notlage der Verbündeten; ungenügende militärische Leistung. Unterschiede: viel stärkere Teilnahme am Landkrieg; Ausfuhr von Menschen statt Waren, daher Schiffsmanael durch militärische Beschlagnahme und Schwierigkeit von Handel und Industrie). Auch die Tatsache, daß der von Napoleon erzwungenen Kontinentalsperre heute der freudige Zusammenschluß des neuen Vierbundes gegenübersteht, ist nicht vergessen: eine Folge der „Doppelseitigkeit jeder Blockade", die England besonders

Digitized by Google

schmerzt. Für die Entscheidung aber, ob die Land- oder die Seemacht Sieger bleiben wird (worauf sich der Krieg zuspitzt), sind die napoleonischen Kriege nicht maßgebend: diese Frage, das gibt auch Mahan zu („Der Einfluß der Seemacht auf die Geschichte"), ist damals gar nicht zum Austrag gekommen; ohne die Ereignisse von Tauroggen bis Belle-Alliance aber hätte England den großen Landgegner nie besiegt.

Man wird die ruhigen und anregenden Ausführungen, die uns der Verfasser des „Seekriegs" (Teubner 1905) hier bietet, nicht ohne Gewinn und — Ermutigung aus der Hand legen.

Dr. Otto Weidenmüller

Handbuch des belgischen Wirtschaftslebens von Wilhelm Bürklin. Verlag von Otto Hapke, Berlin.

Das vorliegende Buch stellt ein ausgezeichnetes Nachschlagewerk über die wirtschaftlichen Verhältnisse Belgiens dar, wie wir es in dieser Ausführlichkeit bisher noch nicht besessen haben. Der Verfasser gibt eine gründliche Übersicht über die Verfassung und Verwaltung Belgiens, die Industrie- und Arbeiter-Verhältnisse, Landwirtschaft und Außenhandel, Geld-, Bank-, und Börsenwesen. Bei jedem Kapitel sind gleichzeitig die neuen Verordnungen des General-Gouvernements eingefügt, die während des Krieges Geltung haben, und wie der Verlag mitteilt, ist beabsichtigt, durch einen besonderen Nachtrag diese Angaben ständig zu ergänzen, so daß man sich über die wirtschaftliche Gesetzgebung Belgiens auf dem Laufenden halten kann. Das Buch kommt einem dringenden Bedürfnis aller der Kreise entgegen, die sich jetzt, sei es praktisch oder theoretisch, mit dem belgischen Wirtschaftsproblem beschäftigen. Als Nachschlagewerk für industrielle Kreise ist es geradezu unentbehrlich. Besonders wertvoll wird die Arbeit durch die umfangreiche Statistik, die ihr beigegeben ist, sowie dadurch, daß der Verfasser auch wichtige gesetzliche Bestimmungen im Wortlaut zum Abdruck gebracht hat. Dazu gehört namentlich die Gesetzgebung über das belgische Gesellschaftswesen, die für uns in Deutschland sehr wertvoll ist. Gleichzeitig hat der Verfasser eine Reihe von Bestimmungen des belgischen Handelsgesetzbuches zum Abdruck gebracht.

In Kapitel 10 gelangt außerdem noch der belgische Kongo zur Behandlung. Es werden in einer kurzen Übersicht über die Verwaltung und die in Aussicht genommenen Reorganisationspläne das Budget und die Einzelheiten des belgischen Kongo erörtert.

Recht interessant ist die Zusammenstellung über die belgischen Gesellschaften, wobei der Verfasser außerdem noch eine Übersicht gibt über die Beteiligung des Auslandes bei den belgischen Aktien-Gesellschaften und namentlich die Beteiligung deutscher Gesellschaften bei belgischen Unternehmungen. Ein ausführliches Sachregister erleichtert den Gebrauch des ausgezeichneten Werkes, dessen Anschaffung jedem warm empfohlen werden kann.

Otto Jöhlinger

Nachdruck aus dem Inhalt unter genauer Quellenangabe gestattet.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Klepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Klepenheuer, Weimar. Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

1. Jahrgang * 28. Juli 1916 * Heft 31

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Nationales Vertrauen

Von Dr. Paul Rohrbach

In diesem Sommer vor sechsundzwanzig Jahren wurde der sogenannte Helgolandvertrag mit England geschlossen. Es ist nicht unnütz, sich heute daran zu erinnern, worauf wir damals in Afrika verzichteten. Gewöhnlich heißt es: Sansibar, Witu, Uganda, ein Stück von Südwestafrika, Somaliland und noch verschiedenes andere. Wirklich aufgegeben wurde nur Witu an der Küste des heutigen Britisch-Ostafrika, und an diesem Verzicht hängt als unangenehme Erinnerung das nicht einwandfreie Benehmen der Reichsregierung gegenüber den beiden Pionieren, die sich im Vertrauen auf die erklärte deutsche Schutzherrschaft dort niedergelassen hatten, den Brüdern Daenhardt. Was Sansibar anging, so lagen keine Anhaltspunkte dafür vor, daß wir die Insel ohne den Vertrag von 1890 hätten annektieren können. Mit dem Herrscher von Uganda hatte Karl Peters, was sicher ein Verdienst von ihm war, einen Freundschafts- und Verkehrsvertrag, kein Abkommen über die deutsche Schutzherrschaft oder etwas ähnliches, geschlossen. Der Ugamisee und Kap Guardafui waren auf manchen Karten deutsch angemalt, aber das war einstweilen auch alles. Den Gegenwert für den Verzicht auf die deutschen Rechte und Ansprüche bildete Helgoland. Kein Zweifel, daß keine englische Regierung seit dem amerikanischen Unabhängigkeitskrieg einen so großen Fehler gemacht hat, wie diejenige, die uns Helgoland abtrat. Helgoland in englischem Besitz hätte den Ausbau der deutschen Flotte unmöglich gemacht. Die Insel beherrscht die Elb- und Wesermündung, die Jade und den Nordostseekanal, also direkt oder indirekt alle deutschen Kriegs- und die

Digitized by Google

wichtigsten Handelshäfen. Wollten wir eine Seemacht werden und hatten Helgoland nicht, so hätten wir darum kämpfen müssen, bevor es lohnte, zu einer deutschen Flotte, die überhaupt den Namen verdiente, die Kiele zu strecken. Wie aber sollten wir sie der Seemacht England, ohne daß wir Schiffe hatten, mit Gewalt abnehmen? Man braucht nur diese Frage zu stellen, um einzusehen, welchen Wert der Helgoland-Vertrag für uns besaß.

Wir werden den Engländern kein Unrecht tun, wenn wir ihnen zutrauen, daß sie bald genug merkten, wie unverantwortlich sie vom Standpunkt ihres eignen Interesses aus gehandelt hatten, als sie Helgoland uns überließen. Helgoland hat sie nicht mehr und nicht weniger gekostet, als das Aufkommen der deutschen Seemacht, den eigentlichen Alpdruck, um den es sich bei ihrem politischen Denken und Empfinden in dem letzten Dutzend Jahre vor dem Weltkrieg gehandelt hat. Trotzdem war es ein ungeschriebenes Gesetz im englischen Parlament, in der englischen Presse, überhaupt in der englischen Öffentlichkeit — und ist es bis heute geblieben — an diesen Punkt nicht zu rühren. Vielleicht, wenn einmal die Geschichte des Krieges von englischen Gesichtspunkten aus geschrieben und nach den Ursachen des unwiederbringlichen Schadens geforscht wird, den England durch seinen verhängnisvollen Entschluß zum Eintritt in den Kampf erlitt, daß dann auch die englische Zunge in der Helgolandfrage ihre bisher bewundernswürdig festgehaltene Selbstbeherrschung verliert, und daß es dann heißt: Fluch denen, die Helgoland den Deutschen gaben! Die Stimmen, die das sagen, werden recht haben, denn von dem Tage an, wo Helgoland deutsch wurde, konnten wir damit beginnen, die Niederlage in der Seeschlacht vor dem Skagerrak für England vorzubereiten. In diesen Tagen hat die englische Admiralität endlich den Schlußbericht des Admirals Jellicoe über die Schlacht herausgegeben. Es ist eine Spottgeburt von einem Bericht, den zu veröffentlichen jeden ehrlichen englischen Seemann (und solche gibt es genug, trotz der Meuchelmörder vom Baralong in der Uniform der königlich-britischen Marine) hart genug angekommen sein mag. Was aber sollte man anders tun? Im ersten lähmenden Schreck über das Geschehene war die Marinebehörde in ihrer Mitteilung über die Schlacht so ehrlich, wie man es den Umständen nach nur erwarten konnte. Sie bekannte, *schwere* Verluste gehabt zu haben, wenn auch der Feind *ernst-*

Digitized by Google

haft gelitten habe! Das betonte schon der Artikel eines höheren Marineoffiziers in der vorigen Nummer der „Deutschen Politik". Die Antwort unseres Admiralstabs auf diesen englischen Bericht räumt auch mit der kläglichen und unwürdigen Ausrede des englischen Flottenführers auf, er habe die Schlacht am nächsten Morgen nicht erneuern können, weil die Deutschen sich ihm entzogen hätten. Was heißt hier „entzogen"? Jellicoe wußte genau, wohin die Deutschen in der Nacht einzig fahren konnten: Richtung Helgoland. Dazu hatte er schnellere Schiffe und „das Geschützfeuer der ununterbrochenen Nachtgefechte und die brennenden englischen Kreuzer und Zerstörer konnten jedem Suchenden den Weg weisen". Das ist so handgreiflich, daß nur die Unmöglichkeit, etwas Verständigeres zu sagen, die englische Admiralität dazu gezwungen hat, etwas zu behaupten, was jeder, der englisches und deutsches Seewesen kennt, mit einem Achselzucken abtun muß. Jellicoe und seine Kollegen wissen am besten, daß es nur für die ganz Dummen ist, und sie werden auch wissen, daß alles, was daheim, bei den Bundesgenossen und bei den Neutralen über diese angenehme Kategorie hinausragt, sich bei dem Bericht sein Teil denken wird. Englands Seemacht ist vor dem Skagerrak sicher nicht vernichtet worden, aber wenn sie auch der Quantität nach die Übermacht behält, so weiß doch sie selber und weiß jedermann, der es sonst noch wissen will, daß in der Qualität Englands Schiffe, Geschütze, Besatzungen und Führer ihren Meister gefunden haben.

Dies gewaltige Ereignis, dessen Bedeutung für die Geschicke der Zukunft wir heute noch gar nicht ermessen können, hat seine Grundlage, ohne die es nie hätte zustandekommen können, in der Erwerbung von Helgoland. Als Helgoland deutsch wurde, Witu, Sansibar usw. aber englisch, ging der Afrikadurchquerer Stanley, ein kluger, aber sicherlich kein weiser Mann, hin und rief in die Welt: Hört, ihr Leute, die dummen Deutschen haben einen guten Anzug fortgegeben und einen Hosenknopf dafür in Tausch genommen! In Deutschland wußte man an der Spitze des Ganzen vermutlich, was man tat und wollte; im Volke aber herrschte Mißstimmung, und diejenigen, die am allerärgerlichsten und am allerüberzeugtesten waren, daß das Vaterland durch solch eine Politik ins Verderben geraten würde, taten sich zusammen und gründeten, auf daß nie wieder ein Helgoland-Vertrag geschlossen würde, den „Alldeutschen

Digitized by Google

Verband". Man sieht aus diesem Beispiel, wie menschlich es ist zu irren, auch für durchaus vaterlandsliebende Leute. Ob unsere verantwortlichen Männer 1890 den Seekrieg mit England gerade so vorausgesehen haben, wie er entbrannt ist, bleibt hier nicht zu untersuchen. Es ist genug, daß dem Kaiser und wer neben ihm noch ein Verdienst am Vertrage haben mag, das Eine, Grundlegende, deutlich war: ohne Helgoland gibt es für uns bei der besonderen Art unsrer Küstengestaltung überhaupt keine Möglichkeit, England gegenüber jemals zur See etwas zu bedeuten. Wollte man also Helgoland, so mußte man auch einen Preis anlegen, für den es die Gegenpartei hergab. — Hergab, weil sie sich zu unserm Glück noch nicht darüber im klaren war, daß wir uns auf dem Wege befanden, ihr Rivale zu werden. Nicht die deutsche Regierung, wohl aber die öffentliche Meinung in England und die Gründer des Alldeutschen Verbandes waren die Gläubigen Stanleys, die einen schmunzelnd, die andern voll Zorns, beide aber tief im Irrtum.

Sollen diese Ausführungen nun etwa bedeuten, daß die Regierung sich durch jene Probe ihrer besseren Voraussicht ein Vierteljahrhundert vor dem Weltkriege einen dauernden Freibrief erworben hat, kraft dessen sie berechtigt ist, ein dauerndes, kritikloses Vertrauen für sich zu fordern? O nein, auch Regierungen können irren, unsre so gut wie andere — wenn es auch schwer sein dürfte, in der auswärtigen Politik Deutschlands seit der Gründung des Reichs einen ebenso fundamentalen Fehler nachzuweisen, wie ihn England mit den Verzicht auf Helgoland beging. Sogar Bismarck war imstande zu irren, gerade bei Helgoland, denn er sagte noch eine Reihe von Jahren, nachdem die Insel deutsch geworden war, es wäre besser gewesen, sie nicht zu nehmen, weil — im nächsten Kriege mit Frankreich die Franzosen einen Stützpunkt für ihre Blockade daraus machen könnten! Die Lehre dagegen, die wir allerdings aus Helgoland und aus dem, was danach kam, ziehen müssen, ist die, daß patriotische Aufregung, ein so gutes Zeugnis sie auch in der Regel für Vortrefflichkeit der Gesinnung ist, für sich allein noch keine Befähigung bedeutet, die vaterländischen Interessen stets richtig wahrzunehmen. In diesen Tagen hat sich, wie man hört, ein „Deutsch-nationaler Ausschuß" zur Herbeiführung eines ehrenvollen Friedens gebildet, in dessen durch die Zeitungen mitgeteiltem Aufruf es von diesem Frieden heißt, er müsse sich gleich

Digitized by Google

entschieden fernhalten von der (man darf in diesem Falle wohl einmal mit Recht sagen „undeutschen") Friedensmännerei gewisser Pazifisten, „wie von den Unersättlichkeiten, die in den Kundmachungen des Alldeutschen Verbandes zutage getreten sind".

Dies Wort hat eine gewisse Bedeutung. Was der „Nationale Ausschuß" zustande bringen wird, steht dahin. Er hat unter anderem vor, am 1. August in den größeren Städten Deutschlands Vorträge zu veranstalten, in denen die innere Einheit Deutschlands trotz aller Verschiedenheiten über wirkliche und vermeintliche Kriegsziele betont werden soll. Diesem Wunsche kann jedermann gern entsprechen, auch wenn er sich im übrigen sein Urteil über die angekündigte Tätigkeit des Ausschusses solange vorbehält, bis sie sich deutlich charakterisieren läßt. Auf jeden Fall aber ist es ein Verdienst, wenn der Ausschuß sagt, daß unser Kriegsziel zwischen dem Alldeutschen Verband und den Pazifisten liegen muß. Ich habe für die Männer vom Alldeutschen Verband, mit Ausnahme derer, die heute den Verband benutzen, um anders geartete Ziele zu verfolgen, stets eine lebhafte persönliche Hochachtung gehabt, weil ich nur zu gut sah, woher ihre Schmerzen gegenüber der deutschen Politik stammten. Ihr Wirken aber habe ich trotzdem von Anfang an für schädlich, ja für gefährlich erklärt, weil es die grundlegende Tatsache verkannte, daß Deutschlands Schwierigkeiten viel mehr durch seine geographische Lage bedingt waren, als durch die größere oder geringere Befähigung der leitenden Männer zu den politischen Geschäften. Diese Antithese ist bisher am klarsten in dem Ruedorfferschen Buch über Weltpolitik herausgearbeitet worden, einem Werk, das im übrigen freilich Unrecht behalten hat mit seiner Deduktion, die zunehmende internationale Verflechtung der materiellen Interessen aller Völker werde den Zukunftskrieg immer mehr erschweren.

Der Alldeutsche Verband hat mit seiner unausgesetzten Befürwortung einer deutschen Machtpolitik schlechthin sicher nicht den Krieg zustande gebracht, und auch nicht die Einkreisung Deutschlands, aus der dieser Krieg hervorging. Er hat aber einen anderen Schaden zustande gebracht. Die feindlichen Staatsmänner und die regierenden Hetzkliquen in England, Frankreich usw. sind nur solange imstande, ihre Völker zu den fortdauernden schweren Opfern des Krieges willig zu machen, wie sie ihnen

Digitized by Google

Tag für Tag seine unverminderte Notwendigkeit beweisen können. Das geschieht bekanntlich, indem Deutschland als der Feind des Friedens, der Kultur, der Völkerfreiheit usw., als der recht- und gesetzlose Gewaltstaat hingestellt wird. Die Materialien hierfür aber holt sich die feindliche Propaganda in großer Fülle aus einer bestimmten politischen Literaturgattung, die vor dem Kriege in Deutschland vorhanden war und die es sich zur Aufgabe setzte, rücksichtslos das deutsche Machtideal zu verkünden und in Verbindung hiermit ebenso leidenschaftlich gegen die Schwäche der jeweiligen deutschen Politik zu Felde zu ziehen. Sieht man die feindliche Kriegsliteratur durch, so erkennt man mit Staunen, daß Millionen von Broschüren und Büchern gefüllt sind mit einseitig ausgewählten und zurechtgemachten, vielfach aber auch wörtlich übersetzten Zitaten aus deutschen Schriften alldeutscher Richtung. Ganz ohne Zweifel trägt die Möglichkeit, diesen Stoff in unendlicher Wiederholung und mit der beständigen, nur zu verfänglichen und bequemen Unterschiebung, es sei das der deutsche Standpunkt schlechthin, vor der eigenen öffentlichen Meinung auszubreiten, viel dazu bei, um den ermattenden Kriegswillen, namentlich im Westen, immer wieder erfolgreich aufzupeitschen.

Auch das gehört zu den Früchten einer unbedenklich und ohne Verantwortlichkeit nur auf die Stimmung gebauten Kritik an der Regierungspolitik, so wie sie der Alldeutsche Verband getrieben hat, und es ist mit ein Grund, den „Nationalen Ausschuß" zunächst, sei es auch mit Reserve, so doch auch mit Vertrauen zu begrüßen, wenn er in seiner Kundgebung eine Grenzlinie diesseits des Alldeutschen Verbandes gezogen hat. Helgoland und die ungewollte, aber tatsächliche Unterstützung des Kriegswillens beim Gegner durch die alldeutschen Kriegs- und Anklageschriften gegen unsere Regierung sind in der Tat keine geeigneten Beweismittel für den alldeutschen Anspruch, der Regierung in diesem Kriege eine Bescheinigung des nationalen Vertrauens allein vollgültig ausstellen oder verweigern zu können. Auf der andern Seite wird sich auch der „Nationale Ausschuß", der es seinerseits vorzuhaben scheint, unserer Staatsleitung Vertrauen in ihre Kriegs- und Friedenspolitik auszudrücken, sagen müssen, daß unter den gegebenen Verhältnissen es womöglich noch gefährlicher ist, den Anschein der Schwäche hervorzurufen, als den des „Zuvielforderns". Wir lesen z. B. in seiner Kundgebung den Satz aus der

Digitized by Google

Rede des Reichskanzlers im März 1916: „Vortragen der Grenzen im Osten, reale Garantien im Westen, ohne beide kein Friede und kein Aufgeben der besetzten Gebiete." Hierbei wird es ganz darauf ankommen, wie der Ausschuß die „realen Garantien" versteht, und mit welcher Freudigkeit er sich zur Regierung bekennen wird, sobald diese, was doch jeder mit Ausnahme der qualifizierten Friedensmänner, hofft und wünscht, sich in der Lage sieht, auch die schärfsten und äußersten Druckmittel anzuwenden, um unsere Feinde im Westen jenen „Garantien" geneigter zu machen, als sie es vorläufig noch sind.

In der Tat: in diesem Punkte das Entscheidende von mehr oder weniger friedlichen „Verständigungen" zu erwarten, statt von der Bezwingung des feindlichen Willens durch siegreiche Kriegshandlungen, wäre gefährlich, und sollte es als „alldeutsch" angesehen werden, hieran festzuhalten — dann allerdings sind auch wir alldeutsch.

Englische Bestätigung des deutschen Kriegsgewinns

Von Professor Dr. E. Jäckh

Vor mir liegt das Stenogramm eines Vortrags, den in London ein englischer Politiker und Publizist im Kolonialinstitut gehalten hat und der zu dem Ergebnis kommt, daß der Sieg in diesem Weltkrieg bisher Deutschland gehört und daß England eine Niederlage erlitten hat. Der das nachweist, ist L. Garvin, der Herausgeber der „Pall Mall Gazette" und des „Observer"; er gehört zum politischen Stab des „Daily Telegraph", und seine Schriften hat früher Joseph Chamberlain mit einem Vorwort ausgezeichnet. Diese Stimme ist die einzige, die uns bisher aus dem Feindesland bekannt geworden ist, die es klar ausspricht: daß Deutschland in diesem Kriege bereits die Bedrohung der großbritischen Weltherrschaft gelungen ist — durch die Zusammenfügung des Blocks des deutsch-österreichisch-balkanisch-türkischen Vierbundes, der jetzt schon bis vor die Tore von Ägypten reiche und der später einmal auch die von Treitschke sogenannte „zweite Abrechnung" mit England in Indien ermögliche. L. Garvin warnt geradezu: wenn es der Entente nicht noch gelinge, dieses größere Mitteleuropa zu durchstoßen

Digitized by Google

(von Saloniki her und von Rumänien her), so müsse der Krieg für England als verloren gelten. Wenn jener mitteleuropäisch-vorderasiatische Zusammenhang bestehen bleibe, so müßten ihm noch Griechenland und Rumänien sich anschließen, ja sogar Serbien, soweit es noch übrig bleibe; sie müßten sich so entscheiden — meint der englische Politiker und bestätigt damit unsere Darlegungen in Nr. 25 und 27 der „Deutschen Politik": „Mitteleuropa als Organsimus" und „Der geopolitische Zwang". Es verlohnt sich, die englische Darstellung auszugsweise zu hören:

Garvin beruft sich auf Moltke, der gesagt habe: daß das Schicksal des Balkans geregelt und die Frage des Ostens gelöst werden muß — nicht durch den Dreizack Neptuns, sondern durch „das Schwert vom Norden"; und er deutet so von vornherein die kontinentale Überlegenheit des Festlandblocks Mitteleuropa, das er „das Reich der Mitte" von Berlin bis Bagdad nennt, an, gegenüber der maritimen Unfähigkeit selbst Englands; er sagt selbst: „Der Krieg und seine Entscheidungen können nicht verstanden werden, wenn nicht der deutsche Gedanke dieses ‚Reiches der Mitte' gründlich erfaßt wird." Garvin unterscheidet richtig zwischen dem kontinental organisierenden Bismarck und dem weltpolitisch sich weitenden Neu-Deutschland, sieht aber ebenso richtig, daß die Wegrichtung Kaiser Wilhelms II. in der Bahn Bismarcks orientwärts ging, gehen mußte: durch das deutsch-österreichische Bündnis. Garvin stellt auch unsere Parallele zwischen der überseeisch gerichteten Flottenpolitik und der levantinisch gerichteten Landpolitik her, wenn er sagt: „Zu gleicher Zeit (im gleichen Jahr 1898) forderte das neue Deutschland England zur See wie auch Rußland zu Land in die Schranken: es begann der Bau der stärksten Flotte, außer der englischen, und es erlangte die Konzession für die Bagdadbahn." Beides steht im Zusammenhang „von Helgoland bis Bagdad". Diese deutsche Arbeit schien erfolgreich . . .

„Doch zwischen Lipp' und Kelchesrand schwebt der dunklen Mächte Hand" — sagt Garvin: „der erste Balkankrieg im Jahre 1912 bedrohte den ganzen Plan mit Tod und Vernichtung. Fehlgriff auf Fehlgriff aber seitens der Ententemächte rettete die Stellung der mitteleuropäischen Reiche; und aus bloßer Gerechtigkeit muß zugegeben werden, daß es schwierig ist, zu entscheiden, ob England, Frankreich oder Rußland den meisten Tadel an einem Unternehmen verdient, das, wie nunmehr alle drei Mächte

Digitized by Google

anerkennen, eines der traurigsten Kapitel in der diplomatischen Geschichte bildet. Die Balkan-Liga brach zusammen ..."

... „Am Balkan mußte der ganze Plan der Weltpolitik Neu-Deutschlands gewonnen oder verloren werden. Der nahe Osten war zum Drehpunkt der gesamten Weltpolitik geworden und dort konnte das Ringen nicht nur gegen Rußland, sondern auch gegen England zu einem günstigen Ausgang geführt werden. Dies ist der Punkt, der in England viel zu sehr verschleiert worden ist und dessen volle Bedeutung unbedingt klargelegt werden muß ... Es ist zu bezweifeln, ob zu viel mit der Behauptung gesagt wird, daß der Balkan mit seiner Bahn die gleiche Bedeutung für den Landweg nach Indien inne hat, die Ägypten mit dem Suezkanal für den Seeweg nach Indien hat..."

... „Noch immer scheint es schwierig zu sein, Engländer zu der Erkenntnis zu bringen, daß in Serbien nicht nur örtliche Angelegenheiten in Betracht kommen. Serbien war ein mächtiger Hebel für größere Dinge auf beiden Seiten. Der Grund liegt darin, daß weder die eine noch die andere Kriegspartei bisher in geschlossenem Zusammenhange als eine Gruppe stand. Für jede Gruppe der Kriegführenden bestand die Frage, wie sie den vollkommenen Zusammenschluß der Teilhaber erreichen konnte. Es würde ein unermeßlicher Vorteil für die Entente sein, wenn Großbritannien, Frankreich und Italien sich mit ihrem russischen Teilhaber über den Balkan zu Lande und durch die Dardanellen und das Schwarze Meer zu Wasser, zusammenschließen könnten. Das würde die Türkei gänzlich aus dem Kriege ausgeschaltet, Ägypten, Persien und den Zugang zu Indien, wie auch den Kaukasus gesichert und den Nahen und Mittel-Osten den Verbündeten Englands zur Verfügung gestellt haben. Dann würden diese Mächte in einem geschlossenen Kreise handeln, sich auf den europäischen Schauplatz konzentrieren und sich enger zusammenziehen und somit unter Einsetzung aller ihrer Kräfte das Hauptobjekt aller gesunden Strategie verfolgen können. Zu gleicher Zeit würde die Wiederherstellung des freien Aus- und Einganges, des russischen Handels durch die südlichen Gewässer von hohem kommerziellen Werte für England und seine Verbündeten gewesen sein. Es ist zu befürchten, daß die Verbandsmächte in dieser Richtung gegen ihren wesentlichen Vorteil

Digitized by Google

blind waren, und es ist ganz sicher, daß nicht England allein und ausschließlich hieran die Schuld trug. Andererseits war es von ungeheurem Vorteil für die mitteleuropäischen Reiche, sich über den Balkan mit ihrem türkischen Teilhaber zusammenzuschließen. Sie würden Konstantinopel retten und die Kampffähigkeit der Türken verdoppeln, Ägypten, Mesopotamien und Persien bedrohen. Sie würden die Verbandsmächte für eine lange Zeit daran hindern, sich voll und ganz auf den europäischen Schauplatz zu konzentrieren. Welche Seite sollte die erste sein, den Zusammenschluß zu erreichen? . . ."

. . . „England muß anerkennen, daß die Deutschen viel mehr erreicht haben, als irgendein Engländer vor einem Jahre für möglich gehalten hätte! . . . Wo England einen schwächlichen Willen an den Tag legte, da setzte Deutschland seine ganze Willenskraft ein, und sein war der Tag des Sieges! . . . Dieser Krieg hat den orientalischen Traum Deutschlands zur Wirklichkeit gemacht . . ."

Aber:

. . . „Wenn die Landherrschaft von der Nordsee bis zum Persischen Golfe zuerst geschaffen werden konnte, dann sind zwei Ergebnisse gezeitigt zum Zwecke dessen, was Treitschke als ‚die letzte Abrechnung mit England' bezeichnete. Gesichert im Nahen Osten, kann Deutschland sich organisieren, um einen Schlag gegen Indien zu führen, wenn der richtige Tag für ‚die Abrechnung mit England' gekommen ist. Zur gleichen Zeit würde die ungeheuer vergrößerte Landbasis der mitteleuropäischen Liga finanzielle und andere Hilfsquellen liefern, zur Schaffung von Flotten sowohl in der Nordsee wie auch im Mittelmeere, die groß genug wären, die englische Seemacht endlich zu brechen . . . Wenn die Berlin-Bagdad-Bahn in diesem Kriege sichergestellt werden kann, dann ist der Untergang Britanniens sowohl in Indien wie auch zur See beim zweiten kräftigen Schachzug besiegelt! . . ."

Darum:

„Ohne ein gänzliches Umstoßen der jetzigen Tatsache des deutsch-türkischen Zusammenhangs kann es für die Verbandsmächte keinen wirklichen Sieg, für keinen von ihnen eine zukünftige Sicherheit geben; nicht für Frankreich oder Italien — sicherlich nicht für Rußland und für das britische Imperium. Für England würde es von geringem Nutzen sein,

Digitized by Google

die Herrschaft zur See aufrecht erhalten zu haben, die es jetzt hält, wenn seine Feinde zu Lande in einer Stellung belassen würden, die auf der einen Seite sowohl Ägypten so auch Indien bedroht und beide in der nahen Zukunft unhaltbar machen würde, während auf der anderen Seite die britische Seemacht in der Zukunft viel weniger wirksam gegenüber Deutschland und sogar an sich von größerer Unsicherheit sein würde ... Dieses neue ‚Reich der Mitte' oder diese pangermanische Föderation unter Hinzuziehung der Magyaren und Türken würde sich selbst erhaltend und in sich geschlossen sein; es würde seine großen Vorräte über seine großen inneren Verkehrswege mittels der Eisenbahn und auf den Flüssen befördern und würde im schlimmsten Falle in der Lage sein, einer maritimen Blockade bis in die unbeschränkte Zukunft zu widerstehen. In der Zwischenzeit würde Deutschland jede mögliche Vorkehrung treffen — und England weiß, wie Deutschland sich vorbereiten kann! — um einen schwereren Streich gegen England zu Lande zu führen, als dieses selber zur See führen könnte. Wenn die Eisenbahnverbindung und die nötigsten Vorräte vorhanden sind, wenn alle Bedürfnisse einer großen militärischen Organisation bis an die Grenzen Ägyptens und Persiens vorgeschoben sind, wenn der Einfluß Deutschlands als der Einfluß der kommenden Weltmacht sowohl Persien wie auch Afghanistan durchdringt, dann wird das Problem der Verteidigung sowohl Ägyptens wie auch Indiens eine ganz andere und viel schwerere Aufgabe darstellen als am gegenwärtigen Tage!"

„Einem derartigen Reiche der Mitte würden sowohl Griechenland wie auch Rumänien zuneigen. Die Serben würden sich ihm selbstverständlich anschließen! Denn jedermann, der diese Rasse kennt, weiß auch, daß sie entschlossen ist, ihre politische Vereinigung (sei es außerhalb oder innerhalb dieses Zentralsystems) zu erreichen. Wie sie gezeigt haben, würden die Serben es leidenschaftlich vorziehen, ihre Einigkeit und Unabhängigkeit außerhalb des deutsch-österreichischen Einflusses zu erlangen; aber lieber würden sie sich diesem Einflusse fügen, als zersplittert und hoffnungslos zu bleiben. In diesem Falle würde das neue Reich das Adriatische Meer, das Ägäische Meer, die Dardanellen und das Schwarze Meer beherrschen. Mit derartigen Häfen und Verbindungen, wie sie ein einziger Blick auf die Landkarte zeigen wird, würde der Balkan der Hauptsitz der

Digitized by Google

martimen Macht im Mittelmeere werden. In diesem Falle müßte die englische Vorherrschaft im Osten zu einem Ende kommen, und warum? Sie würde zu einem Ende kommen, weil England die Bedeutung des Balkans für das Schicksal des Ostens im ganzen und für den Ausgang und die Folgen des gegenwärtigen Krieges weder verstanden noch erfaßt hatte! Das Allerletzte, was die Verbandsmächte anzunehmen beabsichtigen, ist eben diese Lage der Dinge. Weder Rußland noch vor allem Britannien können jemals daran denken, ihre Waffen niederzulegen, ganz abgesehen davon, wie lange der Krieg dauern mag, ganz abgesehen von dessen Kosten, bis sie diese Lage in das Gegenteil umgeändert haben. *Für beide Reiche ist der Ausgang eine Frage des Lebens oder Todes*; und selbstverständlich ist er für Frankreich und Italien von kaum geringerer Bedeutung; auch sie können nicht verkennen, was ihre Stellung sein würde, wenn ein solches ‚Reich der Mitte' im Mittelmeere ‚zum Hecht im Karpfenteiche' würde."

Wie ist dieser deutsche Sieg jetzt noch ins Gegenteil umzukehren? fragt der Engländer und antwortet: durch eine Offensive von Saloniki aus und durch das Mitmarschieren von Rumänien!

Solche englische Selbsterkenntnis und Selbstbescheidung ist bemerkenswert.

Streiflichter zur Weltlage XIII

Von Professor Dr. Schiemann

Zu den erstaunlichen sittlichen Verwirrungen, die der Weltkrieg im Gefolge hat, gehört wohl auch die Tatsache, daß zum erstenmal, soweit menschliche Erinnerung zurückreicht, zwei große Nationen, die sich rühmen, auf der Höhe menschlicher Gesittung zu stehen, den Gegner, den sie bekämpfen, als Volk mit Schimpfnamen bezeichnen. Die Franzosen mit ihrem „boches" gaben das Beispiel, die Engländer folgten ihnen mit ihrem „Huns" nach und brauchen jetzt auch in ihren Zeitungen geläufig das französische „boches". In den deutschen Reihen hat dieses Vorbild zum Glück keine Nachahmung gefunden, und ebenso vornehm hat man sich bei uns von jener Selbstverherrlichung ferngehalten, in der namentlich die Franzosen sich nicht genug tun können. So hat kürzlich Maurice Barrès, einer der 80 Unsterblichen, in der British Academy

Digitized by Google

einen Vortrag über den „Geist Frankreichs" gehalten, der schließlich in den Satz auslief, daß Gott seine großen Taten durch die Franzosen vollführe: „Gesta Dei per Francos", wie es schon in den Tagen der Kreuzzüge hieß, während es heute heißen müßte: „Gesta Angliae per Francos". Wir stehen heute (den 18. Juli) im 714. Tage des Krieges, und der Chor der Ententemächte jubelt, daß jetzt endlich mit der großen Gesamtoffensive die Initiative in der Kriegführung auf sie übergegangen ist. „Wir brauchen nicht mehr nach der deutschen Melodie zu tanzen" (we are no longer dancing to the German tune) ruft die „Times" nach dem Fall von Cantamaison den Engländern zu, und Herr Waliszewski führt in einem seiner Pariser Briefe den Lesern der „Nowoje Wremja" aus, daß selbst wenn Verdun fallen sollte, damit nur ein Balken des gigantischen eisernen Käfigs gebrochen wäre, in dem der „krepierende Wolf" verzweifelt um sich beiße, um sich frei zu machen. „Wird Verdun genommen, so wird man in Berlin begreifen müssen, was dieser Erfolg gekostet hat. Die Methode, weder Mannschaftsverlust, noch Geld, noch sonst irgendetwas auf der Welt zu beachten, hat unzweifelhafte Vorzüge, wo es sich um schnelle Entscheidungen handelt, wie unser Gegner sie bei Anfang des Krieges errang. Aber es ist ganz augenscheinlich, daß er jetzt nur auf einen Knalleffekt ausgeht, und deshalb ist das deutsche Vorgehen gegen Verdun nur ein letztes verzweifeltes Mittel, wie es in der äußersten Not ergriffen wird." Ein schleuniger Fall von Verdun — bekennt Herr Waliszewski — würde allerdings die Psyche der Franzosen schwer getroffen haben und hätte gefährliche Folgen nach sich gezogen. Die Autorität der obersten Heeresleitung wäre zusammengebrochen und das Dogma des Glaubens der Franzosen an ihren schließlichen Erfolg erschüttert worden.

Nun dauere die Belagerung der Stadt aber bereits über hundert Tage und zum ruhmvollen Namen Joffre sei der Name Pétains gekommen usw. Wie nicht anders zu erwarten, läuft die Betrachtung Waliszewskis schließlich in Schmähungen aus; die Deutschen seien keineswegs Übermenschen, sondern vielmehr Untermenschen, und das erkläre ihre bestialische Grausamkeit, ihre Grobheit und die in der zivilisierten Welt unerhörte Niedrigkeit ihrer Gesinnung. Ungeheuer in Menschengestalt seien sie, von Größenwahn und Mordlust beherrscht und gefährlich wie alle

Digitized by Google

von Tollwut Besessenen. „Und deshalb werde ich mich nicht wundern, wenn die Deutschen schließlich Verdun nehmen, aber es schadet auch nicht; sie kommen nicht weiter und werden an den Stangen des von ihnen zerbrochenen Gitters viel Blut und die Fetzen ihres zerrissenen Leibes zurücklassen.

Wenn sie es aber nicht nehmen sollten? O dann, dann glaube ich mit Recht behaupten zu können, daß die Karte der Deutschen geschlagen ist, und daß wir dem Beginn des Endes zuschauen!"

Die Franzosen glaubten, daß wir am 14. Juli, dem Jahrestage des Sturmes auf die Bastille, den sie als eine Ruhmestat feiern, den Todesstoß gegen Verdun führen würden, und Herr Poincaré hat dieses Datum benutzt, um im Grand Palais eine jener Reden zu halten die wir schon so oft gehört haben, und in denen die Armut der Gedanken nur von dem Pomp der Phrasen übertrumpft wird, die sie verdecken. Dieses Mal hat er das schöne Bild gebraucht, daß die deutsche Armee über den rauchgeschwärzten Steinen von Verdun den Sieg Frankreichs habe schweben sehen (a déjà vu, de loin, planer la victoire française). Es fehlt danach weder die Versicherung, daß Frankreich selbst dann nicht nachlassen werde, wenn es nur noch „pour l'honneur seul" kämpfe, noch auf Rückgabe der seit 40 Jahren oder seit gestern besetzten Gebiete verzichten werde, noch endlich auf Bürgschaften für die nationale Unabhängigkeit Frankreichs. Diesen letztformulierten Wunsch Poincarés nicht erfüllen zu können, bedauern wir aufrichtig, die „indépendance nationale" der Franzosen ist bereits an England vergeben worden und wir können nur nochmals wiederholen, was wir vor 14 Tagen ausführten, daß die Ohnmacht Frankreichs, die militärische wie die handelspolitische und finanzielle, der Gewinn ist, den unter allen Umständen England als Beute dieses Krieges einzustreichen die besten Aussichten hat. Es ist daher nur selbstverständlich, daß man überall in England den 14. Juli mitgefeiert hat; daß es dabei an Schauspielerei nicht fehlte, dafür haben die Franzosen gesorgt. Mehr als 5000 Frauen, meist in elsassischer Volkstracht, haben, wie der „Temps" meldet, in den Straßen Londons das französische Rote Kreuz verkauft, man trug trikolore Bänder im Knopfloch, und ein französischer „Flag Day" in England wie in den Kolonien war bestimmt, Geldsammlungen zu fördern.

Digitized by Google

Wir glauben nicht, daß Irland diese Feier mitgemacht hat. Man ist dort nicht nur verstimmt, sondern erbittert. Die Verhandlungen über Home Rule im Parlament haben zu keiner festen Zusicherung über den Termin des modifizierten Home Rule-Gesetzes geführt und die Sorge um Irland hat die englische Regierung genötigt, eine Armee von 40000 Mann auf der grünen Insel zu halten; die Verurteilung Casements und neuerdings die Verhaftung des irischen M. P. Ginnel haben die Erregung gesteigert, so daß die Haltung Irlands, wenn auch nicht eine militärische Gefahr, so doch eine ernste Verlegenheit bedeutet, durch welche die gespannte parlamentarische Lage noch weiter verschärft wird. Die Debatten in Westminster trugen am 12. Juli einen dem Kabinett direkt feindseligen Charakter. Im Hause der Lords wurde Haldane scharf angegriffen in Anlaß des Berichts, den er im Juli 1914 über die „Deutsche Gefahr" abgestattet hat. In den Commons hatte Asquith alle Mühe, die Forderung abzuwehren die sofortige Vorlage der Berichte über die Lage in Mesopotamien verlangte. Sir Edward Carson trat dabei als Führer der Opposition auf, und die „Times", die nur ungern eine Gelegenheit ungenützt läßt, dem Kabinett etwas Unangenehmes zu sagen, bemerkt, daß dieses stete Hinausschieben von Auskünften zu einem öffentlichen Ärgernis geworden sei (that the delays of the Ministry were becoming almost a public scandal). Ein Zwischenruf wies darauf hin, daß die Nachlässigkeit der Operationen in Mesopotamien noch ärger gewesen sei, „als vor den Dardanellen". Offenbar sind Berichte der von den Türken gefangenen Mannschaften nach England gedrungen und man weiß jetzt dort, daß Townshend keineswegs aus Mangel an Nahrung und nicht vor einer Übermacht kapituliert hat. Bei alledem ist man in England guter Zuversicht. Die 5 Monate Zeit, die Lord George und nach ihm jetzt E. S. Montague als Munitionsminister gehabt haben, die Julioffensive vorzubereiten, bestärken die Engländer im Glauben, daß sie, wenn auch langsam, so doch schließlich zu ihrem Ziel gelangen und die deutsche Front durchbrechen werden.

Keep me supplied with shot and shell
And I will send all the Huns to Hell,

so lautet jetzt in neuen Reimen die Parole. In Wirklichkeit rechnen sie darauf, daß die Last der Opfer den Franzosen und den Freiwilligen zu-

Digitized by Google

fallen wird, die aus den britischen Dominien und aus Amerika unter ihre Fahnen eilen. Ein Mr. Beck, der aus den Vereinigten Staaten nach London gekommen ist, hat dort die interessante Mitteilung gemacht, daß 4000 „American boys" unter kanadischem Banner in Frankreich fechten, und 10000 andere unter der Trikolore. Er schloß mit der Versicherung, daß Amerika unter schwierigen Verhältnissen seine Loyalität dem Empire der englisch-sprechenden Rassen klar bewiesen habe. Auch das ist uns ein wertvolles Bekenntnis, das wir ad acta legen wollen. Die vornehmste Hoffnung der Engländer und mehr noch der Franzosen richtet sich aber auf Rußland, das sie und ihre japanischen Verbündeten ja reichlich „with shot and shell" versorgt haben und das ja gleichfalls fünf Monate Zeit gehabt hat, sich zu der großen Offensive vorzubereiten, in welcher es jetzt gegen unsere Nord- und Ostfront vorstürmt. Sie ist, wenn wir von dem Gewinn der Russen in der Bukowina und in Galizien absehen, überall blutig abgeschlagen worden. Auch dort rechnen wir darauf, daß dank den inzwischen herangezogenen Verstärkungen die Scharte ausgewetzt werden wird. Verluste hat das kombinierte wochenlange Trommelfeuer der Engländer und Franzosen natürlich auch uns gebracht, aber unsere Einbuße an Toten und Verwundeten ist gering im Vergleich zu den entsprechenden Verlusten unserer Feinde, und was wir an Terrain aufgegeben haben, kommt strategisch so gut wie gar nicht in Betracht.

In Rußland ist inzwischen, wenige Tage nachdem die Dumadeputation von ihrer Orientierungsreise aus England, Frankreich und Italien heimgekehrt war, die Duma am 3. Juli bis zum 14. November vertagt worden. Die Parlamentarier hatten in öffentlicher Sitzung einen sehr optimistisch gehaltenen Bericht über die Fragen erstattet, welche die Russen meist interessieren: die Meerengen, Polen, die Juden, Armenier und die Südslawen, wobei der italienische und der serbische Standpunkt speziell betont wurden. Als Referent sprach Miljukow.

An diese öffentliche Sitzung haben sich zwei geheime geschlossen: in der Duma referiert Schingarew, im Reichsrat Gurko, und da soll das Bild, das diese Herren von ihren Eindrücken entwarfen, weit weniger erfreulich gewesen sein. Auch die Vertagung der Duma hat verstimmt. Von den Vorlagen ist nur die über die Rechtsgleichheit der Bauern und die verstärkte Nüchternheitsvorlage endgültig erledigt worden. Die Reform

Digitized by Google

der Semstwoverfassung und die Einführung einer Wolostsemstwo konnten nicht diskutiert werden, und ebenso hat die Regierung durch die beschleunigte Vertagung die Abstimmung über das bereits tatsächlich eingeführte Gesetz „gegen die deutsche Vergewaltigung" verhindert, weil sich herausstellte, daß es von der Majorität abgelehnt worden wäre. Die Stimmung ist also keineswegs der Regierungspolitik günstig, was sich unter anderem auch in der Kritik zeigt, der der russisch-japanische Vertrag unterzogen wird. Man fürchtet in eine Falle geraten zu sein und hat namentlich daran Anstoß genommen, daß der Artikel 2 des Vertrages vom 12. August 1905 weggefallen ist. Dieser Artikel 2 bestimmt nämlich, daß jede dieser Mächte „sofort dem Verbündeten zu Hilfe kommen werde, falls ein durch nichts provozierter Überfall oder Angriff von seiten einer dritten Macht erfolgen sollte". Man steht im Grunde dieser jungen japanischen Freundschaft fast ebenso mißtrauisch gegenüber, wie die Engländer, die diesen Vertrag vor seinem Abschluß gutgeheißen haben. Zurzeit kann aber nichts den neuen Herren des Ostens abgeschlagen werden. Es verdient übrigens Beachtung, daß sich neuerdings die Nachrichten von Verschwörungen mehren, die in Petersburg und in anderen Städten entdeckt sein sollen; trotz zahlreicher Verhaftungen ist nicht anzunehmen, daß die Regierung ihrer inneren Feinde Herr geworden wäre. Sollte der Krieg sich bis in den Winter hineinziehen, so wird die ohne Zweifel wachsende wirtschaftliche Not die Zahl der Unzufriedenen und Verzweifelnden noch steigern.

Es scheint sicher zu sein, daß neben den gewaltigen Anstrengungen, die russischerseits zur Komplettierung der Armee gemacht worden sind, parallele Arbeit an Erneuerung und Ausbau der russischen Kriegsflotte gesetzt worden ist. Auch dabei sind Japaner beteiligt gewesen. Der „Sieg" der Engländer in der Skagerrakschlacht wird aufmunternd gewirkt haben. Denn den englischen Berichten schenkt man an der Newa vollen Glauben. Die jüngste Formulierung der Ergebnisse dieses englischen „Sieges" hat die „Times" in folgendem Wortlaut gegeben: „Es war eine geschlagene und gebrochene Flotte, die der Falle entging. Sie hat viele Einheiten verloren, ihr Geschütz ist in Stücke zerbrochen, und niemand darf ihre Vorsicht tadeln, daß sie geziemend nach Hause dampfte (ran for home) und der britischen Flotte wieder einmal die unbestrittene Beherrschung

Digitized by Google

der Nordsee überließ. Denn das, mit einem Wort, war das Ergebnis der Schlacht. Was der Feind zu erreichen hoffte, läßt sich nicht sagen usw."

Vielleicht werden die Engländer es sagen können, wenn die deutsche Flotte sie zum zweitenmal „geschlagen haben wird". Aber schon jetzt werden sie bemerkt haben, daß unsere Unterseeboote, soweit die jetzt geltenden Bestimmungen es gestatten, rüstige Arbeit tun und nebenher haben wir ihnen die Überraschung gemacht, daß unser Handels-U-Boot „Deutschland", als Vorläufer anderer Schwesterschiffe, in wahrhaft genialer Weise den Schlag pariert hat, den England uns am 7. Juli durch die formelle Aufhebung der Londoner Deklaration versetzt zu haben glaubt. Wir bemerken jedoch, daß während in England Anerkennung und Ärger über die neue Leistung deutschen Erfindungs- und Unternehmungsgeistes nebeneinander hergehen, in Frankreich nichts als Wut und die Bemühung, die Bedeutung des deutschen Erfolges herabzusetzen, zum Ausdruck kommen. „Welche Haltung wir einnehmen werden — schreibt das „Journal des Débats" — ist niemandem zweifelhaft. Selbst wenn alle Neutralen der Welt der „Deutschland" den Charakter eines Handelsschiffes zuerkennen sollten, werden wir sie versenken, sobald sich uns dazu die Gelegenheit bietet. . . . Jedes Periskop ist einen Kanonenschuß wert, und es wäre gut, wenn die Alliierten das ohne Zögerung ankündigen wollten."

Nun, falls sie das tun sollten, was kaum zu bezweifeln ist, ergibt sich daraus für uns wohl nur der Schluß, daß damit die Beschränkungen, die wir uns für den U-Boot-Krieg auferlegt haben, in Wegfall kommen müßten.

Die Vergewaltigung der neutralen Mächte, nicht nur des gepeinigten Griechenland, sondern auch der Norweger, Schweden, Dänen und Niederländer, wird von England in rücksichtsloser Weise gesteigert, die auch das von England gewohnte Maß immer mehr übersteigt.

Digitized by Google

Deutsche Politik

Von Professor Dr. Hermann Oncken

Es gibt zu wenig Männer in Deutschland, die gleich dem Fürsten Bülow ein außergewöhnliches Maß politischer Erfahrung mit literarisch geschultem Geschmack verbinden, als daß man nicht begierig zu einem Buche greifen sollte, das aus der Feder des vormaligen Reichskanzlers den Umkreis der nationalen Probleme zu umspannen sucht[1]. Dieses Interesse bleibt auch dann bestehen, wenn das Buch nicht ganz das bietet und naturgemäß nicht bieten kann, was man im ersten Augenblick gerade heute von ihm erwarten möchte. Denn diese „Deutsche Politik" des Fürsten Bülow ist in der Hauptsache eine Wiederholung der bekannten monumentalen Abhandlung, mit der das zum Regierungsjubiläum des Kaisers im Sommer 1913 herausgegebene große Sammelwerk eingeleitet wurde: erst in der vorliegenden Sonderausgabe wird sie auch weiteren Kreisen zugänglich. Es ist eine Wiederholung, die an manchen Stellen die Gedankenreihen weiterführt, über die Schwelle des Krieges hinüber, aber doch in Aufbau und Durchführung die frühere Gestalt bewahrt hat. Und es ist begreiflich, daß die unter dem festlichen Anlaß genommene Einstellung von 1913 sich nicht ohne einen gewaltsamen Ruck zu einer Einbeziehung aller Probleme der Gegenwart hätte ausweiten lassen. Vieles von dem, was heute Herzen und Köpfe am heißesten bewegt, kann darum noch gar nicht zur Sprache kommen. So geschieht es, daß das Buch, das sich „Deutsche Politik" nennt, doch mehr als „Deutsche Geschichte" wirkt, freilich als eines der wertvollsten und bedeutsamsten Dokumente unserer jüngsten Vergangenheit. Und daß hin und wieder der Staatsmann doch den Griffel der Klio beiseite legt und mit wenigen zurückhaltenden Worten auch die Forderungen der Gegenwart und Zukunft zu Worte kommen läßt, macht die Lektüre seines Buches nur noch genußreicher.

Das sachliche Schwergewicht des Buches liegt naturgemäß in dem ersten, „Auswärtige Politik" (S. 1—134) überschriebenen Abschnitt. Als Selbstzeugnis für die beherrschenden Ideen in der Zeit, wo Fürst Bülow als Staatssekretär und dann als Reichskanzler die auswärtige Politik leitete

[1] Fürst von Bülow, Deutsche Politik. Verlag von Reimar Hobbing in Berlin 1916. 359 Seiten.

Digitized by Google

(1897—1909), kann es gar noch nicht hoch genug in seinem Quellenwerte eingeschätzt werden. Die Grundsätze einer Geschäftsführung, die „Weltpolitik auf der festen Basis unserer europäischen Großmachtstellung" erstrebte, werden im Zusammenhange entwickelt. Mit starker Überzeugungskraft wird dargelegt, weshalb man sich auf dem schmalen Wege zwischen dem Zweibunde und Großbritannien weder von der einen, noch von der anderen Seite in Dienstbarkeit bringen lassen durfte und jede Verführung dazu verschmähen mußte. Diese damals von Herrn von Holstein stark beeinflußte Politik der mittleren Linie ist unzweifelhaft von der Praxis und den Grundsätzen des Fürsten Bismarck in den siebziger und achtziger Jahre bestimmt gewesen und theoretisch durchaus in ihrem Geiste gehalten: praktisch ist sie daran gescheitert, daß es der englischen Einkreisung gelang, trotz des Japankrieges und allem, was vorangegangen war, in den Jahren 1905—1907 die Brücke nach St. Petersburg zu schlagen. Mit besonderem Nachdruck hat Fürst Bülow betont, auf wie schmaler Linie allein der Flottenbau und die erstrebte maritim-politische Verselbständigung England gegenüber durchzuführen waren. Er hat durchaus recht, für die deutsche Staatskunst den Ruhmestitel zu beanspruchen, daß ihr diese schwierige Aufgabe in der Zeit von 1898 bis zum Sommer 1914 im Frieden geglückt war.

Überblicken wir die ganzen Zusammenhänge der Einkreisungspolitik und ihr fortschreitendes Operieren, so werden wir heute manches allerdings schon mit einem unerbittlichen Realismus ansehen müssen und nicht überall den Optimismus teilen, den Fürst Bülow im Jahre 1913 noch hegen durfte und vor allem nach außen hin zu vertreten hatte. Die Entwicklung, die wir heute nicht anders als eine „Vorgeschichte des Krieges" nennen können, hätte gewiß nicht unter allen Umständen zum Kriege führen müssen: dazu mußte sie an verschiedenen Stellen doch noch das Stadium freier menschlicher Entschließungen passieren, und die gewaltigen Zufälle, die alle Entschließungsfreiheit über den Haufen rennen, sind schließlich nicht ausgeblieben. Aber das Unentrinnbare des letzten katastrophalen Ausganges, das jetzt offen vor uns liegt, die wachsende Verkettung der zu diesem Ausgang treibenden Kräfte, kommt doch in seiner Darstellung noch nicht zu einem befriedigenden Ausdrucke.

Man wird vielleicht die einzelnen Etappen dieses Prozesses manchmal

Digitized by Google

schon etwas anders bewerten und auch Licht und Schatten, nach der Aufdeckung der letzten Kausalzusammenhänge, schon etwas anders verteilen müssen. Fürst Bülow legt anscheinend sehr viel Gewicht auf die im Jahre 1890 nicht erfolgte Erneuerung des Rückversicherungsvertrages; aber ihm werden die Bedingungen, unter denen man sie allein hätte haben können, nicht fremd sein. Man wird die Nichterneuerung, die auch in der populären Kritik der deutschen auswärtigen Politik eine große Rolle spielt, zunächst nur aus der zwingenden Gesamtsituation der Jahre 1888/90 heraus begreifen müssen, sie aber nicht nach den unbequemen Konsequenzen späterer Jahrzehnte beurteilen dürfen. Daß eine Staatskunst, die seit dem Ende des Jahrhunderts den Flottenbau und die Verselbständigung unserer Politik England gegenüber betrieb, mit einer gewissen Sehnsucht jenes Vertragsverhältnisses von 1887/90 gedachte, ist begreiflich. Aber es erscheint doch sehr fraglich, ob man sich der Vorstellung hingeben darf, eine mehrmalige Erstreckung der kurzfristigen Interimsformel wäre ohne unverhältnismäßige Kosten auf die Dauer möglich gewesen.

Fürst Bülow ist durchaus im Recht, die positiven Seiten des Algeciras-Vertrages von 1906 und des deutsch-französischen Abkommens von 1909 zu unterstreichen, und auch zu betonen, daß die Ergebnisse des Marokko-Kongo-Abkommens von 1911 nur auf dieser Voraussetzung denkbar waren; wenn er vorsichtig, aber doch unverkennbar gewisse verhängnisvolle Konsequenzen des Marokko-Kongo-Abkommens hervorhebt und damit dieses eher etwas preisgeben möchte, so scheint mir doch außer Acht gelassen zu werden, daß in den Jahren 1910/11 die Verträge von 1906 und 1909 tatsächlich versagten und infolge des offensiven Vorgehens der Franzosen zu einer unhaltbaren Situation geführt hatten, die in irgendeiner Form liquidiert werden mußte. Je mehr man die Geschichte der letzten anderthalb Jahrzehnte durchdenkt, um so schwieriger erscheint es, bei der vorläufigen Kenntnis, an einer bestimmten Stelle einen Wendepunkt zu fixieren, von dem ab das Vermeidbare unvermeidlich geworden sei. So erscheint der Nachweis, daß der Ablauf der bosnischen Krisis von 1909 „tatsächlich das Ende der Einkreisungspolitik Eduards VII" bedeutete, doch nicht völlig geglückt zu sein. Ich möchte eher sagen, daß die direkten und massiven Einkreisungsmethoden damals einem indirekten, aber ebenso gefährlichen und niemals stillstehenden Verfahren gewichen seien.

Digitized by Google

In der Einleitung und an einzelnen Stellen seines ersten Abschnitts läßt der ehemalige Reichskanzler auch seinen Blick hinausschweifen über das, was grundsätzlich als Ergebnis des Krieges zur Sicherstellung Deutschlands zu erstreben sei. Nicht als ob der erfahrene Staatsmann „Kriegsziele" im massiven Sinne aufstellte und Forderungen fest umgrenzte, die von der militärischen Lage und den unberechenbaren Konstellationsfaktoren in der Stunde des Friedensschlusses abhängig bleiben müssen. Er läßt nur gelegentlich das, was den Grundton aller Friedenspräliminarien bilden muß, anklingen. Mit stärkstem Nachdruck und mit voller Berechtigung weist er darauf hin, daß aus diesem Völkerkriege ein solcher Rückstand vergiftenden Völkerhasses und damit eine solche Gefahr der Verdichtung dieses Völkerhasses zu neuen Revanchekriegen zurückbleiben wird, daß nur eine durchgreifende Verbesserung unserer Gesamtposition die Opfer lohnen und die Zukunft sicher stellen wird. Es ist gut, daß man sich über das Zwingende dieser Zukunftsmöglichkeiten in keinem politischen Lager einer Illusion hingebe. „Nur wenn die Verstärkung unserer politischen, wirtschaftlichen und militärischen Machtstellung durch den Krieg die durch ihn entzündete Feindschaft erheblich überwiegt, werden wir uns mit gutem Gewissen sagen können, daß unsere Gesamtlage durch den Krieg verbessert wurde." (Vorwort S. XII.) Im besonderen verlangt er — und auch darüber wird volle Einmütigkeit im deutschen Volke herrschen — „reale Gewähr dafür, daß Ostpreußen, die Provinz, die im Laufe der Jahrhunderte mehr wie irgendeine andere durch feindliche Einfälle gelitten hat, nicht wieder barbarischer Verwüstung ausgesetzt wird." (S. 85.) Die Aufgabe nach Westen hin wird mit ähnlichen Worten bezeichnet. Es heißt (S. 116), die englischen Minister, die den Krieg der Verständigung vorgezogen hätten, würden sich nicht wundern dürfen, „wenn wir bei der Ungunst der deutschen Küstenverhältnisse für unsere Sicherheit und Unabhängigkeit gegenüber England ernsthafte und reale Garantien fordern". Und in ähnlichen Worten wird später das Recht und die Pflicht des deutschen Volkes betont, „mit der eigenen Sicherheit und Unabhängigkeit zur See wirklich ausreichende und vor allem reale Gewähr für die Freiheit der Meere, für die fernere Erfüllung unserer weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Aufgaben zu erlangen." (S. 121.) Wenn diese letzten Sätze, wie es augenscheinlich der Fall ist, in dem Sinne gemeint sind,

Digitized by Google

in dem der Reichskanzler Herr von Bethmann-Hollweg von den realen Garantien im Westen gesprochen hat, so werden sie gleichfalls der weitesten und unbedingten Zustimmung sicher sein. Ein unbeabsichtigtes Mißverständnis könnte sich höchstens daraus ergeben, daß Fürst Bülow auch für die Sicherung Ostpreußens mit einer gleichklingenden Wendung eine „reale Gewähr" und hier doch unzweifelhaft in einem viel weitergreifenden Sinne — eines breiten Vorschiebens der Grenzen — gefordert hat. Diejenigen Mißverständnisse in der Presse, die von hier aus auch die westlichen Forderungen gleichmäßig interpretieren möchten, sind vielleicht dadurch noch gefördert worden, daß in dem Zusammenhange auf S. 121 von der „gleich rücksichtslosen Einsetzung aller Kräfte und Mittel" gesprochen wird — woraus dann wieder einzelne Publizisten ein deutliches Bekenntnis in einer bestimmten militärisch-politischen Spezialfrage, die in dem ganzen Buche nirgends gestreift wird, heraushören möchten. Die besonnene Staatskunst des Fürsten Bülow, von der dieses ganze Buch zeugt, die immer den ganzen Umkreis aller Möglichkeiten und Gefahren ins Auge faßt, spricht gegen voreilige Annahmen.

Wir können hier den ganzen Reichtum der „Deutschen Politik" des Fürsten Bülow nicht erschöpfen — wir hoffen auf das Buch, das für unsere politische Bildung von so bleibendem Werte ist, noch zurückzukommen. Im Augenblick möchten wir nur eine einzige grundsätzliche Betrachtung daran knüpfen. Woran hapert es eigentlich bei uns in der politischen Atmosphäre, zumal dann, wenn das Auswärtige in Frage kommt? Einmal, wie sich in manchen symptomatischen Vorgängen der letzten Zeit gezeigt hat, beobachtet man einen Mangel an Fühlung zwischen der Reichsregierung einerseits, und der Volksvertretung und öffentlichen Meinung andrerseits. Daneben aber weisen unsere politischen Parteien, fast ohne Unterschied (nicht nur diejenigen, die herkömmlich den Geschäften ganz fern stehen), und unsere Parteiführer nicht zuletzt, gerade auf diesem Gebiete einen Mangel an Sachkunde auf, den man ihnen auf andern Gebieten niemals verzeihen würde, und daher einen Mangel an Verantwortlichkeitsgefühl, das immer am besten in wahrhafter Sachkunde verankert ist. Die Folge ist, die wir immer wieder erleben: brave Leute und schlechte Musikanten. Wir haben wohl von der Höhe unserer „realpolitischen" Erfahrung über die einstige jugendliche Begeisterung des deut-

Digitized by Google

schen Volkes gespottet, das vor fünfzig Jahren dem Vaterlande eine große Flotte aus Groschensammlungen bescheren wollte — aber heute haben wir erlebt, daß man in der Stunde verantwortungsvollster Entscheidung mit Resolutionen und Listen auf die Dörfer ging, um eine Groschensammlung der guten Gesinnung zu veranstalten. Das ist nicht Demokratie, sondern organisierte Apolitie.

Die Schuld dieser Entwicklung liegt gewiß nicht auf der einen Seite. Sie liegt auch in der Praxis der Reichsregierung, die in allzuängstlicher Reserve älterer Gewohnheiten eine normale Urteilsbildung des Parlaments von ihrer Geschäftsführung absperrte. Ausdrücklich sei dabei betont, daß es sich niemals darum handeln kann, die Einheit des politischen Willens, die an keiner Stelle mehr als in der Leitung des Auswärtigen vorhanden sein muß und bei der besonderen Kompliziertheit der deutschen Auslandspolitik uns doppelt not tut, in ein Mithereinreden vieler, und wenn auch parlamentarischer Köche aufzulösen. Es hat seinen tiefen Sinn, wenn in dem Mutterlande des Parlamentarismus das Parlament als solches, wie schon der kluge Lothar Bucher in den fünfziger Jahren erkannte, von der auswärtigen Geschäftsführung so gut wie ausgeschlossen ist; und es hat nicht minder seinen Sinn gehabt, daß der in der deutschen Reichsverfassung vorgesehene Bundesrats-Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten jedenfalls nicht im Sinne seiner geistigen Väter zur Entwicklung gekommen ist. Alles was wirklich die Einheit und Unteilbarkeit des obersten Willens im Auswärtigen antasten würde, ist vom Übel. Und in diesem Sinne ist die neuerdings wieder (übrigens schon seit einem halben Jahrhundert) in England von radikaler Seite geforderte „democratic control" eine Utopie: diese Kontrolle durch die Führer der Demokratie bedeutet praktisch nichts als eine Geschäftsführung derer, die eine andere Politik als die bisherige wollen. Aber was not tut, und was auch in unseren Verhältnissen erreichbar sein würde, ist „democratic judgment": eine Erziehung der politischen Parteiführer zur Urteilsfähigkeit und eine Gewöhnung an Mitverantwortlichkeit auch in Fragen auswärtiger Politik. Bei dem Mangel an verfassungsmäßigen Einrichtungen dafür hat man bei uns jetzt schon mehrfach zu dem Notbehelf der gelegentlichen Konferenzen des Reichskanzlers mit den Parteiführern über Angelegenheiten höchsten Gewichtes gegriffen. Die bloße Berührung der lebendigen Persönlichkeiten be-

Digitized by Google

deutet gewiß viel. Aber die wirkliche Einsicht und Verantwortlichkeit kann nur in laufender Orientierung über Betrieb und Probleme, in einer organischen Fühlungnahme zwischen Regierung und Reichstag erzeugt werden, und wenn die dafür nötigen Organe noch nicht existieren, so müssen sie geschaffen werden.

Also bedarf der Reichstag eines Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, eines ganz kleinen Kreises der verantwortlichen Führer und einiger spezieller Sachkundiger, die dauernd den Einblick gewinnen, die Last der Verantwortlichkeit wenigstens zu einem Teile mittragen, das Mittelglied darstellen zwischen der Zentrale und der parlamentarischen Vertretung, und zur Schaffung der richtigen Atmosphäre des unbedingten Vertrauens beitragen können. Die besondere Art eines solchen Ausschusses könnte vielleicht dadurch zum Ausdruck kommen, daß er, im Unterschied von allen rein parlamentarischen Ausschüssen, mit dem bisher nur verkrüppelt vorhandenen Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten kombiniert würde. Eine Verknüpfung der zentralen, der bundesstaatlichen und der parlamentarischen Faktoren in einem Seniorenkonvent, der imstande ist, in seinem Kreise eine wahrhafte Tradition außerpolitischen Verständnisses auszubilden und damit, ohne selber die Direktiven zu geben, wenigstens das Vakuum, das heute peinlich empfunden wird, auszufüllen. Es wäre eine gemischte Deputation, um in der Sprache der preußischen Städteordnung zu reden, und man könnte hoffen, daß sie in ähnlicher Weise Segen stiften würde.

Mit scharfen und häufig nicht unberechtigten Worten hat Fürst Bülow ausgesprochen, daß unter den vielen Fähigkeiten deutscher Art gerade die politische Begabung fehle, und er denkt dabei besonders an das Auswärtige — er teilt einige halb peinliche, halb amüsante Stücke seiner parlamentarischen Erfahrung mit. Aber mit der Feststellung dieses unpolitischen Zuges, und mit der Klage allein ist es nicht getan: man muß handeln und bessern.

Schaffe man also ein Organ, das die Parteiführer in diesen Dingen mit der Zeit instandsetzt, wirklich die ihrigen zu führen, und der Reichsregierung jene lebendige Fühlung mit der öffentlichen Meinung sichert, die auch die gewissenhafteste und geschickteste Geschäftsführung heute nicht mehr entbehren kann.

Digitized by Google

Der Weltkrieg eine Revolution

Von Dr. Ludwig Quessel, M. d. R.

Obwohl die Vorgänge in der deutschen Sozialdemokratie von Kriegsbeginn an die öffentliche Aufmerksamkeit in hohem Grade auf sich lenkten, ist es außerhalb der Partei doch nur wenigen bekannt geworden, daß sie in den zwei Kriegsjahren, die jetzt hinter uns liegen, eine umfangreiche Kriegsliteratur hervorgebracht hat, und zwar von so eigenartiger Natur, daß ihre meisten Erzeugnisse sich von den übrigen Kriegsschriften nicht nur scharf abheben, sondern auch den nichtsozialdemokratischen Leser in eine ganz neue Welt versetzen, in der er sich zunächst nicht leicht zurechtfinden wird. Das kommt daher, daß parteiprophetische Ankündigungen des Weltkriegs und der Weltrevolution die Sozialdemokratie in den letzten Friedensjahren schon lebhaft bewegten. Und zwar gab es auch hier, wie auf allen Gebieten, eine scharfe Scheidung zwischen Radikalen und Revisionisten. Während der Revisionismus den Problemen des neuzeitlichen Imperialismus so nüchtern und realistisch nachging, daß Professor Laskine in seiner sensationellen Kriegsschrift über die „Sozialisten des Kaisers" durch zahlreiche Zitate aus den „Sozialistischen Monatsheften" den Nachweis für deren völlige Vertrautheit mit der Politik der Wilhelmstraße erbringen zu können glaubte[1], erging sich der Radikalismus über die imperialistischen Gefahren in so düstere, grauenerregende Weissagungen, daß es selbst romantisch veranlagten Gemütern nicht leicht fiel, ihnen Realität beizumessen. Immer wieder wurde in der „Leipziger Volksztg." und anderen radikalen Organen erklärt, „daß ein europäischer Krieg eine europäische Revolution bedeutet . . . eine ökonomische Krise von ungeheurer Wucht, eine Katastrophe . . . die die Quellen des Lebens der weitesten Volkskreise verschüttet . . . Auch wenn der Feind draußen bleibe sei die Katastrophe im eigenen Lande nicht weniger groß." Diese Wirkungen des Krieges sollten aber nicht etwa erst nach zwei oder drei Kriegsjahren eintreten — eine so lange Dauer des Krieges hielt man überhaupt für undenkbar — sondern schon in den ersten Kriegsmonaten. Gewissermaßen schon in den Mobilmachungswochen sollte aus dem blutigen Chaos des Weltkriegs die proletarische Weltrevolution wie eine feurige Rachegöttin

[1] E. Laskine, Les Socialistes du Kaiser, Paris: Floury 1915.

Digitized by Google

emporwachsen; vor ihrem gewaltigen Hauch sollten die imperialistischen Gespenster, die die Menschheit so lange ängstigten und quälten, ins Wesenlose zerrinnen, so daß der tiefste Fall der Menschheit unmittelbar zu ihrer höchsten Erhebung führen würde.

Das Eigenartige liegt nun darin, daß, als der Weltkrieg Wirklichkeit wurde, die radikalen Sozialdemokraten von ihrer eigenen Weissagung schnell abrückten und sich, gemeinsam mit einigen Revisionisten, eiligst in das Lager der Pazifisten flüchteten. Wer sich nicht zum Pazifismus durchmausern konnte und im Krieg mehr als „ein sinnloses Morden" sah, wurde vom Radikalismus jetzt schnell zu den „Sozialimperialisten" geworfen. Wie immer, so sind aber auch bei den sozialdemokratischen Radikalen Ausnahmen von der Regel zu verzeichnen. Zu diesen gehört der Reichstagsabgeordnete Dr. Paul Lensch, früherer Chefredakteur der „Leipziger Volksztg.", der sich bald zu einer Auffassung durchrang, die es ihm ohne völlige Preisgabe seiner früheren Anschauungen gestattete, mit den sogenannten „Sozialimperialisten" zusammenzuarbeiten. Lensch hält auch heute konsequent an dem Gedanken fest, daß „der europäische Krieg eine Revolution bedeutet". Allerdings hat dieser Gedanke bei ihm eine derartige Umwandlung erfahren, daß er fast als Antithese der Weltrevolutionsphantasien gelten kann, mit denen vor dem Krieg die radikale Parteipresse ihre Leser ergötzte. Das tritt besonders deutlich in einer Schrift zutage, die Lensch dieser Tage unter dem Titel „Die Sozialdemokratie ihr Ende und ihr Glück"[1] hat erscheinen lassen. Schon in der Vorrede erfahren wir, daß der Verfasser als das Kernproblem seiner Arbeit die Erkenntnis betrachtet, „daß der Weltkrieg eine Revolution ist, insofern er das Ende der individualistischen Geschichtsepoche bedeutet". Auf über 200 Druckseiten erfährt dieser Gedanke dann eine nähere und, wie man zugeben muß, höchst interessante und eigenartige Begründung. In einem historischen Rückblick auf den Entwicklungsgang der deutschen Sozialdemokratie zeigt Lensch zunächst, daß der deutsche Sozialismus für das Verhältnis der Völker und Staaten zu einander kritiklos die weltbürgerliche Ideologie des deutschen Bürgertums der Revolutionszeit übernahm und bis zum Ausbruch des Kriegs unentwegt daran festhielt. Wenn unter den Völkern nicht alles in Friede und Freundschaft verlief, so waren

[1] Paul Lensch, Die Sozialdemokratie ihr Ende und ihr Glück, Leipzig 1916, S. Hirzel.

Digitized by Google

daran nur die Regierungen schuld. An dieser naiven Denkweise vermochte der Radikalismus allerdings nur deshalb so lange unerschütterlich festzuhalten, weil, wie Lensch richtig sagt, die Entwicklung der Partei nach dieser Richtung hin „entscheidend beeinflußt wurde durch den Mangel jedes auswärtigen Konflikts". In der Tat, hierauf wird man es zurückführen müssen, daß die sozialdemokratische Partei Jahrzehnte hindurch Militär- und Marinefragen hauptsächlich nach innerpolitischen Gesichtspunkten beurteilen konnte. Aus der lediglich auf die Erhaltung des Friedens gerichteten Politik Deutschlands ist es aber auch zu erklären, daß die gegnerischen Einwendungen, einstweilen stehe doch dem sozialistischen Ideal ewigen Friedens die gesteigerte Wirklichkeit schneidender Völkergegensätze gegenüber, auf die Anhänger der Sozialdemokratie ohne jeden Einfluß blieben. Von den rechtsstehenden Parteien wurde dieses Festhalten an der weltbürgerlichen Ideologie der Revolutionszeit vielfach dazu ausgenutzt, der Sozialdemokratie überhaupt jede vaterländische Gesinnung abzusprechen und sie dem Volke, wie Lensch sagt, „als eine Bande von Mördern und Verbrechern hinzustellen, die im Dienst des Auslandes zu jedem Lumpenstückchen gegen Deutschlands Lebenskraft bereit sei". Vielleicht hat Lensch auch darin recht, daß gerade der Umstand der Verfemung und Ächtung der Sozialdemokraten in Deutschland, der sie unwürdig erscheinen ließ, selbst das Amt eines Nachtwächters zu bekleiden, während ihre Parteigenossen in den Ententestaaten Bürgermeistersessel und Ministerposten einnahmen und unbeschadet ihrer republikanischen Grundsätze mit Königen Rats pflogen, viel dazu beigetragen hat, im neutralen Ausland die Überzeugung zu stärken, daß Deutschland in der europäischen Staatenwelt im Grunde ein politisches Monstrum sei, dem demokratischer Fortschritt nur mit Pulver und Blei beizubringen wäre.

Man weiß, daß Lensch beim Ausbruch des Krieges zur Haase-Liebknecht-Gruppe, d. h. zu den Internationalisten gehörte, die in dem Glauben, die Treue zu den Grundsätzen der Internationale sei bei dem Proletariat der Ententevölker ebenso stark entwickelt wie bei den deutschen Arbeitern, sich der ersten Kreditbewilligung mit aller Kraft entgegenstemmten. Als die große Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion am 4. August in dem sicheren Gefühl, daß Deutschland gezwungen sei, in einen furchtbaren

Digitized by Google

Kampf um seine Existenz einzutreten, allen parteipolitischen Bedenken zum Trotz den Entschluß faßte, die Kriegskredite zu bewilligen, um den Massen draußen damit zu sagen, daß der Deutschland frivol aufgezwungene Krieg ein Verteidigungskrieg im erhabensten und heiligsten Sinne sei, soll Lensch die Haltung der Fraktionsmehrheit mit den eiskalten Worten kritisiert haben: „die Kreditbewilliger hätten die Eingeweide der Internationale auf den Tisch gelegt". Wie erklärt uns nun Lensch seinen schnellen Gesinnungswechsel? Es ist psychologisch sehr interessant, daß Lensch auch heute noch jene erste Kreditbewilligung für verfehlt hält. Seiner Ansicht nach hätte die Sozialdemokratie am 4. August ohne Gefährdung der Landesverteidigung die Kredite mit der Begründung ruhig ablehnen können, daß „der Krieg das Ergebnis einer Politik sei, die die Sozialdemokratie stets bekämpft habe", daraufhin aber ihre wehrpflichtigen Anhänger ausdrücklich und feierlich auffordern müssen, die „Pflicht der Landesverteidigung zu erfüllen und, wenn es sein muß, mit dem Tod zu besiegeln". Es ist erstaunlich, daß ein im Grunde so nüchterner Politiker wie Lensch nicht begreift, daß eine solche Haltung der Sozialdemokratie überall als eine Zweideutigkeit schlimmster Art empfunden worden wäre. Sie hätte nicht nur unserer Landesverteidigung den vorwärtsstürmenden Schwung rauben, sondern auch die bedenklich schwankenden Neutralen des Balkans in die Arme der Entente treiben können. Es muß aber hervorgehoben werden, daß heute im Grunde seines Herzens niemand froher über die Entscheidung des 4. August ist, als gerade Lensch. Ich glaube, man kann seinen Gesinnungswechsel zwanglos dadurch erklären, daß Lensch am 4. August noch tief durchdrungen war von der Anschauung des Radikalismus, ein europäischer Krieg sei das unmittelbare Vorspiel einer europäischen Revolution, als deren Hebel er die Internationale betrachtete, so daß für ihn alles darauf ankam, letztere intakt und funktionsfähig zu erhalten. Wie später die Erkenntnis, daß die Internationale, die der Hebel der Weltrevolution werden sollte, schon zusammengebrochen war, ehe der Weltkrieg noch recht begonnen hatte, auf den Radikalismus lähmend und niederdrückend wirkte, läßt sich daraus ersehen, daß sich in seinen Reihen fast bis zum Ende des Jahres 1914 fast kein Widerspruch gegen die Haltung der „Sozialimperialisten" bemerkbar machte.

Digitized by Google

Aus der bitteren Enttäuschung, die die Internationale dem Radikalismus bereitete, erklärt sich auch die grimmige Kritik, die Lensch an deren Vertretern im feindlichen Ausland übt. Der Abschnitt, in dem Lensch den Zusammenbruch der Internationale schildert, ist zweifellos der glänzendste und am meisten Sachkunde aufweisende Teil seines im ganzen flott und anregend geschriebenen Buches. Mit unerbittlicher Wahrhaftigkeit zieht Lensch die schweren Verfehlungen der Ententesozialisten resolut an das Licht der Öffentlichkeit und stellt deren schamlose Kriegshetzereien erbarmungslos vor aller Welt an den Pranger. Es liegt in der Natur der Sache, daß Lensch als Radikaler die Haltung der Ententesozialisten viel schärfer verurteilen muß als die Revisionisten. Letztere legten der Internationale nie übermäßige Bedeutung bei, am wenigsten aber für den Fall eines Krieges. Wenn die Ententesozialisten bei den großen Arbeitskämpfen im Auslande nie mehr als schön stilisierte Sympathiekundgebungen aufbringen konnten, obwohl deren siegreicher Ausgang auch ihnen von gewissem Nutzen sein konnte, was war da wohl von ihrer Seite bei einem Koalitionskrieg gegen Deutschland zu erwarten? Nichts und weniger als nichts! Aber gerade, weil Lensch kein Revisionist ist, fühlt man, wie sehr ihm die Kritik an der Internationale aus vollem Herzen strömt, und daß deren jäher und rettungsloser Zusammenbruch viel mehr, als er sich dessen selbst bewußt ist, die Ursache seiner politischen Neuorientierung geworden ist.

Welcher Art ist nun aber seine Neuorientierung? Wir erfahren von ihm, daß der Zusammenbruch der Internationale darauf zurückzuführen sei, daß die Interessen des Proletariats der großen Industrieländer wohl in der Theorie, aber noch nicht in der Praxis solidarisch seien. Solange England den Kontinentalstaaten derartig überlegen ist, daß man von seiner Weltherrschaft reden kann, überträgt sich der Gegensatz, in dem die übrigen Reiche gegen das eine Weltreich stehen, auch auf die Arbeiterklassen. Eine internationale Solidarität der Arbeiterklassen könne daher erst entstehen, wenn die Weltherrschaft Englands ihr Ende erreicht habe. Aus dieser Erkenntnis heraus redet Lensch energisch einer machtpolitischen Neuorientierung der Sozialdemokratie das Wort. Er zeigt, wie die früher von Kautsky vertretene Ansicht, Deutschland brauche keine Flotte, weil es auch im Krieg über die neutralen Häfen Hollands alle erforderlichen

Digitized by Google

Lebensmittel und Rohstoffe aus den überseeischen Ländern beziehen könne, durch den Krieg jede Grundlage verloren hat. Andererseits habe der Krieg uns auch die wahren Gefühle der französischen und britischen Demokratie gegen Deutschland enthüllt, so daß höchste Wehrhaftigkeit zu Wasser und zu Lande auch nach dem Frieden das Gebot der Stunde bleiben werde, dem auch die Sozialdemokratie sich nicht wird entziehen können.

Was Lensch' Auffassung anbetrifft, daß der Weltkrieg das Ende der individualistischen Geschichtsepoche bedeutet und insofern als eine Revolution zu werten sei, so scheint mir daran soviel richtig zu sein, daß dieser große Krieg in der Tat als eine soziale Katastrophe von ungeheurer Wucht angesehen werden muß, deren Einwirkungen auf die soziale Struktur unserer Gesellschaft sich heute freilich mehr ahnen als erkennen lassen. Daß staatssozialistische Maßnahmen auf vielen Gebieten werden Platz greifen müssen, um die Wunden, die der Krieg unserem Volkstum geschlagen, möglichst schnell zu heilen, daran ist kaum zu zweifeln. Ob sie aber so tiefgreifend sein werden, um von dem Ende der individualistischen Geschichtsepoche sprechen zu können, ist doch wohl zu bezweifeln. Aber wie immer man sich zu seiner Theorie auch stellen mag, so ist doch sicher daß in ihr viel beachtenswerte Gedanken enthalten sind. Es ist eine Theorie, aus dem Krieg geboren und für Menschen aufgestellt, die ihn mit vollem, heißem Herzen miterlebt haben. Darin sehe ich ihre Stärke, aber auch zugleich ihre Schwäche, weil uns der Frieden vieles wahrscheinlich in anderer Beleuchtung zeigen wird, als wir es jetzt sehen. Besonders betonen möchte ich aber zum Schluß noch, daß das, was Lensch geschrieben hat, kein simples Plaidoyer für eine bestimmte Parteidokrin ist, sondern eine Arbeit von hoher geistiger Eigenart, deren Ideengehalt — um ein Wort Goethes zu gebrauchen — nur unter dem Beistand des Herzens vom Kopf begriffen werden kann.

Philosophie und Volksbildung

Von Dr. Friedrich Raab, Frankfurt a. M.

Vielen wird es scheinen, als habe die Philosophie mit der Volksbildung überhaupt nichts zu schaffen. Und wenn ich dennoch der entgegengesetzten Anschauung den Boden zu bereiten suche, so bin ich dabei

Digitized by Google

auf drei Gruppen von Einwänden im voraus gefaßt: Manche werden jeden Wert irgendwelcher philosophischen Bildung des einfachen Mannes leugnen oder gar noch weiter gehen und schon in dem Versuche, ihm eine solche zu vermitteln, ein gefahrvolles Unternehmen erblicken, das nur Verwirrung stiften könne in Köpfen, die nicht genügend für das Verständnis so schwieriger Fragen vorbereitet seien. Vor allem wird man mir aber die hoffnungslosen Schwierigkeiten einer praktischen Durchführung meiner Absicht entgegenhalten.

In welchem Sinne darf nun überhaupt eine philosophische Volksbildung angestrebt werden? Weder scheint es mir angebracht, gänzlich unvorbereitete Hörer in die Geschichte der Philosophie einführen zu wollen, sei es in die vergangener Zeiten — etwa die durch die Einfachheit ihrer allgemeinen Entwicklung noch am ehesten zugängliche griechische — noch gar in die bei weitem schwierigere Philosophie der Gegenwart. Denn eine äußerliche Kenntnis der Meinungen verschiedener Philosophen besitzt gar keinen Wert und kann höchstens durch ihre schillernde Mannigfaltigkeit den nach eindeutiger Erkenntnis Verlangenden verwirren und abschrecken. Ein tieferes Verständnis der historischen Entwicklung aber, das allein einen freilich außerordentlichen Bildungswert besitzt, verlangt eine solche Fülle historischer und systematischer Vorkenntnisse und logischer Schulung, daß es bei nicht besonders vorgebildeten Hörern unmöglich erzielt werden kann, wird es doch in der Mehrzahl der Fälle kaum auf der Universität erreicht. Ein ebenso naheliegender und oft versuchter Weg der Einführung in die Philosophie ist aber nicht weniger bedenklich: Auch die ausführliche Darlegung irgendeines an sich noch so bedeutenden philosophischen Systems, mag ihm nun der Vortragende anhangen oder nicht, stößt zunächst einmal auf dieselben bereits erwähnten Schwierigkeiten und birgt überdies noch die weitere Gefahr der einseitigen Beeinflussung und dogmatischen Verhärtung unkritischer Hörer in sich, wie die entsprechende Wirkung populärer Schriften im Stile Haeckels oder Ostwalds nur allzu deutlich zeigt. Erwägungen ähnlicher Art mögen zu der eingangs beschriebenen, häufigen allgemeinen Ablehnung jeder philosophischen Volksbildung überhaupt beigetragen haben.

Eine solche Bildung ist aber noch in einem ganz anderen Sinne möglich, der sich aus der Erwägung der besonderen Eigenart der Philosophie ergibt:

Digitized by Google

Der Zweck aller anderen Wissenschaften besteht letzten Endes in der Gewinnung möglichst richtiger, begründeter und umfassender Kenntnisse, die sich dem willigen Hörer mitteilen lassen, wenn man systematisch vom Einfachen zum Schwierigeren fortschreitet. Die Philosophie zielt aber überhaupt nicht auf Kenntnisse irgendwelcher Art ab, sondern sie strebt eine Klärung und Prüfung der Voraussetzungen an, die jedem wissenschaftlichen, ja jedem Denken und schließlich jeder Tätigkeit überhaupt, also etwa auch der politischen oder ästhetischen zugrunde liegen. Soll also jemand Philosophie gelehrt werden, so sind dabei keinerlei Kenntnisse zu übermitteln, die der andere hinzunehmen hätte. Er ist vielmehr dazu anzuleiten, sich der eigenen Voraussetzungen seines Denkens, etwa bei der Beurteilung der ethischen Richtigkeit einer Handlung, zunächst möglichst klar bewußt zu werden, und sie sodann auf ihre Richtigkeit zu prüfen, indem er sich auch darüber klar wird, ob sie insofern notwendig sind, als er sich in Widersprüche verwickeln würde, wenn er sie fallen ließe. Auf diesem Wege vermag beispielsweise gezeigt zu werden, wie jedem Werturteile die Voraussetzung zugrunde liegt, daß das als wertvoll Beurteilte entweder um seiner selber willen sein soll oder darum, weil es Mittel zum Zweck der Hervorbringung eines um seiner selber willen Wertvollen ist. Es setzt also jedes Werturteil die Anerkennung von etwas voraus, das unbedingt wertvoll ist und nicht mehr bloßes Mittel. Diese Erkenntnis führt dann zur genauen Unterscheidung jeder nur technischen, d. h. auf die besten Mittel zu irgendwelchen Zwecken bedachten Überlegung einerseits und einer ethischen, d. h. auf an sich wertvolle Zwecke gerichteten Überlegung andererseits. Diese Unterscheidung wird nun häufig unterlassen und führt dann etwa zu dem sinnlosen Versuche, durch naturwissenschaftliche Erwägungen ethische Fragen entscheiden zu wollen.

Dieses Beispiel sollte andeuten, daß es in der Philosophie möglich ist, ohne bestimmte Kenntnisse zu übermitteln oder vorauszusetzen, allein an das tatsächliche Denken, dessen Voraussetzungen und deren Richtigkeit aufzuklären. Hat aber nun eine solche Unterweisung für den nicht besonders Vorgebildeten irgendwelchen Wert und vermag sie praktisch durchgeführt zu werden?

Wenn sich zwei Menschen über irgendeine Streitfrage unterhalten, wird ihr Gegensatz zwar manchmal auf mangelnder oder fehlerhafter

Digitized by Google

Kenntnis beruhen, in den meisten Fällen liegt ihm aber ganz oder teilweise eine gewöhnlich gar nicht klar bewußte und darum auch gar nicht ohne weiteres zu behebende Abweichung in den letzten Voraussetzungen zugrunde, von denen die Streitenden ausgehen. Jedem wird dies deutlich werden, wenn er sich etwa an Gespräche über politische, religiöse oder ästhetische Fragen erinnert. Die vollkommensten Kenntnisse auf allen nur möglichen Gebieten gewähren also noch nicht das, was ich erst eigentlich Bildung nennen möchte, nämlich die ihrer Voraussetzungen klar bewußte und darum alle Widersprüche und Schiefheiten in ihnen vermeidende Beherrschung und Verwendung dieser Kenntnisse auf den verschiedensten Gebieten des Lebens. Eine solche Herrschaft vermag eben nur eine im geschilderten Sinne philosophische Bildung zu geben. Diese wird also für jeden Menschen wesentlich, sobald wir ihm überhaupt Stellungnahme zumuten, die über den Umkreis seiner selbstverständlichen Berufsfragen hinausgreifen. Geradezu unerläßlich wird sie aber in dem Augenblicke, in dem wir einem solchen Menschen etwa auf dem Wege der Volksbildung Kenntnisse der verschiedensten Art übermitteln, deren richtige und vorurteilsfreie Verwendung ihm ohne philosophische Bildung unmöglich bleiben muß, wie das vorhin erwähnte Beispiel der irrigen Verwendung naturwissenschaftlicher Kenntnisse zur Lösung ethischer Fragen andeutete. Wir werden also zugeben müssen, daß eine wahrhaft philosophische Bildung für jeden denkenden Menschen von höchstem Werte sein muß, weil sie allein mindestens den Weg zu einer fruchtbaren Verständigung auf den Gebieten weist, auf denen bei einem Mangel an philosophischer Besinnung ein blindes und dogmatisches Verharren bei der vorgefaßten Meinung unvermeidbar ist.

Die Schwierigkeit einer derartigen philosophischen Unterweisung breiter Kreise sind nicht zu verkennen, sie sind aber wiederum auch nicht so groß, daß sie nicht Schritt um Schritt überwunden werden könnten. Ich habe selber im Winter 1913/14 in Frankfurter Volksvorlesungen über das Verhältnis von Naturwissenschaft und Moral mit einem solchen, durch den Krieg leider vorläufig unterbrochenen Versuche begonnen, bei dem ich anknüpfend an die gewohnte Denkweise der Zuhörer die Voraussetzungen ihrer eigenen Werturteile bei einfachen Beispielen allmählich entwickelte und ihnen so auf Grund ihrer eigenen Überzeugung nachwies,

Digitized by Google

wie wenig sie von der Naturwissenschaft, die ihnen sonst so nützlich sei, für die Beantwortung ethischer, d. h. letzter Wertfragen erwarten könnten, und wie jedes ihrer Werturteile eine autonome Moral selber voraussetze. Zu meiner eigenen freudigen Überraschung haben sich dann Hörer meiner Vorlesungen zu teilweise mehrere Abende füllenden Gesprächen mit mir bereit gefunden. Bei dieser gab es mir viel zu denken, daß das Verständnis und Interesse intelligenter, aber an sich ungebildeter Männer ein weit tiefgehenderes war als bei solchen, die äußerlich einen höheren Bildungsstand besaßen, sich aber durch die Lektüre populärer philosophischer Schriften dogmatischer Form völlig verrannt hatten.

Ich glaube, aus den allgemeinen Erörterungen und diesen Erfahrungen folgern zu dürfen: Philosophische Volksbildung ist ebenso notwendig wie durchführbar. Sie hat aber in der Weise zu geschehen, daß von der Denkweise der Hörer ausgehend deren Anschauungen geklärt und berichtigt werden, ihnen aber nicht von außen historische und dogmatische Philosophie-Kenntnisse zugetragen werden. Schließlich ist die Form der Wechselrede in Übungen und gemeinsamen Besprechungen dem einseitigen Vortrage unter allen Umständen vorzuziehen.

Wovon leben wir? Wofür kämpfen wir?

Von Professor Dr. Philipp Stein

Doppelt ist das Gesicht des Krieges: das eine dem Sachlichen, Nüchternen, Erdgebornen zugewandt, das andere glühend in selbstaufopfernder Hingabe, die jenseits aller Vernunft und Überlegung liegt. Alltagsdinge und höchste Tugenden offenbaren im Krieg gleichmäßig ihre unerhörten Werte: das einfache Haushalten und das „fürnehme Sterben", wie es zu Kriegsanfang ein schlichter Schwarzwaldbauer bezeichnet hat. Fast möchte es scheinen, als wäre das zweite leichter wie das erste, daß mehr Menschen eher bereit sind, ohne Zagen in den Tod zu gehen, als ohne Murren auf Butter zu verzichten. Haushalten ist heute gewißlich eine schwere und kostspielige Kunst, aber Haushalten ist heute ebensogut Kriegsdienst wie das Kämpfen an der Somme und vor Verdun. Das wird vergessen, weil der Krieg sich weit jenseits unserer Grenzen abspielt und weil wir der unerschütterlichen Zuversicht leben, daß unsere Feinde mili-

Digitized by Google

tärisch uns nicht überwinden können. Wir haben uns in den letzten Wochen in hartnäckigen und erregten Auseinandersetzungen über Lebensmittelfragen erhitzt, als wenn, wie in den ersten vierzehn Tagen des Krieges, kein Sterbenswörtchen aus Deutschland ins Ausland dringe.

Wir haben harte Wochen und Monate hinter uns, und wir wollen nicht ungerecht die Sorgen von vielen Tausenden und aber Tausenden Frauen verkleinern, aber wir sollen auch nicht vergessen, daß Krieg führen nicht bloß heißt sterben können, sondern auch sich einschränken können, daß es ebensowohl heißt, sein Leben einsetzen, als auch allerkleinste Alltagspflichten erfüllen. Auch im Krieg bleibt Kritisieren als unveräußerliches Menschenrecht und zugleich als Zeichen unverwüstlicher Gesundheit, aber ihm voran steht die Kriegspflicht: Order zu parieren und in Reih und Glied zu bleiben.

In den Erörterungen über die Lebensmittelversorgung stand die Zentral-Einkaufs-Gesellschaft im Mittelpunkt. Der Kampf ist abgeflaut. Ich will nicht nachträglich noch die Zentral-Einkaufs-Gesellschaft verteidigen. Wichtiger als alle Anklagen und Beschwerden und letzthin entscheidend zugleich auch für die Beurteilung der Leistung der Zentral-Einkaufs-Gesellschaft ist die Frage: Sind nach der Zentralisierung des Auslandeinkaufs und der Einfuhr, die für die meisten Waren der Zentral-Einkaufs-Gesellschaft, für andere anderen Kriegsgesellschaften, von der Reichsleitung übertragen war, z. T. ohne ihr Zutun, mehr Waren nach Deutschland hereingekommen als vor der Zentralisierung? Die einfachste Antwort wäre die Gegenüberstellung der Einfuhrziffern. Dagegen sprechen leichtbegreifliche Gründe, wiewohl man der Meinung sein kann, daß wir damit unseren Feinden keine Geheimnisse verraten würden. Wie dem auch sei, man muß es sich an der allgemeinen Feststellung genügen lassen, daß nach der Zentralisierung für die hauptsächlichen Massenlebensmittel die Zufuhr nicht abgenommen hat, obwohl der freie Handel im ersten Kriegsjahr die Einfuhr über Erwarten und Hoffen gesteigert hatte. Freilich unter gewaltigen Preisopfern, während die Zentralisierung des Einkaufs, fast in allen Waren, wenn es auch nicht der Hauptzweck war und sein durfte, eine Preisermäßigung im Gefolge gehabt hat.

Aber ein anderes kann zahlenmäßig nachgewiesen werden, inwieweit

Digitized by Google

Deutschland der ausländischen Zufuhr für seine Lebensmittelversorgung bedarf. Die Lebensmittelbilanz Deutschlands auf Grund der einheimischen Erzeugung und der ausländischen Zufuhr einerseits und des Verbrauchs andererseits ist im ersten Kriegsjahr bereits mannigfach aufgestellt worden, mit wissenschaftlicher Genauigkeit am umfassendsten in den Arbeiten von Kuczynski und Zuntz. Wie die letzten Auseinandersetzungen gezeigt haben, ist es notwendig, diese Tatsache wieder aus den wissenschaftlichen Archiven herauszuholen, und es wird nützlich sein, sie dabei in ihrer wissenschaftlich-faltenreichen Kleidung etwas zu erleichtern.

Beginnen wir, wie sichs für das Lesen jeder Bilanz gehört, mit der Passivseite, so finden wir im Durchschnitt der beiden letzten Friedensjahre 1912/13 folgende Verbrauchsziffern der wichtigsten Massenlebensmittel; zum rascheren Überblick, inwieweit wir bei ihnen vom Ausland leben, sind die Ziffern des Einfuhrüberschusses gleich daneben gesetzt.

	Verbrauch in 1000 Tonnen	Einfuhrüberschuß in 1000 Tonnen
Brotgetreide (Roggen und Weizen)	13 000	2000
Kartoffeln	14 000	373
Gemüse aller Art	6 400	300
Obst aller Art	3 400	825
Erbsen	450	250
Linsen	39	28
Bohnen	41	31
Reis	317	317
Zucker	1 200	—
Fleisch	3 600	330
Fische	580	360
Milch	11 400	30
Butter	465	65
Käse	268	23
Eier	425	170
Öl und Ölfrüchte	190	2100

Die großen Aktivzahlen unserer einheimischen Erzeugung finden wir bei Kartoffeln, Zucker, Roggen, Fleisch, bei allen Molkereierzeugnissen und beim Gemüse, in denen unser Verbrauch ganz oder nahezu ganz aus der einheimischen Erzeugung befriedigt worden ist. Bei Roggen und Zucker hatten wir noch Überschuß abzugeben. Weniger günstig stand es mit Weizen, bei dem wir rund ein Drittel unseres Gesamtverbrauches

Digitized by Google

durch Einfuhr decken mußten, bei Obst, bei dem der Einfuhrüberschuß ein Viertel des Verbrauches ausmacht. Bei Fischen und Erbsen überwog bereits die Einfuhr die einheimische Erzeugung um ein Beträchtliches. Bei Linsen und Bohnen machte die einheimische Erzeugung nur noch ein Drittel des Einfuhrüberschusses aus. In Ölen uud Ölerzeugnissen tritt die einheimische Erzeugung fast völlig hinter der Einfuhr zurück. Bei Reis wie bei allen Kolonialwaren waren wir auf das Ausland, größtenteils auf Zufuhren aus Übersee, angewiesen. In unserer Versorgung mit Fleisch, Fett und Milch waren wir aber dadurch mittelbar auf das Ausland angewiesen, daß ein erheblicher Teil unserer Futtermittel fast ganz aus dem Ausland eingeführt wurde.

Von unsern Feinden war unser hauptsächlicher Lebensmittellieferant Rußland, das uns mit Gerste, Linsen, Bohnen, Weizen, Hafer, Mais versorgte und dessen Zufuhren von Eiern und Butter die knappe Hälfte unserer Gesamteinfuhr ausmachten, das in der Erbsenzufuhr sich mit Britisch-Indien teilte. Großbritannien selbst versorgte uns nur mit Heringen und lieferte uns aus Kanada und Australien Weizen und Fleisch, aus Indien Erbsen, Reis und Ölfrüchte, aus Afrika Ölfrüchte. Frankreichs Zufuhren waren, außer in Obst, verhältnismäßig gering, sie bestanden in der Hauptsache aus Frühgemüse, Obst, etwas Milch und Käse; die gleichen Waren, nur in größeren Mengen, lieferte Italien.

Von den neutralen Staaten waren die Vereinigten Staaten und Argentinien unsere Getreidelieferanten, auf die Vereinigten Staaten entfiel aber noch der Hauptteil unserer Schmalzeinfuhr. Von den neutralen europäischen Staaten kamen Schweden und Schweiz nur für gewisse, weniger für den Massenverbrauch bestimmte Waren in Betracht. Norwegen lieferte uns Tran und Heringe, stand aber mit letzteren hinter England und Holland.

Die wichtigsten Lieferanten waren Dänemark, Holland und Rumänien Die beiden ersten Staaten haben sich mit ihrer hochentwickelten Landwirtschaft auf die Bedürfnisse Englands und Deutschlands eingestellt, wobei aus Dänemark Erzeugnisse der Viehwirtschaft, aus Holland dazu noch die des Gemüsebaues und der Seefischerei nach Deutschland kamen. Rumänien lieferte die Überschüsse seiner ausgedehnten Landwirtschaft in Weizen, Mais, Gerste, Roggen und Bohnen. Im Jahresdurchschnitt 1912/13 war die Einfuhr aus:

Digitized by Google

Holland

Kartoffeln	23 000	t
Gemüse	166 000	„
Eier	7 800	„
Käse	15 000	„
Butter	18 000	„
Schweinefleisch	7 600	„
Rindfleisch	8 600	„
Heringe	434 000	Faß

Dänemark

Rahm[1]	35 000	t
Schweinefleisch	5 500	t
Rindfleisch	16 700	„
Schmalz	3 500	„
Milch	7 000	„

Rumänien

Weizen	183 000	„
Mais	130 000	„
Gerste	100 000	„
Roggen	21 000	„
Bohnen	7 000	„
Eier	4 600	„

Von unseren Verbündeten kam Österreich-Ungarn mit seiner Zufuhr von Eiern und Bohnen in Betracht. Eier lieferte es mit rund 66000 Tonnen etwa die gleiche Menge wie Rußland, bei Bohnen stand es mit einer Einfuhrziffer von 13000 Tonnen an der ersten Stelle vor Rumänien und Rußland. Bulgariens Zufuhren waren ganz unerheblich, merklich war die Zufuhr von Eiern mit 5000 Tonnen. Die Türkei lieferte, außer Tabak, Früchte und in geringen Mengen Eier.

Durch den Krieg sind, wenn auch in der ersten Zeit noch Überseezufuhren durchkamen oder wie bei Tee und Kaffee von den Engländern durchgelassen wurden, wir auf die Zufuhren aus den Überschüssen der einheimischen Erzeugung der wenigen europäischen Staaten angewiesen, die in unmittelbarem Land- oder Seeverkehr mit uns stehen. Auch in diesem Handel steht Deutschland und Österreich-Ungarn im Wettbewerb mit den Ländern unserer Feinde, namentlich mit England, das im Frieden ein gutzahlender Abnehmer war; war doch die dänische Volkswirtschaft die Landwirtschaft Englands und hatte sie sich in ihrem Handel mit Schweinen, Butter und Eiern völlig den Kauf- und Lebensgewohnheiten der Engländer angepaßt. Zum andern ist die dänische und die holländische Viehzucht auf Überseezufuhren von Futtermitteln angewiesen und damit von England abhängig.

Stellen wir alles dies in Rechnung und berücksichtigen wir den im Verhältnis zu dem deutschen Bedarf geringen Umfang der dänischen, holländischen und rumänischen Volkswirtschaft, so ist ohne weiteres klar, daß die neutralen europäischen Staaten, trotz der erstaunlichen, jenseits

[1] In Deutschland vornehmlich zu Butter verarbeitet.

Digitized by Google

aller Erwartung stehenden Entwicklung ihrer landwirtschaftlichen Erzeugung unter dem Zauberstab hoher Preise, den Ausfall der Zufuhren unserer Großlieferanten nicht decken und nicht decken können.

Mit anderen Worten, sie verbessern unsere Nahrungsbilanz, sie stellen aber nirgends — mit Ausnahme der Seefischversorgung — den entscheidenden Posten unserer Bilanz. Wir leben von unserer deutschen Volkswirtschaft. Unsere Landwirtschaft ist unsere große und letzthin entscheidende Nahrungsmittelquelle.

An einem charakteristischen Beispiel, für das auch die Einfuhrziffern in Kriegszeit gebracht werden können, sei dies noch anschaulich gemacht. Auf Grund vieler privater Ankäufe und dann auf Grund der zwei großen Kaufverträge vom Dezember 1915 und März 1916 sind seit September 1915 aus Rumänien nach Deutschland rund 1¼ Millionen Tonnen Getreide, Mais, Hülsenfrüchte usw. eingeführt worden.

Ein Geschäft im Werte von über einer Milliarde Mark, dessen Abwicklung erst nach Schaffung einer umfangreichen, vielgliedrigen Transportorganisation überhaupt möglich war. Das Ganze ein glänzendes, großartiges Zeugnis deutscher militärischer und kaufmännischer Organisationskunst. Diesen 1¼ Millionen Tonnen Zufuhr seien folgende Ziffern gegenübergestellt.

Im Jahre 1915 hatten wir in unserer Ernte gegenüber dem Vorjahr einen Ausfall von rund 1 300 000 Tonnen in Roggen, rund 100 000 Tonnen in Weizen, 700 000 bei Gerste, rund 3 000 000 Tonnen bei Hafer, 5 000 000 Tonnen bei Heu und 3 000 000 Tonnen bei Klee. Die Gegenüberstellung lehrt, daß gutes Wetter zur Zeit des Wachstums und der Ernte wichtiger ist, als die noch so hoch zu bewertende Arbeit von Kriegsgesellschaften.

Regen und Sonne sind unsere wichtigsten neutralen Mächte, und das Wetter, ein so wendischer Geselle es auch ist, unser wertvollster Bundesgenosse im Wirtschaftskrieg.

Wir leben vom deutschen Boden und wir kämpfen für den deutschen Boden. Die jetzige strategische Lage ist ein Spiegelbild des ganzen Krieges: die Mittelmächte führen weltpolitisch den Krieg in strategischer Defensive. Nicht aus Zaghaftigkeit, sondern in der klaren und harten Erkenntnis eines Kampfes ums Dasein. Im Krieg wie in

Digitized by Google

allem bestimmen die Entstehungsgründe die das ganze Leben bestimmenden. Aus der Erkenntnis des Daseinskampfes ist in den ersten Kriegstagen das Wort geboren worden: Wir müssen siegen und wir werden siegen, denn alle anderen Völker können eine Niederlage als Staaten überleben, wir nicht.

In den letzten Monaten mochte man oft in Deutschland meinen, als gäbe es keine wichtigeren Sorgen als die Lebensmittelfragen oder diese und jene Frage der künftigen inneren und äußeren Politik.

Wir glaubten Zeit zu Kritik, zur Behandlung politischer Doktrinen und zur Erörterung von Kriegs- und Friedenszielen zu haben, weil wir militärisch die Lage beherrschten. Aber so günstig auch unsere militärische Stellung ist, wir sind nicht Herren der politischen Lage gewesen und sind es auch heute nicht. Eine englische Zeitung hat vor einiger Zeit geschrieben, die Deutschen haben den militärischen Erfolg in der Hand, aber sie können ihn nicht zum Frieden gestalten. Unsere Feinde kämpfen heute nicht mehr bloß um eine bessere Stellung für den Frieden, sondern sie hoffen und setzen zurzeit ihre gesammelten Kräfte daran, uns auch den militärischen Sieg zu bestreiten.

Jetzt gilt die Probe auf Deutschlands Weltstellung, ob wir dem großen Schwung leidenschaftlicher Begeisterung vom August 1914 die unerschütterliche Zähigkeit und Ausdauer kühler historischer Erkenntnis anreihen können.

Unsere Truppen können es und beweisen es. Sie sind als rechte Deutsche nicht Kämpfer um des Kampfes willen, sie sehnen sich nach zwei Jahren Krieg zu ihrer Arbeit, zu Frau und Kind, Mutter und Vater zurück und doch kämpfen sie wie am ersten Tag. Sie wissen und üben das eine: Pflichterfüllung bis zum Sieg, über den Tod hinaus.

In der Heimat müssen wir im Werktag der Alltagsarbeit und der Alltagssorgen das gleiche tun: Pflichterfüllung bis zum Sieg über Sorgen und Kritik hinaus. Es gibt kein anderes nächstes Kriegsziel: als den Sieg, den Sieg, der auch politisch ausnutzbar ist.

Digitized by Google

Notizen

Der Eindruck der Seeschlacht in London. Der Berichterstatter des spanischen Zeitung „Heraldo de Madrid" berichtete am 6. Juni von London seinem Blatte: Obwohl das Publikum durch die Telegramme der letzten Tage halb vorbereitet war, machte die Nachricht selbst einen beträchtlichen Eindruck. Kommentare gab es wenig. Die meisten Leute verhielten sich schweigend und beschränkten sich darauf, beim Lesen der Telegramme bedeutsame Blicke zu wechseln. Der Eindruck der Schlacht am Skagerrak war bei dem Londoner Publikum ganz anders. Man sprach darüber und zwar mit lebhaften Handbewegungen. Wir, die wir uns augenblicklich in London aufhalten, sind Zeugen eines einzigartigen, eines ganz besonderen Falles im nationalen englischen Leben: Seine Nerven sind berauscht, wie die eines romanischen Volkes; und mit der Erregung der Nerven erheben sich die Wellen seines Blutes. Die Themse flutet dem Meere zu wie der kriegerische Guadalquivir in der Ode Juan Nicasio Gallegos, und schreit: Krieg und Rache!

Ich wohne dem ersten erregten Straßenklatsch bei. In meinem Stadtteil, wo die Friedsamkeit des englischen Lebens vorherrscht, wurde die herkömmliche Nachmittagsruhe durch eine Ausgabe der „Evening News" gestört, die mit einigen Zeilen Nachricht von der Schlacht brachte. Die Nachbarschaft, die durch die Fenster sah, stürzte auf die Straße und im Nu war der Vorrat vergriffen.

Seither sind vier Tage vergangen, und wie oft hat sich alles verändert in diesen vier Tagen! Wir wollen nicht alle offiziellen Mitteilungen und Erklärungen untersuchen. Soviele ihrer waren, so konfus waren sie und setzten den Klügsten in Verwirrung.

Eins ist so klar: England will es geglaubt wissen, daß die Seeschlacht keine Lücke in seine Seemacht gerissen hat. Die ganze Sorge des Tages ist in der Versicherung enthalten: „Unsere Seeherrschaft ist so sicher wie je." — Daran zweifelt niemand; ich am allerwenigsten. Wenn das Ergebnis der Schlacht auch für England noch weniger günstig gewesen wäre, als es die erste Mitteilung der Admiralität zugab, so könnte man logischerweise daraus nicht schließen, daß England mit seiner riesigen Flotte nicht behaupten könne, was es heute behauptet.

Aber es ist die Sorge des Tages. Auf Plakaten, überall in der Stadt, kann man es lesen: „Die Oberherrschaft zur See gehört uns." Wo sich Freunde oder Bekannte auf der Straße treffen, fragen sie sich: „Hat die Schlacht am Skagerrak unsere Seeherrschaft beeinträchtigt?" „Nein!" tönt es einstimmig zurück. Und dann: „Sind wir die Herren der Meere?" Und alle einstimmig: „Jawohl!"

Etwas Neues aber hat die Seeschlacht gezeitigt; die Gegner behandeln sich mit ausgesuchter Höflichkeit bezüglich ihrer Tapferkeit, ihres Heldentums. Noch verliere ich die Hoffnung nicht, daß, wenn sich nach dem Kriege die Gemüter beruhigen, in London die guten Leute sich wieder einfinden, die ein schmackhaftes deutsches „Abendbrot" geben, wo man für einen lumpigen Schilling ein saftiges Kotelett mit einem großen Glas Münchener Bier bekommt. — Das ist meine Sorge. —

Digitized by Google

Englische Opposition gegen Greys Meerengenfragenpolitik. Bei Durchsicht des in Moskau erscheinenden „Russkoje Slowo“ ist die auffallende Tatsache zu konstatieren, daß in dem Bericht über die Reise der Dumadeputierten Äußerungen Miljukows über die Meerengenfrage wiedergegeben sind, die von der Petersburger Zensur im Bericht der „Rjetsch“ gestrichen waren. Miljukow führte aus: „Die Frage, welche uns vor allem interessierte, war die Meerengenfrage. Zwischen Rußland und den Verbündeten bestand ein Übereinkommen, welches uns beide Seiten der Meerengen überläßt. Dies Übereinkommen ist nicht veröffentlicht worden. Wir haben es uns aber zur Aufgabe gemacht, Nachrichten über dasselbe zu verbreiten, soweit es uns möglich war. Während eines Gespräches mit Sir Edward Grey gab dieser zu, daß die Dardanellenfrage für Rußland von ebenso großer Bedeutung sei, wie die Elsaß-Lothringensche Frage für Frankreich. Es muß hinzugefügt werden, daß längst nicht die ganze englische Presse diesen Standpunkt teilt. Eine Gruppe englischer Publizisten hält es zur Vermeidung zukünftiger Konflikte mit Deutschland für notwendig, den Deutschen den Zugang nach Kleinasien zu überlassen. Wir haben im Gegenteil hierzu überall und bei jeder Gelegenheit unterstrichen, daß die Dardanellenfrage eine nationale russische Frage sei. Wir haben den Eindruck gewonnen, daß man im Auslande mit diesem Wunsche Rußlands rechnen wird.“

Viel interessanter als das Faktum, daß die Petersburger Zensur die Äußerung Miljukows zur Meerengenfrage gestrichen ist, ist natürlich das Faktum, daß in der Meerengenfrage die englische öffentliche Meinung durchaus nicht einstimmig die Greysche Politik der Auslieferung der Meerengen an Rußland gutheißt. Nicht weniger interessant ist es, daß es die russische Deputation als ihre Aufgabe angesehen hat, diese Opposition zu bekämpfen. Echt russisch mutet es dabei an, daß sie keinen Augenblick gezögert hat, den Schleier des Geheimnisses, der über dem russisch-englischen Meerengenabkommen lag, zu lüften, sobald das dem russischen Vorteil entsprach.

Russische Parlamentarier. Die russische Zeitung „Kolokol“ wagt gegen die russischen Parlamentarier folgenden Vorstoß:

Länger als einen Monat reisen unsere Parlamentarier in den verbündeten Ländern umher, nehmen an Banketten teil, werden auf Routs gefeiert, sprechen im Namen der russischen Allgemeinheit und besichtigen die Kampffronten. Aber wir, die wir die Deputierten abgesandt haben und einen aufrichtigen und ehrlichen Bericht über das Geschaute und Vernommene von ihnen erwarten, — wir tappen wie bisher im Dunkeln: man füttert uns mit Paradereden über Themen wie die Solidarität der Verbündeten und die Notwendigkeit eines entscheidenden Sieges, als ob über diese Dinge nicht schon genug gesprochen und geschrieben worden wäre, als ob die Vertreter der russischen Duma und des russischen Reichsrats nur deshalb England, Frankreich und Italien bereisen, uns die Freunde der unerschütterlichen Entschlossenheit Rußlands, bis zum Ende durchzuhalten, zu versichern. Die Parlamentarier ergießen sich in London, Paris und Rom buchstäblich

Digitized by Google

in schematischen Reden: nur die Anreden, das Menü der diplomatischen Schüsseln werden geändert. Die Abgeordneten reisen als Delegierte des russischen Volkes, sie sind die Augen und Ohren der russischen Öffentlichkeit, sie sollen erkunden, was es bei unseren Verbündeten zu lernen gibt, welche schwachen und starken Seiten sie haben. Von alldem bekommen wir nichts zu hören. Es ist, als ob unsere Abgeordneten zu ihrem Vergnügen reisten und die Stimmung derer, die sie gesandt haben, vergessen hätten. Die Meinung des römischen Bürgermeisters über die Zukunft Polens interessiert uns nicht im geringsten; uns interessiert, was Italien zur Erzwingung eines entscheidenden Sieges unternommen hat, auf welche konkrete Tatsachen der Glaube an die täglich wachsenden Kriegsmittel der Verbündeten sich stützt, und ob diese Tatsachen zugunsten unserer allgemeinen Lage sprechen. Wir erinnern an Thomas' und Vivianis Reise nach Rußland. Frankreich wurde sofort von den tatsächlichen Ergebnissen dieser Reise unterrichtet, es enthielt nicht nur Berichte über stattgefundene Bankette. Warum erfahren wir nichts anderes?

Die japanische Gefahr für Amerika. „New York Journal" schrieb vor kurzem: Japan hat zwei Millionen ausgebildeter und gut ausgerüsteter Soldaten; seine riesige Flotte vermehrt sich fortwährend. Wenn wir jetzt nicht wissen, wie wir eines einzelnen Banditen in Mexiko Herr werden können, wie werden wir je mit dem japanischen Problem fertig werden? Man mag sagen, daß Japan nicht an unseren Küsten landen könne; aber doch könnte es an den Küsten von Mexiko landen. Ohne Zweifel würden sich die Mexikaner freuen, ein paar hunderttausend bewaffnete Japaner in ihrem Lande zu sehen, die die Vereinigten Staaten angreifen wollten. Der Befehlshaber unserer Flotte im Stillen Ozean berichtete vor kurzem, daß alle Kriegsschiffe der Vereinigten Staaten zusammen im Stillen Ozean keinen einzigen japanischen Dreadnought anhalten oder schlagen könnten. Alle Völker in Europa hassen uns, sowohl die mit den großen Flotten, wie die mit großen Heeren. Von den einen werden wir gehaßt, weil wir den anderen Waffen und Geld geliefert haben, und die anderen hassen uns, weil wir nicht jeden ihrer Wünsche erfüllt haben. Japan protestiert stets und gegenwärtig mit besonderem Nachdruck gegen unsere Einwanderungsgesetze. Japan will uns zwingen, daß wir japanische Untertanen in unserem Lande zulassen und beabsichtigt, Landbesitz auf beiden Seiten des Stillen Ozeans zu haben.

Der deutsche Geist. Die chinesische Zeitung „Shih-shih-hsin-pao", das Hauptorgan der antimonarchischen „Fortschrittspartei", schreibt über „den Geist des deutschen Volkes":

Die Verbandsmächte in ihrem Haß gegen Deutschland verleumden es auf alle mögliche Weise. Aber die Kenner in der ganzen Welt wissen, daß dieser Kampf der Deutschen gegen eine solche Übermacht beispiellos ist in der Geschichte. Will man wissen, wie Deutschland zu solchen Erfolgen gekommen ist, so muß man seinen Volksgeist ohne Haß und ohne Liebe untersuchen; und gerade uns Chi-

Digitized by Google

nesen, die wir nicht in den Kriegsstrudel hineingezogen sind, ist ein ruhiges und gerechtes Urteil darüber möglich. Niemand in der Welt kann der militärischen Kraft der Deutschen seine Hochachtung versagen. Und wenn man den Fortschritt der Kultur im 19. Jahrhundert betrachtet, so ist ebenfalls nicht daran zu zweifeln, daß das deutsche Volk in einzigartiger Weise dabei voransteht. Deutschland hat in den Tagen des Friedens mit allen Kräften wissenschaftlich gearbeitet, davon erntet es jetzt die Früchte. Jeder weitausschauende Staatsmann sollte sich das recht klar machen: die Pflege der Wissenschaft bei den Deutschen ist der wichtigste Grund ihrer Stärke. Ich hoffe also sehr, daß unsere Landsleute sich nicht durch das Gerede anderer Völker in ihrem Urteil über die Deutschen beeinflussen lassen. Anstatt die Fehler des deutschen Volkes hervorzuholen, sollte man vielmehr seine Vorzüge sich deutlich machen und es in diesen zu erreichen suchen. Und wenn man das deutsche Volk nicht gerade nachahmen will, so sollten wir doch unsern Volksgeist durch die Betrachtung des deutschen Geistes fest und gehaltvoll machen."

Um Liebknecht. In der italienischen Kammer sagte der reformistische Abg. Altobelli am 30. Juni: „Es ist unsere Pflicht, einen Gruß dem ruhmreichen Liebknecht zu senden, der wegen seines stolzen Protestes gegen die Barbarei des preußischen Militarismus verurteilt wurde. Dieser Gruß mag ihm sagen, daß Italien immer für die Apostel aller Idealitäten die lebhafteste Bewunderung hatte und hat und sich seinem prophetischen Wunsch für die Beendigung der Europa zerfleischenden Schlächterei anschließt." Der sozialistische „Avanti" bemerkt dazu: Der Exsozialist nimmt keinen Anstoß in Liebknecht jenen Antipatriotismus zu preisen, den er und seine Freunde an uns täglich als idiotisch und verderblich brandmarken. Für diese köstlichen Herren bedeutet: gegen den Krieg, gegen den Nationalismus usw. zu sein, in Deutschland eine heroische Tat; in Italien heißt es eine schamlose Handlung.

Geschichtsverdrehung. Die unter diesem Titel in Heft 29 erschienene Notiz stammt, wie wir berichtigend bemerken, von dem Schriftsteller Bruno Götz, Berlin.

Neuerscheinungen

Woher kam der Krieg? Die Frage, die Rohrbach vor kurzem neu aufgeworfen hat, wird mit demselben Ergebnis, zu dem er kam, in einer preisgekrönten Arbeit des Schweizers J. Ruchti gestellt, der sie in einer, bei F. Wyß (Bern) erschienenen Broschüre „Zur Geschichte des Kriegsausbruchs" beantwortet. Die Lage stellte sich Ende Juli 1914 wie folgt: „Rußland konstruiert für seine Einmischung in den österreichisch-serbischen Streit eine europäische Plattform und ist zu dem Krieg entschlossen, bevor die Frist des Ultimatums abgelaufen ist. Die direkten Verhandlungen hat nicht Österreich abgebrochen, Rußland hat den Bruch vollzogen."

„La Vérité". Unter diesem Titel erschienen bei Berne in Genf Untersuchungen eines Franzosen namens Bertourieux. Obwohl er ganz als Franzose fühlt, kann

Digitized by Google

er den Standpunkt, den seine Regierung der Öffentlichkeit gegenüber einnimmt, nicht teilen, denn „sie hat in ihrem eigenen Gelbbuch nur veröffentlicht, was sie von der Verantwortung zu entlasten schien". Besonders sind es die belgischen Dokumente, an Hand deren der Verfasser „die wahren Gründe und die wirklich verantwortlichen Urheber des Krieges" festzustellen sucht. Aus diesen Dokumenten schließt er, daß der gewaltige Aufschwung Deutschlands in Wissenschaft, Literatur, Industrie, Handel und Landwirtschaft der Beweis seiner wahrhaft friedlichen Gesinnung sei. Derselbe Aufstieg Deutschlands sei schuld an dem Haß, mit dem England Deutschland begegnete, weil es fürchten mußte, „die Herrschaft der Meere einmal mit Deutschland teilen zu müssen". England hoffte, den Krieg durch andere Völker führen lassen zu können, ohne seine eigenen Kräfte aufs Spiel zu setzen. Den Beweis dafür bietet ihm außer der Geschichte der Vergangenheit der Blick auf die Gegenwart, wo „England die Nordküste Frankreichs besetzt hält, die es seit Jahrhunderten begehrte, wo es dem schrecklichen Kampfe zusieht, indem es fortfährt, auf seine Stärkung bedacht zu sein, während es die Verbündeten sich erschöpfen läßt". „Auf tausend gefallene französische Soldaten kommen nur hundert englische." „Was bedeutet also Elsaß und Lothringen für Frankreich, wenn sein falscher englischer Freund ihm Flandern und die normanische Küste entreißt?" Naturgemäß beschäftigt den Verfasser vornehmlich das Verhältnis Frankreichs zu Deutschland, für das er die Nachwirkungen des Frankfurter Friedens besonders ins Auge faßt. Er entfernt sich dabei von der allgemeinen französischen Auffassung darin nicht, daß Bismarck einen schweren Fehler begangen habe, als er Frankreich Elsaß-Lothringen nahm, weil sonst die Möglichkeit für ein festes französisch-deutsches Bündnis bestanden hätte. Aber er unterläßt es nicht, sein Volk zu ermahnen, den Haß aufzugeben, der es von Deutschland trenne und der so bitteres Unglück schon gebracht habe. „Dieser Haß war vielleicht gerechtfertigt und die Deutschen begingen ungeheures Unrecht gegen uns, das leugne ich nicht, aber wir müssen anerkennen, daß sie oft genug die Versöhnung suchten." Der Verfasser sieht den eigentlichen Feind nicht in Deutschland, sondern in England: „Die Engländer werden unsere Bundesgenossen nur bleiben, wenn sie auch weiterhin die Möglichkeit sehen, sich unserer mehr oder weniger offen zu bedienen, wofür sie uns nur trügerische Entschädigungen bieten, ganz abgesehen davon, daß zahlreiche grundlegende Ansprüche ihrer Politik unseren Rechten und Zielen unmittelbar zuwiderlaufen."

Weltgesicht und Politik. Erich von Kahler erweist aus politischen und kulturphilosophischen Gedankengängen in einer Schrift dieses Titels (Weiß, Heidelberg) den Krieg, „in dem die Welt steht", als den mit England. „Die russische Gefahr bedeutet ihm aber nicht bloß eine äußerliche, sie bedeutet eine innerdeutsche, eine innereuropäische Gefahr, und der Keil dieses unermeßlichen Territoriums, der im Fleisch unseres Erdrumpfes haftet, ist nur ein Symbol des geheimen Einschlages in unseren geistigen Bau: beide leiten nach Asien. Auf den deutschen Schultern ruht das ganze, das letzte Europa." So trägt in unserem Zeitalter unsere Nation „den Sinn der Welt".

Digitized by Google

Völkerfrühling in Österreich. Wie Bismarck die Zeit um 1870 Völkerfrühling nannte, so faßt das Wort auch die Hoffnungen des heutigen Österreich zusammen. F. Ottmann und F. Kobler geben diesen Hoffnungen in einem von W. Braumüller in Wien verlegten Buche Ausdruck. Sie wollen, indem sie den Gedanken einer österreichischen Autarkie, einer eigenkräftigen Monarchie möglichst vielseitig durchdenken, dadurch für einen festeren Zusammenschluß, ein innigeres Zusammenarbeiten aller Kräfte wirken, den Grundsatz ihres Kaisers Viribus unitis wahrmachen und mit dem Wahlspruch der Hohenzollern suum cuique verschmelzen. „Das endliche Ergebnis dieses Neuaufbaues kann nach unserer ganzen Vergangenheit nur der internationale Staat sein. Jedenfalls aber nähern wir uns, vielleicht auf dem Wege über Mitteleuropa, dem Idealbilde einer europäischen Staatengesellschaft, wo ein Mitglied das andere freudig herrschen läßt."

Die Vereinheitlichung des Rechtes in Deutschland und Österreich-Ungarn, heute ein allgemein erkanntes politisches Ziel, fordert bereits im Jahre 1888 ein Vortrag Ernst Zitelmanns, der den praktischen Vorschlag machte, „es möchten zunächst Deutschland und Österreich mit einer Ausgleichung ihres Rechtes auf einzelnen besonders wichtigen Gebieten beginnen." Was 1888 als undurchführbar abgelehnt wurde, ist uns durch den Krieg rascher näher gerückt worden, als es kühne Erwartungen haben annehmen lassen. So ist es heute nicht ein geschichtliches, sondern ein unmittelbares Gegenwartsinteresse, dem der von Duncker und Humblot herausgegebene Neudruck des Vortrages begegnet.

Eine kleine Landeskunde der Türkei bringt die Teubnersche Sammlung „Aus Kultur und Geisteswelt". Sie ist willkommen in einer Zeit, wo das Problem Türkei uns besonders naheliegt, durch ihre ruhige Sachlichkeit geeignet, als zuverlässiger Führer zu gelten.

Die Zukunft des Völkerrechts erörtetete der Berliner Professor Triepel in einem Vortrag der Gehe-Stiftung (B. T. Teubner in Leipzig). Er zeigt, daß in der Grundauffassung über das Wesen des Krieges eine allgemeine Übereinstimmung unter den Kulturstaaten noch nicht bestehe und noch kein Ausgleich zwischen den beiden herrschenden Kriegsbegriffen gefunden sei: der von England festgehaltenen und von Frankreich übernommenen, daß der Krieg ein Kampf von Volk zu Volk sei, und der Anschauung der Aufklärung, daß der Krieg nicht eine Beziehung von Mensch zu Mensch, sondern von Staat zu Staat ist. „Es wird eine der größten Aufgaben der Zukunft sein, einen Ausgleich zwischen dem Kriegsbegriff der Aufklärung und dem der alten Zeit zu finden. Der Kriegsbegriff in der von den Engländern vertretenen Form ist sicher unhaltbar geworden."

„Werkbund und Mitteleuropa" heißt die zweite Flugschrift der „Deutschen Politik". Ihr Verfasser, Professor Dr. Ernst Jäckh, macht darin den ersten Versuch, eine Gleichung von Politik und Kunst durchzuführen und damit eine neue politisch-kulturelle Betrachtungsweise zu begründen. Er findet diese Gleichung für Mitteleuropa in der Gleichheit des Formengesetzes, das gegenüber der englischen Mechanisierung ein organisierendes und organisches Prinzip darstellt.

Digitized by Google

„Dieser Krieg zerbricht das mechanische Prinzip der alten Form der Weltbeherrschung, und der Friede sichert das organische Prinzip in der deutschen Führung ohne Weltherrschaft."

Georg Schaukal, „Zeitgemäße deutsche Betrachtungen". Der österreichische Dichter eröffnet ein kleines, dem baltischen Grafen Keyserling gewidmetes Buch (G. Müller, München) mit einer Skizze über Bismarck, der „der Held seiner Männlichkeit" ist. Deutsche Sprache, Kunst und Gesinnung sind für ihn Angelegenheiten, die ihn ganz persönlich angehen, und an deren Läuterung mitzuarbeiten er als seine Aufgabe ansieht. Was er über die deutschen Dichter und Künstler, über die Sprache, über das Gymnasium, über Kriegsgedichte und Bilder sagt, ist denn auch danach angetan, vielerorts zur Besinnung anzuregen, wo man bisher nur oberflächlich zugeschaut hat. Dieser Anteil an Deutschlands Geschichte und Kultur tut seiner Liebe zu Österreich keinen Abbruch; was er über seine Heimat sagt, erweist die feste Zuversicht, mit der er an die Höhe einer geschichtlichen Entwicklung und an den Aufstieg in der Zukunft glaubt.

Neue Bücher fürs Feld. Kiepenheuers Liebhaber-Bibliothek ist um drei kleine schöne Bände erweitert und bereichert, die sich für die Versendung ins Feld besonders eignen: „Unterhaltungen mit Friedrich dem Großen" (Aus den Tagebüchern des Henri de Catt), „Erinnerungen an den Prinzen Louis Ferdinand" und Kleists „Erzählungen und Anekdoten". Von den beiden ersten Büchern ist es der starke, männliche, auch in dem Kriege die Menschlichkeit nicht verleugnende Geist bedeutender Männer, der gefangen nimmt; Kleists Erzählungen haben den kurzen sachlichen klaren Stil unserer Zeit, der sie dadurch innerlich verwandt sind.

Die Psychologie großer Heerführer. Eine wie bedeutende Summe von Fähigkeiten bei Heerführern zusammenkommen muß, kann man aus der Größe ihrer Leistungen ahnen. Es aus den einzelnen Faktoren nachzuweisen, macht der hohe Stand der psychologischen Erkenntnis möglich, den wir seit einigen Jahren erreicht haben. Professor Ziehen unternimmt es in zwei Aufsätzen (als Buch bei J. A. Barth, Leipzig), indem er unter Anwendung der historischen Methode den typischen psychischen Prozeß nach seinen einzelnen Bestandteilen untersucht. Merkwürdig ist bei den Ergebnissen, daß die landläufigen menschlichen Eigenschaften nicht ausreichen, daß zu der bloßen Gedächtnisleistung die produktive Phantasie, die schöpferische Synthese treten muß, die sich von jeder Einmengung der Phantasie in künstlerischem Sinne frei halten muß, die treibende Kraft einer stark gefühlsbetonten Idee, die Möglichkeit alle vorübergehenden Affekte zu beherrschen, den Willen stark und einheitlich zu sammeln, die Fähigkeit kausal logischen Durchdenkens. „Es ist daher als eine besondere Gunst des Schicksals anzusehen, wenn einem Volk in Zeiten schwerer Kriegsnot große Feldherrntalente zur Verfügung stehen."

Die deutsche Einheitschule. Der Krieg hat die Bestrebungen der Lehrerschaft um die Einheitschule unterbrochen. J. Tews nimmt sie in einer kleinen Schrift (Verlag Julius Klinkhardt, Leipzig) wieder auf. Er tritt für die Verbindung aller

Digitized by Google

Glieder des staatlichen Unterrichtswesens ein und gibt die Parole: „Wir werden für die größere deutsche Volksschule, für die Schule, die auch dem ärmsten Kinde den ihm gemäßen Weg bahnt, so lange arbeiten und streiten, bis sie gebaut ist, und wir hoffen, daß nach dem Siege der deutschen Waffen, errungen vom gesamten deutschen Volke, auch dieses sichtbare Mal für deutsche Volkseinheit und Volksgröße aufgerichtet wird."

Deutscher Chauvinismus. Der Insel-Verlag in Leipzig beweist durch seine letzten Neuerscheinungen von neuem, wie fern von allem nationalen Vorurteil die deutsche Kulturbewegung geblieben ist, obwohl sie damit so gut wie allein in der Welt dasteht. Er hat in seine Bibliothek der Romane — die beste, die wir in Deutschland haben — einer Übersetzung von Victor Hugos „Notre Dame" und eine Neuausgabe sämtlicher Werke Zolas aufgenommen. Wie hoch steht solch wortloses einfaches Handeln über den chauvinistischen Tiraden im andern Lager!

Prinz Eugen. Hugo von Hoffmannsthal erzählt das Leben des edlen Ritters für die Jugend in einem mit schönen Steindrucken geschmückten Buch. Dieses schlichte, volkstümliche, wahrhaft vaterländische Buch darf als Vorbild für die einwandfreie Jugendliteratur angesehen werden, die es bei uns erst noch zu schaffen heißt.

Literatur

Macht und Wirtschaft. Zu Beginn dieses Jahres ist ein Buch mit dem vielversprechenden Titel „Macht und Wirtschaft" erschienen — vielversprechend, denn die Lösung des Problems von Macht und Wirtschaft scheint die Erkenntnis der Gegenwart zu bedeuten. Was aber würde mehr ersehnt als diese Erkenntnis?

Die hochgespannte Erwartung erleidet beim Lesen des Titelblattes eine leichte Enttäuschung; denn von dem Gesamtwerke „Macht und Wirtschaft" legt der Verfasser, der Professor der Staatswissenschaften in Braunschweig Friedrich Lenz, Dr. jur. et phil., zurzeit nur den ersten Teil vor, den er „die Voraussetzungen des modernen Krieges" nennt. Indessen auch dieser Titel läßt noch genug erwarten. Erschienen ist das Buch in der von F. Bruckmann-München verlegten deutschen und österreichischen Schriftenfolge „Weltkultur und Weltpolitik", die herausgegeben wird von unserem Orientspezialisten Prof. Dr. Ernst Jäckh und vom Institut für Kulturforschung in Wien (deutsche Folge, 5. Bd.). Die Auspizien sind also die besten.

Das Buch ist in vier Kapitel gegliedert: I. die machtphilosophischen Voraussetzungen; II. die technischen Voraussetzungen; III. die wirtschaftlichen Voraussetzungen; IV. die politischen Voraussetzungen.

Am wertvollsten dürfte das erste Kapitel „die machtphilosophischen Voraussetzungen" sein; denn es enthält grundsätzliche Erwägungeu, wie sie der Titel des Buches „Macht und Wirt-

Digitized by Google

schaft" erwarten läßt. Dies Grundsätzliche bildet wohl einen integrierenden Bestandteil der Gesamtanschauungen des Verfassers. Jedenfalls taucht es in den späteren Kapiteln hier und da wieder auf. In einem System wird es nirgends geboten. Dieses Mangels scheint sich der Verfasser selbst bewußt zu sein. Denn er spricht in seiner „Einführung" von den „Fragen und Bedenken .., welche .. die Stellung der historischen Schule innerhalb der Nationalökonomie charakterisieren: der angeblich mangelhaften Verankerung im Grundsätzlichen einerseits, dem leichtfertigen Abirren ins Politisieren andererseits." Von einer „mangelhaften Verankerung im Grundsätzlichen" muß man angesichts des Kapitels über die machtphilosophischen Voraussetzungen durchaus reden. Sie spricht sich darin aus, daß grundsätzliche Erörterungen sich weder über das Wesen der Voraussetzung in diesem speziellen Zusammenhange, noch der Philosophie, noch der Macht, noch der Machtphilosophie, noch auch schließlich der „machtphilosophischen Voraussetzungen des modernen Krieges" finden. Geboten wird vielmehr eine Reihe intuitiv gewonnener Erkenntnisse, die zum Teil sehr gut, die aber nicht systematisch verknüpft sind. Daher gleicht die Gesamtdarstellung einem Mosaikbilde: Erst aus weiter Distanz ist es möglich, zusammengehörige Gruppen zu erkennen. Ein solcher Komplex von Gedanken ist um die Erkenntnis gruppiert, daß das Wesen des politischen Denkens darin bestehe, rein zweckmäßig zu funktionieren; daß im Hinblick auf den politischen Zweck es für den Staatsmann nur — außer ihm seiende — Mittel gäbe; daß der Staatsmann aus jeder individuellen Sphäre heraustrete. Nicht kennt der Staatsmann als Politiker zum Beispiel subjektive Begeisterung, sondern er darf nur Begeisterung als Determination menschlicher Kraft kennen, um sie als Faktor in seine politische Wahrscheinlichkeitsrechnung einzusetzen. Darum sagt Lenz z. B. — nicht mit Unrecht —, nationale Gedenktage seien eine Schöpfung des 19. Jahrhunderts. Nicht mit Unrecht vergleicht Lenz Phänomene des modernen Staatslebens mit solchen der katholischen Kirche. Vorzüglich auch ist der Hinweis auf die in der modernen Welt bei deren Natur dauernd vorhandene Möglichkeit des Konfliktes, S. 20, ebenso Sätze wie dieser: „.. das Recht muß gleich der Macht ... in der Bewegung ... gedacht sein .." S. 37. Solchen Äußerungen aber wie: „Behaupten wird sich .. auch die Macht des Rechts, dessen Idee als Rechtsgefühl in unserer Brust lebt" — in welchem Zusammenhange auf Gierke verwiesen wird — (S. 43), fehlt die „Verankerung im Grundsätzlichen"; denn bei diesem Ausspruch ist das bezeichnete Phänomen nicht in der Bewegung, sondern bloß in der Ruhe gedacht worden. Sonst wäre berücksichtigt worden, daß die menschlichen gegenseitigen Beziehungen wachsend mehr durch das reine Denken als durch das Gefühl bestimmt werden, daß sie also wachsend mehr zur Möglichkeit der zweckmäßigen Veränderung tendieren als zu einem dem Wesen willen gemäßen Beharren. An solchen Stellen ist das reine Denken des Verfassers nicht ungehindert zur Aktion gekommen. Das Kapitel über die technischen Voraussetzungen des moder

Digitized by Google

nen Krieges enthält wenig Bedeutendes, ebenso die anderen über die wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen, außer wenn z. B. (wie S. 208) betont wird, daß um des Machtgedankens willen der gegenwärtige Krieg entstanden sei (wenngleich die Formulierung wohl nicht ganz folgerichtig ist); denn meist begegnet man der Anschauung, der Krieg sei aus wirtschaftlichen Gründen entstanden. Da wo der Verfasser sich mit der modernen Politik beschäftigt, dürfte er „politisieren". — Alles in allem: das Buch verdient aufs aufmerksamste gelesen zu werden, dies mit Kritik. Wo.

Mitten in all dem Schrecken des Krieges und seinen pathologischen Erscheinungen hat der Deutsche seine Objektivität nicht verloren, sie sogar in manchen Beziehungen noch stärker gezeigt, als in Friedenszeiten, wo Kleinkram den Deutschen oft so klein macht. Unter all dem Einstürzenden, Trennenden, Vorübergehenden, unter allem Blut und Sterben behält er die Elemente in seinem Kopfe und in seiner Hand, die bleibende, verbindende, versöhnende, aufbauende, lebendige Kulturwerte sind und schaffen. Aus diesem Verlangen heraus haben sich auch verschiedene Stimmen zur Befreiung des Papsttums von dem alles ehrliche Fühlen und gerechte Denken verletzenden Garantiegesetz erhoben. Auch der Archivrat Dr. J. Lulvès in Hannover im Novemberheft der „Deutschen Revue" 1915. Die darin niedergelegten Gedanken sind nun als 76. Heft der „Politischen Flugschriften" erschienen. Wenn der Verfasser, der die „römische Frage" in Rom selbst erleben konnte, seine Aufsätze unter dem Titel: ‚Die Stellung des Papsttums im Weltkriege' herausgibt, so bietet er im Inhalt viel mehr, als der Titel besagt. Er gibt im ersten Teil knapp, aber durchaus das wichtigste zusammenhängend herausgreifend, die Verhandlungen über die Frage bis zur Besetzung Roms; im zweiten Teile beantwortet er die Frage: Warum ist die Sicherstellung des Papsttums ohne Mitwirkung der übrigen Mächte erfolgt? Im dritten wird der Wert des Garantiegesetzes nach den Erfahrungen aus dem gegenwärtigen Kriege auseinandergesetzt. Der vierte endlich gibt eine Übersicht über die hauptsächlichsten, im Gegensatz zum Garantiegesetz bisher gemachten Vorschläge für eine Sicherstellung der Lage des Heiligen Stuhles, erörtert die Frage, ob und inwieweit der Papst auf die weltliche Herrschaft verzichten kann, bespricht endlich die „Vatikanklausel" Italiens in dem Londoner Abkommen, wodurch England Italien den Besitz des Papstes „garantiert". (Herrliche Garantien, und für England so billig! Wie der dritte der berühmten Zeitungsartikel der „Post" vom Jahre 1881 (Nr. 347) sagte, ist der Papst „von dem Geschick und dem guten Willen der italienischen Behörden abhängig". England „garantiert" diese Lage!)

Die Schrift ist eine der vorzüglichsten, die ich über dieses Thema kenne. Auf den 45 Seiten sind alle Hauptmomente der Frage in formvollendeter Weise zur Darstellung herangezogen; fast alles ist mit Belegen versehen, die jedem, der sich weiter in dieselbe vertiefen will, den besten Wegweiser abgeben. Ich

Digitized by Google

wünsche ihr in weiten Kreisen den besten Erfolg. Von ganz vereinzelten Anständen, die ich zu machen hätte, möchte ich nur auf die Ansicht des Verfassers zurückkommen, als ob Hilgenreiner in seiner Schrift: „Die römische Frage nach dem Weltkriege" dem Papst einen endgültigen Verzicht auf den Kirchenstaat unter der Bedingung eines wirklichen Ersatzes einer weltlichen Souveränität hätte nahelegen wollen. Das dürfte wohl kaum der Fall sein, wenn es sich um einen rechtlichen Verzicht handelte, wohl um einen faktischen. Wenn nun die Kurie nach einigen Zeitungsmeldungen, die anscheinend offiziösen Charakter haben, positive Erörterungen über die Lösung der römischen Frage während der Kriegszeit mit Rücksicht auf ihr bisher strengstens gewahrtes Neutralitätsprinzip den Katholiken nicht anrät, so darf gewiß doch hervorgehoben werden, daß nach 1870 der Papst selbst, und zwar offiziell, auf die private Äußerung Pius' IX. an Marquis d'Harcourt vom 25. April 1871, wonach er sich sogar mit einem kleinen Stück Land, wo er Herr sein werde, zufrieden geben wolle, brauche man daher gar nicht lange stehen zu bleiben — nie die Herstellung des Kirchenstaates verlangt, sondern stets nur betont hat, daß er in seiner jetzigen Lage nicht die Freiheit habe, seinem hohen Amte zum Wohle der Kirche und der ganzen Welt nachzukommen und darum eine andere Lage verlange. Vor 1870 war das allerdings anders. Damals war aber die politische Lage eine andere. Wenn ich früher die Politik Pius' IX. nicht begriff, so verstehe ich sie nun: zwischen dem Gaukelspiel Napoleons III. und der italienischen Regierung, deren Treue bisher so herrliche Proben der Welt geliefert hat, blieb dem Papst damals nichts anderes übrig, als sein bekanntes Non possumus. Hätte er auch nur auf etwas verzichtet — daß er das konnte, hat die Politik Pius' VII. bewiesen —, so hätte erstens der Gang der Ereignisse doch seinen Lauf genommen, den er tatsächlich durchschritten hat, und zweitens wäre das Papsttum an alle Konsequenzen gebunden, die aus einem Verzicht sich ergeben hätten. So aber ist es frei. Und Italien ist gebunden. Und gerade dieser Gesichtspunkt scheint mir die Lösung der schwierigsten Frage zu erleichtern. Das Papsttum hat seinen Interessen nichts vergeben. Wenn es sich nun nach so langen Jahren immerhin gefestigter Zustände und anderer Anschauungen zu einem modus vivendi herabläßt, so würde das eine vom erhabenen Throne der Freiheit herabsteigende Handlung sein, die der allüberall hervorgetretenen gerechten Beurteilung der Lage des Papstes und der römischen Frage entgegenkommend auch Früchte des Friedens ernten wird. Justitia et pax oscultatae sunt, Friede und Gerechtigkeit haben sich geküßt, dürften dann alle Edlen und Gerechten mit dem Psalmisten ausrufen!

Universitätsprofessor D. Dr. Baßgen
z. Zt. Sofia, im Mai 1916

Nachdruck aus dem Inhalt unter genauer Quellenangabe gestattet.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar Verlag Gustav Kiepenheuer, Weimar. Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

1. Jahrgang * 4. August 1916 * Heft 32

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politik und Strategie in England

Von Dr. Paul Rohrbach

Wir haben unseren Lesern wiederholt Stimmungsbilder aus der öffentlichen Meinung in England zu zeichnen versucht und haben mehrfach auch darauf hingewiesen, daß eine je nach den Kriegsverhältnissen wechselnd starke und regsame Friedensrichtung teils in der englischen Öffentlichkeit, teils mehr unterirdisch sich bemerkbar machte. Die Stärke oder Schwäche der Friedensneigung bei einem Teil des englischen Volkes hängt davon ab, ob es in der politischen Atmosphäre des Augenblicks mehr nach Sieg oder nach Mißerfolg riecht. Zwar wirken auch Niederlagen in England vielfach anstachelnd auf die Sinnesart, die man den „Bulldoggeninstinkt" dieser Nation genannt hat. Andererseits aber sind Mißerfolge stets unbequem, namentlich, wenn sie sich häufen und wenn keine rechte Aussicht vorhanden zu sein scheint, daß der Charakter der Lage sich ändert. In diesem Sinne wurde in den letzten Monaten vor dem Beginn der russischen Offensive vielfach in England debattiert und geurteilt. Es gab militärische Autoritäten, die es offen bezweifelten, daß noch für die Entente auf einen Wechsel in der Gesamtsituation der Kriegführung gerechnet werden dürfe.

Seit einigen Wochen aber hat sich die Stimmung in England von Grund auf geändert, ja man kann sagen, daß sie noch nie seit Beginn des Krieges so einheitlich für die Fortführung des Kampfes und so siegesgewiß gewesen ist, wie heute. Die Hoffnungen auf den Sieg sind neu belebt; die Friedensgedanken und das Friedensgerede sind mit dem vermeintlichen Wechsel der Lage verschwunden. Bezeichnend dafür, wie sehr die Frie-

Digitized by Google

densgedanken auch bei den sonst kriegsabgeneigten oder grundsätzlich pazifistischen Engländern verflogen sind, ist zum Beispiel die Tatsache, daß der sozialistische Arbeiterführer Henderson, und ebenso Lord Bryce, der dem Bund für demokratische Kontrolle nahesteht, jetzt rückhaltslos alles dafür tun, um die allgemeine Kriegsstimmung zu fördern. Die englische Kriegsmaschine ist in politischer Beziehung sehr empfindlich gebaut; insbesondere muß die Regierung in viel höherem Grade, als es anderswo der Fall wäre, darauf Rücksicht nehmen, daß auch wirklich der Volkswille und die Volksstimmung hinter dem Kriege stehen. Viel zu sehr hat England Jahrhunderte hindurch sich daran gewöhnt, daß Kriegführen eine Sache sei, von der man im Lande selbst, im Haus, in der Familie, im Geschäft, nur wenig merkt. Die breiten Massen und die Mittelklasse in England sind auch in diesen Krieg mit der Vorstellung hineingegangen, es würde ähnlich sein wie beim Burenkrieg, beim Krimkrieg und anderen „Geschäfts-" oder „Straf-"Expeditionen. Je stärker daher die Wirkung des Weltkrieges auf das private und geschäftliche innerenglische Leben wird, desto stärker regte sich die Opposition: „Ja, was ist denn das! So haben wir uns die Sache doch nicht gedacht! Mußten wir wirklich hier hinein? Können wir nicht mit Anstand bald wieder hinaus?"

Dieser kritischen Stimmung gegenüber sind die beiden geistigen Fundamente zur Aufrechterhaltung des Kriegswillens folgende: 1. der Glaube, daß England nicht durch seine eigene Schuld, sondern durch den aufgezwungenen Kriegswillen Deutschlands in den Krieg hineingekommen sei; 2. daß die deutsche Regierung England Friedensbedingungen zumute, die auf jeden Fall Englands Sicherheit bedrohten und die englische Selbstachtung zerbrechen müßten. Ohne diesen Glauben im Volk ist es für die englische Regierung nicht möglich, ihre Kriegsmaschine von innen heraus im Gang zu halten. Zur Herstellung der notwendigen einheitlichen Front im Innern ist es daher von größtem Wert, daß Henderson, Lord Bryce u. a. ihren Einfluß zur Kriegspropaganda in dem für den Frieden gestimmten Teil der Nation hergeben. Es gibt tatsächlich keinen erkennbaren Widerspruch gegen den Krieg mehr in England — ein Zustand, wie er in den zwei Jahren des Krieges bisher noch nicht vorgekommen ist — und nichts ist törichter, als unter diesen Umständen sich

Digitized by Google

bei uns in Friedensgerede zu ergehen. Wir machen uns damit nur zum Gespött der Feinde.

Der Grund hierfür sind die russischen Erfolge im Osten, von denen England durch ihre Wirkung auf Österreich-Ungarn eine radikale Wendung des Krieges erhofft. Man glaubt das, weil man es wünscht, und weil die kritische Fähigkeit gering ist. Es ist lehrreich, die jetzigen militärischen Anschauungen in England mit den früheren zu vergleichen. Zur Zeit der ersten russischen Niederlagen, ja noch als die große Durchbruchsschlacht vom Mai 1915 in Galizien geschlagen war, bewegte der Gang der militärischen Ereignisse im Osten die englische öffentliche Meinung nicht von Grund auf. Das geschah zum ersten Male, als vor der Schlacht bei Wilna und unmittelbar nachher Gefahr der Einschließung für die russische Hauptarmee bestand. Damals war Panik in der englischen Presse, zumal man genaue Nachrichten über die gefährlichen inneren russischen Zustände hatte. Ein Aufatmen der Erleichterung ging durch England, als sich zeigte, daß Rußland doch die Möglichkeit erhielt, sich zu erholen. Bis zu diesem Zeitpunkt stellte sich das englische Bewußtsein die Niederlage Deutschlands und Österreich-Ungarns ganz überwiegend so vor, daß sie sich durch den erfolgreichen Angriff der Entente auf beiden deutschen Fronten verwirklichen werde, unter Rückeroberung der besetzten Gebiete, Überwältigung der deutschen Heere, Eindringen in Deutschland usw. Es war das Bild, wie es englische Ministerreden am Anfang des Krieges zeichneten, daß die Gurkhas im Park von Sanssouci spazieren gehen und die Kosaken durchs Brandenburger Tor reiten würden. Heute dagegen denkt man in England vielfach anders über das Kriegsende, und man denkt umsomehr anders, je mehr sich die Widerstandskraft Deutschlands als in direktem Sinne unbezwingbar herausstellt. Es gibt jetzt zwei kriegspolitische Schulen in England, eine „westliche" und eine „östliche", und die östliche, die zugleich die großen politischen Zusammenhänge für das englische Imperium als Ganzes und die Rückwirkungen auf seine staatliche Zukunft am stärksten betont, die ist es, die immer mehr an Boden gewinnt. Dabei wird unter „Osten" außer der russischen Kampffront vom Rigaischen Meerbusen bis zur rumänischen Grenze ganz besonders das Balkangebiet und der gesamte Orient verstanden.

Digitized by Google

Die „östliche" Schule ist von Anfang an durch militärisch-sachverständige Kreise vertreten worden, die ihren Ausdruck in zahlreichen, konsequent auf den Orient gerichteten Artikeln des „Manchester Guardian" und in der regelmäßig alle zwei Wochen erscheinenden „Kriegsgeschichte" dieses Blattes finden. Neuerdings ist hierzu als ein besonderes wichtiges Zeugnis der Vortrag des konservativen Publizisten L. Garvin getreten, der in unserer vorigen Nummer von Dr. Jäckh wiedergegeben wurde. Ich wiederhole aus diesem sehr wichtigen Dokument zusammenfassend einige Sätze:

1. Wenn es der Entente nicht noch gelingt, von Saloniki und von Rumänien her zwischen Mitteleuropa und dem Orient durchzustoßen, so ist der Krieg für England verloren. 2. England muß anerkennen, daß die Deutschen dadurch, daß sie die Verbindung mit dem Orient herstellten, viel mehr erreicht haben, als irgendein Engländer vor einem Jahre für möglich gehalten hätte. 3. Ohne ein gänzliches Umstoßen der jetzigen Tatsache des deutsch-türkischen Zusammenhangs kann es für die Verbandsmächte keinen wirklichen Sieg, keine zukünftige Sicherheit geben; für Frankreich nicht und für Italien nicht, und sicherlich nicht für Rußland und das britische Imperium. 4. Weder Rußland, noch vor allem Britannien kann jemals daran denken, die Waffen niederzulegen, ohne Rücksicht auf die Dauer und Kosten des Krieges, bevor die gegenwärtige Lage im Orient in ihr Gegenteil umgeändert ist.

So redet man heute in England. Im Grunde ist es merkwürdig und ist ein Beweis dafür, wie kurz die Gedanken Englands beim Beginn des Krieges waren, wenn erst jetzt die englische Ansicht durchdringt, daß es sich in diesem Weltkampf vor allem um den Orient handelt. Wir unsererseits haben in der „Deutschen Politik" und schon früher im „Größeren Deutschland" von Anfang an eben diesen Standpunkt vertreten, das Schicksal des Orients entscheide über Sieg oder Mißerfolg der kämpfenden Kräftegruppen in Europa.

Durch alle Äußerungen der englischen Presse zieht sich jetzt, hier stillschweigend, dort ausdrücklich erkennbar, etwas, was wie ein erlösender Gedanke, wie eine rettende Erkenntnis wirkt: „Es ist nicht notwendig, daß wir durchaus auf dem Schlachtfelde im Westen siegen, ja wir könnten uns dort sogar über Mißerfolge trösten; unser Sieg kann sich auch im Osten entscheiden, bei Lemberg und in der Bukowina. Hier kann durch Rußland auch Großbritannien siegen; freilich es könnte auch bei Kiew oder Petersburg besiegt werden!"

Digitized by Google

Als typisches Beispiel für die gegenwärtige englische Auffassung von der Kriegslage sei ein Artikel aus dem „Manchester Guardian" vom 27. Juni wiedergegeben. Es heißt hier:

„Die Strafe, die Deutschland für seine Angriffe auf Verdun zahlen muß, besteht darin, daß Hindenburg in Kurland in der Defensive verharren muß, und die Russen freie Hand haben, sich gegen Österreich zu konzentrieren. Die, welche Teilnahme für Frankreich fühlen während der fürchterlichen, ihm auferlegten Anstrengung — und alle Engländer fühlen die lebhafteste Teilnahme — sollten nicht deswegen eine düstere Anschauung von den Aussichten der Alliierten im ganzen hegen. Sie mögen sich einen Augenblick auf den deutschen Standpunkt versetzen, und mögen suchen, sich vorzustellen, wie der Durchschnittsdeutsche die österreichischen Verluste bei der jüngsten russischen Offensive ansehen mag. Mögen sie auch, wenn ihnen diese geistige Gymnastik zusagt, einen Begriff davon sich zu bilden suchen, was die Österreicher vom deutschen Angriff auf Verdun denken mögen, oder sich damit unterhalten, einen imaginären Protest Hindenburgs aufzusetzen gegen die jüngste deutsche kriegspolitische Taktik. Es liegt ein Element von Brutalität in solchen Berechnungen, aber jedenfalls können sie uns dienlich sein, die Kriegsereignisse unter einer richtigeren Perspektive zu sehen. Es braucht kein Gedanke aufzukommen, daß wir unseren Alliierten gegenüber versagen."

Derartige Versuche in deutscher Psychologie führt der „Manchester Guardian" in seiner „Kriegsgeschichte" (Heft vom 7. Juli 1916) noch weitläufiger aus. Er probiert es, sich an die Stelle unseres Generalstabes zum Schluß des Jahres 1915 zu setzen und beginnt gleich mit der bekannten, für die Aufrechterhaltung des guten englischen Gewissens erforderlichen Unterstellung, Deutschland habe den Krieg gewollt und präpariert.

„Die aufs sorgfältigste vorbereiteten Pläne," heißt es, „mit denen Deutschland den Krieg begonnen hatte, waren die, daß Deutschland erst sein ganzes Gewicht gegen Frankreich werfen sollte, im Vertrauen auf Österreich, das Rußland solange beschäftigen sollte, bis durch die entscheidende Niederlage Frankreichs die deutschen Armeen im Westen frei würden und sich gegen Rußland wenden konnten. Diese Pläne brachen zusammen, einmal weil Österreich versagte, dann wegen der unerwarteten Invasion Ostpreußens, zum Teil auch wegen der strategischen Kunst General Joffres und des prächtigen Widerstandes des Generals Castelnau bei Nancy, zum Teil auch wegen der Intervention Englands und der sehr guten militärischen Qualität seiner alten Berufsarmee."

Die nun folgende weitere Schilderung der Kriegsereignisse bis zum Winter 1915/16 unter englischen Gesichtspunkten interessiert uns weniger. Bedeutsam ist dagegen, was die „Kriegsgeschichte" weiterhin zum Be-

Digitized by Google

ginn ihrer Untersuchung über die deutschen Pläne für 1916 sagt. Der Verfasser hat prinzipiell eine richtige Vorstellung von der deutschen militärischen Art, wenn er sagt:

„Außerdem war die Offensive so sehr ein Teil des deutschen militärischen Glaubensbekenntnisses, daß ihre Aufgabe fast gleichbedeutend mit einer Niederlage wäre. Es wäre dies eine Ankündigung an das eigene Volk gewesen, der Krieg könne unmöglich gewonnen werden, und das bedeutete einen Prestigeverlust, den die Regierung sich nicht entschließen konnte, in Betracht zu ziehen. Aus diesen und vielen anderen Gründen war der deutsche Generalstab davon überzeugt, die Politik der Offensive müsse fortgesetzt werden, obgleich es damit bisher nicht gelungen war, den Krieg zu einem befriedigenden Ende zu führen."

Im Anschluß hieran und im Sinne der deutschen Heeres- und Staatsverwaltung wird nun weiter gefragt: „Osten" oder „Westen"? Dabei ist deutlich erkennbar, wie sehr der „Manchester Guardian" davon überzeugt ist, daß England und seine Verbündeten in eine viel gefährlichere Lage geraten wären, wenn Deutschland die Entscheidung in erster Linie im Osten gesucht hätte. Was den Westen betrifft, so wird im angenommenen deutschen Sinne wie folgt argumentiert: Rußland sei nur deshalb gefährlich, weil es durch seine westlichen Verbündeten mit Geld und Munition versorgt werde. Solange es dabei bliebe, sei mit ihm nicht zu Ende zu kommen. Gelänge es, den Franzosen eine Niederlage beizubringen, so würde sich England voraussichtlich vom Landkriege zurückziehen. Selbst wenn man nicht bis Paris käme, so sei es doch möglich, den Franzosen solche Verluste zuzufügen, daß sie zur Fortsetzung des Krieges unfähig würden. Dann aber seien Deutschlands Hände auch in Rußland frei.

Dem gegenüber lautet die angebliche Auffassung der „östlichen" deutschen Schule wie folgt:

Die Offensive gegen Rußland müsse so früh wie möglich unternommen werden, weil es gefährlich sei, zu warten, bis sich Rußland von den schweren Schlägen des vergangenen Jahres erholt habe. Rußland sei ein Land mit ungeheuren Hilfsquellen, und der einzige Weg, Rußland zu besiegen, sei der, loszuschlagen, ehe es Zeit gehabt hätte, sie zu entwickeln. Die deutschen Siege über Rußland im vergangenen Jahre seien nicht so sehr durch überlegene Strategie oder zielbewußte Tapferkeit gewonnen worden, wie hauptsächlich durch die mangelhafte Ausrüstung der russischen Soldaten; dies aber sei ein Fehler, den die Zeit heilen könnte und heilen würde. Daher sei es die klar vorgezeichnete Politik, der Zeit zuvorzukommen. Rußland habe viele verwundbare Stellen, und Napoleon, dessen Fehlschlag die Legende von Rußlands Unbesiegbarkeit in die Welt gesetzt hat, habe seine Niederlage rein durch schlechte Anord-

Digitized by Google

nung und Ausführung herbeigeführt. Was die Pläne anbetrifft, für die man sich entscheiden könnte, so bestand die einzige Schwierigkeit in der Wahl. Im Norden war Petersburg in erreichbarer Nähe für einen Vorstoß, und dort war nicht nur der Sitz der Regierung, sondern dort waren auch die Putilowwerke, das russische Hauptarsenal. War es nicht wünschenswert, in dieser Richtung vorzustoßen, wenn auch nur, um die englischen Unterseeboote einer Basis zu berauben? Admiral Jellicoe hatte bei einer Ansprache an einige russische Besucher der „Großen Flotte" von der Zeit gesprochen, in der die Flotten beider Länder vielleicht Seite an Seite in der Ostsee kämpfen würden. War das nicht eine wirklich ernste Gefahr? Deutschland wollte an zwei Fronten kämpfen oder auch selbst an dreien, aber wenn eine vierte Front in der Ostsee dazu käme, dann würden die Aussichten in der Tat ernst. Wenn Deutschland die Herrschaft in der Ostsee verlöre, würde es dann nicht eine große Armee im Norden brauchen, um sich gegen plötzliche feindliche Landungen zu schützen? Würden die Flanken seiner Defensivstellung in Kurland, die es so schwer erkämpft hatte, nicht immer in Gefahr sein, umgangen zu werden? Wenn diese Gefahr auch außer Acht gelassen werden könnte, wäre es empfehlenswert, die russische Bedrohung der Türkei gering zu schätzen? Was würde es Deutschland nützen, wenn es Frankreich besiegte und fände Rußland im Besitz der asiatischen Türkei und sogar Konstantinopels selbst? Dies war eine Gefahr, die man durch eine entscheidende Aktion in Südrußland am besten abwenden konnte. Ein Durchstoß nach Kiew war im Vergleich zu dem im vergangenen Jahr Erreichten kein sehr weit strebender Plan, und er hätte Deutschland in den Besitz einer Strecke des reichsten Getreidebaulandes Europas gesetzt. Hätte man dann den Sieg ausgenutzt, so wäre man ans Schwarze Meer durchgedrungen, dessen Beherrschung den russischen Feldzug gegen die Türkei zum Stillstand gebracht hätte — wenn Rußlands Niederlagen in Europa dies nicht bereits erzielt haben sollten. Nebenbei war Rumänien in Betracht zu ziehen. In diesem Lande begünstigte eine mächtige Partei eine Einmischung auf seiten der Entente, und der einzige sichere Weg, dieser Agitation Einhalt zu tun und Rumänien zum Eintritt in den Krieg auf deutscher Seite zu veranlassen, bestand darin, sich zwischen Rumänien und Rußland zu schieben. Trat Rumänien auf seiten der Entente in den Krieg ein, so würde Bulgarien ruiniert sein, und die deutschen Balkanpläne wären abgetan. Das waren vermutlich die Beweisgründe, die man zugunsten der russischen Offensive vorgebracht haben wird.

Die „Kriegsgeschichte" will nicht annehmen, daß diese „Argumente jemals bei einer bestimmten Gelegenheit in dieser Zeit vorgebracht worden seien, oder daß in den deutschen Kriegsberatungen in einem einzelnen Zeitpunkte eine derartig scharfe Trennung zwischen „östlicher" und „westlicher" Partei bestanden habe". Trotzdem könne man aber sagen, daß zu Beginn des Krieges die „westliche" Schule überwog, daß sie im zweiten Kriegsjahr der „östlichen" Platz machte, und daß zu Beginn die Frühjahrs

Digitized by Google

1916 die „westliche" wiederum die Oberhand erhalten habe. Das seien unabstreitbare Tatsachen und man könne nur zweifeln, ob dieses Schwanken zwischen Ost und West einen dauernden Gegensatz verschiedener Anschauungen im Kriegsrat Deutschlands offenbare, oder ob sich darin nur die jeweiligen Bedürfnisse der deutschen Strategie widerspiegelten. Vielleicht habe der deutsche Generalstab beide Offensiven, die „westliche" und „östliche", in das Jahr 1916 „hineinpressen" wollen.

Aus diesen Darlegungen geht klar hervor, was auch sonst in der englischen Presse bis zum Beginn der diesjährigen russischen Sommeroffensive zu spüren war, daß man gegenüber der deutschen Macht Rußland im Vergleich zu Frankreich für den schwächeren Teil hielt und ungünstige Entscheidungen im Osten im englischen Interesse mehr fürchtete, als solche im Westen. Das zeigte sich auch in der Besorgnis, die Deutschen könnten die Übermacht in den russischen Ostseegewässern gewinnen. In der Monatsschrift „The Nineteenth Century" vom Mai 1916 findet sich ein längerer Artikel über die Bedeutung der Ostsee für England. Hier wird ausgeführt, Englands größter Fehler sei gewesen, daß es im preußisch-dänischen Kriege von 1864 den Erwerb der Elbherzogtümer durch Preußen zugelassen habe. Die Folge davon sei die Erbauung des Nordostseekanals und die daraus sich ergebende Verlängerung der deutschen Seemacht aus der Nordsee über das Baltische Meer gewesen. Dieser Krieg gebe Gelegenheit, die Verkehrtheit von 1864 zurückzurevidieren und müsse dazu ausgenutzt werden! Zwischen den Zeilen ist weiter zu lesen, wie die Befestigung der Alandsinseln durch Rußland und die hiermit unter Nichtachtung der schwedischen Rechte erfolgte Umwandlung der nördlichen Ostsee in ein ausschließlich russisches Meer bereits als ein Vorstadium dazu angesehen wird, die deutsche Machtstellung an den baltischen Küsten zu brechen. Auch daß niemand in England ein Wort über die Zertretung Finnlands durch die russische Politik findet, während z. B. Reformen zu gunsten der Polen und Juden Rußland ausdrücklich zur Pflicht gemacht werden, verrät den englischen Interessenstandpunkt in der Ostseefrage. Man will auf alle Fälle über die nördliche Ostsee und über Finnland einen sicheren Weg zwischen dem englischen und russischen Gebiet zur Verfügung haben, der in Friedens- und Kriegszeiten gleich unangreifbar sein soll. Aus diesem Grunde darf es für England, den berufenen und

Digitized by Google

unerbittlichen Vertreter der kleinen Nationen, keine Finnländer und keine finnländischen Rechte geben.

In der „Morning Post“ vom 1. Juli d. J. findet sich eine Unterredung zwischen dem Vizepräsidenten der russischen Duma, Herrn Protopopow, und einem Vertreter der Zeitung. Darin bemerkt Herr Protopopow unter anderem: „Sodann gab es da die Schlacht zwischen der britischen und deutschen Flotte in der Nordsee. Glauben Sie, daß mein lieber Admiral Beatty, den ich von ganzem Herzen verehre, entschlossen war, gegen überlegene Streitkräfte zu kämpfen. Er tat es nicht allein für sein eigenes Land, sondern auch um die deutschen Angriffspläne in der Ostsee zu vernichten.“ — „Das scheint wahrscheinlich!“ — bemerkte der Interviewer. „Es ist nicht nur wahrscheinlich“, sagte Herr Protopopow, „sondern es ist Tatsache, ich weiß es. Wenn die deutsche Flotte nicht im gegenwärtigen Augenblick durch Ihre Kanonen verkrüppelt wäre, so würde sie sich nicht so ruhig verhalten. Sie hätte etwas getan, um Rußland in der Ostsee Schaden zuzufügen. Das ist ein Weg, auf dem Sie gut zum Zusammenwirken unserer Kraftanstrengungen beigetragen haben.“

Der angedeutete Schaden, vor dem nach der Meinung des Herrn Protopopow und der „Morning Post“ die englische Flotte Rußland bewahrt hat, wäre nach der eigentlichen Meinung der Engländer noch viel mehr ein englischer, als ein russischen Schade geworden. Wir haben bereits vor einiger Zeit darauf hingewiesen, welch eine Furcht in England bestand, die deutsche Flotte könne eines Tages die Aufgabe erfüllen, den Vormarsch der deutschen Armee auf Petersburg von der Seeseite her zu decken. Diese Besorgnis steckt in Wahrheit hinter dem Interview der „Morning Post“; sie steckte schon mehr als zwei Monate vor der Skagerrak-Schlacht in einem Artikel der wohlinformierten „Nation“ vom 25. März, in dem es heißt, Riga werde den Deutschen eine Nuß, hart zu knacken sein, außer wenn es nicht nur vom Lande, sondern auch von der See her gefaßt werden könne, und jedenfalls werde die Vollendung des im September 1915 unvollendet gelassenen Versuches jetzt teurer zu stehen kommen, als früher, wegen der englischen Unterseeboote in der Ostsee.

Damals im März konnte man den russischen Freunden mit nichts Besserem als mit den Unterseebooten dienen. Im Juli hielt man sie, oder doch wenigstens die allgemeine Öffentlichkeit, für dumm genug, um

Digitized by Google

ihnen die Niederlage vor dem Skagerrak als eine Leistung Englands für die russische (lies: britische) Sicherheit darstellen zu können. Dabei kann sich die „Nation" die Bosheit nicht versagen, ihren Bemerkungen über Riga und die englischen Unterseeboote noch einige Worte über den Orient hinzuzufügen, nämlich, daß wenn die russische Diplomatie so gut gearbeitet hätte, wie die russische Strategie, die Türkei schon lange aus der Liste der gemeinsamen Feinde gestrichen wäre!

In dieser Wendung tritt wieder die augenblickliche Vorherrschaft der englischen „östlichen" Schule hervor. England kann es den Russen, von seinem Standpunkt aus gewiß mit dem größten Recht, nicht verzeihen, daß die russische Unersättlichkeit im entscheidenden Augenblick Rumänien verhinderte, sich offen mit seinem Heere auf die Seite der Entente zu stellen, bevor die Verbindung zwischen Mitteleuropa und dem Orient durch die serbische Niederlage und den Anschluß Bulgariens an die Verbündeten hergestellt war. Für diesen Standpunkt kann es folgerichtigerweise nicht entscheidend sein, ob im Westen etwas größere oder geringere Vorteile erreicht werden, ja er konnte sogar dann noch eine bloße Demonstration der englischen Millionenarmee im Westen befürworten, als den Franzosen vor Verdun schon der Atem auszugehen drohte.

Das, was die „östliche" Schule in England zu vertreten behauptet und vom englischen Interessenstandpunkt aus auch tatsächlich vertritt, ist die Beherrschung des im engeren Sinne militärischen Ziels durch das höhere, staatspolitische Ziel. Bringt man die englischen Deduktionen nach dieser Richtung hin auf eine uns bekannte Formel, so ist es das alte, oft zitierte Clausewitzsche Wort, daß der Krieg kein Ding an sich, sondern eine politische Aktion mit veränderten Mitteln ist. Die Engländer sagen sehr richtig, daß die Mittelmächte im Grunde schon gesiegt haben, indem es ihnen gelungen ist, die Verbindung mit dem Orient und damit den freien Zugang zu einer großen, das englische imperiale Monopol beeinträchtigenden Weltpolitik zu gewinnen. So angesehen, ist die englische Aufgabe heute die, diese Entscheidung noch einmal umzureißen. Der englische Imperialismus muß dagegen kapitulieren und Deutschland als gleichberechtigte politische Macht anerkennen, wenn es ihm mißlingt, unsere Brücke nach dem Orient zu zerstören. Dies ist das Leitmotiv der ganzen Garvinschen Rede, von der der Artikel Dr. Jäckhs im vorigen Heft nur einen kleinen Teil wiedergegeben hat.

Digitized by Google

Der Orient ist erstens an und für sich von entscheidender Wichtigkeit. Er ist aber — auch darin sind wir mit den Engländern ganz einig — zugleich ein Beispiel dafür, wie in den großen militärpolitischen Entscheidungen eines Koalitionskrieges der Staatszweck das oberste ist, und wie der staatsmännische Wille niemals das Heft aus der Hand geben soll. Es kann nie etwas Gutes herauskommen, wenn Politik und Strategie jede ihren eigenen Weg geht. Ebensowenig reicht es aus, daß staatsmännische Einsicht vorhanden ist, aber nicht den Willen findet, sich zielsetzend zur Geltung zu bringen. Die alten einfachen Verhältnisse früherer Kriege, bei denen es die rasche Niederwerfung eines Gegners und die unmittelbare Verwirklichung eines unzusammengesetzten Zieles galt, können heute nicht mehr zum Vergleich herangezogen werden. Kriegswille ist Staatswille und Kriegsziel ist Staatsziel; darum bedarf es zum Krieggewinnen letzten Endes noch mehr der festen Staatsmänner, als selbst der festen Generale.

Deutsche Friedensgedanken

Von Gustav Schmoller

Harzburg, Ende Juni

Fast zwei Jahre haben mich die Kriegssorgen an Berlin gefesselt. Jetzt mußte ich mal wieder frische Waldesluft atmen und schwelge nun in diesen herrlichen Harzer Waldspaziergängen und ihren Erinnerungen. Auf kleiner Höhe sieht man hinüber nach der alten sächsischen Kaiserstadt Goslar und von fast überall erblickt man die Ruinen der Harzburg. Da denkt man der Tage, da Friedrich Barbarossa diese Burg Heinrich dem Löwen überließ gegen die Burg Baden-Baden mit ihren hundert Rittern, um so das große einheitliche deutsche Königsgut, das damals große Teile Schwabens, des Elsaß, Burgunds und die Poebene umfaßte, abzurunden.

Aber jeder solche Gedanke an Deutschlands frühere Macht und Größe führt unwiderstehlich zurück in die Gegenwart, nach Verdun, an den Isonzo, zu den deutschen Truppen in den Ostseeprovinzen und auf dem Balkan. Man wird den Gedanken nicht los: was wird daraus? Wird der wahrscheinlich bald kommende Frieden uns wieder eine große Zukunft bringen und eine dauerndere als damals?

Der Friede muß ja bald kommen, weil Rußland ganz erschöpft ist, weil

Digitized by Google

Frankreichs Volkswohlstand halb vernichtet ist, weil Italien seinen Irrtum einzusehen beginnt, weil Großbritanniens Mittel auch nicht unerschöpflich sind, weil die Vereinigten Staaten den Frieden haben wollen, und zuletzt, weil Deutschland und Österreich-Ungarn zwar die Sieger sind, aber auf jeden Frieden einzugehen bereit sind, der dem bisherigen Kriegsresultat entspricht.

Das wollen aber die Vierverbandsmächte nicht: sie wollen den Frieden, aber nur um den Preis einer Demütigung des Siegers. Sie faseln davon, sie hätten größere Flächen deutschen Koloniallandes besetzt, als die Verbündeten an französischen, belgischen, russischen, serbischen Gebieten. Daher seien sie die Sieger. Von solchen Wahnvorstellungen werden sie lassen müssen. Sie werden es aber erst nach weiteren Niederlagen tun, nach weiterer Verschärfung ihrer schlechten wirtschaftlichen inneren Lage.

Die Zentralmächte können ihnen den Entschluß zum Frieden erleichtern, wenn sie in ihren Siegesansprüchen gemäßigt auftreten. Das ist aber leichter gesagt als getan. Eine deutsche Regierung, welche auf jede Machterweiterung und jede Kontribution verzichtete, grübe sich selbst ihr Grab. Das deutsche Volksgefühl würde sich nach so großen Blutsopfern und so großen Siegen wie ein Mann dagegen erheben.

Die große Frage ist, wo liegt der Punkt zwischen unverantwortlicher Schwäche und Friedensliebe und der weitsichtigen Klugheit, die trotz unserer Siege uns Mäßigung aus Rücksicht auf die Zukunft auferlegt? Die Stimmen in Deutschland zerfallen in drei Gruppen. Das Siegesgefühl, die patriotische Begeisterung und das wirtschaftliche Interesse verlangen in begreiflicher Gemütserregung einen möglichst großen Siegespreis. Eine fast überschlaue, in die Zukunft blickende Mäßigung will sich fast mit dem Status quo ante beruhigen. Die Mehrzahl der vernünftigen Leute, einschließlich der Regierung, hält die Mitte zwischen den beiden Extremen. Ich persönlich war in den ersten Kriegsmonaten, vor unseren großen Siegen, geneigt, mich der zweiten Gruppe zu nähern; heute schließe ich mich auf Grund unserer Erfolge der letztgenannten an.

Als die preußischen Truppen 1866 vor Wien und bei Frankfurt standen, wollte König Wilhelm das deutsche Nordböhmen und die althohenzollerischen Lande Ansbach-Bayreuth haben. Bismarck wußte ihm klarzumachen, daß beide Forderungen wegen ihrer Wirkung auf die Zukunft

Digitized by Google

falsch wären. Als die Preußen 1870 Paris erreicht hatten, verlangte ganz Deutschland die Rückgabe Elsaß-Lothringens. Bismarck war wegen des künftigen Krieges dagegen; die Generale verlangten es aus militärischen Gründen. Und ich glaube heute, daß sie recht hatten, obwohl ich damals Bismarcks Standpunkt teilte. Friedrich den Großen haben die Rücksichten auf einen etwaigen zweiten und dritten schlesischen Krieg nicht vom Erwerb Schlesiens nach dem ersten abgehalten: auf dem Wege zur Großmacht mußte Preußen Schlesien erwerben, während Österreich mit und ohne Schlesien damals so ziemlich die gleiche Großmacht blieb.

So müssen heute England und Rußland, Frankreich und Italien Konzessionen machen, die ihnen natürlich nicht leicht werden, die sie aber hinnehmen müssen als die natürliche Folge ihrer falschen Politik, ihrer Unkenntnis über Deutschlands und Österreich-Ungarns Macht- und Hilfsmittel. Alle Vierverbandsmächte besaßen und duldeten Regierungen, die ihrer Aufgabe nicht gewachsen waren. Das englische Kabinett handelte unter der Diktatur der Northcliffeschen Sensationspresse, unter der Leitung eines Premiers, der die Technik des Parlaments beherrscht, aber sonst kein großer Politiker ist. Frankreich stand nicht sowohl unter der Herrschaft der Demokratie, sondern unter der einer ehrgeizigen Pariser Advokatenklique. Rußland war beherrscht von einer chauvinistischen slawophilen Hetze und einer korrupten Bureaukratie. Italien ließ sich berauschen von einem halbverrückten liederlichen Dichterling. Die Völker müssen immer die Zeche bezahlen, wenn sie unfähige Regierungen haben und dulden. Es ist zur Zeit der Niederlage ein ehrenhaftes Volksgefühl, auch die unfähige Regierung nicht ohne weiteres im Stich zu lassen. Aber es nützt nichts. Besiegte Regierungen müssen sich soweit umbilden, daß der Friede möglich wird.

Aber auch die Sieger müssen, um ihre Völker nicht zu sehr zu erschöpfen, von ihren Hoffnungen und Wünschen dies und jenes zurückstellen. Man muß nicht zu viel auf einmal wollen. Und ich glaube, dem ruhigen deutschen Volkscharakter wird das möglich werden. Wir werden unsere Forderungen nicht überspannen.

Mögen extreme Sozialdemokraten darauf hinweisen, wie recht ihre Partei habe, alle Kriege und allen Kolonialerwerb aus der Habgier der Kapitalisten zu erklären. Daß solchen Motiven ein großer Teil der eng-

Digitized by Google

lischen Kriege und Kolonialerwerbungen entsprungen ist, entspricht der Wahrheit. Aber in Deutschland waren bisher die Kapitalsinteressen nie ausschlaggebend für Krieg und Friedensschlüsse und werden es auch künftig nicht sein. Wir haben Regierungen, die über den Klasseninteressen stehen, und werden solche behalten. Das sieht auch die Mehrheit der deutschen Sozialdemokratie heute ein und hat dementsprechend gehandelt, hat damit ebenso ihren politischen Verstand wie ihren Patriotismus gezeigt.

Bei allen Land- und Gebietsfragen müssen unsere Gegner sich klar machen, daß sie diese oder jene Abtretung wahrscheinlich leichter ertragen werden, als übergroße Kontribution, die wir sonst fordern müßten. Rußland wird solche zu zahlen ganz unfähig sein, auch Italien und Frankreich werden sie zu schwer fallen. Und England wird lieber ein Stück belgischen Kongos opfern, als zahlen. Ich denke, es wird auch Calais behalten, unter dem Vorwand der Opfer, die es für Frankreich gebracht habe.

Im übrigen ist von all derartigem eingehender zu reden heute noch nicht die Zeit. Wir können nur im allgemeinen sagen: den Siegern Bedingungen von Besiegten aufzuerlegen, ist ein lächerlicher Gedanke. Die Hoffnung, jetzt noch aus den heutigen Siegern Besiegte zu machen, ist ein utopischer Wahn, den man in Petersburg und Rom wohl auch schon aufgegeben hat, den man aber auch in Paris und London bald begraben wird. Eine solche Hoffnung zu begründen auf die wirtschaftliche Erschöpfung Deutschlands beruht auf der Unkenntnis unserer Gegner und der Absicht, unsere Vorräte geringer darzustellen, als sie sind. Wohl leiden auch wir heute unter manchen Einschränkungen in der Ernährung; aber viel weniger als die Engländer. Professor Levy veröffentlicht immer wieder nach der „Times" die Preise von Getreide, Brot, Fleisch und zeigt, wie viel teurer es in England ist. Und die große Ernte, die für 1916 zu erwarten ist, wird unsere Entbehrungen noch wesentlich einschränken.

Der Hunger wird uns so wenig niederzwingen, wie die Waffen unserer Feinde. Das ganze deutsche Volk ist heute wie 1914 von Siegesgewißheit erfüllt, wie sie uns unser gutes Gewissen und unsere gute Vorbereitung auf den uns drohenden Krieg gab. Und die Besten unseres

Digitized by Google

Volkes empfinden den Krieg und seine Folgen zugleich als ein moralisch-politisches Verjüngungsbad, als eine Veranlassung zu innerer Parteiversöhnung und zur Ausbildung noch vollkommenerer sozialer Einrichtungen. Diese Gewißheit gibt uns auch die Zuversicht, daß wir die gewiß kommenden Schwierigkeiten nach dem Frieden auch überwinden werden.

Sie werden freilich nicht gering sein. Eine große Kapitalvernichtung bedeutet jeder so große Krieg, eine um so größere, je länger er dauert. Große, weitere Steuererhöhungen werden wir mit dem Frieden erhalten. Alle unsere Handelsbeziehungen bald so wieder herzustellen, wie sie vor dem Kriege waren, wird nicht möglich sein. Neue Absatzwege und Bezugsquellen an Stelle der verschlossenen zu gewinnen wird nicht in ganz kurzer Zeit gelingen. Es droht in allen am Kriege beteiligten Staaten eine kürzere oder längere Epoche des Unbehagens, der Stockung. Hoffentlich nicht so stark wie einst 1814 bis 1840; aber sofort wird die wirtschaftliche Blüte, die wir 1890 bis 1914 hatten, auch in Deutschland nicht wiederkehren. Immerhin werden wir uns viel rascher erholen als Rußland, Frankreich und Italien. Ob es England leichter gelinge, lassen wir dahingestellt.

Viel wird für uns davon abhängen, wie rasch und wie gut die Handelsannäherung an Österreich-Ungarn gelingt, wie die Handelsverträge mit der Türkei und den Balkanstaaten ausfallen, auf welchen Standpunkt der Handelspolitik wir mit den europäischen Staaten, mit Nord- und Südamerika kommen.

Es ist wohl denkbar, daß wie bisher schon öfter nach Zeiten erheblicher Stockung die Schutzzolltendenzen überhaupt eine erhebliche Verstärkung erhalten. Es ist denkbar, daß die Chamberlainschen Pläne des Greater Britain jetzt gelingen, daß Großbritannien mit seinen Kolonien sich gegen uns abschließt. Von den jetzigen Bemühungen unserer Feinde, auch für die Zukunft unseren Handel in den jetzt feindlichen Staaten je für sich oder gemeinsam zu untergraben, wird gewiß viel mißlingen. Aber manche Störung wird kommen, und wie lange sie währen wird, ist heute schwer zu sagen.

Ein sachkundiger Balte, Professor Haller (Tübingen), hat am 27. Mai im „Hamburger Korrespondent" die jetzige Wühlarbeit der Engländer gegen unseren künftigen Absatz in Rußland sehr gut dargestellt.

Digitized by Google

Wir können im ganzen doch sicher sein: alle Weigerung billiger Handelsverträge, alle Handelsbündnisse gegen uns werden in kurzer Zeit daran scheitern, daß Deutschland ein sehr zahlungsfähiger, guter Abnehmer für englische, russische, italienische Ware ist, und daß unsere Industriewaren dank ihrer Güte, ihrer Preiswürdigkeit immer wieder großen Absatz irgendwo draußen finden werden. Und soweit unsere Feinde uns das Geschäft zu hindern versuchen und es ihnen gelingt, haben wir immer die gleiche Waffe gegen sie, können wir und unsere Alliierten sie von unseren Märkten aussperren, und es fragt sich dann, wer mehr Schaden hat.

Auch eine große Schutzzollwelle, wie sie 1815 bis 1860, 1875 bis 1890 über die Kulturstaaten wegging, wird heute viel rascher ihr Ende finden als früher; sie will gegen die Natur der Dinge eine internationale Teilung der Arbeit vernichten, wie sie von 1860 bis 1914 sich zum Segen der Menschheit entwickelte.

Ich halte es für sehr wahrscheinlich, daß die Allianz unserer Feinde bald in einem großen Katzenjammer, in den stärksten gegenseitigen Vorwürfen endigen wird und daß schon deshalb deutschfeindliche handelspolitische Verabredungen derselben scheitern werden.

Unsere Feinde werden dabei einsehen, daß die Fortsetzung des Wirtschaftskrieges im Frieden falsch wäre; sie werden diese Versuche nicht bloß aufgeben, sondern ihre ganze innere und äußere Politik neu orientieren müssen. Rußland wird einsehen lernen, daß es auf ein bis zwei Menschenalter auf Eroberung verzichten, daß es der inneren Reform sich widmen muß. Und dazu braucht es den Absatz nach Deutschland. Italien beginnt schon jetzt einzusehen, daß es ohne unser Kapital, ohne den Handel mit uns nicht auskommt. Frankreich wird durch den wahrscheinlichen russischen Staatsbankerott einsehen lernen, wie falsch es handelte; es wird ihm klar werden, daß es sich ruiniert hat, indem es sich zum Soldaten Englands verkaufte. Und Großbritannien ist realpolitisch viel zu klug, um nicht bald einzusehen, es fahre besser mit uns, als gegen uns. Es braucht nur ein mäßiges Stück seiner Weltherrschaftspläne aufzugeben, dann kann es in Frieden und Harmonie mit Deutschland und Österreich-Ungarn weiter gedeihen und blühen. Vielleicht fängt die jüngere englische Generation, durch den Krieg belehrt, an, endlich Zentraleuropa genügend kennen zu lernen und so einzusehen, daß die Erde Platz für Deutschland, Österreich-Ungarn und Großbritannien hat.

Digitized by Google

Lernt es das nicht einzusehen, so wird allerdings der Kampf von heute nach ein oder zwei Generationen verstärkt wiederkehren. Man könnte ihn überhaupt mit dem zwischen Rom und Karthago vergleichen. Wir wären jetzt am Ende des zweiten Punischen Krieges. England hat die Wahl, unser Emporkommen zu dulden oder nicht. Tut es letzteres, so wird auch in Deutschland der Cato kommen, der jede Rede mit den Worten schließt: Ceterum censeo Carthaginem esse delendam. Und Deutschland wird dann die Männer haben und die Kräfte, diese Drohung wahr zu machen.

Politisches Leben in Deutschösterreich

Von Prof. Dr. Robert Sieger, Graz

Vor dem Krieg hatten wir Deutschösterreicher manchen Grund, uns über die Haltung zu beklagen, die weite Kreise unserer Volksgenossen im Deutschen Reich uns gegenüber einnahmen. Da die deutsche Weltpolitik durchaus im wirtschaftlichen und nicht im nationalen Zeichen stand, fehlte es vielen an der Erkenntnis, welchen Wert die Weltstellung des Deutschtums und die Stellung der Deutschen in allen Ländern auch für die Geltung des Reiches in der Welt besitzt. Die geschlossen wohnenden Deutschen Österreichs beanspruchten Verständnis für ihre nationale Bedeutung und für ihre Stellung als Träger des österreichischen Staatsgedankens, der seine Kraft im Kriege erwiesen hat, dessen Zerstörung dem Deutschen Reich verhängnisvolle Folgen gebracht hätte. Dem rein staatlichen Denken der Reichsbürger war, wie oft betont wurde, die eine so unklar wie die andere. Die Unlust, diesen Problemen näher zu treten, brachte Werke, wie Dumreichers Südostdeutsche Betrachtungen (1893) und Samassas Völkerstreit im Habsburgerstaat (1910) um die Wirkung, die diese meisterhaften Darstellungen auf jeden Leser üben mußten. Sie wurden und werden eben nicht gelesen, obwohl sie dies heute genau so verdienen, wie zur Zeit ihres Erscheinens.

In der Kriegszeit wurde es zunächst anders. Im Maiheft 1915 der „Geographischen Zeitschrift" ist davon die Rede, daß ein „Heißhunger" nach Einsicht in die Verhältnisse Österreich-Ungarns ausgebrochen sei, mit denen man bisher „so schlecht vertraut" war. Aufklärende Schriften über Deutschösterreich, wie die von Jesser, Ullmann und mir fanden gute

Digitized by Google

Aufnahme und wachsendes Verständnis. Seit einiger Zeit aber ist es wieder anders. Man darf Deutschösterreich nicht in seinen alten Pessimismus, der politische Untätigkeit zur Folge hätte, zurücktreiben. Den Gewinn davon hätte nicht das Deutsche Reich.

Sind aber jene Vorwürfe berechtigt? Um das ohne Empfindlichkeit zu erörtern, ist es am besten, die Ursachen klarzulegen.

Eine Ursache erblicke ich in dem Streit um den wirtschaftlichen Zusammenschluß Mitteleuropas. Die von Naumann am beredtesten vertretenen Ideen werden beiderseits der Grenze von sachlichen und von anderen Gesichtspunkten aus gleich lebhaft umstritten. Von mancher reichsdeutschen Seite wird den Österreichern sogar die größere Vertiefung die reichlichere Heranziehung und eingehendere Kritik der sachlichen Argumente zugebilligt. Aber es ist unverkennbar, daß die Beurteilung im Reiche viel ausschließlicher von wirtschaftlichen Gesichtspunkten aus erfolgt, während in Deutschösterreich neben die wissenschaftliche und wirtschaftspolitische Betrachtung eine wahre Volksbewegung getreten ist, welche den Erwägungen unserer Volkswirte und Politiker einen breiten Resonanzboden sichert. Und diese Bewegung ist von weltpolitischen und nationalen Motiven geleitet. Ihr handelt es sich um das Eintreten in ein größeres wirtschafts- und weltpolitisches Ganze, um eine Befruchtung unseres wirtschaftlichen, sozialen, politischen, ja sittlichen Lebens durch den „deutschen Geist" strenger Zielbewußtheit, weitblickender Zielsetzung und unbedingter Pflichterfüllung (den wir gern uns selbst in allzugroßem, ungerechtem Maße absprechen und damit unseren Verleumdern eine Waffe in die Hand geben), aber auch durch die wirtschaftlichen und moralischen Kräfte des Nachbarreichs; ihr handelt es sich um den Anstoß zu mancher längst als nötig empfundenen Reform, um die Abkehr von alteingelebten Krähwinkeleien u. a. m. Ihr handelt es sich aber auch — und vor allem — um den Eintritt in eine enge nationale Arbeitsgemeinschaft mit unseren Stammesgenossen, um eine Verinnigung der Kulturgemeinschaft durch die Anähnlichung der Lebens- und Wirtschaftsformen usw., kurz gesagt um die Entwicklung der Nation. Es gibt kein deutschösterreichisches Parteiprogramm von heute, an dessen Spitze nicht die engste Ausgestaltung der Gemeinschaft mit dem Deutschen Reich stünde — das gilt von der aus dem rechten Flügel der Christlichsozialen stam-

Digitized by Google

menden Denkschrift „Österreich-Ungarns Schicksalsstunde", 1915, ebenso wie von den Anschauungen des sozialdemokratischen Führers Renner, der Mitteleuropa als einen Schritt zur Verwirklichung des Weltstaates ansieht. Nur eine Gruppe sozialistischer Ultras steht abseits. Die Gegner der wirtschaftlichen Verbindung, selbst so mächtige, wie Schwerindustrie und Großagrarier, müssen dieser Volksstimmung Rechnung tragen, indem sie ihre Einwände wesentlich auf Art und Maß der „Annäherung" konzentrieren. Im Deutschen Reich findet diese Volksbewegung geteilte Aufnahme. Ihr nationaler Zug befremdet manchen von jenen, die auf dem Boden der „Staatsnation" stehen und die politische Grenze für wesentlicher ansehen, als die kulturelle Gemeinschaft. Ängstliche Seelen fürchten eine Trübung des Verhältnisses zwischen den beiden — genauer: den drei — Staaten oder ihren Regierungen. Aber auch national empfindende Männer schütteln den Kopf darüber, daß eine vorwiegend wirtschaftliche, mit dem Rechenstift zu lösende Frage Gegenstand gefühlsmäßiger nationaler Beurteilung werden kann. Es ist ihnen damit ein Beweis dafür gegeben, daß wir immer Gefühlspolitiker waren und seit der Zeit, da sich Bismarck darüber geärgert hat, nichts zugelernt haben. Mißtrauische und Geschäftspolitiker sehen in der allgemeinen Begeisterung der österreichischen Deutschen für „Mitteleuropa" den Beweis dafür, daß Österreich bei dem Zusammenschluß offensichtliche große Vorteile erziele und warnen umsomehr vor ihm als einer Benachteiligung Deutschlands. Die Gegner des „mitteleuropäischen Gedankens" kann die Wucht, mit der er in Österreich auftritt, nicht erfreuen. Wie immer man in der Sache selbst denken mag, ein gewisser Gegensatz tritt zutage. Wir wollen ihn feststellen. Im übrigen sei mir nur erlaubt, meine Meinung dahin auszudrücken, daß der wirtschaftliche Gewinn Österreichs aus dem Zusammenschluß (bei dem Ungarn sich mit gesundem Egoismus zur Geltung zu bringen strebt) nicht so sicher ist — wenigstens für die erste Zeit — wie der politische und moralische, den es aus der Zugehörigkeit zu einer politischen und wirtschaftlichen Weltmacht ziehen müßte. Eine Weltmacht aber muß der Bund werden, wenn er den älteren Weltmächten die Wage halten soll. Die Entstehung einer solchen starken Macht, in der die gesamte kulturelle und wirtschaftliche Kraft des Deutschtums — bei aller staatsrechtlichen Selbständigkeit der Verbündeten — sich voll und einig

Digitized by Google

ausdrücken kann, ist aber auch vom nationalen Standpunkt aus ein erstrebenswertes Ideal. Man darf also auch nicht ohne weiters jene als wirklichkeitsfremde Träumer verurteilen, welche dieses Ideal höher veranschlagen, als rein wirtschaftliche Probleme. Erfreulicherweise fehlt es auch im Reiche nicht an solchen, welche dieser politisch-nationalen Auffassung der „mitteleuropäischen Frage" Verständnis und Sympathie entgegenbringen.

Für tiefergreifend halte ich rein politische Umstände. Vor allem den Eindruck, den unser innerpolitisches Verhalten im Reiche vielfach hervorruft. Insbesondere in drei Richtungen: es entsteht der Anschein von selbstzufriedenem Optimismus; man vermißt offensichtliche politische Taten; man hört von Parteibildungen und Gruppierungen, die leicht als politische Zerklüftung und Zerfahrenheit erscheinen. Diese Eindrücke hängen miteinander zusammen, gleichwohl muß ich sie gesondert erörtern, da sich an jeden von ihnen andersgeartete Gedankengänge knüpfen. Sämtliche aber sind geeignet, die Deutschösterreicher neben den rücksichtslosen klugen Politikern jenseits der Leitha und den vielgewandten Slawen als politisch minderbefähigt erscheinen zu lassen. Ich glaube aber, eine genauere Kenntnis der Tatsachen vermag sie in hohem Maße zu entkräften.

Die Vorstellung, daß der Krieg mit einem Male alle inneren Streitfragen Österreichs gelöst habe, daß die einmütige Abwehr, in der sich der Großteil aller Völker zusammenfand, auch ihre Gegensätze und die Verschiedenheit ihrer Bestrebungen beseitigt habe, daß Deutsche und Nichtdeutsche sich dauernd zusammenfinden in der Anerkennung der deutschen Führerstellung und in einer Zurückstellung der das Staatsleben erschwerenden Ansprüche der nichtdeutschen Völker oder aber in einer einverständlichen Durchführung idealer „Gleichberechtigung" und dergleichen, erscheint mir wesentlich außerhalb Österreichs in Kreisen erwachsen, welche die notwendigen Reibungen der Völker und die in den letzten Jahren ins Uferlose gewachsenen Ansprüche gewisser nationaler Parteien nicht kennen. Aber es fehlt auch in Österreich nicht an solchen, welche diese Tatsachen nicht sehen oder nicht sehen wollen oder meinen, es sei Kennzeichen eines höheren Patriotismus, sie nicht zu sehen. So hat Hermann Bahr das Schlagwort vom „österreichischen Wunder" ausgegeben und die Entdeckung gemacht, daß Deutsche und Tschechen in Böhmen sich vor allem als Böhmen, erst in zweiter Linie als Deutsche oder Tschechen fühlen.

Digitized by Google

Andere haben in dem internationalen Staat, wie ihn Österreich darstellt, im Gegensatz zu der vorher herrschenden Vorstellungsweise die Idealform eines Staats erblickt, sie haben die kulturelle Überlegenheit des Nationalitätenstaats über den Nationalstaat gepredigt und die letzte Vergangenheit so vollkommen vergessen, daß sie in Österreich nicht nur eine zu einem vorbildlichen Nationalitätenrecht führende Entwicklung erblicken, sondern geradezu die Grundlagen eines solchen Rechts schon gelegt sehen. Ich habe mich mit dieser „Jubiläumsliteratur" mehrfach auseinander zu setzen gehabt, deren kühnste Vertreter geradezu meinen, der Krieg habe erwiesen, daß alles Alte in Österreich gut sei und also alles beim Alten bleiben müsse. Meine eigenen Darlegungen in der Schrift „Die geographischen Grundlagen der österreichisch-ungarischen Monarchie und ihrer Außenpolitik" sind mehrfach als Argument dafür herangezogen worden, daß diese Grundlagen zwingende, gleichsam ewige Notwendigkeiten darstellen, die durch keinerlei politische Fehler zu erschüttern seien. Ich war genötigt, dem gegenüber das Relative aller geographischen Bedingtheit zu betonen und die Warnung vor einer Politik, welche den Lehren der geographischen Verhältnisse und der geschichtlichen Entwicklung, also den Lebensbedingungen des Staates nicht genugsam Rechnung trüge, in größerer Schärfe auszusprechen. Das ist vornehmlich in meiner Studie über den österreichischen Staatsgedanken und das deutsche Volk in der Zeitschrift für Politik 1916 geschehen. Die Zustimmung, die mir aus vielen Kreisen deutschösterreichischer Politiker zuteil geworden ist, berechtigt mich zu dem Urteil, daß Hermann Bahr und Genossen nicht im Namen unseres Volkes sprechen; wenn auch eine unumwundene Kritik dieses Schöngeistes zurzeit auf äußere Schwierigkeiten stößt, hat doch sogar ein deutscher Sozialdemokrat, E. Pernerstorfer, gegen ihn in erfreulicher Weise Stellung genommen. Von den wenigen Internationalisten und Pazifisten abgesehen, die in Bahrschen Optimismus versinken, hegen wir Deutschösterreicher nicht die Meinung, daß die nationalen Kämpfe zu Ende seien — die obengenannte christlichsoziale Denkschrift erwartet sogar, daß sie in verstärktem Maße ausbrechen werden — und nach wie vor fühlen wir uns berufen, unsere Nation und den Staatsgedanken gegen alle Angriffe zu verteidigen. Wohl erhoffen wir, daß der Krieg innerhalb aller Völker die Erkenntnis verbreitet hat, daß sie dem Staat „Lebensraum und

Digitized by Google

Sprache" zugestehen müssen, wohl erhoffen wir eine Milderung der Kampfformen und eine Veredelung der Kampfweise und kommen ehrlichen Verständigungsversuchen rückhaltlos entgegen. Aber wir wissen, daß wir auch weiterhin unseren nationalen Bestand gegen mechanische Gleichberechtigungsformeln zu verteidigen haben werden, durch welche das Gleichgewicht im Staate zu ungunsten seines größten und leistungsfähigsten, aber auch opferfreudigsten Volks gestört werden müßte. So dürfen wir den Vorwurf blinden Optimismus getrost von uns abweisen.

„Aber", hält man uns vielfach entgegen, „wir sehen nichts von euren Taten. Nicht einmal öffentliche Nationalprogramme sind erschienen, wie sie z. B. von den Polen vorliegen." Wer so spricht, verkennt denn doch die öffentliche Lage, wie sie seit Kriegsbeginn besteht. Die Vorstellung, daß die führende Stellung in Österreich in deutscher Hand ruhe, ist jetzt wohl auch in Deutschland nicht mehr häufig. „Die Regierung versagt sich mit peinlicher Zurückhaltung jede Äußerung über innerpolitische Fragen; ein Parlament besteht nicht und Abgeordnete und Parteien beraten bei geschlossenen Türen." So schrieb ich im Januar 1916[1] und weiter: „Von der Wiener „großen Presse" ist tieferes Verständnis für viele große Probleme heute ebensowenig zu erwarten, wie vor dem Kriege . . . Die Zensur von heute und die Rücksicht auf den inneren Frieden setzen auch der neuerwachsenen politischen Broschürenliteratur bestimmte Grenzen. Es bleiben also als Vertreter für die Stimmungen und Hoffnungen Deutschösterreichs in wichtigen Augenblicken wesentlich nur die großen wirtschaftlichen Verbände und die Männer der Wissenschaft übrig." Wer das bezweifelt, der mag einen Blick in dasjenige Organ werfen, das heute vielleicht der vornehmste Vertreter unseres Volkes genannt werden darf, die Prager Monatsschrift „Deutsche Arbeit", oder etwa in eines der Provinz- und kleineren Wiener Blätter, die nicht als international bezeichnet werden müssen. Er wird nicht gewahren, daß die öffentliche Erörterung nationalpolitischer Probleme einen weiten Spielraum genießt. Bedenken wir ferner, daß manche der eben genannten Zeitungen wesentlich parteipolitische Ziele verfolgen, daß Körperschaften, wie die wirtschaftlichen Verbände und die Hochschullehrer, nur ausnahmsweise und zu den allerwichtigsten Fragen kurze Erklärungen

[1] Grazer Tagespost 28. Januar, abgedruckt in meiner Sammlung „Aus der Kriegszeit für Friedenstage" Graz 1916, S. 111.

Digitized by Google

abgeben können, betrachten wir endlich die politischen Vereine, deren Kundgebungen nur teilweise veröffentlicht werden konnten, so kann es uns nicht wundern, daß die politische Arbeit Deutschösterreichs sich in geschlossenen, oft kleinen Kreisen und in vertraulichen, „als Manuskript gedruckten" und immer wieder nach Beratung mit neu hinzutretenden Gruppen umgearbeiteten Denkschriften und Programmen vollzieht. In diesen ist sie aber sehr rege und einiges davon ist auch veröffentlicht worden. Eine besondere Stellung nehmen auf der einen Seite die deutschen Sozialdemokraten, deren Programm Karl Renners Schrift „Österreichs Erneuerung" mit beachtenswerten Ausführungen über die Art der Verwaltungsreform bringt, und ihnen nahestehende Gruppen ein, die etwa in der Schrift des Abgeordneten Zenker „Die nationale Organisation Österreichs" zu Worte kommen. Sie vertreten den bekannten Rennerschen Gedanken der „nationalen Autonomie" auf Grund des „Personalitätsprinzips", d. h. die Gliederung des Staats in nationale Körper. Auf der andern Seite steht die (von mir in der Zeitschrift für Politik 1916, 575 ff., eingehend besprochene) Denkschrift „Österreich-Ungarns Schicksalsstunde" insofern abseits, als ihre Verfasser im Sinne der katholisch-slawischen Staatsidee die nationalen Forderungen der Deutschen und das auch von Zenker anerkannte Bedürfnis des Staates nach einer Amtssprache (andere nennen es Staats-, Verkehrs-, Vermittlungssprache) gleichmäßig außer Erörterung lassen[1]. Wie schon erwähnt, stimmt sie mit Renner in der Betonung des innigen Anschlusses ans Deutsche Reich überein, ja geht in dieser besonders weit. Mit den Kundgebungen von nationaler Seite hat sie auch die Stellung zum Dualismus gemein, der als gegebene Grundlage der weiteren Entwicklung anerkannt wird. Die Sozialdemokraten, die eine verhältnismäßig große Redefrei-

[1] Auf die internationalistischen Strömungen, wie sie z. B. in der neuen Zeitschrift „Das neue Österreich" ihre Vertretung finden, kann ich nicht eingehen. Ihr Katholizismus ist echt, ihr Deutschtum, geflissentlich betont, erschöpft sich in Entgegenkommen gegen die Nichtdeutschen. Da diese Anschauung einflußreiche und geldkräftige Anhänger umfaßt, tritt sie in der Literatur stärker hervor, als ihrer Einwurzelung entspricht. Auf nationaler Seite ist neben der „Deutschen Arbeit" noch die Zeitschrift „Deutsch-Österreich" zu nennen; die „Österreichische Rundschau" ist politisch und national neutral. Dazu kommen noch einige sozialdemokratische Zeitschriften. Wie die meisten Broschüren, erscheinen also auch die meisten Zeitschriftaufsätze von Deutschösterreichern über österreichische Probleme im Deutschen Reiche.

Digitized by Google

heit genießen, verhalten sich ihm gegenüber zurückhaltender. Aus dem Kreise der nationalen Parteien ist die Schrift von Munin, Österreich nach dem Kriege, veröffentlicht worden, die den Anschauungen des Abgeordneten Iro, also einer radikalnationalen Gruppe entspricht; anderseits kann ich — um nur umfassendere selbständige Arbeiten zu nennen — meine Studie über den Staatsgedanken als Ausdruck der Anschauungen eines großen Kreises bürgerlicher freigesinnter Deutschösterreicher bezeichnen. Nicht veröffentlicht ist dagegen eine wertvolle „Denkschrift aus Deutschösterreich", von der auch hier und da in Zeitschriftartikeln Notiz genommen wird, und die praktisch wichtigste Kundgebung, die als „Österprogramm" bezeichneten „Forderungen der Deutschen Österreichs zur Neuordnung nach dem Kriege", denen in einer früheren Fassung der Entwurf eines sorgsam ausgearbeiteten Sprachengesetzes beilag. Sie sind das Ergebnis von Beratungen eines Wiener Kreises auf der einen, der Deutschen Volksräte der einzelnen Kronländer auf der andern Seite; während sich der Deutsche Nationalverband des Abgeordnetenhauses nicht ausdrücklich anschloß, weil er selbst schon „Grundsätze" aufgestellt hatte, wurden von der Deutschradikalen Vereinigung und dem ihr verbundenen Deutschnationalen Verein die „Forderungen" nach einer neuerlichen äußeren Umgestaltung angenommen und namentlich durch die 1916 sehr rege gewordene Versammlungstätigkeit dieser Partei weithin verbreitet. Eine große Zahl von Vereinen, Landes- und Reichsparteivertretungen schloß sich dem „Österprogramm" grundsätzlich an, wenn auch (wie bei dessen Umfang nicht anders zu erwarten) gelegentlich bei einzelnen Punkten Vorbehalte gemacht und Ergänzungen gewünscht wurden. Während diese Forderungen, deren staatspolitischen und nationalen Inhalt zu besprechen hier der Raum nicht erlaubt (sie beschränken sich nicht auf Sprachenfragen, bleiben aber durchaus auf national-politischem Gebiet) große Teile des deutschen Volks um sich scharten, teilte im März 1916 der Nationalverband einem weiteren, aber doch geschlossenen Kreise die von ihm im Frühjahr 1915 der Regierung unterbreiteten Forderungen und die im September von ihm mit der Christlichsozialen Partei getroffenen, ein Minimalprogramm umfassenden Vereinbarungen im Wortlaute mit. Abgesehen von der Stellung zur Länderautonomie in diesem letzteren,

Digitized by Google

die zu mannigfachen Erörterungen geführt hat und deren praktische Bedeutung umstritten ist, kann man sagen, die Grundforderungen aller dieser Programme stimmen überein. Nicht in Widerspruch zu ihnen steht endlich das Programm, auf Grund dessen sich Frühjahr 1916 eine Deutsche Arbeitspartei zu bilden begann, welche die einzelnen freiheitlich-bürgerlichen Parteien in ihrem Lager sammeln und darüber hinaus eine Verbindung weiterer Art mit den katholisch-konservativen, christlich-sozialen und sozialdemokratischen Deutschen Österreichs herstellen will. Sie versucht dies auf Grund eines in erster Linie staatlichen und eines sehr ins einzelne gehenden wirtschaftlichen Programms. Was sie vom staatlichen Gesichtspunkt verlangt, wird zum großen Teil von den Volksräten aus nationalen Gründen gefordert, wie denn überhaupt alle deutschen Gruppen ihre unbedingte Staatstreue in den Vordergrund stellen. Ich habe die communis opinio des deutschösterreichischen Volkes in die Formel: „staatstreu, volkstreu, kaisertreu, kulturtreu" zu fassen gesucht[1].

So ist an politischer Arbeit in Deutschösterreich weit mehr geleistet worden, als es nach außen den Anschein hat. Auf eine öffentliche Stellungnahme zur Außenpolitik mußten wir freilich verzichten und die Welt konnte aus Österreich nur gelegentliche Kundgebungen des Präsidenten des Abgeordnetenhauses, des deutsch-nationalen Abgeordneten Dr. Sylvester verzeichnen, der dafür allen Dank verdient, daß er auf diese Art eine bescheidene Verbindung mit den Parlamenten unserer Bundesgenossen aufrecht erhielt. Das ist nicht gering zu achten, wenn man bedenkt, welches Echo nicht nur in der Türkei oder in Bulgarien, sondern auch im Deutschen Reich jede magyarische Sympathiekundgebung findet. Unsere Stellung zu Ungarn gründlich zu besprechen, findet sich vollends in der Öffentlichkeit kaum eine Gelegenheit. Immerhin haben deutschösterreichische und ungarische Parlamentarier vielfach mit einander Fühlung genommen. Das alles muß bedacht werden, wenn man den Deutschen Österreichs ihre angebliche Stummheit zum Vorwurf macht. Und auch das muß hervorgehoben werden, daß sie ihre Anschauungen der Regierung wiederholt zur Kenntnis gebracht haben.

„Aber", höre ich wieder den Einwand, „ihr seid ja gar nicht so stumm. Alle eure Blätter widerhallen und alle eure Broschüren von dem Ruf nach

[1] Aus der Kriegszeit für Friedenstage 1916, S. 130.

Digitized by Google

Einigkeit und von dem Streit darüber, wie und auf welcher Basis ihr euch einigen sollt!" Dieser dritte und schlimmste Vorwurf scheint auf den ersten Blick sehr berechtigt. Er scheint es aber nur. Den Parteilosen den rein nationalen Organisationen, den Nichtpolitikern, welche die nationalen Forderungen ausarbeiteten, fehlte die Möglichkeit, eine politische Organisation ihrer Anhänger durchzuführen — namentlich solange alles politische Vereinsleben, alle Versammlungstätigkeit ganz brach lag, was heute nicht mehr der Fall ist. Der lockere „Nationalverband" übernahm diese Arbeit nicht. So kam man an die einzelnen Parteien. Die Radikalen wollten die Führung übernehmen und gleichzeitig bildete sich die Arbeitspartei, welche ein nationales Programm nicht für ausreichend hielt und ein wirtschaftliches in den Vordergrund stellte. So mußte ein Streit entstehen, ob dieses Programm oder das Osterprogramm die gemeinsame Grundfeste bilden solle. Er nahm die unerwünschte Form an, von der ich sprach; aber es ist doch von beiden Seiten eine gewisse Zurückhaltung beobachtet worden, so daß der Streit sich schließlich auf die Frage zuspitzte, ob die freiheitlich-nationale Organisation eine weitere, weniger feste oder die einer Einheitspartei, die auch in nicht nationalen und nicht politischen Fragen ein Ganzes bildet, darstellen soll. Das bedeutet die gemeinsame Forderung aller Gruppen, die der Arbeitspartei nicht beitreten wollen, nach einer Neubelebung und Kräftigung des „Nationalverbands" auf der einen, der Wunsch der Arbeitspartei nach geschlossenem Eintritt in einen weitesten „nationalen Verband" auf der andern Seite. Die trennende Wand ist noch vorhanden, aber zu der Zeit (Anfang Juli), da ich dies schreibe, besteht kein Zweifel mehr, daß nur mehr taktische Fragen das Trennende bilden, daß die Gefahr eines Zerfalls in zwei große Parteien beseitigt ist und daß die neue Arbeitspartei und die alten größeren und kleineren Parteien sich in einer größeren Gemeinschaft finden werden. Die Übereinstimmung in Problemen, wie Vermittlungssprache, Galizien, Dualismus, Parlament (um nur einige anzudeuten) ist zu groß, um einen andern Verlauf der Entwicklung zuzulassen.

Ich habe die Hauptgründe durchgesprochen, aus denen man in der Gegenwart die politische Arbeit und die politische Fähigkeit der Deutschösterreicher auch in Kreisen wohlwollender Volksgenossen unterschätzt. Ich hoffe, daß eine genauere Kenntnis unserer Verhältnisse dieses Urteil be-

Digitized by Google

richtigen wird. Ich möchte aber anderen, weniger wohlwollenden Kreisen gegenüber betonen, daß wir in der mannigfaltigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Schichtung unsers Volks neben Volkskörpern von zum Teil sehr einfachem Aufbau, in der geographischen Lage und Verteilung des österreichischen Deutschtums, in der Verschiedenheit der wirtschaftlichen und nationalen Lebensbedingungen seiner einzelnen geschlossenen und zersplitterten Teile und manchen andern uns durch Natur und Geschichte aufgezwungenen Verhältnissen, ebenso aber auch in gewissen politischen Gestaltungen und Kräften innerhalb der Monarchie eine solche Fülle von Schwierigkeiten zu überwinden haben, daß ein einheitlich geschlossenes Auftreten für uns eine weit bedeutendere Leistung darstellt als für das in einem Nationalstaat organisierte Herrenvolk. Wir haben ein Recht darauf, nach unseren Lebensverhältnissen beurteilt zu werden und nicht nach anderswo erwachsenen Normen.

Der ferne Westen im Weltkrieg

Von Dr. Freiherr von Mackay

Seit dem Ausbruch des Weltkriegssturms bildet der ferne Osten gleichsam den Hintergrund der sturmbewegten Bühne, in dessen dunklen Tiefen sich Handlungen vorbereiten, Zersetzungen entwickeln, deren Druck und Stoßkraft die Vorgänge auf dem Vordergrund von Szene zu Szene mehr beeinflussen und schließlich für die Kartharsis mitentscheidend werden. Schon heute darf mit Bestimmtheit behauptet werden, daß dem Ende des europäischen Völkerringens eine neue Aktfolge des großen weltgeschichtlichen Dramas sich anreihen und die Überschrift tragen wird: der Kampf um Ostasien. Demgegenüber sind die Ereignisse auf einem anderen überseeischen Weltteil, dem südamerikanischen, oder, wenn die Wortprägung des geographischen Bildes beibehalten werden soll, des fernen Westens, fast gar nicht, oder nur sehr nebensächlich beobachtet und behandelt worden. Südamerika, dessen Völker sich ehedem in ewigen Grenzkämpfen und Flibustierzügen gegenseitig zerfleischten, schlummert und träumt scheinbar, während die Erde vom dröhnenden Schritt des Krieges widerhallt. Auch dieser Teil der Neuen Welt wird, so gut wie der nördliche, Europa nach dem Auszittern des Kriegs-

Digitized by Google

bebens mit anderem Antlitz anschauen als vordem, und es gilt, die treibenden Kräfte solcher Neugestaltung eines Problems, das hinter der fernöstlichen Frage wohl an weltpolitischem, nicht aber an wirtschaftlichem und kulturmoralischem Schwergewicht zurücksteht, wohl im Auge zu behalten.

Vor vierzig Jahren waren es — nach heutigen Begriffen — ein paar Zwergdampfer, welche die deutsche Flagge an den Küsten Brasiliens und der La Plataſtaaten sichtbar machten. Vor dem Ausbruch des Kriegs hatte sich aus diesem dürftigen Setzling der weitschattende Baum einer Flottenarmee entwickelt, die Hunderte von modernen Riesenschiffen umfaßt und viele Hunderttausende von Tonnen jährlich zwischen dem fernen Westen und Europa bewegt; allein der Handel Hamburgs mit Südamerika bezifferte sich 1913 auf rund 9,4 Millionen Doppelzentner im Wert von 557 Millionen Mark. Und in den gleichen gewaltigen Maßstäben wie der überseeische Verkehr hat sich die staatliche und wirtschaftliche Entwicklung des lateinischen Amerikas gehoben. Wer heute von Montevideo aus in die meeresbreite Bucht des Silberstroms einfahrend Buenos Aires mit seinen riesenhaften Häusermassen und ragenden Türmen mitten in einem Landschaftsbild von unvergeßlichem Reiz aufsteigen sieht, wer durch das Gewühl im Geschäftszentrum sich hindurchdrängen muß, das bereits die Anlagen von Untergrundbahnen notwendig machte, wer unter den großartigen Brückenbauten hindurchgeht, die die Zentral-, Pacifico- und Cordobabahn gebaut haben, um mit ihren Schienen in das Innere der Stadt zu gelangen, dem drängt sich das Empfinden auf, daß hier, an der Mündung des Parana, ein Handelemporium von ähnlicher überragender Bedeutung für Südamerika im Entstehen begriffen ist, wie sie London für das westliche Europa behauptet. Und wer weiterhin dem ‚argentinischen Mesopotamien' sich zuwendet, wer dem lebhaften Treiben der jählings aufblühenden Handelsplätze im Herrschaftsgebiet des gigantischen Zwillingsstromsystems des Parana und Uruguay, in Concordia, San Pedro, San Nicolas, Rosario, Santa Fe, San Luis, Asunción Aufmerksamkeit schenkt, wer weiter westlich zu den reichen, blühenden Wein- und Zuckerrohrgebieten von Córdoba, Mendoza, Tucumán vordringt, der wird sich bewundernd bewußt, in welch' gesegnetem Land er weilt, und wie emsig tausendfältige Kräfte sich rühren

Digitized by Google

und regen. An der gigantischen Pionierarbeit, welche die Wege zu solcher glücklichen Zukunft frei machte, hat aber Deutschland einen ersten Anteil; Männer wie Alexander v. Humboldt, Burmeister, Brakebusch, Stelzner, Döring, v. Körner, v. Koseritz, Doerffel, Sellin, Soyaux, Harperath, Hieronymus, Hauthal, Schneidewind, Lehmann, Hänsel, Trein, um nur wenige Namen einer schier endlosen Kette zu nennen, alle haben opferfreudig ihre wissenschaftliche und praktische Arbeitskraft für Südamerika eingesetzt und mehr für die Erschließung dieses Erdteils und die Vorbestellung seiner Kulturfaatfelder getan, als die Vertreter irgendeiner anderen Nation. Die deutschen Siedelungen sind vorbildliche, aber unerreichte Muster für die Kolonisierungstätigkeit aller anderen Rassen und Nationen gewesen, von der deutschen Schule und deutschem Geist haben alle diese Wettbewerber, teils willig, teils wider ihren Willen, sich bei ihrer Tätigkeit befruchten lassen. Und der heutige Dank für diese Hilfsleistungen?

So wenig Politik eine Tugendübung ist, so trübe bleibt doch die immer sich wiederholende Erfahrung, daß Freundschaft im Strudel sinnloser Massenleidenschaften zu Haß und Verleumdungssucht umschlägt. An Verdächtigungen, an Schmähungen Deutschlands hat die sogenannte öffentliche Meinung des südlichen Amerikas, wie sie in der Presse zum Ausdruck kommt, im allgemeinen der nordischen Vormacht nicht das Geringste nachgegeben. Die psychologischen Gründe dieser Nachäffung eines unschönen Beispiels liegen zutage. Nirgendswo im lateinischen Amerika findet sich die kristallinische Ausscheidung eines völkischen Sinters, der fest und hart und gebietend seine Eigennatur im Aneinanderstoßen der buntblütigen Rassenelemente behauptete. Einem Rassengesiebe aber, dem in seiner Markfosigkeit von Natur ernster Wirklichkeitssinn, Schätzung der Werte strenger Zucht, pflichtbewußter Unter- und Einordnung, drakonischen Gehorsams, zäher Arbeitstreue fehlt, steht natürlich der romanische Geist sehr viel näher als deutsche Art. Del árbol caido todos hacen leña: nach dem Londoner und Pariser Lügenberichten war Deutschland in den Augen der Lateinamerikaner eine gefallene, dem Verderben geweihte Größe.

Heute aber setzt sich, wie in den Vereinigten Staaten und aus genau denselben Gründen wie dort langsam, jedoch stetig ein Stimmungsumschwung durch. In die Front der wenigen, aber immerhin nicht einflußlosen deutschen Zeitungen, wie des brasilischen „Diario Alemao", der

Digitized by Google

argentinischen „Union“, des „Eco Aleman“ in Guatemala trat eine ganze Reihe hoch angesehener Männer, die deutschen Universitäten ihre Bildung verdanken, so der frühere argentinische Minister Estanislao Zeballo und der hochangesehene Schriftsteller Ernesto Queseda. Noch mehr aber wirkte die wirtschaftspolitische Ernüchterung. Man hatte sich vom glänzenden Sieg des Vierverbands eine Zeit erwartet, da ein Füllhorn von Reichtum flüssigen Kapitals und gewaltigen Aufschwungs des Gewerbes über alles amerikanische Land sich ausschütten würde. Statt dessen trat das Gegenteil ein. Das Geschäft stockt, der Handel kümmert trübselig dahin, und — Englands umgekehrte Festlandssperre bezeugt deutlicher als je die Unentbehrlichkeit deutscher Erzeugnisse und des deutschen Markts auf wichtigsten Wirtschaftsgebieten. Nicht minder macht schließlich alle über die Hecken der Wirren der Gegenwart schauenden Politiker die eigentümliche Wandlung des Verhältnisses des Südens zu dem großen nordischen Bruder bedenklich. Von der Union ist bekanntlich während des Krieges mit großem Eifer daran gearbeitet worden, die günstige Gelegenheit zur Eroberung des südamerikanischen Marktes weidlich auszunutzen. Dem entspricht es, daß binnen kurzer Frist nicht weniger als zwei große Tagungen in Washington zugunsten der allamerikanischen Sache in Szene gesetzt wurden: die große Finanzkonferenz, die vom 24. bis 30. Mai 1915 in Washington tagte, und die eben dorthin im Beginn des Januars mit allgemeinem auf Monroeismus und Schiedsgerichtsverfahren zugespitzten Programm einberufene Versammlung aller Republiken der Neuen Welt. Irgendeinen durchschlagenden Erfolg hatten natürlich diese Zusammenkünfte, in keiner Weise. Wohl aber gab Lateinamerika Washington auf sein Liebeswerben eine sehr deutliche Antwort dadurch, daß die drei Abc-Staaten einschließlich Uruguays fast zur gleichen Zeit der Tagungen jener Finanzversammlung, nämlich am 25. Mai 1915, in Buenos Aires einen Friedens- und Freundschaftsvertrag unterzeichneten, wonach sie sich vorläufig auf fünf Jahre verpflichten, alle Streitigkeiten unter sich durch Schiedsverträge auszutragen. An sich ist der Bestimmung gewiß ebensowenig eine besondere Bedeutsamkeit beizumessen, wie den gleichläufigen Vereinbarungen allamerikanischer Prägung. Aber um so beredteres Zeugnis für die im Süden herrschenden unverfälschten Auffassungen gab

Digitized by Google

der in allen Reden der Abgesandten und Wortführer sich offenbarende Selbständigkeitsgeist und die einmütig ausgegebene Parole: Südamerika den Südamerikanern! Man ist der Einmischungsgelüste des ichsüchtigen Bruders Jonathan satt und setzt den allamerikanischen Lockmitteln das Prinzip der lateinischen Rassengemeinschaft entgegen. Ein Parallelismus der Vorgänge im fernen Osten und fernen Westen fällt auch hier in die Augen.

So hat der Krieg offensichtlich, entgegengesetzt den auch in dieser Richtung trügerischen Hoffnungen unserer Feinde, Deutschlands Saaten in Lateinamerika nicht vernichtet, sondern sie nur in eine Schneedecke eingebettet, die von der Macht Deutschlands mählich aufgelöst wird, um frischem Wachstum Licht und Leben zu schaffen. Unter welchen Bedingungen ist der Acker weiter zu bestellen und zu pflegen?

Es wird sich in erster Linie darum handeln, durch geschickte Organisation und mannhaftes Auftreten die vielen ‚stillen Reserven', über die wir dort verfügen, besser und wirksamer als bisher für die deutsche Sache einzusetzen. Unser Anteil an dem Handel nach Südamerika betrug vor dem Krieg in der Einfuhr 18,3 v. H., wurde also in der Warenbewegung dorthin nur von Großbritannien (27,7 v. H.), im Warenbezug dorther allerdings auch von den Vereinigten Staaten (21,0 v. H.) übertroffen. An Kapital hat England die Riesensumme von rund 12 Milliarden Mark, hauptsächlich bekanntlich in Eisenbahnunternehmungen, angelegt, während Deutschland nur auf dem Gebiet der örtlich betriebenen elektrischen Kleinbahnen sich den Vorrang sicherte, außerdem aber in vielen Landwirtschafts-, Handels- und Industriezweigen wie Mühlenbau und -betrieb, Konservenherstellung, Pferde- und Viehzucht, Wollhandel eine führende Rolle spielt. Im übrigen macht sich aber auch hier wie in Ostasien wie in so vielen anderen überseeischen Wirtschaftszentren das üble Erbe unserer früheren nationalen Eigenbrödelei und Zerrissenheit geltend, daß nämlich der Deutsche es liebt, seine Arbeit und sein Geld in den Dienst fremder Flagge, also auch fremder Interessen zu stellen. Wenn erst alles, was deutschem Kapital, deutschem Schaffensdrang seine Entstehung verdankt, von der deutschen Handelsflotte befördert wird, auch offen die deutsche Farbe erklärte, die Welt würde staunen über die Menge unsichtbarer Güter, materieller wie geistiger, die Deutschlands verborgenen Hausschatz als

Digitized by Google

Handels- und Kulturweltmacht bilden. Darum heißt das erste Gebot, dessen Erfüllung nach den bitteren Erfahrungen des Krieges mehr denn je eine erste vaterländische Pflicht wird: die deutsche Fahne bekennen! Auch dann, wenn dadurch dem Kaufmann, dem Unternehmer Schwierigkeiten, Mißlichkeiten erwachsen, denen er bei der bisher üblichen charakterschwachen Biegsamkeit aus dem Wege geht. Nur einheitliches und alle Fremdtümelei stolz von sich wegweisendes Zusammenwirken von Wissenschaft und Technik, Industrie-, Handels- nnd Verkehrspolitik können unserem Weltwirtschaftsdienst eine Stoßkraft geben, die den überall und nicht zum wenigsten in Südamerika immer gewaltiger und verwickelter werdenden Wettbewerbsaufgaben genügt.

Damit ist auf die moralischen Wurzeln und Funktionen des Problems bereits deutlich hingewiesen. Im fernen Osten ist die Scheidelinie der Rassen-, Kultur- und Weltanschauungsgegensätze denkbar schroff, und daher jede sogenannte Ausgleichungspolitik einstweilen vollkommen aussichtslos. Im fernen Westen aber liegt, eben dank jenes Mangels an geschlossener und ausgeprägter Rassenkörperbildung, damit aber auch an tieferem, in festem Kulturgrund verankertem Nationalbewußtsein noch das Ackerfeld eines Volkstums brach, das, wenn auch ichbewußt und mit großem Selbstvertrauen in die Zukunft blickend, doch noch eine knetbare Masse ist. Unter deutscher Führung soll daher Südamerika, das Franzosentum, Briten und Nordamerikanertum zu verwelschen oder zu verengländern suchen, so wenig als irgendein anderer Erdteil germanisiert werden.

Die Leistungsfähigkeit japanischer Industriearbeiter, ein Faktor in der politischen Entwicklung des Fernen Ostens

Von Dr. oec. publ. Arthur Heber, Hamburg

In den letzten Jahren vor Ausbruch des Krieges war die Lage der japanischen Industrie und ihrer Arbeitskräfte im Zusammenhang mit dem nach der Niederwerfung Rußlands einsetzenden Gründungsfieber und der darauf folgenden Deroute nichts weniger als rosig. Die geringe Leistungsfähigkeit der japanischen Industriearbeiter stand einer

Digitized by Google

gesunden wirtschaftlichen Entwicklung hinderlich im Wege, während die Industrie nicht imstande war, den sozialen Anforderungen, die zur Hebung dieser Leistungsfähigkeit führen konnten, zu entsprechen. Das Problem war also außerordentlich schwierig und man sah davon ab, das den Vertretern der Industrie endlich abgerungene Arbeiterschutzgesetz vom 28. März 1911 in Kraft zu setzen, obwohl es zum mindesten auf seiten der Regierung an gutem Willen nicht fehlte.

Die teilweise Ausschaltung des fremden Wettbewerbs und der Appell, den Rußland für die Versorgung mit allen möglichen Kriegshilfsmitteln an die japanische Industrie richten mußte, haben nun eine ganz neue Lage geschaffen. Während vor dem Kriege die sogenannte „Gelbe Gefahr" noch in sehr weitem Felde stand und die Hebung der Leistungsfähigkeit japanischer Industriearbeiter an beinahe unlösbaren Schwierigkeiten zu scheitern schien, besteht nunmehr die Möglichkeit durchgreifender Änderungen auf diesem Gebiete.

Wenn schon die früheren Kriege die Industrialisierung Japans lebhaft gefördert haben, so scheint der jetzige Krieg vollends geeignet, die japanische Staatswirtschaft endgültig aus einer vorwiegend agrarstaatlichen in eine mehr und mehr industriestaatliche insofern umzuwandeln, als die finanziellen Lasten des Staates in wachsendem Maße auf die Schultern von Industrie und Handel geladen werden, während dem Ackerbau und den ländlichen Gewerben neben der Produktion wachsender Mengen von Lebensmitteln für die Eigenernährung des Landes, deren Sicherung mit jedem Jahre schwieriger wird, nach wie vor die Lieferung guter Soldaten als Hauptaufgabe erhalten bleibt.

Gemessen an den militärischen und politischen Fortschritten, die Japan seit dem Kriege mit China gemacht hat, ist seine wirtschaftliche Rüstung außerordentlich bescheiden. Um so dringender ist deshalb eine Hebung seiner industriellen Leistungsfähigkeit. Schon im Vorwort zu meiner „Japanischen Industriearbeit" (Jena 1912) habe ich auf die hohe politische Bedeutung des hier vorliegenden wirtschaftlichen Problems hingewiesen: „Wenn gerade der japanischen Industriearbeit sich unser Interesse zuwendet, so hat das seinen Grund darin, daß die Zukunft des Landes, mehr vielleicht als von irgend einem anderen wirtschaftlichen Faktor, durch sie bestimmt wird. Die Hebung ihrer Leistungsfähigkeit ist

Digitized by Google

in der Tat eine Lebensfrage der japanischen Nation. Den hohen politischen Aspirationen dieser jüngsten Großmacht entspricht der Stand und Umfang ihrer Volkswirtschaft in keiner Weise. Die weitere Entwicklung derselben setzt aber ein leistungsfähigeres Arbeitspersonal voraus."

Seit diese Zeilen geschrieben wurden, hat sich zwar nicht die Leistungsfähigkeit der japanischen Industriearbeiter gehoben, wohl aber die finanzwirtschaftliche Lage Japans von Grund aus geändert. Über die schlechte Arbeit, die in der japanischen Großindustrie geleistet wird, wurde bis zum Kriege und auch während des Krieges noch geklagt. Aber während die zur Lösung der Arbeiterfrage nötigen Mittel Japan vor dem Kriege nicht oder in unzureichendem Maße zur Verfügung standen, ist es ihm inzwischen gelungen, sich von der Schuldknechtschaft zu befreien, in die es nicht ganz ohne eigene Schuld geraten war und in der es dank der Intervention Englands und Amerikas im Friedensvertrage zu Portsmouth auch nach dem Siege über Rußland gehalten wurde. Ein finanziell selbständiges Japan wird aber auch Mittel und Wege finden, die Leistungsfähigkeit seiner Industrien zu heben. Nie waren die Voraussetzungen für seinen wirtschaftlichen Aufschwung günstiger als jetzt. Die Bedeutung dieser Tatsache darf man nicht deshalb übersehen, weil augenblicklich der Vorteil, den Nordamerika aus seiner Neutralität zieht, noch mehr in die Augen springt. Mit vollem Recht wurde deshalb jüngst die englische Industrie in einem Artikel der „Daily Mail" von Lovat Frazer, einem Kenner des Fernen Ostens, vor den Folgen des europäischen Krieges und eines sich daran anschließenden Wirtschaftskampfes gewarnt und darauf aufmerksam gemacht, daß der ökonomische Selbstmord Europas den Asiaten ganz ungeahnte wirtschaftliche und politische Perspektiven eröffnet. Richtig wird auch in diesem Artikel betont, daß die Hauptgefahr, die von Asien her droht, industrieller Natur ist. „Sie mag sich langsam entwickeln," so heißt es dort, „aber sie wird uns sicher in absehbarer Zeit entgegentreten. Während wir einerseits unseren Reichtum verpulvern, andererseits Kindern beispiellos hohe Löhne zahlen, steigt im Osten allmählich eine Konkurrenz auf, die mächtiger ist als die, die wir von Deutschland zu befürchten haben. Die Entwicklung der industriellen Verhältnisse Indiens, Japans und Chinas außer Berechnung zu lassen, wenn man beispielsweise die künftige Stellung der Baumwollindustrie von Lancashire auf dem Welt-

Digitized by Google

markt erörtern will, ist ein schwerer Fehler. Ein verarmtes, erschöpftes Europa wird die asiatischen Verhältnisse weniger von oben herab betrachten müssen. Japan ist heute die erste Macht im Pazifik, seine Erwartungen sind mit Recht sehr groß; China wird seine Stabilität wiedergewinnen und Indien verlangt nach einem gewissen Maße von wirtschaftlicher Unabhängigkeit. So wird Europa sich an den Gedanken gewöhnen müssen, daß die 900 Millionen Asiaten in Zukunft auch wirtschaftlich eine nicht mehr so ganz untergeordnete Rolle in der Welt spielen werden."

Während man vor dem Kriege noch berechtigt war, ähnliche Warnungen vor der Überschwemmung Europas durch das Produkt der „Gelben Arbeit" nicht allzu ernst zu nehmen, so hat sich durch den Krieg, wenigstens soweit Japan in Frage kommt, die Sachlage ganz gründlich geändert. Und ähnlich dürfte es mit Indien sein. Die Art der Kriegsteilnahme hat es Japan ermöglicht, auf der einen Seite seine militärische Stellung in Ostasien durch die Einnahme von Kiautschou, die Verständigung mit Rußland, die Einmischung in die innere Politik Chinas und die eigenartige Wahrnehmung der ihm anvertrauten englischen Interessen, die vielfach gleichbedeutend ist mit ihrer Verdrängung, so auszubauen, daß es dort unangreifbar geworden ist. Es steht im Begriffe, sich unter politischer und ökonomischer Anwendung dieser Macht Chinas zu bemächtigen, nachdem es sich mit Rußland zu diesem Zweck verständigt hat, ebenso wie es sich seinerzeit Koreas angenommen hat. Damit schafft es sich in richtiger Erkenntnis, daß die Kriegskonjunktur nicht ewig dauern kann, ein riesiges Absatzgebiet auch für seine minderwertigen Waren.

Auf der andern Seite hat Japans Handelsbilanz, die dauernd passiv war, nunmehr eine so starke aktive Schlagseite angenommen, daß es die japanische Regierung nicht länger für nötig erachtet, zur Stützung der Valuta Goldreserven in London und New York zu halten. Mit einem Mal schwimmt Japan, was nie zuvor der Fall war, im Gelde. Seine wichtigsten Industrien sind glänzend beschäftigt, die Textilindustrie hat große Aufträge auf Militärtuche und anderen Kriegsbedarf für Rußland auszuführen, die Schiffswerften sind dank dem außergewöhnlichen Stande des Frachtenmarktes auf Jahre hinaus voll beschäftigt, die Kupferbergwerke und Kohlengruben können der Nachfrage nicht genügen und liefern mehr als der knappe Frachtenmarkt bewältigen kann, die Maschinenindustrie stellt Waffen und

Digitized by Google

Munition in ungeheuren Mengen für die Bedürfnisse der Alliierten her, soweit die Fabriken nicht infolge stockender Einfuhr durch Maschinenlieferungen in Anspruch genommen sind. Abgesehen von den großen Arsenalen des Staates und der von der Regierung ins Leben gerufenen mächtigen Gewehr- und Geschoßfabrik, die zusammen schon einige Hunderttausend Arbeiter beschäftigen, sind über tausend private Munitionswerkstätten eingerichtet worden. Die Lederindustrie hat riesige Aufträge für Rußland zu bewältigen gehabt, und wenn auch die Abnehmer von den Lieferungen nicht entzückt waren, so sind sie doch auf dieselben angewiesen und müssen dafür bezahlen. Nicht genug damit, Japan hat sich durch das neueste russisch-japanische Abkommen den Absatz für die ins Korn geschossene Kriegsindustrie auch vertraglich gesichert. Wo es nötig ist, wie bei Gründung chemischer Fabriken, hilft die Regierung durch Subventionen, Dividenden-Garantien, Kapitalleihe usw. nach. Neue Werften, neue Fabriken, neue Kraftwerke entstehen überall im Lande und Hunderttausende von Bauern und ländlichen Arbeitern, die bisher ein kümmerliches Dasein fristeten, laufen der Industrie zu, um von den hohen Kriegslöhnen etwas abzubekommen. Um nur ein Beispiel zu erwähnen: Anfang 1917 wird die Zahl der in Betrieb befindlichen Baumwollspindeln, die Ende 1913 gerade die zweite Million überschritten hatte, schon nach dem jetzigen Stande der in England und Amerika gemachten Bestellungen mehr als drei Millionen betragen, eine Vermehrung um ein Drittel, die in der Hauptsache dem Kriege zu verdanken ist.

Was wird die Folge dieser außergewöhnlichen Entwicklung sein? Wenn auch der Natur der Dinge nach, da es sich um Gelegenheitsarbeiter handelt, die Leistungsfähigkeit der japanischen Industriearbeit in der Kriegskonjunktur sich nicht gerade verbessern wird, so gestatten doch die der japanischen Volkswirtschaft, dem Staate sowohl, wie der Industrie und den Arbeitern durch den Krieg zufließenden reichlicheren Mittel eine durchgreifende Änderung der industriellen Verhältnisse wenn nicht während des Krieges, so bald nach dem Kriege.

Diese Änderungen werden sich voraussichtlich auf folgende Weise geltend machen:

1. Auf seiten der Arbeiterschaft. Durch die während des Krieges bezogenen hohen Löhne und Akkordeinnahmen werden die Arbeiter zu-

Digitized by Google

nächst vorübergehend in den Stand gesetzt, ihre bisher nachweisbar insbesondere in bezug auf die Ernährung unzulängliche Lebenshaltung zu heben. Der japanische Industriearbeiter wird nunmehr eher in der Lage sein, sich eine Kost zu gestatten, die ihn zu einer Intensivierung seiner mäßigen Arbeitsleistungen befähigt. Der bisher, wie ich in meinen Untersuchungen über die „Japanische Industriearbeit" nachgewiesen habe, an einem Teil der großindustriellen Arbeitskräfte betriebene Raubbau wird dadurch vermindert. Es ist anzunehmen, daß seitens der Arbeiterschaft und des Staates, vielleicht auch seitens mancher Arbeitgeber darauf geachtet wird, daß die erhöhten Löhne nicht unnütz vergeudet werden, sondern neben der infolge Mangels einer Sozialversicherung nötigen Eigenversicherung in Form von Rücklagen wenigstens zum Teil dazu benutzt werden, den Küchenzettel des japanischen Arbeiters durch Aufnahme von mehr eiweiß- und fetthaltigen Nahrungsmitteln, als es bei dem bisherigen Einkommen möglich war, vielleicht auch durch vermehrte Zugabe von Fleischspeisen nahrhafter zu machen. Bessere Lebenshaltung pflegt die Arbeiter im allgemeinen auch zu einer besseren Wahrnehmung ihrer beruflichen Interessen zu veranlassen, und es ist anzunehmen, daß gewerkschaftlichen Bestrebungen der Arbeiterschaft seitens der Regierung solange keine Hindernisse in den Weg gelegt werden, als sie nicht in staatsgefährliche Umtriebe ausarten, wie das bereits einmal der Fall gewesen ist. Die japanische Regierung wird sowohl aus dem Verhalten der deutschen wie der englischen organisierten Arbeiterschaft während des Krieges Lehren gezogen haben, die es ihr nahelegen, die frühere wohlwollende Haltung den Arbeiterorganisationen gegenüber wieder einzunehmen. Die Berufsorganisationen können zur Hebung der Leistungsfähigkeit der Industriearbeiterschaft sehr viel beitragen.

2. Seitens der Industriellen wird zwar, nach ihrem bisherigen Verhalten zu urteilen, im allgemeinen keine große Neigung bestehen, die auf Hebung ihrer Lebenshaltung in physischer und geistiger Beziehung gerichteten Bestrebungen der Arbeiter zu unterstützen; immerhin fehlt es nicht an vereinzelten aufgeklärten Arbeitgebern, die in einer Förderung dieser Bestrebungen ein Mittel zur Hebung der Leistungsfähigkeit der japanischen Industriearbeit erblicken. Sie werden infolge der außerordentlichen Kriegseinnahmen der Industrie besser als bisher in der Lage sein,

Digitized by Google

ihre guten Absichten durch entsprechende Fabrikeinrichtungen, Beteiligung der Arbeiter am Reingewinn, Vermittlung von Fachunterricht, bessere Befestigung der Arbeiter in den beispielsweise in der Textilindustrie üblichen Arbeiterkasernen in die Tat umzusetzen.

Den Hauptantrieb für eine der Hebung der Leistungsfähigkeit zuträglichere Haltung der japanischen Arbeitgeber wird aber gerade in den hohen Löhnen liegen, die, wie die früheren Kriege gezeigt haben, wenn sie einmal eingeführt sind, auch in Japan nicht so schnell verschwinden. Einerseits werden die Arbeitgeber durch dieselben zu stärkerer Mechanisierung der Betriebe veranlaßt, die wiederum einen großen Teil der mit Kinder- und Frauenarbeit bei entsprechend erbärmlichen Löhnen bestrittenen Schundindustrie konkurrenzunfähig macht und zum Verschwinden der oft jeder Hygiene hohnsprechenden Arbeitshöhlen beiträgt, während andererseits das Bestreben der Arbeiter, die hohen Löhne aufrecht zu erhalten, bei der entgegengesetzten Tendenz der Arbeitgeber zwar zu Arbeiterunruhen führt, bei denen es aber bis jetzt infolge des großen Mangels an wirklich geschulten Kräften in der Regel den Arbeitern gelang, ihren Willen durchzusetzen und ihre gehobene Lebenshaltung beizubehalten. Es ist bei dem erheblich erweiterten Absatzgebiet, das Japan sich während des Krieges geschaffen hat und noch zu schaffen im Begriff ist, nicht anzunehmen, daß die Industrien, wie das früher manchmal der Fall war, durch solche Forderungen der Arbeiter an der Entwicklung gehindert werden.

3. Seitens der Regierung braucht auf die früher vielleicht berechtigten, wenn auch manchmal kurzsichtigen und volkswirtschaftlich unhaltbaren Einwände gewisser Industrien gegen sozialpolitische Maßnahmen Rücksicht nicht mehr in dem Maße genommen zu werden wie bisher. Das Arbeiterschutzgesetz vom 28. März 1911, dessen Inkraftsetzung Jahr für Jahr aufgeschoben wurde, soll nun in Kraft treten und wird vielleicht auch bald verbessert werden. Auch ist ernstlich von einer Unfallversicherung die Rede, und der von jeher bei der Regierung hinsichtlich der sozialen Besserstellung der Arbeiterschaft vorhandene gute Wille wird, wie das den staatssozialistischen Tendenzen der japanischen inneren Politik durchaus entspricht, nunmehr ein dankbareres Feld der Betätigung finden.

Indem die japanische Regierung, wie es auf dem Gebiete des Genossen-

Digitized by Google

ſchaftsweſens nach deutſchem Vorbild in ſehr erfolgreicher Weiſe geſchehen iſt, ſo auch hinſichtlich der Hebung der Lage der Arbeiterſchaft die Initiative ergreift und durch entſprechende, nötigenfalls geſetzgeberiſche Beeinfluſſung der Induſtrie die Vorbedingungen für eine Hebung der Leiſtungsfähigkeit der Induſtriearbeiter auch dort ſchafft, wo infolge mangelnden Einſehens der Kapitaliſten und infolge fehlender beruflicher Organiſation die entſprechenden Maßnahmen gegen den Willen der Beteiligten getroffen werden müſſen, bleibt ſie nur ihren Traditionen getreu, gemäß denen Anregungen zu kulturellem und ſozialem Fortſchritt immer von höchſter Stelle ausgingen und, wenn einmal an die Hand genommen, auch energiſch verwirklicht wurden.

Schließlich darf nicht unerwähnt bleiben, daß die japaniſche Regierung jetzt ſchon darauf ausgeht, durch Förderung der Gründung japaniſcher Filial-Fabriken in Korea, in der Mandſchurei und im eigentlichen China ſowohl die dortige Arbeitskraft, wie das daſelbſt befindliche Kapital unter japaniſcher Oberleitung den nationalen Intereſſen dienſtbar zu machen. Damit wird auch, wo wegen ungünſtiger örtlicher Verhältniſſe eine leiſtungsfähige Produktion in Japan ſelbſt nicht möglich iſt, die Grundlage für eine erfolgreiche Konkurrenz mit amerikaniſchen und europäiſchen Produkten gerade auf den Märkten gelegt, die für den Aufſchwung der japaniſchen Induſtrie neben dem vollends zu erobernden einheimiſchen Markt als Abſatzgebiete vorwiegend in Betracht kommen. Daneben erfreuen ſich der indiſche Markt, die Philippinen, Niederländiſch-Indien und Südamerika wachſender Beachtung ſeitens der japaniſchen Produzenten und Händler, was in den häufiger werdenden Erkundungsreiſen führender Männer des Handels und der Induſtrie nach dieſen Gebieten und in der Einrichtung einer Anzahl neuer Schiffahrtslinien zum Ausdruck kommt. Das alles zeigt, daß man mit einer baldigen Hebung der Leiſtungsfähigkeit der einheimiſchen Produktion ernſtlich rechnet.

Digitized by Google

Das „Erbe Rußlands", die Verantwortung Westeuropas, die weltgeschichtliche Aufgabe Deutschlands

Von W—ar

Das sogenannte Testament Peters des Großen hat bekanntlich in der politischen Gedankenwelt Rußlands eine hervorragende Rolle gespielt. Wenn auch nur eine Mystifikation, eine Erfindung späterer Zeiten, verbirgt es in sich eine Vorstellung, die den russischen Bauern und Bürgern, den Aposteln und den Jüngern der rechtgläubigen Kirche und des Panslawismus geläufig ist. Der Gedanke einer maßlosen, einer stets fortdauernden Ausdehnung des heiligen Rußlands steckt dem, dem Anschein nach oft so friedlichen und gleichgültigen Russen im Blute. Der russische Riese frißt und frißt, ohne sich darum viel zu kümmern, ob er alles, was er zu sich genommen hat, auch wird verdauen können.

Das Mißverhältnis zwischen dem europäischen Rußland und den Gebieten der übrigen großen Mächte Europas ist auffallend. Während das kleine Europa in fremden Weltteilen ungeheure Besitzungen hat, gehört mehr als die Hälfte von Europas selbst zu einer Macht, die entschieden die am wenigsten europäische dieses Weltteils ist, einem Volke, das seinem Wesen nach eigentlich als außereuropäisch zu bezeichnen ist. Und zwar beherrschen die eigentlichen Russen die größere Hälfte Europas nicht aus dem Grunde, weil sie wirklich selbst das ganze maßlose Gebiet bewohnten oder gar die Mehrheit der Einwohner des Reiches bildeten, sondern weil sie andere, zum Teil auch nichtslawische und ebenso zum Teil auf einer bedeutend höheren Kulturstufe stehende Völker unterjocht haben und beherrschen.

Derselbe Drang zu maßloser Erweiterung wohnt dem russischen Wesen auch fortwährend inne. Das russische Imperium, welches so unendlich viel Unvereinbares, Ungeordnetes, Verworrenes, Niederträchtiges enthält und das tatarische Wesen noch nicht überwunden hat, möchte sich noch einen beträchtlichen Teil des nichtrussischen Europa aneignen. Solche Wünsche sind während des Krieges unverhüllt an den Tag getreten. Rußland beansprucht ja Konstantinopel und die Dardanellen fast als sein

Digitized by Google

rechtmäßiges Erbe, es möchte die gesamte polnische „Schwesternation" mit seinen bewährten Regierungsmethoden glücklich machen; Österreich soll nach demselben Programm wenigstens bedeutende Gebiete abtreten müssen. Und wer wüßte es nicht, wie man sich in Rußland selbst in Phantasien darüber ergangen hat und wie es besonders die Franzosen am Anfang des Krieges ihrem „cher et grand allié" ausgemalt haben, daß nicht nur Ostpreußen, sondern nach Belieben auszuwählende deutsche Gebiete — einschließlich Berlin! — als Kriegsbeute eingesteckt werden sollen. Und die lieben Verbündeten würden jedenfalls ihren herzlichen Segen dazu geben, daß nicht nur die größere Hälfte Europas, sondern etwa zwei Drittel und mit botmäßigen Vasallenstaaten vielleicht noch mehr unter die russische Knute kommen sollte! — Das Testament Peters des Großen soll vollzogen, dem Moskowiterkaiser sollen neue Gebiete als Erbe zufallen, damit er sich als Herr und Gebieter Europas ausspielen möge. Damit soll wohl erst das tausendjährige Reich des Weltfriedens, des guten Willens, der Freiheit und der wahren Kultur gegründet werden.

Es dürften indessen auch die Verbündeten Rußlands selbst bei genauerer Prüfung vor einer solchen Perspektive zurückscheuen. Sie wollen nur das nächstliegende Ziel, den Sieg in diesem Kriege, vor den Augen halten und die künftige Gefahr, in welche sie einmal selbst im Falle der Bewältigung Europas durch Rußland geraten würden, absichtlich übersehen. Wie dem auch sei, so steht ihre Macht glücklicherweise nicht in direktem Verhältnis zu ihrem Willen und ihren Wünschen, allein schon dadurch, daß sie durch das Bündnis mit Rußland in vollem Bewußtsein ihrer Handlungen ihr Möglichstes getan haben, um die Russenherrschaft in Europa auszubreiten, haben sie vor der Gegenwart und der Zukunft eine schwere Verantwortung auf sich geladen.

Europa das Erbe des asiatischen Rußlands! Was mag in dieser schrecklichen Perspektive für eine faszinierende Kraft liegen, daß Europa sich nicht zum erstenmal auf sie blind gestarrt hat. Hat doch einmal ein preußischer König, Friedrich Wilhelm IV., einen Trinkspruch auf den Selbstherrscher aller Reußen ausgebracht mit den Worten: „Gott erhalte ihn dem Weltteile, den Gott ihm zum Erbteile gegeben" (Brandenburg, Die Reichsgründung, I, S. 379). — Glücklicherweise sind die Zeiten vorbei, wo eine solche Gesinnung deutschen Fürsten und Politikern geläufig

Digitized by Google

war. Nicht mehr wird es eine politische Verständigung mit Rußland als eine gesunde und natürliche nationale deutsche Politik ansehen, nicht mehr einverstanden sein, ihre Prinzessinnen als rechtgläubige moskowitische Kaiserinnen zu sehen und herzliche Verbindungen mit einer Dynastie zu unterhalten, welche sich den Fluch von Millionen Unglücklichen zugezogen hat.

Statt dessen sieht sich Deutschland vor die große geschichtliche Aufgabe gestellt, die Schutzwehr ganz Europas gegen das Vordringen der Russen zu sein. Das deutsche Volk hat am eigenen Leibe erfahren müssen, wie die russischen Horden sich als Feinde inmitten eines Kulturvolkes betragen. Es kann die Gefahr, das Unheil, die Erniedrigung würdigen, die die russische Herrschaft für Europa bedeuten würde. Unentschlossen, der russischen Gefahr mehr oder weniger bewußt, aber vor allem auf die Aufrechterhaltung seiner Neutralität bedacht, steht der die russische Gefahr am unmittelbarsten empfindende Staat Schweden seit dem Beginn des Krieges da und hofft, daß Deutschland die Gefahr auch künftighin von ihm abwenden möge. Vielleicht wird das schwedische Volk sein Horoskop richtig gestellt haben, vielleicht wird es aber später den Anlaß haben zu bereuen, daß es ein untätiger Zuschauer geblieben ist, während die große Frage nach der Stellung Rußlands in Europa entschieden wurde.

Wird somit Westeuropa noch einmal Deutschland dafür danken müssen, daß ganz Europa nicht zu Füßen des Moskowitentums gelegt wurde, werden die nordischen Staaten, vor allem Schweden, noch zu klarerer Einsicht davon gelangen, welche Bedeutung Deutschlands Kampf mit Rußland für ihre eigene Sache gehabt hat, so empfinden schon jetzt eine Menge von Rußland unterdrückte Völker die ungeheure Bedeutung und die weltgeschichtliche Aufgabe Deutschlands und seiner Verbündeten. Sie erblicken besonders in Deutschland diejenige Macht, von deren Obsiegen die Zukunft von Millionen unter dem russischen Joch seufzenden Menschen abhängt und das Schicksal Europas in wesentlichem Grade entschieden werden wird.

Digitized by Google

Notizen

Yuanshikais Abschiedsedikt. Die chinesische Presse veröffentlicht den Wortlaut dieses prächtigen Denkmals eines großes Staatsmannes und edlen Menschen: „Seit dem fünfjährigen Bestehen der Republik habe ich das schwere Amt des Präsidenten übernommen. Leider war meine Tüchtigkeit und Fähigkeit dürftig, meine Kraft geringer als mein Wollen. Das Ziel meines Lebens war stets auf die Rettung von Staat und Volk gerichtet. Aber ich bin beschämt, nicht ein Tausendstel davon erreicht zu haben, obwohl ich während meiner Amtszeit früh und spät gearbeitet und überlegt und mit größtem Fleiß Pläne entworfen habe. Die Grundlagen des Reiches sind noch nicht fest, das Volk noch bedrängt, und tausenderlei Dinge müssen teils beseitigt, teils entwickelt werden. Dennoch ist dank den Offizieren und Beamten in allen Provinzen leidliche Ordnung und Ruhe hergestellt, und es bestehen freundschaftliche Beziehungen zu den Mächten, so daß ich deswegen wohl einigermaßen beruhigt sein könnte. Aber mein Schmerz (über das Unerreichte) ist doch noch groß. Gerade war ich im Begriff zurückzutreten und meiner alten Neigung nach die Stille der Wälder und Quellen zu genießen, als ich unerwartet krank wurde und nun mein Ende nahe fühle. Wenn ich die Schwierigkeit der Lage des Reiches bedenke, so ist es von größter Wichtigkeit, daß es dem rechten Manne anvertraut werde. — Gemäß § 25 der Verfassung, wo es heißt, daß, falls der Präsident genötigt ist, von seinem Posten zurückzutreten, der Vizepräsident sein Amt übernehmen soll, gebe ich der Verfassung entsprechend Liyuanhung als Vertreter des Präsidenten der chinesischen Republik bekannt. — Liyuanhung ist in seinem Wesen ehrfurchtsvoll und großherzig, voll Güte und Einsicht; er kann gewiß der Not der Zeit abhelfen, der Gesamtheit Frieden bewahren und so das gut machen, woran es bei mir gefehlt hat, und die Hoffnungen des ganzen Volkes verwirklichen. Zivil- und Militärbeamte, Heer, Polizei, Gelehrte und Volk müssen gemeinsam bedenken, daß die Lage des Staates voll Bedrängnis ist, daher Ordnung bewahren, mit aller Kraft auf Erhaltung des Friedens bedacht sein und besonders das Staatsinteresse als das wichtigste betrachten. Ein Mann des Altertums hat gesagt: Wenn die Lebenden nur voll Strebens sind, dann ist für den Sterbenden der Tod, als sei er nicht. Das ist auch meine Hoffnung".

Gesiegelt am 6. 6. des fünften Jahres der Republik. Unterzeichnet von dem Ministerpräsidenten und Kriegsminister Tuanchijui und den sechs Ministern.

Gefangenenbehandlung in Rußland. Der Divisionspfarrer Josef Clemens Meijer, der nach einer fast zweijährigen Gefangenschaft in Sibirien über Stockholm nach Deutschland gefahren ist, wurde in Stockholm ausgefragt. Er schreckte laut Bericht schwedischer Zeitungen, fast davor zurück, von all den schauderhaften Erinnerungen zu sprechen. Er wurde zusammen mit einem Arzt nach Sibirien geschleppt, obgleich seine Gefangenschaft der internationalen Übereinkunft zufolge nur 4 Wochen dauern sollte. Während des Transportes mußten alle Gefangene nachts auf der Erde liegen. Die Wanderung dauerte 23 Tage, auf elenden Wegen

Digitized by Google

und über Schneefelder. Nichts war für die Verwundeten vorbereitet, keine Arznei und keine Instrumente. Ein Lichtstrahl in dem Elend waren die Liebesgaben aus Deutschland, die über Schweden kamen.

Die Stellung Japans. Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" schreibt: Es steht fest, daß England zwei seiner mächtigen Konkurrenten auf dem Handelsgebiet, Japan und Amerika, gestärkt hat. Statt Deutschlands wird es künftig drei Konkurrenten geben ... Die öffentliche Meinung in Japan wird in diesem Krieg immer mehr deutschfreundlich. Obwohl Graf Okuma keine Gelegenheit versäumt, um die Engländer und das Bündnis zwischen Japan und England zu preisen, liest man in der Presse ziemlich unfreundliche Artikel gegen die Engländer überhaupt und die Engländer im fernen Osten besonders. Da die japanische Regierung das duldet — sie könnte es sofort verhindern —, muß man wohl annehmen, daß in dieser unangenehmen Behandlung Methode liegt. Ich meinerseits glaube, daß die Regierung auf diese Weise den Engländern Furcht einzuflößen versucht, um sie bezüglich China fügsamer zu machen, d. h. Japan Gelegenheit zu geben, von China zu nehmen, was es will und wie es will. Und es scheint, daß England tatsächlich seine Zustimmung gegeben hat. Das ist vielleicht der größte Fehler, den die Engländer während des Krieges gemacht haben. Es wäre für sie ein viel größerer Vorteil, ihre kleinen Unstimmigkeiten mit Deutschland zu beseitigen, sogar im jetzigen Augenblick und sogar unter weniger günstigen Bedingungen, als China an Rußland und Japan auszuliefern. Ist das der Anfang des Kampfes um die Vorherrschaft zwischen den weißen und gelben Rassen im fernen Osten? Ich bin geneigt, es zu glauben. Können die Menschen in Europa diese Frage nicht fassen und müssen sie ihre Aufmerksamkeit stets, diese auf die Nordsee, jene auf die Vogesen oder Konstantinopel richten? Welchen Wert wird die Nordsee, wird Konstantinopel haben, wenn dieser große Kampf zwischen der gelben und der weißen Rasse beginnt? Vielleicht wird der Kampf anfangs ein ökonomisches Äußere haben, nicht durch hohe Tarife oder wirtschaftliche Bündnisse, sondern durch das bloße Gewicht kolossaler Vorräte und niedriger Löhne. — Diese Betrachtungen begegnen sich teilweise mit denen der schwedischen Zeitung „Nya Daglight Allehanda": Wenn Japan im guten die Mandschurei, Port Arthur und Dalny abgibt und die Ausbeutung der Mandschurei Rußland überläßt, kann dies Bündnis als ein ernstes aufgefaßt werden, und erst dann kann Japan auf eine unumschränkte Unterstützung Rußlands rechnen, wenn Japan sich nach anderen Interessensphären umsieht. In Betracht kommen nur die chinesischen Besitzungen, die unter englischem Einfluß stehen, und die Besitzungen im fernen Osten, die jetzt Amerika und Holland angehören.

Die Stimmung in Deutschland. In einer schwedischen Zeitung schildert Professor Kjellén, der im Juni Deutschland besucht hat, seine Eindrücke: Der erste Eindruck von den Soldaten, die man sieht, ist die Menge der Reserven Deutschlands zur Fortsetzung des Krieges. Was die Qualität betrifft, wird man auf die zwanglose Haltung aufmerksam. Wo ist der Militarismus, wo der sklavische Drill?

Digitized by Google

Vielleicht war der Drill nur ein Mittel. Aber die beurlaubten Soldaten zeigen einen nicht fehl zu deutenden Zug der Müdigkeit. Es läßt sich nicht leugnen, daß Zeichen einer Kriegsmüdigkeit sich jetzt in Deutschland zeigen. Es ist aber ein vollständiger Irrtum, wenn man sie als Symptome der Schwäche auffaßt. Ein Rausch, wie ihn die Vaterlandsliebe zeugt, kann nicht ewig dauern. Neben der natürlichen physischen Müdigkeit beobachtet man eine ruhige Entschlossenheit, seine Pflicht zu tun und das Werk zu Ende zu führen. Stockholms „Tidningen" schließt an diese Sätze die Betrachtung: Das große Völkerschlachten ist eine Benennung, die sich ausgezeichnet für den jetzigen Krieg eignet. Die schlimmsten Verluste sind nicht die verlorengegangenen Menschenleben, sondern die Verminderung der nationalen Kraft, die durch sie vertreten wird. Es scheint, daß man in sämtlichen kriegführenden Ländern eine Verminderung der Geburtszahlen und eine Steigerung der Kindersterblichkeit konstatieren kann. Das große Völkerschlachten droht damit die große Volkszerstörung zu werden. Wann wird die Einsicht unter den Kriegführenden hierüber genügend stark werden?

Wie man sich die Friedensmöglichkeiten denkt, sagt die „Gotenburger Handelszeitung" vom 22. Juli: Die Herren Militärs und Diplomaten könnten sich wohl über eine Ordnung einigen, durch welche ein Angriff gegen Deutschland vom Westen her erschwert würde. Es scheint auch nicht, als ob die Russen im Ernst daran denken könnten, Polen zurückzuerobern, oder sich eines Hauptteils der österreichischen Monarchie zu bemächtigen. Es ist in diesem Zusammenhang interessant zu demselben Thema die holländische Zeitung „Nieuws v. d. Dag" folgendermaßen sich äußern zu hören: Es sind die echten Militaristen und Nationalisten, die den Kanzler drängen, seine Pläne aufzudecken. Gegen ihre Auffassungen wendet sich das Organ des Kanzlers scharf genug. Was es gegen die Einverleibung fremder selbständiger Völkerschaften sagt, ist sehr bemerkenswert und scheint gute Aussicht zu geben, daß ein Kompromiß mit der einzig annehmbaren Lösung betreffs Belgiens doch noch möglich wäre; — man kann das in seinem Innern für unvermeidlich erachten und taktische Gründe haben, es noch nicht auszusprechen. Aber solche taktische Gründe, solche Angst vor einem offenen kühnen Worte — wie lange wird dieses finstere Gewerbe kleiner Seelen den Frieden noch zurückhalten? ... Während „Führer" der Politik und „Führer" der öffentlichen Meinung, kleine erbärmliche Egoisten, ihr Spielchen fortsetzen, dröhnen die Kanonen dort auf den Schlachtfeldern weiter und die Völker verbluten sich....

Eine belgische Stimme gegen Schutzzölle. In der „Indépendance belge" erbringt Lambert den Nachweis, daß ein Schutzzoll für Belgien ungünstig sei: „Diese Frage ist für alle klar, außer für die, welche die (beinahe verrückte) Ansicht hegen, daß Deutschland vernichtet und endgültig als europäische Macht erledigt werden könnte."

Digitized by Google

Neuerscheinungen

Der **Begriff der Nation** wird von Professor B. Bauch in einer kleinen Schrift (Reuther & Reichard) entwickelt. Folgendes ist das Ergebnis: die Nation ist Voraussetzung und Ziel, als Voraussetzung durch Geburt und geschichtliche Gewordenheit gegeben, Ziel und Aufgabe als noch zu werdende Bestimmung. Je stärker und tiefer das Leben der Nation in ihrem eigenen Kulturkreis ist, um so stärker und tiefer befruchten sich die Nationen gegenseitig, um sich im Sinne der Menschheit zusammen zu finden.

Die Orientpolitik Napoleons I. untersucht Gustav Roloff (Heft 16 der Orient-Bücherei, G. Kiepenheuer, Weimar). Es lag nach seinen Untersuchungen nicht am guten Willen Napoleons, daß die Pforte die Stürme der Revolution und des Kaiserreiches fast unversehrt überdauerte. „Seine Orientpolitik trägt denselben egoistischen französischen Zug, wie seine auswärtige Politik überhaupt. Die Pforte sollte untergehen. Rücksicht auf nationale Eigenart lag ihm völlig fern, sobald das Interesse der französischen Macht in Frage kam. Die Idee, daß es einen sittlichen Wert und politischen Vorteil haben könne, die vernachlässigten und geknechteten Völker um ihrer Kultur willen zu heben und zu entwickeln, hat keinen Platz in seiner Gedankenwelt."

Der österreichische Werkbund läßt, dem Beispiel des deutschen Bruderbundes folgend, das erste Jahrbuch in die Welt hinausgehen. Es entspricht in seiner Anlage im wesentlichen dem deutschen, dient aber außer der Verdeutlichung des gegenwärtigen Standes zugleich einer Übersicht über die Geschichte des österreichischen Werkschaffens, wie sie sich aus den Bildern des österreichischen Hauses in Rom 1912 und in Köln und Leipzig 1914 ergibt. Österreich hat für geschmackvolle, gediegene Arbeit schon lange hohe Geltung. So nimmt es nicht Wunder, daß auch das moderne Kunstgewerbe, vor allem in Porzellanen, Glassachen und Stoffen, besonders hoch steht. Neben dieser Feststellung ist von besonderer Bedeutung die, daß, rein handwerklich genommen, Kunsthandwerk und Architektur, je weiter desto sicherer, ihren eigenen Weg schmuckloser, nur durch Linie und Fläche wirkender Arbeit gehen. So kommt diese erste Veröffentlichung des österreichischen Werkbundes als die erste Bestätigung des Gedankens zurecht, den Professor Dr. Jäckh in dieser Zeitschrift (und danach in der Flugschrift „Werkbund und Mitteleuropa" ausgesprochen hat, daß Mitteleuropa nicht nur ein politischer, sondern auch ein kultureller Begriff sein und immer mehr werden müsse. Die Veröffentlichung hat der Wiener Verlag Schroll übernommen, der sich durch seine letzte Tätigkeit immer deutlicher als der Verlag erweist, der die alten ruhigen Traditionen der österreichischen Kultur zugleich mit den Forderungen des neuen Willens zu fördern weiß.

Die Neue Jugend, eine in ihrem Erscheinen durch den Krieg unterbrochene Zeitschrift der Jüngsten, meldet sich wieder zum Wort. Dichter wie J. R. Becher, A. Ehrenstein, Th. Däubler beteiligen sich daran, ein beachtliches intellektuelles Vorwort schreibt H. Blüher. Die Richtung ist die des Forum, sie geht auf die Pflege europäischer, allgemein menschlicher Kultur.

Digitized by Google

Literatur

E. Oberfohren, Französische Bestrebungen zur Verdrängung des deutschen Handels. Jena, G. Fischer. **V. Cambon, Ein Franzose über Frankreich. Frankreichs wirtschaftliche Ziele.** Übertragen von Prof. Dr. H. Großmann. Berlin, D. Reimer (E. Vohsen.)

Der Frage, wie sich die durch die Kriegslage gebotene Gelegenheit zur Vernichtung oder dauernden Schädigung des deutschen Handels am vorteilhaftesten ausnützen ließe, wird in Frankreich seit Kriegsbeginn von öffentlicher und privater Seite die regste Aufmerksamkeit geschenkt. Zahlreiche Organisationen wurden geschaffen, die den Wirtschaftskrieg gegen Deutschland in die Wege leiten und durchführen sollten. Dabei handelte es sich keineswegs nur um die Ausschließung Deutschlands vom französischen Inlandsmarkte, vielmehr faßte man von vornherein als Ziel die Verdrängung der deutschen Waren vom Weltmarkt überhaupt und ihren Ersatz durch französische Fabrikate ins Auge. In einem „Nachkriege" hoffte Frankreich sich für die schweren wirtschaftlichen Opfer, die ihm der lang andauernde Krieg auferlegt, schadlos zu halten. Von diesen bei dem künftigen Friedensschluß wohl zu beachtenden Maßnahmen haben wohl die Zeitungen einzelnes berichtet, aber erst die Schrift von Oberfohren, die im Kieler Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft ausgearbeitet wurde, gibt eine übersichtliche Zusammenstellung des ganzen darauf bezüglichen, gegenwärtig schwer zugänglichen Materials. Der Verf. hat sich mit dieser Arbeit den Dank aller verdient, die an der Wiedergewinnung unserer weltwirtschaftlichen Stellung mitzuwirken berufen sind. Auf die Frage der Verwirklichungsmöglichkeit jener Pläne ist er nicht eingegangen. Für den Durchschnittsfranzosen ist der Erfolg eine ausgemachte Sache. Wohl vermag sogar französische Eigenliebe sich nicht der Einsicht zu verschließen, daß Frankreich im wesentlichen durch eigene Schuld auf dem Weltmarkt ins Hintertreffen geraten war. Aber im Grunde glaubt man doch zuversichtlich, wenn nur erst einmal der unersättliche Nebenbuhler beseitigt sei, ohne besondere Kraftaufwendung aller Schwierigkeiten Herr zu werden. Diesem Optimismus stellt V. Cambon in der vorliegenden Schrift, die einen vor der Gesellschaft französischer Zivilingenieure in Paris gehaltenen Vortrag wiedergibt, auf Grund seiner eingehenden Kenntnisse der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands die tatsächlich vorhandene Lage gegenüber. Cambon teilt nicht die naive Unwissenheit seiner Landsleute, die schöne Worte und rasch vergessene gute Vorsätze für hinreichend halten, um mit Deutschland in aussichtsvollen wirtschaftlichen Wettbewerb zu treten. Nach seiner Ansicht kann Deutschland nur mit seinen eigenen Waffen geschlagen werden, wenn es nämlich gelingt, die geheime Quelle des deutschen Erfolgs, die unermüdliche zielbewußte Arbeit, die keine Kraft nutzlos vergeudet, sondern eine jede zweckentsprechend verwendet und nach Möglichkeit steigert, auch in Frankreich fruchtbar zu machen.

Digitized by Google

Diese Forderung aber bedeutet, wie C. einsichtig ausführt, nichts Geringeres als eine Umformung und Erneuerung des gesamten französischen Wirtschaftslebens. Dem selbstzufriedenen, tatenscheuen Individualismus gilt es den Abschied zu geben und das ganze Volk zu gemeinsamem Ringen nach dem einen großen Ziele aufzurufen. Die wirksamste Hilfe bei dieser nationalen Neugestaltung erwartet C. von einer gut geleiteten Presse, die nicht nach Art der Pariser die Leser mit Sensationen füttert, sondern wie die deutsche die Öffentlichkeit über ernste, die Zeit bewegende Fragen in geschickter Form zu belehren versteht. Mit bemerkenswerter Schärfe wendet er sich zum Schluß gegen den Alkoholismus, den er als ein Haupthindernis für einen wirtschaftlichen Aufstieg Frankreichs kennzeichnet. Der Aufsatz gehört zu den französischen Kriegsschriften, die sich um sachliche Förderung bemühen und den gegebenen Tatsachen ins Auge zu schauen wagen. Es war deshalb durchaus gerechtfertigt, ihn durch Übertragung weiteren Kreisen zugänglich zu machen.

Dr. W. Stahl

Die Idee einer Hochschule für Frauen und die Frauenbewegung. Von Eduard Spranger. Dürrsche Buchhandlung. Leipzig 1916. M. 1.20.

Die Schrift Sprangers erscheint vor allem bedeutsam, insofern sie von vornherein die Frauenbewegung über alle besonderen sozialen und individuellen Bestrebungen fort als Teil des großen Menschheitsprozesses begreift und aus dieser allgemeinen Einstellung den Boden gewinnt für eine Betrachtung der Frauenbildung, ihrer wesentlichen Merkmale und Zweckbestimmungen, wie sie mit der beginnenden Emanzipation der Frau sich herauskristallisierten und in der ‚sogenannten Hamburger' Hochschule für das weibliche Geschlecht (1850) die für diese ersten Versuche einer spezifisch weiblichen Bildung charakteristische Prägung fanden, und wie sie schließlich mit der Gründung der Leipziger „Hochschule für Frauen" (1911) von neuem und auf sehr veränderter Grundlage aufgenommen wurden. Dieser neuen Hochschule für Frauen, ihrem heutigen Aufbau, ihren Absichten und Aussichten, der Auseinandersetzung mit der von ihr vertretenen Idee gilt das Hauptinteresse dieser Schrift, die objektiv und überzeugend das Wertvolle und Zukunftsreiche dieser Schöpfung: die Möglichkeit einer dreiteiligen Berufsbildung (pädagogisch, sozial und medizinisch), darlegt und sie eindringlich auf diese begrenztere Sphäre spezifisch weiblicher Kulturarbeit verweist, nicht ohne auf die Gefahr aufmerksam zu machen, die andernfalls aus einer Zersplitterung des Wollens, d. h. einer Annäherung an das alte Humanitätsideal der allgemeinen harmonischen Bildung erwächst. P. S.

Nachdruck aus dem Inhalt unter genauer Quellenangabe gestattet.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Weimar Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

1. Jahrgang * 11. August 1916 * Heft 33

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Rumänien

Von Professor Dr. E. Jäckh

Politik ist schon die Erreichbarkeit des Möglichen genannt worden. Politik ist noch mehr die Berechnung des Nötigen. Eine gewisse Gesetzmäßigkeit bestimmt alle Politik. Die „Diplomaten" machen gute oder schlechte Arbeit, je nachdem sie die bestimmte Gesetzmäßigkeit mehr oder minder erkannt haben — von den geographischen Grundtatsachen an über wirtschaftliche und politische Bedürfnisse hin bis zu den seelischen Schwingungen eines Volkes; und die „öffentliche Meinung" irrt gleichermaßen minder oder mehr, je nachdem sie die gegebenen Zusammenhänge erkennt und durchdenkt oder nur geläufige Schlagworte nachschwatzt. Solche Erfahrung wiederholt sich in Bukarest wie in Berlin — und sonstwo.

Versuchen wir, die rumänischen Möglichkeiten und Notwendigkeiten anzudeuten — und zwar in der Form zunächst der Wiederholung von drei Darstellungen, die ich in den zwei Kriegsjahren bei verschiedenen Anlässen bereits gegeben habe:

Zuerst anfangs Oktober 1914:

„Der Staatssekretär von Kiderlen-Wächter war es, der seinem königlichen Freund Karol in Bukarest auf Grund zehnjährigen Zusammenarbeitens die vielsagende Bezeichnung jenes schweigsamen Wesens gab: ‚Die Sphinx des Balkans'. Der rumänische König hat im Balkankrieg die Richtigkeit solcher Kennzeichnung bestätigt: er hat still und stumm und mit starrem, rätselgefurchtem Antlitz die sichere Stunde abgewartet, die seinem Volk bei möglichst geringem Einsatz den möglichst großen Ge-

Digitized by Google

winn bringen konnte. So hat Rumänien ohne eigentliche Kriegsbeteiligung die Sehnsucht von langen Jahren in einer einzigen Woche erreicht und erfüllt: den Besitz des bulgarischen Silistria und des zugehörigen Dreiecks und zugleich die Erhöhung zur ersten Balkanvormacht, die den fünf anderen Balkankämpfern den Frieden von Bukarest diktieren konnte — fast wie ein Diktator ... Auch in diesem Krieg bleibt bisher der greise König von Rumänien die ‚Sphinx des Balkans' und Europas: still und stumm und mit starrem, rätselvollem Antlitz die sichere Stunde abwartend, die seinem Volk bei möglichst geringem Einsatz den möglichst großen Gewinn bringen kann. Zweierlei Vorteilsmöglichkeiten winken diesmal der rumänischen Erwartung: westwärts wie ostwärts. Westwärts winkt in Österreich-Ungarn Siebenbürgen und Bukowina mit rumänischer Bevölkerung (etwa 3 Millionen Rumänen), und ostwärts lockt in Rußland das weite Bessarabien, wo gleichfalls die rumänische Bevölkerung überwiegt (mit etwa 1 ½ Millionen Rumänen). Der Westen wirkt und verwirrt wie eine unangenehme Gegenwart: die nationale Ungerechtigkeit Ungarns gegen die rumänische Klasse hat Schwierigkeiten und Widerwärtigkeiten in Hülle aufgetürmt. Der Osten zielt und zählt wie eine schon vergessene Vergangenheit und wie eine noch unverstandene Zukunft: den Raub von Bessarabien durch Rußland (1878) hat die vorige Generation bereits erlebt, und der Wiedergewinn ist der Jugend bisher kaum greifbar erschienen. Wer die Karte von Rumänien anschaut, dem kann der Vergleich mit einer schwankenden Wage kommen: die Wagschalen sind ungleich gefüllt, auf der österreichischen Seite viel, auf der russischen Seite wenig, und der Hebel zittert zwischen Österreich und Rußland. Wird die Wage gegen Westen oder gegen Osten sich neigen und sich entscheiden? — Für eine kleinere Gegenwart oder für eine größere Zukunft? — Die öffentliche Meinung Rumäniens rechnet mit Tageseindrücken und Tageswerten. Ein solcher Tageseindruck ist die vermeintliche ‚Niederlage Österreichs bei Lemberg' und ‚der Sieg Rußlands' fast vor den Toren Rumäniens. Und ein solcher Tageswert ist deshalb auch der scheinbare Glückszufall, im ‚geschlagenen und geschwächten Österreich' die rumänischen Landsleute ‚erlösen' zu können, und umgekehrt die vermeintliche Unmöglichkeit, dem ‚siegreichen und starken Rußland' sein Bessarabien abzunehmen. Das ist die Vorstellung der rumänischen Phantasie, die in

Digitized by Google

ihrer romanischen Art und in ihrem entzündlichen Temperament der französischen Seele am nächsten verwandt ist, auch in ihren Sympathien, und die von französischen Agenturen verhätschelt und verführt wird. Und der russische Rubel rollt ... Aber der König hält stand, still und stumm, und das erfahrene Auge gerichtet auf die größere Zukunft. Mag die Möglichkeit, bei einem rumänischen Marsch gegen Österreich auf deutsche Truppen in Galizien zu stoßen, dem preußischen Hohenzollern unangenehm sein — ausschlaggebend ist solche Vorstellung nicht: Karol von Rumänien ist nach und angesichts einer 50jährigen Regierungstätigkeit mehr rumänischer König als deutscher Hohenzoller. Die rumänische Zukunft kann nur antirussisch gedacht werden: ein siegreiches Rußland wäre der Koloß, durch den auch Rumänien erdrückt würde. Russische Rechnungen und französische Versuchungen schmeicheln sich mit dem rumänischen Kronprinzen — und täuschen sich: es ist einer der öffentlichen Irrtümer, die Neigungen der Kronprinzessin mit der Überzeugung des Kronprinzen zu verwechseln. Das schwankende Ministerium kann durch die bulgarisch-türkische Gemeinschaft gewarnt und gestützt werden ... Einstweilen harrt die rumänische Sphinx still und stumm ihrer Stunde, die dem Volk bei möglichst geringem Einsatz den möglichst großen Gewinn bringen soll ..."

Dann anfangs Mai 1915 (vor der Entscheidung Italiens):

„Mancherlei Gleichklang durchzieht Rom und Rumänien. Auf die gleiche Wurzel berufen sich beide: die Enkel der römischen Heimat und die Söhne der römischen Kolonie; und wer mit lateinischer Kenntnis in Rom und Bukarest Aufschriften und Zeitungen gelesen und verstanden hat, der weiß auch, daß und warum die rumänische Sprache stolz darauf ist, noch ‚römischer als Rom' geblieben zu sein. Beiden romanischen Völkern ist die dritte ‚Schwesternation' mit Paris ein kulturelles Ideal, ein politisch-parlamentarisches Vorbild geworden. Die gleiche Lage lehnt beide Staaten an die Ränder von Österreich-Ungarn und läßt je beiderlei Volkseinheiten durch eine österreichische und ungarische Grenze durchschneiden. Diese gleiche Geographie und Ethnographie gibt beiden Völkern gleichgerichtete Beschwerden und gleichgesinnte Absichten — zur Befreiung und Erwerbung ‚unerlöster' Teile, der Irredenta. Gleichgeartete Verträge sollten zwar die dazwischen liegende Monarchie gegen offene Feindseligkeiten schützen;

Digitized by Google

aber aus der gleichen Berechnung umwerben die großen Feinde der Zentralmacht deren kleinere ‚Freunde', um sie auf beiden Seiten wie eine zwingende Zange anzusetzen. In solcher Instrumentierung ist sich der Dreiverband als Ganzes gleich; aber die Beziehungen der Einzelmächte zu den beiden Werkzeugen sind verschieden: für Rumänien kann nicht England oder Frankreich, sondern nur Rußland gefährlich werden; für Italien nicht Rußland und weit mehr England und Frankreich. Deshalb wird eine römische Kriegsentscheidung nicht notwendig auch eine rumänische Kriegsbeteiligung herbeiführen. . . . . Ganz gleich aber wird schließlich das Schicksal beider romanischen Staaten darin: als ‚Bundesgenossen' Rußlands, Englands und Frankreichs zu Vasallen herabzusinken (Rumänien für Rußland, und Italien für England und Frankreich); dagegen als Freunde der siegreichen Zentralmächte selbst auch an endgültiger Selbständigkeit zu gewinnen . . . Darum geht doch aber der Krieg: um die endliche und endgültige Befreiung des Balkans und des Orients vom russischen Druck. Der deutsch-österreichische Sieg unserer Armeen in den Karpathen und an der rumänischen Grenze wird in Bukarest hörbarer und wirkungsvoller als ein englisch-französischer Erfolg der Diplomatie in Rom..."

Und schließlich anfangs Juni 1915 (nach der Entscheidung Italiens): „. . . Rumänien war und ist weder antideutsch noch prorussisch; es ist in seiner kulturellen Artung französisch gerichtet und in seinem politischen Willen rumänisch. In der Zielsetzung freilich ist Rumänien geteilt — in eine ‚öffentliche Meinung' der lauten Straße und eine ruhige Überlegung des verschlossenen Kabinetts: jene gebärdete sich antiungarisch und antiösterreichisch und forderte die ‚Erlösung der rumänischen Irredenta' in der österreichischen Bukowina und im ungarischen Siebenbürgen — zu Beginn des Krieges noch lärmend, heute schon leiser. Die rumänischen Minister dagegen, mit denen ich in Bukarest über diese Zusammenhänge verhandelt habe, hatten und haben eine klare Vorstellung von den Möglichkeiten und Notwendigkeiten der rumänischen Entwicklung: ein Raub von Bukowina und Siebenbürgen könnte vielleicht gelingen — meinten sie; das gliche aber einem Danaergeschenk von Rußlands Gnaden und erneuerte und vermehrte die Abhängigkeit Rumäniens

Digitized by Google

von Rußland. Nach der andern Seite gehe die Zukunft Rumäniens: nach dem russischen Bessarabien hin, das einst rumänisches Gebiet war und durch Rußland vergewaltigt wurde, das eine weitere Fläche bedeutet als Bukowina und Siebenbürgen und das eine dem rumänischen Bauern näherstehende soziale Schicht enthält als das österreichische Kronland. Ein rumänisches Bessarabien — das wäre die endgültige Befreiung Rumäniens von Rußland, und das gäbe dem so gestärkten Rumänien auch weitere Kraft zu einer schließlichen Verständigung mit Österreich-Ungarn. — Danach hat bisher das rumänische Kabinett gehandelt . . ."

Seit dieser Beurteilung ist wieder ein Jahr über Rumänien hingegangen das zweite Kriegsjahr: hat es für Rumänien bisher andere, neue Gesichtspunkte gebracht?

Die geographische Tatsache ist geblieben: Rumänien kann von England und von Frankreich nicht gedrückt noch „beinflußt" werden (wie Italien und wie Griechenland), weder durch Aushungerung noch durch Einführung, weder durch „Peitsche" noch durch „Zuckerbrot". Nur Rußland liegt an der Grenze — — aber auch der ganze Vierbund ist seitdem ringsum dorthingewachsen: die damals schon dargestellte bulgarisch-türkische Gemeinschaft und ebenso die österreichisch-deutsche Gemeinschaft reichen sich in sicherer Einheit die Hand. Welche Gefahr ist größer?

Der rumänische Willen ist geblieben: die rumänische Selbständigkeit zu erhalten und zu erhöhen — auch Rußland gegenüber. Das Beispiel des serbischen Schicksals und der griechischen Ohnmacht bedeutet eine beredte Warnung: Rumänien hat bisher russische Invasionsversuche außer Land zu weisen gewußt und vermocht.

Das rumänische Ziel ist geblieben: bei möglichst geringem Einsatz einen möglichst großen Gewinn zu erreichen. Heute wäre der Einsatz des einzigen Rumänien gegen den gesamten nachbarlichen Vierbund nicht mehr gering und ein Gewinn nie so groß, daß die rumänische Existenz aufs Spiel gesetzt werden könnte.

Und die Siegessicherheit unseres Vierbundes ist geblieben: im Westen kommt keine französisch-englische Offensive durch, im Nordosten keine russische Masse und auch im Südosten ein russischer Versuch nicht mehr. Schließlich auch wirtschaftlich hat sich unsre Unabhängigkeit nur verbessert: dank dem Handelsunterseeboot und dank der neuen Ernterechnung, die

Digitized by Google

mehr als das Doppelte bringen kann, als Rumänien in einem ganzen Jahr herausgelassen hat.

Darum — wie ich schon im Juni des vorigen Jahres schloß: „So und so — — wir können ruhig bleiben und des schließlichen Sieges sicher sein."

Streiflichter zur Weltlage XIV

Von Professor Dr. Schiemann

Wir stehen unter dem erhebenden Eindruck der Kundgebungen Seiner Majestät des Kaisers zum zweiten Jahrestage des Krieges. Sie wenden sich an das gesamte deutsche Volk und an unsere Wehrmacht zu Lande und zur See. Ein besonderer Dankerlaß, mit dessen Veröffentlichung der Kriegsminister beauftragt war, gilt den Männern und Frauen, die hinter der Front ihre Arbeitskraft opferfreudig dem Vaterlande zu Dienst gestellt haben. Das alles ist so schlicht, so zuversichtlich und so wahr in Ausdruck und Empfindung, daß es uns das Herz bewegt und die Zuversicht stärkt, mit der wir der Zukunft kämpfend entgegenschreiten. Es ist ja kein Zweifel darüber möglich, welches das Schicksal war, das die große Verschwörung unserer Feinde uns zu bereiten gedachte. Auf deutschem Boden, in der Hauptstadt des Reiches sollten ihre siegesgewissen Scharen sich treffen, um dort über die große Amputation zu beschließen, die sie an Deutschland vorzunehmen vereinbart hatten, und ein für allemal dem deutschen Genius die Flügel zu brechen. Zwei blutige Jahre haben sie gelehrt, daß ihre Pläne auf Sand gebaut waren, daß nicht auf deutschem, sondern auf ihrem Boden um den endgültigen Sieg gekämpft wird, daß jeder ihrer Hiebe durch einen stärkeren, besser treffenden Hieb pariert wurde, und daß auch alle Mittel hinterlistiger Tücke versagten, die darauf berechnet waren, uns den Mut zum Ausharren zu lähmen. Sie zogen aus, um zu bekämpfen, was sie heuchlerisch den deutschen Militarismus nannten, und haben sich genötigt gesehen, ihn nachzuäffen, so gut sie es eben verstanden. Schon zwei Jahre vor Ausbruch des Krieges mußte Frankreich sich verpflichten, auf russisches Gebot die Last der dreijährigen Dienstpflicht auf sich zu nehmen; Rußland hat alle Befreiungen vom Heeresdienst aufgehoben, die es bestimmten Gruppen der Bevölkerung gewährte, und ist jetzt so weit gekom-

Digitized by Google

men, daß es selbst die Nomaden Sibiriens, Kirgisen, Kalmücken, Tschuwaschen und wie sie alle heißen, „schnöde Völker" im vollen Sinn des Wortes, an die Front ziehen muß, um sie als frisches Kanonenfutter dienen zu lassen; daß sich England dazu bequemen mußte, die vielhundertjährige Vorstellung aufzugeben, daß der Krieg ein Sport sei für die „jüngeren Söhne jüngerer Brüder", und Beruf nur für den Söldner Tommy Atkins, daß die Nation als solche aber, gleichviel ob in Kriegs- oder in Friedenszeit, ihrer business unbehindert nachgehen könne — das bedeutet eine Revolution im Denken wie im politischen Leben des englischen Volkes, von deren Tragweite es jetzt noch unmöglich ist, sich eine klare Vorstellung zu machen. Sicher ist nur das Eine, daß England niemals mehr zum Status quo des August 1914 wird zurückkehren können, denn durchaus anders muß das Verhältnis Englands zu seinen großen Dominien Kanada, Neufundland, Australien, Neuseeland, Südafrika sich in Zukunft gestalten. Die Entwickelung, die sich ankündigte, als die Königin Viktoria ihre erste „Imperial Conference" zusammenrief, deren allmählich wachsendes Programm dahin ging, die Wehrkraft der Kolonien dem Zentrum zu Dienst zu stellen und eine wirtschaftliche Einheit zu begründen, ist in ihrem ersten Teil verwirklicht worden. Die Dominien haben Truppen und Schiffe gestellt, mehr als erwartet werden konnte und auch die Blutopfer gebracht, die England von ihnen verlangte: die Dardanellen, Ägypten, Mesopotamien, die Schlachtfelder in Frankreich wissen davon zu erzählen — aber schon jetzt steht fest, daß sie diese Opfer nicht umsonst gebracht haben wollen. Was sie verlangen, ist ihr Pfund vom politischen Fleisch Englands, oder, um es praktisch zu formulieren, sie wollen ihren Anteil an der Regierung des Greater Britain haben, von dem in Zukunft einmal die schottisch-englische Insel nur ein unbedeutender Teil sein wird. Gleichsam ein Symbol, eine Erinnerung an eine untergegangene Vergangenheit, und es ist keineswegs undenkbar, daß bereits unsere Söhne oder Großsöhne den Tag erleben, da der Sohn eines Farmers aus Vandiemensland oder Australien als Prime Minister die Thronrede in Westminster verliest. Dagegen läßt sich schon jetzt mit Bestimmtheit behaupten, daß die heute bestehende wirtschaftliche Einigung zwischen Mutterland und Kolonien den Krieg nicht überdauern wird. Die klimatischen Verhältnisse und der Egoismus der Produzenten sträuben sich gegen Ver-

Digitized by Google

pflichtungen, die im Effekt einem dauernden Tribut gleich kämen. Die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz sind weder in England noch in den Dominien populär und werden als Anlauf zu einer schweren wirtschaftlichen Schädigung hüben wie drüben empfunden. Eine weitere Wandlung zum Schlechteren hat England und mit ihm Frankreich sich und der Welt dadurch bereitet, daß die Schwarzen Afrikas nicht nur zur Bekämpfung von Weißen auf afrikanischem Boden, sondern auch auf den Schlachtfeldern der Somme und der Maas herangezogen wurden. Die Rückwirkung, welche das dadurch gesteigerte Machtbewußtsein dieser Barbaren auf die afrikanischen Kolonien haben muß, läßt sich nur ahnen; daß sie verhängnisvoll sein wird, vorhersehen. Die schwarzen „Kriegsklaven", denn das sind sie doch, werden, so viele ihrer am Leben bleiben, früher oder später in ihre Heimat zurückkehren, und wenn man sie gleich entwaffnet heimschicken sollte, werden gewiß unternehmende Händler sich finden, die ihnen die Waffen wieder zuführen, deren Handhabung und deren furchtbare Wirkung sie kennen gelernt haben. Gewiß werden weder England noch Frankreich Grund haben, sich über die Möglichkeiten zu freuen, die damit am Horizont aufsteigen.

In weit höherem Grade aber droht der Welt der weißen Völker eine Gefahr von der gelben Welt, die England und Rußland systematisch in den europäischen Konflikt hineingezogen haben. Von seiten Rußlands kann es nicht Wunder nehmen, die Russen haben niemals einen Ekel vor asiatischer Blutmischung empfunden. „Grattez le Russe, et le Mongole sortira" läßt sich noch heute mit geringer Variante des napoleonischen Wortes sagen. Sie gehen unbedenklich Ehen mit allen Volkselementen ein, auf die sie bei ihrem „Suchen nach einer Grenze" in Asien stoßen, vorausgesetzt, daß ein russischer Priester solche Ehen einsegnet. Das russische Volk ist ja keine nationale Einheit, auch keine Rasseneinheit, sondern eine höchst elastische konfessionelle Gemeinschaft, die durch den heute stark erschütterten zarischen Absolutismus zusammengehalten wird. In den Hunderttausenden von Gelben, die aus Japan, China, Korea alljährlich in das russische Asien einwandern, sieht man daher keine Gefahr für Rußland, sondern vielmehr eine Stärkung der Wehr- und Arbeitskraft durch dauernde oder zeitweilige Kolonisten, welche die Arbeit an unerschlossenen Gebieten leisten, die der europäische Russe zurzeit noch

Digitized by Google

nicht leisten kann oder nicht leisten will. Um die Zukunft aber sorgt man nicht, auf irgendwelche Weise denkt man diese Elemente zu assimilieren, wie Kirgisen und Kalmücken eingegliedert wurden.

Ganz anders aber hat von jeher die angelsächsische Rasse sich in all ihren Verzweigungen zur „gelben Gefahr" gestellt. Wenn England seit 14 Jahren im Bündnis mit Japan steht, hat es doch niemals daran gedacht, den Japanern eine soziale Gleichstellung zu gewähren. Die Blutmischung mit ihnen gilt für ebenso schimpflich wie die mit Schwarzen oder Abkömmlingen von Schwarzen. Aber England ist Schritt für Schritt genötigt gewesen, den Japanern Zugeständnisse zu machen, und Australien konnte nicht anders, als diesem Beispiel folgen; wenn es sich auch sträubte, den Japanern die Erwerbung von Grund und Boden in Australien zu gestatten, ist der Verkehr und ein damit verbundener Aufenthalt von gelben Geschäftsleuten immer häufiger geworden. Das muß, wie das Beispiel von Kalifornien zeigt, notwendig zu Konflikten über Schulfragen und den damit in Zusammenhang stehenden Problemen führen, die Japan mit großer Hartnäckigkeit durchzufechten pflegt. Sucht man jetzt, während der Dauer des Krieges, diese höchst ärgerlichen Gegensätze zu vertuschen, so werden sie nach dem Kriege ausgetragen werden müssen. Nun hat aber Frankreich, dem russischen Beispiel folgend, sich entschlossen, chinesische Kulis zu importieren. Es heißt, daß 500 000 Chinesen in Marseilles erwartet werden, Arbeitskräfte, welche dem lahmgelegten französischen Ackerbau aufhelfen sollen. Sie werden auch andere Hilfe leisten und Spuren ihrer Anwesenheit zurücklassen, Laster und Lebensgewohnheiten, die gewiß nicht leicht zu vertilgen sein werden, da der Niederschlag der buntfarbigen Soldateska, die in englischen und französischen Diensten gegen uns kämpft, damit um ein außerordentlich starkes und zähes Element vermehrt wird. Auch Frankreich wird nach dem Kriege ein anderes Gesicht zeigen als vor demselben, ganz abgesehen von den tiefgreifenden Wandlungen, welche dieser Krieg im politischen Parteileben Frankreichs ohne Zweifel hervorrufen muß. Es tritt ja handgreiflich zutage, daß es die Anstifter des Krieges in Frankreich, England und Rußland sind, die, um ihrer Selbsterhaltung willen, alles tun, was in ihren Kräften steht, um die erlahmende Kriegslust lebendig zu erhalten. In England hat man erst seit dem Beginn der Schlachten an der Somme den vollen Ernst des

Digitized by Google

Krieges zu fühlen begonnen. Die furchtbaren Lücken in den Reihen der englischen Aristokratie und des an behäbigen Luxus gewöhnten Mittelstandes werden erst jetzt schmerzlich empfunden, und ebenso beginnt man erst heute einer Teuerung gegenüberzustehen, die trotz der erhöhten Löhne sich auch in den Reihen der Arbeiterschaft empfindlich fühlbar macht. Nach beiden Richtungen ist eine Verschärfung des geistigen und materiellen Drucks zu erwarten. Sucht man die Kriegsopfer durch möglichste Schonung der Vollblutengländer auf Kosten der Kolonien und durch Heranziehung englischer Hilfsvölker zu mindern, so wird darauf hingearbeitet, durch rücksichtslose Ausbeutung der Neutralen die steigende wirtschaftliche Not zu mildern. Der gegen Deutschland gerichtete Aushungerungskrieg, der uns, namentlich seit der formellen Aufhebung der Londoner Deklaration, zu Gegenmaßregeln nötigt, führt zu einer Vergewaltigung aller nicht direkt zur Entente gehörenden Staaten, die den Begriff neutraler Freiheit bereits zu einem leeren Wort gemacht hat. Aber auch in England selbst ist unter dem tyrannischen Regiment des Kabinetts jede Grundlage der politischen Freiheit verschwunden. Die Habeas corpus Acte hat ihre schützende Kraft verloren, das englische Asylrecht besteht schon lange ebensowenig wie die Unverletzlichkeit des Briefverkehrs. Die Unverfrorenheit, mit der England sich herausnimmt, die gesamte überseeische Korrespondenz der Welt zu überwachen und seiner Politik dienstbar zu machen, den Geldverkehr und das Geschäftsleben in unerträglicher Weise durch seine schwarzen Listen zu beschränken, sind, abgesehen von der Schädigung, die den Weltverkehr trifft, ebensoviele Eingriffe in die Freiheiten der Engländer selbst. Wir haben mehrfach Gelegenheit gehabt, auf die Erbitterung hinzuweisen, die dadurch gegen das Kabinett laut geworden ist. Sie ist noch gesteigert worden durch das System des Vertuschens, durch welches die Regierung ihre Mißgriffe und ihre Niederlagen der Kritik der öffentlichen Meinung des Landes zu entziehen sucht. Jetzt ist es so weit gekommen, daß Asquith sich hat entschließen müssen, Kommissionen einzusetzen, welche die Gründe der Mißerfolge in Mesopotamien und an den Dardanellen untersuchen werden. Andere Kommissionen werden folgen, und wenn einst auch die Frage nach dem Ursprung des Krieges zur Prüfung gestellt wird, dann läßt sich voraussehen, daß das Strafgericht über die Asquith, Grey und

Digitized by Google

Haldane ebenso hereinbrechen wird, wie über alle Gewalthaber Frankreichs, wenn in Paris die letzte Hoffnung auf die Möglichkeit eines Sieges geschwunden sein wird. Den Schwierigkeiten und Gefahren, die sich aus alledem und aus der sehr ernsten irischen Krisis ergeben, sucht man auf jede Weise durch Aufstachelung des Hasses gegen Deutschland zu begegnen:

Down with the Germans
Down with them all!
O Army, o Navy be sure of their fall!
Spare not one of them, those deceitful spies
Cut their Tongues, pull out their eyes
Down with them all!

So hat der „Daily Graphic" seinen Lesern gesungen, der als unionistisches, den Hofkreisen nahestehendes Organ, bis zum Ausbruch des Krieges uns nicht unfreundlich gegenüberstand! Wenn dieses Blatt jetzt Zungenausschneiden und Augenausstechen predigt, ist damit wohl bewiesen, zu welchen Reizmitteln zu greifen für nützlich gehalten wird. Die Zuversicht auf den endlichen Ausgang kann nur gering sein, wenn man nichts Besseres zu finden weiß. Dafür, daß auch in Rußland die Nemesis ihres Amtes zu walten beginnt, liegen viele Anzeichen vor. Noch treibt der Zar seine Truppen gegen unsere Stellungen vor, aber seine Millionenheere beginnen sich zu erschöpfen und mit ihnen auch die stumpfe Zuversicht derjenigen, die hinter der Front sich der goldenen Ernte erfreuten, die ihnen die rücksichtslose Ausbeutung der unermeßlichen Bedürfnisse des Heeres brachte. Die große Offensive, die, wie es zeitweilig scheinen konnte, zu einem Durchbruche des österreichischen Abschnitts der russischen Südwestfront zu führen drohte, ist glücklich abgewiesen, die Linsingensche Front, an der das österreichische Kommando versagte, ist mit verhältnismäßig geringer Einbuße an Terrain stärker als vorher wiederhergestellt, und wo sonst die Russen vorzustoßen versuchten, sind sie unter wahrhaft furchtbaren Verlusten zurückgeschlagen worden. Jetzt hoffen sie auf den Anschluß von Rumänien, und daß in Bukarest die Vertreter der Entente und die alten Feinde Österreich-Ungarns alles daran setzen, um Bratianu und den König in dieses gefährliche Abenteuer zu drängen, das unterliegt keinem Zweifel. Es wäre für König und Volk ein Va banque-Spiel, das um so bedenklicher erscheint, als der russische Bankhalter schwerlich willens

Digitized by Google

sein wird, Zahlung zu leisten. Die Bukowina, mit der er Rumänien lockt, ist ein unsicherer Gewinn, der bereits verloren sein kann, bevor die rumänischen Truppen mobil sind, und die Nachbarschaft Bulgariens bedeutet eine ernste Gefahr, sobald das rumänische Kabinett sich entschließen sollte, aus der neutralen Haltung, die es bisher behauptet hat, herauszutreten. Unter keinen Umständen ist Aussicht, daß der militärische Spaziergang von 1913 zum zweiten Male wiederholt werden kann, da dieses Mal drei Großmächte den Bulgaren beistehen würden: Österreich-Ungarn, Deutschland und die Türkei. Nicht auf fremdem, sondern auf rumänischem Boden würden die Schlachten geschlagen werden, und was das bedeutet, hat die Geschichte dieses Krieges sehr nachdrücklich gezeigt. Die von Sarrail erhoffte Hilfe aber ist mehr als zweifelhaft. Er braucht selbst Hilfe, um sich zu behaupten; aus Saloniki kann, wenn alles nach Wunsch geht, ein zweites Kut el Amara werden, denn alle Voraussetzungen, die jene Expedition ins Leben führten, haben sich als trügerisch erwiesen. Wenn England und Frankreich im Westen, Rußland im Osten durchgebrochen wären, Griechenland sich der Entente angeschlossen hätte und die Türkei zusammengebrochen wäre, ja, dann hätte Sarrail den Mittelmächten den tödlichen Stoß versetzen können, den unsere Gönner in Paris, London und Petersburg uns zugedacht haben. Aber nicht das ist die Weltlage, und so hoffen wir, daß die besonnenen Elemente in Bukarest schließlich überwiegen werden. Um aber zu Rußland zurückzukehren, so scheint uns trotz des Gewinns der Bukowina und Brodys der Gesamterfolg des ungeheueren Aufgebots an Mannschaft und Material verschwindend gering, wenn man sich der ausschweifenden Hoffnungen erinnert, mit der Zar und Volk an diese Offensive herantraten. Sobald man von diesem Gesichtspunkt ausgeht, erscheint die gegenwärtige militärische Lage im Licht eines bösen Mißerfolgs. Und das ist auch der Eindruck, den man in Rußland hat. Die Liberalen fürchten, daß die Regierung sich unter diesen Verhältnissen zu einem schlechten Frieden entschließen könnte, um ihre volle Kraft zur Niederwerfung der sie sehr beunruhigenden Strömungen zu benutzen, die eine merkwürdige Verwandtschaft mit den Verhältnissen zeigen wie sie kurz vor Abschluß des Friedens von Portsmouth bestanden. Herr Makarow, der jetzt zum Justizminister ernannt ist, stand von 1901 bis Ende 1905 an der Spitze der politischen Polizei,

Digitized by Google

Alexander Alexejewitsch Chwotow, gleichfalls ein Hochkonservativer, ist Minister des Innern geworden, und der Ministerpräsident Stürmer hat das Ministerium des Auswärtigen übernommen, das durch die Verabschiedung Ssasonows freigeworden ist. Das Programm dieser drei Männer verlangt allerdings Bekämpfung der Opposition im Innern, die sie nicht ohne Ursache für bedrohlich halten. Sie wollen daher die inneren Feinde noch während des Krieges niederwerfen, bevor ein Friedensschluß die ungeheuere Zahl der Unzufriedenen freimacht, die jetzt, durch die Strenge militärischer Disziplin gefesselt, noch ungefährlich sind, die aber eine sehr ernste Gefahr bedeuten würden, wenn sie nach ihrer Entlassung die Führer finden, die ihnen den Weg zur Erfüllung ihrer Wünsche zeigen. Die Kundgebung der Fremdvölker Rußlands auf dem Kongreß zu Lausanne hat mehr beunruhigt als man zugeben will, zahlreiche revolutionäre Regungen, wirkliche oder angebliche, hat die Regierung durch Verhaftungen zu unterbinden gesucht, die putilowsche Munitions- und Waffenfabrik ist unter strenge polizeiliche Aufsicht gestellt worden, die große Holzbrücke über die Newa, die vom Winterpalais nach Wassili Ostrow führt, ist in Flammen aufgegangen und zahlreiche Schiffe und Kähne sind dabei von dem Feuer erfaßt worden, ohne daß es möglich gewesen wäre, sie zu retten. Vom Sturm getrieben drohten sie, die gewaltigen Anlagen der Putilowwerke zu vernichten. Zu alledem kommen die ungeheuren Verlegenheiten, welche die Flüchtlinge und Verschleppten der Regierung verursachen. Aus Turkestan, dessen mörderisches Klima im Gebiet der Bewässerungsanlagen nur die Eingeborenen ertragen, sind, wie die „Rjetsch" berichtet, in der Zeit vom 20. April bis zum 31. Mai 10146 Personen, darunter 1691 Minderjährige, auf Verlangen des Generalgouverneurs fortgeschafft worden, und wie dasselbe Blatt berichtet, sollen weitere 10000 dieser Unglücklichen folgen. Darüber, wie viele in Turkestan zugrunde gegangen sind, hat wohl nicht berichtet werden dürfen. Wir wollen aber aus diesem Anlaß nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß hier zuverlässige Berichte über Mißhandlung deutscher Kriegsgefangener eingelaufen sind, die, obgleich verwundet und zum Teil verkrüppelt, von den russischen Autoritäten zum Bau der Eisenbahn an der Murmann-Küste mißbraucht werden, und unter der Brutalität und Habsucht ihrer russischen Aufseher namenlos zu leiden haben! Doch wir kehren zu der Charakteristik der innerpolitischen

Digitized by Google

Lage Rußlands zurück. Da ist es nun von großer Wichtigkeit, daß die Bauernvertreter in der Duma, mit alleiniger Ausnahme derjenigen, die sich der äußersten Rechten angeschlossen hatten, sie zu einer großen Bauerngruppe zusammengetan haben, die ein für sie alle bindendes Programm ausgearbeitet hat, dessen meist charakteristische Punkte, nach der gewiß unverdächtigen Wiedergabe des „Journal des Débats" hierhergesetzt werden mögen.

1. Die Reichsgesetze werden nur durch die Volksvertretung erlassen und vom Kaiser bestätigt werden.
2. Die Reichsgesetze werden nur von den Kammern erlassen (édictées) werden: von der Duma und dem Reichsrat.
3. Die Dumadeputierten werden durch allgemeines Stimmrecht gewählt; die Mitglieder des Reichsrats durch die Semstwos.
4. Die Minister sind den Kammern verantwortlich.
5. Alle Bürger sind vor dem Gesetze gleich; alle Klassenprivilegien sind aufgehoben.
6. Die Gewissensfreiheit ist allen Bürgern gesichert, ebenso die persönliche Freiheit, die Versammlungsfreiheit, die Freiheit der Vereine, des gedruckten und gesprochenen Wortes.
7. Autonomie der Gemeinden ist im gesamten Reich durchzuführen.
8. Die heute geltende Temperenz soll endgültig bestehen.
9. Unentgeltlicher obligatorischer Primärunterricht ist im ganzen Reich einzuführen; der Staat hat öffentliche Bibliotheken, Volkshäuser und Fortbildungsanstalten zu errichten.

Die weiteren Paragraphen fordern Herabsetzung der direkten Steuern, Steuerfreiheit für die notwendigsten Lebensbedürfnisse, Staatsmonopole für Versicherungswesen, Apotheken, Getreide, Zucker, Tabak, Streichhölzer usw., achtstündigen Arbeitstag, Freiheit zu friedlichem Kampf zwischen Kapital und Arbeit.

Endlich: Sobald wie irgend möglich Parzellierung des Grund und Bodens und Begründung eines Staatskapitals zum Rückkauf der Ländereien, die den Bauern zuzuwenden sind.

Dieses Programm, das mit dem der radikalen Linken fast identisch ist enthält keinen einzigen Punkt, den die heutige Regierung zuzugestehen bereit wäre. Es sind vielmehr die Gedanken, derentwillen die erste Duma gesprengt und die zweite Duma aufgelöst wurde. Es unterliegt auch keinem

Digitized by Google

Zweifel, daß der Bauernschaft die enge Verbindung Rußlands mit Japan verdächtig ist, daß es in der Studentenschaft gärt und daß in allen industriellen Kreisen das offenkundige Bestreben der Engländer, Rußlands Bodenschätze zu einem britischen Ausbeutungsgebiet zu machen, eine tiefe Verstimmung hervorgerufen hat. Dazu kommt die steigende Erbitterung über Wucher und Unterschlagungen, an denen die Spitzen der russischen Beamtenschaft bis in die höchsten Kreise hinein beteiligt sind. Wenn trotzdem der russische Patriotismus sich der Regierung an den Grenzen zu Dienst stellt, ist es doch wenig wahrscheinlich, daß er eine Periode neuer Mißerfolge überdauert. Wie das Ministerium Stürmer mit dem Liberalismus abrechnen will, will dieser abrechnen mit dem absolutistischen Regiment. Es fragt sich nur, wem es gelingen wird, dem andern Teil zuvorzukommen, denn wie ein russisches Sprichwort sagt: „Wer zuerst aufgestanden ist und den Stock ergriffen hat, der ist Korporal."

Nur in Stichworten sei auf das bisher nicht berührte Gebiet der internationalen Politik hingewiesen. In England greift die irische Frage „the Irish Deadlock" in ihrer höchst gefährlichen Zuspitzung in alle Probleme der inneren wie der äußeren Politik ein. Sie bedroht den Fortbestand des Kabinetts und kann zu einer Auflösung des Parlaments und zu Neuwahlen führen, die dem Regiment der Liberalen ein Ende machen würden.

In Amerika haben die Agitationsreisen von Wilson und Hughes begonnen, über deren Verlauf die Welt nur wenig erfährt, da England systematisch dafür sorgt, daß die amerikanische Presse frühestens zwei Monate nach ihrem Erscheinen in Europa eintrifft. Heute sind uns die Zeitungen von Mitte Mai zugegangen. Man ist daher auf die dürftigen und vielfach zurechtgestutzten Nachrichten der Reuterschen Telegraphenagentur angewiesen. Ob es daher wirklich Wilson gelungen ist, sich mit Mexiko auf ein Schiedsgericht zu verständigen, erscheint uns zweifelhaft, da, was Carranza billigt, noch lange nicht für die Haltung Villas entscheidet. Die Nachricht von der Landung von Japanern in Mexiko bedarf noch sicherer Bestätigung, ist aber an sich nicht unwahrscheinlich, da das Fiasko des Panamakanals, der wie es scheint als Weltverkehrsstraße aufzugeben ist, für Japan eine nicht hoch genug einzuschätzende Stärkung seiner Stellung im Stillen Ozean bedeutet. Wir haben demnach eine Zunahme der japanischen Ansprüche zu erwarten und damit werden die

Digitized by Google

Engländer, Franzosen, Australier und Holländer rechnen müssen. Ihr Trost mag sein, daß Japan offenbar entschlossen ist, die asiatische Artischocke blattweise zu verzehren.

Besondere Anerkennung verdient die tapfere Antwort Enver Paschas auf den Versuch amerikanischer Geschäftsträger, in die inneren Angelegenheiten der Türkei einzugreifen. Völlig unverständlich ist die Schwäche, welche die griechische Regierung dem Hochverräter Venizelos gegenüber zeigt. Aber offenbar deckt ihn der Schutz Frankreichs und Englands.

Zum Schluß sei auf eine ausgezeichnete Arbeit von Richard Pohle hingewiesen, die unter dem Titel „Rußlands Ländergier" als erste Publikation der von Paul Rohrbach angekündigten Reihe von Schriften erschienen ist, die den Gesamttitel: „Die russische Gefahr" führen. Pohles Arbeit ist eine geistvolle und kenntnisreiche Analyse der politisch-militärischen Denkschriften des Generals Kuropatkin, der heute die russischen Truppen befehligt, die von der Düna her gegen die Hindenburgischen Linien anstürmen. Die letzten Ziele der russischen Eroberungspolitik sind von niemandem rückhaltloser ausgesprochen worden als von Kuropatkin, und da die russische Regierung sich sein Programm zu eigen gemacht hat, kann die Schrift Pohles wohl den Anspruch erheben, von bleibender Bedeutung zu sein. Soeben trifft die Nachricht ein, daß die Engländer Sir Roger Casement den schimpflichen Tod am Galgen haben sterben lassen. Das ist nicht Strafe, sondern Rache. Aber man darf wohl hoffen, daß sich auch ein Rächer Casements finden wird.

Die künftige Wirtschaftspolitik der Entente

Von Prof. Dr. Paul Arndt

Als im Spätsommer 1915 die Hoffnung der Ententepolitiker auf eine baldige militärische Bezwingung oder eine „Aushungerung" Deutschlands und seiner Bundesgenossen schwächer und schwächer wurde, begann man im Lager unserer Feinde, ernsthafter die Frage zu prüfen, ob es nicht möglich sei, die Grundlagen unserer wirtschaftlichen Kraft so

Digitized by Google

schwer zu schädigen, daß wir schließlich zur Ergebung auf Gnade oder Ungnade genötigt würden. Daß dabei nicht nur eine zeitweilige Niederringung Deutschlands zur Beendigung des Weltkrieges, sondern seine dauernde Unschädlichmachung ins Auge gefaßt wurde, ist selbstverständlich. Denn wozu wäre sonst der Krieg entfesselt worden? Es handelte sich also nicht nur um die Verschärfung der „Aushungerungspolitik", d. h. die Vervollständigung der Maßregeln, durch die Deutschland während des Krieges vom Weltmarkt abgesperrt werden sollte, sondern um die dauernde Fernhaltung Deutschlands von den reichen und unversiegbaren Quellen wirtschaftlicher Kraft, welche der internationalen Arbeitsteilung entspringen, und aus denen Deutschland so erfolgreich zu schöpfen verstanden hatte. Die deutschen Barbaren, so schrieen die Fanatischsten im Lager unserer Gegner, sollten aus der friedlichen Arbeitsgemeinschaft der Kulturvölker auf immer ausgestoßen werden!

Wie aber war das zu machen? Welche Wirtschaftspolitik führte zu diesem Ziele? Hier war guter Rat teuer. Ein Plan nach dem andern tauchte auf. Sie wetteiferten mit einander an Unreife und Unausführbarkeit. Die Besonneneren unter unseren Gegnern lehnten sie sofort ab. Monatelang waren die Erörterungen über diese Zukunftsmaßregeln ganz unfruchtbar, und man befand sich in wirklicher Verlegenheit. Zu allem Unglück warteten die bösen Barbaren nicht ab, bis die Entente mit den Maßregeln zu ihrer Erdrosselung fertig war, sondern sie eröffneten nach guter deutscher Sitte die „Offensive" — so faßte man es namentlich in Frankreich auf — und betrieben die Gründung eines „mitteleuropäischen" Wirtschaftsbundes. Dadurch kam aber endlich auch jenen Entente-Fanatikern der rettende Gedanke: Gründen wir einen wirtschaftspolitischen Gegenbund! Welche Aufgaben indessen ein solcher Bund der Ententestaaten im einzelnen zu erfüllen haben würde, war weniger leicht zu sagen. Eine befriedigende Antwort auf die Frage ist bis heute nicht gefunden worden. Auch der Versuch einer Lösung der Aufgabe, der vor kurzem auf der Pariser Wirtschaftskonferenz (vom 14.—17. Juni 1916) gemacht wurde, ist gescheitert. Die Beschlüsse der Konferenz, zunächst nur „Empfehlungen", sind in allen Ententeländern einer vernichtenden Kritik unterzogen worden. Die leitenden Politiker widmen ihnen wohl einige höfliche Phrasen, hüten sich aber, sich auf irgendeine wich-

Digitized by Google

tige Einzelheit festzulegen. Welches die künftige Wirtschaftspolitik der Entente sein wird, ist nach der Konferenz ebenso unklar wie zuvor.

Immerhin stellen die Pariser Beschlüsse die einzige, wenigstens halbwegs autoritative Formulierung der wirtschaftspolitischen Pläne der Entente dar, die bis heute vorliegt. Sie sind auch von manchen Politikern, namentlich in den neutralen Staaten, ernst genommen worden, und sie bieten zweifellos die Grundlage für die künftigen wirtschaftspolitischen Erörterungen in den feindlichen Lagern und in den neutralen Gebieten. So verlohnt es sich wohl, sich etwas genauer mit ihnen und den Debatten, die sich an sie angeschlossen haben, zu beschäftigen.

Daß die Verhandlungen der Pariser Wirtschaftskonferenz nicht wirklich richtunggebend sein konnten und sollten, ergab sich schon aus der Stärke und Zusammensetzung der einzelnen Delegationen. Alle wirtschaftspolitisch führenden Geister der Ententeländer fehlten. Am stärksten scheinen die Japaner, Italiener und Belgier vertreten gewesen zu sein. Die russischen Delegierten waren untergeordnete Persönlichkeiten. Vertreter Englands waren Bonar Law und Lord Crewe, der erste zwar der Nachfolger Balfours in der parlamentarischen Führerschaft der unionistischen Partei, wirtschaftspolitisch aber zu einer kleinen schutzzöllnerischen Gruppe gehörig, der zweite, wie die „Frankfurter Zeitung" sagte, „eine vornehme Null, entschiedene Autorität in Krawatten und Westen, aber nicht ebenso in ökonomischen Dingen". Dazu kamen noch ein wenig bekannter Vertreter Kanadas, Sir George Foster, und der durch seine vielen törichten Reden in England „berühmt" gewordene australische Premierminister Hughes. Es ist bezeichnend, daß dieser letztere, der Typus jener unwissenden, in England äußerlich oft sehr gefeierten, innerlich aber mit vollendeter Geringschätzung behandelten „kolonialen" Emporkömmlinge, ein Mann, dem insbesondere die deutschen Verhältnisse gänzlich unbekannt sind, als die eigentlich treibende Kraft des Kongresses galt. Der französische Ministerpräsident Briand scheint nur eine Begrüßungsansprache an den Kongreß gerichtet zu haben.

Die Pariser Beschlüsse zerfallen in drei Teile. Der erste enthält Maßnahmen für die Kriegsdauer, der zweite Übergangsmaßnahmen „für die Zeit des geschäftlichen, industriellen, landwirtschaftlichen und maritimen Wiederaufbaues der alliierten Länder", der dritte „dauernde Maßnahmen

Digitized by Google

für gegenseitige Hilfe und für ein Zusammenarbeiten zwischen den Alliierten". Die auf die Kriegsdauer bezüglichen Erklärungen empfehlen in der Hauptsache nur eine Vereinheitlichung der bereits von der Entente zur wirtschaftlichen Bekämpfung Deutschlands und seiner Verbündeten getroffenen Maßregeln und sind von geringem Interesse. Richtlinien für die künftige Wirtschaftspolitik der Entente enthalten dagegen die Beschlüsse der dritten, teilweise auch die der zweiten Gruppe. Aus ihnen ergeben sich sowohl die wirtschaftlichen Ziele der Entente, wie die zur Erreichung derselben vorgeschlagenen Mittel.

Das Hauptziel der Entente nach den Erklärungen ihrer Pariser Vertreter ist — man sollte es kaum glauben — ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit von Deutschland. Diese angeblich so siegesgewissen Politiker sehen sich einer „schweren Gefahr" gegenüber, die den Ententeund allen neutralen Ländern von dem, wie sie immer verkünden, mit dem Aufgebot seiner letzten Kraft ringenden, demnächst zerstückelten und mit furchtbaren Kriegsschulden belasteten Deutschland droht. Deutschland und seine Verbündeten haben nämlich, wie es in der Pariser Erklärung heißt, „das offensichtliche Ziel, die Produktion und die Märkte der ganzen Welt zu beherrschen und anderen Ländern ein unerträgliches Joch aufzuerlegen". Dieser Gedanke eignete sich so vorzüglich zur Verwertung in Festreden, daß wir ihm in den verschiedensten Formulierungen immer wieder begegnen. Der Krieg bezweckt, so rief Herr Briand aus, „la libération économique du monde!" Lord Crewe sagte, es gelte, den „deutschen Traum wirtschaftlicher Alleinherrschaft zunichte zu machen". Der Australier Hughes verglich Deutschland sogar mit einem wirtschaftlichen Vampyr, und er beteuerte, die deutsche Tyrannei müsse für immer gebrochen werden. „Wo sich der deutsche Handel einnistet," sagte der französische Handelsminister Clémentel, „erhebt er nicht nur Tribute, sondern bereitet Okkupation vor, und hinter der Friedensarbeit verbergen sich kriegerische Absichten." Für das gefährliche Gebahren Deutschlands prägte man den schönen Ausdruck „kommerzieller Militarismus". So unsinnig auch alle diese Redensarten sind, sie verdienen doch festgehalten zu werden, weil sie jedem, der hören und sehen will, zeigen, was für Anfeindungen und Verleumdungen unser friedliebendes deutsches Volk, das seine Erfolge auf dem Weltmarkte nur seiner tüchtigen, ehrlichen

Digitized by Google

Arbeit zu verdanken und mit seiner Wirtschaftspolitik seit Jahrzehnten kein anderes Ziel als das der „offenen Tür", d. h. der Gleichberechtigung aller Völker im internationalen Wettbewerb, verfolgt hat, ausgesetzt ist.

Als zweites Ziel wurde die möglichst weitgehende Absperrung Deutschlands vom Weltmarkte aufgestellt. In den offiziellen Beschlüssen versteckte man diesen Plan unter der Formel, die Alliierten müßten ihren eigenen und allen neutralen Märkten „volle wirtschaftliche Freiheit und Achtung vor gesunder Geschäftsführung sichern".

Auch das dritte Ziel wurde nur unklar angedeutet, vermutlich, weil seine Enthüllung sogar manchen Konferenzteilnehmer stutzig gemacht und die Harmonie der Beratungen gestört haben würde. Es handelte sich um die sogenannte wirtschaftliche „Autarkie" oder Selbstgenügsamkeit. Wie man früher öfter davon gesprochen hat, jedes der drei Riesenreiche, das britische, russische und amerikanische, habe so große eigene Hilfsquellen, daß es sich zur Not selbst erhalten, d. h. sich vom Verkehr mit dem Auslande unabhängig machen könne, so spielt man jetzt mit dem Gedanken einer „Autarkie" der Ententeländer in ihrer Gesamtheit. Ihr „wirtschaftlicher Bund" soll „auf dauernder Grundlage" organisiert werden. Die vorgeschlagenen Maßnahmen zielen, wie es in den Beschlüssen heißt, dahin, „die Unabhängigkeit der Alliierten nicht nur in bezug auf die Versorgungsquellen, sondern auch für ihre finanzielle, geschäftliche und maritime Organisation zu sichern". „Das Ziel der Alliierten ist, die Produktion innerhalb ihrer Länder als eines Ganzen genügend zu vergrößern, um es ihnen zu ermöglichen, die wirtschaftliche Stellung und Unabhängigkeit gegenüber feindlichen Ländern zu erhalten und zu entwickeln."

Die Schlagworte klangen gut: Freiheit, Unabhängigkeit, gegenseitige Förderung, Schädigung des Feindes! Warum sollte man ihnen nicht zustimmen? Einstimmige Annahme!

Nun aber kam die Konferenz zu etwas Schwierigerem, der Frage der Mittel zur Erreichung der gemeinsamen hohen Ziele. Was lag näher als die Aufstellung einheitlicher handelspolitischer Grundsätze oder die Vereinbarung gemeinschaftlicher handelspolitischer Maßregeln? Das aber wiesen alle Delegierten entsetzt von sich, mit Recht eingedenk der gewaltigen Verschiedenheit der handelspolitischen Ziele eines jeden

Digitized by Google

der Ententeländer. Die Schutzzollpolitik, der die meisten Alliierten grundsätzlich ergeben sind, richtet sich ja ebenso scharf gegen politische Freunde wie Feinde, und daß es den Engländern, wie die „Westminster Gazette" schüchtern anregte, gelingen würde, gegenüber dem drohenden „mitteleuropäischen" Bunde die „Randstaaten" Europas unter Niederreißung der zwischen ihnen bestehenden Schranken zum Eintritt in einen „Zollverein" zu bewegen, glaubt wohl niemand. So erklärte der französische Handelsminister auf der Konferenz: „Niemals ist bei den Verhandlungen davon die Rede gewesen, eine gemeinsame Zollpolitik einzuleiten; alle Länder werden ihre volle Freiheit bewahren." Auch in den Konferenzbeschlüssen selbst wurde betont, daß keine Änderung der Richtlinien der Wirtschaftspolitik der einzelnen Ententeländer verlangt würde.

Die wirtschaftspolitischen Meinungsverschiedenheiten der Konferenzmitglieder waren so tiefgreifend, daß man sich trotz alles Deutschenhasses noch nicht einmal negativ dahin einigte, Deutschland auf immer von der Meistbegünstigung ausschließen zu wollen. Ein solcher Ausschluß wurde nur für die „Übergangszeit", eine „gemeinschaftlich festzusetzende Anzahl von Jahren", vorgesehen. Es müssen selbst dagegen Bedenken geäußert worden sein, wahrscheinlich von Italienern und Russen, die bei Verweigerung der Meistbegünstigung die Erschwerung des Absatzes ihrer eigenen Waren in Deutschland befürchteten. Zu ihrer Beruhigung wurde in die Resolution der Satz aufgenommen, die Alliierten würden sich bemühen, einander die weitgehendsten „Absatzkompensationen" zu sichern. Natürlich ein sehr unbestimmtes und daher ziemlich wertloses Versprechen!

Dem französischen Handelsminister Clémentel schwebte noch ein anderer Weg zur Erreichung der Konferenzziele vor; leider erwies er sich als ungangbar. „Die Alliierten", so sagte der Minister, „sind wirtschaftlich die Stärkeren. Sie verfügen über die weitaus größere Volkszahl und über den größten Teil der wichtigsten Rohstoffe. Nickel, Platinerze und Aluminium (Bauxit) sind ganz, Mangan zu 84 Prozent in ihren Händen. An Hanf erzeugen sie viereinhalb mal so viel wie ihre Feinde; 4/5 der Leinenproduktion der Welt fällt auf ihre Gruppe; an Rohwolle stellen sie elfmal, an Seide achtmal so viel her wie die Gegner. Außerdem verfügen sie über das Jutemonopol, und wenn auch Neutrale in hohem

Digitized by Google

Maße an der Baumwollproduktion beteiligt sind, so ist der feindliche Anteil daran gleich Null." Wie herrlich wäre es, so fuhr er wohl im Geiste fort, wenn wir diese Überlegenheit dazu benutzen könnten, um den Deutschen die notwendigen Rohstoffe zu sperren und dadurch ihre wichtigsten Industrien lahmzulegen! Da es aber sicher war, daß diese — betriebsamen und erfindungsreichen Deutschen wenigstens über einen Teil der benötigten Faserstoffe, Erze usw. in ihrem eigenen Lande verfügten und es wohl verstehen würden, sich, wenn nötig, auf Umwegen, etwa mit Hilfe der — unzuverlässigen Neutralen, den Rest zu verschaffen, so mußte sich die Pariser Konferenz mit der wiederholten belanglosen Versicherung begnügen, die Ententegenossen würden sich ihre Bezugsquellen gegenseitig in erster Linie zur Verfügung halten. An einen dauernden Ausschluß der Deutschen von den großen Rohstoffmärkten der Erde war im Ernste nicht zu denken.

Kurz und gut, die Konferenz war in großer Verlegenheit, als es sich darum handelte, irgendwelche praktisch durchführbaren Vorschläge zur Verwirklichung ihrer wirtschaftspolitischen Ideen zu machen. Und da sie kein Mittel anzugeben wußte, faßte sie den weisen Beschluß, jedes Mittel zu empfehlen, sofern es nur zur Erreichung des Ziels diente! „Die Alliierten werden solche Maßnahmen treffen, die ihnen zur Ausführung ihres Entschlusses je nach der Natur der Waren am geeignetsten erscheinen ... Sie können sich hierfür z. B. subsidierter Unternehmungen, die unter Leitung oder Kontrolle des Staates selbst stehen, bedienen oder finanzielle Beihilfe zur Belebung wissenschaftlicher und technischer Untersuchungen und zur Entwicklung nationaler Industrien und Hilfsquellen gewähren, Zollabgaben oder Verbote zeitweiligen oder dauernden Charakters einführen oder Kombinationen dieser verschiedenen Methoden schaffen."

Diesen nichtssagenden Bemerkungen fügte die Konferenz noch die Empfehlung einiger verkehrspolitischer Verbesserungen (Einrichtung direkter und schneller Land- und Seetransportmöglichkeiten zu niedrigen Raten, sowie Ausdehnung und Verbesserung des Post- und Telegraphenwesens und anderer Verständigungswege) und der Vereinheitlichung des Patent-, Ursprungszeichen- und Handelsmarkenrechtes hinzu. Zum Anstreben derartiger Reformen hätte man wirklich keine Wirtschaftskonferenz einzuberufen brauchen.

Digitized by Google

Trotz dieser Dürftigkeit der Ergebnisse der Konferenz haben ihre Beschlüsse in allen Ententeländern, noch mehr aber in den neutralen Ländern Besorgnisse wachgerufen, die in einem großen Teil der einflußreichen Presse des Auslands zum Ausdruck gelangt sind. Die Kritik geht von den Kreisen aus, die nach wie vor der Meinung sind, daß der Weltmarkt nicht von Leidenschaften und Redensarten beherrscht sein sollte, sondern, daß auf ihm kühle Berechnung am Platze sei, und die sachlichen Interessen den Ausschlag geben müßten. Sie sind besorgt, weil auf der Konferenz ein böser, verkehrsfeindlicher Geist herrschte, der den „Krieg nach dem Kriege" weiterführen wollte. Letzteres ist zwar abgestritten worden; es ist aber nicht zu leugnen, daß die Pariser Konferenz eine Organisation des wirtschaftlichen Kampfes vorbereiten sollte, und es ändert daran nichts, daß sie diesen Kampf als Abwehr (einer angeblichen wirtschaftlichen Offensive Deutschlands) bezeichnete. Deutschland will, auch wenn die „mitteleuropäischen" Ideale verwirklicht werden, d. h. auch wenn der Güteraustausch Deutschlands mit Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei immer umfassender und reger wird, deshalb keineswegs auf seine sonstige weltwirtschaftliche Betätigung verzichten; es wird ganz sicher eine verkehrsfreundliche Politik treiben und aus der internationalen Arbeitsteilung ebenso reichen Nutzen zu ziehen suchen wie vor dem Weltkriege. Sollten die Ententepolitiker dies aus Haß oder Mißgunst zu hindern versuchen, so würden große Störungen des Weltverkehrs die Folge sein, unter denen nicht nur viele Neutrale, sondern auch weite Kreise in den Ententeländern selbst schwer zu leiden haben würden. Es ist fast unbegreiflich, wie Vertreter eines Durchgangsgebiets, wie Belgien es ist, einer verkehrsfeindlichen Politik nach dem Kriege zustimmen konnten. Auch vermögen die italienischen, russischen, indischen Lieferanten von Seide, Gerste, Jute usw., die vor dem Kriege in Deutschland einen äußerst lohnenden Absatz hatten, nicht einzusehen, warum sie nach dem Kriege auf immer darauf verzichten sollten, die deutschen sehr zahlungsfähigen Abnehmer mit Waren zu versorgen. Kein Zweifel, auch in den Ententeländern gibt es Interessenten in Menge, die eine baldige Wiederherstellung des friedlichen internationalen Güteraustausches herbeisehnen.

Dieser böse Geist der Verkehrsfeindschaft, der die Pariser Konferenz

Digitized by Google

beseelte, braucht uns daher nicht zu schrecken. Die kommenden Wirtschaftsverträge werden nicht von fanatischen Schwätzern, sondern von nüchternen Rechnern abgeschlossen werden. Freuen wir uns lieber des glänzenden Zeugnisses, das die Pariser Konferenz, ohne es zu wollen, unserer unverwüstlichen Lebenskraft ausstellte. Waren diese Herren Delegierten, die noch immer vom kommenden Siege sprachen, dabei aber vor der „mitteleuropäischen" Gefahr erzitterten, nicht im Grunde ihres Herzens fest davon überzeugt, daß Deutschland am Ende dieses Krieges nicht zerschmettert, daß das Habsburgerreich nicht zerstückelt, daß die Türkei nicht aufgeteilt sein werde? Glaubten unsere Feinde nicht selbst an eine große Zukunft Deutschlands und seiner Bundesgenossen, wozu brauchten sie dann jetzt schon über künftige „Abwehrmaßregeln" zu beraten?

Rußlands wirtschaftliche Zukunft

Von Alexander Hermann

Wer in der letzten Zeit die russische Presse aufmerksam verfolgt hat, wird bemerkt haben, wie nervös man dort über die Pariser Wirtschaftskonferenz urteilt. Die Vertreter der verschiedensten Richtungen sprechen die Besorgnis aus, bei diesem „Geschäft" übervorteilt zu werden, aber die geplanten Abwehrmaßregeln und positiven Vorschläge sind widerspruchsvoll und unklar.

Die meisten betonen, auf industriellem Gebiete dürfe der frühere Zustand der „deutschen Gewaltherrschaft" nicht wiederkehren, d. h. die Beherrschung des russischen Marktes durch deutsche Waren und der deutsche Einfluß auf die innerrussische Produktion. Wohl brauche Rußland nach dem Kriege in weitestem Umfange ausländisches Kapital, aber dieses müßten England und Frankreich „ohne die dazu gehörigen Menschen" liefern, sonst vertausche man nur eine Gewaltherrschaft mit der andern; alle deutschen Fabrikanten und Kaufleute Rußlands seien gewissermaßen „politische Agenten" ihres Heimatlandes gewesen und hätten den verhaßten „deutschen Geist" bis in die entlegensten Gebiete des russischen Reiches getragen. Freilich schließt sich daran gleich die Zweifelsfrage, ob solche „nackte" Kapitalien überhaupt Rußland zur Verfügung stehen könnten, und es wird resigniert festgestellt, auch die lieben Verbündeten

Digitized by Google

seien in letzter Zeit so anspruchsvoll geworden, daß sie ihr Geld nur in solche Unternehmungen stecken wollten, wo die zweckmäßige Verwendung durch persönliche Kontrolle von Engländern oder Franzosen garantiert werde. Dann wird wieder voller Emphase betont, Rußland habe dasselbe Recht wie England und Frankreich, seinen Bedarf hauptsächlich durch eigene Produktion zu decken, andererseits aber die große Aufnahmefähigkeit des russischen Marktes gepriesen, wodurch er geradezu ein „Leckerbissen" für die ausländischen Lieferanten sei. Auf diesen Leckerbissen hätten natürlich die Bundesgenossen das erste Anrecht, freilich seien sie dann aber auch zu entsprechenden Gegendiensten verpflichtet. Aber auch hier folgt gleich die Zweifelsfrage: ja können denn überhaupt England und Frankreich nach dem Kriege so viel liefern, wie wir brauchen? Wird nicht am Ende dieses — natürlich siegreichen — Krieges ihre Industrie so sehr aus dem Geleise geraten sein und der Verlust an kostbarem Menschenmaterial sich so stark fühlbar machen, daß sie zunächst nur für die Befriedigung ihres inneren Marktes arbeiten können? Sind sie nicht in einer viel ungünstigeren Lage als Deutschland, das durch seine Überfülle geschulter Arbeitskräfte die Menschenverluste leichter verschmerzen kann und dessen Industrie durch ihre fatale Anpassungsfähigkeit unerschüttert aus dem Kriege hervorgehen wird? Kann nicht Deutschland mit seinen Waren, deren es sicher noch viele unverbrauchte von der Friedenszeit her auf Lager hat, den wieder eröffneten internationalen Markt überschwemmen?

Ganz anders lauten die Stimmen aus dem gegnerischen Lager der russischen Presse: Rußland sei ein Agrarstaat; alle die schönen Dinge, die auf der Pariser Wirtschaftskonferenz verhandelt wurden, gingen es im Grunde gar nichts an. Die Hauptsache sei, daß man in den Friedensbedingungen den ungehinderten Export russischen Getreides nach Deutschland sicherstelle. Die deutschen Getreidezölle müßten fallen, die Macht der deutschen Agrarier müsse gebrochen werden. Dann werde Rußland blühen und gedeihen. Aber freilich ganz so einfach liege die Sache nicht. Tatsächlich habe Rußland bisher nur soviel Getreide produziert, wie seine Bevölkerung unter normalen Verhältnissen selbst verbrauchen müsse; daß es trotzdem reichlich exportiert habe, erkläre sich durch die Unterernährung eines großen Teils der niederen Bevölkerungsschichten. Deshalb müsse

Digitized by Google

man in der Zukunft für eine intensivere Bewirtschaftung des Landes sorgen. Dazu brauche man allerdings mancherlei Kenntnisse, die der russische Bauer eben noch nicht besitze, und mancherlei landwirtschaftliche Geräte und Maschinen und künstliche Düngemittel, die Rußland noch nicht in guter Qualität herzustellen verstehe..... Aber das werde sich schon alles finden. Die Hauptsache sei und bleibe: Beseitigung der deutschen Getreidezölle! Jetzt während des Krieges seien die Verhältnisse allerdings besonders schlimm. Da zeige sich in dem getreidereichen Rußland eine immer drohendere Getreideknappheit, trotzdem die ganze Ernte des Jahres 1914 im Lande geblieben sei, weil der Ausbruch des Krieges den Export verhinderte. Das erkläre sich teilweise durch die gewaltigen Bedürfnisse der Armee und wohl auch durch den verstärkten Konsum der Bevölkerung, die seit dem Branntweinverbot ihre Einnahmen mehr in Brot als in Schnaps umsetze. Die Hauptschuldigen seien aber die deutschen Kolonisten. Seit man Enteignungsgesetze gegen sie geschaffen und auch schon in einigen Gebieten die Enteignung tatsächlich vollzogen habe, ließen viele deutsche Bauern auch in den anderen Gebieten ihre Felder unbestellt, angeblich, weil sie die Verhängung derselben Maßregel auch für sich befürchteten. Das seien ja die richtigen Staatsverräter! Wenn sie ihr Vaterland in dieser kritischen Zeit im Stiche ließen, habe man einen neuen Beweis dafür in Händen, wie berechtigt das Mißtrauen gegen sie gewesen sei. Überhaupt — diese Deutschen! Erst hätten sie den Krieg angezettelt, — und nun bereiteten noch diese russischen Staatsbürger deutschen Geblüts im Innern des Reiches die größten Schwierigkeiten....

Was ist nun des Pudels Kern? Nicht mehr und nicht weniger als die nackte Tatsache, daß Rußlands Volkswirtschaft ohne die Deutschen nicht existieren kann.

Zunächst in der Industrie. Bekanntlich hat die russische Industrie in den letzten Jahrzehnten, besonders seit der Hochschutzpolitik der „Ära Witte", gewaltige Fortschritte gemacht, aber wenn man näher zuschaut, fällt den Russen selbst dabei das geringste Verdienst zu. Vor allem ist zu beachten, daß die Industrie am mächtigsten in den baltischen Provinzen und in Polen emporgeblüht ist. Das sind aber Gebiete ohne kernrussische Bevölkerung. In Polen bestehen die Arbeiter und niederen Angestellten der Fabriken zumeist aus Litauern, Polen, Deutschen und Juden, in den

Digitized by Google

baltischen Provinzen aus Letten, Esten und Litauern. Die leitenden Persönlichkeiten und die Besitzer oder Hauptaktionäre sind aber zum allergrößten Teil Deutsche; tragen doch die Industriezentren dieser beiden Gebiete, Riga und Lodz, ein durchaus deutsches Gepräge. — Etwas anders liegen die Verhältnisse im Innern des Reiches, z. B. in den Industriegebieten von Petersburg und Moskau, wo natürlich der Grundstock der Arbeiterschaft aus echten Russen besteht. Hier ist die Aufgabe der Oberleitung ganz besonders schwierig, denn es gilt, den Russen allerhand Dinge lehren, die ihm nicht im Blute stecken: Pflicht- und Verantwortungsgefühl, Präzision, Ordnung, Sauberkeit usw., — es gilt einen zähen Kampf gegen die „blauen Montage" zu führen, die nach altem russischen Brauch nicht nur den Sonntagen, sondern auch den zahllosen Kirchenfeiertagen folgen, es gilt, den Brotkorb niedriger und die Schnapsflasche höher zu hängen kurz: es gilt, diese ganze bildungslose Masse erst notdürftig zu zivilisieren, um die Grundelemente einer brauchbaren Arbeiterschaft zu schaffen. In all den russischen Industrieunternehmungen, wo dieses Problem leidlich gelöst ist und der ganze Apparat befriedigend funktioniert, muß man aber die Frage stellen: „Wo steckt der Deutsche?" — und man wird ihn in 90 von 100 Fällen finden. Freilich oft nicht unter den Vorsitzenden der Aufsichts- und Verwaltungsräte, denn die müssen echtrussische Namen tragen und erhalten für diesen Vorzug ihre hohen Gehälter und Tantièmen, sondern in den wirklich verantwortungsvollen Stellungen der Betriebsverwaltung, von denen das Gedeihen des Ganzen abhängt. Neben Reichsdeutschen sind vor es allem Balten, die ihre Fachbildung auf deutschen Hochschulen oder in der vortrefflichen technischen Hochschule in Riga mit ihren noch immer vorwiegend deutschen Lehrkräften erhalten haben und denen zugleich ihre Kenntnis der russischen Sprache gut zustatten kommt. Doch auch unter der Arbeiterschaft finden sich in den wichtigsten und verantwortlichsten Stellen, besonders als Werkmeister und Vorarbeiter, nicht wenige Deutsche, ferner Letten und Esten, die aus deutscher Kulturatmosphäre stammen; letzten Endes aber Vertreter aller „Fremdvölker" Rußlands, die in der Regel an Tüchtigkeit und Leistungsfähigkeit den echten Russen übertreffen. Diese Tatsachen sind in keinem Rechenschaftsbericht enthalten und eine ‚nationale Statistik' existiert für die russische Industrie nicht, aber für

Digitized by Google

jeden, der die Verhältnisse an Ort und Stelle studiert, sind sie ein offenes Geheimnis.

Ebenso bekannt ist aber auch die Tatsache, daß die innere russische Industrie — trotz aller Begünstigung durch die Regierung — sich auch nicht entfernt mit der westeuropäischen messen kann: auf den meisten Gebieten liefert sie Schundwaren zu unverhältnismäßig hohen Preisen. Daher ist Rußland sehr stark von der Einfuhr ausländischer Waren abhängig geblieben, und wieder ist es der Deutsche gewesen, der sich diesen Markt zu erobern und ihn zu behaupten verstanden hat, weil er sich dem Geschmack und den Sonderwünschen der Besteller am leichtesten anpaßt, die Lieferungstermine streng einhält, auf übermäßig hohen Verdienst verzichtet und vor allem (was in Rußland sehr wichtig ist!) langfristigen Kredit gewährt. Englands Waren werden in Rußland sehr hoch geschätzt, sind aber den meisten zu teuer und werden in der Regel nur gegen Barzahlung geliefert. Frankreich kommt nur für ein eng begrenztes Gebiet, hauptsächlich Mode- und Luxuswaren, in Betracht. Am stärksten ist in letzter Zeit für die deutsche Einfuhr die japanische und amerikanische Konkurrenz hervorgetreten, doch nur für bestimmte Produktionszweige. Erwägt man endlich noch, daß die meisten großen Banken, besonders in Petersburg, die mit der Industrie Hand in Hand arbeiten, von Deutschen geleitet werden und ein vorwiegend deutsches Personal haben, so versteht man die Klagen der russischen nationalistischen Presse, die allmählich zu stürmischen Anklagen wurden und während des Krieges in ein wüstes Geschimpfe ausarteten — gegen die „deutsche Gewaltherrschaft".

Lassen sich nun diese Zustände dadurch ändern, daß der deutsche Einfluß, wie die russische Presse allen Ernstes vorzuschlagen scheint, einfach zwangsweise ausgeschaltet wird, d. h. daß alle deutschen Angestellten in den russischen Fabriken entlassen werden und die Zufuhr aus Deutschland durch Kampfzölle in Zukunft abgeschnitten wird? Dieser radikale Vorschlag wäre doch nur diskussionsfähig, wenn ein irgendwie brauchbarer Ersatz in Sicht wäre. Das ist aber nicht der Fall.

Was zunächst die innere russische Industrie anlangt, so kann dort die deutsche Arbeitsleistung durch die Nationalrussen selbst sicherlich nicht ersetzt werden, denn dem russischen Nationalcharakter fehlen die dazu nötigen Vorbedingungen. Schon vor einem halben Jahrhundert

Digitized by Google

hat der Gelehrte Viktor Hehn, der das Volk aus langjähriger eigener Beobachtung kannte und einen besonders geschärften Blick für Rassenpsychologie besaß, die Russen als ein stationäres Volk bezeichnet, welches mit ausgesprochen subjektlosem Herdencharakter nur auf dem Boden uralter Überlieferung Tüchtiges zu leisten vermöge, aber den aufgezwungenen modernen Kulturformen, die eine entwickelte selbständige Subjektivität verlangen, hilflos gegenüberstehe: „In den altrussischen Zweigen der Technik handeln sie solid, in allem, wo die kernhafte, auf sich beruhende Individualität nicht erfordert wird, sondern die gemeinsame Fabrikation nach ererbten, jedem eingeschriebenen Regeln erfolgt; dann arbeiten sie wie die Biber, Ameisen, Bienen. Alle europäische Industrie ist zum Lachen erbärmlich; alles nur zum Schein, auf den Moment berechnet, zerbrechlich, übertüncht; immer nach den neuesten, höchsten Mustern in kindischer Weise und höchst unvollkommen, roh, geschmacklos nachgeahmt." Die Richtigkeit dieser Beobachtung ist durch die ganze spätere Entwicklung der russischen Industrie glänzend bestätigt worden. Sollten nun die Russen wirklich mit ihrer „Drohung" Ernst machen und sich von dem deutschen Einfluß zu befreien suchen, so würden ihre meisten Betriebe schweren Erschütterungen ausgesetzt werden, aus denen sie sich wahrscheinlich nur durch andere fremde Lehrmeister retten könnten. Wo aber werden diese zu finden sein? England und Frankreich werden nach dem Kriege wohl kaum das dazu erforderliche überschüssige Menschenmaterial besitzen, und wenn sie auch teilweise die Lücke auszufüllen strebten, so könnten weder Engländer noch Franzosen, noch Vertreter irgendwelcher anderer Nationen einen vollgültigen Ersatz bieten, denn die in der russischen Industrie tätigen Deutschen waren meist schon lange in Rußland ansässig oder gar als russische Staatsbürger dort geboren; sie hatten den Vorteil, Land und Leute und besonders die Sprache zu kennen, was von ausschlaggebender Bedeutung ist.

Ferner wird in Rußland nach dem Kriege eine Masseneinfuhr ausländischer Industrieprodukte stattfinden müssen, denn jetzt fehlen dort unzählige Artikel, die im Lande gar nicht oder nur in schlechtester Qualität hergestellt werden können, und die durch die erschwerten Zufuhrbedingungen während des Krieges (besonders bei der selbstverständlichen Bevorzugung der Kriegslieferungen) nicht ersetzt werden konnten. Wer

Digitized by Google

wird nun diesen „Leckerbissen", wie die russische Presse richtig sagt, erhalten? Daß England und Frankreich zunächst nur in geringem Umfange in Betracht kämen, wird von Rußland selbst zugestanden. Bei russischen Kampfzöllen gegen Deutschland würden also sicher Amerika und Japan auf den Plan treten, welche schon jetzt, außer den großen Lieferungen an Kriegsmaterial, nach Möglichkeit Rußland mit ihren Industrieerzeugnissen zu versorgen trachten und nach dem Kriege natürlich die günstige Konjunktur ausnutzen würden. Aber glücklicherweise braucht Deutschland mit solchen Kampfzöllen nach dem Kriege nicht zu rechnen.

Sinnlos und zweckwidrig erscheint auch Rußlands Kampf gegen die „deutsche Gewaltherrschaft" auf landwirtschaftlichem Gebiet. Das russische Reich mit seinen gewaltigen Flächen guten, teilweise sogar vortrefflichen Ackerbodens ist durch die Natur vorwiegend zum Agrarstaat bestimmt und könnte bei richtiger Ausnutzung aller Kräfte die Kornkammer von ganz Europa sein, abgesehen von dem sehr lohnen den Tabak- und Weinbau in dem von der Natur reich gesegneten Südrußland. Nun sind aber bisher weder der russische Großgrundbesitz noch die russische Bauernschaft ihrer Aufgabe gewachsen gewesen. Unzählige russische Gutsbesitzer ziehen die Freuden des städtischen Lebens, besonders in Petersburg und Moskau, dem einförmigen Landleben vor und überlassen ihre Güter Verwaltern oder Pächtern, die entweder nur an ihren eigenen Vorteil denken und skrupellose Raubwirtschaft treiben, oder aus Unkenntnis und Nachlässigkeit nur mangelhafte Erträge erzielen. Die russische Bauernschaft aber schmachtete bisher unter dem Druck des sogen. ‚Seelenlandsystems' oder der Gemeindewirtschaft („Mir"), wonach das ganze Areal anbaufähigen Landes, welches eine Gemeinde besitzt, von Zeit zu Zeit, etwa alle 6 Jahre, unter sämtliche männliche Seelen immer wieder aufs neue gleichmäßig verteilt wird; natürlich geht dadurch dem Inhaber eines Grundstückes alles tiefere Interesse für sein Land verloren, und er nimmt keine dauernden Verbesserungen vor, weil sie ja doch nur den „lachenden Erben" zugute kämen. Erst seit einigen Jahren ist durch die sogen. ‚Stolypinsche Agrarreform' der Übergang vom Gemeindebesitz zum Individualbesitz prinzipiell beschlossen werden und gelangt allmählich zur Durchführung, aber die Früchte werden sich erst nach einem längeren Zeitraum zeigen, da der

Digitized by Google

russische Bauer mit seiner Unbildung und seinem urkonservativen Sinn sich nur langsam an die veränderten Verhältnisse gewöhnen wird.

Andererseits besteht in Rußland seit Generationen ein Landbesitz in deutschen Händen, der nach ganz anderen Grundsätzen verwaltet wurde und dadurch vorbildlich wirken konnte, hin und wieder auch so gewirkt hat. In den baltischen Provinzen betrachten die deutschen Gutsbesitzer die Beschäftigung mit der Landwirtschaft als ihren Beruf, sie sind eng verwachsen mit der Scholle, auf der die meisten Familien schon seit vielen Jahrhunderten leben, und streben nach möglichst rationeller Bearbeitung des Bodens, wobei sie sich besonders die Erfahrungen der hochentwickelten Landwirtschaft in Deutschland zunutze machen. Wie erfolgreich ihr Streben gewesen ist, beweisen die bedeutend reicheren Erträge ihrer Güter im Vergleich zum Innern des russischen Reiches. Der deutsch-baltischen Landesverwaltung ist es auch gelungen, durch zweckmäßige Agrargesetze unter den dortigen Esten und Letten einen kräftigen lebensfähigen Bauernstand zu entwickeln, dessen Grundlage der selbsterworbene Individualbesitz bildet, und dieses Verdienst der baltischen Deutschen wird dadurch keineswegs geschmälert, daß diese selben Letten und Esten neuerdings durch gewissenlose Verhetzung in einen scharfen Gegensatz zu ihren Lehrmeistern hineingetrieben worden sind. Diese baltischen Landwirte haben nun in nicht geringer Zahl ihren Weg auch ins Innere des russischen Reichs gefunden, und zwar trifft man dort viele baltische Deutsche (meist jüngere Söhne kinderreicher Gutsbesitzerfamilien) als Generalbevollmächtigte großer Güterkomplexe, deren russische Besitzer ein behagliches Luxusleben irgendwo draußen in der „großen Welt" führen. In immer wachsender Zahl finden wir auch Balten als Gutsbesitzer in den innerrussischen, besonders den an ihr Heimatland grenzenden Gouvernements, wo sie manchmal gänzlich verwirtschaftete Güter wieder in die Höhe bringen.

Ein noch wichtigerer Faktor in der russischen Landwirtschaft sind aber die deutschen Kolonisten, die ein gewaltiges Areal gerade in den fruchtbarsten Gegenden Rußlands innehaben und an der Getreideproduktion Rußlands in hervorragendem Maße beteiligt sind. Vor 100 bis 150 Jahren wurden sie von der russischen Regierung unter lockenden Versprechungen ins Land gezogen zu dem Zwecke, „um dem Ackerbau des Landes aufzuhelfen und den benachbarten Russen als Beispiel in

Digitized by Google

manchen Stücken vorzuleuchten, besonders in einer guten, rationellen Landwirtschaft und im Gartenbau", und diese Aufgabe haben sie glänzend gelöst. Ein großer Teil der Getreidemenge, die Rußland in Friedenszeiten aus seinen Schwarzmeerhäfen exportierte, stammt von den Feldern dieser deutschen Bauern. Wenn nun der gewaltige deutsche Bauernbesitz Rußlands zwangsweise enteignet wird[1], so muß das Reich selbst am schwersten dadurch leiden, denn in der Übergangszeit bleiben große Strecken fruchtbaren Landes unbebaut, und die neuen (russischen) Besitzer werden zunächst sicherlich nicht dieselben reichen Erträge erzielen können wie ihre Vorgänger. Ein starkes Sinken der gesamten Getreideproduktion Rußlands wird die unausbleibliche Folge sein.

Zusammenfassend muß festgestellt werden, daß alle die Maßnahmen der russischen Regierung, die während des Krieges und teilweise schon früher gegen Deutschland und das Deutschtum ergriffen worden sind, von blindem Haß geboren wurden, und der Haß ist immer ein schlechter Berater, ganz besonders aber bei der Entscheidung wirtschaftlicher Fragen. Deutschland kann der weiteren Entwicklung der Dinge ruhig entgegensehen. Es wird die Resultate dieser Haßpolitik teilweise in seinem Pluskonto buchen können; wo aber die selbstmörderischen Tendenzen der russischen Politik auch die vitalen Interessen Deutschlands bedrohen, wird der künftige Friedensschluß Rußland auf andere Bahnen lenken müssen. Der Deutsche aber darf nicht mehr in den alten Fehler verfallen, der sich in diesem Kriege, was Rußland angeht, so schwer an ihm gestraft hat: seinen Überschuß an Kapital, Intelligenz und Arbeitskraft den mißgünstigen und durch sich selbst minder leistungsfähigen Nachbarn in Hülle und Fülle ins Land zu bringen. Dadurch würde er dessen militärische und wirtschaftliche Kräfte von neuem in der gefährlichsten Weise stärken. Bleibt der Russe dagegen auf sich selbst angewiesen — das heißt in diesem Falle: beschränkt sich der Deutsche auf günstige Handelsbeziehungen mit Rußland, in denen die Russen von uns haben können, was sie wollen und brauchen, statt daß er dem russischen Körper von innen her die Kräfte leiht, die diesem fehlen —, so kann auch Rußland aufhören, eine drohende Gefahr für Deutschland und für Europa zu sein.

[1] Auch den baltischen Gutsbesitzern wird schon lange dasselbe Schicksal angedroht, doch ist es bei der Lage der Dinge sehr fraglich, ob die Entscheidung über ihr zukünftiges Schicksal in den Händen der Russen liegen wird.

Digitized by Google

Der Wille zum Krieg in Italien

Von Dr. Werner Weisbach

In den Diskussionen über die Kriegsziele, die seit einiger Zeit in verstärktem Maße die öffentliche Meinung Europas beschäftigen, wird aus Vierverbandskreisen als ein Hauptzweck des Völkerringens die Unschädlichmachung des Militarismus in Deutschland bezeichnet. Einem von Preußen ausgehenden Militarismus wird im wesentlichen die Schuld an der Weltkatastrophe zugeschoben. Wie sehr man aber auch in mündlichen und schriftlichen Äußerungen von verantwortlichen und unverantwortlichen Persönlichkeiten danach fahnden mag, was denn eigentlich unter diesem Militarismus zu verstehen ist: man geht immer leer aus. Deutschland hat sich ein System der Landesverteidigung ausgebildet, wie andere Staaten auch, und wenn Preußen auf diesem Gebiete vorbildlich wurde, so geschah es, weil es eine alte und gute Tradition für sich hatte. Eine technisch aufs höchste gesteigerte militärische Leistungsfähigkeit ist schließlich das Ziel einer jeden Großmacht. Hat sich Frankreich etwa eine Vervollkommnung seines Heeres weniger am Herzen liegen lassen als Deutschland? Und die unionistische Presse Englands hat ihrer Regierung während des Krieges doch genügend Vorwürfe gemacht, daß sie sich den militärischen Ansprüchen nicht gewachsen zeigte. Daß ein jedes Militärsystem gewisse Auswüchse im Innern zeitigt, die mit anderen — bürgerlichen Interessen in Konflikt geraten können, liegt in seinem ganzen Charakter. Es wird nicht geleugnet, daß es auch in Deutschland solche gegeben hat, und sie sind ja des öfteren Gegenstand öffentlicher Erörterungen gewesen. Aber das sind Dinge, die nur das Volk selbst angehen, das sich mit ihnen auseinanderzusetzen hat, und das Ausland nicht berühren. Auch Frankreich hat ja seine Dreyfuß-Affäre durchzumachen gehabt.

In der Natur des Soldaten liegt es nun einmal, daß er gern mit dem Säbel rasselt. So lange man Soldaten braucht, wird man ihnen diese Eigenschaft nicht austreiben können. Jeder Beruf trägt seine Vorzüge und seine Fehler in sich selbst. Allerdings wird in allen Ländern künftig ein solches Gebahren unter schärfere Kontrolle gestellt werden müssen. Es hat sich deutlich genug gezeigt, was für Schäden und Mißverständnisse durch unverantwortliche Äußerungen angerichtet werden können.

Digitized by Google

Deutschland oder Preußen allein aber als kriegerisches und raufluſtiges Element in Europa hinzuſtellen, es für die Verſchärfung der Beziehungen zwiſchen den Völkern und die ſchließliche Entladung in der Kataſtrophe verantwortlich zu machen, iſt eine willkürliche Entſtellung, die ſich an der Hand von Tatſachen widerlegen läßt. Dieſer kürzlich wieder von dem Vorſitzenden der Berner Verſtändigungskonferenz, Baron d'Eſtournelles de Conſtant, in der „Neuen Züricher Zeitung" erhobenen Beſchuldigung iſt Profeſſor Friedrich Wilhelm Foerſter, ein Mann, der bekannt dafür iſt, gegen die Schwächen ſeines eigenen Volkes ohne alle Beſchönigungsverſuche anzugehen, mit einer für jeden unvoreingenommenen Blick überzeugenden Klarheit in demſelben Blatt (18. April 1916) entgegengetreten, indem er zeigt, wie von gewiſſen Kreiſen Frankreichs alles geſchah, um auf eine kriegeriſche Verwicklung hinzudrängen.

Auch in Italien, das es ja ſo hinzuſtellen liebt, als ob es aus ſeiner unſchuldsvollen Friedfertigkeit durch den europäiſchen Friedensſtörer aufgeſchreckt worden ſei, iſt ſeit einer Reihe von Jahren ein Kriegsfeuer künſtlich geſchürt worden. Es gibt eine Partei, welche die Verwirklichung des Krieges geradezu zu ihrem Programm erhoben hat: die nationaliſtiſche.

Der italieniſche Nationalismus gab ſich bei ſeinem Auftreten als ein Regenerationsverſuch aus gegenüber inneren Zuſtänden, die man als zerrüttet und verbeſſerungsbedürftig anſah, und wurde von jungen Leuten in einer begeiſterten Aufwallung ins Leben gerufen. Er gewann allmählich politiſche Bedeutung und fand eine parlamentariſche Vertretung. Das erſte nationaliſtiſche Programm, das in ſeinen Grundzügen auch weiterhin Geltung behielt, wurde im Jahre 1910 in Turin aufgeſtellt. In der Nation ſah man die letzte und höchſte Einheit geſellſchaftlichen Lebens; alles ſollte für und durch die Nation geſchehen. Man wollte ſie von allen politiſchen, wirtſchaftlichen und kulturellen Feſſeln des Auslands befreien, für eine neue Belebung aller rein nationalen Werte wirken. Als Gegner ſah man einmal die Demokratie an mit ihren internationalen und freimaureriſchen Tendenzen, ferner die Sozialdemokratie mit ihren internationalen Idealen. Ein Italien, das ganz auf ſich ſelbſt geſtellt iſt: dieſem Ziel dachten die Nationaliſten alle Mittel und Kräfte dienſtbar zu machen. Es galt, die Autorität des monarchiſchen Staates

Digitized by Google

zu erhöhen, seine Prärogativen gegenüber dem Parlamentarismus zu erweitern, durch bessere Organisation seinen ganzen Mechanismus zu kräftigen. Zur Vermehrung des Ansehens des Staates und seiner Machtmittel wurde die größtmögliche Stärkung von Heer und Flotte gefordert. Für die äußere Politik verkündete man einen expansiven Imperialismus. Gegenüber einer namentlich in den demokratischen Kreisen verbreiteten materialistischen Geschichtsauffassung trat der Nationalismus für einen Heroenkultus ein. Die Rolle eines der Heroen des Nationalismus zu übernehmen, war Gabriele d'Annunzio gern bereit, der in Frankreich exilierte Dichter, der zum Verdruß mancher nationalgesinnten Italiener der Pariser Bühne die Erstlinge seiner Muse in französischer Sprache dargeboten hatte. Zur Verwirklichung des imperialistischen Zukunftstraumes und eines heldischen Ideals machte man Propaganda für den Krieg. Man erhoffte von ihm auch eine innere Befreiung und eine Erneuerung aller Zustände. Von ihm erwartete man eine unmittelbare Überwindung des positivistischen Zeitalters. Der siegreiche Krieg wurde zu einem Mythus — wie man sich ausdrückte — erhoben, mit einer romantischen Glorie umkleidet und mit allen Mitteln der Phantasie verherrlicht. Der Krieg als Selbstzweck, das war ein Dogma, das in der nationalistischen Literatur immer wieder vorgeführt wurde. Es ist kein Zufall, daß der Nationalismus nach dem russisch-japanischen Krieg und kurz vor dem Tripolisunternehmen ins Leben getreten ist. Zur Herbeiführung dieses Krieges hat er eine große agitatorische Tätigkeit entfaltet.

Wenn die Nationalisten auch nicht über eine große numerische Stärke verfügten, so zählten sie unter ihren Anhängern doch maßgebende Persönlichkeiten aus der Intelligenz. Auf die Jugend, die sich von dem lähmenden Druck einer unproduktiven Gegenwart zu befreien trachtete, übte ihr Programm eine große Anziehungskraft aus. Sie verfügten über geschickte Federn, die mit Schwung für ein bestimmtes Ideal zu werben wußten. Ihr Ungestüm und ihre Einseitigkeit erregten allerdings in vielen Kreisen Anstoß. Es entbehrt nicht des Humors, wenn man, wie es von seiten des „Corriere della Sera" (8. Mai 1916) geschehen ist, den italienischen Nationalismus in Parallele setzt zu der alldeutschen Richtung die in dem Ausland bekanntlich in erster Linie für die kriegerische Gesinnung Deutschlands haftbar gemacht wird.

Digitized by Google

Auch der Futurismus, jene sensationslüsterne anarchische Bewegung, die, wie man glaubte, nur zur Lächerlichkeit verdammt war, hat zu der Belebung des Kriegsgeistes beigetragen. Man muß bedenken, daß sich innerhalb eines verhältnismäßig beschränkten Kreises das geistige Leben in Italien abspielt und daß ein mit einer gewissen Hartnäckigkeit durchgeführter Ansturm eher durchzudringen und weiterzuwirken vermag, als in einer ausgedehnteren Sphäre. Obwohl der Futurismus von seinem ersten Auftreten an allenthalben feindlich und spöttisch aufgenommen wurde, war er in ständigem Wachsen begriffen und zählte im Jahre 1913 22 000 Mitglieder. Ging er anfänglich von einem literarisch-künstlerischen Bereich aus, so maßte er sich doch auch eine neue ethische Betrachtungsweise an und das Recht, von seinem Standpunkt aus eine „moderne" Weltanschauung zu formulieren. Die Mittel, die er vorzuschlagen wußte, um das erstrebte Neue durchzusetzen, waren höchst radikal. Er wollte Italien von der Last seiner Vergangenheit befreien und unternahm einen Feldzug gegen alle überkommenen Güter und Werte. Wie viele von den neuerungssüchtigen Demokraten litten die Futuristen unter dem alten Kultur- und Kunstbesitz, der nach ihrer Ansicht höchst überflüssigerweise mit herumgeschleppt wurde — und der doch auch gewisse Verpflichtungen auferlegte. Was sie wollten, war ein von Grund aus „modernes" Italien auf allen Gebieten: Das Alte zerstören, aufreiben, in die Luft sprengen, wenn es nötig wäre, um dem Jungen Platz zu machen; mit jeglicher Sentimentalität aufräumen, alles revolutionieren.

Mit dem Nationalismus berührt sich der Futurismus darin, daß auch er für das Nationale in Reinkultur eintritt, daß auch er den Krieg als einen Heilbringer preist. Durch den Krieg soll der große Reinigungsprozeß vollzogen werden, der Italien von dem Druck seiner historischen Überlieferung befreit und es mit einem Schlag einer modernen Zukunft in die Arme wirft. Beide Richtungen sind wissentlich oder unwissentlich mit Nietzscheschem Geist getränkt. Daß d'Annunzio von Nietzsche stark beeinflußt wurde, ist zur Genüge bekannt. Wir stoßen in der Propagandaliteratur unserer Gegner immer wieder auf die Behauptung, durch Nietzsches Philosophie sei nicht zum wenigsten der aggressive Geist Deutschlands angestachelt worden. Die Vertreter des italienischen Nationalismus und Futurismus dürfen wir unserseits wohl auffordern sich zu besinnen, was in ihrem Gedankenstrom ihnen aus dieser deutschen Quelle zugeflossen ist.

Digitized by Google

Daß die futuristische Phrasologie den Geisteszustand mit vorbereiten half, der zum Kriege führte, darüber ist man sich auch in Italien klar. In einem Brandherde trägt jeder Funke dazu bei, dem Feuer neue Nahrung zu geben. Marinetti, der Begründer und Führer des Futurismus, hat auch während des Krieges verschiedentlich von sich reden gemacht. Er hielt Vorträge, die nach den Zeitungsberichten vor vollen Häusern stattfanden und das Publikum begeisterten. Er wähnte auch durch den Krieg gefördert zu werden in der Verwirklichung seines Ideals, mit aller überkommenen und unzeitgemäßen Kultur und Kunst ein für allemal gründlich aufzuräumen und schlug vor, man sollte den Besitz Italiens an alten Kunstwerken veräußern und für den Erlös Munition herstellen. Das war selbst den Franzosen zu arg und der „Temps" ließ sich herbei, gegen diese Aufforderung zu protestieren. Der „Avanti" (6. April 1916) aber wandte sich mit heftiger Bitterkeit gegen „jene Bande von Verbrechern und Irrsinnigen, die unter den Fahnen des Futurismus in Italien ficht, die in den Zeiten des Friedens den Krieg gepredigt hatte"! Als typisches Beispiel futuristischer Kriegsbegeisterung bringt das Blatt folgenden literarischen Erguß von Papini, einem ihrer Wortführer, aus der Zeit, da Italien noch neutral war, zur Kenntnis:

„Man wünschte ein heißes Bad von schwarzem Blut nach so viel lauer Feuchtigkeit von Muttermilch und Bruderträuen. Man wünschte einen schönen Strom von Blut.... Vor allem sind wir zu viele auf der Welt. Der Krieg entfernt eine große Anzahl Menschen, die nur lebten, weil sie geboren waren. Unter den tausenden von Stücken Aas, die der Tod zusammenwirft und die sich nur durch die Farbe ihrer Kleidung unterscheiden, wie viele gibt es darunter, die etwa einer Klage, ja auch nur einer Erwähnung wert sind? Ich möchte meinen Kopf darauf setzen, daß nicht so viele herauskommen würden, als die Finger an den Händen und die Zehen an den Füßen zusammen ausmachen.... Man berufe sich nicht als Einspruch dagegen auf die Tränen der Mütter. Wozu sind Mütter nach einem gewissen Alter da als zum Weinen?... Der Krieg nützt im übrigen der Landwirtschaft und der Modernität. Die Schlachtfelder sind viele Jahre lang bedeutend ertragreicher als früher, ohne irgendeine Aufwendung für Dünger. Wie schönen Kohl werden die Franzosen für ihre Küche bekommen von den Stellen, wo sich jetzt die deutschen Soldaten

Digitized by Google

drängen, und was für dicke Kartoffeln wird man im kommenden Jahr in Galizien ernten!... Wir lieben den Krieg, ja wir lieben ihn und genießen ihn wie Feinschmecker, so lange er währt."

Und dieser Papini ist nicht etwa irgendein Tollhäusler, sondern noch heute Mitarbeiter der angesehenen liberalen bolognesischen Zeitung „Il Resto del Carlino".

Alles, was in den Zeiten des Friedens an Kriegsromantik gezüchtet war, mußte in der nach Ausbruch des europäischen Krieges geschaffenen gespannten Atmosphäre der italienischen Neutralität eine erhöhte Wirkung ausüben. Die Nationalisten hatten nun ein bestimmtes Ziel, auf das sie ihren Kriegsfuror einstellen konnten. Für die Demokraten stand es von vornherein fest, daß sie die Seite, auf der das seit Jahren angebetete und nachgebetete Frankreich focht, zu vertreten hätten. Volkstümlich aber machten sie diese Haltung, indem sie sich der alten vom Risorgimento überkommenen irredentistischen Formel bedienten, die in dem immer zugkräftigen und das nationale Gefühl in Wallung versetzenden Ruf: Trento e Trieste! Ausdruck findet.

Der nationale Egoismus und die irredentistische Propaganda haben schon in Friedenszeiten eine Reihe von Institutionen, um sie ihren Zwecken dienstbar zu machen, ins Leben gerufen, die zum Teil einen herausfordernden Charakter hatten und im gegebenen Augenblick als Kampforganisationen aufzutreten vermochten. Als Salandra im Januar dieses Jahres Florenz besuchte, fanden sich unter den Unterzeichnern eines Aufrufs für ihn eine Anzahl Vereine, deren Name und Charakter sehr vielsagend ist: Società nazionale Dante Alighieri — die bekannte Gesellschaft, die ähnliche Ziele verfolgt wie bei uns der Verein für das Deutschtum im Ausland —, Associazione Trento e Trieste, Associazione pro Dalmazia italiana, Lega pro terre irredente, Lega navale, Lega latina.

Wer diese Liste überblickt, den sollte es doch wieder einmal stutzig machen, daß das Ausland sich immer nur gen Deutschland wendet, um sich auf Flottenverein, Nationalitätsverband, Militarismus zu berufen, denen die Schuld an dem Ausbruch des Weltkrieges aufgebürdet wird. Für Deutschland wird die These aufgestellt, daß eine militaristische Minderheit es verstanden habe, das ganze Volk in Fesseln zu schlagen und ihm ihren Willen

Digitized by Google

aufzuzwingen. Weist man von deutscher Seite auf die militaristischen und nationalistischen Umtriebe in anderen der kriegführenden Länder hin, so wird von dieser Seite entgegengehalten, das seien nur bedeutungslose Minoritäten, denen irgendein bestimmender Einfluß auf die Entwicklung der Verhältnisse nicht zugemessen werden könne.

Das Beispiel Italiens gerade zeigt in deutlichster Weise, in welchem Maße sich Minoritäten bei gewissen Konstellationen Geltung zu verschaffen und durchzusetzen vermögen. Nachdem die Regierung sich im August 1914 für die Neutralität entschieden hatte, wurde eine wilde Agitation mit zügellosem Treiben entfesselt, die das Land in Aufregung halten und gefügig machen sollte. Für die Nationalisten wäre es eigentlich natürlicher gewesen, sich an Deutschland anzulehnen; denn in den Tagen, da sie ihre Anschauung ausbildeten, mußte ihnen dieses Land bis zu einem gewissen Grade als Vorbild und Ideal erscheinen. Hier fanden sie zum großen Teil das, wonach sie sich sehnten, was sie forderten: Staatsautorität, straffe Disziplin, militärische Stärke. Obwohl sie deutschem Staatsleben und deutscher Kultur Sympathien entgegenbrachten, wandten sie sich aber gegen die Zentralmächte und schlossen sich an ihre inneren Gegner, Demokraten, Radikale, Republikaner, an; denn nur so dachten sie ihr Ziel: Krieg um jeden Preis, erreichen zu können. An der Kriegshetze beteiligten sie sich in der maßlosesten Weise und mit den niedrigsten Mitteln. Ihre Inkonsequenz ist den Nationalisten von ihren eigenen Landsleuten oft genug vorgehalten worden.

Der Wille zum Krieg, der zur Zeit des Friedens durch eine literarische Propaganda von gewissen Kreisen geweckt, befeuert und gepriesen wurde, mußte nach Ausbruch der europäischen Katastrophe, als von verschiedenen und zum Teil entgegengesetzten Seiten eine geschickte und fanatische Stimmungsmache auf das gleiche Ziel hin betrieben und immer wieder darauf verwiesen wurde, man dürfe den letzten Augenblick Italien groß zu machen nicht vorübergehen lassen, als die südlich erregbaren Geister unter dem Eindruck des auf den Schlachtfeldern fließenden Blutes und in der fieberhaften Angst vor einer ungewissen Zukunft in höchster Spannung waren, einen ungeheuren Antrieb erhalten. Die jüngste Vergangenheit hat gelehrt, daß die Diplomatie und Politik den Minoritäten künftighin eine ganz andere Aufmerksamkeit als früher wird zuwenden müssen. Was

Digitized by Google

sich in Italien vollzog, ist das Ergebnis von Stimmungen, Theoremen und Treibereien, die, will man die Wirkungen in ihrer Gesamtheit auf ihre Tragweite hin richtig einschätzen, bis weit in die Tage des Friedens zurückverfolgt werden müssen.

Notizen

Zwischen zwei Weltherrschaften. In der letzten Nummer der italienischen Zeitschrift „Vita e Pensiero" erschien unter dem Pseudonym Mario Brusadelli folgender Aufsatz:

Die anfängliche deutsche Offensive, nach Meinung der Deutschen allerdings ein Verteidigungskrieg, hat sich schließlich zu einem Kampf zwischen Deutschen und Engländern entwickelt. Ohne den Anteil der übrigen Alliierten zu unterschätzen, muß doch festgestellt werden, daß sich der Angriff Deutschlands hauptsächlich gegen das große England richtet, wo das wirtschaftliche Zentrum zu suchen ist und wo der feste Wille herrscht, erst nach einem entscheidenden Sieg aufzuhören. England wird erst zu allerletzt sich mit der Friedensidee befreunden und erst dann, wenn es seine Interessen geschützt weiß. Die übrigen Staaten haben heut zwischen der englischen und der deutschen Weltherrschaft zu wählen. Seinerzeit haben uns die Deutschen auf die Möglichkeit aufmerksam gemacht, das englische Joch abzuschütteln; heute singen sie den noch Neutralen dasselbe Lied und spielen sich dabei als Beschützer der freien Meere gegen britische Gewaltherrschaft auf. Wir verkennen nicht die tatsächliche Weltherrschaft der Briten. Die Hegemonie eines Landes, welches Suez, Gibraltar und Malta besitzt, ist nicht zu leugnen. Das Mittelmeer, das wir harmlos „unser Meer" nannten, ist nichts als ein englischer See. Nicht aus Mißgunst, sondern mit dem Mut der Wirklichkeit ins Auge zu sehen, schneide ich dieses für uns so wichtige Kapitel an. Die Deutschen müßten sich doch fragen, weshalb verschiedene Staaten die englische Hegemonie der deutschen vorziehen. Sie beschuldigen das schlaue Albion, seine wahren Ziele unter dem Mantel des Beschützers der kleinen Nationen zu verstecken. Trotzdem müßte es den Deutschen doch auffallen, daß ein großer Teil Europas die Ausbeutung durch englische Schlauheit einem Regime nach deutscher Methode vorzieht. Wir sind nicht blind gegen die Vorteile, welche England durch seine Freundschaft mit den Kontinentalmächten gewinnt; wir sind auch nicht blind gegen britische Schlauheit; wir geben uns keiner Täuschung über die bekannten Erklärungen der englischen Regierung für den Schutz Serbiens, Belgiens usw. hin; erkennen anderseitig jedoch gern an, daß viele der besten Engländer für das Schicksal dieser kleinen Staaten das richtige Verständnis haben. England wußte das mangelnde Verständnis der Deutschen für die Situation geschickt auszunutzen und seine nationalen Interessen mit den allgemeinen Sympathien zu vereinen. Wir begreifen, daß England sich gegen die einzige seine Vorherrschaft störende Macht verteidigen mußte, indem es auch die russischen Heere gegen seinen Rivalen ins Feld führte.

Digitized by Google

Trotzdem wir nach dem Kriege mit einem verstärkten englischen Imperialismus zu rechnen haben werden, ziehen wir diesen noch immer einem deutschen vor; wir nehmen lieber den bisherigen Zustand hin, als einen uns noch unbekannten. Der englische Imperialismus macht sich hauptsächlich im Mutterlande selbst, weniger in den Kolonien, am wenigsten in den übrigen befreundeten oder feindlichen Staaten fühlbar. Der Engländer achtet die Rechte des Staates in gleicher Weise wie die des Individuums. Aus einer Tyrannei und aus einer langen Anwendung härtester Methoden hat sich ein Liberalismus in bester Form entwickelt, welcher die schönste Harmonie zwischen Autorität und persönlicher Freiheit darstellt. Der Deutsche dagegen erschreckt die Welt mit seiner Pedanterie, seinem System von Paragraphen bis zum Überdruß; die preußischen Methoden mögen in Deutschland für Militär wie Zivil ausgezeichnet sein, für uns jedoch sind sie unangebracht. Wir ziehen vor, weniger glücklich zu sein, als uns ein Glück zu erkaufen, welches mit so unannehmbaren Formen verbunden ist. Die Angst vor dem deutschen Imperialismus hat dem englischen genützt. Während die Engländer verstanden, sich in wenigen Jahren die Buren zu Freunden zu machen, ist Elsaß durch jenen Imperialismus noch nach 45 Jahren unruhig und unzufrieden. Vielleicht lernen die Deutschen mit der Zeit zu herrschen, dann wird man nicht mehr Furcht vor ihrem Imperialismus haben; aber... es werden dann auch nicht mehr die Deutschen von heute sein. Da das Schicksal des Friedens hauptsächlich in Englands Hand liegt, so müssen seine Vorschläge edelmütig sein. Deutschland kann nach seiner tüchtigen, wenn auch oft grausamen Art der Kriegführung nicht einfach wie Karthago von der Bildfläche verschwinden. Man hat mit Deutschland auch in Zukunft zu rechnen. — Der Friede von 191..? darf kein Friede von 1871 werden. England darf die Welt nicht durch zu große Ansprüche enttäuschen, denn es hat wohl bezahlt, aber nicht geblutet. Wir wollen England keine Lehren geben, aber wir erwarten von dieser großen Nation keine militärische Gewaltsamkeit, sondern edelste Gesinnung, Duldung und Verständnis für die anderen in einer von Egoismus sich fernhaltenden Form. Das ist der Wunsch einer Nation, welche England liebt und seine Größe bewundert.

Der englische Geist. In der „Times" vom 15. Juli hieß es: Ich habe die Engländer niemals so gesehen, so — wie soll ich es ausdrücken — so unbewußt und der Leidenschaft der Sache hingegeben. Sie fochten wie die Furien. Ich habe nichts dabei abbekommen als eine zerschnittene Hand, als ich ein Boche-Bajonett anpackte. Ich hatte meinen Revolver verloren und mußte diesen Halunken mit den Händen anpacken, bis ich sein Gewehr zu fassen bekam. Dann kam er aber an die Reihe, und ich habe meinen ersten Point mit dem Stahl gemacht. Oh, Sie können meinem Wort glauben, es ist schöner als Polo.

In der „Times" vom 19. desselben Monats tadelt eine Zuschrift Lord Robert Cecil, daß er überhaupt den Gedanken aufgeworfen habe, England könne Vergeltungsmaßregeln an seinen Gefangenen für „unmenschliche" Behandlung der englischen Gefangenen in Deutschland anwenden. Das einzige Gute,... das dar-

Digitized by Google

aus kommen kann, wenn man diese unselige Frage anschneidet, ist die Gelegenheit, die es dem Volke gibt, das Grauen auszudrücken, das ihm dieser Gedanke erregt. Engländer werden keine Abweichung von ritterlichem Betragen in der Behandlung ihrer Gefangenen dulden ..... Es ist unerfreulich, solche schmierigen Ideen aufgebracht zu sehen.

Lob deutscher Tapferkeit. Während sich die englische Presse über die deutsche Anerkennung englischer Tapferkeit befriedigt zeigt, fängt umgekehrt auch die Haltung der Deutschen an, in den englischen Kriegsberichten großen Raum einzunehmen. Besonders dadurch ausgezeichnet sind die Berichte des neuen, zweiten, Kriegsberichterstatters der „Daily Chronicle" vom 20. Juli, Philipp Gibbs.

„Sie haben sich glänzend gehalten," war das Urteil eines englischen Soldaten, „und obwohl zwischen unserm und dem feindlichen Heere keine Liebesmühe verloren wird, ist es wenigstens gut, daß wir nicht die alberne Verachtung für den Feind haben, die niemals von britischen Soldaten, aber manchmal von Leuten geäußert wird, die unbewußt die Tapferkeit unserer eigenen Leute durch Unterschätzung des Mutes und der Standhaftigkeit unserer Gegner herabsetzen."

Deutschlands Stellung in Ostasien nach dem Kriege. In einer Einsendung aus Missionskreisen in der „Neuen Hamburger Zeitung" vom 17. Juni wird die Ansicht vertreten, durch den Krieg sei unsere Stellung in Ostasien erheblich verbessert worden, denn dieser habe uns von unserem gefährlichsten Konkurrenten im Fernen Osten, von England, befreit, da Japan demselben das Heft aus der Hand genommen habe. Es wird im Verfolg der Ausführungen Deutschland nahegelegt, sobald sich die Gelegenheit biete, mit Japan die Tsingtau-Angelegenheit in Güte zu regeln, um dann gemeinsam mit ihm sich der kulturellen und wirtschaftlichen Eroberung Chinas widmen zu können. Der Einsender glaubt, daß wir uns auf diese Weise nicht nur die Sympathien der Chinesen erhalten, sondern auch aus dem Umstande Nutzen ziehen könnten, daß infolge des japanischen Auftretens der angelsächsischen Kultur im Fernen Osten der Todesstoß versetzt und damit freie Bahn für erfolgreiche deutsche Tätigkeit geschaffen sei.

Diese Einsendung zeugt von einer starken Trübung des Urteils durch den Kriegszustand. Ganz abgesehen davon, daß es vor allem auch im Interesse unseres Ansehens in den Augen der Chinesen einer Genugtuung für Tsingtau bedarf, die uns Japan gegenüber vorerst unbedingte Reserve auferlegt, würde durch ein voreiliges Entgegenkommen Japan gegenüber, das dem Chinesen, gleichviel ob im Norden oder Süden, als Erbfeind erscheint, gerade das unmöglich gemacht, was der Einsender wünscht: wir würden uns die Sympathien der Chinesen auf immer verscherzen, während der Größenwahn gewisser japanischer Politiker aus einem solchen Verhalten unsererseits nur neue Nahrung zöge, ohne daß uns im übrigen die erhofften Vorteile eingeräumt würden.

Sollte Japan bereit sein, uns neben materiellen Kompensationen, die übrigens allem Anschein nach bereits Gegenstand von gewissen Vorbehalten japanischerseits in dem neuen russisch-japanischen Vertrage gewesen sind, auch eine mora-

Digitized by Google

lische Genugtuung für Tsingtau zu bieten, die etwa in seinem künftigen politischen Verhalten Deutschland und deutschen Handelsinteressen im Fernen Osten gegenüber zum Ausdruck gelangen könnte, so hat Deutschland guten Grund, mit einer Macht, deren uns feindliche Haltung im europäischen Kriege zwar nicht ganz unverständlich, aber jedenfalls nicht durch fortdauernde Umstände für alle Zukunft gegeben ist, freundschaftliche Beziehungen wieder aufzunehmen und dieselben auszubauen. Eine Ausgleichung der vorübergehenden Gegensätze darf jedoch keinesfalls auf Kosten Chinas erfolgen. Unsere Politik kann aus dem Verlauf der Dinge im Fernen Osten während des Krieges nur die Lehre gezogen haben, daß wir da draußen politische Forderungen nicht zu verwirklichen haben. In Anbetracht der hohen Kulturstufe, auf der sich die Völker des Fernen Ostens befinden, kann es auch nicht unsere Absicht sein, eine einseitige Kulturpropaganda bei ihnen zu betreiben. Wir müssen uns damit begnügen, ihnen, soweit das nützlich und ungefährlich erscheint, die technischen und sozialen Fortschritte, die wir dank äußeren Umständen, die uns zu äußerster Anspannung aller Kräfte zwangen, machen konnten, zu vermitteln und im übrigen unser Hauptaugenmerk in Zukunft der Förderung unserer Handelsinteressen im Fernen Osten widmen. Der Wiederaufbau und Ausbau unseres ostasiatischen Handels ist an sich schon eine Aufgabe, deren Lösung nicht leicht fallen dürfte. Dr. oec. publ. Heber

Der Sibirier. In der Parvusschen „Glocke" schreibt Oskar Wöhrle aus dem Felde

Heute habe ich in unserem Abschnitt den ersten Toten gesehen. Es war ein Sibirier, den unsere Feldwache von einer Fichte heruntergeschossen hatte. Auf dem Rücken lag er da, die eine Hand steif in die Luft gestreckt, die andere tief in das Moos und die Erde gekrampft. Mantel und Bluse standen offen, im Todesschmerz zerrissen, die Kugel war mit wütender Fahrt durch Brust und Rücken gegangen. In der Tasche hatte er ein Paar Handschuhe stecken, die waren jetzt überflüssig. Dicht neben dem Toten hockte ein Infanterist und schaufelte mit seinem kurzen Spaten das Grab aus. Wenn er müde war, setzte er sich eine Weile hin und biß von seinem Brot ab. Als ich ihn nach dem Russen fragte, sagte er: „Wir wissen nicht, wer er ist. Er hatte keine Erkennungsmarke, kein Soldbuch, kein Blatt Papier auf sich. Nur seine Regimentsnummer konnten wir feststellen." Ich ging weiter und verschwand in dem Graben. Ein kleiner Erdhügel wird sich morgen über dieser Stelle wölben. Im nächsten Jahr wächst Gras und Unkraut aus der Scholle, und sind erst ein paar Jahre herum, weiß keine Seele mehr, daß hier in dieser Wildnis ein toter Mensch liegt. Eine Mutter wartet daheim, und wenn's auch nur eine Sibirierfrau ist; der da erschossen in den Himmel schaut, war doch ihr Sohn.

Rußland nach dem Kriege. Menschikow schreibt in dem „Now. Wremja": Wenn der Krieg beendet ist, wird Rußlands wirtschaftliche Lage bedeutend schwerer sein als vor dem Kriege. Allein die Prozente unserer ungeheuren auswärtigen Schulden erfordern ein Drittel bis zur Hälfte unseres Budgets. Unser auswärtiger Handel wird schwer geschädigt sein, denn unsere Getreideausfuhr ist in den

Digitized by Google

Kriegsjahren durch die Konkurrenz der transatlantischen Staaten unterbunden. Wir werden auf uns gestellt sein, auf unsere Volksenergie, und darauf angewiesen sein, die fehlenden Milliarden zur Liquidation des Krieges aus unserem Boden zu gewinnen. Die neuen notwendigen Eisenbahnen werden neue Milliarden kosten, ebenso die Hebung der Landwirtschaft usw. Um diese Kapitale zu erlangen, muß die Volksarbeit im Sinne einer hohen intensiven Kultur entwickelt werden. Darum müßte man sich zuerst mit der Erlernung des Abc in Rußland beeilen. Die Mehrheit des russischen Volkes hat sich die tausend Jahre vor Christi Geburt durch die Phönizier gemachte Erfindung des Schreibens noch nicht angeeignet. Wenn unser Parlament in zehn Jahren nicht fähig war, das Gesetz des Schulzwanges einzuführen, so dürfen wir nicht einmal von einem Wetteifer mit Amerika träumen.

„Ein Jahr später". Ein Schweizer Architekt, der Belgien bereist hat, urteilt in einem bei Orell Füßli erschienenen Buche „Eindrücke eines Neutralen in Belgien" über die Verwaltung des Landes: Derjenige, der heute dieses Land bereist, hat nicht den Eindruck, unter einer Verwaltung zu stehen, wie man sie sich vielleicht unter einer Militärdiktatur gemeinhin vorstellt. Vor allem hat man Gelegenheit, deutsches Organisationstalent und administratives Können zu bewundern, die in das verfahrene komplizierte Räderwerk der früheren belgischen Verwaltung mächtig eingegriffen haben. Wie stünde heute dieses vor dem Krieg in so mancher Hinsicht merkwürdig regierte und verwaltete Land da, wenn nicht mit kräftiger und starker Hand, aber gleichzeitig mit viel Verständnis und politisch weitsichtigem Blick für die besonderen Lebensinteressen, dasselbe vor der völligen Anarchie und einer drohenden Finanzkatastrophe gerettet worden wäre. Ob Deutscher, Engländer, Franzose oder Neutraler, man muß als ehrlich denkender Mensch diesen deutschen General bewundern, wie er als „Stellvertreter des Königs" mit den alten bestehenden Gesetzen auskommend, Belgien in der kurzen Zeit eines Jahres wieder in einen geordneten Zustand versetzt hat, belgische und deutsche Interessen zu versöhnen und sie gegenseitig zu fördern versteht, und diese außergewöhnliche Arbeit mit ebenso ideenerfüllter Tatkraft, wie mit freundlicher Milde löst. Mag das Schicksal über das Land entscheiden, wie es will, die Belgier sind Herrn von Bissing für die großartigen Dienste, die er ihrem Lande leistet, Dank schuldig.

Französische Liebenswürdigkeit für die englischen Bundesgenossen. Das französische Royalistenblatt „Action française" bekämpft aufs heftigste die neugegründete Parlamentsgruppe der 97 Oppositionellen. In dem Wunsche, dieser Gruppe ihre politische Unfähigkeit recht deutlich zu machen, sucht die „Action française" vom 29. Juni nach Völkern, die als abschreckendes Beispiel dienen können. Sie wählt gleich zwei, nur passiert ihr leider das Mißgeschick, als politisch Unfähige neben den Papuanern die Neu-Seeländer zu nennen. Man wird in London diese Höflichkeit mit gebührender Freude begrüßen.

Digitized by Google

Neuerscheinungen

Jaurès über Vaterland und Proletariat. Aus Jean Jaurès' großem Werk „Die neue Armee" hat E. Diederichs in Jena die Ausführungen als Sonderabdruck herausgegeben, die das Verhältnis von Vaterland und Proletariat behandeln. Die Schrift kam bei Wiederkehr des Jahrestages des Kriegsbeginns recht zur Erinnerung an den hochherzigen, weit ausschauenden Mann, der als Opfer des Krieges gefallen ist, ehe der Krieg selbst begann. Jetzt wird diese Schrift erst recht lebendig. Denn die Praxis hat gezeigt, wie recht er mit der Theorie hatte, die Einheit werde stärker sein, „wenn in jedem Vaterland die soziale Harmonie an die Stelle des Klassenhasses getreten, wenn das kollektive Eigentum die Grundlage des Volksbewußtseins geworden sein wird". Und auch darin erscheint er jetzt als der wahre Realpolitiker, daß er, einer der revolutionärsten Köpfe und eines der idealistischsten Herzen, die je gelebt haben, den Nationalitätsgedanken als positives Gut in Rechnung gestellt hat, wenn er schreibt: „Es ist eine Freude für alle Streiter des internationalen Sozialismus, an das Edelste zu appellieren, das die Vaterländer in ihrer Tradition, ihrer Geschichte und Eigenart besitzen." So stellt er auch die Bewegung der proletarischen Klasse als Faktor in den Aufstieg der einzelnen Vaterländer. „Wenn sie ihm flucht, ihm zu fluchen glaubt, flucht sie nur all dem Jammer, der es entehrt, der Ungerechtigkeit, die es spaltet, dem Haß, der es betört, den Lügen, die es ausbeuten, und dieser scheinbare Fluch ist nur ein Schrei nach dem neuen Vaterlande, das sich nur durch die Autonomie der Nationen, die Blüte der Demokratien und die Anwendung der ganzen Macht jedes einzelnen Nationalgeistes auf die neuen Probleme entwickeln kann, also durch die Fortsetzung der Idee des Vaterlandes bis in die Menschheit hinein."

Der Belfried heißt eine neue Monatsschrift, die der Insel-Verlag in Leipzig für die Gegenwart und die Geschichte der belgischen Lande herausgibt. Der Belfried ist Verbandsorgan der volkswirtschaftlichen Gesellschaft in Belgien, ebenso wie politisch und wirtschaftlich aber auch ästhetisch interessiert. Wie der Belfried als Inbegriff des städtischen Gemeinwesens die belgischen Städte überragt, so will, nach dem ersten Heft zu schließen, der Belfried das wirtschaftliche und geistige Leben Belgiens überschauen, durch Bilder aus der Vergangenheit die Geschichte Belgiens uns anschaulich machen und von den Bestrebungen der Gegenwart Kunde geben. Als Niederschlag der wirtschaftlichen und geistigen Pflege, die Deutschland Belgien entgegenbringt, ist diese Zeitschrift eines der ausgezeichneten Zeugnisse des deutschen Geistes im Krieg.

Die Zeitung der X. Armee feiert mit ihrer hundertsten Nummer ein stolzes Jubiläum. Sie zählt Leute wie Major von Parseval, O. Wöhrle, Professor Eucken, W. Claßen zu ihren Mitarbeitern und zeigt, wie ausgezeichnet die Zeitung der Belehrung und Unterhaltung der Feldgrauen zu dienen weiß.

Österreich-Ungarns Bestimmung sieht O. Redlich, der bedeutende österreichische Historiker, darin: „Die Dinge auf dem Balkan endlich und endgültig

Digitized by Google

zu ordnen, nachdem Österreich-Ungarns gerechte und einsichtige Politik gegen Bulgarien wesentlichen Anteil an der Gewinnung dieses Bundesgenossen genommen hat." „An dieser Stelle und an jener anderen Stelle, wo Rußland sich am weitesten gegen den Westen vorgeschoben hat, in Polen, muß es zurückgeschoben werden und bleiben. Es muß gezwungen werden, endlich und endgültig abzusehen von dem Ziel der politischen Beherrschung des Bosporus, von dem Traume von Konstantinopel. Wenn dies gelingt, wird es ein gewaltiges geschichtliches Ergebnis des ungeheuren Ringes sein." „Unsere Monarchie ist, wie es einst die kleine Ostmark und dann das Österreich des 16. und 17. Jahrhunderts gewesen ist, die Grenzwacht gegen Osten, die Schutzmauer eines humanen und hochstehenden Völkerreiches gegenüber dem Zwingherrenstaat des Moskowitertums." „‚Mitteleuropa' ist nicht möglich ohne ein starkes, einiges Österreich-Ungarn. Und hier den Platz mit Kraft zu behaupten und vollkommen auszufüllen, das ist die Bestimmung der Monarchie."

Literatur

Schweizerische Wirtschaftsfragen. Zurzeit, da in der Schweiz wirtschaftspolitische Fragen beinah alle anderen in den Hintergrund drängen, in den Diskussionen der Vereine und in der Presse darüber, wie das kleine, neutrale Land auch seine wirtschaftliche Neutralität aufrecht erhalten könne, beinah jeden Tag neue Probleme aufsteigen und auch das Volk allmählich allgemein die möglichen Maßnahmen zur wirtschaftlichen Selbstbehauptung während und nach dem Kriege erörtert, ist es vielleicht angezeigt, auch an dieser Stelle auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der Schweiz und ihre Verbindung mit denen des Auslandes hinzuweisen. Der kürzeste und aufschlußreichste Weg hierzu ist sicher, die Gedankengänge einiger Broschüren zu skizzieren, in denen von berufener Seite und an Hand eines reichen Tatsachenmaterials diese Fragen beleuchtet werden.

Über die gesamte schweizerische Volkswirtschaft (Landwirtschaft, Industrie, Handel, Verkehr, Banken und Geldwesen) orientiert in zusammenfassender Weise das kurze „Repetitorium der schweizerischen Volkswirtschaft" von Dr. Bernhard Siegfried (Verlag: Art. Institut Orell Füßli, Zürich). Seine durchaus objektive Wiedergabe der tatsächlichen Verhältnisse macht es besonders geeignet, auch dem Ausländer einen raschen Ein- und Überblick zu verschaffen. Die Fragen, die in der Zeit aber zumeist verhandelt werden — Probleme der Verflechtung der schweizerischen Volkswirtschaft mit der der Umländer und der daraus resultierenden schweizerischen Wirtschaftspolitik — berührt die handliche Broschüre nicht.

Um so gründlicher werden die in dem Vortrag von Professor Dr. Töndury (erschienen bei Rascher & Co., Zürich) erörtert. Über das Maß der wirtschaftlichen Unabhängigkeit der Schweiz gibt er den besten Aufschluß. Er weist darauf hin, daß es kaum ein Land gibt, dessen

Digitized by Google

Volkswirtschaft so innig verwachsen ist mit dem Auslandsmarkt, wie das kleine Binnenland Schweiz. Die Frage sei daher durchaus nicht müßig, ob dem nicht in der einen oder anderen Richtung zu wenig entgegengearbeitet worden sei, ja ob nicht durch diese enge Verpflechtung des schweizerischen Wirtschaftslebens mit dem des Auslandes die Grundlage auch der politischen Unabhängigkeit der Schweiz bedroht erscheine. Er sucht dies statistisch zu belegen und gelangt im Verlauf seiner Ausführungen zu dem Satz: „Gerade unsere wichtigsten Industrien haben das sonst übliche Verhältnis umgekehrt; nicht der Inlandskonsum bildet die Grundlage für den Export, sondern der Export allein ermöglicht eine Produktion, die billig genug arbeitet, um auf dem Inlandsmarkt die ausländische Konkurrenz aushalten zu können." Der Mangel an Rohstoffen beschränke den nationalen Anteil an der Ausfuhr erheblich und zwinge die Schweiz zu hochgradiger Qualitätsarbeit, welche dann leicht zur Internationalisierung der betreffenden Industrien führe und dadurch zu einer gewissen wirtschaftlichen Abhängigkeit von den Ländern, nach denen große Exporte, oder aus denen starke Importe stattfinden. Töndury wünscht daher eine bessere prozentuale Verteilung des Ex- und Importes auf möglichst viele Länder.

Vielleicht noch folgerichtiger verlangt Dr. P. Mori in „Neue Wege schweizerischer Exportpolitik" (Verlag Art. Institut Orell Füßli, Zürich) eine erhöhte Leistungsfähigkeit der schweizerischen Industrie, wodurch eine gleichmäßigere Verteilung des Exports und damit die relative Unabhängigkeit von selbst gegeben wäre. Statistisch weist er nach, daß die Schweiz im Verlauf der letzten 20 Jahre vor Ausbruch des Krieges „an der Spitze der industriell-kommerziellen Staaten Zentraleuropas stand". Ihre Ausfuhr betrug pro Kopf der Bevölkerung im Vergleich zu ihren Nachbarländern

	1892	1902	1912
Schweiz	218	258,2	354,7
Deutschland	79,6	104,1	172,2
Frankreich	90,5	108,8	158,2
Italien	33,5	45,2	69,1

Dabei sei weitaus der größte Teil der Ausfuhr hochgradige Qualitätsarbeit. Um diesen mächtigen Aufstieg aber auch in der Zukunft zu ermöglichen, sei eine Konzentration und damit Hand in Hand gehende Verbilligung der Produktion unerläßlich, aber auch möglich; gleichzeitig müsse das inländische Absatzgebiet bearbeitet werden.

Aus den beiden letzten Büchern, die für die Erscheinungen der schweizerischen wirtschafts-politischen Literatur der letzten zwei Jahre ganz besonders typisch sind, ersieht man — wie übrigens auch aus den ständigen gleichgerichteten Erörterungen der Tagespresse —, wie sehr die Schweiz durch den Krieg dazu gebracht wurde, wirtschaftliche Fragen im Zusammenhang mit denen der Politik zu sehen. Rechtzeitig möchte man vorsorgen, daß nicht eines Tages wirtschaftliche Verhältnisse dazu zwingen, politische Zugeständnisse zu machen.

P. H. Lutz

Fr. Teutsch, Die Siebenbürger Sachsen in Vergangenheit und Gegenwart. (Schriften zur Erforschung des Deutschtums im Auslande, herausgegeben von der Gesellschaft für

Digitized by Google

Erforschung des Deutschtums im Auslande. Bd. 1) Leipzig 1916, K. F. Koehler. XIII und 350 S.

Im April 1914 wurde zu Berlin eine Gesellschaft zur Erforschung des Deutschtums im Auslande gebildet, die sich die Aufgabe stellen wollte, die Kunde vom Deutschtum außerhalb des Reiches wissenschaftlich zu vertiefen und in weitere Kreise zu tragen. Politische und konfessionelle Ziele sollten ausgeschlossen sein; die Herausgabe von Untersuchungen, Darstellungen, Quellenveröffentlichungen, Literaturübersichten sollte ein Hauptmittel im Dienste des Zweckes der Gesellschaft bilden. Trotz des ausgebrochenen Krieges, trotz des Todes eines der leitenden Männer, des Leipziger Professors der Geschichte Karl Lamprecht, ist ein erster Band der geplanten Schriften hergestellt worden, und es besteht kein Zweifel, daß gerade der Krieg die allgemeine Aufmerksamkeit darauf gelenkt hat, wie wenig Sicheres man vom Auslanddeutschtum weiß und daß es nicht weiter angeht, daß lediglich dem Zufall wirtschaftlicher und politischer Beziehungen überlassen werden darf, Bande zwischen den Reichsdeutschen und den Deutschen außerhalb der Reichsgrenzen fester zu knüpfen oder zu lockern.

Die erste Gesellschaftsschrift hat Fr. Teutsch den Siebenbürger Sachsen gewidmet, ein verdienstliches Buch sowohl da, wo es in ruhiger Sachlichkeit ältere Literatur benutzt, wie da, wo es neue Ansichten äußert. Der Stoff ist geschichtlich gruppiert. Man verfolgt die Ansiedlung der moselländischen, luxemburgischen, nordlothringischen Mittelfranken, die der Ungarnkönig Geisa II. (1141—96) ins Land rief, von ihrer ersten gruppenweisen Niederlassung bis zur Gegenwart, ja hinein bis in die Mobilmachung zum Weltkriege; innere Verwaltung und Außenpolitik, geistiges und wirtschaftliches Leben werden schlicht und klar geschildert, nicht als ob ein Auszug aus früheren Darstellungen des gleichen Stoffes gegeben würde; es handelt sich um eine neue Schilderung der Entwicklung des sächsischen Volkstums, das von Anfang an räumlich nicht eine zusammenhängende Einheit bildete, vielmehr in etwa 200 Gemeinden über das halbe Siebenbürger Land zerstreut war und ist. Jetzt umfassen diese „Sachsen" rund 230000 Seelen zwischen rund $2^1/_2$ Millionen anders Redenden und anders Gläubigen, blühen dabei frisch, wie ihre Volksvermehrung zeigt: 0,49 % jährlich gegen eine Zunahme der ungarischen Gesamtbevölkerung von nur 0,37 %; die Bevölkerung in den deutschen Alpenländern Österreichs mehrt sich jährlich nur um 0,36 %. Freilich verlieren die Sachsen in neuerer Zeit durch Auswanderung, wie sie älteren Zeiten unbekannt war. Besonders die Gebildeten gehen nach Österreich, auch wohl ins Deutsche Reich. Die Volksschichtung ist die altererbte. Den Grundstock bildet der Bauernstand. Der Handwerkerstand geht zurück; dafür arbeitet sich eine Schicht von Fabrikanten herauf, und auch der Kaufmannsstand hat zugenommen. F. Lampe

Zur gefl. Beachtung! Wir möchten nicht verfehlen, unsere Leser auf den diesem Heft beiliegenden Prospekt der Liebhaber-Bibliothek aufmerksam zu machen, den wir einer besonderen Durchsicht sehr empfehlen.

Nachdruck aus dem Inhalt unter genauer Quellenangabe gestattet.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Weimar. Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

1. Jahrgang * 18. August 1916 * Heft 34

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Reale Garantien

Von Richard Fester

Seit zwei Jahren sieht Deutschland in seinem Daseinskampfe die Sicherung seiner Zukunft in realen Garantien. Wiederholt hat der Reichskanzler sie postuliert und verheißen, und immer wieder hat ihm das mächtige Echo eines entschlossenen Volkes geantwortet. Unsere Feinde bedürfen von Zeit zu Zeit der Aufpeitschungsreden, um sich des Durchhaltens „bis zum endgültigen Siege" zu versichern. Das Plenum des deutschen Volkes kann der Wohlfahrtsausschüsse entraten, weil der Entschluß zur Selbstbehauptung sich in noch höherem Maße von selbst versteht, nachdem unsere Gegner sich über gemeinsamen gleichzeitigen Angriff auf allen Fronten geeinigt haben. Einigkeit hat uns stark gemacht, Einigkeit unserer Gegner findet uns noch stärker.

Die Kehrseite unserer nach außen gerichteten Stärke hat daher jetzt noch weniger praktische Bedeutung als 1914. Man tut unserem Volke Unrecht und verleumdet es vor dem Auslande, wenn man es Schwäche nennt, daß jeder Deutsche sich heute ein eigensinniges Bild der gesicherten Zukunft macht. Niemals ist der Lebenswille der Nation mächtiger in die Erscheinung getreten. Die Richtung dieses Willens ist uns allen gemeinsam. Die realen Garantien sind uns der Grundriß unserer Zukunft. Der Kampf um den Aufriß ist doch wahrhaftig kein Bürgerkrieg und kein Zeichen unserer Schwäche, sondern nicht mehr und nicht weniger als die äußere Form schöpferischen Überflusses einer von England zum Darben verurteilten Nation. Zwist und Verstimmungen der Gegenwart werden für den künftigen Geschichtschreiber zurücktreten vor der überwältigenden

Digitized by Google

Tatsache, daß das ganze deutsche Volk sich an dem Aufbau seines künftigen Wohnhauses beteiligen will. Nicht darauf kommt es an, daß jedes Samenkorn aufgeht. Der Samenfülle aber sollten wir uns freuen als der ersten Verheißung politischen Ernteſegens.

Wie aber Bauplatz und Grundriß allemal das erste sind, kann es auch der künftigen Verständigung über Aufriß und Ausgestaltung des Bauplanes nur förderlich sein, wenn wir uns darüber klar werden, was unter realen Garantien eigentlich zu verstehen ist. Die Antwort unterliegt keiner Zensur, weil Anfang und Verlauf des Krieges sie bereits erteilt haben. Gegen eine Wiederholung des russischen Einfalles in Ostpreußen sind wir erst seit den Großtaten des vorigen Jahres gesichert. Um die Beschirmung Galiziens und die Befreiung der Bukowina wird noch gekämpft. Mit Recht hat der Reichskanzler unsere Feinde wiederholt auf die Frontenkarte verwiesen. Noch ist sie nicht allenthalben so, wie wir es wünschten. In der Hauptsache aber erfüllt sie das Postulat der Sicherung unseres Vaterlandes so reichlich, daß unsere Stellungen im Westen und Osten teilweise sogar eine Zurücknahme vertrügen, ohne daß deshalb deutscher Boden wiederum gefährdet würde. Wie weit wir im Frieden unbedenklich zurückgehen dürften, kann der Laie nicht entscheiden; er vertraut darin unbedingt auf das sachverständige militärische Urteil. Im Osten hatten bereits die Generale Friedrich Wilhelms III. eine bessere Militärgrenze verlangt, konnten aber infolge der österreichisch-preußischen Rivalität nicht durchdringen. Heute weiß jeder, daß der Grenzschutz Ostpreußens für Österreich-Ungarn und der Grenzschutz Galiziens für Deutschland eine Lebensfrage geworden ist. Das Entbehrliche unserer Eroberungen sind in den künftigen Friedensverhandlungen unsere Faustpfänder, das militärisch Unentbehrliche ist das, was wir reale Garantien nennen.

Man versteht es daher, daß die Reichsregierung einer Erörterung der Kriegsziele ausweicht. Die Veränderlichkeit der Frontlinie wird im Westen wie im Osten erst mit Eintritt der Waffenruhe stabil. Die Größe der Faustpfänder kommt daher erst bei Beginn der Friedensverhandlungen für diese in Betracht. Sie werden für Forderungen in die Wagschale geworfen, unter denen die unentbehrlichen Militärgrenzen zwar an erster Stelle stehen, aber doch keineswegs allein in Frage kom-

Digitized by Google

men. Ein Festlegen vor der Öffentlichkeit würde der Heeresleitung und Diplomatie Deutschlands und seiner Verbündeten das Maß von Bewegungsfreiheit nehmen, das sie für wirksames Zusammenarbeiten bei Eröffnung der Friedensverhandlungen beanspruchen müssen. Es darf uns genügen, daß die Vorbedingungen zur Erreichung jener realen Garantien schon vorhanden sind, wie recht einleuchtend ein Vergleich mit Italien zeigt, das den Alpenkamm als reale Garantie beansprucht, obwohl es nach wie vor am Südabhange der Alpen Anläufe macht, die über lokale Erfolge nicht hinauskommen.

Unbedingt unentbehrlich aber sind uns im Westen wie im Osten nur die militärischen Grenzen. Indem sich die Kriegszielerörterungen vorzugsweise mit dem Schicksal der zum Glacis Neudeutschlands bestimmten Länder beschäftigen, fassen sie die Sache allerdings bei dem verkehrten Zipfel an und erschweren die Einigung, statt sie zu förderu. Jeder Deutsche wünscht doch, daß der limes (Grenzwall) Germaniens hinausgeschoben wird, damit sich der Alpdruck von 1914 für Rheinländer und Ostdeutsche nicht wiederholt. Warum machen wir uns nicht klar, daß aus diesem militärischen Postulat zunächst alle militärischen Folgerungen gezogen sein müssen, ehe eine Erörterung über die Zukunft Belgiens, Polens und Kurlands überhaupt Sinn und Verstand hat. Diese Folgerungen aber sind von massiver Eindeutigkeit. Der militärische Glackszweck muß restlos erfüllt werden. Was ihn stören oder gar zerstören kann, darf nicht geduldet werden. Die belgischen Barrieretraktate früherer Jahrhunderte lehren uns mehr, wie es nicht gemacht werden soll. Barriere ist heute nicht mehr gleichbedeutend mit Besatzungsrecht in Grenzfestungen. Militärische Grenzsicherung setzt sichere Etappen voraus mit allem, was im modernen Betriebe an diesem Begriffe hängt. Über das Verhältnis jener Länder zu Deutschland und Österreich-Ungarn können sich Politiker und Staatsrechtslehrer später noch lange genug unterhalten, und es ist jedem unbenommen, sich heute schon darüber seine Gedanken zu machen. Das Nächstliegende aber ist nicht die Bestimmung über das Maß ihrer künftigen Autonomie, sondern die genaue Umgrenzung der militärischen Postulate, nach deren Sicherstellung sich erst die politische Gestaltung jener Länder bestimmen läßt. Auch da wird der Laie sich bescheiden müssen; aber er wird es um so vertrauensvoller tun dürfen, als wir die Ver-

Digitized by Google

heißung der realen Garantien aus dem Munde des Reichskanzlers haben, und als der Krieg über die Deutung derselben keinen Zweifel läßt.

Ssasonows Glück und Ende

Von Axel Schmidt

Auf den ersten Blick könnte es scheinen, als ob Ssasonows Rücktritt nicht allzuviel zu bedeuten hätte; hat er doch niemals zu den führenden Persönlichkeiten gehört. Mit Recht machte ihm sogar sein Vorgänger Iswolski den „Ruhm streitig, den Krieg verursacht zu haben", indem er bei jedem Konflikt von „seinem kleinen Krieg" zu sprechen liebte. Nur wenn man den Handlangercharakter Ssasonows im Auge behält, wird es verständlich wie er, nachdem er Iswolskis nächster Mitarbeiter gewesen, zuerst als Minister des Äußeren unter Stolypins Premierschaft die von Iswolski heraufbeschworene Bosnische Krise liquidieren und das Potsdamer Abkommen schließen und unter Kokowzows Vorsitz während der Balkankrise erklären konnte, daß sich kein Kasanscher Bauer für das Schicksal Skutaris interessiere, um dann kurz vor Beginn des Weltkrieges mit fliegenden Fahnen zur Kriegspartei überzugehen. Bei diesem letzten Schritte dürfte er freilich dem Zuge seines Herzens gefolgt sein. Nannte er sich doch selbst stets einen Schüler des Botschafters Stael in London, der der in Reval geschlossenen russisch-englischen Freundschaft stark vorgearbeitet hat.

Man sollte also meinen, daß ein solcher Mann, der sein Amt mehr als seine Überzeugung liebte, Stürmer gerade recht gewesen wäre, selbst, wenn letzterer, was höchst zweifelhaft erscheint, in der auswärtigen Politik neue Wege einschlagen will. Wenn also der Ministerpräsident ihn nicht nur jetzt beseitigte, sondern schon seit Übernahme der Premierschaft ostentativ ignorierte, so müssen dazu andere Gründe vorgelegen haben. Erst langsam hat die russische Presse begonnen, den Vorhang von den komplizierten Vorgängen, die der jetzigen Umwandlung des Kabinetts vorausgingen, zu lüften, und erst die in den letzten Tagen eingetroffenen Zeitungen lassen das Bild einigermaßen klar erkennen.

Der Rücktritt Ssasonows bildet das Schlußkapitel der Rückbildung des russischen Kabinetts von einem zwar konservativen,

Digitized by Google

aber konſtitutionellen zu einem reaktionären, antikonſtitutionellen. Ich habe in dieſer Zeitſchrift ſchon mehrfach darauf hingewieſen (vgl. „Panruſſismus"), daß ſeit den 80er Jahren die Parteien in Rußland ihre Rollen vertauſcht haben. Der kriegsluſtige, gegen Konſtantinopel gerichtete Panſlawismus war unter Alexander III. unkriegeriſch geworden und kannte nur einen Feind — die Revolution. So nannte er jede Strömung, die an der Selbſtherrſchaft rütteln wollte. Die Liberalen dagegen, die früher friedlich geſinnt waren, weil ſie von einem ſiegreichen Krieg eine Stärkung der Regierung und der reaktionären byzantiniſchen Tendenzen befürchteten, und daher weſtlichen Ideen zuneigten, waren kriegeriſch geworden, ſeitdem das Ziel aller Ruſſen, Konſtantinopel, nicht mehr kirchlich, ſondern wirtſchaftlich fundiert war. Dazu kam, daß ein Bündnis mit den Demokratien, Frankreich und England ſie in der Hoffnung beſtärkte, daß dadurch die Möglichkeit innerer Reformen gegeben wäre. Reſtlos freilich iſt dieſe Umwandlung nicht geſchehen. Es gibt, wie der Kreis um das „Nowoje Wremja" zeigt, noch Reaktionäre, die kriegsfanatiſch ſind, und andererſeits ſind auch noch nicht alle alten Liberalen ausgeſtorben, die von einem kriegeriſchen Liberalismus nichts wiſſen wollen. Man erinnere ſich an die radikalen Elemente um den „Djen", die ſich „nach einer Niederlage ſehnen", weil ſie nur von einer ſolchen die ihnen am Herzen liegende ſtaatliche Erneuerung im Innern erhoffen.

Zu Beginn des Krieges kamen faſt lauter Männer ans Ruder, die die Notwendigkeit erkannt hatten, daß der Krieg, nur geſtützt auf das ruſſiſche Volk, geführt werden könnte. Oberprokureur Sſamarin, Miniſter des Innern Schtſcherbatow, Unterrichtsminiſter Ignatiew, Kriegsminiſter Poliwanow erſetzten damals reaktionäre Männer, die bei der Duma äußerſt verhaßt waren, und vereinigten ſich mit dem Reichskontrolleur Charitonow, Landwirtſchaftsminiſter Kriwoſchein und Miniſter des Äußeren Sſaſonow zu einem Kabinett, das gute Beziehungen zu den Dumadeputierten unterhalten wollte. Hätte der neuernannte Miniſterpräſident Goremykin damals nicht mit rauher Hand eingegriffen, ſo wäre es ſogar zu einem förmlichen Bündnis zwiſchen Regierung und fortſchrittlichem Dumablock gekommen. Seit der Zeit ſetzte die Gegenbewegung ein, und jetzt hat es Miniſterpräſident Stürmer zuſtande gebracht, ein bis auf den Unterrichtsminiſter Grafen Igna-

Digitized by Google

tiew völlig homogenes Ministerium zu bilden, das ganz in den Traditionen Alexanders III. lebt und von konstitutionellen Ideen nichts wissen will. Die Annahme, als ob durch die Umwandlung die Regierung in Rußland eine deutschfreundliche Note bekommen hätte, ist nicht stichhaltig. Wohl aber ist damit der Kampf gegen die vermeintlichen Revolutionäre, d. h. gegen die Konstitutionellen, an die erste Stelle gerückt. Daher ist auch der Grund des Sturzes von Ssasonow innerpolitischer Natur. Als die Dumadeputation von ihrer Besuchsfahrt bei den Bundesgenossen zurückgekehrt war, begann die polnische Frage wieder die Presse lebhafter zu beschäftigen. Die Dumavertreter erklärten nämlich einstimmig, daß England, Frankreich und Italien die Regelung des russisch-polnischen Bruderzwistes verlangen, weil sie sonst nicht bei den Neutralen die Rolle der Beschützer der kleinen Nationen spielen könnten. Diese Ansicht vertrat auch der stets in Geldverlegenheiten lebende Finanzminister Bark, der ohne Beseitigung der polnischen und jüdischen Frage erklärte, in England und Amerika kein Geld bekommen zu können. Ssasonow, der nur die eine Sorge kannte, nicht die guten Beziehungen zu England zu verlieren, griff diesen Plan energisch auf. Im ersten, nach der Rückkehr der Deputierten, im Hauptquartier veranstalteten Ministerrate siegte nicht nur Ssasonows Ansicht von der Notwendigkeit einer weitgehenden Staats-Autonomie in Polen über Stürmers Vorschlag einer engen Privinz-Selbstverwaltung, sondern er wurde auch beauftragt, eine feierliche Deklaration an die Polen vorzubereiten. Hiermit schienen sich dem Ehrgeize dieses Mannes neue Horizonte zu eröffnen. Trotzdem aber war dieser Sieg sein Unglück, und eine Woche später war Ssasonow ein toter Mann. Die immer mächtiger werdende reaktionäre Clique hatte inzwischen gegen ihn mobil gemacht. Der Ministerpräsident reiste nach einigen Tagen allein zum Zaren, stimmte ihn vollständig um, und Ssasonow erhielt in seinen Urlaub nach Finnland seine Entlassung nachgesandt. Außer ihm wurde noch der Landwirtschaftsminister Naumow beseitigt, der sich gemüßigt gefühlt hatte, mit dem liberalen Landschafts- und Städtebund Beziehungen anzuknüpfen. Das neue Kabinett mit Chwostow als Minister des Inneren, Makarow als Minister der Justiz und Graf Bobrinski als Landwirtschaftsminister ist, wie gesagt, bis auf den Unterrichtsminister völlig reaktionär

Digitized by Google

und beſteht aus lauter Elementen, die Alexander III. als ihr Ideal betrachten.

Über dieſe Rekonſtruktion iſt die liberale Preſſe natürlich ſehr empört, doch iſt ſie, da ſie die Parole ausgegeben hat: „alles für den Krieg“, machtlos und kann nicht zur Oppoſition übergehen. Augenblicklich hat Stürmer geſiegt, und er hat den Vorteil, daß das „Nowoje Wremja“, das aus perſönlicher Rache Sſaſonow bekämpfte, weil er zu ſeinem Leibblatte die Konkurrenz, das „Russkoje Slowo“ gemacht hatte, ihn lebhaft zu unterſtützen begann. Jedoch die polniſche Frage, die Sſaſonows Glück und Ende bedeutete, kann leicht auch Stürmer gefährlich werden. Um nämlich die Schwenkung in der Polenfrage zu motivieren, wurde von ihm eine längere Erklärung in die Preſſe lanziert, der zufolge die auſtrophile Strömung unter den ruſſiſchen Polen ſtark zugenommen habe, ſo daß nur mit höchſter Vorſicht vorgegangen werdenk önne. Dieſe Kundgebung hat nicht nur unter den nach Rußland geflohenen Polen einen Sturm der Entrüſtung hervorgerufen, ſondern auch faſt die geſamte ruſſiſche Preſſe iſt empört über dieſe Behauptung, die ihre polniſchen Pläne zu zerſtören beginnt. Sogar das „Nowoje Wremja“, das noch eben über Sſaſonows Sturz gejubelt hatte, erklärt dieſes Schriftſtück für „made in Germany“, obgleich es ſelbſt auf der nächſten Seite zugeben muß, daß es zuerſt an alle Gouverneure verſandt worden ſei.

Noch keiner der zahlloſen Rücktritte von Miniſtern während des Krieges — und mehrere Reſſorts haben drei- und viermal ihre Chefs gewechſelt — hat eine ſolche Erregung hervorgerufen, wie dieſes Miniſters. Sſaſonow war der letzte Vertreter der dumafreundlichen Richtung im Kabinett, und ſolange er noch im Miniſterium ſaß, hofften die Liberalen noch immer einmal Gehör zu finden, umſomehr, als der Führer der Oppoſition, Miljukow, mit Sſaſonow eng befreundet war. Darum iſt die Empörung über ſeine Entlaſſung auch bei dem Städte- und Landſchaftsbund, welche am eifrigſten für die Populariſierung des Krieges geſorgt haben, am ſtärkſten. Von beiden Organiſationen ſind an Sſaſonow Depeſchen abgeſandt, in denen der Wunſch ausgeſprochen wird, daß er noch einmal in das politiſche Leben zurückkehren möge. Da ſich der neue Miniſter des Äußeren, Stürmer, in ſeinen Unterredungen und ſeinen Telegrammen an Briand und Grey für eine energiſche Fortſetzung des Krieges einſetzt,

Digitized by Google

wäre die Erregung in der russischen Presse nicht verständlich, wenn nicht eben der Rücktritt Ssasonows die Liquidation des Versuches bedeuten würde, gegen eine fanatische Unterstützung des Krieges innere Reformen zu erhalten.

Dieser Traum ist nun zu Ende. Fürs erste hat die Reaktion gesiegt, und die Liberalen müssen ohnmächtig zusehen, wie die Kriegszeit dazu benutzt wird, um den großen Kampf gegen die Anhänger innerpolitischer Reformen vorzubereiten. Mit Deutschfreundlichkeit oder Kriegsmüdigkeit — die Brussilowsche Offensive hat alle pessimistischen Stimmen niedergeschlagen — hat der gesamte Ministerwechsel nichts zu zu tun, sondern nur mit der Tatsache, daß das Regime Stürmer überraschend schnell und rücksichtslos die Konsequenz aus der Niederlage, die der fortschrittliche Block zu Ende der Session erlitt, gezogen hat. Augenblicklich triumphiert die Reaktion auf der ganzen Linie. Eine Niederlage — wie die Eroberung der Festungen in Polen im vorigen Jahre — kann jedoch die Regierung leicht wieder zwingen, bei der jetzt links liegen gelassenen Dumamajorität Hilfe zu suchen. Nicht unmöglich wäre es auch, daß schon die polnische Frage den Anstoß geben wird, daß Stürmers Tage gezählt sein werden, ehe er sich in das ihm völlig fremde Gebiet der auswärtigen Politik hineingearbeitet haben wird; denn vom polnischen Adel mit Wjelepolski an der Spitze führen manche Fäden zum Hofe, und er ist durch die Stürmersche Beschuldigung, die russischen Polen hätten austrophile Neigungen, arg verschnupft.

Einerlei jedoch, ob Ssasonow oder Stürmer an der Spitze steht, Rußland wird nur Ruhe geben, wenn es so entscheidend nach Osten zurückgeworfen sein wird, daß es für lange wieder sein Gesicht dem Fernen Osten wird zuwenden müssen.

Stimmen zur Polenfrage

Von W. v. Massow

Die Polenfrage hat sich in der gegenwärtigen Kriegsliteratur einen recht bedeutenden Platz erobert. Dazu hat vor allem die Rührigkeit der Polen selbst beigetragen, die dafür sorgen, daß die Teilnahme an ihren Angelegenheiten nicht einschläft. Im Laufe der letzten Zeit sind

Digitized by Google

wieder mehrere Schriften erschienen, die das schwierige Problem unmittelbar in Angriff genommen haben. Im Mittelpunkt der Betrachtungen steht der bisher unter russischer Herrschaft stehende Teil des ehemaligen polnischen Reichs. Wir beginnen aber am besten mit der Besprechung einer Schrift, die von einem deutschen Ostmärker herrührt, dessen Familie seit langer Zeit in der Provinz Posen heimisch ist. Ich meine die Schrift „Neu-Polen" von Professor M. Kranz (J. F. Lehmanns Verlag, München 1915).

Jeder, der in deutschen Landen über die Polenfrage schreiben will, sieht sich der keineswegs einfachen und dankbaren Aufgabe gegenüber, zunächst eine Mauer von falschen Meinungen und Vorurteilen niederlegen zu müssen, ehe er sich überhaupt verständlich machen kann. Auch Prof. Kranz geht mit vollem Recht von der Widerlegung eines „Dogmas" aus, das lange genug unsere öffentliche Meinung beherrscht hat und noch beherrscht; es ist das Dogma von der dauernden Unfähigkeit der Polen, einen Staat zu bilden. Dieses Dogma ist die Quelle vieler falschen Urteile und Mißverständnisse geworden. Wer die Polen besser kennt und von ihrer Geschichte etwas mehr weiß, als was in den üblichen Unterrichtsbüchern zu finden ist, der kann unmöglich an dem alten Vorurteil festhalten. Was Prof. Kranz über die Polen und ihre Eigentümlichkeiten ausführt, kann man durchaus unterschreiben. Vielleicht mit einer einzigen kleinen Einschränkung. Die merkwürdige Verschiedenheit des polnischen Adels von der Volksmasse ist von jeher allen Beobachtern aufgefallen. Sie auf einen Rassenunterschied zwischen einer fremden Herrenschicht und den slawischen Bauern zurückzuführen, liegt sehr nahe. Aber es ist eine Hypothese, die nicht bewiesen werden kann. Für die erwähnten Erscheinungen gibt die polnische Geschichte auch andere Erklärungen an die Hand. Der Verfasser behandelt jedoch die Behauptung von der turko-tatarischen Herkunft des polnischen Adels, die ein Gelehrter — wie zugegeben werden mag — in fesselnder und geistvoller Weise, aber auf schwankenden Unterlagen, begründet zu haben glaubt, wie ein feststehendes Forschungsergebnis, was sie nicht ist. Die Frage der Entstehung des polnischen Volks lassen wir besser offen, angesichts der Tatsache, daß darüber wirklich ein tiefes Dunkel lagert und angesichts des weiteren Umstands, daß die Phantasie der polnischen Historiker schon tätig genug ist, um auch

Digitized by Google

weniger harmlose Hypothesen aufzustellen. Das kann natürlich den Wert der sonstigen belehrenden und klaren Ausführungen des Verfassers nicht herabmindern. Es berührt besonders angenehm, daß Prof. Kranz nicht zu denen gehört, die sich durch die neue Beleuchtung, in die der Weltkrieg die Polenfrage gerückt hat, zu einem reumütigen Rückzug aus ihrer früheren Stellung veranlaßt sehen und an die Spitze ihrer Vorschläge zur Lösung der Polenfrage ein Bekenntnis der angeblichen Irrtümer der Ostmarkenpolitik stellen. Leider ist ja die Zahl derer nicht gering, die schon vor dem Kriege die geringen Erfolge der Polenpolitik unterstrichen, die angebliche Aussichtslosigkeit des Streits bejammerten und in den neuen Erfahrungen des Krieges vor allem erfreut die Gelegenheit begrüßten, irgendwie — so oder so, schlecht und recht — aus der unangenehmen Lage herauszukommen. Was demgegenüber Prof. Kranz über die Notwendigkeit der preußischen Ostmarkenpolitik ausführt, ist dankenswert. Es ist ein aufrechtes und kräftiges Bekenntnis. Er sagt klipp und klar: „Es galt, der Entdeutschung der deutschen Schuljugend und der deutschen Katholiken durch polnische Lehrer und Geistliche Einhalt zu gebieten und der polnischen Jugend deutsche Bildung zu übermitteln. Ein Glück, daß nachher die preußische Staatsregierung ..... den Kampf auf dem wichtigsten Kampfgebiete, auf dem Gebiete des Wirtschaftslebens, aufnahm. .... Ohne diesen Kampf wären wir Ostmarkendeutschen, die „Fremden", ... in absehbarer Zeit aus unseren Wohnsitzen herausgedrängt worden." Weiter zeigt der Verfasser in Zahlen, worin die Erfolge unserer Ostmarkenpolitik bestanden, und wenn andere verzagt darauf hingewiesen haben, wie gering noch immer in einzelnen Teilen der Provinz Posen der Prozentsatz an Deutschen war, den man wohl besser in einem Promillesatz ausdrückt, so bemerkt er sehr richtig — die allein wichtige Fragestellung scharf hervorhebend —: „Wie tief wäre nicht dieser Promillesatz weiter gesunken, hätte nicht die Staatsregierung die fluchtartige Räumung meiner Heimat durch die Deutschen durch ihre Maßnahmen, um mich deutlicher auszudrücken, durch ihre entschiedene und konsequente Ostmarkenpolitik zum Stillstand gebracht!"

Nun hat ja der Weltkrieg der Polenfrage allerdings ein anderes Antlitz gegeben. Die Änderung besteht darin, daß sich Möglichkeiten eröffnen, an die in Friedenszeiten aus naheliegenden Gründen nicht zu

Digitized by Google

denken war. Aber nichts geändert hat sich in den Gesichtspunkten, die das eigentlich Bestimmende und Entscheidende für die preußische Ostmarkenpolitik gewesen sind. Die Unverletzlichkeit des preußischen Staatsgebiets und sein künftiges Verschontbleiben von allen Gelüsten des polnischen Nationalismus ist der einzig mögliche Ausgangspunkt und eine unerläßliche Bedingung jeder Verständigung über die Zukunft Polens.

Die Lösung dieser Frage wird ungemein erschwert durch die Verhältnisse, die sich in Kongreßpolen herausgebildet haben. Sie sind für den Westeuropäer sehr undurchsichtig, so daß man sich nicht wundern darf, wenn die aus Quellen und Beobachtungen verschiedenen Wertes hergeleiteten Urteile weit auseinandergehen. Hierbei scheint mir ein wichtiger Umstand öfter nicht genügend beachtet zu werden, nämlich, daß die Teilung Polens seit hundert Jahren viel tiefere Spuren hinterlassen hat, als die polnischen Patrioten selbst wahr haben wollen. In der Schrift von Kranz, die sich vielfach auf eine so vortreffliche Quelle wie das Buch von George Cleinow „Die Zukunft Polens" stützt, werden die Verhältnisse in Kongreßpolen mit charakteristischen Strichen gezeichnet, aber man merkt doch, daß das Land mit den Augen des preußischen Ostmärkers gesehen worden ist. Der Verfasser hat mit Recht aus seinen Erfahrungen in der preußischen Ostmark eine nicht geringe Meinung von der Lebensfähigkeit und Entwicklungsfähigkeit des polnischen Volkes und von der Tatsächlichkeit seiner Wiedergeburt gewonnen. Daß er diese gegenüber den leider nur zu weit verbreiteten Vorurteilen entschieden betont, ist erfreulich und kann uns, weil es die Wahrheit ist und wir die Wahrheit brauchen, nur nützlich sein. Aber wenn er daraufhin zu der Folgerung kommt, daß Kongreßpolen schon jetzt ein vollständig selbständiger Staat werden müsse, so steht dem die Feststellung entgegen, daß gerade von polnischer Seite die stärksten Zweifel an der Möglichkeit dieser Lösung gehegt werden. Polen, die von glühender Begeisterung für die Sache ihres Volks erfüllt sind, aber sich dabei einen klaren Blick für die Wirklichkeit bewahrt haben, sehen sich zu dem verzagten Eingeständnis genötigt, daß ihr Volk in Wahrheit jetzt noch nicht reif ist für die ungeheueren Aufgaben, die die Gunst eines weltgeschichtlichen Wendepunkts für sie bereit hält. Und unter denen, die das nicht gerade eingestehen wollen, sind sicherlich noch sehr viele, die im Grunde des Herzens dieselbe Überzeugung hegen. Erst jetzt hat es sich so

Digitized by Google

echt gezeigt, wie demoralisierend die russische Herrschaft in Kongreßpolen gewirkt hat und mit welcher satanischen Geschicklichkeit Rußland verstanden hat, die natürliche Richtung der Interessen der verschiedenen polnischen Gesellschaftskreise von gemeinsamen Zielen abzulenken und zu verwirren. Die Kreise, die Rußland nicht durch materielle Vorteile für sich gewinnen konnte, hat es wenigstens in einem kurzsichtigen Haß gegen Deutschland und in einer törichten Furcht vor deutschen Einflüssen zu erhalten gewußt. So ist die polnische Bevölkerung von Kongreßpolen noch recht weit entfernt von der inneren Bereitschaft, die dazu gehören würde, schon jetzt einen selbständigen Staat zu schaffen. Wenn unsere preußischen Polen in dieser Beziehung höher einzuschätzen sind, so hängt das damit zusammen, daß sie — mögen sie es zugeben oder nicht — ein Jahrhundert hindurch eine Regierung gehabt haben, die zwar wenig nach ihrem Geschmack war und als Fremdherrschaft empfunden wurde, aber sie doch gezwungen hat, viele alte Untugenden, die Quellen ihres nationalen Unglücks, abzulegen, und die ihnen, bewußt und unbewußt, geholfen hat, ihre Kräfte einheitlich und tüchtig zu entwickeln. Gewiß haben die Polen zum Teil schon jetzt das alte Vorurteil ihrer staatlichen Unfähigkeit widerlegt, aber das Wesentliche ihrer Wiedergeburt verdanken sie doch der gesunderen Natur der fremden Staatsverbände, in die sie als Untertanen Preußens und Österreichs eingetreten waren. Und mehr noch als die nationale Selbständigkeit, die den Polen in Galizien eingeräumt wurde, hat in dieser Richtung die Straffheit der preußischen Staatsordnung gewirkt, in die sie sich einfügen mußten. So darf man trotz aller nationalen Zusammenhänge und des entschiedenen Willens der Polen zur Einheit an die Bevölkerung Kongreßpolens nicht den gleichen Maßstab anlegen, wie an die preußischen und österreichischen Polen.

Man kann freilich sagen, daß jede Lösung der Polenfrage, mag sie aussehen, wie sie will, ihre Bedenken haben wird. Mit der Möglichkeit, daß die polnischen Interessen mit den unsrigen nicht ganz gleich laufen, werden wir immer rechnen müssen, und lückenlos ideale Verhältnisse werden wir niemals herstellen können. Aber in allen Hauptpunkten müssen wir jedenfalls eine gute Gewähr für die Wahrung unserer Interessen haben, und da ist es sehr fraglich, ob die völlige Selbständigkeit Kongreßpolens eine solche Gewähr bietet. Merkwürdigerweise kommt Kranz, der sonst

Digitized by Google

die Polen sehr richtig beurteilt, zu einer Begründung, die von seiner sonstigen realpolitischen Gedankenführung abführt und der auf das entschiedenste zu widersprechen ist. Er sagt (S. 51): „Nicht Eigennutz ist es, was uns veranlaßt, den Polen zur Gewinnung der Selbständigkeit behilflich zu sein; wir tun es, um unser Gewissen zu entlasten, um eine reichlich fließende Quelle von Völkerkonflikten zu verstopfen und um im neuen Europa einem zur Selbstregierung fähigen Volke zur Selbständigkeit zu verhelfen." Man kann zum Glück diesen Gedanken ohne Schaden ganz aus den Darlegungen des Herrn Professor Kranz herauslösen. Empfinden wir wirklich den Besitz unserer Ostmark als Gewissensdruck? Wie kann denn der Herr Verfasser den Grundgedanken der preußischen Ostmarkenpolitik so warm verteidigen? Und das Schicksal der übrigen polnischen Lande belastet doch nicht etwa unser Gewissen? Ich verstehe überhaupt diese Entlastungstheorie nicht, sehe darin vielmehr nur einen recht unglücklichen Versuch, sich über einzelne aufsteigende Bedenken durch eine Anleihe bei der alten deutschen Sentimentalität, die wir doch verlernt haben sollen, hinwegzuhelfen. Hoffentlich werden wir aber die Polenfrage nicht aus ganz grundlosen Gewissensbedenken, sondern mit kühlem Kopf um der Sicherheit und Wohlfahrt des deutschen Volkes willen in Angriff nehmen und erledigen, sonst können wir sicher sein, daß wir aus den Völkerkonflikten gar nicht wieder herauskommen. Den Gedanken der Hilfsbereitschaft für ein fremdes Volk als für sich bestehenden Beweggrund unseres Handelns müssen wir ablehnen. Es entspricht nun einmal menschlicher Art, für eine uneigennützige Handlung Dank zu beanspruchen oder wenigstens zu erwarten, und das Ausbleiben des Danks ist immer eine Quelle von Verstimmungen. Völker aber können unter einander nicht dankbar sein. Deshalb soll man sich hüten, solche Verhältnisse zu schaffen.

Wir wollen uns doch überhaupt die Sache nicht dadurch künstlich erschweren, daß wir die Wirklichkeit vergessen, vor die wir gestellt sind. Wir dürfen um dringender Interessen und unserer Sicherheit willen das alte Grenzverhältnis zu Rußland nicht wiederherstellen. Also muß die Frage beantwortet werden, was mit den Gebietsteilen werden soll, die bisher zu Rußland gehört haben und nur von uns und unsern Verbündeten besetzt worden sind. Die Antwort schließt neben anderen auch die Lösung der Polen-

Digitized by Google

frage in sich. Man kann aber auch hinzufügen, daß für uns die Polenfrage nur an diesem Ende zu fassen ist. Wenn einige unserer Landsleute dabei eine Gewissensentlastung empfinden, so kann man ihnen das als nebenbei abfallende Privatfreude gönnen; nur darf dieser Gesichtspunkt nicht maßgebend werden. Eins aber mag alle die beruhigen, die sich schwer in den scheinbar hartherzigen Interessenstandpunkt der Politik finden: die Polen fahren gar nicht schlecht dabei, wenn sie den Wert der Stunde und das wahre Interesse ihres eigenen Volkes richtig verstehen. Denn dieses Interesse geht in Wirklichkeit mit dem unsrigen zusammen.

Ich bin auf einen Punkt in der Schrift von Professor Kranz, der mißverständlich wirken kann, näher eingegangen, um desto uneingeschränkter in anderen Punkten zustimmen zu können, wo der genaue Beobachter und Kenner der Polen zum Vorschein kommt. Der Abschnitt, der von dem Panslawismus und Irredentismus der Polen handelt, ist sehr beachtenswert. Der Verfasser knüpft daran einen eigenartigen Vorschlag, der allerdings die logische Folgerung aus seiner Ansicht ist, daß Kongreßpolen zu einem völlig selbständigen Staat gemacht werden müsse. Er hält es für unmöglich, daß dieses Polen sich jeder Gelüste auf das jetzige preußische Gebiet begibt, und verlangt dafür eine stärkere Gewähr. Er findet sie in einer Austauschsiedlung, die den Kern der polnischen Bevölkerung unserer Ostmark nach Kongreßpolen hinüberführt und dafür deutsche Elemente aus Osteuropa bei uns ansiedelt. Der Vorschlag nimmt, wie ich glaube, die Dinge leichter und einfacher — ich möchte auch hinzufügen: mechanischer —, als es bei einer Maßregel von solchem Umfang und solcher Tragweite zulässig ist. Bei solcher Zwangssiedelung würde es zwischen den Polen aus den beiden Landesteilen nicht ohne die heftigsten Reibungen abgehen; von der gewünschten Wirkung wird man sehr weit abbleiben.

Wir müssen hier von der inhaltreichen Schrift Abschied nehmen, um uns einer anderen Beleuchtung der Polenfrage zuzuwenden, die das Nationalitätenproblem im polnischen Gebiet selbst zum Gegenstand der Untersuchung macht. Es handelt sich um die Schrift eines Ukrainers, Dmytro Donzow; sie führt den Titel: „Groß-Polen und die Zentralmächte" (Berlin, Carl Kroll). Die Polen, die sich am stärksten des Gegensatzes ihrer Interessen zu Rußland bewußt geworden sind und die

Digitized by Google

Notwendigkeit einer Anlehnung an die Zentralmächte begriffen haben, zugleich aber auch empfinden, wie schwer ein selbständiger Polenstaat zu schaffen ist, wünschen die Vereinigung von Kongreßpolen und Galizien unter den durch die Kriegsergebnisse bedingten Vergrößerungen im Osten und die Verknüpfung dieses neuen Großpolens mit dem Habsburgerreich in irgendeiner besonderen staatsrechtlichen Form. Will man zu diesem Vorschlag Stellung nehmen, so darf man sich natürlich nicht begnügen, ihn auf seine Volkstümlichkeit und sein schönes Aussehen zu prüfen, sondern man muß ihn an der Hand der wirklichen Bevölkerungsverhältnisse und wirtschaftlichen Tatsachen zu Ende denken. Dabei bietet sich die Schrift von Donzow als ein vortrefflicher Wegweiser dar. Daß der Verfasser weder Deutscher noch Pole, dafür aber durch seine nationale Zugehörigkeit besonders an einer sachlichen und gründlichen Würdigung der Bevölkerungs- und Wirtschaftsverhältnisse interessiert ist, gibt der Untersuchung einen besonderen Wert. Er weist auf den großen Einfluß hin, den die Polen schon bisher in Österreich ausgeübt haben, und zieht den wohl unbestreitbar richtigen Schluß, „daß dieser Einfluß, abgesehen von seinen für Deutschland positiven oder negativen Wirkungen, noch stärker in einem mit Österreich verbundenen polnischen Staat sich zeigen wird". Welcher Art die Wirkungen für Deutschland sein werden, das erklärt Donzow mit Recht zunächst für unberechenbar, macht aber darauf aufmerksam, daß im Fall der Verwirklichung des hier besprochenen Vorschlages „die preußischen Bürger polnischer Zunge die einzigen unerlösten Polen sein werden, deren Zahl nicht so unbedeutend ist, daß man auf sie verzichten könnte". Einem nur mit Worten und in unverbindlichen publizistischen Äußerungen geleisteten Verzicht mißt Donzow, wie wir alle, wenig Wert bei. Wir können hier unsererseits noch hinzufügen, daß alle die Stellen und Persönlichkeiten, die unter den heutigen Polen irgendeine größere Autorität beanspruchen und so etwas wie eine wirkliche Verantwortung tragen könnten, sich bisher sorgfältig und ängstlich gehütet haben, die Notwendigkeit des erwähnten Verzichts auch nur als persönliche Ansicht auszusprechen, geschweige denn, daß sie die geringsten Anstalten gemacht haben, ihre Landsleute im Sinne einer besonnenen Abwägung ihrer höchsten und wichtigsten Interessen gegen die zu bringenden notwendigen Opfer zu belehren und zu beeinflussen. Im Gegenteil, sie haben sich in diesem Punkte einer Haltung befleißigt, die zu denken gibt und zur äußersten Vorsicht mahnt.

Digitized by Google

Donzow wirft auch die Frage auf, wie die Abtrennung Galiziens auf Österreich wirken würde. Es gibt bekanntlich deutsche und deutsch-österreichische Politiker genug, die diese Abtrennung ohne weiteres als einen Gewinn ansehen, weil eben das Deutschtum in Österreich dadurch gestärkt würde. Aber es lassen sich auch mit Donzow aus einzelnen Momenten wenig günstige Wirkungen voraussagen. Donzow kommt es freilich in erster Linie darauf an, vor einer Vergrößerung des zu schaffenden Großpolens nach der ukrainischen und westrussischen Seite hin zu warnen.

Auf die sehr bemerkenswerten historischen Begründungen des Verfassers kann hier nicht näher eingegangen werden. Er weist nach, daß die Agrarverhältnisse Polens „das Tor waren, durch welches der russische Einfluß sich den Weg in den Staat bahnte". Die Unfähigkeit Polens, die Agrarfragen rechtzeitig und befriedigend zu lösen, machte es Rußland untertan; Polen konnte sich in den nichtpolnischen Gebieten, die es beherrschte, nicht behaupten. Donzow untersucht genauer die Agrarverhältnisse in Ostgalizien, Litauen, Weißrußland (Weißruthenien) und Westukraina und stellt die Frage, ob der polnische Staat der Zukunft die ihm auf diesem Gebiet gestellten Aufgaben zu lösen imstande sein wird. Für die Antwort kommt in Betracht, daß, wie überzeugend nachgewiesen wird, dem Großgrundbesitz in solchem Staate die führende Rolle zufallen muß. Donzow schreibt: „Den Großgrundbesitz in diesen Provinzen anzutasten, hieße die politische Führung den Händen des einheimisch-ukrainischen bezw. weißruthenischen Elementes zu überlassen, dessen Gesinnung dem Polentum und Polen gegenüber mindestens zweifelhaft ist. Dieser Umstand wird auch die polnischen Demokraten zwingen, sich mit dem sozialen, d. h. aber auch mit dem politischen Übergewicht des Großgrundbesitzes zu versöhnen oder wenigstens denselben zu schonen." Wenn nun gleichzeitig in den polnisch-nationalen Kreisen der Gedanke einer Kolonisation Weißrußlands und der Ukraina im polnischen Sinne großen Anklang gefunden hat und mit Begeisterung gepflegt wird, so kann man mit Sicherheit annehmen, daß auch diese Kolonisationspolitik durch ihren großagrarischen Charakter sehr bald in einen starken Gegensatz zu der ukrainischen und weißruthenischen Bevölkerung geraten würde. Das würde aber ganz bestimmt von der Wühlarbeit der russischen Agenten benutzt werden und eine ständige Gefahr für den inneren Frieden und die Sicherheit dieses Gebiets bedeuten.

Digitized by Google

Was hier nur in großen Zügen angedeutet werden kann, ist natürlich in der besprochenen Schrift eingehend begründet. Das Ergebnis ist die Meinung, daß die Entstehung eines Großpolens wahrscheinlich im Osten eine Periode heftiger nationaler Kämpfe eröffnen würde. Donzow ist auch der Ansicht, daß der äußern Politik eines solchen Staates keine feste bestimmte Richtung gegeben werden könne. Damit fällt aber für uns das einzige Interesse weg, diesen Staat zu schaffen. Donzows Schrift klingt also in die Warnung aus, eine Garantie für den dauernden Anschluß der Polen an die Zentralmächte nicht darin zu sehen, daß man die Grenzen des neuen Polens im Osten über den Bereich des polnischen Volkstums hinaus erweitert, — wie es bekanntlich von einer sehr rührigen Partei unter den Polen vorgeschlagen wird mit der Begründung, daß alsdann Polen gezwungen sein würde, ein festes Bollwerk Mitteleuropas gegen Rußland zu bleiben. Man kann nur sagen, daß die Warnung Donzows sehr berechtigt scheint.

Auch wer vielleicht den Ansichten Donzows nicht zu folgen vermag, wird aus seinen Ausführungen erkennen, wie notwendig es ist, den wirtschaftlichen und nationalen Verhältnissen in den verschiedenen Gebietsteilen auf den Grund zu gehen. Hier steht noch ein weites Arbeitsfeld offen, und man darf wohl die Erwartung hegen, daß die Erfahrungen des Krieges und die dadurch nahegelegten Bedürfnisse der Unbekanntschaft mit den osteuropäischen Ländern und Sprachen, der Ursache vieler Irrtümer und Versäumnisse, entgegenwirken werden. Hier sei einer Neuerscheinung gedacht, die uns wichtiges Material zur Beantwortung zeitgemäßer Fragen bietet. Die Schrift behandelt: „Die Bevölkerungs- und Grundbesitzverteilung im Zartum Polen" (Berlin, Georg Reimer, 1916); ihr Verfasser ist Dr. Erich Zechlin, der sich schon durch manche vortreffliche Arbeit — auch als Mitarbeiter des Jahrbuchs „Ostland" — auf diesem Gebiet rühmlich hervorgetan hat. Er hat bei der vorliegenden Arbeit außerordentliche Schwierigkeiten zu überwinden gehabt, da die Mängel des ihm vorliegenden statistischen Materials sehr groß waren. Aber die mühsame Bearbeitung dieses Materials hat sich doch gelohnt. Mag auch infolge der erwähnten Mängel der Unterlagen bei den Ergebnissen vielleicht der besondere Grad von Exaktheit vermißt werden, der für andere wissenschaftliche Unter-

Digitized by Google

suchungen erforderlich sein würde, so genügt doch das Gebotene, um in allen wesentlichen Zügen ein richtiges Bild herzustellen und eine ganze Reihe von Fragen zu beantworten, ohne deren Erledigung man bei der politischen Erörterung im Dunkeln tappt. Es ist unmöglich, über Kolonisationsfragen zu urteilen, wenn man nicht über die Dichtigkeit der Bevölkerung, die Besitzverteilung und alle die Momente, von denen die natürliche Gruppierung der Bevölkerung abhängt, — wozu u. a. auch das Religionsbekenntnis gehört, — einigermaßen zutreffende Vorstellungen hat. Hier findet man bei Zechlin vortreffliche Auskunft in klarer Anordnung und mit sorgfältig ausgearbeiteten Tabellen.

Die Wichtigkeit derartiger Kenntnisse muß bei der Behandluug osteuropäischer Fragen besonders im Hinblick auf die eigenartige Stellung des jüdischen Elements in diesen Ländern betont werden. Niemand kann geeignete positive Vorschläge machen, der nicht die Ostjudenfrage in ihrer Eigentümlichkeit erfaßt hat. Schon deswegen müssen wir auf eine Schrift hinweisen, die diese Frage mit besonderer Gründlichkeit beleuchtet. Ich meine „Die polnische Frage" von Dr. Adolf Grabowsky (Berlin, Carl Heymanns Verlag 1916). Wenn ich mich über dieses Buch kürzer fasse, so geschieht es, weil aus dem hier Ausgeführten meine Stellungnahme zu verschiedenen Punkten schon zu erkennen ist. Mit Genugtuung erfüllt es mich, daß Grabowsky einen Grundfehler darin sieht, daß bei uns die Polenfrage hauptsächlich nur als eine Frage der inneren Politik angesehen wurde. Unsere Parteipolitik kannte die Polenfrage ausschließlich als eine Frage der „Behandlung" der Polen und prüfte sie nur daraufhin, ob diese Behandlung dem Nutzen und den politischen Grundsätzen der Partei entsprach. Der deutsche Ostmarkenverein suchte praktisch dahin zu wirken, daß das Verständnis für die wirkliche Lage verbreitet wurde, d. h. das Verständnis für den notwendigen und natürlichen Existenzkampf des polnischen Volks als einer einheitlich fühlenden, leben wollenden Nation, die daher auch — so wie die Verhältnisse nun einmal lagen — dem ihre Ziele hindernden Staat, mochte er sie auch noch so gut „behandeln", Feindschaft entgegenbringen mußte. Aber unsere Parteien konnten sich nicht entschließen, die innerpolitischen Gesichtspunkte bei der Polenfrage zurückzustellen. Es ist nicht recht erkennbar, wie weit Grabowsky denen recht geben will, die einst „erklärten, daß man es in der Hand habe durch

Digitized by Google

richtiges Erfassen der Polenfrage Rußland nach Belieben zu schwächen" (S. 8). Ich glaube nicht, daß eine solche Möglichkeit jemals bestand; wo sie angenommen wurde, lag dem eine falsche Beurteilung des polnischen Nationalcharakters zugrunde, von der ich mir eigentlich nicht denken kann, daß Grabowsky, ein sonst so vorzüglicher Kenner des Polentums, sie teilt. Was er sonst von dem Charakter des Polen sagt, zeigt eine treffende Beurteilung; er zitiert Starczewski, der von der polnischen Weichlichkeit redet, „die unfähig ist, eine Überzeugung hart zu vertreten, und die es vorzieht, immer einen trüben Mittelweg zu suchen, weil ihr scharfe und klare Gedanken und Gefühle fehlen". Grabowsky glaubt deshalb auch nicht, daß die Polen schon jetzt imstande sind, ein vollkommen selbständiges Gemeinwesen zu gründen. Die Lösungsvorschläge, die er dafür empfiehlt, werden freilich nicht viel Zustimmung finden.

Zum Schluß noch einige Worte über die Schrift von Dr. Richard Bahr: „Im besetzten Polen. Stimmungen und Eindrücke" (Berlin, Karl Curtius). Sie will keine Vorschläge zur Lösung der Polenfrage bringen, sondern nur die Ergebnisse unbefangener Beobachtungen in Russisch-Polen während der Kriegszeit festlegen. Aber ein geschickter und unterrichteter Beobachter gibt oft mehr, als uns manche umfangreiche systematische Behandlung der Frage zu bieten vermag. Was Bahr als erfahrener politischer Publizist uns zu sagen weiß, ist in jedem Falle wert, daß man darüber nachdenkt. Er geht natürlich auch den Zukunftsfragen nicht aus dem Wege. Auch er beklagt, wie alle, die etwas davon verstehen, daß die Polenfrage überwiegend als eine Frage der innerdeutschen Politik, nicht der europäischen, behandelt worden ist. Auch er warnt vor dem alten Fehler, daß wir die polnischen Verhältnisse nach dem bekannten Schema beurteilen, das durch die hergebrachte Geschichtsauffassung in unsere öffentliche Meinung und in das Durchschnittswissen unserer Gebildeten übergegangen ist, und mahnt zur Beachtung der Entwicklung, die das polnische Volk durchgemacht hat. Vielleicht ist er da etwas zu optimistisch; ich möchte nicht gerade alle Einzelheiten unterschreiben, aber ich freue mich über die anregenden Gedanken, die mit manchem aufräumen, was einer dem andern nur nachspricht. Bei einigen Bemerkungen über unsere Ostmarkenpolitik vor dem Kriege scheint mir vergessen zu sein, daß die Vertreter dieser Politik manche abweichende Ansicht bekämpfen mußten,

Digitized by Google

nicht aus Verständnislosigkeit für die europäische Seite der Frage, sondern im Gegenteil in der klaren Erkenntnis, daß gerade dieser Charakter der Frage nur bei einheitlichem Auftreten des Deutschtums und Ausmerzung der aus der inneren Politik stammenden parteipolitischen Gesichtspunkte gewahrt werden könne.

Noch einmal: der Wert aller dieser Schriften liegt nicht in den Lösungsversuchen, die sie bringen oder andeuten, sondern in der Aufklärung über die Tatsachen. Sie mögen ihr Teil helfen, der beklagenswerten Scheu vor der näheren Beschäftigung mit Osteuropa und der Unkenntnis osteuropäischer Verhältnisse ein Ende zu machen.

Rußland und Japan

Von Dr. Fritz Wertheimer

Der Weltkrieg liegt im Schwerpunkt seiner militärischen Ereignisse auf dem europäischen Kontinent, und doch kann sein Ausgang in Europa mit seiner Mächtegruppierung kaum so tiefe Spuren hinterlassen, wie im fernen Osten, wo Japan, militärisch durch den Beutezug nach Tsingtau nur ganz wenig geschwächt, sich anschickt, mit zäher Konsequenz die Folgerungen aus der europäischen Entwicklung zu ziehen.

Man stelle sich das Japan vor dem Weltkriege und das Japan von heute nur einmal vor! Damals ein leichter Sieg über das uneinige und schwache China, kaum zehn Jahre später ein schwer errungener blutiger militärischer Sieg über das im Osten trotz aller kolonisatorischen Vorarbeit sorglose, ja fast leichtsinnige Rußland. Ein Emporschnellen der Weltgeltung, fühlbar zunächst in den Augen der Ostasiaten, der Chinesen, spürbar auch in den Handelsbeziehungen und diplomatischen Verhandlungen mit den aufstaunenden Westmächten. Das englisch-japanische Bündnis ist der Auftakt zu dieser neuen Entwicklung. Aber die Klugheit Wittes und die geheime Furcht Englands verhindern im Friedensvertrag von Portsmouth die gänzliche Demütigung Rußlands, hintertreiben den ersehnten Erfolg des Krieges für Japan: nämlich eine große Geldentschädigung. Stille unermüdliche Arbeit und glänzende Ausnutzung der immer gefährlicher werdenden europäischen politischen Lage lassen Japan wenige Jahre darauf eine späte Frucht aus dem russischen Krieg

Digitized by Google

heimholen: Korea! Aber es bleibt die drückende Schuldenlast, die Abhängigkeit von der Londoner Börse und ihren politischen Machthabern, die Unmündigkeit der eigenen Industrie, die stark passive Handelsbilanz, die bis zur Verletzung hochmütige Art des englischen Bundesgenossen, den man noch zu nötig braucht, um ihn abschütteln zu können, selbst als er in geradezu beleidigender Art und Weise selbstherrlich den Bündnisvertrag durchlöchert und für Japan wertlos macht.

Da kommt der Krieg. Japan sichert sich durch den nicht nur auf englischen Befehl unternommenen Zug gegen Tsingtau den Keil, den es nun ins chinesische eben unter Yuan erstarkende Staatswesen treiben kann. Es sieht die Träume von der Herrschaft auch über den asiatischen Weltteil langsam zur Wirklichkeit reifen. Es gewinnt volle Selbständigkeit des Handelns in China, weil die europäischen Nationen viel zu stark mit sich selbst beschäftigt sind, um ihre alte Syndikatswirtschaft in China gegen Japan wirken lassen zu können. Englands Gesandter am Präsidentenhofe in Peking, durch Jahrzehnte hindurch der führende Diplomat im Osten, erscheint jetzt plötzlich in der Gefolgschaft des japanischen Geschäftsträgers dort und nickt zu allem nur noch still mit dem Kopfe. Japans Schulden an England sinken ungeheuer schnell, im gleichen Maßstabe wie seine Handelsbilanz aktiv wird, wie eine fieberhaft tätige und neue Anlagen mit amerikanisch-englischen Maschinen aus dem Boden stampfende Rüstungsindustrie an dem sicheren Absatze riesige Geschäftsgewinne erzielt. China hat kein Geld, sein Handelsleben stockt, die japanische Ausfuhr an billigen Baumwollwaren nach China geht, zum Teil auch infolge politischer Bonkotte, zurück; alles das wird ausgeglichen durch den Abnehmer Rußland, der Geschirrzeug und Leder, Kanonen und Munition, Lebensmittel, Tornister und Uniformen kauft, so viel und zu welchen Preisen er sie nur haben kann. Jeder Kriegsmonat ist ein Geschäft, im Verhältnis der Staatengröße, weit reicher als das Amerikas, ist das Erklimmen einer weiteren Stufe auf der Leiter der politischen Selbständigkeit und Macht.

In England merkt man wohl nun endlich, was alle englischen Ostasiaten, nicht zuletzt der fanatische Japanhasser, der Australier, frühere „Times"-Korrespondent und in letzter Zeit merkwürdig still gewordene Berater des Präsidenten Yuan, Morrison, so oft ahnungsvoll prophezeit haben. Aber

Digitized by Google

es ist zu spät. Man will und muß den Krieg in Europa gewinnen, wenn das alte England überhaupt Bestand haben soll. Ostasien muß jetzt schweigen. Zum Gewinnen des europäischen Sieges gehört, daß man Rußland bei der Stange hält, daß man ihm Kriegsmaterial verschafft, wo immer es zu beschaffen ist. China wird aufgegeben, Englands Finanzeinfluß auf Japan wird aufgegeben, man nimmt selbst die japanische Gefahr für Australien und damit die künftige australische Gefahr für England in Kauf: England will im Westen siegen und Bestand haben.

Japan siegt unterdes friedlich im Osten. Es zahlt, immer noch als Verbündeter und unter der lächelnden Maske des Freundes England alle Hochnäsigkeiten mit gewaltigen Zinsen heim. England muß ja schweigen, wie Japan lange Jahre geschwiegen hat. Die japanischen Staatsmänner sind klug, und der Weizen des alten schlauen Fuchses Okuma blüht. Der straff an der Zensurkette liegenden Presse wird sogar hier und da schon verstattet, ein wenig, und ab und zu sogar ein wenig arg, gegen England vom Leder zu ziehen, nur damit nachher der bündnisgetreue Kabinettchef sofort den Sicherheitsverschluß schließt und England sagen kann: Seht, so stehe ich euch bei! England selbst hat Japan zur Unterstützung Rußlands gerufen, gebeten, durch Maschinenlieferungen zur Begründung einer Industrie unterstützt. England kann also gar nichts gegen eine wirtschaftliche Annäherung Japans und Rußlands sagen.

Die Annäherung erfolgt. Der Großfürst Michailowitsch fährt nach Tokio und verhandelt. Worüber, das kann man nur vermuten und aus allerhand geschickten und ungeschickten Pressemeldungen herauskristallisieren. Grundsätzlich ist die Annäherung Japans und Rußlands sicherlich eine Gefahr für England, sonst hätten England und sein Schildträger Morrison im Jahre 1904 nicht den Konflikt zwischen Japan und Rußland so geschürt, daß der Ausbruch eines Krieges unausbleiblich war. Damals war sogar die Lage noch ungefährlicher wie heute. Ein heute im Westen vollkommen geschlagenes, von der Ostsee und von den Dardanellen abgeschnittenes Rußland hätte nur zwei Wege künftiger Entwicklung: ein neues Herumschwenken des Steuerrades seines Staatsschiffes nach dem Osten mit der alten Richtung Dalni, Port Arthur, und einen Druck auf Persien und Indien nach dem Indischen Ozean herunter. Wird nun durch friedliche Abmachungen mit Japan der ostasiatische Sicherheitsverschluß

Digitized by Google

geschlossen, und werden dort Streitkeime beseitigt, so muß naturnotwendig die Kraft eines allerdings im Westen durch Landabtretungen und neugewonnene Erbfeinde Bulgarien und Rumänien stark geschwächten Rußland sich nach Zentralasien hin wenden und für England bedrohlich werden. Alles das geht natürlich von der Grundlage eines Sieges der Zentralmächte in dem Weltkriege aus, der für uns ja nicht eine Hoffnung, sondern eine Gewißheit ist und dessen Drohen sich auch wohl nur wenige einsichtsvolle Politiker der Entente verschließen werden.

Durch einen Vertrag oder ein Bündnis gar mit Rußland schafft also Japan seinen englischen Verbündeten gerade keine Annehmlichkeit, selbst wenn man einmal annehmen will, daß es zunächst noch keine Gefahr bedeuten würde.

Was aber schafft es sich selbst?

Die politischen Hoffnungen Japans sind stark festländischer Natur. Ein größeres Japan, landwirtschaftlich und industriell in sich gefestigt, zur Weltmachts- und ostasiatischen Vormachtstellung kräftig und entschlossen, das ist altes großjapanisches Programm. Ein kleines japanisches Gedicht, das jetzt durch die japanische Presse geht, trägt recht sinnbildlich die Überschrift: Japan rule the waves! Ein Vertrag mit Rußland wird immer zunächst der chinesischen Frage gelten. Rußland ist als Nachbar Chinas auch wirtschaftlich lebhaft beteiligt, alle etwaigen Pläne Japans werden immer in Streit mit Rußland kommen müssen, und nur durch eine gewaltsame oder friedliche Einigung mit diesem reifen können. Japan hat deshalb früher in immer stärkerem Maße gegen Rußland gerüstet. Der Ausbau Koreas, die zwei Jahre lang hartumstrittenen neuen Divisionen in Korea, die Bahn von Söul nach Gensan und der Plan, sie von dort weiter bis nach Kirin zu führen, wo schon eine von der Mandschurei-Strecke hergeführte chinesisch-japanische Bahn endigt — all das waren Aufmarschpläne in künftigem Gegensatz mit Rußland. Gleichzeitig damit erfolgte die wirtschaftliche Durchdringung der Südmandschurei und auch immer mehr der Ostmongolei und zunächst vorsichtig der Nordmandschurei. Japan konnte einem künftigen Zusammenstoß mit Rußland militärisch ruhig ins Auge sehen. Das hindert nicht, daß seine eigentlichen Pläne nicht im unwirtlicheren Norden, sondern im Süden liegen, daß für die Basis Formosa als Ausgangspunkt neuer Er-

Digitized by Google

werbungen in Niederländisch-Indien und auf den amerikanischen Philippinen von der Mehrzahl der Kolonialpolitiker, namentlich von Takekoschi, geworben wurde. Man denke an die alten japanischen Pläne auf Amoy, die schon einmal von England nur mit allergrößter Mühe verhindert wurden, an die zähen Ansprüche auf das Yangtsetal, denke aber auch an die jetzt im Weltkriege mit Englands Hilfe erfolgte Wegnahme der deutschen Südsee-Besitzungen durch die Japaner, an die Hawai-Frage und die drohende Verschärfung der amerikanisch-japanischen Beziehungen.

Politisch schafft die Beseitigung der Streitmöglichkeiten im nördlichen Einflußgebiet Japan freiere Hand in China und noch freiere Hand in der Südsee. Auch daraus ergibt sich keine geringe Gefahr für England, wie nebenbei bemerkt sein mag.

Was mag nun der neue japanisch-russische Bündnisvertrag enthalten? Daß er in einer England angreifenden Form geschlossen ist, scheint kaum wahrscheinlich, denn es ist immerhin zweifelhaft, ob die Japaner schon jetzt den englischen Bündnisvertrag ganz über Bord werfen wollten, und dieser Bündnisvertrag verpflichtet sie ja, kein Bündnis und keinen Vertrag mit einer dritten Macht zum Nachteil des alten Verbündeten zu schließen. Selbst wenn kluge japanische Politiker den Nachteil für den Verbündeten förmlich und rechtlich in Abrede stellen könnten, würde ein schon äußerlich angreifender Vertrag doch sicherlich in England Beunruhigung hervorgerufen haben, und den Augenblick dazu, diesen politischen Zorn lächelnd und verachtend hinzunehmen, hielt Japan sicherlich für noch nicht gekommen. Es hat ja auch in zäher Schulung gelernt, wie man Dinge mit einem Lächeln besser als mit Gewalt durchsetzen kann. Einem Vertragsabschluß mußte ja auch nach dem alten englisch-japanischen Vertrag die „Beratung" mit England vorausgehen, und diese Beratung hätte ziemlich lange dauern können, da Englands Diplomaten voraussichtlich alle Zähigkeit aufgewendet hätten, um dem an sich vielleicht harmlosen neuen russisch-japanischen Vertrag alle anti-englischen Giftzähne auszubrechen. Aber soweit hat man es sicherlich gar nicht kommen lassen. England hat sich beeilt zu erklären, daß es den neuen russisch-japanischen Vertrag vor seinem Abschluß mitgeteilt bekommen und gebilligt hätte. Das mag sein. Wann man ihn England mitteilte und wie weit der Billigung eine „Beratung" vorausging, darüber wird nichts

Digitized by Google

gesagt. Japan hat sicherlich überall die Form gewahrt, ebenso sicher wie es England vor eine vollendete Tatsache stellte, an der nichts zu ändern war und der man deshalb nach außen hin zustimmen mußte, wollte man nicht den Bruch der ganzen Welt verkünden. Lange Monate vor dem Vertragsabschluß sprachen die beiden Vertragschließenden in ihrer Presse ja auch nur von „wirtschaftliche Besprechungen", gegen die auch der gerissenste Engländer nichts einzuwenden haben konnte, weil England ja selbst die wirtschaftliche Annäherung der beiden einstigen Gegner gewünscht und unterstützt hat.

Sprechen wir zunächst vom Kerne dieser wirtschaftlichen Abmachungen. Es gingen Gerüchte, und die japanische Zeitung „Nitschi-Nitschi" hat sich zum Verbreiter derselben gemacht, daß Rußland sich militärisch und damit auch politisch völlig aus dem Osten zurückziehen und die Bahnlinie Charbin—Wladiwostok der sogenannten ostchinesischen Eisenbahn an Japan abtreten wolle. Der Kriegshafen Wladiwostok solle friedlicher Handelshafen werden, in russischem Besitz bleiben, aber japanischer wirtschaftlicher Durchdringung offenstehen. Wäre ein solches Zugeständnis erfolgt, so hätte freilich Rußland in Ostasien völlig ausgespielt gehabt. Die ganze Energie, die sich nach dem Verlust Port Arthurs und Dalnis auf Wladiwostok und die Amur-Provinz warf, wäre vergeudet und verschwendet gewesen. Was hätte die noch nicht einmal vollendete allrussische Amurbahn von Werschneudinsk über Albasin nach Chabarowsk und Wladiwostok noch für einen Sinn gehabt? Was es heißt, wenn Japaner „wirtschaftlich durchdringen", das weiß jeder Ostasiate, wußte wohl auch vor allem der ostasiatische Russe. Was es bedeuten will, Wladiwostok als Ausgangspunkt zu verlieren, fühlt wohl jeder russische hohe Militär, denn gerade aus dieser hart am Feinde stehenden und stets im Bewußtsein der Bereitschaft lebenden gutgedrillten Garnison kamen für Rußland in diesem Kriege kräftige, kernige sibirische Truppen. Die ostchinesische, in Wirklichkeit russische Bahn durch die Mandschurei von der Grenze bis nach Charbin wäre ein Bruchstück gewesen, mit dem gar nichts mehr anzufangen war. Japan hätte nicht nur seine alte südmandschurische und koreanische Aufmarschlinie gegen Rußland weiter besessen, sondern Rußland hätte nicht einmal mehr die Möglichkeit gehabt, seinen ostasiatischen Besitz überhaupt verteidigen zu können. Das wäre also ein mili-

Digitized by Google

tärischer, politischer und, wie die Dinge nun einmal liegen, auch wirtschaftlicher Verzicht auf den Ausgang am Stillen Ozean gewesen. Das könnte sich allenfalls ein Rußland leisten, das an der Ostsee und den Dardanellen siegreich wäre und auf sicheren Ersatz dort hoffen kann. Vielleicht auch noch ein Rußland, das alles auf eine Karte setzen und diesen höchsten aller politischen Preise bezahlen wollte, um mit letzter, mit allerletzter Kraftanstrengung sich dadurch den Sieg im Westen zu holen. Kein vernünftiger Mensch in Rußland, Diplomat, Politiker oder Militär, glaubt aber im Innern heute noch an diese Rechnung. Ein solcher Vertragsinhalt wäre für Rußland wirtschaftlicher und politischer Selbstmord, ein Verbrechen gewesen. Daß japanische Zeitungen diesen oder einen solchen Vertragsinhalt veröffentlichen konnten, mag verschiedene Ursachen haben. Graf Okuma kann das zugelassen haben, um den russischen Unterhändlern zu zeigen, wohin ihn die japanische Volksstimmung drängte, um ihnen selbst kleinere Zugeständnisse namentlich in China schmackhaft und annehmbar zu machen, wenn sie dieses Größte hintan halten könnten, er mag diese politische Drohung zu Wirkungen an die Adresse Rußlands wie auch Englands benutzt haben, darin klar zu sehen, ist uns mangels genauerer Nachrichten jetzt unmöglich. Unwahrscheinlich oder auch unmöglich war dieser Vertragsinhalt jedenfalls für jeden Kundigen von vorneherein. So geschwächt ist auch England in den Augen der Ostasiaten noch nicht, daß es nicht gegen einen solchen Vertragsinhalt, der, ganz abgesehen von der tiefen Demütigung seines heutigen Verbündeten Rußland, eine starke Bedrohung Australiens und Englands durch das Freiwerden der nach China und nach Süden gerichteten japanischen Kräfte enthielte, aufs tatkräftigste und bis zum äußersten Einspruch erhoben hätte.

Tatsächlich haben die Russen allerdings wirtschaftliche Zugeständnisse an Japan gemacht. Sie sind schon auf einer in Japan veranstalteten Konferenz der russischen Schiffahrts- und Eisenbahngesellschaften Ostasiens mit den japanischen Beteiligten verabredet worden. Im Frieden von Portsmouth hat Rußland einen Teil seiner von Charbin nach Dalni herunterführenden Eisenbahn an Japan abgetreten, nämlich die Bahn von Dalni nach Tschangtschun (von welchem Punkte aus die schon erwähnte japanisch-chinesische Eisenbahn nach Kirin gebaut wurde!). In

Digitized by Google

Tschangtschun fand also bisher der Übergang der Waren und Reisenden von der breiten russischen Spur auf die japanische Grundspur der japanisch-mandschurischen und koreanischen Eisenbahn statt. Nun ist nach dem neuen Vertrage das Stückchen Bahn von Tschangtschun nach der südlich Charbin am Schnittpunkt der Bahn mit dem Sungarifluß gelegenen Station Sungari an die Japaner abgetreten worden, so daß in Zukunft Sungari Übergangspunkt und Knotenpunkt würde; für den Reiseverkehr hätte das nicht allzu viel zu besagen, eine wesentliche Erleichterung bedeutete es kaum; nur daß die jetzige Bedeutung des von den Japanern stark ausgebauten Bahnhofs Ttschangtschun mit einem Male verschwände. Militärisch bedeutete es allerdings ein Vorschieben der japanischen Aufmarschlinien bis hart ans Herz der russischen ostchinesischen Eisenbahn, das im Falle möglicher japanisch-russischer Streitigkeiten ein rasches Vordringen auf die Charbin—Wladiwostok- und die Amur-Bahn und ein Durchstoßen dieses Nervs der russischen Verteidigung Ostasiens und Wladiwostoks in den Bereich der Möglichkeit rückte. Sicherlich sind wirtschaftliche Erleichterungen für den Reisenden- und Warenverkehr und Übergänge zwischen den beiden Bahnen verabredet worden, und solche Vereinheitlichungen und Erleichterungen werden auch vom europäischen Handel dankbar und aufrichtig begrüßt werden. Sie waren schon immer für Europa wünschenswert, weil sie die Erschließung des Ostens fördern müssen. Wirtschaftlich bedeutet diese Verschiebung für die Japaner immerhin die Gewinnung der lohnenden Frachten des schiffbaren Sungariflusses für ihre Bahn nach Dalni und für die Belebung des dortigen Geschäftes und damit auch vermehrte Betätigungsmöglichkeit in der Nordmandschurei, die formell noch bahntechnisch und militärisch russisches Einflußbereich bleibt, die aber binnen kurzer Zeit zum mindesten im Sungaribezirk „japanisiert" werden wird. „Friedliche Durchdringung" nennt man das wohl in der früheren japanischen diplomatischen Ausdrucksweise.

Tschangtschun kann allerdings auch ohne diese russisch-militärische Interessen schädigende Abtretung seine alte Bedeutung verlieren durch neue Eisenbahnpläne, die auf der Konferenz verabredet worden sein sollen. Man erinnert sich an alte englisch-amerikanische Eisenbahnpläne in der Mandschurei, und zwar an die Strecke, die vom Petschili-Golf,

Digitized by Google

und zwar von Tschintschou (an der Peking—Mukdener Bahn) ausgehen sollte, um über Taonanfu Zizikar, die Station der russisch-ostchinesischen Bahn zwischen Mandschuria und Charbin zu erreichen und dann nach Norden hin bis Aigun und zur Amurbahn vorzudringen. Diese Bahn sollte die wirtschaftlich zukunftsreiche Ostmongolei erschließen und als „neutrale" mit der russisch-japanischen Mandschureibahn gleichlaufenden Bahn dieser große wirtschaftliche Werte entziehen, namentlich das chinesische Bahnnetz in seinem Verkehr mit Europa von diesen politisch und militärisch so umstrittenen und daher für China zweifelhaften Linien unabhängig machen. Das amerikanisch-englische Projekt scheiterte damals an japanischen und russischen Widerständen. Nun wollen die Russen und die Japaner selbst an solche Baupläne herangehen. Die Russen planen den Bau der Bahn von Zizikar nach Norden, nach Aigun, die Verträge sollen durch den Gesandten Krupenski mit China bereits abgeschlossen sein. Eine solche Verbindung zwischen Amur und sibirischer Bahn wäre auch strategisch für die Russen ziemlich wertvoll. Die Japaner wollen dagegen von Zizikar aus unter Einbeziehung Taonanfus eine Bahn nach Süden führen, nur nicht mit dem Endpunkt Tschintschou, sondern Sepinghai oder Ssupingkai, wie es auch genannt wird, also einer Station an ihrer alten mandschurischen Bahnstrecke Mukden—Tschangtschun. Das bedeutet für den europäisch-ostasiatischen Reiseverkehr immerhin eine Verkürzung und würde Zizikar an die Stelle von Tschangtschun oder auch Sungari setzen, würde ihnen auch die Erschließung der bisher nur für Karawanen zugänglichen reichen Ostmongolei ermöglichen. Die Yokohama Specie-Bank soll bereits eine Anleihe zum Bau dieser Bahn aufgenommen haben. Ssupingkai hat einige tausend Einwohner, zu einem Zehntel Japaner. Dort schloß Oyama, der japanische Feldmarschall, mit dem russischen Führer General Liniewitsch den Waffenstillstand, dem der Friedensschluß folgte. Als Ausgangspunkt zum Verkehr mit der Mongolei besaß der Ort schon jetzt einige Bedeutung. Der Vieh- und Pferdereichtum, das Getreide, die Wolle und auch die Mineralien der Mongolei lassen den Japanern eine „wirtschaftliche Erschließung" recht vorteilhaft erscheinen. Es ist kein Zweifel, daß Japan damit seine wirtschaftliche Eroberung in ein Gebiet tragen oder sie dort festigen könnte, das bisher den Bahnverhältnissen nach zwar russisch genannt werden kann, aber doch

Digitized by Google

seinem ganzen Karawanenhandel nach schon nach Süden zu neigte. Irgendwelchen Schwierigkeiten soll die Bahn den Geländeverhältnissen nach nicht begegnen; die reichliche Ausfuhr an Rohstoffen aus dem Gebiet könnte eine ebenso reichliche Einfuhr seiner billigen Industrieerzeugnisse, für die die Ostmongolei ein treffliches Absatzgebiet abgibt, für Japan aufwiegen.

Über solche und ähnliche Wirtschaftsfragen hinaus ist aber anscheinend auch ein formelleres Bündnis politischer Natur zustande gekommen. Der genaue Inhalt in offizieller Form ist noch nicht veröffentlicht. Es scheinen aber zwei Punkte festzustehen: beide Vertragschließende binden sich, kein Bündnis mit einer dritten Macht zu schließen, das einen Vertragsbeteiligten schädigen könnte, und gestehen sich im Falle der Bedrohung ihrer ostasiatischen Länder und Interessen Unterstützung zu. Zwar besitzt Japan schon ein solches Bündnis, das mit England, das sich zweifellos einst gegen Rußland kehrte und Englands indische Interessen gegen Rußland sichern sollte. Dieses Bündnis ist, soweit es Rußland als Englands Feind angeht, sicherlich für den Augenblick gegenstandslos, es war auch für Japan längst nur noch eine Formsache, seit die dritte Verlängerung dieses Vertrages Englands Hilfe für Japan gerade gegen dessen ernstesten Zukunftsgegner, Amerika, ausschloß. So hat man den englisch-japanischen Vertrag beim Abschluß des neuen russisch-japanischen einfach nicht beachtet und das ist an sich bemerkenswert genug. Trotz der „Billigung" ist das ein böser Hieb gegen England, mag dieses noch so sehr beruhigend versichern, der russisch-japanische Vertrag richte sich gegen den allen gemeinsamen Feind, gegen Deutschland. Das Wesentliche ist wohl: Japan hat in China freie Hand von Rußland erhalten, und gegen wen sich das letzten Endes richtet, das wird England nach diesem Kriege rasch genug zu spüren bekommen. Japan hat, da Deutschland ja nur noch wirtschaftliche Vorteile in China verfolgt und Rußland nun als „Gegner" dem Bündnis zufolge ausfällt, nur zwei Gegner, gegen die ihm Rußland vorkommendenfalls zu helfen haben wird: Amerika und England. Man kann ja sagen: gegen Amerika lehnte (1911 im neuen Vertrage) England als Verbündeter jede Hilfe ab, also sichert man sich jetzt in Japan nach dieser Seite hin durch den neuen Freund: Rußland. Viel eindeutiger liegt aber der Fall mit Rußland. Dieses hat in seinen asiatischen Interessen

Digitized by Google

nach der Ausschaltung Japans überhaupt nur einen möglichen Zukunftsfeind: England. Die Aussichten des neuen japanisch-russischen Vertrages werden also völlig klar. Erst nach dem europäischen Frieden wird England im Osten den verdienten Lohn finden.

Für den Augenblick, und an den muß man sich vorläufig halten, ist das festzustellen:

Japan erreicht wirtschaftliche Vorteile, mildert die politische Spannung in der Mandschurei gegen Rußland, schafft seiner Industrie und seinem Handel die gewünschten Möglichkeiten und erlangt die Kraft gesammelter politischer Wirkungsfähigkeit in China selbst und nach Süden hin. Alle Gegensatzmöglichkeiten mit Rußland sind damit nicht beseitigt, und man soll gerade bei der schnellen Entwicklung der Dinge in Ostasien gewiß „niemals, niemals!" sagen. Aber das darf man aussprechen, daß Japan geschickt die Weltkriegs-Lage auszunutzen versteht und allen Anlaß hat, den zankenden europäischen Nationen tiefste Dankbarkeit zu zollen. Dieser Dankespflicht wird es zweifellos durch äußerste Ausnutzung aller ferneren Weltlagen weiterhin ausreichend genügen!

Die Stockholmer „Konferenz der Neutralen"

Von ***

Wir erhalten folgende Zuschrift von einer Seite, die dem Bunde „Neues Vaterland" nahe stand. Die Schriftleitung

Etwa ein Vierteljahr nach dem Ausbruch des Weltkrieges traten in den neutralen Ländern Persönlichkeiten hervor, die Stellung zu den Ereignissen nahmen und die versuchten ihre Stellungnahme in vermittelndem Sinne zur Geltung zu bringen.

Nach den Beweggründen kann man diese Neutralen in zwei Gruppen einteilen: einmal in die, die aus ethischen oder religiösen Gefühlsmomenten heraus den ausgebrochenen Weltenbrand zu löschen suchten oder doch wenigstens nicht weiter greifen lassen wollten, zum andern in die, die lediglich aus politischen Erwägungen heraus die Neutralität besonders ihres Landes dauernd gewahrt wissen wollten und deshalb zu vermitteln suchten. Als Ziel versuchten diese Stimmen ihre Regierungen zu einer Haltung in ihrem Sinne zu bewegen und weiter einen Zusammen-

Digitized by Google

schluß der neutralen öffentlichen Meinungen und Staaten zustande zu bringen.

Als Beispiel der ersten — ethischen — Gruppe kann nur der Papst genannt werden, wenn man nur solche Beispiele gelten lassen will, in denen sich nicht nur neutrale Persönlichkeiten, sondern neutrale Regierungen oder eine so eigenartige Macht wie die des Papstes selbst einsetzten. Aber in keinem Lande der Welt haben pazifistische Beweggründe entscheidend auf die Politik eingewirkt. Als Beispiel der zweiten Gruppe, bei der das Neutralitätsbestreben zu einem Zusammenschluß führte, kann nur Skandinavien mit seinen drei Königreichen genannt werden. Es bleibt bei diesem Beispiel allein. Holland, die Schweiz, Spanien verhielten sich auch zueinander neutral in der Frage der Neutralität. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika lehnten sogar eine Aufforderung der Regierung Schwedens, gemeinsam gegen englische Verletzungen der Postbeförderung vorzugehen, ab.

Diese Strömungen bei neutralen Persönlichkeiten haben nun nach mancherlei Versuchen und Ansätzen endlich ein Gebilde zustande gebracht, das zu Ostern d. J. von Stockholm aus eine Art Programm mit praktischen Friedensvorschlägen veröffentlichen ließ. Die Stockholmer „Konferenz der Neutralen" verdankt ihr endliches Zustandekommen offenbar nicht am wenigsten den Millionen Mr. Fords. Sie trägt mit ihrem Programm leider das selbe dilettantische Gepräge wie die sicher sehr aufrichtigen und edlen Bestrebungen dieses Mannes.

An der „Konferenz der Neutralen" sind Personen aus sechs Staaten beteiligt: aus Holland, der Schweiz, den Vereinigten Staaten Nordamerikas, aus Schweden, Dänemark und Norwegen. Man vermißt in dieser Liste Spanien, den Papst und Vertreter der A-B-C-Staaten Südamerikas, um mit der musischen Zahl 9 den Kranz der Neutralen vollständig zu machen, die in Betracht kommen. Denn von China, als einer nicht weißen Rasse, und von Rumänien und Griechenland als solchen Staaten, die zu sehr in der Gewitterzone liegen, kann man absehen.

Als deutscher Mann, mag man nun zu den „Flaumachern" oder „Scharfmachern" gehören — wird einem in jedem Falle ein Mehr am Gewicht deutscher Macht das Ziel vaterländischer Gesinnung sein. Es gibt eine Auffassung, die fast dogmatisch dahin geht, Macht bestände immer

Digitized by Google

in militärischer und Verwaltungsgewalt. Das war im wesentlichen die Grundlage der großen Weltreiche des Altertums. Mit dem Beginn der sogenannten Neuzeit (Zeitalter der Entdeckungen) trat mehr und mehr die Tatsache hervor, daß auch die aus Handel und Wirtschaft entstehenden volkswirtschaftlichen Kräfte zu Machtgewichten sehr großen Umfanges werden können. In rascher Folge zeigte es sich weiter, daß religiöse und Einheitsbestrebungen der zwischen den Staaten aufgeteilten Völker zu kriegerischen Entzündungen führen, daß aber andererseits diese Kräfte auch zu Machtfaktoren werden konnten. Natürlich gab es auch schon im Altertum Handelsstaaten, wie andererseits auch heute noch jede Macht zuletzt auf physischer d. h. militärischer Gewalt beruhen muß.

Neben konfessionell-religiösen und Rassen-Gegensätzen oder -Zuneigungen sind seit der Renaissance Gefühlsströmungen entstanden, die man kurzweg kulturelle nennt: man denkt dabei an die aus der Kunst, Literatur, Weltanschauung und Wissenschaft aller entwickelten Völker hervorgehende Verbindung, die natürlich ihre Grundlage wieder in geographischen, Rassen-, volkswirtschaftlichen usw. Größen hat.

Wie die allermeisten chemischen Grundstoffe in der Natur sehr selten rein vorkommen, obgleich sie überall in Mischungen und Verbindungen vertreten sind, so ist's auch in der Geschichte, wo rein-kriegerische Machtbestrebungen, volkswirtschaftliche, religiöse, nationale und kulturelle Kräfte sehr selten sozusagen als rein chemische Elemente auftreten, sondern immer nur als deren Verbindungen. Jeder wird das ohne weiteres zugeben, und trotzdem wird leider bei der Untersuchung von Ursachen geschichtlicher Erscheinungen immer so geurteilt, als ob die Kräfte der Geschichte so rein vorhanden wären wie die chemischen Elemente in den Behältern eines Laboratoriums.

Kreise des Bundes „Neues Vaterland", der bald nach Ausbruch des Krieges in Deutschland entstand, gingen von der Auffassung aus, daß auch die sogenannten kulturellen Kräfte sich zu Machtgrößen ausmünzen lassen. Diese Kreise glaubten, damit nicht neue chemische Kräfte der Geschichte erfunden, wohl aber entdeckt zu haben; oder vielmehr entdeckt zu haben, daß die systematische Verbindung kultureller Kräfte zu einem Machtfaktor werden kann, auch wenn es sich um die Geltendmachung militärischer Kraft handelt. Der Bund sieht auch in Sympathien und

Digitized by Google

Antipathien der Völker Größen, die von sehr starkem Einfluß auf politische Gruppierungen und Entscheidungen sein können, womit nicht bestritten wird, daß in Waffen und Staatskunst das Fundament politischer Macht zu erblicken ist. Der Bund verfolgte deshalb die Entwicklung solcher Sympathien im neutralen Auslande mit tatkräftigem Interesse. Ihn leitete dabei nicht der Eifer für irgendeinen schematischen „Kultur"begriff, sondern allein der Eifer für gebührende Geltung des deutschen Volkes in der geschichtlichen Entwicklung der Menschheit. Es ist bedauerlich, daß der Bund schwere Mißverständnisse erfuhr. Wir wollen darüber hinweggehen, weil die Zeit vielleicht sehr bald erweisen wird, wie notwendig solche Arbeit einst sein wird.

Der Stockholmer Osteraufruf der „Konferenz der Neutralen" gibt besten Anlaß, um zu zeigen, wie Kreise des Bundes darüber urteilen, was Deutschland sich nicht gefallen lassen kann. Abgesehen von einigen ständigen allgemeinen Forderungen derartiger Bestrebungen, wie Rüstungsbeschränkung, Schiedsgericht usw., die mindestens vorläufig in der Luft hängen, machte die Stockholmer Zusammenkunft auch besondere Vorschläge: z. B. Unabhängigkeit Belgiens, Serbiens und Montenegros. Zum Hauptpunkt „Belgien" hat der deutsche Reichskanzler das gesagt, was der Kunst des Möglichen und der Forderung des Notwendigen entspricht. Befremden muß aber aufs äußerste die Forderung der „Wiederaufrollung" der elsaß-lothringischen Frage seitens der Stockholmer Konferenz. Wir wollen zwar den Einwurf beiseite lassen, daß das ja eine rein deutsche Angelegenheit sein muß, solange z. B. das Problem Irland eine rein englische Angelegenheit sein soll. Es ist uns aber bekannt, daß selbst englische Pazifisten — nicht alle, aber hervorragende — der Überzeugung sind, unter die elsässische Frage müsse ein Strich gemacht werden. Weshalb ist also das Programm der Konferenz englischer als die besonnen urteilenden Engländer? Wenn nun aber die Konferenz schon die Vergangenheit revidieren wollte, warum blieb sie bei Elsaß-Lothringen stehen, warum z. B. keine Forderung für Finnland, dem die ursprünglich zugestandenen Rechte von Rußland nur beschnitten wurden, während die den Reichslanden von Deutschland zugestandenen Rechte nur erweitert worden sind. Allerdings fordert die Konferenz die Unabhängigkeit Polens, jedoch ebenso die Autonomie Armeniens, hingegen nicht die Ägyptens!

Digitized by Google

Am Ende der Vorschläge werden Deutschland seine Kolonien wieder zugestanden „in Konsequenz", aber es ist nicht die Absicht erkennbar, für die Wiederaufrollung der elsässischen Frage wenigstens Deutschland einen greifbaren Ausgleich anzubieten.

Den selben peinlichen Eindruck der Parteilichkeit macht die Forderung der Internationalisierung „gewisser" Wasserstraßen, wobei allein die Dardanellen (und der Bosporus) genannt werden. Als die Konferenz gefragt wurde, warum denn nicht auch Gibraltar internationalisiert werden sollte, erwiderte der Sekretär der Konferenz öffentlich, man habe Gibraltar absichtlich ausgelassen, wie man auch absichtlich den Nord-Ostsee-Kanal nicht genannt habe. Abgesehen von der naiven Vorstellung, man käme über unangenehme Dinge dadurch hinweg, daß man sie nicht erörtert, springt es doch in die Augen, daß Gibraltar sich weit ab von England, der Nord-Ostsee-Kanal aber durch seine Lage bei Hamburg sich an einem Lebenszentrum Deutschlands befindet.

Weitere Einzelheiten sind unwesentlich. Die Prüfung des Ganzen ergibt den Eindruck, daß das Friedensprogramm der Stockholmer „Neutralen"-Konferenz nicht einmal ein ententefreundliches ist, sondern ein solches, das vorwiegend im englischen Interesse liegt. Denn die Selbständigkeit Polens und Armeniens verlangen, was russischen Ohren nicht angenehm klingen kann, aber die Selbständigkeit Ägyptens nicht fordern — — wem ist damit gedient? Am deutlichsten tritt diese Tatsache der Englandneigung bei der Forderung der Internationalisierung „gewisser" Wasserstraßen auf, wofür als Beispiel allein die Schwarze-Meer-Engen genannt wurden! Internationalisierung strategischer Meerespunkte heißt, solange England der große Wolf der Meere ist, Anglisierung. Beweis: Suezkanal.

Es sei noch erwähnt, daß den allerpeinlichsten Eindruck der Stockholmer Vorschläge der hervorrufen muß, der Grenzberichtigungen zwischen Italien und Österreich im Sinne des Nationalitätsprinzips erwartet. Zur Erklärung dieser Verstiegenheit dient es vielleicht, wenn man erfährt, daß ein Deutschamerikaner, der durchaus nicht etwa englandfreundlich ist, ondern mit seinem Herzen an Deutschlands Kultur hängt, einen ziemlich starken Einfluß auf die Stockholmer Konferenz ausübte. Er ist ein deutscher Idealist, und nur ein solcher bekommt aus lauter Gerechtigkeitsgefühl derartiges fertig.

Digitized by Google

Man könnte nun fragen: weshalb soll man sich als Deutscher überhaupt mit diesem Stockholmer Versuch beschäftigen? Wird dadurch nicht wieder der Eindruck hervorgerufen, als messe man derartigen Versuchen der Neutralen mehr Bedeutung bei als eigenen Überlegungen und Entschlüssen? Aber gerade weil man sich um den Eindruck einer Haltung nicht allzu ängstlich sorgen soll, kann man erklären, daß man als Deutscher solche Bestrebungen des neutralen Auslandes mit Aufmerksamkeit verfolgen müsse. Denn mag der Krieg nun enden wie er will, in jedem Falle wird das Neutralen-Problem nach dem Kriege noch brennender werden als während des Krieges. Wenn wir aber beobachten, daß schon jetzt bei den ersten Versuchen einer Art organisierter öffentlicher Meinung der Neutralen Ergebnisse zutage treten, die den suggestiven Einfluß der englischen Politik offenbaren, so muß man als Deutscher ruhig über die Ursachen nachdenken. Mit Empfehlungen der eigenen politischen Lauterkeit und Kennzeichnungen der politischen Perfidie Englands wird nur Zeit vergeudet. Um kurz eine Meinung zu äußern, wie es anders werden kann: Wir Deutsche müssen lernen, aus jenen Stimmungen herauszukommen, die objektiv entweder wie ein Nachlaufen oder wie ein Vor-den-Kopf-Stoßen wirken. Selbstverständlich darf auch nicht der gefährliche goldene Mittelweg betreten werden, abwechselnd nachzulaufen und vor den Kopf zu stoßen. Sondern wir müssen lernen, darüber zu stehen, wir müssen eine ruhige, deutliche Haltung zeigen, die unsere in ihrer Gesamtheit gewiß nicht übergreifenden Absichten erkennen läßt. Aber so zu handeln — das ist eine Kunst, und für schöpferische Kunst gibt es nur ein Können und keine Rezepte, die man wie eine gut wirkende Medizin verschlucken kann.

Es kann nur von Wert und Bedeutung sein, wenn die Neutralen erfahren, daß auch Kreise des Bundes „Neues Vaterland" in den Stockholmer Vorschlägen keinen aussichtsreichen Versuch erblicken können, die kriegerische Auseinandersetzung auch nur zu einem vorläufigen Abschluß zu bringen. Wäre den Vorschlägen anzumerken gewesen, daß die sicherlich vorhandene Unparteilichkeit der Absicht einen entsprechenden Ausdruck in praktischen Vorschlägen fand, so wäre eine wesentliche Vorbedingung für eine Vermittlertätigkeit gegeben: nämlich die des Vertrauens. Vermittlertätigkeit ist hier in dem Sinne verstanden, daß ein Dritter den

Digitized by Google

Kämpfenden, wie man zu sagen pflegt, „gut zuzureden sucht". Denn die Inanspruchnahme einer Schiedsrichterrolle der Neutralen wird von beiden Gruppen abgelehnt. Es ist sehr bedauerlich, daß diese Konferenz früher geäußerte Absichten geändert hat. Ursprünglich soll geplant gewesen sein, die neutralen Regierungen zu einem gemeinsamen Vorgehen dahin anzuregen, daß keine bestimmten Vorschläge gemacht werden, sondern daß die Gesamtheit der Neutralen und zwar der neutralen Regierungen nur erklärt: Wir teilen euch Kriegführenden mit, daß wir versammelt und bereit sind, etwaige allgemeine Inaussichtnahmen auf Verständigung und etwaige praktische Gesichtspunkte hierfür entgegenzunehmen, anzuhören und sie in der Tiefe unseres Busens solange zu bewahren, bis gleichzeitig von beiden Seiten ohne Einwirkung von uns und ohne Gegenwirkung aufeinander übereinstimmende Absichten erkennbar werden. Dann werden wir von dieser Übereinstimmung euch Kenntnis geben und das weitere euch selbst überlassen. Auf diese Weise habt ihr beiden kriegführenden Gruppen die Gewißheit, daß eine erste Annäherung nicht als Schwäche ausgelegt werden kann, solange Europa unter der wie eine Zwangsvorstellung wirkenden Schwäche leidet, nicht schwach erscheinen zu wollen. Anscheinend haben die Amateur-Diplomaten der „Konferenz der Neutralen" es sich nicht versagen können, diesen gesunden Gedanken einer möglichen Vermittlung zu verlassen und haben dem Spiel mit der Karte Europas nicht entsagen können, obgleich gerade aus ihren Kreisen die allerheftigsten Worte gegen das Handwerk der Diplomatie erfolgten.

Es ist notwendig, das den Neutralen aus Kreisen des Bundes „Neues Vaterland" zu sagen. Es ist geschichtliche Wahrheit, daß der Bund den mitteleuropäischen Völkerbund drei Monate nach Ausbruch des Krieges proklamierte, als die Idee dieses Völkerbundes noch die schärfste Zurückweisung der Kreise fand, die jetzt am lebhaftesten dafür eintreten. Auch hat der Bund damals schon erkannt, daß der Endkampf mit England ein wirtschaftlicher sein wird, und die Durchführung der Maßnahmen verlangt, die jetzt endlich in Angriff genommen worden sind.

Die sich immer klarer heraushebende Tatsache, daß der Bund mit seinen Voraussichten recht behielt — zum Teil leider recht behielt — gibt ihm andererseits auch die Hoffnung, daß er auch recht behält mit seinem Vertrauen auf Deutschlands Stellung und erhabene Sendung in der

Digitized by Google

Geschichte des Planeten Erde — um den kindlichen Ausdruck Weltgeschichte zu vermeiden. Und worin soll diese Sendung bestehen? Darin, — um ein Wort aus des Grafen Yorck von Wartenburg genialer „Weltgeschichte in Umrissen" zu gebrauchen, — daß Deutschland auf dem richtigen Wege erreicht, was Frankreich drei Jahrhunderte lang auf einem falschen Wege versucht hat: nämlich Europa zu einen — durch Frieden und Föderation, auf Wehrhaftigkeit aufgebaut.

England, Japan und Tibet

Von Franz Kolbe

In den Kampf um die Vorherrschaft in Asien, der bis zum Anfang dieses Jahrhunderts lediglich zwischen Rußland und England ausgefochten wurde, ist seit Beginn des Weltkrieges als dritter und zurzeit aussichtsreichster Konkurrent Japan hinzugetreten. Unter geschickter Ausnutzung der durch den Weltkrieg geschaffenen Lage, welche die Kräfte Englands und Rußlands in Europa und Vorderasien band, ist es Japan gelungen, unbestrittene Vormacht in Ostasien zu werden und sich in China eine wirtschaftliche Vorzugsstellung zu schaffen. Durch den soeben abgeschlossenen Vertrag mit Rußland sichert sich Japan neben Anerkennung der errungenen Vorteile in China und namhaften Vorteilen in der Mandschurei und äußeren Mongolei sowie in Sibirien freie Hand in China; gleichzeitig deckt ihm Rußland den Rücken gegen England. Japans Kampf in China ist nunmehr hauptsächlich gegen England gerichtet, und besonders richtet sich sein Streben auf das reiche Yangtse-Tal, die bisher unbestrittene Domäne Englands.

England steht indes dem japanischen Vordringen nicht vollkommen ungerüstet gegenüber — es hat schon einen neuen Trumpf bereit — Tibet. Zwar hat England sich in dem mit Rußland im Jahre 1907 abgeschlossenen Vertrag über Persien, Afghanistan und Tibet verpflichtet, ohne Rußlands Zustimmung keine weiteren Schritte in Tibet zu unternehmen; es hat sich aber dadurch nicht abhalten lassen, nach wie vor am Hofe des Dalai Lama zu intriguieren. Als im Jahre 1908 in Tibet ein Aufstand ausbrach, gab der damalige Amban in Tibet Chao Erh-feng in seinen Berichten nach Peking seiner Auffassung Ausdruck, daß die Aufstands-

Digitized by Google

bewegung offenbar von Ausländern unterstützt werde, womit natürlich nur die Engländer gemeint waren. Dem energischen Chao Erh-feng gelang es bald, den Aufstand zu unterdrücken und Lhassa zu besetzen. Er entfaltete dann eine lebhafte Reformtätigkeit und, wenn er länger Amban von Nordtibet geblieben wäre, wäre es ihm wohl sicher gelungen, Tibet wieder fest an China zu ketten. Er wurde indes 1910 nach China zurückberufen und fiel im Revolutionsjahr als Opfer der Revolution. Auch Tibet erklärte sich wieder unabhängig; und es gelang der chinesischen Regierung erst nach großen Mühen, diese Revolution niederzuschlagen, zumal die Tibetaner fortgesetzt von England mit Waffen und Munition unterstützt wurden. Als dann endlich der Aufstand niedergeschlagen war, trat im Jahre 1913 auf Englands Anregung hin in Simla eine chinesisch-tibetanische Konferenz zusammen, die indes erfolglos auseinanderging. Die chinesischen Unterhändler hatten volle Anerkennung der chinesischen Schutzherrschaft über Tibet verlangt, England aber wußte es zu hintertreiben, daß ein Vertrag auf dieser Grundlage zustande kam.

Als dann in China die monarchistische Bewegung entstand, benutzte England diese wieder zu einem Versuche, neue Zugeständnisse in der tibetanischen Frage zu erpressen. Nach Meldungen der chinesischen Presse verlangte England neben vielen anderen Zugeständnissen das Recht der Einsetzung eines britischen Residenten in Lhassa und die Öffnung der Hauptstadt des verschlossenen Landes für seinen Handel.

Was England in Lhassa will, ist klar: weniger einen Stützpunkt für seinen Handel als für seine imperialistische Ausdehnung. Tibet, das „Glacis Asiens", schützt Indien gegen russische Gelüste, die sich vielleicht nach dem Weltkrieg wieder regen könnten und ist gleichzeitig ein Einfalltor nach China. Ausläufer des indischen Bahnnetzes haben hinter Dardschilling schon die Kämme des Himalaya erreicht, und Sidiya, die Endstation einer Bahn in der indischen Provinz Assam, haben britische Imperialisten schon zum Ausgangspunkt einer Bahnvermessung nach Batang—Ta-tsien-lu gemacht, von wo es nur noch ein Katzensprung in das reiche Yangtse-Tal ist. Wenn man sich erinnert, daß seit länger als einem Jahrzehnt England das Yangtse-Tal als seine Interessensphäre in Anspruch nimmt, so liegt das Endziel der britischen Tibet-Politik klar vor einem. Und erinnert man sich dazu noch des Planes eines Cecil Rhodes, eines

Digitized by Google

Lord Cromer, Kitchener und Curzon, so schwebt einem zugleich das Riesen-Imperium vor Augen, das unten am Kap der Guten Hoffnung beginnt, sich in der Linie Kairo—Kalkutta fortsetzt und über Lhassa nach Shanghai führt.

Würde England im Weltkrieg siegen, so würde es wohl kaum an der Ausführung seiner Pläne gehindert werden können; und, wenn es sich erst einmal in Tibet festgesetzt hätte, dann läge das Yangtse-Tal und damit China wehrlos zu seinen Füßen. Die Festsetzung Englands in Tibet würde den beiden bisherigen Bundesgenossen und künftigen Gegnern Englands, Rußland und Japan, ein Schnippchen schlagen und ihnen ihre Ausdehnungspläne gründlich verderben. Im Besitz Tibets wäre die anglo-indische Armee in der Lage, nach gründlicher Vorbereitung durch Bahnbauten ins Yangtse-Tal vorzustoßen und sich dort unwiderruflich festzusetzen. Japan, das auf den Seeweg angewiesen ist, wäre machtlos dagegen.

Die Entscheidung über das Mißlingen oder den Erfolg der englischen Tibet-Pläne dürfte indes ebenso wie diejenige über das zukünftige deutsche Kolonialreich auf den europäischen Schlachtfeldern fallen. Wenn, wie wohl anzunehmen ist, England geschlagen wird, dürfte es wohl kaum in der Lage sein, einen derartigen Druck auf China auszuüben, daß dieses sich zu seinen Gunsten aus Tibet zurückzieht. Unser deutscher Kampf gegen England ist also auch ein Kampf um Chinas Freiheit.

Notizen

Schweden und Rußland. Der schwedische Reichstagsabgeordnete Hauptmann C. Liljedahl schreibt in einer im „Aftonbladet" veröffentlichten Artikelreihe „Wir und Finnland": Wir sind aufgefordert, uns bereit zu halten und unsere Verteidigung zu stärken. Wir sehen ein, daß, falls der Weltkampf die südlichen Grenzen Finnlands erreicht, eine Lage entstehen würde, die blitzähnlich den Horizont eines ganzen Jahrhunderts erhellt, und einen Staatsmann verlangt, der größere Eigenschaften besitzt, als daß er mit gekreuzten Armen die Lage betrachtet. Die Befreiung Finnlands würde die Umkehr der russischen Dunkelmännerherrschaft und die Zurückverlegung der Reichshauptstadt nach Moskau bedeuten. Wir grübeln tagaus, tagein über dem schweren Rätsel, das Hindenburg Skandinavien zu lösen geben kann, falls die gegenwärtige Lage Kurlands und Polens nach Estland und Finnland verschoben wird. Es ist besser, im voraus zu denken, als nachher. Wir Schweden sind im Innersten als Helden geboren, wir sind aber geistig zu stark, um Heldentaten nur im Kriegführen zu sehen, wir brauchen ein heiliges Ziel

Digitized by Google

hinter dem Pulverrauch. Deshalb sind wir als Staat noch neutral. Wenn die Freiheit Schwedens und ihre Wahrung unaufhörlich mit der Befreiung Finnlands verknüpft wird, wenn der Sieg der Zentralmächte auf eine breitere Basis als eine ausschließlich deutsch-österreichische begründet wird, dann wird es für Schweden keinen anderen Weg geben, als das positive Handeln, es möge sich militärisch oder nur politisch mit einer militärischen Kraft in Bereitschaft entwickeln.

Eine offene englische Meinung über den japanisch-russischen Vertrag. „New Statesman" schrieb am 22. Juli: Nicht England sei der gewinnende Teil bei dem anglo-japanischen Bündnis, Japan habe an Weltgeltung dadurch gewonnen. England aber habe gezwungenermaßen beistimmend mitansehen müssen, wie mindestens zweimal der gute Glaube von den fernöstlichen Mächten gebrochen worden sei. Gewiß sei der japanische Beistand sehr schätzenswert gewesen; aber die Rolle, die man England zumute als Preis dieser Freundschaft, sei nicht erfreulich. Der Schreiber wünsche gewiß, diese Freundschaft zu erhalten; aber der Preis jeder Freundschaft könne zu hoch sein; und bestünde er darin, daß der Opferung Chinas schweigend beigewohnt werden solle, so frage er, ob das nicht hier der Fall sei.

Italienisch-französische Unstimmigkeiten. Die „Idea Nazionale" verfocht Ende Juli folgenden Gedanken: Um der wirtschaftlichen Zukunft Libyens willen ist für uns der Besitz der Karawanenstraße zwischen Ghadames und Ghat unerläßlich; der französische Keil zwischen diesen beiden Städten muß entfernt werden. Ohne sein Hinterland ist Tripolitanien ein abgenagter Knochen. Wie die Berichtigung der Westgrenze von Libyen mit Frankreich, so ist in der Kyrenaika die Frage des englischen Besitzes von Giarabub, der einen tiefen Einschnitt in unsere Grenze bildet, mit England zu lösen. Giarabub wurde historisch allezeit als zur Kyrenaika zugehörig betrachtet. Bleibt diese heilige Stadt der Senussi in fremder Hand, so ist damit Italien die Möglichkeit einer dauernden Pazifikation genommen. So muß Italien einesteils aus wirtschaftlichen Gründen auf dem Besitz des tripolitanischen Hinterlandes, andernteils wegen der zukünftigen Befriedung der nordafrikanischen Kolonien auf der Anerkennung der geschichtlichen Grenze der Kyrenaika bestehen. Diese zwei Punkte sind so augenfällig gerechtfertigt und von so dringender Wichtigkeit, daß es widersinnig wäre, an einer wohlwollenden Anerkennung seitens der verbündeten Nationen zu zweifeln.

Denselben italienisch-französischen Interessengegensatz behandelt übrigens ein Buch des Grafen von Fels „L'Impérialisme français" (Paris 1916), das von derselben Zeitung in ähnlichem Sinne wie ihn der vorstehende Aufsatz aufweist, besprochen wurde: Es ist ein Buch, das krasse und eindringliche Wahrheiten enthält, das vielen eine große Überraschung bereiten wird, welche die heutigen Bestrebungen Frankreichs nur nach dem Gesichtspunkt des gewöhnlichen Gemeinplatzes der Freiheit der Völker und des Nationalitätsgrundsatzes betrachtet und eingeschätzt haben. Eine zahllose Schar von Unverantwortlichen, meist nicht Franzosen, hat tausendmal das alte Wort vom Nationalitätsprinzip wiederholt. Dagegen hat

Digitized by Google

das verantwortliche Frankreich sie nicht ein einziges Mal ausgesprochen. Fels bemerkt: Allgemein wird behauptet, daß dieser Grundsatz den Krieg beherrscht und seine Ergebnisse bestimmen muß. Man hat aber beobachten können, daß unter den Kriegführenden nur die Regierenden Italiens, König und Minister, sich bei ihren Ansprachen mit verbündeten Staatshäuptern und Ministern auf das Nationalitätsprinzip berufen, während diese in ihren Antworten niemals davon Notiz nahmen. Das Nationalitätsprinzip ist nach ihm ein Hirngespinst. Er zeichnet Frankreich ein imperialistisches Programm vor und bekämpft die von Delcassé geführte Politik. In seinem Buch steht auch der Satz: Wir finden französische Staatsmänner voller Zustimmung für die imperialistische irredentistische und orientalische Politik Italiens; diese scheinen aber nicht zu wissen, daß sich an gewissen Punkten die Ambitionen Italiens nur auf Kosten unserer geschichtlichen Interessen verwirklichen lassen.

Die Zukunft von Rußlands Industrie wird von dem „Nowoje Wremja" folgendermaßen beurteilt:

Unsere Industrie erlebt das goldene Zeitalter, zum wenigsten unsere Industriellen, was nicht ein und dasselbe ist, denn ihre hergezauberten Millionen stammen nicht aus einer verstärkten industriellen Tätigkeit des Landes, sondern aus der äußersten Bedrückung des Konsumenten, aus einer Sonderbesteuerung der Bevölkerung und des Reichs. Aus dieser Quelle rühren die fabelhaften Dividenden her, die unsere Papierfabrikanten in Höhe von 112% als Durchschnittsertrag für 1915 erarbeiteten; die Zuckerpolonäsen vor den Läden schwellten die regelmäßigen Dividenden der Zuckerfabriken von 10 bis 20% auf 100 bis sogar 150% an und tausende anderer Unternehmungen überschreiten Erträgnisse von 100 bis 120%, wo sie in gewöhnlicher Zeit 20% zahlten. Und der ganze Raubgewinn ist damit noch gar nicht erklärt, wieviel ist noch versteckt durch buchhälterische Machenschaften, ungeheure Sonderabschreibungen, Tantiemen, zweifelhafte Forderungen usw.? Was wird die Folge sein? Unsere Industriellen graben sich selbst ihre Gräber. Amerika mit seinem riesenhaften Wachstum kennt kaum Dividenden von 15 bis 20%, und das ausländische Kapital, bescheidener und unternehmender, beginnt alles an sich zu reißen, was wir Rußlands schlafende Reichtümer nennen und in denen seine Zukunft steckt. Für ein Linsengericht in Gestalt ausländischen Goldes haben wir unser Erstgeburtsrecht verkauft, das Recht auf den Schoß unseres Landes. Verschachert sind die Gold- und Platinlagerstätten im Ural, auf dem Altai, am Amur, Konzessionen gegeben für den Abbau von Wolframmetall- und Silberblei-Gruben im Altaigebirge. Dank dem kolossalen Appetit der Moskauer Baumwollfabrikanten haben wir den Markt in der Mongolei verloren, und von der Mandschurei darf man gar nicht sprechen. Sibirien ist heute schon vollgefüllt mit japanischen Manufaktur- und Papierwaren, Medikamenten, Kanzleimaterialien und sogar mit chinesischem Schuhwerk; japanische Commis voyageurs erscheinen im Kaukasus. Zugleich mit japanischen tauchten auch amerikanische Fabrikate auf. Russisches Schuhwerk ist im ganzen Süden Rußlands durch amerikanisches

Digitized by Google

verdrängt, das zu 14 bis 15 Rubel das Paar verkauft wird. Und unsere Fabrikanten geben ihre Stellung ohne Kampf auf.

Dieser Aufsatz veranlaßt den „Djen" zu einer beißenden Verhöhnung:

Wie oft wurde den Patrioten neuester Form wiederholt, die gewöhnliche, rein verneinende Form des Kampfes gegen die deutsche Industriegefahr könne nur zum Austausch des einen Herrn gegen den anderen führen. Als Antwort hörte man von den Nationalisten aller Schattierungen und Abgeschmacktheiten nur eins: Schimpfereien. Es gibt mehr hitzigen Eifer als Verstand bei dieser Art schriftstellerischer Detektive, und es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht in dem „Nowoje Wremja" ein dichter Regen von Phrasen in Prosa und Versen über die deutsche Gewalt herniederfällt. Und die Wirklichkeit im Leben? Das Beispiel dafür bringt das „Nowoje Wremja" nun selbst. Das von ihm gemalte Bild ist genügend ausdrucksvoll; in ihm jammert das „Nowoje Wremja" über eine ganze Reihe von Nationalisten: Chinesen, Japaner, Amerikaner, Engländer; dazu kommen noch Schweden, Franzosen usw., nur Deutsche gibt es nicht mehr; mit ihrem Weggang und dem ihrer Kapitalien und ihrer Unternehmungen hat sich ein leerer Raum gebildet, der von anderen Nationalitäten unterschiedslos ausgefüllt wird. Jetzt jammert das Blatt darüber, schlägt Lärm und schreit Hilfe, anstatt Hurra zu rufen, denn das, was es da ausmalt, sind Früchte derjenigen Wirtschaftspolitik, die es empfohlen und gutgeheißen hat.

Der Kanzler und die innere Politik. Das „Journal de Genève" bringt folgende Ausführungen: Der Feldzug der Agrarier gegen Bethmann-Hollweg wird planmäßig fortgesetzt und gewinnt täglich an Boden. Andrerseits hat dieser die Sympathien der Mehrheit des deutschen Volkes für sich, das weiß, daß er viel weniger unduldsam ist als seine Gegner und auf ihn rechnet, damit die immer unerträglicher werdenden Leiden verkürzt werden und ohne zu starke Verzögerung ein annehmbarer Friede zustande kommt. Im Ausland wird die Tätigkeit des Kanzlers unrichtig beurteilt. Man hat ihm eine Art Machiavellismus zugeschrieben, daß er völlig unfähig ist. Er ist von Natur gerade und ehrlich. Das geschichtliche Wort: „Not kennt kein Gebot" war ein wahrhaftiges Bekenntnis; und man hat es ihm in Deutschland schwer vorgeworfen. Wenn er versichert, den Krieg nicht gewollt zu haben, so sagt er die Wahrheit.

Rohrbachs Weltpolitische Wanderungen. Prof. Brugmans schreibt in der holländischen Zeitung „De Amsterdammer": Rohrbachs Buch ist namentlich deshalb so interessant, weil hier nicht ein Scharfmacher das Wort hat, nicht ein altmodischer Preuße, ein Joseph von Lauff oder einer der vielen säbelrasselnden Offiziere, sondern ein Mann, der nicht nur viel weiß, sondern der auch viel versteht, der die bekannten Fehler des preußischen Feldwebels mißbilligt, ein Mann mit dem höchsten Vertrauen auf die Kulturaufgabe seines Volkes, ein Mann, wie wir in Holland nur zu wenige haben. Wenn ein solcher Mann sein Volk zu einer unendlich schweren Aufgabe aufruft, wenn er ruhig die Gegensätze annimmt, welche die Folge seiner herausfordernden Politik sein müssen, dann be-

Digitized by Google

kommt man auch eine Ahnung von der Geistesbeschaffenheit der kleineren Götter, die immer die Mehrheit bilden.

Vaterländischer Übereifer. Ein Hamburger Pastor sagte in einer Predigt: „Wir haben U-Boote genug, um in wenigen Monaten England auf die Knie zu zwingen und — — wir gebrauchen sie nicht. Wir haben Zeppeline genug, um das hochmütigste Volk der Erde klein zu machen, und — — wir schonen des Feindes. Gott hat uns den genialsten Feldherrn unserer Tage geschenkt, den die Feinde den Russenschreck nennen, und noch immer warten wir darauf, daß er zu neuen Schlägen wider die Russen aushole. Diese falsche Schonung des Feindes wird von Gottes Wort direkt als ein Ungehorsam gegen seinen heiligen Willen gebrandmarkt." Das „Hamburger Echo" bemerkt dazu: Diese Hetzrede ist ein Mißbrauch des Amtes und der Kanzel, wie er schlimmer nicht sein kann, und mit uns werden sich Tausende und Abertausende fragen, ob man die Kanzel in einer Weise mißbrauchen darf, die imstande ist, die Beendigung des furchtbarsten aller Kriege hinauszuzögern.

Neuerscheinungen

Der Russenspiegel, ein Heft, das S. Modes Verlag herausgibt, sammelt Worte von Russen und Fremden über Rußland und die Russen, (leider ohne zu den oft unbekannten Namen die Jahreszahlen hinzuzufügen, was die einzelnen Sätze oft erst ins rechte Licht setzen würde, und leider auch ohne Quellenverzeichnis). Wir geben ein paar Beispiele:

Die Russen sind eine Frucht, die verfault ist, bevor sie reif wurde. (Diderot.) — Das russische Volk ist bewunderungswürdig, jedoch ist seine Bewunderungswürdigkeit fürs erste noch mehr eine Sache der Zukunft. In Wirklichkeit ist das Volk roh, gemein und viehisch. Was läßt sich also aus ihm machen? (M. Pogodin.) — Reife gibt es bei uns im Norden nicht, wir vertrocknen oder verfaulen. (A. Puschkin.) — Fade, vegetierende Untätigkeit ist der größte Fehler eines großen Teiles der Russen. (N. Polewoi.) — Ein Palisadenzaun versperrt dem Zaren die Aussicht. (Volkssprichwort.) — Ich habe über die Leiter unserer Regierung nachgedacht. Sie sind alle Ignoranten. Die Maschine hält sich durch den Druck. (M. Pogodin.) — Für unsere Diplomaten existiert die moralische Seite unserer Staatsfrage — — die Grundsteinlegung zu einem russischen Staatsbürger und zu einem russischen Staate, die notwendigste Bedingung für unsere Macht und unseren Fortschritt — — ganz und gar nicht. (M. Pogodin.) — Das Gesetz ist nicht für Vorgesetzte, sondern für Untergebene bestimmt. (Graf H. Benckendorff.) — Wir sind, was unsere Zivilisation betrifft, so arm wie Hiob. (A. Ssuworin.) — Das heilige Rußland ist groß, aber die Wahrheit findet in diesem Lande nirgends Platz. (Volkssprichwort.)

Die Lage des jüdischen Volkes in Rußland schildert aus den Reden der Duma ein Heft der kriegspolitischen Einzelschriften (Schwetschke & Sohn, Berlin).

Digitized by Google

Prof. Dr. S. Kalischer hat die Reden aus dem Französischen übersetzt. Ohne daß ein Kommentar dies besonders sagt, enthüllen sie durch sich selbst grenzenlose Grausamkeiten der Regierung gegen die Juden und die ungeheure Schmach, die durch die Behandlung der Juden das russische Volk auf sich geladen hat. Wer die Brutalität und Heuchelei des russischen Wesens noch nicht kennt, hat hier besondere Gelegenheit, aus russischen Zeugnissen sich ein Bild davon zu machen.

Los von Italien? Prof. Dr. Ludwig Geiger fragt in Heft 17 der Bibliothek für Volks- und Weltwirtschaft („Globus" Verlag, Dresden): „Los von Italien?" — G. beantwortet die Frage unserer Stellung zu Italien politisch, wirtschaftlich und kulturell. Die Abschnitte über unser politisches und wirtschaftliches Verhältnis fassen oft Gesagtes zusammen, nur in dem letzten Abschnitt hat G. Eigenes zu sagen, was dem Standpunkt des Literar- und Kulturhistorikers gerecht wird, aber auch wert ist, allgemein gehört zu werden. Geiger weist die ja selbst von Dernburg vertretene Ansicht, „auf Jahrzehnte hinaus dürfte kein Deutscher mehr nach Italien gehen", weit zurück und hält an der kulturellen Verbindung zwischen Deutschland und Italien fest, die durch die Jahrhunderte und die Ergebnisse der Entwicklung ihre Bedeutung auch für unsere Kultur erwiesen hat. Die Antwort auf seine Frage heißt darum „Nicht los von Italien!"

Ein Kriegstaschenbuch. B. G. Teubner (Leipzig), der in dem monumentalen Werk „Deutschland und der Weltkrieg" schon die politische Zusammenfassung der Kriegslage gegeben hat, stellt diesem Sammelwerk nun ein zweites zusammenfassendes Buch an die Seite, ein Lexikon, das in 5000 Stichwörtern über alle politischen und militärischen Ereignisse des Krieges, über die Fachausdrücke, über die Persönlichkeiten, die in ihm hervorgetreten sind, über alle mit dem Kriege in Zusammenhang stehenden wirtschaftlichen und kulturellen Ereignisse und Maßnahmen orientiert. Die Artikel sind knapp, doch so gefaßt, daß sie das Wesentliche enthalten, zuverlässig gearbeitet und übersichtlich geordnet. Die deutsche Kriegsliteratur kann auf dieses Werk stolz sein, das dem aufmerksamen Betrachter der Zeitereignisse willkommen und nützlich sein wird.

Türkisches. Die Versuche, die Türkei in Wort und Bild uns näher zu bringen, drängen sich. Hauptanteil nimmt zuletzt F. K. Endres. Er läßt seinem tüchtigen Buch über die Türkei ein Bilderheft folgen, das in 215 gut gewählten und gut zusammengestellten Abbildungen Land- und Stadtmenschen und Leben in der Türkei veranschaulicht (Delphin-Verlag, München, der damit eine neue Sammlung, die ganze Welt im Bilde, eröffnet). Eindrücke von seinen Reisen und Wanderungen in der Türkei schildert er in knappen, scharfen Umrissen eindringlich und unterhaltend in einem kleinen Buche „Nargileh". Bilder türkischer Frauen und ihr Leben im Harem verdeutlicht er aus einigen markanten Erzählungen, die von einigen guten Abbildungen begleitet werden. (Die letzten Bücher sind in demselben Verlag erschienen).

Die Länder und Völker der Türkei schildert in einer kleinen „ästhetischen Geo-

Digitized by Google

graphie" Ewald Banse, der Verfasser eines großen geographischen Handbuches über die Türkei. (Westermann, Braunschweig.) Das Buch ist zweckdienlich, soweit es sachliches Material bietet, was glücklicherweise überwiegt, denn das „Ästhetische" an dem Buch ist nicht dazu angetan, es auszuzeichnen.

Aus der Kriegszeit für Friedenstage nennt Professor Robert Sieger seine zu einem kleinen Buch gesammelten Aufsätze (erschienen bei Leuschner & Lubensky, Graz). Sie wirken in ihrer Gesamtheit besonders stark durch das, was sie im einzelnen wollten: den Ruf nach Organisaion und den Willen zur Organisation, der „den Deutsch-Österreichern vor allem not tut, wenn ihre gute Art zur verdienten Geltung kommen soll". Sieger erhofft von der moralischen Erhebung in Österreich eine Abstellung vieler ererbter Übel. Wie es für einen Deutsch-Österreicher begreiflich ist, glaubt er, daß diese Aufgabe vor allem den Deutsch-Österreichern zufallen werde, weil „sie weniger blendende Politiker im Sinne der Tagespolitik und des Parlamentarismus, als ruhige sachliche Arbeiter, und weil sie ein Volk reicher Kultur sind".

Deutschlands wirtschaftliche Widerstandskraft. Gustav Cassel, ein schwedischer Professor der Nationalökonomie, hat während des Krieges Deutschland bereist, um die wirtschaftliche Widerstandskraft des Landes festzustellen. Das Ergebnis schildert er in einem bei Ullstein erschienenen Büchlein. Seine Erfahrungen haben ihm zwei Vorstellungen der Nationalökonomie berichtigt: einmal die von der überwiegenden Bedeutung des auswärtigen Handels für einen modernen Volkshaushalt, zweitens, daß ein Volk von aufgestapelten Reichtümern lebt. Deutschland hat nach seiner Meinung vielmehr bewiesen, daß sein Volk hauptsächlich von dem lebt, was seine eigene produktive Arbeit täglich hervorbringt, und daß ein Land auch ohne Warenaustausch mit fremden Ländern sich zu behelfen vermag. Im ganzen „spricht ihm eine ganze Anzahl mit Sicherheit festgestellter Umstände dafür, daß Deutschlands wirtschaftliche Stellung in verschiedenen wichtigen Punkten jetzt besser ist, als sie es während der ersten Kriegszeit war, so daß die ganze Theorie, von der die Aushungerungspolitik ausging, umgestürzt ist.

Vom innern Frieden. Friedrich Thimme hat sich um die Förderung des innern Friedens von neuem verdient gemacht. Er läßt seinem Sammelwerk über die Arbeiterschaft im neuen Deutschland eines über den innern Frieden folgen, das ein Niederschlag des Burgfriedens sein soll, in dem wir leben, und das eine Hoffnung und Versicherung für die Zukunft zum Ausdruck bringen soll. Denn „ganz Deutschland vertraut, daß die Einheit des Fühlens und Wollens in aller Zukunft vorhalten und die Entwicklung des Reiches befruchten und fördern werde". Männer aller Parteien haben sich zusammengetan, um diese Absicht zu fördern, und wie der Nachwelt ein Zeugnis für das Wollen der Zeit, so der Zukunft eine Mahnung mit auf den Weg zu geben. Wie Partei- und Religionsgegensätze, so glaubt das Buch der Klassenentfremdung entgegenwirken zu müssen, die die Kreise unseres Volkes von einander geschieden hat und durch Beseitigung oder Schwächung der Gegensätze, die der höchsten Kraftleistung unseres Volkes hemmend im Wege

Digitized by Google

standen. Noch sind von diesen Hemmungen selbst die Mitarbeiter dieses Werkes nicht durchweg frei, aber vielleicht ist gerade das ein besonderes Zeichen für die Aufrichtigkeit des Werkes, dem naturgemäß noch die Spuren der Gesinnung anhaften müssen, aus der wir uns zu jener neuen frei machen sollen, die alles persönliche Mißtrauen vor dem Willen zu gegenseitigem Verstehen und zur Gemeinschaftsarbeit zurücktreten läßt. Hoffen wir, daß es nicht bei der Mahnung bleibt, die dieses Buch sein will und kann.

Albanien. Die kaiserliche Akademie der Wissenschaft in Wien bewilligte vor kurzem aus Mitteln der Erbschaft Treitl 30000 Kr. zu Forschungen auf dem Gebiete der Geographie, Geologie, Botanik und Zoologie in Serbien und Albanien. Wie sehr sich die österreichisch-ungarische Wissenschaft der Erforschung Illyriens und Albaniens auch schon früher angenommen hat, beweist eine Sammlung illyrisch-albanischer Forschungen, die L. v. Thalloczy für Dunker & Humblot (Leipzig) in zwei Bänden zusammengestellt hat. Seit den albanischen Studien des österreichisch-ungarischen Konsuls J. G. von Hahn hat sich die österreichisch-ungarische Forschung rein praktisch um die Schaffung einer albanischen Schriftsprache, theoretisch um die historische, ethnographische, völkerkundliche, landwirtschaftliche Erkundung des Landes bekümmert. Die Beiträge zur Geschichte liefern den Beweis, daß Österreich-Ungarn sich bei allen diesen Bestrebungen genau an die Abmachungen der Londoner Botschafterkonferenz hielt, und es zeigt sich weiter (in einer Studie zur Vorgeschichte des Krieges mit Italien), wie sehr man von österreichisch-ungarischer Seite her sich bemühte, Mittel und Wege zu finden, um, auch was Albanien angeht, die Interessen Österreich-Ungarns mit jenen Italiens in Einklang zu bringen.

Literatur

Dr. Fritz Norden, Das neutrale Belgien und Deutschland im Urteile belgischer Staatsmänner und Juristen, mit einem Geleitwort von Geheimem Justizrat Dr. Joseph Kohler, Verlag F. Bruckmann, A.-G., München, Preis 2,00 M.

Keine der vielen von unsern Gegnern gegen uns vorgebrachten Verleumdungen hat uns auf die Dauer, insbesondere bei den Neutralen, mehr geschadet, als der Vorwurf, die Neutralität Belgiens frevelhaft verletzt zu haben. Auch jetzt noch klammern sich die englischen Staatsmänner bei ihren Versuchen, die Teilnahme Englands an diesem Kriege zu rechtfertigen, an das Märchen, England sei lediglich deshalb mit in den Krieg eingetreten, um seine Pflichten als Garant der durch Deutschland verletzten belgischen Neutralität zu erfüllen. So hat der unlängst zum Peer ernannte Sir Edward Grey kürzlich wieder seinem Volke versichert. Man sollte es kaum für möglich halten, daß solche Behauptungen immer und immer wieder aufgetischt werden, obwohl doch längst nachgewiesen worden ist, daß Belgien nicht nur durch sein Komplott mit England und Frankreich

Digitized by Google

selber auf seine Neutralität verzichtet hat, sondern daß auch von einer Garantie der belgischen Neutralität in den diesbezüglichen Staatsverträgen des Jahres 1831 mit keinem Worte die Rede gewesen ist. — Das Verdienst, diesen Nachweis geführt zu haben, gebührt dem Advokaten am Appellationsgericht zu Brüssel, Herrn Dr. Fritz Norden. Der Nachweis, daß in den entscheidenden Verträgen nicht mehr die „Integrität" und „Inviolabilität", sondern nur die „Independenz" Belgiens garantiert war, ist durch Prüfung der Verträge über Belgiens Neutralität und Unverletzlichkeit und durch Urteile belgischer Staatsmänner und Juristen lückenlos erbracht worden. Norden weist nach, daß, während frühere Staatsverträge ausdrücklich eine Garantie der Neutralität und Unverletzlichkeit erwähnten, in dem entscheidenden Dokument dieser Zusatz absichtlich unterdrückt worden ist. — Absichtlich wird gleichzeitig die Neutralität Belgiens an die Verpflichtung zur Unterhaltung einer bestimmten Anzahl von Festungen geknüpft, die zum Schutze gegen Frankreich bestimmt, zum Teil einem Besatzungsrecht durch England, zum Teil einem Besatzungsrecht durch Preußen unterliegen.

Belgien selbst hat zuerst die ihm aus dem Neutralitätsvertrage erwachsenden Verpflichtungen gebrochen, indem es nicht das zum Schutze gegen Frankreich zu erbauende Festungssystem herstellte, sondern ein neues Festungssystem schuf, das, abgesehen von dem Zentral-Reduit Antwerpen, lediglich gegen Deutschland gerichtet war. Eine Verpflichtung Belgiens, dem Durchzugsrechte Deutschlands mit den Waffen in der Hand entgegenzutreten, ist in den geltenden Verträgen nicht enthalten. Wenn Belgien dennoch sich dem Durchmarsch Deutschlands widersetzte, so gab es damit seine Neutralität auf und trat als Kriegführender an die Seite Englands und Frankreichs.

Die politisch höchst wichtige Schrift, die den Verfasser schweren Bedrohungen seiner Landsleute ausgesetzt hat, weist ferner nach, daß seine Feststellungen für die belgische Presse durchaus nichts Neues enthalten, sondern insbesondere von dem Professor an der Militärschule, Major Girard, in wiederholten Veröffentlichungen als Warnung gegen die Ausführung des geplanten Festungssystems an der Maas und unter Hinweis auf die Verpflichtungen des Festungsvertrages erhoben worden sind.

Der Verfasser kommt zu dem Resultat, daß Deutschland in keiner Weise das Völkerrecht verletzt hat, sondern sich mit seiner Forderung des freien Durchzuges durchaus innerhalb der Rechte gehalten hat, welche ihm durch die Verträge zustanden. Deutschland hat also weder die Unverletzlichkeit belgischen Gebietes angetastet, denn diese Unverletzlichkeit bestand nicht mehr; ebensowenig hat es die belgische Neutralität verletzt, denn es hat nur den ihm rechtlich zustehenden freien Durchzug verlangt. Norden prüft dann an der Hand belgischer Zeitungsberichte die Gerüchte über die angeblich von den deutschen Truppen verübten Schändlichkeiten und kommt auch hier zu dem Schlusse, daß die belgische Bevölkerung durch ihr Franktireurwesen selber ihr Unglück verschuldet hat, und daß von

Digitized by Google

seiten der deutschen Truppen nichts vorgekommen ist, was von den Belgiern nicht vorher provoziert worden ist.

Geheimrat Professor Dr. Kohler, von der Universität Berlin, hat die kleine Schrift, die zwar schon im vorigen Jahr in französischer Sprache erschienen ist, erst jetzt aber in deutscher Übersetzung vorliegt, mit einem Begleitwort versehen, das ihre Schlußfolgerung in vollem Umfange bestätigt. Es ergibt sich daraus die merkwürdige Feststellung, daß anscheinend sämtliche europäische Diplomaten, einschließlich der Garantiemächte, sich beim Ausbruch des Krieges über die staatsrechtliche Stellung Belgiens in Unklarheit befanden und daß auch der deutsche Reichskanzler nicht richtig unterrichtet war, als er im Reichstage zugab, unsere Forderung des freien Durchzuges sei eine Verletzung der vertraglich festgelegten belgischen Neutralität.

Der kleinen Schrift ist weiteste Verbreitung zu wünschen, insbesondere auch in den neutralen Ländern. Sie ist in jeder Beziehung die glänzendste Rechtfertigung des deutschen Vorgehens gegen Belgien. F. Ko.

Die Frauenbewegung in ihren modernen Problemen. Von Helene Lange. 2. umgearbeitete Auflage. Verlag von Quelle & Meyer, Leipzig. Geb. M 1,25.

Im eigentlichen Textteil wie statistisch erheblich ergänzt, ist die zweite Auflage dieser gewissenhaften Arbeit Helene Langes herausgekommen. Ausgangspunkt und äußere Entwicklung der Frauenbewegung knapp umschreibend, in sicherer Umreißung der vor dem Krieg bestehenden Verhältnisse, ihrer Ursachen und der aus ihnen sich ergebenden praktischen Forderungen; höchst schätzenswert in ihrer klaren und tapferen Sachlichkeit, mit der ein verläßlicher Kopf noch unbedrängt von zeitgemäßen Fragen (die Schrift gelangte 1914 zum Abschluß) das Woher und Wohin dieser Bewegung, auf ihre soziale Bedeutung sich beschränkend, erörtert. P. S.

L. von Pastor, Conrad von Hötzendorf. Mit Conrads Bildnis. 11.—15. Tausend. Herdersche Verlagsbuchhandlung, Freiburg i. B.

Nach amtlichen Berichten und persönlichen Erinnerungen, die zum Teil auf einen Aufenthalt beim Armee-Oberkommando im September 1915 zurückgehen, erzählt L. v. Pastor die Lebensgeschichte Baron Conrads, schlicht und sachlich, wie es dem bedeutenden, durch sich selbst wirkenden Gegenstand angemessen ist. Der edle, pflichttreue, in seiner Bescheidenheit wahrhaft große Mensch tritt ebenso lebendig in die Erscheinung wie der hochbefähigte, weitblickende, in Krieg und Frieden, als Schlachtenlenker und Organisator gleich bewährte Heerführer. Diese Schrift ist ein schönes Beispiel zweckentsprechender volkstümlicher Darstellung und verdient warme Empfehlung. W. St.

Nachdruck aus dem Inhalt unter genauer Quellenangabe gestattet.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Weimar. Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

1. Jahrgang • 25. August 1916 • Heft 35

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Kriegspolitisches Denken

Von Dr. Paul Rohrbach

Der leitende englische Minister Asquith hat neulich im Parlament aus Anlaß einiger deutscher Maßnahmen in dem besetzten westlichen Gebiet folgendes gesagt:

„Die Schrecken der vor kurzer Zeit durchgeführten Deportierung eines großen Teils der Zivilbevölkerung in andere Städte des nördlichen Frankreich, die mitternächtlichen Überfälle von Privatwohnungen und die Massenentführung von Frauen und Kindern vereinigen sich zu einer Geschichte, die, wenn sie einmal vollständig niedergeschrieben sein wird, selbst für die schmutzigen Annalen der deutschen Armee noch ein Schandfleck sein wird."

Indem Asquith sich solchergestalt auszudrücken beliebte, hat er die deutsche Armee und das deutsche Volk in einer Tonart beschimpft, die bis zu dem verwandt gestimmten Anwurf, den sein Kollege Grey vor einigen Monaten gegen den deutschen Reichskanzler richtete, auf die Straße und nicht auf die Ministerbank, auch nicht die englische, gehörte. Wir können dazu nur sagen, daß die Unsauberkeit, die hier jemand vom Typ des sogenannten englischen Gentleman gegen Deutschland aufhebt, auf niemand anderes zurückfällt, als auf ihn selbst.

Warum aber hat der Gentleman Asquith diese frappierende Anleihe bei dem Jargon des politischen Pöbels machen zu sollen geglaubt? Der erste Grund ist dieser: der Gentleman glaubt, er riecht den Sieg, und da sei es überflüssig, uns gegenüber noch Regeln des kriegspolitischen Anstandes zu befolgen. Er glaubt es — oder glaubte es wenigstens noch zu der Stunde, da er die Beschimpfung gegen uns schleuderte. Die russischen Erfolge an der Ostfront, die heute schon stillstehen, haben ganz

Digitized by Google

England hypnotisiert. Hierzu aber kommt noch ein Zweites. Jedermann sieht, daß so die Brücken abgebrochen werden und, wie es scheint, auch bewußtermaßen abgebrochen werden sollen, die zu einer friedlichen Verständigung mit dem Gegner benutzbar wären. Wer den Feind mit noch so scharfen Waffen bekämpft, kann sich nachher trotz allem gemeinsam mit ihm an den Tisch setzen, an dem über den Frieden verhandelt werden soll. Wer ihn aber außerdem noch brutal beschimpft hat, ist dazu nicht mehr imstande und kann nur darauf rechnen, den Gegenpart entweder so niederzuzwingen, daß er ihm den Fuß auf den Nacken setzt, oder selber im Dunkel zu verschwinden, wenn von Frieden geredet werden soll.

Ein englischer Premierminister, ein Mann wie Asquith, weiß das. Seine Rede war also die tatsächliche Proklamation des Kampfes bis zum Weißbluten des einen — oder des andern! Die englische Regierung will heute keinen Frieden. Sie lehnt den Gedanken an Frieden nicht nur ab, sondern sie verbaut demonstrativ im voraus die Möglichkeit, daß diejenigen Männer, die jetzt an der Spitze des Staatswesens in England stehen, einmal mit uns über den Frieden reden könnten. Wir in Deutschland nehmen diesen Standpunkt der Asquith, Grey und Genossen mit Bedauern über die weiter notwendigen Opfer, im übrigen aber mit kühler Ruhe zur Kenntnis. Wenn jene durchaus nicht anders wollen, dann gut! Wir kennen unsere Stärke und wissen, daß nicht wir diejenigen sein werden, die ihre Hände zur Bitte um Frieden aufheben. Nur soll man dann den Schwächlingen und politischen Kindern bei uns, die immer noch deutsche Friedenswünsche hinausrufen wollen, ein für allemal über den Mund fahren, damit sie nicht weiteren Schaden anrichten. Möglich, ja wahrscheinlich, daß es trotz Asquith und Grey in England auch noch Politiker gibt, die aus den fruchtlosen Blutopfern der Offensive in Frankreich den Frieden erwägende Schlüsse ziehen. Wir wissen aber von ihnen nichts und sie interessieren uns nicht, denn nicht sie haben etwas zu bestimmen, sondern die englische Regierung.

Woher stammt das brutale Bekenntnis zur Entschlossenheit bis aufs Äußerste, jetzt, wo man wähnte, es winke der Sieg? Wir brauchen nicht lange nachzudenken: Die offenherzigeren Engländer, und solche hat es ja vor dem Kriege wie während des Krieges in genügender Anzahl gegeben,

Digitized by Google

haben stets zwei Gründe für die Bekämpfung Deutschlands genannt. Der erste Grund war der zunehmende deutsche Handel, der zweite die zunehmende deutsche Flotte. Den schärferen Alpdruck verursachte den Engländern aber die Flotte. Mit der Handelskonkurrenz hätte man sich vorläufig noch abfinden können, wenn nicht die deutsche Seemacht dagewesen wäre, denn ohne diese konnte immer, wenn es gar zu gefährlich mit der deutschen Industrie, der deutschen Schiffahrt und dem deutschen Anteil am Welthandel wurde, auf geeignetem Wege für die englischen Interessen gesorgt werden. Die Flotte aber war die Wurzel des Übels, denn mit ihr nahm die Unabhängigkeit der deutschen Politik von England auf jeden Fall zu.

Wenn England schon vor der Schlacht am Skagerrak, vor den deutschen U-Booten und vor der Fahrt der „Deutschland" nach Amerika so dachte — wie soll es dann jetzt denken, wo es erfahren hat, daß eine schwächere deutsche Streitmacht zur See eine englische zu schlagen vermag, und daß in der U-Bootstechnik Deutschland einen kaum einzuholenden Vorsprung besitzt? Dazu kommt die Erkenntnis, die aus der neulich schon von uns herangezogenen Rede Garvins spricht: Der Krieg ist für England verloren, wenn es nicht glückt, die Verbindung zwischen Mitteleuropa und dem Orient zu zerstören! Die Hauptsache aber ist die deutsche Seemacht: Schlachtflotte und U-Bootswaffe. Geht der Krieg so aus, daß Deutschland, mögen seine sonstigen Verluste und Gewinne sein welche sie wollen, außer der Verbindung mit dem Orient auch noch die Flotte und die U-Boote behält und diese weiter auszubauen imstande ist, dann bleibt Englands Position hoffnungslos geschwächt. Man kann für die Zukunft auch von der Abwehrtechnik gegen die U-Boote alles Mögliche erwarten, aber zunächst wird die Aussicht auf eine zukünftige U-Bootsblockade überwältigender Art in Verbindung mit einer deutschen Hochseeflotte von der Schlagkraft, wie sie unsere Schiffe und Mannschaften bewährt haben, in England so empfunden, wie der Delinquent den Anblick des Fallbeiles empfindet, das vor ihm aufgerichtet steht. Der jetzigen englischen Regierung ist es unter diesen Umständen klar, daß sie entweder einen Frieden mit Deutschland schließen muß, der Deutschlands See- und Weltgeltung

Digitized by Google

unmittelbar neben die englische stellt, oder daß Deutschland zu „vernichten" ist. Daraus erklären sich Reden wie diejenigen Asquiths und Greys.

Die regierenden Leute in England sind also entschlossen zum Krieg bis aufs Äußerste. Sie sind es nach begründeter Ansichten nicht von Anfang an und nicht in jedem Augenblick gewesen, aber seit dem beschimpfenden Angriff Greys auf den Reichskanzler (und schon eine gewisse Zeitspanne vorher) sind sie es. Ihre Mittel sind die gleichzeitige Offensive mit allen Kräften zu Lande und der Aushungerungskrieg. Lassen wir die erstere hier beiseite und beschäftigen wir uns unter einem bestimmten Gesichtspunkte mit dem letzteren. Die Engländer sagen, sie wollten ja in Deutschland weder Kinder noch Erwachsene, weder Frauen noch Greise Hungers sterben lassen, sondern Deutschland nur durch die Gefahr, daß es so kommen werde, zum Frieden zwingen. Das ist eine Heuchelei, die man teuflisch nennen könnte, wenn man sie nicht englisch nennen müßte. Wenn Druck wirken soll, so muß er unerträglich werden. Wenn man die Aushungerung bloß als Schreckgespenst zeigt, wir sie aber nicht so fühlen, daß wir in die Knie brechen, dann werden wir ihrer spotten. Die Engländer sind sich auch in ihrem Herzen vollkommen klar darüber, daß ihr Plan erst wirksam werden kann, wenn Hunderttausende von Kindern im zarten Alter durch Mangel an Nahrung dahingerafft oder am Verschmachten sind; wenn die Hungersnot und der Nahrungsmangel die Schwächeren und Ärmeren im Lande zu fressen anfängt und schließlich auch die Armee unter diesem moralischen Druck ihre Kampfkraft einbüßt. Nur Narren könnten denken, daß die bloße Aussicht auf den Hunger, statt des Hungers selber ein Volk wie das deutsche so niederzwingt, daß es die Schlüssel zu seiner Zukunft dem Gegner ausliefert. Narren aber sind die Engländer ja nicht, sondern nur abgrundtiefe Heuchler.

Es fehlt also England auf keine Weise an dem Willen, eine unendliche Menge von Säuglingen, Kindern, Frauen, Schwachen, Gebrechlichen und Invaliden in Deutschland den Qualen und den Folgen des Hungers zu überliefern; vielmehr fehlt es ihnen nur an der Macht, diesen Gedanken auszuführen. Alles was sie irgend imstande sind zu tun, um das ersehnte Ziel zu erreichen, das tun sie ohne Bedenken, ja wie viele ihrer Zeitungen und Redner zeigen, mit Freude und inbrünstiger Hoffnung. Für

Digitized by Google

das moralische Urteil und die praktischen Folgerungen daraus gilt aber, was jemand im Grunde seiner Seele will und zu tun sich bemüht, eben soviel wie das, was er wirklich tut, wenn er es kann. Wer nur darum keinen Todschlag zustande bringt, weil der Angefallene sich nicht ermorden läßt, der ist in keiner Hinsicht besser zu beurteilen als der, der den Frevel nicht nur will, sondern auch vollbringt.

Daraus ergibt sich, wie unberechtigt und verkehrt es von uns wäre, wenn wir uns scheuen wollten, England dasjenige zu ersparen, was es uns zufügen will, um unsern Willen zu brechen und den seinen durchzusetzen. Angenommen, ganz London ginge unter den Brandbomben unserer Zeppeline in Flammen auf, so würden dabei in der Tat zahlreiche Opfer aus der englischen Zivilbevölkerung, Frauen und Kinder nicht ausgenommen, fallen. Vom Standpunkt der Menschlichkeit aus wäre das beklagenswert; entsetzlich. Es wäre aber nichts anderes, als die Ausführung eines Entschlusses durch uns auf englischem Boden, den die Engländer schon seit langem mit einer Kaltherzigkeit, deren Härte nur durch die zugleich wirkende Heuchelkraft übertroffen wird, uns gegenüber gefaßt haben. Nur Heuchler, Pharisäer und Uneinsichtige könnten uns gegenüber die Anklage auf „unerlaubte" Kriegführung erheben. Die schlimmsten Waffen — ich muß sie aufheben, um mein Leben zu retten, falls sie wirksam sind und der Gegner sie vor mir aufhebt!

Was heißt heute „unerlaubte Kriegführung"? Ich möchte zu diesem Thema einiges aus einer beachtenswerten Schrift zitieren, die Professor Dr. Paul Eltzbacher von der Handelshochschule in Berlin kürzlich bei Duncker & Humblot hat erscheinen lassen. Eltzbacher führt überzeugend die These durch, daß das Völkerrecht an sich im Flusse ist und daß es auch durch diesen Krieg in wesentlichen Punkten eine Neugestaltung erfährt. Wir lesen z. B. (S. 49 ff.):

„England und Frankreich setzten sich, anfangs unbestimmt, dann nach dem Mißerfolge der französischen und russischen Heere immer klarer, das Ziel, Deutschland und seine Bundesgenossen durch Aushungerung, durch Entziehung der nötigen Rohstoffe und durch Erschütterung ihrer gesamten Wirtschaftskraft zu überwinden. Dazu galt es, sowohl ihre Einfuhr wie auch ihre Ausfuhr lahmzulegen. Um dies Ziel zu erreichen, bediente man sich verschiedener Mittel. Nach dem geltenden Völkerrecht konnte die neutrale Schiffahrt Deutschland und seine Bundesgenossen nach Belieben mit Waren versorgen, nur Bannware, also

Digitized by Google

Kriegs- und Heeresbedarf, war von der Beförderung ausgeschlossen; in der Besorgung der Ausfuhr aber unterlag die neutrale Schiffahrt gar keiner Einschränkung. Diesen ganzen Verkehr durften England und Frankreich, soweit er sich über holländische, dänische und andere neutrale Häfen vollzog, überhaupt nicht verhindern und auch, soweit er über deutsche Häfen stattfand, nur dann, wenn es ihnen gelang, die deutschen Küsten durch eine abschließende (effektive) Blockade vollständig zu sperren.

England und Frankreich haben sich über diese Grundsätze nach und nach hinweggesetzt. Sie haben zunächst den Bannwarebegriff derart umgestaltet, daß fast der ganze Bedarf der bürgerlichen Bevölkerung sich als unbedingt auf dem Wege nach neutralen wie nach deutschen Häfen der Wegnahme verfallene Bannware darstellte. Sie haben sodann die Nordsee als Kriegsgebiet erklärt und auf dieser Grundlage, ohne daß die Voraussetzungen der Blockade vorgelegen hätten, die neutrale Schiffahrt tatsächlich an der Vermittlung der deutschen Ein- und Ausfuhr gehindert. Im März 1915 haben sie geradezu den Regierungen der neutralen Staaten die amtliche Mitteilung gemacht, sie hätten beschlossen, jede Einfuhr von Waren irgendwelcher Art nach Deutschland und ebenso jede Ausfuhr aus Deutschland zu verhindern, und der englische Ministerpräsident Asquith hat im Unterhause erklärt, die englische und die französische Regierung behielten sich vor, alle Schiffe anzuhalten und nach englischen und französischen Häfen zu bringen, bei denen eine Vermutung bestehe, daß die von ihnen beförderten Güter feindlichen Bestimmungsort oder feindlichen Eigentümer oder feindlichen Ursprung hätten.

Der Ring hat sich geschlossen, als England und Frankreich dazu übergegangen sind, auch die an Deutschland angrenzenden Länder, die skandinavischen Staaten, Holland und die Schweiz, durch wirtschaftlichen Druck am Verkehr mit Deutschland zu hindern. Um jede Beziehung der neutralen Länder zu Deutschland aufzuspüren, hat man nach ihnen zahlreiche Handelsspione entsandt, man hat durch Bedrohung mit Boykott die neutralen Kaufleute dazu gebracht, ihre Bücher vorzuweisen, und sich nicht gescheut, auch die neutrale Briefpost zu durchstöbern.

Mit der Umgestaltung der Kriegführung hat sich zugleich eine Umgestaltung des Völkerrechts vollzogen. Bei den Engländern des 18. Jahrhunderts war der Kampf gegen die bürgerliche Bevölkerung feindlicher Staaten ein nicht zu Ende gedachter und niemals systematisch durchgeführter Gedanke gewesen; die von der übrigen Welt mißbilligte Besonderheit eines einzelnen Volkes. Napoleon hatte, seiner Zeit vorauseilend, die Bedeutung dieses Kampfmittels mit unvergleichlicher Klarheit erkannt und es im großen Maßstabe angewandt, aber die Welt sah in seiner Kontinentalsperre nur das Erzeugnis einer dämonischen Persönlichkeit und einer nicht wiederkehrenden Lage. Erst jetzt hat man die Idee des Kampfes gegen das ganze feindliche Volk, durch den die Grundlagen der feindlichen Kriegführung zerstört werden, allgemein in ihrer bleibenden Bedeutung erfaßt. Der Kampf gegen das feindliche Volk ist zum Gemeingut geworden, zu einem technischen

Digitized by Google

Mittel, das fortan Minister und Feldherren von durchschnittlicher Begabung und Willenskraft mit Sicherheit handhaben werden.

Dieses größte Kriegsmittel der Neuzeit, das unendlich viel furchtbarer ist als 42-Zentimeter-Geschütze, Unterseeboote und Luftschiffe, wird sich in der Zukunft einen immer größeren Anwendungsbereich erobern. In dem sich verschärfenden Kampfe ums Dasein müssen die Völker mehr und mehr ihre ganze Kraft in den Dienst des Krieges stellen, und deshalb wird es im Kriege für jeden Teil immer wichtiger, die Volkskraft des Gegners zu schwächen. Zugleich aber bewirkt die fortschreitende Verflechtung der Weltwirtschaft und die wachsende Abhängigkeit der Völker von einander, daß ein Angriff auf die feindliche Volkskraft immer größere Aussicht auf Erfolg hat. Die größte Angriffsfläche aber bieten einem solchen Angriff die wirtschaftlich fortschreitenden Völker, die viele Menschen ins Ausland entsenden, große Kapitalien dort anlegen, Mengen von Rohstoffen aus ihm beziehen und ihm dafür ihre Fabrikate liefern, und darum wird *gerade in den Kriegen, durch welche die zurückbleibenden Völker jene am Aufkommen zu verhindern suchen*, der Kampf gegen die bürgerliche Bevölkerung eine besonders wirksame Waffe sein ...

Nachdem die Regierungen einmal das große Kampfmittel des Völkerkrieges kennen gelernt haben, werden uns alle Apostel der Menschlichkeit und alle Schwärmer für Völkerrechtskongresse nicht mehr von ihm befreien.

Ist das aber der Fall, so ist der alte Grundsatz des Völkerrechts, daß der Krieg nur gegen die feindliche Waffenmacht, nicht gegen das feindliche Volk geführt werden darf, zusammengebrochen. Mit ihm aber sind seine in völkerrechtlichen Vereinbarungen, vor allem in der Pariser Seerechtsdeklaration von 1856 und den Haager Abkommen von 1899 und 1907 enthaltenen Folgesätze, gefallen. Auch in solchen Kriegen, in denen die Haager Abkommen an sich anwendbar sind, weil alle am Kriege beteiligten Mächte ihnen zugestimmt haben, finden daher die aus jenem Grundsatz abgeleiteten Artikel keine Anwendung mehr ...

An die Stelle des zusammengebrochenen völkerrechtlichen Grundsatzes ist unwiderruflich der neue Grundsatz getreten, daß der Krieg, soweit das Kriegsziel dies fordert, auch gegen die bürgerliche Bevölkerung des feindlichen Staates gerichtet werden darf. Diese Wandlung ist tief zu bedauern, wie die ganze Verschärfung der Kriege, die aus dem ritterlichen Spiel weniger ein grauenvolles Geschäft der Völker gemacht hat, aber ein „Rückschritt des Völkerrechts" ist sie nicht. Denn immer schon hat sich die Entwicklung des Völkerrechts trotz aller Fortschritte im einzelnen in der Richtung vollzogen, daß es jede, auch die furchtbarste Verschärfung der Kriege, soweit sie dem Kriegsziel diente, als rechtmäßig anerkannt und nur unnötige Härten verboten hat. So bleibt ihm auch der neuesten Entwickelung gegenüber nichts übrig, als die Erweiterung des bloßen Krieges der Waffen zum Völkerkrieg hinzunehmen, aber sie so zu regeln, daß unnötige Härten gegen die bürgerliche Bevölkerung vermieden werden."

Diese „Entwicklung" des Völkerrechts, oder was man so nennen will,

Digitized by Google

danken wir England. Sehr richtig führt Eltzbacher aus, daß schon in der früheren englischen Auffassung — es ist kein Zufall, daß ein Handelsvolk zu ihr gelangt ist, denn Gewinnsucht ist es, die zur äußersten Härte zu führen pflegt — die Praxis sich vertreten findet, den Krieg durch Herbeiführung unerträglicher Leiden auch der nicht kriegführenden Bevölkerung zum vorteilhaften Ende zu bringen. Dabei ist es gleichzeitig ein Beweis für das eigene schlechte Gewissen der Engländer und für das Übermaß ihrer Heuchelei, wenn sie sich veranlaßt sehen, den Entschluß zu der äußersten Unmenschlichkeit des Hungerkrieges gegen das gesamte deutsche Volk durch die Behauptung zu rechtfertigen, Deutschland sei eine besonders kulturfeindliche, barbarische, der Menschheitsentwicklung im Wege stehende Macht. Das ist die ungewollte Reverenz des Heuchlers vor dem guten Prinzip, sich in den Mantel des erlogenen Moralismus zu drapieren.

England ist stets zu beiden entschlossen gewesen: zu dem höchsten Maß von Rücksichtslosigkeit im Geschäftskrieg und von Unaufrichtigkeit in der Pose. Es verhandelte jahrelang vor dem Kriege mit Belgien über ein Zusammenwirken gegen Deutschland, es teilte Belgien mit, man werde einfach, falls ein Krieg mit Deutschland entbrennen sollte, in Belgien landen und durch Belgien marschieren — als aber Deutschland durch Belgien marschierte und zu seiner Rechtfertigung sich auf den Satz berief, Not kenne kein Gebot, da überschlugen sich die englischen Drahtzieher vor erheuchelter Entrüstung über den „Völkerrechtsbruch" und betrogen damit die Welt.

Was aber tat dasselbe England hundert Jahre früher, 1807, als es mitten im Frieden deshalb Kopenhagen bombardierte, Tausende von friedlichen Menschen tötete und die dänische Flotte raubte, weil Napoleon Dänemark vielleicht zu einem Bündnis hätte zwingen können? Professor Harry Breßlau hat im „Zeitgeist" (Berliner Tageblatt) vom 1. Februar 1915 die englischen Parlamentsverhandlungen über die Kopenhagener Gewalttat und die königlich englische Proklamation vom 25. September 1807 (vom 2. bis 5. September dauerte das Bombardement) hervorgeholt und die wichtigsten Stellen abgedruckt. Sie sind so schlagend für das englische Wesen, daß sie auch hier wiedergegeben seien.

Digitized by Google

Aus der königlichen Proklamation (Cobbett, Parliamentary Debates, Bd. 10, London 1808, S. 115).

Während er (der König von England) die traurige Notwendigkeit beklagt, die ihn genötigt hat, zu feindseligen Handlungen gegen eine Nation schreiten zu müssen, mit der Beziehungen gemeinsamen Interesses und eines Bündnisses zu unterhalten Seiner Majestät ernstester Wunsch war, hegt Seine Majestät das Vertrauen, daß in den Augen Europas und der Welt die Rechtfertigung seines Verfahrens gefunden werden wird in der gebieterischen und nicht abzulehnenden, alle anderen Verpflichtungen eines Herrschers überragenden Pflicht für die unmittelbare Sicherheit seines Volkes zu sorgen, solange es noch Zeit dazu war.

Aus der Rede des Antragstellers der Opposition Mr. Ponsonby (Cobbett, 256).

Kein Schriftsteller über Völkerrecht oder über irgendein anderes Recht oder über gewöhnliche Gerechtigkeit hat je behauptet, daß, wenn eine Macht einer anderen Macht nimmt, was ihr gehört, ihr Verfahren gerechtfertigt werden kann, außer wenn eine dritte Macht die Absicht und die Mittel gehabt hat, dasselbe zu nehmen.

Aus der Rede des Ministers des Auswärtigen George Canning (Cobbett, 283).

Soll behauptet werden, daß in einem Augenblick unmittelbarer Gefahr und dringender Notwendigkeit wir auf ein Verfahren hätten verzichten sollen, das — behufs der Gegenwehr gegen und der Abwendung von schlimmen Ereignissen, die unsere Sicherheit und Existenz bedrohen — Klugheit und Politik geboten, weil wir, wenn wir unter dem Andrang gesunken wären, den Trost haben würden, die Autorität Pufendorfs für uns anführen zu können? (Samuel v. Pufendorf, der einflußreichste Lehrer des Völkerrechts im 17. Jahrhundert.)

Aus der Rede des Abgeordneten Milnes (Cobbett, 296).

Ich behaupte, daß kein natürliches Recht durch die Maßregeln hat verletzt werden können, die wir, um unsere eigene Rettung zu sichern, ergriffen haben. Die schmählichste aller Auffassungen von Moralität ist die, die gestatten würde, die Möglichkeit der Selbsterhaltung unbenutzt zu lassen.

Aus der Rede Lord Palmerstons (Cobbett, 300).

Ein sehr ehrenwerter Herr hat viel von Völkerrecht, von Recht und Politik geredet; ich bin ebenso bereit und willens wie irgend jemand, ihnen den Tribut meiner Achtung zu zollen und ihre Anwendung zu empfehlen, so oft es die Umstände erlauben. Allein ich fürchte, daß man zwar viel davon redet, aber wenig davon versteht, woraus sich ergibt, daß viele Leute die Ausdrücke falsch gebrauchen und einen für den anderen nehmen. In dem vorliegenden Fall freue ich mich, bemerken zu können, daß wir sie nicht ohne Not außer Kraft gesetzt haben, oder mit anderen Worten, daß wir sie angewandt haben in Gemäßheit des Naturrechtes, welches Selbsterhaltung befiehlt und gebietet.

Digitized by Google

Aus der Rede des Abgeordneten Lushington (Cobbett, 308).

Das erste Gesetz des Naturrechts, der Grundlage des Völkerrechts, ist die Erhaltung des Menschen. Auf der Kenntnis seiner Natur muß die Lehre von seiner Pflicht beruhen. Wenn sein Gefühl ihm eine mächtige Gefahr zeigt und seine Vernunft ihm das Mittel an die Hand gibt, diese Gefahr abzuwehren, dann muß er den sophistischen Schwätzer verachten, der ihm sagt, es sei eine moralische Pflicht, die er anderen schulde, zu warten, bis die Gefahr über sein törichtes Haupt hereinbreche, damit er dem für seine Vernichtung ausersehenen Werkzeug keinen Schaden zufüge. Wegen dieses allgemeinen Grundsatzes des Naturrechts und des Völkerrechts behaupte ich die Sittlichkeit und jedenfalls die Notwendigkeit der Expedition gegen Kopenhagen.

Halten wir diese englischen Reden vor einem Jahrhundert und die Behandlung unseres Durchmarsches durch Belgien 1914 durch die englische Regierung und die „wissende" englische Presse zusammen (die übrige öffentliche Meinung in England entrüstete sich nach der ausgegebenen Parole mehr oder weniger gutgläubig, soweit man dies Wort auf die natürlich-pharisäische Selbstgerechtigkeit des englischen Denkens anwenden kann), so haben wir ein wahrhaft klassisches Beispiel dafür, wie englische Staatsmänner und Politiker verfahren. Sie kennen kein Gewissen, wenn es um den Nutzen ihres Landes und um die Vernichtung des Gegners geht. Diese Denkweise ist es auch, die aus dem Hungerkrieg gegen Deutschland, aus der Entschlossenheit, unzählige deutsche Kinder und Schwache durch Hunger zu töten, und aus der abgründigen Heuchelei spricht, Deutschland wegen der Benutzung desselben Notrechts in Belgien, das England in Dänemark ruhig angewendet zu haben bekennt, auf die moralische Schlachtbank zu liefern. Englands Verfahren gibt uns das Recht, und falls wir uns nicht anders helfen könnten, die Pflicht, es selber mit denjenigen Waffen zu bekämpfen, um deren Handhabung es sich verzweifelt bemüht, und die es vor der Welt als gerecht erweisen will, indem es uns verleumdet und beschimpft. Wie schrieb doch der „Manchester Guardian" am 11. Februar vorigen Jahres?

„Wir wünschen Deutschland sicher nicht durch den Hunger seiner Greise, Frauen und Kinder auszuhungern bis es sich unterwirft, und sollten wir dieses wünschen, so würden wir nicht die Stirn haben, gegen das Töten von Zivilisten in England durch Bomben zu protestieren, denn der Unterschied ist nicht groß vom Standpunkt der Menschlichkeit aus zwischen einer lang-

Digitized by Google

samen Aushungerung und einer sofortigen Tötung.... Ferner: Ist nicht die Redewendung „bewaffnete Nation" ein wenig rhetorisch in ihrer Übertreibung angesichts der Tatsache, daß Frauen, die mehr als die Hälfte der Bevölkerung ausmachen, unbewaffnet sind, von Kindern, Greisen und Invaliden einer Nation ganz abgesehen? Wir müssen uns ferner vergegenwärtigen, daß eine Weigerung, den Unterschied zwischen Zivilisten und Kombattanten anzuerkennen, nicht so ganz sans conséquence ist; wir appellieren an diesen Unterschied, wenn wir gegen das Bombardement unverteidigter Plätze protestieren, in denen Frauen und Kinder getötet werden. Nach Scarborough nannte Herr Churchill die Deutschen Baby-Töter, aber es gibt natürlich mehr Methoden, ein Baby zu töten, als durch eine sechszöllige Granate!"

Das heißt ehrlich gesprochen. Wir werden nicht so ungerecht und so töricht sein, zu behaupten, daß es in England keine ehrlichen Leute gebe. Das Härteste, was je über englische Heuchelei, Habgier und Grausamkeit gesagt worden ist, haben Engländer selbst gesagt, und wenn es uns nicht an Raum fehlte, so könnten wir hier viele Seiten mit solchen Zeugnissen füllen. Lord Courtney, ein sehr hervorragender Engländer, äußerte um dieselbe Zeit, Februar 1915, es sei grotesk, zu behaupten, daß man nach der Beschlagnahme des Getreides in Deutschland keinen Unterschied zwischen solcher Nahrung machen könne, die für die Armee, und solche, die für das Volk bestimmt sei, und ebenso, daß die ganze deutsche Nation bewaffnet sei. Ganz abgesehen von den philantropischen Gesichtspunkten gäbe es noch ein sehr wichtiges realpolitisches Argument, das England dazu veranlassen sollte, den Unterschied zwischen Lebensmitteln für die bewaffnete Macht des Feindes und für die Zivilbevölkerung zu respektieren: Sollte nämlich in einem kommenden Kriege eine genügend starke maritime Kombination (man kann ebenso gut sagen, eine genügende Anzahl von U-Booten) gegen England kämpfen, so könnte die Aufhebung dieses Unterschiedes eine Aushungerung Englands zuwege bringen, während Deutschland, das keine Insel ist, nie so ausgehungert werden könne, wie unter Umständen England.

Was bedürfen wir hiernach noch weiter Zeugnis? Wer ist es, der uns mit Taten und Worten zu dem kriegspolitischen Denken erzieht, das dieser unerhörte Weltkampf von uns verlangt? Niemand anderes als England selber ist es! An dem Tage, wo sich unsere oberste Heeresleitung entschließen sollte, einer einzigen englischen Stadt, London, etwas davon anzutun, was England dem ganzen deutschen Volk von 70 Millionen an-

Digitized by Google

tun will, werden wir sagen: Ja, es ist furchtbar, aber immer noch nicht so furchtbar, wie Englands Wille und Plan gegen uns — und England hat es gewollt, England hat es von uns gefordert! Was ist London? Eine große Stadt aus Stein, Eisen und Holz mit 6 Millionen Menschen darin und vielen Schätzen des Handels, des Reichtums, der Kultur und der Wissenschaft. Sind aber diese Millionen samt allen geistigen und materiellen Kostbarkeiten mehr wert, als die Millionen deutscher Kinder und Frauen, die Asquith, Grey, Lloyd George und Genossen durch Hunger töten wollen, um uns damit niederzuzwingen?

Man mißverstehe uns hier nicht. Wir verlangen nicht die Niederbrennung von London auf jeden Fall, die zu verwirklichen unseren Zeppelinen ein Leichtes ist, aber wir sagen: die englische Regierung und viele öffentliche englische Stimmen haben uns den Krieg bis aufs äußerste, bis zur Brechung unseres nationalen Willens, unseres Verlangens nach einer gesicherten nationalen Zukunft, angekündigt, und sie haben uns durch ihr Verhalten nicht nur freie Bahn gegeben, sondern uns selbst dazu aufgefordert, wenn es sein muß, auch unsererseits die äußersten Kriegsmittel anzuwenden. England hat das alte Völkerrecht getötet und ein neues dafür ins Leben gerufen, ein grauenvolles — aber wenn es sein muß, dann gut, wir nehmen es an! Wie höhnisch verstand doch jener Minister des Auswärtigen, George Canning, zu fragen, ob England etwa, wenn es damals zugrunde gegangen wäre, sich damit hätte trösten sollen, daß die Autorität des größten Völkerrechtslehrers auf seiner Seite gewesen wäre? Dann muß es auch zufrieden sein, wenn ihm mit dem Maße gemessen wird, mit dem es selber mißt.

Zum Schluß aber noch eins. Man mißversteht uns sehr, wenn man meint, wir wollten mit dieser kategorischen Darlegung unseres Standpunktes die verantwortlichen Stellen zu einer Entscheidung pressen. Im Gegenteil, wir betrachten es, seien die Motive so wohlmeinend und so aufrichtig wie sie wollen, als die gefährlichste Demagogie, wenn Unverantwortliche aus dem Volk die Verantwortlichen, die zu entscheiden haben, nach der einen oder andern Seite hin bedrängen. Mag es sich um Luftschiffangriffe oder um U-Bootskrieg schärferer und schärfster Art handeln, es ist gleich verkehrt, kriegspolitische Entscheidungen von solcher Tragweite durch den Druck einer Massenagitation beeinflussen zu wollen.

Digitized by Google

Das ist schon nicht einmal mehr demokratisch, das ist, wir wiederholen das Wort, demagogisch. Hier liegt ein Gebiet vor, auf dem die Aufgaben der politischen Staatsleitung und der obersten militärischen Kommandogewalt so ineinander verschlungen sind, daß niemand sie trennen kann und sagen: Hier die politische, da die militärische Entscheidung! Daraus aber folgt für jedes besonnene Denken, daß Einflüsse agitatorischer Natur, mag das Herz denen, die da agitieren, noch so brennen, aus Vaterlandsliebe und kriegspolitischer Einsicht zurückgehalten werden müssen. Ja nicht nur das, sondern wir verlangen geradezu von den Stellen, bei denen die oberste Gewalt ist, daß sie fest durchgreifen und der Gefahr unter uns (denn um eine Gefahr handelt es sich) in unbeirrtem Pflichtbewußtsein ein Ende machen. An dem Tage, an dem die oberste Kommandogewalt entscheidet, daß allen Kriegsmitteln gegen unsere Feinde freier Lauf bis aufs letzte zu geben sei, werden wir die schärfste Anwendung des Kriegsrechtes gegen jedermann befürworten, der zu widersprechen wagt. Krieg ist nun einmal Krieg, und England hat ihn, was seit Jahrhunderten nicht mehr denkbar schien, wieder zu einem Krieg gegen Säuglinge und Greise gemacht. Der Unfug aber, daß jetzt jeder, dem es seine Überzeugung, seine Leidenschaft oder andere Gründe eingeben, unsere Staatsgewalt anbellt und schmäht, weil sie kriegspolitisch zurzeit sich anders entscheidet, als ein Teil der öffentlichen Meinung will, muß aufhören, denn man rüttelt damit an den Grundfesten der staatlichen und der kriegsherrlichen Autorität. Wir können nur bedauern, daß hiergegen noch nicht fester durchgegriffen worden ist.

Was wir auf diesem Gebiet erleben, ist eine grundstürzende Verwirrung des politischen Urteils, die selbst einen Teil unserer Besten ergriffen hat. Es ist begreiflich, aber andererseits doch erstaunlich, wie der Krieg innerlich auf die Orientierungspole unseres Denkens und Empfindens wirkt — und leider gibt es Anzeichen, daß sich hier und da nicht nur eine politisch, sondern auch eine moralisch bedenkliche Art des Urteils hervorwagt. Einer unserer bedeutendsten geistig und sittlich auf der Höhe des deutschen Lebens stehenden Männer hat neulich in einer Rede sich zu der Überzeugung bekannt, ihm scheine nötig, daß unser Wirtschaftsleben von Grund auf geändert werde, und er hat die Worte gebraucht, ein privatwirtschaftliches System, das „Verdienen ohne jede Rücksicht" überhaupt

Digitized by Google

möglich mache, sei anzuklagen. Wohlgemerkt, in einem Kriege, der ein Daseinskampf des deutschen Volkes ist! Daraufhin haben bedeutende Persönlichkeiten und führende Blätter Angriffe gegen den Redner gerichtet, und man hat nicht gehört, daß darauf ein überwältigender Protest aus der Mitte der sittlich Empfindenden gefolgt wäre. Ist es wirklich schon dahin gekommen, daß man für die nationale und moralische Selbstverständlichkeit, die Harnack aussprach, bei uns beschimpft werden und unverteidigt bleiben kann? Das wäre schlimm — denn wenn wir nach außen gegen den Feind, der uns zertreten will, das Furchtbare vollenden wollen, womit er selber uns droht, dann müssen wir den Schild unseres sittlichen Gewissens im Innern blank wie einen Spiegel erhalten!

An den „Temps" mit der Bitte um Antwort

Im „Temps" vom 8. August wird auf „Veranlassung eines Neutralen" das in Frankreich unübersehbar oft verfochtene Kriegsziel von der Vernichtung Deutschlands zurückgewiesen. Der Leitartikel des „Temps" wundert sich, daß diese These im feindlichen Lager jemals geglaubt wurde. „Es gibt", schreibt der „Temps", „gewisse Sophismen, die zu widerlegen man nicht für nötig hält."

Diese Sprache des „Temps" ist erstaunlich, da die gesamte französische Presse seit 1½ Jahren die Vernichtung Deutschlands als das Hauptkriegsziel Frankreichs aufgestellt hat. Wir unterbreiten dem „Temps" aus den letzten Wochen folgende Zusammenstellung:

Fernand Neuray, Redakteur des „XX. Siècle", forderte im „Petit Parisien" vom 10. April die Annexion der Rheinprovinz und Luxemburgs für Belgien. Am 19. April forderte Albert Thomas die Wiedervereinigung Elsaß-Lothringens mit Frankreich. Am 14. Mai schrieb Georges Fouchers im „Gaulois": „Man muß nicht nur den deutschen Imperialismus niederschlagen, sondern Deutschland selbst, in einem Wort: das deutsche Volk, das sich den deutschen Kaiser nach seinem Bilde geformt hat." In der „Action" vom 11. Juli verlangt Maurras, daß die Hohenzollern entthront und einige von ihnen „unter den Linden" er-

Digitized by Google

schossen werden. Am 24. Juli schrieb der „Rappel“: „Die Ursache dieses schrecklichen Krieges ist die deutsche Einheit. Ihre Haupthilfsmittel sind Rheinpreußen und Lothringen. Diese Gebiete sind die Schlüssel der Wege nach Frankreich. Sie erlaubten das Eindringen im Jahre 1870 und 1914. Es ist deshalb notwendig, daß wir, nachdem der gewaltige Feind besiegt ist, an den Rhein gehen und den deutschen Bund auflösen.“ Die „Dépeche de Toulouse“ schrieb am 24. Juli: „Um sie zu hindern, sich neu zu rüsten, wird man sie wirtschaftlich lahm legen und ihnen gerade so viel lassen, um kümmerlich leben und ihre Schuld bezahlen zu können. Diese Bedingungen sind das mindeste, was wir für einen langen Zeitraum des Mißtrauens brauchen. Wir denken an einen Bank- und Zollkrieg, einen Krieg des Schutzzolls, der Konkurrenz durch eigene Erzeugnisse, einen Krieg der Meinungen und Gefühle; ja wir geben sogar zu, der alten marxistischen Internationale, die eine prodeutsche Waffe war, eine sozialistische Internationale entgegenzustellen, die sich gegen die Ausbreitung des deutschen Proletariats in der Welt richtet. Mit einem Wort, Deutschland hat die Zeit des unbegrenzten, vielgestaltigen, dauernden Krieges eröffnet, von dem der Krieg mit den Waffen nur eine Form ist. „Frieden“ nennen wir das Leben in den anderen Formen des Krieges.“

Am 10. August schreibt Clémenceau im „Homme enchainé“: „Wir sind entschlossen, im Interesse des Weltfriedens die furchtbare Organisation der rückwärts gekehrten Wildheit, die gegen das höhere Recht der zivilisierten Völker die wissenschaftlichen Mittel dieser Zivilisation kehrt, zu vernichten ... Die Boches werden ... mit Härte in den Regeln eines internationalen Rechtes gehalten werden, dessen Praxis, wie wir wünschen, ihnen vielleicht früher oder später die Achtung vor der Unabhängigkeit der anderen, und durch ein spätes Erwachen des Gewissens die Achtung vor den Menschheitsrechten zeigt.“

Am 13. August fordert Charles Chaumet in „La petite Gironde“ die Rheingrenze. Wir erinnern den „Temps“ ferner daran, daß Onésime Reclus in „La rive gauche du Rhin“, André Sardou in „L'indépendance Européenne“ und der Verfasser von „La paix que nous devons faire“ die Zertrümmerung der Einheit Deutschlands fordern. In seinem Buche „L'Europe future de demain“ schreibt E. Pigeon: „Da reicht

Digitized by Google

das arg verstümmelte Deutschland im Osten nur bis zum Riesengebirge und zur unteren Oder, im Westen bis zu einer Linie 100 Kilometer östlich vom Rhein; das linke Rheinufer ist zwischen Frankreich und Belgien aufgeteilt." Edouard Drault, Professor der Geschichte in Versailles, hat in seinem Buche „La France et la guerre" die gleichen Forderungen erhoben, und vor allem werden sie auch von Maurice Barrès, dem Präsidenten der französischen Patriotenliga, im Namen dieser Liga gestellt.

Der „Temps" tut, als ob ihm diese vielfältig von führenden Franzosen erhobenen Kriegsziele nicht bekannt seien. Er muß aber wissen und weiß, daß die hervorragendsten Führer Frankreichs die Vernichtung Deutschlands als Kriegsziel aufgestellt haben und verfechten.

Wie kann also der „Temps" verlangen, daß wir ihm glauben, wenn allein er erklärt, daß die Vernichtung Deutschlands nicht das Kriegsziel Frankreichs sei!

Wer sind die Wortführer des offiziellen Frankreichs — der Verfasser des Leitartikels im „Temps" vom 8. August oder die Herren Bainville, Barrès, Capus, Clémenceau, Cornet, Chauvau, Delaire, Denis, Driault, Hanotaux, Maurras, Pigeon, Reclus, Reinach, Sardou und Genossen?

Made in Germany

Von Professor Dr. E. Jäckh

Zunächst des Tatbestand der englischen Selbsterkenntnis! In den englischen Zeitungen sind Selbstanklagen erschienen wie diese:

„Endlose Beweise werden von den verschiedensten Seiten dafür erbracht, daß plötzlich Mangel an allem Möglichen gefühlt wird, weil wir nicht länger von Deutschland kaufen können. Man nimmt eine in Bühnenkreisen viel gelesene Zeitung in die Hand und sieht ein bekanntes Drogistengeschäft britische Fettschminken anbieten, die ebenso gut seien wie die berühmten Fettschminken, die früher aus Deutschland kamen. Man trifft einen Bekannten, der im Ledergewerbe tätig ist, und fragt ihn, wie das Geschäft gehe. Es fehle ihm, sagt er, ein gewisser chemischer Stoff, der früher aus Deutschland kam. Man geht in den Zoologischen Garten und findet, daß es dort an Mehlwürmern mangle, die aus Deutschland eingeführt wurden. Man hört aus dem Laboratorium, daß die Reagenz- und andere Labo-

Digitized by Google

ratoriumsgläſer, für die wir auf Deutſchland angewieſen waren, knapp ſeien. Die Hutfabrikation iſt in Schwierigkeiten durch das Fehlen deutſcher Seidenbänder. Der Arzt ſieht ſich nach Erſatz für Arzeneien um, die nicht nur in Deutſchland fabriziert, ſondern auch erfunden wurden. Der Apotheker bietet einem ein Erſatzmittel für ausgezeichnete Paſtillen an, die man früher dort holte und die ſelbſtverſtändlich aus Deutſchland kamen. Dem Photographen fehlt es an Papier und photographiſchen Artikeln, die als Spezialität anzufertigen Deutſchland einträglich gefunden hatte. Der Naturforſcher entbehrt die wiſſenſchaftlichen Niſtkäſten, die früher aus Deutſchland kamen. Unſer unſcheinbares Pergamentpapier, das zum Einſchlagen von Butter diente, war deutſch. Man bekommt den mit Knöpfen gefüllten Muſterkaſten eines Reiſenden gezeigt und erfährt, daß man auf der Jagd iſt nach einer engliſchen Firma, die deren Fabrikation übernehmen kann, weil ſie nicht mehr aus Deutſchland kommen. Da gibt es ein ausgezeichnetes Desinfektionsmittel, das den Namen „Thymol" trägt; es iſt aus Stoffen hergeſtellt, für das das Deutſche Reich ein Monopol hat: ein Deutſcher unterzog ſich der Mühe, das Material auszubeuten. Da gibt es eine beſondere Rotationsdruckmaſchine; man kann augenblicklich keine ähnliche erhalten, weil wir Krieg mit Deutſchland haben. Dann gibt es wieder eine beſcheidene Drahtzange; der Verkäufer bietet einem einen ſchlechteren Artikel an als den, den man früher bekam und ſetzt einem auseinander, daß die deutſche Zufuhr abgeſperrt ſei. Da iſt ein Kanarienvogel mit einer wundervollen Stimme; er hat in Deutſchland ſingen gelernt. Da ſind Farbſtoffe — doch genug, es macht einen wehmütig, die peinliche Geſchichte gerade dieſes Themas zu erzählen."

„In Deutſchland wurde ein ungeheurer Erfolg mit der Herſtellung guter Hotelmöbel dadurch erzielt, daß man die ſachlichen Seiten der Aufgabe berückſichtigte und unſachliche Auswüchſe beſeitigte. Die Grundgedanken waren in vielen Fällen unſeren eigenen kunſtgewerblichen Ausſtellungen entlehnt. Man möchte einem Kunſttiſchler empfehlen, einmal in großem Maßſtabe zu verſuchen, was ſich mit einem (deutſchen) Sachlichkeitsſtil ausrichten läßt, ähnlich dem frühengliſchen, jakobiniſchen und Queen-Anne-Stil. Eine Möbelfirma zum mindeſt könnte in Verfolg einer vollkommen angepaßten ſachlichen Zweckmäßigkeit ihre Rechnung finden. Sie brauchen ja nicht alle ſämtliche Stile zu liefern. Es muß doch viele

Digitized by Google

Käufer geben, die sich darüber klar sind, daß sie nicht in jakobinischen Häusern wohnen und keinen Dreimaster tragen."

„Die englische Beschäftigung mit dem Buchdruck hat in Deutschland zu neuen Arten von Typenschrift geführt, die sich jetzt englische Drucker zu kaufen beeilen ... Schön gedruckte Bücher, nicht ganz so gut wie die allerbesten englischen, deren Einfluß sie jedoch in jedem Buchstaben verraten, werden in Deutschland weit billiger hergestellt und verkauft als in England. Edward Johnston, der in England nur den Fachleuten bekannt ist, hat den gesamten deutschen künstlerischen Buchdruck beeinflußt, und seine Schrift oder eine der seinen sehr ähnliche Schrift kann man auf den Zigarettenschachteln eines unternehmungsreichen deutschen Zigarettenhändlers erblicken."

„Bahlsens Keks, die überall in den Wartesälen der Bahnhöfe verkauft werden, sind in so hübsche buntfarbige, mit gedruckten Mustern geschmückte Schachteln verpackt, daß sie sich auf dem Tisch jedes Salons gut ausnehmen würden. Man denke an eine Schachtel englischer Keks auf dem Tisch eines Salons, und man wird verstehen, was das bedeutet. In England sind die Schachteln, die Handelsartikel enthalten, gewöhnlich so ordinär, und in Farbe, Entwurf und Schrift so häßlich, daß man sie nur in einem Laden verträgt. Und auch dort verträgt man sie nur, weil man sie dort zu sehen erwartet und an ihre Häßlichkeit gewöhnt ist. Herr Bahlsen hat sich offenbar die naheliegende, aber überraschende Frage vorgelegt, warum denn seine Keksschachteln gerade dem Auge wehe tun sollten; und hat sie dahin beantwortet, daß kein Grund dafür vorhanden ist, weder ein sittlicher, geistiger, religiöser, noch ein Handelsgrund, warum das so sein sollte. Er hat daher Schachteln für sich anfertigen lassen, die nicht im mindesten gestelzt künstlerisch sind, sondern lediglich buntfarbig und hübsch, Schachteln, die dazu überreden, daß die darin enthaltenen Keks sehr gut zum Essen sein müssen."

„Die Kunst ist so wenig ein Luxus wie Frohsinn oder gute Manieren; und in ihren schlichteren und notwendigeren Formen ist sie in der Tat eine Art Frohsinn und eine Art guter Manieren; und wenn wir sie nicht in diesen Formen besitzen, werden wir sie überhaupt nicht besitzen. Den Deutschen oder einigen von ihnen ist dies klar geworden. Sie stellen sogar Streichhölzer her mit verschiedenartig und harmonisch gefärbten

Digitized by Google

Köpfen, die, wenn sie alle zusammen in einem Streichholzbehälter stecken, dem Auge wohltun. Uns fällt etwas Derartiges nicht ein, weil wir nicht auf den Gedanken kommen, daß die Kunst immer und überall zur Lebensfreude beitragen solle, wie es Frohsinn und gute Manieren tun. Wir haben Kunst in der Gemäldegalerie und im Konzertsaal für die, die dafür zu zahlen bereit sind, aber nicht Kunst überall, die wie das Licht der Sonne und frische Luft genossen wird."

„Auch die deutsche Architektur der Warenhäuser und die in diesen Gebäuden zum Verkauf ausgestellten gewöhnlichen Waren sind weit lebendiger und ruhen auf unendlich gesunderer künstlerischer Grundlage als die Architektur und der Inhalt ähnlicher Verkaufshäuser bei uns. Man nehme z. B. das riesige Warenhaus von Wertheim, den Harrods von Berlin. Die Lösung des Problems des modernen Schaufensterhauses — die größte Entfaltung von Glas bei einem Mindestmaß von Wand — hat man großzügig in Angriff genommen, und betreibt sie mit einer Folgerichtigkeit, die wir noch kaum zu versuchen begonnen haben. Und dann bewies die Form der Waren, jener gewöhnlichen Dinge, die grosweise aus der Maschine herauskommen, durch ihre Einfachheit und Zweckmäßigkeit, daß der Künstler und der Fabrikant überall an einem Strange ziehen. Wenn man die Muster betrachtet, so ist erkenntlich, daß der Künstler nie auf sie gekommen wäre, wenn er nicht über eine genaue Kenntnis der Maschinen verfügt hätte, die sie herstellen. Die Möglichkeiten und Grenzen der Maschinenarbeit hat man bewillkommnet, statt sie als Hindernis zu betrachten, wie es gewöhnlich von Dilettanten geschieht."

„Das Ergebnis der gesamten deutschen Tätigkeit war eine gewaltige Steigerung der Tüchtigkeit und Verdienstkraft der deutschen Kunstindustrie. Viele Fabrikantenfirmen sicherten sich den Beistand hervorragender Künstler zur Leitung und Überwachung ihrer Erzeugnisse und unternahmen es, die von ihnen beschäftigten Künstler und Handwerker zu schulen und zu erziehen. Viele andere Firmen haben ihre Arbeitsweisen derart umgewandelt, daß sie reichlich Kapital schlugen aus jeder Gelegenheit, die sich zur Besserung ihrer Lage auf den Kunstmärkten der Welt darbot und daß sie der Nachfrage genügten, die Jahr für Jahr als Folge der Erziehung des Publikums im eigenen Lande zunahm. Und so verschwinden in Deutschland die alten abgeleierten Stile der dekorativen Kunst, und

Digitized by Google

an ihre Stelle tritt ein moderner Geist, der voll Lebenskraft ist und viel für die Zukunft verspricht."

*

Soweit die englischen Zeugnisse selbst, die mit ihrer Anerkennung der „modernen" deutschen Kunstindustrie manchen Kreisen auch in Deutschland Belehrung und Bekehrung bringen können ... Diese englischen Zeugnisse stellen nur einen ganz kleinen Ausschnitt der englischen Selbstkritik dar; sie sind in größerem Umfang zu finden in der Schrift „Englands Kunstindustrie und der Deutsche Werkbund" (Verlag F. Bruckmann A.-G.). Der Deutsche Werkbund (die bekannte Vereinigung von Industriellen, Kaufleuten und Künstlern) hat allen Anlaß, diese englischen Stimmen in Deutschland zu Gehör zu bringen. Denn einmal knüpfen die englischen Betrachtungen ausdrücklich an die Kölner Werkbund-Ausstellung an, deren kunstpolitische Bedeutung in England und in Frankreich klarer erkannt worden ist als zum Teil in Deutschland. Sodann glaubt die englische Konkurrenz sich vor der deutschen Überlegenheit auf dem Weltmarkt am sichersten retten zu können — durch einfache Nachahmung des Deutschen Werkbundes in einem Englischen Werkbund! „Wir sind regelrecht geschlagen" auf allen Gebieten der Kunstindustrie, auf dem ganzen Weltmarkt — so jammern die englischen Beobachter angesichts der deutschen Leistungen „vom Sofakissen bis zum Städtebau"; und „was hat solche Wunder gewirkt"? — so fragen sie wörtlich, und sie glauben sogleich auch die richtige Antwort zu geben — eben durch die mechanische Kopie der Organisation des Deutschen Werkbundes, ohne Verständnis für das organische Wachstum der Kräfte, die erst vorhanden und gereift sein müssen, um überhaupt organisiert werden zu können.

Zwar — einigen Engländern dämmert eine Ahnung von den inneren Zusammenhängen. So wenn einer schreibt: „In Deutschland stehen Handel und Kunst in Wechselbeziehung, und zwar nicht nur, weil die Deutschen den Wunsch haben, unseren Handel an sich zu reißen oder infolge der deutschen Gewissenhaftigkeit, denn aus keinem dieser beiden Gründe wäre etwas Besseres entstanden als Jugendstil, sondern weil die Deutschen plötzlich die Entdeckung gemacht haben (die Händler sowohl wie die Künstler), daß es sich verlohne, die Kunst um ihrer selbst willen in allem zu haben, was von Menschen hergestellt wird. Das ist die Lehre, die wir der

Digitized by Google

deutschen Ausstellung verdanken, und es ist der Mühe wert, sie anzunehmen. Nehmen wir sie nicht an, so werden die Deutschen auch weiterhin uns im Handel überlegen sein, wie ein Mensch von guten Manieren, der Spaß versteht, einem, dem es an beidem fehlt, überlegen ist. Aber wir werden in der Kunst keinen Erfolg haben, wenn wir künstlerisch zu sein versuchen, lediglich um ihren Handel an uns zu reißen; was wir von ihnen zu lernen haben, ist, daß es sich verlohnt, die Kunst, diese schlichte, anspruchslose Kunst, die die Handelsartikel zu einer Freude für das Auge macht, um ihrer selbst willen zu besitzen. Sie rentiert sich, zweifellos; aber weil wir nur fragen, ob sich ein Ding rentiert, haben wir fälschlicherweise geglaubt, daß sie es nicht tue. Wer nur mit dieser Frage an alles in der Welt herantritt, hat nicht genug Verstand, sie richtig zu beantworten; und er wird, sogar im Handel, von denen geschlagen, denen andere Interessen den Geist befruchten und die Tatkraft beleben. Der deutsche Erfolg auf diesem Gebiet ist keiner des bloßen Wettbewerbes. Die Deutschen haben ihn errungen, nicht weil ihr Auge auf uns gerichtet war, sondern weil sie auf die Sache sahen. Und was uns not tut, ist, mehr ihren Geisteszustand als ihre Erzeugnisse nachzuahmen." — Wem fällt da nicht die Richard Wagnersche Definition ein: Deutsch ist — eine Sache um ihrer selbst willen tun!

Aber diese englische Mahnung ist vereinzelt; fast alle andern Ratgeber lassen sich daran genügen, zu fordern: „daß sich auch in England eine Gesellschaft bildet (Kunst- und Industrieverband) mit dem Ziel, in England jene Zusammenarbeit herzustellen, die solche Wunder in Deutschland gewirkt hat." Und so ist dieser Englische Werkbund denn auch gegründet worden mit dem Zweck: „die Entwicklung der britischen Industrien zu fördern und zu diesem Zwecke die Form und die technische Ausführung der industriellen Erzeugnisse durch den Zusammenschluß des Künstlers, Fabrikanten, Händlers und des großen Publikums zu heben." — Auch dies ist wörtlich abgeschrieben vom deutschen Vorbild des Deutschen Werkbundes. Ein Volk, das in so mechanischer Weise befangen bleibt, glaubt, den deutschen Geist nach dem Kriege durch einen „Ententeboykott" vernichten zu können .... Auch hier gilt: der Buchstabe tötet, aber der Geist macht lebendig.

Digitized by Google

Ehrenvoller oder sicherer Friede?

Von Richard Fester

Unter den Schlagwörtern, die der Krieg geprägt hat, ist keines zweideutiger und daher gefährlicher als das des ehrenvollen Friedens. Wenn es durchweg so verstanden würde, wie es der Kriegsherr des deutschen Volkes offenbar verstanden hat, als er die Nation zu den Waffen rief, um durch den uns aufgezwungenen Krieg einen ehrenvollen Frieden zu erkämpfen, wäre jedes Wort der Erklärung überflüssig. So aber erinnern sich viele Deutsche, daß ehrenvoll und unglücklich sich im politischen Sprachgebrauch nur zu häufig decken.

Denn es ist noch in frischem Gedächtnis, mit welcher Ansprache Zar Ferdinand von Bulgarien seine Soldaten nach dem Bukarester Frieden entließ. Besiegt und doch nicht entmutigt rollten die tapferen Bulgaren ihre Fahnen zusammen. Wer hätte zweifeln dürfen, daß sie es mit allen Ehren taten. Nachdem sie im ersten Balkankriege die schwerste Arbeit getan hatten, konnten sie sich gegen die Übermacht ihrer bisherigen Verbündeten und Gegner und gegen die frischen Kräfte Rumäniens nicht behaupten. Das Geständnis, besiegt zu sein, enthielt zugleich das Gelöbnis, in besseren Tagen den Sieg aufs neue an die bulgarischen Feldzeichen zu fesseln. Niemand hat daher den Bukarester Frieden für einen sicheren gehalten. Seine Revision war eine historische Notwendigkeit. Nicht die kriegerische Ehre Bulgariens, die fleckenlos war, verlangte danach, sondern der Lebensdrang des bulgarischen Volkes. Wenn es auch ohne den Ausbruch des Weltkrieges wohl noch länger auf seine Stunde gewartet hätte, so beweist doch sein entschlossenes Eingreifen von 1915, daß 1913 die Sicherheit des bulgarischen Staates verloren gegangen war, obgleich er seine Ehre gerettet hatte.

Es wäre lächerlich, 1916 mit 1913 zu vergleichen. Das einzig Vergleichbare ist die zahlenmäßige Übermacht der Gegner Bulgariens und des Zweibundes. Nur ist Bulgarien von vornherein ermüdet in den zweiten Balkankrieg eingetreten, während wir unsere in 44 Friedensjahren aufgespeicherte frische Volkskraft einsetzen konnten und im Laufe des Krieges unsere Reihen durch die ausgeruhten Truppen der Türkei und Bulgariens verstärkt sahen. Weder Waffen noch Hunger können uns besie-

Digitized by Google

gen. West- und Ostdeutschland sowie die deutschen Küsten sind heute sicherer, als sie es nach Ausbruch des Krieges waren. Vor allem, wir stehen tief in Feindesland und bestreiten den Engländern die unbedingte Herrschaft über die See.

Wer wie die Reichsregierung das immer vor Augen hat, sollte eigentlich vor dem Mißverständnis geschützt sein, unter einem ehrenvollen Frieden etwas anderes zu verstehen, als einen durch reale Garantien[1] gesicherten Frieden. Nichtsdestoweniger ist es wünschenswert, daß der „ehrenvolle" Frieden aus dem offiziellen Sprachgebrauche ganz verschwinde. Die Wirkung würde sofort sichtbar werden, wenn den Heißspornen der unbegründete Argwohn, den Verzagten und Willensschwachen ein eingebildetes Stichwort des Trostes genommen ist. Auch ein sicherer Frieden ist kein ewiger Frieden, aber Reichsregierung und deutsches Volk verstehen darunter einen Frieden von längerer Dauer, wie es der Frankfurter von 1871 war, keine kurze Waffenruhe wie den Bukarester Frieden von 1913.

Wäre ein unglücklicher Ausgang des Krieges denkbar, so könnte eine kaiserliche Proklamation an Heer und Flotte kaum anders lauten als die bulgarische von 1913. Ehrenvoll und deutsch sind allemal unzertrennlich. So aber halten wir die Bürgschaften unserer Sicherheit mit starken Armen und können warten, bis unsre Feinde der Kriegslage endlich Rechnung tragen.

Streiflichter zur Weltlage XV

Von Professor Dr. Schiemann

Sämtliche Zeitungen der Entente-Mächte haben den Beginn des dritten Kriegsjahres durch Leitartikel eingeleitet, die eine so starke Verwandtschaft zeigen, daß man geneigt sein könnte, anzunehmen, daß in Paris oder London die Schlagworte für den gemeinsamen Presse-Angriff von einer jener Konferenzen ausgegeben wurde, in denen jetzt regelmäßig die politischen Autoritäten der großen Verschwörung über die Mittel Rats pflegen, durch welche sie „Freiheit und Gerechtigkeit" zu glorreichem Siege führen wollen. Wahrscheinlich hat es aber eines solchen Anstoßes nicht bedurft. Die Suggestion, die gleich zu Anfang des Krieges

[1] Vergl. „Deutsche Politik" Nr. 34, Seite 1453.

Digitized by Google

sich geltend machte, wirkt weiter, und da Frankreich, Rußland und England unmöglich bekennen konnten, daß Deutschland durch seine Initiative ihrem bis in die geringsten Einzelheiten festgelegten Angriffsplane nur zuvorgekommen war, blieb ihnen nichts übrig, als die große Lüge zu verbreiten, daß sie, die Nichtsahnenden und Friedlichen, ruchlos überfallen worden seien. Das erklärt uns, daß alle Rückblicke von dem Gedanken ausgehen, daß Deutschland durch vierzig lange Jahre sich mit dem Plane getragen habe, über seine Nachbarn in Ost und West und über den englischen Mitbewerber über See herzufallen. Das wird heute im Lager unserer Feinde überall gepredigt und hat den von ihren Führern belogenen und betrogenen Völkern den in der Tat in ihren Reihen lebendigen Glauben an die Gerechtigkeit ihrer Sache zu bringen vermocht. Schon schwieriger ist es zu verstehen, wie auch an der Phrase festgehalten werden konnte, daß Frankreich, England und Rußland kämpfen, um den kleinen Nationalitäten Freiheit und volle Selbständigkeit zu sichern. Wo immer ihre Hand hinreichte, und wo sie einen politischen Einfluß erringen konnten, bezeichnet der Untergang oder mindestens die Entmannung der Kleinen und Schwachen ihren Weg. Frankreichs Bemühen um die Freiheit kleinerer Nationen bezeugt ganz Nordafrika: Algier, Tunis, Marokko; Englands Spuren tragen wie einen blutigen Stempel alle Völker Indiens und Ägyptens; Rußland hat ganz Nordasien, die Chanate des Zentrums und die hochkultivierten Völker an seiner West- und Südgrenze unterjocht und, so weit es sich irgend erreichen ließ, sie zugleich ihrer Sprache und ihrer religiösen Freiheit beraubt; eine gemeinsame Beute aller Ententemächte aber wurde Griechenland, während auf anderen Wegen Norwegen, Dänemark, Schweden ihrer Autarkie verlustig gingen. Diese Tatsachen sind geschichtlich und politisch so sehr mit der Wirklichkeit des Augenblicks verknüpft, daß es in der Tat schwer fällt, zu verstehen, wie die Gebildeten in den Reihen der Ententemächte den Mut finden, von den Kämpfen für die „Freiheit der Kleinen" zu reden. Wenn ihr Gewissen sie nicht Lügen straft, wird die Geschichte es tun, der es ja zufallen muß, dereinst ihr vernichtendes Urteil über den Lügenfeldzug unserer Feinde zu sprechen.

Wir haben bei dieser Aufzählung der Sünden an den kleinen Völkern, der „smaller nations", wie die Engländer von je her sagten, Irland nicht

Digitized by Google

erwähnt, weil es gerade jetzt einer besonderen Betrachtung bedarf. Es ist nicht vergessen, daß England unmittelbar vor Ausbruch des Weltkrieges hart vor einem Bürgerkriege im eigenen Hause stand, und daß, sobald wahrscheinlich wurde, daß dieser große Krieg, an dem teilzunehmen England durch den nunmehrigen Viscount Grey verpflichtet worden war, früher ausbrechen werde, als die Verschwörer berechnet hatten, die irische Krisis dadurch beigelegt wurde, daß man das ersehnte Home Rule (Selbstverwaltung) als bindendes Gesetz in das statute book (die Sammlung der Parlamentsbeschlüsse) aufnahm. Heute ist bekanntlich von seiten der englischen Regierung erklärt worden, daß von der praktischen Ausführung dieses Gesetzes, im Hinblick auf das Verhalten der Iren, nicht weiter die Rede sein könne. Man hat ihnen jetzt statt des Home Rule eine militärische Diktatur geschenkt und in Wimborne einen Lord Lieutnant, in Duke einen Staatssekretär für Irland eingesetzt; das sind aber Männer, die sich als entschiedene Anhänger einer englischen Generalherrschaft und als fanatische Gegner einer Home Rule-Politik bekannt gemacht haben. Im Herbst 1914 ward dagegen die Parole ausgegeben, daß Irland aus Dankbarkeit für das verliehene Home Rule Gut und Blut auf den Schlachtfeldern Belgiens, Frankreichs und des Orients für England einsetzen müßte. Redmond, der wie ein Verräter an Irland gehandelt hat, war der eifrigste Vertreter dieses täuschenden Schlagworts, und niemand hat schärfer als er das von den Iren Amerikas ausgegebene Gegenwort „dies ist kein irischer, sondern ein englischer Krieg" bekämpft. Zu ungezählten Tausenden haben die Iren schließlich für die Feinde ihrer Freiheit geblutet, und wohl das edelste Opfer, das für Irland sein Leben darbrachte, war der große Idealist und Patriot Sir Roger Casement, dem ein englischer Henker den Strick um den Nacken legte. Wir haben den Mann kennen gelernt, nachdem er den Mordanschlägen Findlays in Christiania entronnen war, und es mit angesehen, wie er sich hier in Sehnsucht nach der irischen Heimat verzehrte. Schließlich hat er es nicht mehr tragen können. Er unternahm jene abenteuerliche Fahrt nach Irland, die seine letzte Fahrt werden sollte und ihn der Rache seiner Todfeinde auslieferte; denn Rache, nicht Strafe war, was er erduldet hat. Wir dürfen wohl hoffen, daß die Aufzeichnungen, die er seinem Verteidiger übergeben hat, einmal das Licht der Öffentlichkeit finden. Casement kannte die englische

Digitized by Google

Politik wie kein zweiter. Er hat mir vor Jahresfrist in einem vertraulichen Brief die Geschichte der Intrigen erzählt, durch die es England gelang, die Politik Amerikas an das englische Interesse zu fesseln. Das Werkzeug Sir Edward Greys war damals Tyrrell.

„Ich kenne — schrieb mir Casement — Sir W. Tyrrell sehr gut. Er ist der vertraute Bote Sir E. Greys, der Avant courier (Vorreiter) der Entente, ihrer Intrigen und antideutschen Bemühungen. Wo immer er eintraf, ist er ein geschickter und ganz unermüdlicher Intrigant gewesen — der am wenigsten beliebte Mann des Foreign office (Auswärtiges Amt); der allergeheimste und einflußreichste, weil er der Hüter von Greys Gewissen ist und die Eigenschaften des Lakaien (niedrige Schmeichelei) mit skrupelloser Intelligenz und einem gut Teil moralischer Korrektheit verbindet. Dabei stellt er seiner Herkunft nach eine geheimnisvolle Kombination dar: Irisch der Abstammung nach (er verleugnet aber sein irisches Blut, obgleich es ganz bekannt ist und ich ihn oft wegen seines Leugnens verhöhnt habe). Katholik, zum Teil deutsch (seiner Mutter Blut ist das der Radolin), zum Teil indisch (seine Großmutter, glaube ich, war eine Hindu). Er haßt Deutschland oder vielmehr Preußen, und hat zudem persönliche Kränkung zu rächen, denn er fühlte, daß er in Berlin verachtet nnd verspottet wurde, als er dort Attaché war. Er hat eine große (und vielleicht die größte) Verantwortlichkeit für das Ausbrechen dieses Krieges, denn sein geheimer Einfluß auf Grey war sehr stark und ganz gegen Deutschland gerichtet. Das weiß ich aus seinem eigenen Munde, und ich kannte ihn bis Ende 1912 wahrlich sehr genau. Damals schüttelte ich den Staub des Foreign office von meinen Füßen — ich habe es erst wieder betreten, um 1913 zu erklären, daß ich vom Staatsdienst zurücktreten wolle.

Tyrrell war es, der in geheimnisvoller Mission Anfang 1914 nach Washington geschickt wurde, um den Präsidenten zu bestimmen, in der Frage der Panama-Zölle die Rechte Amerikas England preiszugeben. Er hatte Erfolg. Wilson unterwarf sich, er verschwor seine Platform-Verpflichtungen, terrorisierte (durch Methoden der Bestechung) den Kongreß, der seine Stellung preisgab und alles opferte, was er durch seine eigenen Gesetze für die Schiffahrt der Vereinigten Staaten gewonnen hatte. Dieser Sieg Englands über den Panamakanal war der direkte Vorläufer der folgenden Preisgebung amerikanischer Rechte

Digitized by Google

an England seit Beginn des Krieges. Wäre England in der Panama-Frage unterlegen, so hätte es, wie ich glaube, euch nicht im August den Krieg erklärt, denn es war dieser Sieg in Washington im Januar 1914, der England die Überzeugung brachte, daß das Kabinett Wilson sich seiner Weltpolitik völlig unterwerfen werde. Und Tyrrell war es, der das durchsetzte — Spring Rice, der tatsächliche Botschafter, trat in dem ganzen Verlauf der Verhandlung in den Hintergrund.

Und dieser geborene Ränkeschmied ist es, der jetzt als Spezialgesandter Georgs V. in die Balkanstaaten geschickt worden ist."

Wir haben die Folgen dieser Intrigen teuer genug bezahlen müssen; denn wer kann die Tausende deutscher Soldaten und Offiziere berechnen, deren Tod den Geschossen zuzuschreiben ist, die Amerika an England und Frankreich geliefert hat.

Bekanntlich haben jetzt die Staatsmänner, die das Geschick unserer Feinde bestimmen, die Asquith, Briand, Stürmer, ebenfalls im Zusammenhang mit dem dritten Jahrestage des Krieges überaus zuversichtliche Reden gehalten, als ob bereits der Sieg ihnen sicher sei. Sie alle haben auf die Tatsache hingewiesen, daß nunmehr der gleichzeitige Ansturm auf allen Fronten begonnen habe, und angekündigt, daß auf diesen Anfang eine noch stärkere Fortsetzung folgen werde. Sie rechnen auf den Vorstoß Sarrails von Saloniki aus, auf das Durchbrechen der österreichischen Südostfront durch die Russen und erwarten davon den Anschluß Rumäniens an ihren Verband; sie hoffen auch im Westen durchzudringen und weisen höhnisch darauf hin, daß wir ihnen fast ein halbes Jahr Zeit gelassen haben, ihre Munitionsvorräte ins Ungeheure zu steigern, so daß Deutschland unmöglich ihrem Feuer werde widerstehen können.

Nun — ihr Ansturm im Westen ist bisher noch immer vor der unerschütterlichen Widerstandskraft unserer Truppen zusammengebrochen, und die Anzeichen mehren sich, daß nicht nur innere Kämpfe im politischen Heerlager der Ententemächte je länger je mehr sich geltend machen, sondern daß auch unüberbrückbare Gegensätze bestehen, welche die Lebensinteressen der Bundesgenossen von heute trennen. Schon jetzt läßt sich die Zeit vorhersehen, in der diese Gegensätze die entscheidenden Faktoren

Digitized by Google

sein werden. Denn darüber kann kein Zweifel aufkommen, daß alle Ententemächte ein Interesse an der Schwächung der eigenen Bundesgenossen haben. Daß ein allmähliches Verbluten der französischen Volkskraft eine Stärkung der Weltstellung Englands bedeuten würde, haben wir schon vor 14 Tagen an dieser Stelle gezeigt. Genau dasselbe gilt aber von den englisch-russischen Beziehungen. Kein Russe, der an die Zukunft seines Vaterlandes im Osten glaubt, kann sich darüber täuschen, daß ein Erstarken Englands einer Gefährdung Russisch-Zentralasiens gleichkommt. Auch in Persien sind sie trotz der am 6. August getroffenen Vereinbarung nicht nur Wettbewerber, sondern Gegner, und schon jetzt beginnt man einzusehen, daß das Eindringen englischer Unternehmer in Rußland eine wirtschaftliche Knechtung für die Zukunft ankündigt. Ebenso mißtrauisch aber sieht England der Möglichkeit entgegen, daß Rußland seine Stellung in Asien so weit stärkt, daß dadurch Indien gefährdet werden könnte. Alle drei Mächte — Rußland, England, Frankreich — beobachten dabei mit gleichem Grauen den Vormarsch Japans von seiner Inselwelt in den asiatischen Kontinent hinein. Wohin immer man blickt, stößt man in den Reihen dieser unnatürlichen Koalition auf Zukunftsprobleme, die eine friedliche Auseinandersetzung in höchstem Grade unwahrscheinlich machen.

Wie es im Innern der Ententemächte aussieht, zeigt am drastischsten ein Blick in die Zusammensetzung der russischen Ministerien. Von den 13 Ministern, die im August 1914 im Amt waren, haben nur zwei ihre Stellung behauptet: der Marineminister Grigorowitsch und der Finanzminister Bark. Der Ministerpräsident Goremykin hat am 20. Januar dieses Jahres (die Angaben sind nach russischem Stil gemacht) Herrn Stürmer weichen müssen, der am 7. Juli an Ssasonows Stelle auch das Ministerium des Auswärtigen übernahm. Der Kriegsminister Ssuchomlinow wurde am 13. Juli 1915 abgesetzt, sein Nachfolger wurde Poliwanow, und diesem folgte am 15. März 1916 Schuwajew. Minister des Innern blieb bis zum 5. Juli 1915 Maklakow, sein Nachfolger Schtscherbatow behauptete sich bis zum 26. September 1915, Chwostow bis 3. März 1916, worauf Stürmer auch dieses Ministerium übernahm. Der Justizminister Schtscheglowitow wurde am 2. April 1915 verabschiedet und durch Chwostow ersetzt, dem am 7. Juli 1916 der frü-

Digitized by Google

here Minister des Innern Makarow folgte. Der Unterrichtsminister Cassso starb 26. November 1914, vertretungsweise trat Baron Taube für ihn ein, doch nahm er sofort seinen Abschied, als am 9. Januar 1915 der Graf Ignatiew Minister wurde. Der Handelsminister Timaschew mußte am 17. Februar 1915 dem Fürsten Schachowskoi weichen, der Minister der Wege und Eisenbahnen 27. Oktober 1915 Herrn Trepow. Herr Kriwoschein, der Landwirtschaftsminister, erhielt am 26. Oktober 1915 seinen Abschied, ihm folgte Naumow, zu dessen Nachfolger soeben Graf Bobrinski ernannt ist. Seit dem 26. Januar 1916 ist an Charitonows Stelle Pokrowski Reichskontrolleur und endlich ist der Oberprokureur des heiligen Synod, Sabler, am 6. Juli 1915 durch Ssamarin und dieser am 30. September 1915 durch Herrn Wolshin ersetzt worden. Noch weit größer ist der Wechsel in der Stellung der sogenannten Ministergehilfen, d. h. der Unterstaatssekretäre, gewesen. Es würde zu weit führen, alle Namen aufzuzählen. Als gemeinsames Kennzeichen dieser Personalwechsel kann die Ersetzung der zur gemäßigten Rechten gehörenden Minister durch Anhänger des unbedingten absolutistischen Regiments gelten. Das Spiel der Intrigen ist dabei darauf gerichtet, eine plötzliche Entscheidung des Zaren herbeizuführen, und es charakterisiert die Lage, daß die „Rjetsch" uns die interessante Mitteilung macht, in Petersburg frage man bei Ernennung eines neuen Ministers nicht nach seinem Programm, sondern danach, wen er wohl zum Nachfolger erhalten werde!

Große Erbitterung hat die Beseitigung Ssasonows in den Kreisen der russischen Liberalen erregt, während das „Nowoje Wremja", das sich jetzt als Organ Stürmers bezeichnen läßt, ihm ein langes Register politischer Sünden vorhält. Aber auch Sir George Buchanan hat sich sehr verstimmt über das Ausscheiden des Mannes gezeigt, der in England mit Recht als einer der Urheber des russisch-englischen Bündnisses verehrt wird, und gleiches Mißvergnügen hat Stürmers Übernahme des Ministeriums des Auswärtigen in Frankreich hervorgerufen. Man übersieht dabei, daß die auswärtige Politik Rußlands während der letzten Jahre ganz in Händen des Ministergehilfen Neratow lag, der ebenso wie sein Kollege Artzybaschew im Amt geblieben ist. Es ist daher nicht daran zu denken, daß Stürmer eine Schwenkung den anderen Verbündeten Rußlands gegenüber vornehmen sollte.

Digitized by Google

Auf den Eiertanz, durch den das Kabinett Asquith sich behauptet, und auf die steigende Opposition einzugehen, mit der die Herren Poincaré und Briand rechnen müssen, haben wir heute keinen Anlaß. Unter den Anzeichen ist die Ruhmredigkeit für die sich vorbereitenden Wandlungen der Staatsmänner und Feldherrn gewiß eines der meist bezeichnenden. Wir denken dabei an die Rede von Asquith und an die wenig beachtete Charakteristik der Lage, die General Joffre den Pariser Vertretern der amerikanischen Presse am 7. August gab. Er sagte u. a.: „Die gesamte Welt begreift, daß das Geschick uns günstig wird. Was geschehen wird, ist leicht zu entdecken. Die Einheit des Vorgehens auf allen Fronten beherrscht den jetzigen Feldzug. Es findet ein dauernder Druck auf allen deutschen Linien statt, und zwar von allen Seiten. Die großen Opfer, die Frankreich bei Verdun gebracht hat, machten es unseren Bundesgenossen möglich, ihre Hilfsmittel zu ergänzen, ihre Pläne reifen zu lassen und richtig einzuschätzen, welches die Bedürfnisse aller Fronten sind... So ist es Rußland möglich geworden, dank seinem unerschöpflichen Reichtum in stets steigender Menge Mannschaften auszuheben, und jetzt entfaltet es ungeheure Armeen in Galizien, Wolhynien, Armenien..." Joffre verweilte danach bei den Vorteilen, die England, Italien und Serbien von der Ausdauer Frankreichs gehabt hätten, und weist schließlich darauf hin, daß er bestimmt wisse, daß Deutschland jetzt seine letzten Reserven einberufen habe! Der fünfmonatige Widerstand Frankreichs habe die Pläne des deutschen Generalstabes zu Fall gebracht usw.

Wir haben dem die Tatsache entgegenzuhalten, daß die große Gesamtoffensive, trotz der von den Feinden eingesetzten Massen, ihnen nur Niederlagen beigebracht hat. Was sie um den Preis der riesigen Opfer, die sie bringen mußten, an Gelände gewonnen, ist so unbedeutend und von so geringer strategischer Wichtigkeit, daß die Wirkung im Westen sich als nichtig bezeichnen läßt; was aber den größeren Landgewinn Rußlands betrifft, so hat bereits die Tätigkeit begonnen, die den Armeen Brussilows eine Schranke gesetzt hat. Die Hoffnungen richten sich jetzt auf den beginnenden Angriff Sarrails, der sich den General Cordonnier als Berater hat aufdrängen lassen, und auf das Eingreifen Rumäniens, das wir bis auf weiteres immer noch für unwahrscheinlich halten.

Digitized by Google

Italien hofft man schon jetzt zum Abschluß einer „Friedensallianz" zu bewegen, das heißt: es zu bewegen, sich dem großen Handelskrieg anzuschließen, den die Verschwörung nach erfolgtem Frieden gegen die Zentralmächte zu führen beschlossen hat. Das zu erreichen, ist offenbar die Aufgabe, die M. Runciman jetzt in Rom lösen soll. Es ist von Interesse, daß der „Temps" in einem Leitartikel vom 8. August, der Italien auf jede Weise umschmeichelt, dabei die neue Tatsache enthüllt, daß Italien, als es 1902 sich durch Frankreich die Anwartschaft auf Tripolis sichern ließ, dabei die Verpflichtung übernahm, niemals an einem Angriffskrieg gegen Frankreich teilzunehmen. Da nun zu allen Zeiten jeder Krieg von den miteinander ringenden Faktoren als Angriffskrieg bezeichnet worden ist, bedeutete dieser Vertrag eine neutrale Haltung Italiens im Kriegsfall zwischen Deutschland und Frankreich. Der „Temps" bestätigt diese Auffassung folgendermaßen: „On sait avec quelle loyauté l'Italie de 1914 a tenu l'engagement de l'Italie de 1902. On sait comment de la neutralité promise l'Italie est passée à la collaboration spontane, que la victoire consacrera, et que la paix devra organiser." „Man weiß, mit welcher Biederkeit das Italien von 1914 die Verpflichtungen des Italiens von 1902 eingehalten hat. Man weiß, wie Italien von der zugesagten Neutralität zur schnellen Mitwirkung übergegangen ist, die der Sieg heiligen wird, und die der Frieden wird organisieren müssen." Was der „Temps" loyauté (Biederkeit) nennt, heißen wir den durch lange Jahre geheim gehaltenen und 1914 offensichtlich gewordenen Verrat Italiens, für den die obigen Zeilen des „Temps" einen neuen Beleg bringen. Man versteht, daß man in Frankreich Herrn Barrère, der diesen Vertrag zustande brachte, hochschätzt. Es scheint aber, daß die Franzosen bei ihrem Botschafter in Washington, Herrn Jusserand, gleiche Verdienste finden. Das „Journal des débats" schreibt es ihm zu, wenn in dem Ringen um den überwiegenden Einfluß in Washington zwischen Deutschland und England der schließliche Erfolg der Koalition unserer Feinde zufiel. „So oft es zwischen den Regierungen der Alliierten und den Vereinigten Staaten zu Mißhelligkeiten kam, und das geschah häufig in der Baumwollfrage und wegen der Blockade, hat der persönliche Einfluß Herrn Jusserands sich ohne jedes Geräusch zum besten geltend gemacht. Ein Diner, an dem vier Personen ohne jedes Aufsehen in der französischen Botschaft teil-

Digitized by Google

nehmen, ist häufig für die Interessen der Alliierten von größerer Wirksamkeit gewesen, als die feinsten und umständlichsten Noten, die hochfahrende, entrüstete und drohende Vorstellungen beantworteten. Wenn, wie anzunehmen ist, einmal die diplomatische Geschichte dieses Krieges geschrieben wird, dürfte es nicht der am wenigsten interessante Abschnitt sein, der die Rolle und das Spiel der verschiedenen diplomatischen Vertretungen behandelt." Das ist gewiß richtig; aber wir glauben nicht, daß der Präsident und seine Minister sehr erbaut durch den angeblich erbrachten Beweis sein werden, daß ihre politischen Entschlüsse durch die französische Küche und die Leckerbissen M. Jusserands bestimmt worden sind. Amerika ist ja die einzige neutrale Macht, der gegenüber die Ententemächte es nützlich finden, noch einige Rücksicht zu beobachten — in höflichen Worten wenigstens, an denen Herr Jusserand es gewiß auch nicht hat fehlen lassen. Der Schweiz gegenüber schlägt man bereits ganz andere und drohende Töne an. Bei Anlaß der jüngsten Verhandlungen zwischen der kleinen und der großen Republik findet der „Temps" es angemessen, direkt zu drohen. „Die Regierung der helvetischen Republik weiß ja, daß, wenn sie Deutschland Lebensmittel verweigert, sie sich weniger ernsten Folgen aussetzt, als wenn sie sich bereit findet, Bannware zum Vorteil unserer Feinde zu vertreiben." Nun, die Schweiz hat trotz dieser Drohung bekanntlich den französischen Zumutungen nicht nachgegeben, und in Frankreich hat man eingesehen, wie gefährlich es sein könnte, den ohnehin straffen Bogen zu überspannen.

Zurzeit aber ist uns nichts wichtiger als eine Stärkung unserer und der österreichischen Stellung im Osten. Die Franzosen und Russen jubeln über die Einnahme von Stanislau und Görz und knüpfen daran und an das von ihnen erwartete gleichzeitige Vorbrechen von Rumänien und Sarrail die ausschweifendsten Erwartungen. Sie leben der Vorstellung, daß dort die Entscheidung des Krieges fallen müsse. Nun zweifeln wir nicht daran, daß auch dieses Mal, wie schon so oft, ihre Hoffnungen zu Schanden werden. Schon die bloße Tatsache, daß das Kommando des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg so wesentlich erweitert worden ist, und die Abweisung der seither erfolgten Vorstöße Rußlands können als Vorzeichen kommender Ereignisse freudig anerkannt werden.

Digitized by Google

Es kann als ein politisches Ereignis von ungewöhnlicher Bedeutung bezeichnet werden, daß der Panamakanal, an dessen Herstellung soviel Genialität, Fleiß und Energie gesetzt worden ist, nunmehr für absehbare Zeit, wahrscheinlich aber für immer als Handelsstraße und Durchgangspforte für Kriegsschiffe ausscheidet. Es ist nicht eine Erdschüttung, wie ursprünglich verlautete, sondern eine Bodenhebung vulkanischen Ursprungs, die den Kanal sperrt. Die Bemühungen der Vereinigten Staaten, die Galapagas-Inseln zu erobern, stehen mit dieser Katastrophe in Zusammenhang, und ebenso die wieder auftauchenden Pläne, einen Nikaraguakanal zu bauen. Offenbar bedeutet dieses geologische Ereignis eine weitere Stärkung Japans.

Mehr Einheit in unserem Bildungswesen

Von Schulrat Karl Muthesius

Der Krieg hat uns zur Selbstbesinnung gebracht; er fand uns der Gefahr und Not gegenüber als ein innerlich geeintes Volk, und wir priesen diese innere Einheit als eine Errungenschaft von unermeßlichem Wert. Über alle tiefgehenden Unterschiede politischer, konfessioneller und sozialer Art, über die Gegensätze in Weltanschauung und religiöser Überzeugung, über alle Schranken der Stände und Berufe hinweg verband ein Gedanke, eine Gesinnung und ein Wille das ganze Volk. Über all das Trennende, das bis dahin in stetig wachsender unheilvoller Verschärfung der Gegensätze eine immer tiefer eindringende Zerklüftung des Volkes herbeigeführt hatte, erhob sich etwas, das wir als gemeinsamen Besitz erkannten und als höchstes Gut werteten. Es kam uns zum Bewußtsein, daß die Gesamtheit geistiger Güter und Werte, die in unserem Volke leben, soviel Gemeinsames bergen, soviel, woran alle Volksgenossen Anteil haben und Anteil nehmen, daß es zu einem das ganze Volk umschlingenden Bande werden konnte. Die Erkenntnis, oder sagen wir richtiger, die Ahnung von der inneren Einheitlichkeit der geistigen Kultur Deutschlands war die Voraussetzung für die innere Einigung unseres Volkes.

Die innere Formung des geistigen Lebens, die in der Gesamtheit wie in dem Einzelnen in Erscheinung tritt und dem Volksganzen wie dem Einzel-

Digitized by Google

menschen ein kennzeichnendes Gepräge verleiht, nennen wir Bildung. Sie pflanzt sich von selbst fort durch die lebendigen Triebkräfte, die allem Geistigen eigen sind, sie muß aber über diese selbsttätige Auswirkung hinaus in planvolle Pflege genommen werden. Jedes Kulturvolk sieht in der Förderung der Bildung eine selbstverständliche Pflicht, und jeder Kulturstaat betrachtet die Bildungspolitik als einen wesentlichen Teil der innerstaatlichen Aufgaben.

Das deutsche Volk ist in der Erfüllung dieser Pflicht vielen anderen Völkern vorangegangen, es hat mit steigendem Erfolg an seiner Bildung gearbeitet und sie auf einen Stand gebracht, der vor dem Kriege die neidlose Anerkennung auch der Völker fand, die jetzt unsere Feinde sind. Und es ist uns selbst in dieser langen Kriegszeit zu einer immer fester werdenden Überzeugung geworden, daß ein wesentlicher Grund unserer Überlegenheit, sowohl der Waffenerfolge draußen wie der Leistungen im Innern, in unserer alle Schichten des Volkes durchdringenden Bildung beruht. Das Bildungswesen Deutschlands hat in diesem Kriege die Probe bestanden — dieser Satz, den man jetzt oft hört, hat gewiß seine Berechtigung —, wenn er nicht, wie es leider häufig geschieht, in dem Sinne aufgefaßt wird, daß wir auf den errungenen Lorbeeren ausruhen könnten. Es ist ja eine eigentümliche Erscheinung in unserem innerpolitischen Leben, daß jeder der Überzeugung ist, die Kriegserfahrungen gäben *ihm* recht, bewiesen die Richtigkeit gerade *seines* Standpunktes und die Notwendigkeit, die von *ihm* vertretenen Anschauungen und Interessen künftig in unveränderter Richtung und mit gleicher Kraft weiter zu pflegen. Gerade Bildungsfragen sind vielfach dem Schicksal verfallen, lediglich unter diesem Gesichtspunkt betrachtet zu werden. Diese Erscheinung zeigt, daß der große Augenblick vielfach doch nur ein kleines Geschlecht gefunden hat, sie legt die Befürchtung nahe, daß in der kommenden Friedenszeit das ganze Elend der Parteizersplitterung, der unvermittelten Interessengegensätze, des rücksichtslosen Meinungskampfes von neuem ins Kraut schießen, daß die innere Einheit und Einigkeit unseres Volkes dann nichts weiter sein wird als ein schöner Traum aus vergangener Zeit.

Und doch erschien uns allen das Ideal eines innerlich geeinten Volkes seiner Verwirklichung nahe gebracht, unsere besten Geister verkündeten es als vornehmste Aufgabe, diese innere Einigkeit als unveräußerliches

Digitized by Google

Erbteil einer großen Zeit in den kommenden Frieden hinüberzuretten und planten Einrichtungen mancherlei Art, um jetzt ſchon den koſtbaren Beſitz zu ſichern. Leider mehren ſich aber die Anzeichen, daß die lange Dauer des Krieges, daß ſich namentlich auch ſo mancherlei Unſtimmigkeiten im innerpolitiſchen Leben wie ein Reif auf die Blüten des Frühlings legen, und manch einer beginnt ſchon jetzt der müden Reſignation zu verfallen, die ſich auf die banale Wahrheit zurückzieht, daß die Menſchen doch bleiben werden, wie ſie ſind.

Um ſo mehr gilt es, unverrückbar an dem großen Gedanken feſtzuhalten, den uns die erſten Kriegswochen in überwältigender Macht vor die Seele geſtellt haben: das, was damals aus der gemeinſamen Not geboren wurde, zum Ziele des gemeinſamen Wollens zu machen, d. h. Vorſorge zu treffen, damit das, was in der Geſamtheit unſerer geiſtigen Güter als Einigendes liegt, immer mehr zum Gemeinbeſitz des ganzen Volkes werde. In dieſem Zuſammenhange gewinnt das nationale Bildungsweſen eine erhöhte Bedeutung. Die Bildungspolitik erweiſt ſich in verſtärktem Maße als ein höchſt wichtiger Beſtandteil des innerſtaatlichen Lebens.

Das Bildungsweſen würde um ſo eindringlicher auf die innere Einheit des Volkes fördernd wirken können, je mehr es ſelbſt dem Ideal des einheitlichen Aufbaues und der einheitlichen Geſtaltung nahe käme. Zugeſtandenermaßen iſt es hiervon aber noch recht weit entfernt, und daraus erwachſen der ſtaatlichen Bildungspolitik Aufgaben beſonderer Art. Von ihrer zweckdienlichen Löſung wird es zu einem guten Teile mit abhängen, ob wir in der Zukunft zu einem einigermaßen einheitlichen geiſtigen Leben kommen werden, ob es möglich ſein wird, dem Zuſtand der inneren Einheit des Volkes Dauer zu verleihen.

In großen Umrißlinien mögen einige dieſer Aufgaben angedeutet werden.

Das Bildungsweſen unterſteht in Geſetzgebung und Beaufſichtigung nicht dem Reich, es iſt einzelſtaatliche Angelegenheit. Die Fragengruppe, die ſich in unſerem Zuſammenhang aus dieſem Umſtand ergibt, iſt ſo umfangreich und vielgeſtaltig, daß eine auch nur annähernd erſchöpfende Unterſuchung an dieſer Stelle ausgeſchloſſen iſt. Unumſtößlich iſt die Tatſache, daß der Krieg mit all ſeinen ſchweren Nöten und mit all ſeinen glänzenden Erfolgen das Reichsgefühl mächtig geſtärkt hat, und die Frage liegt nahe, ob dieſe Wirkungen nicht die Veranlaſſung dafür ſein ſollten,

Digitized by Google

daß das Reich künftig in irgendeiner Form die Bildungspolitik mit in seinen Interessenkreis einbezieht. Der Einwand, daß die Reichsverfassung das nicht gestatte, erscheint wenig stichhaltig der Tatsache gegenüber, daß die Reichsverfassung noch immer Raum geboten hat, aus den Bedürfnissen der Zeit erwachsenden neuen Aufgaben gerecht zu werden, daß namentlich bisher schon das Reich durch verschiedene Bestimmungen der Handels-, Gewerbe- und der sozialen Gesetzgebung das einzelstaatliche Schulwesen beeinflußt hat, ja, daß durch die Reichsschulkommission, die zur Überwachung des Militärberechtigungswesens eingesetzt wurde, im ganzen Reichsgebiet eine gewisse Vereinheitlichung des höheren Schulwesens herbeigeführt worden ist. Gehört die geistige Einheit seiner Bürger zu den wichtigsten Lebensbedingungen des Reichs, so sollte es nicht für immer darauf verzichten, das wirksamste Mittel, um diese Einheit zu fördern, ganz aus seinem Einflußkreis auszuschließen.

Man kann diese Gedankenfolge anerkennen, ohne doch zu dem Schlusse zu kommen, daß eine reichsgesetzliche Regelung des deutschen Schulwesens eine durch die Bedürfnisse der neuen Zeit geforderte dringende Notwendigkeit sei. Eine sorgfältige Abwägung des Für und Wider wird immer wieder zu dem Ergebnis führen, daß eine durchgehende, sich bis in die Einzelheiten der Organisation und des Lehrbetriebs erstreckende Gleichförmigkeit dem Bildungswesen viel mehr schaden als nützen würde. Aber, was in unserem Zusammenhang ausschlaggebend ist, zur Förderung jenes wichtigsten Zieles, der Erhaltung und Stärkung der inneren Einheit, würde ein Reichsschulgesetz verhältnismäßig wenig beitragen; denn die sich auf das ganze Reich erstreckende Gleichartigkeit in der gesetzlichen Regelung aller Schulfragen würde keineswegs die geistige Einheit aller Reichsgenossen verbürgen. Weit erfolgreichere Mittel hierfür liegen wo anders.

Der Hauptmangel in der Organisation unseres Schulwesens besteht darin, daß zwischen den Volksschulen und den höheren Schulen jeder Zusammenhang fehlt. Erheblich mehr als Neunzehntel der gesamten deutschen Volksjugend erhält in der Volksschule die Grundlage ihrer Bildung. Aber die Volksschule bedeutet für sie Anfang und Ende zugleich; wer sie zu durchlaufen hat, dem ist die Möglichkeit benommen, in eine seinem Alter entsprechende Klasse einer höheren Schule überzugehen. Das

Digitized by Google

bedeutet nichts anderes, als daß jene Neunzehntel von vornherein von der höheren Bildung ausgeschlossen sind. Und die soziale Ungerechtigkeit, die darin liegt, wird naturgemäß um so bitterer empfunden, als der Erwerb höherer Bildung Geld, viel Geld kostet, also zu einem Vorrecht der Besitzenden wird. In gegenseitiger Verstärkung haben diese beiden Umstände dazu beigetragen, die sozialen Gegensätze zwischen den einzelnen Volksschichten zu verschärfen. Denn es ist eine bekannte Tatsache, daß Bildungsunterschiede noch weit schärfer trennend wirken als Unterschiede des Besitzes. Hier aber üben die beiden Unterschiede vereint ihre trennende Macht aus. Die Berechtigungen, welche die höhere Bildung verleiht, kommen nur einer verhältnismäßig dünnen Oberschicht zugute und erschweren das für das gesunde Leben des Gesamtvolkskörpers so überaus wichtige Emporsteigen der Tüchtigen und Begabten aus den unteren Ständen.

Das Bedürfnis, dem Übel abzuhelfen, wird gegenwärtig von allen Seiten als dringend anerkannt. Der Ruf: „Gleiche Bildungsmöglichkeit für alle!" hat allgemeine Zustimmung gefunden. Strittig sind aber die Mittel, wie man zu diesem Ziele zu gelangen denkt. Sie im einzelnen aufzuzählen und auf ihre Tauglichkeit zu prüfen, ist hier nicht am Platze. Nur soviel sei gesagt, daß die Erschließung gleicher Bildungsmöglichkeiten für alle die Beseitigung des jetzt bestehenden Zusammenhanges von Bildung und Besitz notwendig macht. Wer den Zweck will, muß auch die Mittel wollen. Mit der Gewährung von einigen Schulgeldfreistellen an befähigte ärmere Knaben ist die Frage nicht gelöst; nicht Almosenbewilligung, sondern Verzicht auf Vorrechte ist notwendig. Nur einschneidende organisatorische Änderungen können zu dem erstrebten Ziele führen. Ob sie in der Form der Einheitsschule erfolgen, ob in einer andern, ist für das Ergebnis weniger von Belang. Bedauerlich aber wäre es, wenn das treffliche Losungswort von der gleichen Bildungsmöglichkeit für alle nichts weiter als eben ein Wort bliebe.

Aber nicht nur zwischen den beiden großen Teilen unseres Schulwesens fehlt es an dem geistigen Bande, auch in den Teilen selbst herrschen allerlei Gegensätze und Unstimmigkeiten. Das höhere Schulwesen stellte früher in dem klassischen Gymnasium eine einheitliche Schulform von achtunggebietender Höhe und innerer Geschlossenheit dar. Aber die Ent-

Digitized by Google

wicklung unserer geistigen und wirtschaftlich-technischen Kultur hat zunächst diesen einheitlichen Bildungsplan des Gymnasiums zerstört, und es ist bisher noch nicht gelungen, einen neuen Schultypus mit einem ähnlich einheitlichen Bildungsziel an seine Stelle zu setzen. Wie weit die einzelnen Bestrebungen hier auseinandergehen, lehren einige Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit. Der deutsche Ausschuß für den mathematischen und naturwissenschaftlichen Unterricht, der die Arbeiten der von der Gesellschaft deutscher Naturforscher und Ärzte eingesetzten Unterrichtskommission fortsetzt, entfaltete eine lebhafte Tätigkeit, um den von ihm vertretenen Unterrichtsfächern eine bessere Würdigung in den höheren Schulen zu verschaffen. Alsbald erhob sich in den Philologenvereinen dagegen lebhafter Widerspruch, und in der Presse und in Versammlungen traten Themen auf: „Über die Gefahr, die unseren Schulen durch eine weitere Ausbreitung der Mathematik und Naturwissenschaft droht." — Der Deutsche Germanistenverband strebt an, die Forderung zu verwirklichen, die der Kaiser auf der Schulkonferenz 1890 erhoben hat: „Das Deutsche muß die Grundlage unserer Bildung werden", findet aber damit heftigen Widerstand bei den klassischen Philologen. Als die Zeitschrift für den deutschen Unterricht in den ersten Kriegsmonaten einen vor länger als 25 Jahren geschriebenen Aufsatz von Konrad Burdach über deutsche Erziehung wieder abdruckte, wurde ihr aus dem gegnerischen Lager der Vorwurf entgegengeschleudert, sie habe damit den Burgfrieden verletzt. Diese Beispiele, die beliebig vermehrt werden könnten, zeigen, daß gegenwärtig die Bildungsziele der höheren Schulen stark umstritten werden. Bedauerlicherweise suchen aber die sich bekämpfenden Parteien selten nach einem gemeinsamen Boden, auf dem sie zu einer Verständigung kommen könnten, sondern betrachten die Angelegenheit lediglich von dem außersachlichen Gesichtspunkt der Bedrohung ihres Besitzstandes.

Das gegenseitige Verharren auf den scharfen sachlichen Gegensätzen und der Mangel an Verständnis für die Auffassung von Bildungsveranstaltungen als eines einheitlichen Ganzen haben dann zur Folge, daß sich die Entfremdung auch auf das persönliche Gebiet überträgt. Am deutlichsten spricht sich das aus in dem Verhältnis zwischen Volksschullehrern und Oberlehrern. Die rund 200000 deutschen Volksschullehrer und die mehr als 30000 deutschen Oberlehrer leben in

Digitized by Google

vollständiger Abgeschlossenheit nebeneinander. Sie kennen sich gegenseitig nicht und haben nicht das Bedürfnis, sich gegenseitig kennen zu lernen. Der Gedanke gemeinsamer Berufsinteressen ist beiden Teilen fremd, von hüben und von drüben wird vielmehr immer wieder das Trennende in den Vordergrund gerückt. Namentlich herrschen in Oberlehrerkreisen vielfach noch Anschauungen über die Bildung und die Arbeit der Volksschullehrer, die in einer längst vergangenen Zeit berechtigt sein mochten, denen aber heute jeder Grund fehlt. Das zähe Festhalten an diesen zu Vorurteilen gewordenen Ansichten kann auf der Gegenseite kaum anders als verbitternd wirken, und wenn z. B. bis in die Gegenwart herein immer wieder mit deutlich erkennbarer Absicht die sachlich unbegründete Behauptung ausgesprochen wird, der Unterricht in Volksschulen und höheren Schulen sei nicht etwa nur gradweise, sondern grundsätzlich, nach Art und Wesen verschieden, und das komme, wie in diesen Tagen gesagt worden ist, sogar schon in den Vorschulen zum Ausdruck, so darf man sich nicht wundern, wenn die Kluft sich immer mehr befestigt.

Dieser Zustand steht aber in klaffendem Widerspruch nicht nur zu dem Geiste der Zeit, sondern namentlich auch zu dem Berufsziel, das beiden Lehrergattungen gerade jetzt mit aller Deutlichkeit und Eindringlichkeit vorschweben sollte. Beiden sind die kostbaren Schätze unserer geistigen Kultur zur Pflege und zur Übermittelung an das kommende Geschlecht anvertraut. Von der Belehrung der Jugend erhoffen wir alle vornehmlich eine versöhnende, einigende Wirkung, die Erhaltung und Stärkung der inneren Volkseinheit. Wie können wir aber erwarten, daß der Geist der Eintracht und Brüderlichkeit einst in denen lebendig sein werde, die jetzt unsere Schüler sind, wenn wir Lehrer untereinander in unseren eigensten Berufsangelegenheiten von ihm so himmelweit entfernt sind?

Der Deutsche Lehrerverein, der fast alle Volksschullehrer in einer straffen Organisation zusammenfaßt, hat jetzt ein Zusammenarbeiten mit den Volksschullehrerverbänden Österreich-Ungarns beschlossen; schon ist auch davon die Rede, Beziehungen zu den Lehrern Bulgariens und der Türkei anzuknüpfen. Es mag ja wünschenswert sein, die Berufsgenossen in den uns verbündeten Ländern näher kennen zu lernen und dadurch ein besseres gegenseitiges Verständnis der Berufsangelegenheiten und des

Digitized by Google

beiderseitigen geistigen Lebens im allgemeinen anzubahnen, aber angesichts der Zustände im eigenen Vaterlande hat man doch die Empfindung, daß das ein Abschweifen in die Ferne bedeutet. Viel näher sollte die andere Aufgabe liegen, Mittel und Wege zu suchen, um die beklagenswerte Zerklüftung der verschiedenen Lehrergattungen innerhalb des Vaterlandes zu mildern und allmählich zu beseitigen.

Und nicht anders kann man die ähnliche Nachricht aufnehmen, daß innerhalb der reichsdeutschen waffenbrüderlichen Vereinigung angeregt worden sei, der Vereinsverband akademisch gebildeter Lehrer Deutschlands möge in Verbindung mit den Philologen Österreich-Ungarns treten. Nicht deutlicher kann das Verhältnis, in dem gegenwärtig die beiden deutschen Lehrergruppen zueinander stehen, beleuchtet werden, als durch diese Tatsachen. Beide empfinden die Zusammengehörigkeit mit dem entsprechenden Teil ausländischer Berufsgenossen viel stärker als die mit dem Ganzen im eigenen Vaterlande. Das kann nur daraus erklärt werden, daß beide noch weit entfernt sind von dem Bewußtsein eines gemeinsamen Berufs. Auch die großen Ereignisse der Gegenwart, die eine so machtvolle einigende Wirkung wie im Volksganzen so namentlich auch in einzelnen vorher zusammenhangslos nebeneinanderstehenden oder sich gegenseitig bekämpfenden Berufs- und Vereinsorganisationen entfaltet haben — es sei nur erinnert an die gegenseitige Fühlungnahme zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden, an das Zusammenarbeiten der verschiedenen industriellen Vereinigungen (Bund der Industriellen und Zentralverband deutscher Industrieller), an die kürzlich erfolgte Verbindung der sechs großen technischen Vereine, namentlich aber an den kürzlich vollzogenen Zusammenschluß der bisher durch tiefgehende Unterschiede in Konfession und Weltanschauung getrennten Volksbildungsgesellschaften — die beiden Gruppen der Lehrer und Erzieher von Deutschlands Jugend einander näher zu bringen, haben sie bisher nicht vermocht; sie leben noch immer nebeneinander wie feindliche Brüder. Liegt darin nicht eine grausame Ironie?

Die Voraussetzung für einen durchaus geschlossenen, vom Geiste der Eintracht beseelten deutschen Gesamtlehrerstand ist allerdings eine einheitliche Schulorganisation. Sie ist eine Aufgabe des Staates; es kann ihr aber der Boden bereitet werden durch außer- und nebenstaatliche Veranstaltungen.

Digitized by Google

Es fehlt nicht an solchen, und daß zwei von besonderer Bedeutung gerade in der Kriegszeit ins Leben gerufen worden sind, berechtigt zu den besten Hoffnungen auf ihren Erfolg.

Zuerst ist das „Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht" zu nennen, das gedacht ist als eine „Zentrale Sammlungs-, Auskunfts- und Arbeitsstelle für das gesamte Unterrichts- und Erziehungswesen". Seine Gründung ist ermöglicht worden durch die beim Regierungsjubiläum des Kaisers auf Anregung des Kultusministers geschaffene Jubiläumsstiftung für Erziehung und Unterricht. Die Stadt Berlin wird dem Institut in einem geplanten großen Rundbau am Hegelplatz eine würdige Stätte bereiten, einstweilen ist es untergebracht in dem früher von der Hochschule für Musik benutzten Gebäude Potsdamerstraße 20. Mitten im Krieg, am 21. März 1915, fand die Eröffnung statt. Der Kultusminister betonte dabei in seiner Ansprache, eine Sammelstelle für alle auf Schule und Erziehung sich beziehenden Angelegenheiten sei „angesichts der stetig zunehmenden Mannigfaltigkeit und Zersplitterung unserer pädagogischen Einrichtungen und Bestrebungen ein besonders dringendes Bedürfnis". Und in einer halbamtlichen Erläuterung der Satzungen wurde u. a. ausgeführt, daß in dem Institut eine Stelle geschaffen werden solle, „welche die auf dem Gebiete der Erziehung und des Unterrichts tätigen Kräfte in nahe Berührung bringt, auf große Aufgaben konzentriert und so die in unserm Schulleben herrschende Absonderung und Zersplitterung überwinden hilft". Einig sei man in dem Gedanken, „daß ein Institut, das alle Zweige der Erziehung und des Unterrichts der Schulen wissenschaftlich und pädagogisch umfassen und vertiefen soll, nur durch das Zusammenarbeiten von staatlichen und städtischen Behörden, von wissenschaftlichen Körperschaften, von Vereinen und Verbänden, von hervorragenden Sachverständigen, von Freunden und Förderern der Schule und vor allem der Lehrerschaft selbst begründet und mit Nutzen betrieben werden kann". Das Institut wolle „die Interessen und Bedürfnisse aller Schularten gleichmäßig berücksichtigen und gewissermaßen die höhere Einheit bilden, in der die Erziehungs- und Bildungsbestrebungen unserer Zeit gesammelt, gesichtet und vertieft werden".

Das klingt alles sehr verheißungsvoll, und man kann nur wünschen, daß dem Zentralinstitut voller Erfolg beschieden sein möge.

Digitized by Google

Die zweite aus dem gleichen Bedürfnis entsprungene Veranstaltung ist ganz außeramtlicher Natur. Die heillose Zersplitterung in unserm Erziehungs- und Unterrichtswesen kann nicht deutlicher veranschaulicht werden als durch die Tatsache, daß vor dem Kriege mehr als 30 Vereine und Verbände, die sich ausschließlich mit Schulfragen befassen, ohne jede Berührung nebeneinander arbeiteten, nicht mitgerechnet die zahllosen Verbände, die ihren Wirkungskreis auf einzelne Bundesstaaten, Provinzen oder Städte einschränken. Um diesem haltlosen Zustand ein Ende zu machen, ist am 28. Dezember 1915 der „Deutsche Ausschuß für Erziehung und Unterricht" begründet worden. Es haben sich in ihm Vertreter nicht nur von Lehrervereinen aller Gattungen, sondern auch von andern Berufsvereinigungen, die sich mit Bildungsfragen befassen, zusammengefunden. So sind vertreten die großen Berufsorganisationen der Ingenieure und Architekten, der Ausschuß für das technische Unterrichtswesen, der Werkbund, die Gewerkschaften. Man hofft auch noch Vertreter anderer Berufsorganisationen, wie der Handlungsgehilfen, der Richter, Ärzte usw. zur Mitarbeit zu gewinnen. Denn der „Deutsche Ausschuß für Erziehung und Unterricht" strebt an, Schul- und Bildungsfragen nicht lediglich als Fragen der Lehrer zu behandeln, sie vielmehr über den Beratungskreis der Schulleute hinauszuheben und ihnen so, wie sie es nach ihrer Wichtigkeit für das öffentliche Leben verdienen, allgemeines Interesse zu sichern. Er möchte für den Gedanken werben, daß die deutsche Schule in ihrer Gesamtheit, daß alle Bildungsveranstaltungen in ihrer Mannigfaltigkeit von der Volks- bis zur Hochschule aufgefaßt werden müssen als ein großes einheitliches Kulturwerk, und den Gesamtumfang seines Wirkens möchte er unter den erhabenen Zweck rücken: „Durch die Erziehung der deutschen Jugend die Einheit des deutschen Volkes, wie sie sich in Gesinnung und Tat während des Krieges geoffenbart hat, nach dem Kriege zu erhalten und zu kräftigen." Als erstes Ergebnis seiner Arbeit hat der Ausschuß soeben der Öffentlichkeit eine Zusammenstellung von Gutachten vorgelegt, die das wichtige Problem vom Aufstieg der Begabten von den verschiedensten Seiten beleuchten[1].

Schon sind auch Verhandlungen darüber im Gange, daß das Zentral-

[1] Der Aufstieg der Begabten. Vorfragen. Im Auftrag herausgegeben und eingeleitet von Peter Petersen. Leipzig, Teubner.

Digitized by Google

institut und der Deutsche Ausschuß nicht auch den beklagenswerten Fehler begehen und in gegenseitiger Abschließung ihre im Grunde genommen gleichen idealen Ziele verfolgen, sondern daß sie miteinander in Verbindung treten und sich die Hand reichen zu gemeinsamer Arbeit. Alle, die sich mit der Überwindung von Vorurteilen und widerstrebenden Sonderinteressen darin zusammenfinden, werden sich von der Wahrheit des Goetheschen Wortes überzeugen: „Es ist soviel gleichzeitig Tüchtiges und Treffliches in der Welt; aber es berührt sich nicht."

Die geschilderten pädagogischen und schulpolitischen Einheitsbestrebungen sind ein erfolgverheißendes Zeichen für das Lebendigwerden eines neuen Geistes in unserm Bildungswesen und für das erwachende Interesse der breiteren Öffentlichkeit an ihm. Sie werden den Untergrund dafür zubereiten, daß der Staat sich zu organisatorischen Maßnahmen grundsätzlicher Art entschließt; denn letzten Endes kann nur auf diesem Wege die Vereinheitlichung des Bildungswesens herbeigeführt werden.

Nach Vorbildern für eine derartige einheitliche Organisation braucht man nicht zu suchen. Vor einem Jahrhundert war sie bereits soweit vorbereitet, daß sie gesetzliche Form hätte erlangen können. In den Schulreformplänen dieser Zeit lebten die bildungspolitischen Gedanken eines Stein, eines Fichte, eines Wilh. v. Humboldt: das Höchste, was in der damaligen Blütezeit deutschen Geisteslebens Staatskunst, Philosophie und klassische Bildung geleistet haben. Der Staatsunterrichtsgesetzentwurf vom Jahr 1819, in dem sich alle diese Pläne verdichteten, wollte den großen Gedanken der innern Einheit des gesamten Bildungswesens verwirklichen. Die Reaktion hat den Entwurf zu Fall gebracht. Das Vermächtnis jener Zeit in die Tat umzusetzen, wird aber zu den dringlichsten Aufgaben der deutschen Zukunft gehören.

Notizen

Ein englisches Bild von der Somme. In der „Nation" vom 5. August stand folgender Brief eines jungen, an den Kämpfen an dem Somme beteiligten Offiziers:

Ihr redet recht heiter von den Taten unserer Armee hier draußen, und ich nehme an, die meisten in England sehen die Sache mit ähnlichen Gefühlen an. Aber ich wünschte, die Leute dächten ein wenig mehr an das Grauenhafte dieses

Digitized by Google

Vorrückens, an die Prüfungen, die fast menschliche Kraft des Erduldens übersteigen, der unsere Infanterie entgegengehen muß. Die zwei Jahre des Kämpfens, die vor dem 1. Juli liegen, werden jetzt als die „Friedenszeit" erwähnt. Niemand, der es nicht gesehen und erfahren hat, kann sich vorstellen, was es für Leiden gekostet hat, das erste Linienſystem der Deutschen einzunehmen. Erst zermalmen unsere Geschütze Nacht und Tag ein Dorf und machen daraus einen feurigen Ofen, während die deutschen Artilleristen es an unseren Truppen vergelten. Wenn dann das Dorf dem Erdboden gleichgemacht ist und alles Leben scheinbar erloschen, verlassen unsere Leute ihre zerschossenen Gräben und kommen vertrauensvoll vor, während unsere Geschütze ihr Feuer auf die hinteren Linien der Feinde verlegen. Aber siehe da, aus den Eingeweiden der Erde, unter den schwelenden Trümmern des Dorfes, bringen die feindlichen Maschinengewehrschützen ihre tödlichen Waffen heraus und mähen unsere vorwärtsstürmenden Männer nieder. Dann müssen wir entweder zurückgehen oder wir erobern das Dorf durch die Gewalt unwiderstehlicher Überzahl. Nehmt an, wir haben die Stellung genommen. Die nächsten 24 Stunden lang schütten die Deutschen Gasgranaten und die schweren „Crumps" in die Gruppen faulender Toter und zuckender Lebender. Der Feind regnet ebenfalls Granaten auf unsere Verstärkungen und auf die Abteilungen, die uns Essen und Wasser bringen. Jawohl! Mir scheint, es geht hier draußen „sehr hübsch" vorwärts.

Japan und die Vereinigten Staaten. Man ist in den Vereinigten Staaten nicht nervös hinsichtlich Japans, sagt K. K. Kawakam in einem langen und ausführlichen Aufsatz in der „North-Americ. Review" (Maiheft). Aber es gibt Leute, die zugeben, daß Japan wohl augenblicklich keine Absichten gegen uns hat, daß es aber schnell und wirksam einen Streich führen könnte, wenn wir an der Ostküste angegriffen werden oder aber die Spannung mit irgendeiner Macht uns an der Absendung der Flotte nach dem Stillen Ozean verhindert.

Mandschurische und koreanische Bahnen unter japanischer Kontrolle. Im Anschluß an den durch ein neues russisch-japanisches Abkommen (siehe die Notiz in Heft 25, Seite 1094) nunmehr bis zum Sungari verlängerten Hauptstrang der Südmandschurischen Eisenbahn Port Arthur bezw. Dalny—Charbin kommen nach den letzten japanischen Meldungen zunächst fünf Zweigbahnen nach der östlichen Mongolei zum Ausbau, deren Erstellung mit japanischem Kapital die chinesische Regierung im Verfolg der Unterhandlungen mit Japan über den Bau von Querbahnen in der Südmandschurei (siehe obige Notiz) zugesagt hat. Als erste Zweigstrecke dieser Art ist die Linie Szepingchieh—Chengshiatun gemäß Verordnung des Präsidenten der chinesischen Republik vom 16. Dezember 1915 durch Aufnahme einer Anleihe von 5 Millionen Yen bei der Yokohama Specie Bank zur Durchführung vorgesehn. Chengshiatun ist ein bedeutender Handelsplatz in der östlichen Mongolei, nicht weit von der mandschurischen Grenze. Die Bahnstrecke ist 53 1/2 engl. Meilen lang und führt durch eine sehr fruchtbare Gegend. Die Zweigstation Szepingchieh liegt nördlich von Mukden.

Digitized by Google

Weiter südlich bestehen bereits zwei Zweigstrecken zur Südmandschurischen Eisenbahn: die in chinesischem Besitz befindliche Linie Mukden—Hsinmingtun, die an die Nordchinesische Bahn anschließt und über Kinchou und Shansheikwan nach Tientsin und Peking führt, und die von Taishichia noch Inkou am Liaofluß gehende kurze japanische Zweiglinie, die in einer chinesischen Bahnstrecke über Newchwang den Anschluß an die Hauptlinie der Nordchinesischen Bahn vermittelt. Im Gebiet der Neuerwerbung zwischen Changchun und Charbin dürfte in absehbarer Zeit eine vom Hauptstrang abzweigende Linie am Sungari entlang nach Bodund führen, dort in die den Russen in Auftrag gegebene Eisenbahn nach Tsitsikar (nicht Tsitsikay, wie in obiger Notiz gedruckt) und Aigun am Amur einmündend und zugleich eine Verbindung mit der ostchinesischen Bahnstrecke Charbin—Mandschuria herstellend. Da in der russisch-chinesischen Konzession auch eine direkte Verbindung Bodund—Charbin vorgesehen ist, so werden nach Ausbau aller projektierten Strecken zwischen Charbin und Taishichia neun Zweigbahnen der Erschließung der Südwestmandschurei und Ostmongolei dienen, wozu noch als wichtiges süd-nördliches Verkehrsmittel der dem Hauptstrang der Südmandschurischen Eisenbahn parallel laufende Liaofluß in der äußerst fruchtbaren süd-mandschurischen Ebene kommt Östlich der Hauptlinie sind die Verkehrsverhältnisse weniger günstig. Abgesehen von einigen kurzen Anschlüssen an Kohlengruben und Erzbergwerke, die von der Südmandschurischen Eisenbahngesellschaft ausgebeutet werden, und dem bis Kirin schiffbaren Sungari (einem Nebenfluß des Amur), sind hier nur zwei Verkehrsadern zu nennen, von denen sich die eine erst im Ausbau befindet. Die Strecke Mukden—Antung, von den Japanern im Russenkriege 1904/05 als Feldbahn erstellt und dann ausgebaut, stellt über Wiju den Anschluß an das koreanische Bahnsystem (Hauptlinie Soeul—Fusan) und nach Japan her. Die Zweigstrecke Changchun—Kirin, ein von Japanern und Chinesen gemeinsam finanziertes Unternehmen, dürfte nach japanischen Meldungen bald ganz unter japanische Verwaltung kommen. Dann soll diese Bahnlinie, dem Tale des Sungari durchs Gebirge folgend, bis Hunchun an der koreanischen Grenze weitergeführt und an die japanische Kleinbahn angeschlossen werden, die das Hinterland des koreanischen Hafens Chöngjin (u. a. auch das fruchtbare Grenzgebiet Chientao) mit dem Meere verbindet. Von Chöngjin ist eine Küstenbahn am japanischen Meer entlang nach dem Hafen Gensan in Aussicht genommen. Gensan wiederum wird mit Soeul verbunden. Ferner befaßt sich die Koreanische Eisenbahnverwaltung mit dem Plan der Erbauung einer Bahnlinie, die Hamhung und Syohojin (am japanischen Meer) mit Heisanchin (in der Nähe der mandschurischen Grenze) verbinden soll. Im Südosten Koreas endlich baut die japanische Chosen Light Railway Company, die auf die Erschließung der koreanischen Provinzen am japanischen Meer hinarbeitet und von der Regierung unterstützt wird, zwei Schmalspurbahnen von Kyöngdschu (in der Nähe des Meeres) nach Taiku (an der Strecke Soeul—Fusan) und nach Tongnai (bei Fusan) von 42 und 121 Meilen Länge. Später wird auch Andong mit Taiku verbunden werden (ca. 250 Meilen). Dr. oec. publ. Heber

Digitized by Google

Die russischen Flüchtlinge spielen in den neuesten englischen Zeitungen eine ziemliche Rolle. Eine Zuschrift von Lord Sheffield vom 31. Juli billigt die Verwahrung, die der „Manchester Guardian" gegen die geplante und von Lord Loreburn verurteilte Rücksendung von russischen, meist jüdischen Flüchtlingen nach ihrem Heimatlande eingelegt hat. Er nimmt Anlaß, an einem eben vor Gericht entschiedenen Fall die Frage ausführlich zu erörtern. Ein Mann namens Sarno sollte nach dem Gesetz von 1914 zur Überwachung von Ausländern nach Rußland zurückgeschickt werden. Lord Sheffield machte dagegen geltend: Hätte die Regierung Sarno für gefährlich gehalten, so hätte sie alle Machtbefugnis besessen, ihn zu internieren. Wollte man die Anklage des Beamten geltend machen, so hätte dies in Form eines gerichtlichen Verfahrens geschehen müssen, und wurde sie bewiesen, so konnte der Mann bestraft und die Verschickung als Zusatzstrafe ausgesprochen werden. Der Beamte hatte davon geredet, die Gemeinschaft der Nationen erfordere von England, daß es unerwünschte Ausländer in ihr eigenes Land zurücksende; das sei Blödsinn und Geschwätz; es beständen genaue Verträge für diejenigen bestimmten Verbrechen, für welche Auslieferung seitens Englands erfolge, aber auch dann habe der Beschuldigte das Recht auf ein richtiges Verhör vor einem angemessenen Gerichtshofe, ehe er ausgeliefert werde. „Mr. Samuel nimmt die schlimmsten Gepflogenheiten despotischer Länder an, indem er administratives Vorgehen an Stelle rechtlichen Verfahrens setzt.... Aber abgesehen von Sarnos Fall hat Mr. Samuel erklärt und gedroht, daß er den hiesigen Russen die Wahl der Verschickung nach Rußland oder des Dienstes in unserem Heere stellen werde. Offenbar ist der Gebrauch einer Macht, die zum Schutz gegen unerwünschte Ausländer in Zeiten dringender Gefahr und nationalen Notstandes gegeben war, gegen Tausende gesetzliebender Ansässiger, um sie zu einer Handlungsweise zu zwingen, die die Regierung zu verlangen kein Recht hat, der gröbste Mißbrauch der Macht, und in früheren Zeiten hätte ein Minister sich dafür wohl eine öffentlichen Anklage zugezogen. Lord Lansdowne ist durch den Verlauf der Debatte am 27. Juli gezwungen worden, das Ministerium des Innern fallen zu lassen und zu versprechen, die Angelegenheit vom Gesamtministerium in weitere Erwägung ziehen zu lassen. Ich bezweifle, daß bisher die Sache von der Regierung irgendeiner Erwägung unterzogen worden ist, und doch drängt am Tage nach diesem Versprechen Mr. Samuel auf Machtbefugnisse, um Sarno der Barmherzigkeit der russischen Verwaltung zurückzuliefern. Man hielt es vor neunzehnhundert Jahren für den Gipfel der Unmenschlichkeit, daß der Levite und der Pharisäer auf der anderen Seite der Straße an dem Verwundeten vorübergingen. Heute möchte der Abkömmling des Leviten und des Pharisäers den Verwundeten den Räubern wieder in die Hände geben, wenn er sich nicht bereit erklärt, ihm bei einem gefährlichen Werk zu helfen, zu dem er nicht verpflichtet ist. Ich hoffe, die britische Nation wird nicht nur an denen, die leiden, das Werk des Samariters vollbringen, sondern wird auch diesem modernen Vertreter antiker Hartherzigkeit lehren, daß es ebensowohl dem Übeltäter Vergeltung angedeihen läßt, wie sich auf die Seite des Unterdrückten stellt."

Digitized by Google

Loreburns Rede im Oberhause vom 27. Juli 1916 lautete übrigens (nach der „Times" vom 28.): Carl Loreburn charakterisierte die Antwort der Regierung als sehr unbefriedigend. Er habe nicht den geringsten Einwand dagegen, daß an irgend jemand das Verlangen gestellt werde, seinem Lande oder dem Lande, in dem er Zuflucht gesucht habe, zu dienen, aber er habe sehr starke Einwände dagegen, daß man einen russischen Untertanen zwinge, nach Rußland oder Polen und in kein anderes Land zu gehen. Das habe Mr. Samuel getan. Hätte er einen Tropfen jüdischen Bluts in seinen Adern, so würde er sich lieber die Hand abhacken, als zu einem dieser Männer sagen: Wenn ihr nicht in die britische Armee eintretet, dann sollt ihr, als polnische Juden, zurückgehen, nicht, wohin ihr wollt, irgendwohin in der Welt, sondern nach Rußland oder Polen. Das sei unwürdig der Traditionen britischer Freiheit.

Neuerscheinungen

Die Kriegsschauplätze auf der Balkanhalbinsel beschreibt ein neues Heft der von A. Hettner herausgegebenen Sammlung „Die Kriegsschauplätze" (B. G. Teubner, Leipzig). Die Kampfgebiete in Serbien, Montenegro, Albanien und Mazedonien werden geschildert, und die bis jetzt erfolgten kriegerischen Ereignisse in ihren geographischen Beziehungen gewürdigt. Solche Betrachtung schärft den Blick für Gesetzmäßigkeit und Notwendigkeit militärischer Bewegungen und politischen Wollens. Man muß den deutschen Geographen und Verlegern dankbar sein, daß sie schon während des Krieges mit solchen Büchern die Grundlage für gründliches Verstehen militärischer und politischer Geschehnisse schaffen.

Wie der Feldgraue spricht, zeigt in einigen sachlich geordneten Kapiteln ein kleines Buch von K. Bergmann (A. Töpelmann, Gießen). Es offenbart sich darin ein Reichtum an plastischen Sprachschöpfungen, der nur da möglich ist, wo das Volk schaffend am Werke ist. Das Büchlein nimmt sich so ernst aus, daß es die aufdringliche Betonung der „mächtigen Förderung durch die Annahme der Widmung durch Hindenburg" gar nicht braucht.

Zwischen Arras und Péronne, ein Bilderbuch, bestehend aus 311 Bildern von der deutschen Front zwischen Arras und Péronne, gibt ein deutsches Reservekorps heraus. (Im Buchhandel bei R. Piper & Co., München.) Die Bilder, von Angehörigen des Korps aufgenommen, haben einen eigenen Reiz: sie zeigen die typische nordfranzösische Landschaft mit den dicken Kirchtürmen, den stattlichen Rathäusern, den Schlössern des Adels. Außerdem finden wir Bilder über das Leben und Treiben unserer Feldgrauen und der französischen Bevölkerung. Die Ausführung der Abbildungen ist im allgemeinen vorzüglich. Der Reinertrag ist für die Hinterbliebenen-Sammlung des Korps bestimmt.

Digitized by Google

Literatur

Hermann Gruber, S. J., Schulfrage und Verfassungskrisis in Luxemburg (Ergänzungshefte zu den Stimmen der Zeit. Erste Reihe: Kulturfragen. 2. Heft) IV u. 72 S. Freiburg 1916, Herder. M. 1.50.

Der schwere innerpolitische Konflikt, der im Oktober 1915 im Großherzogtum Luxemburg zum Ausbruch kam, hat seinerzeit auch in der deutschen Presse viel Beachtung gefunden. Der äußere Anstoß zu demselben wurde dadurch gegeben, daß die Großherzogin von ihrem verfassungsmäßigen Recht Gebrauch machte, die Verleihnng der Stelle eines Direktors der Normalschule (d. h. der beiden Lehrer- und Lehrerinnen-Bildungsanstalten) an den ihr von der liberal-sozialischen Kammermehrheit präsentierten Kandidaten abzulehnen. Mit der Bildung eines Koalitionsministerium am 22. Februar 1916 ist nach äußerst erbitterten Kämpfen die Krisis äußerlich beigelegt, aber keineswegs wirklich beendet worden. Wer die Stellungnahme der deutschen Presse zu diesem Konflikt verfolgt hat, konnte eine doppelte Feststellung machen: einmal, daß es mancherorts an der gründlichen Kenntnis der luxemburgischen Verhältnisse, besonders der tieferen Zusammenhänge und Ursachen des Konfliktes gebrach; vor allem aber drängte sich die Beobachtung auf, daß der alte Fehler nicht vermieden wurde, die Beurteilung auswärtiger Verhältnisse vom Gesichtspunkt der durch die eigenen innerpolitischen Parteianschauungen bedingten Sympathien vorzunehmen, anstatt ausschließlich den deutschen nationalen Standpunkt zum Maßstab des Urteils zu nehmen; sonst hätte die Blockmehrheit mit ihren französizierenden Neigungen und ihrer offen zur Schau getragenen Abneigung — um keinen schärferen Ausdruck zu gebrauchen — gegen Preußen schwerlich hier und da Sympathie finden können. Unter diesen Umständen kommt die vorliegende Broschüre erwünscht; ihr wohlunterrichteter Verfasser macht aus seinem schroffen Gegensatz zu den Blockparteien keinen Hehl, legt aber ein reiches ergiebiges Quellenmaterial zur Stütze seiner Darstellung vor und ermöglicht so dem Leser, sich selbst ein Urteil zu bilden. Nach einer längeren Einleitung, die den äußeren Verlauf als Konfliktes schildert, gibt der Verfasser einen Überblick über die staatsrechtliche und die partei- und kirchenpolitische Entwicklung des Großherzogtums Luxemburg seit 1795; ein zweiter Teil befaßt sich eingehend mit dem Kampf um die Volksschule, der den eigentlichen Ausgangspunkt der Krisis bildet, und dessen Phasen durch die Volksschulgesetze der Jahre 1843, 1881 und 1912 bezeichnet sind.

Prof. Dr. F. X. Seppelt, Breslau

Politisches Leben in Deutschösterreich. Bei der nötig gewordenen Kürzung des Eingangs zu dem so betitelten Aufsatz in Heft 32 sind infolge Verspätung eines Briefes einige Wendungen stehen geblieben, die nunmehr den Zusammenhang unterbrechen. Es sind daher auf Seite 1373, Zeile 7 die Worte „geschlossen wohnenden" zu streichen. Am Anfang von Seite 1374 haben die Worte von „Man darf Deutschösterreich ....." bis „berechtigt?" zu entfallen.

Nachdruck aus dem Inhalt unter genauer Quellenangabe gestattet.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar Verlag Gustav Kiepenheuer, Weimar. Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

1. Jahrgang • 1. September 1916 • Heft 36

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

An die Herren Mitarbeiter der „Deutschen Politik"

Immer von neuem gehen uns, besonders aus dem Felde, Zuschriften zu, in denen sich die Schreiber darüber beschweren, daß das Verständnis unserer „Deutschen Politik" durch die zahlreich darin enthaltenen Fremdworte und fremdsprachlichen Zitate erschwert wird.

Humanistisch Gebildete beklagen sich darüber, daß es an einer Übersetzung französischer und besonders englischer Zitate fehle, real- bezw. elementar Gebildete beklagen sich über die lateinischen und griechischen Zitate und über Fremdworte im allgemeinen. Einer dieser Herren schreibt uns:

„Ich lese die Schrift mit großem Vergnügen und schätze sie. Ich bitte Sie, nur einen Einwand zu gestatten, den ich zur Prüfung auf seinen Wert empfehle: Wenn Sie allein auf einen Leserkreis, bestehend aus höher Gebildeten, rechnen, so erübrigt er sich — der materielle Gewinn, der Ihnen aber wohl nicht gleichgültig in bezug auf Höhe oder Niedrigkeit sein wird, — wird dementsprechend ausfallen. Rechnen Sie aber auch mit der nicht geringen Menge aus Bürgerkreisen, die keine Gymnasial- bezw. Sprachkenntnisse besitzen, sagen wir mit dem Kreise der sich durch Beobachtung, Lesen usw. fortbildenden „Zeitungsleser", wozu der größere Teil der reisenden Kaufleute gehört, dann wird es notwendig, „Fußnoten" zu bringen, Übersetzungen alles Fremdsprachlichen, ganz besonders auch Erklärungen von Fremdwörtern und Kunstausdrücken.

Es wird das eine Mehrbelastung in Ihrer Arbeit sein, die sich meines Erachtens bezahlt machen würde; denn soviel weiß ich: der Leser, der zu

Digitized by Google

oft beim Lesen sich sagen muß: ‚Wieder etwas, was man nicht versteht, warum ist das nicht wenigstens übersetzt oder erklärt‘, legt die Schrift weg und greift selten oder nicht wieder danach.

Außerdem wäre damit ein volkserzieherisches Moment mehr zu erkennen.

Wenn die „Deutsche Politik“ wirklich ins Volk dringen soll, dann ist es unbedingt notwendig, daß der Anregung des Briefschreibers Folge gegeben wird. Wir halten es allerdings nicht für richtig, dies durch Fußnoten zu tun, sondern würden es vorziehen, entbehrliche Fremdworte durch den deutschen Ausdruck zu ersetzen, die Übersetzungen der Zitate oder Erklärungen von mit einem deutschen Wort nicht eindeutig wiederzugebenden Fremdworten unmittelbar hinter diesen in Klammer zu geben. Es ist aber für die Schriftleitung gänzlich unmöglich, diese Arbeit allein durchzuführen, schon aus dem Grunde, weil ein großer Teil der Manuskripte uns nicht früh genug vorliegt, um von uns durchgearbeitet werden zu können, ehe sie zum Satz in die Druckerei gehen. Wenn wir aber gar den Inhalt eines Manuskriptes erst im Umbruch kennen lernen, ist es zu spät, weil Korrekturen im Umbruch einen Neu-Umbruch nötig machen würden.

Wir wenden uns daher an unsere geehrten Herren Mitarbeiter mit der Bitte, uns in dem Bestreben, auch den fremdsprachlich nicht gebildeten Lesern das Verständnis unserer Zeitschrift zu ermöglichen, dadurch zu unterstützen, daß sie in ihren Manuskripten entbehrliche Fremdworte durch den deutschen Ausdruck ersetzen und hinter jedem Fremdwort oder fremdsprachlichen Zitat sofort die deutsche Übersetzung angeben, oder wenn dies doch nicht früher geschehen ist, bei Gelegenheit der Korrektur die erforderlichen Angaben machen. Gleichzeitig bitten wir um Erlaubnis, überall dort, wo das durch uns geschehen kann, überflüssige Fremdworte durch den deutschen Ausdruck ersetzen, wo dies nicht angängig ist, die Übersetzung hinzufügen zu dürfen.

Endlich bitten wir die Herren Mitarbeiter, die Schriftleitung ermächtigen zu wollen, Aufsätze, die den verabredeten Umfang überschreiten, bis zu diesem Umfang zu kürzen.

Sofern kein Einwand gegen diese Ausführungen erhoben wird, nehmen wir Ihre Zustimmung an.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Verlag und Schriftleitung der „Deutschen Politik“

Digitized by Google

Für einen deutschen Frieden

Von Dr. Paul Rohrbach

Gleichzeitig mit der Rückkehr des Unterseeboots „Deutschland" hat der „Unabhängige Ausschuß für einen Deutschen Frieden" einen Aufruf an das deutsche Volk erlassen. Der Feind, heißt es darin, will trotz der von uns errungenen Siege noch nichts vom Frieden wissen.

Er redet weiter von unserer Vernichtung. Seine verantwortlichen Staatsmänner wiederholen schamlos, was sie an schmählichen, niederträchtigen Lügen und Verleumdungen von Kriegsbeginn an über uns verbreiteten. Jedes Völkerrecht tritt der Feind mit Füßen. Brutal zwingt er die Neutralen, ihm zu Willen zu sein. Restlos will er uns vom Weltverkehr abschneiden. Durch den Hunger von Millionen sucht er ein Volk zur Übergabe zu nötigen, das sein Schwert nicht zu bezwingen vermag. Auch solcher Anschlag geht fehl. Deutscher Opfermut und deutsche Organisation zerschlagen diese Waffe.

Wir wollen einen Augenblick bei diesem Absatz verweilen. Er trifft das, was auch wir empfinden. Sowohl hier, als auch im weiteren Text sind wir im ganzen erfreut, feststellen zu können, daß sich die Forderungen des „Unabhängigen Ausschusses" in dem was sie aussprechen, gar nicht so weit von den Formulierungen entfernen, die auch wir gegebenenfalls wählen würden. Gewisse Wendungen und Ausdrücke, die nicht ganz unter dasselbe Urteil fallen würden, entspringen offenbar dem Wunsche, rednerisch populär zu sprechen. Weiter gegen den Schluß des Aufrufs wird gesagt, es gelte alle Macht- und Kampfmittel rücksichtslos einzusetzen, um den Feind zum Frieden zu zwingen. Wir haben im vorigen Heft dazu den einen Vorbehalt gemacht; daß notwendig der obersten Reichs- und Kommandogewalt die Entscheidung darüber verbleiben muß, welche Mittel zur militärischen Niederwerfung des Gegners anzuwenden sind, und wann oder in welchem Umfange sie angewendet werden sollen. Hieran muß festgehalten werden, und es freut uns, daß der Aufruf des Unabhängigen Ausschusses bei der Kundmachung seines Standpunktes sich von der leidenschaftlich-demagogischen Tonart, der man manchmal bei diesem Thema begegnet, ferngehalten hat. Auch sie ist gelegentlich nur zu gut zu verstehen auf Grund alles dessen, was England gegen uns begangen hat und noch zu begehen entschlossen ist, wenn es nur die Kräfte dazu findet.

Digitized by Google

Betrachten wir aber einmal den festen Entschluß, deutschen Opfermut und deutsche Organisation gegen den barbarischen Hungerplan Englands zu setzen, und ebenso die Forderung, alle Macht- und Kampfmittel rücksichtslos hiergegen zu gebrauchen, unter dem Gesichtspunkt bestimmter Vorgänge und Tatsachen, denen wir in Deutschland selbst begegnen! Es handelt sich dabei nicht um machtvolle kriegspolitische Aufrufe, um Ozeanfahrten unserer Unterseehelden, um geniale Feldzugspläne und dergleichen, sondern um ganz kleine Dinge, Pfennige und Groschen — nur daß sich diese Pfennige und Groschen in erschreckender Weise zu Millionen und zu Milliarden summieren. Die „Dresdner Volkszeitung" und nach ihr das „Berliner Tageblatt" (vermutlich auch eine große Anzahl anderer Blätter) haben neulich folgendes Schriftstück veröffentlicht:

„Verein der nach Dresden liefernden Milchproduzenten.

Dresden, den 8. Februar 1915.

Geehrter Herr!

Wir hatten in unserer Generalversammlung am vergangenen Freitag beschlossen, daß die Milch liefernden Landwirte eine Einschränkung ihrer Milcherzeugung eintreten lassen sollten, und zwar in Höhe von 20 bis 30 Prozent, um eine Erhöhung des Milchpreises durchzusetzen. Die Milchpreiserhöhung soll vom 18. d. M. ab beginnen. Der Landwirt soll von da ab zwei Pfennig per Liter mehr von seinem Abnehmer verlangen. Die Firma Pfund (die zahlreiche Verkaufsstellen in Dresden hat. D. Red.) will in eine Erhöhung nicht eingehen, weshalb sich der Milchproduzentenverein gezwungen sieht, diese Erhöhung allein durchzuführen. Dies ist aber nur möglich, wenn unsere Mitglieder fest zusammenhalten; und deshalb ergeht an die Lieferanten das dringende Ersuchen, diese Sache mit zu unterstützen und in obiger Weise, wie der Versammlungsbeschluß besagt, einzuwirken. Die Einschränkung des Milchkonsums soll von den Landwirten sofort ins Werk gesetzt werden, so daß namentlich um die Zeit des 15. Februar besonders wenig Milch in Dresden eintrifft. Sie haben es doch in Ihrer Hand, als landwirtschaftlicher Vereinsvorstand die Mitglieder, welche doch hauptsächlich Milchlieferanten nach Dresden sind, sofort in eine Versammlung einzuladen und diese dringend zu ersuchen, daß jeder seine Milcherzeugung wenigstens zunächst (!) auf diese kurze Zeit einschränken muß, damit wir endlich zu unserem Ziele kommen. Wir erwarten Ihre tatkräftige Unterstützung und zeichnen Hochachtungsvoll

Vertraulich. gez. Hänsel."

Wie stimmt so etwas mit dem von uns dankbar begrüßten festen Willen, der an anderer Stelle bekundet wird, durchzuhalten und alles, alle Kraft und alle Mittel der Organisation, nicht nur ans Durchhalten, sondern auch an den Sieg zu setzen? Ist das nicht auch eine Organisation, die

Digitized by Google

hier den Säuglingen, Kindern, stillenden Müttern und Kranken einer großen deutschen Stadt, in einem Teile Deutschlands, wo die Unbemittelten ohnehin mit noch größeren Schwierigkeiten zu kämpfen haben, als anderswo, die Milch hat verteuern wollen? Sind denn solche Leute, wie der Unterzeichner des vertraulichen Dresdner Rundschreibens, etwas Besseres, als die amerikanischen Munitionslieferanten mit ihrer Gewinnsucht, die sich vom Völkerkrieg nährt? Sind sie nicht noch viel schlimmer? Ist es nicht noch viel zu milde, wenn man von ihnen als von unsern „innern Amerikanern" spricht? Und wer von uns würde wohl seine Hand dafür ins Feuer legen wollen, daß dieses zufällig an den Tag gekommene Schreiben das einzige in seiner Art im Laufe der letzten zwei Jahre in Deutschland geblieben ist?

Am 24. August brachte die „Tägliche Rundschau" in Berlin folgende Notiz:

Wucherpreise für Obst und Gemüse in Hamburg. Man schreibt uns aus Hamburg: Nirgends im ganzen Deutschen Reiche werden derartige Wucherpreise für Obst und Gemüse gefordert als hier in Hamburg. Für Pflaumen z. B. werden 80 und 90 Pfennig für das Pfund gefordert. Die „Deputation für Handel, Schiffahrt und Gewerbe" hält schleunige Maßnahmen erforderlich, daß Wucherpreise für die demnächst auf den Hamburger Markt kommenden Äpfel, Birnen und Spätgemüse noch rechtzeitg verhindert werden. Die Deputation ist der Ansicht, daß durch ein Vorgehen Hamburgs allein irgendein Erfolg nicht zu erzielen sei. Höchstpreise für das Hamburger Gebiet würden die Ware vom Markt fernhalten, ein Ausfuhrverbot sei gleichfalls zwecklos. Auf Veranlassung der „Deputation für Handel, Schiffahrt und Gewerbe" wird darum in diesen Tagen vom Freistaat Hamburg ein Antrag an das Kriegsernährungsamt ergehen, für Obst und Gemüse für das ganze Reich, unter Berücksichtigung der Besonderheiten der einzelnen Wirtschaftsgebiete, Höchstpreise vorzuschreiben. Die Wucherpreise in Hamburg für Obst sind das Empörendste, was man sich denken kann, denn in den Vierlanden, von woher Hamburg mit Obst versorgt wird, ist eine über alle Maßen ergiebige Obsternte gewesen. Demnächst sollen ungeheure Mengen der ungewöhnlich reichen Äpfel- und Birnenernte auf den Markt kommen. Hoffentlich sind bis dahin Höchstpreise festgesetzt. Die Hamburger Bevölkerung ist von stärkstem Unwillen über den schrankenlosen Obstwucher erfüllt.

Wir (sagt die Redaktion der „Täglichen Rundschau") müssen leider hinzufügen, daß auch der „stärkste Unwille", der ja durchaus nicht nur in Hamburg herrscht, und keineswegs nur den Wucherpreisen für Obst und Gemüse gilt, bis jetzt noch sehr wenig erreicht hat. Obwohl das Kriegsernährungsamt jetzt ein Vierteljahr tätig ist, machen auch wir in Berlin uns bezüglich des Verkaufs der Obsternte auf das Unglaublichste gefaßt.

Digitized by Google

Am 15. August stand in demselben Blatt zu lesen:

Der Kriegsgewinn einer Konservenfabrik. Die Konservenfabrik Joh. Braun A.-G. in Pfeddersheim bei Worms, die im vergangenen Jahr ihre Dividende bereits verdoppelt hatte (von 5 auf 10 v. H.), schlägt für 1915/16 25 v. H. Dividende vor! Nicht genug damit, soll den Aktionären auf zehn Aktien eine neue geschenkt werden; zu diesem Zweck soll das Aktienkapital auf 1 100 000 Mark erhöht werden. Der Warengewinn hat sich mit 2 142 604 M. (1 011 539 Mark im Vorjahr) mehr als verdoppelt, Bankguthaben, Barbestände, Wechsel und Wertpapiere sind von 291 551 M. auf 1 945 282 M., also um mehr als das Sechsfache gestiegen. Da wundert man sich noch über die hohen Konservenpreise! Und das alles darf sein! Es geschieht nichts, um solchen unberechtigten Gewinnen Einhalt zu gebieten.

Wir verzichten darauf, die Zahl derartiger Ausschnitte zu vermehren. Wollte man nur die schlimmsten Zeugnisse dieser Art sammeln und veröffentlichen, so würde es ein dicker Band werden. Und das alles darf sein! So fragt die Zeitung mit Recht. Wir haben seit einer Reihe von Monaten ein Kriegsernährungsamt, und man ist seinem Leiter, wenn auch hier und da mit Vorbehalt, so doch mit dem ausgesprochenen guten Willen, ihm zu vertrauen und ihm seine Aufgabe durch das Vertrauen zu erleichtern, entgegenkommen. Unter dem neuen System haben wir als die erste eindeutige Erfahrung den Fehlschlag in der Organisation der Frühkartoffelversorgung erlebt. Irrtümer und falsche Berechnungen sind menschlich und große Aufgaben pflegen nicht ohne Lehrgeld zu gelingen. Seit einem Vierteljahr aber erleben wir die harte Teuerung für Gemüse und Obst. Warum gibt es denn keine Teuerung, wenigstens keine nennenswerte und empfindliche, für Blumen? Warum konnte man Maiglöckchen, Narzissen usw. von Anfang an fast zu demselben Preise auf der Straße kaufen wie im Frieden? Die Produktionsbedingungen sind doch nicht nur für die Obst- und Gemüsezüchter, sondern auch für die Blumenzüchter erschwert. Der Unterschied ist nur, daß man Birnen und Weißkohl essen kann, Rosen nicht. Es liegt kein Zwang vor, sie zu kaufen, und wer sie loswerden will, muß sie zu einem Preise anbieten, der dem Käufer die Ware, die er nicht notwendig braucht, doch begehrenswert macht.

Daß Gemüse und Obst heute nicht so billig sein können, wie vor zwei oder drei Jahren, das sieht jeder verständige Mensch ein. Die ausländische Zufuhr ist bis auf geringe Mengen herabgesetzt und die Erzeugung im Inlande kostet mehr als sonst. Muß es aber darum sein, daß der Mann,

Digitized by Google

der mit Mohrrüben von seinem Felde auf den Markt nach Kassel oder mit Pflaumen aus seinem Garten nach Hamburg fährt, einfach dafür das Drei- bis Vierfache gegen früher fordert und bezahlt erhält? Sollte das so ganz ohne Praktiken abgegangen sein oder abgehen, ähnlich dem Dresdner Milchzirkular? Wo alle andern Dinge teils knapp sind, teils so gut wie fehlen und die Preise hoch gestiegen, da spielen Obst und Gemüse eine geradezu entscheidende Rolle. Der Haushalt des Mittelstandes wie der des Arbeiters wird gleich betroffen. Keine Argumente in der Welt werden imstande sein, uns davon zu überzeugen, daß die Wucherpreise für alle pflanzliche Nahrung eine Schicksalsnotwendigkeit für Deutschland sind. Niemand redet davon, daß hier eine leichte Aufgabe vorliegt. Für Dinge, die leicht und von selber gehen, errichtet man aber auch keine Reichsämter mit außerordentlichen Vollmachten. Wir geben zu, daß an manchen Stellen die Schwierigkeit, dies und jenes in ausreichender Menge und zu erschwinglichen Preisen zu schaffen, noch unüberwindlich ist. Da heißt es eben: Schweigen und Durchhalten! Wenn wir aber die Kapitulation des Reichsernährungsamts vor dem Gemüse-, Obst- und Konservenwucher (ist es denn unmöglich, den Konservenfabriken vorzuschreiben, daß sie das Gewicht von Fleisch, Gemüse, Brühe usw. außen auf der Dose angeben müssen?), den Händlern mit geräuchertem Seefisch usw. auch ruhig hinnehmen sollen, dann fragen wir bescheiden, was noch zu hoffen ist?

Unser Volk wird den Mut zum Durchhalten auch dann nicht verlieren, wenn man den gekennzeichneten Wucher noch weiter am Werk läßt. Nur wird es die Sätze über „deutsche Organisation" mit Vorbehalt und stillschweigendem Widerspruch an gewissen Stellen lesen. Der Aufruf des Unabhängigen Ausschusses schließt mit den Worten:

Mit politischem und wirtschaftlichem Helotentum bedrohen uns die offenen Pläne Englands. Es geht um unser Leben als Volk und Staat, um unsere Kultur und Wirtschaft. Darum gilt es, alle Macht- und Kampfmittel rücksichtslos einzusetzen, um den Feind zum Frieden zu zwingen. Um die gesicherte Arbeit des Landmannes, um die freie Betätigung des Handels, um die Weiterentwicklung der Industrie, und nicht zuletzt um die Erhaltung und Besserung der Lebensbedingungen des deutschen Arbeiters geht unser Kampf. Nicht wahr soll es werden, was der Brite sagt, daß wir alle Schlachten gewinnen, England aber den Krieg. Sei stark, deutsches Volk! Du kämpfst um Dasein und Zukunft. Hinden-

Digitized by Google

burg hat dir die Losung zugerufen: Nicht durchzuhalten gilt es, es gilt zu siegen!

Der Unabhängige Ausschuß verzichtet, wie es scheint, mit Absicht darauf, die Kriegsziele im einzelnen so vollständig wie es selbst unter den heutigen Umständen möglich wäre, anzudeuten; er spricht z. B. nicht vom Orient, nicht vom deutschen Kolonialreich. Er nennt nur die Länder zwischen der Baltischen See und den Wolhynischen Sümpfen, und er nennt weiter Belgien, das „militärisch, wirtschaftlich und politisch in deutsche Hand zu liegen kommen müsse", als seine Kriegsziele. Wir wollen hierauf nicht eingehen, da heute eine wirklich nutzbringende, d. h. eine freie Diskussion noch nicht gewährt werden kann. Wir machen uns aber den obenstehenden Schluß des Aufrufs dem Hauptsinn nach durchaus zu eigen. Es geht um unser Leben als Volk, und England ist es vor allen Dingen, das uns dies Leben rauben will. Über die Mittel, um England zu zwingen, daß es von seinem angemaßten ersten Platz in der Welt zurücktritt und unser Lebensrecht auch dort anerkennt, wo es auf seine Kosten geht, haben wir unsere besondere Ansicht, über die es sich im Augenblick besser nicht zu reden empfiehlt. Auf jeden Fall aber werden wir ohne allen Rückhalt hinter der obersten Kommandogewalt und der Reichsregierung stehen, wenn diese den Zeitpunkt für gekommen erachten sollte, alle deutschen Waffen, zu Lande und in der Luft, auf dem Wasser und unter dem Wasser, mit voller Gewalt gegen den Feind einzusetzen. Was für ein Feind das ist, dafür heute noch ein kleines Zeugnis. Die französische Zeitung „Progrès de Lyon" vom 21. August bringt eine Notiz: „Die deutschen Kinder in Holland". Es waren nämlich während der Sommerferien eine Anzahl Kinder, namentlich aus Rheinland, bei holländischen Freunden, die den Eltern eine Hilfe für ihre Kleinen angedeihen lassen wollten, als Gäste aufgenommen. Hierzu schreibt das französische Blatt, ein Teil des holländischen Publikums mißbillige die tatsächliche Hilfe, die Deutschland hierdurch geboten werde, und die nur eine Verlängerung des Krieges zur Folge haben könne. Die niederländische Sektion der „Liga der Neutralen" erinnere daran, daß Deutschland belagert sei, mit den Worten: „Indem man Deutschland hilft durchzuhalten, sind wir für die Verlängerung des Krieges und den Tod von Tausenden von Soldaten der Verbündeten verantwortlich, die für

Digitized by Google

ihre Unabhängigkeit kämpfen." Es handelt sich hier wohl nicht um eigentliche Holländer, sondern um Entente-Soldschreiber im Dienste der Aushungerungsidee Englands. Das Gott wohlgefällige England herrscht die menschenfreundlichen holländischen Eltern, die einigen deutschen Kindern Aufnahme und Pflege gewährt haben, voll Frömmigkeit und Menschlichkeit an: „Untersteht euch, uns in den Arm zu fallen, wenn wir die deutschen Kinder hungern lassen wollen!" Ist es zuviel, wenn man sagt, daß gegen diese Gesinnung und den Willen, der aus ihr spricht, es eine erlaubte und gebotene Selbsthilfe ist, Feuer auf England regnen zu lassen? Aber auch Feuer auf die Wucherer bei uns zu Hause, die England helfen. Das würde der fünften Kriegsanleihe gut bekommen.

An der Schwelle des dritten Kriegsjahres

Von Prof. Dr. v. Schulze-Gävernitz, M. d. R.

Wir bringen im folgenden die Ausführungen des Herrn Prof. Dr. v. Schulze-Gävernitz in der Versammlung des Deutschen Nationalausschusses in Breslau.
Die Schriftleitung

Das Kriegsziel der Gegner sichert uns die innere Einigkeit, denn dieses Kriegsziel besteht in der Vernichtung der militärischen Macht Deutschlands, welches damit der Willkür seiner Feinde überliefert werden soll; es besteht in der Vernichtung der wirtschaftlichen Macht Deutschlands und in der Ausschaltung des deutschen Gedankens aus der Weltkultur. Damit steht unser erstes Kriegsziel fest: wir kämpfen um unser Dasein, das eint uns und zwingt uns, den Kampf fortzusetzen; wir müssen durchhalten; denn wir haben gar nicht die Wahl, wenn wir uns nicht selber aufgeben wollen. Wir kämpfen gegen eine riesige Übermacht, der gegenüber es schon ein Erfolg ist, daß wir heute mit Sicherheit sagen können: es ist unmöglich, uns zu vernichten. Friedrich der Große galt als Sieger des Siebenjährigen Krieges, weil er gegenüber einer gleichen Übermacht sich behauptet hatte. Wir kämpfen gegen diese Übermacht für unsere Menschheitsaufgabe — ein zweites Marathon.

Aber über das Ziel der eigenen Behauptung hinaus haben uns unsere Gegner weitergehende Kriegsziele aufgezwungen: wir kämpfen für „die Freiheit der Meere", welche unsere weltwirtschaftliche Entfaltung sichert — unsere und die aller Nicht-Briten. Wir kämpfen gegen „die

Digitized by Google

russische Gefahr", welche unsere territoriale Grundlage in Europa bedroht — unsere und die aller Anlieger Rußlands von China bis Schweden. Diese Ziele umschließen unsere weltgeschichtliche Aufgabe. Kaiser und Kanzler haben sich zu ihnen bekannt. In welchem Maße wir diese Ziele erreichen werden, hängt nicht von unserem Wollen ab, in dem wir einig sind, sondern von unserem Können, das heißt von den militärischen und wirtschaftlichen Machtverhältnissen bei Ausgang des Krieges. Unsere Aufgabe ist es, die eines jeden an seiner Stelle, diese Machtverhältnisse so günstig wie möglich zu gestalten, das heißt zu siegen, statt vom Frieden zu reden, ehe der Sieg endgültig erfochten ist. Jede Festlegung von Einzelheiten der Kriegsziele schwächt nach innen, indem sie dem Gedanken entgegenkommt, der Friede sei nahe vor der Tür; sie schwächt nach außen, indem sie dem Ausland Hoffnung macht auf Uneinigkeiten im deutschen Volke; sie schwächt nicht nur heute, sondern auch bei den künftigen Friedensverhandlungen. Unsere Politik muß dann frei sein, sich im einzelnen wenden zu können nach der Linie des geringsten Widerstandes, vorzustecken und zurückzustecken, wobei selbstverständlich erweise aus den ungeheuren Opfern, die gebracht worden sind, herausgeholt werden muß, was irgend herausgeholt werden kann. Eine Beschränkung in der Erörterung der Kriegsziele ist um so notwendiger, als das „je mehr, desto besser" der Annexionisten bei längerer Kriegsdauer unter Umständen übertönt werden könnte durch das „Frieden um jeden Preis" der Abstinenten. Statt uns in Einzelheiten zu verlieren, ist es viel wertvoller, die weltgeschichtliche Bedeutung unserer Kriegsziele zu beleuchten und uns dafür zu begeistern.

Seit den Tagen Cromwells führt der Brite den Dreizack des Neptun, der zugleich das Zepter ist.

Und das Reich der freien Amphitrite
Will er schließen wie sein eigen Haus,

so kennzeichnet Schillers Weitblick die letzte Ursache des Weltkrieges seines und unseres Zeitalters. Bei Waterloo wurde mit deutschen Knochen die Frage der Seeherrschaft zugunsten Englands entschieden. Frankreichs Niederlage wurde 1898 durch Faschoda besiegelt. Seitdem ist Frankreich weltpolitisch das, was England zu sein erlaubt: Bundesgenosse im Sinne des alten Rom; und wieder bekämpft England den stärksten festländischen

Digitized by Google

Mitbewerber: Deutschland, mit den Knochen des Nächststärkeren: Frankreichs. Aber viel schwerer als vor hundert Jahren lastet die britische Seeherrschaft heute auf der nichtbritischen Menschheit. Mit der ungeheuren Steigerung der weltwirtschaftlichen Zusammenhänge hängt das Wohl und Wehe des einzelnen Menschen wie des einzelnen Volkes weithin vom Seeverkehr ab und ist den Briten auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. Indem der Brite uns die See sperrt, trägt er Hungerpreise in die Hütten der Ärmsten. Indem er die Zufuhr von Futtermitteln und damit die Milchversorgung der Städte hemmt, schreitet er über Kinderleichen.

Demgegenüber erklärt es Deutschland für kulturwidrig und menschheitsfeindlich, daß es in das Belieben einer Macht gestellt ist, die Weltwirtschaft zu unterbinden und damit das Dasein aller anderen Völker in das Herz zu treffen. Deutschland erstrebt für sich keine Seeherrschaft, wohl aber ein Gleichgewicht zur See, in welchem Deutschland der stärksten Macht gleichwertig zur Seite steht. Deutschland erklärt es für kulturwidrig, daß es in das Belieben einer Macht gestellt ist, die kolonialen Rohstoffgebiete der Welt für sich vorwegzunehmen, ihren Günstlingen zuzuteilen und andern zu entziehen; Deutschlands Lebensbedürfnis ist eine genügend breite, geographisch nicht zu entlegene koloniale Ausweitung. Deutschland erstrebt Gleichberechtigung für sich und kämpft damit für die Befreiung der Menschheit.

Für die Freiheit der Meere kämpft unsere Hochseeflotte, welche nichts sehnlicher hofft, als daß der ruhmrednerische Bericht Jellicoes die Briten veranlassen wird, sich noch einmal zur Seeschlacht zu stellen, kämpfen unsere U-Boote, deren neuester Erfolg, das Handels-U-Boot, weite Aussichten eröffnet, kämpft aber auch unser Landheer im Westen; denn England verteidigt in Frankreich und vor allem in Belgien die erste Verteidigungslinie seiner Seeherrschaft, deren zweite der Kanal ist.

Für uns ist, wie der Kanzler ausdrücklich feststellte, ein Status quo (Herstellung des früheren Zustandes) in Belgien unmöglich; denn Belgien würde damit zum Vorposten und Aufmarschgebiet der britisch-französischen Macht und rückte dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet, unserem wirtschaftlichen Lebenszentrum, in gefährlichste Flankenstellung. Ist ein Status quo in Belgien für uns unmöglich, so ist es schlechthin

Digitized by Google

verfrüht, über die sich hieraus ergebenden politischen Fragen heute öffentlich oder gar abschließend zu sprechen; nur soviel steht fest: jedenfalls haben wir Deutsche das eigenste Interesse wie die moralische Pflicht, den Bruderstamm der Flamen nicht zugrunde gehen zu lassen, sondern seine Wünsche nach Selbständigkeit mit den weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Interessen Deutschlands an Antwerpen und der flamischen Küste in Einklang zu bringen. Das Kriegsergebnis im Westen könnte dauernde Friedensmöglichkeiten in sich schließen, wenn England, dessen Weltreich wir nicht bedrohen, bereit wäre, zum Primus inter pares (der Erste unter den im Range Gleichen) herabzusteigen.

Anders im Osten: Rußlands Kriegsgrund ist Konstantinopel, dessen Herrschaft es aus religiösen, politischen und wirtschaftlichen Gründen erstrebt. Hierzu bedarf es der Vorherrschaft auf dem Balkan und der Aufrollung Österreich-Ungarns. Deutschland kann die Türkei und vor allem Österreich-Ungarn nicht preisgeben, sonst wäre es selbst Kleinstaat, der Vasall und das nächste Opfer Rußlands. So schon mit aller Entschiedenheit Bismarck auf dem Berliner Kongreß und später! Hierzu kam der Friedrich Listsche Gedanke einer wirtschaftlichen Ausweitung Deutschlands nach dem Südosten, welcher in der Bagdadbahn seinen Ausdruck fand. Seit Wangenheim im Balkankrieg 1912 erklärte: die Bedrohung der asiatischen Türkei durch Rußland sei ein gegen Deutschland gerichteter unfreundlicher Akt, „führt für den Russen der Weg nach Konstantinopel durch das Brandenburger Tor". Die russische Gefahr wächst. In wenigen Jahrzehnten hat Rußland 300 Millionen Einwohner bei einem jährlichen Bevölkerungszuwachs von 3 Millionen, während die neue Agrarreform die Unterbringung der zuwachsenden Masse sichert und die russische Bauernbank jährlich gegen 1 Million Seelen nach Sibirien ansiedelt. Mit Recht sagt Rohrbach: „Von einem gewissen Punkte an können die Unterschiede der Masse nicht mehr durch Qualität ausgeglichen werden."

Das Mittel gegen die russische Gefahr liegt so sehr auf der Hand, daß auch hierüber Einstimmigkeit herrschen dürfte: Loslösung der von Rußland beherrschten Fremdvölker seiner Westgebiete. So auch der Reichskanzler am 5. April 1916.

Im einzelnen: das sogenannte „Baltikum", umfassend die baltischen Provinzen und Litauen, dünn bevölkert durch Kleinvölker

Digitized by Google

westeuropäischer Kultur, Protestanten und römische Katholiken, für Deutschland eine grenznahe Siedelungskolonie ersten Ranges, in welche die in Rußland ihres Besitzes beraubten deutschen Bauern überzuführen wären. Diese deutschen Kolonisten, meistens Süddeutsche von dem Typus der Württemberger Bauern zur Zeit Schillers, sind ein Siedlermaterial ersten Ranges. Sie aus Rußland herauszuholen, ist ein Lebensinteresse für Deutschland, ebenso wie eine moralische Pflicht. Auch zu diesem Ziele hat sich der Reichskanzler bekannt. Viel dichter besiedelt als das Baltikum ist Polen. Auch hier ist es noch verfrüht, Einzelheiten festlegen zu wollen, schon weil dieselben ebenso von unseren österreichischen Bundesgenossen abhängen wie von uns — nicht minder auch vom Gange der Kriegsereignisse. Solange wir im Westen nicht freie Hand haben, ist die russische Gefahr nicht endgültig zu beseitigen. Rußlands Wehr- und Wirtschaftsmacht wird wachsen; der Krieg hinterläßt hier ungelöste Fragen, Kriegsgefahren, Rüstungsforderungen — alles andere eher als Pazifismus.

Eingeklemmt zwischen Weltmächten im Westen und Osten, sehen wir nur einen Ausweg: Mitteleuropa. Das Bündnis zwischen Deutschland und Österreich ist auszubauen zu einem Friedensverein, welcher den Krieg zwischen diesen beiden Mächten unmöglich macht, mit einer Militärkonvention. Nur schrittweise kann dem die wirtschaftliche Vereinigung folgen. Aber der allgemeine Satz sollte nicht bestritten werden, daß große Zollgebiete leistungsfähiger sind als kleine und im Zuge der Zeit liegen. Dieses Mitteleuropa im engen Bunde mit dem Balkan und der Türkei — Griechenland seine Mittelmeerseemacht — wäre die politische und wirtschaftliche Weltmacht, welche über Suez auch vom Lande her Druck auf Afrika ausüben könnte. Holen wir dieses Ergebnis aus dem Kriege heraus, so ist, selbst wenn wir weiter nichts gewinnen, wie der bekannte britische Imperialist Garwin feststellt, dieser Krieg für uns nicht verloren, sondern gewonnen.

Digitized by Google

Zur Regelung der Volksernährung

Von Dr. Walter Claaßen

Es soll hier zunächst gefragt werden: Wie verhielt sich der tatsächliche Nahrungsverbrauch im Frieden zur Produktion aus inländischem Boden und wie beide Größen: Verbrauch und Produktion zu dem für mittlere Arbeit offiziell angenommenen physiologischen Minimalbedarf, d. h. dem zur Erhaltung voller Kraft und Gesundheit notwendigen, auf den erwachsenen Mann und Tag berechneten Nahrungsbedarf? Diese Verhältnisse sind aus den folgenden Zahlen ersichtlich:

Verdauliche Nährstoffe

	Eiweiß	Fett	Kohlehydrate	Kalorien Zahl
	g	g		
Nach Eltzbacher[1] 1912/13				
Verbrauch . .	139	159	796	4963
Produktion . .	100	92	731	3891
Nach J. König				
Physiol. Bedarf .	102	55	475	2904

Man sieht: Im Frieden ging nicht nur der Verbrauch, sondern auch die Erzeugung aus dem heimischen Boden weit über den notwendigen Bedarf hinaus. Unter dieser Erzeugung ist die Erzeugung an tierischer Nahrung nicht verstanden, soweit sie mit Hilfe ausländischer Futtermittel erfolgt. Diese Berechnung Eltzbachers ist sogar noch zu ungünstig, wie von mir an anderer Stelle eingehend dargelegt ist[2]. E. nimmt eine viel zu hohe Wirkung der Futterstoffe an. Soweit unsere Versorgung mit tierischen Nahrungsmitteln vom Auslande abhängig war, war sie dies fast gar nicht unmittelbar, sondern mittelbar durch einen gewissen Fehlbetrag unserer Futtererzeugung. Für die Gesamtversorgung mit tierischer Nahrung kommt das Ausland fast nur als Futterlieferant in Betracht.

Aus heimischen Boden wurde gedeckt vom Eiweiß- und Stärkewertgehalt der Futterstoffe

[1] Eltzbacher, P.: Die deutsche Volksernährung usw. Braunschweig 1914, S. 63. Hier ist der Kopf-Verbrauch, nicht der Verbrauch auf den Mann angegeben.

[2] Claaßen, W.: Die Wirkung der Futtermittel usw. in Illustr. Landw. Ztg. 1915, Nr. 61/62.

Digitized by Google

	von Eiweiß	Stärkewerten
Nach Claaßen		
Pflanzl. und tier. Futter 1911/13 . .	82,5 Proz.	87,2 Proz.
Nach Zuntz und Kuczynski[1]		
Pflanzl. Futter allein 1912/13 . . .	85,7 „	89,1 „

Die tierischen Futtermittel (Magermilch usw.) spielen für das Gesamtergebnis keine große Rolle. Nach allem kann keine Rede davon sein, daß von unserem Bedarf an tierischer Nahrung im Frieden 1912/13 nur $^6/_{11}$ aus heimischem Boden gedeckt worden seien, wie bei Eltzbacher berechnet wird. Es waren mindestens $^4/_5$. Aus meiner Rechnung folgt weiter, daß 1911/13 von den Rindviehfuttermitteln 92 Proz., von den Schweinefuttermitteln 73 Proz. aus inländischem Boden stammten.

Deckte nach vorstehenden Darlegungen im Frieden der heimische Boden weit mehr als den physiologischen Eiweißbedarf und sogar mehr als das Doppelte der Fettmenge, die nach offizieller Annahme der mittlere Arbeiter braucht, so lag die Sache schon im ersten Kriegsjahre erheblich ungünstiger. Im ersten Kriegsjahre blieben die Ernten um etwa 10 Proz. hinter der Norm zurück, vornehmlich durch die Verwüstungen in den Grenzländern. Meine Rechnung ergibt, daß unter genannter Voraussetzung im Jahre 1914/15 der heimische Boden nur 71—72 Proz. des normalen Futterbedarfs decken konnte, nicht 83—87 Proz. wie im Frieden. Dies ist ein recht erheblicher Unterschied. Unter Berücksichtigung der Absperrung der direkten Zufuhr an tierischer Nahrung (Butter, Schmalz, Ölmargarine usw.) ist festzustellen: Im Jahre 1914/15 konnten bei voller Deckung des normalen Verbrauchs an pflanzlicher Nahrung vom normalen Verbrauch an tierischen Nahrungsmitteln nur gedeckt werden etwa folgende Bruchteile: Von Milch $^5/_6$—$^6/_7$, von Butter und Käse $^3/_4$, von sonstigen Rindviehprodukten (Fleisch und Talg, auch soweit zu Margarine verarbeitet) ebenfalls $^3/_4$, von Schweinefleisch weniger als $^1/_2$, von Schmalz $^2/_5$, von Geflügel und Eier $^1/_2$, von Fischen $^2/_5$. Vom gesamten normalen Fleisch- und Fettverzehr wurden etwa 56 Proz. gedeckt. Alles in allem ging der durchschnittliche Verbrauch des Jahres 1914/15 über das physiologische Minimum immer noch etwas hinaus. Man beachte wohl: der

[1] Zuntz und Kuczynski: Deutschlands Nahrungs- und Futtermittel in Allg. Stat. Archiv Bd. 9, 1915.

Digitized by Google

durchschnittliche Verbrauch! Für 1915/16 ist der Nahrungsverbrauch wie folgt anzunehmen: An Mehl sind verfügbar 216 g per Kopf und Tag, d. s. 2/3 des Friedensverbrauchs. Dies gilt für den Reichs-Durchschnitt. Der Kartoffelverzehr war zeitweise, wie 1914/15, erheblich höher als in Friedenszeiten, zeitweise dafür aber auch erheblich niedriger. Auf dem Lande wurde der normale Brotverzehr um mehr als die Hälfte vermindert. Dieser ganz ungewohnte Abgang führte zu einer gewaltigen Steigerung des Eßkartoffelverbrauchs auf dem Lande und damit zur Erhöhung des Kartoffelmangels in den Städten. Seit der Rationierung des Kartoffelverbrauchs Mitte März 1916 beträgt unter Berücksichtigung der zugelassenen Zusatzkarten für schwer Arbeitende der Kartoffelverbrauch auf dem Lande im Durchschnitt etwas über 1 1/2 Pfund, in den Städten etwas über 420 g per Kopf und Tag. Dieser Verbrauch ist nur wenig höher als im Frieden.

Der Butter-Verzehr beträgt seit der Rationierung 2/5 des normalen. Im Frieden war der Kopftagverbrauch etwa 24 g, jetzt soll er höchstens 15—18 g betragen. Der Fleisch- und Tierfettverbrauch ist im folgenden auf höchstens 2/5 des normalen berechnet. Die gebiets- und gemeindeweise nunmehr beschlossenen Kopfrationen sind sehr verschieden, so auf den Tag berechnet in Süddeutschland 115, Königreich Sachsen und Anhalt 107, Bochum, Köln, Hamm, Stettin 72, Berlin 47, Crefeld, Saarbrücken 36 g. Der normale (Friedens-) Kopftagverbrauch an Fleisch und Tierfett dürfte in den Städten etwa 140 g (Ladengewicht) betragen. Im Frieden sind die Unterschiede im Fleischverbrauch keineswegs so ungeheuer, wie sie es jetzt nach dieser Rationierung sein sollen, und wie sie wahrscheinlich auch schon vorher in diesem Kriegsjahre gewesen sind. Der Trink- und Kochmilch-Verbrauch läßt sich weit weniger zahlenmäßig feststellen, wie der Fleischverbrauch. Im Durchschnitt wird er nicht mehr als 2/3 des normalen sein. Hier sind die zeitlichen und örtlichen Schwankungen nicht geringer als beim Fleische.

Die unmittelbaren Ursachen des verstärkten Nahrungsmangels sind in den starken Ernterückgängen zu finden. In der „Nordd. Allg. Ztg." vom 23. Mai 1916 werden halbamtliche Zahlen veröffentlicht, nach denen geerntet sind an Brotkorn 13,0, Gerste 2,5, Hafer 6,0 Millionen Tonnen. Die früher für Brotkorn angenommene Zahl war nur 10,5 Millionen Ton-

Digitized by Google

nen. Eine umfängliche Rechnung ergibt, daß, wenn man für Brotkorn diese frühere niedrigere Zahl zugrunde legt, über mehr als 2 Millionen Tonnen ein Verbrauch nicht nachweisbar ist. Die neue halbamtliche Ernteschätzung als richtig vorausgesetzt, würden sogar 4½ Millionen Tonnen Brotkorn auf nicht nachweisbare Weise verbraucht (verfüttert?) sein. Dies wären rund 180 g Mehl per Tag und Kopf der Bevölkerung. Die gesetzliche Mehlration ist heute 200 g. Also würde der halbamtlichen Ernteschätzung nach fast doppelt soviel Brot verfügbar sein, als tatsächlich gewährt wird.

Für die geringe Hafer-Ernte ergibt sich folgende Verwendung. Es werden nach Vorschrift verbraucht für 3,3 Millionen Zivilpferde 1,8, für Aussaat 0,7, Summa 2,5 Millionen Tonnen, bleiben also für zirka 1,6 Millionen Armeepferde nur 3,5 Millionen Tonnen. Das sind per Kopf und Tag nur 12 Pfund. Die Friedensration ist dagegen etwas über 13 Pfund. Schon um diese Ration zu erreichen, müßten Vorräte aus dem Vorjahre verfügbar sein. Tatsache ist, daß die Zivilpferde nicht mehr als 3 Pfund Hafer per Kopf und Tag erhalten. Die normale Ration ist 9—12 Pfund. Das Ergebnis der Hafer-Ernte ist für die Nahrungsversorgung nicht unmittelbar, wohl aber mittelbar von sehr erheblicher Bedeutung. Nämlich: Dieser Futterverlust muß den Pferden unbedingt ersetzt werden. Zu diesem Ersatz müssen in erster Linie die Kartoffeln herhalten.

Damit kommen wir auf die Kartoffel, von der einige Gelehrte schon im Frieden gesagt haben, sie sei in Deutschland der „Stab des Lebens". Im Kriege ist sie tatsächlich zum Stein des Anstoßes und des Ärgernisses geworden. Die Kartoffel sollte und könnte zum Ersatz für jedes andere Nahrungsmittel herangezogen werden. Die Ernte war nach der Reichskartoffelstelle in diesem Jahre sogar übernormal: 54 Millionen Tonnen. Stehen deshalb für menschliche Nahrung auch nur um so viel mehr Kartoffeln zur Verfügung, als die Ernte übernormal war? Die, die diese Frage bejahen, haben den Minder-Ausfall der Hafer-Ernte und den gestiegenen Bedarf der Armeepferde vergessen. Welch schwerer Rechenfehler das ist und wie bei genauer zahlenmäßiger Nachprüfung die ganze Kartoffelherrlichkeit verschwindet, zeigt die folgende Bilanz von Kartoffel-Vorrat und unbedingt notwendigem Verbrauch im Jahre 1915/16, Zahlen in Millionen Tonnen: Aussaat 6, Brennerei 1,8, Stärkefabrikation 1,4, Eßkartoffeln (gesetzliche

Digitized by Google

Rationen fürs ganze Jahr angesetzt 13,2) früherer Mehrverbrauch des Landvolkes an Eßkartoffeln 3, Pferde 18, Summa 43 Millionen Tonnen. Die Ernte betrug nach der optimistischen Schätzung der Reichskartoffelstelle 54 Millionen Tonnen. Es bleiben also höchstens 11 Millionen Tonnen zur Verfütterung an Mast- und Milchvieh übrig. Die normale Gesamtverfütterung, die fast ausschließlich an Schweine geht, ist 25 Millionen Tonnen. Also müssen bereits 14 Millionen Tonnen oder mehr als die Hälfte der sonst verfütterten Mengen diesen Tieren entzogen werden, um die geringen Friedensrationen an Eßkartoffeln zu ermöglichen. Für die Schweinefleischproduktion ergibt sich folgendes: Außer den 950000 Tonnen Gerste infolge von Gersten-Minder-Ernte fehlen noch 14 Millionen Tonnen Kartoffeln, die in der Futterwirkung mit etwa 3 1/2 Millionen Tonnen Gerste gleich sind. Insgesamt fehlt also an Gerste und Kartoffeln der Futterwert von rund 4 1/2 Millionen Tonnen Gerste. Der Minderertrag der Gersten- und Hafer-Ernten hat demnach den Ausfall einer Schweinefleisch- und Schmalzproduktion von etwa 550 000 Tonnen zur Folge. Das ist 1/4 des normalen Verbrauches (2 200 000 Tonnen 1911/13). Unter Voraussetzung eines nur etwa 10-prozentigen Ernte-Ausfalls ergab sich schon ein Minder-Verbrauch an Schweinefleisch und Schmalz von 1/2 und 3/5 gegenüber normalen Zeiten. Fügt man nun den sich für 1915/16 ergebenden größeren Minderverbrauch an Schweinefutter hinzu, so kommt man zu dem Schlusse, daß heute wahrscheinlich nicht viel mehr als 1/4 der normalen Schweinefleisch- und Schmalzvorräte verfügbar ist. Der Schweinefleisch- und Schmalzverbrauch macht in normalen Zeiten im Reichsdurchschnitt fast 2/3, in den Städten 3/5 des gesamten Fleisch- und Fleischfettverbrauches aus. Der normale Rindfleischverbrauch hat zwar infolge der bisher erörterten Ursachen erheblich weniger eingeschränkt werden müssen. Es kann aber keine Rede davon sein, daß — wie Prof. Ballod meint[1] — in diesem Kriegsjahre noch 3/4 des normalen Fleischverbrauches verfügbar gemacht werden könnten. Es sind allerhöchstens 2/5.

Die Ursachen der Ernteverminderung sind hauptsächlich folgende: Auf die Absperrung der Zufuhren künstlicher Düngemittel ist ein

[1] Ballod, C.: Die Nahrungsmittelversorgung Deutschlands usw. in Schmollers Jahrbuch 1916 I. S. 95 usw.

Digitized by Google

Ausfall von etwa 6 Proz. der Normalernte zurückzuführen. Noch wichtiger erscheint mir die Verminderung der Arbeitskräfte von Mensch und Tier, nach Zahl und Art. Pferde und Menschen wurden der Landwirtschaft entzogen und mußten — soweit dies überhaupt möglich war — durch geringerwertige ersetzt werden. Die Ernährung von Mensch und Tier wurde außerdem so verschlechtert, daß dadurch die Arbeitsleistungen ohne weiteres und damit auch das Ernteergebnis herabgedrückt werden mußten. Durch diese mit dem Kriege eingetretenen Verhältnisse, weit mehr als durch natürliche, wurden die Ernten gewaltig gesenkt. Für diese Mängel kann unsere Wirtschaftspolitik nur insofern verantwortlich gemacht werden, als sie die Düngemittelproduktion nicht genügend gefördert hat. Sodann sind die Maßnahmen der Behörden als Ursachen der Verschlechterung der Lage zu erwägen: Diese Maßnahmen sind 1. solche, die auf Verminderung der Ernten, 2. solche, die auf Verminderung der Versorgung mit tierischen Nahrungsmitteln, unabhängig von den Futterernten, und 3. solche, die auf die Verteilung der Nahrungsmittel ungünstig eingewirkt haben. Allgemein lassen sich diese Fehler auf gewisse geistige Grundmängel zurückführen. Dr. Heim machte in der Münchener Versammlung der christlichen Bauernvereine (nach Bericht des „Berl. Tagebl." Nr. 243 vom 12. Mai 1916) durchaus treffend darauf aufmerksam, daß vielen regierenden Männern „das Alphabet der Wirtschaftsgesetze" fehle. Zu diesem Alphabet der Wirtschaftsgesetze gehört auch, daß man versuche, nach Möglichkeit günstige und ungünstige Wirkungen zahlenmäßig gegeneinander abzuschätzen. An diesem unserer humanistischen Ausbildung anhaftenden Grundmangel kranken besonders die Juristen. Welch ein Unfug mit der Statistik aus dieser — sagen wir einmal unquantitativen Geistesverfassung heraus — getrieben wird, darauf hat der Direktor des Statistischen Amtes von Schöneberg, Dr. Kuczynski[1] neuerdings an der Hand von Beispielen durchaus treffend hingewiesen.

Eine Maßnahme von ganz eigener Art ist die künstliche Herabdrükkung der Ernten durch gesetzliche Beschränkung der Aussaatmengen, früher schon bei Hafer, jetzt aber auch bei Kartoffeln. Für mich ist es

[1] Kuczynski, R.: Volksernährungspolitik und Zahlenverständnis. Ann. für soz. Politik und Gesetzgebung Bd. IV, S. 530/45 i. b. S. 535 f.

Digitized by Google

zweifellos, daß die Hafer-Ernte dieses Jahres durch solche Vorschrift vornehmlich gemindert wurde. Diese Spuren haben nicht geschreckt. Im Gegenteil. Jetzt wird bei den Kartoffeln dasselbe unternommen. Was hierzu zu sagen ist, ist u. a. von mir[1] und in weiterer Ergänzung zu meinen Ausführungen von einem praktischen Landwirte[2] ausgiebig erörtert worden. Kurz gesagt: Man hat bestimmt, daß an Kartoffeln nicht mehr als 8 Ztr. per Morgen sollen ausgesetzt werden. Der Durchschnitt war früher 10 Ztr., das Maximum etwa 16 Ztr., das Minimum mindestens 6 Ztr. Die Begriffe von Maximum und Durchschnitt, die Vorstellung, daß es ganz verschiedenartige Kartoffelböden in Deutschland gibt, haben bei diesen Maßnahmen ein recht geringe Rolle gespielt. Ein Beweis, daß bisher die große Mehrzahl der Landwirte zu ihrem eigenen Schaden Verschwendung mit der im Kriege so besonders teuren Kartoffel getrieben haben und durch zu reichliche Aussaat weiter treiben werden, ist von Regierungsseite niemals versucht worden. Die „Beweislast" liegt aber in dieser Sache der Regierung ob, nicht den Landwirten. Diesen juristischen Gesichtspunkt wenigstens sollte man in den Ämtern zu würdigen wissen. Im allgemeinen neigt der Landwirt weit eher zu falscher Sparsamkeit als zu Verschwendung.

Soviel über die Herabdrückung der Ernten. Nun haben aber auch abgesehen von dem schon durch die geringeren Futterernten erzwungenen Rückgange der tierischen Produktion noch ganz andere Maßnahmen hierzu beigetragen. Dies ist das lückenhafte Höchstpreissystem, das man eingeführt hat. Die Regierungen haben das Schlimmste getan, was sie tun konnten und haben eine unvollständige Regelung der Sache beliebt: Höchstpreise für Schweine und bis vor kurzem keine für Rinder. Die Folge war: die Produktion von Schweinefleisch für den Markt hörte auf und die Abschlachtung der Kühe, ja der Zuchtbullen wurde zum größten noch andauernden Schaden der Milch- und Fleischproduktion mit Hochdruck betrieben. Es sind buchstäblich Zuchtbullen für 3000 Mark verkauft worden, um in Wurstfabriken zu wandern. Allgemein ist ferner bei Festsetzung der Höchstpreise nicht der Grundsatz

[1] Claaßen, W.: Die Aussaatmengen bei Kartoffeln in Mitt. der DLG. 1916 Nr. 12, S. 183/185.

[2] Stiegler-Sobotka in Illustr. Landw. Ztg. 1916 Nr. 31, S. 230.

Digitized by Google

beobachtet worden, daß die Höchstpreise aller Waren im gleichen Verhältnis zu den Erzeugungskosten stehen müssen. Die Erzeugungskosten zu kennen, ist ein schwierige Sache. Diese Schwierigkeit wurde umgangen. Es ist teilweise unmöglich zu ergründen, von welchen Gesichtspunkten man bei der Normierung der verschiedenen Höchstpreise ausging. Vielfach war das Motiv das, den Preis um so niedriger anzusetzen, je mehr die betr. Ware ein Verbrauchsgegenstand der großen Masse war. Auf die Erzeugungskosten wurde keine Rücksicht genommen. Auf diese Weise kam es dahin, daß der Arbeiter zu niedrigen Höchstpreisen keine Milch, zeitweise keine Kartoffeln, kein Schweinefleisch kaufen konnte, daß er dagegen zu hohen Preisen sich an Beafsteak und dergl. satt essen mußte. Höhere Milch- und Schweinepreise hätten höhere Erzeugung und damit nicht teurere Lebenshaltung erzwungen, sondern billigere Lebenshaltung ermöglicht. Denn Milch zu 40 Pfg. per Liter nährt mehr als keine Milch zu 30 Pfg. und billiger als Beafsteak. Eine derartige Preisregelung, die die Waren vom Markte verdrängt, ist nur als Fehlschlag zu bezeichnen, und schlimmer als gar keine. Es hat also seinen guten Grund, wenn der Sozialist Calwer gegen die „Fesseln des Höchstpreissystems" zu Felde zieht. Ganz schematisch wurde die Futterverteilung geregelt. Man beschlagnahmte z. B. überall ohne Rücksicht auf die Größe des Schweinebestandes die Hälfte der Gersten-Ernte. Der eine Landwirt hatte demnach viel mehr, der andere weit weniger als er brauchen konnte. Die Verteilung des beschlagnahmten Futters war so ungünstig, daß die Ausnutzung des Futters weit mangelhafter war als im Frieden.

Die wichtigste Frage ist aber: Wie ist das Verhältnis zwischen pflanzlicher und tierischer Nahrung zu regeln? Ich gehe hierbei zunächst von den offiziellen ernährungswissenschaftlichen Anschauungen Rubners u. a. aus, soweit nicht ausdrücklich anders bemerkt, obwohl diese Anschauungen nicht die meinen sind.

Auch nach diesen Anschauungen findet bei jeder Verfütterung pflanzlicher Stoffe — soweit diese nicht wegen zu hohen Rohfasergehalts zu Nahrungszwecken unverwendbar sind — eine Zerstörung von Nährwerten statt. Es fragt sich aber natürlich, ob durch die Zerstörung der einen Nährwerte nicht andere ebenso wertvolle oder gar wertvollere ge-

Digitized by Google

wonnen werden. Nach meiner Berechnung (vergl. Ill. L. Z. a. a. O.) werden rund $^3/_4$ der Kalorien bei Verfütterung vernichtet. Nur $^1/_4$ des Kaloriengehaltes der verfütterten Stoffe wird in Fleisch, Fett und Milch wiedergewonnen. Damit ist jedoch noch nicht gesagt, daß jede Verfütterung unbedingt eine Verschwendung von Nährwerten sein müsse. Denn es kommt nicht allein auf den Kaloriengehalt der Nahrung an, sondern auch auf eine Reihe anderer Momente. Offizieller Anschauung nach soll der mittlere Arbeiter per Tag etwa 100 g verdauliches Eiweiß bekommen, davon $^1/_3$ in tierischer Form (mit Milch, Käse, Fleisch oder Fischen). In wie weit müssen nun pflanzliche Stoffe und damit $^3/_4$ ihrer Kalorien verbraucht werden, um in $^1/_4$ der Kalorien die nötige Menge von Eiweiß überhaupt und insbesondere von tierischem Eiweiß zu gewinnen? Das ist die Frage, die im Rahmen der offiziellen Wissenschaft gestellt werden muß. Diese Frage ist ernstlich nicht aufgeworfen worden, geschweige denn beantwortet. Durch das Verbot, Brotkorn — abgesehn von einem geringen minderwertigen Reste — zu verfüttern, wurde nicht mehr erreicht, als $^2/_3$ der Friedensrationen zu sichern. Eine Herabsetzung der Fleischrationen um $^3/_5$ mußte jedenfalls in Rechnung gestellt werden. Diesen Abgang glaubte man aus den Kartoffeln womöglich ersetzen zu müssen. Allermindestens aber mußte man darauf bedacht sein, zu verhindern, daß auch diese Frucht der menschlichen Nahrung mehr als im Frieden entzogen wurde.

Um das zu erreichen, schlug man einen eigenartigen Weg ein. Man beschlagnahmte nicht etwa die zur Nahrung für nötig erachteten Mengen, wie man dies beim Brotkorn getan hatte. Dies erklärte man für unausführbar. Man begann vielmehr zwangsweise die Schweine, die Hauptkartoffelfresser, abzuschlachten. Die Zahl der abzuschlachtenden Schweine wurde buchstäblich aufs Geratewohl bestimmt. Ferner hatte man diese „Rechnung" ohne die Ferkel gemacht, die nach 1—2 Monaten die übriggebliebenen Kartoffeln ohne Beschwerden vertilgen konnten. Drittens erfolgte die Auswahl der abzuschlachtenden Schweine nicht nach dem Gesichtspunkte der höchstmöglichen Futterverwertung, sondern überhaupt nach gar keinen Gesichtspunkten. Die Zahl der Kartoffelfresser verminderte sich tatsächlich nur wenig. Es wurden nur 12 Proz. mehr Schweine geschlachtet als zuvor im Frieden. Die Maßregel fällt noch ins alte Erntejahr. Ihre Erwähnung an dieser Stelle geschieht nur, um die

Digitized by Google

kriegswirtschaftlichen Methoden zu kennzeichnen. Man hat diese Maßnahmen nicht wiederholt. Man ging vielmehr einen Weg, der einer Beschlagnahme der Eßkartoffeln ähnlich sah oder ähnlich sehen sollte. Es wurden nacheinander eine große Anzahl von Verboten gegen Verfütterung von Teilen der Kartoffeln und teilweise Beschlagnahmegebote erlassen. Die Kartoffelverordnungen des Bundesrats erreichten Anfang dieses Jahres die Zahl von etwa 45. Mit alledem ist jedenfalls nicht mehr erzielt, als daß der Friedensverzehr an Eßkartoffeln ungefähr gesichert wurde. Die tatsächliche Bedeutung der Zwangsschlachtungen wurde von Befürwortern wie Gegnern völlig falsch bewertet. Diese Bewertung ist ein neues Beispiel für die unquantitive Geistesverfassung, mit der bei uns Wirtschaftspolitik getrieben wird. Durch diese Geistesverfassung ist auch die Unklarheit begreiflich, die noch immer über das Verhältnis zwischen pflanzlichen und tierischen Stoffen in der Nahrungsregelung besteht.

Diese wichtigste Frage, die jetzt brennend ist, wurde bisher von keiner maßgebenden Stelle ernstlich erwogen. Wieviel pflanzliche Produkte, insbesondere Kartoffeln, müssen oder dürfen verfüttert werden, damit eine möglichst reichliche Ernährung gesichert sei? Im ganzen dürften wohl im Jahre 1915/16 11 Mill. Tonnen Kartoffeln verwandt werden, um im Verein mit Gerste usw. $^1/_4$ des normalen Schweinefleischverzehrs, etwa 550 000 Tonnen, zu liefern. Wäge man nun Nutzen und Schaden dieser Verwendung ab. Um 1 Pfd. Schweinefleisch zu erzeugen, dazu gehören im großen Durchschnitt $8^1/_3$ Pfd. Gerste oder etwa 30 Pfd. Kartoffeln. Würden die 11 Millionen Tonnen heute verfütterter Kartoffeln *ganz der Nahrung des Menschen zugeführt* werden, so würden rund 350 000 Tonnen Schweinefleisch ausfallen. Nach verdaulichen Nährwerten berechnet stellen sich Gewinn und Verlust bei dieser Maßregel wie folgt:

	Eiweiß 1000 Tonnen	Fett 1000 Tonnen	Kalorien Milliarden
Verlust tierischer Stoffe . . .	35	175	1 800
Gewinn pflanzlicher Stoffe .	150	—	9 900

In jedem Falle muß die Frage ernstlich erwogen werden, ob das Opfer von 11 Millionen Tonnen Kartoffeln, das Opfer von netto 115 000 Tonnen Eiweiß und von netto 8100 Milliarden Kalorien nicht zu groß ist für den Gewinn, der nur darin besteht, daß 35 000 Tonnen Eiweiß

Digitized by Google

und 1628 Milliarden Kalorien in tierische Form verwandelt werden, das letztere in Fettform. Noch verständlicher wird die Gegenüberstellung vielleicht durch folgende Erwägung. Eine Arbeiterfamilie kann, wenn sie auf 1/4 Pfd. Schweinefleisch und Fett verzichtet, dafür 7 1/2 Pfd. Kartoffeln mehr haben. Entschieden soll hier diese Frage nicht werden. Es sei einstweilen nur auf die Mittel verwiesen, mit denen die Frage allein nur lösbar ist.

Mit knapper Fleisch- und Fettnahrung haben wir in jedem Fall zu rechnen. Mit wie knapper im Verhältnis zu Friedenszeiten, ist genugsam erörtert. Im vorstehenden habe ich gezeigt, wie wenig die Behörden geneigt sind, die Grundsätze auch der offiziellen Wissenschaft anzuwenden, Ich möchte nunmehr darauf aufmerksam machen, daß auch gewisse Ergebnisse der bisher noch nicht offiziellen Wissenschaft berücksichtigt werden müßten. Die offizielle Wissenschaft wußte bisher nur von Eiweiß, Fetten und Kohlehydraten, als der drei Bestandteile der Nahrung, für deren Beschaffung ernstlich Sorge getragen werden müßte. In Wahrheit ist diese Meinung nur eine Hypothese. Von Casimir Funk sind die Vitamine, eigenartige, in sehr kleinen Mengen vorhandene Stickstoffverbindung, als Bestandteile der Hülsen der Pflanzen und notwendige Nährstoffe erwiesen worden. Diese Vitamine nimmt der Fleischesser in Form von Fleisch mit auf, da das Tier das ganze Korn frißt. In dem Maße aber, als das Fleisch knapp wird, ohne durch Pflanzenhülsen ersetzt zu werden, verschwinden die Vitamine aus der menschlichen Nahrung. Auch andere wertvolle Stoffe mineralischer Art enthalten die Pflanzenhülsen. Ich verweise für diese ganze Frage auf die Arbeiten von Casimir Funk, der Zahnärzte Hofrat Dr. Röse und Kunert, sowie des Kreisarztes Medizinalrat Dr. Bachmann, die zum Teil in Buchform, zum Teil in Zeitschriften, wie vor allem in den „Mitteilungen" und „Blättern der Medizinisch-Biologischen Gesellschaft" erschienen sind. Ich verweise weiter auf eine historische Tatsache: Für die Wirkung vitaminarmer Nahrung, wie solche heute droht, liegen keinerlei Massen-Erfahrungen in der Geschichte vor. Feinbrotkost ohne Fleisch wurde fast nie andauernd genossen. Die Japaner, die stellenweise Reis ohne Hülsen und ohne Fleisch genossen, erkrankten an Beri-Beri. In Massen soll die hülsenlose und gleichzeitig fleischarme, für viele gar fleisch-

Digitized by Google

lose Kost nunmehr erprobt werden. Und das deutsche Volk soll das Versuchskarnickel abgeben. Und warum soll dies gefährliche Experiment gemacht werden? Weil die offizielle Wissenschaft und mit ihr die Behörden bei ihren Maßnahmen zur Nahrungsregelung an den Erfahrungen der Wissenschaft glatt vorbeigehen. Es ist also unter den gegenwärtigen Umständen zu verlangen, daß das Korn in der Hauptsache voll ausgemahlen und in dieser Form der Bevölkerung zur Verfügung gestellt werde. Nur so läßt sich die Gewähr gegen Unterernährung schaffen. Nur bei Genuß der Pflanzenhülsen haben bisher vegetarisch lebende Völker bestehen können. Da nun einmal ein weitgehender Vegetarismus zurzeit bis auf weiteres erzwungen wird, muß man alles tun, was nur möglich ist, um diesen Vegetarismus in der richtigen Form durchzuführen.

Eine noch unbenutzte deutsche Waffe

Von Dr. Max Brauer

Wir besitzen eine starke Waffe, eine Waffe, ebenso wirksam und zerschmetternd wie edel und menschlich, aber wir brauchen sie nicht.

England hat es erreicht, die Welt vergessen zu machen, was es bedeutet, daß das kulturstolze England samt seiner westlichen Gefolgschaft Seite an Seite im Bunde mit Moskau kämpft. Wie stünde es wohl um England, wenn die Welt dauernd darüber aufgeklärt worden wäre, daß es sich um nichts anderes als die Weltherrschaft Moskaus handelt, wofür die Völker zur Schlachtbank geführt werden, während ihnen Lügen von der Kulturfeindlichkeit Deutschlands vorgefaselt werden.

Es bedarf nicht vieler Worte, um daran zu erinnern, wie gründlich England es verstanden hat, den Spieß umzudrehen, die Waffe, die es gegen sich gerichtet fühlte und zumeist fürchtete, gegen uns zu kehren. Nur darum ist es soweit gekommen, daß fast die ganze bewohnte Erde sich in Haß wider uns erhebt, weil sie nicht weiß, daß wir den weltgeschichtlichen Kulturkampf gegen Rußland kämpfen.

Aber gesagt muß es werden mit derselben Beharrlichkeit, mit der England und seine westliche Gefolgschaft uns als den Schädling unter den Völkern der Erde brandmarken. Ebenso ausdauernd müssen wir darauf hinweisen, daß der wahre Schädling unter den Völkern allein Rußland, Moskau, ist.

Digitized by Google

Uns mag es lächerlich erscheinen, als Barbaren hingestellt zu werden, während die Hauptstütze des feindlichen Völkerbundes das ausgesprochene Barbarenreich Rußland bildet. Uns mag es überflüssig erscheinen, solche Ungereimtheit überhaupt erst zu erörtern. Aber wir müssen die Welt nehmen, wie sie ist: sie glaubt an Englands Lügen, gerade weil wir uns nicht die Mühe nehmen, dagegen aufzutreten und die Ägis[1] des Kulturkampfes gegen Rußland zu schütteln.

Warum rufen wir es nicht hinaus, daß es nur ein ungeheuerlicher Treppenwitz der Weltgeschichte ist, daß uns im Kampfe für die Weltkultur gegen die moskowitische Übermacht gerade das englische „Kulturvolk" in den Rücken fallen mußte, zu schweigen von seiner romanischen Gefolgschaft?

Wäre es denkbar, daß selbst die Neutralen von deutscher Unmenschlichkeit reden könnten, wenn ihnen das wahre Rußland stets von neuem entgegengehalten würde?

Warum zeigt nicht unsere Presse, daß unser oberstes Interesse die Sicherung im Osten ist, ganz wie es der Reichskanzler in seiner jüngsten Rede deutlich genug verkündet hat, daß wir nicht bloß uns, sondern ganz Europa, mehr noch die ganze Menschheit vor dem russischen Ungeheuer schützen müssen, daß wir darum gezwungen sind, dieses zu schwächen — in der dieser Macht gegenüber allein möglichen Weise, durch Abtrennung großer Landstrecken? Warum zeigen wir nicht, daß dies gleichbedeutend ist mit der Erfüllung einer Forderung der Menschlichkeit, indem dadurch die unterjochten Völker Westrußlands von der Knute befreit werden? Warum sagen unsere maßgebenden Parteiführer nicht, wer sonst die Welt vor Rußland schützen soll, wenn der einzige Damm niedergerissen werden sollte, der Europa vor der russomongolischen Überflutung schützt?

Welch ein Kapital von Sympathien könnte Deutschland erwerben, wenn es endlich, endlich gelänge, Rußlands wahres Antlitz zu enthüllen, es in seiner ganzen Unmenschlichkeit aller Welt preiszugeben.

Sehen wir uns doch einmal die verschiedenen Parteirichtungen an, die in Deutschland vorherrschen: wird nicht jede von ihnen aus einer Niederwerfung Rußlands gewinnen: wird nicht eine große Rückenstärkung des

[1] Ägis nennt die griechische Mythe ein von Hephästos dem Zeus gegebenes Ziegenfell, dessen Schütteln Blitz und Donner und alle Schrecken hervorruft.

Digitized by Google

landwirtschaftlichen Elements erfolgen, das in Litauen und im Baltenland Neuland von ungeahnter Weite finden wird, von einer Weite gleich einem Drittel des bisherigen Reiches? Die bürgerlichen Mittelparteien, die Vertreter von Handel und Gewerbe: wo können sie einen sichereren Markt finden, als in diesen weiten Landstrichen ohne starke vorhandene Industrie? Endlich die Sozialdemokratie: ist es denkbar, daß gerade sie ihren alten Standpunkt verleugnen kann, der durch Bebels bekanntes Wort gekennzeichnet ist: „Wenn es gegen Rußland geht, dann schultre ich selbst noch die Flinte!" — Wie denkt sich die Sozialdemokratie einen Fortschritt der Völker in ihrem Sinne, so lange noch der furchtbare reaktionäre Alp im Osten auf den Völkern lastet?

Alles, alles in Deutschland weist darauf hin, daß unsere nationale Zukunft unauflöslich mit den höchsten Menschheitsidealen verflochten ist, jenen Idealen, denen Moskau in ewiger Feindschaft gegenübersteht. Noch nie war ein Volk in seinem Bestand so ausschließlich mit dem Bestand menschlicher Gesittung überhaupt verkettet, wie das deutsche, aber noch nie hat ein Volk eine so günstige moralische Stellung taktisch so schlecht auszunutzen verstanden wie wir.

Das weist uns auch jetzt das Ziel, das der Reichskanzler fest umschrieben hat und zu dem die Macht der Tatsachen uns drängen: Menschlichkeit und Gesittung fordern es: wie weit wir es erreichen, ob die Schwächung Rußlands soweit gehen kann, daß alle Gefahr von Osten her beseitigt sein wird: das allein kann noch die Aufgabe unserer „Kunst des Möglichen" sein, das ist im wesentlichen abhängig von der Entschiedenheit unserer Haltung Rußland gegenüber. Mit dem Augenblick, da die Welt einsieht, daß im Falle eines unvollständigen deutschen Sieges über Rußland die Vorherrschaft Moskaus nicht mehr aufzuhalten sein wird, und daß diese Vorherrschaft Moskaus, des „dritten Roms", das Ende aller Gesittung auf diesem Erdteil bedeutet, erst wenn den Völkern mit voller Klarheit die Erkenntnis aufgegangen sein wird, daß wir Deutsche unser Blut für die Aufrechterhaltung der Gesittung gegen östliche Barbarei vergießen, während uns die Westvölker dabei in hinterlistiger Weise in den Rücken gefallen sind, erst dann wird eine gerechte Beurteilung dieses Ringens Platz greifen.

Wie sagte doch Lloyd George, Englands derzeit unstreitig bester Staats-

Digitized by Google

mann, am 7. August 1915 kurz nach der Befreiung Warschaus? — „Die Eroberung Warschaus und der russische Zusammenbruch bedeutet die Morgenröte der Freiheit für das russische Volk, die Deutschland unbewußt herbeiführt!“ — Beweisen wir ihm seinen Irrtum über den Vorwurf unserer politischen Unreife, der in diesem Ausspruch versteckt liegt, aber nehmen wir ihn beim Wort mit Bezug auf die von uns durchgeführte Völkerbefreiung, die auch von unserem Reichskanzler betont wurde.

Die französische Kultur in den Vereinigten Staaten

Ein kleiner Beitrag zum Verständnis des amerikanischen Wesens

von Professor Dr. Thomas C. Hall, New York, U. S. A.

In der Entwicklung des amerikanischen Lebens spielt die französische Kultur eine Rolle, die meines Wissens nie so recht gewürdigt worden ist. Insofern man überhaupt von einem amerikanischen Typus (Volkscharakter) sprechen kann, ist er in seiner Art weder englisch noch deutsch und hat in mancher Hinsicht mehr Ähnlichkeit mit dem französischen Typus als mit jenen beiden. Viel französisches Blut wird wohl schwerlich in amerikanischen Adern fließen, obwohl eine ziemlich große Einwanderung unverheirateter französischer Männer, sowohl nach dem Süden wie auch durch Kanada nach dem Norden, stattgefunden hat. Aber auf Blutsverwandtschaft kommt es, meiner Ansicht nach, nicht viel an. Es handelt sich vielmehr um gemeinsame Überlieferungen, Ideale und Ziele. Nun hat die französische Überlieferung eine sehr starke Grundlage in dem Bündnis mit Frankreich während des Befreiungskrieges. Die französische Revolution hat ja allerdings die Begeisterung für Frankreich in den besitzenden Klassen stark abgekühlt, und die unglaubliche Dummheit der republikanischen Regierung in Paris hat schließlich diese Klassen geradezu in die Arme Englands getrieben. Aber trotzdem blieben französische Kultur, französische Kunst und französische Denkungsart für manche und zwar oft für die feinsten Geister bestimmend. Das sonnige amerikanische Klima, die Freude an hellen Farben, die Leichtlebigkeit eines wohlgenährten Volkes tragen auch dazu bei, ein Verständnis für das französische Wesen in amerikanischen Kreisen zu erleichtern. Trotz der Revolution hat der Franzose nie aufgehört, aristo-

Digitized by Google

kratisch zu fühlen und zu denken, genau wie der Amerikaner der regierenden Klasse im Grunde genommen aristokratisch und nicht demokratisch denkt. In beiden Ländern versteht man es, mit Schlagwörtern zu arbeiten, und die Wörter „Demokrat" und „Demokratie" werden so beständig mißbraucht, daß sie in Frankreich sowohl wie in Amerika ihren eigentlichen Sinn gänzlich eingebüßt haben.

Der englische Puritanismus (auf äußerste Einfachheit gerichtete Anschauung) übt noch immer einen gewissen Einfluß auf die mittlere Klasse in den Vereinigten Staaten aus, ist aber an dem Freisinn des gebildeten Amerikaners vollständig gescheitert. Die Lebensführung der sogenannten oberen Gesellschaft und das Treiben in den großen Hotels der Großstadt spiegeln weder die Sittlichkeit des englischen noch die des deutschen Bürgertums ab. Hier ist Paris und nicht London maßgebend.

Vom Anbeginn der Republik bis auf den heutigen Tag arbeiten alle Künstler, Baumeister und feineren Handwerker in Amerika unmittelbar unter dem Einfluß des Pariser Geschmacks. Die Frauen suchen immer die letzte Mode aus Paris nachzumachen, huldigen dem Zweikindersystem und regieren unbestritten als Alleinherrscher die sogenannte „gute Gesellschaft". In der „schönen" Literatur hat auch von jeher eine starke Luftströmung aus Frankreich geweht. Der deutsche und schottische Humor fehlten wohl nicht gänzlich im amerikanischen Leben, aber weit überwiegen der französische und irländische Witz. Schlagfertigkeit und rasche impulsive Entschlußfähigkeit sind geradezu charakteristische Züge auf allen Gebieten der amerikanischen Tätigkeit.

Das Lebhafte und Temperamentvolle in dem französischen Wesen wird oft für Wankelmütigkeit gehalten, und derselbe Vorwurf wird auch dem Amerikaner gemacht, aber in beiden Fällen mit Unrecht, wie der Tieferblickende sehen muß. Der Franzose ist beinahe starrköpfig, wenn es auf das Erreichen seines Endzieles ankommt, und auch der Amerikaner hat trotz aller Beweglichkeit in der Stimmung immer eine Politik getrieben, die ein überraschendes Festhalten an gewissen Richtlinien an den Tag legt. Und in dieser Beziehung wird man bei beiden nur durch eine falsche Auffassung der Äußerungen ihres wesensgleichen Temperaments irregeleitet. Das politische Leben in Amerika hat viel mehr Ähnlichkeit mit dem politischen Treiben in Paris, als mit dem öffentlichen Leben in

Digitized by Google

England oder den politiſchen Vorgängen in Deutſchland. In beiden Ländern ſpielt die Macht der öffentlichen Rede eine viel größere Rolle als in England, um von Deutſchland zu ſchweigen, das ja für Worte nicht ſehr empfänglich iſt. Auch die amerikaniſche Rhetorik trägt viel mehr den Stempel des franzöſiſchen Geiſtes, als den des engliſchen. Hier kann man kaum von bewußter Anlehnung an franzöſiſche Muſter reden, denn die Literatur über Rhetorik iſt in den Vereinigten Staaten ſelbſtredend vorwiegend in engliſcher Sprache geſchrieben; es iſt aber intereſſant und auffallend, daß in den Vereinigten Staaten für lange Zeit als Hauptſchulbuch für die Kanzelrhetorik eine Überſetzung aus dem Franzöſiſchen gedient hat. Man fühlt ſich geneigt, an einen keltiſchen Einfluß auf die Redekunſt in Amerika zu denken, und an die ſtarke Beimiſchung von irländiſchem Blut in den Adern der Amerikaner. Aber der Begriff „keltiſch“ iſt wiſſenſchaftlich kaum feſt zu umſchreiben, und die Irländer kamen erſt nach 1845 in größerer Anzahl nach Nordamerika.

Der unmittelbare Einfluß der franzöſiſchen Kultur iſt immer bedeutend geweſen. In New Orleans wird heutzutage noch viel franzöſiſch geſprochen, und die Küche iſt dort vollkommen franzöſiſch. In mehreren Staaten, namentlich in Louiſiana, iſt franzöſiſches Recht grundlegend. In Kalifornien lebt noch immer die alte franzöſiſche Tradition, und eine neue franzöſiſche Einwanderung aus Kanada nach Neu-England hat begonnen. Aber die Hauptſache wird wohl weder gemeinſames Blut noch der direkte Einfluß von Franzoſen in Amerika ſelbſt ſein, ſondern eine ſtarke gemeinſame Lebensanſchauung, die dieſe beiden Völker in die Lage ſetzt, leicht ein gegenſeitiges Verſtändnis zu erzielen. Der ſtarke franzöſiſche Individualismus, der auch England ſo beeinflußt hat, hatte in Amerika einen noch empfänglicheren Boden gefunden, und hiermit iſt auch eine Überſchätzung des Privateigentums verbunden, die man eigentlich ſonſt nur in Frankreich finden kann. Die politiſchen Ideale in beiden Ländern tragen dasſelbe Gepräge, und während England und Deutſchland einen Landadel behalten haben, huldigen Frankreich und die Vereinigten Staaten der Übermacht des Geldes. Genau wie in Frankreich, ſo hat man in den Vereinigten Staaten viel von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit geſchwärmt, ohne ſie einzuführen oder ſie auch nur ſehnlichſt zu wünſchen; und in beiden Ländern hat das großſtädtiſche Leben die entſchiedene Ober-

Digitized by Google

hand über das ländliche bekommen. Die Revolution in Frankreich und der Hochzoll in den Vereinigten Staaten haben beide Länder beinahe völlig aus Agrarstaaten in Industriestaaten verwandelt. Englands herrschende Klasse hat die Ideale eines Agrarstaates nie gänzlich aufgegeben, und Deutschlands Regierung ist immer noch wesentlich eine agrarische. Selbst in Industriegebieten in Deutschland ist man noch heute vorwiegend feudal, während man in Amerika selbst auf der Prärie städtisch und industriell denkt. Beiden Ländern sind die öde Langeweile des Lebens der englischen Mittelklasse und die anstrengende, anhaltende Gründlichkeit der deutschen Arbeitsmethode gleich fremd.

Die leichte, heitere, gutmütige Liebenswürdigkeit, die man in Frankreich so häufig findet, ist vielleicht noch mehr in den Vereinigten Staaten verbreitet, wenn schon in etwas formloserer Gestalt.

Französische Musik und französische Gesellschaftsformen haben stets in Amerika Anklang gefunden, und französische Gemälde haben sich beinahe ein Monopol auf dem Markt für bildende Kunst erobert. Das ganze gesellschaftliche Leben trägt eine französische Farbe. Geht man im Sommer nach einem amerikanischen Badeorte wie Long Branch, Saratoga, Newport, Long Beach, White Sulphor Springs, so fällt einem sofort die Ähnlichkeit mit einem französischen Badeort auf. Musik, Tanz, schöne Toiletten, lebhafte Unterhaltung, große Restaurants, in denen keine feierliche englische Stille waltet, geben dem Leben einen ganz anderen Charakter, als ihn die tödlich langweiligen englischen Badeorte zeigen. Die Amerikanerin ist jedenfalls entschieden unenglisch und selbst der angloizierte (englisch beeinflußte) Amerikaner wird nie „echt englisch", weder in seinen Tugenden noch in seinen Fehlern. Allerdings ist er auch nicht deutsch. Der echte Amerikaner, insofern man überhaupt von einem „echten Amerikaner" sprechen darf, hat sich beständig unter dem Einfluß eines Handelsstaates entwickelt. Die agrarische Vorstufe, die in den meisten andern Ländern der Kultur zugrunde liegt, fehlt ihm vollständig. Der amerikanische „Farmer" ist nie ein Bauer gewesen, und selbst diejenigen, die das Land bebauen, sind eher Geschäftsleute als Agrarier.

Vor einigen Jahren behauptete eine französische Zeitung, daß mehr Amerikaner in Paris allein, als in ganz Deutschland studierten. Mag diese Behauptung richtig sein oder nicht, jedenfalls ist die amerikanische

Digitized by Google

Kolonie in Paris von viel größerer Bedeutung für gewisse Kreise in den Vereinigten Staaten, als die entsprechende Kolonie in Berlin. In Deutschland wird wohl viel ernster und sachlicher gearbeitet, aber die Kolonie in Paris ist ein Teil des amerikanischen Lebens, eine Art Brücke zwischen dem Pariser Boulevard und New York. Der Einfluß ist allerdings unmittelbar nur im Osten von Amerika fühlbar, aber er erstreckt sich dann durch diese Vermittlung über das ganze amerikanische Leben. Hierbei spielt auch die amerikanische Frau eine große Rolle. Der amerikanische Ehemann kämpft um das tägliche Brot und überläßt Repräsentation und gesellschaftliche Verpflichtungen der Frau. Für die Kulturentwicklung ist sie maßgebend, und sie steht entweder unmittelbar oder mittelbar unter dem französischen Einfluß. Schon Oliver Wendel Holmes hat bemerkt, daß Paris der Ort wäre, wohin fromme Amerikanerinnen nach dem Tode gehen möchten. Das französische Leben, das die Durchschnitts-Amerikaner kennen lernen, hält sich allerdings auf sehr bescheidenem Fuß, in die höheren Kreise, selbst in die besseren Mittelstandskreise kommen sie höchst selten. Die reichen Amerikaner lernen die „flashy"[1]- oder „sporting"-(Sport-) Kreise kennen, und ein paar kommen auch durch Heiraten in diesen oder jenen feineren Kreis, aber erstaunlich oberflächlich bleibt doch die Berührung des reisenden Amerikaners mit dem eigentlichen französischen Leben. Tonangebend und vorbildlich bleibt für ihn doch meist nur das Leben auf dem Pariser Boulevard, und infolgedessen muß man oft den französischen Einfluß sehr beklagen. Das Quartier Latin (bekanntes Pariser Studentenviertel) ist nicht einmal das ganze Paris, und Paris ist doch auch nicht das ganze Frankreich. Auf dem Lande in Frankreich gibt es ein Leben, das vom Quartier Latin absolut nichts weiß, und auch die wirklich aristokratischen Familien und ernst denkenden Kreise in den andern Städten betrachten Paris als weit entfernt von ihrem Ideal. Aber der Amerikaner kommt selten in Berührung mit solchen Kreisen, und so hält er Sitten und Gebräuche des Quartier Latin nur allzu oft für bezeichnend und maßgebend für das Treiben der sogenannten „besseren Kreise".

[1] Unter „flashy"-Kreisen versteht man Kreise mit viel Geld und wenig Bildung, in denen hauptsächlich Sport getrieben und von nicht viel anderem als von Rennen, Pferden und Sport gesprochen wird.

Digitized by Google

Es wäre zu viel, zu behaupten, daß Frankreich als Kulturvorbild für die Vereinigten Staaten in erster Linie in Frage kommt. Unzweifelhaft übt England im allgemeinen noch immer den stärkeren Einfluß aus, aber den Einfluß Frankreichs hat man nie richtig eingeschätzt, seine Kultur hat viel stärker auf den amerikanischen Charakter gewirkt, als gewöhnlich angenommen wird, und ist entschieden ein viel wichtigeres Moment in der Entwicklung der maßgebenden Kreise als die deutsche Kultur. Ob es in der Zukunft so bleiben wird, ist eine andere Frage. Bis jetzt aber hat das Deutschtum in Amerika aus sehr verschiedenen Gründen nie den Einfluß auf die Entwicklung des amerikanischen Lebens ausgeübt, den man von ihm hätte erwarten können. Das aber bildet ein Kapitel für sich.

Die russischen Girondisten

Von Axel Schmidt

Wieder einmal ist die Duma in der vollsten Arbeit nach Hause geschickt worden. Wieder einmal hat sich der fortschrittliche Dumablock der Regierung gegenüber als machtlos erwiesen, die beim Augenblickserfolg der Armee Brussilow fest zugriff, um das Parlament bis zum November kaltzustellen. Das hat in Rußland eine viel größere Bedeutung als in wirklich konstitutionell regierten Ländern. Leitet doch die Regierung aus der unklaren Fassung des §87 der Grundgesetze das Recht für sich ab, in parlamentsloser Zeit den temporären Gesetzgeber zu spielen. Die Regierung Stürmer hat hierbei mit unleugbarem Geschick operiert. Als Auftakt schickte sie die fähigsten und einflußreichsten Parlamentarier als Schrittmacher für den Finanzminister Bark zu den Bundesgenossen, um dort den Eindruck zu erwecken, daß in Rußland endgültig das konstitutionelle Regime eingeführt wäre. Kaum waren die Dumadeputierten außer Landes, so begann das alte Spiel von neuem. Zuerst wurde die Abhaltung aller Kongresse verboten, weil sie zu oft, statt sich mit ihren Spezialfragen zu beschäftigen, mit allgemeinen politischen Wünschen hervorgetreten waren. Dann wurde der in Rußland sich stets bei längeren sachlichen Debatten bemerkbar machende Absentismus der Deputierten benutzt, um die Duma kurzerhand in die Ferien zu schicken. Es klingt wie Hohn, daß den aus dem Auslande heimkehrenden Deputierten

Digitized by Google

von der Grenze ein Extrazug zur Verfügung gestellt wurde, um sie noch rechtzeitig zur Schlußsitzung hinzubringen, wo sie in Anwesenheit der Botschafter der Verbündeten ihren Lobgesang auf die Tätigkeit der Bundesgenossen anstimmen konnten. Kaum war diese Schaustellung beendet, so wurde ohne viel Zeremonien die Session geschlossen, obgleich Stürmer bei seinem Antritt erklärt hatte, daß die Duma so lange tagen könnte, wie sie es zur Erledigung der Vorlagen nötig zu haben glaube. Trotzdem ist sie jetzt mitten in der heißesten Arbeit heimgeschickt worden, und das ihr so am Herzen liegende Gesetz über die Gleichstellung der rechtlichen Lage der Bauern mit den übrigen Ständen ist nicht über die erste Lesung gediehen. Diese Brüskierung der Dumamajorität, des sogenannten fortschrittlichen Dumablockes, wird nur verständlich, wenn man sich sagt, daß sich die sechs Parteien, die sich zu dieser Koalition zusammengeschlossen haben, auf Gnade und Ungnade der Regierung ausgeliefert haben. Da diese sechs Parteien die Elemente umfassen, die zum Kriege gehetzt haben, so ist die Regierung mit dem Hinweis auf die Kriegsnotwendigkeiten jederzeit in der Lage, ihrer Opposition die Spitze abzubrechen.

Viel schwieriger hat es die Regierung mit den Parteien links und rechts vom Block. Nicht als ob sie strikte Gegner des Krieges wären, dazu ist der Chauvinismus viel zu sehr Gemeingut der Russen; gibt es unter ihnen so fanatische Kriegstreiber wie Purischkewitsch und Exminister Chwostow auf der äußersten Rechten und Burzew und Plechanow auf der Linken. Aber bei der Linken gilt doch im großen und ganzen der Kampf gegen die Reaktion als der Hauptpunkt ihres Programmes, ebenso wie bei einem großen Teil der Reaktion der Kampf gegen die Revolution über den Krieg gestellt wird, wobei die liberalen Chauvinisten des Blockes schon als schlimme Revolutionäre angesehen werden. Deswegen haben kürzlich wieder reaktionäre Kreise am Hofe den Versuch unternommen, den Zaren gegen Ministerpräsidenten Stürmer einzunehmen, weil der wenigstens die äußeren Formen des konstitutionellen Regimes einzuhalten für richtig befindet. Seiner „Politik der Konzessionen" gegenüber wurden die alten reaktionären Stützen Maklakow, Goremykin und Schtscheglowitow in Erinnerung gebracht.

Die letzten Tage der Duma haben zudem einige Risse im Dumablock aufgezeigt. Den ersten Riß bekam dieses Gebilde bekanntlich bei einer

Digitized by Google

Debatte über die Judenfrage, als der rechte Flügel des Blockes gegen die Abmachung das Vorgehen der Regierung gegen die Juden nicht verurteilte, sondern sich durch eine gänzlich inhaltslose Erklärung auf die Interpellation des Blockes für befriedigt erklärte. Jetzt ist es wieder anläßlich einer nationalistischen Frage zu einem Abschwenken eines Teiles des Blockes gekommen.

Dieses Mal hat sogar die fortschrittliche Majorität eine schwere Niederlage erlitten, wenngleich es den Rechten auch nicht gelang, daraus den gewünschten Vorteil zu ziehen. Dieser Vorgang zeigt jedoch wieder, daß nicht so sehr innerpolitische Fragen, als solche der Nationalitätenpolitik meistenteils das Sprengpulver abgeben, um die russischen Koalitionen auseinanderzureißen. In Verurteilung der reaktionären Politik sind sich eben in Rußland bis weit in die konservativen Kreise hinein so gut wie alle Parteien einig. Handelt es sich aber darum, die unglaublichen Ungerechtigkeiten gegen die sogenannten russischen Fremdvölker auch nur zu mildern, so pflegt jedesmal der rechte Flügel der Liberalen und Gemäßigten abzuschwenken. Das wird verständlich, wenn man sich daran erinnert, daß sich zuerst in einer nationalen Frage — der polnischen — die Freiheitskämpfer in die Parteien der Kadetten und Oktobristen schieden. Damals freilich wollte das Gros von ihnen von einer Bevorrechtung des Großrussentums noch nichts wissen. Inzwischen ist zwar auch die Kadettenpartei stark nationalistisch verseucht, ganz aber hat sie ihre alten Ideale doch noch nicht vergessen. Als die Rechte jetzt die Frage der Liquidation des deutschen Grundbesitzes in Rußland in die Debatte warf, schwenkten die Progressisten — eine Partei, die sich zwischen Oktobristen und Kadetten hineingeschoben hat — vom Block ab, und stimmten mit der Rechten. Daß der Dumablock bei dieser Gelegenheit unterlag, hatte freilich noch andere Gründe. Erstens stimmte auch die äußerste Linke dafür; nicht um die deutschen Kolonisten ihrer Länder zu berauben, sondern um die Gelegenheit zu benutzen, die ganze Brutalität der russischen Nationalitätenpolitik zur Sprache zu bringen. Vor allem war aber der Appetit der bäuerlichen Deputierten auf das gut bearbeitete Land der deutschen Kolonisten geweckt worden, und sämtliche Bauernvertreter der linken Parteien machten mit ihren rechten Kollegen gemeinsame Sache. Hierdurch wird wieder einmal die Ansicht rechtsstehender deutscher Kreise wider-

Digitized by Google

legt, als ob nur die Panslawisten den Deutschenhaß pflegen, während der harmlose russische Bauer nichts gegen den deutschen Nachbarn einzuwenden hätte. Hier sei weiter darauf aufmerksam gemacht, daß sich der frühere Landwirtschaftsminister Kriwoschein zusammen mit dem Bankdirektor Grafen Tatischtschew auf die rücksichtsloseste Weise an dem zwangsweisen Verkauf der deutschen Ländereien in der Krim bereichert hat. Freilich gestaltete der Sieg der Reaktion über den Block sich zu einem rechten Pyrrhussiege. Die Linke ließ nämlich das Parlament wissen, daß sie diese Gelegenheit benutzen würde, um unter anderem den Nachweis zu erbringen, daß durch diese nationalistische Maßnahme die Volksernährung aufs schwerste geschädigt sei. Das jedoch wollte die Regierung nicht zulassen, die eben erst mit Not und Mühe eine Interpellation des Reichsrates über die Verminderung der Ernte in eine geheime Sitzung hatte verbannen können. Ihr gelang es schließlich, bei der äußersten Rechten durchzusetzen, daß der Sieg in der Frage der Liquidation der deutschen Kolonistenländereien nicht ausgenutzt wurde.

Wer in diesen Parlamentskämpfen schließlich Sieger geblieben ist,— die Regierung, die die Duma nach Hause schickt, oder die Rechte, welche sich in den letzten Tagen eine Majorität verschafft, oder die äußerste Linke, die durch ihre Drohung die Reaktion zum Nichtausnutzen ihres Sieges veranlaßte — mag strittig bleiben. Unzweifelhaft nur ist, daß der fortschrittliche Dumablock eine schwere Niederlage erlitt, und dank seiner falschen Politik immer mehr zu einem Dekorationsstück der Regierung herabsinkt. Die diplomatisierende Haltung der Kadetten während des Krieges hat sie immer mehr zu einer Vertretung der städtischen Intelligenz werden lassen, während sich die breiten Massen des Volkes den mehr links stehenden Parteien zugewandt haben. Früher lag die Linie, die die Vertretung der oberen Schichten vom Volk trennte, zwischen Oktobristen und Kadetten. Nun, da letztere Partei sich selbst zu einer reinen Vertretung der städtischen Bildung ausgestaltet hat, läuft sie links von den Kadetten. Nicht mehr Miljukow, der Führer dieser Partei, ist der Sprecher des russischen Volkes, sondern Kerenski, der Leiter der Arbeitsgruppe (radikale Intelligenz und fortschrittliche Bauernschaft). Diese Verschiebung ist so stark, daß die nächste Revolution, die nach dem Verlust des Krieges scheinbar unausbleiblich ist, die Kadetten mit der Regierung

Digitized by Google

in einen Topf werfen wird. Wird doch die nächste Revolution nicht politischer, sondern sozialer Natur sein, oder, wie es im Russischen heißt „gegen den guten Rock" gerichtet sein. Davor aber fürchten sich Miljukow ebenso wie Stürmer; das ist letzten Endes auch der Grund, weshalb sich diese beiden innerpolitischen Gegner gefunden haben. Dieses ist weiter auch die Ursache, warum die Kadetten so fanatisch für die Fortsetzung des Krieges eintreten, weil sie dadurch wenigstens in der Lage sind, den Tag der Abrechnung hinauszuschieben. Sie sind den Girondisten zu vergleichen, während die von Kerenski geführte radikale Linke den Berg darstellt. Nur soll man, wie gesagt, nicht glauben, daß in Rußland während des Krieges die Revolution ausbrechen wird.

Englisches Konterbanderecht

Von Professor Dr. Heinrich Pohl (Greifswald)

Auf der Zweiten Haager Friedenskonferenz machte England den radikalen Vorschlag, den Begriff „Konterbande" (Bannware) aus dem Seekriegsrecht völlig zu beseitigen; es erklärte sich bereit, auf den Grundsatz der Bannware in einem Kriege zwischen denjenigen Mächten, die ein diesbezügliches Abkommen eingehen würden, zu verzichten. Gleichzeitig aber betrieb die britische Abordnung eine die Lage der neutralen Schiffahrt verschlechternde Bestimmung des Begriffs „Kriegsschiff". Es sollten fortan zwei Arten von Kriegsschiffen unterschieden werden: Kampfschiffe und Hilfsschiffe. Zu den letzteren sollten alle feindlichen und neutralen Kauffahrteischiffe gehören, die zur Beförderung von Seeleuten, Kriegsausrüstung, Heizmaterial, Lebensmitteln, Wasser und anderen Vorräten an Kriegsbedarf verwendet werden oder zur Ausführung von Ausbesserungen oder Einziehung von Nachrichten bestimmt sind, sofern diesen Kauffahrteischiffen die Verpflichtung obliegt, den Marschbefehlen, die ihnen unmittelbar oder mittelbar von der Flotte erteilt werden, Folge zu leisten. Auch jedes zur Truppenbeförderung bestimmte Schiff sollte als „Hilfsschiff" gelten. Über die Absicht, die England bei seinem scheinbar außerordentlich „fortschrittlichen" Antrag auf Abschaffung der Konterbande verfolgte, konnte man wohl keinen Augenblick im Zweifel sein: die Herren jenseits des Kanals trieb die Sorge um die Zufuhr von Lebensmitteln und Roh-

Digitized by Google

stoffen nach England im Falle eines englischen Seekrieges. Wurde der britische Antrag angenommen, so bedurfte die Versorgung des kriegführenden Inselreichs mit allem Nötigen keines Schutzes seiner Kriegsschiffe. Sie war ganz sichergestellt: auf neutralen Schiffen konnten dann alle Vorräte ungefährdet herbeigeschafft werden. Der deutsche erste Abgeordneter, Freiherr Marschall von Bieberstein, wies auf den inneren Zusammenhang zwischen den beiden britischen Anträgen hin und betonte daß die englische Bestimmung des Kriegsschiff-Begriffs in Wirklichkeit die Konterbande beibehalte und für die neutrale Handelsschiffahrt eine viel ungünstigere Lage schaffen wolle. Dem Antrag auf Abschaffung der Konterbande stimmten zahlreiche Staaten zu; andere, darunter das Deutsche Reich, die Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreich und Rußland, lehnten ihn ab. Ein Versuch der britischen Abordnung, wenigstens die zustimmenden 25 Staaten für ein Abkommen im Sinne des englischen Antrags zu gewinnen, fand nur bei — Haiti Gegenliebe. Den Vorschlag über die Bestimmung des Hilfsschiff-Begriffs zog die englische Delegation zurück.

Nachdem die Haager Verhandlungen über das Konterbanderecht ergebnislos verlaufen waren, wurde es von der britischen Regierung als Punkt 1 in das Programm der Londoner Seekriegsrechtskonferenz eingestellt. Die aus den Beratungen dieser Konferenz hervorgegangene „Erklärung über das Seekriegsrecht" enthält in ihren Artikeln 22 bis 44 eine eingehende Regelung des Konterbanderechts. Die Londoner Erklärung hat die herkömmliche Unterscheidung zwischen absoluter und relativer Konterbande beibehalten und eine Liste solcher Gegenstände aufgestellt die nicht als Kriegskonterbande erklärt werden dürfen (sog. Freiliste).

Die Erklärung der Londoner Bestätigung vom 26. Februar 1909 scheiterte an dem Widerstande des englischen Oberhauses. Infolgedessen stand auch das in ihr geregelte Konterbanderecht bei Ausbruch des von England freventlich heraufbeschworenen Weltkrieges nicht in Kraft.

Die britische Regierung erklärte noch im August 1914, daß sie die Londoner Erklärung mit gewissen „Zusätzen" und „Änderungen" „annehme" und „in Kraft setze". Aber gerade die „Zusätze" und „Änderungen", die schon damals und später in rascher Folge gerade am Recht der Konterbande vornahm, lassen die „Annahme" der Erklärung als ein heuch-

Digitized by Google

lerisches Spiel erscheinen, das die Neutralen irreführen sollte. Die Listen der absoluten und der relativen Konterbande wurden immer mehr erweitert, die „Freiliste" der Londoner Erklärung wurde nicht mehr geachtet, die Lehre von der einheitlichen Reise auch auf die relative Konterbande ausgedehnt, die unterschiedliche Behandlung von absoluter und relativer Bannware immer mehr beseitigt, das ganze Konterbanderecht zu einem Mittel umfassendster Seepolizei gemacht und zur Maskierung einer papiernen Blockade mißbraucht. Weit über den Rahmen des Konterbanderechtes hinausgehend, ergriff England ohne Rücksicht auf neutrale Rechte und Interessen Maßnahmen gegen alle Waren deutschen Ursprungs und deutscher Bestimmung, und die britische Regiernng schreckte, um die Neutralen in den Dienst des englischen Aushungerungskrieges zu zwingen, nicht davor zurück, deutsche Bunkerkohlen in neutralen Schiffen der Wegnahme zu unterwerfen.

Im April 1916 hat England eine neue Liste der als Konterbande zu behandelnden Gegenstände bekanntgegeben, die einer wesentlichen Erweiterung kaum mehr fähig sein dürfte. Eine Note des britischen Foreign Office (Auswärtigen Amtes) vom 13. April 1916 erklärt, daß ein Unterschied zwischen absoluter und relativer Konterbande nicht mehr gemacht werden könne. Die Umstände des gegenwärtigen Krieges seien so eigenartig, daß die Unterscheidung beider Arten praktisch völlig bedeutungslos geworden sei. Ein so großer Teil der Einwohner des feindlichen Landes sei unmittelbar oder mittelbar an dem Kriege beteiligt, daß eine wirkliche Unterscheidung zwischen bewaffneter Macht und bürgerlicher Bevölkerung jetzt nicht mehr zu machen sei. Die feindliche Regierung habe sich durch eine Reihe von Verordnungen und Erlassen praktisch die Aufsicht über alle Waren in der Liste der relativen Konterbande zugelegt, so daß sie jetzt für die Zwecke der Regierung verfügbar seien. Solange diese Ausnahmeverhältnisse beständen, seien die Kriegführungsrechte Englands in Ansehung beider Konterbandearten die gleichen und sei eine unterschiedliche Behandlung nicht angebracht.

Die neue britische Konterbandeliste ist in „The Times" vom 20. April 1916 abgedruckt. Dankenswerterweise bieten die im Reichsamt des Innern zusammengestellten „Nachrichten für Handel, Industrie und Landwirtschaft" in ihrer Nr. 39 vom 20. Mai 1916 eine Übersetzung der Liste, die

Digitized by Google

als ein Monumentum aere perennius (ein Denkmal dauernder als Erz) in der Geschichte der englischen Seekriegsrechts-Willkür festgehalten zu werden verdient. Man lese sie dort nach, die endlose über mehrere Spalten sich erstreckende Liste von Gegenständen und Stoffen, die von England als Konterbande angesehen werden! Und man vergleiche damit die bescheidenen, in den Artikeln 22 und 24 der Londoner Erklärung enthaltenen Konterbandelisten! Die dort aufgestellte Liste der absoluten Konterbande umfaßt nur elf, die der relativen Konterbande nur vierzehn Nummern. Man hat zwar in London die Möglichkeit von Erweiterungen beider Listen offen gehalten. Mit seiner einheitlichen Liste vom April 1916 hat jedoch England eine so maßlose Erweiterung des Konterbanderechts vorgenommen, daß sie in Verbindung mit den übrigen willkürlichen Bestimmungen seiner verschiedenen Orders in council das ganze Blockade- und Seebeuterecht nahezu entbehrlich macht, wenigstens soweit der Feind Englands getroffen werden soll. Darüber hinaus bieten die Konterbandemaßnahmen für den Engländer noch den willkommenen Vorteil der Möglichkeit, sich auf Kosten der Neutralen zu bereichern. So war es immer: führte England Krieg, so galt er unterschiedslos dem feindlichen und dem neutralen Konkurrenzhandel und der gesamten nicht englischen Schiffahrt. Dazu gebrauchte es nach Belieben die Mittel und Formen des Prisenrechts und der Bedrohung mit politischer und wirtschaftlicher Erdrosselung. Natürlich zum wohlverstandenen Besten der Betroffenen! Denn England war stets der selbstlose Beschützer der kleinen und schwachen Nationen.

Nachdem die „London Gazette“ vom 30. Juni 1916 noch weitere Ergänzungen der britischen Konterbandelisten gebracht hatte, sagte sich England durch die Order in council vom 7. Juli 1916 von der Londoner Erklärung überhaupt los, die es selbstherrlich durch einige willkürliche Bestimmungen ersetzte. Die gegen jede deutsche Einfuhr und Ausfuhr gerichtete Order in council vom 11. März 1915 wurde dabei ausdrücklich aufrecht erhalten. Ein Erlaß des Präsidenten Poincaré vom 7. Juli 1916 folgte gehorsam dem englischen Vorgehen; ja, Frankreich überbot noch seinen britischen Meister, indem es die von diesem längst praktisch gehandhabte Kontingentierung (Begrenzung) der neutralen Einfuhr in Artikel 3 des Erlasses als neuestes Konterbanderecht verkündigte.

Digitized by Google

Notizen

Die Opferung Isaaks. (Aus der englischen Zeitschrift „Nation".) „Und er sprach: Nimm Isaak, deinen einzigen Sohn, den du lieb hast und gehe hin in das Land Moria; und opfere ihn daselbst zum Brandopfer auf einem Berge, den ich dir sagen werde." (Moses I, Kap. 22, 2.)..... Es ist eine der Folgeerscheinungen des Krieges, daß er in der menschlichen Gesellschaft nicht so sehr einen Wechsel in der Regierungsform gebracht hat, als die Verhärtung einer alten Form der Herrschaft der Alten über die Jungen. Die Welt, welche dieser Gesellschaft vorherging, befand sich in der Tat in großem Maße in der Hand von Leuten, deren persönliche Auffassung der modernen europäischen Geschichte mit dem französisch-preußischen Krieg begann, und sich unter der nachfolgenden Herrschaft des bewaffneten Imperialismus ausbildete. Frauen standen gänzlich außerhalb dieser regierenden Klasse; aber kaum in höherem Maße als die Jugend. Selbst die Parlamente, die übrigens wenig Macht hatten, waren Versammlungen von Leuten mittleren Alters; die Exekutivbehörden, die nahezu die ganze Macht besaßen, standen in noch höherem Alter. Als die Entscheidung im August 1914 fiel, hatte in keinem der kriegführenden Länder, soweit wir es übersehen können, irgendein Mann unter 30 Jahren einen nachweislichen Anteil an ihr. Die französische Revolution und die napoleonischen Kriege wurden zum großen Teil von jungen Männern geführt; Danton starb mit 35 Jahren, Robespierre mit 36, Napoleon war mit 28 Jahren Herr von Italien. In dem „Kriege der Nationen" ist es ganz anders gewesen. Alte Politiker haben das Signal zur Schlacht gegeben; alte Generale die Heere geführt, die aus einem Dutzend Ländern, dem Rufe folgend, in Waffen standen. Aber die Reihen der Heere selbst füllte hauptsächlich die halbausgereifte Jugend der westlichen Welt. Das Konskriptionssystem brachte es mit sich, daß in dieser Weise die Jünglinge jeder Nation herangezogen wurden, denn auf keinem anderen Wege konnten die konkurrierenden Ansprüche des Militarismus und des Industrialismus in gewissem Grade versöhnt werden.

In unserem Lande ersetzte die Begeisterung den Zwang. Die Aufforderung, Europa für die Freiheit zu retten, fand Widerhall bei dieser jüngeren Generation, denn das Leben erschien den besten dieser Jünglinge als eine Vision der Freiheit. So waren die Universitäten geleert, schon lange vor Einführung der Dienstpflicht, und heute kündigt ein berühmtes College an, daß es am Ende des gegenwärtigen Sommersemesters nur zwölf britische Studenten zählt, und einen Kandidaten fürs Examen. Nachdem nun der Dienstzwang gekommen ist, wird immer weiter von der Jugend gezehrt. Heute unterliegt jeder körperlich taugliche britische Jüngling von achtzehn Jahren der militärischen Aushebung, die sogar die spätere Schulausbildung der Söhne unserer wohlhabenden Klassen beschneidet, und mit der entzückendsten Periode im Leben eines intelligenten Knaben gänzlich aufräumt. Dieser ungeheuere Wandel ist natürlich eingetreten, ohne Rückfrage bei jenen, welche ihn erlitten haben. Von den Soldaten der europäi-

Digitized by Google

schen Heere haben die meisten niemals einen Stimmzettel abgegeben (sic!). Kaum einer von ihnen — außer bei einem zufälligen Urlaub während einer Nachwahl in Großbritannien — kann je seiner Meinung über den Krieg politischen Ausdruck gegeben haben. Von der älteren Generation ist ihnen das Los geworfen worden; über Politik, Diplomatie, Verfassung, Beziehungen der kriegführenden Staaten ist für sie entschieden worden; außerhalb der sozialistischen Organisationen hat vermutlich kaum ein Dutzend Debattiergesellschaften oder Klubs junger Männer ernstlich das Problem eines europäischen Krieges als ein bevorstehendes oder wahrscheinliches Ereignis erwogen. In groben Umrissen gesehen: die Welt unter dreißig hat den Krieg zu führen, den die Welt über dreißig verursacht hat. Abraham hat Isaak zum Opfer dargebracht, und es fand sich kein Widder im Gebüsch, um dem Vollzug Einhalt zu tun. Die europäische Gesellschaft beraubte sich selbst, nicht ihrer Erfahrung, ihrer kritischen Vorsicht, ihres durchgebildeten (oder unterjochten) Gewissens, sondern der Frische seiner geistigen und physischen Liebefähigkeit, der ursprünglichen geistigen Auffassungsgabe bei ihrer frühen Berührung mit der Wirklichkeit, des Anstoßes zu Veränderung und Bewegung, der Freude, welche das leuchtende Morgenrot des Lebens in der Seele ankündigt.

Des weiteren ist es die ältere Männerwelt der Nationen, welche der Kriegspolitik und den Feldzügen die Richtung gibt, die ihren Willen ausdrückt, den Krieg fortzusetzen oder zu Ende zu bringen. Dies wiederum schließt die weitere Verantwortlichkeit ein, den nachfolgenden Frieden zu entwerfen und Richtlinien des sozialen Wiederaufbaus zu ziehen. Es ist unwahrscheinlich, daß vor Erfüllung dieser Aufgaben eine formelle Befragung der Volksgemeinschaften stattfindet; wir bemerken nur, falls es dazu käme, so würde unserer Jugend, sowohl wie unserer Frauenwelt ein unverzeihliches Unrecht geschehen, wenn man sie davon ausschlösse. Kein Knabe von achtzehn oder neunzehn Jahren, den man zum Kriege aufgerufen hat, sollte von der Wahlurne ausgeschlossen werden; keiner Kriegsarbeiterin kann man billigerweise das Wahlrecht versagen. Aber nehmen wir an, daß keine solche Rückfrage bei der „allgemeinen Meinung" und dem „Volkswillen" stattfindet, ehe der Krieg zu Ende geht. Um so mehr wird es den ältlichen Beherrschern der Welt obliegen, die Bedingungen zu erwägen, unter denen der Krieg weitergeht. Auswechslung von Gebietsstrecken, Gleichgewicht der Kräfte, Grundsätze und Formen der Regierung, Gelüste nach Herrschaft und ökonomischer Vormacht, das sind die Probleme, um die sich die Gedanken und die Staatskunst drehen. Was aber wirklich in der Welt vorgeht, das ist eine Verminderung in kolossalem Maßstabe des europäischen Schatzes an Jugend, an Phantasie, an Freudigkeit, an den schöpferischen und erneuernden Kräften, die noch einmal die Erde zu einem Aufenthaltsort machen könnten, an dem es sich lohnt zu leben. Beobachter des Verlaufs der Kämpfe an den beiden Hauptfronten wissen wohl, welche Massenopfer vielversprechender Jugend schon gebracht sind. Das bereits erwähnte College meldet den Tod einiger seiner besten Angehörigen. Einer der interessantesten aus der jüngeren Schule der Bildhauer und Maler, ein aus-

Digitized by Google

gezeichneter junger französischer Schriftsteller, zwei junge englische Dichter, mehr als ein sozialistischer Führer, viele prächtige Gestalten in der wissenschaftlichen Welt sind bereits gefallen. Wer kann die Vernichtung von noch unentfaltetem Genius der Zukunft in Rechnung stellen, oder überhaupt nur ein schätzungsweises Bild der Verluste entwerfen, welche die Erde in so tiefe Armut gestürzt haben?

Diese drohende und schon bestehende Verarmung ist nicht weniger eine moralische als eine materielle. „Die Liebe wird noch einmal das Freiheitsproblem lösen", sagte Whitman prophetisch am Ende des Bürgerkrieges; und es ist wichtig, daß die Jugend nach dem Kriege mitwirkt, um die festgewurzelten Ideen, die ererbten Leidenschaften der älteren Welt zu modifizieren. Die Jugend kann vergessen. Sie lebt noch nicht lange genug, um ihr Gedächtnis über Unrecht brüten zu lassen, daß dem Alter ewige Konsequenzen nachsichzuziehen scheint. Trotz allem Erlittenen ist das junge Frankreich, das junge England, das junge Rußland und selbst das junge Deutschland nicht so von Feindseligkeit belastet und niedergedrückt, wie die ältere Generation der Zivilisten. Die jungen britischen Soldaten singen den „Haßgesang" zum Scherz; wir bezweifeln, daß er jemals mit großer Begeisterung in den deutschen Reihen gesungen worden ist. Keine Generation gleicht ganz der vorhergehenden, und die Haupthoffnung, die einer an den Rand der Verzweiflung getriebenen Welt verbleibt, liegt in einer Reaktion gegen die erbitterte Vereingenommenheit unserer Zeit. Die Gefahr ist nur, daß die Nationen den Krieg nicht nur bis zum bitteren Ende ausfechten werden, sondern darauf verweilen, sein Gedächtnis feiern, die Erinnerung daran den Jahrhunderten einprägen werden, sich mit finsterer Besorgtheit nach annehmbaren Vorwänden zu seiner Erneuerung umsehen. All das liegt dem Gemüt der Jugend fern, obwohl sie durch dieses Höllentor ins Leben gestoßen worden ist. Wenn die Erfahrung des Gemetzels nicht zu schwer auf ihr lastet, wird die Jugend den Zwang einer Gesellschaft von sich abschütteln, die sich nicht entschließen will, den Blick von den Gräbern abzuwenden, die *sie* gefüllt hat, und die nicht denken kann, weil sie zu alt ist, und traurig und rachsüchtig und voller Furcht. Unsere Staatsmänner haben kein Recht, so die Zukunft zu verpflichten; sie haben sie nicht vorhergesehen, und für diese „delicta maiorum" haben sie ihre Kinder zahlen lassen. Einige Isaaks werden wiederkehren; andere aber nicht, und ihre Geister werden Abraham heimsuchen, bis er auf Mittel sinnt, diesen Krieg zu beenden, ehe er Europa in eine Grabstätte der Jugend verwandelt hat.

Ellen Key über den Weltkrieg. Vor längerer Zeit schrieb Ellen Key bekanntlich Artikel über den Weltkrieg, die den Standpunkt vertraten, daß man sich gegen den Potsdamer Militarismus wenden müsse, während man Goethe, Wagner oder mit einem Worte Weimar hochhalten müsse. Einige neue Artikel beweisen, daß die Schriftstellerin zu einer anderen Auffassung der Ereignisse gelangt ist. Der erste Artikel erschien in der radikalen Zeitschrift „Forum" und behandelte vor allem die russische Gefahr. Infolge der Allianz der Westmächte mit Rußland sei keine Hoffnung vorhanden, auf England als einen Befreier der

Digitized by Google

unterdrückten Nationen zu rechnen. Ganz Europa werde von dem russischen Kolosse, im Bunde mit Japan, unterdrückt werden, falls nicht die West- und Zentralmächte sich gegen diese Gefahr auflehnten. Die Barbarei Rußlands sei nur durch ein System zu schwächen, das von der deutschen Ordnung und Organisation gelernt habe. Dieser Artikel ist von dem Vertreter der radikalen Partei angegriffen worden. Ellen Key verteidigt sich in einem Artikel vom 9. August. Sie wendet sich gegen die Kriegsziele der Entente, die Deutschland aufteilen und das Haus Hohenzollern absetzen wollen. Andererseits meint sie, daß Deutschland überhaupt keine Annexionen machen solle. Sie wünscht den Prinzipien der internationalen Sozialdemokratie und des Pazifismus den Sieg.

Das Buch des Fürsten Bülow und die Franzosen. Das „Berner Tageblatt" schrieb vor kurzem: Die französischen Durchhaltepolitiker waren in letzter Zeit verärgert, weil sie dem Volke nicht mehr verbergen konnten, daß sich der deutsche Reichskanzler nicht zu den Annexionisten bekenne und also nicht Deutschland das große Hindernis für einen baldigen Frieden sei. In dieser Not kam ihnen das Buch des Fürsten Bülow wie gelegen. Die französischen Blätter stürzten sich auf dasselbe, um aus ihm das Bekenntnis zu einer wilden Annexionspolitik, den Willen zu unversöhnlichem Vernichtungs- und Eroberungskampf herauszukonstruieren. Zweifellos mag Bülow dadurch, daß er nicht gerade das Ziel verfolgt, den Kanzler zu unterstützen, als eine Art Verbündeter der Alldeutschen angesehen werden. Aber er ist unter keinen Umständen ihr Verbündeter in der Kriegszielfrage. Aus dem Buche geht vielmehr klar hervor, daß, wenn Bülow heute Reichskanzler würde, er dieselbe Politik betreiben würde und betreiben müßte, wie der jetzige Kanzler. In diesem Sinne ist das Buch eine glänzende Rechtfertigung der Bethmannschen Politik.

Italienische Kolonialansprüche. Die „Idea Nazionale" setzt die Forderung von Italiens überseeischen Anrechten fort: Das afrikanische Gleichgewicht ist durch den Weltkrieg tief erschüttert. Das deutsche Kolonialreich verschwindet. Frankreich erlangt das absolute Übergewicht am westlichen Mittelmeer und Atlantischen Ozean. England sieht zwei seiner Träume sich verwirklichen: die Annexion Ägyptens und die daraus folgende Beherrschung des Suezkanals, damit den direkten Weg nach dem Orient, und den transafrikanischen Verbindungsweg über britisches Gebiet von Ägypten nach dem Kap der Guten Hoffnung. Gegenüber diesen Fortschritten darf Italien wohl auch ein bescheidenes Teil beanspruchen. Und zwar darf den Kompensationen für Italien keine Schranke gezogen werden durch die Erwägung, daß wir bisher ausschließlich in Europa mitgewirkt haben; denn auf den europäischen Kriegsschauplätzen wird in Wahrheit um die Herrschaft über andere Weltteile gekämpft, und überdies hat die Eroberung der deutschen Kolonien unseren Verbündeten recht wenig Mühe gekostet. Italien fände das Feld seiner berechtigten Kompensationen in Äthiopien. Der Einfluß auf jenes Gebiet, der uns in der Vergangenheit durch den Wettbewerb unserer heutigen Alliierten streitig gemacht wurde, muß uns in vollem Umfang wiedergegeben werden.

Digitized by Google

„Avanti" wendet sich gegen „Idea Nazionale": Im Namen der Gerechtigkeit, der Loyalität und der Dankbarkeit verlangen die „Idea Nazionale" und ihre Gefolgschaft von den Regierungen in London und Paris die Abtretung der „Einflußsphären" ihrer Länder in Äthiopien. Wenn die italienische Regierung auf solche Ideen einginge, müßte sie für lange Jahre nach dem Frieden auf jede Hoffnung verzichten, die Wunden des Krieges zu heilen. Zahlreiche Kolonien erfordern eine große Flotte, und eine große Flotte ist der kostspieligste Luxus. In nicht geringerem Maße würden die anderen Auslagen wachsen. Was die Eroberung von Gebieten mit kriegerischer Bevölkerung kostet, lehrte uns Erythräa und Libyen; was die Verwaltung der eroberten Kolonien kostet, weiß jeder, der mit dem italienischen Staatshaushalt vertraut ist.

Zukunftsgefahren. Die Notwendigkeit der Kriegsforderungen stellt Frauen an den Platz der Männer in Gießereien und Maschinenfabriken, an die Spindel und ins öffentliche Leben. Und diese Betätigung verbreitert sich mit jeder Musterung. Zu gleicher Zeit erhebt sich die dringende Warnung, der Bevölkerungsfrage die nötige Aufmerksamkeit zu schenken. Die sinkenden Geburtenziffern sprechen in ihrer harten Deutlichkeit lauter als ethische und patriotische Studien und Essays in der Presse. Man wird es an Maßnahmen nicht fehlen lassen, aber — wie bisher — vielleicht schweigend vorbeigehen an der Hauptschuld, an der vermehrten Frauenarbeit. Wenn die Frauenarbeit in Berufe eindringt, die gesundheitsschädigend wirken, weil die verlangte Kraftleistung im umgekehrten Verhältnis zum Frauenorganismus steht, so ist dies eine Bedrohung des weiblichen Geschlechts. Eine betrübliche Verwirrung zeigt die freudige Genugtuung darüber, daß heute Frauen 60 bis 80 Kilogramm schwere Lasten bewältigen, bei Drehbänken in staub- und gaserfüllten Fabrikräumen arbeiten, wobei das nach langem Ringen geschaffene Frauen-Nachtarbeitverbot und andere Frauenschutzgesetze langsam aufgehoben werden. Wer die Schaffnerinnen, das Bedienungspersonal im Schankgewerbe, die Arbeitsbedingungen in Metall- und Munitionsfabriken usw. als fördernd für den Organismus der gegenwärtigen und zukünftigen Mütter betrachtet und dies in dem Jubel vergißt, der Gleichberechtigung näher gekommen zu sein, wird zum Schädiger an der ungeheueren Arbeit, die einst zum Schutz der Frauenarbeit durch Männer bewältigt wurde.

Nicht zum Schutze der Frau als Schaffende, sondern auch zum Schutze der Mutter — und des Staates. Denn die Errungenschaften der vermehrten Frauenarbeit richten sich gegen die Gesellschaft und rütteln an den Existenzbedingungen der Zukunft. Vermehrte Frauenarbeit — verminderte Geburten, Aufenthalt in dem weiblichen Organismus naturwidrigen Betriebsstätten — Schwächung der Zukunftsgenerationen, die die Gesellschaft erhalten. Das natürliche Gesetz der Arterhaltung wird bedroht durch das sinnwidrige Einfügen der Frau in Männerberufe, die verfrüht erfolgt in einem Entwicklungsstadium, in der die physische Kraft noch zu sehr die motorische unterstützen muß. Der Nervosität der weiblichen Schreibkraft des Bürgertums stellt sich der ver-

Digitized by Google

wüstete Gebärapparat der weiblichen Arbeiterschaft bedrohend zur Seite. Dies möge im Interesse einer gesunden Bevölkerungspolitik erwogen sein, um leicht zu erkennen, daß der Staat in seinem innersten Nerv getroffen wird in einer eventuellen vermehrten Frauenarbeit auch nach dem Kriege.

Alle diese Erscheinungen wirken zugleich auf die Gegenwartsehe. Vermehrte Frauenarbeit gibt den Anreiz, die Ehe als eine Angelegenheit zu betrachten, die zur Vermehrung der Glücksmöglichkeiten nicht unbedingt notwendig ist, und erschüttert die Ehe in der gegenwärtigen Form, in der die Frau einen Zauber zu schaffen vermag, der von der größten Bedeutung für die Gefühlswelt der breiten Schichten ist. Man unterschätze diesen Einfluß nicht auf die Entwicklung des sozialen Gewissens und einer ethischen Vorbereitung für zukünftige Aufgaben. Man setze nicht entgegen, daß sich dies bereits auch im Frieden vollzog. Ich kenne die tragischen Bilder arbeitenden Leides sicherlich so gut wie gewisse Stimmzettelethiker. Ich verkenne auch nicht den Einfluß der Entwicklung, der ihr später der Ehe andere Form geben wird. Aber dem Versuch, den letzten kargen Rest von Glück zu zerstören, die breiten Maße aufzufordern, darin freudig mitzuwirken, ohne daß man einen Ersatz zu geben vermag — den die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gegenwart und der nächsten Zukunft ausschließen — muß jeder Denkende und Volksliebende entgetreten. Das Massenleid hat viel Glück versehrt, man ersehnt wieder eine Zeit des friedlichen Glücks, in der der Staat zu einer gewaltigen Reorganisationsarbeit anheben muß. Die ist aufgebaut auf der Stärke seiner Bevölkerung und auf einer gesunden Nachkommenschaft, die nur möglich ist aus einer Ehe, in der nicht Industriekrüppel Mütter sein können, während die Väter infolge der Lohndrückerei außerstande sind, die Kinder ernähren zu können. Deshalb muß der Staat, die Gesellschaft, jeder Denkende nach dem Fortfall der Notwendigkeit durch den Krieg mitarbeiten an der Beseitigung der Frauenarbeit in Berufen, deren gesundscheitsschädlicher Einfluß erkannt ist. Es muß mit der Anschauung aufgeräumt werden, daß die Verkrüppelung der Frauenkörper ein Fortschritt ist auf dem Wege zur Gleichberechtigung. Zugleich wird der Staat mit allen Mitteln der Staatsgewalt verhindern müssen, daß den Heimkehrenden in der aus der Frauenarbeit drohenden Lohndrückerei ein Feind ersteht. J. F.

Digitized by Google

Neuerscheinungen

Länder- und Völkerkunden. Unter dem Zwange des militärischen, wirtschaftlichen und telegraphischen Blockadezustandes haben wir begonnen, die Welt, uns selbst mit eingeschlossen, neu zu erforschen. Neue Zeitschriften und Bücher dienen der sachlich aufklärenden Arbeit über das Ausland — zuletzt eine Sammlung, die bei F. J. Perthes in Gotha unter dem Titel „Kleine Länder- und Völkerkunde" zu erscheinen beginnt. Ihr Programm besagt: „Jeder Band wird, ausgehend von den natürlichen Voraussetzungen des Bodens, des Klimas und der Rasse, einen einzelnen Staat oder eine Völkerschaft behandeln und neben der politischen in erster Reihe die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung und den heutigen Zustand des Landes darstellen. Soweit dies möglich ist, sollen dabei auch das Verhältnis zu Deutschland, die vorhandenen oder sich ergebenden Beziehungen in den Bereich der Betrachtung gezogen werden." Drei Gesichtspunkte treten in diesen Sätzen hervor: die landeskundliche Grundlage, auf der sich die Darstellung erhebt; zweitens die Allseitigkeit der Sammlung — unter den angekündigten Bänden befinden sich Bulgarien und Schweden, Türkei und Irland, Italien und Polen —; und drittens die Bestimmung für den praktischen Gebrauch und die Beziehung auf die wirtschaftlichen und politischen Möglichkeiten für Deutschland. Die beiden Bände, mit denen die Sammlung eröffnet wird, einer (von Pocorny) über Irland, einer (von Frhr. v. Dungern) über Rumänien, erfüllen gut, was das Programm verspricht. Sie sind sachlich einwandfrei, übersichtlich angelegt, klar und verständlich geschrieben.

Die Kriegskarten von Ludwig Ravenstein, Frankfurt a. M. (Nr. 33: Noyons, Soissons, Reims; Nr. 34: Bapaume, Albert, Amiens, Roye, Noyons; Nr. 35: Arras, Loretto, La Bassée, Lille; Nr. 36: Flandern [Ypern] mit Küstengebiet von Zeebrügge bis Boulogne; Nr. 37: St. Mihiel, Pont-à-Mousson, Toul, Nancy, Sénones, sämtlich im Maßstab 1:150000) sind nicht bloße Übersichtskarten, sondern wirkliche Gefechtskarten, auf denen man auch die taktischen Vorgänge verfolgen kann. Die Bodenverhältnisse sind aus der Karte gut ersichtlich, besonders deutlich treten die Eisenbahnverbindungen hervor. Bei den Festungen ist auch die Lage der einzelnen Forts eingetragen.

Unsere Nordfront. Ein vom k. und k. Kriegsarchiv herausgegebenes Sammelbuch mit Episoden aus den Kämpfen der österreichisch-ungarischen Armee entwirft knappe lebenswahre Bilder von den österreichisch-ungarischen Kämpfen in Galizien, Lodomerien, in der Bukowina, Großtaten von Offizieren und Mannschaften, die von der furchtbaren Schwere der Kämpfe Zeugnis geben, die das österreichisch-ungarische Heer zu bestehen hatte. Den Skizzen sind eine Reihe von Zeichnungen beigegeben, die das gesprochene Wort gut veranschaulichen. Die österreichisch-ungarische Kriegsliteratur kann auf das Buch stolz sein. (Erschienen ist es in dem Manzschen Verlag in Wien.)

Digitized by Google

Literatur

W. Dibelius, Charles Dickens. B. G. Teubner, Leipzig. Geb. 10 Mk.

Der als Anglist wohlbekannte Verfasser hat sich nicht nur bemüht, eine gerecht Licht und Schatten verteilende ästhetische Würdigung der Werke zu geben und auf Grund einer außerordentlichen Belesenheit die zahlreichen, bisher noch wenig beachteten Fäden aufzudecken, die D. mit seinen Vorgängern und Vorbildern verknüpften, vielmehr hat er sich die vor ihm noch nicht in Angriff genommene Aufgabe gestellt, den Dichter in seiner kulturgeschichtlichen Bedeutung zu erfassen, die mannigfaltigen politischen und sozialen Strömungen klarzulegen, die seinem Schaffen die Richtung wiesen, und die Wirkungen aufzuzeigen, die von seinen Werken auf die politische und soziale Entwicklung Englands ausgegangen sind. Die Legende, die in D. den großen Reformator des englischen 19. Jahrhunderts sehen will, muß der Verfasser freilich zerstören. Wohl hat D. die sozialen Nöte seiner Zeit erkannt und für ihre Beseitigung mit der ganzen werbenden Kraft seiner reichen Kunst gekämpft; aber eine Führerrolle im politischen Streite hat er nie gespielt. Weder hat er als Parteimann, wie Lassalle, das neue politische Evangelium des vierten Standes verkündigt, noch hat er als Künstler, wie Zola, den Schleier von den düsteren Geheimnissen gezogen, die sich in den Tiefen der menschlichen Gesellschaft verbergen. In D. ist allezeit der wohlanständige, behäbige, maßvoll liberalisierende Kleinbürger der Viktorianischen Ära lebendig geblieben. „Die soziale Frage glaubte er durch viel Sympathie, viel Erziehung und einen wohlbestellten Weihnachtstisch lösen zu können. Ernstliche, vom Herkommen abweichende ethische oder religiös-dogmatische Fragestellungen kannte er nicht." Seine in der harmlosen Schwarzweißmanier gearbeiteten Romane sind mit Vorliebe auf erbauliche, streng moralische Wirkungen eingestellt. Aber gerade diese bedenkliche, seiner künstlerischen Wertschätzung nicht eben förderliche Eigenschaft erklärt seine beispiellose Volkstümlichkeit und begründete sein unvergängliches Verdienst um die innerpolitische Entwicklung Englands. Als Mittlerin zwischen den beiden sozialen Parteien, die damals bei dem Hochkommen des Industrialismus als Todfeinde sich zu befehden drohten, hat D.s lebensbejahende, hoffnungsfrohe, recht eigentliche liberale Weltauffassung Unvergleichliches geleistet. „Der herrschenden und besitzenden Oberschicht zeigte er eindringlich die Fülle von Lebenskraft, Lebensfreude und Tüchtigkeit, die sich unter dem schlichten Rocke verbergen konnte; die nach Einfluß und materiellen Erfolg strebende Arbeiterklasse kettete er, ohne daß sie es merkte, an die bestehende Kultur, an die herrschende Gesellschaftsordnung." Dem nüchternen, der Nützlichkeitsanbetung verfallenen englischen Liberalismus hat D. neues, in die Höhe strebendes Leben eingehaucht. Zu dem Problem „Politik und Literatur" liefert der Fall D. ein sehr lehrreiches Schulbeispiel. Die vorliegende schön gereifte Frucht langjähriger umsichtigster Forschung, verdient deshalb auch von jedem Politiker eingehend gewürdigt zu werden. Dr. W. Stahl

Nachdruck aus dem Inhalt unter genauer Quellenangabe gestattet.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 30, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Weimar. Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

Die fünfprozentige Reichsanleihe wird zum Kurse von 98% (Schuldbucheintragungen 97,80%) ausgegeben.

Der einzuzahlende Betrag ist indes niedriger als 98 %, weil der Zinsenlauf der Anleihe erst am 1. April 1917 beginnt, die bis dahin dem Anleihezeichner zustehenden Zinsen aber ihm sofort vergütet werden. Hierdurch ermäßigt sich der Zeichnungspreis bis um 2½ %, dieses nämlich in dem Falle, wenn der ganze Gegenwert der Anleihe am 30. September bezahlt wird. Stellen wir inbezug auf den Ausgabepreis einen Vergleich mit der 4. Kriegsanleihe an, so sehen wir, daß der Erwerb der 5. Kriegsanleihe, rein äußerlich betrachtet, jetzt um ½ % günstiger ist. Das ist jedoch, wie zugegeben werden muß, nur ein scheinbarer Vorteil, weil man nicht vergessen darf, daß der 5 %ige Zinsfuß dem Anleiheerwerber jetzt auf 8 Jahre (bei der 4. Kriegsanleihe waren es hingegen 8½ Jahre) gesichert ist. Denn, wie schon oben gesagt, das Reich kann vom Oktober des Jahres 1924 an die Anleihe zum Nennwerte zurückzahlen. Die **Nettoverzinsung** der 5 %igen Reichsanleihe beläuft sich bei einem Kurse von 98 % auf 5,10 % und, wenn die Rückzahlung im Jahre 1924 erfolgen sollte (infolge des dann eintretenden Kriegsgewinnes von 2 %), auf 5,35 %. Das ist angesichts der allerersten Sicherheit, die eine Deutsche Reichsanleihe darstellt, ein außerordentlich günstiges Angebot. Freilich ist es nicht so reichlich bemessen wie das, das die französische Regierung für ihre 5 %ige „Siegesanleihe" dem französischen Kapital der Not gehorchend gemacht hat; nicht 98, sondern nur 88 % konnte Frankreich für seine 5 %ige Rente brutto erlösen, ein recht deutliches Anzeichen dafür, daß es um die französischen Finanzen im Vergleich mit den deutschen recht schlecht bestellt ist.

Der Ausgabepreis der Schatzanweisungen beträgt ohne Berücksichtigung der bis auf 1⅛ % aufsteigenden Zinsvergütung 95 %, und da hier der Zinsfuß sich auf 4½ % beläuft, so ergibt sich zunächst eine Rente von 4,74 %. Hinzu kommt indes der Vorteil, der dem Inhaber der Schatzanweisungen durch die Tilgung winkt. Diese findet durch Auslosung innerhalb 10 Jahren, beginnend im Jahre 1923, statt und verbürgt dem Schatzanweisungsbesitzer einen sicheren Gewinn von 5 %, der frühestens im Jahre 1923, spätestens im Jahre 1932, fällig wird und im günstigsten

Digitized by Google

Falle das Zinsenerträgnis auf 5,51 %, im ungünstigsten auf 5,07 % steigert. Beide Anleihen, die 5%ige bis 1924 unkündbare Reichsanleihe und die 4½%igen Reichsschatzanweisungen, haben ihre besonderen und großen Vorteile, und es muß mithin dem Ermessen des einzelnen Zeichners überlassen bleiben, wofür er sich entscheidet. Von einer Begrenzung der Anleihebeträge wurde nach den guten Erfolgen der vier ersten Anleihen sowohl für die Reichsanleihen als auch für die Schatzanweisungen wiederum abgesehen.

Wer kann sich nun an den Zeichnungen beteiligen? Etwa der Großkapitalist nur? Weit gefehlt! Auch der **kleinste Sparer** kann es. Denn es gibt Anleihestücke und Schatzanweisungen bis zu 100 M. herunter, und die Zahlungstermine sind so bequem gelegt, daß jeder, der heute zwar über keine flüssigen Mittel verfügt, sie aber im nächsten Vierteljahr zu erwarten hat, schon jetzt unbesorgt seine Zeichnung anmelden kann. Das Nähere über die Einzahlungstermine ergibt sich mit aller Klarheit aus der im Anzeigenteil dieser Nummer enthaltenen Bekanntmachung. Hervorgehoben sei hier nur, daß jemand, der 100 M. Kriegsanleihe zeichnet, den ganzen Betrag erst am 6. Februar 1917 einzuzahlen braucht. Der **erste freiwillige Einzahlungstermin** ist der 30. September. Ihn werden sich alle die zunutze machen, die so frühzeitig wie möglich in den hohen Zinsgenuß treten wollen.

Obwohl am 30. September mit der Einzahlung begonnen werden kann, werden **Zeichnungsanmeldungen** bis zum 5. Oktober entgegengenommen. Es werden nämlich die Fälle nicht selten sein, in denen jemand sich zwar gern an der Zeichnung beteiligen möchte, zunächst aber abwarten will, ob gewisse, in den ersten Tagen des neuen Vierteljahrs fällige Beträge auch eingehen. Allen denen, die sich in solcher Lage befinden, soll dadurch entgegengekommen werden, daß die Zeichnungsfrist erst am 5. Oktober abläuft.

Wo gezeichnet werden kann, wird den meisten unserer Leser bekannt sein. Immer sei erwähnt, daß bei dem Kontor der Reichshauptbank für Wertpapiere in Berlin und bei allen Zweiganstalten der Reichsbank mit Kasseneinrichtung Zeichnungen entgegengenommen werden, außerdem können Zeichnungen erfolgen durch Vermittlung der Königlichen Seehandlung (Preußischen Staatsbank), der Preußischen Central-Genossen-

Digitized by Google

schafts-Kasse in Berlin, der Königlichen Hauptbank in Nürnberg und ihrer Zweiganstalten sowie sämtlicher deutschen Banken, Bankiers, öffentlichen Sparkassen, Lebensversicherungs-Gesellschaften, Kreditgenossenschaften und durch die Postanstalten.

Die Zeichnungen auf Schuldbucheintragungen sind nur für die 5%igen Reichsanleihen, nicht aber für die Reichsschatzanweisungen zulässig, und zwar aus dem Grunde, weil die Schuldbucheintragung möglichst für solche Anleihebesitzer vorgesehen ist, die auf Jahre hinaus an ihrem Besitze festhalten wollen. Das ist bei den Reichsschatzanweisungen nicht ohne weiteres möglich, weil ja, wie wir oben gesehen haben, die Tilgung innerhalb eines verhältnismäßig kurzen Zeitraumes erfolgt. Obwohl die Eintragung in das Reichsschuldbuch für den Anleiheinhaber ganz besonders große Vorteile mit sich bringt, indem er sich nicht um die Aufbewahrung seines Vermögens, die Zinsscheinabtrennung usw. zu kümmern braucht, ist, wie gleichfalls schon gesagt, der Zeichnungspreis hier um 20 Pf. niedriger, weil denen, die die Kriegsanleihe als dauernde Kapitalanlage betrachten, ein besonderes Entgegenkommen bewiesen werden soll.

Wie bei früheren Zeichnungen, so auch jetzt, hört man zuweilen von einigen Zaghaften die Frage aufwerfen, ob es auch möglich sein werde, das in den Kriegsanleihen angelegte Geld, falls dieses nach dem Friedensschluß für andere Zwecke von dem Eigentümer gebraucht werden sollte, schnell wieder flüssig zu machen. Auf solche Fragen ist zunächst zu erwidern, daß ebenso wie die Darlehnskassen die Beteiligung an der Zeichnung auf die Kriegsanleihe allen denen erleichtern, die sich das Geld zunächst durch die Verpfändung älterer Kriegsanleihen oder anderer Wertpapiere beschaffen wollen, auch auf Jahre hinaus nach der Kriegsbeendigung den Anleiheinhabern von den Darlehnskassen die Möglichkeit zur Lombardierung ihres Besitzes zu günstigen Bedingungen gewährt wird. Darüber hinaus aber können wir mitteilen, daß von den maßgebenden Stellen Bedacht darauf genommen werden wird, den Verkauf von Kriegsanleihe nach dem Kriege unter angemessenen Bedingungen zu ermöglichen.

Niemand darf zögern bei der Erfüllung seiner vaterländischen Pflicht, jedermann kann überzeugt sein: Es gibt keine bessere Kapitalanlage als die Kriegsanleihe, für deren Sicherheit die Steuerkraft aller Bewohner des Reiches und das Vermögen aller Bundesstaaten haften!

Digitized by Google

Je stärker die finanzielle Rüstung, um so näher ist der endgültige Sieg auf den Schlachtfeldern gerückt.

Hoch und niedrig, reich und arm müssen sich dessen bewußt sein, daß die Kräfte aller dem Vaterland gehören.

Auf zur Zeichnung!

Bukarest — Saloniki

Von Professor Dr. E. Jäckh

So gewiß es ist, daß politische Betrachtungen und militärische Entscheidungen in ihrem eigenen Interesse frei von Pathos und von Sentiments bleiben müssen, so sicher ist es, daß selbst die kühlste, leidenschaftsloseste Betrachtung des rumänischen Gebarens den Ministerpräsidenten Bratianu mit einem in der Weltgeschichte seltenen Kainszeichen von Verlogenheit belasten muß. Was italienische Verschlagenheit gewagt hat, bleibt ein reines Kinderspiel gegen die rumänische Verlogenheit. Was Machiavelli einst an Verstellung gelehrt hat, bleibt ein reiner Kinderspiegel gegen das, was Bratianu jetzt an Verlogenheit geleistet hat. Dreimal sei dieses Wort wiederholt — nicht aus sittlicher Entrüstung oder aus politischer Enttäuschung, sondern als eine geschichtliche Tatsache, die heute schon sich feststellen läßt. In Rom hat es seinerzeit Schwierigkeiten gegeben, Andeutungen, Ableugnungen; in Bukarest nicht etwa Hinterhältigkeiten, Zweideutigkeiten, sondern feierliche Versicherungen: Auge in Auge, Handschlag gegen Handschlag. Solch förmliche Versprechungen hat noch am gleichen Tage der Kriegserklärung der rumänische Ministerpräsident dem österreichischen Gesandten gemacht, ebenso drei Tage zuvor der rumänische König dem deutschen Gesandten. Das sind Tatsachen, die deutsche Familien veranlaßt haben, in Rumänien ruhig zu bleiben, die aber unsere verantwortlichen Stellen nicht abgehalten haben, schon seit vielen Wochen für alle Fälle sich bereit zu machen. So war und ist alle Vorsorge getroffen, daß nichts uns überraschen konnte, wenn auch die rumänische Verlogenheit überraschen mußte.

Nun ist Klarheit geschaffen — glücklicherweise, über Rumänien wie für Deutschland. Zwei Jahre sind es her, daß König Karol in dem Kronrat, der nach seinem Willen für die Erfüllung der rumänischen

Digitized by Google

Vertragspflichten im rumänischen Interesse sich entscheiden sollte, seine Ansprache mit den Worten schloß: „So ist es mir vergönnt, Rumänien auf seine höchste Höhe zu führen." Damals hat Bratianu schon gestört und gehindert — der gleiche Bratianu, der noch vor wenigen Jahren dem damaligen deutschen Gesandten in Bukarest, Kiderlen-Wächter, „mit großer Wärme" die in dessen Memoiren verzeichnete Erklärung abgab: „er habe von seinem Vater den Grundsatz geerbt, Rumäniens Weg führe über Berlin, und er habe die feste Überzeugung, daß alles, was Berlin rate und tue, zum wahren Besten Rumäniens sei". Nach dem Tode König Karols hat Bratianu mit den grünen Augen sich als die „Sphinx" gefallen, wie er sich selbst gerne nannte: vielleicht erinnert er sich eines Tages, daß es schon einmal eine „Sphinx" gegeben hat, die in den Abgrund stürzen mußte, als ihr die richtige Antwort gegeben wurde.

Die deutsche Antwort wird dafür sorgen können. Die rumänische Komplikation hat die deutsche Situation vereinfacht und vereinheitlicht. Militärisch und politisch sind so Zielklarheiten entstanden, sind Möglichkeiten zu Notwendigkeiten geworden. Schon zwei Tage vor der Kriegserklärung hat der rumänische „Adeverul" einen Artikel gebracht: „Die rettende Dreieinigkeit" — — mit den drei Bildern: König Ferdinand von Rumänien, Bratianu und — Hindenburg! Wenn der rumänische Leitartikler damit sagen wollte, daß die Kriegsentscheidung Rumäniens die Bedeutung der Ostfront und des Orientkrieges wieder in den Vordergrund rücken und den Oststrategen Hindenburg zur entscheidenden Tätigkeit bringen werde, so hat er recht gesehen: vier Tage nach dieser rumänischen Veröffentlichung ist im deutschen Hauptquartier Hindenburg zum Generalstabschef ernannt worden. Die militärische und politische Einheitlichkeit der deutschen Kriegs- und Reichsleitung ist so für alle Welt unterstrichen worden.

Freilich — jener „Adeverul"-Artikel, der zwei Tage vor der Kriegserklärung schon den Kriegsbeginn in Aussicht stellt, sagt auch etwas anderes, nämlich: warum Rumänien für Rußland sich entscheiden zu müssen glaubt. Angeblich infolge des russischen Drucks auf die rumänische Grenze. Der „Adeverul" sagt:

„Während bei uns in Rumänien die einen — durch die Ausdehnung des Krieges

Digitized by Google

erschreckt — sich wundern über den Wahnsinn derjenigen, welche verlangen, daß wir aus der geldreichen Neutralität heraustreten, um in den Wirbel hineinzukommen, der menschliche Leben und ungezählte Millionen verschlingen wird, glauben andere — zu denen auch ich mich zähle — geradezu, daß Rumänien in diesem Krieg fast andauernd im höchsten Grade eine entscheidende, ausschlaggebende und abschließende Rolle hat, nicht nur damit die Wagschale sich nach der einen oder anderen Seite neige, sondern für die Abkürzung des Krieges. Die genaue Kenntnisnahme der diplomatischen und strategischen Sachlagen wird infolge der nach dem Kriege vorzunehmenden Studien genau feststellen, auf welcher Seite die Wahrheit liegt. Es springt aber schon heute in die Augen, daß ohne unsere Einwilligung die Verbindung zwischen den Mittelmächten und den Bulgaren und Türken nicht herzustellen war, daß ohne unsere stillschweigende Zustimmung so viele Monate lang ungestört der Verkehr mit Waffen und Menschen zwischen den Balkanländern und den Deutschen nicht stattfinden konnte, daß Serbien nicht hätte zerdrückt werden können und daß Deutschland nicht mit Nahrungsmitteln genügend hätte versorgt werden können, so wie es geschah aus dem Orient und aus unserem Lande, wo uns den Deutschen zuliebe sozusagen der Bissen aus dem Munde genommen worden ist ... Wenn Deutschland bei Verdun und vor Riga gesiegt hätte und wenn die Österreicher nicht Galizien verloren hätten, hätten die Mittelmächte sich weiter auf die Mithilfe unseres Königs und seines ersten Ministers stützen können. Wenn sie z. B. in Bessarabien eingedrungen wären, so wie die Russen in die Bukowina, dann wären wir nicht nur in einem geheimen, sondern in einem offensichtlichen Bündnis gewesen, und unsere ganze Armee bis zum letzten Mann hätte an dem rechten Flügel der Armeen der Mittelmächte mitgewirkt."

Damit ist aber auch zugestanden, daß Rumänien jetzt keine rumänische, sondern nur russische Politik treibt. Und das ist der Unsinn der rumänischen Entscheidung und das Unheil für die rumänische Zukunft: Rumänien ist kein selbständiger Staat mehr, sondern ein Vasalle Rußlands; heute schon und ebenso selbst, wenn es mit der russischen Karte siegen würde, was nach menschlicher Berechnung unwahrscheinlich ist. Rumänien ist um seiner ungarischen Irredenta willen aus dem Zusammenhang von „Mitteleuropa", in dem es ein selbständiges Subjekt war und bleiben konnte, herausgetreten und hat sich dem russischen „Mittelasien" verschrieben, in dem es ein gebrauchtes Objekt wird und bleiben muß. (Vergl. „Deutsche Politik" Nr. 25 und 33.)

Zum dritten Male in diesem Krieg und zum entscheidenden Schlag stoßen diese beiden Willensrichtungen gegeneinander: das organische „Mitteleuropa" und das mechanische „Mittelasien". Die Leser der „Deutschen

Digitized by Google

Politik" erinnern sich all der Zusammenhänge, die ich wiederholt in das Wort faßte: „Der Krieg kommt aus dem Orient (aus dem russischen und deutschen Zusammenstoß um Konstantinopel); der Krieg geht um den Orient (den Landweg Deutschlands in die Welt, den die Einkreisungspolitik uns sperren will); der Krieg endigt in dem Orient (durch den Sieg von Mitteleuropa)." Zweimal ist die Durchkreuzung unseres Weges versucht worden: der erste Stoß durch die Dardanellen und vom Bosporus her ist mißlungen. Der zweite Stoß nach Bagdad zu ist in gleicher Weise von beiden Seiten her mißlungen. Der dritte Stoß von Bukarest und von Saloniki her soll jetzt durch die rumänische Kriegsbeteiligung und durch die griechische Revolutionierung versucht werden — und wird in gleicher Weise mißlingen. Der einheitliche Block des zusammengeschweißten Vierbundes wird unerschütterlich und unerschüttert auch dieser letzten Belastung trotzen können. Der „Marsch nach Konstantinopel", der einmal „durchs Brandenburger Tor", dann durch die Dardanellen führen sollte, wird auch durch die rumänische Dobrudscha hindurch nicht gelingen: daß er in Angriff genommen werden soll, das hat im Artikel in Nr. 31 der „Deutschen Politik" der englische Politiker Garvin in Aussicht gestellt — in dem Londoner Vortrag, den wir nach einem Stenogramm (in Nr. 31) mitgeteilt haben. „Nur dort — auf dem Balkan — müßte der ganze Plan der Weltpolitik gewonnen oder verloren werden .... Deutschland ist bisher der Tag des Sieges!" — so gestand Garvin zu, und: „Nur eine Offensive von Saloniki und das Mitmarschieren von Rumänien kann die englische Niederlage und den deutschen Sieg noch ändern!" Die Strategie Hindenburgs wird auch diese äußerste Anstrengung und diese Hoffnung verhindern und vereiteln.

Culture contra Kultur

Von Dr. phil. Sven Rosén, Svalöf, Schweden

Inter arma silent leges[1]. Es scheint, als ob auch die Gesetze, welche die Wirksamkeit des gesunden Menschenverstandes regeln, in diesem Weltkriege aufgehoben worden. Der Krieg bildet seine eigene Rechtsanschauung aus, und die Gesetze, in deren Schutz das Kulturleben blüht, verstummen im Waffengetöse. Es ist aber auch viel anderes was verstummt. Stimmen,

[1] Während des Krieges schweigen die Gesetze.

Digitized by Google

die vormals gegen die finstren Mächte der Reaktion und der Gewalt in heiliger Wut donnerten, erlöschen plötzlich; Männer, die den Ideen der Freiheit, Gleichheit und Brüderschaft ihr Leben geweiht haben, treten jetzt für die gefährlichsten Feinde dieser Ideen ein. Wir erleben wahrhaftig eine furchtbare Umwertung aller Werte!

„Die Menschheit schreitet immer fort, und der Mensch bleibt immer derselbe", sagt Goethe. Der Mensch ist auf einmal der größte Vorkämpfer einer Idee und das größte Hindernis für ihren Sieg. Doch, man gewöhnt sich an alles, aber es wundert uns gleichwohl, daß die Menschen so schlecht mit Ideen umgehen.

Es ist in der Geschichte schon lange, daß Ideen mit einander kämpften. Jetzt aber will man geltend machen, daß der große Krieg ein Kampf ist um und für Ideen. Von englischer Seite dringt man besonders darauf, daß es zwei verschiedene Kulturen sind, die gegen einander kämpfen: die westeuropäische, anglo-romanische und die deutsche, kurz und treffend mit einem Schlagwort ausgedrückt: culture contra Kultur. Die erstere ist von englischem Gesichtspunkt aus von höherem Wert als die letztere und zwar die bestmögliche Form von Kultur für den europäischen Teil der Menschheit. Die doppelte Orthographie des Wortes Kultur soll denn zwei ihrem ganzen Wesen nach grundverschiedene Formen menschlicher Kultur symbolisieren. Diese Vorstellungsweise des Wesensunterschiedes der zwei kämpfenden Kulturformen ist in verschiedenen Abstufungen von allen Völkern der Entente anerkannt worden. Nach der belgischen Katastrophe wurde der Krieg der Westmächte sofort ein Kampf für die Rechte und Freiheiten nicht nur kleiner Nationen, sondern auch des Menschengeschlechts, und dieser Feldruf steckt auch in der Formel „culture contra Kultur." In der „Times" las man seinerzeit, daß auch Italien sein Schwert für die Freiheit Europas gezückt habe, und aller Wahrscheinlichkeit nach haben auch die Senegalneger und andere Naturvölker sich zur Verfügung dieser hohen Ideen gestellt. Selbst Rußland, dem sonst Menschlichkeit fremd ist, hat den Mut gehabt zu behaupten, daß es auch dafür streitet. Daß nun diejenige Form von Kultur, die auf russischem Boden gewachsen ist, auch der deutschen Kultur überlegen sei, fällt wohl keinem gescheiten Menschen ein zu behaupten; daß man aber eine Tendenz in dieser Richtung in der englischen polemischen Kriegs-

Digitized by Google

literatur oft spüren kann, zeugt, daß es kaum Grenzen gibt der intellektuellen und moralischen Geistesverwirrung, die der Krieg in so vielen sonst hellen Köpfen hervorgerufen hat. Es scheint wirklich, als ob sowohl die Logik als auch die Moral in diesem Kriege zu vollständiger Neutralität sich entschlossen haben.

Die eben erwähnte Antithese „culture contra Kultur" setzt die kämpfenden Völker Europas in ein vollständig falsches Licht. Da man ideale Werte gleich anfangs in den Vordergrund stellte, und da man von Anfang an behauptete, der Kampf gehe auf Leben oder Tod dieser Werte, so häuften sich mehr und mehr Gegensätze und Widersprüche an, die sich auf Tatsachen keineswegs stützen können. Kombinationen und Motive verschärfen sich in einen unbeschreiblichen Wust verworrener Phrasen, die sich oft dem Komischen nähern. Doch, solche Geschäfte mit Tatsachen und Vorstellungen, welche unaufhörlich besonders in der Kriegsliteratur der Entente vorkommen, gehören glücklicherweise zu einer Art Geistestätigkeit, die der Menschenverstand nur ausnahmsweise treibt. Es dürfte aber höchste Zeit sein, diese Schwindelei und Heuchelei auf ihren wahren Wert zurückzuführen. Die Geschichtsforschung der Zukunft wird diese vergiftete Kriegführung mit Worten und Begriffen schonungsloser und besser untersuchen und beurteilen können als wir, die wir mitten im Getöse der Schlachten und im Taumel der furchtbaren Begebenheiten leben. Denn die Ereignisse der Weltgeschichte erfordern wie ein Schlachtgemälde eine gewisse Entfernung um beurteilt und überblickt werden zu können. Der Schleier, den die Zeit über den Werdegang der menschlichen Kultur zieht, verdunkelt nicht, sondern erklärt. Schon jetzt aber möchte man die zukünftige Auseinandersetzung über diese Frage vorwegnehmen, indem man gewisse Grundirrtümer feststellt, die so auffallend sind, daß sie nicht verschwiegen werden können.

In England hat man durch dieses falsche und irreführende Aufstellen des Problems, dessen letzte gangbare Redensart „culture contra Kultur" ist, lange schon diejenigen Grenzen überschritten, die unter anständigen und zivilisierten Menschen unübersteigbar gelten. Der allgemeine Haß gegen Deutschland hat in England wie in Frankreich viele klare Köpfe umnebelt. Einer sucht den anderen an Verleumdung und Roheit zu übertrumpfen. Nicht nur unter den leitenden Staatsmännern, sondern auch

Digitized by Google

in der wissenschaftlichen Welt hat sich diese Begriffsverwirrung verbreitet. Gleich im Anfang sagte England, daß es wegen Belgiens teilnehme, und um den preußischen Militarismus zu zertrümmern. Diese Beweisführung lebt zwar ungeschwächt, aber England ist dennoch immerfort auf der Jagd nach neuen ideellen Gründen, deren gemeinsame Kennzeichen das mehr oder weniger ungeschickte und ängstliche Verbergen des Kerns der Sache ist. Der gemeine Gedankeninhalt dieser Begründungen ist immer derselbe: die deutsche Kultur muß vernichtet und zwar durch die englische und französische culture ersetzt werden. Man macht sich auch kein Gewissen daraus zu behaupten, die russische Kultur sei der deutschen gewissermaßen überlegen. Ein angesehener Forscher wie z. B. J. B. Bury, Professor der Geschichte an der Universität Cambridge, macht in vollem Ernst geltend (in einer kleinen Flugschrift „Deutschland und die slawische Zivilisation"), daß Polen größere Aussicht auf Selbständigkeit und Selbstverwaltung unter russischer als unter deutscher Herrschaft habe. Er tritt auch dafür ein, daß sowohl England als Frankreich wegen der liberalen Umwandlungen geistiger und sozialer Art, die seit einigen Jahren im Zarenreiche stattfinden, geistige Sympathien für Rußland hegen. England und Frankreich bilden sich wohl gar ein, daß sie Rußland dabei helfen sollen sich zu zivilisieren! Man möchte nur gern wissen, was die Russen selbst dazu sagen würden, wenn fremde Mächte in ihre inneren Angelegenheiten sich einmischten. Es kann natürlich nicht nur die gewöhnliche englische Unkenntnis der Kulturen fremder Völker sein, die solche Beweise liefert. Jedenfalls kann man solch eine Unwissenheit, bei einem Professor der Geschichte, nicht voraussetzen. Es ist dem englischen Professor und all den gebildeten Engländern, die jetzt für Rußlands Sache eintreten, wohl kaum unbekannt, daß die russische Duma, welche nach englisch-parlamentarischem Muster diese liberalen Umwandlungen wohl zunächst in Gang bringen würde, eine reine Entstellung einer Volksvertretung und ganz ohnmächtig gegen den Zarismus ist. Es möchte wohl auch in England bekannt sein, daß dieser Umwandlungsprozeß zu stocken geneigt ist, sobald das herrschende System von seinen zufälligen Mißerfolgen sich erholt hat. Wollte England den Sieg westeuropäischer Kulturideale in Rußland fördern, sollte es also den Zarismus bekämpfen und nicht, wie jetzt, unterstützen. Ach nein! Diese geschäftige Schnüffelei nach den

Digitized by Google

guten Eigenschaften des großen Bundesbruders im Osten ist wohl nichts anders als der Ausfluß eines unangenehmen Gefühls in schlechter Gesellschaft zu sein, welcher es gilt so viele gute Eigenschaften wie möglich zu geben, selbst wenn diese in der Tat gar nicht vorhanden sind. Oder sind vielleicht England und Rußland zwei schöne Geistesverwandte, die einander endlich gefunden haben? In England ist auch früher eine andere Seite dieses Kulturkampfes hervorgehoben worden: man behauptet, auch die westeuropäische Staatsform kämpfe gegen diejenige Deutschlands. Das politische Ideal und die politischen Einrichtungen der Westmächte unterscheiden sich von denjenigen sowohl Deutschlands als Rußlands, sagt Professor Bury, und es sei also von diesem Gesichtspunkte aus gleichgültig, wenn England und Frankreich Rußland gegen Deutschland beistehen oder umgekehrt. Es verlohnt sich kaum der Mühe, einen solchen Grund zu widerlegen. Jeder gebildete Mensch weiß, daß die Verschiedenheiten deutschen und russischen Staatslebens größer sind als die Gleichheiten. Kann ein kluger Mensch und dazu noch ein Professor der Geschichte wirklich in vollem Ernst behaupten, daß die politischen Einrichtungen Rußlands grundsätzlich denjenigen Englands und Frankreichs *mehr* entsprechen als diejenigen Deutschlands? Was geht übrigens England und Frankreich Deutschlands Staatsverfassung an? Hat die *Staatsverfassung* Deutschlands die kulturelle Entwickelung der Nation irgendwie gehindert? Oder hat sie das Wachstum *anderer* Nationen in irgendeiner Weise gestört? Hat die politische Einrichtung Rußlands Kultur und Geistesleben *mehr* gefördert als diejenigen Deutschlands? Können das „freie" England und das republikanische Frankreich mit ihren demokratischen Staatsformen einen größeren kulturellen Aufschwung weisen als Deutschland mit „seinem Monarchismus und seiner patriarchalischen Regierung"? Diese schwerwiegenden Fragen müssen beantwortet werden, wenn man über dieses Problem überhaupt wird sprechen können. Es ist ein Irrtum, wenn jemand glaubt, daß eine gewisse nach einem bestimmten Muster eingerichtete Verfassung an sich immer und allerwärts eine höhere Kultur hervorbringt. Die neuere Geschichte Frankreichs ist an Beispielen dieser Art außerordentlich reich. Diese politische Organisation des englischen Staates mag für dasjenige Volk geeignet sein, aus dessen geschichtlichem Leben sie hervorgewachsen ist, aber daraus folgt nicht, weder daß sie die

Digitized by Google

beste überhaupt ist, noch daß andere Völker in ihren Formen gedeihen können. Daß die Westmächte — zusammen mit Rußland! — für eine höhere Form der Kultur oder für Kultur überhaupt gegen Deutschland, das der Feind der Zivilisation und der Menschheit sein soll, kämpfen, das ist doch die plumpste aller geschichtlichen Lügen, die schon seit den ersten Tagen dieses Krieges von Westen gekommen sind.

Die Rede von Englands besonderer Liebe zu den kleinen Völkern ist heutzutage wie vormals ein Lieblingsthema jenseits in England. Dieses Steckenpferd muß wohl jetzt nach dem entsetzlichen Reiten etwas müde sein, und man sollte ihm doch ein wenig Ruhe gönnen. Dennoch darf doch diese Redensart in keiner englischen Flugschrift fehlen. Professor Bury sagt, Rußland sei vielleicht mehr als irgendwelche andere Nation für die Sache der kleinen Völker eingetreten. (Auch mehr als England?) Für Serbien und Bulgarien z. B.! Warum fügt Professor Bury nicht hinzu: Für Finnland und Polen? Nein, Herr Professor, das reimt sich mit der Beweisführung nicht recht zusammen! Man muß doch sehr vorsichtig mit der Wahrheit sein. Es gibt gewisse unbehagliche Tatsachen, mit denen man sehr vorsichtig umgehen muß. „Rußlands Beschützung einer kleinen Nation stimmt mit dem politischen und sittlichen Streben der westeuropäischen Zivilisation überein", setzt er fort. Ein großartiger Beweis, besonders wenn er von einem Geschichtsforscher benutzt wird, welches den Vorteil hat, keiner Entgegnung zu bedürfen! Es wäre jedoch sehr interessant zu wissen, welche Antwort dieser englische Gelehrte auf die folgende Frage fände: mit welchen zivilisatorischen, sittlichen und politischen Bestrebungen stimmt Rußlands Politik gegen Finnland überein?

Es scheint aber, als ob man in England sehr leicht vergeben und vergessen könne. Die Zeit liegt doch nicht so weit zurück, wo man in der gelehrten Welt Englands eine ganz andere Auffassung von Rußlands Verhalten zu den kleinen Völkern, besonders zu Finnland, hatte. Im Frühjahr 1899 begann in London eine periodische Zeitschrift zu erscheinen unter dem Titel „Finland, an English journal devoted to the cause of the Finnish people"[1], mit dem Wappen Finnlands geziert. In dieser Zeitschrift schlagen die führenden Geister Englands einen ganz anderen

[1] Finland, eine englische Zeitschrift für die Sache des finnischen Volkes.

Digitized by Google

Ton gegen Rußland an als jetzt. War die Lage Finnlands damals mehr verzweifelt als heutzutage?

Der Volkscharakter eines Volkes bekundet sich unter anderen Dingen auch durch die Art und Weise, in welcher sie für ihre eigene Kultur gegen diejenige anderer Völker Propaganda macht. Besonders zur Kriegszeit wird hierbei vieles offenbar, was sonst im verborgen bleibt. Schon von Anfang des Krieges an ist eine förmliche Überflutung von Kriegsflugschriften, Witzblättern und Schundliteratur aus den kriegführenden Ländern zu uns Neutralen gekommen. Wer bei uns unparteiisch und sachlich urteilen will, muß, wenn man Vergleiche anstellt, ohne weiteres zugeben, daß die Erzeugnisse dieser Art, die aus den Ländern der Entente stammen, durch ihre Roheit und Verwilderung im Gegensatz zu denjenigen stehen, die aus Deutschland kommen. Hier zeigt sich wirklich ein ganz wesentlicher und nachweisbarer Unterschied zwischen culture und Kultur. Die gröbsten Fälschungen in Wort und Bild werden in der Hetze gegen Deutschland gebraucht. In England und Frankreich feiert diese Spottsucht wahre Orgien. Eine culture, die solche Früchte trägt, hat kein Recht sich zu überheben und im Namen der Menschheit auf Oberherrschaft zu dringen.

Alle menschliche Laster, auch die niedrigsten, sind in diesem Kriege losgelassen. Sie spiegeln sich in der Schund- und Verleumdungsliteratur, welche eine der vielen Besonderheiten dieses Krieges ist. In Frankreich hat diese Literatur jeden Rekord geschlagen. Diese Schmähsucht ist in diesem Lande krankhafter Art. Man betrachtet überhaupt die Frage „culture contra Kultur" unter demselben Gesichtswinkel wie in England. Auch hier ist eine Entente cordiale vorhanden, die kaum herrlicher sein kann. Denjenigen, der einen Zug des romanischen Volkscharakters kennt, den man als eine Neigung zu Grausamkeit bezeichnen mag, kann es gar nicht Wunder nehmen, daß die französische Schundliteratur in so hohem Maße voll Äußerungen dieses Charakterzugs ist. Kaiser Wilhelm ist hier wie in England das Hauptopfer. Neulich hat Pierre Loti in seinem soeben erschienenen Buch mit dem für den krankhaften Geisteszustand des Verfassers so bezeichnenden Titel „La hyène enragée" eine Kraftprobe der Beschimpfungskunst gegeben. Derartige Erzeugnisse französischer culture findet man massenhaft. Es ist

Digitized by Google

unmöglich, alle Beschimpfungen in einer anständigen Zeitschrift zu wiedergeben. Man möchte geglaubt, solche Schmutzigkeiten, die von einer seltenen Roheit und Barbarei zeugen, seien undenkbar in einem Lande, das von jeher für ein Muster der Lebensart und Gesittung gegolten. Doch ist sie eigentlich nicht neu in der Geschichte der französischen Kultur. Man denke nur an die Gewalttaten, die während der Französischen Revolution verübt wurden. Es gibt hier allzuviele Vergleichspunkte zwischen einst und jetzt. Der französische Verfasser G. Lenôtre beschrieb neulich in seinem Buche „Paris révolutionaire" (28. Auflage) sehr ausführlich eine Menge solcher krankhafter Gewalttaten, die in anderen zivilisierten Ländern unmöglich sind — jedenfalls kann man nichts derartiges in der Geschichte Deutschlands antreffen. Man erkennt gleich den Ton und Geist der Kriegsliteratur, wenn man in Lenôtres Buch die folgenden Worte liest: „On se montrait, au pied de la terrasse du bord de l'eau, le cadavre d'un des heïduques (fantassins hongrois) qu'on admirait autrefois derrière le carrosse de la Reine; il avait été dépouillé de ses vêtements, et d'horribles mégères se livraient sur son corps à de cyniques plaisanteries[1]." Dies geschah im Jahre 1792. Aber sind es nicht Kinder desselben Geistes, die heutzutage betreffs Kaiser Wilhelms — freilich nur in effigie — „se livraient sur son corps à de cyniques plaisanteries"? Wenn die Franzosen der Revolution solche Schandtaten gegen ihre eigenen Landsleute verübten, wie hätten sie dann „les boches" behandelt, wenn sie jetzt gelebt hätten? Jedes Gerede von deutschen Schandtaten in Belgien oder anderswo ist Unsinn, insofern man meint, Grausamkeit sei ein typischer Bestandteil deutscher Kultur im Gegensatz zu englischer und französischer culture. Man ist eher geneigt, das Umgekehrte zu behaupten. Derartige Ausdrücke der Grausamkeit der romanischen Völker, wie z. B. Hahnen- und Stiergefechte, noch schlimmerer Sachen zu geschweigen, stehen germanischer Kultur und Volksart ganz fremd.

Angesichts solcher Kampfmethoden, die ein Ausfluß der Kultur derer,

[1] „Man zeigte sich am Fuße der Terrasse des Flußufers den Leichnam eines Heiducken (ungarischen Fußsoldaten), den man vordem hinter dem Wagen der Königin bewundert hatte. Er war seiner Kleider beraubt, und fürchterliche Weiber vergnügten sich mit hündischen Scherzen an dem Körper."

Digitized by Google

die sich ihrer bedienen, sein müssen, kommt man in Versuchung, zu fragen: wollen die Engländer und Franzosen das deutsche Volk und die Menschheit auch mit solchen Kulturerscheinungen beglücken? Aber gibt es denn irgendein führendes Prinzip in dieser vergifteten Kriegführung mit Worten und Begriffen hinter den Fronten? Es bedarf nicht großen Scharfsinnes, um ein solches zu finden. Alle Menschen aller Zeiten haben es gebraucht; es wird nimmer ganz und gar verschwinden, es ist die alte Geschichte vom Splitter im fremden und vom Balken im eigenen Auge, und der heilige Grundsatz lautet folgendermaßen: man schreibt dem Gegner Fehler zu, die man gleichermaßen oder in höherem Grade selbst hat. Man kämpft für Ideale, die man selbst unter die Füße tritt. Auf die Antithese „culture contra Kultur" angewandt, bekommt das Prinzip die folgende Verschärfung, welche seine Sinnlosigkeit noch deutlicher entblößt: culture soll Kultur ersetzen, weil alle bösen Eigenschaft der letzteren auch die erstere kennzeichnet. Es ist auch dafür gesorgt, daß diese geniale logische Schöpfung anglo-romanischer Geistestätigkeit erläuternde Abbildungen nicht entbehren soll, die sie besser veranschaulichen. Eines dieser zahlreichen Verleumdungsbilder, und zwar eines der harmlosesten, stellt ein Schlachtfeld, von Gefallenen bedeckt, vor. Über diesem einfachen Bilde steht: „Wo deutsche Kultur gehaust." Ebenso wahr oder ebenso falsch ist dieses sinnlose Bild, wenn im Texte die Worte „deutsche Kultur" in „english culture" verändert werden und man sich denkt, daß die Toten Deutschen oder — Buren seien. Culture contra Kultur! Worte, Worte, Worte! Die Antithese „culture contra Kultur" auf diese Weise verwendet ist nur eine leere Phrase oder ein Bluff. Diejenigen, die sie für diesen Zweck erfanden, müssen an die folgenden Worte des englischen Verfassers Thomas de Quinceys gedacht haben: „Der Verstand ist die geringste Geistesfähigkeit des Menschen, und zwar diejenige, auf die man sich am wenigsten verlassen soll." Wir Neutralen, die wir noch nicht an dem großen Kampfe teilnehmen, müssen uns in acht nehmen, die Besinnung zu verlieren und vor derartigen Geistesprodukten auf unserer Hut sein. Sonst könnten wir leicht in den gefährlichen Strömungen hineinsegeln, wo alle Begriffe zusammenfließen.

Digitized by Google

Soziale Hilfe in und nach dem Krieg

Von Dr. Alice Salomon

Die Worte „Soziale Hilfe" sind für Tausende erst in der Kriegszeit zu einem Begriff geworden. Auch Viele, die sich im allgemeinen nicht für die Angelegenheiten der weiteren Gemeinschaft verantwortlich fühlen, sind seit dem Ausbruch des Krieges getrieben von dem Wunsch, der Sache des Volkes in irgendeiner Form zu dienen. Die inneren wie die äußeren Antriebe zur sozialen Arbeit sind stärker als je zuvor.

In der Tat sind denn auch bei Ausbruch des Krieges Scharen von Mitarbeitern den gemeinnützigen Organisationen zugeströmt. Aber der Strom ist mit der Dauer des Krieges wieder langsam versiegt. Die erste Begeisterung hat nicht überall standgehalten, die Pflichten des Tages, der Familie, des Berufes, veränderte wirtschaftliche Verhältnisse haben Viele wieder abgerufen. Das Bedürfnis nach Hilfskräften ist wieder größer als die Nachfrage, und überall gilt es, für notwendige Arbeit neue Menschen zu gewinnen und die einmal gewonnenen Hilfskräfte mit dem Gefühl der Verpflichtung zu durchdringen und an die Arbeit zu fesseln. Unter diesem Gesichtspunkt soll hier von den Aufgaben gesprochen werden, die im Augenblick zu lösen sind, und die auch für die Zeit nach dem Kriege des tätigen Opfersinns der weitesten Kreise bedürfen.

Die soziale Hilfsarbeit im Krieg unterscheidet sich von der Wohlfahrtspflege des Friedens auf die verschiedenste Weise. Zunächst machte es sich beim Ausbruch des Krieges ganz auffallend bemerkbar, daß die Sorge für höhere Bedürfnisse zurücktreten mußte hinter der Notwendigkeit, die primitiven Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen. Die Veranstaltungen der Volksbildung, der Erziehung, der Erholung und Kräftigung der besitzlosen Klassen, die in erheblichem Umfang die Wohlfahrtsvereine im Frieden beschäftigt hatten, verloren an Wichtigkeit. Wie es draußen im Feld ums Ganze ging, so mußte auch daheim zunächst für des Lebens Notdurft gesorgt werden. Es galt, die Hungrigen zu speisen, die Frierenden zu kleiden, Obdachlose zu versorgen, Verwundete und Kranke zu pflegen. Überall wurden Massenspeisungen eingerichtet; öffentliche Gebäude und Privathäuser wurden in Lazarette umgewandelt; und die Frauen übten wieder die fast vergessene Kunst des Strickens, um Strümpfe und warme

Digitized by Google

Sachen für das Heer zu beschaffen. Ein zweites charakteristisches Merkmal der Kriegswohlfahrtspflege ist es, daß sie es mit einer ganz anderen Klasse von Hilfsbedürftigen zu tun hat als die soziale Arbeit im Frieden. Ein großer Teil ihrer Schützlinge besteht aus Personen, die noch bis vor kurzem den selbsterhaltenden, unabhängigen, klassenbewußten Schichten der Bevölkerung angehörten. Auch aus den Schichten des Mittelstandes, der Gebildeten sind Unzählige zur Hilfsbedürftigkeit herabgesunken.

Diese beiden Veränderungen sollen etwas näher beleuchtet werden, weil die ganze Hilfstätigkeit und die Ansprüche an die Helfenden dadurch tiefgreifend bestimmt werden.

Die Umschaltung der Hilfstätigkeit von Bildungs- und Erholungsbestrebungen zu den mehr primitiveren Aufgaben der Kriegswohlfahrtspflege ergab sich aus der plötzlich auftretenden elementaren Massennot. Es gibt Zeiten, in denen die Erhaltung des Lebens wichtiger als die Erhöhung des Lebens ist. Die Anpassung der Wohlfahrtspflege an die veränderten Aufgaben, die überall in wenigen Tagen vor sich ging, neue Organisationen schuf, eine Beziehung zwischen Behörden und Vereinen fand, war eine Riesenleistung, in der sich die wundervolle Einheit und Tatkraft des Volkes spiegelte. Aber immerhin war die Änderung der Ziele aller Wohlfahrtspflege nur für einen provisorischen Zustand berechtigt. Die Länge des Krieges stellt die Wohlfahrtspflege vor die Notwendigkeit, auch ihre alten Aufgaben wieder aufzunehmen, falls nicht wertvollste Errungenschaften des Volkslebens verloren gehen sollen. Sicherlich muß alles, was der Erhaltung des Lebens der Masse dient, in erster Linie gefördert werden; denn stärker als je vorher hängt der Bestand und der Wohlstand der Nation von der Volkszahl ab. Aber man kann die Frage, welche Wohlfahrtseinrichtungen für die Erhaltung des Lebens nötig sind, welche nur seiner Erhöhung dienen, gar nicht ohne weiteres beantworten. Sicherlich wird man nicht nur die Armen- und Krankenpflege sondern auch die Fürsorge für Lungenkranke durch Fürsorgestellen und Lungenheilstätten, die Wöchnerinnen- und Rekonvaleszentenpflege wie auch die Kinderpflege im weitesten Sinne geradezu als unentbehrliche Maßregeln der Wohlfahrtspflege ansehen müssen. Aber auch Bestrebungen, die darüber hinaus das Leben erhöhen und bereichern, sind sicherlich unter weiteren Gesichtspunkten ebenso notwendig. Gerade die Bemühungen auf dem Gebiet der

Digitized by Google

Volksbelehrung und -Unterhaltung, die Abhaltung von volkstümlichen Vorträgen und dergleichen hat gezeigt, wie stark das Bedürfnis nach geistiger Nahrung durch den Krieg aufgerührt ist, daß Seele und Geist der Massen hungern. Aber nicht nur für den Körper und Geist, sondern auch für die wirtschaftliche Tüchtigkeit muß durch die Wohlfahrtspflege gesorgt werden. Die Einrichtungen der Berufsberatung, die Erhaltung und Förderung des Fachschulwesens, der Ausbau des Arbeitsnachweises, das alles ist sicherlich nötig, damit auf wirtschaftlichem Gebiet Qualitätsarbeiter herangebildet werden, um die Lücken zu füllen, die der Krieg täglich weiter reißt. Die Möglichkeit eines wirtschaftlichen Aufschwungs nach Friedensschluß hängt sicherlich davon ab, ob die daheimgebliebene Bevölkerung fähig gemacht wird, durch hochwertige Arbeit die Reihen, die gelichtet worden sind, zu füllen.

Aber noch ein anderer Grund zwingt dazu, die Wohlfahrtspflege der Friedenszeit in weitestem Umfang forzuführen. Die Energie und die Hingabe, die jetzt der sozialen Arbeit zugeführt wird, entscheidet letzten Endes darüber, ob das deutsche Volk ein Kulturvolk bleiben oder wieder auf eine primitivere Stufe des gesellschaftlichen Lebens zurücksinken muß. Wie im Frieden für den Krieg gerüstet worden ist, so muß auf sozialem Gebiet auch im Krieg für den Frieden gerüstet werden.

Wenn so zweifellos neben allen neuen Aufgaben die alten weiter verfolgt werden sollten, so entsteht weiter die Frage, ob nun auch nach den gleichen Grundsätzen und den gleichen Methoden gearbeitet werden kann.

Es handelt sich dabei, um ein Beispiel anzuführen, etwa um die Frage, ob die Kriegsfürsorge individualisieren kann und muß. Sicherlich war das bei Ausbruch des Krieges, als große Organisationen plötzlich geschaffen wurden, nicht sofort möglich. Aber mit der Zeit mußte es doch angestrebt werden, damit nicht ganze Schichten demoralisiert, an Bettel und Müßiggang gewöhnt würden. Im Grunde liegt die ganze Aufgabe der kommunalen und privaten Kriegsfürsorge in diesem Individualisieren, in der Ergänzung der schematischen Versorgung des Staates. Der Staat zahlt die gleichen Unterstützungen an die Familie des Arbeiters, der früher 18 Mark wöchentlich verdiente, wie an die Familie dessen, der früher 50 Mark erwarb. Er zahlt höhere Unterstützungen an den ersteren, sofern dieser sechs Kinder und der zweite nur ein Kind hat.

Digitized by Google

Er kann den Stand und die Einkommensstufe der Krieger bei der Versorgung der Familie nicht berücksichtigen. Daher ist die Not um so tiefer, je höher die Schicht, der die Hilfsbedürftigen im Krieg entstammen.

Das führt zu dem zweiten eigentümlichen Merkmal der Kriegswohlfahrtspflege, zu der Tatsache, daß diese es mit einer anderen Schicht von Hilfesuchenden als die Friedenswohlfahrtspflege zu tun hat. Die Hilfsarbeit fordert deshalb — wenn auch nicht andere Methoden — so doch eine andere Einstellung der Helfer auf ihre Arbeit, in gewisser Weise eine andere Auffassung, einen anderen Geist. Gewiß soll alle soziale Hilfe vom Geist der Nächstenliebe, der brüderlichen Liebe getragen sein. Aber sie wurde früher doch stärker durchtränkt von dem Gefühl des Mitleids, des Erbarmens, bei vielen auch von dem Wunsch, wohlzutun. Im Kriege muß sie unbedingt erfüllt sein von einem Gefühl für Gerechtigkeit, von dem Wunsch nach einem Ausgleich des Schicksals, das den einen emporhebt und den anderen schuldlos an den Abgrund bringt. Die große Masse der Hilfsbedürftigen im Kriege sind nicht Arme im gewöhnlichen Sinne des Wortes. Auch sie sind arm in dem Sinn, daß es ihnen am notwendigen Lebensunterhalt fehlt, und daß sie sich diesen nicht aus eigener Kraft beschaffen können. Aber sie gehören meist zu einer Klasse, die keine Anlagen zu wirtschaftlicher Schwäche hat; sind ohne eigenes Verschulden, durch äußere Umstände, durch höhere Gewalt, auf die sie keinen Einfluß hatten, in Not geraten. Die Ursachen ihrer Hilfsbedürftigkeit liegen bei vielen völlig außerhalb ihrer Person. Das darf bei der Hilfstätigkeit nie aus dem Auge verloren werden. Man soll deshalb an die Kriegsfürsorge nicht mit dem Gedanken herantreten, daß man die Hilfsbedürftigen alle mit gutem Rat versehen, daß man sie beeinflussen oder gar erziehen soll. Wo der Bedürftige Rat und Einfluß braucht, da ist natürlich jede Gabe ohne solche Fürsorge zwecklos. Aber Menschen gegenüber, die mit den erforderlichen Mitteln sich allein weiter helfen können, wird der Versuch jeder weiteren Beeinflussung schädlich. Bleibt es doch das Ziel jeder Hilfe, den Bedürftigen über die Notlage hinweg wieder zu einem selbständigen Leben auf eigenen Füßen zu führen; und diesem Ziel müssen die Mittel angepaßt werden. Jeder Regung von Selbständigkeit soll man nachgehen, jedes Selbstbewußtsein soll man schonen und die Fürsorge so gestalten, daß sie den Bedürftigen in seinen eigenen Augen nicht tiefer herabdrückt, als der Mangel das tut.

Digitized by Google

Aber neben denen, die aus selbständiger Lebensführung herausgerissen und dazu leicht zurückgeführt werden können, begegnet man in der Kriegsfürsorge auch Vielen, die ganz sicher einer Beeinflussung bedürfen, und die den Krieg zum Anlaß nehmen, um die vermehrten Einrichtungen der Wohlfahrtspflege nach allen Richtungen hin für sich nutzbar zu machen. Dazu gehören vor allem die geistigen und künstlerischen Gelegenheitsarbeiter, viele Kinoschauspieler und Artisten niedersten Ranges, Sprachlehrer mit geringen Sprachkenntnissen, Erfinder, Pseudo-Künstler, aber auch ein Teil der Zimmervermieter. Es gibt in diesen Berufen erheblich viel mehr Menschen, die niemals zu einer wirklichen Leistung gelangen und die sich ihr Leben lang durchhungern und durchhelfen lassen, als man gemeinhin ahnt. Diese Personen soll man nicht versorgen, indem man sie über den Krieg fort ernährt, sondern man muß versuchen, ihre Kräfte wirtschaftlich zu verwerten. Das wird in der Regel nicht durch Nachweis von Arbeit gemacht werden können, weil die meisten weder zu irgendeiner anderen Arbeit fähig noch willig sind, und es bleibt daher Beeinflussung und Fürsorge nötig, um ihnen die Ausbildung zu einer wirtschaftlichen Tätigkeit annehmbar zu machen. Des Rates und der Beeinflussung bedarf auch eine weitere Schicht von Hilfsbedürftigen, von der man gerade im Krieg viel gehört hat, nämlich die Schicht innerhalb der besitzlosen Klassen, der es durch den Krieg wirtschaftlich besser geht als sonst. Es ist viel darüber gesprochen worden, daß manche Frauen des Volkes mit ihren Kriegsunterstützungen leichtsinnig verfahren sind, daß in den armen Stadtteilen zu viel Kuchen eingekauft worden ist, daß manche Frauen für ihre Kinder kein Mittagbrot gekocht haben, und daß sehr viele sich den Krieg zunutze machten, um keine Miete zu zahlen. Das ist gewiß alles vorgekommen, aber die sittliche Entrüstung, die sich vielfach darüber erhob, ist keineswegs berechtigt. Zunächst sind es sicherlich nicht viele Frauen, die auf diesem Gebiet versagt haben, und sie sind sicher nicht schlimmer als die Männer und Frauen anderer Kreise, die sich auf Kosten der Gesamtheit im Krieg bereichert haben. Aber vor allem muß man doch versuchen, diese Frauen aus ihren Verhältnissen heraus zu verstehen. Wenn man sich vorstellt, daß so manche Arbeiterfrau noch nicht oft in ihrem Leben wirklich satt gewesen ist, daß sie niemals selbständig über mehr Geld verfügt hat, als gerade zur Bestreitung der täg-

Digitized by Google

lichen oder der wöchentlichen Nahrung ihrer Familie nötig war, dann kann man weder erwarten noch verlangen, daß sie sich der veränderten Lage und Selbständigkeit gewachsen zeigt. „Wir sind nicht besser, wir haben's nur besser," das werden die Angehörigen der besitzenden Stände sicherlich immer wieder jenen gegenüber anwenden müssen.

Aber nicht nur die Art der Hilfsbedürftigen an sich macht eine besondere Einstellung der Helfer nötig, sondern auch die Tatsache, daß die Klasse der Hilfsbedürftigen im Krieg sehr schnell wechselt. Fortwährend hat man es mit anderen Gruppen, mit anderen Bedürftigen zu tun. Mußte man sich zuerst der Kriegerfrauen, der Arbeitslosen, der Flüchtlinge annehmen, so sind die Arbeitslosen insbesondere bei den Männern fast ganz verschwunden, die Flüchtlinge meist versorgt. An ihre Stelle tritt mehr und mehr in den Vordergrund der Fürsorgetätigkeit die Sorge für die Kriegsinvaliden, für die Witwen und Waisen, die Sorge auch für eine ausreichende Volksernährung der Schichten, mit denen die individuelle Fürsorge nichts zu tun hat. Und diese neue Schicht von Hilfsbedürftigen wird nicht nur die Kriegswohlfahrtspflege beschäftigen, sondern sie wird weit über den Krieg hinaus in den Frieden mit hinübergenommen werden. Der sozialen Hilfe ist für lange Zeit der Weg vorgezeichnet. Die jetzige Generation von Helfern wird für Jahrzehnte hinaus mit den Opfern des Krieges zu tun haben. Soziale Hilfe heißt von jetzt an: die Wunden heilen, im weitesten und bildlichen Sinne heilen, die der Krieg geschlagen.

Die Fürsorge für die Familien der Hinterbliebenen und für die Kriegsinvaliden, die im Augenblick im Vordergrund des allgemeinen Interesses steht, enthält ihrem Wesen nach ganz besondere Schwierigkeiten. Hat man es doch mit Menschen zu tun, die vielfach mutlos, oft verbittert, sich schwer in das Leben einfinden können. Durch die Welle, die das Volk moralisch in die Höhe gehoben, die einen nie geahnten Opfersinn offenbarte, sind jene hinabgerissen worden in den Abgrund von Not und Sorge, von Kummer und Trauer. Für sie gilt stärker noch als sonst in der Hilfstätigkeit der Gedanke, daß nicht mit Geld allein zu helfen ist. Sie brauchen Fürsorge, nicht Versorgung. Es gilt, erloschenen Lebensmut neu anzufachen, den Entwurzelten eine neue Stellung im Gemeinschaftsleben zu schaffen. Für sie ist die Hilfe nicht eine Frage von Groschen und Mark, sondern eine Frage des Verstehens und des tätigen Willens, die Geschädigten

Digitized by Google

wieder als selbstbewußte und selbstverantwortliche Wesen in das Gemeinschaftsleben einzuordnen. Vielleicht ist nirgends das Interesse und der Zustrom der Helfer stärker gewesen als für das Gebiet der Kriegskranken- und Verwundetenpflege. Gerade gegenüber diesem verbreiteten Interesse für die Kriegsbeschädigten muß immer wieder ausgesprochen werden, daß wir in unseren Anschauungen über den Charakter der Kriegsbeschädigung und der Invalidität ganz umlernen müssen. Der Mann, der ein Bein oder einen Arm verloren hat, der durch irgendeine Verstümmelung am Gebrauch der Glieder beeinträchtigt oder bei dem ein Sinnesorgan beschädigt ist, ist zwar in der augenfälligsten Form Kriegsinvalide, aber er ist keineswegs unter allen Umständen ein Krüppel im alten Sinne des Wortes. Die moderne Wissenschaft und die Technik geben die Möglichkeit, Viele wieder arbeitsfähig zu machen, sofern sie den eigenen Willen zur Unterstützung der Heilbehandlung einsetzen. Die Art der Rentenbemessung soll dazu beitragen, diesen Willen in den Verletzten zu erzeugen, indem die Arbeitsfähigkeit vor allen Dingen ihnen selbst durch Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage zugute kommt, nicht den Staat von der Rentenzahlung entlastet. Viel schwieriger bleibt die Fürsorge für die Kriegsinvaliden, die durch innere Krankheiten, Herz-, Nieren-, Lungenkrankheiten und dergleichen, arbeitsunfähig werden. Und die Zahl dieser Kriegsinvaliden ist unendlich viel höher, wird aus sachverständigen Kreisen auf 90 Prozent gegenüber 10 Prozent Verstümmelten geschätzt. Was wird aus diesen Kranken, wenn sie, aus dem Lazarett und aus dem Militärverhältnis entlassen, wieder zu den Angehörigen in die Heimat zurückkehren? Die Frage bedarf mehr der Beantwortung nach der sozialen, sittlich und seelischen als der rein ökonomischen Seite, da für den notwendigen Unterhalt durch die Militärrente gesorgt wird, auf die alle Personen des Soldatenstandes Anspruch haben, solange ihre Erwerbsfähigkeit infolge einer Dienstbeschädigung aufgehoben oder um wenigstens 10 Prozent gemindert ist. Aber die Frage, wie weit diese Halb- und Viertelarbeitskräfte doch noch nutzbar gemacht werden können, ist unter verschiedensten Gesichtspunkten von höchster Bedeutung. Zunächst kann die Volkswirtschaft auch auf diese Arbeitskräfte gar nicht verzichten, nachdem die Herabdrükkung zur halben Arbeitskraft doch geradezu zum Massenschicksal geworden ist. Aber auch um der Beschädigten selbst willen, aus subjektiven Gründen

Digitized by Google

müssen Versuche gemacht werden, sie nach ihren Kräften in das Arbeitsleben einzureihen; denn der materielle Unterhalt ist nicht das einzige, was der Mensch zum Leben braucht. Das Wort Carlyles: „Entweder wir sind da, um etwas zu tun, oder wir sind überhaupt nicht da", liegt uns Deutschen ganz besonders tief im sittlichen Bewußtsein verankert. Das wird auch in den Kreisen des Volkes und der Arbeiter im allgemeinen so erfaßt. Es sind die besseren und die besten Elemente unseres Volkstums, die einem Leben ohne Arbeitsinhalt mit Verzweiflung gegenüberstehn. Für diese Menschen in mittleren und jungen Jahren bedeutet ein Leben ohne Arbeit stets schwere seelisch sittliche Gefahren, die nur zu leicht zu seelisch sittlichen Gebrechen führen. Für die Kriegsbeschädigten gilt das noch im besonderen. Wenn sie aus einem Leben zurückkehren, das alle ihre körperlichen und sittlichen Kräfte restlos angespannt und wachgerufen hat und dann in eine vollkommene Untätigkeit verfallen, so ist moralische Entkräftung fast die unausbleibliche Folge. Man hat mit Recht geradezu von der Gefahr eines seelischen Absturzes gesprochen.

Hier hat die soziale Fürsorge große Aufgaben. Sie soll diesen halben Arbeitskräften die Rückkehr in den Verband der gesellschaftlichen Arbeit ermöglichen, indem sie in den Beschädigten zunächst selbst den Glauben lebendig macht, daß sie noch irgendwelche Arbeit leisten können, indem sie weiter versucht, solche Arbeit für sie zu finden und schließlich dafür sorgt, daß diese Arbeit nicht lohndrückend auf andere Schichten wirkt. Aber ebenso wichtig wie die Beeinflussung der Invaliden, die in den Lazaretten einsetzt, ist es, ihre Angehörigen von diesen Möglichkeiten zu überzeugen. Man soll den Frauen der Invaliden nicht nur sagen, daß für ihre Männer Heilung oder Rückkehr zur Arbeit möglich ist, man soll ihnen nicht nur verstandesmäßig sagen, was sie nicht wissen, und das klarmachen, wogegen ihre Gedankenwelt sich zunächst sträubt. Denn darüber hinaus brauchen sie noch mehr: sie brauchen jemanden, der ihnen den Mut anfacht, den sie selbst auf den Mann übertragen sollen, oder den sie ihm zeigen müssen, damit er den seinen in dem langen harten Leben aufrecht erhalten kann. Denn ein solches liegt nun einmal vor dem Invaliden, und öde Strecken können nicht ausbleiben, in denen das Bewußtsein, fürs Vaterland gelitten zu haben, seine Schwungkraft nicht bewähren wird. Wer denen beistehen und helfen will, die durch den Krieg so viel verloren haben, der

Digitized by Google

mache sich klar, daß er in der Tat davon ausgehen muß, „zu heilen die zerstoßenen Herzen, zu predigen den Blinden das Gesicht, und den Zerschlagenen, daß sie frei und ledig sein sollen".

Zu den Aufgaben, die aus dem Krieg in eine friedliche Zukunft hinübergenommen werden müssen, treten jetzt schon jene anderen, die den wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten nach Friedensschluß vorbeugen sollen. Die Reorganisation der Wirtschaft und ihre Neuanpassung an den Friedenszustand wird noch schwerer sein, als ihre Umstellung bei Ausbruch des Krieges war. Wir ahnen heute nicht, wie die wirtschaftlichen Verhältnisse sich dann gestalten werden. Aber eines ist sicher, daß Millionen aus dem Felde zurückfluten werden, über deren Platz doch in irgendeiner Weise anderweitig verfügt ist. Es gilt deshalb schon jetzt, besondere Organisationen vorzubereiten, die individualisierend die Arbeitsvermittlung übernehmen können. Man wird sich nicht damit begnügen können, zu sagen, die Frau des Mannes muß ihm wieder Platz machen, wenn er wiederkommt; denn die Frau, die den Platz eines Mannes einnimmt, ist sehr häufig nicht seine Frau, sondern eine andere, die allein steht und für ihre Angehörigen verdienen muß. Die Arbeitsvermittlung muß deshalb nach Methoden suchen, die es ermöglichen, zwischen der Intensität der verschiedenen Erwerbsbedürfnisse zu unterscheiden. Darüber hinaus werden aber auch Notstandsarbeiten bereit gehalten werden müssen. Denn zu keiner Zeit würde eine Arbeitslosigkeit gefährlicher wirken als nach dem Krieg. Sie würde nicht nur eine außerordentliche Verbitterung, einen gefährlichen Lohndruck hervorrufen, sondern sie würde schwerste sittliche Gefahren nach sich ziehen.

Das führt zu der letzten Gruppe von Aufgaben, die in diesem Zusammenhang zu berühren ist, zu der Notwendigkeit, in erheblichem Umfang Einrichtungen der weiblichen Jugendpflege zu organisieren, um die Mädchen zu festigen und zu beeinflussen und vor den sittlichen Gefahren zu schützen, die das plötzliche Rückfluten der Männer herbeiführen wird.

Wenn man die Besonderheit dieser sozialen Aufgaben, die der Krieg gebracht hat, die besonderen Nöte und Bedürfnisse erfaßt hat, so ergeben sich daraus Folgerungen für die Ansprüche, die an die Helfer gestellt werden müssen. Sie müssen von Geduld und Takt und wärmstem Mitempfinden für die Hilfsbedürftigen erfüllt sein. Das Eindringen in die

Digitized by Google

persönlichen Angelegenheiten anderer Menschen und das Raterteilen in Lebensfragen bleibt eine unendlich schwere Aufgabe. Es bedeutet ein Verkennen der menschlichen Seele, wenn man glaubt, daß das Vertrauen von Bedürftigen den Helfern ohne weiteres zufließen kann. Auch die Armen pflegen so wenig wie die Leute in anderen Kreisen sich mit ihren Sorgen und Nöten dem ersten Besten aufzuschließen, der ihnen begegnet, und man darf das auch gar nicht von ihnen erwarten. Stärker noch und zwingender als sonst wird es zur Pflicht der Helfer, jedes Gefühl der Distanz zu den Hilfsbedürftigen zu überwinden, ihnen als Gleicher gegenüberzutreten. Tiefer noch und zäher als sonst muß man um ihr Vertrauen werben. Nur der kann ihnen wohltun, den sie als Freund und nicht als Fremden empfinden.

Vielleicht wird die Tatsache, daß der Krieg einem jeden Opfer kostet, daß er einem jeden viel genommen, alle in Sorge und Bangen versetzt hat, diese Arbeit erleichtern. Der Krieg hat die Empfindungsfähigkeit aller aufgerührt und uns dadurch gelehrt, die Traurigen zu trösten, aufzurichten, wo Verzweiflung und Angst, beizustehn, wo Tod und Trauer eingezogen sind. Wie zu keiner anderen Zeit hat man jetzt in der sozialen Arbeit Seelsorge zu treiben. Das sind schwere Aufgaben, aber sie sind auch schön; denn sie erweitern die Möglichkeit der Hilfe über das Materielle hinaus, das oft unzureichend, immer unbefriedigend, vielfach für den Helfenden geradezu beschämend bleibt. Wer diese Aufgaben wirklich lösen will, muß mit seinem ganzen Wesen darin aufgehen. Es gilt, neu und stark und tief und rein die menschliche Gemeinschaft in Familie und Volksleben aufzubauen, indem man alle Kräfte der Liebe und der Hingebung entwickelt und pflegt, deren die Opfer des Krieges so sehr bedürfen, und nach des Dichters Wort mit reiner Menschlichkeit alle menschlichen Gebrechen sühnt und überwindet. Neben dem nationalen Geist, der im deutschen Volke so lebendig geworden ist, muß dazu auch im engeren Sinn der soziale Geist geweckt werden. Das heißt: wir müssen neben dem Gefühl für die nationale Einheit, für unsere Heimaterde, neben dem Gefühl für das Ganze unseres Volkes auch das Gefühl lebendig machen, daß wir wirklich in unserem Volk alle Brüder und Schwestern sind. Viel muß in dieser schweren Zeit von allen geopfert, viel an äußeren und inneren Werten verloren werden. Sorgen wir, daß wir m e h r gewinnen, daß der

Digitized by Google

Geist der Gemeinschaft unserem Volke erhalten bleibt. „Einer trage des anderen Last", das ist der Gedanke, der das Leben aller durchdringen muß.

Die deutsche Kultur in den Vereinigten Staaten

Von Professor Dr. Thomas C. Hall, New York, U. S. A.

Unter Kultur möchte der Verfasser die gesamte Lebensanschauung verstehen, die in engster Verbindung mit ganz bestimmten Errungenschaften der Vergangenheit und mit allerlei Hoffnungen für die Zukunft steht. Der Begriff „Kultur" soll dabei keineswegs so scharf begrenzt sein, daß er eine Entwicklung ausschlösse, die von Zeit zu Zeit neue Elemente aufnehmen und andererseits alte Bestandteile fallen lassen kann. Die Kultur eines Volkes ist eben ein lebendiges Ganzes, das trotz ewiger Veränderung eine gewisse Stetigkeit bewahrt.

In diesem Sinne steht die Kultur Deutschlands in engster Beziehung zu der Kultur der Vereinigten Staaten. Trotzdem fragt man sich jetzt in Deutschland oft, warum die deutsche Kultur anscheinend so wenig Einfluß auf die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten ausübt? Man weiß, wie viele Deutsche nach Amerika ausgewandert sind, und man wußte, wie hoch der deutsche Arbeiter gerade in den Vereinigten Staaten geschätzt wurde, und nun sieht man mit einem Mal in den Vereinigten Staaten die Deutschen zu Barbaren gestempelt und die deutsche Kultur verhöhnt!

Über dieses Thema ist schon vieles gesagt worden, was man hier nicht zu wiederholen braucht. Die Machenschaften einer von England aus bezahlten Presse sind allmählich aufgedeckt, die Verleumdungen und Übertreibungen des Feindes oft genug widerlegt. Die Zeit dürfte gekommen sein, auf die historische Frage einzugehen, warum überhaupt das Deutschtum und die Kultur Deutschlands in Amerika nicht die Rolle gespielt haben, die das englische Volk und die englische Kultur sowohl wie das französische Volk und die französische Kultur schon längst inne haben.

Hier muß man sich vergegenwärtigen, daß die deutsche Kultur in ihrer jetzigen Gestalt verhältnismäßig sehr jung ist. Ursprünglich hat ein starker niederländischer Kultureinfluß das ganze amerikanische Leben gefärbt,

Digitized by Google

und dieser wurde dann kaum von dem später einsetzenden deutschen unterschieden, denn ein Deutschland gab es vor 1870 nicht, und die verschiedenen Kleinstaaten unterschieden sich in manchen Dingen für den Blick des Fremden von einander kaum weniger als von Holland, Schweden oder Dänemark. Es gab nicht einmal eine allen ohne weiteres geläufige deutsche Sprache. Es wird oft dem Deutschtum in Amerika zum Vorwurf gemacht, daß es ziemlich bald seine Muttersprache ablegt und sich in schlechtem Englisch ausdrückt. Aber dabei muß man bedenken, daß die Deutschen, die vor 1848 auswanderten, meistens sehr einfache Leute waren, die das Schriftdeutsch fast für eine fremde Sprache hielten und sich nur in ihren eigenen provinzialen Dialekten gemütlich unterhalten konnten. Wenn also Deutsche aus verschiedenen Heimat-Gegenden in Amerika zusammen kamen, fanden sie es zum gegenseitigen Verständnis oft genug bequemer, sich des gebrochenen Englisch zu bedienen, das alle schon gelernt hatten. Diese Tatsache ist kein Beweis dafür, daß diese einfachen Leute ihr Deutschtum bewußt ablegen wollten; daran dachten sie meistens gar nicht. Es ist auch eine ganz falsche Vorstellung, wenn man denkt, daß die Deutschen, jedenfalls die deutschen Bauern, eine besondere Anpassungsfähigkeit besitzen. Vielmehr haben die Deutschen in Amerika es wunderbar verstanden, ihr Wesen und ihre Denkungsart beizubehalten. Es gibt in den Vereinigten Staaten Gegenden, wo alte deutsche Gebräuche und alte deutsche Ausdrücke sich erhalten haben, die meines Wissens in Deutschland schon längst verschwunden sind. Bis zum heutigen Tag soll man in Amerika die großen westfälischen Scheunen in ihrer Bauart von den nicht niedersächsischen unterscheiden können, und mit unglaublicher Zähigkeit hält man an den mitgebrachten religiösen Überlieferungen und Vorurteilen fest[1].

Vor 1848 gab es in Amerika keine einheitliche Kultur unter den Deutschen. Schon die religiösen Fragen trennten die verschiedenen Konfessionen scharf von einander, und der Partikularismus war so stark ausgeprägt,

[1] Beiläufig sei bemerkt, daß Herr Carl Caesar Eiffe dasselbe in bezug auf die deutschen Kolonisten in Rußland behauptet, wo an der Wolga nach hundert Jahren Sprache, Sitte und Gewohnheit der schwäbischen Heimat sich unverfälscht erhalten haben. „Was soll nach dem Kriege aus den zwei Millionen unserer deutschen Brüder in Rußland werden?“ (als Handschrift gedruckt).

Digitized by Google

daß man sich nie als Deutscher, sondern nur als Bayer oder Sachse oder Hamburger fühlte. Die gebildeten Elemente, die zwischen 1792 und 1848 aus Deutschland auswanderten, waren oft sogar stark französisch gesinnt. In Pennsylvanien hat man mich auf die eigentümliche Erscheinung aufmerksam gemacht, daß in auffallend vielen deutschen Häusern die Bilder Napoleons I. vorkamen, und in manchen deutschen Herzen von damals wurde er geradezu als Befreier Deutschlands verehrt. Der Befreiungskrieg brachte vielen Deutschen schwere Enttäuschungen, eine starke Auswanderung setzte ein, und die Überlieferungen unter den Kindern und Kindeskindern dieser ausgewanderten Deutschen sind oft weit entfernt davon, deutschfreundlich zu sein.

Die Deutschen, die vor 1848 nach den Vereinigten Staaten kamen, waren politisch unreif und hatten auch zum größten Teil kein lebhaftes politisches Interesse; sie waren hauptsächlich Bauern und haßten ohne Ausnahme die Sklaverei. Damals war nun die Zentralregierung in Washington durchaus von den Südländern beherrscht, und infolgedessen gab es keine politische Partei, die große Begeisterung unter diesen Deutschen hätte hervorrufen können. Erst in Daniel Webster fanden sie einen Mann, (nach seiner Rede in 1830 gegen Haynes), der ungefähr auf ihrem überlieferten politischen Standpunkt zu stehen schien, aber, soviel ich weiß, hat er nie mit Bewußtsein um deutsche Unterstützung geworben. Überhaupt schien damals kein Politiker sich viel um die Deutschen zu kümmern. Die waren zu zersplittert, zu uninteressiert, zu sehr politisch unreif, um eine Rolle als politische Macht zu spielen.

Nach 1848 kamen aber junge gebildete und politisch stark interessierte Elemente, die gleich anfingen, sich mit der amerikanischen Politik zu beschäftigen. Ohne Zweifel war der bedeutendste unter diesen der berühmte Karl Schurz, dessen Erinnerungen ein fesselndes Bild der amerikanischen Verhältnisse von 1850 bis ungefähr 1900 entwerfen. Es ist vielleicht nicht zu viel gesagt, wenn man in deutschen Kreisen in Amerika behauptet, diese sogenannten „Achtundvierziger" hätten die Union gerettet. Diese folgten Abraham Lincoln beinahe ohne Ausnahme und retteten St. Louis in den kritischen Tagen im April 1841. Sie lieferten die militärischen Kenntnisse, die in den Nordstaaten sonst sehr vermißt wurden denn die militärische Macht der Regierung hatten die Südländer an

Digitized by Google

sich zu reißen verstanden. Ohne deutsche Turner und deutsche Generäle hätten wahrscheinlich die Südstaaten im ersten Jahre des Krieges Washington überrumpelt, und mit der Hilfe der Stadt New York, die von jeher „Tory" und unloyal gewesen ist, wären sie in den Besitz der Regierung gelangt. Allein die Deutschen waren im ersten Jahre stark genug, um Wacht zu halten, bis die Übermacht des Westens auf dem wirtschaftlichen Gebiete sich geltend machen konnte, und, trotzdem die Südstaaten militärisch noch lange die Oberhand behielten, mußten sie endlich wegen des wirtschaftlichen Druckes unterliegen.

Mit bitterer Enttäuschung merken die Deutschen in Amerika, daß ihr Verdienst an dem Erhalten der Union jetzt wenig anerkannt ist, und fragen sich oft, warum? Man vergißt, wie kurz das politische Gedächtnis eines Volkes ist, und übersieht die Tatsache, daß gerade die Elemente, die jetzt in New York und Washington so eifrig gegen Deutschland hetzen, während des Bürgerkrieges „Copperheads" waren, wie man die wenig für den Krieg begeisterten Demokraten im Norden nannte, und die die deutschen Republikaner von jeher gehaßt haben. Die Geldaristokratie im Norden wollte keinen Bürgerkrieg und war geneigt, alles zu tun und alles aufzuopfern, selbst die Union, um die Sklavenbesitzer zufrieden zu stellen. Was die Deutschen damals geleistet haben, ist für manche dieser Elemente eher ein Stein des Anstoßes als ein Grund zur Dankbarkeit. Im Westen aber herrscht kein so ausgesprochener Deutschenhaß, und die meisten Zeitungen geben sicherlich ein ganz falsches Bild der Gesamtstimmung im amerikanischen Volke; denn diese Zeitungen stehen im großen und ganzen unter dem Einfluß der Goldaristokratie des Ostens.

Nach dem Kriege hätte man nun eigentlich erwarten können, daß die Deutschamerikaner eine bedeutendere Rolle als politische Macht spielen würden. Doch dem war nicht so. Die irländische Einwanderung nach den Vereinigten Staaten fing erst ungefähr 1845 an, und die eingewanderten Irländer hatten lange nicht die Bildung und die wirtschaftlichen Fähigkeiten, die dem Durchschnittsdeutschen eigen waren, und trotzdem spielten sie eine viel größere politische Rolle als die numerisch weit überlegenen Deutschen. Allein selbst hervorragende Deutschamerikaner, die sich mit der amerikanischen Politik beschäftigten, wollten keine

Digitized by Google

„deutsche Partei" bilden. Karl Schurz wollte sogar, daß das Deutschtum als Deutschtum in dem amerikanischen politischen Leben aufgehen und auf die beiden Hauptparteien sich verteilen sollte. Dieses wollte er, wenn ich ihn richtig verstanden habe, nicht allein wegen des amerikanischen Lebens, sondern auch des Deutschtums wegen. Er fürchtete sich vor einem deutschen Gegenstück zu der irländischen „Tammany Hall"[1], denn er sah voraus, daß eine solche Macht bald von skrupellosen Politikern mißbraucht werden würde.

Als nun die neue republikanische Partei sich erhob, um die Ausdehnung der Sklaverei nach den westlichen Staaten zu bekämpfen, schlossen sich die Deutschen beinahe ohne Ausnahme ihr an. Zur gleichen Zeit fing in den Mittelstaaten die sogenannte „Know-Nothing"-Bewegung an, deren Ziel es war, die Regierung in die Hände von geborenen Amerikanern zu legen. Die Irländer fühlten sich von dieser Bewegung ganz besonders bedroht, weil ihre Führer geheime Verbindungen gründeten, um die römisch-katholische Kirche zu bekämpfen und die Irländer wirtschaftlich auszuschalten. Die politische Tätigkeit der Irländer war keine ursprünglich gewollte Sache, sie wurden nur durch Haß, Verfolgung und wirtschaftlichen Neid gezwungen sich zu einigen und eine politische Macht zu werden. Überall z. B. erschienen plötzlich in den Schaufenstern der Hauptstädte des Ostens Plakate mit der Inschrift „Help wanted. No Irish need apply"[2]. Gegen diesen Haß und diese Verfolgung kämpften die Irländer so erfolgreich, daß bald kein Politiker es wagte, sich öffentlich jener Bewegung anzuschließen. Da aber die Deutschamerikaner der machtbesitzenden republikanischen Partei angehörten, so blieben sie von solchen ihrer Nationalität geltenden Angriffen, die auch viel mehr im Osten als im Westen stattfanden, im allgemeinen unberührt. Infolgedessen brauchten die Deutschamerikaner sich nicht besonders zu organisieren.

Dazu, daß das Deutschtum in Amerika politisch unbedeutend erhalten wurde, trug auch der Umstand bei, daß der schon erwähnte Partikularismus unter den Deutschen in Amerika vielleicht noch mehr ausgeprägt war als selbst in Deutschland, und daß dieser Partikularismus ganz besonders auf

[1] Tammany Hall ist eine sehr alte politische Verbindung in New York, in welcher die Irländer es aber verstanden haben die Hauptmacht an sich zu reißen.

[2] Arbeiter werden gesucht, aber Irländer brauchen sich nicht zu melden.

Digitized by Google

dem politischen Gebiete zum Vorschein kam. Die Deutschamerikaner aus den verschiedenen Kleinstaaten konnten sich viel eher unter amerikanischer als unter deutscher Führung politisch betätigen. Aber selbst in der Lebensanschauung drückte sich dieser Partikularismus aus. Die deutsche Kultur, wie sie von den ausgewanderten Deutschen verstanden war, bildete kein einheitliches Ideal. Die Vorstufen der Kultur der Gegenwart waren vorhanden, blieben aber immer noch unfertig und unklar. Man darf auch nicht vergessen, daß von 1848 an die geistige Führung des Deutschtums in den Vereinigten Staaten zum großen Teil in den Händen der ausgewiesenen Radikalen des 48. Jahres lag. Diese jungen Radikalen hatten alle dem englischen Individualismus und dem Parlamentarismus nach englischem Muster gehuldigt. Auf sozialem Gebiet brachten sie die Politik des englischen Manchestertums als Ideal mit nach Amerika, und die älteren von ihnen haben sich nie mit dem deutschen Sozialismus befreunden können. Die Deutschen, die die Entwicklung des sozialen Geistes im Deutschen Reiche mit erlebt haben und Schritt für Schritt ihr gefolgt sind, haben vielleicht keine Ahnung von dem himmelweiten Unterschied zwischen dem Deutschland von heute und dem Deutschland, von dem die jungen Revolutionäre einst träumten, oder jenem Deutschland, das diese jungen Radikalen eingesperrt oder ausgetrieben hatte.

Die deutsche lutherische Kirche ist vielleicht die größte Kulturmacht, die im Dienste des Deutschtums in den Vereinigten Staaten steht. Die deutsch-katholische Kirche ist, obgleich wichtig, doch lange nicht so mächtig. Die Kirche ist aber zersplittert und steht zum größten Teil noch heute auf dem alten streng orthodoxen und dabei zugleich pietistischen Standpunkt und hat selbst mit der Konservation wissenschaftlicher Theologie in Deutschland wenig Fühlung. Mit dieser Kirche wußte der junge Radikalismus des Jahres 1848 nicht viel anzufangen, und außerdem hat sie sich grundsätzlich und nicht ohne guten Grund dem politischen Kampfe ferngehalten. Die Führer in der Kirche fürchteten sich vor dem neuen Deutschland, das stets als „ungläubig", „bibelfeindlich", „naturalistisch" und „materialistisch" verschrieen wurde. Im Anfang des Krieges gab es unter den lutherischen Predigern deutscher Herkunft eine große Verwirrung. Manche sind zeitweise durch die Lügen der angloamerikanischen Presse

Digitized by Google

sogar irre geworden, und wurden mit den Nietzsche-Bernhardi-Legenden betrogen. Erst durch erneuerte Fühlung mit Deutschland fanden die deutschamerikanischen Geistlichen ihr Gleichgewicht wieder. Daß die lutherische Kirche ganz Ungeheueres in den Vereinigten Staaten geleistet hat, kann keiner bestreiten, aber die moderne Lebensanschauung und die neue soziale Hoffnung, die das deutsche Leben in allen Ständen, wenn auch in sehr verschiedenen Formen, beeinflußten, bleiben dieser Kirche vorläufig meistens fremd oder unbekannt.

Die zweite große Kulturmacht des Deutschtums ist die deutschamerikanische Presse, und trotz manches Guten, das sie geleistet hat, muß man doch im allgemeinen eingestehen, daß sie nicht auf einer hohen Kulturstufe gestanden hat. Dies war nicht allein ihre eigene Schuld, denn sie kämpfte mit einem beständig wachsenden Verlust an Lesern und Interesse. Die Radikalen von 1848 beschäftigten sich im Anfang mit der deutsch geschriebenen Presse, aber bald waren sie mit der englischen Sprache vertraut und suchten den größeren Leserkreis, den die amerikanischen Zeitungen ihnen boten. Der gebildete Deutsche konnte kaum mit großer Freude das mangelhafte Deutsch lesen, in welchem die deutschamerikanischen Zeitungen nur zu oft geschrieben wurden. Die Mittel, um den Nachrichtendienst auf der Höhe zu halten, fehlten, und nach und nach las die heranwachsende Generation immer lieber englisch geschriebene Zeitungen.

Als deutscher Kulturträger kam die deutsch geschriebene Presse immer weniger in Betracht. Auch hier fehlt die Fühlung mit Deutschland. Die Kulturstufe der amerikanischen Presse ist im allgemeinen unbeschreiblich niedrig, und die deutschamerikanischen Zeitungen konnten kaum gegen den Strom schwimmen, sie mußten auch mitmachen und sich Mordprozessen und Ehescheidungen widmen, um ihren Leserkreis zu befriedigen.

Die dritte Kulturmacht, über die das Deutschtum in Amerika verfügte, war die deutsche Schule. Aber hier fehlten die Mittel, um ihr eine allzu große Bedeutung zu verleihen. Man mußte mit den viel besser ausgestatteten amerikanischen Schulen konkurrieren, und die Schulen paßten sich ihrer tatsächlichen Aufgabe auch nur mit mangelhafter Geschicklichkeit an. Eine Hauptbedingung für deutschamerikanische Kinder ist und

Digitized by Google

wird es bleiben, daß sie gründlich Englisch lernen, und hier hat die deutsche Schule allzu oft versagt. Es kommt auch noch dazu, daß diese Schulen zum großen Teil unter kirchlicher Kontrolle stehen und infolgedessen der Unterstützung und Sympathie der nichtkirchlichen Kreise entbehren.

Der Mangel an Verständnis für deutsche Kultur und deutsches Wesen findet nach alledem seine historische Erklärung. Das Deutschtum in Amerika hat eben vor dem Weltkrieg nie genügend Fühlung mit dem neuen Deutschland, das seit 1870 sich entwickelt hat, gehabt. Viele Amerikaner, die nichts weiter von Deutschland wissen als das, was sie von Deutschamerikanern hören, sind in bezug auf das jetzige Deutschland gänzlich unwissend, und selbst Amerikaner, die vielleicht eine hastige Reise an den Rhein oder nach Berlin gemacht haben, wissen von deutscher Kultur nichts. Und leider waren viele Deutschamerikaner vor dem jetzigen Krieg beinahe ebenso falsch über die tatsächlichen Verhältnisse unterrichtet wie die Amerikaner, und bei einigen von ihnen spukte immer noch der alte Groll gegen das Land, das für sie in den Jahren der Geburtswehen seiner Freiheit keinen Platz fand.

Die Millionen von Deutschen, die jetzt in den Vereinigten Staaten wohnen, haben das Leben des amerikanischen Volkes in unermeßlicher Weise vertieft und bereichert, aber sie sind nicht Träger einer einheitlichen Kultur gewesen wie die Engländer und die Franzosen. Das ist auch nicht ihre Schuld, es ist eine Ungerechtigkeit, wenn aus dieser Tatsache ihnen ein Vorwurf gemacht wird. Aber gerade wie die Irländer durch Verfolgung gezwungen wurden, als einheitliche politische Macht aufzutreten, so werden von jetzt an auch die Deutschen sich gezwungen sehen, für ihr Recht zu kämpfen. Sie wollen und sollen gute Amerikaner sein, aber allmählich dämmert es unter diesen Deutschen, daß das Beste, was sie als gewordene Amerikaner ihrer neuen Heimat bringen können, die Kenntnis der neuen deutschen Kultur ist, mit ihrer sozialen Entwicklung, ihrer Neugestaltung des ganzen staatlichen Lebens, ihrer neuen Auffassung von der Zusammenwirkung der Freiheit und der Ordnung. Deutschland hat in seiner politischen Verfassung vieles von den Vereinigten Staaten gelernt, und in mancher Beziehung einfach die amerikanische Verfassung den deutschen monarchischen Verhältnissen angepaßt. Aber auf die politischen Formen kommt es in erster Reihe nicht

Digitized by Google

an, und der Geist des neuen Deutschlands wird für die Vereinigten Staaten von jetzt an eine Bedeutung haben wie nie zuvor. Ob nun das Deutschtum in den Vereinigten Staaten imstande sein wird, den wahren Geist der deutschen Kultur in der neuen Heimat bekannt zu machen und für ihn erfolgreich einzutreten, hängt auch zum Teil davon ab, ob das alte Vaterland es verstehen wird, die Fühlung mit den ausgewanderten Kindern wirksam zu erhalten, ohne ihre Loyalität gegen das neue „Mutterland" anzutasten.

Über die Kraft

Von Johannes Fischer, Heilbronn

Wir sind ins dritte Kriegsjahr eingetreten und der Kampf tobt an allen Fronten heftiger als je einmal. Ob es der Entscheidungskampf werde oder ob nach weiterer Ruhe und Sammlung neue Anstrengungen kommen, weiß ich so wenig wie sonst jemand und darum will ich darüber auch kein Wort verlieren. Das Prophetentum des Krieges hat uns sowieso schon genug geschadet. Die „Viktoria"-Kinder, von denen in den ersten Kriegsmonaten die Rede war, mußten doch noch in ganz anderer Stimmung begrüßt werden, als man es damals in Aussicht stellte. Wenn je einmal, dann gilt im Krieg das Wort im vollsten Umfange: „Es ist genug, daß jeder Tag seine eigene Plage habe." Manche Enttäuschungen und damit Erschwerungen der seelischen Verfassung unseres Volkes hätten wir uns ersparen können, wenn man daran sich gehalten hätte, es mit der Erfüllung der täglichen Pflichten und mit der klaren Darstellung derselben hätte genug sein lassen, besonders insoweit, als man öffentlich in Wort und Schrift Meinungen über den Krieg aussprach. Der Krieg richtet sich in seiner Dauer und in seinem Verlauf nicht nach unseren Wünschen, sondern ebenso auch nach dem, was unsere Gegner dabei in die Wagschale zu werfen belieben, an Lüge und Verleumdung, ebenso wie an Herbeiziehung von fremden Horden aller Art. Ob in der Richtung der Höhepunkt oder, besser gesagt, der Tiefpunkt der Niedertracht erreicht ist, wird niemand sicher zu beurteilen vermögen auf unserer Seite, und es ist besser, den Entschluß zu wecken, alles so zu nehmen wie der morgige Tag die Aufgabe stellt.

Digitized by Google

Ich habe in der Richtung keinerlei Zweifel, daß unser Volk nicht imstande wäre, so Tag um Tag die Kraft aufzubringen, die nötig wäre. Was unabänderlich ist, was unbedingt sein muß, geht nicht über die Kraft. Wohl aber das Hin- und Hergeworfenwerden zwischen Stimmungen aller Art, die durch solche Klügeleien hervorgerufen und dem Volke eingeimpft werden.

Wieviel notwendiger bleibt demgegenüber immer wieder eine eindringliche und klare Darstellung dessen, was für uns auf dem Spiele steht. Der lapidare Satz von Scheidemann, den er — nach den Zeitungen — neulich in Dresden gesagt hat: „Ein Friede auf den uns vom Feinde angebotenen Bedingungen würde uns zum Bettlervolk machen", hat mehr genützt, als sehr viel von dem Rätselraten, ob wir vor der letzten Höhe stehen und ähnliches. Wie oft bin ich unter meinen Kameraden gefragt worden, wie das zu verstehen und welche Begründung für eine solche Behauptung vorhanden sei. Besonders für unser Heimatvolk ist das mit die allerwichtigste Aufgabe, ihnen den lebendigen Zusammenhang mit den letzten Fragen, die für Deutschland in diesem Kriege aufgeworfen sind, nicht verloren gehen zu lassen, sie vielmehr recht klar und eindringlich immer wieder darzustellen. Was jetzt die Zugehörigkeit des einzelnen zu Volk und Staat an Pflicht und Unterordnung, an Opfer und Entbehrung verlangt, ist so stark, daß nur eine tiefe innere Überzeugung von dem hohen und großen Zweck des ganzen Geschehens hilft, alles zu tragen und zu erfüllen. Das greift über auch in die wirtschaftlichen und die Ernährungsfragen unseres Volkes und man muß darum, je größer die Anforderungen werden, noch um so mehr in dieser Beziehung tun.

Das gilt vor allem auch den Kreisen, die das Vertrauen weiter Volkskreise erschüttert haben oder weiter erschüttern, durch ihre Agitation wegen der U-Bootsfrage, der Kriegsziele usw. Es ist geradezu ein Jammer, was in der Richtung geschadet wurde. Vor einiger Zeit las ich, wie irgendwo bei uns in einem abgelegenen Dorf, nach Reden eines Herrn aus der Stadt und des Ortsgeistlichen, in einer Entschließung die unverzügliche Anwendung aller Kampfmittel verlangt wurde. Man kann schon aus der Formulierung auf den Inhalt der Reden schließen, die da vorausgegangen sein müssen. Und nun stelle man sich die Zuhörer vor. Sie standen vor der Ernte, die von ihnen nicht nur unerhörte Anstrengungen verlangt,

Digitized by Google

sondern auch wieder neue scharfe Eingriffe in ihre Eigentumsrechte zur Folge hatte. Was für eine heillose Verwirrung muß angerichtet werden, wenn da der Wahn genährt wird, daß noch irgendwo Möglichkeiten unausgenutzt seien, die geeignet wären, den Kampf abzukürzen. Wer die Psychologie des Volkes kennt, der weiß, daß die große Mehrzahl nur in absoluten Vorstellungen zu denken gewöhnt ist und daß mit solchen Darstellungen ein innerer Zwiespalt hervorgerufen wird, der tatsächlich über die Kraft geht. Vor wenigen Wochen redete ich in Landgemeinden zweier ganz verschiedener Gegenden und beide Male kam aus gequältem Herzen dieselbe Frage: was ist's mit den U-Booten, was ist's mit England? Und in der Kaserne ist mir nach zweimonatlicher Abwesenheit dieselbe Frage in einem geradezu unheimlichen Chor entgegengeschallt, von Soldaten, die, wenn es wahr wäre, — mit ihrem Leib büßen sollten, was da von oben versäumt wurde. Und hier erst recht sage ich: es geht über die Kraft.

Die Frage der Kriegsziele halte ich nicht entfernt für so gefährlich. Daß das Gesicht des Krieges nach außen hin sich gewandelt hat mit der Entwicklung des Krieges und der Art der Kriegführung und Kriegsmittel unserer Gegner, ist ganz selbstverständlich. Was diejenigen, die die Formel des Kanzlers für glücklich halten: „Vortragen unserer Grenzen im Osten, reale Garantien im Westen", im Auge haben, wird, wenn man einmal darüber reden kann, ein so starkes Eigengewicht haben, daß man sich finden wird, auch mit vielen auf der anderen Seite. Das ist ja gerade unser großer Vorzug, daß unsere Friedensziele mit unserer Kraft im Einklang stehen und daß wir nicht erst Leidenschaften zurückdrängen müssen, um zum Frieden kommen zu können. Auch wenn bei den Gegnern das, was in der Presse steht, nicht so hoch zu bewerten ist und dort selbst anders bewertet wird, wie es bei uns der Fall wäre, so ist doch zweifellos darin ein großes Friedenshindernis, daß dort die Hoffnungen des Krieges noch immer in so schreiendem Gegensatz zum bisherigen Ertrag desselben erhalten werden. Will man bei uns ähnliche Hemmnisse in der inneren Verfassung auch noch hervorrufen? Wir sollten unseren Gegnern die Schwierigkeiten neidlos gönnen, die daraus nachher für sie erwachsen, aber bei uns selbstbewußt den seitherigen Weg weitergehen. Was notwendig ist für die Zukunft, begreift das deutsche Volk, und was in bezug auf Friedensziele aus dem Verlauf des Krieges an neuen Aufgaben heraus-

Digitized by Google

wuchs, wird von ihm übernommen. Aber man darf ein Volk, das so in allen Beziehungen angespannt ist, nicht mißbrauchen für seine Klügeleien und besonderen Neigungen. Es ist schon im Frieden für den, der ein Gefühl dafür hatte, eine ehrfürchtige Sache gewesen, zum Volk zu reden und zu schreiben, es zu beeinflussen und Willen bei ihm zu wecken. Ich habe eine große Versammlungstätigkeit hinter mir, aber die Scheu vor dieser Tatsache ist mir bis heute nicht verloren gegangen. Sie gilt jetzt im Kriege erst recht. In meinen Gedanken kann ich manches erwägen nebeneinander, aber was man jetzt nach außen kund gibt, darf nicht Kräfte zermürben, die für den Sieg zuerst notwendig sind, für den Sieg und für jeden neuen Tag, den wir noch durchzukämpfen haben.

Notizen

Ein Vizefeldwebel der Reserve aus dem Felde schreibt aus dem Schützengraben:

Immer wieder muß ich nach dem 1. Augustheft der „Deutschen Politik" greifen, wieder lese ich Schmollers Friedensgedanken, und schließlich läßt es mir keine Ruhe: ich muß zur Feder greifen und die Gedanken niederschreiben, die uns täglich hier draußen im Graben bewegen. Jede Zeitung, jeder Brief aus der Heimat redet davon, wir alle führen das Wort im Munde; alles dreht sich um den Frieden. Nur, und das deucht mich wert, einige Worte davon zu schreiben, es ist das bei uns ein ganz anderer Frieden als der in den Heimatzeitungen. Was ist es denn, was wir immer darin lesen? Der Schrei nach der Erlaubnis, jetzt schon — oder endlich? — die Friedensziele erörtern zu können, ist allgemein; fast alle Parteien sind sich darüber einig, daß dies unbedingte Notwendigkeit sei. Größte Schwäche wirft man offen oder — das ist eben für uns hier draußen das so zum Widerspruch Herausfordernde, das so Undeutsche der ganzen jetzigen Parteipolitik — verblümt unseren leitenden Stellen vor. Glauben aber diese Angreifer der Regierung wirklich, damit auch nur das Geringste bewirken zu können? Oder wollen sie denn noch immer nicht einsehen, daß man die große Politik den Politikern überlassen muß und nicht mit einseitigem Parteigezänk den verantwortlichen Führern in den Rücken fallen darf? Wollen sie es noch immer nicht einsehen, was uns einen so großen Vorteil verschafft vor unseren beiden großen Gegnern im Westen? Sollen sie es erst von den Frontsoldaten lernen, die wissen, was Disziplin bedeutet? Disziplin vor allem! Das sei auch denen in der Heimat die Losung, die sie von uns — vielleicht als einziges — lernen können! Ist die Schwäche Frankreichs nicht mit im Innern des Landes zu suchen? Hier liegt das Mißverhältnis zwischen Regierung und Parlament offen vor unseren Augen, mag

Digitized by Google

man sich auch noch so einig sein im Rufe nach der Revanche, nach dem unerlösten Elsaß und Lothringen. Noch hat unsere Regierung bisher bewiesen, daß wir uns auf sie verlassen können, mögen auch Fehler auf dem Gebiete innerer Organisation gemacht worden sein: homo sum[1]! Und eben, weil auch die leitenden Stellen irren können, so darf man ihnen mit Rat zur Seite stehen, ja, es ist dies hohe nationale Pflicht. Nur: wenige werden dazu berufen sein! Und diese wenigen, aber Fähigen zu hören, ihre Anregungen zu verarbeiten, mit ihnen Rat zu pflegen, welcher Staatsmann hat das nicht getan und tut es nicht auch heute noch? Aber sich aufdrängen und fordern, daß man jedes aufgestellte Ziel, jede Bedingung für einen künftigen Frieden annimmt und von Regierungsseite für gut befindet, ganz gelinde gesagt, das ist zuviel verlangt. Schließlich kommt wohl jeder politische Kannegießer und fordert, gehört zu werden. Es ist bedauerlich, so urteilen zu müssen; doch wir können uns im Schützengraben beim Lesen unserer Zeitungen dieser Erkenntnis nicht mehr erwehren, die uns aber manch bittere Stunde schon bereitet hat. Mußte es soweit kommen? Wir stehen hier draußen als Wacht gegen den anstürmenden Feind, wir halten durch bis zum endlichen, vollständigen Siege. Wir wissen die Opfer, die wir täglich, stündlich bringen, bittere Blutopfer; aber wir wissen auch, daß wir vertrauen können auf unsere Regierung, die uns einen ehrenvollen Frieden bereiten wird, würdig der Opfer, die wir brachten, würdig der Ideale, für die wir kämpften. Dann aber ist es bitter, Tausende von Kriegszielen anhören zu müssen, die sich dem deutschen Volke, in der Heimat wie im Felde, aufdrängen. Jeder will sein Ideal verwirklicht sehen und stellt es auf als die Forderung des Tages, der jedermann beipflichten muß, will er nicht dem Hohn und Spott des andern preisgegeben sein. Freilich, auch Ausnahmen finden wir: und gerade der Aufsatz von Exz. Schmoller war es, der uns eine schöne Stunde bereitete. Nur wenige werden ihn ganz verstanden haben, als er im Graben von Hand zu Hand ging; aber die ruhige Klarheit seiner Ausführungen, die hohe Sachlichkeit und die große Kenntnis, die aus ihnen herausspricht, sie gaben uns allen die frohe Zuversicht: Noch sieht die Heimat klar, was ihre Pflicht ist.

Japaner und Amerikaner als Erben der Deutschen und Engländer in Südafrika. Außer den Amerikanern melden sich jetzt auch die Japaner als passende Erben des deutschen Handels der südafrikanischen Union. Die japanische Schiffahrtslinie Nippon—Yison—Kaisha hat bereits regelmäßige Fahrten nach dem Hafen Durban begonnen. Ein Herr Torry Yamomoto hat sich die südafrikanischen Gelegenheiten angesehen. Er empfing vor seiner Rückkehr einen Berichterstatter des Durbaner „Mercury". Auf die Frage: Was will uns Japan liefern? antwortete er: Vor allem Textilwaren, billige Baumwollwaren, Decken, Metallwaren und Kurzwaren, Galanteriewaren, Korbwaren und vielleicht Spielsachen. Aber was diese angeht, müssen wir uns erst auf das Verlangte einarbeiten, namentlich im Hinblick auf mechanisches Spielzeug. In

[1] Ich bin ein Mensch!

Digitized by Google

der Hauptsache, glaube ich, werden wir uns auf das legen, was für den sogenannten Kafferntauschhandel nötig ist. Nein, Zollschranken werden Sie nicht gegen uns aufrichten nach dem Kriege. Wir wissen wohl, daß Sie gegen die Deutschen vorgehen wollen, aber Japan ist ja Großbritanniens Verbündeter, und deshalb können wir gar nicht die Befürchtung hegen, daß Sie etwa trachten sollten, japanische Waren von Ihrem Markte auszuschließen. Wir verlangen nur freie Konkurrenz, und wir werden Sie gut bedienen. Sie wissen noch gar nicht, was wir Ihnen alles schicken können. Bei uns ist Arbeit billig. Gewiß. Haben Sie dagegen etwas einzuwenden? Wie steht es denn mit Ihrer Arbeit hier? Es liegt doch nur daran, daß Sie Ihre Arbeit nicht zu organisieren verstanden, wie wir sie in Japan organisiert haben. Übrigens ist bisher durch den Zwischenhandel viel zu viel verteuert worden. Sehen Sie diesen neuen Strohhut an! Ich habe ihn gerade vor einer halben Stunde für fünfeinhalb Schilling in der Stadt gekauft. Sehen Sie, wo ich zu Haus bin, kostet dieser Strohhut an den Wiederverkäufer geliefert keinen Schilling und ist dann noch ein besserer Artikel. Kaufen können Sie ihn überall in ganz Japan für zwei Schilling. Um die Verteuerung durch den Zwischenhandel auszuschalten, fährt jetzt unsere Gesellschaft Nippon—Yison—Kaisha hierher mit ihren Frachtdampfern. Was Sie hier zu Lande bisher von Japan kauften, kam immer den langen Weg über London, da bezahlten Sie die doppelte Fracht und die Kommissionen der europäischen Kaufleute. Davon gab es dann so viel, daß das Geschäft überhaupt unmöglich wurde. Da sind wir nun gezwungen, den neuen Weg zu versuchen. Das Interview ist ohne Besprechung abgedruckt.

Gleichzeitig schreibt die größte englische Zeitung Kapstadts: Ein wohlbekannter amerikanischer Ingenieur und Sachverständiger in Minenangelegenheiten machte uns vor seiner Abreise nach New York folgende Mitteilung: Ich habe mir das Ziel gesetzt, die amerikanischen Kapitalisten auf die großartigen Gelegenheiten, die Südafrika dem Bergbau bietet, aufmerksam zu machen. Abgesehen von der Gegend um den Witwatersrand ist bisher sehr wenig unternommen worden, nicht weil Bergschätze fehlten, sondern weil das notwendige Kapital sich nicht eingestellt hat. Wenn die bergbaulichen Unternehmungen vergrößert werden, gelten sie nun dem Golde, unedlen Metallen oder anderen Bodenschätzen, so ergeben sich neue Märkte für landwirtschaftliche Produkte, und für alle die zahllosen Menschen, für die nach dem Kriege Arbeit gefunden werden muß, ist die Arbeitsgelegenheit da. Ich bin überzeugt, daß jetzt die Zeit gekommen ist, in der das amerikanische Kapital seinen Weg nach Afrika suchen wird. Und außer den Gelegenheiten im Transvaal und den anderen südafrikanischen Provinzen, die wir wohl kennen, müssen wir auch den Mineralreichtum des eben eroberten Landes Südwestafrika in Betracht ziehen. Kupfer, Zinn und Diamanten sind dort bisher mit Erfolg abgebaut worden. Aber in einem so großen und wenig durchforschten Lande harrt unzweifelhaft noch ein weites Feld der Entdeckung. Was Deutsch-Ostafrika angeht, so weiß ich aus bester Quelle, daß es, sowohl was seine Bergschätze als

Digitized by Google

seine Fruchtbarkeit angeht, Südwestafrika weit überlegen ist. Dort ist im Hinblick auf seine Größe bisher Geringes getan worden. Der gewaltige Reichtum, der sich jetzt in Amerika angesammelt hat, muß sicherlich herüberfließen, und wie gesagt, mein erstes soll sein, darauf hinzuweisen, daß Geld in Südafrika angelegt werden muß. In Großbritannien ist zurzeit kein Kapital zu erlangen und die deutschen Finanziers müssen ersetzt werden.

Russisches

Wie der Franzose sich die Russen denkt. André Suarès schreibt in einem Occident betitelten Buche, das als numerierter Luxusdruck bei Emile-Paul Frères, Paris erscheint: „Ich begnüge mich nicht zu sagen: Rußland sei berühmt und geehrt. Rußland ist in diesen Tagen der Prüfung wahrhaft heilig. Es leidet, aber es fürchtet sich nicht. Es ist zerrissen, und doch liegt Kraft selbst in seiner Wunde, in der Ruhe seines Pulsschlages, in der Reinheit seiner ruhigen Augen ... Der russische Bauer gehört zu den herrlichsten Hoffnungen, die Europa bleiben. Er wird es nicht täuschen, er wird Europa nicht den schrecklichen Zusammenbruch bringen wie der deutsche Arbeiter ... Deutschland ist ohne Liebe. Rußland schätzt nur die Liebe. Man muß nur die russischen Sprichwörter lesen, um darin die Stimme eines Volkes zu vernehmen, das tausendmal freigeistiger, edelmütiger und von wahrerem Adel ist als alle deutschen Professoren ... Sie haben Geschmack und die Gabe der Eleganz; da ihr Geist durchdringend und ihr großes Herz vornehm ist, besitzen sie den siebenten Sinn, der so selten in den nordischen Ländern sich findet ... Es gibt keinen größeren Dichter als Dostojewsky. Es liegt mehr Menschlichkeit in einem einzigen Meisterwerk von Dostojewsky als in allen deutschen Büchern ... Man muß über die Deutschen lachen, die über der russischen Staat mit Verachtung sprechen. Die Tyrannei in den Ämtern, die Gewalttätigkeit der Polizei, der militärische Apparat der öffentlichen Verwaltung, nicht einer dieser Züge ist nicht deutsch ... Rußland ist das friedlichste aller Völker. Es hat ein Entsetzen vor dem Krieg, es schämt sich seiner fast; es ist in den Krieg gegangen, weil es das mußte, weil man der göttlichen Fügung nicht widerstehen kann; weil der Mensch die Prüfung nicht von sich weisen kann, wenn eine gerechte Sache ihm vorschreibt, sie auf sich zu nehmen. So hat Rußland den Krieg mit der heldenhaften Trauer und der Entsagung auf sich genommen, mit dieser endlosen Hingabe, die die bescheidene Schwester unbegrenzten Mutes ist ... Frankreich und Rußland sind zu dem Kriege von einem Feinde gezwungen worden, der den Krieg wollte, der ihn liebt, ihn verherrlicht, und der ihn zum Werkzeug und Mittel gemacht hat. In seinem Leben bedroht, hat Rußland das Schwert zur Verteidigung seiner slawischen Brüder ziehen müssen, die schwach und minderjährig durch eine tödliche Drohung gefährdet waren ... Rußland ist uns heilig, weil wir in ihm, in einer neuen Weltordnung, unsere Jugend, unseren Glauben und unser eigenes Geschick wiedergefunden haben.

Wie die Russen wirklich sind. Die „Nordd. Allg. Ztg." hat vor kurzem fol-

Digitized by Google

genden Bericht aus russischen Gefangenlagern veröffentlicht: An der Olonetz—Murmanbahn arbeiten Tausende armer Menschen, die als Helden für ihr Vaterland gekämpft haben, halbnackt, bei Tag und Nacht, im Winter bei einer Kälte von oft mehr als 40 Grad Reaumur, unbarmherzig zur Arbeit getrieben, bis sie unter qualvollen Schmerzen zusammenbrechen, um ihr Leben unter den Streichen der entmenschten Peiniger auszuhauchen. Durch Urwald und tiefen Sumpf wird die Bahn gebaut. Die Gefangenen, die dorthin geschleppt wurden, sind in Hütten oder Baracken untergebracht, die so niedrig sind, daß ein Aufrichten auf der Holzpritsche, auf der sie ohne Stroh oder Decke liegen müssen, nicht möglich ist. Fenster sind nicht vorhanden, eine Lüftung der Räume wird lediglich durch das schadhafte Dach ermöglicht, durch das der Regen eindringt. Alles wird durchnäßt, und die frierenden Leute sind den größten Erkrankungen preisgegeben. Kleidung, Wäsche und Schuhe erhalten die Gefangenen nicht, so daß alle in Lumpen und Fetzen gehüllt sind, durch die man den bloßen Körper sieht. Oft barfuß, im Winter bei strengster Kälte, müssen sie in Sümpfen arbeiten, die im Frühjahr und Sommer todbringende Dünste ausströmen. Die schlechte und gänzlich ungenügende Ernährung hat schwere Krankheiten zur Folge. Von den ersten 15 000 Mann, die dorthin geschafft wurden, starben Tausende im Laufe des Sommers. Die noch lebenden sind infolge ihrer Krankheiten kaum noch wandelnde Leichen zu nennen. Kaum eine einzige Baracke ist vorhanden, in der nicht Lungenkranke langsam dahinsiechen oder durch Skorbutwunden entstellte Menschen das Mitleid herausfordern. Alle 100 Kilometer wohnt ein Arzt; dieser soll Tausende von Menschen behandeln! So liegen die an schwerem Rheumatismus und Lungenschwindsucht leidenden und mit Wunden bedeckten Menschen monatelang auf nackten Brettern, ohne Hilfe! Menschen, deren Lippen und Gaumen geplatzt sind und bluten — bei manchen können sogar die gesunden Zähne mit den Fingern leicht herausgenommen werden —, erhalten keine andere Kost als hartes Schwarzbrot und Kohlsuppe, bis sie der Tod aus ihrer schrecklichen Lage erlöst. Die Arbeitszeit dauert, auch an Sonn- und Feiertagen, von morgens 4½ bis 8 Uhr abends, ohne Ruhepause. Wehe dem Armen, der nur einen Augenblick ausruhen will! Unbarmherzig sausen die Peitschen der Tscherkessen und der entmenschten Arbeitgeber auf den Unglücklichen nieder, bis er ohnmächtig, oft tot liegen bleibt. „Man wird buchstäblich zu Tode geprügelt!" sagt ein Zeuge.

Schwedische Stimmen für die Befreiung Polens und Finnlands. Der schwedische Sozialdemokrat A. Lindblad schreibt im „Aftonbladet" vom 16. August: Unsere polnischen Parteifreunde und der überwiegende Teil der polnischen Bevölkerung wünschen lebhaft, daß Polen nicht wieder Rußland angehören wird. Wir würden, was uns betrifft, das Resultat des furchtbaren Krieges als äußerst verstimmend betrachten, wenn nicht sowohl Polen als auch Finnland von Rußland befreit werden. Dies sollte doch den demokratischen Westmächten ganz klar sein. Leider hat sich aber während des Krieges kein Symptom gezeigt, daß sie gewillt sind, sich wegen der Freiheit dieser beiden Länder gegen den großen Bundesgenossen aufzulehnen. Aber gerade deshalb ist die Mitwirkung der neutralen Staaten beim Friedensschluß so sehr erwünscht.

Digitized by Google

Neuerscheinungen

Die **Ostpreußischen Kriegshefte** kommen in ihrer ersten Folge mit einem vierten Heft zum Abschluß (S. Fischer, Berlin). Die Maßnahmen für den Wiederaufbau der Provinz werden in knappen Auszügen aus den amtlichen Dokumenten und in Äußerungen über die praktische Ausführung veranschaulicht. Die bis jetzt mit Berichten über die Zerstörung der Provinz gefüllten Hefte erlangen damit einen versöhnlichen Abschluß, in dem es wie ein Werk ausgleichender Gerechtigkeit wirkt, daß Trupps jener Russen am Wiederaufbau des Landes beteiligt waren, die an seiner Zerstörung mitwirkten.

An den Grenzen Rußlands nennt sich ein Sammelband mit 11 Abhandlungen, den der Verein soziale Studentenarbeit (M.-Gladbach) herausgibt. Von Bachem geführt, belehren sie volkstümlich und zuverlässig über die Grenzprovinzen, über Nachbarstaaten, über Fremdvölker und über die Russen selbst.

Die Ostseeprovinzen schildert geographisch, geschichtlich, wirtschaftlich und politisch eine Flugschrift des Dürerbundes (A. von Wolffen, Die Ostseeprovinzen).

Otto Hötzsch läßt seine politischen Aufsätze in einem kleinen Sammelbande „Politik im Weltkrieg" (Velhagen & Klasing, Bielefeld) erscheinen.

Der 4. August und die hamburgische Politik, eine (bei Janßen) erschienene Broschüre, fordert Wahlrechtsreform als die Konsequenz aus der Einmütigkeit, die am 4. August das deutsche Volk in dem Willen zur Verteidigung des Landes bekundete: „Der einzige gangbare Weg einer politischen Neuorientierung geht über die Reform der allgemeinen Wahlen und findet sein natürliches und selbstverständliches Ziel in der Aufhebung der Gruppenbildung. Damit wäre unserem Wahlrecht der üble plutokratische Charakter genommen, der ihm heute anhaftet und der zu einer Versündigung gegen den Geist der Volkseinheit geworden ist." ... „Und wenn man einmal darangeht, das Wahlrecht zu ändern, so sollte man noch eine zweite Änderung vornehmen: die Abschaffung des Verhältniswahlsystems bei den Notabelnwahlen" ....

Wirkung der Höchstpreise. G. W. Schiele zieht zu der Wirkung der Höchstpreise eine Parallele (in der „Tat-Flugschrift" Nr. 13, Verlag Eugen Diederichs) aus den Theorien, die zur Zeit der Revolution die Köpfe der Jakobiner und der gesamten öffentlichen Meinung beherrschten. Er kommt zu dem Ergebnis: „Wir sind der Meinung, daß die Rückkehr zu der natürlichen freien Preisbildung das einzige zuverlässige Mittel ist, welches dem deutschen Volk die Aussicht bietet, seine wirtschaftlichen Verhältnisse so günstig zu gestalten, wie es unter den gegenwärtigen Umständen möglich ist."

Die Binnenwanderungen, betrachtet in ihren Wirkungen und Folgen für Städte-Entfaltung, wirtschaftliche Entwicklung und Stadtkultur, eine Studie von Dr. P. Beusch (Volksvereins-Verlag, M.-Gladbach). Das für die Frage Ausschlaggebende ist ihm das religiös-sittliche Moment, der sittliche Verfall, der im Geburtenrückgang und in der kirchlichen Entfremdung seine Hauptausprägung

Digitized by Google

findet. B. rät, zur Abhilfe gegen eine unbegründete Abwanderung vom Land in die Städte, den Heimatstolz auf dem Lande zu wecken. Die trotzdem in die Städte Zuwandernden will er durch erzieherische Maßnahmen gegen die Gefahren des Stadtlebens widerstandsfähiger gemacht, Wohnungspolitik und soziale Fürsorge in den Dienst gesunder Entwicklung gestellt wissen.

Arbeiterkultur und Krieg. Über die Zukunft der Arbeiterbildung spricht sich A. Schulz, M. d. R., in einer im „Vorwärts" erschienenen Schrift zuversichtlich aus: „Es ist gar nicht daran zu zweifeln, und aus einer Reihe von Erscheinungen schon jetzt zu schließen, daß nach dem Krieg die Organisation der Arbeiterbildung mit erneutem Eifer wieder aufgenommen werden wird. Nach dem Krieg muß sogar weit mehr als bisher für die planmäßige Aufklärung der Arbeiter im Sinne des wissenschaftlichen Sozialismus gesorgt werden." Sch. sieht in der Bildungsarbeit sogar das einigende Mittel für die kommenden Zeiten und Kämpfe, für die die „gesamten Kräfte des Proletariats zusammengehalten werden müssen".

Verhängnisvolle Hartnäckigkeit. Unter diesem Titel gibt Frédéric Thomas Graindorge in der Schweiz eine kleine Broschüre heraus, die seine kritischen Bedenken über die Lage Belgiens zum Ausdruck bringt. Er wendet sich mit der vorwurfsvollen Frage an die Staatsleitung, ob dieselbe sich ihrer Verantwortung bewußt gewesen und beim Eintritt in Krieg weitschauend gehandelt habe. Zurückgreifend auf die geschichtlichen Ereignisse und Tatsachen zu Anfang des 19. Jahrhunderts, die geographische Lage Belgiens in Rechnung ziehend, weist er darauf hin, wie verkehrt es war, sich zu einem Bündnis herzugeben, statt volle Neutralität zu wahren; vor allem aber wendet er sich mit der Anklage an Frankreich, daß dieses Belgien im Stich gelassen habe. Ebenso durchschaut er die Selbstsucht der englischen Politik.

Nietzsches Staat und Krieg setzt M. Brahn in Beziehung zueinander (in einer Schrift mit dem Titel „Friedrich Nietzsches Meinungen über Staat und Krieg" bei Alfred Kröner, Leipzig). Nietzsche hat über die Deutschen manches harte Wort gesagt. Am klassischen Griechentum gebildet, vermißt er an den Deutschen den Stil des Lebens, die Einheit ihrer Äußerung. Die Deutschen haben noch keine Kultur, aber, so meint er, sie können noch eine hervorbringen. Der Deutsche holt sich Kraft und Pflichtgefühl aus seinem starken, dauernden, einheitlichen Willen und einer Überwindungsfreude, die den Menschen und das Volk über sich selbst hinaus stark macht zu einem persönlichen Freisein, das den Zweck hat, alle Kräfte den Aufgaben, Zielen und Zwecken der Nation zuzuführen. Also auch auf Nietzsche hat die Grundeinsicht des deutschen Idealismus gewirkt.

Kriegs- und Schlachtenatlas 1914—1916 (Velhagen & Klasing, Bielefeld), chronologisch geordnet, enthält Karten aller Schauplätze. Der Stich ist ausgezeichnet; die Karten zeichnen sich trotz ihres kleinen Maßstabes durch Klarheit aus. Zu bedauern ist nur, daß für die augenblicklichen Kämpfe an der Westfront im englisch-französischen Kampfgebiet eine Spezialkarte nicht vorhanden ist; vielleicht holt der Verlag dies bei einer Neu-Ausgabe nach.

Digitized by Google

Literatur

Albrecht Penck, Politisch-geographische Lehren des Krieges. Meereskunde, Sammlung volkstümlicher Vorträge, Heft 106. E. S. Mittler & Sohn, Berlin 1915.

Die gewaltigen Vorgänge, die unser ganzes Denken erfüllen, werden im Lichte der Geographie betrachtet. Unser Volk ist ein wachsendes, es braucht Raum. „Die richtige Lösung des Bevölkerungsproblems liegt auf politisch-geographischem Gebiete', sagt Penck. Wir wähnen in der Mitte von Europa zu wohnen. Wenn man jedoch die äußersten Punkte Europas durch Diagonalen miteinander verbindet, so liegen die Schnittpunkte weiter östlich von uns. Es ergibt sich ein größeres Mitteleuropa, ein Raum, der auch die Stromgebiete von Weichsel und Donau vollkommen entschließt. Diese großen Stromgebiete zu sperren, ist Rußland, der größte europäische Staat, imstande. Dadurch wird ein für die Dauer unhaltbarer Zustand geschaffen. Die Betrachtung der Donau als einer großen, bei weitem nicht genügend ausgenutzten Verkehrsstraße führt nun den Verfasser dahin, die Wichtigkeit der Zwischenlage zwischen zwei Meeren für Staaten und Länder klarzulegen; „sie gibt ihnen zwei Fronten und eröffnet den Verkehr nach zwei Meeren hin". Die Vorteile einer solchen Lage genießt zum Beispiel Dänemark. Ihr verdankte Frankreich seine große Bedeutung in Europa. Spanien besitzt die gleiche Zwischenlage. Ein typisches Zwischenland ist Finnland, das größere Finnland, indem es physikalisch-geographisch und völkisch vom Weißen Meer bis zur Ostsee reicht. Der Zwischenlage teilhaftig zu werden, war das Bestreben der Vereinigten Staaten, Kanadas, Rußlands. Rußland ist der große Zwischenstaat der Alten Welt. Wir aber haben bisher allzu fest an unserer Mittenlage gehangen, die Zwischenlage dagegen nicht genügend gewürdigt. Wir sind ein Teil von Zwischeneuropa. Dieser neue Begriff umfaßt Penck ein Land „von großem Zusammenhange mit tiefen Eingriffen der Meere und schmalen Meeresstraßen". Es ist ein Raum, der vom Weißen bis zum Mittelländischen und Schwarzen Meer reicht, die Ostsee einschließt und sich auf die Nordsee stützt. Wir haben es also mit einem ungemein stark und reich gegliederten Ländergebiet zu tun, das im Süden durch Inselbrücken an Afrika und Kleinasien, an den Orient, heranreicht; an Größe kommt es Hintereuropa nahezu gleich. Letzteres deckt sich völlig mit dem europäischen Rußland, das heißt mit jener großen Tiefebene, die als physikalisch-geographische Einheit mit nach Norden und Süden abströmenden Flüssen von Nationalrassen bewohnt wird. So zeigt der Geograph, wie die Natur selbst unserem großen Zwischenlande gebietet, ein festes Rückgrat zu sein in Europa, und eine Scheide, die Kernrußland von den westlichen Ländern trennt. Diese, nämlich die Pyrenäen-Halbinsel, Frankreich, Großbritannien und Norwegen, werden von den Wassern des Atlantischen Ozeans bespült; sie erhalten den Namen Vordereuropa.

Dr. R. P.

Nachdruck aus dem Inhalt unter genauer Quellenangabe gestattet.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Weimar. Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

1. Jahrgang * 15. September 1916 * Heft 38

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Zeichnet die fünfte Kriegsanleihe!

Der Krieg ist in ein entscheidendes Stadium getreten. Die Anstrengungen der Feinde haben ihr Höchstmaß erreicht. Ihre Zahl ist noch größer geworden. Weniger als je dürfen Deutschlands Kämpfer, draußen wie drinnen, jetzt nachlassen. Noch müssen alle Kräfte, angespannt bis aufs äußerste, eingesetzt werden, um unerschüttert festzustehen, wie bisher, so auch im Toben des nahenden Endkampfes. Ungeheuer sind die Ansprüche, die an Deutschland gestellt werden, in jeglicher Hinsicht, aber ihnen muß genügt werden. Wir **müssen** Sieger bleiben, **schlechthin, auf jedem Gebiet,** mit den Waffen, mit der Technik, mit der Organisation, nicht zuletzt auch mit dem Gelde!

Darum darf hinter dem gewaltigen Erfolg der früheren Kriegsanleihen der der fünften nicht zurückbleiben. Mehr als die bisherigen wird sie maßgebend werden für die fernere Dauer des Krieges; auf ein finanzielles Erschlaffen Deutschlands setzt der Feind große Erwartungen. Jedes Zeichen der Erschöpfung bei uns würde seinen Mut beleben, den Krieg verlängern. Zeigen wir ihm unsere unverminderte Stärke und Entschlossenheit, an ihr müssen seine Hoffnungen zuschanden werden.

Mit Ränken und Kniffen, mit Rechtsbrüchen und Plackereien führt der Feind den Krieg, Heuchelei und Lüge sind seine Waffen. Mit harten Schlägen antwortet der Deutsche. Die Zeit ist wieder da zu neuer Tat, zu neuem Schlag. Wieder wird ganz Deutschlands Kraft und Wille aufgeboten. Keiner darf fehlen, jeder muß beitragen mit allem, was er hat und geben kann, daß die neue Kriegsanleihe werde, was sie unbedingt werden muß:

Für uns ein glorreicher Sieg, für den Feind ein vernichtender Schlag!

Digitized by Google

Warum wir Vertrauen haben!

Von Dr. Paul Rohrbach

Es ist gleichgültig, in welch eine ausländische Zeitung, ob feindlich, ob neutral oder „neutral", man jetzt den Blick wirft — überall klingt eine Melodie dem Leser entgegen: Rumäniens Eintritt in den Krieg an der Seite der Entente habe tiefe Niedergeschlagenheit und kriegsmüde Stimmung in Deutschland ausgelöst. Wer darauf ausgeht, wird ja vielleicht einige Beobachtungen machen können, die den nüchternen Beurteiler etwas verstimmen können, wenn er sieht, daß Jonescu, Philipescu & Co. imstande sind, unsern Spießbürgern unten und oben schlechte Träume zu machen. Daß wir in einem ernsten Abschnitt des Weltkrieges stehen, ist schon richtig, nicht richtig aber ist, daß er durch den Entschluß Rumäniens so sehr viel ernster geworden wäre, und erst recht nicht, daß wir nun Grund hätten, um den Ausgang des großen Ringens zu bangen. Das Gegenteil ist richtig. Wir haben die Rumänen als Gegner in der Kriegführung und wir haben dafür Hindenburg als Chef der Obersten Heeresleitung erhalten. Was wiegt schwerer? Ich denke Hindenburg!

Kein Vernünftiger glaubt, daß in dem Namen Hindenburg eine Zauberformel liegt, vor der die Feinde zerstieben, oder daß nicht auch Männer wie Hindenburg allem menschlichen Geschick unterworfen wären. Wenn man also sagt: Nun, wo Hindenburg an der Spitze des Ganzen steht, sind wir ruhig, so muß man sich Rechenschaft darüber geben, woher dies Vertrauen stammt.

Denken wir an Hindenburg, so denken wir auch an seinen ersten Mitarbeiter Ludendorff. Diese beiden Männer sind für uns Eins. Sie sind Menschen, sicher, und niemand kennt besser als sie selbst die Grenzen, die allem menschlichen Können von der Natur gezogen sind. Was sie aber auszeichnet, ist ihr wunderbares Maß an Ruhe, Klarheit und Festigkeit. Um Hindenburgs Bild liegt für uns dazu noch der Lichtschein tiefer menschlicher Güte. Gewiß, jedem tüchtigen Feldherrn ist es Gewissenssache, den Einsatz an Menschenleben und an Gesundheit seiner Mannschaften, den er wagen will, vorher zu wägen. Zu Hindenburg aber hat das Volk, hat das Heer, hat jeder einzelne Mann das felsenfeste Vertrauen: Was dieser Mann fordert an Blut und Leben, an Strapazen, Hunger und

Digitized by Google

Märschen, das muß unbedingt sein, und nie wird er fordern, was nicht auf jeden Fall nötig ist. Schon hiervon geht eine unvergleichliche innere und äußere Beruhigung für alle aus. Das Zweite ist, daß Hindenburg uns sagen kann — ja er braucht es uns nicht einmal zu sagen, sondern wir empfinden und wissen es von selber: wir können warten, wir können ruhig warten, Tage und Tage, Wochen und Wochen: eines Tages wird das Große, auf das wir harren, da sein. Wir fragen nicht unruhig: Was mag nun wohl am Werke sein? Wo mag der nächste Schlag geplant sein? Was für Maßregeln werden jetzt hier- oder dagegen getroffen werden? Gut Ding will Weile haben!

Wer nüchtern dachte, hat sich zwar auch schon vorher gesagt, daß an den verantwortlichen Stellen Leute stehen, die das ganze Material für die Entscheidungen weit vollständiger übersehen, als auch der Bestunterrichtete im Volk, aber es liegt nun einmal in der menschlichen Natur, trotzdem auch unter unzulänglichen Voraussetzungen für eigenes Urteilen und Kritisieren diesem doch seinen grübelnden und fragenden Lauf zu lassen. Seit Hindenburg die Zügel hält, beginnt diese Stimmung zusehends zu schwinden. Wir wissen alle, daß das, was jetzt geschieht, das Beste ist, was mit menschlichen Kräften, mit dem vorhandenen menschlichen, politischen und sonstigen Material, geleistet werden kann.

Es ist nicht wahr, daß in Deutschland Mutlosigkeit herrscht, auch wenn Feinde und Freunde sich vorstellen, sie müßte doch eigentlich herrschen! Ich bin nie mutlos gewesen, habe nie auch nur einen Augenblick daran gezweifelt, daß wir unsern Daseinskampf erfolgreich bestehen würden. Trotzdem war es noch ganz etwas anderes, was mir bei der Ernennung Hindenburgs durchs Herz ging: Danket dem Kaiser! Der Sieg der bulgarischen und deutschen Truppen bei Tutrakan, die Einnahme der Festung, die Vernichtung und Gefangennahme bald eines Zwölftels der rumänischen Armee, waren eines Tages da und die Fahnen wehten wieder aus den Fenstern; aber das war wie die natürlichste Sache von der Welt. Das mußte ja kommen. Wäre es nicht Tutrakan gewesen, so wäre es etwas anderes gewesen, und hätte es noch zwei Wochen länger gedauert, so hätte man eben mit derselben Ruhe so viel länger gewartet. Ebenso ruhig warten wir jetzt weiter. Ebenso ruhig werden wir es aufnehmen, wenn das nächste Warten länger wird, als manche Ungeduld wünscht, wenn

Digitized by Google

es im Tagesbericht ein und das andere Mal heißt, dies Dorf und jenen Graben haben die Feinde. Wer erinnerte sich nicht des Rückzuges, den Hindenburg im ersten Kriegsjahr in Polen machte, und der Schläge gegen die Russen, die darauf folgten? Daran werden wir denken, wenn in der kommenden Zeit noch so starke Anforderungen an unser Vertrauen gestellt werden sollten. Besonders gefährliche werden wir kaum erleben!

Schon vor der Ernennung Hindenburgs bekam der Feind England zu spüren, daß unsere Angriffe aus der Luft häufiger und schwerer wurden, als früher. Wenn auch die offiziellen englischen Nachrichten eifrig bemüht sind, Erfolge zu leugnen, so ist doch kein Zweifel daran möglich, daß sehr schwere Schäden angerichtet worden sind. Sicher sind auch viel Menschenleben zugrunde gegangen, von Kämpfern und Nichtkämpfern. Wir beklagen das letztere tief und haben ehrliches Mitgefühl mit den englischen Familien, in die hierdurch Trauer gekommen ist und noch kommen wird — mehr Trauer, als mancher Mann und manche Frau in England heute schon denken. Dieses Töten und Verwunden von Leuten aus der bürgerlichen Bevölkerung durch explodierende Luftschiffbomben, Brände und stürzende Mauern ist furchtbar, aber wer uns dazu zwingt, ist niemand anderes, als England selbst. England müht sich mit kaltem Herzen und heißen Händen, um den Würger Hunger gegen unsere Frauen und Kinder, gegen unser ganzes Volk, das arbeitet und Brot schafft, während das Heer im Felde steht, loszulassen. Wir stehen und kämpfen, die bewaffnete Mannschaft gegen den Feind, der mit Gewalt auf uns eindringt, das Volk zu Hause gegen die Aushungerung, mit der England uns heimsuchen will. Der eine Kampf ist so schwer wie der andere; in dem einen geht es so gut um Sein oder Nichtsein, wie im andern. Darum Feuer und Sprengstoffe gegen den Hungerdämon, der von England her gegen uns aufgeboten wird! Was ist unmenschlicher, Säuglinge mit Bomben oder mit Hunger töten? Diese Frage eines ehrlichen Engländers haben wir schon neulich zitiert und haben daran erinnert, daß vor dem moralischen Urteil das Wollen ebensoviel gilt, wie das Vollbringen. Wenn es für die Engländer beim Wollen bleibt, wir aber sind imstande, gegen ihr Wollen unser Vollbringen zu setzen — verdienen wir darum eine andere Beurteilung, als jene? Sind wir es nicht, die nur herausgefordert und zum äußersten gezwungen unser

Digitized by Google

Feuer auf die Neidinsel regnen lassen? Es ist ein furchtbares, aber tiefes und wahres Wort, daß jede Härte, auch die gesteigerte Vernichtung von Menschen und Gütern, wenn sie sich auf eine kürzere Zeitspanne zusammenhäuft, immer noch milder ist, als eine ins Endlose gedehnte Periode des Umbringens und Zerstörens auf langsamere Art. Was England uns antun will, ist derart, daß jedes, aber auch jedes mögliche Mittel zur Abwehr dadurch erlaubt wird. Es gibt hier nur noch die Fragen der Zweckmäßigkeit und Wirksamkeit. Wenn es ein Mittel gibt, so viel von England mit Feuer zu überziehen, daß die Lohe diesem Volk den Atem nimmt und es seine Hände nach Frieden ausstreckt, so sollen wir es brauchen. Milde gegen einen solchen Feind ist Grausamkeit gegen die eigenen Volksgenossen. Es kann sein, daß wir uns nach diesem Kriege schaudernd dessen erinnern werden, was man uns zu tun gezwungen hat, aber unsere Antwort wird dann lauten: Wir haben es nicht gewollt, ihr selber habt es gewollt! Auch hier ist es Hindenburg, auf den wir vertrauen. Was immer geschehe, welches Mittel auch angewendet werden mag — wir wissen, daß jetzt der beste Mann, den das deutsche Volk hat, sein gewichtiges Wort dazu gesagt hat. Das wird nicht nur für die Dinge gelten, die geschehen, sondern auch für die, die nicht geschehen, und in dieser letzteren Hinsicht werden wir fortan vielleicht mit größerer Ruhe auf die Notwendigkeit auch solcher Entscheidungen vertrauen, die nicht unserem Hoffen und Wünschen entsprechen. Heißt es dann aber eines Tages auch hier nicht mehr „nein" sondern „ja", dann wissen wir, daß es wirklich „ja" heißen durfte und daß niemand im deutschen Volke später einmal Grund haben wird, zu bereuen, daß dies „ja" gesprochen wurde.

Vertrauen erzeugt Vertrauen. So wie Hindenburgs Gestalt uns allen ein Vertrauen einflößt, das so weit geht, wie es Menschen gegenüber nur immer möglich ist, so wird auch der Geist des Feldherrn aus dieser Stimmung, die ihm die Nation entgegenbringt, die Kräfte schöpfen, deren er auf seiner Höhe so gut bedarf, wie wir andern unten. Vertrauen ist eine Kraft von oben und Disziplin ist ein fester Stab. Vertrauen ist mehr, als Bewunderung. Von Bewunderung kann niemand geistig leben, Bewunderung ist nicht imstande, einem Volke Disziplin, Organisationskraft einzuflößen. Vertrauen aber trägt über die größten Schwierigkeiten hinweg und stärkt die Kraft zum Durchhalten, zum Gehorsam gegen den nationalen Pflichtgedanken auch unter Entbehrungen.

Digitized by Google

Was Hindenburg gilt, das sieht man auch aus dem, was die Feinde über ihn sagen und wie sie, unter dem mühsam festgehaltenen Schein der Überlegenheit im Ausdruck, über seine Aufgabe urteilen. Der „Manchester Guardian", jene aufrichtigste und geistig bedeutendste der englischen Zeitungen, von der wir schon mehrfach Äußerungen über den Krieg hier wiedergegeben haben, schreibt zu Hindenburgs Ernennung mehrere Artikel, die alle darauf hinauskommen, dieser Schritt, der Deutschland den Sieg verschafft hätte, wenn er vor einem Jahr getan worden wäre, würde heute die deutschen Heere noch lange nicht ans Ziel bringen. Zum Schluß aber heißt es: Jetzt nahe die große Krisis in der Geschichte des Krieges heran, und jedenfalls habe die Woche, die Rumänien in den Krieg brachte und Hindenburg an die Stelle des Chefs des Generalstabes, eine größere militärische und politische Bedeutung, als irgendeine seit der „Schlacht an der Marne". Jawohl, das hat sie, aber nicht wegen Rumäniens, sondern wegen Hindenburgs.

Der Kölner Kongreß für Kriegsbeschädigtenfürsorge

Vom Landtagsabgeordneten Johannes Fischer, Heilbronn

Wenn der Erfolg ein Maßstab für die Bewertung einer Sache ist, dann war der Gedanke richtig, jetzt — noch mitten im Krieg — eine solche Aussprache herbeizuführen über das, was für die Kriegsbeschädigten zu geschehen hat, um sie nach Möglichkeit wieder zu geordneter wirtschaftlicher Tätigkeit zurückzuführen. Köln hat in den Monaten August und September einer Ausstellung Raum gegeben, in der schon gewisse — ausstellungsfähige — Resultate dieser Fürsorgetätigkeit zusammengetragen sind, und man wandert nicht ohne Gewinn und nicht ohne neuen, gesteigerten Mut zur Weiterarbeit, durch die Ausstellungsräume, — wenigstens nicht, wenn man nur als Mitarbeiter und als Mensch, hindurchgeht, der den Kriegsbeschädigten sowohl warme innere Teilnahme, wie der Fürsorgearbeit lebhaftes volkswirtschaftliches Interesse entgegenbringt. Ob der Kriegsbeschädigte selbst nicht anders empfindet — weiß ich nicht. Ich bin nicht ganz sicher, ob er nicht, dem gegenüber, was da im Bilde als möglicher Erfolg für die Kriegsbeschädigten dargestellt wird und was

Digitized by Google

zweifellos da und dort zu sehr als mögliche Normalleistung dargestellt wird, im jetzigen Stadium der Entwicklung der ganzen Sache eher zurückschreckt, weil doch wohl sehr viele das Gefühl oder gar schon die Überzeugung haben, daß sie solche Höchstleistung nicht erzielen werden und können.

Jedenfalls muß man sich davor hüten, mit solchen Höchstleistungen als einem Durchschnitt zu rechnen und dann diejenigen schuldig zu sprechen, die solche Vollkommenheit nicht zu erreichen imstande sind. Der Kongreß selber war in dieser Hinsicht sehr gut beraten, und es darf als stolze und echt deutsche Leistung angesprochen werden, mit welch nüchterner Sachlichkeit und doch mit welch unerschütterlichem Optimismus hier, vor allem auch an den Stellen über diese Fragen gehandelt wurde, die damit sich selbst große neue Aufgaben stellen. Der Zeitpunkt war sicherlich ein Wagnis, aber er war gerade darum besonders glücklich gewählt, weil hier so ungeheuere Aufgaben gestellt und aufgezeigt wurden, daß für das jetzt so beliebte Frage- und Antwortspiel: Wann wird Friede sein? gar keine Zeit bleibt, bei allen, die am Kongreß und der Arbeit, die dort beraten wurde, beteiligt waren. Und es ist nützlich, wenn durch diese Tagung ein noch viel größerer Kreis des deutschen Volkes auch zu solcher Arbeit aufgerufen wird.

Die Sache der Kriegsbeschädigtenfürsorge hat sicher in verschiedener Hinsicht eine wesentliche Vertiefung und wohl auch Klärung erfahren. Was ursprünglich nur Gefühl und Stimmung war, nimmt die festere Form volkswirtschaftlicher, sozialpolitischer, kultureller Notwendigkeit an, sowohl unter denen, die die Pflicht zur Fürsorge haben, als im Blick auf diejenigen, mit denen und für die sie geleistet werden soll. Die großangelegte und vorurteilsfrei angefaßte Tätigkeit des Reichsausschusses für die Kriegsbeschädigtenfürsorge verdient es wohl, nun einmal vor breiter Öffentlichkeit bekannt zu werden. Es ist kein Zweifel, daß die Art, wie der Gedanke der allgemeinen Wehrpflicht in diesem Kriege in unser Volk einschneidet, eine vollständige Umbildung der sozialen Verhältnisse der Beteiligten herbeiführen muß, wenn es in der Entschädigung Kriegsbeschädigter bei den seitherigen Gepflogenheiten bliebe. Und man wird dem Reichsausschuß für eine soziale Umbildung des ganzen Kriegsrentenwesens, dergestalt, daß auf den Stand der Familie und die soziale Stellung Rücksicht genommen wird, allen Erfolg wünschen. Höchst

Digitized by Google

wertvoll war auch die Herausarbeitung einiger weiterer Gesichtspunkte für notwendige Reformen auf dem Gebiete des Rentenwesens. So die äußerst ungünstige Stellung der innerlich Kranken, oder der besonders Verunstalteten, die lediglich deshalb einen neuen Beruf ergreifen müssen, z. B. Kellner mit stark verunstaltetem Gesicht. Sie sind nicht verstümmelt, denn ihnen fehlt kein Glied und erhalten deshalb auch keine Verstümmelungszulage, sind aber genau so geschädigt.

Sehr deutlich unterstrich der Kongreß auch die Forderung, daß die Rente nicht auf Lohn oder Gehalt angerechnet werden solle, sondern daß der Lohn nur die Leistung berücksichtigen dürfe. Es wurden in dieser Hinsicht für möglichst alle Berufe paritätische Arbeitsgemeinschaften verlangt von Arbeitgebern und -nehmern, die über die Art der Verwendung und über die Lohnfestsetzung gemeinsam beschließen sollten, und die dem einzelnen einen Schutz bieten.

Als völlig unzureichend wurden die Verhältnisse für diejenigen bezeichnet, deren Erwerbsbeschränkungen nicht als Kriegsbeschädigung angesehen werden, weil schon vorher Anlagen zu den Leiden da waren. Wenn diese nicht der Armenunterstützung verfallen sollen, dann muß hier eine Ausdehnung und Umbildung des Mannschaftsversorgungsgesetzes vorgenommen werden, für das diese Verhandlungen nützliche Anhaltspunkte geben. Dasselbe gilt für die Familien solcher Dienstunbrauchbaren, denen in irgendeiner Form, die nicht Armenunterstützung und nicht private Wohltätigkeit ist, geholfen werden muß. Es kann dabei überhaupt die Frage aufgeworfen werden, ob nicht in allen Fällen, wo durch eine militärärztliche Untersuchung Dienstfähigkeit angenommen und ausgesprochen worden ist, für den Fall späterer Dienstunbrauchbarkeit mindestens eine Militärrente als Folge von Dienstbeschädigung bezahlt werden muß, wenn der Betreffende bedürftig ist. Vielleicht würde manches Untersuchungsergebnis bei der Einstellung anders aussehen. In der Richtung war es jedenfalls sehr gut, daß eine große Anzahl von Militärärzten aller Rangstufen, desgleichen auch Offiziere, anwesend waren.

Die andere Seite der Kriegsbeschädigtenfürsorge, die darauf ausgeht, den Beschädigten wieder möglichst selbständiger Erwerbsarbeit zuzuführen und ihn dazu zu befähigen, nahm indes den breitesten Raum ein auf dem Kongreß. Zwar wurde hier vor einer zu idealistischen Darstellung

Digitized by Google

der Dinge gewarnt, sowohl von landwirtschaftlicher und industrieller Seite, wie auch von seiten der Arbeitsnachweise. Das Schlagwort: Es gibt keine Krüppel mehr, verschiebt den Tatbestand doch ganz wesentlich. Aber es wurde doch als leitender Gedanke allgemein anerkannt, nicht Rentner, sondern Arbeitsmenschen zu schaffen, wenn möglich im eigenen früheren Beruf, wenn notwendig durch Um- oder Weiterbildung. Und was bei alledem das wichtigste ist; es tritt die Aufgabe, die hier zu erfüllen ist, immer klarer in das Bewußtsein. Die Arbeit hebt sich aus dem Rahmen des bloßen Dankesgefühls heraus, wird volkswirtschaftliche und sittliche Notwendigkeit, so daß Gesamtinteresse und Einzelinteresse der Beschädigten zusammenfließen. Man will nicht den Einzelfall möglichst rasch aus der Welt schaffen, indem man ihn der nächstbesten offenen Stelle zuweist, sondern Organisationen schaffen, die den ganzen Menschen, sein ganzes Leben, seine ganze Familie so in ihren Aufgabenkreis hereinnehmen, daß ihnen innerlich und äußerlich die Möglichkeit einer neuen gesicherten Existenz geschaffen wird.

In der Richtung wurden von ärztlicher Seite, wie auch aus dem Munde einer Frau, Exzellenz von Bissing, treffende Richtlinien für die Weiterarbeit gegeben. Sehr klar wurde dargestellt, wie sehr aller Erfolg auch vom Willen des Beschädigten abhängt und welch wichtige psychologische und seelische Einwirkungen da nebenher zu gehen haben. Es war in der Richtung nicht gerade geschickt, wie einer der Vertreter der Regierung davon sprach, daß die Selbsthilfe und der eigene Wille das wichtigste sei, denn noch ist viel Mißtrauen derart zu überwinden, als werde der Gesichtspunkt der eigenen Leistung nicht um des Beschädigten willen, sondern um möglichst billig davon zu kommen, so stark in den Vordergrund gerückt. Hier ist der Berufsberatung und der volkswirtschaftlichen Belehrung noch viel zu tun übrig und es ist sicher für die Hoffnung auf Erfolg mit am allerwesentlichsten, daß alle Gewerkschafts- und Angestelltenverbände sich bereit erklärten, ihre Mitarbeit und das Vertrauen und den Einfluß, den sie auf weite Kreise der Kriegsbeschädigten haben, rückhaltlos und in dem Bewußtsein voller Verantwortlichkeit in den Dienst dieses wichtigen Zweiges der Kriegshilfe zu stellen.

Digitized by Google

Getreideteuerung in England

Von Otto Jöhlinger

Seit einigen Wochen vollzieht sich am englischen Getreidemarkte eine Entwicklung, die für uns von besonderem Interesse ist. Dort sind nämlich die Preise für Weizen in einer Weise gestiegen, wie sie seit langer Zeit nicht mehr zu beobachten war und — was besonders bemerkenswert ist — der Londoner Weizenpreis steht beträchtlich höher als der Berliner. In Friedenszeiten ist in London der Weizen stets billiger als in Deutschland, da der englische Preis dem „Weltmarktpreise" entspricht, d. h. dem Preise der Produktionsländer zuzügl. Fracht, während sich der deutsche Preis um den Zoll höher stellt. Zwar kommt, wenn man die Berliner Notierung für Weizen in Friedenszeiten dem englischen Weizenkurse gegenüberstellt, die Zolldifferenz von 55 Mark pro Tonne nicht voll zum Ausdruck, da hier Qualitätsdifferenzen eine Rolle spielen. Stellt man aber die gleichen Qualitäten gegenüber — also beispielsweise nordamerikanischen harten Winterweizen Nr. 2 in London und in Berlin — so ergibt sich stets eine Differenz, die die volle Höhe des Zolles und der Fracht ausmacht. Nur vorübergehend zeigt sich in Friedenszeiten, daß diese Differenz kleiner ist.

Ganz anders ist die Preisgestaltung während des Krieges. Von einer Parität der deutschen Preise kann jetzt keine Rede mehr sein, da sich unsere Tendenz nicht mehr nach der des Weltgetreidemarktes richtet. Infolgedessen sehen wir, daß die Preiskurven für Weizen in London und in Berlin sich sehr verschiedenartig entwickeln.

Um einen Überblick zu gewinnen, wie sich bisher während des Krieges die Notierungen von Weizen in beiden Ländern gestaltet haben, seien nachstehend einige Preise gegenübergestellt, die der Deutsche Landwirtschaftsrat auf das gleiche Quantum umgerechnet hat.

Im Januar 1914 kostete in Berlin der Weizen im Durchschnitt 187.06 Mark pro Tonne. In der gleichen Zeit stellte sich der Preis für amerikanischen Weizen in London auf 174.35 Mark pro Tonne. Die geringe Differenz erklärt sich, wie erwähnt, aus Qualitätsunterschieden; der in London umgesetzte amerikanische Weizen ist wertvoller als der in Berlin notierte „Durchschnittsweizen". Infolgedessen kommt bei einer Gegenüberstellung der beiden Preise der deutsche Zoll nicht voll zum Ausdruck. Im Juli 1914 hatte in Berlin der Weizenpreis die Höhe von 204.09 Mark erreicht, eine Folge der politischen Aufregung, die damals be-

Digitized by Google

stand und die durch überstürzte Käufe eine erhebliche Verschärfung erfahren hatte. Zur gleichen Zeit kostete in London der Weizen 167.30—174.35 Mark. Die Differenz hatte sich also beträchtlich erweitert. Im zweiten Kriegsmonat kostete in Berlin Weizen 238.15 Mark, in London 202.65 Mark. Von da ab beginnt eine sehr starke Abweichung in der Tendenz: infolge Abschneidens der Zufuhren steigt in Deutschland der Preis auf 257.33 Mark (Oktober 1914), während er in England, dessen Import damals ungehindert war, auf 194.40 Mark sinkt.

Im November 1914 setzt in Deutschland die staatliche Regelung der Getreidepreise ein, wodurch als Höchstsatz für Weizen 260 Mark normiert wird, und seit jener Zeit bewegt sich in Berlin der Preis stets um diesen Satz herum. Er erhöht sich durch die monatlichen Zuschläge bis auf 281 Mark (Juli 1915) und sinkt bei Beginn des neuen Erntejahres (August 1915) wieder auf 260 Mark. Im Laufe des Jahres 1916 erreicht er als Höchstsatz 278 Mark und geht im April wieder auf 260 Mark zurück, ein Satz, der auch jetzt noch gilt mit der Einschränkung, daß für Lieferung bis 15. Dezember 1916 eine „Druschprämie" von 20 Mark gewährt werden darf. Der höchste Satz, der in Berlin gezahlt werden kann, ist also gegenwärtig 280 Mark.

Wie aber vollzieht sich in der gleichen Zeit die Preisgestaltung in England? Dort sehen wir ein ständiges Auf und Ab der Preise und mehr als einmal sinkt der Londoner Weizenkurs tief unter den Berliner. In den ersten Kriegsmonaten bis zum Ende des Jahres 1914 war in England der Weizen billiger als in Deutschland, die Notierungen schwankten zwischen 235 und 240 Mark. Aber bereits gegen Ende des ersten Kriegsjahres erscheint am Getreidemarkte drohend — zunächst unansehnlich und anscheinend wenig bedeutend — das Schreckgespenst, das in der Folgezeit dem Getreidemarkte ständig sein Gepräge gab: die Frachtenteuerung. Sie beginnt schon im Dezember 1914 sich fühlbar zu machen, ein Faktor zu werden, mit dem man rechnen muß. In normalen Zeiten spielt das Frachtenproblem für den Getreidehandel kaum eine Rolle. Bei einem Weizenpreise von 180 Mark kostet die Beförderung einer Tonne Weizen von New York nach Liverpool rund 4 Mark. Je nach Angebot von Schiffsraum sinkt der Satz unter 4 Mark oder erreicht eine Höhe von zirka 6 Mark. Diese Raten bedeuten meist noch nicht 2% des Preises, erschweren also die Kalkulation des englischen Imports nicht sonderlich. Seit Ende 1914 ist das anders geworden: die Schiffsbesitzer verlangten bereits im Dezember 1914 eine Frachtrate von 25 Mark und nach Beginn des Unterseeboot-Krieges sogar eine von 36 Mark! Das war eine Verteuerung des Transportes, mit der man vorher nicht gerechnet hatte und die im Preise der Londoner Corn Trade Exchange (Getreidebörse) zum Ausdruck kommen mußte, um so mehr als auch gleichzeitig infolge des erhöhten Risikos der Reise die Versicherungsgebühren der „Lloyds" einen ganz anderen Stand erreicht hatten.

So kam es, daß das Jahr 1915 in England mit anormalen Preisen einsetzte: Weizen stellte sich auf 265—286.30 Mark, d. h. also erheblich höher als in Deutschland. Um diese Periode der steigenden Tendenz setzte der

Digitized by Google

deutsche Unterseeboot-Krieg ein, der gleich in der ersten Zeit mehrere Partien ausländischen Weizens, die nach England bestimmt waren, zur Versenkung brachte. Die Folgen davon blieben nicht aus: der englische Weizenpreis stieg im Februar 1915 auf 314.55 Mark und war damit um rund 50 Mark höher als der Berliner Preis, d. h. beinahe soviel, als in Friedenszeiten in Deutschland der Zoll beträgt. In den folgenden Monaten behauptete sich die feste Tendenz in England, bis schließlich die Einstellung des Unterseeboot-Krieges und die dadurch verringerte Importschwierigkeit in der Zeit von Juni bis Oktober 1915 einen Sturz von 313.40 Mark auf 258 Mark (d. h. also unter den Berliner Stand) brachte. Wie der verschärfte Unterseeboot-Krieg auf die Preisgestaltung in England und Amerika gewirkt hat, ergibt sich aus nachstehender Zusammenstellung der Preise (umgerechnet auf das gleiche Quantum), die dem „Economist" entnommen sind:

Es kostete in Schilling per Quarter Weizen[1]

1915	in London	in Chikago	in Winnipeg
20. Februar	54 sh 8 d	54 sh 3 d	53 sh
21. August	55 sh 2 d	35 sh 3 d	34 sh 3 d
Differenz	+ 6 d	— 19 sh	— 18 sh 9 d

Was zeigt diese Tabelle? Unter der Herrschaft des Unterseeboot-Krieges sinken in Amerika die Preise um rund 19 sh, d. h. um zirka 1/3. In England aber tritt nicht nur kein Preissturz ein, sondern im Gegenteil, die Notierungen erfahren eine leichte Erhöhung, es tritt eine „Überparität" ein, indem der Londoner Preis um beinahe 20 sh höher steht als der Chikagoer. Ohne die Störung des Imports wäre sicher der Londoner Preis entsprechend dem Chikagoer Preis gesunken. In der Verhinderung dieses Sinkens liegt die verteuernde Wirkung, die der erste Unterseeboot-Krieg ausgeübt hat. Den Beweis hierfür hat die Folgezeit erbracht. Es gestaltete sich die Preisbewegung nämlich wie folgt:

1915	in London	in Chikago	in Winnipeg
21. August	55 sh 2 d	35 sh 3 d	34 sh 3 d
2. Oktober	43 sh 3 d	31 sh 10 d	30 sh 3 d
Differenz	— 11 sh 11 d	— 3 sh 5 d	— 4 sh

Hieraus ergibt sich deutlich, daß in dem Augenblick, in dem das Risiko der Reise nicht mehr so groß war, der Preissturz in London viel stärker war als in der gleichen Zeit auf dem Weltmarkte.

[1] 1 Quarter Weizen = rund 217 kg.

Digitized by Google

In den folgenden Monaten des Jahres 1915 bewegt sich der Londoner Weizenkurs ungefähr auf gleicher Höhe wie der Berliner Preis, er erfährt sogar gegen Ende des Jahres eine neue Steigerung, da die Frachten ständig steigende Richtung einschlagen.

Außerordentlich starke Bewegungen waren auf dem englischen Getreidemarkte im laufenden Jahre zu beobachten. Zu Beginn schnellte der Preis auf rund 330 Mark empor, einerseits im Zusammenhange mit der Steigerung der Frachtsätze auf 78 Mark pro Tonne (gegen 4—6 Mark in Friedenszeiten!) und anderseits infolge erhöhter Auslandsforderungen. Gefördert wurde die Preisbewegung am englischen Getreidemarkte noch durch Motive politischer Art. Denn damals spielte gerade der deutsch-amerikanische Notenwechsel, und die einzelnen Phasen dieses diplomatischen Zwischenspieles wurden von den Londoner Getreidehändlern mit großer Spannung verfolgt. Der englische Getreidehandel hatte ein sehr lebhaftes Interesse an einer Verständigung zwischen Deutschland und Amerika — so paradox das auch klingen mag! Denn bei einem Abbruch der deutsch-amerikanischen Beziehungen stand eine Störung des Getreidebezuges Englands bevor, die dieses Land in große Schwierigkeiten versetzt hätte. Waren doch im Januar 1916 die englischen Weizenbestände (1,55 Millionen Quarters gegen 2,47 Millionen in der gleichen Vorjahrszeit) außerordentlich klein, und eine Unterbrechung der Importmöglichkeit hätte sicherlich damals die Weizenpreise in England auf eine nie gekannte Höhe getrieben. Das konnte aber bei einer deutsch-amerikanischen Verständigung vermieden werden, und die spätere Entwicklung der Verhältnisse am englischen Getreidemarkte (Mai und Juni 1916) hat gezeigt, daß die Erwägungen der englischen Getreidehändler richtig gewesen waren. Nur so ist es zu erklären, daß die Denkschrift der deutschen Regierung über die Behandlung bewaffneter Handelsschiffe am Londoner Getreidemarkte eine starke Nervosität hervorrief und eine neue Erhöhung der Preise bewirkte, während mit dem Rücktritt des Staatssekretärs von Tirpitz eine beträchtliche Abschwächung der Tendenz in London erfolgte. Die Notierungen von Weizen sanken damals auf den tiefsten Stand, nämlich auf 238 Mark, d. h. rund 100 Mark Rückgang gegenüber den Preisen vom Februar und 22 Mark gegenüber der Notiz in Berlin! Der Zusammenhang der Bewegung der Kurse am englischen Weizenmarkte mit

Digitized by Google

den politischen Vorgängen tritt hier besonders deutlich in die Erscheinung.

Von dem Augenblicke an, in dem feststand, daß ein deutsch-amerikanischer Konflikt vermieden würde, begann gleichzeitig die englische Regierung der Lösung des Frachtenproblems näher zu treten.

Diese Regelung der Frachten durch die britische Regierung war aber nur von kurzer Dauer. Denn es war klar, daß das Angebot von Schiffen auf der nordatlantischen Fahrt immer mehr abnehmen mußte, wenn im freien Verkehr Sätze bis zu 180 Mark pro Tonne bezahlt wurden. In der gleichen Zeit, in der die britische Regierung englische Dampfer zwang, Weizen für 22 Mark von New York nach Liverpool zu bringen, erzielten neutrale Dampfer für Ladungen von Buenos Aires nach Bordeaux zirka 160 Mark!

Trotzdem nun die Frachten von ihrem diesjährigen Höchststande noch zirka 25% entfernt sind, setzte mit dem Ende des Erntejahres 1915/16 (Juli 1916) eine Hochbewegung ein, wie sie in solcher Schnelligkeit seit langem nicht mehr beobachtet worden war. Am 1. Juli wurde Weizen in England noch mit 238 Mark bezahlt, ein Monat später war der Preis bereits um 100 Mark gestiegen! Weizen kostet jetzt in England 345 Mark, d. h. er ist 65 Mark höher als der deutsche Höchstpreis zuzügl. der „Druschprämie". Damit hat England wieder einen Teuerungspreis, wie er seit zirka 60 Jahren nicht mehr beobachtet worden war!

Die Differenz gegen Friedenszeiten ist ganz enorm. Wie erklärt sich nun die plötzliche und rapide Aufwärtsbewegung der Notierungen?

Wenn man auch jetzt noch keinen genauen Überblick über das Resultat der Welternte hat, so kann man doch schon heute sagen, daß Erträge wie sie 1915 und 1913 erzielt wurden, auf keinen Fall zu erwarten stehen. Denn abgesehen von Deutschland (wo das Jahr 1915 eine notorische Mißernte ergeben hatte) sind in allen Ländern, die in der ersten Hälfte des Jahres ernten, geringere Erträge zu erwarten als im Vorjahr. In Rußland ist stellenweise die Anbaufläche um 50% kleiner als in 1915, Frankreich hat die geringste Ernte seit 35 Jahren zu gewärtigen und auch in England sind die Aussichten wenig befriedigend. Ausschlaggebend sind nun die sehr wichtigen Weizengebiete in Nordamerika. Hier haben sich von Monat zu Monat die Aussichten ganz bedeutend verschlechtert und der Durchschnittsstand der — ohnehin im Anbau reduzierten — Felder läßt

Digitized by Google

ein sehr erhebliches Defizit befürchten. Es gilt das sowohl von den Vereinigten Staaten als auch von Kanada; in beiden ist in den letzten Monaten eine sehr wesentliche Verschlechterung eingetreten. Verursacht wurde der Ertragsrückgang in der Hauptsache durch das Auftreten des „schwarzen Rostes", einer Getreidekrankheit, die völlig verheerend für weite Gebiete der Weizenproduktion gewirkt hat. Die Ernte in der Union wird auf 654 Millionen Bushel geschätzt gegen 940 Millionen im Vorjahre.

Wenn man den Verbrauch an Weizen in der Union jährlich auf rund 600 Millionen Bushel taxiert und annimmt, daß zirka 20—30 Millionen als Bestände notwendig verbleiben müssen, dann hätte die Union bei einer Gesamtversorgung von 775 Bushel rund 150 Millionen Bushel für den Export frei. Im Jahre 1915/16 exportierte die Union rund 240 Millionen Bushel, im Jahre 1914/15 sogar 332,5 Millionen. Da aus Rußland ein Export nach England während des Krieges nicht in Betracht kommen kann, so bleibt England auf die Zufuhr aus der Union und aus Kanada angewiesen, wobei erschwerend die Tatsache ins Gewicht fällt, daß die eigenen Bundesgenossen Großbritannien beim Einkaufe in der Union starken Wettbewerb machen — Frankreich hat allein einen Importbedarf von rund 1 Milliarde Mark!

Diese durch den schwarzen Rost verursachte Lage nutzen nun die Nordamerikaner weidlich aus. Unterstützt durch eine sehr weit ausgedehnte Spekulation, der u. a. der frühere „Weizenkönig" Patten angehört, haben sie eine Haussebewegung inszeniert, wie sie seit langem nicht mehr beobachtet worden war. Innerhalb ganz kurzer Zeit schnellten die amerikanischen Weizenpreise um rund 33 1/3 % empor und sie stehen heute bereits beträchtlich höher als die deutschen Preise.

Die Frage ist nun, was sich im Anschluß an diese Preisbewegung entwickeln wird. Schon jetzt ist der Preisstand von Mehl in London bedrohlich und eine starke Erhöhung der Londoner Brotpreise ist angekündigt. Daß sich hieran eine Teuerung der anderen Lebensmittel und damit eine weitere Erschwerung der ganzen britischen Lebenshaltung anschließen wird, steht zu erwarten. Alle Hilfsmittel, die von der englischen Regierung ergriffen werden sollen, können das Defizit, das jetzt in der Weltversorgung besteht, nicht beseitigen. Dieses Defizit macht sich um so fühlbarer, als der Anspruch der Importländer diesmal ungewöhnlich groß ist. Es betragen nämlich nach englischen Quellen in Millionen Quarters:

Digitized by Google

Einfuhrbedarf		Ausfuhrüberschuß	
England	25,5 Mill.	Kanada	13 Mill.
Frankreich	11 „	Union	7 „
Italien	7 „	Australien	10 „
Spanien und Portugal	0,5 „	Argentinien	11 „
Holland und Belgien	7 „	Indien	3 „
andere Länder	14,5 „	Nordafrika	1 „
	65,5 „		45 „

Zwar tröstet man sich in England mit der Tatsache, daß die Exportländer noch Vorräte aus der alten Ernte in Höhe von 35 Millionen Quarters übrig haben. Wie will man aber diese Vorräte heranschaffen, wenn man nicht einmal imstande ist, Schiffsraum für den Ernteüberschuß zur Verfügung zu stellen? Mußten doch dieser Tage englische Blätter die erstaunliche Tatsache melden, daß — während in England Mangel herrscht — in Australien Weizen anstelle von Kohlen zur Verfeuerung verwandt wird, da es an Schiffsraum fehlt und die Ware sonst verfaulen würde! Gerade diese Meldung charakterisiert mehr als alles andere die völlige Desorganisation der jetzigen englischen Getreideversorgung.

Berücksichtigt man noch, daß schon seit Wochen die überseeischen Zufuhren nach England ungemein klein sind (350000 Quarters pro Woche gegen 860000 in der zweiten Juniwoche) und daß innerhalb ganz kurzer Zeit die englischen Vorräte an fremdem Weizen von 3,30 Millionen Quarters auf 2,39 Millionen abgenommen haben, so ergibt sich, daß die jetzige Teuerung keine zufällige Erscheinung ist, sondern in der statistischen Lage des ganzen Weltgetreidemarktes ihre Begründung findet. Der anormale Preisstand für Weizen ist ein Problem das, je mehr die Saison fortschreitet, um so mehr die Aufmerksamkeit der leitenden englischen Kreise auf sich ziehen muß.

Rassenhygienische Bevölkerungspolitik

Von Dr. Fritz Lenz, Puchheim-Eichenau bei München

Durch die Not des Krieges ist es endlich weiteren Kreisen unseres Volkes zum Bewußtsein gekommen, was Rassentüchtigkeit und Volkszahl für Staat und Kultur bedeuten. Diese Einsicht ist zwar spät, doch hoffentlich nicht zu spät gekommen. Einzelne weitblickende Männer

Digitized by Google

wie Ploetz und Schallmayer haben zwar schon seit Jahrzehnten auf die Gefahren hingewiesen, welche das moderne Leben für unsere Rasse mit sich bringt; sie fanden aber leider wenig Gehör. Auch der Aufklärungsarbeit, welche die Deutsche Gesellschaft für Rassenhygiene (Vorsitzender Geheimrat v. Gruber, München) seit Jahren entfaltet hat, standen Publikum und Presse bis vor kurzem ziemlich verständnislos gegenüber. Das ist nun glücklicherweise anders geworden, wenn auch der ganze Ernst der Lage auf dem Gebiet der Bevölkerungsfrage, der dem der außenpolitischen Lage nicht nachsteht, leider noch immer nicht allgemein klar genug ist. Es muß dankbar anerkannt werden, daß die preußische Regierung seit mehreren Jahren der Geburtenfrage ihre Aufmerksamkeit geschenkt hat. Wie ein Vertreter des Ministeriums auf der Tagung der Zentralstelle für Volkswohlfahrt im Oktober 1915 erklärte, ist die Regierung entschlossen, alle Maßnahmen, die in Betracht kommen können, eingehend zu prüfen, und diejenigen, welche irgend geeignet und durchführbar erscheinen, tatkräftig in Angriff zu nehmen. Die mit der preußischen Regierung in Fühlung stehende Zentralstelle für Volkswohlfahrt hat auf der erwähnten Tagung die Frage von berufenen Rednern beleuchten lassen. Um dieselbe Zeit hat sich eine besondere Gesellschaft für Bevölkerungspolitik unter der Führung des Volkswirtschaftslehrers Professor Julius Wolf gebildet, welche den durch die Tätigkeit der vorgenannten Organisationen und die Erlebnisse des großen Krieges vorbereiteten Boden in geschickter Weise zu nutzen verstand. Die Wolfsche Gesellschaft hat im Februar in Verbindung mit der Schriftleitung des „Neuen Deutschland" eine Sammlung von Aufsätzen zur Geburtenpolitik veröffentlicht, welche zum Teil recht beachtenswert sind. Wenn Wolf dort übrigens sagt, daß Aufgaben dieser Art bisher von keiner Organisation wahrgenommen wurden, so entspricht das nach den obigen Darlegungen nicht ganz den Tatsachen. Das wenig übersichtliche Programm der Gesellschaft für Bevölkerungspolitik enthält kaum einen Punkt — abgesehen von einem so zweifelhaften wie der besonderen Fürsorge für uneheliche Mütter und Kinder —, den nicht schon die Gesellschaft für Rassenhygiene in ihren Leitsätzen, die den Niederschlag jahrelanger Entwicklung darstellen, aufgestellt hatte. Ich begrüße diese Übereinstimmung mit Freuden, weil sie zeigt, daß Männer sehr verschiedener Artung in der Ansicht über das, was

Digitized by Google

auf dem Gebiete der Bevölkerungspolitik not tut, weitgehend übereinstimmen.

Ich setze voraus, daß der Leser weiß, was der etwa seit dem Jahre 1906 in die Erscheinung getretene Geburtensturz bedeutet: Wäre der Krieg nicht gekommen, so hätte das deutsche Volk noch etwa ein Jahrzehnt lang ein immer langsameres Wachstum zu erwarten gehabt; dann wäre ein Stillstand eingetreten, dem natürlich der Rückgang auf dem Fuße gefolgt wäre. Da die Volkszahl des russischen Reiches, in dessen weiten Flächen noch viele, viele Millionen Menschen Platz haben, auch weiterhin jährlich um mehr als drei Millionen zugenommen haben würde, so wäre in wenigen Jahrzehnten ein Krieg für uns aussichtslos gewesen, und unser Volk wäre auf mehr oder weniger friedlichem Wege verdrängt oder erdrückt worden. Vor dieser Entwicklung hat uns der Krieg ja nun hoffentlich bewahrt, aber nur, wenn wir seinen günstigen Ausgang zu einer tatkräftigen Bevölkerungspolitik im größten Stile benutzen. Wie aber könnte eine solche beschaffen sein?

Da alle Beurteiler darüber einig sind, daß die ungenügende Fortpflanzung der meisten Ehepaare in erster Linie durch Beweggründe wirtschaftlicher Art bedingt ist, so gilt es, wirtschaftliche Gegenkräfte zu schaffen. Den Eltern muß die wirtschaftliche Möglichkeit geboten werden, eine genügende Zahl von Kindern aufzuziehen. Freilich wird es immer Leute geben, die aus persönlicher Bequemlichkeit keine Kinder haben wollen, die durch Kinder in ihren Kulturleistungen gehemmt zu werden fürchten, oder die aus irgendeiner sonstigen lebensfeindlichen Sinnesrichtung Geburten verhüten. Es kann natürlich keine Rede davon sein, diese Leute zur Kindererzeugung zwingen zu wollen. Andrerseits aber gibt es auch sehr viele Männer und Frauen, die gern Kinder haben möchten, wenn sie für diese günstige Lebensaussichten sähen. Diesen Menschen soll man die Familiengründung und Elternschaft so weit als möglich erleichtern, während heute fast alle Verhältnisse unserer Kultur zusammenwirken, sie zu erschweren. Wir kommen daher um eine Notwendigkeit nicht herum, wenn anders wir als Volk und Rasse fortbestehen wollen: die Aufzuchtkosten für Kinder müssen zum großen Teil von der Gesamtheit übernommen werden. Mit dieser Sozialisierung der Kinderkosten ist keineswegs eine Aufzucht in Staatsanstalten gemeint;

Digitized by Google

die Familienerziehung muß vielmehr gestärkt werden, weil man sonst der Mutter ihre höchste Lebensfreude nehmen und die wesentlichsten Antriebe zur Mutterschaft untergraben würde. Also nicht Sozialisierung der Erziehung, sondern der Aufzuchtkosten.

Für die große Masse der versicherungspflichtigen Arbeiter und Angestellten ließe sich eine soziale Kinderversicherung in den Rahmen der Reichsversicherungsordnung einfügen. Dabei wäre es sehr heilsam, daß die ledigen Arbeiter energisch zu den Beiträgen herangezogen würden. Diese erreichen zumeist in recht jugendlichem Alter bereits ihre höchsten Lohnbezüge, und die Familienväter haben keineswegs höhere Löhne. In vergangenen Zeiten wurden vom Arbeitslohn der Jugendlichen in der Regel auch die alten und schwachen Eltern ernährt. Seit aber für diese einigermaßen durch die Alters- und Invalidenversicherung gesorgt ist und andererseits die Emanzipation der Kinder immer weitere Fortschritte gemacht hat, wird der größte Teil des Einkommens der Jugendlichen oft einfach vertan, sehr zum Schaden der Jugendlichen selber. Hier also gäbe es ergiebige Quellen für die Finanzierung der Kinderversicherung, zu der natürlich auch alle kinderlosen und kinderarmen Verheirateten beisteuern müßten. Für das 1. und 2. Kind sollten meines Erachtens keine Kinderrenten gegeben werden, weil sonst das Ein- und Zweikindersystem geradezu noch belohnt würde. Wenn nicht für alle, sondern nur für das 3. und 4., allenfalls noch für das 5. Kind eine Rente gewährt würde, so würde auch der Gesamtgeldaufwand noch nicht halb so groß zu sein brauchen, als wenn alle Kinder einen Rentenanspruch bedingten. Dennoch würde der Erfolg einer derart beschränkten Versicherung ein mindestens ebenso segensreicher sein. Es muß angenommen werden, daß jedes Paar doch mindestens zwei Kinder aus eigenen Mitteln aufziehen kann und soll. Paare, die dessen nicht willens oder dazu nicht in der Lage sind, sollen auch nicht ihre Schwäche fortpflanzen. Zwischen dem 3. und 4. Kind aber liegt der Umschlagspunkt zwischen langsamem Aussterben und langsamer Vermehrung der Familien. Über diesen kritischen Punkt gilt es, den tüchtigen Paaren also wegzuhelfen.

Damit die wirtschaftliche Schwierigkeit der Gründung eines Hausstandes leichter überwunden werden könne, ist es dringend wünschenswert, aus der Versicherung auch eine Aussteuer an Eheschließende zu gewähren.

Digitized by Google

Voraussetzung dafür aber sollte die Beibringung eines amtsärztlichen Ehetauglichkeitszeugnisses sein, das vor allem die Freiheit von schweren ansteckenden oder erblichen Krankheiten darzutun hätte. Auch die spätere Gewährung der Kinderrente sollte davon abhängig gemacht werden, wie z. B. Dr. Christian, Abteilungsleiter der Zentralstelle für Volkswohlfahrt, vorgeschlagen hat. Der Staat hat nämlich gar kein Interesse an der Erzeugung kranker und minderwertiger Kinder, sondern nur an der gesunder und tüchtiger. Aus Gründen der Qualität sollten die Kinderrenten auch nicht über das 5. Kind hinaus ausgedehnt werden. Zwar kann keine Rede davon sein, daß die späteren Kinder etwa infolge ihrer höheren Geburtennummer minderwertiger seien; es steht aber zu befürchten, daß durch unbegrenzte Kinderrenten gerade die wirtschaftlich Schwächsten, die Proletarier im eigentlichsten Sinne, zu besonders starker Vermehrung gebracht würden. Da wirkliche Armut in der Regel durch geistige oder körperliche Schwäche bedingt ist, so ist aber deren Vermehrung keineswegs erwünscht. Gegenwärtig haben die wirtschaftlich und geistig Schwächeren im Durchschnitt die meisten Kinder, während die Begabten und Leistungsfähigen sozial emporsteigen und in den oberen Gesellschaftsschichten infolge gewollter oder ungewollter Kinderarmut mehr oder weniger schnell aussterben. Gewährt nun die Versicherung einen Kostenersatz für die Aufzucht des 3. und 4., eventuell noch des 5. Kindes, so fallen damit für die Masse der Versicherungspflichtigen die wirtschaftlichen Gründe für das Ein- und Zweikindersystem weg, und da die Zahl von 4 Kindern im Durchschnitt bereits eine schwache Vermehrung bedeutet, während bei einem Dreikindersystem noch langsames Aussterben die Folge ist, so wäre die Erhaltung der Familien ziemlich gesichert. Durch die Beschränkung der Renten auf die mittleren Kinder (des 3. bis 5.) aber beugt man zugleich einem Mißbrauch der Versicherung vor und wirkt der Zunahme der Minderwertigen entgegen.

Durch die so umrissene Kinderversicherung können die Familien des besseren Mittelstandes und der wohlhabenden Kreise natürlich nicht vor dem Aussterben bewahrt werden. Gerade an der Erhaltung von deren überdurchschnittlichen Fähigkeiten aber haben Volk und Staat ein ganz besonderes Interesse. Für die Erhaltung der besitzenden und gebildeten Familien muß daher eine gesonderte Fürsorge getroffen

Digitized by Google

werden. Für weite Kreise der höheren Beamten, Akademiker, Offiziere, soweit sie nicht über größere Vermögen verfügen, ist ein Ersatz der Erziehungskosten für das 3. bis 5. Kind durchaus möglich. Als Grundsatz muß dabei festgehalten werden, daß in jenen Einkommensklassen, deren Junggesellen und Kinderlose die höheren Beiträge zahlen müssen, auch die mit Kindern Gesegneten entsprechend höhere Bezüge zu beanspruchen haben müßten. Jede Wirtschaftsklasse sollte also gewissermaßen die Kosten für ihre Kinder gemeinsam tragen. Verhältnißmäßig am leichtesten wäre die Familienfürsorge für die Beamten und Offiziere zu treffen. In dieser Hinsicht hat besonders Wilhelm Schallmayer, der durch sein epochemachendes Werk über „Vererbung und Auslese in ihrer soziologischen und politischen Bedeutung" bekannt geworden ist, sehr beherzigenswerte Vorschläge gemacht. Es wird den Beamten ja so oft gesagt, daß ihr Gehalt nicht eine Entlohnung für geleistete Dienste sein, sondern dem Unterhalt des Beamten und seiner Familie dienen soll. Daraus folgt aber, daß das Gehalt im Verhältnis zur Größe der Familie stehen muß. Es wäre also dem ledigen Beamten ein Grundgehalt zu zahlen, das sich bei der Eheschließung etwa zu verdoppeln hätte. Beamtenfamilien mit etwa 3 Kindern hätten das Dreifache des Grundgehaltes zu bekommen usw. Durch die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse von heute aber werden die Familien der höheren Beamten, Offiziere usw. in der Regel in wenigen Generationen zum Erlöschen gebracht. Das wertvollste Gut des Volkes wird auf diese Weise verwüstet. Jenes System, welches die höheren Gehaltsstufen vorzugsweise an die höheren Altersstufen knüpft, trägt daher wesentlich zum Verfall eines Volkes und seiner Kultur bei.

Durch alle bisher aufgeführten Reformen würden die Familien der Besitzenden und Reichen immer noch nicht vor dem Untergange gerettet werden können. Bei diesen spielt die Rücksicht auf die Erbteilung eine so verhängnisvolle Rolle hinsichtlich der Geburtenverhütung, daß es von vornherein hoffnungslos ist, mit Kinderrenten dagegen etwas ausrichten zu wollen. Hier kann nur eines helfen: eine radikale Reform des Erbrechtes. Es liegt mir gänzlich fern, etwa die Einrichtung des erblichen Eigentums als solche antasten zu wollen; auf ihr beruht vielmehr die Hauptschwungkraft unserer wirtschaftlichen Unternehmungen und die Blüte unserer

Digitized by Google

Volkswirtschaft. Aber das Eigentumsrecht sollte weniger individualistisch gerichtet sein; alles Eigentum sollte Familieneigentum sein, wie überhaupt die Familie das festeste Fundament des Staates ist. Für die Reform des Erbrechts scheinen mir die Vorschläge Max von Grubers, des Münchener Professors der Hygiene, die höchste Beachtung zu verdienen. Wenn in einer Familie nur 1 oder 2 Kinder beim Tode der Eltern vorhanden sind, so sollen drei Viertel bezw. die Hälfte des Erbes an die Seitenverwandten fallen und unter diesen ebenfalls nach Maßgabe ihrer Kinderzahl verteilt werden. Sind aber 4 Kinder vorhanden, so erben diese das ganze elterliche Vermögen ohne jeden Abzug. Unter einem solchen Erbrecht brächte daher die Beschränkung der Geburten auf weniger als 4 keinen Vermögensvorteil für die Kinder, weil beim Vorhandensein von 1 bis 4 Kindern jedes in jedem Falle doch nur ein Viertel des elterlichen Besitzes erben würde. Die Rücksicht auf die Erbteilung hörte damit auf, ein Grund des Aussterbens zu sein.

Alle diese Forderungen sind nun freilich vorerst ziemlich aussichtslos. Ihre Durchführung scheitert bis auf weiteres vor allem an der mangelnden Einsicht in die rassenbiologischen Grundlagen des Staats- und Kulturlebens. Die einen sagen in flachem Optimismus, es bestehe gar kein Grund zur Sorge, die andern meinen in kaum weniger unbegründetem Pessimismus, man könne in derartige Lebensprozesse der Völker doch nicht mit Erfolg eingreifen. Wenn ich solche Ansichten höre, so möchte ich öfter fast meinen, die furchtbare Austilgung der Urteilsfähigen und Weiterblickenden sei in unserm Volke schon so weit vorgeschritten, daß die öffentliche Meinung nicht mehr die zur Rettung nötige Einsicht aufbringen könne. Und dennoch kann ich die Hoffnung nicht aufgeben. Im Weltkriege hat das deutsche Volk einen unvergleichlichen Opfermut bewährt, und seine Führer haben in vielfacher Hinsicht ihre Überlegenheit über die Gegner bewiesen. Schließlich ist ja die Gleichgültigkeit der bisherigen öffentlichen Meinung gegen die zur Rettung der Rasse nötigen Reformen seelisch durchaus verständlich. Die Abneigung gegen neue Gedanken überhaupt, die Furcht, aus neuen Erkenntnissen könnten neue Pflichten erwachsen, das Mißverständnis, die Rassenhygiene wolle Moral predigen, der Wahn der Gleichheit aller menschlichen Anlagen und mancherlei andere Regungen oder vielmehr Trägheiten stehen der Rettung

Digitized by Google

entgegen. Der pflichtschuldige Optimismus um jeden Preis ist ja so viel bequemer und lustvoller als jene mutige Denkart, welche auch schmerzlichen und furchtbaren Wahrheiten ins Gesicht zu sehen wagt. Immerhin hat der Krieg schon eine bedeutende Aufrüttelung bewirkt. Glücklicherweise ist die Not des deutschen Volkes nicht schleichend, sondern plötzlich gekommen. In Frankreich entwickelte sich das Übel der ungenügenden Fruchtbarkeit ganz allmählich im Laufe eines Jahrhunderts; bei uns aber nimmt der Geburtenrückgang einen sturzartigen Verlauf. Bei akuten Leiden ist eher auf Heilung zu hoffen als bei chronischen. Darum hoffe ich, daß aus der Not des Krieges die Wiedergeburt des deutschen Volkes kommen soll. Ausdrücklich warnen möchte ich vor den beliebten Versuchen, gegen die größte Gefahr, welche allen Kulturvölkern droht, mit kleinen Mittelchen etwas auszurichten. Es gibt viele Gefühlspolitiker, welche je nach ihrer Sinnesrichtung durch Unterdrückung der Verhütungsmittel, durch Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit, durch Gleichstellung der Unehelichen oder ähnliche Dinge den Geburtensturz auszugleichen hoffen. Sobald man aber diese Bestrebungen genauer ins Auge faßt, zeigt sich, daß von ihnen für die Mehrung der Volkskraft nichts Ernstliches zu erhoffen ist, weil selbst im günstigsten Falle der Umfang ihrer möglichen Wirksamkeit quantitativ viel zu beschränkt ist. Die Zukunft unserer Rasse droht, im Strudel des Geburtensturzes zu versinken; da soll man sich nicht an Strohhalme klammern! Nur wirklich großzügige Maßnahmen können Rettung bringen.

Der Ausgang des Krieges wird, wie alle Lebensverhältnisse, so auch die Möglichkeiten einer rassenhygienischen Bevölkerungspolitik auf das entscheidendste beeinflussen. Wenn es uns gelingen sollte, von unsern Feinden eine ausreichende Kriegsentschädigung zu erhalten, so sollte man vor allem auch auf die Heilung der schwersten Schäden bedacht sein, welche der Krieg unserm Volke geschlagen hat, der Schäden, die unsere Rassenkraft erlitten hat. Mit Geld ist da vieles zu erreichen, wenn es richtig angewandt wird. Sollte es dagegen nicht gelingen, die wirtschaftlichen Kriegsverluste von den Feinden ersetzen zu lassen, so wird man wohl oder übel die Erfüllung des größten Teiles der oben aufgeführten Forderungen trotz ihrer furchtbaren Dringlichkeit auf eine spätere Zeit verschieben müssen.

Ganz ungleich wichtiger aber als Geld ist Land für das deutsche Volk; und wenn es wenigstens gelingt, im Osten neues Siedelungsland in

Digitized by Google

genügender Menge zu gewinnen, so könnte auch mit Hilfe einer großzügigen Siedelungspolitik, die so gut wie gar kein Geld kostet, eine praktische Rassenhygiene von unermeßlichem Segen für unser Volk durchgeführt werden. Neue Siedelungen sollten grundsätzlich nicht als veräußerliches Eigentum ausgegeben werden. Die Verkäuflichkeit und Teilbarkeit des Landbesitzes hat in Frankreich auf den Nachwuchs der Bauern geradezu vernichtend gewirkt. Ländliche Siedelung verbürgt eben für sich allein auf die Dauer keineswegs eine gesunde Volksvermehrung. Zunächst freilich würden die Besitzer neuer Siedelungen ziemlich viele Kinder bekommen, da sie Arbeitskräfte brauchen. Spätestens aber in der nächsten Generation würden sie finden, daß sie mit einem oder zwei Kindern trotz absolut geringerer Einkünfte doch bequemer leben könnten. Es ist daher zur Sicherung einer ausgiebigen Volksvermehrung unerläßlich, das dauernde Innehaben und die Erblichkeit der Siedelungen von dem Vorhandensein einer zur Erhaltung der Familie ausreichenden Zahl von Kindern abhängig zu machen. Ich bemühe mich schon seit längerer Zeit, diesen Plan der „bäuerlichen Lehen" in den Mittelpunkt des rassenhygienischen Programms zu stellen. Bei beweglichem Besitz wird die Wirksamkeit der Erbreform durch die Möglichkeit der Auslandsflucht des Kapitals wesentlich beeinträchtigt; bei Grundbesitz aber besteht diese Gefahr nicht. Auf den Grund und Boden ist daher die Zukunft der Rasse zu gründen. Ähnliche Bestrebungen sind ja vielfach auch von andern als direkt rassenhygienischen Gesichtspunkten aus vertreteu worden. Eine, wie mir scheint, sehr glückliche Ergänzung hat Gruber vorgeschlagen. Die Siedelungen sollen gegen einen untilgbaren und unkündbaren Bodenzins vergeben werden, der je nach der Kinderzahl teilweise oder ganz erlassen wird. Wenn mindestens 4 gesunde Kinder vorhandeu sind — ich würde vorziehen 5 — so soll der Zins den Eltern auf Lebensdauer erlassen werden. Die Eltern mehrerer Kinder leisten eben durch deren Aufzucht für Volk und Staat einen viel größeren Dienst, als sie durch Zahlung der Bodenrente tun könnten. Die Kinder aber brächten auf diese Weise einen höchst realen wirtschaftlichen Gewinn, und es unterliegt gar keinem Zweifel, daß die Inhaber der Lehen sehr lebhaft bestrebt sein würden, sich durch die Aufzucht gesunder Kinder von der Bodenrente zu befreien. Sobald der Anerbe das 25. Jahr überschritten hat, gelten für ihn die-

Digitized by Google

selben Bedingungen wie für die Eltern, während er bis dahin als eines von 4 (5) Kindern auch im Falle des Todes der Eltern zinsfrei ist. Wenn nach einer längeren Reihe von Jahren nicht genügend Kinder vorhanden wären, so müßte das Lehen natürlich gekündigt werden. Ich glaube aber, daß die Notwendigkeit einer Kündigung sich nur höchst selten ergeben würde, und ich könnte in diesen Ausnahmefällen keine Härte und „Ungerechtigkeit" sehen. Wir hatten uns vor dem Kriege viel zu sehr daran gewöhnt, die „Gerechtigkeit" nach dem Behagen des Individuums einzuschätzen, und wir hatten dabei die überindividuellen Lebensnotwendigkeiten vergessen. Auch wo gegen den Willen der Eltern nur eines oder gar kein Kind vorhanden wäre, könnte die Einforderung des Zinses nicht als „ungerecht" angesehen werden; denn die Eltern, welche die Soldaten der nächsten Generation aufziehen, leisten damit die Wehrpflicht der Zukunft; und diejenigen, welche diese Wehrpflicht nicht erfüllen oder nicht erfüllen können, sollen in Form der Bodenrente wenigstens einen Wehrbeitrag in klingender Münze zahlen. Gruber hat bei seinen Vorschlägen vorwiegend ganz kleine Grundstücke im Auge; ich meine aber, man soll auch größere Landgüter unter das gleiche Lehensrecht stellen, denn wir brauchen nicht nur Soldaten, sondern auch Offiziere. Enteignungen werden zur Durchführung der geschilderten Reformen nur ausnahmsweise nötig sein; es genügt ein Vorkaufsrecht des Staates für Fälle, wo Grundstücke mehrmals in kurzer Zeit den Besitzer wechseln. Auch auf diesem Wege würde eine allmähliche Ausdehnung der Lehen erreicht werden, und unserm Volk würden Quellen der Kraft entstehen, mit deren Hilfe es die Wüste der Geburtenverhütung, siegreich überwinden könnte. Die so umrissene Reform des Siedlungswesens würde auch den unschätzbaren Vorteil haben, daß sie in unserm Volke wieder das Verständnis für die überragende Bedeutung der erblichen Anlagen wecken würde. Die Bewerber für die Siedlungen würden nämlich schon bei der Ehewahl ein ganz besonderes Augenmerk auf erbliche Gesundheit und Tüchtigkeit richten, weil ihnen das die Gewähr für die Erfüllung der staatlichen Bedingungen des dauernden Innehabens der Siedlungen und der Befreiung von der Grundrente bieten würde. Darüber hinaus sollte aber der Staat auch bei der Vergebung der Lehen die Gesundheit und Rassetüchtigkeit der Bewerber eingehend berücksichtigen. Der große Krieg sollte

Digitized by Google

doch wahrlich gezeigt haben, was die Rassetüchtigkeit im Daseinskampfe der Völker bedeutet. Alles andere, wie Erziehung, Bildung, wirtschaftlicher Wohlstand usw. kommt demgegenüber erst in zweiter Linie. Unterschätzte man vor dem Kriege die Bedeutung der Zahl, so verfällt man jetzt vielfach in den entgegengesetzten Fehler. Auch das Programm der Gesellschaft für Bevölkerungspolitik ist zu ausschließlich auf die Zahl, die bloße Menge gerichtet. Diese Einseitigkeit muß überwunden, Zahl und Tüchtigkeit müssen vereinigt werden, und unser Wahlspruch muß lauten: Die größtmögliche Tüchtigkeit der größtmöglichen Zahl!

Die neue Erziehung

Gedanken und Anregungen von G. H. Neuendorff

Es ist eine der wichtigen und nutzbringenden Begleiterscheinungen des großen Krieges, daß wir, am Ende eines Abschnitts der Weltgeschichte oder in der schmerzhaften Geburtsstunde einer neuen Zeit, gezwungen sind, uns auf wichtigen Gebieten des öffentlichen Lebens umzusehen und nötigenfalls umzuorientieren. In einer Zeit, die auf allen Gebieten des Volkslebens unerhörte Opfer an verheißungsvollen Hoffnungen und gegenwärtiger Kraft fordert und dazu schwere und hohe Aufgaben für eine nahe Zukunft stellt, ist es Pflicht, die Wurzeln aufzuspüren, aus denen der Baum unserer heimatlichen Kultur erwachsen ist. Und da es vor allem andern bitter nottut, die uns verbleibenden jugendlichen Kräfte sorgsam zu pflegen und zu steigern und sie zum Dienst an unserer deutschen Kultur fähig und bereit zu machen, muß man gerade die Frage nach den Grundlagen der Erziehung mit besonderer Eindringlichkeit stellen und im Sinne einer würdigen Zukunft unseres Volkes zu beantworten suchen.

Es ist heute keine Selbstverständlichkeit mehr, wenn die Familie als diejenige Einrichtung bezeichnet wird, der zunächst das Geschäft der Erziehung gebührt, wenn man sich zu dem Wort Friedrich Wilhelm Jahns, des kräftigen Jugendbildners aus der großen Zeit der Freiheitskriege, bekennt: „Vom Hauswesen geht jede wahre beständige und echte Volksgröße aus; der Hochaltar unsers Volkstums steht im Tempel der Häuslichkeit."

Digitized by Google

Die ungeheuren Veränderungen, die das Wirtschaftsleben während des letzten Jahrhunderts erfahren hat, scheinen die Frage nahezulegen, ob der Erziehungsauftrag, den die Familie von alters her unbestritten besessen hat, bei den sich stetig wandelnden und erweiternden Ansprüchen noch zu Recht besteht. Berufliche, gesellschaftliche und staatsbürgerliche Pflichten, so hört man, ließen der Familie wenig Gelegenheit zu erzieherischer Arbeit; die Eltern könnten heute kein tätiges Interesse mehr an der Erziehung ihrer Kinder nehmen. Überdies haben sich in der Zeit, die dem Ausbruch des Weltkrieges unmittelbar vorausging, Stimmen erhoben, die unter Beibringung angeblicher Beweise verkündeten, der Bau des deutschen Hauses sei überhaupt morsch und unwohnlich geworden; die neue Zeit verlange gebieterisch die Abschaffung und Ersetzung der veralteten und überlebten Familienerziehung. Und was das Auffallende war: diese Stimmen kamen aus den Reihen der Heranwachsenden. Wir erlebten es mit peinlicher Überraschung, daß Knaben und Mädchen vor die Öffentlichkeit traten, über die Nöte der Jugend und die Verständnislosigkeit der älteren Generation klagten und an unerquicklichen Einzelfällen die Unfähigkeit der Familie zum Dienst an der Erziehung darzutun unternahmen. Im Zusammenhang mit diesen leidenschaftlichen Angriffen steht die Forderung rücksichtsloser Erziehungsreformer, der Familie müßte von Rechts wegen die Erziehungsarbeit aberkannt werden; die Familie habe als Trägerin der Erziehung ersichtlich Bankrott gemacht; nur Verblendung und Affenliebe könne heute noch die Familienerziehung als etwas Ideales preisen. Und schon liegt die Formel für die Bedeutung der Familie vor: die Familie dient der Produktion, und, in gewissem Grade, der Organisierung des Konsums.

Es wäre unvorsichtig, wollte man sich mit schneller Entrüstung über solche Äußerungen kurzer Hand hinwegsetzen. Wir nehmen deshalb an, es werde da zum Heile der Jugend mit hohem Verantwortlichkeitsgefühl von der Familie verlangt, sie solle die Jugend entweder sich selbst überlassen oder an die Schule abliefern. Wir möchten uns, auch angesichts der kürzlich ergangenen Verfügung der Militärbehörde, wie der zunehmenden Verrohung und Verwilderung der Jugend mit Strenge entgegenzuarbeiten sei, nicht auf den bequemen Standpunkt zurückzuziehen, daß lediglich Gefühlskälte und Herzenshärtigkeit am Werke seien, die bewährte Hauptträgerin der Erziehung in Verruf zu bringen. Die Gegner der

Digitized by Google

Familienerziehung sind ernst zu nehmen, die Fehler sind zuzugeben, Mängel und Schwierigkeiten anzuerkennen; dennoch hat die Familie auch heute noch Anspruch darauf, ein Eckpfeiler der Erziehung zu sein. Die Forderung kann nicht heißen: Abschaffung der Familienerziehung, sondern Reform im Sinne der Vergeistigung und Ergänzung. Die Arbeit der Schule ist die notwendige Fortsetzung und Ergänzung der Familienerziehung, wobei freilich zuzugeben ist, daß dies gelegentlich auch eine Korrektur sein kann. Und endlich sind auch dem Heere wichtige erzieherische Aufgaben anvertraut, so daß auf dem Gebiet der Erziehung eine Dreieinigkeit vorhanden und wirksam ist: Familie, Schule, Heer.

Dabei ist nochmals zu betonen, daß man sich gewiß nicht der Erkenntnis verschließen darf, daß zahlreiche Ausstellungen an der heutigen Familienerziehung einen berechtigten Kern haben. Das Jagen und Hasten unserer erwerbsfrohen Zeit spiegelt sich vielfach auch im häuslichen Leben wider. Aber man darf ja immer wieder einmal einen Einblick in ein Familienleben tun, das höhere Werte als die gedankenlose sogenannte deutsche Gemütlichkeit oder schrankenlose Sucht nach Geld und Gut kennt, und selbst wenn eine unbarmherzige Statistik nachwiese, was sie nicht können wird, daß die selbstsüchtigen Diener des Goldes und des Vergnügens gefährlich überwögen, so sollte man dennoch die Berufung der Familie zur Erziehung nicht für erloschen erklären. Denn wenn die Frau und Mutter schlechtweg als Gebärerin und Ernährerin hingestellt wird, so ist uns diese Erklärung zu vernünftig. Man wird die Zweifler aufs tiefste bedauern müssen, denen es ein ungütiges Geschick versagt hat, die unersetzlichen Werte einer verinnerlichten und vergeistigten Familienerziehung an sich selbst zu erfahren, die den mystischen, bindenden Zauber der Blutsverwandtschaft nie kennen gelernt haben. Der starke Instinkt, der uns warnt, hier ein kostbares Gut leichtfertig aus der Hand zu geben, läßt sich rechtfertigen. Als konzentrische Kreise stellen sich die Organe der Erziehung dar. Hineingeboren in das kleinste soziologische Gebilde, die Familie, darauf anvertraut der größeren Gemeinschaft der Erziehungsschule und endlich eingegliedert in den gewaltigen Organismus des Heeres, erfährt das junge Glied des Volkes seine körperliche, geistige und sittliche Vorbereitung zur bewußten und überlegten Arbeit an der Erhaltung und Steigerung der Kultur.

Digitized by Google

Es gibt nicht eine unter den drei Hauptfunktionen der Erziehung, von der die Familie ausgeschlossen sein müßte; in gleicher Weise darf und soll sie mithelfen an der körperlichen Pflege und Entwickelung der Jugend, an der Erhöhung ihrer geistigen Interessen, an der Kräftigung ihres Willens. Nicht nur ungerecht, auch unlogisch wäre es, die Familie der Verantwortlichkeit für die Jugend zu entbinden. Das würde die Familie auch gar nicht wollen; nur Leichtsinn und Bequemlichkeit der Eltern könnte grundsätzlich auf die Mitarbeit an der Erziehung verzichten. Heute noch weniger als sonst aber wollen wir von einer Verminderung von Pflichten hören.

Freilich eines fehlt der Familie heute häufig im Vergleich mit früheren Geschlechtern: Zeit. Wichtiger aber als die Zeit, die die Familie auf die Erziehung verwenden kann, ist die Gesinnung, in der und zu der erzogen wird. Für diese Gesinnung bedeutsam ist vor allem die Ehrfurcht vor geistigen und sittlichen Werten, nicht die passive, staunende und kritiklose Anbetung des „Modischen" und „Anerkannten", sondern die denkende, tätige und sich verpflichtet fühlende Verehrung des wirklich Echten und Großen. Denkende, glaubende und tätige Menschen sind erfordert, die von dem heiligen Gefühl der Mitverantwortlichkeit für den Zustand von Staat und Volk, Volks- und Menschheitskultur innerlich erfüllt sind. Diese Hoffnung und dieser Wille tun uns in der kommenden neuen Zeit besonders not, und in dieser Gesinnung sollten sich Familie und Schule eins wissen. Daneben erscheint alles andere, so wichtig es für sich betrachtet auch sein mag, beinahe als unbedeutend; es wird uns solches alles nachher zufallen.

Wir sind noch weit von dem Ziel entfernt, Schule und Familie zur Arbeit in derselben Kulturgesinnung zusammenzufassen: was zunächst zu tun wäre, ist ein beispielgebendes Vortun, wobei die Schule Pfadfinderarbeit leisten kann. Eine frohe, stolze und zugleich demütige Verehrung des Echten, Großen und Schönen steht einer edlen Jugend wohl an. Dieser Verehrung entströmt das ernste Gefühl der Verpflichtung, mit allen Kräften den Vorbildern nachzustreben, die sich in Unterricht und Erziehung dargestellt haben, die Schätze des Geistes zu hüten und zu vermehren, die die Menschheit und unser deutsches Volk im besonderen errungen haben, mitzuarbeiten an der Erhöhung des wissenschaftlichen, künstlerischen, wirtschaft-

Digitized by Google

lichen, politischen, religiösen Lebens der Nation. Dabei ist freilich eine tätige Beteiligung der Jugend an politischen, religiösen und sonstigen geistigen Kämpfen unerwünscht. Die Jugendzeit ist die Zeit des Lernens, der Vorbereitung. Wenn der Versuch gemacht worden ist, die Jugend in den Dienst bestimmter Zweckverbände und Parteien einzuspannen, so liegt hier die Gefahr der Überschätzung der eigenen Kräfte und Fähigkeiten, die Möglichkeit der Verflachung, Vereinseitigung und einer überheblichen Selbstbespiegelung vor, — und außerdem sind es ästhetische Gründe, die ein tätiges Eingreifen der Jugend in die heftigen Fehden um Familie, Schule, Kirche, Staat widerraten. Es gibt zwar wenig Schöneres und Erhebenderes als hinreißende jugendliche Begeisterung, der Jüngling und das junge Mädchen im Wortgefecht einer politischen Versammlung wirken aber stillos, ich möchte sagen: sie geben von ihrer Jugendlichkeit unnötigerweise ab.

Andererseits aber ist jene Zeit vorüber, da man den Primaner und das junge Mädchen nicht ernst nahm, da Schule und Familie häufig nach dem drastischen Leitsatz handelten: „Die Jugend hat das lose Maul zu halten", da der „grüne Junge" als ein halbkomischer Menschentyp galt, mit dem man nichts Rechtes anfangen könne, der schweigen und gehorchen müsse. In der Geschichte der Erziehung der jüngst verflossenen Zeit zeigt sich eine auch sonst im Leben der Menschheit immer wieder auftretende Erscheinung: ungeschickte Hände hoben das Pendel weit über das normale Maß nach einer Richtung hin; die Folge war, daß es entsprechend überweit nach der entgegengesetzten Seite ausschlug. Auf die Zeit der rücksichtslosen Autorität und des blinden Gehorsams auf erzieherischem Gebiet, auf die absolute Monarchie im Reiche der Erziehung folgte die revolutionäre Forderung der Emanzipation der Jugend, folgten die flammenden Aufrufe zur Empörung: Los von Familie und Schule! Krieg der älteren Generation! Sieht man auf diese Weise Wirkung und Gegenwirkung, so wird man kaum daran zweifeln, daß das Richtige in der Mitte liegt. Die Jugend läßt sich eine Unterdrückung der Persönlichkeit nicht mehr gefallen und rächt sich dafür auf ihre Weise an den Unterdrückern. Ein Alleinstehen oder andererseits ein öffentliches Zurschaustellen ihres Wesens, ihrer Wünsche und Hoffnungen aber liegt ihr nicht, zumal wenn sie im Umgange mit erwachsenen Mitgliedern der Familie

Digitized by Google

oder der Schule Werte entdeckt und irgendwo Vertrauen gefaßt hat. Die jungen Männer und Mädchen fühlen sich selbst eher als Geführte denn als Führer, und sie haben recht damit. Freilich: viele sollen einst Führer werden. Was ist erforderlich, um in ihnen Ehrfurcht vor Kultur und Willen zur Kultur zu entzünden?

Diese Frage kann zunächst im Hinblick auf den Unterricht beantwortet werden. Dabei sind jeder beliebigen Schulpraxis zwei Beispiele zu entnehmen. Es sind die beiden Tatsachen, daß sich die Jugend selten klar ist über den Sinn ihrer eigenen Arbeit, und daß ihr häufig auch die geringste Einsicht in die Bedeutung derjenigen wirklichen kulturellen Werte abgeht, mit denen sie der Unterricht vertraut macht, und damit die selbstverständliche Ehrfurcht davor. Je älter und reifer die Schüler werden, desto stärker muß sich deshalb der Unterricht vor der Jugend rechtfertigen. Nur so entgehen wir der Gefahr, daß wir Egoisten erziehen, andererseits bereiten wir die Jugend damit auf tätige soziale Arbeit vor und halten ein nur betrachtendes, schlaffes Ästhetentum fern.

Es ist anzunehmen, daß nach dem Kriege die Not der Zeit dazu zwingen wird, die Schulerziehung einer Durchsicht zu unterziehen, und daß dann manches von den Einzeldingen verwirklicht werden wird, für die sich z. B. die private Reformschule seit Jahren einsetzt. Das aber ist schon jetzt vorauszusagen: ehe die Einrichtungen geändert werden, muß man den Geist, die Gesinnung der höheren Schule gründlich untersuchen, muß die Schule ein leben- und geisterfüllter Organismus sein, in dem nicht die Mechanik herrscht. Die Schule sollte eine Gemeinde darstellen, deren Glieder in Kameradschaftlichkeit und Vertrauen gemeinsam an der Regierung und Verwaltung der Schule arbeiten. Die Mitarbeit der älteren Schüler wäre so zu organisieren, daß Primaner und Sekundaner selbständig oder in Gemeinschaft mit den Erziehern für die Schule arbeiten können. Dafür wäre neben den zur Übernahme von Ordnungspflichten unerläßlichen Eigenschaften, die man unter den Begriff „Vorbildlichkeit" zusammenfassen kann, vor allen Dingen eine gewisse geistige Reife vorauszusetzen. Nicht Aufsichtsbeamte, nicht Ordnungsmaschinen oder Schulpolizisten sind verlangt, sondern bewußte Mitarbeit an einem Organismus, dessen Sinn die Schüler erkannt haben, für dessen Zustand sie sich mit verantwortlich fühlen, den sie lieb haben. Die jüngeren Mitglieder der Schule

Digitized by Google

werden dann ihre älteren Mitschüler als Vorbilder ansehen und allmählich in den Stil und die Lebenshaltung „ihrer" Schule hineinwachsen. In den „Büchern der Dürerschule"[1] wird z. B. dargetan, auf wie zahlreichen Gebieten des Schullebens die Schüler nutzbringende Arbeit leisten können. Solche Einrichtungen wollen nun sehr ernst genommen werden. Es ist nicht so, wie es die Anhänger der Autoritätspädagogik auffassen, daß alsdann „die Knirpse mitreden", sondern es wird zunächst einmal erreicht, daß sich eine feste Tradition bildet, daß Gegensätze zwischen Lehrern und Schülern alsbald zur Sprache kommen und ausgeglichen werden können, daß der stille und manchmal erbitterte Kampf, den die Jugend häufig mit ihren Lehrern führt, umgewandelt wird in einen friedlichen Wettbewerb zur Erhöhung des Wertes der Schule, daß an die Stelle von Gleichgültigkeit und Haß gegen die Schule eine frohe Begeisterung und Liebe zu ihr tritt. Und damit ist viel gewonnen: an einem wichtigen Punkt die vorhin geforderte Achtung vor kulturellen Werten. Es ist zu bezweifeln, ob es heute schon viele Schulen gibt, deren ältere Zöglinge wissen, daß sie sinn- und wertvolle Arbeit an einer bedeutsamen Stelle leisten. Hierhin paßt eine feine Bemerkung in Erich von Mendelssohns Erziehungsroman „Nacht und Tag". Mendelssohn schildert uns da auf Grund eigener Anschauung das fröhliche Leben gesunder Knaben in einer durch die Kraft einer starken Erzieherpersönlichkeit zusammengehaltenen Schule auf dem Lande. Die heranwachsenden Jünglinge erfahren die beste Förderung aller ihrer persönlichen Interessen und Fähigkeiten, aber sie merken doch: es fehlt noch etwas Wesentliches, recht eigentlich das, was ihrer Arbeit einen wirklichen Sinn gibt. Das drückt einer der nachdenklichsten Schüler so aus: „Wir stehen kaum zur Schule direkt in einem Verhältnis, sondern nur durch den Direktor. Ihm überlassen wir die Verantwortung, nicht aus Vertrauen, sondern aus Bequemlichkeit. Nein, wir sollten ganz anders für die Schule leben."

Was hier im Rahmen eines auf vorzüglichen Beobachtungen beruhenden Romans gesagt wird, ist zu bestätigen. Die Jugend begnügt sich nicht mit der herkömmlichen Erklärung ihrer Schularbeit: „Du mußt dein Examen machen; du mußt lernen Geld zu verdienen." Sie sucht nach

[1] „Die Bücher der Dürerschule", Verlag B. G. Teubner, Leipzig und Berlin, 1914 und 1915, I: Preis M. 1.—, II: Preis M. 1.60.

Digitized by Google

einem höheren Sinn und sollte ihn in der sozialen Arbeit für die ihr naheliegenden kulturellen Gemeinschaften der Familie und der Schule finden. — Diesem Streben kann in der Schule entsprochen werden. Die Schule sollte sich wenigstens einmal am Tage den Sinn ihrer Arbeit vergegenwärtigen. Deshalb wäre vor den Beginn des Unterrichts eine gemeinsame Veranstaltung zu setzen, die der gemeinsamen Erinnerung an kulturelle Großtaten, der Heldenverehrung im weitesten Sinne gewidmet ist und einen Auftakt für die Arbeit des Tages darstellt. Je nach dem Verständnis für den gewählten Stoff sollten sich Schüler und Lehrer in einer oder in mehreren Gruppen versammeln und in Ansprachen, die entweder ein Erzieher oder ein älterer Schüler hält, von den schöpferischen Persönlichkeiten erfahren, die die Baumeister unserer Kultur gewesen sind. Kunstwerke können durch Vorspiel oder in Reproduktionen vorgeführt werden. Diese Veranstaltungen sollten weite Gebiete des kulturellen Lebens umfassen und könnten zwanglos den Unterricht einleiten.

An der 1912 von mir begründeten Dürerschule Hochwaldhausen z. B. finden solche Versammlungen statt; der Plan des letzten Winterhalbjahres war folgender: In der Musik zunächst wurde in größerem Umfange behandelt das Leben und das Werk Anton Bruckners und Glucks. Vorgespielt wurden aus Bruckners 5. Sinfonie der 1., aus der 7. Sinfonie der 2. und aus der 9. Sinfonie der 1. Satz; von Gluck die Ouverturen zu „Alceste" und „Iphigenie in Aulis". Zu wertvollen Vergleichen, deren Sinn klar ist, bot folgende Zusammenstellung Gelegenheit: Grieg mit seiner Sonate Nr. 7 und mit lyrischen Stücken, Chopin mit Mazurken und Polonäsen, Liszt mit seiner 5. Rhapsodie und einem Divertissement Hongrois, Bizet mit seiner Suite L'Arlésienne und Verdi mit der Lisztschen Rigolettoparaphrase. In der Bildenden Kunst standen im Vordergrund: Winckelmann, Lionardo, Raffael und Michelangelo. Aus historischen Gründen fiel in diese Zeit eine ausführliche Darlegung über das Schaffen Menzels. Die Dichtung war vertreten durch: Dante, Luther, Herder, den jungen Goethe und Schiller. Auch in folgender Reihe ist ein Zusammenhang leicht zu finden: Luther, Fichte, Freiherr vom Stein, Die deutsche Burschenschaft 1848, Bismarck, Lagarde. Die Naturwissenschaften wurden einbezogen mit: Kepler, Newton, Galilei, Helmholtz, Hertz. Soziale Fragen wurden in der Vortragsreihe: Luther, Freiherr v. Stein,

Digitized by Google

Friedrich List, Kaiserliche Botschaft, Abbe berührt. Die ältesten Schüler erfuhren Grundlegendes über: Leibniz, Schopenhauer, Nietzsche. An einer Schule müssen auch die großen Pädagogen der Vergangenheit zu Wort kommen. Es wurden gewählt: Luther, Schiller, Fichte, Basedow, Pestalozzi.

So wird der Tag mit einer gemeinsamen Feier eröffnet, die wohl dazu angetan ist, die Schularbeit in den notwendigen Zusammenhang mit der gesamten Kultur zu bringen, die Schüler ungezwungen in den Sinn und die Bedeutung ihrer Arbeit einzuführen und dem Alltag ohne Aufdringlichkeit eine gewisse Weihe zu geben. In diesem Geiste und in ähnlichen Formen kann jede Schule, kann auch die Familie handeln. Auch für die kleinen Schüler können solche Veranstaltungen getroffen werden. Man kann auf den unerschöpflich reichen Schatz von Märchen und Sagen und Volksliedern zurückgreifen, in denen sich die Seele unseres deutschen Volkes klar und rein spiegelt, man kann auch Sextaner zum Anhören von Szenen aus den Dichtungen Homers rufen, man wird schließlich gerade heute immer wieder einmal alle Schüler teilnehmen lassen an dem großen Ringen draußen im Osten und Westen und versuchen ihnen zu zeigen, wie schlichtes Heldentum und schöpferischer Kulturwille auch heute wirksam sind. Auch der wichtigen religiösen Erziehung können solche Versammlungen dienstbar gemacht werden. Was die Schule in dieser Richtung zu tun hat, ist die Erweckung der Ehrfurcht vor den gewaltigen kulturellen Werten, den die fortgeschrittenen Religionen darstellen, und die sie aus sich heraus erzeugt haben.

Deshalb wird die Schule nicht an dem Ewigen und Göttlichen vorbeigehen dürfen, das den Lehren Zarathustras, Buddhas, Moses eigen ist, die Schule ist selbst ein Stück unserer in allerweitestem Umfange durch das Christentum bestimmten Kultur; sie ist mit starken Tauen an dem Werk unserer deutschen religiösen Denker und Schöpfer verankert. Sie wird die Unterschiede zwischen den Konfessionen nicht verwischen und verwässern, aber über das Trennende hinaus auf die gemeinsamen Voraussetzungen und Ziele deuten und die Jugend in Ehrfurcht zum Göttlichen leiten. Und vermittelt sie daneben in ihrem religionsgeschichtlichen Unterricht die Einsicht von dem Wachsen und Werden der Religionen von ihren primitiven Anfängen bis auf unsere Tage, so hat sie getan, was ihres

Digitized by Google

Amtes ist. Statt beschränkter Ausschnitte aus der Geschichte der Religionen eine Übersicht über deren Entwickluug zu geben, an die Stelle von religiöser Lauheit und Gleichgültigkeit eine letzten Endes auf der Erkenntnis von Sinn und Bedeutung des Religiösen beruhende Verehrung des Göttlichen zu erwecken, ist die Aufgabe der Schule. Und so sollte sie weder die alttestamentlichen Psalmen noch das Hohe Lied der Liebe aus dem Korintherbrief übergehen und in ihren gemeinsamen Versammlungen die größeren Schüler vor die Ethik des Konfuzius, die Reden Buddhas, die Mystik der zarathustraischen Mythen und vor allen Dingen vor die Persönlichkeit Jesu stellen.

Was in besonders hohem Maße von der Religion gilt, zeigt sich auch auf den übrigen Gebieten des Unterrichts. Aus der Fülle der Probleme, vor die die deutsche Schule heute gestellt ist, sind besonders wichtig die Umwandlung des Geschichtsunterrichts in einen soziologischen Unterricht, sowie die Einbeziehung der Musik und der bildenden Kunst. Damit werden weite Gebiete, die bisher ganz oder fast ganz unbeachtet geblieben waren, in den Lehrplan einzugliedern sein. Gewiß nicht soll der Lernstoff planlos erweitert werden, nicht ohne Wahl sind neue Fächer einzuführen. Das hieße Zersplitterung statt der erforderlichen Vereinheitlichung des Unterrichts. Jeder, dem die Wohlfahrt des deutschen Volkes am Herzen liegt, jeder, der die deutsche Jugend lieb hat, sollte sich verpflichtet fühlen, zu den beregten Fragen Stellung zu nehmen. Wir dürfen nicht mehr mit geschlossenen Augen an der Bildung und Erziehung unserer Kinder vorübergehen, wenn anders wir wirklich lebendige Glieder unseres Volkes sein wollen. Denn in allerhöchstem Grade ist Bildung und Erziehung Sache des Volkes. Und mehr noch: wenn man erkennt, daß die Fragen der Bildung und Erziehung neu zu lösen sind, so wird man selbst mit Hand anlegen wollen. Dem deutschen Staatsbürger, dem deutschen Vater, der deutschen Mutter darf das Schicksal der deutschen Jugend nicht gleichgültig sein! Nicht besser können wir uns unserer Krieger, unserer Toten, unserer großen Führer in diesem deutschen Kriege würdig zeigen als durch treue Arbeit an der Erhöhung unserer Jugend, die des Vaterlandes Hoffnung und Zukunft ist.

Digitized by Google

Kriegsziele

Ein Brief aus dem Felde

Von allen politischen Liedern, die zurzeit ertönen, ist das über die Kriegsziele das leidigste; die Erörterungen über dieses Thema haben in der letzten Zeit einen Umfang und einen Ton angenommen, der nicht unbedenklich erscheint. Der Umfang geht weit über die von der Zensur ursprünglich gezogenen Grenzen hinaus und hat zu manchen Debatten Anlaß gegeben, die mit Rücksicht auf unsere wachsamen Feinde besser unterblieben wären. Denn der Ton solcher Erörterungen ist nur zu leicht geeignet, uns in ein falsches Licht zu setzen.

Wir sind, wie kürzlich in einem Aufsatze von Junius zu lesen war, auf dem besten Wege, unsere Truppen zu „napoleonischen Eroberern" zu stempeln und zu vergessen, daß dieser Krieg für uns ein Verteidigungs-Krieg ist; wir sprechen mit einer Selbstverständlichkeit von der zukünftigen Gestaltung Belgiens, Polens, Kurlands, Serbiens, als ob unsere Heere ausgezogen wären, diese Gebiete zu erobern. Die Literatur hierüber wächst ins Ungemessene. Gewiß: wir erstreben für den Frieden „reale Garantien", damit wir nicht wieder so überfallen werden können, und diese Garantien werden eben zum Teil in mehr oder weniger ausgedehntem Landerwerb bestehen müssen zu ausgesprochen defensivem Zweck. Aber man behandelt jetzt diese Fragen von vornherein unter einem gewissen Gesichtswinkel und vermischt sie mit allerhand Untertönen, besonders wirtschaftlicher und handelspolitischer Art, welche den ursprünglichen, rein defensiven Charakter dieser Garantien stark in Frage stellen. Durch solche Erörterungen liefern wir unseren im Pressedienst so sehr geschickten Feinden selbst andauernd Stoff zur Propaganda für ihre Theorie, daß Deutschland einen Eroberungskrieg führe. Dieser Erfolg liegt natürlich den Erörterungen vollkommen fern, aber immerhin muß man sagen, daß unsere Besprechungen über diesen Punkt eine Färbung bekommen haben, welche der feindlichen Presse ihre Aufgabe wesentlich erleichtern muß. Es mag dahingestellt bleiben, ob wir hierdurch indirekt den Mut des Gegners heben und zur Verlängerung des Krieges beitragen.

Und dabei erscheinen solche bedenklichen Veröffentlichungen gar nicht so unbedingt nötig — wodurch sie ja sonst erklärlich wären. Ist denn die

Digitized by Google

zukünftige Größe und Form der besetzten Gebiete wirklich unser wichtigstes Kriegsziel? Ist die Debatte hierüber wirklich so notwendig, daß wir ihre Gefährlichkeit verantworten können? Haben wir nicht vielleicht ein näher liegendes und wichtigeres Kriegsziel, welches sogar die Vorbedingung jener anderen Wünsche ist?

Wir haben es: nämlich die Gestaltung des mitteleuropäischen Blockes. Niemand wird bestreiten, daß dies ein Kriegsziel ist; es ist sozusagen ein inneres, ein friedliches Kriegsziel im Gegensatz zu den anderen. Die Bedeutung Mitteleuropas ist uns durch Naumanns Buch umfassend und mit eindringlicher Wucht vor Augen geführt worden. Wir wissen jetzt, was uns nottut, was wir nach dem Kriege haben müssen, soll er nicht für uns mehr oder weniger umsonst gewesen sein. Nicht als ob am Tage des Friedensschlusses Mitteleuropa fertig dastehen müßte, aber die Grundzüge müssen klar sein und in die Wagschale der Friedensverhandlungen gelegt werden können. Dieses innere Rückgrat müssen wir uns schaffen — sonst nützen uns weder Belgien noch Polen oder sonstige Erwerbungen. Auch in der Politik ist jedem Volk das Hemd näher als der Rock, uns sollte Mitteleuropa näher sein als Belgien und Polen. Was haben wir von allen weitgehenden Garantien, wenn wir ihnen innerlich nicht gewachsen sind, wenn der nächste Krieg uns wirtschaftlich und militärisch nicht als einen festen Block findet, wenn nicht inzwischen etwas geschaffen ist, was auch wirklich wert ist „garantiert" zu werden. Alles Gerede über nach außen gesicherten Frieden und Erwerbungen ist gegenstandslos, wenn nicht zuvor Mitteleuropas Grundzüge festliegen. Erst muß das Haus stehen, bevor man sich einen Balkon mit schöner Aussicht einbauen läßt.

Auch alle Arbeit und Mühe, die wir verschwenden, um Klarheit in die Frage der äußeren Kriegsziele zu bringen, und der daraus folgende Hader sind umsonst, wenn wir nicht vorher Klarheit über unser eigenes Haus haben, in dem wir nach dem Kriege wohnen wollen. Nicht als ob es hier ohne Streit abgehen würde — aber dieser Streit hat wenigstens einen guten Zweck, hat Sinn und Verstand. Er wird auch am besten jetzt ausgetragen, solange der Krieg noch alle Empfindungen an sich steigert, als hinterher, wenn ungestörte friedliche und einträchtige Arbeit auf allen Seiten nottut.

Die Beschäftigung mit diesem friedlichen Ziel steht nun in einem groben

Digitized by Google

Mißverhältnis zu derjenigen mit den äußeren Zielen; man hört von Besprechungen der beiderseitigen interessierten Verbände, von Besuchsreisen der Parlamentarier, aber es fehlt in der breiten Allgemeinheit an jenem Interesse und jener leidenschaftlichen Teilnahme, die so überreichlich an die äußeren Ziele verschwendet werden. Fast scheint es, als ob unsere Feinde die Bedeutung dieses inneren Zieles für uns besser erkannt hätten als wir selbst; denn sie haben bereits als Abwehr gegen Mitteleuropa ihren Wirtschaftsbund gebildet, um später gleichfalls als geschlossenes Ganzes dazustehen. In ihrer Presse spukt der Block der Mittelmächte als schreckendes Phantom — schon daraus sollten wir lernen, wie wichtig für uns die Verwirklichung dieses Phantoms ist. Mag auch im stillen zwischen den maßgebenden Stellen an der Verwirklichung gearbeitet werden — eine so riesenhafte wichtige Arbeit kann der Mitwirkung des Volkes, und zwar in weitgehender Weise, nicht entraten; zumal wenn, wie hier, das Gefühlsmoment mitspricht.

Naumann fürchtet, daß wir vielleicht noch nicht reif seien für den Gedanken Mitteleuropas, und betont, daß viel guter Wille zu diesem Wege gehöre. Wir sollten vor uns und der Nachwelt, welche einmal die Früchte erntet, nicht die Verantwortung auf uns laden, daß es bei uns am guten Willen nnd am Interesse gefehlt habe. Wenn auch das politische Talent, wie Fürst Bülow in seiner „Deutschen Politik" sagt, unser ererbt schwächstes Talent ist, so sollte doch diese Zeit uns den Blick schärfen für das, was nötig ist und was wir als allererstes unbedingt brauchen, mehr und eher als jeden Landerwerb. Hier, nicht in Belgien, Polen oder Serbien, liegt unser deutschestes, unser erstes Kriegsziel, als Vorbedingung aller weiteren, deren Abmessung die Sache Berufener ist, nicht unsere. Aber dieses erste friedliche Ziel ist im wahrsten Sinne unsere Sache, darum sollten wir sie zu verstehen suchen, damit wir sie fördern können — aber nicht ihr den zweiten Platz zuweisen und sie über sekundären Phantasien vergessen, die uns bei den Feinden mehr schaden können, als sie uns selbst nützen.

Am 28. August, Goethes Geburtstag, sind Rumänien und Italien gegen Mitteleuropa aufgestanden. Gegen solche Überfälle schützt uns kein Belgien, kein Polen und wird uns nichts schützen. Aber innerer Zusammenhang und die aus ihm sprießende gemeinsame Kraft sind in erster Linie wahrhaft reale Garantien und friedliche Kriegsziele.

Digitized by Google

Notizen

Kjellén über „das irregeführte Rumänien". In „Nya Daglight Allehanda" schreibt der schwedische Staatslehrer: Der Sieg Rumäniens ist absolut abhängig von Rußlands Sieg und ist also nur mit der Verwirklichung der russischen Interessen möglich. Aber die ganze Welt kennt diese Interessen: Konstantinopel und die Dardanellen, Rumäniens einzige Verbindung mit dem Weltmeer. Die Gefahr von seiten der Zentralmächte war durchaus nicht dieselbe! Außerdem achten sie die kleineren Staatsbildungen, während Rußland sie unterdrückt. Rumänien war nicht gezwungen, Partei zu ergreifen. Es hat in Freiheit die Wahl getroffen und muß selbst für sein Schicksal verantwortlich sein. Siegt Rußland, wird dieser Sieg Rumänien vielleicht noch gefährlicher sein als die Niederlage.

Rumäniens Eintritt in den Krieg und Rußlands Friedenswille. Die „Basler Nachrichten" folgern: Die Intervention Rumäniens spricht deutlich dafür, wie man in den maßgebenden russischen Kreisen über den Frieden denkt.

Die Engländer in Alexandrette. Die italienische Presse, voran die „Idea Nazionale", die ja auch sonst so energisch für die kolonialen Interessen Italiens eintritt, ist bestürzt über die Besetzung Alexandrettes durch die Engländer, um so mehr als die englische Presse vor dem Anschluß Italiens an die Entente die Gebiete um Alexandrette als dem italienischen Einfluß zugehörig anerkannt habe. „Es ist nicht logisch," sagt die „Idea Nazionale", anzunehmen, daß England, wie „Petit Parisien" ankündigt, beabsichtige, Alexandrette zur Grundlage einer Aktion im Zusammenhang mit den in Armenien stehenden Russen zu benützen. Zu einer solchen Expedition wäre ein Heer von einigen hunderttausend Mann nötig, das England gerade jetzt, bei Beginn der Balkanoffensive und kurz nach den heftigen türkischen Angriffen auf den Suezkanal, offenbar nicht entbehren kann. Noch weniger ist ein so gewagtes Unternehmen mit Rücksicht auf die schlechten Erfahrungen, die England an den Dardanellen und in Mesopotamien gemacht hat, zu erwarten. Überdies würde dieses Unternehmen in keinem innigen Zusammenhange mit der Entscheidung im europäischen Konflikte stehen. Bis auf weiteres müssen wir annehmen, daß das englische Unternehmen zu Alexandrette eine reine militärische Polizeimaßregel bedeutet, eine vorübergehende Besetzung wie manche andere, um dem Feinde die Benutzung wichtiger Punkte seiner Küste zu entziehen. Eine ganz andere Bedeutung würde das Vorkommnis erhalten, wenn man ihm die Absicht, zuschreiben wollte, eine politische Sicherheit zu erwerben. Es würde die Einheit der Italien bestimmten anatolischen Zone zerstören, deren einen Hauptangelpunkt Alexandrette darstellt. Italien braucht die Häfen Smyrna, Adalia, Marsina und Alexandrette. Letzterer in fremder Hand, ließe ihm den größten Teil des intensiven Handelslebens Anatoliens entschlüpfen. Aus diesem Grunde ist unsere Regierung zu äußerster Wachsamkeit verpflichtet; schon auf zu vieles mußten wir an der südlichen Mittelmeerküste Asiens verzichten. Eine Übertragung dieser unserer Verzichte auch auf den Norden würde die angestrebte

Digitized by Google

Schaffung des Gleichgewichtes im Orient in Zweifel stellen. Sollten wir aber auf Alexandrette wirklich verzichten müssen, so müßten wir andererseits unsere Ansprüche über Smyrna hinaus auf die asiatischen Ufer der Dardanellen und des Marmarameeres bis nahe Skutari einschließlich Ismid und Haidarpascha, die Endpunkte der anatolischen und Bagdadbahn, ausdehnen. England würde die Gefahr, die in der Vereinigung der beiden Dardanellenufer in einer Hand liegt, verhindern, wenn es das jenseitige Ufer Italien zuteilen wollte, und Italien könnte, im Gegensatz zu England, keine Rivalität gegen seinen Nachbar entwickeln.

Die Italiener in Saloniki. Das Eingreifen der Italiener in Saloniki läßt sie, noch bevor sie begonnen haben, ihre „Pflicht" in Angriff zu nehmen, in schwungvollen politischen Auseinandersetzungen die „Rechte" erörtern, die sie sich durch ihre Hilfeleistung auf dem Balkan sichern. „Italien beweist," sagt das „Giornale d'Italia", „daß es mit Energie und Gleichmut die ihm vorgezeichnete Straße geht, ohne sich Sorge darüber zu machen, wer sich ihm auf diesem Wege entgegenstellt, und daß es entschlossen ist, mit seinen Waffen und seiner Diplomatie an der Lösung aller Probleme der Zukunft teilzunehmen. Dies konnte gar nicht anders sein, denn wir haben auf der Balkanhalbinsel große politische und wirtschaftliche Interessen, deren Schutz von der richtigen Lösung des Orientproblems abhängt. Unsere Lage an der Adria und am östlichen Mittelmeer hängt davon ab. Unsere Teilnahme an dem Unternehmen von Saloniki ist deshalb bestimmt durch die klare Erkenntnis sowohl unserer besonderen Interessen, als auch der allgemeinen Interessen der antideutschen Koalition."

Im Verlauf dieser Diskussion tritt vor allem der Gegensatz zu Griechenland stark hervor. So sagt die „Stampa":

„Die Nationen der Verbündeten haben nach ihrem wahren Wert den Scheinwiderstand, den die griechischen Truppen den Bulgaren leisteten, eingeschätzt und haben beschlossen, die Verwirklichung der militärischen Pläne des Generals Sarrail durchzuführen, ohne sich in der Folge um die mehr oder weniger günstige Haltung Griechenlands zu kümmern. Infolge der letzten Ereignisse und Erfahrungen hegt der Vierverband keine Illusionen mehr über die Haltung Griechenlands, und die Verbündeten verfolgen ihre Operationen, unabhängig von Griechenlands Willen. Dieser Standpunkt der Dinge begünstigt natürlich die italienischen Bestrebungen und Gleichgewichtsforderungen."

Wie Amerikaner über die russische Gefahr denken. „San Francisco Chronicle" schrieb bei Gelegenheit des Abschlusses des russisch-japanischen Bündnisses:

Das Bündnis bedeutet, daß sich die beiden Mächte in eine Teilung Asiens unter sich geeinigt haben und den Vereinigten Staaten die offene Tür vor der Nase zuschlagen und abschließen wollen. Daß nach unseren wiederholten Warnungen diese düstere und bedrohliche Nachricht unsere Regierung überrascht hat, ist uns unfaßlich. Für seine nun erreichten Zwecke hat Rußland das furchtbare Zerwürfnis geschürt, in dem jetzt England, Frankreich, Italien, Deutschland und Österreich

Digitized by Google

ihre Kraft, ihren Reichtum und das Leben ihrer Untertanen vergeuden. Wenn sich diese großen zivilisierten europäischen Mächte erschöpft aus dem Kampfe zurückziehen, wird nur ein großes zivilisiertes kaukasisches Volk den japanischen und russischen Plänen der Welt-Hegemonie gegenüberstehen. Und das sind wir. Wenn die Zeit und Mühe unserer Regierung und so vieler unserer Mitbürger, die bei den Eingriffen in den Kampf anderer Völker während der letzten zwei Jahre vergeudet sind, für unsere eigenen Lebensinteressen und für den unausbleiblichen Kampf mit Japan und hinter ihm Rußland verwendet worden wären, so würden wir jetzt nicht in der schlimmen Lage sein — unfähig ein entscheidendes Wort gegen die freche Ankündigung dieser beiden Mächte zu sagen, die uns aus dem fernen Osten und von jeder Teilnahme der Beherrschung des Stillen Ozeans ausschließen wollen. Freunde, laßt uns mit bitterem Ernst unsere Verteidigung und unsere Sicherheit vorbereiten, laßt allen Parteistreit fahren und alle Teilnahme an Sachen, die uns nicht unmittelbar angehen.

Northcliffe in Italien. Der „Mattino" läßt, freilich nicht in Übereinstimmung mit einem großen Teil von der übrigen Presse, kein gutes Haar an Northcliffe. Er tadelt sein anmaßendes wie geringschätzendes Auftreten, kommt auf Northcliffes nicht einwandfreie Vergangenheit zu sprechen und sagt zum Schluß, Northcliffe tue besser daran, sich anwerben zu lassen und zu schweigen.

Die deutschen Gefangenen in Frankreich. Auch Frankreich verwertet seine Gefangenen zu Feldarbeiten. Ein französischer Journalist hat kürzlich diese Gefangenenarbeiter in Frankreichs Kornkammer in der alten Provinz Beauce besucht und die Bauern und Offiziere ausgefragt, wie sie mit den Boches zufrieden sind. Die Offiziere erklärten: „Ich habe nicht genug, ich könnte zehnmal soviele gebrauchen. Sie sind gehorsam und verhalten sich ruhig. Sie waschen sich täglich und pflegen ihren Bart mit erstaunlicher Sorgfalt." „Waschen sie sich täglich?" „Täglich und immer vor dem Essen. Während sie in gemessenem Schritt zur Arbeit ziehen, singen sie gewöhnlich deutsche Lieder. Das lieben die Bauernfrauen nicht, weil sie glauben, daß die Deutschen sich über sie lustig machen." „Wenn sie sich fertig gewaschen haben," erzählen die Bauern, „setzen sie sich um einen Tisch und essen still und ruhig, Alkohol dürfen sie nicht trinken; aber das ist ihnen scheinbar einerlei. Sie sind nicht sehr mitteilsam und lachen nie. Nach dem Abendbrot spielen sie zuweilen Ball; aber sie tun es mit einem Ernst, als ob sie eine schwere Pflicht erfüllen. Sonntag morgens singen sie gewöhnlich, schwere ernste, tiefe, psalmartige Lieder, die unsere Kinder gar nicht mögen. Aber das verstehen sie nicht. Sie haben unsere Kinder sehr gern; oft wollen sie sie streicheln — vielleicht denken sie dabei an ihre fernen Lieben, an die Mutter, die Braut oder an ihre eigenen Kinder. Aber unsere Frauen zittern immer, wenn die Deutschen eines ihrer Kinder liebkosen wollen; denn man hat ihnen so Entsetzliches von ihrer Grausamkeit erzählt, daß sie fürchten, sie drehen plötzlich den Kindern die Kehle um. Im großen und ganzen aber scheinen sie gut zu sein; sie scheinen sich lieb zu haben und streiten sich niemals."

Digitized by Google

Der Berliner Vertreter der „New York World“ kabelte laut „Daily Telegraph“ von 23. August: Es fällt den Teutonen schwer, fleischlos, fettlos, eier- und seifenlos zu leben, aber das Schlimmste ist, das butterlose Regime, das an fleischlosen Tagen eingeführt ist.

Kein Völkerhaß! Prof. Blok schrieb in „Onze Eeuw“ (laut „Nieuws v. d. Dag“): „Die höchst bedauernswerten Äußerungen von Haß gegen deutsche, andererseits von Mißachtung französischer und englischer Wissenschaft und Kunst müssen baldmöglichst, jetzt schon, aufhören. Unsere Zeichner müssen ihr Talent nicht weiter in Dienst dieser oder jener Kriegspartei stellen, unsere Gelehrten sollen aufhören mit ihren geharnischten Plaidoyers für oder gegen nationale Begabung auf wissenschaftlichem Gebiet... Eine große Aufgabe der Versöhnung harrt unser auf allerlei Gebieten. Es ist Hollands unabweisbare nationale Pflicht, sie aufzunehmen... Jedenfalls soll das Ausposaunen unserer anti-zentralen oder Anti-Entente-Gesinnung baldmöglichst ein Ende nehmen. Unser Heil liegt nicht im Anschluß an diese oder jene Partei, wie laut auch die Ententevölker rufen, daß es unsere moralische Pflicht wäre, ihren „Kampf für die Menschheit“ zu unterstützen... Jetzt neutral, solange gekämpft wird, aber wenn der Kampf aufgehört hat, kräftig und bewußt vermittelnd und versöhnend.“

Eine englische Mahnung an die deutsche Arbeiterschaft. Trotz aller Ermahnungen beharrt auch der rechte revisionistische Flügel der Sozialdemokraten auf der Ansicht, die Wiederaufnahme des Klassenkampfes nach Friedensschluß sei unumgänglich notwendig. Wie man in England über diese Auffassung der deutschen Sozialdemokratie denkt, das geht aus einigen Zeilen der Vorrede hervor, mit welcher der englische Professor W. J. Ashley (Birmingham) die englische Ausgabe von Naumanns „Mitteleuropa“ eingeleitet hat. Professor Ashley gibt zu, „daß Deutschland zurzeit besser als England organisiert ist für den Wettbewerb auf dem Weltmarkt und daß eine wirksame Politik der Förderung der britischen Industrie von der Regierung einen Grad tätiger Mitarbeit mit den verschiedenen Zweigen des Handels verlange, der bisher in vielen Fällen notorisch gefehlt hat. Indessen“, fährt er fort, „bewirkt der Krieg eine Schwächung des Geistes eines eifersüchtigen Individualismus in der Industrie und auch sonst, sowie eine Beschleunigung der Konsolidation der kaufmännischen Kräfte in manchen Beziehungen. Ich bin überzeugt, daß unser Volk in der Organisationsarbeit, die uns aufgezwungen ist, trotz aller seiner Arbeiterschwierigkeiten einen gewaltigen Vorteil vor Deutschland gewinnen wird: die Abwesenheit jener Entfremdung zwischen den sozialen Klassen, die Deutschlands großer und in die Augen fallender Fehler ist.“

Digitized by Google

Neuerscheinungen

Über den Wahnsinn der Handelsfeindlichkeit hat L. Brentano, Professor an der Universität München, in Zürich einen Vortrag gehalten, der jetzt gedruckt bei Ernst Reinhard, München, herauskommt. Geist und Inhalt des Heftes werden durch die Schlußsätze gekennzeichnet:

Wie nun soll man es nennen, wenn europäische Völker, die noch inmitten aller Schrecken des Weltkrieges stehen, statt darauf aus zu sein, sich durch eine auf friedlicher Arbeitsteilung beruhende Ordnung der internationalen Handelsbeziehungen für ihre Arbeitsleistungen den größten Entgelt und für ihr Kapital den größten Gewinn und damit den möglichst raschen Ersatz der erlittenen Schäden zu sichern, schon, wie auf der Wirtschaftskonferenz, beratschlagen, wie nach Wiederherstellung des Friedens der Weltkrieg durch einen Handelskrieg abzulösen sei, der abermals einen neuen Krieg mit all den eben vorgeführten Gefahren zur Folge haben würde? Es gibt nur ein Wort dafür, es heißt: Wahnsinn. Man stelle sich vor, die nicht wieder gut zu machende Vernichtung kostbarer Menschenleben, von Leben teilweise erstklassiger Menschen und der Erzeugnisse, welche rastlose Arbeit während eines gar nicht zu schätzenden Zeitraumes geschaffen hat, sollte noch einmal wiederholt werden. Es würde die völlige Vernichtung Europas in seiner Stellung als die Kultur führender Weltteil bedeuten. Die bisher noch rückständigen Länder würden an die erste Stelle rücken. Die Russen, so oft auf dem Schlachtfeld geschlagen, würden trotzdem triumphieren. Vacuus cantat coram latrone viator! Sie haben ja nicht ihre eigenen Schätze vergeudet, sondern die des westlichen Europa, und nach einem gründlichen Bankerott würden sie, aller Schulden ledig, mit ihrer unermeßlichen Menschenmenge über dieses sich herstürzen, um den panslawistischen Gedanken zum Siege zu führen. Was dann noch von Kultur bleiben würde, würde sich nach Amerika retten und das alte Europa würde diesem gegenüberstehen, bestenfalls wie im Altertum das in Verfall geratene Griechenland dem sich hellenisierenden Rom. Die Herrschaft aber über Asien würde den Japanern zufallen.

Die Kriegsziele unserer Feinde stellt Professor von Bissing in einer kleinen Schrift (Globusverlag) dar. Die Schrift stellt das wichtigste Material knapp und übersichtlich zusammen.

Wie Frankreich den Krieg erlebte, schildern zwei kleine Sammelbücher von Dr. Rudolph; „Le Français et la Guerre"; kleine und größere Ausschnitte aus der französischen Presse veranschaulichen Geist und Stimmung in Frankreich, zunächst während der Jahre 1914 und 1915. (O. Nemnich, Leipzig.)

Kriegsbilder von den österreich-ungarischen Fronten sammelt eine Heftenfolge des Wiener Verlages L. W. Seidel unter dem Titel „Unsere Krieger". Inhalt, Auswahl und Ausführung der Bilder sind ausgezeichnet, eine lebendige Veranschaulichung der Schwierigkeiten und Mannigfaltigkeit des Kampfes, den die österreichisch-ungarischen Heere zu bestehen haben.

Digitized by Google

Worte aus deutscher Vergangenheit sammelt Paul Brönnle unter dem Titel „Vor 45 Jahren" (Verlag Krüger & Co., Leipzig). Arbeiten von Treitschke, Sybel, Graf Münster, du Bois-Reymond sind darin enthalten, Arbeiten aus schwerer Zeit für eine schwere Zeit.

Goethe über Deutschlands Zukunft. Aus den Lebenserinnerungen des Professors Heinrich Luden gibt der Verlag Curtius, Berlin, die Gespräche in einem kleinen Band heraus, die Luden mit Goethe über den Faust und über den Begriff „Vaterland" gehabt hat. Aus dem letzten, das für uns besonders wichtig ist, sind die Worte berühmt, wenn auch nicht allgemein bekannt geworden, die Goethe über Deutschlands Zukunft gesagt hat:

Glauben Sie ja nicht, daß ich gleichgültig wäre gegen die großen Ideen Freiheit, Volk, Vaterland. Nein; diese Ideen sind in uns; sie sind ein Theil unseres Wesens, und niemand vermag sie von sich zu werfen. Auch liegt mir Teutschland warm am Herzen. Ich habe oft einen bitteren Schmerz empfunden bei dem Gedanken an das teutsche Volk, das so achtbar im Einzelnen und so miserabel im Ganzen ist. Eine Vergleichung des teutschen Volkes mit anderen Völkern erregt uns peinliche Gefühle, über welche ich auf jegliche Weise hinweg zu kommen suche; und in der Wissenschaft und in der Kunst habe ich die Schwingen gefunden, durch welche man sich darüber hinweg zu heben vermag: denn Wissenschaft und Kunst gehören der Welt an und vor ihnen verschwinden die Schranken der Nationalität; aber der Trost, den sie gewähren, ist doch nur ein leidiger Trost und ersetzt das stolze Bewußtsein nicht, einem großen, starken, geachteten und gefürchteten Volke anzugehören. In derselben Weise tröstet auch nur der Glaube an Teutschlands Zukunft. Ich halte ihn so fest als Sie, diesen Glauben. Ja, das teutsche Volk verspricht eine Zukunft und hat eine Zukunft. Das Schicksal der Teutschen ist, mit Napoleon zu reden, noch nicht erfüllt. Hätten sie keine andere Aufgabe zu erfüllen gehabt, als das römische Reich zu zerbrechen und eine neue Welt zu schaffen und zu ordnen, sie würden längst zu Grunde gegangen sein. Da sie aber fortbestanden sind, und in solcher Kraft und Tüchtigkeit, so müssen sie, nach meinem Glauben, doch eine große Bestimmung haben, eine Bestimmung, welche um so viel größer sein wird, denn jenes gewaltige Werk der Zerstörung des römischen Reiches und der Gestaltung des Mittel-Alters, als ihre Bildung jetzt höher steht. Aber die Zeit, die Gelegenheit vermag ein menschliches Auge nicht vorauszusehen, und menschliche Kraft nicht zu beschleunigen oder herbei zu führen. Uns Einzelnen bleibt inzwischen nur übrig, einem jeden nach seinen Talenten, seiner Neigung und seiner Stellung, die Bildung des Volkes zu mehren, zu stärken und durch dasselbe zu verbreiten nach allen Seiten, und wie nach unten, so auch, und vorzugsweise, nach oben, damit es nicht zurückbleibe hinter den anderen Völkern, sondern wenigstens hierin vorauffstehe, damit der Geist nicht verkümmere, sondern frisch und heiter bleibe, damit es nicht verzage, nicht kleinmütig werde, sondern fähig bleibe zu jeglicher großer That, wenn der Tag des Ruhmes anbricht.

Digitized by Google

Einen türkischen „Reclam" hat eine von der türkischen Regierung unterstützte „Bibliothek nützlicher Werke" begründet. Als erste Nummer sind Gedichte von Abdul Hakk Hamid erschienen.

Das Gesetz über den Belagerungszustand erhält einen Kommentar, den E. Conrad, Reichsgerichtsrat in Leipzig, herausgibt (Verlag O. Liebmann, Berlin). Außer dem Wortlaut der Gesetze mit ihren Abänderungen werden die Interpretationen durch die Rechtsprechung des Reichsgerichts systematisch verzeichnet.

Das ungarische Recht in seinem heutigen Stande und seinen Hoffnungen auf die Zukunft schildert eine Festnummer der ungarischen Rechtszeitschrift „Jogallam", die zur Feier der Gründung der ungarischen waffenbrüderlichen Vereinigung von ihrem Schriftleiter Dr. S. Gyomai in deutscher Sprache herausgegeben wird. Sie ist ausgezeichnet durch die Gediegenheit und Vielseitigkeit ihrer Aufsätze, durch den wissenschaftlichen und sittlichen Ernst, nicht zuletzt durch den aufrechten Willen zu ihrem Teil an dem Rechtausgleich zwischen Österreich und Ungarn mitzuarbeiten und ein Zusammenarbeiten der mitteleuropäischen Juristen in die Wege zu leiten.

Gertrud Bäumer schildert die soziale Kriegsfürsorge der deutschen Frau in einem kleinem Hefte, das in der Reihe von Perthes' Schriften zum Weltkriege (Nr. 12) erschienen ist. Die Darstellung entfaltet die ganze Fülle der neu aus dem alten Rahmen herausgewachsenen Formen, in denen sich die soziale Kriegsarbeit der Frau vollzieht; und doch handelt es sich dabei nur um einen Teil der Arbeit, die von der Frau geleistet wird, den Ausschnitt ihrer Kriegsleistung, der sie in Verbindung mit den städtischen Verwaltungen und den staatlichen Einrichtungen der Kriegsfürsorge zeigt. Aber man kann doch ermessen, was die deutsche Frau getan hat, um „mitten in Tod und Verderben an der Erhaltung und dem Aufbau des Lebens zu wirken".

Joseph Dietzgens philosophische Lehren werden in einem von A. Hepner herausgegebenen Sammelbuch übersichtlich und allgemein verständlich dargestellt (Verlag Dietz, Stuttgart).

„La Vérité" von Bertourieux. Das unter diesem Titel erschienene Buch haben wir kürzlich irrtümlich einem falschen Verlag zugeschrieben. Es ist erschienen in dem Verlag Ferd. Wyß in Bern.

B. Weyer, Taschenbuch der Kriegsflotten, erscheint im 17. Jahrgang (J. F. Lehmanns Verlag). Alle Veränderungen in den fremden Kriegsflotten einschließlich derer in der Schlacht am Skagerrak sind verwertet. Neben den Flottenlisten aller kriegführenden Staaten finden sich Bilder von sämtlichen Kriegsschiffen mit genauen Angaben über Größe, Bestückung, Schnelligkeit, Mannschaft usw. Neu aufgenommen sind eine Aufstellung über die Stützpunkte der deutschen Flotte in der Heimat mit ihren Garnisonen, Kommando- und Verwaltungsbehörden usw., eine Tafel mit den Rangabzeichen der Offiziere und Beamten der deutschen Flotte und eine Zusammenstellung über die Kriegsverluste der zum Vierverband gehörenden Staaten an Handelsschiffs-Tonnage.

Digitized by Google

Die kämpfenden Flotten im Weltkriege. Unter diesem Titel gibt die Verlagsgesellschaft Otto Elsner in Berlin ein kleines Buch heraus, das Verzeichnisse der Kriegsflotten sämtlicher im Kampf befindlichen Staaten enthält. Für Deutschland und Österreich-Ungarn ist aus militärischen Gründen der Stand vom 31. Juli 1914 zugrunde gelegt; bei unseren Gegnern sind dagegen, soweit sie bekannt geworden sind, sämtliche in Dienst gestellten Neubauten mit aufgenommen. Das Buch wird allen Flottenfreunden willkommen sein, denen das Taschenbuch von Weyer zu teuer ist.

Literatur

Georg Büchners Gesammelte Werke nebst einer Auswahl seiner Briefe. Eingeleitet von W. Hausenstein. Leipzig, Insel-Verlag.

Das Erscheinen dieser schönen Ausgabe bietet erwünschte Gelegenheit, auf den lange Vergessenen erneut mit Nachdruck hinzuweisen. Vermöchte freilich eine rein literargeschichtliche oder ästhetische Wertung seiner Wesensart völlig gerecht zu werden, so bestände kaum Veranlassung, in diesen Blättern von ihm zu sprechen. Aber diesem seltsam reichen Geiste eignete — ein so triebhaftes, zielsicheres politisches Empfinden, daß sich in seinen Werken Kunst und Politik, sonst feindlich und lebendiger Verbindung widerstrebend, zu untrennbarer Einheit verschmelzen konnten. Von geringer Bedeutung er weist sich dabei Büchners eigenes politisches Credo, seine persönliche Anteilnahme an den revolutionären Bestrebungen der Zeit, denen er im „Hessischen Landboten", dem ersten sozialistischen Manifest in deutscher Sprache, Richtung und Ziele gab. Politisierende Dichter, die mit Worten den Gang der Geschichte zu lenken suchten, begegnen in der Weltliteratur gar häufig. Das Entscheidende bleibt vielmehr dies, daß Büchners Dichtungen herausgelöst aus ihrer zeitlichen Bedingtheit, sich als Kundgebungen eines Künstlers offenbaren, der in der Politik d. h. in dem Wirken des einzelnen für die Gesamtheit einer der ursprünglichsten und gewaltigsten Betätigungmöglichkeiten menschlicher Geistes- und Willenskraft erkannt hat. Dieser Grundansicht erwuchsen das ‚Danton'-Drama, die Tragödie des differenzierten Kulturmenschen, der in den Wirbeln ungeheuersten politischen Geschehens versinken muß, „Leonce und Lena", und die brutalen Szenen des „Wozzeck", die Geschichte des armen betrogenen Soldaten, der rettungslos wie alles Schwache in dieser unsozial geordneten Welt zugrunde geht. Diesen „politischen" Kern in Büchners Werken hat W. Hausenstein in der auch sonst gut orientierenden Einleitung sehr glücklich klargelegt. Dr. W. Stahl

Cincinnatus, Der Krieg der Worte. (Cotta, Stuttgart. 1 Mark.) Das Buch versucht eine Antwort zu geben auf die Frage: „Warum sind wir so unbeliebt in der Welt?" Der Weg zur Beantwortung führt Cincinnatus über die Fragen: Welches Interesse hat die Entente daran, daß wir keine Sympathien genießen? Hatte sie die Macht, uns in

Digitized by Google

der Welt zu verleumden? Welchen Gewinn hat dieser Feldzug, zu dem sie die Macht hatte, ihr eingebracht? Die Grundanschauung des Verfassers sei genannt: Cincinnatus hält England für den Hauptfeind Deutschlands und England hat die Mittel der Nachrichtenverbreitung in der Hand, uns in der Welt herabzusetzen. Das wird an dem Gebrauch und der Wirksamkeit der Hauptschlagworte des Wortfeldzuges gegen uns seitens Englands gezeigt, auf den dieses so gerüstet war, wie wir auf die militärische Seite des Krieges. Bei der Lektüre erinnern wir uns an ein Urteil, das der Feldmarschall v. d. Goltz in seinem Werke „Krieg und Heerführung" (1901) abgibt. Er sagt, die Erfolge im Kriege seien nicht rein materiell, sondern würden durch den Eindruck errungen, welchen die Wirklichkeit in der Vorstellung der Beteiligten hervorrufe. Uns ist dieser Satz auf rein militärischem Gebiete eine Selbstverständlichkeit, den Engländern auf politischem. Wie z. B. der Feldherr durch Anlegung von großen Scheinwerken den Gegner über seine Stärke zu täuschen sucht, so stellen die Engländer ihre Lage oft als Überlegenheit dar, um die öffentliche Meinung der Welt glauben zu machen, sie seien die Überlegenen. Siehe die Seeschlacht vor dem Skagerrak. Mit der Technik dieser Erfolgmache beschäftigt sich die Schrift von Cincinnatus. Wo.

Der Jude. Eine Monatsschrift. Herausgeber Dr. Martin Buber. Verlag R. Löwit, Berlin und Wien. Jahrgang M. 10.—, Einzelheft M. 1.—.

Diese neue Zeitschrift hat sich bereits im ersten Vierteljahre ihres Bestehens die erste Stelle in der jüdischen Publizistik deutscher Sprache erobert. Sie kam in der Stunde, in der „ein unabhängiges Organ zur Erkenntnis und Förderung des lebendigen Judentums" zur Notwendigkeit geworden, war. In einer Zeit, in der Millionen des wehrhaften deutschen Volkes zum erstenmal mit dem Ostjudentum in eine nur allzu äußerliche Berührung kamen, durfte es nicht an einer Tribüne fehlen, von der aus das äußere Erlebnis seine unwiderlegliche sachlich-kritische Bewertung findet. Diese Einführung in Sein und Scheinen der ostjüdischen Massen ist diejenige selbstgewählte Aufgabe des „Juden", die am meisten geeignet erscheint, ihm auch außerhalb des jüdischen Kreises bei den politischen Denkenden Freunde zu werben. Das deutlich betonte Bemühen, hierbei besonders der sozialen Frage der ostjüdischen Welt wissenschaftlich gegenüberzutreten, ist besonders zu vermerken. Neben der Ostjudenfrage ist es besonders Palästina als das Zentrum der jüdisch-nationalen Renaissancebewegung, dessen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunftsmöglichkeiten dem „Juden" besonders nahe steht. Und schließlich wird die Stellung des westeuropäischen Judentums zu all den äußeren und inneren Fragen einer neu heraufwachsenden, alljüdischen Kulturgemeinschaft eingehend erörtert. — Bubers leitende Hand bürgt dafür, daß nur Berufene zu Worte gelangen. Es dürfte sehr schwer sein, eine Zeitschrift zu finden, die sich, wie bisher der „Jude" von der ersten bis zur letzten Zeile auf der gleichen achtbaren Höhe hält.

Eheskel Zwi Klötzel (im Felde)

Digitized by Google

Chang Wu, Die wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands (Té Kuo Djing Dsi). **Chang Wu, Erzählungen.** (Kant-Buchhandlung, Charlottenburg.)

Der chinesische Verfasser, ein warmer Freund Deutschlands, hat die bekannte, von der Dresdner Bank herausgegebene ausgezeichnete Zusammenstellung über die wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands ins Chinesische übertragen, im eigenen Verlag drucken lassen und sie nicht nur in den ihm zugänglichen chinesischen Kreisen innerhalb Deutschlands und der angrenzenden neutralen Länder verbreitet, sondern auch Exemplare nach China gelangen lassen. Seine Gesinnung Deutschland und den Deutschen gegenüber geht am besten aus dem Vorwort hervor, das er zu der Sammlung seiner chinesischen Erzählungen geschrieben hat. Chang Wu sagt: „Im alten China sagte ein berühmter Mann Niu Sung Dschan: ‚Warum gab Gott dem Menschen je zwei Augen, zwei Ohren, zwei Füße, zwei Hände und nur einen Mund?' Er meinte damit, man solle mehr sehen, mehr hören, mehr gehen, mehr handeln und weniger sprechen. Ich finde die Theorie richtig. Weil ich Lust hatte am Gehen, Sehen, Hören, kam ich nach Deutschland; weil ich handeln will, gebe ich dieses kleine Buch heraus. Die Erzählungen sind meist der chinesischen Philosophie und Geschichte entnommen. Meist behandeln die Erzählungen Weisheit und Moral. Ich habe sie nach meiner Idee gesammelt, bearbeitet, Anmerkungen hinzugefügt, falls solche noch nicht vorhanden waren."

Paul Rohrbach

Prof. Dr. P. Mombert, Der Finanzbedarf des Reiches und seine Deckung nach dem Kriege. Braun, Karlsruhe. Preis Mk. 1.50.

Der Verfasser erörtert grundsätzlich den Zusammenhang zwischen Wirtschaft und Steuerpolitik, ohne die rein ziffernmäßige Belastung, welche die Volkswirtschaft nach Beendigung des Krieges wird erfahren müssen, in Betracht zu ziehen. Er sieht seine Aufgabe in der Hauptsache unter dem Gesichtspunkt an, daß die wirtschaftliche Entwicklung in erster Linie darauf bedacht sein muß, die nationale und politische Zukunft unseres Volkes nach außen und nach innen sicherzustellen. Kapitalbildung und Kapitalneubildung als Grundlagen für eine gedeihliche Zukunft stellt M. in den Vordergrund und betrachtet aus dieser Forderung heraus die möglichen neuen Einnahmequellen für das Reich von rein prinzipiellem Standpunkte aus. Seine Ausführungen sind weniger ein Beitrag zur Steuerpolitik, als zur Steuerlehre und zur Steuertechnik. Monopole, Verkehrs- und Verbrauchsabgaben und Personalsteuern, d. h. in erster Linie solche auf Vermögen und Einkommen, werden in ihren grundsätzlichen Beziehungen zum Gesamtwirtschaftsleben erörtert. Pr.

Nachdruck aus dem Inhalt unter genauer Quellenangabe gestattet.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 50, Augsburgerstr. 741. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Weimar. Gedruckt in der Hof-Buch- und Steindruckerei Diesch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

1. Jahrgang • 22. September 1916 • Heft 39

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Die neue Kriegsanleihe

Vorteilhafte Einzahlungsbedingungen

Wann ist die gezeichnete Kriegsanleihe zu bezahlen? Auf diese Frage hat die von uns veröffentlichte Zeichnungsaufforderung bereits Auskunft gegeben. Es dürfte indes von Interesse sein, zu zeigen, wie sehr bei den festgesetzten Zahlungsterminen auf die Interessen und Wünsche des Zeichners Bedacht genommen ist.

Zunächst sollen alle die, die **jetzt über flüssige Mittel** verfügen oder bis zum Ablauf des Monats September die erforderlichen Gelder flüssig machen und **sofort in den Genuß der hohen Zinsen treten** wollen, bereits am 30. September die Möglichkeit haben, Vollzahlung zu leisten. In diesem Falle würde jemand, der z. B. 1000 M. 5 %ige Reichsanleihe gezeichnet hat, die Zinsen für die Zeit vom 1. Oktober 1916 bis zum 31. März 1917 sofort mit 2½ % vergütet erhalten, also nur (980 M. abzüglich 25 M.) 955 M., für Schuldbuchzeichnungen 953 M., aufzubringen haben. Wer im September noch keine freien Mittel hat, wohl aber nach dem Vierteljahreswechsel Geld einnimmt, ist in der Lage, an jedem beliebigen Tage sein Geld zinstragend anzulegen, d. h. zur Einzahlung auf die Kriegsanleihe zu benutzen. Erster Pflichtzahlungstermin — für die Zeichnungen bei der Post gelten besondere Bestimmungen — ist der 18. Oktober; an diesem Tage müssen 30 % des dem Zeichner zugeteilten Betrages an die Kriegsanleihe bezahlt werden, wobei Voraussetzung ist, daß die Summe des fällig gewordenen Teilbetrages wenigstens 100 M. ergibt. Infolge dieses Vorbehalts beginnt bei ganz kleinen Zeichnungen die Einzahlungspflicht nicht schon am 18. Oktober, sondern

Digitized by Google

an einem der späteren Termine, die folgendermaßen festgesetzt sind: 20 % des zugeteilten Betrages am 24. November dieses Jahres, 25 % am 9. Januar 1917 und 25 % am 6. Februar 1917. Hat jemand z. B. 100 M. gezeichnet und zugeteilt erhalten, so sind diese 100 M. am 6. Februar 1917 zu bezahlen. Bei einer Zeichnung auf 200 M. Kriegsanleihe sind je 100 M. am 24. November 1916 und am 6. Februar 1917 zu bezahlen. Bei einer Zeichnung auf 300 M. Kriegsanleihe sind zu bezahlen: 100 M. am 24. November dieses Jahres, 100 M. am 9. Januar und 100 M. am 6. Februar nächsten Jahres. Wer hingegen z. B. 2000 M. Kriegsanleihe zugeteilt erhalten hat, muß 600 M. Kriegsanleihe am 18. Oktober, 400 M. am 24. November und je 500 M. Kriegsanleihe am 9. Januar und 6. Februar nächsten Jahres bezahlen.

Bemerkenswert ist, daß der Monat **Dezember überhaupt keinen Pflichtzahlungstermin** enthält, und zwar mit Rücksicht darauf, daß der Jahreswechsel an und für sich bei vielen Zeichnern die Bereitstellung größerer Mittel erforderlich zu machen pflegt.

Ebenso wie schon vor dem ersten Pflichtzahlungstermin die Vollzahlung geleistet werden kann, ist es zulässig, Teilzahlungen vor dem Pflichtzahlungstermin vorzunehmen, jedoch immer nur in runden durch 100 teilbaren Beträgen des Nennwertes der Anleihe. Bei sämtlichen Einzahlungen auf die **5 %ige Reichsanleihe** werden, wie schon oben erwähnt, 5 % Stückzinsen vom Zahlungstage, frühestens vom 30. September 1916 ab, zugunsten des Zeichners verrechnet. Das erklärt sich daraus, daß der Zinsenlauf der 5 %igen Reichsanleihe erst am 1. April 1917 beginnt, während der Zeichner Anspruch darauf hat, sofort in den Genuß der Zinsen zu treten. Bei den neuen **Reichsschatzanweisungen** beginnt der Zinsenlauf am 1. Januar 1917. Hier kommt infolgedessen eine Vergütung von Stückzinsen (und zwar in Höhe von 4½ %) zugunsten des Zeichners nur bei den bis zum 30. Dezember 1916 geleisteten Zahlungen in Betracht.

Besondere Bedingungen gelten für die Einzahlungen auf Zeichnungen, die bei den **Postanstalten** erfolgen. Hier kann die **Vollzahlung** zwar auch schon am 30. September vorgenommen werden, sie muß jedoch am 18. Oktober geleistet sein; Teilzahlungen sind nicht zulässig. Für jede 100 M. 5 %ige Reichsanleihe (Zeichnungen auf Schatzanweisungen

Digitized by Google

werden bei der Post nicht angenommen) müssen, falls die Zahlung am 30. September erfolgt, 95,50 M. bezahlt werden und, falls die Zahlung am 18. Oktober erfolgt, 95,75 M. Der an sich schon während des Krieges stark vergrößerte und erschwerte Betrieb bei den Postanstalten macht es unmöglich, die Arbeit bei der Post dadurch wesentlich zu steigern, daß dort auch noch nach dem 18. Oktober Einzahlungen angenommen werden können. Davon durfte um so eher abgesehen werden, als es ja eine sehr große Zahl von Zeichnungsstellen (Banken, Sparkassen, Versicherungsgesellschaften, Kreditgenossenschaften) im Reiche gibt, bei denen von dem Recht der Teilzahlung seitens des Zeichners Gebrauch gemacht werden kann.

Wer über irgendeine Frage, die mit der Kriegsanleihe zusammenhängt, im Zweifel ist, wird an allen Stellen, an denen gezeichnet werden kann, bereitwilligst Auskunft erhalten. Jedenfalls sollte niemand, etwa aus dem Grunde, weil er sich über den einen oder den anderen Punkt nicht im klaren ist, von der Beteiligung an der Kriegsanleihe absehen. **Es ist die Pflicht eines jeden Deutschen, an dem Erfolge der Zeichnung auf die 5. Kriegsanleihe nach besten Kräften mitzuwirken.**

Das griechische Paradigma

Von Professor Dr. E. Jäckh

Die griechische Sprache hat uns das Paradigma gelehrt: das Beispiel, das Muster, das Vorbild — für Regelmäßigkeiten wie für Unregelmäßigkeiten. Die griechische Politik in diesem Weltkrieg wird der Weltgeschichte ein Paradigma überliefern können: ein Beispiel für die Regelmäßigkeit und Richtigkeit einer politischen Rechnung, auch wenn sie durch Unregelmäßigkeit und Absonderlichkeit zu überraschen und zu verwirren scheint. Die scheinbare Ausnahme bestätigt auch im griechischen Schulbeispiel die gesetzmäßige Regel. Die Weisheit der jetzigen Politik Griechenlands macht der klassischen Klarheit von Hellas alle Ehre und zeichnet sich durch eine bodenständige Gründlichkeit aus, wie einst die Staatskunst des alten Athen.

Das griechische Paradigma als Beispiel und Vorbild für Gegenwart und Zukunft wird durch die Regeln der Geschichte und Geographie aus

Digitized by Google

der Vergangenheit anschaulich. Wenn man versuchen will, die vierhundertjährige Werdezeit von Neu-Griechenland, seitdem es 1503 eine türkische Provinz geworden war, durch leitende Linien anzudeuten, so kann man dazu kommen, von einer türkisch-russischen Vergangenheit zu sprechen, von einer englisch-französischen Gegenwart und vom jetzigen Willen zu einer griechisch-nationalen Zukunft.

*

Die türkisch-russische Vergangenheit füllt mehr als drei Jahrhunderte; sie faßt sich in dem Bild, daß die griechische Akropolis der Athene eine türkisch-islamische Moschee geworden war, und daß die russische Orthodoxie — sowie auf der Hagia Sofia-Moschee in Stambul-Konstantinopel, so auch — über Athen das russisch-christliche Doppelkreuz aufrichten will. Jene türkisch-russische Vergangenheit ist der Kampf zwischen türkischer „Bedrückung" und russischer „Befreiung", und das Griechenvolk ist der Gegenstand, das Objekt in dieser Auseinandersetzung zwischen den beiden größten Landmächten des Orients, der beherrschenden Türkei und des erobernden Rußland. Griechenland ist lediglich ein Instrument, kein Selbstzweck, nur ein Mittel zum Zweck — für Rußland gegen die Türkei; es soll werden und wird auch der erste Vorposten, der erste balkanische Vasall des nach Konstantinopel drängenden Rußland. Die kirchliche Gemeinschaft und gelegentlich auch ein Dogma von slawischer Rasseverwandtschaft decken die zarische Orientpolitik in Griechenland gegen den Sultan: von Peter dem Großen, über Katharina II., bis Nikolaus I. Alle griechischen Kämpfe sind russisch-türkische Kriege, deren Regelmäßigkeit schon Bismarck in der Gesetzmäßigkeit von Generation zu Generation sah. Ganz Europa hört schließlich im vorigen Jahrhundert auf Petersburgs Schlagworte und übersieht den russischen Egoismus in der Griechenpolitik — trotz dem „Orientalisten" Jacob Philipp Fallmerayer und trotz dem frühzeitigen „Mitteleuropa"-Formulierer Constantin Frantz. Ein Deutschland gibt es aber noch nicht; nur ein sich selbst erst gestaltendes Preußen und ein Metternich'sches Österreich. So konnte ein russisches Griechenland entstehen — 1833.

War die russisch-türkische Vergangenheit ein Kampf der Landmachtentscheidung, so wurde die englisch-französische Gegenwart für Griechenland eine Seemachtfrage. In diesem Unterschied bleibt das griechische

Digitized by Google

Geschick das gleiche. Griechenland ist wiederum Gegenstand, Objekt entweder zwischen den beiden Seemächten, die um die Vorherrschaft im Mittelmeer miteinander ringen müssen (wie im ganzen ägyptischen Streit), oder die gemeinsam ihre westliche Mittelmeermacht auch im Osten sichern wollen (wie jetzt in diesem „Krieg um den Orient"). So oder so — in beiden Fällen war und ist Griechenland eine Selbständigkeit verwehrt; in beiden Fällen war und ist Griechenland nur ein Spielball in der eigenen Interessenberechnung der beiden Mittelmeermächte, die ihre „Gegenwart" in Griechenland ausbauen — sowohl durch kulturellen Einfluß (wie durch die Jahrzehnte Frankreich), wie durch maritime Festsetzung (wie England auf griechischen Inseln), wie schließlich beide (gemeinsam mit Italien und Rußland) in diesem Krieg durch jede Art von militärischem Druck — zur See wie im Lande selbst.

Was ist aber gegenüber jener türkisch-russischen Vergangenheit und solcher englisch-französischen Gegenwart die griechische Notwendigkeit und der griechische Zukunftswille? Das, was schon Bismarck so ausgesprochen hat:

„Die traditionelle russische Politik, die sich teils auf Glaubens-, teils auf Blutsverwandtschaft gründet, der Gedanke, die Rumänen, die Bulgaren, die griechischen, gelegentlich auch die römisch-katholischen Serben, die unter verschiedenen Namen zu beiden Seiten der österreichisch-ungarischen Grenze vorkommen, zu „befreien" von dem türkischen Joche und dadurch an Rußland zu fesseln, hat sich nicht bewährt. Es ist nicht unmöglich, daß in ferner Zukunft alle diese Stämme dem russischen Systeme gewaltsam angefügt werden; aber daß die Befreiung allein sie nicht in Anhänger der russischen Macht verwandelt, hat zuerst der griechische Stamm bewiesen. Er wurde seit Tschesme (1770) als Stützpunkt Rußlands betrachtet, und noch in dem russisch-türkischen Kriege von 1806 bis 1812 schienen die Ziele der kaiserlich russischen Politik unverändert zu sein. Ob die Unternehmungen der Hetärie zur Zeit des auch schon im Westen populär gemachten Ypsilanti'schen Aufstandes, des durch die Fanarioten vermittelten Ausläufers gräcisierender Orientpolitik, noch die einheitliche Zustimmung der verschiedenen russischen Strömungen hatten, die von Araktschejew bis zu den Decabristen durcheinander liefen, ist gleichgültig; jedenfalls aber waren die Erstlinge der russischen Befreiungspolitik, die Griechen, eine freilich noch nicht durchschlagende Enttäuschung für Rußland. Die griechische Befreiungspolitik hört mit und seit Navarin auch in den Augen der Russen auf, eine russische Spezialität zu sein. Es hat lange gedauert, ehe das russische Kabinett aus diesem kritischen Ergebnis die Konsequenzen zog. Die rudis indigestaque moles Rußland wiegt zu schwer, um für jede Wahrnehmung des politischen Instinkts leicht lenksam zu sein. Man fuhr fort zu be-

Digitized by Google

freien und machte mit den Rumänen, Serben, Bulgaren dieselbe Erfahrung wie mit den Griechen. Alle diese Stämme haben Rußlands Hilfe zur Befreiung von den Türken bereitwillig angenommen, aber, nachdem sie frei geworden, keine Neigung gezeigt, den Zaren zum Nachfolger des Sultans anzunehmen."

Weder der Zar als Nachfolger des Sultans, noch der englische König, noch der französische Präsident als Nachfolger des Zaren — sind griechische Ideale: Griechenland will griechisch sein, oder richtiger: griechisch werden. Griechenland ist unfertig und frägt sich: durch welche Verbindung es fertig werden kann. Wohl ist es national geeinigt und gesättigt; es muß sich aber erst ausbauen — und an die Weltmächte anbauen. Zu welcher Gruppe nötigt die griechische Geographie? — die Geographie, die Napoleon „die Grundlage aller Politik" genannt hat und deren Mißachtung oder Unkenntnis zu Grundfehlern in den politischen Rechnungen führen muß.

Griechenland hat einen seltenen Doppelcharakter: es ist weder förmlicher Festlandstaat noch völliger Inselstaat. Wäre Griechenland eine Insel wie England, so wäre es geographisch isoliert und könnte sich auch politisch isolieren — jedenfalls gegenüber Mitteleuropa. Wäre Griechenland ein Festland wie Österreich-Ungarn, so wäre es geographisch sicherer und könnte sich auch politisch sichern — gegenüber den Mittelmeermächten. So ist es aber halb Insel, halb Festland; angreifbar sowohl als Insel, wie als Festland; und weder fertig als Insel (durch Flottenmacht) noch als Festland (durch Bahnverbindung). In dieser schwierigsten aller „Lagen" will und muß Griechenland „neutral", d. h. griechisch sich verhalten, darf es auch durch die Mitteleuropamächte, darf es aber nicht durch die Mittelmeermächte: jene stehen gegenwärtig an der Landgrenze und diese sitzen gegenwärtig an der Seegrenze. Die Gegenwart scheint beide Entscheidungen zu ermöglichen (ganz äußerlich betrachtet); die — Zukunft macht nur eine Entscheidung nötig — auf Grund der inneren geopolitischen Gesetzmäßigkeit.

Eine Entscheidung gegen die Mittelmeermächte liefert das griechische Volk, das auf die Meerzufuhr angewiesen ist, dem Hunger aus und die griechische Hauptstadt den Schiffskanonen; und würde die Mitteleuropamächte belasten mit der undurchführbaren Nahrungsversorgung zu Land, wo die Bahnen fehlen, und am Friedensschlußtisch mit der diplomatischen Befreiung der vom gemeinsamen Feind besetzten Gebietsteile.

Eine Entscheidung gegen die Mitteleuropamächte würde Griechenland

Digitized by Google

die gefährliche Feindschaft seiner gesamten Nachbarstaaten zuziehen (Österreich-Ungarn, Bulgarien und Türkei) und würde der Millionenzahl Griechen in der Türkei ein schweres Schicksal bringen. Keine Seehilfe kann auf die Dauer jene Landbedrohung aufwiegen.

Das unfertige Griechenland muß sich neutral durchhelfen und durchretten, bis die Friedenszeit es fertig machen kann. An dem Tag, an dem Griechenland Bahnverbindungen nach Mitteleuropa gebaut hat — durch Albanien nach Österreich-Ungarn und durch Bulgarien nach Österreich-Ungarn; an dem Tag, an dem Griechenland Unterseeboote für seine Küsten erworben hat, wird es unabhängig, griechisch. Keine Brotverweigerung und keine Küstenbedrohung kann es dann zwingen, eine andere als griechische Politik zu treiben. Durch solchen Ausbau und Anbau verliert Griechenland an Gefährdung als Inselstaat und gewinnt an Sicherung als Festlandstaat. So kann „Mitteleuropa" nicht nur mit der Türkei, sondern auch mit Griechenland zusammenwachsen — als innerlich einheitlicher, geographisch-geopolitisch bestimmter Organismus, rings um das östliche Mittelmeer.

Wir haben gesehen, daß auch englische Politiker wie Garvin solche Entwicklung für gesetzmäßig halten und sie fürchten. Wir erleben es, daß die griechische Regierung, die griechische Armee und die Mehrheit des griechischen Volks diese Zusammenhänge wissen oder fühlen. Das ist der Unterschied von der rumänischen Entwicklung, die nicht durch die rumänische Geopolitik, sondern durch rumänische Verblendung einiger weniger Kreaturen bestimmt worden ist. Das griechische Paradigma hat bisher sich bewähren können.

England und Japan am Scheidewege

Von Franz Kolbe

Schon in Nr. 13 dieser Zeitschrift wurde eine japanische Preßstimme veröffentlicht, welche nachwies, daß das frühere Einvernehmen zwischen England und Japan nicht mehr das alte ist, daß Japan darnach trachtet, sich von der englischen Bevormundung zu befreien und seinerseits England die Gesetze für ein weiteres Zusammenarbeiten vorzuschreiben. Zwar haben der japanische Ministerpräsident Katsura sowohl

Digitized by Google

als auch der japanische Minister des Äußeren sich bemüht, die vollständige Übereinstimmung der beiden Mächte in allen politischen Fragen, insbesondere aber Japans Festhalten am englisch-japanischen Bündnis zu versichern — die Offenheit, mit welcher die japanische Presse immer wieder darauf zurückkommt, daß entweder England die japanischen Wünsche erfüllen oder Japan seine Zukunft in anderer Richtung orientieren müsse, ist angesichts des Verhältnisses der japanischen Presse zur Regierung das beste Zeichen dafür, daß die Tage des englisch-japanischen Bündnisses gezählt sind. In welcher Richtung die japanische Neuorientierung sich bewegen wird, dafür ist der Abschluß des japanischen Bündnisses mit Rußland ein Fingerzeig gewesen, eine endgültige Entscheidung ist aber damit noch nicht getroffen. Unter diesen Verhältnissen ist nachstehender Aufsatz über „Japanische Weltpolitik" von Fritz Secker, welcher dem „Ostasiatischen Lloyd" entnommen ist (durch einen glücklichen Zufall haben wir nach langer Zeit wieder einmal Post aus China erhalten, welcher eine Anzahl vom „Ostasiatischen Lloyd" veröffentlichter Artikel beigefügt war) von besonderem Interesse:

„Förmlich befindet sich Japan mit Deutschland im Kriegszustand; Japan ist an England und dessen Verbündete durch „Blut und Eisen" gegen den „gemeinsamen Feind" gekettet; in Japan gibt es eine Zensur, die darüber wacht, daß keine das Landesinteresse schädigenden Nachrichten und Artikel in die Presse gelangen; Japan lebt auch, wie es in der Diplomatie heißt, im „besten Einvernehmen" mit den Vereinigten Staaten. Trotz all dieser, ein freies Wort hemmenden Gründe, hat die angesehene japanische Monatsschrift „Dai Nippon" den Mut, ihrer Überzeugung in weltpolitischen Fragen öffentlich Ausdruck zu verleihen. Selten ist uns in der japanischen Presse ein Artikel aufgefallen, der mit größerer Offenheit die geheimsten Wünsche der Befürworter einer Ausdehnungspolitik aufdeckt, als eine in der „Dai Nippon" erschienene Abhandlung, die die Forderungen für eine japanische Weltpolitik während des Krieges und später aufstellt.

Die „Dai Nippon" ist höchst unzufrieden, daß sich Japan mit dem, was es während des Krieges erreicht hat, schon zufrieden gibt. Daß Tsingtau eingenommen ist und ein paar Koralleninseln in der Südsee besetzt sind, bedeutet nichts im Hinblick auf die gewaltige Entwicklung,

Digitized by Google

in der sich die Weltgeschichte befindet. Japan ist im Begriff, die goldenen Gelegenheiten, die ihm der Krieg in Europa zu seiner Ausbreitung bietet, zu verpassen[1]. Hätte es den Augenblick erfaßt, so würde es imstande gewesen sein, die „Probleme" auf dem chinesischen Festland, in Indien, in der Südsee, in Australien und in Nord- und Südamerika zu lösen. Das ist nicht geschehen, und so muß sich Japan damit begnügen, mit der Eroberung Tsingtaus einen „weisen Schritt", mit der Ausbreitung seines Einflusses im Stillen Ozean eine „glänzende Errungenschaft" und mit der Erwerbung neuer Rechte in China eine „verdienstvolle Tat" begangen zu haben. Mit spöttischem Bedauern macht die „Dai Nippon" diese Feststellungen und stellt ihre eigenen Forderungen auf, die lauten:

1. Japan muß der „Diktator" bei der Lösung aller Fragen des Fernen Ostens sein.
2. Japan muß eine ehrenhafte Stellung unabhängig von Großbritannien einnehmen und auf diese Weise seine internationalen Rechte und Interessen wahren.
3. Alle Fragen, die gegen das Interesse Japans sind, müssen vom Erdboden verbannt werden.

In bezug auf die chinesische Frage, bedauert die „Nippon" die Zurückhaltung, die Japan bisher geübt hat. Wer sich einer Einmischung Japans in die chinesische Frage entgegenstemmt, muß zur Seite geschoben werden; es wäre falsch, auf die Stimmen einiger mißgestimmter Briten zu hören. Japans Interesse liegt in einem ungeteilten China; es hat ein starkes Interesse daran, daß das Nachbarland geordnet regiert wird. Darauf zu sehen ist die Pflicht Japans; keine Macht hat das Recht, Japan die Führerschaft in China streitig zu machen, solange sich Japan verpflichtet, die Bürgschaft für Aufrechterhaltung der Politik der „offenen Tür" und den Schutz des chinesischen Länderbestandes zu übernehmen.

Zu der Wahrung einer unabhängigen Stellung gegenüber England bemerkt die „Nippon", daß das englisch-japanische Bündnis nach drei Gesichtspunkten hin abgeändert werden müsse, nämlich:

1. im Fall eines amerikanisch-japanischen Krieges leistet England Japan Hilfe,

[1] Die Sperrungen sind von uns angeordnet. Die Schriftleitung.

Digitized by Google

2. die in britischen Gebieten wohnenden Japaner sollen als gleichberechtigt geachtet werden, und
3. beide Länder sollen zu einem Einvernehmen über ihre Interessen in China kommen.

Falls sich England weigert, kündigt ihm Japan die Freundschaft.

Was die „Dai Nippon" unter der Verbannung aller japanfeindlichen Fragen versteht, geht aus dem weiteren Verlauf des Artikels hervor. Kurz zusammengefaßt verlangt das japanische Blatt die unumschränkte Öffnung Kanadas, Australiens und Neuseelands für den Handel und die Einwanderung der Japaner; auch Frankreich und Holland sollen veranlaßt werden, Indo-China und Niederländisch-Indien für die wirtschaftliche Ausdehnung Japans freizugeben. Die Vereinigten Staaten sollen alle Versuche aufgeben, einer japanischen Einwanderung Halt zu gebieten.

Die „Dai Nippon" kommt aber zu dem Schluß, daß mit dem bloßen Verlangen nichts getan ist, wenn keine Macht vorhanden ist, um einen Druck auszuüben. Japan muß nach Ansicht des Blattes zu jeder Zeit in Bereitschaft sein, solange der Krieg in Europa dauert, den Vereinigten Staaten den Krieg zu erklären, und es muß nach dem europäischen Krieg „einen Gegendruck auf das britische Flottenübergewicht ausüben". Ein Krieg mit den Vereinigten Staaten soll nicht unter allen Umständen vermieden werden. Die „Nippon" stellt fest, daß jetzt der Zeitpunkt einer Kriegserklärung geeigneter sei, als später; denn, wenn auch die amerikanische Flotte heute schon stärker ist, als die japanische, wird sich das Verhältnis in den nächsten Jahren noch mehr zuungunsten Japans verändern, und letzteres wird dann nicht mehr imstande sein, Amerika den Fehdehandschuh zuzuwerfen. Ein hartes Wort sagt die „Nippon" zu England. Solange England nichts unternimmt, um die japanischen Interessen zu kreuzen, ist alles schön und gut. Tanzt aber England Extratouren, dann wird das Zusammenwirken der japanischen mit der deutschen Flotte dazu beitragen, England zur Vernunft zu bringen. Das sollte England nicht außer acht lassen.

Die japanische Monatszeitschrift kommt nun auf die Möglichkeit neuer Mächtegruppierungen nach dem europäischen Krieg zu sprechen. Die „Dai Nippon" meint, daß dabei stets mit Deutschland wie mit England

Digitized by Google

als Großmacht zu zählen ist, und daß ein russisch-japanisches Bündnis bei etwaigen Neugruppierungen nur eine zweite Rolle spielen wird. Heer und Flotte dieser beiden Staaten, wenn verbündet, genügten nicht, um Japan oder Rußland gegen einen dritten mächtigen Feind zu schützen. Die wichtigste Frage sei daher, welche dritte Macht sich an ein japanisch-russisches Bündnis anschließen wird. Ob es Deutschland oder England ist, steht nach der Meinung der „Dai Nippon" noch nicht fest. Das japanische Blatt richtet an die Regierung die Mahnung „die ein einziges Mal in einem Jahrhundert wiederkehrende Gelegenheit nicht vorübergehen zu lassen".

Sind die Ausführungen der „Dai Nippon" schon an sich in hohem Maß beachtenswert, so wächst die Bedeutung des Artikels noch dadurch, daß er, wie der „Japan Advertiser" behauptet, von der japanischen Militärpartei inspiriert ist."

Besonders interessant ist der Schluß des Artikels, der zeigt, was auch von japanischen Journalisten kürzlich versichert wurde, daß in Japan weder für England noch für Deutschland eine besondere Vorliebe besteht. Japan will lediglich sich dem Stärkeren anschließen! Wer als Sieger aus dem Weltkriege hervorgeht, dem wird das japanische Bündnis als Lohn dafür in den Schoß fallen.

Aber auch von den Vereinigten Staaten wird England zu bestimmter Stellungnahme gegen Japan, ja sogar zu einem Zusammenschlusse mit den Vereinigten Staaten gegen Japan aufgefordert. In einem ebenfalls im „Ostasiatischen Lloyd" erschienenen Artikel: „Englisch-amerikanische Zusammenarbeit auf dem chinesischen Markte" wird ein äußerst beachtenswerter Artikel aus der „Far Eastern Review" besprochen. Die „Far Eastern Review" wurde bisher als das Organ für die Förderung der amerikanischen Wirtschaftsinteressen in China angesehen, sie scheint jetzt allem Anscheine nach auch für den englischen Handel in China den Boden beackern zu wollen. Das Blatt schreibt:

„England und die Vereinigten Staaten haben die Aufrechterhaltung und Unabhängigkeit Chinas und die Durchführung der Politik der „offenen Tür" verbürgt. Andere Staaten haben dieselbe Bürgschaft übernommen, aber soweit die Chinesen in Frage kommen, sehen sie mit besonderem Vertrauen auf Amerika und England, daß sie ihre Ver-

Digitized by Google

pflichtungen einhalten werden. Keines der Länder steht in dem Verdacht, daß es politische Ziele (in China) verfolgt und keines hat den Wunsch, auf Kosten Chinas Gebietsteile zu erwerben. Ihre Interessen sind rein wirtschaftlicher Art, und die Chinesen sind infolgedessen bereit, die Anlage von englischem und amerikanischem Kapital willkommen zu heißen. Sie haben das Gefühl, daß, je größer die wirtschaftlichen Interessen Englands und der Vereinigten Staaten in China werden, desto größer die Bürgschaft ist, daß China ohne Einmischung sich politisch aufbauen kann. Wie groß auch diese Interessen werden mögen, so sind sich die Chinesen doch sicher, daß keine besonderen Eisenbahnzonen errichtet werden, die Chinas Hoheitsrechte bedrohen. Es ist deshalb sicher, daß die Chinesen ein Zusammengehen Amerikas mit England bei der Erschließung ihrer wirtschaftlichen Hilfsquellen herzlich willkommen heißen werden.

Die „Far Eastern Review" ist der Ansicht, daß es nicht schwer fallen wird, bestimmte Abmachungen für eine solche Zusammenarbeit zu treffen. Die Abmachungen sollen aber rein wirtschaftlich, und nicht politisch sein. Als Beispiel einer englisch-amerikanischen Zusammenarbeit auf kapitalistischer Grundlage wird die British American Tobacco Company angeführt; dieses Unternehmen beweise nicht nur, daß eine gemeinsame Tätigkeit möglich, sondern, daß sie auch erfolgreich sei. Das amerikanische Blatt denkt sich die Zusammenarbeit so, daß die Briten ihre Kenntnis des chinesischen Marktes zur Verfügung stellen, während die Amerikaner ihre Erfahrungen in großen finanziellen und technischen Unternehmen geben. Von beiden Ländern sollen sich die größten finanziellen und industriellen Unternehmen zu gemeinsamer Arbeit zusammenschließen, die dann unter einer Oberleitung die kleinsten Winkel des chinesischen Marktes bearbeiten.

Das ist etwa der Gedankengang des Artikels der „Far Eastern Review". Auf den ersten Blick mag es erscheinen, als verbände sich die angelsächsische Welt zu einem Wirtschaftskampf gegen Deutschland in Ostasien. Aus den einleitenden Bemerkungen des amerikanischen Blatts liest man aber heraus, daß der Kampf nur Japan gilt. Gegen Japan soll sich die Wirtschaftskoalition richten. Nicht Deutschland ist es, sondern Japan, das den britischen Handel in China dem sicheren Zusammenbruch zutreibt."

Digitized by Google

Über das Verhältnis des englischen und japanischen Handels in China gibt ein weiterer von Fritz Secker im „Ostasiatischen Lloyd" veröffentlichter Aufsatz Auskunft. Darin heißt es:

„Im Jahr 1908 hat nach dem Ausweis der chinesischen Seezollverwaltung der Wert des japanischen Handels mit China (Einfuhr und Ausfuhr) 89,6 Millionen Haikuan Taels betragen. Nach dem jetzt vorliegenden Abschluß des Jahres 1915 hat Japans Außenhandel mit China bereits einen Wert von 197,9 und wenn man noch den chinesisch-koreanischen Handel mit einberechnet, fast 210 Millionen Haikuan Taels erreicht. Im Jahr 1908 war der britische Handel mit einem kleinen Unterschied von 5 Millionen Haikuan Taels dem japanischen noch ungefähr gleich. Jetzt genügt aber der direkte Außenhandel Englands mit China, einschließlich des Werts des indisch-chinesischen Handels nicht mehr, den von Japan in den letzten Jahren gemachten Vorsprung einzuholen. Im direkten Handelsverkehr zwischen China und den englischen Inseln wurden im Jahr 1915 nur 103,4 Millionen Yen umgesetzt, während der direkte japanisch-chinesische Handel fast an zweihundert Millionen Taels heranreicht. Wie bescheiden nimmt sich gegenüber diesen Summen der deutsche Anteil am chinesischen Handel aus. Das von politischen Verwicklungen unbeeinflußte Jahr 1913 weist als Wert des direkten deutschen Außenhandels mit China 45,3 Millionen Taels auf, was etwa dem Wert des chinesisch-indischen Handels gleichkommt. In steter, ruhiger Entwicklung hat sich nach der chinesischen Zollstatistik der Wert des direkten deutschen Handels mit China (ohne Hongkong) von 21,1 Millionen Taels im Jahr 1908 auf 45,4 Millionen im Jahr 1913 gehoben. (Tatsächlich ist er unter Berücksichtigung aller Umstände doppelt so hoch gewesen.) 1914 mit 28,7 und 1915 gar mit nur 160,543 Taels können nicht als normale Jahre gelten. Wenn man sich solche Vergleiche wieder einmal vor Augen hält, so sieht man deutlich, wie sinnlos das Geschrei der Briten ist, den gefährlichen deutschen Wettbewerber von dem chinesischen Markt zu verdrängen. Zu sagen, daß Japan ihren Handel allmählich im friedlichen Wettkampf vernichtet und daß sich die britischen Kaufleute gegen diesen Wettbewerb vorsehen müßten, wagen sie allerdings nicht, weil sie alles vermeiden wollen, um kein Stirnrunzeln in Tokio zu erregen. Daß das Aufsteigen des japanischen

Digitized by Google

Handels nur auf Kosten des englischen und nicht auf den des deutschen geht, das beweist der allgemeine Eindruck, den man aus den Erhebungen der chinesischen Seezollverwaltung während des letzten Jahrfünfts gewinnt. Ungeachtet des japanischen Vordringens hat sich der deutsche Handel auf sicheren Grundlagen weiter entwickelt, während der britische kleine Schwankungen, die sich zwischen zehn Millionen Taels bewegen, nicht überwinden konnte. Man hat das Gefühl, daß der britische Handel in China eine Stufe erreicht hat, von der aus es kein Aufwärtsschreiten mehr gibt, sondern nur ein langsames Zurückweichen. Freilich, der japanische Wettbewerb hat in den letzten Jahrzehnten gerade in den Erzeugnissen eingesetzt, die das Rückgrat des britischen Chinahandels bildeten. In den Spinnereien von Manchester und Lancashire und später in den indischen Betrieben da fühlte man zuerst den Wettbewerb der japanischen Konkurrenzunternehmen. Japans Fabriken waren imstande, dieselben, aber billigeren Muster auf den chinesischen Markt zu werfen, und jede Verfeinerung des Produkts wurde in Japan mit einer Verfeinerung beantwortet. Der Krieg hat der japanischen Baumwollindustrie vollends freie Hand auf dem chinesischen Markt gegeben und der Rückgang der britischen Einfuhr nach China innerhalb 1914—15 um fast vierundzwanzig Millionen Mark (also mehr als der gesamte deutsche Handel im Jahr 1908 mit China betragen hat!) wird zum großen Teil auf den Vorstoß der japanischen Baumwollfabrikanten zurückzuführen sein. Eine Statistik über die japanischen Artikel, die eine Mehreinfuhr nach China während des letzten Jahres zu verzeichnen haben, liegt bisher nicht vor. Die Mehrzahl werden aber jedenfalls Erzeugnisse sein, die vor dem Krieg aus England bezogen worden sind und die schon damals unter gleichen Vorbedingungen im friedlichen Wettstreit von den japanischen Kaufleuten langsam verdrängt worden sind."

Bei Vergleichung des britischen mit dem japanischen Handel hat Fritz Secker bemerkt, daß der Handel von Hongkong nicht eingeschlossen sei. Die chinesische Zollstatistik von 1915 gibt über den Anteil Japans und Englands am chinesischen Außenhandel folgende Zahlen an:

Digitized by Google

Der britische Anteil:

Hongkong	252 606	Millionen	Haikuan	Taels
Singapore, Straits . . .	14 274	"	"	"
Britisch-Indien	48 696	"	"	"
England	103 493	"	"	"
Kanada	2 351	"	"	"
Australien	1 799	"	"	"
Südafrika	45	"	"	"
Insgesamt .	423 264	Millionen	Haikuan	Taels

Der japanische Anteil:

Japan (einschl. Formosa) .	197 926	Millionen	Haikuan	Taels
Korea	12 104	"	"	"
Insgesamt .	210 030	Millionen	Haikuan	Taels

Bisher hat es noch keine amtliche englische Statistik (aus leicht begreiflichen Gründen) für notwendig befunden, nachzuweisen, wie groß in Wirklichkeit der rein britische Anteil bei dem Hongkonger Außenhandel ist. Zur Berechnung des direkten deutschen Handelsanteils in Hongkong hat Dr. W. von Kries als Mittel bei der Einfuhr 6,5 vom Hundert der Gesamteinfuhr über Hongkong, und bei der Ausfuhr 5,4 vom Hundert berechnet. Wie sich die Anteile anderer Länder verteilen, darüber fehlen jede Anhaltspunkte. Japan spielt zweifellos in dem Hongkonger Handel eine Rolle, deren Wichtigkeit uns die Zollstatistik verschweigt, weil eben alles unter englischer Flagge segelt. Die Stellung des britischen Handels in Südchina ist daher nur eine künstliche, und wenn einmal die Maske fällt, wird man bald sehen, daß England nicht der Anteil zufällt, den es auf Grund von bloßen Zahlen für sich beansprucht. Der japanische Handel mit China besteht hingegen in ungemischter Form, und er entspricht dem Wert, der ihm in der Zollstatistik zugewiesen wird.

Über die gegenwärtige wirtschaftliche Lage Japans schreibt Fritz Secker weiter:

„Japan ist im Beginn einer großen wirtschaftlichen Ausdehnung, die durch seine inneren wirtschaftlichen Verhältnisse gegeben ist. Die japanische Industrie sucht Absatzgebiete und Rohstoffe zur Verarbeitung.

Digitized by Google

Unermüdlich wirken die amtlichen Kreise und wirtschaftlichen Körperschaften in Japan auf die Erlangung einer wirtschaftlichen Selbständigkeit des Landes. Der Krieg in Europa hat diesen Bestrebungen einen neuen Anstoß gegeben. Um nur einen der vielen Fälle anzuführen, ist auf die japanische Stahlindustrie zu verweisen. Der Bedarf an Stahl in Japan wird mit dem Ausbau der Schiffbauindustrie immer größer; mit dem Verbrauch kann die einheimische Stahlerzeugung nicht Schritt halten. Von den 1,4 Millionen Tonnen, die Japan jährlich an Stahl verbraucht, können nur knapp dreihunderttausend Tonnen im Land selbst angefertigt werden, weil es an Eisenerzen mangelt. England und Amerika sind die Hauptstahllieferanten Japans. Infolge des Krieges hören von dort die Zufuhren auf, und Japan ist auf sich selbst angewiesen. Der Mangel an Eisen ist eine der Haupttriebfedern der wirtschaftlichen Ausdehnung Japans in China. Japan will nicht über den Stillen Ozean gehen, um dort seine Hilfsquellen für Eisen zu suchen, sondern will die chinesischen Eisenerzgruben organisch in seinen wirtschaftlichen Kreislauf einfügen. Das gilt auch für andere Rohstoffquellen, die die japanische Industrie braucht. Die japanische Goldreserve hat während des Krieges eine gewaltige Stärkung erfahren; es ist nicht ausgeschlossen, daß Japan eines Tages als Geldgeber auf dem chinesischen Finanzmarkt erscheinen wird und gegen wirtschaftliche Zugeständnisse zu Anleihen bereit ist."

Der „Ostasiatische Lloyd" galt bisher stets als eine gut unterrichtete Zeitschrift, namentlich in den Fragen Chinas und Japans. Wir sind daher wohl berechtigt, den Inhalt der oben erwähnten Auszüge als wahr zu unterstellen. Aus diesen Mitteilungen geht hervor, daß der japanische Handel in China sich fortgesetzt auf Kosten des englischen ausdehnt, während der deutsche nur langsam fortschreitet und der englische stark zurückgeht. Bei den konservativen Methoden des englischen Handels dürfte es diesem schwer sein, mit Erfolg den Wettbewerb mit dem japanischen Handel aufzunehmen. Wird doch aus Indien und den andern Absatzgebieten Englands im fernen Osten dieselbe Erscheinung berichtet. Japan nimmt also im fernen Osten immer mehr und mehr diejenige Stellung ein, die Deutschland England gegenüber in Europa inne hat und die England veranlaßt hat uns in diesem Weltkriege zu bekämpfen, um uns zu vernichten.

Digitized by Google

Besonders interessant ist das Zitat aus der Monatsschrift „Dai Nippon“ in welchem England vor Extratouren durch die Drohung eines Zusammenwirkens der japanischen mit der deutschen Flotte gewarnt wird. Ebenso die Erklärung, daß das japanisch-russische Bündnis nicht ausreiche und durch ein solches mit England oder Deutschland ergänzt werden müsse. Es kann hiernach wohl keinem Zweifel unterliegen, daß Japans Wahl von dem Ergebnisse des Weltkrieges abhängen wird: dem Sieger im Weltkriege wird Japan seine Freundschaft antragen. Wenn, wie wir nicht zweifeln, Deutschland der Sieger ist, dann ist mit ziemlicher Sicherheit ein Kampf zwischen England und Japan in Ostasien zu erwarten. Daß für diesen Fall eine japanische Zeitung bereits mit dem Zusammenwirken der deutschen und der japanischen Flotte droht, ist kennzeichnend. Indes ganz so leicht, wie die Herren Japaner zu denken scheinen, dürfte Deutschland über sich doch nicht verfügen lassen. Ein Bündnis mit Japan könnte für uns — falls es nicht als bloßes Defensiv-Bündnis abgeschlossen wird — einen neuen Krieg mit England zur Folge haben, in welchem wir den gegen Japan gerichteten Hauptstoß der englischen Flotte auszuhalten hätten. Schon hieraus ergibt sich, welchen Wert ein Bündnis Deutschlands mit Japan für letzteres haben muß: Japan muß also auch bereit sein, für dieses Bündnis und die von Deutschland damit zu übernehmende Gefahr einen entsprechenden Preis zu zahlen. Diejenigen, die immer wieder Deutschland dazu drängen wollen, sich Japan als Bundesgenossen anzubieten, verkennen die wahren Interessen Deutschlands: nicht wir brauchen Japan, sondern Japan braucht uns! So willkommen uns an sich ein Bündnis mit Japan als Rückversicherung gegen England sein dürfte, bei Abschluß eines solchen Bündnisses wird unsere Diplomatie darauf achten müssen, daß das Risiko mit dem von Japan gezahlten Preise im richtigen Verhältnis steht.

Griechenland an Stelle von Italien!

Von Dr. Alfred Pfleiderer

In dem Heft 34 vom 18. August wurde die Schrift von Prof. Dr. Ludwig Geiger „Los von Italien?“ angezeigt und berichtet, „daß G. an der kulturellen Verbindung zwischen Deutschland und Italien festhalte,

Digitized by Google

deren Bedeutung auch für unsere Kultur durch die Ergebnisse ihrer Jahrhunderte alten Entwicklung erwiesen worden sei".

Die Zukunft unserer Kulturverbindungen mit dem Auslande wird sich, unbekümmert um unsere politischen und wirtschaftlichen Verbindungen mit den einzelnen Ländern, wieder ihren Weg bahnen. Auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete muß es aber auf Jahrzehnte hinaus bei dem Rufe bleiben: „Los von Italien! — Griechenland an Stelle von Italien!" Ich schreibe das durchaus nicht aus irgendwelcher Anwandlung von „Graecomanie", sondern aus der nüchternsten Beurteilung der heutigen und künftigen Sachlage heraus.

Der Hauptgrund ist der, daß die Richtung unserer politischen und wirtschaftlichen Betätigung auf unabsehbare Zeit hinaus die Richtung gegen Mesopotamien und den Indischen Ozean beibehalten muß. In der Verfolgung dieser Richtung würden wir durch die Berücksichtigung Italiens vom Ziel abgelenkt. Das würde jedenfalls so lange eine gefährliche Zersplitterung unserer Kräfte darstellen, bis unser Kriegsverlust an Menschen und Kapital wieder einigermaßen gedeckt ist. Dagegen liegt Griechenland nur ganz wenig seitab von dieser Richtung; es gehört bei der verzwickten Durcheinandermengung der Völker und Stämme, die auf der Balkanhalbinsel herrscht, sogar untrennbar zu dem hoffentlich für immer mit uns verbündeten Bulgarien und der Türkei und wird durch die Weiterentwicklung der Geschichte wohl immer enger an uns und den kommenden „Eurasischen (eurasisch = europäisch-asiatisch) Staatenverband" angeschlossen werden.

In wirtschaftlicher Beziehung gibt es nichts Wichtiges, was uns nicht Griechenland ebenso gut oder noch besser als Italien liefern könnte, besonders wenn die Übergangszeit vorüber ist und sich die Erzeugungswirtschaft Griechenlands an unsere Bedürfnisse angepaßt hat.

In Beziehung auf die Verkehrsmöglichkeiten sind wir Griechenland gegenüber sogar besser daran, als Italien gegenüber. Sehr wichtig ist in bezug auf die Einfuhr von Lebensmitteln aus Griechenland die Möglichkeit, von der Donau aus durch das Morawa- und das Wardar-Tal einen Schiffahrtskanal zu bauen. Darauf weist auch der ungarische Ministerialrat v. Kvassay in seinem Büchlein „Die ungarische Donau..." (Stuttgart, Franckle, 1916) hin. Massengüter können eben

Digitized by Google

billig nur zu Schiff verschickt werden, und diese Möglichkeit, eine Schiffahrtskanalverbindung mit Italien zu schaffen, ist unvergleichlich viel geringer, als dies bei Griechenland möglich ist. Auf dem gleichen Wege könnten wir dann Griechenland mit Kohlen und Qualitätswaren versorgen und so Griechenland unabhängiger von England machen und fest an uns ketten.

In archäologischer, geschichtlicher, landschaftlicher und ethnographischer Beziehung bietet uns Griechenland mindestens gleich viel, wenn nicht mehr, als Italien. Und soweit ich die Verhältnisse kenne, ist die Bevölkerung Griechenlands nicht so entartet wie die Italiens. Ihr wirtschaftlicher und kultureller Zustand ist zwar gering entwickelt, aber die Verhältnisse, insbesondere die Bodenverhältnisse, sind nicht so hoffnungslos auf Abwegen festgefahren, so daß in Griechenland viel eher eine Aufwärtsentwicklung zu erhoffen ist, als in Italien.

Religionspsychologisches hinter der Front

Von E. Fuchs

Das 26. Heft der „Deutschen Politik" von 23. Juni 1916 brachte einen Artikel von P. Göhre, „Religionspsychologisches aus dem Schützengraben". In diesem Artikel stellt er fest, daß er mit ganz verschwindenden Ausnahmen niemals eine Äußerung religiösen Lebens bei einem der Kämpfer, mit denen er in Berührung kam, wahrgenommen habe. Er zieht daraus die Folgerung, daß der Krieg in religiöser Hinsicht unser Volk unverändert lasse. Auf katholischer Seite bleibe die warm umhegte, von der Autorität gepflegte Frömmigkeit, auf protestantischer Seite ein kleiner Kreis wirklich Frommer, ein großer Kreis Entkirchlichter, und dazwischen nochmals ein kleiner Kreis Suchender.

Nun hat ohne Zweifel P. Göhre richtig beobachtet. Wo die Truppen in überwiegendem Maße aus Menschen protestantischer Herkunft bestehen, wird man nur sehr selten irgendeine Äußerung religiösen Lebens beobachten können, — wenn man sie da sucht, wo Göhre sie sucht und wo wir alle unserer intellektuellen Schulung und individualistischen Kultur nach sie zu suchen gewohnt sind, in Äußerungen individueller Art, Gebet, Gottesgedanken, gegenseitigem Trösten und Stärken durch religiösen

Digitized by Google

Zuspruch. Derartige Äußerungen religiösen Lebens fehlen so völlig, daß ja die protestantische Kirche selbst zu der Anschauung kam, die Masse ihrer Glieder sei der Religion verloren. Bis zur Austrittsbewegung stand ich selbst unter diesem Eindruck. Hier habe ich aber erlebt, mit welch zäher, nicht einen Augenblick wankender Entschlossenheit diese Bewegung von der überwältigend großen Maße der „Entkirchlichten" abgelehnt wurde. Nur in den großen Städten war die Stimmung ihr gegenüber eine andere. Ist das wirklich nur Gleichgültigkeit? Diese Frage bewegte mich seit jener Zeit. Die Erfahrungen seit Kriegsbeginn haben mir die endgültige Antwort gebracht. Ganz deutlich betrachten die Glieder der protestantischen Kirche in ihrer großen Mehrzahl diese als ihre geistige Heimat. Entfremdet sind sie dem gottesdienstlichen Leben und der gebräuchlichen Gedankenwelt dieser Kirche. Sie stehen unter der Herrschaft naturwissenschaftlicher Weltanschauung, also im Gegensatz zu allem Wunderhaften in der kirchlichen Lehre. Doch scheint mir dieser Gegensatz nicht so stark, daß er die Entfremdung vom gottesdienstlichen Leben herbeigeführt hätte. Noch stärker wirkt der Gegensatz gegen die Ethik (Sittenlehre) des patriarchalischen Lebens, Demut, Gehorsam, Unterordnung, der sie die Ethik des zur Selbständigkeit und Freiheit berufenen Menschen und seines Eigenwertes entgegensetzen. Gerade der Gottesdienst scheint ihnen eine Darstellung jener patriarchalischen Ethik. Hier wird der erwachsene Mensch von einem obrigkeitlich berufenen Beamten sittlich erzogen, ermahnt, gebessert. Das widerspricht dem trotzigen Bedürfnis der Selbständigkeit, das um so trotziger ist, je mehr diese Selbständigkeit erst eine werdende ist.

Dieser Entfremdung von gottesdienstlichem Leben und kirchlicher Gedankenwelt gegenüber steht aber eine um so stärkere Anhänglichkeit an bestimmte kirchliche Sitten: Taufe, Trauung, Beerdigung, Konfirmation. — Wie wichtig ist draußen selbst in den wildesten Kämpfen unsern Leuten die Beerdigung. Dem toten Kameraden, ja dem toten Feind für eine geordnete Beerdigung zu sorgen, ist ihnen immer wieder eine heilige Pflicht. Wie schwer wiegt ihnen der Vorwurf gegenüber den Franzosen, daß sie darum so wenig besorgt sind, daß sie ihre Toten selbst da, wo die Möglichkeit vorliegt, oft nur in der oberflächlichsten Weise einscharren. — Hier tritt das hervor, was die wirkliche Frömmigkeit unseres Volkes ist: Frömmigkeit der Sitte ist sie. In bestimmten feierlichen Handlungen

Digitized by Google

fühlt man sich der das Leben weihenden und umgrenzenden Macht gegenüber, über deren Wesen und Walten man weder ein Phantasiebild noch einen Gedanken hat. Deshalb ist diese Frömmigkeit auch eine wortlose Frömmigkeit, die höchstens in einem Liede — und auch hier mehr in der Melodie und der Grundstimmung des Liedes als in den einzelnen Gedanken desselben, Ausdruck und Erbauung findet. Das gilt von dem mächtigen „Ein feste Burg ist unser Gott..." und dem sehnsüchtigen Volkslied „Wo findet die Seele die Heimat, die Ruh..." Hier tritt eine sehr starke Verwandtschaft der beiden deutschen Volkskirchen, der katholischen und protestantischen hervor. Nur ist die katholische Kirche sehr viel bewußter auf diese Tatsache eingestellt, während die protestantische bewußt die Kirche des Wortes sein wollte und diese Frömmigkeit der Sitte fast gänzlich unberücksichtigt ließ.

Näher betrachtet liegt der Unterschied doch auch wieder tiefer. Das protestantische Volk beugt sich nicht jeder kirchlichen Sitte, wie das katholische, dessen Autoritätsbewußtsein gerade hier sehr stark zum Ausdruck kommt. Das protestantische Volk wählt sich seine Sitten aus. Selbst eine kirchlich so wichtige Sitte, wie der Abendmahlsbesuch, wird von ihm völlig in den Hintergrund geschoben. Konfirmation, Beerdigung, Taufe und, in einigem Abstand davon, Trauung sind ihm die wichtigen Sitten. Sieht man genau zu, so findet man den Grund dieser Auswahl. Am deutlichsten ist er bei der Beerdigung. Es handelt sich um Sitten, die Wert und Würde des Menschentums zum Ausdruck bringen. Auch Göhre stellt fest, daß bei Predigten die Aufmerksamkeit auf die ethischen Gedanken vor allem gerichtet wird. Doch wäre es falsch, daraus den Schluß zu ziehen, daß nur sittliches, nicht religiöses Bewußtsein hier walte. Gerade deshalb braucht man ja den Ausdruck der Sitte, weil man über den Gedanken hinaus die Berührung mit einer heiligen, übermenschlichen Macht in den Augenblicken des Menschenlebens, die besonders Menschenschicksal und Menschenwürde berühren, wünscht. So wünscht man diesen Ausdruck heiliger Würde beim Eintritt ins Leben, beim Eheschluß, beim Abschluß der Kindheit und Übergang zur Mitarbeit mit den Erwachsenen. (Das bedeutet im Volksleben die Konfirmation.)

Hat man einmal das begriffen, so erscheinen Kirche und Kirchenaustrittsbewegung wie zwei Kämpfer, die mit den Stangen in der Luft

Digitized by Google

herumfahren und sich nicht treffen. Beide kämpfen darum, die Masse des Volkes für eine bestimmte Gedankenwelt zu gewinnen. Die Masse unsers Volkes ist gegen beides gänzlich gleichgültig, lebt ihr religiöses Leben in Sitten. Hier ist oft auch der „konservativ", der intellektuell und sozial sehr „radikal" ist.

Hier liegt aber der für alle Politik wichtige Punkt. Schon der Liberalismus hat seine Wirksamkeit im Volksleben mit schweren Hemmungen belastet, weil er die Gleichgültigkeit gegen die kirchliche Gedankenwelt für religiöse Gleichgültigkeit nahm. Dasselbe geschah und geschieht in der Sozialdemokratie. Ja für die ganze Führung der innern und äußern Politik ist es verhängnisvoll geworden, daß man mit den Kräften oft nicht rechnete, die das Volksleben sehr maßgebend beeinflussen und gestalten. Man stelle nur das Verhalten des protestantischen Volksteiles gegenüber den kirchlichen Sitten neben das des katholischen, um zu zu sehen, wie verschieden im selben Volke die Menschen empfinden, wenn sie durch einige Jahrhunderte kirchlich verschieden erzogen sind. Man wird daraus ein Gefühl bekommen, daß man das eigene Volk und fremde Völker weder kennt noch richtig behandeln kann, wenn man nicht ihr religiöses Leben und ihre religiöse Eigenart mit berücksichtigt. Man wird aber auch erkennen, wie sehr man die Wirkung der gesammelten sittlichen Volkskraft in innerer und äußerer Politik abschwächt und hemmt, wenn man diese Dinge nicht sieht und nicht sehen will, ja mißachtet.

Ich denke da z. B. an unser Verhältnis zu nichtdeutschen Volkssplittern im Deutschen Reiche, an die Auslandsdeutschen, an unsere kolonisatorische Tätigkeit. Wie können wir hoffen Volksstämme, die durch die volle Kraft eines einheitlichen religiösen, kirchlichen Lebens durchdrungen sind, wie die Polen in ihrer katholischen, die Dänen in ihrer protestantischen Eigenart, durch deutsche Eigenart zu durchdringen, wenn diese deutsche Eigenart eben nur als eine unpersönliche Kultur zu ihnen kommt, die deutschen Einzelmenschen aber ihr religiöses Leben nur im Verborgenen zu haben wagen, weil es im öffentlichen Leben durchweg als etwas behandelt wird, was man nicht haben darf oder selbstverständlich nicht hat. So wirkt alles Deutschtum nur in einer gewissen Gebrochenheit und Zersplitterung auf jene Fremden und diese fühlen sich doppelt sicher und zu Hause in der starken Eigenart ihres Volkstums. Wie kann man kolonisieren, wenn

Digitized by Google

man im innersten Kernpunkt des Wesens, wo die Frömmigkeit sitzt, sich selbst so mißversteht, wie es viele Deutsche tun, oder der starken deutschen Eigenart, die in der Frömmigkeit des andern zum Ausdruck kommt, entgegenwirkt, während man doch mit ihm deutsches Wesen verbreiten sollte und müßte? — Hier haben die alten, so vielfach als „eng" verschrienen pietistischen Kreise unseres Volkes sehr viel mehr Weitblick bewiesen als sämtliche Parteien und Kaufleute des deutschen Volkes. Sie haben in kraftvollster Weise in ihrer Mission deutschen Geist und deutsches Empfinden unter die Völker getragen und ihm Achtung und Liebe erworben. Gleichzeitig haben andere deutsches Empfinden, wo es ihnen unter Gestalt deutscher Frömmigkeit entgegentrat, mißachtet und bekämpft und mitgeholfen, die Stoßkraft deutschen Volkstums zu zersplittern. Nun liegt ganz gewiß im modernen deutschen Leben ein Streben nach Bewußtheit. Die Menschen werden selbständiger. Immer weniger können sie ihr geistiges Leben in überlieferten Instinkten und Sitten, sie wollen und müssen es als bewußte Überzeugung haben. Hier setzt der Kampf der Weltanschauungen ein, der bleiben wird und muß und auch ein Stück deutscher Eigenart und Gewissenhaftigkeit darstellt. Man soll sich aber darüber klar sein, daß es gilt den Menschen in ihrer Weltanschauung zu einem Verständnis von sich selbst zu helfen, nicht sie gemütlich zu entwurzeln. Macht man ihnen Sitten und Gebräuche verächtlich, über die hinaus sie tatsächlich keine Tiefe und Kraft und Klarheit in ihrem persönlichen Leben haben, so schwächt man sie aufs bedenklichste. Das ist das Schicksal vieler entwurzelter Glieder unsers Volkes. Mit der Loslösung von der religiösen Sitte zerbricht ihr innerer Halt und ihre Selbständigkeit. Man handelt so unter dem falschen Gedanken, daß man den Menschen von heute auf morgen eine Weltanschauung geben kann. Aber die Menschen müssen erst dazu erzogen, gebildet werden, eine Weltanschauung zu haben. Die Millionen, die bis jetzt nur religiöses Leben, Gemütsleben überhaupt, als Sitte haben können, werden durch solche Bestrebungen gefährlich geschädigt. Deshalb müssen die Kirchen, alle religiösen Richtungen, aber auch die politischen Parteien lernen, diese unbewußte oder halbbewußte Frömmigkeit zu sehen, zu schonen, zu berücksichtigen und in Rechnung zu stellen. Erst von da aus ist der Boden einer gesunden, Kraft und Fortschritt bringenden Beeinflussung unseres Volkes und Verwendung seiner sittlichen und religiösen Kräfte nach innen und außen gegeben.

Digitized by Google

Wer so ins Volksleben sieht, wird auch den Punkt sehen, an dem die religiöse Einigung unsers Volkes möglich ist. Es ist unmöglich, katholisch erzogene Menschen von heute ab zu behandeln und zu nehmen wie Protestanten. Es ist unmöglich, von heute ab protestantisch erzogene Menschen innerlich stark zu erhalten durch Monismus und freireligiöse Frömmigkeit. Zu dem allem müssen die Menschen erst sich bilden, hindurchwachsen, erzogen werden. Nun sollten wir doch deutlich sehen, daß jede dieser Richtungen religiösen Lebens im Kriege eine Kraft für Menschen geworden ist. Wir sollten auch deutlich sehen, daß jede von ihnen Kraft deutschen Wesens entfaltet und in ihren Anhängern gebildet hat. Sollten wir uns nicht zunächst einmal darauf einigen können, daß wir jeder deutschen religiösen Richtung und Bewegung allertiefste Hochachtung schulden, weil in ihr ein Stück deutschen Gemütslebens zum Ausdruck kommt? Das haben wir zu achten, auch wenn die deutsche Eigenart unsers eigenen Wesens einen andern Ausdruck sucht und bedarf. Darin läge dann allerdings schon die zweite Anerkennung, daß es in Deutschland Menschen gibt, die auf andere Weise fromm und deutsch sein müssen wie wir. Es gibt Deutsche, die können nur als deutsche Katholiken, es gibt Deutsche, die können nur als deutsche Protestanten, es gibt Deutsche, die können nur als Monisten, Freireligiöse usw. sittlich wahr und stark und dem Vaterland wertvoll sein. Sobald wir das erkennen, werden wir beginnen in all diesen religiösen Richtungen die gemeinsame Arbeit am deutschen Gemüt zu sehen und zu lieben. Der Kampf wird sich dann darauf beschränken, wer dem deutschen Gemüt den klarsten und wahrsten Ausdruck seiner Innerlichkeit bietet, die größte Stärkung seiner Kraft bringen kann, wer diesen oder jenen zur innern Selbständigkeit, Klarheit und Kraft führen kann. Die Gehässigkeit, die Bitterkeit, das Streben, sich gegenseitig die Möglichkeit des Wirkens zu nehmen, wird aufhören. Damit aber werden wir dem deutschen Gemütsleben und der deutschen Innerlichkeit eine freudigere Wirksamkeit nach innen und eine mächtige Stoßkraft nach außen sichern, die es für die kommende Zeit sehr notwendig braucht.

Es ist ja falsch — wie schon erwähnt — zu glauben, daß ein Volk andere Völker oder Volksteile an sich heranziehen kann, wenn es in sich selbst religiös unklar oder gebrochen ist. Das war die große Schwäche der ver-

Digitized by Google

gangenen Zeit. Wir werden die ungeheuren Aufgaben der Zukunft nur löſen können, wenn wir mit voller, klarer, ungebrochener Innerlichkeit an ſie herantreten. Dazu gehört aber auch, daß wir unſer Volk und ſeine Innerlichkeit und deren Äußerungen kennen, uns in ſie hineinſtellen und mit ihr leben. Das war der Fehler vieler „Gebildeten", daß ſie davon gar keine Vorſtellung hatten und dachten, das Volk lebe in Gedanken wie ſie. Hoffentlich gelingt es uns mehr und mehr, das Innenleben unſers Volkes wirklich zu erkennen in ſeinen Sitten. Ich erfuhr bei fortſchreitendem Beobachten des Volkslebens, daß wir uns dem Tiefſten und Beſten dieſer Volksinnerlichkeit immer verwandter fühlen, je klarer wir es ſchauen. Wir merken dann, daß wir „Intellektuellen" in der Form des Gedankens oft nur das haben, was das Volk als Sitte beſitzt und fühlt — viele im Volk ſtärker und tiefer — trotz des fehlenden Gedankens — als wir. Dann ſchließt ſich die Kluft der „Bildung", die uns vom Volke trennt und die unſer Volk ſo gefährlich zerſplittert, und auch darin wird die einheitliche Stoßkraft wieder hergeſtellt. Um für ſie zu wirken, ſind dieſe Worte niedergeſchrieben. Es wäre gar nicht ſo ſchwer, ſie zu erreichen, wenn nur die Unklarheiten über das Weſen des deutſchen Volkes, die große Fremdheit der „Gebildeten" ihm gegenüber ſchwände.

Doſtojewſki als Politiker

Von Dr. Lauterberg

Eine Auswahl aus Doſtojewſkis politiſchen Aufſätzen erſchien bereits 1907 in deutſcher Überſetzung, aber erſt der Krieg mit Rußland hat unſere Preſſe und Kritik veranlaßt, ſich eingehender mit ihnen zu beſchäftigen. Freilich hat man ſich meiſt damit begnügt, eine größere Anzahl unfreundlicher Äußerungen über Deutſchland aneinander zu reihen und ſich dann zu entrüſten, daß ein Mann von ſolcher Denkungsart gerade unter Deutſchen ſo viele Bewunderer habe finden können. Oder man hat Doſtojewſkis Urteile über England und Engländer zuſammengeſtellt, die noch ſchärfer und unfreundlicher ſind, als die über Deutſchland — um auf dieſe Weiſe die Widerſinnigkeit des engliſch-ruſſiſchen Bündniſſes darzutun. In Wirklichkeit iſt es Doſtojewſki weder um Deutſchland, noch um England zu tun. Über Frankreich hat er ſich genau ſo abſprechend ge-

Digitized by Google

äußert. Frankreich, Deutschland, England sind für ihn, den Slawophilen, trotz aller individuellen Verschiedenheiten doch ein Ganzes — Westeuropa oder Europa schlechthin — dem die östlich-slawische Welt ebenfalls als Ganzes gegenüber steht. Oder richtiger — dieses Ganze ist gerade im Begriffe, sich zu bilden, während Westeuropa sich mitten in der Auflösung befindet. „Wir haben eine in der ganzen Welt beispiellos dastehende politische Einheit geschaffen, während in Europa, unter anderen politischen und geographischen Verhältnissen, die Wissenschaft zur höchsten Blüte gedieh. Aber während sie wuchs und erstarkte, schritt der sittliche und politische Verfall fast aller Länder Europas immer weiter fort. Also ward jedem das Seine gegeben, und es fragt sich noch, wer den andern mehr zu beneiden hat. Die Wissenschaft werden wir uns schon in jedem Falle aneignen, was aber wird aus der politischen Einheit Europas? Ob nicht die Deutschen noch vor 15 Jahren[1] gerne bereit gewesen wären, die Hälfte ihres wissenschaftlichen Ruhmes für eine solche Macht der politischen Einheit hinzugeben, wie wir sie schon Jahrhundertelang besaßen? Die Deutschen glauben sich jetzt eine starke politische Einheit geschaffen zu haben, damals aber gab es noch kein Deutsches Reich und, so sehr sie uns auch verachteten — im Stillen haben sie uns beneidet. Also nicht um Wissenschaft und Industrie handelt es sich, sondern darum, ob wir sogenannten Kulturmenschen, die durch die europäische Schule gegangen sind, in sittlicher Beziehung etwas wesentlich Besseres geworden sind, als das Volk, und ob wir ihm mit unserer europäischen Kultur wirklich einen so kostbaren Schatz gebracht haben?"

Dostojewski will damit nicht sagen, daß Rußland die europäische Zivilisation überhaupt nicht nötig gehabt hätte. Im Gegensatz zu manchen anderen Slawophilen betrachtet er das Reformwerk Peters des Großen als historische Notwendigkeit, er behauptet aber, „daß die europäische Zivilisation bei uns ihr Werk schon vollendet hat; wir haben sie schon ganz erlebt; haben alles, was wir von ihr brauchten, in uns aufgenommen und betreten nun wieder frei unsern eigenen Boden. Das tut nichts, daß die Zahl der „Zivilisierten" bei uns noch nicht groß ist. Nicht auf die Zahl kommt es an, sondern darauf, daß der durch die europäische Zivilisation bei uns hervorgerufene Umwandlungsprozeß zu seinem geschicht-

[1] Der Aufsatz, dem dieses Zitat entnommen ist, erschien im April 1876.

Digitized by Google

lichen Abschluß gelangt ist, daß ein neuer beginnt, und vor allem — daß sich man bei uns dessen schon bewußt geworden ist."

Daß dieses Zukunftsbild dem Westeuropäer nicht gerade sehr verlockend erscheint, wird man begreiflich finden. Daher auch das Mißtrauen, mit dem man von jeher die Balkanpolitik Rußlands verfolgte, in der man mit Recht die ersten und entscheidenden Schritte zur Verwirklichung dieses Zukunftsprogramms sah. Nun höre man aber, wie Dostojewski dieses Mißtrauen zu entkräften sucht. Es erklärt sich einfach daraus, daß Europa das so ganz anders geartete Rußland mit seinem westlichen Maßstabe mißt. Das römische Weltreich und nach ihm der Katholizismus waren auf der Idee des Zwanges und der Gewalt gegründet, und der Sozialismus ist es ebenso; er ist „nichts anders, als die treueste und geradeste Fortsetzung der katholischen Idee, ihre endgültige Vollendung, ihre verhängnisvolle Folge, von Jahrhunderten ausgearbeitet". Dieser romanischen „gewaltsamen Vereinigung der Menschen" tritt nun der germanische Protestantismus entgegen, dessen Anfänge bis in die Zeiten des Arminius und Theoderich zurückreichen. Aber Deutschland, das so fest davon überzeugt ist, daß „niemand an seiner Stelle der Führer der Menschheit werden und ihr die Wiedergeburt bringen könne" — Deutschland hat „in all den neunzehn Jahrhunderten seiner Existenz nichts andres getan, wie eben nur protestiert, hat nur der Verneinung seines Feindes gelebt, so daß in Zukunft vielleicht etwas überaus Seltsames geschehen kann: daß nämlich, wenn Deutschland dereinst alles zerstört haben wird, wogegen es neunzehn Jahrhunderte lang protestierte, es geistig selbst wird sterben müssen, unmittelbar nach seinem Feinde, einfach, weil es dann keinen Grund mehr haben wird, zu leben: denn es wird ja nichts mehr geben, wogegen es protestieren kann!"

Gegenüber romanischer Vergewaltigung und germanischer Verneinung besitzt das Slawentum seinen positiven orthodoxen Glauben: unter seinem Banner wird Rußland erst die Slawen einigen und dann ein neues Europa schaffen. Das bedeutet aber keine Vergewaltigung und Unterdrückung der andern Völker, denn der wesentlichste Zug des russischen Charakters ist eben seine Universalität, seine Allmenschheit. „Der Russe hat nichts von der Undurchdringlichkeit und Unnachgiebigkeit des Europäers. Er lebt sich mit allem und in alles ein. Er fühlt mit allem Mensch-

Digitized by Google

lichen ohne Unterschied der Nationalität, des Bluts und des Bodens. Er hat den Instinkt des Allgemein-Menschlichen, der ihn dieses auch in den exklusivsten Eigentümlichkeiten anderer Völkern erkennen läßt. . ." So kämpft auch Rußland für die Einigung der Slawen nicht aus Eigennutz, sondern im Dienste des Menschheitsgedankens. Die russische Politik ist nie durch den Gedanken an den eigenen Vorteil bedingt gewesen. „Rußland hat fast immer fremden Interessen gedient mit einer Uneigennützigkeit, die Europa in Staunen setzen müßte, wenn es imstande wäre klar zu sehen, statt, wie immer, uns mit Mißtrauen und Haß zu betrachten. Aber an Uneigennützigkeit glaubt in Europa niemand, am wenigsten an die Uneigennützigkeit Rußlands, — eher setzt man Schlauheit oder Dummheit voraus. Wir brauchen aber ihre Urteile nicht zu fürchten: in dieser selbstverleugnenden Uneigennützigkeit Rußlands ist seine ganze Kraft, sein ganzes Wesen und seine ganze Zukunft. . ."

Soweit Dostojewskis Theorien. Wie setzen sie sich nun aber in die Tat um? Da fällt uns gleich eins auf. Vom Deutschen heißt es einmal: „Es kommt ihm lächerlich vor, selbst nur anzunehmen, daß auch anderswo in der Welt irgendeine besondere Idee — meinetwegen nur im Keime — leben solle, eine Idee, die das zur Führung der Welt bestimmte Deutschland nicht gleichfalls haben könnte." Das heißt: wenn zwei dasselbe tun, so ist dies doch nicht dasselbe. Der Russe besitzt den „Instinkt des Allgemein-Menschlichen"; wenn aber der Deutsche ihn auch zu besitzen behauptet, so ist das eine grobe Anmaßung! Und eben darum hat Rußland allein Anspruch auf Weltherrschaft. Die meisten politischen Aufsätze Dostojewskis sind in den Jahren 1873—1878 entstanden, als der Türkenkrieg und die Befreiung der Balkanslawen die Gemüter in Rußland so stark bewegten. Und immer von neuem wiederholt Dostojewski sein „ceterum censeo Carthaginem esse delendam"[1] — „Konstantinopel muß uns gehören, es muß von uns erobert werden und muß bis in alle Ewigkeiten in unserm Besitz verbleiben." Rußland hat ein Recht darauf, als Beschützer der Orthodoxie. Nicht als Hauptstadt des russischen Reiches, auch nicht als Metropole des geeinten Slawentums, sondern als Heiligtum der orthodoxen Kirche muß Konstantinopel in russische Hände

[1] „Übrigens meine ich, Carthago müsse zerstört werden", mit diesen Worten pflegte der alte Römer Cato jede seiner Reden zu schließen.

Digitized by Google

übergehen. Warum aber gerade in russische? Darauf antwortet der Realpolitiker Dostojewski: „Das Slawentum ohne Rußland würde sich dort im Kampf mit dem Griechentum aufreiben; den Griechen allein aber kann Konstantinopel jetzt schon gar nicht überlassen werden: man kann ihnen keinen so wichtigen Punkt des Erdballs in die Hand geben; dazu sind sie zu unbedeutend." Hier kommt der Pferdefuß schon recht deutlich zum Vorschein, und noch mehr ist das der Fall, wenn Dostojewski den Vorschlag Danilewskis, Konstantinopel in den gemeinsamen Besitz aller östlichen Völker übergehen zu lassen, verwirft: „Wie kann Rußland sich im Besitze dieser Stadt mit andern Völkern teilen, wenn Rußland ihnen in jeder Beziehung weit überlegen ist, nicht nur jedem einzelnen Balkanvolk, sondern auch allen diesen Völkern zusammen genommen? Nur Rußland ist der Aufgabe gewachsen, Konstantinopel zu beherrschen, denn wir dürfen nicht die dazu gehörige Umgebung, den Bosporus und die Dardanellen vergessen. Nur Rußland kann dort ein Heer und eine Flotte halten. Uns allein soll die Stadt gehören; wir aber können dann, wenn wir sie beherrschen, alle Slawen und meinetwegen auch noch alle andern Völker der Welt mit der Gewährung der größten Freiheiten in ihr aufnehmen — aber keine Föderation zusammen mit den Slawen!" Dostojewski gibt sich keinerlei Täuschungen darüber hin, daß weder die Slawen noch die andern Völker über dieses russische Protektorat „unter Gewährung der größten politischen Freiheit" sehr entzückt sein dürften. Im Gegenteil, er ist fest überzeugt, „daß Rußland noch nie solche Verleumder, Neider und sogar so bittre Feinde gehabt hat, wie es alle diese Slawen sein werden, wenn Rußland sie befreit haben wird und Europa sie als Befreite wird anerkennen müssen". „Rußland wird dieses ganze Jahrhundert hindurch nur gegen ihre Beschränktheit und gegen ihren Eigensinn zu kämpfen haben, desgleichen gegen ihre schlechten Angewohnheiten und den Verrat am Slawentum, Verrat um europäischer Formen willen in politischen und sozialen Dingen." Das heißt: was Slawentum ist, weiß nur Rußland allein, und wer anders darüber denkt, ist ein Verräter und muß bekämpft werden. Rußland, mit seinem Instinkt für das Allgemein-Menschliche, weiß eben besser, was andern Völkern nottut, als sie selbst in ihrer Beschränktheit und in ihrem Eigensinn es wissen können. Und so disputiert Dostojewski auch alle sonstigen Einwände weg, die

Digitized by Google

gegen eine russische Führerschaft erhoben werden könnten. Selbst für die Türken wäre die Besitzergreifung Konstantinopels durch Rußland durchaus kein Unglück. Wie hat es denn Iwan der Grausame gemacht, als er Kasan eroberte? „Kaum war die Stadt erobert, so brachte man ein Muttergottesbild hinein und hielt einen Dankgottesdienst ab. Darauf wurde der Grundstein zu einer orthodoxen Kirche gelegt, den Tataren nahm man die Waffen ab, führte ihren Chan fort, setzte eine russische Regierung ein — alles an einem Tage. Und bald darauf fingen die Kasaner Tataren an, uns Seidenkaftans und später auch Seife zu verkaufen. Und genau so würde es auch in der Türkei gehen, wenn man endlich einmal auf den weisen Gedanken käme, der politischen Existenz dieses Kalifats ein Ende zu machen."

Als ein liberaler Journalist sich einmal die Bemerkung erlaubt, man sollte aus Rücksicht auf die zahlreiche mohammedanische Bevölkerung Rußlands den Türkenkrieg nicht immer wieder als Religionskrieg bezeichnen, denn der orthodoxe Großrusse sei das Glied einer großen Familie, zwar der älteste, aber nicht der einzige Sohn Rußlands — ruft Dostojewski entrüstet aus: „Was kann dieser älteste Sohn dafür, daß der kaukasische Muselman, der sogenannte jüngere Sohn, in Sachen seines Glaubens so empfindlich ist, daß er den Feldzug des älteren Bruders gegen die Türken auch gleich als Krieg gegen ihn und den ganzen Islam auffaßt? Und was soll das überhaupt heißen: der orthodoxe Großrusse ist zwar der älteste, aber nicht der einzige Sohn Rußlands. Das russische Land gehört den Russen, den Russen allein, es ist russisches Land und in seinem Bereich ist auch nicht ein Fetzchen tatarisches Land. Die Tataren, die einstigen Peiniger des russischen Landes, sind hier erst eingewandert. . ." Und nachdem er noch beinahe drei Seiten im selben Tone weiter geeifert hat, spielt Dostojewski seinen letzten Trumpf aus: „Sollen wir nicht vielleicht auch noch einigen deutschen Zeitungen beistimmen, die uns vorgeworfen haben und sogar jetzt noch vorwerfen, daß wir unsere baltischen Deutschen peinigen und verfolgen — für ihren Glauben und ihre Gefühle!"

Geradezu frivol erscheint die Art und Weise, wie Dostojewski die Judenfrage abtut. „Bedenken Sie doch, daß zur Zeit, da der Israelit bloß nicht das Recht hatte, sich seinen Aufenthaltsort frei zu wählen,

Digitized by Google

dreiundzwanzig Millionen des russischen Volkes in der Leibeigenschaft zu leiden hatten, was, glaube ich, etwas schwerer zu ertragen war. Und wurden die denn etwa von den Israeliten bedauert? . . Und können sich denn heute die unbemittelten Russen so vollkommen frei ihren Aufenthaltsort wählen?"

Hieraus zieht Dostojewski nun aber keineswegs den Schluß, daß das heilige Rußland für seine älteren Söhne ebenso schlecht sorgt, wie für die jüngeren oder gar die Adoptivkinder, sondern er vermißt sich sogar, den Beweis zu erbringen, daß die Aufhebung der Leibeigenschaft in Rußland sich ohne jede Einwirkung Westeuropas vollzogen habe. Denn in Europa sei die Befreiung nicht von den Besitzenden ausgegangen, nicht von den Baronen und Lehensherren, sondern durch Aufruhr und Blutvergießen, Feuer und Schwert erzwungen worden. „Wo das aber ohne Blutvergießen geschah, dort geschah es nach rein proletarischen Grundsätzen: Du bist frei, mein Lieber, geh' wohin du willst, nackt und bloß, wie dich Gott geschaffen hat, und vergiß nicht, was wir dir damit für eine Wohltat erweisen. In unseren Ostseeprovinzen ist das Volk ja genau so befreit worden — weshalb? Weil die Balten Europäer sind, wir aber nur Russen. Wir haben unsern befreiten Bauern Land gegeben, nicht weil wir kultivierte Europäer geworden sind, sondern weil wir unseres Russentums bewußt geworden sind. . ."

Merkte Dostojewski selbst nicht, in was für Widersprüche er sich verwickelte? Kaum! In demselben „Tagebuch eines Schriftstellers", dem alle Zitate unseres Aufsatzes entnommen sind, spottet er über den Größenwahn des gebildeten Russen: „Derselbe Russe, der jedes in die Mode kommende Genie anzubeten bereit ist, ohne dessen Ansprüche auf diese Anbetung zu prüfen, wird doch nie und nimmer zugeben, daß er selbst diesem Genie nachstehe. ‚Nun ja, Goethe, Liebig, Bismarck . . . ja, gewiß . . . aber ich bin auch noch da', — so denkt jeder, auch der jämmerlichste Russe, wenn es einmal darauf ankommt. Zu der höchsten Äußerung menschlicher Würde, dem Eingeständnis, daß man dümmer sei, als ein anderer, wenn dieser andere wirklich klüger ist, vermag kein Russe der gebildeten Klasse sich aufzuschwingen, und ich weiß nicht einmal, ob hier Ausnahmen vorkommen können." Er selbst war keine. Aber natürlich konnte ein so tiefer und reicher Geist nicht ein-

Digitized by Google

fach in rohen Größenwahn verfallen. Er schuf sich seine Theorie von der Universalität des russischen Wesens, dem „Instinkt des Allgemein-Menschlichen", deutete die Eroberungssucht in den Trieb zur Menschheitsbeglückung um. Genau so machen es seine Nachfahren ja noch heute, wenn sie erklären, sie führten diesen Krieg, um das deutsche Volk vom Joch des preußischen Militarismus zu befreien. Nur daß bei ihnen (wenn auch durchaus nicht allen) bewußte Heuchelei ist, was bei Dostojewski noch aufrichtige Überzeugung war. Freilich, sobald der Glaube in die Tat umgesetzt werden mußte, da fand auch Dostojewski keine andern Mittel, als eben diejenigen, deren Rußland sich beständig bedient hat, und er war nur zu leicht bereit, sie zu rechtfertigen — ein Beweis, daß auch bei ihm der Bedrückungs-, nicht der Beglückungstrieb der stärkere war. Wir haben Dostojewskis Romane bewundert als unvergleichliche Meisterwerke einer tiefgründigen Seelenkunde, wir haben uns aber immer nur für die Einzelpsychologie interessiert, ohne uns genügend klar darüber zu werden, aus was für einem Boden diese Wesen emporgewachsen sind. Hätten wir das getan, so hätten wir schon viel früher Dostojewskis politische Schriften als notwendige Ergänzung seiner dichterischen Schöpfungen erkannt — und so manche peinliche Überraschung, die der Krieg mit Rußland uns gebracht, wäre uns vielleicht erspart geblieben.

Notizen

Hindenburg im italienischen Urteil. „Giornale d'Italia" sagte vor kurzem: Hindenburg hat mit der nötigen Einschränkung mehr napoleonische Eigenschaften als der große Moltke.

Venizelos und Italien. Der Einspruch, den Venizelos gegen die Teilnahme Italiens an der Saloniki-Expedition und gegen die italienischen Bestrebungen im östlichen Mittelmeer erhoben hat, erregt stürmischen Widerspruch der italienischen Presse, und die verborgene Feindschaft kommt zum offenen Ausbruch. Der Einspruch wird als ein vergeblicher Versuch bezeichnet, einen Keil zwischen die Entente zu treiben, und es wird darauf hingewiesen, daß Griechenland den Anschluß unwiderruflich versäumt hat und von seinem verspäteten Beitritt zur Entente günstigsten Falles die Erhaltung des Staates erwarten kann. So schreibt der „Corriere": Während der Kriege von 1912/13 war es Venizelos möglich, einen unverhofft großen Schritt vorwärts in der Richtung der hellenischen Vereinigung zu machen, dank einer Politik, die als Grundlage die Unvereinbarkeit der französischen von

Digitized by Google

England unterstützten Interessen und derjenigen Italiens hatte. Es fehlte damals Italien eine zuverlässige weitblickende äußere Politik und Frankreich die klare Erkenntnis der berechtigten Forderungen Italiens. So kam es, daß zu Beginn des Krieges die Ansicht waltete, es sei unmöglich, die französischen und italienischen Interessen in Einklang zu bringen. Aus diesem bedauerlichen Irrtum wußte Venizelos alle Vorteile zu ziehen, aber seine Politik krankte an zwei Grundfehlern: der erste bestand in der übertriebenen politischen Einschätzung des Wertes des griechischen Volkes, der zweite in dem Plan, der die Interessen Italiens verletzte und der so weit ging, daß er die Absicht hatte, Italien den freien Durchgang durch den Kanal von Korfu zu verweigern, auf den Italien für seine Sicherheit in der Adria unbedingt angewiesen ist. Italien verlangte von Griechenland eine Sicherheit, weil es gegen die Ansicht ganz Europas schon seit 1913 mit der Möglichkeit gerechnet hat, daß Griechenland eines Tages ein Mitarbeiter der österreichisch-deutschen Politik werden konnte. Wenn nun Venizelos heute fortfährt, für Griechenland Ziele zu erstreben, die im Widerspruch stehen mit denen, die Italien zum Eintritt in den Krieg bestimmt haben, so begeht er einen neuen Fehler und zeigt damit einen Mangel an Augenmaß für die Wirklichkeiten der Politik. Er mag glauben, daß die gegenwärtige Lage in Griechenland nur der unglückseligen Politik der regierenden Kreise zu danken ist, andere können jedoch der Meinung sein, daß sie zum Teil auf die Überschätzung der geistigen und materiellen Hilfsmittel Griechenlands durch Venizelos zurückzuführen sind. Griechenland hat bis jetzt geschwankt in seinen Beziehungen zum Vierverband zwischen dem Verrat und einer feindseligen Neutralität. Wenn es sich erst jetzt entschließt, die Waffen zu ergreifen, in einem Augenblick, wo der bulgarische Einmarsch eingesetzt hat, so trifft es damit nur verspätete Vorkehrungen zu seiner eigenen Verteidigung, worin ihm italienische Truppen zuvorgekommen sind. Griechenland mag sich verteidigen und versuchen, sich wiederherzustellen; aber es kann nicht mehr übertriebene Ansprüche gegenüber Europa erheben. Es hat sich unfähig erwiesen, seine eigene Unabhängigkeit zu retten und seine eigene Würde als Staat zu bewahren und hat deshalb auch keinen Anspruch auf eine Vergrößerung und Vertiefung seines Einflusses.

Ein Entwurf zur Neugestaltung der französischen Verwaltungsorganisation. Dem stolzen Bau der napoleonischen Verwaltungsorganisation, der zehn Revolutionen siegreich standgehalten hat, scheint ernstliche Gefahr zu drohen. Wagte bisher nur ab und zu ein bescheidener Zweifel an der Vortrefflichkeit jenes vielangestaunten Wunderwerkes laut zu werden, so darf heute in einer der angesehensten französischen Zeitschriften seiner grundsätzlichen Neugestaltung offen das Wort geredet werden. (E. Tassy, „L'Organisation régionaliste, Mercure de France", 1. August 1916). Wir müssen uns gewiß hüten, die Tragweite einer solchen Äußerung zu überschätzen, aber es ist doch für die gegenwärtigen inneren Zustände Frankreichs überaus bezeichnend, daß sich heute derartige Pläne, die einen völligen Bruch mit den bisher hochgehaltenen Traditionen bedeuten, un-

Digitized by Google

gescheut ans Licht wagen dürfen. Dem angeführten Artikel liegt ein Gesetzentwurf zugrunde, den der Abgeordnete J. Hennessy am 29. April 1915 der Abgeordnetenkammer eingereicht hat. Ob sich die Kammer schon damit befaßt hat, wird nicht mitgeteilt und ist bei der allgemeinen Lage auch kaum wahrscheinlich. Dagegen berichtet der Verfasser von einer günstigen Aufnahme, die den Ideen des Antragstellers bereits vor Kriegsausbruch in verschiedenen französischen Städten zuteil geworden ist. Der bestehenden Verwaltungszentralisation stellt H. das Prinzip der Dezentralisation gegenüber. Er will die durch die Entwicklung überholte unzweckmäßige Departementseinteilung beseitigen und durch eine den modernen Wirtschaftsbedürfnissen angepaßte Bezirkseinteilung ersetzen. Die Einheit des Staates soll keineswegs angetastet werden. Alle das ganze Land gleichmäßig berührenden Fragen, vor allem Auswärtige Politik, Heerwesen, Schule bleiben einer Nationalversammlung vorbehalten. Der Föderalismus wird grundsätzlich abgelehnt. Die Bezirke sollen sich verwalten, aber nicht sich regieren. Als Verwaltungsorgan ist ein Bezirksrat vorgesehen, der an die Stelle des bisher ziemlich bedeutungslosen Departementsrates treten soll. Er wird alle den Bezirk betreffenden Angelegenheiten selbständig und, sofern der vom Staate beigegebene Präfekt keine Einwendungen erhebt, rechtskräftig ordnen und entscheiden. Auf diesem Weg glaubt der Antragsteller eine weit ausgiebigere Berücksichtigung der wirtschaftlichen Sonderbedürfnisse und Sondervorzüge der einzelnen Bezirke, als es bisher möglich war, zu erreichen, zu Nutz und Frommen des ganzen Staatswesens, für das eine vollständige Ausnutzung aller wirtschaftlichen Kräfte von größter Wichtigkeit ist. Als Voraussetzung ergibt sich, daß die Mitglieder mit der Eigenart des Bezirks völlig vertraut sein müssen. Es soll deshalb die Listenwahl eingeführt und allen im Bezirk vertretenen Wirtschaftsgruppen eine ihrer Bedeutung entsprechende Vertreterzahl zugewiesen werden. Der Herrschaft der Unberufenen („la culte de l'incompétence" nennt es der Verfasser) soll dadurch ein Ende gemacht und, ohne das allgemeine Stimmrecht anzutasten, eine bessere Berücksichtigung der vielgestaltigen Interessen des ganzen Landes gewährleistet werden. Der Gesetzentwurf beruht zweifellos auf vernünftigen Grundsätzen, deren Durchführung manche Schäden, an denen der französische Staat gegenwärtig krankt, heilen oder zum mindesten lindern würde. Vor allem würde diese Neugestaltung das Selbstverantwortlichkeitsgefühl der großen Masse, die bisher am Staatsleben kaum selbsttätig teilgenommen hat, beleben und der Allgewalt der politischen Führer kräftig Abbruch tun. Aber gerade deshalb werden diese Pläne bei den gegenwärtigen Machthabern wohl ernstem Widerstand begegnen. Vielleicht wird aber doch dieser wahnwitzige Krieg, in den eine Schar gewissenloser Advokaten und überspannter Chauvinisten das Land hineingehetzt hat, dem Volke die Augen über die schweren Versäumnisse der Vergangenheit öffnen und die Erkenntnis reifen lassen, daß in dem angeblich so freien Frankreich das Volk um sein Selbstbestimmungsrecht bisher betrogen worden ist.

Ein Prophet der russischen Gefahr. Arnhold Ruge schrieb in den „Hallischen Jahrbüchern" Nr. 93 vom 17. April 1840 (Spalte 740):

Digitized by Google

Wünschen dürfen wir wohl, es möchten die westeuropäischen Völker und namentlich Deutschland sich nicht täuschen über die Notwendigkeit der immer weiteren Ausbreitung Rußlands sowohl bis ans Mittelmeer und in Kleinasien als bis an den Ozean, dessen Pforten der Sund verschließt, sei es nun auf dem Wege durch Deutschland oder durch Schweden und Norwegen. Man denke sich nach Petersburg und nach Odessa, man erwäge im Geiste Rußlands, wie Unglaubliches ihm bisher schon gelungen, und man wird keinen Augenblick im Zweifel sein, daß es vorwärts gehen müsse bis ins Mittelmeer und bis an den Ozean. Von dem Augenblick an, wo ein Held der gegen Rußland gerichteten und von Rußland bedrohten europäischen Geschichte diese Gefahr lebhaft gefühlt haben wird, beginnt notwendig ein neuer Konflikt des Westens mit dem Osten, und dies ist, nächst der selbständigen und weltgeschichtlichen Stellung des protestantischen Deutschlands, die wir angedeutet, eine zweite, ebenso folgenreiche als unabweisbare Zeit der europäischen Entwicklung. Die orientalische Frage und zugleich die europäische ist nichts anderes als Rußland selbst, und eine sehr vernehmliche und deutliche Frage ist es, welche mit unaufhörlichem Kanonendonner bald näher, bald ferner bei dem schlafenden Europa anfragt, ob es nicht teilnehmen wolle an der Bildung, dem Glück und dem Ruhm des großen „Slawenreiches", dem es sehr ernstlich in seiner neuen welthistorischen Würde zu Mut ist und dem der Gedanke an eine Überlegenheit der westeuropäischen Bildung durchaus nicht haften will, so oft und so überzeugend er auch die Erfahrung davon zu machen Gelegenheit fand.

Valentin und Reventlow. Der Angriff der „Deutschen Tageszeitung" vom 14. September gegen Professor Dr. Valentin hat in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" vom 17. sachliche Erwiderung gefunden. Die Angelegenheit wäre damit erledigt, wenn nicht ein Punkt übrigbliebe, der uns um der Würde der deutschen Hochschulen willen nicht unwesentlich scheint. Der Angriff der „Deutschen Tageszeitung" ist angeblich aus deutschen Hochschulkreisen erfolgt. Wir sagen angeblich, denn in Deutschland steht die Universität zu hoch, als daß man von ihr annehmen sollte, daß ihre Mitglieder der Denunziationen fähig wären. Die Universität ist die Einrichtung unseres Staates, zu deren stolzen unangetasteten Vorrechten das Recht der freien Meinungsäußerung gehört. Die Universität hat sich dieses Recht erkämpft und das gesamte Volk erkennt es als oberstes Gesetz an. Die Rücksicht ebenso auf unser Volk wie auf das Ausland erfordert es daher, daß wir in dem angeblichen Ursprung aus Hochschulkreisen eine bloße Mystifikation sehen, zu deren Opfer die „Deutsche Tageszeitung" geworden ist.

Die Beschießung von Alexandrews. Der Druckfehlerteufel ist in der letzten Nummer der Entente zu Hilfe gekommen. Er hat aus der Beschießung von Alexandrews die Besetzung gemacht. Glücklicherweise ist dieser „Erfolg" der Entente auch nur papieren, und er hat leider nur die Aussicht, papieren zu bleiben.

Digitized by Google

Neuerscheinungen

Das Gewissen Frankreichs nennt eine kurze Notiz im „Temps" das neue Buch von Victor Cambon: „Notre Avenir" (Payot, Paris). Besser könnte die Arbeit nicht charakterisiert werden. Cambon legt rücksichtslos die Sonde in die Wunde und deckt auf, was ihm an inneren Einrichtungen und Maßnahmen in seinem Vaterlande als verfehlt und mangelhaft erscheint. Er tut dies an Hand seiner im Auslande gesammelten, mit Fleiß und Verständnis zusammengetragenen Erfahrungen. Uns geht lediglich die Stellung an, die er dabei zu Deutschland nimmt. Sie ist rückhaltslose Anerkennung. Er führt uns durch Deutschlands Industrie und weist zuerst auf die Ausbeutung jeder gegebenen Möglichkeit, die keinerlei Stoff verkommen läßt. „Der erfinderische Geist verwertet alles, zieht aus allem Nutzen, während gleichzeitig in Frankreich ungeheure Werte — quasi als Restbestände, Müll, — verkommen." Er schildert den erzieherischen Einfluß der geregelten Arbeit, die bis ins kleinste ausgearbeitete, genaue Organisation, und die Fürsorge, durch die die Arbeitskräfte erhalten und die Freudigkeit zur Arbeit gestärkt werden. Dagegen bemängelt er beim Franzosen das Fehlen einer planmäßigen Organisation. Seiner Überzeugung nach müßte in Frankreich bei dem dort vorhandenen, dem Deutschen dagegen vollkommen abgehenden „Genie" weit Besseres und Größeres auf allen Gebieten geleistet werden, wenn nicht diese Organisation, das Einordnen des einzelnen in das große Gefüge fehlte. Er vergißt, daß dem Franzosen noch etwas anderes fehlt, die zähe Beharrlichkeit des Deutschen, seine unermüdliche Schaffenskraft. Mag sein, daß die französische Veranlagung genialer ist, der Romane arbeitet aber sprunghafter, unkontrollierbarer, ohne Stetigkeit. — Cambon führt uns durch die verschiedensten Gebiete. Überall zeigt er, wie deutscher Fleiß stillschweigend den Markt erobert hat, Elektrizitäts-Gesellschaften, Farbwerke, Maschinen- und Konstruktionsfabriken. „Mit Rührigkeit und weitem Blick hat es sich eine Stellung in der Welt „erbohrt" und gleichzeitig den Ausbau im Inneren zu einem Uhrwerk gestaltet." Auch Amerika zieht Cambon zum Vergleich heran, und macht auch an diesem Vergleich seinen Landsleuten — besonders den verantwortlichen, — rückhaltslos den Vorwurf der Rückständigkeit und mangelnder Rührigkeit. Ins einzelne des sehr inhaltsreichen Buches einzugehen, würde an dieser Stelle zu weit führen, es genügt uns festzustellen, daß wir an Cambon einen kühlen, aber verständnisvollen Bewerter unserer Errungenschaften auf industriellem und organisatorischem Gebiet haben, der nur den ernstlichen Wunsch kennt, diese auch in seinem eigenen Lande in gleicher, wenn möglich „genialerer" Weise noch zum Wohle des französischen Volkes ausgebaut zu sehen.

Die russische Gefahr wird aus Geschichte, Zahlungsbilanz und Außenhandel in ihrem bedrohlichen Ausmaß in einer kleinen Schrift Axel Schmidts (J. Engelhorn) dargelegt, von der man wirklich einmal mit Recht das viel mißbrauchte Wort anwenden darf, jeder müsse sie in die Hand nehmen, der sich um politisches Verstehen

Digitized by Google

bemüht. Die Leitsätze lauten: 1. Bis in Südrußland, Rußlands Korn-, Erz- und Kohlenkammer und dem Rückgrat seiner weltpolitischen Stellung, einmal der große Trennungsschnitt gemacht werden kann, muß von uns alles vermieden werden: was Rußlands Vorbereitungen für den neuen Krieg, der von der russischen Presse, wie Schmidt zeigt, schon so lebhaft erörtert wird, stärken könnte. 2. Nach dem Kriege muß mit unserer Wirtschaftspolitik gebrochen werden, die es der Industrie erlaubte ohne Rücksicht auf die politische Lage ins Ausland auszuwandern und dort Anlagen zu schaffen, die in einem Kriege gegen uns, wie wir es jetzt erleben müssen, ausgenutzt werden. Die vielen deutschen Fabriken in Rußland, die jetzt dank ihrer modernen Einrichtung für die Munitionslieferung in erster Linie in Betracht kommen, dürfen nach dem Kriege wenigstens nicht durch neue vermehrt werden. 3. Der deutsche Gedanke in der Welt, der in diesem Krieg um seine Ausgestaltung ringt, kann in Wirklichkeit nur umgesetzt werden, „wenn es auf die Dauer gelingt, Konstantinopel samt den Dardanellen den Türken zu erhalten. Wollen wir Weltpolitik treiben, so müssen wir daraus auch die Folgerungen ziehen und die dauernde Feindschaft Rußlands in den Kauf nehmen. Es gibt im russisch-deutschen Gegensatz um Konstantinopel keine ausgleichende Möglichkeit."

Österreichs Kämpfe für sein Südland am Isonzo hat ein ungekanntes Gegenbild in der österreichisch-italienischen Geschichte der Jahre 1615—17. Auch in diesen Jahren ist Italien verwüstend in das Land am Isonzo eingefallen, um Österreich Görz und das Karstland abzuringen. Venedig, von dem der Kampf ausging, hat seinen Irrtum bald eingesehen, aber seine Kondottieri haben den einmal begonnenen Kampf durchzuführen versucht, bis sie im Jahre 1617 schließlich einsehen mußten, daß die Bollwerke des Isonzo für sie uneinnehmbar seien. A. Gnirs, der österreichisch-ungarische Landeskonservator im Küstenland, hat diesen Kampf in einem kleinen, bei Seidel & Sohn in Wien erschienenen Buch aus alten Chroniken und junger Einsicht geschildert, und der Verlag hat das merkwürdig lebhafte Gegenbild zu den Ereignissen unserer Zeit durch zahlreiche Blätter aus Vergangenheit und Gegenwart noch eindringlicher gemacht und damit seinen zeitgenössischen „Skizzen vom Isonzo" ein andersartiges Mittel an die Seite gestellt, sich von den Kämpfen am Isonzo auch in der Ferne einen deutlichen Begriff zu machen.

Die Interessensolidarität des Deutschtums und Ungartums zeigt Graf Julius Andrassy in einem als Schrift (im Verlag Schweizer, München) erschienenen Vortrag. Er stellt die Gesetze dar, unter deren Einfluß die Politik Ungarns stand und faßt das heutige Bündnis als das Endergebnis einer naturnotwendigen Entwicklung auf. „Der Weltfriede und die Herstellung der menschlichen Solidarität werden nur durch die bei unversehrter Aufrechterhaltung der heutigen Souveränitäten und Staaten Schulter an Schulter erfolgenden Organisierung Mitteleuropas gesichert werden können."

Mesopotamien, das Land der Zukunft, nennt sich eine Flugschrift, in der ein

Digitized by Google

deutscher Volkswirt neben der Bagdadbahn, als dem größten Kulturwerk, das Deutschland bisher draußen in der Welt geschaffen hat, ein zweites „ihm ebenbürtiges Glied aufzeigt: die Kultivierung Mesopotamiens und Babyloniens durch Land- und Wasserwirtschaft."

Die Judenfrage als wissenschaftliches und politisches Problem wird von S. Feuchtwanger in einer Schrift untersucht, die als Sonderdruck aus dem 9. Band der Zeitschrift für Politik bei Heymann, Berlin, erscheint. F. führt durch alle Bezirke der Judenfrage, von der jüdischen Chronik bis zur praktischen Judenpolitik der Neuzeit und der jüdischen Weltanschauung. Am Schluß setzt er dem einzelnen Juden als Lebenspostulat: „Er muß trachten, die deutschen und jüdischen Bestandteile seines Daseins durch seine Persönlichkeit zu verbinden; praktische Angleichungskunst treiben, das ist auch die Aufgabe, die jedem einzelnen Nichtjuden, dem Staat, der Gesellschaft hinsichtlich des jüdischen Volksbestandteils gesetzt ist.

Die Grundlagen der deutschen Kunst stellt Richard Benz in Nummer 3 und 4 der „Blätter für deutsche Art und Kunst" (E. Diederichs, Jena) im Gegensatz zu dem Ideal von Antike und Renaissance aus der eigenen Vergangenheit Deutschlands her. Vom Mittelalter verfolgt er den deutschen Gedanken bis in die Zeit seiner klassischen Gestaltung. „Wenn das Lutherische Wort und der Lutherische Choral Bachsche Musik schon ankündigt, und damit unser seelisches Erleben aller folgenden Musik dem Mittelalter untrennbar verbunden zeigt: so darf über alle künstlichen Scheidungen und fremden Beeinflussungen hinweg die Aussicht ein Gesamtkunstwerk deutschen Geistes sich erheben, das erst die wirkenden Kräfte des Mittelalters ausgestaltet zeigt und über den zufälligen historischen Schicksalen einen Sinn gewinnt, der uns später dazu bewegen mag, diesem in der Phantasie als Ideal geschauten Bilde wieder nach zu streben."

„Der Krieg der Worte" heißt ein bei Cotta erschienenes Bändchen eines Verfassers, der sich Cincinnatus, also einen Gegner der Worte und einen Freund der Taten, nennt. So verzeichnet er mit einiger Ironie als „einzige wesentliche Tat auf seiten unserer Gegner die Verlängerung des Krieges". „Ihr hat der Kampf der Worte gedient, und ohne ihn wäre es vermutlich bereits Frieden. England braucht den Krieg der Worte, denn es lebt von der Diskontierung der Erfolge, die noch kommen sollen („wait and see!"); es braucht Helfer, denen der Glaube an seine Worte mehr sagt als ein Blick auf die Landkarte von Europa. Mit der ad libitum weiter zu betreibenden Tätigkeit des Wortes sollen neue Tatsachen und günstige Wendungen geschaffen werden. Da die eigene Stärke nicht zureicht, werden Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt — der Himmel im Anruf der Menschlichkeit, die Hölle im Bild der deutschen Ungeheuer — damit alles, was noch Kraft auf Erden hat, Britannien siegen hilft." So liegt Sinn und Absicht des Buches in dem Satz: „Die Offensive, von der man stets redete und redet, hat sich nicht durchgerungen, aber eine Neuerung, der gigantischste Aufbau des Wortes über die Tat seit Menschenbestehen."

Digitized by Google

Literatur

Briefe aus dem Felde 1914/1915. Oldenburg i. Gr., Gerhard Stalling. 1916.

Feldpostbriefe bedürfen keiner besonderen Empfehlung. Wir alle lieben sie. Denn in ihnen spiegelt sich das geistige Sein unseres Volkes. All sein Gottvertrauen, seine Königstreue und Vaterlandsliebe, seine Kampffreudigkeit, sein Mut, seine Tapferkeit kommt hier zum Ausdruck. Zugleich spricht aus ihnen das tiefe Gemüt des Deutschen in seiner Schlichtheit und Ehrlichkeit, seinem Frohsinn und Humor, seiner Zartheit und Innigkeit. Sie berichten von Helden der Tat und von Helden des Leidens — ich möchte da auf den Brief eines pommerschen Musketiers an seine Schwester (S. 381) besonders aufmerksam machen. Was diese Briefe wert sind, wieviel sie zur Würdigung unserer Volkskultur beitragen, das wird dereinst die Geschichtschreibung dieser großen Zeit ausschöpfen dürfen: ihr fließt in diesen unmittelbarsten Zeugnissen des Kampfes eine unvergleichliche, nie versiegende Quelle.

Hier will ich nur mit wenigen Worten auf die Art der Veröffentlichung eingehen. Die Briefe stammen aus der Sammlung des Märkischen Museums zu Berlin (Zentralstelle zur Sammlung von Feldpostbriefen). An der Spitze dieses Unternehmens stehen Namen wie Dietrich Schäfer, Gustav Roethe, Professor Puicarer (vom Märkischen Museum). Sie bürgen für den wissenschaftlichen Geist der Sammlung, sowie dafür, daß wir aus vielem Guten eine Auswahl des Besten erhalten. Das Geleitwort stammt aus der Feder von Richard Sternfeld, der, wie es scheint, die Organisation geleitet hat. Sie zeigt sich in der sachgemäßen Einteilung des Stoffes, die die Übersicht erkennen läßt. Der westliche, östliche und italienische Kriegsschauplatz, Marine und Kolonien sind die Hauptkategorien, innerhalb deren sachliche Berichte und Stimmungsbilder unterschieden werden. Vielleicht ließen sich bei der Herausgabe eines neuen Bandes Berichte über das gleiche Ereignis vereinigen und verwandte Stoffe näher aneinander rücken. Es wirkt störend, wenn das Seegefecht vom 28. August 1914, in dem der kleine Kreuzer „Ariadne" zugrunde ging, an zwei verschiedenen Stellen (S. 36 und 84) dargestellt wird. Doch das sind Kleinigkeiten, wenn wir auf den reichen Inhalt des Bandes blicken: er bietet einen hochwillkommenen Beitrag zur Geschichte und Psychologie des großen Krieges. Dr. W.

Deutsches Volksvermögen im Kriege. Von Arnold Steinmann-Bucher. Verlag von Ferdinand Enke, Stuttgart.

Der Verf. hat sich schon seit vielen Jahren in der volkswirtschaftlichen Literatur einen Namen durch seine Schätzungen des deutschen Volksvermögens gemacht, namentlich dadurch, daß seine ziffermäßigen Angaben in bezug auf die Höhe des deutschen Volksvermögens stets alle anderen übertrafen. Vielfach hat man seine Schätzungen als zu optimistisch angesehen, und auch bei dem

Digitized by Google

Durchlesen der neuesten Schrift wird man den Eindruck eines starken Sanguinismus nicht los. Ausgehend von dem Satz, daß „das Volksvermögen alles in sich schließt, was das Volk vermag", gibt er eine Übersicht, wie seine Schätzungen des Volksvermögens zusammenkommen. Im Jahre 1909 hatte er das deutsche Volksvermögen auf 330—360 Milliarden Mark beziffert. Diese Angabe ist keine dauernd feststehende Zahl, sie verändert sich von Jahr zu Jahr. Infolge der Werterhöhung, die seit 1909 eingetreten ist, kommt der Verfasser für das Jahr 1914 zu einem Volksvermögen von 376 bis 397 oder rund 400 Milliarden Mark. Auch hiermit steht er wieder an der Spitze aller Schätzungen des Volksvermögens. Er gibt im einzelnen eine Übersicht, wie die Ziffer von 376—397 Milliarden Mark zustande gekommen ist, wobei er u. a. die Statistik von Helfferich zum Vergleich heranzieht. Die Höhe der Kapitalsanlagen im Auslande ist bis jetzt ziffernmäßig immer noch nicht genau ermittelt. Die Angaben schwanken zwischen 20 (Helfferich) und 35 (Arndt) Milliarden Mark. Steinmann-Bucher setzt für 1914 einen Betrag von 25 Milliarden Mark an, ausgehend von der Feststellung, daß in den letzten Jahren größere Rückkäufe des Auslandes in deutschen Effekten erfolgt sind. Steinmann-Bucher kommt schließlich zu dem Ergebnis, daß in Wirklichkeit unser Volksvermögen auf mehr zu veranschlagen sei als 400 Milliarden Mark. Die Zukunft muß lehren, inwieweit die Taxe der Wirklichkeit entspricht.

Im Anschluß an die ziffermäßigen Schätzungen gibt der Verf. eine Übersicht über die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft während des Krieges, in der vor allem gezeigt wird, wie leistungsfähig und wie widerstandsfähig die deutsche Volkswirtschaft während des Krieges ist. In einem besonderen Kapitel „Thesen — Fragen — Anregungen" veröffentlicht der Verfasser kurze Feststellungen über die Einwirkungen des Krieges auf Deutschland. Er kommt zu der Überzeugung, daß der „Hauptgewinn, den wir aus dem Kriege davontragen werden, die Tatsache sei, daß wir und die Welt fortan wissen, wer und was wir und was die anderen sind", daß also der Krieg nicht der Erzieher, wie man vielfach annimmt, sondern nur der Prüfer für uns gewesen ist. Nicht ganz zutreffend ist die Angabe, daß „im Vergleich mit dem, was sich bei uns bewährt hat, das, was versagte, kaum erwähnenswert" sei. Nach dem Kriege wird man erst genau feststellen können, was bei uns alles versagt hat, und das ist durchaus nicht wenig.

Daß das Buch eine Reihe von Entgleisungen enthält, hat die Tagespresse bereits festgestellt. Es wäre zu wünschen, wenn der Verfasser in einer zukünftigen Auflage seines an sich lesenswerten Buches eine Reihe von Ausführungen ausmerzte, die mit den tatsächlichen Verhältnissen nicht übereinstimmen.

Otto Jöhlinger

Nachdruck aus dem Inhalt unter genauer Quellenangabe gestattet.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Weimar. Gedruckt in der Hof-Buch- und Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

1. Jahrgang * 1. Oktober 1916 * Heft 40

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Nemesis?

Von Dr. Paul Rohrbach

Von einer hervorragenden Autorität auf dem Getreidehandelsgebiet, Herrn Hermann Weil in Frankfurt a. M., habe ich, zur Veröffentlichung in der „Deutschen Politik", die folgenden Mitteilungen über die Welternte und die voraussichtliche Knappheit an Getreide für das kommende Jahr bei unsern Gegnern erhalten. Dies Material ist so wichtig, daß es den weitesten Kreisen zugänglich gemacht werden muß. Unsere Zuversicht auf den Sieg, unser Wille, durchzuhalten und alles mit gutem Mut zu ertragen, werden hierdurch, soweit nötig, gestärkt werden. Der Verfasser teilt noch mit, daß die in allerletzter Zeit aus Nordamerika, Italien, England und Frankreich eingelaufenen Nachrichten seine Schlußfolgerungen auf das entschiedenste bestätigen; die Maisernte in Italien, die ganze Getreideernte in England, die Kartoffelernte in England und Frankreich haben sich in der Zwischenzeit, seit Abfassung des Berichts, weiter stark verschlechtert, und in den Vereinigten Staaten hat der Farmerbund einen Aufruf an alle Landwirte erlassen, den Weizen so lange zurückzuhalten, bis eine hohe Preissteigerung erzielt sei, und das für den durchweg geernteten schlechten Weizen Nr. 3, nicht etwa Getreide Nr. 1, für das die Preisgrundlage sonst gilt. Herr Hermann Weil schreibt:

*

Der Eintritt Rumäniens in den Krieg hat in weiten Kreisen eine begreifliche Verstimmung hervorgerufen. Die militärischen Erfolge in der

Digitized by Google

Dobrudscha beweisen aber, daß wir und unsere Verbündeten auch mit diesen vertragsbrüchigen, räuberischen neuen Feinden fertig werden. Wenn wir nun fragen, warum gerade jetzt die rumänische Regierung die Maske fallen ließ und unter Verleugnung jeglichen Schamgefühls sich unseren Feinden anschloß, so muß jeder antworten, daß dazu ein ganz besonderer Grund vorhanden sein mußte. Die rumänische Regierung beansprucht schon seit langer Zeit ein Groß-Rumänien, d. h. die Vereinigung aller Länder, in welchen Menschen rumänischer Zunge wohnen, das sind Beßarabien, die Bukowina, Siebenbürgen, das Banat; dazu noch einen Teil von Bulgarien, der ungefähr von Varna bis Rustschuk reicht. Während wir Rumänien nur auf Beßarabien verweisen konnten, versprach England Siebenbürgen und die Bukowina; Rußland wollte weder Beßarabien noch das Banat geben, weil es dies letztere bereits den Serben versprochen hatte. Der Druck Englands und Frankreichs auf Rußland führte aber Ende Juli einen Umschwung herbei und beseitigte die Schwierigkeiten, die der Verwirklichung des groß-rumänischen Gedankens nach dem Willen Rußlands entgegenstanden. Die Entente versprach Rumänien alles, und dazu noch Geld und Munition.

Der Druck Englands auf Rußland war deshalb so stark, weil England, Frankreich und Italien infolge der Ernteverhältnisse alle Mittel anwenden müssen, um innerhalb weniger Monate die Dardanellen geöffnet zu sehen und dadurch die russischen Getreidevorräte für sich zu erschließen, denn ohne diese steht die Entente dort, wo sie uns haben wollte — vor der Hungersnot.

Eine gütige Vorsehung ließ unsere und die Ernten unserer Verbündeten gedeihen, und wir haben die Gewißheit, daß wir nicht nur dem kommenden Jahre in Ruhe entgegensehen können, sondern auch noch große Reserven für das nächste Jahr sammeln können. Die Einfuhr Rumäniens von 1½ Millionen Tonnen zu uns und ungefähr 1 Million Tonnen nach Österreich und der Türkei, spielt gar keine Rolle gegenüber dem Mehr-Quantum der deutschen Ernte 1916, welches amtlich mit 5 Millionen Tonnen angegeben wird, jedoch um mehrere Millionen Tonnen über diese Vor-Schätzung hinausgehen dürfte, da speziell die Haferernte sehr gut war. Dagegen sind die Ernten in England, Frankreich und Italien viel schlechter, als im Vorjahre, und im Hauptbezugslande der Entente

Digitized by Google

— Nordamerika — ist eine Katastrophe eingetreten, welche die ganze Lage auf den Kopf stellt.

Im letzten Jahre betrugen die Welt-Weizenverschiffungen 74,5 Millionen Quarters (1 Quarter gleich 217,5 Kilo), und die Verschiffungen an Mais, Hafer, Gerste und Roggen ca. 50 Millionen Quarters. Davon kamen 60,5 Millionen Quarters Weizen und ca. 30 Millionen Quarters Futtergetreide aus den Vereinigten Staaten und Kanada. Von dem Weizen gingen ca. 29 Millionen Quarters nach England, 13 nach Frankreich, 10,5 nach Italien und ca. 8 Millionen nach Belgien und Holland; die übrigen 14 Millionen verteilen sich zur Hälfte auf die neutralen europäischen Staaten, zur Hälfte auf Brasilien und andere nichteuropäische Länder. Auch die 50 Millionen Quarters Futtergetreide gingen zu ungefähr drei Vierteln nach den Entente-Ländern und ungefähr zu einem Viertel nach den neutralen Staaten.

Der Bedarf der laufenden Saison ist aber weit größer, weil in Frankreich der Anbau um 1 Million Hektar zurückgeblieben und nach Angabe des französischen Ackerbauministeriums der Weizenertrag um 950000 Tonnen gleich 4,5 Millionen Quarters geringer ist, als im Vorjahr. In England ist der Anbau ebenfalls um ca. 12 % zurückgegangen. Das Wetter war andauernd sehr schlecht und im Spätsommer sind wolkenbruchartige Regen niedergegangen, die der Ernte schweren Schaden brachten. Die Fachpresse schätzt selbst den Ertrag auf 2 Millionen Quarters weniger als sonst; er dürfte aber in Wirklichkeit noch schlechter ausfallen. Die Vorräte an fremdem Weizen in England betragen etwa 2 Millionen Quarters, also nicht mehr als im Vorjahre.

Die italienische Weizenernte ist ungefähr wie im Vorjahre, dagegen ist die Maisernte durch die anhaltende Hitze trostlos. Die Optimisten rechnen auf einen halben Ertrag, was einen Ausfall von 6 Millionen Quarters bedeutet. Da Italien schon im letzten Jahre 2,5 Millionen Quarters Mais importieren mußte, dieses Jahr aber größere Mengen Mais überhaupt nicht zu haben sind, so wird der Ausfall durch Weizenmehl ersetzt werden müssen.

Für England, Frankreich und Italien ist daher ein Mehr-Import von mindestens ca. 8 Millionen Quarters Weizen und 3 Millionen Quarters Mais erforderlich. Der Gesamteinfuhrbedarf an Weizen wird sich daher auf ca. 85 Millionen Quarters stellen, wovon aus den ge-

Digitized by Google

samten Bezugsländern der Entente — exklusive Rußland — höchstens die Hälfte zu erwarten ist. Der amtlich angegebene Minder-Ertrag in den Vereinigten Staaten beläuft sich auf 50 Millionen Quarters und in Kanada auf 27 Millionen Quarters. Der Minderertrag übersteigt also um 17 Millionen Quarters den Export an Weizen aus beiden Ländern im Vorjahre, und der diesjährige Ertrag deckt demnach kaum den Eigenbedarf Nordamerikas. Zum Export steht nur noch der Überschuß aus den Vorjahren mit ca. 16,5 Millionen Quarters zur Verfügung, vorausgesetzt, daß die Spekulanten, Müller und Farmer, alles hergeben, ohne eine Reserve bis zur neuen Ernte zurückzuhalten, was als ausgeschlossen zu betrachten ist. Es werden daher kaum mehr als 12 bis 12,5 Millionen Quarters von den Vereinigten Staaten und Kanada hergegeben werden, und es ist sehr wahrscheinlich, daß bei den anhaltend steigenden Preisen ein Ausfuhrverbot erlassen werden wird, um der weiteren Teuerung im eigenen Lande Einhalt zu tun.

Nach den amtlichen Angaben stehen aus alter Ernte in Argentinien 4, Australien 10, und in Indien 5 Millionen Quarters zur Verfügung, und 1 Million Quarters hofft man über Archangelsk zu empfangen. Das macht im günstigsten Falle 32,5 Millionen Quarters aus. In Betracht kommt ferner der Bezug aus den neuen Ernten der südlichen Erdhälfte, wo aber jetzt erst ausgesäet wird, so daß man über den Ertrag noch nichts zu sagen vermag. Die Vorbedingungen für die Aussaat in Argentinien waren alles eher als günstig; es war zu kalt und zu trocken und der Anbau dürfte daher stark zurückgegangen sein. Eine normale Ernte erbringt dort ca. 12 Millionen Quarters, doch läßt sich schon jetzt so viel beurteilen, daß mit diesem Quantum nicht gerechnet werden kann. Aus Australien liegen bereits zuverlässige Meldungen vor, daß der Anbau stark zurückgegangen ist und man höchstens die Hälfte der vorjährigen Ernte erwartet. Das Vorjahr brachte dort eine Rekordernte; vor zwei Jahren hatte man dagegen eine totale Mißernte, so daß noch Weizen importiert werden mußte. Für das laufende Jahr erwartet man 7,5 Millionen Quarters. Argentinien und Australien können mit ihren Verschiffungen erst im Februar beginnen, und außerdem erfordert die Herbeischaffung der Ernten aus diesen Ländern infolge der längeren Reisedauer das Vielfache an Schiffen. Eine Rundreise nach Nordamerika inklusive

Digitized by Google

Ladung erfordert einen Monat; nach Argentinien, wo die Schiffe noch den Fluß hinauf müssen und die Verladeverhältnisse nicht so glänzend wie in Nordamerika sind, ungefähr drei Monate; nach Australien viereinhalb Monate. Es ist daher im günstigsten Falle nur möglich, aus diesen beiden letzteren Ländern vielleicht 10 bis 12 Millionen Quarters rechtzeitig vor August 1917 herbei zu schaffen, selbst dann, wenn Import und Export aller anderen Güter zugunsten der Lebensmittel ausgeschaltet wird.

Ob von Indien überhaupt etwas zu erhalten sein wird, läßt sich heute noch nicht sagen. Die Ernte dort beginnt erst im März und einstweilen ist kaum genug Regen gefallen, um ackern zu können, von einer Aussaat ist gar keine Rede.

Das Defizit von $32{,}5 + 12 = 44{,}5$ Millionen gegen 95 Millionen, also von 40 Millionen Quarters oder nahezu 9 Millionen Tonnen Weizen, ist daher nicht zu beschaffen, solange die Dardanellen geschlossen bleiben.

Ein größerer Export über Archangelsk ist unmöglich. In den beiden letzten Jahren sind nur 500000 Quartes von dort bezogen worden und der Hafen geht schon in einigen Wochen wieder zu und bleibt bis Mai geschlossen.

Noch schlimmer ist die Lage in bezug auf Futtergetreide. Der Minderertrag in den Vereinigten Staaten allein wird amtlich auf 90 Millionen Quarters angegeben; spätere Schätzungen von sachverständiger Seite beziffern ihn sogar auf 115 Millionen, also drei- bis viermal mehr, als der Gesamtexport aus Amerika im vergangenen Jahre betrug. Amerika beginnt bereits Mais aus Argentinien zu importieren. Infolge der Verminderung an Futtermitteln wird in Amerika die Schweineproduktion erheblich eingeschränkt werden, und die Preise für Fleisch, Speck usw. sind ständig im Steigen.

Auch Argentinien hatte 1916 eine schlechte Maisernte, die nur ungefähr halb so groß war, als im Jahr zuvor, und es kann daher auch nicht so viel liefern. Afrika endlich hat nicht einmal genug für den eigenen Bedarf. Die Importmöglichkeit wird daher trotz der enorm gestiegenen Preise in der laufenden Saison für Futtergetreide kaum 20 Millionen Quarters erreichen, und es ist somit ausgeschlossen, den Weizenmangel auszugleichen.

Der Laie wird glauben, daß die Entente, wie wir, den Verbrauch durch Einschränkung stark vermindern kann. Das ist nicht der Fall. Wenn wir

Digitized by Google

den Brotgetreideverbrauch einzuschränken vermochten, so lag das daran, daß wir Ersatzstoffe hatten, und zwar in Gerste, Mais und vor allem in Kartoffeln. Da der Ausfall an Gerste und Mais ebenso fühlbar ist, wie an Weizen, so fällt für die Entente diese Möglichkeit ohne weiteres fort. Kartoffeln hatten wir im letzten Jahre 54 Millionen Tonnen, Frankreich ungefähr 11 Millionen, England nur etwa 7 und Italien nur ungefähr 1 Million Tonnen. In allen drei Ländern ist der Anbau zurückgegangen und der Ertrag der diesjährigen Ernte ist nach übereinstimmenden Berichten außerordentlich schlecht, so daß ohne weiteres ersichtlich ist, daß aus dieser Quelle ein Ersatz nicht geschaffen werden kann. Ein Import aus anderen Ländern ist nicht möglich; selbst die Vereinigten Staaten erzielten z. B. nur etwa 9 bis 10 Millionen Tonnen Kartoffeln, also kaum genügend für den eigenen Bedarf. Auch Holland kann von seinen 2,5 Tonnen nicht viel hergeben. Den größten Teil seines Überschusses gibt es nach Belgien, der Schweiz und Deutschland.

Ebensowenig besteht die Möglichkeit, durch Einfuhr von Reis irgendwie zu helfen. In Europa produzieren: Italien ca. 540000, Spanien ca. 250000 Tonnen, und das brauchen diese Länder selbst. Die Vereinigten Staaten produzieren ca. 600000 Tonnen, wozu sie noch größere Quantitäten aus Indien importieren. Auch Ägypten verbraucht seine Produktion von ca. 350000 Tonnen selbst. Die einzigen größeren Produzenten, Indien mit 2600000 Tonnen und Japan mit ca. 700000 Tonnen, müssen vor allem sich selbst und China ernähren. Für den Export nach der ganzen Welt haben diese Länder höchstens 1 Million Tonnen übrig, die sie jedes Jahr abgegeben haben. Für die Ententeländer kommen also nur diejenigen Quantitäten in Frage, die früher den Zentralmächten zugingen, also einige 100000 Tonnen, die auf das bestehende Defizit jedoch nichts ausmachen.

Es bleibt also den Alliierten nur der Ausweg, ihren Viehbestand aufzuzehren, was in seinen Folgen jedoch von so schwerwiegender Bedeutung ist, daß daran überhaupt nicht gedacht werden kann.

Der Viehbestand ist folgender:

Frankreich . . .	ca. 11 Mill. Rindvieh,	3,5 Mill. Schweine,	12 Mill. Schafe
Italien	„ 6 „ „	2 „ „	11 „ „
England . . .	„ 10 „ „	3 „ „	20 „ „

Selbst wenn sich die Alliierten in der Not entschlössen, ungefähr die

Digitized by Google

Hälfte des Bestandes zu schlachten, so würde das ein Fleischergebnis von ca. 2 3/4 Millionen Tonnen bedeuten, gegenüber einem Ausfall an Brotgetreide von ca. 9 Millionen Tonnen und Futtergetreide von ca. 6 Millionen Tonnen. Also auch hier ist ein Ersatz nicht zu ermöglichen.

Die vorhandenen Ernten in England, Frankreich und Italien, amt den möglichen Zufuhren, werden also ungefähr für zwei Drittel des Jahres ausreichen, und im April wird die Entente dastehen, wo sie uns haben wollte — vor der Hungersnot, wenn die Dardanellen geschlossen bleiben, und dafür werden unser Heer, unsere Marine und unsere Verbündeten sorgen. Alle Verzweiflungsaktionen der Entente, alle Vergewaltigungen Griechenlands und eventuelle weitere Vergewaltigungen gegenüber den Zufuhren der Neutralen werden an dieser Lage nichts ändern. Wenn die Entente den uns umgrenzenden Neutralen die überseeischen Zufuhren absperrt, so werden sich diese ebenso wie Amerika dagegen wehren, denn jede beliebige Ungeheuerlichkeit dürfte von ihnen doch kaum geduldet werden. Überdies könnte die Entente damit noch nichts Durchgreifendes erreichen, denn jene Länder bekommen auch nur ca. 8 Millionen Quarters, die an dem Defizit kaum etwas ändern. Wir haben also allen Grund, ruhig dem Laufe der Dinge entgegen zu sehen und uns der Hoffnung hinzugeben, daß dieser Krieg mit einem für uns glücklichen Frieden endigen wird.

*

Wenn es je im Walten der Geschichte eine Nemesis[1] gegeben hat, so tritt sie uns in dem Bilde vor Augen, das diese Ausführungen für die nächste Zukunft vor uns entrollen. Jedermann wird den Weilschen Aufsatz mit tiefer Genugtuung lesen. Fast könnte man schreiben: mit freudiger Bewegung! Schließlich aber ist Freude doch nicht das richtige Wort für die Sache. Das gewöhnliche Sprichwort sagt: Wer andern eine Grube gräbt, fällt selbst hinein! Das ist Schadenfreude, eine menschlich sehr begreifliche und manchmal auch berechtigte Regung des Gemüts, aber sie geht nicht in die Tiefe. Das was wir erleben würden, wenn die Folgerungen aus dem uns vorgeführten Material sich bewahrheiten — und die Angaben sind ja so bestimmt, beruhen auf so sicherem Material, daß sie sich eigentlich bewahrheiten müssen — wäre eine so niederschmetternde

[1] Strafende Gerechtigkeit.

Digitized by Google

Strafe des Schicksals für den Hungerplan, den England unter dem Beifall seiner eigenen öffentlichen Meinung und der seiner Verbündeten gegen uns ausgeheckt hat, daß dafür in der Tat das schwere Wort der Antike gelten könnte: Nemesis! Wir sind nicht vermessen genug, zu glauben und zu behaupten, daß um Deutschlands willen ein besonderes Eingreifen der göttlichen Weltregierung stattfände. Die Wege der Vorsehung sind uns unerforschlich. Warum starb gegen Ende des Siebenjährigen Krieges die Kaiserin Elisabeth von Rußland, und Friedrich der Große wurde des gefährlichen russischen Gegners, der Ostpreußen jahrelang besetzt hielt und einen steten Druck auf die militärische Entschlußfähigkeit des Königs ausübte, ledig? Deutschland und seine Verbündeten sind heute nicht entfernt in so gefährlicher Lage, wie Preußen im Jahre 1762. Unser militärischer Erfolg gegen die Entente hängt nicht davon ab, daß außerordentliche oder wunderbare Ereignisse zu unseren Gunsten eintreten. Verwirklichen sich aber der Nahrungsmangel und die Teuerung für unsere Feinde im Laufe des nächsten Kriegsjahres, so wird das trotzdem sicher von großem Einfluß auf den Gang der Ereignisse sein. Schon jetzt haben, wie unsere Leser aus dem Aufsatz von Jöhlinger in der „Deutschen Politik" vor einigen Wochen ersehen konnten, die Getreidepreise in England eine starke Bewegung nach aufwärts genommen. Jöhlinger wies auch darauf hin, daß die amerikanische Ernte ungünstig ausgefallen sei. Jetzt aber haben wir hierfür, und nicht nur für Amerika, sondern auch für die übrigen Welt-Getreideländer, eine ausführliche Berechnung auf Grund durchaus zuverlässigen Materials. Daß es in der Tat zuverlässig ist, dafür kann, auch ohne daß seine Herkunft angegeben wird, hier die vollkommenste Gewähr übernommen werden.

Wir begreifen nun ganz, mit welcher Gewalt die Entente Rumänien zum Anschluß gedrängt hat. Es ist nicht mehr allein der russische Wunsch, die Sperre am Bosporus und den Dardanellen zu durchbrechen, sondern mit ihm vereinigt sich das dringende Verlangen Englands, Frankreichs und Italiens nach den russischen Getreidevorräten. Zwar wird wahrscheinlich auch in Rußland im nächsten Frühjahr Mangel an Brot eintreten, denn die bestellte Ackerfläche war für die jetzt beendete Ernte geringer, als in normalen Jahren, und über den Gesamternteertrag verlautet aus den nichtoffiziellen russischen Quellen, daß er unbefriedigend sei.

Digitized by Google

Wahrscheinlich aber liegen in den Häfen des Schwarzen Meeres noch Mengen von Ausfuhrgetreide aus früheren Ernten, die wegen der Verwirrung des Eisenbahnverkehrs nicht gut ins Land zurück gebracht werden können. Außerdem kann Rußland ja hungern, wenn nur England etwas bekommt. Auch die diesjährige rumänische Ernte wäre den Verbündeten dringend erwünscht, sobald es nur ein Mittel gäbe, sie durch den Bosporus zu bringen. Hinter den Faustschlägen und Fußtritten, mit denen England und Frankreich das um sein Recht auf Neutralität ringende Griechenland wie Wegelagerer traktieren, die einen Schwächeren im Busch überfallen und geknebelt haben, steckt gleichfalls die Angst um das Korn für die englischen und französischen Mägen. Man wird sich schwer eine unbehaglichere Stimmung denken können, als sie jetzt schon bei der Entente besteht, wenn die Wissenden und Verantwortlichen dort an die Getreidefrage denken. Rumänien schien die Erlösung zu bringen, und nun will anscheinend auch diese Karte fehlschlagen. Natürlich ist die schleunige Öffnung der Meerengen nicht der alleinige Grund für die Herüberziehung Rumäniens gewesen, sondern die Hoffnung, damit den Krieg überhaupt siegreich zu beenden. Der drohende Getreidemangel aber stand als verschärfendes Triebmittel dahinter.

Vor zwei Wochen schrieb ich hier, wir seien gerne bereit, mit Geduld auf die sicher eintretende Wirkung der Arbeit Hindenburgs zu warten. Ehe wir es glaubten, haben die Wirkungen schon begonnen, die von unserer und unserer Verbündeten kriegerischer Tätigkeit auf die allgemeine Lage ausgehen. Es ist erst ein Anfang, und es ist keineswegs nötig, uns Vorschußlorbeeren zu zeigen, bevor der wirkliche, der entscheidende Sieg gereift ist. Wir haben Vertrauen auf das, was kommt, Vertrauen auf die Männer, die es heraufführen. Unser Vertrauen soll und wird sich auch darin zeigen, daß wir miteinander von neuem alle Kraft für den finanziellen Sieg bei der Kriegsanleihe anstrengen. Ihr Ergebnis wird nicht ungünstig sein, darüber kann man schon heute beruhigt sein. Darüber hinaus wird es uns aber für unsere Entschließungen noch ein Stück mehr an lebendigem Mut und opferbereitem Vertrauen geben, wenn wir auf eine unvermutete Weise gewahr werden, wie eine gewaltige Hand sich anschickt, die bisherige Überlegenheit des Gegners in bezug auf seine Befähigung, uns Mangel zu schicken und mit dem Hunger zu drohen, wett

Digitized by Google

macht, indem die Welternte an Getreide einmal um ein entscheidendes Stück niedriger ausfällt, als gewöhnlich. Man hat oft gemeint, daß uns in diesem Daseinskampf das Glück bisher wenig zur Seite gestanden hat. Was heißt Glück? Einer von unseren heimgegangenen Helden hat gesagt: Glück hat auf die Dauer nur der Tüchtige! Das ist ein tiefwahres Wort. Bei jedem Ringen wechselt die Gunst der äußern Umstände für die Parteien in ungewissen Zwischenräumen. Der Tüchtige aber darf darauf hoffen, auch gegen die Übermacht solange standzuhalten, bis im natürlichen Verlauf der Dinge einmal der von außen kommende Vorteil der Lage zu seinen Gunsten wirkt. Je stärker alsdann auch die Kräfte des Gegners angespannt und verbraucht sind, desto gründlicher kann die Entscheidung ausfallen. Sollten wir jetzt in der Tat etwas Ähnliches erleben, so dürfen wir getrost bekennen: Es war die Tüchtigkeit, die schließlich auch das Glück herbeiführte!

Das zweite Panama-Fiasko?

Von Dr. R. Hennig, Libau

Der Hauptbeweggrund, der die Vereinigten Staaten nach ihrem 1898er Kriege gegen Spanien zur Fortführung des Lesseps'schen Panamakanals veranlaßte, war nicht so sehr wirtschaftlicher, als vielmehr politischer und militärischer Natur. In ein Werk, das lediglich wirtschaftlichen Rücksichten und Erwerbszwecken zu dienen hatte, hätten die Amerikaner schwerlich so gewaltige Geldsummen hineingesteckt, wie es tatsächlich geschehen ist. Sind doch die ursprünglich veranschlagten Baukosten schon jetzt, wo an ein Aufhören der Ausgaben noch gar nicht zu denken ist, etwa um das Dreifache überschritten worden. Auch die optimistischen Beurteiler wagen heute bestenfalls nur auf eine zweiprozentige Verzinsung der Anlagesumme zu hoffen, und man könnte ohne weiteres den ganzen Kanalbau als einen vollständigen pekuniären Fehlschlag bezeichnen, wenn nicht die Anlage als ein staatliches Werk zu betrachten wäre, das in erster Linie nach dem militärischen Nutzen gewertet werden muß. Vom Gesichtspunkt der gesteigerten Schlagfertigkeit der Flotte für die unvermeidlich kommende kriegerische Auseinandersetzung mit Japan ließ sich die Ausgabe von zwei Milliarden Mark rechtfertigen, durch die der

Digitized by Google

Unterhalt von zwei Schlachtflotten, je einer im Atlantischen und Stillen Ozean, überflüssig gemacht und überdies ein für die politische Stellung der Vereinigten Staaten in ganz Amerika wie für das Wirtschaftsleben der ganzen Welt höchst bedeutungsvolles Werk geschaffen werden sollte. Wäre der Panamakanal, der am 15. August 1914 dem Verkehr übergeben wurde, heute das, was er nach dem Willen seiner Erbauer sein sollte, so würde niemand behaupten dürfen, daß die auf seinen Bau verwandten Geldsummen zu hoch gewesen seien, obwohl sie rund fünfmal so bedeutend waren, wie die für den wesentlich rentableren Suezkanal flüssig gemachten Geldmittel. Aber seit Jahresfrist ungefähr sind die ehedem so hochtönenden Worte immer kleinlauter geworden, von der offiziellen Einweihungsfeier, zu der bereits im Jahre 1913 mit ziemlichem Lärm offiziell eingeladen wurde und die mit der 1915er Weltausstellung von San Francisco verbunden werden sollte, verlautet überhaupt nichts mehr, und die festliche Durchfahrt der ganzen amerikanischen Flotte durch den Kanal, an der sich die amerikanische Selbstgefälligkeit lange zuvor berauschte, ist offenbar bis auf weiteres vertagt worden. Nicht der Krieg ist schuld an diesem sang- und klanglosen Verschwinden der Panama-Herrlichkeit in der Versenkung, sondern die Naturgewalten, die auch dieses Gebilde von Menschenhand hassen und ihm den Untergang bereiten möchten.

So schwer es der gesamten Kulturmenschheit und vor allem den auf das größte technische Wunder der Welt stolzen Amerikanern wird, man scheint sich langsam an den entmutigenden Gedanken gewöhnen müssen, daß trotz der bisherigen Leistungen des Panamakanals das gewaltige Werk auf die Dauer nicht betriebsfähig zu erhalten ist und entweder ganz aufgegeben werden muß oder aber nur mit unabsehbar großen Mehrkosten noch in einen befriedigenden Zustand gebracht werden kann.

Es dürfte bekannt sein, daß die unaufhörlichen, an Umfang stets wachsenden Zusammenbrüche der Böschungen im sogenannten Culebra- und Curascha-„Einschnitt", d. h. ein tief ins Erdreich einschneidender Durchbruch des Kanals durch die Ausläufer des Kordilleren-Gebirges, die Hauptschuld an den stets neuen Störungen des Betriebs tragen und mit ihnen die zum Teil damit zusammenhängenden Aufwölbungen und Verwerfungen der Kanalsohle infolge des gewaltigen Seitendrucks der bis zu

Digitized by Google

160 Meter Höhe über das Bett emporragenden Wandungen des Kanals. Diese Böschungsabstürze zeigten sich seit 1905 in anfangs geringem, dann von Jahr zu Jahr zunehmendem, seit 1911 katastrophalem Umfang in Pausen von einigen Monaten. Lange hoffte die Bauleitung in unermüdlichem, zähem Ringen, dieser bedenklichen Schwierigkeit Herr zu werden. Alle anderen hemmenden Einflüsse der Naturgewalten sind überwunden worden, die Böschungseinstürze nicht. Als der Kanal am 9. Mai 1914 einstweilig, am 15. August 1914 endgültig dem Verkehr übergeben wurde, wußte man zwar mit ziemlicher Sicherheit, daß Sperrungen der dem Betrieb übergebenen Wasserstraße nicht ausbleiben würden, aber man ahnte nicht entfernt, zum mindesten nicht außerhalb der bauleitenden Fachkreise, wie gewaltig die Elementarkraft war, die man sich zu überwinden vorgenommen hatte. Anfangs hielten sich auch die Böschungsabstürze in engen Grenzen, und die durch sie hervorgerufenen Sperrungen des Kanals währten nur jedesmal einige Tage. Im Oktober und Dezember 1914 sowie im März 1915 kamen solche Betriebs-Unterbrechungen vor, die aber insgesamt nur etwa 14 Tage im ersten Betriebsjahr währten und das finanzielle Ergebnis nicht allzu fühlbar beeinflußten, wenngleich die in ihrer Fahrt aufgehaltenen und entsprechend geschädigten Schiffseigentümer eine Reihe von sehr ärgerlichen und kostspieligen Schadenersatz-Prozessen gegen die Kanalverwaltung anstrengten. Dann aber ereignete sich seit dem 4. August 1915, langsam beginnend, aber an Umfang stets zunehmend, ein ungeheurer, neuer Abbruch der Wandungen, der alle vorhergegangenen weit in den Schatten stellte und seit dem 18. September eine vollständige Sperrung des Kanals für nicht absehbare Zeit erzwang. Etwa 10 Millionen Kubikyards[1] Gestein waren abgebrochen und mußten erst wieder beseitigt werden.

Soweit sich die noch nicht ganz klaren Verhältnisse übersehen lassen, hat die Bauleitung im Hinblick auf die politische Tragweite der Kanalsperrungen für die nahe bevorstehende Präsidenten-Neuwahl es für angebracht gehalten, zur Beschwichtigung der erregten öffentlichen Meinung früher, als es technisch richtig war, die Beseitigung der Störung zu „markieren" und demgemäß am 16. April 1916 die notdürftig wieder in Stand gesetzte Wasserstraße aufs neue für den Schiffsverkehr freizugeben. Aber

[1] 1 Yard = 0,9144 m.

Digitized by Google

schon am 31. Mai mußte infolge neuer Abstürze eine abermalige Sperrung verfügt werden, und seither hört man überhaupt nichts mehr vom Panamakanal — ein deutliches Zeichen, daß die Dinge nichts weniger als befriedigend stehen müssen. Auch die neuerdings laut werdenden Sachverständigen-Gutachten, daß dem Übel nur eine umfangreiche Entwässerung des gesamten umliegenden Geländes Einhalt tun könne, die Hunderte von Millionen verschlingen würde, ohne den sicheren Erfolg zu verbürgen, lauten recht wenig vertrauenerweckend, und der verstummende Widerspruch gegen die unmutigen Zornesrufe, der ganze Kanal sei verloren, gibt nicht weniger zu denken. Der geplante amerikanische Ankauf der dänischen Inseln in Westindien und der Galapagos-Inseln zur strategischen Sicherung des Panamakanals im Westen und Osten schmeckt stark nach einer Rückzugskanonade, die in der kritischen Zeit der Präsidentenwahl die Aufmerksamkeit davon ablenken will, daß der strategisch zu sichernde Kanal gar nicht im Betrieb ist. An Hand der jüngsten Ereignisse und Ausblicke erscheint die Tatsache in neuem und entschieden seltsamem Lichte, daß seit ungefähr vier Jahren die Vereinigten Staaten so lebhafte und erfolgreiche Anstrengungen gemacht haben, sich zu ihrem werdenden Panamakanal noch eine Bauerlaubnis für einen zweiten mittelamerikanischen Kanal in Nikaragua zu sichern. Der Zweck dieses Strebens war zunächst völlig unverständlich. Der offiziellen Aufgabe nach wollte die Union verhindern, daß Deutschland oder England oder ein andrer Staat in Nikaragua einen konkurrienden Kanal zur Panama-Straße baue. Die Begründung war aber nichts weniger als einleuchtend, da man im Wirtschaftsleben sonst nicht eben zu fürchten pflegt, daß einem hoffnungslos unrentablen Unternehmen auch noch Konkurrenz gemacht wird. Heute sieht es fast so aus, als hätten die Vereinigten Staaten sich frühzeitig die Möglichkeit eines neuen Kanalbaues in Mittelamerika für den Fall sichern wollen, daß der in allen Tönen gepriesene Panamakanal sich doch noch als ein Fehlschlag erweisen sollte.

Falls in der Tat die Vorgänge hinter den Kulissen etwa schon so weit gediehen sind, daß die verantwortlichen Stellen in Amerika ernstlich an einen Nikaraguakanal als Ersatz für den unwiederherstellbaren Panamakanal denken sollten, so muß leider der Besorgnis Ausdruck gegeben werden, daß auf diesem Wege das hohe Ziel der militärischen und wirtschaftlichen

Digitized by Google

Ausschaltung der mittelamerikanischen Landenge sich ebenfalls nicht erreichen lassen wird. Denn was in Panama die Böschungseinstürze sind, das bedeuten in Nikaragua in ungleich stärkerem Umfang die Erdbeben und Vulkanausbrüche. Ein fertiger Kanal daselbst würde wohl auch im günstigsten Fall nur wenige Jahre Lebensfähigkeit haben, da im Bereich der Kanalzone nicht weniger als 25 noch tätige Vulkane liegen, so daß schwere Erderschütterungen keine Seltenheit sind. Allein wegen dieser gar nicht hoch genug einzuschätzenden Gefahr hat man dereinst (1902) auf den Nikaraguakanal zugunsteu der Fortführung des Lesseps'schen Unternehmens verzichtet. Und nun sollte man doch darauf zurückgreifen wollen? Das wäre allerdings eine Bankerotterkläruug schlimmster Art, eine Bankerotterklärung, die nicht viel mehr oder weniger sagen würde, als daß unser Zeitalter überhaupt auf keinen dauernd benutzbaren mittelamerikanischen Seekanal rechnen kann. Es liegt gar sehr auch in Deutschlands Interesse, daß diese trüben Aussichten zu schwarz gefärbt erscheinen mögen. Denn der Panamakanal kehrt seine militärische Spitze sowohl gegen Japan wie gegen Englands Seeherrschaft.

Wie ein Engländer über den Krieg denkt

Von H. S.

Unsere Freundschaft war fast 20 Jahre alt, als der Krieg ausbrach; der gewohnte Briefwechsel stockte, und nur einmal, im September 1914, wandte ich mich an ihn, um ihm einen Bekannten zu empfehlen, der bei Orly in englische Gefangenschaft gekommen war; er hat sofort für ihn getan, was nur möglich war. Seitdem hatte ich nichts mehr von ihm gehört, bis ich kürzlich die Nachricht bekam, daß er verwundet im Offiziersgefangenlager in M. sei. Auf wiederholtes Drängen wurde mir gestattet, ihn zu sehen und mit ihm zu sprechen; dabei haben wir uns natürlich auch über den Krieg unterhalten und ich möchte noch meiner Kenntnis Englands und der Engländer seine Ausführungen als typisch für den gebildeten Durchschnittsengländer ansprechen und halte sie der Bekanntgabe wert.

Über seinen Werdegang schicke ich das Folgende voraus. Er entstammt als dritter Sohn einer kinderreichen und wenig begüterten schottischen

Digitized by Google

Familie, die seit fast 200 Jahren in London lebt und deren männliche Mitglieder entweder Kaufleute oder Kolonialbeamte zu werden pflegen; er kam schon früh in ein Londoner Büro, in dem er mehrere Jahre verblieb, um dann nach Kanada und später Nordamerika zu gehen; in seinem etwa zehnjährigen Aufenthalt in den Vereinigten Staaten erwarb er sich ein kleines Vermögen, das es ihm ermöglichte, nach England zurückzukommen und in den diplomatischen Dienst einzutreten; er wurde Vizekonsul in Spanien, dann kaufmännischer Sachverständiger in Bukarest und war kurz vor dem Kriege, wohl weil man auf seine Fähigkeiten aufmerksam geworden war, zum Stabe des Generalgouverneurs von Kanada versetzt worden. Zunächst wurde ihm die erbetene Erlaubnis, in das Heer einzutreten zu dürfen, mit der Begründung verweigert, daß er unabkömmlich sei, und erst in April 1915 wurde ihm gestattet, sich für den Heeresdienst zu melden; wie in England üblich, wurde er unter Berücksichtigung seiner Vorbildung als Leutnant ins Heer eingestellt und nach einer dreimonatigen Ausbildung einem kanadischen Infanterie-Regiment in Gallipoli zugeteilt; da er dort erkrankte, wurde er nach London zurückgesandt, zunächst dem Heimatsbataillon des dritten Garde-Regiments zu Fuß zugeteilt und Weihnachten 1915 unter Beförderung zum Hauptmann als Regimentsadjutant eines Infanterie-Regiments nach Frankreich gesandt, wo er sechs Monate in vorderster Front gekämpft hat und dann schwer verwundet in deutsche Gefangenschaft gefallen ist. Seine Ausführungen über den Ausgang des Krieges versuche ich im folgenden wörtlich wiederzugeben.

„Es ist notwendig, zunächst darüber klar zu sein, daß, gleichgültig, wie dieser Krieg ausgehen wird, der Kampf zwischen England und Deutschland fortgesetzt werden wird, da England die Vorherrschaft, die es sich in jahrhundertelangen Kämpfen erworben hat, bis zum letzten Atemzug verteidigen wird; darüber ist man sich in England vollkommen klar und zwar nicht nur in den Regierungs- und Parlamentskreisen, sondern auch in den breiten Schichten des englischen Volkes. Daß man in England den Anschein aufrecht erhält, als ob es sich um den Kampf gegen eine deutsche Clique handelt, ist nichts anderes als eine geschickte Aufmachung. In England hat man seit Jahren den Kampf mit Deutschland kommen sehen und Vorkehrungen getroffen; daß man trotz alledem Deutschland in die Rolle des Angreifers gedrängt hat und damit für England eine äußerst

Digitized by Google

günstige Stimmung geschaffen hat, zeigt Englands diplomatische Überlegenheit. Es muß zugegeben werden, daß man sich in England in den ersten sechs Wochen des Krieges mit der Hoffnung trug, die Russen, die Franzosen und die deutschen Sozialdemokraten würden für England die Niederwerfung Deutschlands besorgen oder sie ihm wenigstens erleichtern; aber das Fehlschlagen dieser Hoffnung hat in England keineswegs entmutigend gewirkt noch Ausbrüche des Zornes hervorgerufen, sondern lediglich die Entschlossenheit verstärkt, diesen Gegner, der sich noch gefährlicher, als man angenommen hatte, erwiesen hat, unter Aufbietung aller Kräfte zu schlagen. Auch wenn der jetzige Krieg England sein Ziel noch nicht erreichen lassen sollte, wird England das Endziel nicht aus den Augen lassen.

Deutschland ist durch die englische Kriegserklärung überrascht worden und auch daraus leitet der Engländer ohne weiteres ab, daß er Deutschland überlegen ist. Die Ausbrüche des Hasses, die Deklamation von „Ich hasse England" und „Gott strafe England" bestärken England in seinem Überlegenheitsgefühl, weil man darin ein Zeichen der Ohnmacht sieht. England hat seine Einkreisungs- und Schwächungspolitik gegen Deutschland zielbewußt verfolgt, während Deutschland noch in den letzten Monaten vor Ausbruch des Krieges eine Annäherung an England zu erreichen versuchte, was man in England als Schwäche ansah. Wenn man nun heute in deutschen Zeitungen der Anschauung begegnet, man könne den englischen Wegen in Diplomatie und Kriegführung nicht folgen, weil man in Deutschland dafür nicht niederträchtig genug sei, so ist das für den Engländer nicht etwa eine kränkende Verurteilung seiner moralischen Qualitäten, sondern er ersieht daraus nur das Eingeständnis der Unterlegenheit.

Der Engländer ist von Natur härter und zäher als der Deutsche und er wird sich durch nichts von seinem Ziel abbringen lassen. Der Deutsche kann heute noch nicht daran glauben, daß auch nach diesem schweren Kriege der Kampf weiter dauern wird und deswegen spricht man ihm in England die Kraft ab, einen vielleicht hundert Jahre langen Kampf rücksichtslos und mit unentwegter Beobachtung des Endziels zu kämpfen. England hat durch seine nüchterne Auffassung der Dinge, durch seine Unerbittlichkeit dem Besiegten gegenüber und durch sein angeborenes

Digitized by Google

Herrscherbewußtsein sich ein Weltreich erworben, wie es selbst die Römer nicht besessen haben, und England wird auch in diesem Kampf mit Deutschland den Beweis dafür liefern, daß es mit den jahrhundertelangen Eroberungszügen, die es nicht immer mit dem Schwert in der Hand geführt hat, nicht nur ein Reich, sondern auch die Beharrlichkeit und Ausdauer erworben hat, sein Eigentum zu verteidigen."

Ich habe den Engländer nicht im Zweifel darüber gelassen, daß sein Urteil meines Erachtens schief sei, und ich habe ihn aufgefordert, mir zu sagen, worauf seine Auffassung beruhe, daß wir selbst nach den Erfahrungen des Krieges weniger nüchtern dächten wie die Engländer.

Er wollte mit folgendem den Beweis dafür führen:

„Selbst heute noch sprechen deutsche Zeitungen von den „englischen Vettern", darin liegt der Unterton der Wertschätzung und der Versuch der Anbiederung; die Erklärung des Reichskanzlers „wir haben die Sentimentalität verlernt" ist für mich ein Beweis des Gegenteils, denn das tatsächlich erfolgte Freiwerden von Gefühlsregungen würde man nicht erwähnen, wer sagt „ich bin ein wilder Mann" ist es nicht."

Das größte Gewicht legte er auf das folgende Vorkommnis. Vor etwa acht Wochen fiel infolge Absturzes ein bekannter englischer Flieger dicht hinter den englischen Reihen nieder, und entgegen der ausdrücklichen Anordnung wurde von einem amerikanischen Berichterstatter die Nachricht von seinem Tode verbreitet; wenige Tage später warf ein deutscher Flieger, der möglicherweise den englischen abgeschossen hatte, einen Kranz mit einer Widmung in englischer Sprache an der Stelle des Absturzes nieder. Als dann Immelmann von einem Engländer abgeschossen wurde und sein Tod gleichfalls sofort bekannt wurde, verbreitete die deutsche Zeitung die Nachricht, ein englischer Flieger hätte über den deutschen Reihen einen Kranz für Immelmann mit einer Widmung abgeworfen und zitierte diese Widmung. Aus ihrem angeblichen Wortlaut konnte jeder, der englisch kannte, ersehen, daß es sich um eine Schwindelnachricht handeln mußte; sie ist auch später dementiert worden. Über den Eindruck dieser beiden Meldungen, von denen die eine wahr und die andere erfunden war, in den deutschen und englischen Zeitungen, hatte er eine Sammlung, die etwa 45 englische und fast 200 deutsche Zeitungen umfaßte. In den englischen Zeitungen wurde unter einer entsprechenden Überschrift, die

Digitized by Google

entweder „Weitere deutsche Beschimpfung" oder „Deutsche Unverschämtheit" oder „Widerliche Anbiederungsversuche" hieß, etwa folgendes gesagt: die Deutschen hätten den durch ein Aussetzen seines Motors oder einen ähnlichen Unglücksfall zu Tod gekommenen englischen Flieger noch nach seinem Tode beschimpft, indem sie einen Kranz über den englischen Linien abgeworfen hätten, an dem eine Karte geheftet gewesen sei, auf der sich in miserablem Englisch neben der falschen Behauptung, daß ein Deutscher das Flugzeug abgeschossen habe, eine Widmung befunden habe. Die Engländer hätten den Kranz samt Widmung in einen ungelöschten Kalkhaufen geworfen, in dem sonst seucheverdächtiges Ungeziefer vernichtet wurde[1]. Die Darstellung der Angelegenheit in den deutschen Zeitungen war etwa die folgende: Die Überschrift lautete entweder „Englische Ritterlichkeit" oder „Anerkennung Immelmanns durch die Engländer" oder „Die Ritterlichkeit in dem englischen Heere nicht erstorben" oder „Ein erfreuliches Zeichen englischer Ritterlichkeit" und der Text lautete gewöhnlich: Wir erhalten die Mitteilung aus dem Felde, daß ein englischer Flieger wenige Stunden nach dem Absturz Immelmanns über den deutschen Reihen einen prachtvollen Kranz einer anerkennenden Widmung in englischer Sprache niedergeworfen habe; man kann hieraus ersehen, daß auch die Engländer den Gegner achten und daß sich auch das englische Heer auf seine Traditionen wiederbesinnt. Wenn wir auch keine Folgerungen aus dieser Kundgebung ziehen wollen, möchten wir doch nicht verfehlen, von dieser erfreulichen Handlungsweise der Engländer gebührend Kenntnis zu geben. „Hieraus kann und muß ich entnehmen, daß man in Deutschland auch heute noch bereit ist, den Engländer herzlich zu lieben, wenn er es nur zuläßt. Wir werden daraus unsere Vorteile ziehen, da wir Gefühlsregungen im Völkerkampf nicht kennen; das verbürgt uns aber den Sieg."

[1] Der Herr Verfasser fügt in einem Begleitschreiben an die Schriftleitung den Satz hinzu, der den deutschen Standpunkt so festsetzt, wie auch wir ihn vertreten zu müssen glauben: „An der englischen Gefühlsroheit, die die Äußerungen jenes englischen Offiziers wiedergeben, darf das deutsche Volk kein Beispiel nehmen. Es soll im Gegenteil dankbar sein, daß es sich von solcher Gefühlsroheit ferngehalten hat und daß wir unter Hochhaltung reiner Gefühle siegen."

Digitized by Google

Streiflichter zur Weltlage XVI

Von Professor Dr. Schiemann

Der Monat, der seit Erscheinen der letzten Streiflichter verflogen ist, hat uns die Kriegserklärung Italiens gebracht (am 27. August) und an demselben Tage die Kriegserklärung Rumäniens an Österreich-Ungarn, der wir sofort mit der Erklärung begegneten, daß wir uns gleichfalls als im Kriegszustande mit Rumänien befindlich betrachten. Die Rumänen haben danach am 30. August die Kriegserklärung der Türkei und am 1. September die der Bulgaren entgegennehmen müssen. Beides, der endgültige Bruch Italiens mit uns wie der Beitritt Rumäniens zur antideutschen Koalition, hat in den Reihen der Entente großen Jubel, bei den Zentralmächten geringe Überraschung und keinerlei Erregung hervorgerufen. Die Überraschung kann insofern nicht Wunder nehmen, als der König Ferdinand bis unmittelbar vor seiner Kriegserklärnng auf das bestimmteste versichert hatte, daß er seine Neutralität behaupten werde. Dagegen hat sich niemand bei uns und in Wien oder Pest über die Absichten Bratianus getäuscht, da weder unser Gesandter in Bukarest noch unser dortiger Militärbevollmächtigter einen Zweifel über die bevorstehende Wendung aufkommen ließen. Wir sind daher vollkommen klar darüber gewesen, was bevorstand, und nur der Termin des Bruchs, der zu erwarten war, blieb ungewiß. Es wird ein Fleck auf dem Namen König Ferdinands bleiben, daß er sich dazu hergab, Werkzeug der Tücke seiner Minister zu sein. Er tritt damit würdig in die Genossenschaft ein, die in Grey, Poincaré, Ssasonow ihre Führer hat. Die Entwickelung der Ereignisse hat dann bewiesen, daß Rumänien und die Mächte, die es in den Krieg gedrängt haben, falsch gerechnet hatten. An dem Tage da die Kriegserklärung abgegeben wurde, stand auch der Feldzugsplan bereits fest, der Rumänien zu züchtigen bestimmt war. Schon am 3. September überschritten deutsche und bulgarische Truppen die Grenze der Dobrudscha, am 6. September fiel Tutrakan, am 10. September Silistria, und heute haben Russen und Rumänen, nach der blutigen Niederlage, die Feldmarschall von Mackensen ihnen beigebracht hat, zum Trajanswall flüchten müssen, während gleichzeitig der Rückzug der rumänischen Truppen, die in Siebenbürgen eingebrochen waren, begonnen

Digitized by Google

hat. An Stelle des Jubels, mit dem in London, Paris und Petersburg der Anschluß Rumäniens begrüßt worden war, ist Bestürzung getreten, und wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß sie von Woche zu Woche steigen wird. Die Angriffe der Russen an der Karpathenfront, die am 5. September einsetzten, um sich in Siebenbürgen mit den Rumänen zu vereinigen, wurden überall abgewiesen, und der ursprüngliche Plan der Entente, durch eine kombinierte Aktion der russisch-rumänischen und der Saloniker Truppen Sarrails, Bulgarien zu verderben, läßt sich schon jetzt als vollständig gescheitert betrachten. Genau das Gegenteil ist eingetreten: Sarrail mit seinem bunt zusammengewürfelten Heer ist außerstande, über militärische Demonstrationen (Scheinangriffe, Scheinbewegungen) hinauszugehen und wird — über kurz oder lang — nach Transportschiffen rufen müssen, um die Heimreise anzutreten.

Es spielt aber bei diesem rumänischen Abenteuer noch ein anderer Punkt mit, der volle Beachtung verdient. England und mit ihm Frankreich arbeiten darauf hin, den Begriff der Neutralität als eine nicht zu duldende Ausnahme zu beseitigen. Der Gedanke an sich ist nicht durchaus neu. Am 12. Januar 1855 schrieb einer der Geschäftsträger des Kaisers Nikolaus I. ihm aus Paris: „Man sagt hier im Auswärtigen Amt, daß, falls bis zum Frühjahr kein Friede geschlossen ist, man dann keine Neutralität mehr dulden wird, das wird allen Diplomaten gesagt und wiederholt" („on dit ici aux affaires etrangères que si la paix ne se fait pas jusqu'au printemps on ne souffrira alors plus de neutralité, cela se dit et se répète á tous les diplomates"). Damals, im Krimkriege, war diese Drohung besonders gegen Preußen gerichtet, und daß es nicht zu Zwangsmaßregeln kam, ist aller Wahrscheinlichkeit nach die Folge des unerwarteten Todes des Zaren gewesen (1. März 1855). Heute ist der Versuch mit Griechenland gemacht worden, und nur die stolze Haltung König Constantins hat es den Griechen bisher erspart, wider ihren Willen in den Krieg hineingezogen zu werden. Wie die Stimmung im griechischen Heere ist, hat das Armeekorps des Generals Hadjopoulos gezeigt, das beim Eindringen der Bulgaren in Cavalla es vorzog, lieber nach Deutschland abzuziehen, als sich den verhaßten Truppen Sarrails anzuschließen! In Rumänien, das während der zwei ersten Kriegsjahre unter dem Druck der Ententediplomatie und unter der Verhetzung ihrer Be-

Digitized by Google

stechungspolitik stand, brach schließlich das nationale Ehrgefühl zusammen, und offenbar haben die Ententeführer die Hoffnung nicht aufgegeben, auch die wenigen heute noch neutralen Staaten zu sich herüber zu ziehen. Die Neutralen werden jedoch nach den Erfahrungen Rumäniens es sich wohl überlegen, ehe sie den Rest von Autarkie (Selbstbestimmung) preisgeben, der ihnen gelassen worden ist. Die Entschiedenheit, mit der Schweden am 9. September die Zumutungen des Vierverbandes zurückgewiesen hat, wird, wie sich erwarten läßt, kleinmütigere Regungen in den neutralen Nordstaaten niederhalten, zumal die Aussicht, ein Teil des großen Kriegsschauplatzes zu werden, nichts weniger als verlockend ist.

Wir wollen jedoch nicht verschweigen daß neuerdings in Frankreich Hoffnungen laut geworden sind, daß Spanien in den Kreis der uns feindlichen Staaten eintreten könnte. Der „Temps" erläutert eine Rede Mauras und die Haltung des Führers der spanischen Reformpartei, Alvarez, in diesem Sinn, obgleich der frühere Ministerpräsident Dato sich sehr bestimmt für Aufrechterhaltung der Neutralität ausgesprochen hat. Bis auf weiteres nehmen wir dieses französische Gerede nicht ernst, wohl aber verdient die gegen alle Neutralität gerichtete Richtung Beachtung.

Während die Kämpfe nördlich und südlich der Somme ihren blutigen Verlauf nehmen und unsere bewunderungswürdigen Truppen der gegen sie anstürmenden Übermacht zwar einige Kilometer zerstörten Bodens haben räumen müssen, die von dem Feinde unter furchtbaren Verlusten gewonnen wurden, feiert die Redekunst in Frankreich wieder neue Triumphe. Poincaré und Briand haben große Reden gehalten und dem Jubel der Franzosen darüber, daß Verdun noch nicht in unseren Händen ist, noch dadurch Ausdruck gegeben, daß am 13. September den Vertretern der Stadt die höchsten militärischen Orden aller zum Verbande gehörenden Mächte überreicht wurden. Nun liegt uns nichts ferner, als die Tapferkeit, mit der Verdun sich so lange behauptet hat, herabsetzen zu wollen. Diese stärkste Festung Frankreichs hat uns allerdings heldenmütigen Widerstand geleistet, aber wir sehen nicht, daß eine Entscheidung bereits gefallen wäre, und noch weniger vermögen wir zuzugeben, daß das Schicksal Verduns, wie die Franzosen der Welt einzureden bemüht sind, eine Wendung im Weltkriege zugunsten unserer Gegner gebracht hätte. Vielmehr steht die Entscheidung noch bevor. Immerhin scheint es uns

Digitized by Google

nützlich, mit nur geringen Kürzungen einen Artikel des „Temps“ wiederzugeben, der im Anschluß an die oben erwähnten Reden den Kampf um Verdun als die wichtigste Tatsache dieses Krieges feiert. Es heißt in diesem Leitartikel des „Temps“:

„Frankreich hat dem leidenschaftlichen Angriff der Deutschen Widerstand geleistet, und die Schlacht von Verdun hat Frankreich aus derselben Gefahr gerettet, vor der es die Schlachten an der Marne und der Yser geschützt hatten. Es hieße ihre Bedeutung mindern, wenn man dem deutschen Angriff den Charakter einer improvisierten Antwort auf die Initiative der Alliierten geben wollte. Verdun war nicht eine Entgegnung, sondern die Frucht eines gereiften Willens, der wohldurchdacht und durch Monate vorbereitet war. Es war nicht die Vorbereitung von zwei Monaten, die unsere Truppen Ende Februar gebrochen haben; es war die Anstrengung eines vollen Jahres, die gleich nach der Yserschlacht begonnen hatte, Ende 1914, und die erst zutage treten sollte, nachdem alle Voraussetzungen erfüllt waren. Aber wenn Verdun Frankreich gerettet hat, hat es auch unser Bündnis gerettet, und deshalb ist die gestrige Feierlichkeit so bedeutsam. Hätte Deutschland seine fünfzehnmonatige Absicht erreicht, so hätte es nicht gezögert, den Plan von 1914 aufzunehmen und sich gegen unsere Bundesgenossen gewendet. Durch unseren Widerstand haben wir den Angreifer daran verhindert. . . Die Schlacht von Verdun hat den russischen Angriff möglich gemacht und die Offensive der Italiener, ganz wie die Schlachten an der Marne und der Yser die russische Offensive von 1914 und die Einnahme von Belgrad möglich machten. Aber 1916 folgte auf Vorteile, welche unsere Bundesgenossen errungen hatten, nicht der grausame Rückschlag von 1915. Weil der deutsche Angriff auf Verdun die schwere Artillerie aller Fronten erschöpft hatte, konnte Brussilow mit bewunderungswürdiger Kühnheit die österreichischen Linien auf mehrere hundert Kilometer durchbrechen und seine Erfolge gegen jeden Rückschlag sichern. Die Hoffnung, die man in Deutschland an die Offensive im Westen knüpfte, war so groß, daß man sie trotz der russischen Drohung nicht aufgeben wollte, so lange es noch Zeit war. Man verdoppelte die gegen Verdun gerichteten Schläge im Juni und Juli. Sie waren ebenso eitel wie im März und April, und Verdun hat den russischen Sieg gefestigt, nachdem es ihn möglich gemacht hatte.

Digitized by Google

Dann fand das Eingreifen Rumäniens statt. Es ist überflüssig, den Anteil der russischen Siege daran hervorzuheben, er ist handgreiflich und wir haben gesehen, daß auch hieran Verdun beteiligt ist. Aber wenn gleichzeitig in Saloniki die Armee der Alliierten sich konzentrierte und wuchs, wenn sie seit 1915, da sie noch wenig zahlreich und schlecht ausgerüstet war, nicht angegriffen ward, als man sie schwer schädigen konnte, so ist auch das Verdun zu danken. Denn um den Fall von Verdun vorzubereiten, hatte der deutsche Generalstab die Balkanfront geopfert, ganz wie Österreich sie preisgab, um den Angriff auf das Trentino vorzubereiten.

Das war in großen Zügen die Bedeutung der Schlacht, welche die Generale Pétain und Nivelle sieben Monate hindurch für Frankreich, für Europa, für die Welt geschlagen haben... Verdun bedeutet die gesamte Macht Deutschlands... in Schach gesetzt von Frankreichs Kraft. Verdun ist die Bestätigung und Wiederholung von Marne und Yser. Es ist der Zusammenbruch des dritten deutschen Ansturmes im Westen, und man darf wohl fragen, ob jemals unser Gegner fähig sein wird, ihn zu wiederholen..."

Die historische Phantasie und die Prophetengabe des „Temps" haben bei Abfassung dieses Artikels offenbar die entscheidende Rolle gespielt; die Einnahme von Belgrad hat, wie allbekannt ist, nicht das geringste mit den Kämpfen um Verdun zu tun. Daß diesen Kämpfen 1916 ein Rückschlag im Osten folgen werde, wird nach dem ruhmreichen Verlauf unserer Zurückweisung der am 16. September einsetzenden russischen Gesamtoffensive heute wohl selbst der „Temps" nicht erwarten, wohl aber halten wir es für in höchstem Grade wahrscheinlich, daß der Mißerfolg der Russen die ohnehin ermattende Offensive der Engländer und Franzosen noch weiter schwächen wird. Endlich ist es eine ungeheuere Verblendung, wenn man in Paris glaubt, daß „Verdun die gesamte Macht Deutschlands" bedeute. Das Gegenteil ist durch die Tatsachen bewiesen, während darüber kein Zweifel bestehen kann, daß, nachdem Frankreich sich genötigt gesehen hat, seine Siebzehnjährigen ins Feld zu schicken, seine Anstrengungen bereits den Charakter eines Verzweiflungskampfes tragen. Verdun hat nichts entschieden, es war eine blutige Episode, blutig auch für uns, aber unendlich viel blutiger für Frankreich, und den so oft angekündigten Durchbruch durch unsere Front haben die Kämpfe an der Maas ebensowenig gebracht, wie das Anstürmen nördlich und südlich der Somme.

Digitized by Google

Daß seit dem 29. August der Generalfeldmarschall von Hindenburg Chef des Generalstabes des gesamten deutschen Feldheeres ist und mit seinem bewährten Generalquartiermeister von Ludendorf zugleich den engsten Zusammenhang mit den uns verbündeten Truppen aufrechterhält, ist zudem eine Tatsache, von der unsere Gegner nicht gerne sprechen, die aber eine Einheitlichkeit unserer gesamten Kriegführung auf allen Kriegsschauplätzen zur Folge hat, der der vielköpfige Kriegsrat des Vierverbandes nichts Ähnliches gegenüberzustellen hat. Wir haben bereits früher darauf hingewiesen, daß dieser Verband ein Bündnis von politischen Konkurrenten und künftigen Gegnern ist, wie namentlich an dem sich immer mehr zuspitzenden Gegensatz der Russen gegen England deutlich zutage tritt. Man trägt es in Rußland nur zähneknirschend, daß heute nicht nur die ertragreichsten Bergwerke des Landes den Engländern teils verkauft und teils verpfändet sind, sondern daß auch die russische Reichsbank mit all ihren Filialen unter englischer Aufsicht steht. In jeder derselben befindet sich ein englischer Aufsichtsbeamter, und der schließliche Ausgang des Krieges, er mag sein, welcher er wolle, muß unbedingt eine finanzielle Knechtschaft Rußlands zur Folge haben, wenn es sich nicht — wie wahrscheinlich ist — entschließt, durch einen Staatsbankrott alle Verpflichtungen abzustreifen, die es auf sich genommen hat. In Geldangelegenheiten aber ist England zäh und unerbittlich, und so läßt sich schon jetzt vorhersagen, daß dieser Krieg, wenn er einmal sein Ende gefunden haben wird, als Niederschlag keineswegs eine einheitliche Wirtschaftspolitik der Verbandsmächte bringen wird, sondern vielmehr einen scharfen Gegensatz, der nicht durch diplomatische Noten ausgeglichen werden kann.

Über die Verhältnisse, die sich im Inneren Rußlands abspielen, läßt sich nur wiederholen, was hier schon mehrfach gesagt worden ist. Man ist am Hof, wie in der Gesellschaft und im Volke des Krieges müde, kann aber den Entschluß zum Frieden nicht finden, weil die beiden Gruppen, die Rechte wie die Liberalen, die Schuld an Mißerfolgen und Verlusten dem anderen Teil zuschieben wollen. Der Wille Nikolaus II. schwankt hin und her, heute für Abschluß eines Friedens, morgen für Fortsetzung des Krieges bis — wie er angekündigt hat — der letzte Feind den russischen Boden geräumt haben wird. Daß dieses Ziel zu erreichen sei, glaubt er aber gewiß nicht mehr. Da seine Umgebung ganz den Kreisen der Rechten an-

Digitized by Google

gehört, verhaftet und verschickt er, was ihm als gefährlich bezeichnet wird. Er ist bald an der Front, bald in Zarskoje Selo, heute voller Zuversicht, morgen kleinmütig. Er stellt seinen Feldherren das Ziel, bald am Stochod durchzubrechen, bald die Karpathen zu überschreiten, heute Lemberg zurückzuerobern, morgen durch Rumänien in Bulgarien einzudringen und mit Hilfe von Sarrail Konstantinopel zu nehmen — alles aber scheitert. Und die Blutopfer, die das Volk bringen muß, zählen bereits nach Millionen. Daß die wirtschaftlichen Nöte Rußlands im Steigen sind, zeigen trotz des Eingreifens der Zensur die russischen Zeitungen und beweist die lange Reihe der in unsere Hände gefallenen Briefe, die aus dem Innern des Landes den Soldaten an der Front zugehen. Die Ernte ist dürftig, die Teuerung im Steigen, mit dem nahenden Winter droht die Zufuhr von außen her zu versagen. Die beiden Residenzen sind unruhig und die Fabrikbevölkerung ist unzuverlässig. Hört der Krieg auf, so droht eine Explosion, darüber kann kein Zweifel sein. Die Liberalen geben der Mißwirtschaft der Regierung Schuld an allem, die Regierung dem schlechten Geist, der die Intelligenz beherrscht. Schließlich finden sich beide Teile in gemeinsamer Bedrückung alles dessen, was nicht großrussisch ist. Es ist ein latenter Bürgerkrieg, der neben dem auswärtigen Kriege geführt wird; ein kräftiger Stoß gegen Petersburg und der ganze Bau bricht zusammen.

Zum ersten Male finden wir in den Berichten unseres Generalstabes den Namen des Generals von Bernhardi genannt. „Deutsche und österreichische Truppen seiner Armee stürmten unter Führung des Generals von Clausius den stark befestigten russischen Brückenkopf nördlich von Zarecze am Stochod und verfolgten den Feind bis auf das Ostufer. 31 Offiziere, 2511 Mann und 17 Maschinengewehre sind in unsere Hand gefallen." So lautet der Bericht. Es wird daher nicht ohne Interesse sein, sich ein Bild der Schwierigkeiten zu machen, welche das Stochod-Gebiet jedem Vorgehen entgegenstellt. Die „Nowoje Wremja" schildert uns das Gelände in einer Korrespondenz vom 17./30. August folgendermaßen: „Stochod — das heißt hundert Wege, hundert Arme. Nicht umsonst hat der Fluß diesen Namen erhalten, für ihn ist in der Tat die zahllose Menge seiner Arme charakteristisch: kleine, mittlere, große, seichte und tiefe, mit Gruben, die drei bis vier Saschen (das ist achtzehn bis vierundzwanzig Fuß) hinabführen. Eine andere Eigentümlichkeit dieses Flusses sind die

Digitized by Google

stellenweise zwei bis drei Werst breiten Sumpftäler. Das ganze Tal besteht aus niedrigen Inseln, die schlammig und über mannshoch von Schilf bewachsen sind. Dazwischen finden sich auch etwas höhere Inseln; sie sind dann stets sandig und von Rohrgestrüpp bedeckt. An beiden Ufern ziehen sich große Fichtenwälder hin und nur selten sieht man ein kleines Stück Ackerland oder Weide. Unsere Stellung liegt teils am linken, teils am rechten Ufer des Stochod. Hier und da haben die Unsrigen den Fluß überschritten, und ihre Gräben schmiegen sich wie Schwalbennester an das gegenüberliegende Ufer, während an anderen Stellen der Stochod weit hinter uns liegt und unsere Waffenplätze täglich wachsen. Die ganze Position, sowohl die des Feindes wie die unsrige, liegt, abgesehen von einzelnen kleinen Abschnitten, im Walde, und ist daher dem geübten Auge des Beobachters und dem Kundschafter weder vom Boden, noch vom Aroplan leicht kenntlich. Ist das Tal des Flusses die Grenze der kämpfenden Truppen, so steht sie unter mörderischem Kreuzfeuer der Gewehre, Maschinengewehre und Geschütze. Sobald einige Alarmraketen steigen, wird das ganze Tal von einem Hagel von Gußeisen, Blei und Eisen überschüttet, und ein Sperrfeuer eröffnet. Der Kampf geht hier mit dem früheren Nachdruck weiter. Wir dehnen alle Tage unsere Waffenplätze mehr aus.

An stillen Tagen finden von unserer Seite, wie von den Feinden Rekognoszierungen von Kundschaftern und Freiwilligen statt. Gestern z. B. umzingelten unsere Kundschafter einen feindlichen Unterstand und nahmen ihn ein. Die Gefangenen waren froh, daß sie „den Krieg beendet hatten" und erzählten, daß sie sehr unzufrieden mit den Deutschen seien, die sie immer vorausschickten. Es ist charakteristisch, daß der Kommandant, ein Deutscher, als er seine verzweifelte Lage und das schmähliche Verhalten seiner Untergebenen sah — sich erschoß."

Man kann sich danach wohl vorstellen, wieviel dazu gehörte, den oben angeführten Erfolg zu erringen.

Zu den großen Erfolgen des hinter uns liegenden Monats gehört unzweifelhaft auch die Rückkehr der „Deutschland" von ihrer transatlantischen Unterseefahrt. Sie hat mir Briefe aus Amerika gebracht, darunter den eines Freundes, mit dem ich seit langen Jahren in politischer Korrespondenz stand. Ein Abschnitt dieses Briefes, der über die Lage in Amerika

Digitized by Google

berichtet, mag, da mein Korrespondent, wie ich aus Erfahrung weiß, sehr wohl unterrichtet ist, hier Platz finden. Er schreibt:

„Wir haben natürlich das lebhafteste Interesse am Erfolge Deutschlands und daran, daß seine Feinde, zumal Rußland und England, völlig geschlagen werden. Die Rückwirkung wird groß sein, wenn sie tüchtige Hiebe erhalten, denn die Insolenz (Anmaßung) der Briten und der pro Britisch-Amerikaner und ihrer Zeitungen ist unerträglich. Im gegenwärtigen Augenblick scheint es, daß Hughes siegen wird, aber die regierende Partei kennt keine Skrupel und wird vor nichts zurückschrecken, um das Spiel zu gewinnen. Das mexikanische Problem wird, wie ich glaube, ein Spielball der Politiker bis zur Wahl im November bleiben, was dann folgt, wird vom Sieger abhängen. Die katholische Kirche ist für die Annexion Mexikos, wegen der dann gewonnenen katholischen Stimmen. Die Kapitalistenpartei würde wahrscheinlich ein Protektorat vorziehen, das gestatten würde, den Reichtum des Landes und das Volk straflos auszubeuten. Man fürchtet hier auch, daß Japan eines schönen Tages unbequem werden könnte, und das würde auf die Politik Mexiko gegenüber zurückwirken, gleichviel, welche Partei gerade am Ruder ist."

Über die Folgen, welche die brutale Niederwerfung des irischen Aufstandes und das Blutbad in Dublin in Amerika gehabt hat, heißt es an einer anderen Stelle desselben Briefes: „Die Wirkung wird tief und dauernd sein. Für mich persönlich war der Tod so vieler guter, ernster und hingebender Männer, die ich persönlich kannte, ein schwerer Schlag, aber das Opfer, das sie gebracht haben, ist von unschätzbarem Wert. Es hat die Iren hier in Amerika aneinander geschlossen wie nie vorher. Es hat den Amerikanern gezeigt, daß die Briten noch ebenso brutal sind, wie sie immer waren, und eine Welle antibritischer Empfindungen erregt, die auf keine andere Weise entstehen konnte. Daß die britische Regierung dies jetzt fühlt, wissen wir. Vor kurzem suchte der Jesuit Pater W. den britischen Botschafter auf, und dieser sagte ihm, daß seine Regierung ernstlich besorgt sei wegen der Kundgebungen, die überall in den Vereinigten Staaten und in der Presse aus Anlaß der irischen Hinrichtungen stattgefunden hätten. Der Botschafter fragte, ob diese Wirkung von Dauer sein werde. Wie ich höre, sagte Pater W., er werde mit Leuten sprechen, die in der Lage seien, darüber zu urteilen. Das Er-

Digitized by Google

gebnis seiner Erkundigungen war die einmütige Ansicht, daß die Erbitterung bestimmt in der jetzigen und vielleicht auch in der nächsten Zeit andauern werde. Die Stimmung gegen England ist bitterer und allgemeiner als je vorher."

Auch in Kanada scheint der Enthusiasmus für tätige Unterstützung der Entente in der Abnahme begriffen und speziell die französischen Kanadier sind bemüht, weitere Truppensendungen zu verhindern. Den dadurch bedingten Ausfall sucht die kanadische Regierung durch Anwerbung von Bürgern der Vereinigten Staaten auszugleichen. In der „Evening Mail" vom 14. Juli findet sich darüber die folgende interessante Aufzeichnung: Längs der ganzen kanadisch-amerikanischen Grenze macht die Regierung große Anstrengungen, um rüstige junge Amerikaner zu bewegen, sich anwerben zu lassen. Rekrutierung-Depots sind in allen Grenzstädten errichtet worden, und Zirkulare, welche die Freuden des Soldatenlebens höchst anziehend schildern, werden weit verbreitet, um Freiwillige für die amerikanische Legion zu gewinnen, von der 4 Bataillone gebildet wurden. Die Zirkulare sichern den Rekruten 75 Dollar monatlich (Unterhalt und Kleidung mit eingerechnet), ein Kostgeld von 20 Dollar für die Soldatenfrau, dazu 5 Dollar monatlich für jedes ihrer Kinder und versprechen geeigneten Männern Unteroffizierstellung. Die „Evening Mail" bringt den Text eines dieser Zirkulare, das zu den üblichen Phrasen über deutsche Barbarei und den Kampf für Freiheit und Zivilisation, auch mit dem Argument der Bedrohung Amerikas durch die Deutschen operiert! („Do you want German savagery on North-America soil? Do you want a line of German forts on what is now the peaceful border line of United States and Canada? No-no-no. Not if you are real men! The time has come, to call to arms, to fight for liberty as true Americans.") („Wünschen Sie deutsche Grausamkeit auf nordamerikanischem Boden? Wünschen Sie eine Linie deutscher Forts dort, wo jetzt die friedliche Grenze der Vereinigten Staaten und Kanadas verläuft? Nein, nein, nein. Nicht, wenn Sie wahre Menschen sind. Die Zeit ist gekommen, zu den Waffen zu rufen, als echte Amerikaner für die Freiheit zu fechten.") Für Freiheit und echtes Amerikanertum arbeiten bekanntlich auch die amerikanischen Munitionsfabriken, die unter der Leitung von Morgan, wie die „Times" berichtet, sich wahrhaft unermeßliche Verdienste um die

Digitized by Google

Erhaltung der Weltkultur erworben haben. Morgan beseitigte die Strohmänner und Spieler, die ohne eigene Arbeit an dem großen Geschäft verdienen wollten, und legte die Fabrikation von Munition und anderem Kriegsmaterial in die Hände der größten und zuverlässigsten Firmen der Union. Der Erfolg war dann für England höchst erfreulich. Interessant ist das daran geschlossene Bekenntnis der „Times", daß England auch jetzt noch nicht fähig sei, aus eigener Kraft seine Bedürfnisse an Kriegsmaterial zu befriedigen. Da jetzt England, Frankreich und Rußland besondere Ministerien für die Fertigstellung von Munition haben, kann die Frage wohl aufgeworfen werden, ob es sich nicht auch für uns empfehlen würde, ein Munitionsministerium zu schaffen.

Die Letten

Von * * *

In seiner großen Reichstagsrede am 5. April 1916 nannte der Kanzler unter den durch deutsche Waffen vom russischen Joche befreiten Völkern auch die Balten und Letten.

Daß die Balten ihrem Blut, ihrer Bildung und Gesinnung nach deutsch sind, daß die Abtrennung von Rußland für sie die Erlösung von schwerstem Drucke bedeutet, das dürfte mittlerweile bei uns auch den weitesten Kreisen bekannt sein.

Was wissen wir aber von den Letten?

Es sei in folgendem versucht, ohne jede Schönfärberei die tatsächliche Stimmung unter den Letten zu kennzeichnen und zu erörtern, wie sich die Lettenfrage im Falle einer Angliederung Kurlands an Deutschland gestalten dürfte.

Zunächst: wie verhält sich der Lette jetzt, zurzeit der Okkupation, zur deutschen Verwaltung, zum deutschen Soldaten? Da muß als Grundeindruck eine große Zurückhaltung der Letten festgestellt werden. Aber wie könnte das auch anders sein? Denn immer noch rechnet er mit der Rückkehr der Russen, — und wehe dann jedem, der den Deutschen zu viel Entgegenkommen zeigte! „Die deutschen Kurländer haben es gut", — so äußerte sich ein lettischer Bauer einem unserer Herren gegenüber — „gehen die deutschen Truppen zurück, dann ziehen sie alle mit und finden

Digitized by Google

als Stammesbrüder Obdach und Brot im Mutterlande. Uns Letten aber ließe man zurück, wer aber mit zöge, der könnte sehen, wie er zu seinem Unterhalt in Deutschland kommt." Sehr reale Erwägungen mithin sind es, die dem Letten diese Zurückhaltung diktieren. Aufgeben wird er sie erst, wenn die Zukunft Kurlands gesichert ist. Und für das künftige Verhalten der Letten im Falle einer Annexion lautet die Prognose (Voraussage) von Kennern der Verhältnisse durchaus günstig.

Die Gegnerschaft der Letten zu den baltischen Deutschen, systematisch geschürt von der russischen Regierung, beruht zum größten Teil auf Klassengegensätzen. Die Ostseeprovinzen sind ein Kolonialland, die Deutschen dort eine kleine Oberschicht (200000 Deutsche gegen 2 Millionen Letten und Esten), die dem ganzen Lande wohl deutsche Kultur eingeflößt hat, aber das Land nicht dem Blute nach eindeutschen konnte. Wollte diese Oberschicht deutsch bleiben, so durfte sie sich mit der Urbevölkerung nicht mischen, da sie — zu schwach, um ihrerseits die Letten in größerer Zahl zu absorbieren — von den Letten aufgesogen worden wäre (wie die Goten in Spanien und Italien, die Normannen in Rußland, Frankreich usw.). Nur strengste Abschließung konnte die Deutschen als Deutsche erhalten. Ehen zwischen Deutsch-Balten und auch hochgebildeten deutschsprechenden Letten kommen bis zum heutigen Tage nicht vor, — es sei denn, daß der Lette seiner ganzen Gesinnung nach Deutscher geworden ist. Begreiflicherweise fühlen sich daher die aufstrebenden national-lettischen Elemente von der deutschen Gesellschaft sozial minderwertig beurteilt, fühlen sich verletzt in ihrer Eitelkeit, — und daher die Gegnerschaft. Diese von der Natur der Dinge den Deutsch-Balten diktierte Zurückhaltung den Letten gegenüber wird aber in demselben Moment hinfällig, wo Kurland aufhört, ein Kolonialland zu sein. Dem Volkstum der 70 Millionen Reichsdeutschen können die wenigen, nach dem Kriege vollends zusammengeschmolzenen Letten nicht gefährlich sein. Sie werden in Kürze restlos vom Deutschtum aufgesogen werden, ein Prozeß, der durch folgende Umstände noch erleichtert und beschleunigt wird:

1. Die Letten haben keine eigene Kultur (wie z. B. die Polen und Dänen Deutschlands). Sie sind als kleiner, zwischen zwei Weltnationen eingesprengter Volkssplitter dazu verurteilt, entweder im Deutschtum oder im Russentum aufzugehen. Ihnen selbst vielleicht unbewußt, sind sie nun

Digitized by Google

aber durch Jahrhunderte mit deutscher Kultur durchtränkt worden, so daß ihre Charakteristik als „deutsche Bauern, die lettisch sprechen", durchaus zutreffend sein dürfte. 2. Die Letten sind ein **tüchtiges, fleißiges Volk**, mit einem starken Drang nach Bildung und sozialem Emporkommen; dabei ausgesprochene **Realpolitiker**, die bald einsehen werden, daß ein Anschluß an das Deutschtum ihnen viel vorteilhafter sein wird als eine Vereinzelung. 3. Die Letten sind **evangelisch**, und in diesem Punkte von überzeugter Gegnerschaft gegen die Russen. 4. Etwa die Hälfte der Letten wohl führt **deutsche Familiennamen**, und auch die typisch lettischen Namen klingen nicht so fremd, daß sie eine Angliederung hinderten. Sehr verbreitete echt lettische Namen sind z. B.: Kalnin(g) = Berg, Bersin(g) = Birke, Krumin(g) usw. 5. **In seinem Äußeren dürfte der Lette**, der zusammen mit dem Litauer einem zwischen den Germanen und Slawen stehenden selbständigen Volksstamm angehört, **nur ausnahmsweise vom Deutschen zu unterscheiden** sein. 6. Ihre sogenannte „**Russenfreundschaft**" im Weltkriege ist bei der Mehrzahl nur **Realpolitik**. Die russische Presse hatte die Letten vom endgültigen Siege der russischen Waffen überzeugt. Da blieb ihnen, um ihrer Daseins willen, nur eine solche Stellungnahme übrig. Am freudigsten wird eine Annexion vom lettischen **Großbauer** begrüßt werden, da sein gesunder praktischer Bauernsinn ihm sagt, daß er durch Wertzuwachs seines Bodens und durch Einführung verbesserter Arbeitsmethoden nur gewinnen könne. Anders steht es mit der Stadtbevölkerung. Ihre Führer, die aus russischen Schulen und Universitäten hervorgegangenen „**junglettischen Intellektuellen**", sind jedenfalls in der Mehrheit nicht deutschfreundlich, ebensowenig die kleine lettische Beamtenschaft, viele Dienstboten usw. Das braucht uns aber weiter keine Sorge zu machen. Der größte Teil gerade dieser russisch-orientierten Kreise (sie sind fast durchweg mit den Russen fortgezogen) wird im Falle einer Annexion sicherlich nicht nach Kurland zurückkehren. Landbesitz haben sie nicht, und im weiten Rußland bieten sich gerade für ihre Berufe ganz andere Entwickelungsmöglichkeiten, als im überfüllten Deutschland. Übrigens haben wir es immer noch in der Hand, die dem ganzen Lande bekannten größten Hetzer und Schreier nicht wieder hereinzulassen. 7. Die Letten sind ein **aussterbendes Volk**. Ihre Geburtenziffer ist niedriger

Digitized by Google

als die der Franzosen. 8. Die Ansiedelung der 2 Millionen vertriebenen deutschen Kolonistenbauern Rußlands, deren Geburtenziffer von 72 aufs Tausend die aller anderen Völker der Erde übersteigt, wird von entscheidender Wirkung sein. Schon heute ist zwischen den lettischen und den in Kurland bereits angesiedelten deutschen Kolonistenbauern keinerlei Antagonismus zu verspüren. 9. Eine zielbewußte Schulpolitik wird aufs beste wirken: Höhere und Hochschule deutsch; Volksschule vielleicht zunächst deutsch und parallell lettisch. Letzteres wäre jedoch aus privaten Mitteln der lettischen Gemeinden zu bestreiten. In Kürze werden die Letten die Vorteile der deutschen Bildung einsehen und aus nüchterner Überlegung heraus ihre Kinder nur in die deutschen Schulen schicken.

So etwa dürften sich die Verhältnisse in einem künftigen deutschen Kurland gestalten. Wir sehen, Sorgen brauchen wir uns nicht zu machen. Wohl wird es in der Übergangszeit eine „lettische Frage" geben, die aber zum Teil selbsttätig, zum Teil durch geschickte und taktvolle Regierungsmaßnahmen leicht und schnell zu lösen sein wird. Eine „lettische Gefahr" aber gibt es nicht.

Notizen

Die japanische Parlamentsdelegation über Japans Verhältnis zu Deutschland. Im Gespräch mit einem Vertreter der russischen Zeitung „Nowoje Wremja" äußerte Graf Terashima, ein Mitglied der japanischen Delegation, auf die Frage des Korrespondenten nach der Rolle Deutschlands in den augenblicklichen japanisch-chinesischen Zwischenfällen und nach der deutschen Propaganda in China im allgemeinen folgendes: Leider kann ich auf diese Frage keine Antwort geben. Ich selbst war nie in China, meine Kollegen ebenfalls nicht. Ich kann Ihnen deshalb nichts Bestimmtes mitteilen. Auf die Frage des Korrespondenten nach der Meinung der japanischen Presse über diese Frage, antwortete Graf Terashima lächelnd: Auch darüber vermag ich keine Auskunft zu geben. Sie fragen mich nach dem zukünftigen wirtschaftlichen Verhältnis der vier Großmächte im fernen Osten nach Beendigung des Krieges? Die wirtschaftlichen und kaufmännischen Interessen sind eine äußerst heikle Angelegenheit; von allen Seiten werden natürlich Anstrengungen gemacht werden, geregelte Verhältnisse herzustellen. Ich bin aber kein Prophet und scheue mich daher, ein genaues Bild der zukünftigen wirtschaftlichen und kaufmännischen Beziehungen aufzuzeichnen.

Das russisch-japanische Bündnis. Die spanische Zeitung „Tribunal" schrieb im Anschluß an das russisch-japanische Bündnis, der Gegensatz der japanischen

Digitized by Google

zu den russischen Interessen sei so stark, daß das russisch-japanische Bündnis den Krieg nicht überdauern könne.

Deutscher Handel in Rußland nach dem Kriege. Der im „Sydney Bulletin" veröffentlichte Bericht eines früher in Sydney wohnhaften Neutralen über Rußland schließt mit folgender wirtschaftlicher Betrachtung: Was den Handel und sonstige wirtschaftliche Möglichkeiten nach dem Kriege betrifft, so wird die Hauptschwierigkeit zweifellos die Beschaffung von Kapital und geeigneten Männern sein. Die Deutschen hatten tatsächlich eine Monopolstellung im russischen Handel inne, und es wird nicht leicht sein, sie nach Friedensschluß fernzuhalten. Denn wenn man auch in Rußland viel davon redet, „man werde in Zukunft ohne die Deutschen fertig werden", so ist man doch gar nicht davon überzeugt, daß dies möglich oder wünschenswert sei.

Eine Engländerin über Deutschland. In den Berichten der heimgekehrten Engländer, die die „Times" vom 8. September veröffentlichten, fällt der einer Mrs. Frank auf, deren Mann in Ruhleben gestorben ist. Sie schildert die wirtschaftlichen Zustände in Frankfurt a. M. und Berlin als schlecht, die Unbequemlichkeit mit den Karten als groß. Aber sie sagt zugleich: freundliche Deutsche hätten ihr geholfen; die Behörden hätten sie nie unfreundlich behandelt; das deutsche Volk, obwohl es große Not litte, bete zwar für das Ende des Krieges und glaube an den Sieg, und in diesem Glauben seien die Armen sehr tapfer und geduldig, „so geduldig wie Engel". Das Volk glaube, daß militärisch alles gut gehe. Es glaube, daß es den Verbündeten unmöglich sein werde, sie auszuhungern. Die Ernte erleichtere die Lage und mache das Volk hoffnungsvoller, und sie glaube, daß das deutsche Volk noch lange Zeit durchhalten werde.

Der Geist des chinesischen Volkes und der Ausweg aus dem Krieg. Ku Hung-Ming, einst ein vornehmer Beamter in Schanghai, jetzt Privatmann in Peking, hat seinem vor dem Krieg erschienenen Werk über „Chinas Verteidigung gegen europäische Ideen" ein Buch folgen lassen, das aus dem Geist des chinesischen Volkes einen Ausweg aus dem Krieg zu zeigen hofft („Der Geist des chinesischen Volkes und der Ausweg aus dem Krieg", erschienen bei Eugen Diederichs in Jena). Folgendermaßen schildert Ku Hung-Ming den chinesischen Geist:

Im wahren chinesischen Menschheitstypus weht ein Hauch sozusagen von ruhiger, sanfter, geläuterter Weichheit, wie man ihn in einem Stück gut gewärmten Metalls findet. — Die Haupteigenschaft des chinesischen Menschheitstypus ist seine Freundlichkeit, seine unaussprechliche Freundlichkeit, die das Ergebnis der Verbindung von zwei Dingen ist, nämlich: Sympathie und Intelligenz. — Die wundervolle Eigentümlichkeit des chinesischen Volkes besteht darin, daß es trotz seines Herzens-, seines Kinderlebens eine Macht des Geistes und Vernunftvermögen besitzt, die kein christliches Volk des mittelalterlichen Europa und kein anderes primitives Volk aufzuweisen hat. — Der Chinese ist ein Mensch mit dem Kopf eines Erwachsenen und dem Herzen eines Kindes.

In Gegensatz zu diesen Menschen stellt er die Europäer, die er folgendermaßen

Digitized by Google

anredet: Ihr Europäer müßt in allen Fragen der Seele — und die sind die einzigen wichtigen Fragen — von uns Chinesen lernen, sonst bricht eure ganze Kultur eines Tages zusammen, sie taugt nicht viel, denn sie beruht nur auf rohem Materialismus, auf Furcht und Gier. Konfuzius, der Reine und Wahre, wird noch einmal den Erdkreis beherrschen. Er zeigt den einzig möglichen Weg zur Vornehmheit, Tiefe, Anständigkeit und Glück. Also, ihr Europäer, schafft eure schlechte Weltanschauung ab und nehmt die chinesische an. Das ist eure einzige Rettung. — Es mag sein, daß wir Chinesen nicht genug von Europa wissen, und daß ihr Europäer nicht genug von China wißt; aber ein Unterschied besteht doch: der Chinese kennt doch wenigstens seine eigene Kultur, der Europäer aber hat von seiner eigenen Kultur meist keine Ahnung. (Ku Hung-Ming berührt sich in dieser Auffassung mit Lassalle, der gesagt hat: „Die großen deutschen Denker sind hoch über Deutschland dahingezogen wie ein Kranichschwarm, hier unten spürt man von ihrem Flügelschlag auch nicht die leiseste Regung.") Ku Hung-Ming sieht also die Schwäche Europas in dem Mangel an geistigen Interessen, an der Pflege der Seele, in dem Zurücktreten alles Ethischen hinter das Praktisch-Nützliche. Dabei braucht, wie der Philosoph meint, Europa dies Gute, das ihm fehlt, gar nicht einmal von China her zu übernehmen. „So ganz fremd", sagt er „ist das chinesische Denken euch Europäern ja auch nicht: eure größten Geister, Spinoza und Goethe, kamen schließlich bei der gleichen Weltanschauung an, die in China seit 2500 Jahren herrscht." Ein Zitat aus Goethe ist ihm auch das Motto zu dem Kapitel, in dem er „den Ausweg aus dem Kriege" zu zeigen glaubt.

Der Krieg ist ihm daraus entstanden, „daß es keinem der an der Spitze stehenden Männer erlaubt ist, irgendwie eigenen Willen zu haben; daß keiner die geringste Macht hat zu tun, was er für die Sicherheit und das Wohl der Nation für am besten hält." Ku Hung-Ming wendet diese Anschauung zunächst und hauptsächlich auf Rußland an. „So ist, wenn man der Sache tief genug an die eigentliche Wurzel geht, der wirkliche Ursprung dieses Krieges der Vertrag von Portsmouth, und zwar deshalb, weil nach diesem Vertrag die Knute, die Macht der Knute in Rußland zerbrach und nichts mehr blieb, um den Kaiser vor dem Pöbel und seiner Panik zu beschützen, in der Tat vor der Panik des Pöbels für die Unversehrtheit und Sicherheit des russischen Reiches und der slawischen Rasse!" „Ich wiederhole, nach dem Vertrag von Portsmouth zerbrach die Diktatur, die Knute und ihre Macht in Rußland, und es gab nichts mehr, um die Regierenden, Soldaten und Staatsmänner vor dem Pöbel zu schützen. Das war der wirkliche Ursprung dieses Krieges, mit anderen Worten, die Ursache dieses Krieges war die Furcht vor dem Pöbel in Rußland."

„Aber die Furcht vor dem Pöbel in Rußland war nicht der wirkliche erste Ursprung und die Ursache dieses Krieges; Ursprung und Quelle nicht nur dieses Krieges, sondern der ganzen Anarchie, all dieses Schreckens und Elends in der heutigen Welt, ist die Pöbelverehrung in allen Ländern Europas und Amerikas, besonders aber in Großbritannien."

Digitized by Google

Der Ausweg ist ihm die Errichtung einer „Magna Charta der Treue" an Stelle der „Magna Charta der Freiheit". — „Unter dieser Magna Charta der Treue müssen die Völker der jetzt kriegführenden Länder schwören: erstens in keiner Weise die Politik des gegenwärtigen Krieges zu erörtern, sich hineinzumischen oder darüber zu streiten, was immer für Friedensbedingungen ihre Regierenden untereinander ausmachen mögen, sie unbedingt anzunehmen, sich ihnen zu unterwerfen und sich daran zu halten. Diese neue Magna Charta der Treue wird den Regierenden der jetzt kriegführenden Länder mit einem Male Macht geben und damit den Mut, Frieden zu schließen. Ich bin vollkommen sicher, daß sie, sobald sie die Macht dazu haben, auch Frieden verordnen und befehlen werden. Denn sie müssen einsehen, — wenn sie nicht unheilbar Irrsinnige oder Teufel sind, und man muß zugeben, daß sie das nicht sind, nicht einmal der jetzt am meisten verleumdete Mann in Europa, der deutsche Kaiser — daß, fortzufahren täglich alle zusammen neun Millionen Pfund Sterling von dem mit Blut und Schweiß verdienten Geld ihrer Völker auszugeben, um die Leiber tausender unschuldiger Männer hinzuschlachten und die Heimstätten und das Glück tausender unschuldiger Frauen zu zerstören, wirklich nichts als höllischer Wahnsinn ist. Der Grund, warum sie das jetzt nicht einsehen können, ist, daß sie sich hilflos fühlen der Panik des Pöbels, der Menge gegenüber; tatsächlich weil, wie ich sagte, diese Panik ihr Gehirn ergriffen und gelähmt hat. Deshalb ist das erste, was geschehen muß, wenn die gegenwärtige, tatsächliche Lage in Europa gerettet werden soll, sie von der Panik des Pöbels zu befreien, indem man ihnen Macht verleiht."

Neuerscheinungen

England und die napoleonische Weltpolitik 1800—1803. Die Zeitspanne vom Abschluß der Londoner Vorverhandlungen und des Friedens von Amiens bis zum Wiederausbruch des neuen Zusammenstoßes (Oktober 1801 bis Mai 1803) bedeuten einen Angelpunkt für die Beurteilung der Politik Napoleons. Nach der Ansicht der einen hat Napoleon den Bruch des Vertrages von Amiens mit dem friedlichen England hervorgerufen, um durch immer neue Eroberungen in Europa sein umfassendes Cäsarentum zu errichten. Nach der Ansicht der anderen hat Napoleon damals und überhaupt im letzten Grunde stets den Frieden gewollt und ist nur durch Englands Verhalten zu neuem Kampfe gezwungen worden. Die Frage wird von neuem kritisch untersucht von O. Brandt in dem Buche „England und die napoleonische Weltpolitik 1800—1803." (bei Karl Winter, Heidelberg). Brandt kommt auf Grund des gesamten Materials und seinere sorgfältigen Sichtung zu dem Schluß, daß nicht Napoleons persönlicher Ehrgeiz den Kampf mit England entfacht hat. Die Weltpolitik Napoleons bedurfte im Jahre 1803 des Friedens, die Englands, zu ihrer Entfaltung, des Krieges. „Die Weltkrisis der Gegenwart läßt sich letzten Endes also ebenso auf die Formel „England und Deutschland" bringen wie vor 100 Jahren die Formel „England und Napoleon" lautet.

Digitized by Google

Weltpolitische Entwicklungsstufen zeigt Justus Hashagen in einer Schrift dieses Titels (Röhrscheid, Bonn). Er geht aus von der These Ruedorfers, daß man hätte erwarten sollen, daß die neue subjektiv und objektiv vervielfältigte und verfeinerte Weltpolitik „die Reibungsflächen unter den einzelnen Interessenten nicht nur nicht vermehren und verschärfen würde, sondern auch, daß sie mit den unendlich vielen und neuen Ausblicken, die sie gewährt, jeder Macht so viel neue Betätigungsmöglichkeiten beschaffen würde, daß Zusammenstöße oder gar Kriege zwischen ihnen mehr vermieden würden". Und er kommt zu dem Schluß: „Nicht als natürliche und notwendige Folge der neuen Weltpolitik hat sich der Weltkrieg entwickelt, sondern als eine Gegenströmung gegen sie, die wohl ein scheinbares europäisches, niemals aber ein vielköpfiges Weltgleichgewicht zugeben will. Indem Deutschland sich mit vollem Bewußtsein auf den Boden der neuen Weltpolitik stellt und unter weitgehendem Verzicht auf politische Weltbetätigung im engeren Sinne insbesondere die Verwirtschaftlichung dieser Weltpolitik geradezu zum Grundsatze erhebt, stößt es von Anfang an auf den Widerstand Englands. Die alte Weltmacht England ist es, die es durchsetzt, daß sich die weltpolitisch interessierten Mächte auch künftig wesentlich in zwei Gruppen sammeln: die eine für England und gegen die neue Weltpolitik, die andere für die Zukunft."

Eine Kulturgeschichte des Krieges. Den ersten Versuch auf diesem Gebiete stellt aus einzelnen Betrachtungen bedeutender Historiker ein Bändchen der Sammlung „Aus Natur und Geisteswelt" (B. G. Teubner, Leipzig) zusammen. Von der Urzeit bis in das Zeitalter der nationalen Kriege werden Entwicklung und Anschauung des Krieges, Entstehung und Werden des Völkerrechts, die Geschichte der Taktik geschildert.

Kriegsdokumente sammelt Eberhardt Buchner, durch solche Arbeiten von früher her bewährt und anerkannt, aus zeitgenössischen Zeitungen und anderen Berichten. Erschienen sind bis jetzt 6 Bände (bei Albert Langen, München), von denen der letzte bis in den Anfang des Jahres 1915 reicht. Die Bücher sammeln zu den militärischen, politischen und wirtschaftlichen Ereignissen das bemerkenswerte dokumentarische Material und erläutern es durch Anekdoten und hervorragende Begebenheiten aus dem Felde, aus der Heimat und den fremden Ländern, durch Notizen und Schilderungen, die das geistige Verhältnis zum Krieg darstellen. Die Auswahl ist, wie man bei Buchner nicht weiter zu versichern braucht, sorgfältig und geschickt. Sie schöpft aus dem gesamten zugänglichen Material und ist durch einen ausgezeichneten Blick für das Wesentliche und Charakteristische bestimmt. Die Bücher sind gut ausgestattet und auch dadurch würdige Zeugnisse für Deutschlands geistiges Verhältnis zum Krieg.

Bismarcks Friedensschlüsse untersucht Prof. J. Haller in einer Schrift der Sammlung „Weltkultur und Weltpolitik" (Verlag F. Bruckmann A. G., München). Als geschichtliche Feststellung ist die Bestätigung wichtig, daß Bismarcks Friedensschlüsse ein Programm waren, das auf lange Jahre hinaus Europa und der Menschheit den Frieden sichern sollte. Besonders nahe liegt uns heute die Frage,

Digitized by Google

die Haller am Ende seines Buches aufwirft: Was täte Bismarck heute nicht? Haller beantwortet sie wie folgt: „Er würde sich nicht danach umsehen, was andere täten oder getan haben, er wüßte von allem Anfang, was er zu tun hätte. Bismarcks Friedensschlüsse sind gerade darum solche Meisterwerke, weil er sie selbst gemacht hat. Sie sind die seinen nicht nur, weil er sie unterschrieben hat. Wissen, was man braucht, und wissen, was man will — das ist die große Lehre, die aus seinen Friedensschlüssen wie aus allen seinen Taten spricht."

Weltkrieg und Weltanschauung. K. v. Roretz stellt in einer bei Leuschner & Lubensky erschienenen Schrift die Frage: bedingt der Weltkrieg eine Umgestaltung unserer Weltanschauung? Er unternimmt zu ihrer Beantwortung den Versuch, das Erlebnis des Weltkrieges von seinem theoretischen Gehalt zu entladen und ihm unter kritischem Gesichtswinkel und frei von Gefühl gegenüber zu treten. Er beantwortet die Frage, ob der Krieg für das Verständnis von Welt und Kultur einen Zuwachs erhielt, im allgemeinen verneinend, denn „das Ideal der Zukunft steht höchstwahrscheinlich unter dem Zeichen tiefer sozialer Einfühlung, welche ein Opfer nicht mehr empfindet, und sozialer Ökonomie (Menschenökonomie: Goldscheid), welche ein Opfer nicht mehr fordert. Das interimistische Verlassen dieser Norm in der Weltkriegszeit wird man nicht im Sinne eines Aufgebens der Norm deuten dürfen".

Die deutsche Schule und die deutsche Zukunft. Unter diesem Titel hat Jakob Wychgram zahlreiche Beiträge zur Entwicklung des Unterrichts gesammelt und zu einem Buch zusammengestellt, das bei Otto Nemnich in Leipzig herauskommt. Vertreter aller Schulgattungen behandeln die durch den Krieg neu aufgeworfenen oder geförderten Fragen der Erziehung. Als Leitmotiv ergeben sich aus den zahlreichen Beiträgen, die sämtlich als maßgebend Äußerungen unserer bedeutendsten Erzieher zu betrachten sind, die Neigung, den Volksschullehrplan zu der Arbeitsgemeinschaft weiter zu entwickeln, wie sie Kerschensteiner fordert, die Volksschule zu einer Pflegstätte der sozialpädagogischen Bestrebungen zu machen, die allgemeine Fortbildungsschule beider Geschlechter auszubaueu, das Schulwesen zu vereinheitlichen, auf den höheren Schulen die durch den Krieg notwendig gewordene quantitative Stärke der nationalen Fächer mit den übrigen Forderungen des Lehrplanes in Einklang zu bringen, und ein Reichsschulamt als Voraussetzung eines Reichsschulgesetzes zu schaffen.

Staat und Kirche. Eine neue und eigenartige Behandlung des alten Themas liegt in einer Schrift „Die rechtliche Stellung des schleswig-holsteinischen Konsistoriums. Ein Beitrag zur Beurteilung des Verhältnisses der Landeskirche zum Staate" (Kiel 1916) von dem Referendar Ernst Wolgast vor. So speziell der Gegenstand dieser Arbeit zu sein scheint, von so allgemeiner Natur sind doch die Gesichtspunkte, unter denen die Lösung des Problems versucht wird. Die bisherige Behandlung des Kirchenrechts läßt sich durch die Worte Sehlings (Vorbemerkung seiner „Geschichte der protestantischen Kirchenverfassung") skizzieren: „Eine Darstellung der ‚Verfassung der evangelischen Kirche in ihrer geschichtlichen Entwickelung' muß mit einer Darlegung der Grundanschauungen der Reformatoren

Digitized by Google

beginnen." Die bisherige Behandlung des Kirchenrechts — nicht nur des evangelischen (denn dasselbe gilt vom katholischen Kirchenrecht) — war also eine dogmengeschichtliche. Als Gegenstand der Forschung erschien vorwiegend das, was man jeweils über die Verfassung gedacht hat, die Theorien über die Verfassung und die Gesetze. Anders verfährt die Wolgastsche Arbeit: „Ein geschichtlicher Überblick über die Entwickelung der Landeskirchen hat auszugehen von der Entwickelung des Stoffes, dem die Landeskirchen und ihr Gegenpol, der Staat, angehören, das ist des Vorstellungslebens" (S. 89). Daher gibt sie eine grundsätzliche Darlegung der Entwickelung des menschlichen Vorstellungslebens und stellt fest, daß diese Entwickelung die Tendenz habe, im menschlichen Vorstellungsleben das reine Denken die bestimmende Rolle spielen zu lassen. Als Produkte reinen Denkens erscheinen dem Verfasser begrifflich Staat und Landeskirche, wohlgemerkt, begrifflich. Denn daß der empirische Staat und die empirische Landeskirche auch andere als durch reines Denken bestimmte Züge tragen, wird beachtet. Die Maxime für die Erkenntnis des Problems des uralten Themas „Staat und Kirche" (d. i. ob die Kirche dem Staate gegenüber selbständig sei oder nicht), die Wolgast aufstellt, ist, daß die besondere geschichtliche Entwickelung für die Erkenntnis der rechtlichen Stellung einer Landeskirche maßgebend sei. In diesem Sinne gibt Wolgast eine — die erste — Darstellung der Entwickelung des schleswig-holsteinischen Staatskirchenrechts. Er kommt zu dem Ergebnis, daß die schleswig-holsteinische Landeskirche ein Teil des Staates, ihr Konsistorium eine Staatsbehörde sei.

Literatur

Weltpolitik und Finanzpolitik. Von Dr. Adolf Grabowsky. Ein Beitrag zur deutschen Finanzpolitik nach dem Kriege. Berlin 1916. „Politik" Verlagsanstalt und Buchdruckerei G. m. b. H.

Der verdienstvolle Herausgeber der Zeitschrift „Das neue Deutschland" Dr. Grabowsky hat in einer Artikelreihe, die jetzt als Broschüre erschienen ist, sich mit dem Plan beschäftigt, durch eine Vereinigung von Sparkapital die Lösung der weltpolitischen Aufgaben Deutschlands nach dem Kriege zu erleichtern. Er geht davon aus, daß der große Finanzbedarf nach dem Kriege erhebliche Steuern erfordert, die unter Umständen der Kapitalsbildung sich hindernd in den Weg stellen können. Wenn wir aber einen deutschen Imperialismus wollen, dann ist es notwendig, daß wir über genügende Kapitalien verfügen, die uns eine Betätigung in der Weltwirtschaft ermöglichen. Nach der Meinung des Verfassers muß „eine Verbindung von Volksgenossenschaft und Imperialismus das Kennzeichen des neuen Deutschland sein". Um das zu erreichen, will er die Spartätigkeit des Volkes in einer anderen Weise organisieren, als es bis jetzt der Fall war. Ausgehend von den Scherlschen Ideen will er eine Zwangssparkasse für das Reich einführen, damit jeder, der über steuerpflichtiges Einkommen verfügt, gezwungen wer-

Digitized by Google

den soll, bestimmte Gelder an die Reichs-Sparkasse abzuführen. Er rechnet dabei mit einer jährlichen Summe von ungefähr 150 Millionen Mark. Jeder Staatsbürger soll der Sparpflicht unterworfen werden, der Staat verwaltet diese Gelder und zahlt sie später im ganzen oder in Teilbeträgen zurück. Die bisherigen Sparkassen sollen bestehen bleiben, der Staat tritt nur als Zwangssparkasse neben sie.

An sich wird gegen einen solchen Plan nicht viel einzuwenden sein. Dagegen erscheint fraglich, ob der Zweck, den Grabowsky bei dieser Zwangssparkasse im Auge hat, überhaupt erreicht werden kann. Er will nämlich neue finanzpolitische Wege gehen und zwar will er eine Verbindung von Finanzpolitik und Weltpolitik herbeiführen, d. h. das in der Zwangssparkasse lagernde Geld soll zunächst dazu dienen, unsere Währung zu stützen. Die jährlich zusammenkommende Summe soll zu umfangreichen Gold käufen verwandt werden. Dieser Vorschlag erscheint schwer durchführbar. Zunächst entsteht die Frage, ob nicht durch Herausziehung von 150 Millionen Mark aus der deutschen Volkswirtschaft, die doch sicherlich vorher nicht brach lagen, sondern tätig waren, auf der anderen Seite ein Kapitalmangel hervorgerufen werden kann. Zwingt man die Kapitalisten dazu, jährlich 150 Millionen Mark für die Zwangs-Sparkasse herzugeben, dann fehlt ihnen diese Summe für andere gewinnbringende Anlagen. Hinzu kommt, daß der Ankauf von Gold durchaus nicht so leicht ist, wie man aus dem Vorschlage des Verfassers herauslesen könnte. Gold kann man, wenn man nicht, wie England, eigene Goldquellen hat, nur erwerben, durch geleistete Arbeit, durch Warenausfuhr oder durch Forderungen. Wenn wir größere Goldmengen erwerben wollen, dann müssen wir entweder deutsche Waren zur Ausfuhr bringen oder Gold durch Leistungen wie Schiffahrt, Eisenbahn und dergleichen oder durch Forderungen im Auslande erwerben. Man kann aber nicht mit deutschem Papiergeld ausländisches Gold ohne Disagio in größeren Mengen kaufen.

Darüber hinaus bietet der Vorschlag auch noch eine weitere Schwierigkeit. Wie soll das Reich die Verzinsung der Kapitalien vornehmen, wenn es das Gold zinslos liegen hat? Denn das Gold soll doch erworben werden, um zur Stütze unserer Währung zu dienen, also gesammmelt bei der Reichsbank liegen. Es entsteht daher die Frage, ob das Geld in der Privatwirtschaft nicht nutzbringender angelegt ist, als wenn es in Gold verwandelt wird. Was der Verfasser mit den großen Goldankäufen anstrebt, ist klar. Er will einen Diskont auf einer erträglichen Höhe halten, um auch für die Zukunft billiges Geld zu beschaffen. Ob das nach dem Kriege im ersten Jahrzehnt möglich sein wird, erscheint fraglich, da doch der Zinsfuß der Kriegsanleihe bei der Bemessung der Zinsen eine sehr große Rolle spielen wird. Inwieweit die Hoffnung des Verfassers, daß durch die Vereinigung von Sparkapitalien das Reich auf Steuern verzichten kann, berechtigt ist, ist zum mindesten zweifelhaft. Denn das Reich hat nach Kriegsbeendigung einen so riesigen Bedarf an Geld, daß er durch Sparkapitalien, selbst wenn sie jährlich

Digitized by Google

150 Millionen Mark übersteigen würden, nicht gedeckt werden kann. Auch der Vorschlag des Verfassers, daß mit Hilfe des Sparkapitals die notwendigen Rohstoffe im Auslande angekauft werden sollen, erscheint nicht durchführbar. Denn unser Rohstoffbedarf wird sofort nach dem Kriege die Höhe von mindestens 5 Milliarden Mark nur für die notwendigsten Güter betragen. Aus welchen Mitteln sollen diese Güter gekauft werden? Man sieht, daß die an sich sehr interessanten Vorschläge des Verfassers derartig erhebliche Bedenken hervorrufen, daß an ihrer Durchführbarkeit ernstlich gezweifelt werden muß.

Otto Jöhlinger

Otto Bauer, Oberlehrer an der Kaiserin-Auguste-Viktoriaschule (Lyzeum mit Studienanstalt) in Bielefeld, **Ziele und Aufgaben des Geschichtsunterrichts als Gegenwartskunde.** Bielefeld und Leipzig 1916. Velhagen & Klasing. 152 S. Brosch. M. 2.80.

Hier haben wir eine gute Frucht des Krieges auf dem Gebiet pädagogischen Nachdenkens über die Frage: Was kann der Geschichtsunterricht zum historisch-politischen Verständnis der Gegenwart leisten? Diese Gegenwart ist unsere deutsche Gegenwart, deren treibende Kräfte sich in die drei Worte zusammenfassen lassen: Weltwirtschaft, Weltpolitik und Weltkrieg. Soweit mein Urteil über die Sache reicht, möchte ich sagen, daß wir in der Arbeit Bauers wohl noch keine endgültige Lösung der schwierigen Aufgabe haben, wohl aber einen im höchsten Grade dankenswerten, praktisch fördernden und für die Gestaltung des Unterrichts nützlichen Versuch, das Problem zu bemeistern. Vielleicht ist es bei mir auch nur ein Mangel an Befähigung, langen systematisch ordnenden Gedankengängen und dem angewandten Prinzip methodischer Gliederung so zu folgen, wie es der Verfasser verdient, wenn mir Bauers Arbeit noch nicht das letzte Wort auf dem behandelten Gebiet zu sein scheint. Bewundernswert ist die Fülle beigebrachten und übersichtlich geordneten Stoffes, und ebenso die Belesenheit in den Quellen und Hilfsmitteln der Darstellung. Daß der Verfasser dabei auch freundlich meiner Arbeiten und, sogar an zwei Stellen, unserer Zeitschrift „Deutsche Politik" gedenkt, veranlaßt mich auch zu einem bescheidenen persönlichen Dank. An der Richtigkeit meiner „einseitig" auf die russische Gefahr abzielenden Auffassung hat er Zweifel. Das nehme ich niemendem übel, denn die Lage, in der wir uns Rußland gegenüber befinden, ist für uns noch so neu, sie widerspricht so sehr unserer politischen Überlieferung, und ihre Erkenntnis wird außerdem durch die gegenwärtige Verbindung der russischen mit der englischen Gefahr so sehr erschwert, daß ich schon ganz zufrieden bin, wenn ein politischer Leser meiner Schriften die russische Gefahr überhaupt als solche anerkennt. Über ein Jahrzehnt, wenn nicht schon früher, werden diese Dinge, um die man heute in Deutschland fast ebensoviel Zweifel, Widerspruch und Mißverständnis findet, wie man redet und schreibt, zum eisernen und selbstverständlichen Bestand unseres politischen Denkens gehören.

Paul Rohrbach

Nachdruck aus dem Inhalt unter genauer Quellenangabe gestattet.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Weimar. Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

1. Jahrgang • 6. Oktober 1916 • Heft 41

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Bismarcks Kriegsziele und Friedensschlüsse

Von Professor Dr. E. Jäckh

Man redet so viel von Bismarck — und weiß so wenig von Bismarck! Oder auch: mit Bismarck geht es wie mit der Bibel: es können alle sich auf ihn berufen. Der preußische Konservative wie der süddeutsche Sozialdemokrat, der schwärmende Alldeutsche wie der rechnende Realpolitiker. Genau wie es die Konfessionen mit ihren Offenbarungsbüchern halten können: jede christliche Sekte zitiert die Bibel, jede jüdische Richtung die Thora, jede islamische Schule den Koran. Fragt sich nur, für wen das Wort wirklich gilt: „Der Buchstabe tötet, aber der Geist macht lebendig."

Ein solcher Geist, der lebendig macht, weht aus dem Buch des Tübinger Historikers Johannes Haller[1]: „Bismarcks Friedensschlüsse". Es ist das einzige und erste Buch bisher, das Bismarcks Friedensschlüsse gründlich untersucht und klar darstellt. Die drei Friedensschlüsse sind es: Wien 1864, Nikolsburg-Prag 1866, Versailles 1871, die diese vorurteilslose, kraftvolle Benutzung von bisher verborgenem Aktenmaterial herausarbeitet. „So gewinnen wir Einblick in das tiefe und doch so schlichte Geheimnis der Bismarckschen Kunst und dürfen hoffen, den eigenen Blick und das eigene Urteil zu schärfen für Gegenwart und Zukunft." Frieden schließen ist schwerer als Krieg führen; so sagt Haller mit Recht: es kommt darauf an, im richtigen Zeitpunkt die Waffen niederzulegen und das Maß der Forderungen richtig zu bestimmen. Diese Schwierigkeiten haben es mit dem fechtenden Feind zu tun; eine andere, nicht minder große Schwie-

[1] Bei F. Bruckmann A.-G. in München; Preis M. 2.—.

Digitized by Google

rigkeit kommt aus dem eigenen Volk: das mangelnde Verständnis für das „Kriegsziel".

Was war das Kriegsziel Bismarcks im Wiener Frieden nach dem Dänenkrieg 1864? Das, was er dreißig Jahre später also formulierte: „Ohne Schleswig-Holstein keine deutsche Flotte!" Also: notwendigerweise die Einverleibung Schleswig-Holsteins in Preußen. Aber auch: zunächst eine gemeinsame Verwaltung Schleswig-Holsteins durch Preußen und durch Österreich, damit sie den Hebel bieten soll, die deutsche Frage aufzurollen und sie gegen Österreich zu lösen. Der Friedensschluß bleibt absichtlich unvollständig.

Was sagte die „öffentliche Meinung" zur Bismarckschen Politik? Zunächst fragte sie nach den Kriegszielen und erhielt von Bismarck die Antwort: „Darüber kann und darf die Regierung sich mitten im Laufe des Krieges noch gar nicht unbedingt erklären." Vorher und nachher ist alles gegen Bismarck: der König, der Kronprinz, der ganze Hof; die Ministerkollegen, die Botschafter in Paris und London; die anderen deutschen Regierungen, auch die verbündete österreichische Regierung; die preußische Volksvertretung, der Nationalverein und die deutsche Presse; die öffentliche Meinung der beiden Provinzen, um die der Streit ging; und vor allem die übrigen Mächte: Rußland, Schweden, Frankreich und England. Als Bismarck im preußischen Kronrat zum erstenmal seine Meinung aussprach, fürchtete man, er habe „zu stark gefrühstückt", und der Kronprinz deutete wiederholt mit dem Finger auf die Stirn. Der König hat sich noch nach beendetem Kriege in Schönbrunn bei der Besprechung mit Kaiser Franz Josef auf dessen Frage, ob er die Lande haben wolle, dagegen gesträubt. Der Erkorene des Hofes, der deutschen öffentlichen Meinung und des Landes selbst war ja der Erbprinz von Augustenburg. Hätte man damals eine Volksabstimmung in Deutschland vorgenommen, es wäre mit überwältigender Mehrheit beschlossen worden, den Chor der deutschen Mittel- und Kleinfürsten um ein weiteres schwaches Stimmlein zu verstärken, die Summe der Nullen, die die deutsche Ohnmacht darstellten, noch um eine neue Null zu vermehren. Beschloß doch am 2. Dezember 1863 das Preußische Abgeordnetenhaus mit 231 gegen 63 Stimmen: die Ehre und das Interesse Deutschlands forderten, daß der Erbprinz Herzog von Schleswig-Holstein werde! Der

Digitized by Google

Nationalverein aber erklärte in einem Manifest, durch seine Haltung in dieser Frage habe Preußen „jeden Anspruch auf die Führung Deutschlands verloren“... Es hagelt Vorwürfe gegen Bismarck, der die wichtigsten nationalen Angelegenheiten in so unverantwortlicher Weise führe. Es war noch maßvoll ausgedrückt, wenn der sonst so höfliche und korrekte liberale Politiker Bunsen sein Verfahren „leidlich inkonsequent und springend, unleidlich schroff und im Dunkeln tappend“ nannte und die Frage an ihn richtete, „ob es an der Zeit sei, die schleswig-holsteinische Frage immer noch in dem Hangen und Bangen zu belassen, worin sie nun schon so lange gewesen“; nachdem neun Zehntel aller darin liegenden Schwierigkeiten gehoben seien, wegen des letzten Zehntels den Frieden eines großen Landes und die Geschicke eines kleineren Gebietes in Ungewißheit zu erhalten?

Dieser Wiener Friede sollte führen und führte zur Lösung der deutschen Frage im preußischen Sinn zwei Jahre später gegen Österreich. Was war das Kriegsziel Bismarcks für den Frieden von Nikolsburg-Prag 1866? Dreierlei Kriegsziele gibt es da: ein angebliches, ein angestrebtes, ein wirkliches. Und dreierlei sind auch die Beweggründe für die Änderungen des Kriegszieles: die tatsächliche französische Intervention, die drohende russische Einmischung, die notwendige Erhaltung Österreichs. „Österreich durfte nicht zugrunde gerichtet, es durfte überhaupt nicht ernstlich geschwächt werden, weil Österreich das unentbehrliche Gegengewicht gegen die russische Übermacht an der preußisch-deutschen Ostgrenze bildete. Der Gedanke ist uns heute so geläufig, daß es Wasser in den Ozean schütten hieße, wollten wir darüber nur ein Wort verlieren. Aber welche Genialität des politischen Scharfblicks gehörte dazu, ihn auf dem Schlachtfeld von Königgrätz zu fassen und auszusprechen! Daß Bismarck das nur in vertrautem Gespräche tat und tun durfte, zeigt seine kühne Originalität vollends deutlich. Hätte er ihn öffentlich oder etwa amtlich selbst seinem Herrn gegenüber geltend gemacht, man hätte ihn gar nicht verstanden, wahrscheinlich wieder einmal für toll gehalten. Österreich, der alte Erbfeind, Gegengewicht gegen Rußland, den alten, treuen Freund und Schützer der preußischen Monarchie! Österreich notwendig für den Orient, wo Preußen ja gar keine Interessen hatte! Bismarck tat wirklich gut, sein volles Herz zu wahren und der Menge nicht zu sagen, was er wußte. Nur ein

Digitized by Google

Auserwählter, wie etwa der General von Stosch, mochte es hören, und auch er notiert die Äußerung mit einer Kühle, der man ein leises Verwundern anzumerken glaubt ... Weitere Siege der preußischen Waffen hätten die Macht Österreichs ebenso geschwächt wie seinen Groll, sein Rachebedürfnis gestärkt, wenn es ihm überhaupt noch gelungen wäre, als Großmacht aus diesem Kriege hervorzugehen ... Aber selbst im günstigsten Fall, selbst wenn es die Krisis überstand, konnte es für das werdende Deutschland nur noch als Gegner in Betracht kommen. Ganz abgesehen davon, wie sehr das die Vereinigung des Nordens mit dem Süden erschwert haben würde, wo die Teilnahme für Österreich stark und echt war, — es gab dann für das neue Deutschland keine wirklich freie auswärtige Politik mehr. Seine unglückliche geographische Lage wäre ihm zum Fluch geworden. Es wäre in demütigende Abhängigkeit von Frankreich oder Rußland geraten, deren jedes seine kaum verhehlten Absichten auf deutsches Gebiet hegte, und gegenüber einer Vereinigung dieser beiden Mächte wäre es wehrlos gewesen. So darf man wohl sagen: die ganze auswärtige Politik des Deutschen Reiches beruht darauf, daß Österreich 1866 als Großmacht ohne wirkliche Schädigung seiner materiellen Kräfte und ohne unheilbare Schädigung seines Selbstgefühls aus dem Kriege hervorging, daß es bündnisfähig in jedem Sinne blieb."

Was sagte die „öffentliche Meinung" zur Bismarckschen Politik? Es fehlte nicht an Kritikern, die mit dem Erfolg unzufrieden waren. Zwar die hohen Militärs, für die der Minister während der Verhandlungen „Questenberg im Lager" gewesen war, haben sich bald beruhigt und das Geschehene dankbar anerkannt. Der König selbst, der erst den bekannten Auftritt mit Bismarck gehabt hat, dankte seinem Minister gerührt und erhoben mit Tränen und Umarmung. In den breiten Schichten der Armee empfand man anders. „Ich kann nicht sagen, daß ich bei Offizieren oder Soldaten erfreute Gesichter gesehen hätte," bemerkt Louis Schneider. In diesen Kreisen hatte man viel mehr erwartet: König Wilhelm Kaiser von Deutschland, der König von Sachsen nach Böhmen versetzt, das ganze Sachsen mit Preußen vereinigt, Prinz Friedrich Karl König von Ungarn, das Elsaß und Lothringen von Frankreich zurückgefordert usw. — das waren etwa die populären Kriegsziele im Heere. „Zweifellos war, was daran einen vernünftigen Sinn hatte, damals

Digitized by Google

auch möglich. Aber gerade darin bewies Bismarck seine ganze Überlegenheit, daß er erkannte, wie sehr hier weniger mehr bedeutete. Die deutsche Einheit, die Kaiserwürde — man hätte sie sogleich haben können; aber man gewann sie künftig sicherer und besser, wenn man für jetzt noch auf sie verzichtete." Das wußte und meinte Bismarck, wenn er Rudolf Virchow, als dieser ihm im preußischen Abgeordnetenhaus vorhielt, er habe zu wenig erreicht, „die so kühn begonnene Politik nicht entschlossen fortgeführt, sondern sei nimmermehr in die Verwicklungen der Kabinettspolitik geraten" — antwortete: „Wir sind nicht am Ziel unserer Politik, wir sind am Anfang derselben, und Sie tun uns unrecht, wenn Sie das Vorliegende als etwas Fertiges, Abgeschlossenes behandeln." ... Und Haller setzt hinzu: „Dem Manne, der jene Zusammenhänge mit der Intuition des Genies erkannte, muß der Gedanke, wieviel hier durch schwächere Einsicht verdorben zu werden drohte, in der Tat die Nerven zum Zerreißen gespannt haben. Man versteht, daß es eine schwere Krise gab, und dankt dem Schicksal, daß es durch den beruhigenden Einfluß des Kronprinzen und — was auch nicht ganz ohne Bedeutung gewesen sein wird — durch ein Unwohlsein des Königs, das ihn weich und nachdenklich stimmte, dem großen Staatsmann den Sieg verschafft hat. Es ist schwer auszudenken, wie sonst das Schicksal der deutschen Nation sich gestaltet haben würde."

Dieser Nikolsburger-Prager Friede sollte führen und führte zur Schaffung der deutschen Einheit vier Jahre später gegen Frankreich. Was war das Kriegsziel Bismarcks für den Frieden von Versailles? Der Sieg „gegen Ludwig XIV."! Das heißt: die Beseitigung der französischen Hegemonie und die Gründung des Deutschen Reiches; dazu als Sicherung die Erwerbung von Elsaß-Lothringen aus geographisch-militärischen Gründen, nicht aus gefühlsmäßigen Regungen. Dabei spielt die Frage von Belfort eine Rolle. Haller stellt in einer sehr genauen Schilderung der Verhandlungen fest, daß es Bismarck war, der für den Verzicht auf Belfort verantwortlich ist und der den König und Moltke dazu überredet hat. Haller bringt auch die Erklärung: Bismarcks Besorgnis vor einer Einmischung Englands; er stellt aber auch fest: „Seitdem haben wir aus der Biographie Gladstones erfahren, daß er persönlich schon seit dem Herbst gegen die Annexion von Elsaß und Lothringen hatte einschreiten

Digitized by Google

wollen, daß er aber damit bei seinen Kollegen zweimal vollständig abgefahren war. Das konnte man damals so genau nicht wissen, und es wäre begreiflich, wenn man sich in Versailles gesagt hätte: lieber den Frieden ohne Belfort, ehe die Engländer sich ernstlich einmischen! Wir würden das auch heute als richtig anerkennen, wüßten wir nicht durch das eigene Geständnis der Franzosen, daß sie gar nicht gewillt waren, das Friedensgeschäft an der Abtretung von Belfort scheitern zu lassen. Da wir aber dies wissen, können wir nicht anders urteilen, daß Bismarck, objektiv betrachtet, einen Fehler gemacht hat, als er den Franzosen Belfort ließ. Er war durch Thiers' persönliche Haltung getäuscht worden wie ein Kartenspieler, der nach der Miene seines Gegners einen Trumpf fürchtet, den jener gar nicht hat. Es ist schlechterdings nicht zu leugnen: der kleine Thiers, der nach Bismarcks Urteil „kein Diplomat" war, hat den großen Diplomaten Bismarck in einer Einzelheit besiegt."

Was sagte die „öffentliche Meinung" zur Bismarckschen Politik? „Bismarcks Programm war von allem Anfang an maßvoll gewesen, verglichen mit dem, was andere verlangten. General Gustav von Alvensleben z. B. wollte (am 23. August) ganz Nordfrankreich bis zur Marne behalten. Andere Generäle forderten noch bis zuletzt mehr, Roon z. B. zwei Drittel von Lothringen. Auch Bismarcks eigene Wünsche gingen im Anfang viel weiter als das, was er forderte. Im Gespräch mit Alvensleben gestand er: „Mein Ideal wäre eine Art Kolonie Deutschlands, ein neutraler Staat von 8—10 Millionen, wo es keine Konskription gibt, und dessen Steuern nach Deutschland fließen, soweit sie nicht im Innern gebraucht werden. Frankreich verlöre so die Gegenden, wo seine besten Soldaten herkommen, und würde unschädlich." Busch, der diese Äußerung überliefert, bemerkt gewiß richtig, Bismarck scheine die Verwirklichung seines Wunsches nicht für möglich zu halten. In der Tat rechnet der ganze Plan, der die französische Geschichte von mehr als 600 Jahren, die ganze Zeit seit Philipp II. August, dem Schöpfer der französischen Einheit und Großmacht, ausstreichen will, nicht mit einem unübersteiglichen Hindernis, dem Vorhandensein von Paris, das immer für alle Franzosen die Hauptstadt schlechthin bleiben würde. Und doch hören wir Bismarck noch am 30. Januar angesichts der Möglichkeit, daß Gambetta den Waffenstillstand verwerfe, die Bemerkung machen: „Auch gut! Eine kleine Main-

Digitized by Google

linie in Frankreich wäre mir nicht gerade unangenehm!" Aber er hat doch nicht das mindeste getan, um eine solche Spaltung herbeizuführen, und wenn er es auch nicht ungern sah, daß aus dem Volke heraus weitergehende Forderungen laut wurden, „damit man wenigstens was Ordentliches bekommt, wenn auch nicht alles, was man fordert", so ist er doch in seinen verantwortlichen Handlungen niemals auch nur um eines Fingers Breite über das hinausgegangen, was er als Notwendigkeit für Deutschland ansah: die Abtretung von Elsaß und Deutsch-Lothringen mit Metz. Wenn andere dafür eintraten, sich einen Teil der französischen Kolonien abtreten oder einige Kriegsschiffe ausliefern zu lassen, so hat er das keinen Augenblick in Erwägung gezogen. Er durfte also schon der Wahrheit gemäß den französischen Unterhändlern versichern, daß er es für unpolitisch halte, Frankreich zur Verzweiflung zu treiben, daß er weitergehenden Forderungen in der Umgebung des Königs entgegengetreten sei und sich dadurch den Vorwurf zugezogen habe, er verliere die Schlachten, die Moltke gewonnen habe..."

Der Raum reicht nicht, um aus Hallers fesselndem Buch an dieser Stelle mehr zu geben; man lese dort selbst nach! Noch zwei „aktuelle" Einzelheiten seien herausgegriffen: die englische Politik mit „preußischen Greueln" schon 1864! Als die preußischen Truppen im Gefecht die Stadt Sonderburg beschossen hatten, nannte Lord Shaftesbury im Oberhaus das eine der grausamsten, gewalttätigsten Handlungen, die jemals begangen worden, oder von denen die Geschichte nicht nur bei zivilisierten, sondern sogar bei unzivilisierten Völkern berichte; er fand, die preußische Regierung und das preußische Heer könnten nicht mehr unter die zivilisierten Menschen und Nationen gezählt werden, und sprach die Hoffnung aus, die britische Flotte werde in jenen Gewässern erscheinen und die Wiederholung „dieser höchst feigen und schrecklichen Greuel (these most cowardly and frightful atrocities)" verhindern. — Sodann etwas Italienisches: als 1866 Napoleon dem König von Italien Venetien anbot, wiesen die Italiener, bei denen damals noch das Ehrgefühl der Gewinnsucht die Wage hielt, den gnädigen Antrag als ehrenrührige Zumutung mit Entrüstung zurück; eine Schweinerei (porcheria) nannte ihn der aufrechte Visconti-Venosta!....

Was täte Bismarck heute? Diese Frage weist Haller zurück und

Digitized by Google

schließt: „Was täte Bismarck nicht? Darauf gibt es wenigstens die eine sichere Antwort: er würde sich nicht danach umsehen, was andere täten oder getan haben, er wüßte von allem Anfang, was er zu tun hätte. Bismarcks Friedensschlüsse sind die seinen nicht nur, weil er sie unterschrieben hat. Wissen, was man braucht, wissen, was man kann, wissen, was man will, und von dieser Erkenntnis geleitet jede Gunst des Augenblicks nutzen zu bleibendem Gewinn — das ist die große Lehre, die aus seinen Friedensschlüssen wie aus allen seinen Taten spricht. Sie klingt so einfach und ist doch so schwer zu befolgen, denn es ist nun einmal so, wie Goethe sagt, „daß alles Denken zum Denken nichts hilft, man muß von Natur richtig sein." Wie in Wissenschaft und Kunst, so trifft auch in der Politik das Richtige nur, wer von Natur richtig ist. Ein Friedensschluß ist ein Kunstwerk, und wie ein großes Kunstwerk einen großen Künstler, so setzt ein wirklich guter Friedensschluß eine überlegene staatsmännliche Persönlichkeit voraus. Die aber ist ein Geschenk des Himmels; man kann sie weder machen noch ernennen, man kann sie höchstens — finden."

Rohstoff und Wirtschaftsmacht

Von Prof. Dr. Wygodzinski (Bonn)

Jede Wirtschaft ist an den Stoff gebunden und zwar in einer doppelten Weise. Zunächst ist der Rohstoff die Grundlage der wirtschaftlichen Tätigkeit überhaupt, die sich mit seiner Gewinnung und, da er in seiner ursprünglichen Form selten gebrauchsfertig ist, seiner weiteren Verarbeitung zu beschäftigen hat; nur in dem Maße, als Rohstoffe zur Verfügung stehen, ist eine wirtschaftliche Betätigung überhaupt möglich. Ferner aber muß der Stoff die in ihm ruhenden Kräfte für die Wirtschaft des Menschen zur Verfügung stellen. Die Kräfte der Menschen und seiner Haustiere, des Windes und des Wassers sind gegenüber der Riesenaufgabe der Wirtschaft eng begrenzt; es bedurfte der Beherrschung der Energiemengen, die im Stoff, in erster Linie in der Kohle und in den Ölen verborgen sind, um die Wirtschaft auf ihre heutige Höhe zu führen. Vielleicht daß es später einmal ökonomischer als jetzt gelingt, die Kraft des Windes und des fließenden Wassers in Elektrizität umzusetzen, so daß auch die ebenen Länder der Brennstoffe

Digitized by Google

als Kraftspender entbehren können; gegenwärtig sind die Brennstoffe — wenn wir von der Nutzung der Wasserfälle absehen, die lokal eng begrenzt ist — für uns unentbehrlich.

Bis zu der Entwicklung der modernen Verkehrsmittel war die wirtschaftliche Produktion an den Gewinnungsstätten der Rohstoffe in der eben genannten doppelten Beziehung eng gebunden; nur sehr hochwertige Waren vertrugen einen umfangreicheren Rohstofftransport. Auch heute noch haben selbstverständlich die Rohstoffgewinnungsländer einen beträchtlichen Vorsprung, den sie jedoch nicht immer auszunutzen verstanden haben. So hat z. B. noch kürzlich Frank Vanderlip, einer der geistigen Führer des amerikanischen Wirtschaftslebens, darauf aufmerksam gemacht, daß, obgleich Amerika den Löwenanteil in der Gewinnung der Baumwolle habe, es in der Verarbeitung weit zurückstehe. Während die Gesamtausfuhr an Baumwollwaren aller beteiligten Länder einen Wert von etwa 1 1/4 Milliarden Mark habe, entfalle auf die Vereinigten Staaten davon weniger als 5%. Und das, obgleich die Vereinigten Staaten zugleich auch in der Kohlengewinnung alle anderen Länder übertreffen!

Die Vereinigten Staaten sind ein Musterbeispiel für ein Land, das seine natürlichen Hilfsquellen noch nicht entfernt auszunutzen in der Lage ist; trotz seiner hochentwickelten Industrie spielen einzelne Rohstoffe, wie Baumwolle (fast ein Viertel des gesamten Ausfuhrwerts), Kupfer, Holz, Speck, Schmalz, Petroleum immer noch die Hauptrolle beim Export; nur die Maschinenindustrie, eine amerikanische Besonderheit, kommt daneben noch in größerem Umfange in Betracht. Umgekehrt hatte Deutschland vor dem Kriege, obgleich es mit Naturschätzen nicht entfernt in dem Maße gesegnet ist wie Amerika, einen Export von Fertigwaren und Halbprodukten im Werte von rund 7 1/2 Milliarden Mark, d. h. rund dreimal so viel als es davon importierte. Die Rohstoffe für diesen Riesenexport wie für den noch weit größeren inneren Verbrauch konnte es nur z. T. seinem eigenen Boden entnehmen. Genau das umgekehrte Verhältnis zeigt sich wie bei der Einfuhr: für mehr als 8 Milliarden Mark wurden Rohstoffe und Nahrungsmittel importiert, gegen einen Export von rund 2 1/2 Milliarden Mark. Deutschland hat also eine passive Rohstoffbilanz von außerordentlicher Höhe, und hier liegen schwere Probleme für die Zukunft.

Digitized by Google

Bis zu einem gewissen Grade ist natürlich ein Ausgleich möglich. Eine ganze Reihe von Stoffen, die wir bisher aus dem Auslande einführten, werden wir in Zukunft, wie nach den Erfahrungen während des Krieges anzunehmen ist, in ökonomisch vorteilhafter Weise selbst gewinnen oder durch einheimische ersetzen können; desgleichen wird es möglich sein, unsere Nahrungsmittelproduktion nicht unerheblich zu steigern. Immerhin aber ist die Grenze einer solchen „Nationalisierung der Wirtschaft" gegeben; sie liegt teils im Technischen, teils im Ökonomischen. Eine Reihe von Stoffen werden wir beim besten Willen überhaupt nicht oder nicht in ausreichender Menge, andere nur mit unverhältnismäßig hohen Kosten gewinnen können. Da wir aber nicht nur die bisherige Lebenshaltung unseres Volkes aufrecht erhalten, sondern nach Möglichkeit heben wollen, da wir insbesondere auch im Wirtschaftskampfe unsere Fähigkeiten zu Qualitätsarbeit ausnützen müssen, ist die Frage der künftigen Rohstoffsicherung nicht länger zu umgehen.

Daß daraus eine „Frage" geworden ist, hat freilich erst England verschuldet. Früher war es Sache des Kaufmanns oder des Industriellen, sich für die benötigten Rohstoffe so günstig wie möglich einzudecken; England erst hat aus dieser rein wirtschaftlichen Angelegenheit eine politische gemacht und ihr damit ihren drohenden Ernst gegeben. Wie es uns jetzt blockiert, weil es uns mit Waffengewalt nicht niederwerfen kann, so will es im künftigen Handelskrieg nach dem Kriege unsere Industrie, welche die seinige gänzlich zu überflügeln drohte, durch Rohstoffabschneidung vernichten.

Vorangegangen ist ihm darin allerdings vor dem Kriege schon Frankreich. Es ist noch in Erinnerung, welchen Feldzug die französische Presse gegen die Erwerbungen von Erzfeldern im französischen Minettegebiet und in der Normandie in Szene setzte. Den ersten Angriff führte das Hetzblatt „Echo de Paris" schon 1907; seitdem haben die Angriffe nicht nachgelassen. Die französische Industrie selbst stand allerdings ganz anders dazu; es hatte sich, wie noch zu erwähnen, ein weitgehender Austausch zwischen französischem Erz und deutscher Kohle, z. T. auf Grundlage langdauernder Verträge, herausgebildet[1]. Die Beziehungen waren

[1] Eine eingehende Schilderung dieser Verhältnisse gibt M. Ungeheuer, Die industriellen Interessen Deutschlands in Frankreich vor Ausbruch des Krieges (in: Technik und Wirtschaft, Märzheft 1916 u. ff.).

Digitized by Google

so eng geworden, daß der Geschäftsführer des Vereins deutscher Eisenhüttenleute, Dr. Ing. Schrödter, auf der Hauptversammlung dieses Vereins am 12. März 1916 erklären konnte, er habe infolge der Zunahme der freundschaftlichen und finanziellen Beziehungen zu den Nordfranzosen einen Krieg mit Frankreich für ausgeschlossen gehalten.

Die Rohstoffabschneidung ist nunmehr offiziell auf das Programm des künftigen Wirtschaftskrieges der Entente gesetzt. In der vom „Temps" veröffentlichten Erläuterung, die der Vorsitzende der Pariser Wirtschaftskonferenz, der französische Handelsminister Clémentel zu deren Beschlüssen gab, heißt es wörtlich: „Die freie Verfügung über Rohstoffe ist ein wichtiger Faktor für die Wirtschaftskraft einer Nation. Deutschland hatte sich zum Herrn über ausländische Metalle gemacht, die es im Inlande verarbeitete. Dies gilt für australisches Zink, Bauxit aus der Provence, Asbest aus Rußland oder Schottland. Heute sind die Verbündeten entschlossen, die einem Lande unbedingt notwendigen Rohstoffe nicht mehr anderen zu überlassen. Der australische Premierminister Hughes hat erklärt, daß kein Gramm Zink mehr von Australien nach Deutschland ausgeführt würde." In den Konferenzresolutionen selbst war die Hoffnung ausgesprochen, daß auch die Neutralen sich an dieser Friedensaushungerung Deutschlands beteiligen würden; insbesondere wurde dies von der Baumwolle gewünscht.

Man braucht die Resolutionen der Pariser Konferenz nicht allzu wichtig zu nehmen; sie haben ja selbst für die Beteiligten keinerlei bindende Kraft und würden bei einem Versuche der Umsetzung in die Praxis auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen. Das zu erörtern ist in diesem Zusammenhange nicht die Stelle; immerhin ist aber an dem guten Willen unserer Gegner zum Rohstoffkrieg nicht zu zweifeln, so wenig wie daran, daß sie uns in der Tat recht beträchtliche Unannehmlichkeiten bereiten könnten.

Welche Rohstoffe führen wir nun ein? Sehen wir von der Veredelungsindustrie ab, die zuletzt eine Einfuhr von über 300 Millionen Mark Wert jährlich hatte, so sind die im Spezialhandel von der Statistik mit einem Jahreseinfuhrwert von mehr als 100 Millionen Mark aufgeführten Waren sämtlich Rohstoffe oder Nahrungsmittel. Nur zwei Posten, die ziemlich am Ende dieser Reihe stehen, Baumwoll- und

Digitized by Google

Wollengarn, sind Halbfabrikate. Ein gewisser Teil dieser Rohprodukte wird allerdings im größeren Maße aus- als eingeführt; so betrug z. B. zuletzt[1] der Wert der Steinkohlenausfuhr 516, der der Einfuhr 205 Millionen Mark. Durch eine veränderte Handels- und Transportorganisation könnte also hier die Einfuhr überflüssig gemacht werden. Andere Einfuhrwerte, wie Chilisalpeter (172 Millionen Mark) könnten, falls notwendig, durch die Fortschritte unserer Technik überflüssig gemacht werden; dies gilt auch vom Kautschuk (147 Millionen Mark). Es bleiben aber eine große Reihe von Posten, bei denen eine Verschiebung oder Ersetzung auf die Dauer auf kaum überwindliche Schwierigkeiten stoßen würde.

Bei diesen müssen wir wieder scheiden in: Stoffe, die in Deutschland überhaupt nicht gewonnen werden können; solche, die nicht in der erforderlichen Menge zu erzeugen sind; und endlich solche, die zu erzeugen zwar technisch möglich ist, aber nur auf Kosten anderer Stoffe. Was die letzte Gruppe und auch teilweise die zweite betrifft, so wird es eine Aufgabe schon der nächsten Zukunft sein, festzustellen, inwieweit eine Steigerung unserer Gesamtproduktion mit den nun einmal gegebenen Arbeitskräften durch verbesserte Produktionsmethoden möglich ist. Eine solche Steigerung hat bekanntlich während des Krieges schon in großem Umfange stattgefunden; erinnert sei etwa an den Anbau von Ölpflanzen oder die Ausbeutung schon aufgegebener Kupferbergwerke. Im Frieden entscheidet die technische Möglichkeit nicht allein; es kommt die ökonomische Rentabilität hinzu, ohne die eine Produktion auf die Dauer — sofern man sie nicht etwa aus Staatsmitteln finanzieren will — nicht aufrecht zu erhalten ist. Die Steigerungsmöglichkeit ist aber recht groß. Es sei nur daran erinnert, wie unsere landwirtschaftliche Produktion vielerorts noch rückständig (gegen die besten Wirtschaften gehalten) ist; wie allein durch bessere Saatgutauswahl die Erträge des Getreides zu erhöhen sind.

Von der ersten Gruppe spielen in der Einfuhrstatistik die Hauptrolle: Baumwolle mit 607, Kaffee mit 220, Rohseide mit 158, Kopra, Palmkerne, Reis und Mais mit etwas kleineren Summen, insgesamt 1 1/3 und mit Hinzurechnung des Kautschuk 1 1/2 Milliarden Mark an Werten. Zu

[1] Die Zahlen gelten alle für das letzte Friedensjahr, 1913.

Digitized by Google

der zweiten Gruppe gehören vor allem die Metalle Kupfer (335 Millionen) und Eisenerze (227 Millionen); zu der dritten Weizen (417), Schafwolle (413), Gerste (390), Rind- und Büffelhäute (321 Millionen Mark). Eine verfeinerte Analyse würde noch weit mehr derartige Werte finden, müßte auch nach der Wichtigkeit scheiden; es kann unter Umständen ein Stoff, der bei der Einfuhrstatistik kaum in Betracht kommt, trotzdem von ausschlaggebender Bedeutung und geradezu unentbehrlich sein. Hoffte man doch in England auf ein Erliegen der deutschen Eisenindustrie infolge des Ausbleibens der Manganerze, deren Mehreinfuhr zuletzt nur einen Wert von rund 28 Millionen Mark hatte. Aber schon diese wenigen Angaben zeigen, daß einige unserer Hauptindustrien, vor allem Textilindustrie, Eisenindustrie, Elektrizitätsindustrie, Lederindustrie, Viehzucht ganz auf ausländische Rohstoffzufuhr eingerichtet sind.

Wie ist die Zufuhr von solchen „Lebensnotwendigkeiten" in Zukunft zu sichern? Wir müssen uns zur Beantwortung dieser Frage zunächst erst wieder darüber klar werden, *woher diese Stoffe kommen*. Zwar können natürlich Rohstoffländer sich erschöpfen oder ihre ganze Produktion für sich verbrauchen; aber diese Veränderungen vollziehen sich erst allmählich und können vorläufig außer Berechnung bleiben.

Bei den landwirtschaftlichen Rohstoffen lassen sich die Herkunftländer aus der Natur der Sache heraus charakterisieren; es müssen Länder mit günstigeren Produktionsbedingungen für die betreffenden Stoffe sein. Diese Produktionsbedingungen können klimatischer Natur sein (tropische oder halbtropische Länder) oder im Boden liegen (jungfräulicher Boden, Schwarzerde) oder in der durch Klima oder Grad der wirtschaftlichen Entwicklung gebotenen Extensität der Bodennutzung (Wollschafzucht). Die meisten der in Betracht kommenden Länder dieser Art liegen über See; Rußland ist unser einziger großer europäischer Lieferant landwirtschaftlicher Rohstoffe. Ist doch charakteristisch, daß an unserer Ausfuhr Nichteuropa nur mit 23,9%, an unserer Einfuhr aber mit 45,3% beteiligt ist[1]. Hauptlieferanten sind teils jetzt neutrale Länder (Vereinigte Staaten für Baumwolle, Brasilien für Kaffee), teils feindliche (Australien für Wolle).

[1] Vergl. Harms, Deutschlands Anteil an Welthandel und Weltschiffahrt, Stuttgart 1916, S. 130.

Digitized by Google

Bezüglich *mineralischer Rohstoffe* ist eine solche Gesetzmäßigkeit nicht festzustellen, da die Fundgruben sich unabhängig von der klimatischen Lage verteilen. Immerhin aber liegt auch für unsern wichtigsten mineralischen Einfuhrstoff, nämlich das Kupfer, die See zwischen uns und unserem Hauptlieferanten, den Vereinigten Staaten, von denen wir fast $^9/_{10}$ unseres Gesamtbedarfs beziehen. Von Eisenerzen liefert uns fast ein Drittel Spanien, das ebenfalls nur auf dem Seewege zugänglich ist, noch etwas mehr Schweden, für das jedenfalls der Seeweg natürlich ist, und etwa ein Fünftel des Gesamtbedarfs Rußland und Frankreich mit seinen afrikanischen Kolonien.

Fassen wir diese verstreuten Eindrücke einheitlich zusammen, so ergibt sich folgendes Bild: *der größte Teil unserer Rohstoffquellen liegt jenseits des Meeres, ein kleiner aber wichtiger Teil in der Hand unserer kontinentalen Feinde.* Da die See bisher „Englands Eigentum" war, ergibt sich die politische Folgerung von selbst.

Die Lebenskraft und die Entwicklungsmöglichkeiten eines Staates beruhen — neben anderen Voraussetzungen — auf der unbedingten Verfügung über alle für sein materielles Leben erforderlichen Rohstoffe. Da Deutschland, wie der Krieg gezeigt hat, diese Verfügungsfreiheit nicht besitzt, muß sie errungen werden. Ein solches Interesse hat nicht Deutschland allein, sondern jeder andere Staat besitzt es im gleichen Maße. Wie ich früher zu zeigen versucht habe, wäre der politische Imperialismus in der Lage, das Problem, wenn auch vielleicht mit einigen Schönheitsfehlern, zu lösen; dieser politische Imperialismus widerstreitet aber aufs schärfste der Grundlage der modernen Kultur- und Wirtschaftsentwicklung, dem Nationalstaat[1]. Aus diesen widerstreitenden Tendenzen muß ein Weg gesucht werden, der nur bestehen kann in der Bildung freier gleichberechtigter Nationalstaaten und Zertrümmerung der die Wirtschaftskräfte monopolisierenden imperialistischen Kolosse. Das ist das Endziel der deutschen Politik. „Wir wollen keine Art von Weltherrschaft, sondern den Grundsatz der Freiheit und Gleichberechtigung aller Völker der Erde, soweit sie das erforderliche Maß von Gesittung erreicht haben", wie

[1] Vergl. meine Abhandlung „Wirtschaftsimperium und Nationalstaat" im Heft 25 dieser Zeitschrift vom 16. Juni des Jahres.

Digitized by Google

Hintze es ausdrückt[1]. Bis dieses Ideal erreicht ist, wird freilich noch eine lange Zeit vergehen; bis dahin müssen wir leben. Die Aufgaben der nächsten Zukunft sind „Hilfskonstruktionen" für jenes ferner liegende Ziel.

Ein „Mitteleuropa" ist keineswegs die Lösung der Frage der Rohstoffversorgung. Vielleicht daß in Menschenaltern einmal die Baumwollkultur Mesopotamiens oder Anatoliens imstande sein wird, uns mit den nötigen Spinnstoffen zu versehen; aber das ist, wie Reinhard Junge und andere Kenner des nahen Orients gezeigt haben, ein Wechsel auf lange Sicht, geradeso wie die sonstigen Zukunftshoffnungen auf die Wirtschaftsentfaltung unserer Bundesgenossen.

Näher lägen kontinentale Erweiterungen Deutschlands. Damit wären aber nur einige, bei weitem nicht alle unsere Rohstoffbedürfnisse gestillt.

Selbstverständlich müssen wir unsere Kolonien zurückgewinnen und wenn möglich erweitern. Wir haben solche Kolonien, im Gegensatz zu England, Frankreich, Italien nur in Gebieten mit Neger- und ähnlicher Bevölkerung; alte Kulturländer haben wir uns nicht unterworfen. Diese von uns langsam erschlossenen tropischen und halbtropischen Länder sind Rohstoffquellen ersten Ranges. Nach den Berechnungen von Wohltmann[2] beläuft sich der Wert unserer Einfuhr an landwirtschaftlichen Stoffen (also ohne Mineralien!) auf fast 3 Milliarden Mark, wovon unsere eigenen Kolonien bisher nicht viel mehr als 3 % zu beschaffen vermochten; hier liegen noch gewaltige Entfaltungsmöglichkeiten. Aber auch das ist wieder eine Anweisung auf eine ziemlich ferne Zukunft.

Wenn demgemäß eine Sicherung unserer Rohstoffversorgung mit den bisher angegebenen Mitteln nicht möglich ist, wird man sich nach einer anderen Lösung umsehen. Freilich gibt es keine Panazee, kein Allheilmittel, wie überhaupt nicht ein einziger Weg, sondern je nach den besonderen Umständen ein zweiter oder dritter zu beschreiten ist.

Ich möchte in der Tat drei solcher Wege unterscheiden: die privat-

[1] In „Deutschland und der Weltkrieg", Leipzig 1915, S. 686. Daselbst zahlreiche ähnliche Äußerungen der anderen Mitarbeiter.

[2] Vergl. Wohltmann, Deutschlands Einfuhr und Bedarf landwirtschaftlicher Stoffe aus dem Ausland, im Kühnarchiv, Bd. 6, 1. Halbband, 1915, S. 289.

Digitized by Google

wirtschaftliche Verständigung zwischen den Interessenten oder Interessentengruppen der verschiedenen Länder, eine „Rohstoff-Handelspolitik" der Regierung und allgemeine politische Maßnahmen.

Eine Verständigung zwischen den Interessenten der verschiedenen Länder liegt vielleicht näher, als man jetzt in der Siedehitze des Kampfes glauben sollte. Es sei daran erinnert, was bezüglich der Verbindungen zwischen der deutschen Kohlen- und der französischen Erzindustrie gesagt wurde. Abgesehen von deutschen Gründungen auf französischem Boden hat sich hier ein Austausch von Kohle und Eisen schon in beträchtlichem Maße vollzogen. Wie Ungeheuer mitteilt, hat das Departement Meurthe et Moselle, der Hauptabnehmer deutscher Kohle, beispielsweise im Jahre 1910 1 400 000 t Eisenerze an Deutschland geliefert und 2 882 000 t Kohle von Deutschland bezogen. Eine richtige Interessengemeinschaft besteht zwischen der Société des Aciéries de Longwy und Gebrüder Röchling in Saarbrücken. Auf Grund eines 1907 auf 99 Jahre abgeschlossenen Vertrages gibt die Firma Gebrüder Röchling den Aciéries de Longwy eine Beteiligung an der Kohlenzeche Karl Alexander zu Bäsweiler im Aachener Bezirk und erhält dafür eine Beteiligung an den Erzen der den Aciéries gehörigen Konzession von Valleroy im Bezirk von Briey. Auf die recht interessanten Einzelheiten dieses Abkommens kann hier nicht eingegangen werden; nur das Prinzip als solches ist jetzt von Wichtigkeit.

Wir müssen uns bewußt sein, daß wir auch etwas zu geben haben. Sowohl an Rohstoffen wie an Fabrikaten besitzen wir Objekte, die von der ganzen Welt begehrt worden sind und nach dem Kriege — trotz aller Beteuerungen im Stile der Pariser Wirtschaftskonferenz — auch weiter der Gegenstand des Begehrens sein werden. Der ganze wirtschaftliche Feldzugsplan unserer Gegner hat ja nur Sinn, wenn sie eben die Konkurrenz Deutschlands nach wie vor fürchteten. Sie werden uns freilich in der ersten Zeit das Leben so schwer wie möglich machen, aber sie können uns so wenig als Abnehmer wie als Lieferanten entbehren. Nehmen wir selbst den extremsten Fall an, daß beispielsweise Australien unter Rechtsbruch auch nach dem Kriege, wie es der Premier des Commonwealth, Hughes, bereits angekündigt hat, sich weigere, auch nur ein Pfund Zinkerz nach Deutsch-

Digitized by Google

land zu verkaufen, so wird es den Verkauf nach Italien oder den Vereinigten Staaten nicht verweigern können. Da die Wirtschaftstyrannis Englands über die neutralen und die ihm verbündeten Staaten mit dem Kriege notgedrungen aufhören muß, wird der Zwischenverkauf in andere Länder nur eine Form sein, das „Gesicht zu wahren". Auf die gleiche Weise, also nur mit erhöhten Kosten und Zeitverlust, werden umgekehrt die deutschen Waren gekauft werden, bis die naturgemäße Beruhigung sich einfindet und die rationalistische Erwägung über die chauvinistische wieder die Überhand gewinnt.

Allerdings wird andererseits nach dem Kriege voraussichtlich überall eine starke Steigerung der industriellen Produktion einsetzen, schon um die Verluste wenigstens einigermaßen wieder einzubringen. Damit ist die Möglichkeit einer Rohstoffknappheit gegeben, da die Rohstoffgewinnung mit ihrer Bindung an natürliche Voraussetzungen in vielen Fällen nicht in gleichem Tempo steigerbar ist. Die Rohstoffländer werden auch vielfach versuchen, eine eigene Industrie ins Leben zu rufen. Da aber die Interessen durchaus gegenseitig sind, haben wir auch diese Lage nicht zu fürchten und werden nicht mehr darunter zu leiden haben als andere Länder, falls wir nur unsere eigene Überlegenheit ausnutzen.

Die Punkte, in denen diese Überlegenheit liegt, sind bereits angedeutet worden. Es ist einmal unser Besitz an einigen Rohstoffen, dann unsere Fähigkeit zu industrieller Qualitätsarbeit. Es ist möglich, daß ein Interessentenaustausch in der Art der Vereinbarung zwischen der deutschen Hüttenzeche und dem französischen Erzbergwerk sich in größerem Maße anbahnt; vielleicht daß hier Vereinigungen der betreffenden Produzenten in der Art der internationalen Kartelle zu einer Kontingentierung des Rohstoffs gelangen, wie sie sich bisher über die Kontingentierung des Absatzes geeinigt haben.

Unumgänglich aber wird es sein, daß die Regierung Mittel in der Hand behält, die deutsche Ausfuhr als „Kompensationsobjekt" handelspolitisch zu verwerten, wie es während des Krieges in der bekannten Art und Weise schon umfangreich geschehen ist. Es sei, nur als Beispiel, auf zwei unserer wichtigsten Naturschätze hingewiesen, Kohle und Kali. In letzterem haben wir (bis auf einige kleiner Lager in Spanien) ein Weltmonopol und vor allem ein unvergleichliches Kom-

Digitized by Google

pensationsobjekt für Erzeugnisse der Vereinigten Staaten, deren Landwirtschaft des Kalis von Jahr zu Jahr dringender bedarf. An Kohle haben wir den größten Vorrat in Europa; der Reichtum der deutschen Lagerstätten wird auf mehr als den dreifachen Betrag des englischen geschätzt. England hat seine Weltherrschaft zum nicht geringen Teil auf die Ausfuhr von Bunker- und Industriekohle gestützt; in dieser Beziehung sind wir ihm jetzt ebenbürtig, auf die Dauer überlegen. Diese „Kompensationspolitik" müßte ihre Verankerung in der gesamten Handelspolitik finden; sie müßte auch im Zusammenhang stehen mit einer großzügigen Schiffahrts-, Export- und Lagerungspolitik im Ausland. Dabei wäre natürlich auf die internationalen Konkurrenzverhältnisse Rücksicht zu nehmen; umgekehrt könnten wir aber auch der fremden Konkurrenz ganz anders als bisher planmäßig die Stirne bieten. Dies alles setzt nun endlich ein letztes voraus: die Freiheit der Meere. Hier mündet die Handelspolitik wieder in die allgemeine Politik und in eines der Hauptziele dieses Krieges: die Niederwerfung von Englands Seeherrschaft. Eine Entfaltung der Völker zu selbständigen Persönlichkeiten, wie wir dies aus kulturellen wie wirtschaftlichen Rücksichten als Endziel unserer Weltpolitik immer wieder betonen, eine „Weltrepublik der Staaten", in der jeder Staat das gleiche gilt wie der andere und seine Interessen verfolgen kann, eine solche Entwicklung ist nur möglich, wenn die verbindende Völkerstraße frei ist.

Mittelafrika?

(Nach einem Aufsatz von Sir Harry Johnston von Swinburne Breymann)

Sir Harry Johnston, ein früherer Gouverneur verschiedener britischer Kolonien, wird in England allgemein als eine Autorität für afrikanische Angelegenheiten angesehen.

Sir Harry Johnston erklärte: Eine der Hauptursachen für den gegenwärtigen Krieg liegt in Afrika und dem Widerstreit der Kolonisationsbestrebungen auf jenem Erdteil. Deutschlands Blicke würden sich nach dem Siege der Mittelmächte, wenn ein solcher in dem Bereich der Möglichkeit läge, nach Afrika wenden. Denn Deutschland hat eingesehen, daß die Zeit vorüber ist, in der europäische Mächte darauf rech-

Digitized by Google

nen konnten, mit Leichtigkeit ihre Oberherrschaft über einen Teil Asiens auszudehnen, weil ein Geist der nationalen Besinnung in Asien im Heranwachsen begriffen ist, der derartige Bestrebungen unmöglich macht. Von Anfang an hat Deutschland gehofft, daß es ihm gelingen würde, Frankreich so weit zu demütigen, Belgien derart zu mißhandeln, Portugal so weit einzuschüchtern, Britannien und, wenn nötig auch Italien, so weit zu brechen, daß es in Afrika nach Belieben schalten und walten könnte. Sein wunderbar hochgebildetes Volk hat den vollen Wert Afrikas viel besser eingeschätzt als irgendein anderes Volk Europas. Bis zum Anfang des Krieges hat Deutschland in Afrika keine schlechten Erfolge gehabt. In Südwestafrika hat es nach einem etwa sechsjährigen Kriege, der rund 120000000 Mark kostete, den Widerstand der Eingeborenen gegen seine Organisation niedergeworfen, zum mindesten die Hälfte der eingeborenen Bevölkerung vernichtet und die Kraft der anderen Hälfte so gebrochen, daß weiterer Widerstand ausgeschlossen und diese in einem schnellen Herabsinken zu einem Zustande der Leibeigenschaft begriffen waren. Nachdem die Eingeborenen einmal in die Unterdrückung aller ihrer Rechte eingewilligt hatten, behandelten die deutschen Beamten sie gut, und ihr Leben war nach dem niedrigen Standpunkte physischen Wohlergehens leidlich glücklich. Hier wie in Togoland, in Kamerun und in Ostafrika wurden sie zur Arbeit erzogen. Viele der großen Araber, viele Negerhäuptlinge und Sultane hatten sich endgültig der deutschen Sache angeschlossen, weil diese Nation eine Autokratie vertrat. Die Araber, die Wißmann fortgesetzt geschlagen hatte, fanden sich nun wieder begünstigt und von den Deutschen unterstützt. Von neuem sammelten sie eine Negerbevölkerung von Leibeigenen und früheren Sklaven um sich. Die eingeborenen Sultane fanden ihre Stellung gefestigt und wurden in das deutsche Heer aufgenommen, vorausgesetzt, daß sie ihre Leute als einen Teil der großen industriellen Kraft Afrikas verfügbar machen. Die Ergebnisse sind in den Augen der Europäer häufig so zufriedenstellend gewesen, daß deutsche Kolonisation, oder besser deutsche Ausbeutung des tropischen Afrika anfing, von vielen englischen, kolonialen und amerikanischen Schriftstellern[1] vor dem Ausbruch des Krieges hohes Lob zu ernten. Es ist schwierig, Deutschland allzu großen Tadel

[1] Darunter von Johnston selbst.

Digitized by Google

für den drastischen Kampf gegen die Trägheit im Neger-Afrika zuzumessen, denn es kann nicht bestritten werden, daß lang ererbte Anpassung an ein vielfach heißes und feuchtes Klima die Neger zu einem trägen Menschenschlage gemacht hat. Der schwarze Mann hat es wieder und wieder vorgezogen, dem Kampfe mit der Natur aus dem Wege zu gehen. Er hat die Richtung des geringsten Widerstandes eingeschlagen. Der moderne weiße Mann hat aber im Laufe der letzten hundert Jahre in den Neger (wie auch den Asiaten) den Samen des geistigen Fortschritts gelegt, die „Drachenzähne der Erziehung".

Da Deutschland vielleicht die am höchsten gebildete Nation Europas ist, so hat es den vollen Wert Afrikas erkannt, die Hunderte von Werten, deren viele den deutschen Chemikern allein bekannt sind. Deutschland hat geglaubt, es würde imstande sein, Großbritannien zu Bedingungen zu zwingen, und selbst wenn es die Abtretung Ägyptens nicht verlangte, so würde es dieses Land nur unter der Bedingung guter Führung und einer unterwürfigen Stellung Englands gegenüber dem großen germanischen Reiche in britischen Händen belassen. Oder es könnte sogar mit Hilfe der Türkei das große britische Weltreich brechen und Ägypten an Stelle Englands selber besetzen. Sicher würde es sich den belgischen, französischen und portugiesischen Kongo aneignen. Deutschland würde das Burenelement in der Südafrikanischen Union unterstützen, die Unabhängigkeit dieses Gebietes von Großbritannien erklären, und diese Union dann in einen Vasallenstaat umwandeln, der bald durch die Flut eines nimmer endenden Stromes deutscher Kolonisten gänzlich deutsch werden würde. Die Türkei könnte als ein verbündetes mohammedanisches Reich in Kleinasien weiterbestehen und auch Syrien, Mesopotamien und Arabien beherrschen. Deutschland würde in Tripolis Fuß fassen. Die Festsetzung Deutschlands längs der Küste Nordafrikas würde es in die Lage versetzen, Portugal, Spanien, Italien und Griechenland abgabepflichtig zu machen und in kommerzieller und politischer Abhängigkeit zu halten. Ganz Asien könnte (zum wenigsten vorübergehend) nebensächlicher Wert beigemessen werden. Wenn Deutschland ganz Afrika beherrschte, was es tatsächlich getan haben würde, und jetzt noch tun könnte, wenn so etwas Unfaßbares sich ereignen könnte, wie die Niederlage des Vierverbandes, so könnte es, mit dem Reichtum Afrikas zu seiner Verfügung

Digitized by Google

und der strategischen Lage des Kontinentes als ein Ganzes, leicht die Alte Welt beherrschen. Für die nächsten hundert Jahre könnten die Vereinigten Staaten eine ähnliche Stellung in der Neuen Welt einnehmen, ein stetiger Strom deutscher Auswanderer würde ihnen zufließen, bis endlich auch sie mit einem germanisierten Kanada, einem germanisierten Rußland und Sibirien die vollständige Vorherrschaft Deutschlands über den ganzen Planeten herstellen würden.

Da die Deutschen jedoch trotz ihres unermeßlichen und ganz zu verstehenden Ehrgeizes ein praktisches Volk sind, ist Afrika ihr unmittelbares Ziel. Dieser Krieg muß entscheiden, ob dieses Ziel für immer außerhalb ihres Bereiches liegt oder ob es ihnen, selbst wenn sie unterliegen, gestattet sein sollte, Fuß auf diesem Kontinent zu behalten, ein Sprungbrett, von dem sie von neuem den Sprung nach dem Siege wagen könnten. Bei einem idealistisch gesinnten Teil der britischen Presse gibt es noch viele, die für Deutschland Entschuldigungen finden, Zeitungen wie die „Justice" („Gerechtigkeit"), das Organ der Sozialisten und verschiedene Organe der Arbeiterpartei. Derartige Organe der öffentlichen Meinung schieben den britischen Staatsmännern die Schuld an dem Ausbruch des Krieges zu, indem sie vorgeben, daß „Deutschland keine angemessene Gelegenheit gehabt hätte, einen Platz an der Sonne zu erwerben", daß die Politik Großbritanniens und seiner Verbündeten Deutschland in die Enge getrieben und ihm jede vernünftige Ausdehnung verwehrt hätte. Derartige Äußerungen sind unwahr. Wie groß auch immer die Eifersucht gewesen ist, mit der britische Minister im Jahre 1884 und 1885 die Frage betrachtet haben, „ob Deutschland eine Kolonialmacht jenseits der Meere unter seiner eigenen Flagge werden sollte", es wurde sehr schnell von Engländern entschieden, daß es ein ebenso gutes Recht zu solchen Bestrebungen hätte wie England, und in verschiedenen Fällen ist England tatsächlich zur Seite getreten, um die Zusammenfügung eines deutschen Kolonialreiches zu erleichtern. Beim Ausbruch des gegenwärtigen Krieges ist Deutschland Herr über etwa eine Million Quadratmeilen des afrikanischen Kontinentes gewesen, und es hätte[1] mit der Zustimmung

[1] Wie Sir Harry Johnston in verschiedenen in letzter Zeit veröffentlichten Aufsätzen behauptet, z. B. der Aufsatz „The political geography of Africa before and after the war" im „Geographical Journal" XLV Nr. 4, April 1915, S. 273—294.

Digitized by Google

Britanniens, Frankreichs, Belgiens und Portugals viel mehr erwerben können, wenn es irgendwelche Vernunft und Gerechtigkeitssinn gezeigt und die geringen Gebietsgarantien in Europa abgegeben hätte, die für nötig erachtet wurden, um Großbritannien, Frankreich, Belgien und Portugal zu versichern, daß Deutschland keine Überfälle in Europa beabsichtigte, die das Gleichgewicht der Mächte in Europa und Asien stören könnten. Aber Deutschland hat diese geringfügigen Zugeständnisse nicht machen wollen. Obwohl die Mächte schon beschlossen hatten, ihre Zustimmung zu geben, daß Deutschland eine der größten afrikanischen Mächte werden sollte, haben sie sich geweigert, ihm weitere Gelegenheit zur Verwirklichung seiner Bestrebungen zu geben, bis sie sich über seine Absichten Sicherheit verschafft hätten. Besonders sind England und Frankreich entschlossen zu verhindern, daß Deutschland einen Fußhalt in Nordafrika bekomme, da die möglichen Folgen nur zu deutlich sichtbar waren.

Nun ist die Frage „Was soll aus einem besiegten Deutschland werden?" Sollen ihm, wie gewisse irregeleitete, weichherzige Leute es wünschen, alle oder ein Teil seiner afrikanischen Besitzungen zurückgegeben werden? Oder soll alles, was Deutschland einst in Afrika besaß, der Verwaltung anderer europäischer Mächte anvertraut werden?

So hoch auch die großartige Arbeit deutscher Pioniere zu bewerten ist, wie groß auch die Verpflichtungen Britanniens gegenüber deutschen Botanikern, Zoologen, Chemikern, Biologen, Missionaren, Sprachforschern und Ethnologen sein mögen, es muß dennoch im Interesse der Welt und besonders im Interesse der eingeborenen Bevölkerung Afrikas behauptet werden, daß der deutschen Flagge jeder Fußhalt in Afrika verweigert werden muß, wenn Britannien in der Lage sein sollte, die Friedensbedingungen vorzuschreiben. Wenn Britannien aus diesem Kriege als Sieger hervorgeht und unter seinen Verbündeten die bisher deutschen afrikanischen Besitzungen verteilt, so übernehmen diese auch zusammen mit der Möglichkeit, auf rechtmäßigem Wege großen Reichtum zu erwerben, ungeheure Verantwortlichkeiten, die besonders vom philanthropischen Standpunkte aus nicht unterschätzt werden dürfen. Es braucht nicht befürchtet zu werden, daß Frankreich seine Veranwortlichkeit leicht nehmen wird. Sogar inmitten dieses Krieges versuchten französische Erziehungsanstalten mehr und mehr

Digitized by Google

die afrikanischen Probleme zu lösen. In fast dem gleichen Maße ist die belgische Regierung bemüht, die Verwaltung des belgischen Kongo zu durchdringen. Italien hat in Erythräa Wunderbares geleistet, und die italienische Herrschaft wird sich für das so lange bedrängte und verwüstete Tripolis als der gleiche Segen erweisen, wie die französische Aufsicht in Nordafrika. Auch Portugal fängt an, unter seiner neuen Regierung seine Stellung als eine afrikanische Macht ernst zu nehmen. Um aber wenigstens einmal unbritisch zu sein und den Nachbarn Britanniens die Abwickelung ihrer eigenen Angelegenheiten zu überlassen und für einen Augenblick den Balken im Bruderauge zu vergessen: was ist der Splitter im englisch-imperialistischen Auge? Noch immer der Mangel an Erziehung, der Mangel an der rechten Art der Erziehung für eine imperialistische Macht, deren Untertanen, vom niedrigsten bis zum höchsten, zu jeder Zeit als Agenten nach Afrika oder anderswohin berufen werden könnten. Sobald England nach dem Kriege seine Kräfte wieder sammeln kann, muß es die Zusammensetzung seines Kolonialamtes und derjenigen Abteilungen des Auswärtigen Amtes, die Afrika behandeln, organisieren; es muß seine Erziehungsanstalten von der kleinsten Kirchenschule an bis zu seinen mächtigsten Universitäten prüfen und feststellen wie alle an der großen Aufgabe zusammenarbeiten können, die Angelegenheiten des Imperiums richtig zu verwalten und alle Briten auf eine zivilisierte Grundlage zu heben. Auf diese Weise können aus Afrika, da der Kampf um Afrika stattgefunden, in rechtmäßiger und aufrichtiger Weise die fürchterlichen Verluste des gegenwärtigen Krieges wieder gut gemacht werden.

Bei diesen vernünftigen Bestrebungen wird aber sicherlich auf den entschlossenen Widerstand der alten Männer gestoßen werden, die immer noch unter dem Namen der Liberalen, Radikalen, Konservativen, Unionisten, Home Ruler und Arbeitervertreter England regieren, die es vorziehen, hartnäckig und entschlossen an den törichten alten Erziehungsmethoden festzuhalten, statt die Bedürfnisse zu berücksichtigen, welche die Stellung Britanniens als imperialistisches Land festigen könnten. Die ablehnende Haltung Englands gegenüber studierenden Afrikanern treibt diese Leute nach den großen Anstalten der Vereinigten Staaten, nach Paris und nach Deutschland, und vom Studium an diesen Orten kehren sie meistens mit

Digitized by Google

mehr oder weniger starkem Vorurteil gegen die britische Macht in Afrika zurück. Ein Beispiel für die Abneigung, mit der die frühere Verwaltung moderne Erziehung betrachtet, liegt in ihrer Behandlung des Vorschlages für die Errichtung einer Schule zum Studium der orientalischen und afrikanischen Sprachen in London. Die Notwendigkeit einer solchen Einrichtung wurde der liberalen Regierung von einflußreichen Leuten mit orientalischer und afrikanischer Erfahrung dringend empfohlen. Es wurde darauf hingewiesen, daß London die Hauptstadt des umfangreichen britischen Imperiums sei, daß eine Kenntnis der afrikanischen und orientalischen Sprachen für alle wesentlich sei, die zur Verwaltung dieser Gegenden oder um dort zu lehren oder Handel zu treiben ausgesandt werden, daß der Unterricht in diesen Sprachen am besten in London erteilt werden könnte, oder zum wenigsten, daß London bessere Gelegenheit dafür bieten sollte, als irgendein anderer Mittelpunkt der Wissenschaften und des Verkehrs. Mr. Asquiths Regierung ging den üblichen Weg der Einsetzung einer königlichen Kommission. Die Berichte dieser Ausschüsse beeinflußten das Schatzamt so weit, daß tatsächlich eine bedeutende Summe für diesen Zweck angewiesen wurde. Es war jedoch ein offenes Geheimnis, daß die höheren Beamten der verwaltenden Abteilungen den Plan bekämpften oder ihm abgeneigt waren. Sie haben sich niemals bemüht, das Studium der afrikanischen und orientalischen, oder der im östlichen Europa in letzter Zeit in den Vordergrund getretenen Sprachen oder der wirtschaftlichen Botanik, oder der praktischen Zoologie usw. zu fördern. Irgendwo scheiterte daher der große Plan, die afrikanischen und orientalischen Sprachen in London zu lehren. Auf eine oder die andere Weise hat die Beamtenwelt es erreicht, den großen Plan, London zum Mittelpunkte dieser Erziehung zu machen, aufzuhalten, bis der Krieg kam und den Plan zum Schicksale unbeliebter Neuerungen verurteilte. Sobald England jedoch den Angelegenheiten, die nicht unmittelbar mit der Förderung dieses Krieges zusammenhängen, mehr Aufmerksamkeit schenken kann, darf der Mangel an Interesse seitens des Parlamentes oder das Vorurteil höherer Beamten das wissenschaftliche Studium Afrikas nicht aufhalten. Wenn Afrika, wie Afrika es kann, Britannien für seine erschöpfenden Ausgaben entschädigen soll, dann werden keine Kolonialinstitute in deutschen Städten zur Verfügung stehen, an denen die gewünschten Kennt-

Digitized by Google

nisse erworben werden können. Wie in der Sache der Anilinfarben, Chemikalien und Arzeneimittel, so muß auch in Sachen der afrikanischen Forschung auf botanischem, mineralogischem, zoologischem, ethnographischem und sprachlichem Gebiete, Britannien sich fortan auf seine eigenen Anstrengungen verlassen.

Der Deutsche in der russischen Literatur

Von Dr. A. Lauterberg

In dem Kriegsgefangenenheft der „Süddeutschen Monatshefte" schreibt Ernst Moering: „Wir konnten aufgeklärten russischen Fürsten als die Kulturträger erscheinen, so lange der Russe noch schlief. Je mehr er erwacht, je mehr er zu sich selbst kommt, um so mehr muß er sich von deutschem Einfluß befreien; denn der Deutsche stößt ihn in eine Richtung, die er selbst nicht einschlagen kann. Es ist, als wolle man einen Mechanismus, der nur nach rechts herum geht, nach links drehen. Ebenso ist es aber auch mit dem Deutschtum. Es verliert seine Kraft, wenn es Russisches in sich aufnimmt. Ungeheuer verführerisch für den Geist ist diese Unredlichkeit und Unübersichtlichkeit des russischen Reiches, wo es tausend Gesetze gibt und keines gehalten zu werden braucht, wo man immer noch einen Unterschlupf findet und immer im Trüben fischen kann. Nur so ist es ja zu erklären, wie viele Deutsche so klettenhaft an Rußland hängen. Sie lieben nicht das Land, sie fühlen sich dem Russen überlegen und dünken sich etwas Besseres, aber sie lieben diese Zustände, die ein verderbtes Beamtentum schafft, und die ein nicht auf die Tat gerichtetes Volk nicht zu ändern vermag." ...

Wir wollen nicht behaupten, daß diese Charakteristik für alle unsere Stammesgenossen in Rußland gelten könnte, für sehr viele trifft sie aber leider zu, — und daraus erklärt sich zum Teil auch die Unbeliebtheit der Deutschen in Rußland, eine Unbeliebtheit, von der wir vor dem Kriege gar keine richtige Vorstellung besaßen, weil wir uns nur zu leicht blenden ließen durch die äußere Liebenswürdigkeit und scheinbare Vorurteilslosigkeit, die in der gebildeten Gesellschaft Rußlands so gern zur Schau getragen wird. Und doch hätte es genügt, nur die russische Literatur des 19. Jahrhunderts einmal daraufhin zu mustern, ob und in welcher Gestalt der Deutsche da erscheint!

Digitized by Google

Der Typus des Deutschen in der russischen Literatur entspricht fast durchweg der Charakteristik Ernst Moerings. Er hält sich für etwas weit Besseres als die Russen, die er weder versteht noch liebt. Aber er liebt die traurigen Zustände im Lande, die ihm die Möglichkeit geben, im Trüben zu fischen, und deren Besserung ihm daher höchst ungelegen käme. Er nutzt sie nach Kräften aus, steckt aber dabei eine Miene auf, als erwiese er dem russischen Volke und Land durch sein bloßes Dasein eine unschätzbare Wohltat. Das ist der Typus des deutschen Geschäftsführers, Gutsverwalters, Fabrikanten, Kaufmanns, auch Offiziers oder Staatsbeamten, wie er uns in unzähligen russischen Romanen und Erzählungen von Gogol bis Gorki immer wieder begegnet.

Übrigens fassen die russischen Schriftsteller den Deutschen dieses Typs nicht durchweg als Ausbeuter oder Menschenschinder auf. Seine positiven Eigenschaften werden oft anerkannt. Man bewundert seine Arbeitskraft, seinen Fleiß, seine Gewissenhaftigkeit, seine Erfindungsgabe; er erscheint nicht nur tüchtig und ausdauernd, sondern sehr oft auch ehrlich und treu. Und all diese Eigenschaften werden dann wohl auch dem eigenen Volke als nachahmenswertes Muster vorgehalten. Der Hintergedanke ist aber immer wieder der: all die glänzenden Fähigkeiten des Deutschen sind doch nur äußere Fertigkeiten, innerlich ist er kalt, leer, herzlos; die „russische Seele" fehlt ihm; weder vermag er je ihre Tiefen zu ergründen, noch werden ihm ihre Offenbarungen zuteil, die am Ende mehr wert sind, als alle seine Künste. Man lese etwa Dostojewskis Briefe aus Ems im „Tagebuch eines Schriftstellers": mit welch aufrichtiger Bewunderung erzählt er da von dem „Brunnenfräulein", das jeden Vormittag über tausend Kurgäste zu bedienen hat und jeden kennt, gegen alle freundlich ist, sich nie in den Gläsern vergreift, — oder von dem Postbeamten, der nur einmal mit einem „Kunden" gesprochen zu haben braucht, um tags darauf, ohne ihn erst nach Nam' und Art gefragt zu haben, gleich alle postlagernden Briefe für ihn bereit zu halten. Mit beißendem Hohn stellt Dostojewski diesen Beispielen den russischen Schlendrian, die russische Unlust zu jeder Arbeit entgegen, — zuletzt aber erfaßt ihn doch etwas wie Grauen vor dieser, wie auch er glaubt, äußerlichen, „mechanischen" Kultur, und er fragt sich und seine Leser, ob nicht doch das Volk das glücklichere sei, das dergleichen noch nicht brauche.

Digitized by Google

Die schärfste Kritik an der russischen Passivität hat Gontscharow in seinem Roman „Oblomow" geübt. Das Wort „Oblomowstschina" („Oblomowerei") ist ja auch in Rußland längst allgemein gebräuchlich im Sinne von Willensschwäche oder Schlendrian. Seinem energielosen russischen Helden stellt Gontscharow nun den Halbdeutschen Andrei Stolz gegenüber. Er besitzt all die Charakterfestigkeit, Ausdauer, Tüchtigkeit und Anpassungsfähigkeit, die seinem Freunde fehlen, und darum steigt er immer höher empor, während jener immer tiefer sinkt. Nun ist aber eines sehr merkwürdig: so viel Mühe Gontscharow sich gibt, seinen Andrei Stolz herauszustreichen, seine eigene Sympathie ist viel mehr auf der Seite Oblomows, als auf der des deutschen Gegenspielers. Und dem Leser geht es genau ebenso. Neben Oblomow erscheint Stolz geradezu als Emporkömmling, als eigennütziger Streber; wenn er und Oblomow über Sinn und Zweck des Lebens streiten, so stimmt der Leser allemal Oblomow bei, und wenn zuguterletzt auch noch die Braut sich von Oblomow lossagt und ihre Hand Stolz reicht, so empfindet man das als bitteres Unrecht, das dem armen, ach so liebenswürdigen Schwächling angetan wird. Gontscharow selbst dürfte diese Wirkung kaum beabsichtigt haben. Sie ist aber dadurch zustande gekommen, daß der Dichter die Überlegenheit des Deutschen wohl verstandesmäßig erkannte, sein Herz aber bei dem unterliegenden Russen war. Die Figur des Stolz ist *gemacht*, die des Oblomow innerlich *erlebt* und dichterisch *geschaffen*. Dazu kommt dann noch, daß Gontscharow, um nicht gar zu deutschfreundlich zu erscheinen, seinem Andrei Stolz eine russische Mutter gegeben hat, die ihn denn auch ganz russisch erzogen hat. Von ihr hat er alle jene Eigenschaften, die ihn auch in russischen Augen liebenswürdig erscheinen lassen. Der *Vater* Stolz aber ist der richtige Deutsche, wie er im russischen Buche steht: ehrlich und gewissenhaft, fleißig und energisch, aber auch engherzig und einseitig, eigennützig und geistig beschränkt.

Beschränkt und kleinlich, — so erscheint der Deutsche dem Russen immer wieder. Der Deutsche, so meint man, besitzt ungemein viel Einzelkenntnisse und -Fertigkeiten, aber ihm mangelt der allumfassende Blick, die Universalität des Geistes, die nur „wir Russen" besitzen. Wir brauchen ihn, weil er uns durch seine gewissenhafte und fleißige Kleinarbeit eine Menge von Arbeit erspart, die wir nicht leisten können und auch nicht wollen,

Digitized by Google

weil wir zu Höherem berufen sind; er legt mühsam Stein an Stein zusammen zu dem Gebäude, das wir dereinst krönen und seiner Zukunftsbestimmung weihen werden. Es genügt, auf Tolstois „Krieg und Frieden" hinzuweisen, wo immer wieder in diesem Sinne zu deutschem Wesen und deutscher Art Stellung genommen wird.

Daher ist auch der Deutsche als komische Figur in der russischen Belletristik so beliebt. Beschränktheit mit Anmaßung gepaart üben ja stets eine unwiderstehliche Wirkung auf die Lachmuskeln aus, — und diese beiden Eigenschaften des Deutschen werden von den russischen Schriftstellern immer wieder betont. Schon in der Komödie Vonwisins „Der Landjunker" („Nedorosl") finden wir den deutschen Hauslehrer Wralmann (der ganz unmögliche Name ist eine Ableitung von dem russischen „wralj" — der Lügner, Aufschneider), der sich zuguterletzt als ehemaliger Kutscher entpuppt. Freilich richtet sich der Spott hier weniger gegen den Deutschen, der nur die „Konjunktur" ausnutzte, als gegen die russischen Edelleute, die ihm ihren Sohn zur Erziehung anvertraut hatten. Ähnlich steht es auch mit den Deutschen, die in Gogols Werken vorkommen: wir haben nicht die geringste Veranlassung, auf sie stolz zu sein, aber sie sind auch nicht durchaus verächtlich. Der deutsche Arzt im „Revisor" ist gewiß ein sehr jämmerliches Wesen, aber er ist — wie aus einer vom Dichter später fallen gelassenen Szene hervorgeht — der einzige unter den städtischen Beamten, der keinen Bestechungsversuch an dem falschen Revisor macht, und als dieser ihn anpumpen will, versteht der Doktor erst gar nicht, was von ihm verlangt wird; als er endlich begriffen hat, da vermag er dem Revisor nur — eine Zigarre anzubieten, denn er hat gar kein Geld bei sich. Die russischen Kollegen wußten besser, wie man sich in einem solchen Falle zu verhalten hat, und waren mit wohlgefüllten Brieftaschen zur Audienz erschienen.

Mit ganz köstlichem Humor sind in Gogols Novelle „Der Newski Prospekt" die beiden deutschen Handwerker geschildert, die die Namen der zwei damals in Rußland bekanntesten deutschen Dichter tragen: Schiller und Hoffmann. Wie die zwei beim Bier sitzen und immer wüster renommieren, je mehr „Stoff" sie in sich aufnehmen, — das ist mit Meisterhand dargestellt und — gestehen wir es ruhig zu — auch durchaus naturgetreu; einen Anstrich von Gehässigkeit bekommt die Sache erst dadurch,

Digitized by Google

daß nur zu vielen Russen dieser Schiller und dieser Hoffmann als Typen des Deutschen schlechthin gelten. Und doch, — wenn der russische Held der Novelle, der Leutnant Pirogow, dafür, daß er der Frau des einen Deutschen nachgestiegen ist, von dem Ehegatten und seinem Freunde eine tüchtige Tracht Prügel bekommt, so fragt es sich, ob der bierfreudige deutsche „Rächer seiner Ehre" nicht doch weit mehr Achtung verdient, als sein russisches „Opfer". Denn sobald der Herr Leutnant zur Überzeugung gelangt ist, daß kein Mensch etwas von der ihm angetanen Schmach erfahren wird, erscheint ihm das ganze Erlebnis auch schon wie ein böser Traum, und noch am Abend desselben Tages, an dem die Fäuste deutscher Handwerker sich auf seiner Rückseite ergingen, begibt er sich auf einen Ball und tanzt nicht weniger flott, als je vorher.

Wir Deutsche warfen uns selbst immer wieder vor, daß wir nicht genügend nationalen Stolz besäßen. Demgegenüber ist es doppelt auffallend, daß eitle Selbstzufriedenheit und brutaler Hochmut diejenigen Züge sind, die der russische Schriftsteller beim Deutschen meist am stärksten hervorhebt. Sowohl bei Tolstoi, als bei Dostojewski lassen sich Beispiele genug finden; eine der bezeichnendsten Gestalten ist der famose Herr Klüber in Turgenjews „Frühlingswogen". Und zweimal findet sich bei Turgenjew das nämliche Motiv behandelt: der Held der Erzählung sieht sich gezwungen, seine Dame gegen die Zudringlichkeit eines Deutschen zu schützen. Im „Vorabend" wirft Insarow den betrunkenen deutschen Handwerker, der einen Kuß haben will, kurzerhand ins Wasser, in den „Frühlingswogen" kommt es gar zu einem Zweikampf zwischen Sanin und dem Leutnant von Dönhoff.

Dafür hat allerdings Turgenjew auch wieder die schönste und liebenswürdigste deutsche Gestalt geschaffen, die überhaupt in der russischen Literatur vorkommt, — den Musiklehrer Lemm im „Adeligen Nest", diesen Träumer und Idealisten, dieses große Kind, in dessen Seele die ganze deutsche Romantik lebt und wirkt. Daneben wäre nur noch der Hauslehrer Karl Iwanowitsch Mauer in Tolstois „Kindheit und Jugend" zu nennen, der einfache Mann aus dem Kleinbürgerstande, der so gar nicht in das hochadelige Haus hineinpaßt und der doch als einziger den frühverwaisten Kindern das zu geben weiß, was ihnen am meisten nottut: Liebe.

Digitized by Google

Aber bei aller Wärme und wirklich herzlichen Teilnahme, mit der diese beiden Deutschen von den russischen Dichtern geschildert sind, — man hört doch einen leisen Unterton durch, der, wenn auch beileibe nicht verächtlich, so doch immerhin etwas gnädig herablassend klingt. Sowohl Turgenew als Tolstoi stehen hoch über ihren Helden; sie lieben sie, aber sie belächeln sie auch. Und von der Größe deutschen Geistes und deutschen Wesens spürt man doch weder bei Turgenjews schwärmerischem Musikus, noch bei Tolstois gutmütigem Hauslehrer etwas. Der Deutsche hat in russischer Darstellung immer etwas Kleinliches und Ärmliches, auch wo nicht, wie hier, die Liebe, sondern der Haß dem Dichter die Feder geführt hat. Er ist gemein, roh, frech, aber nie groß; man wendet sich nicht mit Abscheu und Entsetzen von ihm ab, sondern man betrachtet ihn von oben herab, mit Verachtung, im stolzen Bewußtsein der eigenen Überlegenheit. Worin die wahre Größe des Deutschen besteht, hat der Russe bisher überhaupt noch nicht erkannt und es ist fraglich, ob er es je erkennen wird. Für ihn ist und bleibt der Deutsche der unübertreffliche Handwerksmeister, der nach dem schönen russischen Sprichwort „den Affen ausgedacht hat", aber der Geist, der den Meister beseelt, bleibt ihm fremd. Das zeigt sich ja auch im Verhalten der Russen zur deutschen Literatur und Kunst. Konnte sich doch der große Kritiker der 40er Jahre, Belinski, nicht genug darüber wundern, daß ein Goethe etwas so heillos Triviales zu schreiben vermocht, wie — Hermann und Dorothea! „Der" deutsche Dichter des 19. Jahrhunderts ist für die Russen heute noch Heinrich Heine, „der" deutsche Romanschriftsteller — Friedrich Spielhagen.

Zu alledem kommt dann noch eins. Jahrhundertelang sind wir die Lehrer der Russen gewesen, und wir haben ihnen nicht wenig beigebracht; aber sicher haben wir auch nicht immer die richtigen erzieherischen Methoden angewendet, was bei der großen Verschiedenheit der Naturen von Lehrer und Schüler auch verzeihlich ist. In reiferen Jahren sieht der Schüler das wohl ein; im kritischen Alter, wo er glaubt, sich bereits alles angeeignet zu haben, was der Lehrer ihm zu geben vermochte und sich diesem gewaltig überlegen fühlt, ist er unbarmherzig. Und eben in diesem Stadium befindet sich Rußland uns gegenüber schon seit geraumer Zeit. Und gegen seine Baccalaureus-Weisheit hilft kein Zureden und kein Überzeugenwollen, — am allerwenigsten wehmütige Hinweise auf die

Digitized by Google

einstige deutsch-russische Freundschaft oder auf die großen Verdienste, die wir uns um Rußland erworben. Das wird als Heuchelei oder Renommage zurückgewiesen. Für uns kann es heute nur heißen: „Original, fahr hin in deiner Pracht!“ Die Hoffnung, daß der sich so absurd geberdende Most zuletzt doch noch einen auch für uns genießbaren Wein ergibt, brauchen wir ja nicht aufzugeben; vorläufig aber haben wir dafür zu sorgen, daß, wenn drüben die Fässer platzen und die Splitter nach allen Seiten fliegen, unsere Fensterscheiben nicht zertrümmert und unsere Gartenanlagen nicht überflutet werden.

Notizen

Griechenland und die Entente (aus der französischen Presse): Es wäre jetzt Zeit, daß diejenigen, die seit einem Jahre alles versucht haben, ein Abkommen mit Griechenland zu schließen, endlich einsehen würden, daß nichts in dieser Richtung zu tun ist ... Die Orientfrage ist keine hellenische, sondern eine lateinische Frage ... Nicht mit Griechenland, sondern mit Italien sollen wir uns darüber einigen. („Rappel“.)

Der Zwischenfall von Athen stellt die Frage, wie wir das Orientproblem regeln werden. Gibt es noch einen Hellenismus? Wir müssen es verneinen; es gibt keine griechische Politik und keine griechische militärische Macht mehr ... Um so schlimmer für die Griechen ... Aber es ist vielleicht besser für uns ... Das künftige Orientgleichgewicht und der europäische Friede wird wahrscheinlichohne Griechenland geregelt werden. (Hervette im „Echo“.)

Was für eine elende Zukunft bereitet sich Griechenland vor, wenn es nicht dem Aufruf der mazedonischen Obersten antwortet! ... Der Hellenismus war eine Hoffnung, dann ein Glaube, ein Dogma ... Morgen wird er nur eine Erinnerung sein. („Figaro“.)

Holland und Rumänien. Links und rechts wird die Neigung immer geringer, Rücksicht zu nehmen auf die Interessen und Vorstellungen jener kleinen Staaten, die gewiß mitunter nützlich sind, aber auch häufig als eine lästige Schranke empfunden werden. — Werden wir es noch erleben, daß, nach Rumänien, die Reihe an Holland kommt? Oder steht uns das Los Griechenlands bevor? Das hängt vor allem von uns selbst ab. Der Fall Rumäniens lehrt uns erstens: den militärischen Wert auch eines kleinen, gut bewaffneten Staates. Man höre, wie ernst die Presse in den kriegführenden Ländern es nimmt, daß ein Staat, der nicht stärker bevölkert ist wie die Niederlande, sein Schwert in die Wagschale geworfen hat ... Auch das holländische Heer zählt nicht länger für nichts ... Die Beschaffenheit des Landes ist außerordentlich günstig für die Verteidigung ... Wir bedeuten also eine ebenso große Macht wie Rumänien, wenn man uns angreift. Über die Möglichkeit, daß wir die Angreifer sein könnten, sprechen wir jetzt nicht. Dr. Colen-

Digitized by Google

brander schrieb noch kürzlich in „De Gods“: Wir sind nicht stark genug, um das zu riskieren ... Rumänien gibt uns noch einen anderen Wink. Wenn man Holland schon nicht zwingen kann, sich direkt in den Kampf zu werfen ... man könnte uns dermaßen umgeben mit schikanösen Maßnahmen, daß wir für die Volksernährung auf unbestimmte Zeit gänzlich auf eigene Hilfsquellen angewiesen sein würden ... Rechnet die Regierung im Haag genügend damit? ... Mehr als bezüglich des Inlandes sind wir in bezug auf das Ausland beruhigt. Stark in seinem Vorhaben, sich keinesfalls in Abenteuer zu stürzen, aber jeden Angriff kräftig abzuwehren, steht Holland Gewehr bei Fuß, aufmerksam, aber ruhig. Und wenn sich morgen noch mehr bisher neutrale Völker in den menschenverschlingenden Schlund stürzen sollten, das wäre für uns kein Grund, unser Selbstvertrauen zu verlieren. („Nieuws v. d. Dag“.)

Amerika und die deutschen U-Boote. „New York Times“ äußerte kürzlich: Die Vereinigten Staaten sind durch keine feindseligen Gefühle gegen das deutsche Volk geleitet. Das zeigt sich in der Freude, mit welcher die Amerikaner die Taten deutscher Männlichkeit und deutschen Mutes begrüßen, einschließlich der Amerikaner, die am lautesten den Raub und Mord verurteilt haben. Sie wenden sich bei dem Untergang der „Lusitania“ ab, aber beteiligen sich herzlich an dem allgemeinen Beifall für König von der „Deutschland“.

Bethmann-Hollweg im Urteil der Amerikaner. „New York Times“ warnt vor einer Schwächung der Stellung Bethmann-Hollwegs durch die amerikanische Politik: Die Deutschen könnten nicht zu einem Frieden gezwungen werden, der ihnen keinen Schutz für die Zukunft gewährte. Der Sieg mache sie vielleicht anmaßend, wenn man sie aber zur Wut treibt, so wird es einen Kampf geben, wie ihn die Welt noch nie gesehen hat, und im Vergleich mit dem alles Bisherige ein Kinderspiel ist. Wenn Bethmann-Hollweg in seinem Kampf mit der Junkerpartei unterliegt, so wird er das bis zu einem gewissen Grade der Haltung des Präsidenten Wilson verdanken, der doch sicher nicht die englischen Zerstörer des deutschen Militarismus unterstützen will, weil er sonst dem Fortschritt „einen höchst sonderbaren Dienst“ erweisen würde.

Nachträgliches zu Asquiths Rede zum Jahrestag des Eintritts Englands in den Krieg. „New York Times“ vom 24. August sagt in ihrem Kommentar zu der Rede Asquiths: Der Minister stellt etwas fest, was die meisten seiner Zuhörer als einen Hinweis auf die Rolle betrachten, die die Vereinigten Staaten nach dem Kriege in der Welt spielen könnten. Er führt einen Ausspruch Gladstones an, der die Idee des Völkerrechts für die europäische Politik behandelte und fügte hinzu, daß seiner Ansicht nach dieses Völkerrecht (public right) den Schutz für die Unabhängigkeit der kleinen und großen Staaten bedeute; der gemeinsame Wille Europas, und er hoffe, nicht Europas allein, müsse diesen Schutz gewährleisten. Als Asquith die Worte sprach, „und ich hoffe nicht Europa allein“, sprach er mit dem ruhigen Ausdruck, welchen seine näheren Bekannten als charakteristisch bezeichnen.

Digitized by Google

Eine Absage der russischen Reaktion an den deutschen Kaiser. Die russische Zeitung „Rjetsch" schreibt: Mit Deutschland steht es schlecht. Selbst Glinka rückt von ihm ab, denn er glaubt, daß Deutschland nicht mehr das monarchische Prinzip vertrete. Diese Wandlung in den Anschauungen der russischen Anbeter der deutschen gepanzerten Faust ist auf niemand anderen als die Juden zurückzuführen. Glinka sagt: Deutschland war früher wirklich eine Monarchie im besten Sinne dieses Wortes. Es hat aber seine monarchischen Grundsätze vergessen, seitdem der Kaiser sich mit den Juden eingelassen und alle Staatsinteressen ihrer Habgier zum Opfer gebracht hat. Ebenso hat auch die Türkei die monarchischen Prinzipien schon am ersten Tage des Umsturzes verraten, als auch dort Juden zu Machthabern wurden. Von nun gibt es zwischen Deutschland und uns keine Gemeinsamkeit mehr in der staatlichen Weltauffassung. Die Weltanschauung Deutschlands ist jetzt der Gewinn und die Macht des Goldes. Im russischen Reiche dagegen hat die Selbstherrschaft während des gegenwärtigen Krieges einen noch höheren Glanz erhalten. Ohne die Selbstherrschaft würden wir Europa nicht so leicht widerstehen können.

Rußland und England. Professor Migulin antwortet in der russischen Presse den russischen Anglophoben, welche befürchten, daß England Rußland bei der Verteilung der Kriegsbeute übergehen werde: Natürlich wird England nicht selbst für die russischen Interessen einstehen: das ist Sache der russischen Diplomatie. Unsere Diplomatie war früher immer bereit, die russischen Interessen hintanzusetzen. Man erinnere sich nur an unser Verhalten in Mittelasien und in Persien. Wenn wir auch jetzt den alten Überlieferungen folgen sollten, werden wir natürlich auch von diesem Kriege keinen Vorteil haben. Aber man muß doch schließlich und endlich etwas zulernen. Es ist ja möglich, daß es uns auch dieses Mal einfällt, ein selbständiges oder unabhängiges Armenien, Kurdistan, Lasistan usw. zu schaffen oder uns um die Erhaltung der Türkei zu bekümmern. Es ist möglich, daß wir auf die deutsche Erbschaft in der Türkei (auf den Rayon der Bagdadbahn) verzichten, ebenso wie auf die Ausgänge zum Mittelmeer und zum Indischen Ozean. Alles ist möglich, aber nicht England wird daran schuld sein. England wird uns doch nicht von sich aus neue Gebiete und neue Meerbusen aufdrängen.

Dazu bemerkt die „Nowoje Wremja": Werden unsere Diplomaten klug genug sein, das alles zu erreichen?

Der russisch-japanische Handel. Die Daten über den russisch-japanischen Handel in der ersten Hälfte des Jahres 1916 sind veröffentlicht worden. Es wurden aus Japan nach Rußland für 62090499 Yen Waren eingeführt, aus Rußland nach Japon für 1714179. Die japanische Einfuhr ist 36mal größer als die russische Einfuhr nach Japan.

Rußlands Zukunftsaufgaben. Menschikow tritt in der „Nowoje Wremja" für eine Europäisierung der russischen Politik ein, da Rußlands asiatische Aufgaben durch den Vertrag mit Japan unverrückbar festgelegt sind: Für Rußland

Digitized by Google

ist die Sicherung des Friedens im fernen Osten durch den russisch-japanischen Vertrag von größter Bedeutung. Denn der Weltkrieg beweist, daß die Hauptspitze der russischen Politik noch lange gegen Westen gerichtet bleiben wird. Europa war und bleibt für Rußland die kolossalste Anhäufung menschlicher Energie. In der Nachbarschaft solch einer Anhäufung zu leben, heißt neben einem noch nicht erloschenen Vulkan zu leben. Von Zeit zu Zeit hat Rußland immer mit einem Ausbruch dieses Vulkans zu rechnen in Form von Überfällen aus dem Westen. Die Deutschen würden, selbst wenn sie jetzt besiegt werden würden, gefährliche Nachbarn bleiben.

Ein amerikanisches Urteil über Ostpreußen. Der Richter Nippert aus Cincinnati, einer der Vizepräsidenten des Ostpreußischen Hilfsausschusses, erzählte bei dem Bankett, durch das man ihn Ende Juli bei seiner Rückkehr aus Deutschland feierte, von seinem Empfang beim Kaiser im Westlichen Hauptquartier: Im Laufe seiner Unterhaltung wiederholte der Kaiser drei- oder viermal nachdrücklich, daß es in den Vereinigten Staaten nur Amerikaner geben sollte und keine Deutsch-Amerikaner oder sonstige Bindestrich-Leute. Über die Verwüstungen in Ostpreußen sagte der Kaiser, er beklage nicht so sehr den Schaden, den die Russen während des Krieges verursacht hätten, wohl aber den, den sie in so sinnloser Weise verübt hätten, nachdem der Kampf beendet war. Ostpreußen war schlimmer zugerichtet, als Mitteleuropa nach dem Dreißigjährigen Krieg und viel schlimmer als Belgien und Armenien heutigen Tages. Man könne es nur vergleichen mit dem Zustande des Ohiotales und den Ufern des Erie-Sees nach dem Kriege 1812. Der Kaiser sprach von den entsetzlichen Leiden von 10500 Frauen und Kindern, die wie das Vieh im Winter 1914 aus dem Lande getrieben und von denen viele am Wegesrande gestorben seien. Nachdem Richter Nippert seine Ansprache beendet hatte, wurden Films der Plätze und Städte gezeigt, die er auf seiner Reise durch Ostpreußen besucht hatte. Die Gäste waren so ergriffen, daß sofort mehrere 1000 Dollar gezeichnet wurden, zur Beihilfe für den Wiederaufbau von Ragnit, Goldap und anderen zerstörten Städten und Dörfern.

Die deutsche Sprache nach dem Kriege. Die französische Zeitung „Petite Gironde" meint: Nach dem Kriege werden wir sicher so wenig wie möglich von den Deutschen kaufen, aber wahrscheinlich werden wir uns nicht weigern, ihnen etwas zu verkaufen. Es ist unumgänglich, daß der Verkäufer bei seiner Korrespondenz und seinen Reisen seine Angebote und Geschäfte in der Sprache der Kundschaft zu machen versteht, die er sich schaffen will. Aber wenn wir annehmen — natürlich ganz unwahrscheinlicherweise —, daß alle Handelsbeziehungen zwischen Frankreich und Deutschland auf immer abgebrochen sein werden, so dürfen wir doch nicht vergessen, daß Deutsch nicht nur die Sprache Deutschlands und Österreichs ist, sondern auch die eines guten Teils der Schweiz und Luxemburgs. Und daß es auch ein Verständigungsmittel in vielen holländischen, skandinavischen slawischen und Balkanländern ist, wenn man die Sprache dieser verschiedenen Länder nicht kennt. Wenn man Deutsch bei uns nicht lernt, durch wen wollen

Digitized by Google

dann unsere Kaufleute, namentlich in Bordeaux, die jungen Deutschen ersetzen, die sie vor dem Krieg für die Korrespondenz für die deutschsprechenden Länder verwendeten?

Die Resultate des Krieges für Frankreich. Eine französische Zeitung schrieb kürzlich: Vor dem Krieg versorgte unsere Tuchmanufaktur den heimischen Markt und hatte noch einen großen Export. Heute wird sie von den Engländern auf dem südamerikanischen Markt verdrängt. Die Wollindustrie ist kaum besser dran. Die Baumwolle, die vor dem Krieg 75—80 Franks per Zentner kostete, ist heute auf 144 Franks gestiegen. Überall greift die wirtschaftliche Verarmung, die Auflösung die Organe und den Mechanismus unserer National-Produktion an. (Zensurlücke.) Die Vereinigten Staaten und Japan leiten das Gold Europas in ihre Banken, und ihr Ausfuhrhandel nimmt eine außergewöhnliche Entwicklung. Japan veröffentlicht soeben die Zahlen seiner Ausfuhr für die ersten vier Monate dieses Jahres. Ein Vergleich mit den Zahlen des Vorjahres ist überzeugend. Nach Ostindien haben die Japaner 60 Millionen ausgeführt gegen 38 Millionen, nach Australien 15 Millionen gegen 8 Millionen, nach Französisch-Indochina 1,7 Millionen gegen 0,5 Millionen. (Große Zensurlücke.)

Neuerscheinungen

Beckhsche Chronik des Deutschen Krieges. Die Zahl der sogenannten Kriegschroniken wächst fortwährend. Schon jetzt ist es ganz unmöglich, alle zu kennen und kritisch zu beleuchten. Besonders hervorgehoben zu werden verdient aber die im Verlage C. H. Beck in München erscheinende „Chronik des Deutschen Krieges". Es ist eine der vollständigsten Sammlungen aller amtlichen oder sonst vollkommen beglaubigten tatsächlichen Nachrichten, Urkunden und Kundgebungen von sachlicher oder persönlicher Bedeutung. Sie bringt nicht nur die amtlichen Berichte der deutschen Heeresleitung und die Auslassungen der deutschen Reichsregierung, sondern auch die wichtigsten zeitgenössischen Kundgebungen, wie entscheidende Reden der Minister unserer Gegner, halbamtliche Darstellungen, die wichtigsten Reden der Parteiführer im Reichstage usw. Der Inhalt ist absolut wahrheitsgetreu und objektiv, so daß man dem Werke schon jetzt seinen geschichtlichen Quellenwert nicht absprechen kann. Jedenfalls gehört die Beckhsche Kriegschronik zu dem besten, was auf diesem Gebiete überhaupt geleistet werden kann. Die Ausstattung ist in Anbetracht des billigen Preises von M. 2.80 pro Band hervorragend. Erschienen sind bis jetzt 8 Bände, darunter ein Ergänzungsband, der die belgischen Dokumente mit ausführlichem Register wiedergibt.

Briefe von Kieler Professoren aus drei Jahrhunderten hat im Auftrag der Universität Professor M. Liepmann in Kiel zu einem stattlichen Bande gesammelt, der zur Erinnerung an das 250jährige Jubiläum der Universität in der Deutschen Verlagsanstalt Stuttgart herauskommt. (Geh. M. 12.—.) Die Briefe stellen auf der einen Seite ein beachtliches Stück Gelehrtengeschichte dar. (Leute wie

Digitized by Google

Droysen, Dahlmann, Ribbeck, Müllenhoff gehören in den Kreis der Briefschreiber.) Auf der andern Seite ist das Buch zugleich ein Kapitel des allgemeinen deutschen Geisteswesens, das den werdenden deutschen Einheitsstaat in einem Lande begleitet, das für die deutsche Einheit in schweren inneren und äußeren Kämpfen hat erobert werden müssen.

Gegen die Einheitsschule wendet sich der Generalsekretär des konservativen Landesvereins im Königreich Sachsen, Kurt Fritzsche. (Heft 21 der Bibliothek für Volks- und Weltwirtschaft, Dresden. M. 1.50.)

Amerika und Deutschland während des Weltkrieges betrachtet Ludwig Fulda vom Standpunkt der Volkspsychologie, für die er als Verfasser eines größeren Buches über Amerika die Vorkenntnisse mitbringt. (Heft 22 der Bibliothek für Volks- und Weltwirtschaft, Dresden. M. 1.20.)

Die Finanzwirtschaft des Deutschen Reiches und der Bundesstaaten stellt F. W. R. Zimmermann, Kammerpräsident zu Braunschweig, in einem Werke dar, das in Göschens Verlag, Berlin, erscheint. Er gibt zunächst eine Übersicht über den Vermögensstand Deutschlands, die Staatsschulden, ihre Tilgung, Verzinsung und Verwaltung und die Staatseinnahmen und -ausgaben. Es folgen eine Übersicht über die staatliche Wirtschaftsführung und eine Erörterung der Finanzwirtschaft der einzelnen deutschen Bundesstaaten. Das Werk bedeutet eine Bereicherung unserer Wirtschaftsliteratur und zugleich eine aktuelle Erscheinung auf dem Gebiet der Finanzwissenschaft.

Literatur

Weit hinter den Schützengräben. Dr. Gertrud Bäumer widmet eine Sammlung von Aufsätzen, die bei Diederichs, Jena, erschienen sind (Preis M. 3.—, geb. M. 4.50), der deutschen Mutter und Bürgerin. Der tiefe Glauben, den sie dieser doppelten Berufung der Frau entgegenbringt, spricht aus jeder Zeile. Die einzelnen Arbeiten sind nicht „aus Lust an der Betrachtung" entstanden, sondern „fast stets aus praktischen Anlässen, aus dem Ringen um innere Sicherheit, aus dem Eindruck der mannigfachen Kriegsprobleme, aus der Mitarbeit an ihrer Lösung, aus dem Bedürfnis nach Klarheit über das, was nach dem Krieg an Aufgaben für uns kommen wird". Jeder Aufsatz trägt das Datum seiner Entstehung, die bis Weihnachten 1915 zurückgehen. Der letzte Artikel, „Die Frau als Bürgerin", trägt kein Datum, und ist wohl abschließend hinzugekommen, denn er berührt sich unmittelbar mit dem ersten, der aus dem Frühjahr 1913 der Sammlung vorangesetzt ist und „Frauenbewegung und Nationalbewußtsein" heißt. Wenn in diesem ersten noch Abwehr der unberechtigten üblichen Vorwürfe gegen das Internationale der Frauenbewegung ist, so spricht aus dem letzten das stolze Bewußtsein freudig erfüllter vaterländischer Pflichten, die jeden ähnlichen Zweifel in ihrer Gesamtheit für alle Zeiten abweisen.

Denn sicher liegt in bestimmten geistigen Bewegungen von jeher etwas Kosmopolitisches, etwas von dem, was

Digitized by Google

Goethe „Weltfrömmigkeit" nennt. Wie Protestanten und Katholiken, Darwinianer und Hegelianer in der ganzen Welt gewisse Berührungspunkte miteinander haben werden, wie die Weltanschauung Goethes und Schillers, Kants und Fichtes die Menschheit umspannt, so sahen natürlich auch die Anhänger der jungen Frauenbewegung über Länder und Meere nach einander aus, stärkten sich gegenseitig an dem Erreichten, freuten sich der gemeinsamen Ideale. Aber wie der Gedankenkreis eines Schiller, eines Kant und Fichte doch zugleich echt deutsch ist, genährt gerade von geheimsten schaffenden Kräften der Rasse, so mußte natürlich auch in der Frauenbewegung Wert und Schwungkraft des deutschen Wesens zum Ausdruck kommen. Ihre beiden Gründerinnen, Luise Otto-Peters und Auguste Schmidt, sind typische deutsche Frauen, und wenn die heutigen Führerinnen auch kühner und freier über die Erde schreiten, nichts kann besser Zeugnis dafür geben als Doktor Bäumers Buch, daß sie dabei deutsch geblieben sind und „ein teures Vaterland, die Wiege von allem Guten, was in der Welt ist" besitzen, wie Karoline von Humboldt sagt. Gerade Karoline stellt die Verfasserin in dem Artikel „Vom politischen Frauengeist des Jahres 1813" als Muster auf. Denn schon einmal trat die Probe einer Schicksalswende vor einen Frauenkreis, der die Blüte des Kulturlebens seiner Zeit verkörperte: „Wie erlebten die Frauen der klassischen Kultur 1813?" Rahel, die vielbewunderte, geistsprühende Freundin der großen Geister, versagte ganz, hatte in ihrer „windenden Angst" die albernsten Einfälle, und floh nach Prag, wo sie in äußerer Sicherheit die Überspannung ihrer Gefühle in treuer Verwundetenpflege löste. Karoline von Humboldt aber (vierter Band ihres Briefwechsels mit Wilhelm von Humboldt) erhebt sich zur vollen Größe einer deutschen Frau, mitreißend und befruchtend für ihren Mann, dessen Weltfrömmigkeit bis zu einer gewissen Entschuldigung der Charaktere selbst eines Gentz und Metternich steigt. In Karoline lebt jener Patriotismus, der nichts anders will, als bewußt deutsch sein. Kühlere Naturen, die eine gleiche Entflammung bei Ausbruch dieses Krieges mit dem Wort „hysterischer Patriotismus" geißelten, mögen sich ein Beispiel an dem nehmen, was die Verfasserin aus diesen Briefen herauszieht. „Deutsche Ehre wieder oben auf. Das ist mir die Hauptsache." — „Ich denke, die Kinder sollen noch eine Zeit erleben, wo man sich ihrer nicht schämen darf." — „Der Friede wird doch nicht etwa französisch abgefaßt werden? Unsere Kinder und Enkel glauben ja wahrhaftig nicht an die Wahrheit der Geschichte, an die erlittene und gerochene Schmach, wenn das wäre." — „Alles gratuite Beibehalten derselben, (d. h. der fürstlichen Standeserhöhungen durch Napoleon) alles Tragen von Orden aus jener Zeit und dergleichen, was eben in denselben Artikel gehört, kommt mir vor, wie wenn man die Kleidung aus dem Zuchthause trüge, nachdem man daraus entlassen ist." So urteilt sie auch, als Goethe sich nur schwer entschließt, das Kreuz der Ehrenlegion abzulegen, was Rahel sehr wortreich verteidigt. Dank für Karolinens Bild

Digitized by Google

in dieser Zeit! Es ist wahrhaft ein „Nothelfer", wie der Abschnitt unseres Buches heißt, der es enthält.

Tiefstes Verständnis für die Macht des Geschehens spiegeln die Seiten des Buches. Da ist nichts von der weichlichen Stimmung allgemeinen Wohlwollens, wie sie in der Friedensbewegung liegt. Keine Empfindsamkeit gegen den herben Atem aufs äußerste angespannter Kraftentfaltung. Es ist anders gekommen, als man fürchtete. Das Zeitalter der Verweichlichung kannte plötzlich erhöhte Selbstbeherrschung. Die Waffenfreudigkeit war so groß wie bei einem ganz jungen, kriegerischen Volk. Und dieses Volk bestand auch die größte Probe sittlicher Kraft — das Ausharren. Hinter den übermenschlichen Leistungen der Freiheitskriege stand die einheitliche Macht der Weltanschauung, die zwingende Wucht einer einigenden Philosophie. Hundert Jahre später das gerade Gegenteil. Ein ausgesprochener Mangel an Jenseitigkeit der Lebensideale, hundertfältige Überzeugungen — aber ein unzerschlissener Wille. Eine Opferfreudigkeit, die das eigene Leben darbrachte, es nicht nur mit Würde verlor, sondern bewußt dahingab.

Das alles steht auf den Seiten dieses Buches. „Hat die Erziehung und Arbeit der Frauenbewegung die Frauen fähiger zu der riesigen Kraftprobe gemacht? Wenn die Antwort nicht ja lautet, so ist unsere bisherige Arbeit gerichtet und erledigt?" Aber die Fragerin kann beruhigt sein über die Antwort, die sie selbst nach strengster Prüfung gibt. Der auffallendste Gewinn der modernen Entwicklung der Frau liegt in ihrer sozialen Leistungsfähigkeit. Die Organisation Deutschlands allein macht seinen Widerstand möglich. Sie, mit der Statistik erst nach 1870 entstanden, war die Vorbedingung, um den vielgliedrigen Koloß der Volkswirtschaft planmäßig einer plötzlich veränderten Lage anzupassen. Die Frauenbewegung in ihrer praktischen Arbeit war aber die ständige Gewöhnung der Frau an diese Organisation. Nur noch mehr geschulte, eingearbeitete Kräfte hätte man gewünscht, als plötzlich an der sozialen Helferin Arbeitslosigkeit und Arbeitshäufung, Teuerungspanik, Preistreiberei, Massennot in einer unendlichen Fülle von Bildern vorbeizogen.

Wie sich die verschiedenen Stadtverwaltungen dann mit der Frauenhilfe verschieden organisierten, die Ergebnisse einer nun fast zweijährigen gemeinsamen Arbeitszeit in den Gemeinden, ist in klaren Übersichten gezeigt. Die Führerin der Frauenbewegung nimmt in den einzelnen Artikeln dann Stellung zu allen in diesen eisernen Zeiten auftauchenden Wirtschaftsfragen, zum Handelskrieg und zur Mode. Was sie von der Versammlung über „Bevölkerungspolitik" und Kindersegen sagt, die unter dem Vorsitz des Geheimen Regierungsrates Professor Dr. Wolf im Herbst 1915 im Abgeordnetenhaus abgehalten wurde, ist in seiner Kürze und zurückhaltenden Form so bezeichnend, daß die Frau hier nachdenklich einen Augenblick halt machen muß. Dürften Mutterschaftsprämien in der vorgeschlagenen Form ein Mehr von Kindern hervorbringen? Läßt sich die Aufziehung eines Kindes

Digitized by Google

in Geld ausdrücken? „Ob es nicht denkbar wäre, daß eine Versammlung von jungen Menschen über diese Frage weniger ‚abgeklärt', und ‚lebenserfahren' geurteilt hätte?" schließt Gertrud Bäumer.

Die letzten Teile des Buches sind denn auch der Erziehung dieser Jugend gewidmet. Schon ein einleitender Aufsatz, „Freideutsche Jugend", vor Kriegsausbruch geschrieben, sieht das Erlösende der Jugendbewegung in ihrer bewußten Ablehnung einer Zivilisation in weiterem Sinne. Die Jugend wehrt sich gegen die Einschnürung und Gleichmäßigmachen des Lebens, kehrt zu freieren, einfacheren Formen zurück, und öffnet so dem Zeitalter der höchsten Inanspruchnahme durch die Gesamtleistung die Aussicht auf stillere und vollere Lebensformen der Zukunft. Hier hat der Weltkrieg nun fördernd eingegriffen und das deutsche Bildungsideal verändert. Man denke an die endlosen Zeitungsdebatten dieser Zeit über die Schule der Zukunft. Gertrud Bäumer, die im Angedenken an eine kürzlich Gestorbene die Ideale ihrer Jugend schildert, da sie als junge Volksschullehrerin einer großen Provinzstadt sich vor allem nach rechten Lernmitteln für ihre Lehrtätigkeit sehnte, denkt an das schwankende Leitbild der vorkriegerischen pädagogischen Zeit — hie Förderung des Individualisierens (Betonung der Eigenart des Einzelnen), hie Betonung der Autorität, d. h. Einfügung des Lebens in Form und Gesetz. Der Krieg hat entschieden. Die kommende Pädagogik wird die Worte Nation, Staat, Kulturgemeinschaft an die oberste Stelle rücken. Alle individuellen Kräfte werden nach Fichte dem Dienste des Ganzen zugeführt werden. Vor dem siegenden Deutschland liegt ein hartes Leben des Kampfes. Das Ziel der deutschen Bildung kann fürderhin nur die Stärkung der Staatsgesinnung und die Erhöhung der Arbeitsgediegenheit sein. Das bringt nach Gertrud Bäumers Meinung die Einheitsschule näher, über die letzthin soviel geschrieben wurde, mit der Leistung als einzigem aristokratischen Prinzip, und der Wertung der praktischen Anlage als Ersatz für Schulerfolge. Der Krieg gibt die pädagogischen Beispiele, gibt den Respekt vor Kraft und Leistung, in unverkennbarer Vereinigung den überlegenen Führer und den pflichtbewußten Einzelnen in der Masse.

Ein demokratisches Entwicklungsideal, wie wir uns auch in Gedanken dazu stellen. Wir suchen nach einem Vorbild in der Vergangenheit. Griechenland ging bei diesem Prinzip zugrunde — das praktische Rom lehnte es entschieden ab. Und die Gegenwart? Wohin kam Frankreich? Und haben die gleichen Entwicklungsmöglichkeiten für alle in Amerika denn jenes Arbeitsideal für den Einzelnen verwirklicht, das wie ein Licht über dem Leben im Dienst des Ganzen leuchten soll und das doch niemals bloßer Gelderwerb sein kann? Ein Heer von Fragen bestürmt hier den Geist.

Nun braucht freilich das Absehn von allen zarten Interessen unserer Seele, von allen Luxusbedürfnissen unseres Inneren noch kein Verzicht auf Wärme und Kraft des Lebens zu sein. Die „Intellektualisierung" (Vergeistigung)

Digitized by Google

ist auch für die Frau kein Schreckgespenst mehr, seit die Erfahrung bewiesen, wieviel mehr fromme Hilfsbereitschaft in der Ordnung, als in holdem Dilettantismus ruht — aber auch Gertrud Bäumer denkt bei den Richtlinen für die Arbeit am „Größeren Deutschland" — ohne Rücksicht auf geographische Grenzen — unwillkürlich an Goethes „Entsagende". Der Verzicht auf höchste Individualität liegt unausgesprochen doch in diesen Hoffnungen, und fast wird das Schillersche Wort ein Los, daß die Gedanken leicht bei einander wohnen, die Sachen aber sich hart im Raume stoßen. Wer in dem Buche die Kapitel über die „Nothelfer" liest, wird die Verfasserin selbst leicht unter diese „Entsagenden" reihen, der die Not der Zeit nur noch ganz selten den Dienst vom reinen Schönen gestattet, das hier in so vollendeter Form zu uns spricht. Sie hat zuerst uns an das Wort von Heraklit, das dann so viel mißbrauchte, erinnert, daß der Krieg „der Vater aller Dinge" sei. Seltsam überläuft es uns, wenn wir bei ihren weiteren Ausführungen sein Wort finden: „Alle Kreatur weidet unter Gottes Peitschenschlag", und wenn wir dann nach der Würdigung des alten Philosophen das holde Weihnachtsblatt „Unsere liebe Frau" finden.

Ein feiner, überlegener Geist spricht zu uns, der sich hingab an den Dienst für das Ganze. Nicht mit offener Hand, die herrisch verlangt, zum Lohn und Dank mit Rechten gefüllt zu werden, kommt die Führerin der deutschen Frauenbewegung. Davon spricht auch der Schlußartikel: „Die Bürgerin im künftigen Deutschland" nicht. Er ermahnt die Frauen nur, fähig zu werden, die Lösungen im Geist nationaler Verantwortlichkeit zu suchen — hinausgewachsen über die Trägheit des bloßen Hinnehmens, aber ebenso frei von den Einseitigkeiten des bloßen Geschlechtsegoismus. Sie sollen ihre „künftige Rolle im Staat nicht als ewige Frauenrechtlerinnen suchen, sondern auch in der Vertretung solcher allgemein politischen Ziele, denen jede besondere Beziehung zu dem einen oder anderen Geschlecht abgestreift ist". Aus der Welt des stummen, heißen Gefühls sollen sie in die Welt der wirtschaftlichen und sozialen Wirklichkeit gehen, „denn die Kernfrage des Frauenschicksals — die doppelte Inanspruchnahme der Frau im nationalen Leben durch Arbeit und durch Mutterschaft, sie wird nicht nur problematischer, sondern zugleich in ihrer Bedeutung für die ganze Volksentwicklung noch gewichtiger werden, als vorher."

„O gib Gott, daß ich Erde und Heimat werde, für die er dient im heiligen Hüteramt."

Agnes Harder

Nachdruck aus dem Inhalt unter genauer Quellenangabe gestattet.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 30, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Weimar. Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

1. Jahrgang • 13. Oktober 1916 • Heft 42

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Der Beirat für das Auswärtige Amt

Von Dr. Paul Rohrbach

Ein Teil der öffentlichen Meinung, den man am einfachsten als die alldeutsche Richtung mit allem, was an verwandter Stimmung hierher gehört, bezeichnen kann, ist unzufrieden mit der Politik des Auswärtigen Amts und erwärmt sich daher für den Gedanken eines Ausschusses, sei es aus Abgeordneten der Volksvertretung, sei es aus einem weiteren Kreise politischer Persönlichkeiten, mit dem Zweck, daß diese Männer selbständige Fühlung mit den Aufgaben der auswärtigen Politik gewinnen sollen. Alsdann, so meint man, würden sie in der Lage sein, wenn das Auswärtige Amt eine im „nationalen" Sinne nicht befriedigende Politik macht, bessernd einzugreifen. Dies und nichts anderes ist der ursprüngliche Sinn des Vorschlags. Es haben sich dann noch andere Stimmen zur Sache geäußert, aus denen zum Teil ein etwas geringeres Selbstbewußtsein gegenüber den Aufgaben der Staatsleitung und ein weniger ausgesprochener Mangel an Wohlwollen gegenüber der jetzigen Regierung herausgelesen werden kann, aber diese sind nicht maßgebend. Maßgebend ist vielmehr die Mißstimmung der Alldeutschen und der von ihnen geführten Kreise. Ohne die hätte der Gedanke des Beirats für die auswärtige Politik schwerlich in dieser Zeit das Tageslicht erblickt.

Will man die Idee kritisieren, so muß man ihren Ursprüngen nachgehen, und da geraten wir alsbald auf das Feld der Stimmungen. Aus Stimmung ist die Sache geboren. Wir halten diese Stimmung trotz aller Ehrlichkeit und subjektiven Gutgläubigkeit, von der ihre Träger erfüllt sind, nicht für ein Zeichen politischer Reife bei der großen Masse derer, die sie

Digitized by Google

hegen. Es sind allerdings Leute da, die mit daran arbeiten, die Stimmung hervorzurufen, von denen man vieles andere eher behaupten kann, als daß sie bisher Unreife im Sinne des Mangels an politischem Zielbewußtsein bewiesen haben. Ihr Interessenkreis und ihr Zielbewußtsein fallen aber nur zum Teil mit der nationalen Aufgabe zusammen, die heute uns alle erfüllt. Sie verfolgen neben dieser auch noch andere Ziele, und um deretwillen halten sie es für ebenso zweckmäßig, das Vertrauen der Nation auf die Regierung zu zerstören, wie um der von ihnen und ihrem minder zielbewußten Gefolge formell vertretenen Beschwerden willen. Über diese Dinge aber ist es schwierig zu sprechen, wegen der äußeren und noch mehr wegen der inneren Einschränkungen, unter denen die politische Debatte heute steht. Wir nehmen daher die unzufriedene Stimmung und das Symptom, in dem sie sich unter anderem entladen hat, den Vorschlag eines Ausschusses für auswärtige Politik, als Tatsache hin und fragen, ob der Ausschuß ein taugliches Mittel zur Verbesserung unserer Politik auf jeden Fall darstellt.

Er ist es nicht und kann es nicht sein, so unangenehm das manchem braven Mann, der in ihm das Heilmittel erblickt, zu hören auch sein mag. Wenn die auswärtige Politik, und zwar nicht nur die deutsche, sondern auch die unserer Gegner, heute im Vergleich zu früher vor viel schwierigeren Aufgaben steht und infolgedessen auch eher Fehler zu begehen imstande ist, so rührt das daher, daß sich die Menge des positiven politischen Wissensstoffes, der Tatsachenkenntnis, ohne die es unmöglich ist, richtige Entscheidungen zu fällen, ins Unermeßliche vermehrt hat. Die Politik früherer Zeiten wurde in der Hauptsache von einer begrenzten Anzahl Leute nach verhältnismäßig einfachen menschlichen und sachlichen Erwägungen geführt. Die Aufgabe, die maßgebenden Personen und die maßgebenden Tatsachen kennen zu lernen, sie richtig zu beurteilen und zu behandeln, stellte natürlich zu allen Zeiten nicht geringe Anforderungen an die politische Geschicklichkeit der Diplomaten. Sie war aber nicht, wie es gegenwärtig der Fall ist, außerdem noch verbunden mit der Notwendigkeit, das unendliche Gebiet der verwickelten modernen Volkswirtschaft, der Handels- und Finanzfragen, der Beeinflussung der politischen Probleme durch eine aufs höchste entwickelte Presse, die hin- und hergelenkte öffentliche Meinung, die im Zeitalter der

Digitized by Google

Kabinettspolitik eine viel geringere Rolle spielte, und eine wachsende Fülle geographischen, statistischen und sonstigen Materials zu bewältigen, ohne dessen Beherrschung falsche Urteile unvermeidlich sind. Hier liegt das Gebiet, wo in Wahrheit eine gewisse Kritik an unserem auswärtigen Dienst berechtigt ist. Es gibt immer noch Kräfte, die angenommen und verwendet werden, ohne daß man sich bei ihrer Auswahl und bei der Zuweisung der zu leistenden Aufgaben genügend über die stark veränderten Aufgaben des auswärtigen Dienstes klar ist. Die auswärtige Politik ist ihrem Wesen nach stets eine Kunst der Menschen- und Sachbehandlung gewesen und sie ist heute auch noch dasselbe, aber diese Kunst auszuüben, sind in unseren Tagen nur noch Leute imstande, die außer dem Ingenium, das dasselbe sein muß wie vor Zeiten, auch noch über die Kenntnis einer sachlichen Materialmenge verfügen, deren geschlossene Beherrschung selbst für den größten Staatsmann persönlich nicht mehr erreichbar ist.

Der Staatslenkung geht es hier ähnlich, wie der Wissenschaft. Man hat gesagt, Alexander von Humboldt sei der letzte Mensch gewesen, der alles Wissen seiner Zeit den Grundzügen nach beherrscht habe. Bald nach ihm war das keinem Sterblichen mehr möglich, und heute ist der bloße Gedanke daran ein Nonkens. So gibt es auch keine Staatsmänner mehr, die noch vermöchten, selber den Kreis des Tatsächlichen, das ihren Entscheidungen die Richtung geben muß, zu überblicken. In der Gegenwart ist es nicht mehr möglich, und in Zukunft wird es erst recht nicht möglich sein. Alles kommt also darauf an, die Organe des auswärtigen Dienstes unter dem Gesichtspunkt auszusuchen, auszubilden und zu gebrauchen, daß sich eine leistungsfähige Gesamtorganisation für die Vorlage des Materials an die entscheidenden Stellen und für die höchste Spitze ergibt. Wir wiederholen: Diese Aufgabe ist heute anders geartet, größer und schwieriger, als in früheren Zeiten, und unser auswärtiger Dienst leidet darunter, daß erstens der aus dem bloß Quantitativen schon weit ins Qualitative übergegangene Unterschied von einst und jetzt noch nicht durchweg in seiner vollen Bedeutung erkannt ist, und zweitens auch dort, wo die Erkenntnis begonnen hat, die entsprechenden praktischen Maßnahmen noch zu wünschen übrig lassen.

Es ist also nicht gegenstandslos, wenn von der Notwendigkeit gesprochen wird, den auswärtigen politischen Dienst zu verbessern, aber es wäre der

Digitized by Google

Gipfel des Verkehrten, die Verbesserung damit anzufangen, daß man eine Anzahl von Personen, deren politische Materialkenntnis der des Auswärtigen Amts um nichts voransteht, ihr sogar im ganzen genommen sicher unterlegen ist, als Beirat für die auswärtige Politik beruft. Es wäre auch ein großer Irrtum, anzunehmen, daß jemand, der z. B. als Kaufmann über die geschäftlichen Verhältnisse in Ostasien oder Südamerika gut Bescheid weiß und auf diesem Gebiet vorteilhaft zu disponieren imstande ist, einen ebensoguten Einblick in das politische Parteitreiben und in den Charakter der leitenden Männer dieses oder jenes Landes, in sein Bildungswesen, in seine Presse und so weiter haben soll. Das kann hier und da der Fall sein, braucht es aber nicht zu sein und ist es erfahrungsmäßig häufig nicht. Noch weniger würden unsere Berufs- und Tagespolitiker, die Parlamentsabgeordneten mit eingeschlossen, imstande sein, dem Auswärtigen Amt einen auf Sachkenntnis über die Verhältnisse auswärtiger Länder begründeten Rat zu geben. Die Kenntnis des Auslandes in systematisch zusammenfassender, über bestimmte Sondergebiete prinzipiell und praktisch hinausgehender Art, ist in Deutschland gering, die Parlamentarier, die samt und sonders bisher gewohnt waren, sich innerpolitisch zu betätigen, nicht ausgenommen. Den Reichstag in Ehren, aber wenn seine Materialkenntnis auf allen Gebieten so schwach wäre, wie im Auswärtigen, so stände es schlimm mit ihm. Das ist auch kein Wunder. Bismarck hatte uns lange genug daran gewöhnt, die Reichsleitung für die auswärtige Politik denken und sorgen zu lassen. Dann kam der große Wechsel der Zeit, daß wir weltpolitische Interessen und weltpolitische Ansprüche bekamen, ohne daß sich zugleich bequeme Wege zu ihrer Verwirklichung zeigten. Die Aufgaben unserer auswärtigen Politik änderten sich mehr und mehr, aber ihre materiellen Grundlagen blieben zunächst dieselben. Darin, daß man das nicht begriff, liegt eine der Wurzeln des Übels, unter dem wir jetzt leiden.

Alldeutschtum und was daran hängt, ist eines Teils, wenn wir von bestimmten, in der Wurzel anders gearteten aber in enge Verbindung mit der alldeutschen Politik gebrachten Interessen absehen, ein Ausfluß kräftiger Willensrichtung auf nationale Macht und Größe, andern Teils aber ein Ergebnis mangelhafter geographischer Anschauung in bezug auf die Lage Deutschlands. Der Überschuß an nationalem Machtwillen und

Digitized by Google

die Unterbilanz an nationaler Erdkunde haben im Verein mit einander die Anfänge der Mißstimmung und des Mißtrauens gegenüber der nationalen Regierung erzeugt, aus denen sich so wenig überlegte Dinge, wie der geplante Ausschuß für die auswärtige Politik, entwickelt haben. Als Bismarck von sich bekannte, er leide unter dem Alpdruck der Koalitionen, da kam dies Wort aus seinem klaren geographischen Verständnis unserer Lage inmitten mächtiger Staaten, die sich nur zusammenzuschließen brauchten, um uns auf das äußerste zu gefährden. Die Aufgabe, den Zusammenschluß zu verhindern, war mit einiger politischer Kunst zu bewältigen, solange es keine weit über die europäischen Grenzen hinausreichenden Bedürfnisse für uns gab, die wir zu entwickeln, durchzusetzen und zu verteidigen hatten. Bismarck nannte diesen Zustand die „Saturierung" Deutschlands. Die Saturierung hörte auf, als wir durch unser Hineinwachsen in die Weltwirtschaft zwangsläufig auf den Weg zur Weltpolitik kamen, aber unsere geographische Lage blieb dieselbe. Unsere Grenzen wurden nicht leichter zu verteidigen, und die Aufgabe, mit diesen Grenzen und von diesen Grenzen aus deutsche Politik zu treiben, machte mit jedem Jahre stärkere Gegenkräfte gegen uns lebendig. An diesem Zusammenhang der Dinge wurde nichts geändert, indem man große Forderungen und Ziele aufstellte, große Reden hielt und Unzufriedenheit gegen eine vermeintlich schlaffe Regierung wachrief, der man zumutete, eine Politik des machtpolitischen Auftretens nach außen in einer Lage zu führen, die zwar die höchste Entwicklung der nationalen Machtmittel, in der Verwendung der machtpolitischen Pose dagegen Vorsicht bis zur Entsagung forderte.

Wer imstande ist, die allgemeine Entwicklung der Weltverhältnisse in den letzten fünzig Jahren auch nur an wenigen Beispielen bis ins einzelne hinein zu übersehen, der wird aus dem Wenigen, was er dergestalt wirklich weiß, sich zu keiner Folgerung bereitwilliger bringen lassen, als zu der, daß das Viele, was er jedenfalls nicht weiß, ihn jede Stellung in der Welt der eines Mitgliedes im Beirat für auswärtige Politik vorziehen lassen müßte. Der Plan, mit einigen Ideen über den kürzesten Weg zur Niederkämpfung dieses oder jenes Feindes, im übrigen aber so unbelastet wir nur möglich von Materialkenntnis für die auswärtige Politik, dieser Politik trotzdem Wege weisen zu wollen, ist ein Dilettanten-

Digitized by Google

stück vom reinsten Wasser. Daran kann alle schuldige Hochachtung vor den Leistungen seiner Befürworter auf anderem Gebiet und vor ihrer Persönlichkeit im ganzen nichts ändern.

Streiflichter zur Weltlage XVII

Von Professor Dr. Schiemann

Die militärische Aktion geht in dem Tempo und den Richtungen weiter, die wir vor vierzehn Tagen gekennzeichnet haben. Engländer und Franzosen stürmen nach wie vor gegen unsere Linien an Somme und Maas vor. Die Hoffnung, daß es gelingen könnte, den Gewinn an Gelände, der langsam genug um den Preis unermeßlicher Opfer an Leben und Gesundheit der Verbandstruppen errungen wird, fortzusetzen, bis unsere Westfront durchbrochen ist, wird aufrecht erhalten durch die Reden der verzweifelt um Behauptung ihrer Machtstellung ringenden Mitglieder der Regierung und durch die von Sensationen, Übertreibungen und frecher Verkehrung der Wahrheit lebenden Presse, aber die Anzeichen mehren sich, daß außerhalb dieses an Zahl zusammenschrumpfenden Kreises die Zuversicht allmählich einer bedrückten Stimmung Platz macht, die von Verzweiflung nicht mehr fern ist. Eine zweifache, gegen die heute in Frankreich herrschende Clique gerichtete Propaganda ist bemüht, diese namentlich in den bürgerlichen Kreisen vorherrschende Geistesrichtung auszubeuten: die der Royalisten und die der Sozialisten. Zwei Leitartikel des „Temps", der als Organ der Regierung schreibt, machen auf die Gefahr aufmerksam, die der Republik von seiten beider droht. Nun sind freilich die Herren Poincaré, Briand, Deschanel und Gefolge selbst Sozialisten, aber sie sind zugleich Millionäre. Sie haben das allerlebhafteste Interesse daran, daß ihr System sich behauptet, das unter sozialistischen und patriotischen Phrasen die Nation ausbeutet, und sie in das blutige Abenteuer gestürzt hat, das Frankreich physisch und moralisch bereits jetzt an den Rand eines Abgrundes geführt hat; es wird, von England gedrängt, hinabstürzen, wenn die Regierung von heute ihr freveles Spiel weiter treiben sollte. Weil dieser Ausgang gefürchtet wird, arbeiten die einen auf Restauration des Königtums, während die andern durch die Methoden der Nationalkonvents Frankreich

Digitized by Google

zu verjüngen planen. Dieses beunruhigende Treiben (propagandes inquiétantes) trete ganz öffentlich zutage (se font au grand jour!) es sei unermüdlich, sehr nachhaltig, werde jederzeit und überall verfolgt, selbst an der Front. Triumphiere der Royalismus, so werde Verfassung und Republik untergehen, während der Sozialismus zwar die Etikette beibehalten, aber das Wesen der bestehenden Staatsform ruinieren würde. An ihre Stelle werde dann ein Regiment treten, in welchem die despotischste aller Tyranneien herrsche. Eine Art Sanhedrin, zugleich anonym und unverantwortlich, würde Dogmen verkündigen, Taten befehlen, und allen anderen würde nichts übrigbleiben, als zu gehorchen (un régime où régnerait la plus despotique des tyrannies. Une sorte de Sanhedrin, tout à la fois anonyme et irresponsable, proclamerait des dogmes, il commanderait des actes, et la collectivité n'aurait plus qu'à obéir.) Die Geschichte der französischen Republik gebe dafür reichste Belehrung. Das letztere ist gewiß richtig. Aber wir fragen, was dann die heutige Regierung Frankreichs anders ist, als ein unverantwortliches Sanhedrin, in dem eine Handvoll Männer über den Kopf des Volkes hinweg, gestützt von derselben Kammer, die vor Beginn des Krieges von der allgemeinen Verachtung gebrandmarkt war, ihr unheilvolles Wesen despotisch treibt. Die Frage, ob sie sich noch lange in ihrer Stellung behaupten werden, scheint allerdings brennend geworden zu sein, denn — wie wiederum der „Temps" schreibt — „tätige, kühne und organisierte Minoritäten, haben mitunter im Lauf unserer Geschichte nicht organisierte Majoritäten überrumpelt. Sie haben Erfolg gehabt, der zwar nur von kurzer Dauer war, der aber genügte dem Gesamtwohl tödliche Wunden zu schlagen." Es scheint, daß der „Temps" sich nicht bewußt ist, daß er damit die Geschichte der dritten Republik charakterisiert hat: durch Überrumpelung entstanden, durch eine organisierte Minorität aufrecht erhalten, ist die Republik von heute schließlich das Werkzeug einiger ehrgeiziger Advokaten und Journalisten geworden, die es verstanden haben, alles in den Hintergrund zu drängen, was von wirklich vornehmer Gesinnung war, oder zu den alten historischen Geschlechtern Frankreichs gehörte. Die politischen Führer des Landes sind im schlimmsten Sinn des Wortes „parvenus" und deshalb wird auch, wenn sie schließlich verschwinden, in Frankreich niemand ihnen nachtrauern. Zu dem von ihnen verfolgten

Digitized by Google

System stets aufs neue die Nervosität der Pariser aufzureizen — und Paris ist politisch auch heute noch Frankreich — gehört u. a. die soeben eröffnete Ausstellung im Petit Palais, der man den charakteristischen Reklame-Namen gegeben hat: „Exposition de Vandalisme Allemand". Dabei ist man bemüht, durch allerlei kleine Mittel die gute Laune der Feldtruppen zu erhalten. So hat der Kriegsminister Roques mit Genehmigung Herrn Poincarés bestimmt, daß fortan die „poilus", was bekanntlich heißt „die Haarigen", sich Haar und Bart scheren dürfen und ihnen erlaubt, auf der Straße zu rauchen. Dadurch soll einerseits das glatte Gesicht der ins Feld gerufenen Knaben entschuldigt oder vielmehr als Ergebnis freien Willens gerechtfertigt, andererseits aber eine bereits erzwungene Freiheit legalisiert werden. Gewiß werden die aus Naturnotwendigkeit Bartlosen sich ebenso tapfer schlagen wie die Poilus, und auf sie wirkt vielleicht noch mehr als auf jene die Tatsache, daß sie ihre Tapferkeit im Angesicht der Beifall rufenden Engländer zeigen können, dann wie Victor Hehn in seinen geistvollen Aufzeichnungen über das Seelenleben der Franzosen schreibt: „Der Franzose setzt den point d'honneur über die Ehre, das Ansehen über die Würde ... Mut im Kriege — aber es müssen Zuschauer dabei sein, Ritterlichkeit, Opfermut — aber es darf nicht im Verborgenen bleiben." Und an anderer Stelle finden wir die folgende, gerade jetzt wieder tausendfältig bestätigte Beobachtung: „Sie sind alle nur Redner und Sachwalter, und es kommt ihnen nicht auf Ermittlung der Wahrheit an, sondern auf Überredung, auf den zu weckenden Entschluß. Alle Rhetorik (Redekunst) entfernt aber von der Wirklichkeit, der Rhetor lebt von Worten, nährt sich von Worten und kann auch seinem Nebenmenschen nichts anderes spenden. Die Welt muß sich dem rednerischen Wohlklang beugen und wird zu einer konventionellen, lügenhaften, die sich in der Vorstellung so unerschütterlich festsetzt, daß Schmach und Verfolgung jeden Andersmeinenden trifft."

Den Beifall rufenden Chor für die Heldentaten an der Front wie für die Triumphe auf der Rednerbühne liefern, wie gesagt, die Engländer, und das verblendet die Franzosen so völlig, daß sie nicht sehen, daß sie nur Werkzeuge sind, die dem harten Egoismus Englands geopfert werden. Der Reichskanzler hat am 28. September beides, die unwahre Rhetorik der Franzosen an ihrem Protagonisten (der Erste im Wettkampfe) Briand und Englands

Digitized by Google

Kriegspolitik als die der selbstsüchtigsten, hartnäckigsten und erbittertsten unserer Feinde, vortrefflich charakterisiert; Lloyd George und Churchill ergänzen diese Charakteristik durch das Bild, das sie in ihren haßerfüllten Reden von der Gedankenwelt entwerfen, die jetzt in England vorherrscht. Der eine erklärt, der einzige gute Deutsche sei der tote Deutsche, und schwelgt in dem Gedanken, als Endziel des Krieges die Vernichtung der Deutschen insgesamt zu erreichen, der andere lebt in Sportgedanken und glaubt, daß im Kampf der Alliierten mit der Koalition, an deren Spitze Deutschland steht, der Augenblick gekommen sei, den die Sportsprache mit „finish" bezeichnet. Wir wollen das Gleichnis aufnehmen. Für England handelt es sich gleichsam um den Abschluß eines Rennens, bei welchem der Reiter noch einmal mit Peitsche und Sporen den Vorteil zu gewinnen sucht, der ihn als Sieger zum Ziel führen soll. Als Ziel haben die Engländer sich das Durchbrechen unserer Linien gestellt, das sie so oft versucht und so blutig haben bezahlen müssen. Die drei letzten bis zum 20. September reichenden englischen Verlustlisten zählen 4200, 4950, 2100 Mann auf. Zu diesen 2100 Mann kommen noch 445 Offiziere, von denen 105 als gefallen notiert werden. Die Listen der vorausgegangenen Woche aber geben ca. 5000 Mann täglich mit dem entsprechenden Prozentsatz an gefallenen Offizieren. Zählen wir den wahrscheinlich höheren Verlust der Franzosen hinzu, so läßt sich berechnen, daß, bevor das englisch-französische Ziel — die deutsche Grenze — auch nur halbwegs erreicht wird, Kraft und Aufgebot ihrer Mannschaft aufgebraucht sein muß. Auch ist nicht unwahrscheinlich, daß diese Tatsache, der sich denkende Franzosen auf die Dauer nicht verschließen können, die beispiellose Wut erklärt, mit der „Temps" und „Débats" über die Rede des Reichskanzlers herfallen. Es ist nicht nur das übliche böswillige Verdrehen von Gedanken und Worten, sondern rohes Schimpfen, vor welchem selbst die gewiß nicht zarte Sprache ihrer englischen Kollegen völlig verblaßt erscheint. Sachlich gipfelt die Entstellung in der Behauptung, daß der Reichskanzler die Wiederaufnahme des Unterseebootkrieges versprochen habe, woran dann eine Reihe von Fragen geknüpft wird, die, wie der „Temps" offenbar als selbstverständlich annimmt, in seinem Sinn zu beantworten sind.

„Der Unterseebootskrieg? hat er unseren Truppentransport gestört?

Digitized by Google

Unsere Proviantierung behindert? Niemals ernstlich. Dagegen hat er beinahe einen Bruch mit Amerika herbeigeführt. Vor diesem Bruch aber trat Deutschland seinen Rückzug an. Sollte es diesen Rückzug bedauern? Sollte es heute sich einen neuen Gegner zuziehen und seine Handels-U-Boote des Zieles ihrer Reisen berauben wollen? Wir glauben es nicht. Herr von Bethmann renommiert: seine Versprechen sind ein Bluff für Zwecke der inneren Politik, ganz wie sein Wille, „Deutschland gegen jeden Angriff zu schützen", ein Bluff für Zwecke der auswärtigen Politik ist. Angriff? Er kam von Deutschland. Unterseeboote? Deutschland gab sie auf. Herr von Bethmann will gehängt sein, wenn er sie nicht braucht. Aber sie zu brauchen, bedeutet ein gleich großes Risiko."

„Sorge im Innern, Angst nach außen, Verletzung der Wahrheit, Verachtung offenkundiger Tatsachen, das ist die Rede des Kanzlers. Man könnte sie an unseren Mauern anschlagen (was wir dem „Temps" nur empfehlen können), sie würde von den alliierten Völkern als eine Bestätigung ihrer Hoffnungen beurteilt werden."

Es ist nicht ganz klar, welches der Wunsch der Franzosen in der U-Boot-Frage ist. Wenn sie ihn als für die Alliierten fast ganz unschädlich darstellen, könnte man daraus folgern, daß sie ihn fürchten; wenn sie auf den wahrscheinlichen Bruch mit Amerika hinweisen, daß sie in Hinblick auf den Schaden, den sie in solchem Fall für Deutschland erwarten, seine Wiederaufnahme wünschen. Das wahrscheinlichste ist wohl, daß sie selbst nicht wissen, ob sie ihn mehr fürchten als wünschen sollen.

Daran schließt sich ein zweiter Leitartikel: „Die entlarvten Lügner", welcher die alte These, daß wir die Angreifer waren, nach bekannter Methode breit tritt. „Die Geschichte hat in allen Punkten bereits entschieden; der Krieg war für Deutschland ein Eroberungskrieg, den Verteidigungskrieg führen die Länder, die durch Überrumpelung besetzt (envahis) werden konnten: Frankreich, dessen Gebiet von den barbarischen Horden angeschnitten wurde, Belgien, das sie überschwemmten, Rußland, Serbien. Und diese Länder, die für dieselbe Sache kämpfen, haben zu Verbündeten das Recht und die Ehre." Der Schluß richtet sich gegen die deutschen Sozialdemokraten. „Zu Anfang dieses von Deutschland vorgedachten Krieges konnten die deutschen Sozialisten sich stellen, als hätten sie nicht erkannt, von welcher Seite der Angriff ausging. Im Sep-

Digitized by Google

tember 1916 durfte für sie kein Zweifel mehr bestehen. Sie fuhren aber fort, vom deutschen Verteidigungskrieg zu reden. An Stelle der unannehmbaren Heuchelei von ehemals haben sie einfach eine bewußte Lüge gesetzt. Aber die Lügner sind entlarvt. Ist es denkbar, daß sie noch Genossen finden?" Diese letztere Bemerkung wendet sich gegen die Gruppen der französischen Sozialisten, von der wir zu Anfang unserer Betrachtung sprachen, und das ist ein Zeichen, daß die Sorge um Aufrechterhaltung der „heiligen Eintracht" sehr ernst zu nehmen ist. Die Eintracht beginnt aber überall in den Reihen der Alliierten zu versagen. In England knüpft der Gegensatz an den alten Streit zwischen Freihandel und Schutzzoll an, und der „Manchester Guardian" polemisiert auf das entschiedenste gegen die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz und ihr Programm einer handelspolitischen Boykottierung Mitteleuropas nach erfolgtem Friedensschluß. Eine solche Politik werde England mindestens ebenso schädigen wie Deutschland, das man auf diesem Wege für alle Zeit niederzuhalten hoffe. Fast ebenso schroff stehen die Meinungen über die von dem Kabinett Asquith verfolgte innere Politik einander gegenüber. Die Engländer sind seit Jahrhunderten auf nichts stolzer gewesen als auf ihre bürgerlichen Freiheiten, auf das uralte Recht, im eigenen Hause Herr zu sein und nicht ohne Richterspruch verhaftet zu werden; den Zwang zum Kriegsdienst hat man als kontinentalen Militarismus verspottet und verachtet; das Recht Englands den großen Kolonien die Richtung ihrer auswärtigen Politik vorzuschreiben, galt als ein unantastbares Axiom (Grundsatz), das erst allmählich im Zusammenhang mit der imperialistischen Politik, die Ende des vorigen Jahrhunderts aufkam, angefochten wurde und heute alle Geltung verloren hat, ganz wie jene Grundrechte jedes Engländers, von denen wir ausgingen. Aber noch hat „das Alte" zahlreiche Anhänger, und zwar charakteristischerweise unter den Liberalen und Radikalen. Alle aber scheinen darin einig zu sein, daß, wenn einmal der Friede das Kriegsrecht und den damit verbundenen Zwang aufhebt, auch sofort die allgemeine Wehrpflicht beseitigt werden soll. Das wäre, so sonderbar es aus deutschem Munde klingen mag, entschieden zu bedauern. Die allgemeine Wehrpflicht ist, wie das Beispiel Deutschlands gezeigt hat, eine Defensivorganisation; es läßt sich mit aller Bestimmtheit behaupten, daß England 1914 als Staat der allge-

Digitized by Google

meinen Wehrpflicht von keinem noch so starken Ministerium hätte in das Abenteuer eines Weltkrieges gedrängt werden können. Jetzt trägt man die Last, weil es noch kein Rückwärts auf der abschüssigen Bahn gibt.

Keinerlei Einmütigkeit besteht in der Beurteilung der irischen Frage. Dem „Manchester Guardian" vom 19. September schreibt „an Ulsterman", er habe, nachdem er einen Monat lang Irland bereiste, im ganzen Lande Unruhe, Unzufriedenheit und Entrüstung über die Ausschreitungen der Kriegsgerichte und über die Ermordung unschuldiger Leute durch das Militär während der Rebellion gefunden. Das Gefühl des Volkes sei beleidigt. Sein Sinn für „fair play" (ehrliches Spiel) verletzt, der Boden, den Redmond und die irischen Parlamentarier gewonnen hatten, unwiderbringlich verloren. Die dramatische und wohlgemeinte Reise von Asquith nach Irland, die Zurückziehung des Versprechens der Regierung, Home Rule sofort einzuführen, habe die Lage noch verschlimmert. Zu versöhnen sei Irland nur, wenn man alles alte Unrecht gut mache und ohne jeden Zeitverlust den Iren ihr altes Parlament und Home Rule (Selbstverwaltung) verleihe. Keine Tat Englands werde in Amerika und in den Kolonien größeren Enthusiasmus hervorrufen als eine solche Versöhnung Englands mit Irland durch Verleihung eines nationalen Parlaments. An demselben 19. September veröffentlicht aber die „Times" eine Zuschrift von dem Unionisten Salisbury, die im höchsten Grade pessimistisch dem Problem gegenübersteht. Home Rule für Irland sei nur möglich, wenn man Home Rule all round, überall, also auch in Schottland und Wales einführe. Ein irisches Parlament werde ohne Zweifel über kurz oder lang ein selbständiges irisches Heer organisieren, was höchst gefährlich sei, da man nie darauf rechnen könne, daß die Iren ihrer Gesinnung nach national, das heißt englisch werden würden. So bleibe kein andrer Ausweg, als die Iren durch Fortsetzung der unionistischen Agrarpolitik zu beruhigen. Die heilsamen Folgen würden dann nicht ausbleiben; daran aber ist wohl zu zweifeln. Im Augenblick ist die Lage jedenfalls so unsicher, daß, während irische Truppen an unserer Westfront kämpfen, England sich genötigt sieht, ein Heer von 150,000 Mann in Irland zu halten, um den erneuten Ausbruch einer Rebellion zu verhindern, und daß man in Hinblick auf die Stimmung der Iren den Plan, auch dort die allgemeine Wehrpflicht einzuführen, aufgegeben hat. Dagegen ist es wahrscheinlich geworden, daß, nachdem die

Digitized by Google

australische Kammer sich entschlossen hat, dem von dem Prime-Minister Hughes beantragten Referendum zuzustimmen, die allgemeine Wehrpflicht dort am 28. Oktober zur Annahme gelangen wird.

Weniger günstig liegen für England die Verhältnisse in Kanada, wo sich zurzeit ein unangenehmer Konflikt zwischen Parlament und Kriegsminister abspielt und der Gegensatz zwischen englischen und französischen Kanadiern den ohnehin abnehmenden Enthusiasmus sehr erheblich dämpft.

Daß in Rußland die inneren Schwierigkeiten nicht zur Ruhe kommen, zeigt schon die Tatsache, daß wiederum eine Neubesetzung des Ministeriums des Innern stattgefunden hatte. Herr Protopopow ist als fünfter seit Beginn des Krieges in dieses wichtigste der russischen Ministerien getreten. So hat also doch ein Liberaler den letzten konservativen Inhaber dieser Stellung, Herrn Chwostow junior, ersetzt, und da jetzt das Gerücht mit großer Zähigkeit behauptet, daß auch die Stellung Stürmers erschüttert sei, ist es nicht unmöglich, daß der Zar auf dem Wege ist, eine völlige Schwenkung in seiner inneren Politik vorzunehmen. Dafür würde auch die Tatsache sprechen, daß der liberale Geheimrat Nikolai Rajew zum Oberprokureur des heiligen Synod und zum Unterrichtsminister ernannt worden ist. In den Zeitungen tobt ein leidenschaftlicher Kampf gegen die Regierung wegen der in der Tat unerhörten Mißbräuche im Verpflegungswesen und in der Eisenbahnverwaltung. Vielleicht die meist charakteristische Tatsache für das zwischen Regierung und Volk bestehende Mißtrauen ist die Bestürzung, welche die kürzlich erfolgte Begründung eines Ministeriums „für Volksgesundheit" hervorgerufen hat. Ein neues Ministerium bedeutet nämlich naturgemäß eine neue Vermehrung der Beamten, was laut schmerzlicher Erfahrung auch stets eine Vermehrung der ohnehin zahlreichen Mißbräuche mit sich bringt. Nun ist es gewiß notwendig, daß etwas geschieht, um den unglaublich schlechten hygienischen Verhältnissen in Rußland zu steuern. Epidemische Krankheiten, die durch Heranziehen der sibirischen Nomaden zum Dienst in der Armee weit verbreitet wurden, die unausrottbare Unsauberkeit der Russen, die Pietät, die sie dem Ungeziefer gegenüber wahren, und endlich die in ganz erschrecklichem Maße verbreitete Syphilis verlangen zweifellos energisches Einschreiten. Das gibt auch jeder gebildete Russe zu, aber eine neue Beamtenschaft erscheint ihm gefährlicher als all jene Übel.

Digitized by Google

Nächst der wachsenden Teuerung, die namentlich in den Städten, speziell in Petersburg und Moskau, bedenklich zunimmt, während es im Süden, in Kiew, besser damit steht, macht die Wohnungsnot schwere Sorgen. Die aus den von uns besetzten Gebieten teils freiwillig, teils unfreiwillig Ausgewanderten haben, so viele ihrer am Leben geblieben sind, in den Städten untergebracht werden müssen und was an freien Räumen übrig war, besetzt. Die Wohnungen sind infolgedessen ungeheuer im Preise gestiegen, und wo, wie in den Universitäten, mit dem neuen Semester Studenten und Studentinnen zusammenströmten, ergaben sich ganz unerträgliche Zustände. In der „Rjetsch" wird der Aufruf eines Studenten veröffentlicht, der uns die Lage schildert, wie sie sich in Moskau gestaltet hat.

„Die lernende Jugend — schreibt er — findet kein Unterkommen; Tausende von Jünglingen und Mädchen haben kein Dach; viele von ihnen nächtigen auf der Straße und haben sich schwere Erkältungen zugezogen, Hunderte von jungen Leuten schlafen in Schlafstellen und werden psychisch und physisch von giftigem Schmutz angesteckt. Die Fälle sind nicht selten, daß junge Mädchen, die herkommen, um zu studieren, einen Winkel im Zimmer einer Prostituierten einnehmen. Das alles ist abstoßend und unerträglich und wird ohne Zweifel Hunderte wertvoller Menschen töten oder verderben. Denkt doch daran, wie viele jugendliche Energie — unser wertvollstes Eigentum — so ungenutzt verloren geht . . ." Dieser Gedanke wird, offenbar aus idealistischer jugendlicher Feder, noch weiter ausgeführt, und ich glaube nicht, daß wir es mit einem übertreibenden Berichte zu tun haben. Die russischen Studenten und Studentinnen sind in der großen Mehrzahl bettelarm und darauf angewiesen, sich durch Privatstunden oder Schreiberarbeit durchzubringen. Es scheint aber, daß bisher keinerlei durchgreifende Maßregeln ergriffen worden sind, um diesen für europäische Verhältnisse unerhörten Zuständen abzuhelfen. Der Lärm des Krieges übertönt die Hilferufe, und die Ausgaben für die Armee gehen philanthropischen Pflichten vor. Wie es aber mit der Versorgung Moskaus steht, zeigt eine durch zahlreiche Zensurlücken unterbrochene Petition einer Gruppe fortschrittlicher Stadtverordneter an die Moskauer Duma: „Von Tag zu Tag wird die Ernährung Moskaus schwieriger. Der Mangel an Nahrungsmitteln, die Teuerung aller Lebensbedürfnisse steigt, und die Maßregeln, die getroffen werden, um die Teuerung zu bekämpfen,

Digitized by Google

führen nicht zum Ziel. Das reichste Land der Erde, das Milliarden Pud Getreides auf den Weltmarkt warf, lebt unter den schwierigsten Verhältnissen, ganze Zweige der Volkswirtschaft gehen zugrunde, mit ihnen die Ergebnisse vieljähriger Arbeit infolge der Regierungsmaßregeln, welche die Desorganisierung des Wirtschaftlebens gesteigert haben." Der Angriff richtet sich vornehmlich gegen die Agrarier, denen die Petenten an der Höhe der Getreidepreise Schuld geben, und das Gesuch geht dahin, daß die Duma durch ein Telegramm an den Stabschef des Großen Hauptquartiers um Herabsetzung der Getreidepreise bitten solle. Ob das geschehen ist, und ob der Generalstab ein Einsehen gehabt hat, sagen die Zeitungen nicht. Aber es ist doch eine erstaunliche Tatsache, daß, obgleich die russische Ernte im Lande geblieben ist, selbst Städte wie Moskau nicht ausreichend versorgt werden können, während bei einigermaßen geregeltem Betriebe ein Überfluß an Getreide hätte eintreten müssen. Übrigens erfahren wir von den inneren Nöten verhältnismäßig nur wenig. Die Zensur sorgt dafür, daß namentlich alles, was einen politischen Charakter trägt, verschwiegen wird, und Tatsachen, wie die Verhaftung von 5000 Personen in Odessa, von denen 1000 nicht freigegeben wurden, erfahren wir nur aus englischen, französischen oder schwedischen Zeitungen. Den Hauptinhalt der russischen Blätter bilden neben den offiziellen Telegrammen Kriegsberichte, die meist in großer Breite, aber mit dem glänzenden Erzählertalent der Russen uns einzelne Episoden vorführen, bei denen die Russen eine überlegene Rolle spielen. Von Mißerfolgen ist niemals die Rede, und es läßt sich nicht verkennen, daß auch in diesen Skizzen die Phantasie eine gleich große Rolle spielt wie in den offiziellen Kriegsberichten. Das Wort, daß ich einer vornehmen Russin deutscher Herkunft danke: sie lügen alle und sie lügen immer! gibt einer vieljährigen Erfahrung Ausdruck, an die man denken muß, wenn man russische Zeitungen und russische Bücher liest.

Es bleibt nur wenig Raum, um noch ein Wort über die Kriegsereignisse im Osten und am Balkan zu sagen. Wir haben allen Grund, mit dem, was in den letzten vierzehn Tagen geschehen ist, zufrieden zu sein. Nehmen wir hinzu, daß es trotz der verräterischen Agitation von Venizelos und der von ihm gewonnenen Mannschaften nicht gelungen ist, den König und seine Getreuen zur Entente hinüberzuziehen, so leuch-

Digitized by Google

tet ein, weshalb Engländer und Franzosen mit steigender Sorge ihre Blicke den Ereignissen im Osten zuwenden. Sie beginnen einzusehen, daß sich dort eine für sie folgenschwere Entscheidung vorbereitet.

Aus Amerika trifft die überraschende Nachricht ein, daß es dem früheren Staatssekretär Root gelungen ist, Roosevelt und Taft zu versöhnen. Sie haben sich die Hände gereicht, um Wilson zu bekämpfen und für die Kandidatur von Hughes einzutreten.

Norman Angell über Amerika und die englische Seeherrschaft

Nach dem Englischen

Der große englische Denker Norman Angell wurde vor kurzem von einem englischen Gerichtshof zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt, weil er sich als überzeugter Pazifist geweigert hatte, in den Heeresdienst einzutreten. Die französischen Zeitungen enthalten sich eines Kommentars über dieses Ereignis, können sich aber darum doch nicht versagen, über Angell Worte zu sagen, denen man anmerkt, welche Achtung Angell in Frankreich genießt und daß man darum mit dem englischen Urteil nicht so einverstanden ist, wie es den Anschein hat. Georges Clairet zitiert im „Populaire du Centre" von 20. September ein paar Sätze aus Angells Schriften, um daran seine Geistesrichtung zu zeigen: „Mein Ziel ist es zu beweisen, daß der Krieg nicht unmöglich aber unnütz ist, daß die wirtschaftliche Umwälzung der modernen Zeit es hinfort unmöglich gemacht hat, irgendwelchen sozialen oder wirtschaftlichen Vorteil durch Eroberung zu erzielen. Ich rate keiner Nation, ohne alle Verteidigungsmaßregeln zu bleiben; aber ich bemühe mich zu beweisen, daß kein Staat ein Interesse daran hat, einen anderen anzugreifen und daß die Notwendigkeit, dauernd im Verteidigungszustand zu sein, nur die Folge davon ist, daß jeder glaube, das Angriffsinteresse existiere für den anderen. Der Krieg kann heute den Menschen in nichts dazu nützen, ob sie siegreich oder besiegt seien, eins der verschiedenen Ziele zu erreichen, nach denen sie streben ..." Clairet fügt hinzu: „Angell möchte die Völker von der Zwecklosigkeit des Krieges überzeugen, und das hat er wohl auch erreicht. Aber die Völker sind noch nicht die Herren ihrer eigenen Schicksale. Entgegen ihrem Wunsch und ihrem Willen hat sich die Geißel auf die Welt herabgesenkt."

Das Folgende hat einer geschrieben, der englischer Abstammung ist, der seine Jugend und seine frühen Mannesjahre in Amerika verlebt hat, der dort eine tiefe Wertschätzung und Bewunderung für das meiste bekommen hat, wodurch sich das amerikanische Wesen kennzeichnet, und der ferner glaubt, daß Amerika eine führende Rolle in der Bil-

Digitized by Google

dung einer neuen Gesellschaftsform spielen könnte, wenn es die Gelegenheit dazu ergreifen würde. Es könnte der Angelpunkt dieser neuen Gesellschaft werden, die sich über die ganze Welt auf dem Boden einer höheren Moral aufbauen ließe, aber das alles ist gefährdet durch die Möglichkeit eines sehr ernsten Gegensatzes zwischen seiner eigenen Politik und der englischen. Diese Kluft ist um so bedenklicher, als in England ihr Vorhandensein kaum empfunden und seine Ursache in der Öffentlichkeit noch nirgends besprochen worden ist. Versuche, diese Kluft zu überbrücken, bergen jedoch die Möglichkeit in sich, daß sie zu ernsten Mißverständnissen führen.

Ich will ganz kurz die Umrisse dieses Gegensatzes zu zeichnen versuchen. In England hat man den Eindruck gehabt, als ob Amerika über seinen Baumwoll- und Kupferhandelsinteressen alle anderen Bedenken vergessen habe, und bereit sei oder bereit war, seinem Standpunkt bis zu einem solchen Grade Geltung zu verschaffen, daß es in Wahrheit als englandfeindlich betrachtet werden müßte, und das alles hat in England ein Gefühl der Bitterkeit hervorgerufen. Diese ungeheuerliche Annahme ist gegenwärtig jedoch in den Hintergrund getreten durch die halb ausgesprochene Hoffnung, daß Deutschlands Unterseeboot-Blockade Amerika dahin bringen würde, sich ganz auf die Seite der Alliierten zu stellen. Das ist in rohen Umrissen das englische Empfinden und das meine. Der „Spectator", das amerikafreundlichste englische Blatt, hat eine die Gemüter verwirrende Parallele gebracht mit der Streitfrage des Trentino, und betont in den Abhandlungen, die es bringt, daß wir nicht an die Gefahr denken, der wir entgegengehen, und daß kein Abraham Lincoln und keine Königin Viktoria da sein werden, um beruhigend mit ihrem Einfluß einzugreifen. Und die öffentliche Stellungnahme des „Spectator" ist nur ein schwacher Widerschein der Einzelmeinungen in vielen Kreisen der Bevölkerung.

Darin liegt natürlich bereits das erste Mißverständnis. Niemals hat die Gefahr bestanden, daß Amerika sich auf Grund von solchen Meinungsverschiedenheiten auf die Seite Deutschlands stellen könnte. Der Gedanke ist ganz undenkbar. Beinahe ebenso unwahrscheinlich ist es, daß es sich den Alliierten anschließt wegen Deutschlands Unterseebootskrieg. Die Amerikaner haben erkannt, daß im großen und ganzen Englands Vor-

Digitized by Google

gehen im Einklang ist mit dem Seerecht, wie es festgesetzt ist, und wie Amerika es auch angenommen hat, und wenn Deutschlands Vorgehen die Lage der Neutralen unhaltbar macht, so würde das Heilmittel für Amerika nicht ein Anschluß an die Alliierten sein, um das Seerecht wieder auf den Boden zu stellen, auf den sich England zu stellen bemüht hat, sondern um am Ende des Krieges dahin zu arbeiten, daß eine Umänderung desselben von Grund aus eintritt.

Und diese Möglichkeit, um die sich die ganze Erörterung kristallisieren wird, hat die öffentliche Meinung überhaupt noch nicht fest ins Auge gefaßt. Ich habe noch nicht eine einzige Zeile in der englischen Presse davon gelesen, daß die unvermeidliche Folge der gegenwärtigen Kontrebande- und Blockade-Schwierigkeiten eine alles mit sich reißende Bewegung in Amerika sein wird, auf die Neutralisation des offenen Meeres hinzuarbeiten und, falls sie sich als unerreichbar herausstellen sollte, auf die Beherrschung des Meeres durch die Seemacht Amerikas.

Jedoch muß diese Bewegung, mag sie auch noch so fest durch die ungeheure Gewalt eines patriotischen Empfindens, verbunden mit starken Handels- und Industrieinteressen, gestützt werden, das Problem der englischen nationalen Politik in seinem Kern berühren, und England wird sich der Forderung der Verminderung einer Macht gegenübergestellt sehen, um deren Erhaltung sich sein ganzer nationaler Stolz konzentrierte, und von der es gelernt hatte zu glauben, seine Sicherheit als Nation und als Weltreich sei davon abhängig.

Und dieser tiefgründige politische Gegensatz hat in England noch nicht einmal angefangen, zur Erörterung zu stehen; für die meisten Engländer liegen die englisch-amerikanischen Gegensätze auf ganz anderen Gebieten. Die englische öffentliche Meinung wird sich wahrscheinlich eines Tages Forderungen gegenübersehen, die ihr unerhört und lächerlich vorkommen werden, weil sie sich zuvor nicht mit den Gründen beschäftigt hatte, die ihnen zugrunde liegen, und wird sie von vornherein abweisen. Und doch wird Amerika von diesen Forderungen nicht abgehen. Aber eine solche Lage ist eine ständige Gefahr.

Wir wollen versuchen, uns den Kern der ganzen Frage klar zu machen. Im Verlaufe des Krieges erwachten die Amerikaner immer mehr zu der Erkenntnis, die ihnen vorher niemals so lebendig zum Bewußtsein ge-

Digitized by Google

kommen war, daß das Seerecht, wie es in Geltung war und geübt wurde, in Kriegszeiten ihre Bewegungsfreiheit nach allen Richtungen der Welt, den Schutz der Flagge über amerikanischen Schiffen und den freien Verkehr mit allen Völkern, die in den Krieg nicht verwickelt sind, bis zum bloßen Begriff herabgemindert hat.

All diese Dinge, auf welche die Amerikaner allzeit stolz waren, haben in der letzten Generation durch das Anwachsen ihres auswärtigen Handels und ihrer sonstigen Beziehungen zu andern Ländern eine viel größere materielle Bedeutung gewonnen, als sie in früheren Kriegen besaßen. Das ganze finanzielle und industrielle System ist durch den Krieg, an dem sie selbst gar nicht beteiligt sind, in Verwirrung gebracht worden. Auf gewaltigen Interessengebieten, die immer größer werden, finden sie sich als hilflose Opfer von Mächten, auf die sie selbst keinerlei Einfluß haben. Aber ganz abgesehen von der materiellen Seite der Sache bedeutet die Verminderung der Bewegungsfreiheit ihrer Schiffe zugleich den Zusammenbruch von liebgewordenen Vorstellungen, um die sich eine Menge von nationalem Gefühl und einem so großen Stolz herumkristallisiert hatte, daß das Erwachen daraus zur Folge haben wird, daß sie ihre Stellung zu der übrigen Welt in grellem Lichte sehen werden.

Es ist nur zu natürlich, daß die Engländer nicht verstehen können, wie diese Erkenntnis auf den Amerikaner wirken muß, besonders aus dem mittleren Westen und Westen. Der durchschnittliche amerikanische Bürger hatte bisher keine Kenntnis von den einzelnen Bestimmungen des Seerechts, von bedingter und absoluter Bannware und ähnlichen Dingen, sondern lebte in der unbeirrten Überzeugung, daß die Vereinigten Staaten durch die Kriege ihrer Vergangenheit, durch die Achtung, die sie ihrer Flagge einzuflößen imstande sind, durch ihre See- und Landmacht sich das Recht verschafft haben, dem vom Gesetze gewährleisteten Erwerb nachzugehen, auch auf dem offenen Meere, ohne sich von irgendeiner Macht auf Erden daran hindern zu lassen — daß ein amerikanisches Schiff, das die amerikanische Flagge führt, das Güter trägt nach einem Lande, mit dem Amerika und die übrige Welt in Frieden lebt, sicher und unbelästigt fahren darf — daß ein amerikanischer Kaufmann zum wenigsten sich das Recht erworben hat, gestützt auf die Macht seines Landes, Handel zu treiben nach allen vier Winden. Und nun merkt er, um es kurz

Digitized by Google

und ohne juristisches Beiwerk zu sagen, daß das alles nur Einbildung war. Und diese Erkenntnis muß ihn unweigerlich dahin bringen, daß er nicht Änderungen im einzelnen verlangt über die Anwendung der Bestimmungen von Bannware, sondern eine völlige Umwälzung der Frage der Herrschaft über das offene Meer von Grund aus.

Es ist wahrscheinlich, daß sehr viele Amerikaner noch nicht ganz klar sehen, wohin die ganze Fragestellung zielt, und wie die Vereinigten Staaten sich in die Lage versetzt sehen können, für eine gründliche Umgestaltung der ganzen seerechtlichen Materie einzutreten.

Ich habe in anderem Zusammenhange angedeutet, daß die ganze Lage für den befreundeten Amerikaner mit den folgenden Worten bereits ausgedrückt ist:

Der amerikanische Kaufmann kann keinen Sack Weizen und keine Tonne Eisen nach irgendeinem Lande verkaufen, mag dieses Land auch in Frieden leben mit ihm und mit der übrigen Welt, wenn es ihm nicht eine bureaukratische fremde Seemacht erlaubt. Der amerikanische Kaufmann treibt nicht Handel auf Grund eines Rechts, dem seine Regierung Geltung verschaffen kann, sondern nur insoweit, als diese fremde Regierung es ihm erlaubt. Ein großes Geschäftshaus von Chikago oder von New York z. B. kann in geschäftliche Beziehungen treten mit irgendeinem anderen großen Hause in Amsterdam oder Rom oder Buenos-Aires und Riesen-Abschlüsse mit ihm machen, es mögen die Regierungen der Vereinigten Staaten einerseits und Argentinien andererseits die rechtlichen Seiten dieser Abmachungen bekräftigen — das Geschäft jedoch könnte nicht zur Ausführung kommen, wenn nicht die englischen Beamten, die sich zu Richtern in allen Einzelheiten aufwerfen, erklären, daß die Abmachungen nicht gegen die Interessen und die Wohlfahrt von Sr. Britischen Majestät Königreich ist. Der amerikanische Kaufmann mag einen Eid schwören, und dieser Eid mag durch den Eid seines auswärtigen Geschäftsfreundes gestützt werden, daß die Ladung von dieser oder jener Art ist und diesen oder jenen Zwecken dient, all dies gilt für nichts, wenn in dem Urteil des Gerichts, in dem weder der Amerikaner, noch der Holländer, noch der Argentinier vertreten ist, erklärt wird, daß die Dinge nicht so sind, wie die Parteien sie darlegen. Ein amerikanisches Schiff darf durchsucht, seine Ladung vom untersten kleinen englischen Leutnant zurückbehalten werden,

Digitized by Google

und ein englisches Gerichtsurteil bestimmt das Schicksal der geschäftlichen Unternehmung eines amerikanischen Kaufmanns.

Ob dies nun eine Übertreibung der Sachlage, das zu beurteilen möge man das Zugeständnis eines berühmten englischen Völkerrechtslehrers herbeiziehen, der für die Unzulänglichkeit der Londoner Deklarationen zum großen Teile verantwortlich ist. Obschon er auf der Voraussetzung steht, daß die englische Machtstellung dort schon allzusehr verkürzt worden ist, gibt er doch zu, daß das gegenwärtig geltende Gesetz den Prisengerichten das Recht gibt, nicht nur nach den englischen Gesetzen, sondern nach den Gesetzen jeder anderen Nation Recht zu sprechen und eine jede sachliche Frage zu entscheiden, die die Rechte der Neutralen berührt. (Gibson Bowles „Seerecht und Seemacht", Seite 18—19):

„Handelt es sich um eine effektive Blockade? Das Prisengericht allein kann darüber entscheiden. Lag eine vollendete oder versuchte Durchbrechung der Blockade vor? Der Gerichtshof entscheidet darüber. Handelt es sich um ein Kriegsschiff mit all seinen Kennzeichen? Der Gerichtshof hat es als solches bezeichnet. Lag ein Neutralitätsbruch vor? Der Gerichtshof hat darüber entschieden. War dieses feindliche Kauffahrteischiff im Besitze gültiger Schiffspapiere? War dieses oder jenes Bannware? Immer wieder entscheidet allein das Prisengericht."

Hat sich jemals ein Amerikaner klargemacht, welche Schlußfolgerung die öffentliche Erörterung der Frage in der erhitzten Atmosphäre der Kriegszeit zeitigen würde? Und es ist selbstverständlich, daß der Amerikaner in den allernächsten Monaten immer mehr darüber nachdenken wird und mit immer stärkerer Klarheit die Tatsache sehen wird, daß er nicht das geringste Recht zu einem Protest hat, da all dies Abmachungen sind, denen er selbst zugestimmt hat! Immer mehr wird er einsehen, daß unter dem gegenwärtig geltenden Seerecht alles das ein notwendiges Zubehör der Seemacht ist, daß die Herrschaft zur See ungeteilt bleiben muß wie die See selbst ungeteilt ist zum Unterschiede von dem Land — daß die herrschende Seemacht der Welt nicht nur das Land beherrscht, zu dem sie gehört, sondern auch die Zugänge und Verbindungsstraßen zu allen anderen Ländern und Völkern — daß sie den Welthandel in der Hand hat und beherrscht, — daß die Ausübung des Seerechts über den ganzen Planeten in den Handel eines jeden Landes eingreift und eine Macht-

Digitized by Google

frage ist. Denn wenn wir den Fall setzen könnten, daß die deutsche Flotte die englische vernichtete, so würde eben Deutschland diese Macht über alle Schiffsbewegungen der Welt ausüben, unter anderen Umständen könnten Japan oder Rußland diese Macht ausüben. Der Amerikaner, der als Masse immer sentimental ist, wird also finden, daß Dinge wie absolute oder bedingte Bannware als solche von derjenigen Macht erklärt werden können, welche gerade im Augenblick das Meer in einem solchen Maße beherrscht, daß sie in die tieferen menschlichen Beweggründe aller internationalen Abmachungen eingreift. Blockade ist nach all dem als ein Land wie eine belagerte Festung zu betrachten. Man kann sich einen Zustand denken, bei welchem eine ganze Nation, einschließlich der Frauen und Kinder, in Hungersnot geraten kann durch die dahin gerichtete Aktion einer fremden Macht, wenn sie es verhindert, daß aus Amerika Lebensmittel dahin geschafft werden. So wird Amerika, das die oberste Kriegsregel unterschrieben hat, daß der Krieg nicht durch Druck irgendwelcher Art auch auf die Nichtkämpfer ausgedehnt werde, sich dem Zwiespalt gegenübersehen, daß das Gesetz, zu dem es selbst die Zustimmung gegeben, gerade das Gegenteil sanktioniert.

Und beim Zunehmen der Erörterung der jüngsten Vorfälle wird es klar werden, daß, obgleich heute diese großen Streitmächte geführt werden von einem Lande, mit dem Amerika durch tiefere Bande eng verbunden ist, und durch eine Regierung, der Amerika innigst den Sieg wünscht, so könnte es doch sein, daß sie morgen von einer Macht geführt würde, für die es nicht so viel Sympathie hat und der es nicht den Sieg wünschen kann. Ein kriegführendes Japan könnte in einem etwaigen kommenden russisch-japanischen oder chinesisch-japanischen Kriege den ganzen amerikanischen Handel im Stillen Ozean zunichte machen, es könnte behaupten, die Philippinen seien der Herd für Bannwareschmuggel, und das Recht beanspruchen, amerikanische Schiffe zu durchsuchen, auf unbestimmte Zeit eine Schiffsladung zurückzuhalten, wie England das gegenwärtig tut. Ein amerikanisches Schiff, das von einem amerikanischen Hafen nach einem andern geht, könnte durchsucht, zurückgehalten und die Ladung unter dem Vorwande beschlagnahmt werden, daß die Schiffspapiere nicht in Ordnung seien, und ein solches Urteil eines japanischen Gerichts könnte nur als ein Hohn auf das Völkerrecht angesprochen werden.

Digitized by Google

Könnte einer, der nur eine Ahnung von amerikanischem Denken hat, auch nur einen Augenblick annehmen, wenn solche Vorfälle, wie in der letzten Zeit sich mehrere ereignen, daß Amerika nicht ein stärkeres Gefühl von der Unhaltbarkeit dieses Zustandes mit heimbringt, daß es von einer fremden Macht nicht das höchste Urteil sprechen lassen wird in Dingen, die seine Stellung in der Welt betreffen und seine Beziehungen zu den übrigen Kulturvölkern? Amerika wird diese schwerwiegende Frage vielleicht noch nicht während dieses gegenwärtigen Krieges anschneiden, aber sobald die Alliierten den endgültigen Sieg errungen haben werden, und das ganze Problem der internationalen Beziehungen für die Zukunft in den Schmelzkessel geworfen sein wird, — wie das bei einem neuen Wiener Kongreß der Fall sein würde, — dann wird Amerika ein gewichtiges Wort in dieser dringlichen Frage in die Wagschale werfen, wie die Herrschaft zur See in Zukunft ausgeübt werden soll. Und für jene, die nach historischen Parallelen suchen, möge die Andeutung genügen, daß die Vereinigten Staaten mit allen Fehlern ihrer Diplomatie in den früheren Zeiten ein bemerkenswertes Geschick bewiesen haben, ihre Zeit abzuwarten und nicht eine Sache zu gefährden dadurch, daß sie zu gleicher Zeit auch einer Sache nachgingen, wenn es nötig war, alle Aufmerksamkeit auf eine andere zu richten. So erzählt uns ein Geschichtschreiber, daß die Vereinigten Staaten die Landung von französischen Truppen in Mexiko nicht zu verhindern suchten, sondern sich nur auf einen unmißverständlichen Protest beschränkten, weil die Vereinigten Staaten zu jener Zeit gerade etwas anderes zu tun hatten; jedoch sobald diese Angelegenheit geordnet war, griff Amerika sofort die Frage der französischen Absichten auf Mexiko auf. Ähnlich war es bei dem Alabamafall. Mehr als zehn Jahre vergingen zwischen dem ersten Protest in dieser Angelegenheit und der endlichen Durchsetzung der amerikanischen Ansprüche. Das stärkste politische Denken und Fühlen des Durchschnittsamerikaners bewegte sich um die Fragen der Seeherrschaft. Es gibt nicht viele Dinge in der nationalen Politik, über die es eine bereits feste Meinung oder ein Dogma gibt, aber dieses ist eines: Amerika wird sich mit den gegenwärtigen seerechtlichen Verhältnissen nicht weiter begnügen wie bisher. Um es kurz zu sagen: Amerika wird nicht länger mehr die Ausnahmestellung irgendeiner überstarken Seeherrschaft anerkennen, die alle Meeresstraßen be-

Digitized by Google

herrscht, wenn es sich nicht selbst zu diesem Seebeherrscher macht, oder wenn diese Herrschaft nicht unter einer internationalen Kontrolle steht, deren Ausübung den Westmächten als Ganzem zufallen soll, unter denen Amerika eine wichtige Rolle spielen soll.

Die Alternative, die ich hier angedeutet habe, ist klar. England muß nach Beendigung des Krieges entweder eine wirkliche und durchgreifende Internationalisierung aller seerechtlichen Abmachungen und ihrer Handhabung auch im Interesse der Neutralen anerkennen, oder es muß erwarten, an Stelle Deutschlands Amerika zu finden, das ihm die Seeherrschaft streitig macht. Die Ausübung einer großen Gewalt, die in die Interessen von neutralen Staaten eingreift, darf nur abhängig sein von einer internationalen Zustimmung, und die Gerichtshöfe, welche Urteile fällen, die für die neutralen Interessen von so einschneidender Bedeutung sind, müssen auch in ihrer Zusammensetzung international sein.

Man kann in der Tat sagen, daß Amerika bereits die ersten Schritte getan hat, diese Fundamentalfrage des Seerechts aufzugreifen. Das Verlangen nach einer bedeutend vergrößerten amerikanischen Flotte, einer weit größeren Flotte, als sie England je besessen hat, beginnt bereits unaufhaltsam, sich Geltung zu verschaffen, und wenn die deutsche Flotte am Ende des Krieges dezimiert oder vernichtet ist und gänzlich außer Betracht bleiben muß, so wird Englands wirklicher Nebenbuhler dann Amerika sein.

Die so geschaffene Lage ist in großen Zügen bereits vor etwa zwanzig Jahren vorausgesehen worden, und zwar von keinem Geringeren als dem Admiral Mahan. Auf eine Frage des Herausgebers der „North American Review" nach seiner Meinung über eine englisch-amerikanische Vereinigung, die beginnen sollte mit einem Zusammengehen beider Streitkräfte zu Lande und zu Wasser, schrieb er eine längere Abhandlung im Novemberheft des Jahrganges 1894 dieser Zeitschrift, in welcher er diese Gedanken gänzlich verwarf, wenn er auch einer solchen Vereinigung des Anglo-Sachsentums und dem Über-das-Meer-reichen ihrer Hände eine moralische Bedeutung nicht absprach. Es gibt mehr als einen bloßen Fingerzeig, daß Amerika, das einen ganzen Kontinent beherrscht, das in bezug auf die Seegeltung zwischen den beiden Hälften der Alten Welt, Europa und Asien, steht, die Bestimmung hat, in einer näheren oder

Digitized by Google

weiteren Zukunft in weitem Umfange die Verbindungswege zwischen ihnen zu beherrschen. Was immer auch geschehen mag, schreibt er über jene Zukunft, die Seegeltung wird in jenen Tagen dieselbe überragende Bedeutung haben, die sie zu allen Zeiten gehabt hat. Und er fährt fort:

„Die Vereinigten Staaten sind durch ihre geographische Lage zu einer Küste bestimmt, von der aus wie von einer Operationsbasis aus die Seemacht der ganzen zivilisierten Welt ihre Kraft holen wird. Beherrschung des Meeres durch Seehandel und eine Vormachtsstellung zur See ist gleichbedeutend mit Weltvormachtsstellung. Es ist nicht wahrscheinlich, daß die Seegeltung ferner von einer einzigen Macht ausgeübt werden wird wie bisher. Wie um die geringfügigen Interessen zu Lande wird man darum wetteifern, vielleicht sogar kämpfen. Eben weil Englands Seegeltung, wenn sie gleichwohl noch überragend besteht, einen verhältnismäßigen Teil dieser Macht an andere Mächte abgegeben hat und nicht länger mehr die Allesbeherrscherin ist, hat sie sich gezwungen gesehen, den Neutralen das Recht zuzugestehen, daß ihre Flagge von ihren Schiffen weht. Das ist ein Zugeständnis, das England aus seiner beginnenden Schwächung abgerungen worden ist oder aus einem mißverstandenen Humanitätsgefühl — aber es ist doch ein Vorteil der Neutralen und ein Abbruch der stärkeren kriegführenden Seemacht. Ich habe bei einer anderen Gelegenheit gesagt, wenn das Prinzip, daß eine Flagge ihre Schiffe schützt, für immer gesichert ist, so bedeutet dies unter den gegenwärtigen Verhältnissen, daß keine Macht stark genug ist, um zur See ihre gegenwärtigen Ansprüche mit den Waffen durchzusetzen."

Admiral Mahan deckt mit diesen Sätzen ziemlich deutlich die Alternative auf, der England am Ende des Krieges gegenübergestellt sein wird. Es wird sich gezwungen sehen, entweder seine Seeherrschaft zu internationalisieren, so daß die Interessen der Neutralen wenigstens durch eine formale Repräsentation gewahrt sind, oder es wird sich einer noch stärkeren Macht gegenübersehen, z. B. Amerika, die nur ihre eigenen Interessen verfolgt, wie Mahan zu wünschen scheint, oder auch für die Neutralen mitsorgt.

Es liegt nun sehr im Interesse der Zivilisation, daß die wirkliche Natur dieses Gegensatzes von Amerika der öffentlicheu Meinung zu England sobald als möglich klar gemacht wird. Es ist wichtig genug, das englische

Digitized by Google

Denken von dem Glauben zu befreien, als handle es sich bei solchen Erörterungen um die belangloseren Fragen über Bannware oder Schiffskäufe. Es wird das gegenseitige Verständnis erleichtern über einige Abmachungen, die beim Friedensschlusse festgelegt werden müssen — denn zu wissen, warum man in Amerika gegenwärtig kämpft, ist eines der wichtigsten Angelegenheiten —, wenn Amerika das eine klar macht, daß es letzten Endes doch für die Neutralisation des Meeres und für eine gründlichere Internationalisierung aller seerechtlichen Dinge eintreten muß, daß dies einer der Grundsteine ist, den Amerika zu dem Neubau der wirklichen Gemeinschaft der Völker beiträgt. Für England bedeutet das im gewissen Sinne eine Revidierung seiner gesamten nationalen Politik, im gewissen Sinne sogar ein Aufgeben der Grundlagen seiner nationalen Sicherheit. Und darum schon ist es um so wichtiger, daß England sich dieser Aufgabe nicht unvorbereitet gegenübergestellt sieht ohne eine vorausgegangene Verständigung mit Amerika. Amerika sollte es sehr deutlich aussprechen, daß es in diesem Streben wünscht, mit England zusammenzuarbeiten. Und wenn ein solches Zusammenarbeiten aus freien Stücken und mit offenem Herzen angeboten wird, dann mag vielleicht England noch weiter die Macht behalten, die Seeherrschaft auszuüben als Bevollmächtigter eines großen internationalen Trusts.

Geschieht das nicht, wenn Amerikas Stellung nicht klar zum Ausdruck kommt, so werden wir am Ende des Krieges vielleicht einen Interessengegensatz haben, den kein Freund dieser beiden Länder ihnen und der ganzen Kultur nach dem Kriege wünscht und woran keiner gern denken möchte.

Unsere künftige Wirtschaftspolitik

Von Prof. Dr. Paul Arndt

Die Erörterungen über die Bedeutung der Pariser Wirtschaftskonferenz (vom 14. bis 17. Juni 1916) haben noch nicht aufgehört. In den Ententeländern fragt man sich, welche praktischen Folgerungen aus den recht unbestimmten wirtschaftspolitischen Grundsätzen, die auf der Konferenz aufgestellt wurden, gezogen werden können, ist aber einstweilen — trotz aller Zustimmungserklärungen der leitenden Politiker — vollkommen ratlos. Bei uns überlegen manche, welche Gegen-

Digitized by Google

maßregeln wir wohl gegenüber all dem Schlimmen, das uns die „Entente" androht, ergreifen könnten. Dabei wird in der Regel die Befürchtung geäußert, wir könnten in allzu großem Optimismus jene Pariser Beschlüsse zu leicht nehmen; wie es im Kriege gefährlich sei, den Feind zu unterschätzen und ihm nicht beständig das Schlimmste zuzutrauen, so müsse man auch auf wirtschaftlichem Gebiete mit den für uns unangenehmsten Maßregeln rechnen, die der Feind ergreifen könne. Dem Wirtschaftspolitiker, der gegenüber den Pariser Drohungen der Entente nicht jetzt schon auf Abwehrmaßnahmen bedacht sei, wird Leichtsinn vorgeworfen. Da ich in einer früheren Nummer der „Deutschen Politik" (vom 11. August 1916, S. 1420 ff.) den Standpunkt vertreten habe, die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz seien nicht sehr tragisch zu nehmen, so gestatte man mir eine kurze Kritik jener pessimistischen Auffassung. Praktisch handelt es sich dabei um die Hauptfrage, ob wir Anlaß haben, nach dem Kriege unsere frühere Weltwirtschaftspolitik, der wir so große Erfolge verdanken, nicht — sofort oder allmählich, je nach den Verhältnissen — wieder aufzunehmen.

Sieht man in der Pariser Konferenz vor allem eine amtliche Bekundung des haßerfüllten Willens der Ententestaaten, Deutschland nicht nur während des Krieges wirtschaftlich aufs schwerste zu schädigen, sondern auch in der künftigen Friedenszeit diese Politik fortzusetzen, so ist das allerdings recht ernst zu nehmen. Es hatte schon vorher in Zeitungen, öffentlichen Reden usw. nicht an Äußerungen einer solchen Gehässigkeit und eines solchen bösen Willens gefehlt. In großen Blättern in London, Paris und anderen feindlichen Hauptstädten war geschrieben worden, die Deutschen sollten in Zukunft von allem Handelsverkehr mit den Ententeländern ausgeschlossen werden; es sollte deutschen Schiffen verwehrt werden, englische, französische, belgische usw. Häfen anzulaufen; sogar eine Sperrung des Suezkanals für die deutsche Schiffahrt war in Aussicht genommen worden. Das waren aber meistens nur unmaßgebliche Äußerungen von aufgeregten Privatpersonen gewesen. Jetzt dagegen bekannten sich die berufenen Vertreter der Ententestaaten auf einer besonderen Konferenz feierlich zu dem Programm eines gehässigen Wirtschaftskrieges nach dem Eintritt der Waffenruhe. Der Ernst einer solchen amtlichen Kundgebung unserer Feinde darf nicht verkannt werden. Sie sollte uns davon

Digitized by Google

abhalten, jetzt und für längere Zeit nach Friedensschluß allzu große Hoffnungen auf den guten Willen und die privaten Interessen derjenigen zu setzen, mit denen wir vor dem Kriege einen so ausgedehnten Handelsverkehr unterhalten haben, und mit einer unmittelbaren Wiederaufnahme des früheren riesigen Güteraustausches von Land zu Land zu rechnen. Sie muß uns zu immer größeren militärischen und finanziellen Anstrengungen anspornen, damit wir bald in die Lage kommen, einen uns günstigen Frieden zu erzwingen. Die amtliche Ankündigung des dauernden Wirtschaftskrieges nach Schluß des jetzigen Weltkrieges muß uns veranlassen, diese Pläne unserer Gegner, soweit möglich, schon durch die Friedensbedingungen zu vereiteln. Wir müssen vor allem danach streben, daß uns die wirtschaftliche Gleichberechtigung (die „Meistbegünstigung" bzw. die „offene Tür") im Ausland zugesichert, und daß die „Freiheit der Meere" hergestellt wird; wir werden dafür so viele „reale Garantien" verlangen wie nur möglich.

Daß Deutschland jetzt und noch auf lange Zeit mit dem auf der Pariser Konferenz bekundeten bösen Willen der Ententestaaten in der Wirtschaftspolitik zu rechnen hat, ist, soweit mir bekannt, von niemand bestritten worden. Es wäre in der Tat ein großer Fehler, die im Laufe des Krieges beständig gesteigerte Feindseligkeit zu leicht zu nehmen. Ganz anders jedoch als der die Konferenz beseelende Haß sind ihre einzelnen Leistungen zu beurteilen. Sie können m. E. wirklich nicht ernst genommen werden. Das gilt, wie ich in der „Deutschen Politik" vom 11. August 1916 dargelegt habe, sowohl von den auf der Konferenz gehaltenen Programmreden wie auch von den schließlich gefaßten Beschlüssen. Waren die Phrasen Briands über die „wirtschaftliche Befreiung der Welt" vom deutschen Joche und das Gerede anderer über den „kommerziellen Militarismus" Deutschlands nicht einfach lächerlich? Kennzeichnete es nicht die ganze Nichtigkeit der „Arbeiten" der Konferenz, wenn der Vertreter Englands in Paris, Bonar Law, von seinem Kollegen Hughes, dem armseligen und unwissenden australischen Gernegroß, sagte, dieser sei in Paris „die große und treibende Kraft" gewesen, „ohne die die Konferenz vielleicht ein Mißerfolg gewesen wäre"! Die Tatsache selbst, daß die Entente die Konferenz in Szene setzte — übrigens mit ziemlich minderwertigen Garnituren —, ist noch kein Beweis dafür, daß ihren Verhandlungen auch eine wirkliche

Digitized by Google

Bedeutung beizumessen wäre, und daß sie nicht doch lediglich, wie gesagt worden ist, „einen großen Bluff" darstellte. Zu solchen Veranstaltungen greift man auch heutzutage öfter in der Verlegenheit, „ut aliquid fieri videatur" (damit es so aussieht, als ob etwas geschehe). In Verlegenheit aber war und blieb man. Die Beschlüsse der Konferenz sind so unbestimmt und nichtssagend, daß mit ihnen praktisch nichts anzufangen ist.

Es liegt auch nicht die mindeste Veranlassung vor, mit Rücksicht auf sie die Grundzüge unserer Wirtschaftspolitik[1], wie sie wohl fast allen maßgebenden Faktoren im Deutschen Reiche vorschweben, zu ändern. Mit freudiger Genugtuung hat vor kurzem unser ganzes Volk die Nachricht aufgenommen, daß die großen deutschen Schiffahrtsgesellschaften, durch die englische Blockade nicht im mindesten entmutigt, sich während des Weltkrieges zahlreiche neue große Dampfer auf deutschen Werften bauen lassen, um nach Friedensschluß sofort wieder wohl ausgerüstet auf dem Weltmeere erscheinen zu können. Das bedeutet ein unbedingtes grundsätzliches Festhalten an unserer Weltwirtschaftspolitik. Navigare necesse est![2] Darüber gibt es bei uns keine Diskussion. Mögen die jetzigen Wortführer der Ententestaaten uns noch so viele Absperrungsmaßregeln ankündigen, wir halten grundsätzlich an der regsten Beteiligung am Welthandel und Weltverkehr fest, die uns in den Jahrzehnten vor dem Kriege so reichen Segen gebracht und uns die Mittel zum siegreichen Durchhalten in dem Kriege verschafft hat. Die unendlichen wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Vorteile der Teilnahme am internationalen Güteraustausch sind in unserem Zeitalter der Weltwirtschaft allen Völkern klar geworden. Kein Land aber hat mehr Anlaß, seine Stellung auf dem Weltmarkte zu wahren und unbläßig stärker auszubauen, als Deutschland, das durch die Gunst seiner Lage auf der Erdkugel und manche anderen Faktoren geradezu dazu berufen ist, der Mittelpunkt des weltwirtschaftlichen Getriebes zu werden und daraus immer größeren Nutzen zu ziehen. Abweichungen der Meinung über die Bemessung gewisser Einfuhrzölle oder

[1] Vergl. dazu den Schlußabschnitt meiner soeben erschienenen kleinen Schrift „Deutschland und der Weltmarkt" (14. Bändchen der Sammlung „Deutsche Feld- und Heimatbücher", Verlag von B. G. Teubner, Leipzig).

[2] Schiffahrt treiben ist nötig!

Digitized by Google

sonstige handelspolitische Einzelmaßregeln fallen gegenüber dieser Grunderkenntnis nicht ins Gewicht. Sie zeichnet uns unsere künftige Wirtschaftspolitik in ihren Grundzügen klar vor. Trotz aller verkehrsfeindlichen Beschlüsse in den Ententeländern, gegen die sich übrigens dort auch jetzt schon ein starker Widerstand regt, kann unsere Politik nur eine verkehrsfreundliche sein, nicht etwa aus törichter Gutmütigkeit, sondern in unserem eigenen wohlerwogenen Interesse.

Allerdings wird auf dem Weltmarkte nach dem Kriege sicher nicht alles wieder so werden, wie es vorher war. Die Spuren des jetzigen erbarmungslosen Wirtschaftskrieges werden noch lange unverwischbar sein. Nach den schlimmen Erfahrungen der Gegenwart ist auch eine gewisse Zurückhaltung bei der Wiederanknüpfung geschäftlicher Beziehungen mit dem jetzt feindlichen Auslande selbstverständlich. Aber die Dringlichkeit des Bedarfs an ausländischen Gütern, namentlich Rohstoffen, wird die meisten Hindernisse allmählich hinwegräumen, und dann müssen sich auch die fremden Absatzmärkte nach und nach wieder eröffnen. Ein großer Unterschied gegen früher wird darin bestehen, daß wir umfassende dauernde Sicherungsmaßregeln gegen eine etwaige Wiederholung der „Aushungerungspolitik" treffen müssen, also größere Vorräte gewisser dringend gebrauchter Waren im Inlande aufstapeln, einige wichtige Zweige unserer Eigenproduktion stärker entwickeln, kurz, wie man jetzt sagt, in geeigneten Fällen „Vorratswirtschaft" treiben.

Natürlich muß das deutsche Volk bei dem Wiedereintritt in den Weltverkehr auf große Schwierigkeiten gefaßt sein. Wir müssen auch mit den schlimmsten Möglichkeiten rechnen. Sollten die Ententemächte, die uns vor dem Kriege etwa 50 Prozent unserer Ausfuhrwaren abgenommen und uns dafür riesige Mengen dringend gebrauchter Rohstoffe und Lebensmittel geliefert haben, nach dem Kriege längere Zeit bei ihrer Absperrungspolitik verharren, — was aber wegen der Stärke der Gegeninteressen unwahrscheinlich ist —, so werden wir ruhig abwarten können, bis sie wieder zur Besinnung auf ihre eigenen Interessen kommen. Wir werden dann in der Zwischenzeit vor allem um so mehr den Handelsverkehr mit unseren Bundesgenossen pflegen. „Mitteleuropa"! und „Berlin-Bagdad"! sind dann die gegebenen Leitworte. Außerdem wird das deutsche Volk unmittelbar nach Friedensschluß einen großen Teil seiner wirtschaft-

Digitized by Google

lichen Kraft auf die Entwicklung seiner Kolonien zu verwenden haben. Daneben wird der Warenaustausch Deutschlands mit den jetzigen Neutralen einen gewaltigen Umfang annehmen; denn diese werden uns nicht nur ihre eigenen Erzeugnisse in größeren Mengen als früher liefern, um unsern, wegen des Versagens der Ententeländer, stärkeren Bedarf zu decken, sondern sie werden uns auch vermutlich durch ihren Zwischenhandel einen großen Teil der Waren, die uns die Ententestaaten offiziell vorenthalten möchten, auf Umwegen zuführen. Ähnlich würde sich der Vertrieb deutscher Waren im Auslande gestalten. Es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß die Herstellung engerer wirtschaftlicher Verbindungen zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei zu einer stetigen Steigerung des Güteraustausches zwischen den vier Ländern und zu einer rascheren Entwicklung ihrer vielfach noch brach liegenden Produktivkräfte führen wird, und es ist gleichfalls anzunehmen, daß auch die neutralen Länder aus der Steigerung ihrer Vermittlertätigkeit einen dauernden Gewinn ziehen und im weltwirtschaftlichen Verkehr Deutschlands in Zukunft eine größere Rolle spielen werden als früher. Triest, Saloniki und Konstantinopel werden auf Kosten Genuas und Marseilles gewinnen, Rotterdam, von Antwerpen gar nicht zu sprechen, auf Kosten Londons und Liverpools.

Während für das Gelingen der mittel- und südosteuropäischen wirtschaftlichen Bündnispläne die notwendigen natürlichen und sozialen, geographischen und geschichtlichen Voraussetzungen gegeben sind, sind die Versuche, die geographisch nicht zusammenhängenden und in ihren Interessen vielfach entgegengesetzten Ententeländer zu einem Wirtschaftsbunde zu vereinigen, von vornherein zum Scheitern verurteilt. Deutschland bezw. der Vierbund wird voraussichtsich bald mit der Entente nicht mehr als einem geschlossenen Ganzen über die Wiederanknüpfung der wirtschaftlichen Beziehungen zu verhandeln haben, sondern mit jedem Staate einzeln. So wird man leichter zu einer sachlichen Abwägung der gegenseitigen Interessen und zu einer Verständigung über dieselben kommen, zumal wenn dann wieder in den einzelnen Ländern die nüchternen Rechner neben den leidenschaftlichen Fanatikern ihren Einfluß geltend machen können. Die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung sind zu groß, als daß die Menschheit oder auch nur ein größerer Teil derselben dauernd auf sie verzichten könnte.

Digitized by Google

Wir haben also wirklich keinen Grund, mit Besorgnis in die wirtschaftspolitische Zukunft zu blicken. Gewiß heißt es wachsam sein und im rechten Augenblick zugreifen. Schon jetzt können wir an der Verwirklichung des großen „Berlin-Bagdad"-Programms arbeiten. Nach dem Friedensschluß wird dann Deutschland weiter der Wiederaufnahme und Pflege des überseeischen Verkehrs seine Aufmerksamkeit zu widmen haben; neben den deutschen Kolonialgebieten kommen da vor allem Nord- und Südamerika sowie China in Betracht. Das Wiedereinlenken der Ententeländer in die Bahnen einer vernünftigen Weltwirtschaftspolitik können wir kaltblütig abwarten. Es wird, wenn sich die Kriegsleidenschaften einmal gelegt haben, wohl nicht allzulange auf sich warten lassen. Jedenfalls ist unser eigener wirtschaftspolitischer Kurs klar.

Notizen

Der Kampf Asiens mit Europa. F. M. Knobel, ein ausgezeichneter holländischer Kenner der Kolonien, schrieb im Septemberheft der holländischen Monatsschrift „Tijdspiegel": Japans Sonne stieg mit dem Unterliegen Rußlands, dann raubte es Deutschland Kiautschou, und es wird nicht anzunehmen sein, daß dieser Stützpunkt an Deutschland oder China wird zurückgegeben werden. Zunächst wird die Sphäre unmittelbaren japanischen Einflusses von den Philippinen abgeschlossen, aber vom niederländischen Standpunkt tritt die Frage an uns heran: Haben wir klar vor Augen, daß was dort in jenem Ozean geschehen ist und geschehen wird, unsere allerhöchsten Interessen berührt, daß Indien ein Zentrum geworden ist, und daß es durch die Entwicklung des Verkehrs jetzt Holland soviel näher ist als vor einem Jahrhundert, daß Indien und Holland ein Ganzes bilden und daß, wenn die Kolonie Hollands Händen entgleiten sollte, das Mutterland in den Fall mitgerissen werden würde zu einer Lage von erniedrigender Unbedeutendheit und heilloser wirtschaftlicher Not ... Der deutsche Einfluß verschwunden. Rußland zurückgedrängt. Ein China mit dem eisernen Fuß des Nachbars im Nacken. Die englische Macht noch immer gebunden, gestützt durch ein unnatürliches Bündnis. Zwei radikal verwaltete Gemeinwesen, Riesen nach der Oberfläche und den Hilfsquellen, Zwerge nach der Bevölkerungszahl. Eine Anzahl südamerikanischer Republiken, bisher vernachlässigt, jetzt mit einem vielversprechenden wirtschaftlichen Horizont. Weiter: ein Japan, das seine Geschwader nach allen ostasiatischen Gewässern entsendet und seine Handelsflotte nach unserem Indien, Australien, Nord- und Südamerika und Europa richtet; ein Japan, das die Gelegenheit ergriffen hat, sich auf Kosten der Weißen zu bereichern, das sich mit den Bewohnern der Philippinen stammverwandt fühlt, sogar mit den Mexikanern, das nach allen Inseln des Stillen Ozeans seine Männer sendet, mit —

Digitized by Google

nie ohne — ihren Frauen: Untertanen, die niemals ihre Nationalität wechseln, sondern die immer dem Mikado dienen werden; ein Japan, das künftig nur einen Nebenbuhler in diesem Ozean haben wird, nämlich die Vereinigten Staaten ... Tatsache ist, daß im Stillen Ozean der Gegensatz zwischen der asiatischen Rasse und der weißen, als deren Verteidiger der Präsident der Vereinigten Staaten wird auftreten müssen, immer deutlicher hervortritt ... Weil in Asien die westlichen Interessen ins Gedränge zu kommen scheinen, findet unsere indische Politik ihre Richtung ziemlich deutlich angegeben ... Aber inzwischen haben wir, damit wir für etwaige Bundesgenossen etwas bedeuten, Sorge zu tragen für die Möglichkeit, Indien zu verteidigen ... Mein Zweck war, auf die eigenartige Lage Niederländisch-Indiens hinzuweisen und in Zusammenhang damit auf das sehr große Interesse: für unsere Rasse, für uns Holländer besonders, für die Völker dort, deren Schicksal uns anvertraut wurde, uns bis aufs äußerste anzustrengen, damit der Status quo aufrecht erhalten bleibt.

Die Japaner als Erben der Deutschen! Ein Korrespondent aus Yokohama meldet dem „Nowoje Wremja“: In Japan werden heutzutage fast alle Waren hergestellt, die dem Bedarf der europäischen Kultur dienen. Man verfertigt sogar Gegenstände, die dem japanischen Leben vollständig fremd sind. Die Japaner passen sich jedoch dem Geschmack und den Forderungen des europäischen Publikums an, und man kann damit rechnen, daß bei Kriegsende, falls unsere russische Industrie sich ausdehnt, Japan als Lieferant derjenigen Waren auftreten wird, die vor dem Kriege die Deutschen und Österreicher geliefert haben.

Kretas Abfall erregt Italiens ernsteste Aufmerksamkeit. Es ist von der größten Bedeutung, sagt die „Idea Nazionale“, daß Italien sich nicht durch die Ereignisse überraschen läßt. Kreta beherrscht alle Straßen des östlichen Mittelmeeres und ist ungefähr in gleicher Entfernung von Europa und Afrika. Von dort aus kann Tobruk, der einzige militärische italienische Hafen in Afrika, beherrscht und seine Bedeutung aufgehobeu werden. Wir müssen deshalb über das Schicksal Kretas sorgfältigst wachen und schon jetzt verlangen, daß bei der Behandlung der kretischen Frage unsere künftigen Interessen im östlichen Mittelmeer geachtet werden. Das ist nicht nur unser politisches, sondern auch unser juristisches Recht, denn im Gegensatz zu unserem Verhältnis zum kontinentalen Griechenland hat Italien gemeinsam mit Frankreich, England und Rußland seinerzeit das Protektorat übernommen, und es ist klar, daß das endgültige Schicksal der Insel nur in Übereinstimmung mit allen vier Signatarmächten geregelt werden kann, von denen gerade Italien aus geographischen Gründen die am meisten interessierte Macht ist. Wachen wir deshalb beizeiten über Kreta!

Wie es in Rußland aussieht. Ein nach zehnjähriger Abwesenheit nach Rußland zurückgekehrter Russe schreibt in der „Russkija Wjedomosti“: Der erste Eindruck war erschütternd. Rußland erschien mir grob, schmutzig, ungeordnet, die Menschen finster und unfreundlich. Ach, dieses öde und pessimistische Petersburg! Kaum hatte ich es betreten, als man mir soviel Entsetzliches, soviel pikante Anek-

Digitized by Google

doten erzählte, daß ich wirklich geneigt war, an den Untergang Rußlands zu glauben: Spekulantentum, Raub, Zusammenbruch, Zuchtlosigkeit — die letzten Tage Rußlands.

Französische Soldaten gegen die französische Haßpropaganda. Die französische Zeitschrift „Mercure de France" veröffentlicht folgenden Brief eines Franzosen: Gestatten Sie einem Bewunderer Romain Rollands, mit vielen anderen den Beweis seiner großen Sympathie zu geben. Soldat seit dem Monat August 1914, habe ich die Front seit diesem Datum nicht verlassen, bin in den Schützengräben, seit die Deutschen uns diesen unterirdischen Krieg auferlegt haben, und erkläre laut, daß die allgemeine Meinung hier dem Verfasser von Johann Christoph günstig ist. Wir sind alle entschlossen zu siegen: der Feind soll geschlagen werden, aber der Krieg schließt nicht die menschlichen Gefühle aus. Wir sind keine Wilden und wollen nicht die Wilden nachahmen, die alle internationalen Abmachungen übertreten haben; Barrès und Konsorten sollen sich nicht einbilden, daß wir die Horde sind, die entschlossen ist, das Wiedervergeltungsrecht in all seinem Schrecken anzuwenden. Das Schlechte macht das Schlechte nicht wieder gut; Romain Rolland hat diese Wahrheit geschrieben, die Tausende von Soldaten empfinden, aber nicht aussprechen können, weil man ihnen an der Front eine preußische Zucht auferlegt, die viel gefährlicher für die die Moral ist, als alles andere; der Schmutz, die Kälte und physischen Leiden zählen nicht. Wir lieben Frankreich mit allen unseren Kräften und sind entschlossen, ihm unser Leben zu weihen, und wir lieben Romain Rolland, weil er das Frankreich des Rechts verkörpert, das Volk, das eifrig die menschlichen Freiheiten verteidigt. Um so schlimmer für die, die den Kampf anders auffassen.

Professor Coßmann. Im „Bund" wendet sich Jonas Fraenkel gegen die über Spitteler sich im Umlauf befindlichen angeblichen Verleumdungen. Insbesondere wendet er sich gegen die „Süddeutschen Monatshefte". Er schreibt: Eine Fälschung, die sich die „Süddeutschen Monatshefte" vor kurzem haben zuschulden kommen lassen, hat ein so häßliches Antlitz, daß sie, wenn auch leider verspätet, aufgedeckt werden muß, schon deswegen, weil sie über das rein Persönliche hinausgeht und auf das Gebiet der politischen Kämpfe übergreift, die sich heute auf dem Boden der Eidgenossenschaft abspielen und in die der Dichter frevelhafterweise hineingezogen wird. Das Maiheft 1916 dieser von P. Nicul Coßmann herausgegebenen Zeitschrift, die ein halbes Jahr vor Ausbruch des Krieges die Auszeichnung genoß, Spittelers „früheste Erlebnisse" der Öffentlichkeit darbieten zu dürfen, ist als Schweizerheft erschienen. Auf S. 248 des Heftes stellt die Redaktion unter der Überschrift „Tagebuch" deutschfeindliche Notizen aus Schweizer Blättern zusammen. Wir lesen da u. a.: „Karl Spitteler spricht in der „Gazetta Ticinese" Juni 1915 Dr. Ferraris seine herzliche Sympathie aus, der mit dem Tessinischen Nationalrat Bossi das Eingreifen der Schweiz in den Krieg an Seiten der Entente verlangt, und sich wegen der Maßregelung Bossis gegen den Bundesrat gewandt hat. Der harmlose Leser wird diese Notiz nicht anders verstehen als so: Der Dichter

Digitized by Google

Spitteler, der jetzt gänzlich der politischen Manie verfallen ist, fühlte sich veranlaßt, dem Dr. Ferrari öffentlich seine Sympathie dafür auszudrücken, daß dieser das Eingreifen der Schweiz in den Krieg an der Seite der Feinde Deutschlands verlangt hatte. Wer wird denn an eine Fälschung denken, wo doch die Redaktion scheinbar genau die Quelle angibt?

Herr Coßmann hat es zuwege gebracht, auf Grund der harmlosen Zeilen, die kein Mißverständnis zulassen, den Dichter — nicht bloß vor den deutschen Lesern, sondern auch vor seinen eigenen Mitbürgern (war es doch ein Schweizer Heft!) — als Kriegshetzer zu denunzieren und ihm das schwerste politische Verbrechen anzudichten, das heute ein Schweizer Bürger begehen kann.

Die Geschichte der großen amerikanischen Vermögen. Das große Werk von Gustavus Myers, das bei seinem Erscheinen vor vier Jahren Aufsehen in der ganzen Welt erregte, wird vom Verlag S. Fischer in Berlin in einer deutschen Gesamtausgabe herausgebracht. Die Geschichte der großen amerikanischen Vermögen ist eine ununterbrochene Kette von abenteuerlichen Betrügereien, Täuschungen und Räubereien, eine Erzählung von Mitteln, große Vermögen zu erwerben, die in ihrer riesenhaften Phantastik Vergleiche nicht haben. Die beiden Bände lesen sich wie ein vielverschlungener, von Inhalt und Spannung strotzender Roman. Aber Myers, der Apostel einer neuen Zeit, bringt alle diese schauerlichen, beklemmenden, fieberhaft rasenden und doch immer von kaltem Denken beherrschten Geschichten auf eine große Linie, die sie zu einer Angelegenheit macht: „Alle, alle, Kapitalisten und Bewohner der Armenquartiere, Sträflinge und Multimillionäre, sind Geschöpfe des Systems, das auf diese Weise Habgier und Laster, Armut und Verbrechen erzeugt — erschreckende Tatsachen, die durch keinen eigentlichen Fehler in der menschlichen Natur hervorgerufen werden, sondern durch die Triebkraft, die Anreize und die Resultate jenes Systems.“ Hinter dieser Aussicht auf die große Einheitlichkeit, die alle diese mannigfaltigen Bilder zusammenfaßt, steht für Myers die noch größere Perspektive, die das Wirken dieser amerikanischen Magnaten, die verübten Gewalttätigkeiten, das Verhungern, die Armut, die Ausbeutung vergessen lassen könnte, von denen jede Seite des Buches erfüllt ist: Die Magnaten haben trotz ihrer Habgier, ihrer Korruption und ihres Betrugs unbewußt ihre große, in diesen Zeiten notwendige Arbeit getan — die ungemein wichtige Arbeit, Entwicklungshemmungen zu vernichten und die ganze Industrie ihrer einheitlichen Zusammenfassung entgegenzuführen, damit zu gegebener Zeit das ganze Volk gemeinsam ihren Besitz antreten und ihren Betrieb übernehmen kann und künstlichen Klassenbildungen mit den sie begleitenden häßlichen Leiden, Ungerechtigkeiten und Unterdrückungen für immer abgeschafft sein werden.

Max Schippel, der das Werk eingeleitet hat, verschiebt diese allgemeine Aussicht, auf die Myers Wert gelegt hat, indem er die Reichtumsformen Amerikas in ihren maßlos übertriebenen Linien zu einer amerikanischen Angelegenheit macht. Schippel schreibt Seite 39 der deutschen Ausgabe: „Ob die Vereinigten Staaten damit nicht schwereren sozialen Kämpfen entgegengehen wie das alte Europa, in

Digitized by Google

dem die Gegensätze zwischen arm und reich viel weniger auseinanderklaffen, in dem der hervorstechendste Reichtum vor allem viel weniger mit Schmutz und Korruption besudelt erscheint? Gegen alle plutokratischen Auswüchse fand Amerika jederzeit das denkbar stärkste Gegengewicht in seiner neuweltlich kolonialen Grundlage: in der unaufhaltsamen Ausbreitung seines Farmertums, in der unschätzbaren Stütze, welche durch die Siedelungsmöglichkeit auch die Lebenshaltung und die Einkommenhöhe seiner Arbeiterschaft erhielt. Seitdem der Landvorrat im erlösenden ‚goldenen Westen', zum Teil durch kurzsichtigste und gewissenloseste Verschleuderung bis auf kümmerliche Reste zusammengeschmolzen ist, wankt diese Stütze ganz allgemein, wie sie längst schon für einzelne Industrien und Industriereviere hinweggefallen ist, und nur unter schweren Umwälzungen dürfte sich der soziale Ausgleich anbahnen, der in einem demokratischen Gemeinwesen schließlich unvermeidlich ist.

In der Tat sind die Schlußworte des Werkes allgemeiner und weiter gehalten, als daß sie nur ein Sturmzeichen wären, „das dem bequemen kapitalistischen Gehenlassen der bisherigen amerikanischen Wirtschafts- und Sozialpolitik zur Warnung dienen sollte".

Der lachende Dritte. Die amerikanische Zeitung „Springfield Republican" gesteht: Als der Kriegssturm im August 1914 losbrach und alle Börsen und Handelszentren erschütterte, war es noch nicht so klar wie heute, daß die Nichtteilnahme am Krieg die beste Politik für Amerika war. Zwei Jahre sind verstrichen und haben vom Gesichtspunkte des Handels aus die amerikanische Neutralität vollkommen gerechtfertigt. Es ist vielleicht zu früh, sich mit den wirtschaftlichen Folgen eines europäischen Friedens in den Vereinigten Staaten zu beschäftigen, aber es ist bemerkenswert, daß, einer Mitteilung der National City Bank in New York zufolge, die europäischen Verluste in der leidenden Industrie bereits 3 Milliarden Dollar betragen und daß die Wiedereinrichtung von Anlagen und Maschinerie 1 Milliarde 600 Millionen Dollars erfordern würde. Sehr viel von diesen neuen Einrichtungen und Ausrüstungen muß von den Vereinigten Staaten bezogen werden, dem einzigen Lande, das eilige Aufträge ausführen kann.

Belgien und sein größter Dichter. Das Urteil staatlicher Instanzen über bedeutende Erscheinungen der Literatur und Kunst hat bisher bei uns wie draußen gleich selten die Männer und Werke herausgefunden, die als Träger der Entwicklung staatlicher Förderung wert waren. Aber so schlimm hat eine staatliche Instanz wohl selten fehlgetroffen als die Jury du concours quinquennal de littérature française, als sie am 13. Mai 1868 für die Zeit von 1863 bis 1867 dem belgischen Minister des Innern Bericht erstattete. Charles de Costers Légende d'Ulenspiegel wird darin eine épopée goguenarde, ein Schelmenepos, genannt und dem Verfasser alles Mögliche vorgeworfen. Dann wird dem Herrn de Coster Herr Emile Leclercq, der fruchtbarste und ursprünglichste wallonische Erzähler zur Seite gestellt. Von diesem Herrn Leclercq aber sagt François Rautet, der Verfasser der Histoire des lettres belges d'expression française, im Jahre 1892, daß er nichts

Digitized by Google

mehr zähle, wenn er überhaupt je etwas gezählt habe. Diese stille Tragödie des Dichters wird wie durch die Ausgabe des Ulenspiegel und der Vlämischen Mären jetzt durch ein neu entdecktes Buch des Meisters vor die Öffentlichkeit gestellt, um dessen Übertragung Albert Wesselski und der Insel-Verlag in Leipzig sich verdient gemacht haben: Die Hochzeitsreise, „ein Buch von Krieg und Liebe". Während des deutsch-französischen Krieges ist es der Vergessenheit anheimgefallen, bis in dem jetzigen Krieg der Leiter eines deutschen Verlags und ein österreichischer Übersetzer in dem Gedanken sich berührten, der Welt ein neues Meisterwerk zu retten. Es erweitert die Reihe der Erscheinungen, mit denen der Insel-Verlag um den Schutz und die Förderung belgischer Kultur gerade während des Krieges sich gekümmert hat.

Die Lessing-Hochschule versendet ihr 34. Vorlesungsverzeichnis für die Monate Oktober-Dezember 1916. Angekündigt werden 26 Vorträge, von denen der größte Teil in das Gebiet der Kunst, der Philosophie, des Wirtschaftslebens und verwandter Gebiete entfällt. Geheimrat Dr. Adolf Lasson liest über Philosophie der Griechen, Dr. Alfred Werner über Friedrich Nietzsche, Professor Dr. Max Herrmann über Romantik, Professor Schleich über Gehirn und Seele, Dr. Theodor Lessing über Praktische Menschenkunde, Dr. Max Burkhardt über Richard Wagner, Prof. Dr. Oskar Bie über Mozart, Kapellmeister Eduard Mörike über die Oper nach Richard Wagner, Dr. Gustav Lewin über Strindberg, Dr. Otto Grautoff über Dürer, Professor Dr. Amelung über Griechische Kunst, Fritz Stahl über die Kunst des Orients, Lothar Brieger über das Kunstsammeln, Dr. Paul Zucker über den Stil in der Architektur, Malerei und Plastik, und Karl Schenker über Photographie. Professor Dr. Adolf Marcuse über die Technik der jüngsten Zeit, Dr. Alfons Goldschmidt über Das Geld, Georg Engelhardt über Bürgerkunde und Berthold Held über Stimme und Sprache. Sehr zu begrüßen sind die Vorträge von Anna Plothow über Frauenberufe. Im Vergleich mit diesen hauptsächlich kulturellen Vorträgen ist die Geschichteund Politik etwas zu kurz gekommen. Dr. Paul Rohrbach hat zwei Vorträge über Weltwirtschaft, Weltpolitik und Weltkrieg angekündigt, Axel Schmidt acht Vorträge über Rußland, Dr. phil. Ilse Reicke acht Vorträge über „Die Weltgeschichte von 1871—1914". Was die Lessing-Hochschule bietet, ist zweifellos ein ganz hervorragendes Programm, aber wir vermissen darin den Pulsschlag der Zeit, ein Eingehen auf die großen Fragen, die heutzutage jeden Deutschen beschäftigen sollen. (Abgesehen von den Vorträgen von Rohrbach, Schmidt und Dr. Ilse Reicke.) Eines der wichtigsten Probleme, das die nächsten Jahre nach dem Kriege beschäftigen wird, ist innerpolitisch die Herstellung des inneren Friedens zwischen den einzelnen politischen Parteien, insbesondere zwischen der Arbeiterschaft und dem Bürgertum. Außerpolitisch werden wir uns auseinanderzusetzen haben mit der Welt des Orients. Wie ist unsere Stellung zum Islam, zum Chinesentum? Wie steht es mit der Philosophie der Chinesen, mit dem Seelenleben des Inders und Japaners? Die Lessingschule würde sich ein großes Verdienst erwerben, wenn sie an Stelleder allgemeinen wissenschaftlichen Vorträge, die zu jeder Zeit zeitgemäß sind, sich mit diesen neueren Fragen beschäftigen und die Aufmerksamkeit ihrer Hörer darauf lenken wollte.

Digitized by Google

Neuerscheinungen

Deutschland und der Weltkrieg. Das monumentale Werk, das vor Jahresfrist von Otto Hintze, Friedrich Meinecke, Hermann Oncken und Hermann Schumacher herausgegeben, bei B. G. Teubner erschienen ist, erlebt nun schon seine zweite Auflage. Die beiden Bände sind stärker geworden, weil das Eintreten der Türkei, Italiens und Bulgariens neu verarbeitet ist, auch darum, weil mancherlei Unebenheiten der ersten Ausgabe zu berichtigen waren. Besonders bemerkenswert ist, daß der Pressefeldzug in seiner Bedeutung für den Krieg so richtig und so hoch eingeschätzt wurde, daß ihm ein besonderes Kapitel gewidmet wurde. Daß unsere akademischen Historiker sich dieser Erkenntnis nicht zu verschließen vorurteilslos genug waren, eröffnet für die Zukunft die Aussicht, daß auch wir späterhin das so lange vernachlässigte Gebiet der öffentlichen Meinung achtsamer im Auge haben, als es bisher geschah. Das erfreulichste bei der Neuausgabe bleibt freilich, daß ein so ernstes, sachliches und gar keine Zugeständnisse an das Unterhaltungsbedürfnis machende Werk im 10.—15. Tausend hinausgehen kann. Wir buchen auch diese Tatsache als eines der gewichtigsten Anzeichen für den geistigen Anteil des Volkes an den Ereignissen des Krieges.

Karl Larsens Aufsätze über seine Eindrücke aus dem Krieg Deutschlands und Österreichs werden aus dem Dänischen übersetzt unter dem Titel „Arbeit — Dienst", von Erich Reiß Verlag, Berlin, herausgegeben. Sie entwerfen Bilder von der Front und wollen im übrigen dem deutschen und österreichischen Geist nahekommen. Sie suchen diesen Geist aus den Taten, der Gesinnung, dem Willen, und finden ihn in der Ordnung, in der Reinlichkeit, in der Vereinigung von common sense und Idealismus und Doktrinismus, die den deutschen Geist ausmachen, in der Arbeitslust, Gewissenhaftigkeit und Selbstbeherrschung, die den Charakter bestimmen. Ihr Blick umfaßt die Einwirkungen des Krieges auf das ganze Volk, den Schmerz und die Größe in Deutschlands Leistungen für den Krieg.

Dr. Richard Berger, Fraktionsspaltung und Parteikrisis in der deutschen Sozialdemokratie. Keine andere der politischen Parteien Deutschlands ist durch den Weltkrieg derart in ihren Grundfesten erschüttert worden, wie die deutsche Sozialdemokratie. Weder die Mehrheit noch die Minderheit der Reichstagsfraktion zeigt ein einheitliches Gepräge, finden sich doch in der Mehrheit Leute wie Lensch, der früher zu den Radikalen sich zählte, in der Minderheit dagegen Leute wie Bernstein, der früher als Revisionist galt. Um es jedem zu ermöglichen, sich ein selbständiges Urteil über die Entwickelung dieser Parteikrisis zu bilden, hat Verfasser dieses Buches sich die Aufgabe gestellt, das bald da und dort sich findende Material über die Sozialdemokratie im Weltkriege aus der sozialdemokratischen Tagespresse, sozialistischen Zeitschriften und Broschüren herauszuheben und zusammenzustellen, insofern es von Wert für die gegenwärtige Entwickelung der Partei erscheint. Die Stoffsammlung erstreckt sich bis etwa zur Mitte des Jahres 1916, ihre Fortführung dürfte sich empfehlen. Das Buch erscheint im Volksvereinsverlag München-Gladbach.

Digitized by Google

Literatur

Das deutsche Warenbuch. Was das „Deutsche Warenbuch" will, sagt Avenarius in dem Vorwort: „Das Warenbuch sieht seine Sendung darin, ein zuverlässiger Berater beim Kauf von gediegenem, schönem und gutem Hausrat zu sein." Vom Werden des Buches in breitester Öffentlichkeit zu reden, scheint um so mehr nötig, als bereits der Versuch unternommen wurde, es in Verruf zu bringen.

In einer Besprechung, zu der Vorstandsmitglieder des Dürerbundes und des Deutschen Werkbundes vor etwa sieben Jahren zusammengekommen waren, stellte sich heraus, daß jede der beiden Organisationen den Plan erwog, zur Bekämpfung minderwertiger Waren und zur Hebung des deutschen Geschmackes eine „Vertriebsstelle" für deutsche Qualitätsarbeit (gediegene Arbeit) ins Leben zu rufen. Man kam zunächst überein, eine solche Einrichtung gemeinsam zu schaffen, um einen doppelten Kräfteverbrauch zu vermeiden. Weitere Verhandlungen hatten dann das Ergebnis, daß dem Dürerbund allein die Lösung der Angelegenheit übertragen wurde, da der andere Verband erst einer Reihe anderer Arbeiten sich zuwenden wollte. Die „Gemeinnützige Vertriebsstelle deutscher Qualitätsarbeit", vom Dürerbund zum Leben erweckt, ist zu Hellerau bei Dresden im Herbst 1912 eröffnet worden. Es hat ihr gleich von Anfang an nicht an heftigen Widersachern gefehlt. In mehr oder weniger lebhaften Auseinandersetzungen mußte die Frage einer Klärung unterzogen werden, ob Kaufmannschaft und Handel, wie sie befürchteten, von der Hellerauer Vertriebsstelle Schaden zu erwarten hätten. Es stellt dem Geiste, der in den leitenden Kreisen deutscher Händlerverbände herrscht, ein gutes Zeugnis aus, daß es gelang, sich mit ihren Beauftragten friedlich zu einigen. Im Sommer 1913 wurde zu Eisenach eine aus Vertretern der Händlervereinigungen und des Dürerbundes sich zusammensetzende Genossenschaft gegründet. Diese, die „Dürerbund-Genossenschaft", konnte ihren Namen bald erweitern und sich „Dürerbund-Werkbund-Genossenschaft" nennen, da der Deutsche Werkbund sich zur Mitarbeit gern bereit fand. Als Organ der „Dürerbund-Werkbund-Genossenschaft" für die in dieser vertretenen Gebiete — bis jetzt: keramische (Töpferei-) und sogenannte Luxuswaren-Industrien — wirkt die Hellerauer Vertriebsstelle. Der Verwirklichung von Gedanken und Forderungen, wie das Programm der Dürerbund-Werkbund-Genossenschaft sie vertritt, galt auch die Münchener Gewerbeschau des Jahres 1912 wie das Wirken des „Münchener Bundes". Die führenden Mitglieder dieser Gemeinschaft entschlossen sich, zusammen mit der Dürerbund-Werkbund-Genossenschaft zu raten und zu taten. Ausschüsse zur Prüfung von Warenerzeugnissen, die nunmehr gebildet wurden, setzen sich zusammen aus Beauftragten der Händlerschaften und der beiden Bünde. Die Rechte, die den Vertretern zukommen, sind völlig gleiche. Bei etwaigen Meinungsverschiedenheiten können also die Abgesandten der Händler durch ein Zusammen-

Digitized by Google

gehen der Delegierten des Dürerbundes und des Werkbundes überstimmt werden. „Eine derartige Einrichtung", so sagt das Vorwort, „schien allen Teilen geboten, um dem Publikum jeden Zweifel daran zu nehmen, daß hier nicht etwa irgendwelche geschäftlichen Interessen bei der Auswahl entschieden. Aber bei der praktischen Arbeit zeigte sich, was jedenfalls für die Aussichten solcher Verbündungen überhaupt außerordentlich erfreulich ist: es kam zwischen „Händlern", „Dürerbündlern" und „Werkbündlern" in keinem einzigen Falle zu unvereinbaren Meinungsverschiedenheiten... Die Vertreter der einzelnen Berufskreise haben sich gegenseitig angeregt und aneinander gebildet, aber bis auf ganz nebensächliche Fälle wurden alle Beschlüsse in voller Einmütigkeit gefaßt."

Das Werk der Prüfungsausschüsse ist nun das „Deutsche Warenbuch". Wer ohne Vorurteil die Geschichte seiner Entstehung und Herkunft betrachtet, wird Zweifel, ob es sich bei ihm nicht doch um irgendein verkapptes „Reklame"-Unternehmen handelt, aufgeben und die Überzeugung gewinnen, daß diese Veröffentlichung berufen ist, dem Käufer ein unparteiischer Berater zu sein. Diesem wird in dem Bande auf über zweihundertfünfzig Tafeln eine Sammlung von mustergültigen Massenwaren, wie der Hausbedarf sie verlangt, vorgeführt. Das Warenbuch ist „ein bilderreiches Verzeichnis der brauchbarsten, gediegensten und schönsten Massenwaren unserer Zeit, eine stets sich erweiternde und steigernde Sammlung des Besten, das auf diesem Gebiete erreichbar ist: durch die Verwendung guter Werkstoffe, verlässigste Arbeit und zweckmäßigste Formgebung. Allgemein mag gesagt werden: Nicht jedes Stück, das man auf den Bildertafeln findet, stellt schon eine restlos glückliche Lösung dar. Manches bedeutet erst Anfang, Vorsatz, aber doch auch Gewähr dafür, daß später einmal Vollendetes erreicht werden kann und wird. Wer sachlich zu werten sich bemüht, wird einräumen, daß viel Gutes und Schönes zu sehen und zu kaufen ist. Die erste Auflage des Warenbuches bezeichnet sich selbst als Kriegsausgabe. Daß sie mitten in dem furchtbarsten Kampfe, den unser Volk je zu führen hatte, herausgebracht wurde, ist ein Zeichen unserer wirtschaftlichen Kraft wie unseres Willens zur kulturellen Arbeit. Der Band wendet sich nicht an einzelne wenige Stände oder Kreise: er will zu allen sprechen, allen dienstbar sein, die die Verbreitung guter deutscher Waren zu fördern bereit sind.

Dipl.-Ing. O. E. Sutter

Zur gefl. Beachtung! Wir möchten nicht verfehlen, unsere Leser auf den einem Teile der heutigen Auflage beiliegenden Prospekt des Verlages Ernst Heinrich Moritz in Stuttgart besonders aufmerksam zu machen.

Nachdruck aus dem Inhalt unter genauer Quellenangabe gestattet.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Weimar. Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

1. Jahrgang • 20. Oktober 1916 • Heft 43

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Bismarck über Politik und Diplomatie

Lesefrüchte von Professor Dr. E. Jäckh

Wenn man die Theorie, welche der Generalstab mir gegenüber zur Anwendung brachte und die auch kriegswissenschaftlich gelehrt werden soll, so ausdrücken kann: der Minister der Auswärtigen Angelegenheiten kommt erst wieder zum Wort, wenn die Heeresleitung die Zeit gekommen findet, den Janustempel zu schließen — so liegt schon in dem doppelten Gesicht des Janus die Mahnung, daß die Regierung eines kriegführenden Staates auch nach anderen Richtungen zu sehen hat, als nach dem Kriegsschauplatze. Aufgabe der Heeresleitung ist die Vernichtung der feindlichen Streitkräfte; Zweck des Krieges die Erkämpfung des Friedens unter Bedingungen die der von dem Staate verfolgten Politik entsprechen. Die Feststellung und Begrenzung der Ziele, die durch den Krieg erreicht werden sollen, die Beratung des Monarchen in betreff derselben, ist und bleibt während des Krieges wie vor demselben eine politische Aufgabe, und die Art ihrer Lösung kann nicht ohne Einfluß auf die Art der Kriegführung sein. Die Wege und Mittel der letzteren werden immer davon abhängig sein, ob man das schließlich gewonnene Resultat oder mehr oder weniger hat erreichen wollen, ob man Landabtretungen fordern oder auf solche verzichten, ob man Pfandbesitz und auf wie lange gewinnen will. Noch schwerer wirkt in gleicher Richtung die Frage, ob und aus welchen Motiven andere Mächte geneigt sein könnten, dem Gegner zunächst diplomatisch, eventuell militärisch beizustehen, welche Aussicht die Vertreter einer solchen Einmischung haben, an fremden Höfen ihren Zweck zu erreichen, wie die Parteien sich gruppieren würden, wenn es zu Konsequenzen oder zu einem Kongreße käme,

Digitized by Google

ob Gefahr vorhanden, daß aus der Einmischung der Neutralen sich weitere Kriege entwickeln. Namentlich aber zu beurteilen, wann der richtige Moment eingetreten sei, den Übergang vom Kriege zum Frieden einzuleiten, dazu sind Kenntnisse der europäischen Lage erforderlich, die dem Militär nicht geläufig zu sein brauchen, Informationen, die ihm nicht zugänglich sein können. Die Verhandlungen in Nikolsburg 1866 beweisen, daß die Frage von Krieg und Frieden auch im Kriege stets zur Kompetenz des verantwortlichen politischen Ministers gehört und nicht von der technischen Armeeleitung entschieden werden kann; der kompetente Minister aber kann dem Könige nur dann sachkundigen Rat erteilen, wenn er Kenntnis von der jeweiligen Lage und den Intentionen der Kriegführung hat.

*

Ich habe mich überzeugt, daß aus dem Zuschauerraum die politische Welt — nicht bloß die auf den Brettern, die die Welt bedeuten — anders aussieht, als wenn man hinter die Kulissen tritt, und daß der Unterschied nicht bloß an der Beleuchtung liegt. Ich habe an mir selbst wahrgenommen, daß man die Politik anders beurteilt, solange man als Dilettant ohne das Gefühl schwerer persönlicher Verantwortlichkeit, etwa in den Mußestunden, die die anderweitige Berufsart zuläßt, an ihr mitwirkt, als wo man im Gegenteil einer vollen Verantwortung für die Folgen jedes Schrittes, den man tut, sich bewußt ist.

*

Ich muß daran erinnern, daß die Gelehrten gerade in der Regel, obschon Ausnahmen da sind, den Beruf zur praktischen Diplomatie nicht in hervorragender Weise betätigt haben. Die Arbeit des Diplomaten, seine Aufgabe besteht in dem praktischen Verkehr mit Menschen, in der richtigen Beurteilung von dem, was andere Leute unter gewissen Umständen wahrscheinlich tun werden, in der richtigen Erkennung der Absichten anderer, in der richtigen Darstellung der seinigen; ich möchte sagen, persönliche Liebenswürdigkeit und Menschenkenntnis wirken dabei oft viel mehr. Wir haben ziemlich viel ungelehrte Diplomaten gehabt, die doch faktisch die leistungsfähigsten waren.

*

Die Auffassungen des Herrn Vorredners über die europäische Politik erinnern mich an diejenigen eines Bewohners der Ebene, welcher zum

Digitized by Google

ersten Male eine Bergreise macht. Wenn er einen Gipfel vor sich sieht, so scheint ihm nichts leichter, als ihn zu ersteigen. Er glaubt nicht einmal, eines Führers zu bedürfen, denn der Berg liegt unmittelbar vor ihm, und der Weg dorthin ist anscheinend ohne Hindernis. Macht er sich nun auf den Weg, so stößt er bald auf Schluchten und Abhänge, über welche die beste Rede nicht hinweghilft.

*

Wir können die Geschichte der Vergangenheit weder ignorieren, noch können wir die Zukunft machen; und das ist ein Mißverständnis, vor dem ich auch hier warnen möchte, daß wir uns nicht einbilden, wir können den Lauf der Zeit dadurch beschleunigen, daß wir unsere Uhren vorstellen. Wir können das Reifen der Früchte nicht dadurch beschleunigen, daß wir eine Lampe darunter halten, und wenn wir nach unreifen Früchten schlagen, so werden wir nur ihr Wachstum hindern.

*

Die auswärtige Politik ist nicht ein Gewerbe der Art, daß sie unbedingt die vorhergehende Veröffentlichung aller ihrer Phasen verträgt.

*

Es ist ein gefährlicher Irrtum, aber heute so weit verbreitet, daß in der Politik dasjenige, was kein Verstand der Verständigen sieht, dem politischen Dilettanten durch naive Intuition offenbar wird.

*

Wir verlangen bei uns für jede amtliche Funktion, z. B. für Justiz, ja für den Dienst des Unteroffiziers und jeden anderen, Prüfungen, praktische Vorbildung, schwere Examina, aber die hohe Politik[1] die kann jeder treiben, zu der fühlt sich jeder berufen, und es ist nichts leichter, als auf diesem jeder Konjunktur offenen Felde mit einiger Sicherheit im Auftreten alles mögliche mit großer Scheinbarkeit zu behaupten; um einen falschen Gedanken mit Erfolg zu widerlegen, muß man bekanntlich ein

[1] Der gleiche Gedanke ist von Kiderlen-Wächter einmal in folgender Form gegeben worden:

Der Arzt, Jurist und Advokat
Erlernt sein Fach von früh bis spat;
Doch was der Diplomat auch schaffe —
Es weiß es besser jeder Laie.

Digitized by Google

ganzes Buch schreiben, und den, der den Ausspruch getan hat, überzeugt man doch nicht.

*

Politik ist weniger Wissenschaft als Kunst; sie läßt sich nicht lehren, man muß dafür begabt sein. Der beste Rat nützt nichts, wenn er nicht in der richtigen Weise und je nach den Umständen ausgeführt wird. Das ist gerade wie beim Reiten. Sie können einem Reiter in der Bahn die besten Hilfen zurufen; wenn er es nicht in sich hat und sie nicht der Natur seines Pferdes gemäß ausführt, wird es ihm nichts nützen, und schließlich wird der Gaul ihn abwerfen.

*

Die Kritik ist bekanntlich leicht und die Kunst ist schwer. Die Politik ist keine Wissenschaft, wie viele der Herren Professoren sich einbilden; sie ist eben eine Kunst, sie ist ebensowenig eine Wissenschaft, wie das Bildhauen und das Malen. Man kann sehr scharfer Kritiker sein und doch kein Künstler, und selbst der Meister aller Kritiker, Lessing, würde es nie unternommen haben, einen Laokoon zu machen.

*

Das lernt sich in diesem Gewerbe recht, daß man so klug sein kann wie die Klugen dieser Welt und doch jederzeit in die nächste Minute geht wie ein Kind ins Dunkle.

*

Die hohe Politik machen, ist ungefähr dasselbe — wie das Wetter machen. Sie reibt den Körper auf und macht schlaflose Nächte. Ich kann noch heute keine Stunde ruhig schlafen, wenn ich nachdenke, wie manches hätte werden können.

*

Man bleibe, solange man lebe, stets im Zweifel über die eigenen Leistungen; erst die Kinder oder Enkel des Politikers könnten Genugtuung oder Betrübnis über das von ihm Erreichte empfinden. Die Politik sei kein Geschäft, wie jedes andere. Der Bankier, wenn er an der Börse sein Geschäft gemacht habe, könne seinen Vorteil sofort in Mark und Pfennigen berechnen, sich vergnügt die Hände reiben, und seinen Champagner trinken; in diese angenehme Lage kommt der Politiker niemals. Er werde stets von der Ungewißheit darüber heimgesucht, ob das, was er leiden-

Digitized by Google

schaftlich als Patriot für sein Land erstrebt und erwirkt habe, ob es auch wirklich das richtige sei und ob es nicht doch schließlich Unheil nach sich ziehen könne. Volle Klarheit darüber habe er niemals, [illegible] habe auf dieser Seite eine gewisse Ähnlichkeit mit der Forstwirtschaft. An irgendeiner Forstschule steht die Inschrift: „Wir ernten, was wir nicht gesät haben; und wir säen, was wir nicht ernten werden." Das definitive Resultat des Politikers sei niemals auf Jahr und Tag erkennbar. Der General sei in besserer Lage als der Staatsmann. Wenn er eine Schlacht gewonnen habe, so könne er das noch am selben Tage ganz zweifellos feststellen. Das sei bei dem Politiker niemals möglich, er könne nach dem Abschluß eines anscheinend noch so glänzenden Geschäftes nicht mit Sicherheit keinen Saldo zu Buch bringen, das sei ihm nicht einmal nach einem so brillanten Friedensschlusse wie dem Frankfurter möglich gewesen.

*

Es ist in der Politik viel leichter, sich zu sagen, was man erreichen muß, als sich zu sagen, was man tun muß. Gewisse Grundsätze der Ehrlichkeit und der Tapferkeit untersagen uns da manches, wie dem Manne verboten ist, gewisse Felder zu betreten. Aber ganz etwas anderes ist die Entschließung darüber, was geschehen soll, und darüber kann niemand eine sichere Voraussetzung haben, denn die Politik ist eine Aufgabe, mit der eigentlich nur die Schiffahrt in unbekannten Meeren eine Ähnlichkeit hat. Man weiß nicht, wie das Wetter, wie die Strömung sein wird, welche Stürme man erlebt. In der Politik kommt noch hinzu, daß man fortwährend von den Freunden abhängig ist, auf die man gerechnet hat, und daß man nie vollständig selbständig handeln kann. Wenn die Freunde, auf die man gerechnet hat, ihre Ansicht ändern, so ist der ganze Plan mißlungen. Also positive Unternehmungen in der Politik sind außerordentlich schwer.

*

Die Sprache sei dazu da, um die Gedanken zu verbergen, war einer seiner blücklicher Grundsatz, d. h. die Lüge ein Prinzip. Solle man die Lüge, die jeden Stand schädigt, einen der vornehmsten Stände schmähen und seine Glieder zu Schuften erniedrigen?

*

Digitized by Google

Das Lügen habe ich auch als Diplomat nicht gelernt.

*

In den meisten Fällen ist eine offne und ehrliche Politik erfolgreicher als die Feinspinnerei früherer Zeiten, aber sie bedarf, wenn sie gelingen soll, eines Maßes von persönlichem Vertrauen, das leichter zu verlieren als zu erwerben ist.

*

Mein Ideal für auswärtige Politik ist die Vorurteilsfreiheit, die Unabhängigkeit der Entschließungen von den Eindrücken der Abneigung oder der Vorliebe für fremde Staaten und Regenten.

*

Sympathien und Antipathien in betreff auswärtiger Mächte und Personen vermag ich vor meinem Pflichtgefühl im auswärtigen Dienste meines Landes nicht zu rechtfertigen, weder an mir, noch an anderen: es ist darin der Embryo der Untreue gegen den Herrn oder das Land, dem man dient. Die Interessen des Vaterlandes dem eigenen Gefühl von Liebe oder Haß gegen Fremde unterzuordnen, dazu hat meiner Ansicht nach selbst der König nicht das Recht, hat es aber vor Gott und nicht vor mir zu verantworten, wenn er es tut, und darum schweige ich über diesen Punkt.

*

Bündnisse sind der Ausdruck gemeinsamer Interessen und Absichten.

*

Was sind Verträge? Wenn man muß.

*

Jemand, der die Situationen und die Fragen, mit denen er sich zu beschäftigen hat, an jedem Tage, in jedem Jahre wiederholt wechseln sieht, kann unmöglich unter verschiedenen Umständen immer dasselbe tun.

*

Konsequenz für einen Politiker, für einen Staatsmann ist um so leichter, je weniger politische Gedanken er hat. Wenn er nur einen hat, ist es Kinderspiel, und wenn er den immer wieder hervorbringt, so ist er der Konsequenteste.

*

Was der Herr Vorredner unter Volkspolitik versteht — ein Wort stellt

Digitized by Google

bekanntlich zur rechten Zeit sich ein — so weiß ich nicht, versteht er darunter die öffentliche Meinung, die im Jahre 1866 in Adressen uns bestürmte, diesen Krieg nicht zu führen — versteht er darunter die Verweigerung der Mittel, diesen Krieg zu führen? Das war Volkspolitik, wenn die Sache irgendeinen Begriff hat, und ich glaube, man weiß es uns Dank, daß wir damals die Sache besser verstanden haben, wie diese Volkspolitik.

Die „englische Krankheit“

Von Axel Schmidt

Kürzlich war G. Bernhard in der „Vossischen Zeitung“ lebhaft dafür eingetreten, Polens Schicksal nicht jetzt schon definitiv zu gestalten, da es möglicherweise das Kompensationsobjekt für die deutsch-russischen Verhandlungen bilden werde. Bei dieser Gelegenheit zitierte er das Wort des Fürsten Andronnikow im „Gol Russ.“ „Wenn wir die Kompensationen kennen würden, so ließe sich über Polen reden.“ Dieser Artikel von Bernhard hat in der „Rjetsch“ eine Erwiderung gefunden, die höchst interessant ist, weil in ihr die russischen Kompensationsforderungen für Polen klipp und klar genannt werden. Freilich dürfte die Antwort ein wenig anders ausgefallen sein, als die Anhänger einer deutsch-russischen Wiederannäherung die Sache auszumalen lieben.

Ich lasse jetzt den Artikel der „Rjetsch“ folgen, dem ich einige Schlußbemerkungen anfüge:

„Bekanntlich haben sich in Deutschland deutlich zwei große Strömungen gebildet: eine „westliche“ und eine „russophile“. Während die eine die Idee einer Versöhnung und späteren Annäherung Deutschlands an England und Frankreich propagiert, zieht die andere eine „russische Orientierung“ der deutschen auswärtigen Politik vor.

Im allgemeinen glaubt man, daß die russophile Partei in Deutschland sich ausschließlich aus Konservativen rekrutiert. Gegenwärtig kann man aber an der Hand von Tatsachen beweisen, daß die „russophilen“ Tendenzen allmählich auch in Kreise dringen, die am wenigsten an einer künstlichen Unterstützung der agrar-konservativen Übermacht in Deutschland interessiert sind. So verficht z. B. der Leitartikler der „Vossischen Zeitung“, Georg Bernhard, in den Spalten dieser Zeitung systematisch den Ge-

Digitized by Google

[illegible], daß es notwendig sei, „mit Rußland Krieg zu führen, um mit ihm zu einer Einigung zu kommen". Analoge Betrachtungen [illegible] sich sogar auch in der sozialistischen Presse. Wilhelm Jansson, ein [illegible] Vertreter der deutschen Arbeiterbewegung, veröffentlichte [illegible] einer Wochenschrift („Glocke") einen bemerkenswerten Artikel, [illegible] einer Widerlegung der „westlichen Illusionen" der deutschen Sozialdemokratie gewidmet ist. Jansson protestiert [illegible] die im Westen verbreiteten Vorurteile in bezug auf die „russische [illegible]" für die europäische Kultur und Freiheit. Jansson sagt, daß die [illegible] Angelegenheiten Rußlands Sache der Völkerschaften [illegible] selbst seien. Die augenblickliche russische Staatsform sei etwas [illegible] Vorübergehendes. Die Völkerschaften Rußlands dagegen [illegible] stetige Werte, ihnen gehöre die Zukunft, während England nur die Vergangenheit gehöre. Eine Freundschaft mit Rußland sei deshalb für Deutschland von ungeheurem Wert. „Eine Freundschaft mit Rußland" schließt Jansson, „würde Deutschland einen dauerhaften Frieden und der deutschen Volkswirtschaft ein ihr jetzt mehr als je notwendiges Betätigungsfeld sichern."

Die deutsche „Neo-Russophilie" verdient zweifellos die aufmerksamste Beachtung. Es läßt sich nicht leugnen, daß eine derartige Stellung des [illegible] deutschen Problems, die in ihrer Vereinfachung nicht hinter den „[illegible] Illusionen" der deutschen Sozialdemokratie zurücksteht, in [illegible] Teil der russischen Gesellschaft noch bis zum heutigen [illegible] Vertrauen aufgenommen wird. Die Anhänger dieser Anschauung [illegible], daß keine Reibungsflächen vorhanden seien; unser einziger Streitpunkt mit Deutschland, die polnische Frage, lasse eine [illegible] zu; und über alles andere könne man sich wirklich, [illegible] man Kriege miteinander geführt habe, einigen". Nun ist es aber [illegible] klar, daß, sogar unabhängig von der polnischen Frage, diese [illegible] Stimmung sich nur dank der Nebelhaftigkeit und Allgemeinheit des Ausdrucks „alles andere" am Leben erhalten kann. Es genügt den konkreten Inhalt dieser zwei Worte aufzudecken, und es zeigt sich, daß „alles andere" nicht nur das Schicksal des Baltikums und die Zukunft Österreichs umfaßt, sondern zuerst und vor allem — die orientalische Frage. Es gab im Frühling dieses Jahres einen Augen-

Digitized by Google

blick, wo man in Deutschland unter dem Einfluß unserer Siege in der Türkei sehr nüchtern und ruhig über die orientalische Frage nachzudenken begann. Die berühmten „drei B“ verschwanden aus den Spalten der deutschen Presse.

Viele einflußreiche Politiker und Publizisten erhoben ihre Stimme dagegen, daß man sich zu sehr von orientalischen Phantasmagorien verlocken lasse, und proklamierten die Losung „Zurück nach Europa!“ Das Auftreten Rumäniens aber, das plötzlich das Schwergewichtszentrum des Krieges verlegte, gab in Deutschland das Signal zur Wiedergeburt der früheren orientalischen Träume. Kürzlich fanden im deutschen Hauptquartier geheimnisvolle und vielsagende Beratungen mit dem Zaren Ferdinand von Bulgarien und mit Enver Pascha, dem Diktator der Türkei, statt. Die während dieser Beratungen getroffenen Beschlüsse werden geheim gehalten. Es ist aber bekannt, daß dort die endgültige „Konsolidierung“ des deutsch-bulgarisch-türkischen Bündnisses erreicht worden ist. Irgendwelche neue Vereinbarungen haben also die geschwächte Türkei endgültig zu einem Stützpunkt für den deutschen Einfluß im Orient und das unterworfene Bulgarien zu einem Durchgangshof für ihn gemacht.

Gerade zur rechten Zeit beginnt die „Frankfurter Zeitung“ eine Artikelserie über das „türkische Problem“ zu veröffentlichen, deren Lektüre allen empfohlen werden kann, die sich für die Fragen der östlichen Politik interessieren. Der wohlunterrichtete Autor dieser sehr inhaltreichen Überblicke ist weit entfernt von leichtsinnigem Optimismus. Im Gegenteil, er gibt die Anwesenheit einer immer mehr anwachsenden Opposition in der Türkei gegen deutsche Einmischungen in türkische Angelegenheiten zu und konstatiert, daß die Opposition die führenden politischen und intelligenten Kreise ergreift. Der Verfasser verbirgt seine Befürchtungen über die Dauerhaftigkeit des deutsch-türkischen Bundes nach dem Kriege nicht. Dieses veranlaßt ihn jedoch nicht, auf die Aufgaben der deutschen Politik im nahen Osten zu verzichten, sondern neue Formen und Mittel zu ihrer Verwirklichung zu suchen. Mit derselben lobenswerten Unparteilichkeit gedenkt er der Methoden des englischen Imperialismus und rät Deutschland beharrlich, bei England zu lernen. „Die Annahmen, daß das britische Kolonialreich zerfallen würde, — schreibt er — haben sich

Digitized by Google

als fehlerhaft erwiesen. Kanada und Australien hätten die Freiheit bekommen können, wollten sie aber nicht. Wir könnten an diesem Beispiel lernen. Wir können und wollen die Türkei nicht erobern, um über sie, wie über ein unterworfenes Land, zu herrschen. Aber wir müssen mit der Türkei ein politisches Leben leben, wie Alt-England es mit Australien lebt, dessen Soldaten für die englische Sache kämpfen und auf dessen Werften Schiffe für die englische Flotte gebaut werden. Wir haben es nicht auf Stambul abgesehen, aber Pera-Galata muß zur Behausung des deutsch-türkischen Bundes werden, und die große Konstantinopeler Brücke — zum Eingang in unser Haus."

Wir werden noch Gelegenheit haben, auf das „türkische Problem" in der Beleuchtung der „Frankfurter Zeitung" zurückzukommen.

Heute haben wir es benutzt, um einen Teil des „alles anderes" zu zeigen, das zwischen Rußland und Deutschland steht. Die Wege der auswärtigen Politik Rußlands und Deutschlands berühren sich nicht nur in Polen und Kurland, sondern kreuzen sich in Konstantinopel."

Was folgt aus diesen Ausführungen?

Nach Ansicht der „Rjetsch" sind es außer Polen und dem Baltikum unsere beiden Bundesgenossen, Türkei und Österreich-Ungarn, die zwischen Deutschland und Rußland stehen. Das heißt doch nichts anderes, als daß Rußland seine Zukunft auf den Trümmern Österreich-Ungarns und der Türkei errichten will. Nun kann man ja sagen, daß Rußlands Kriegslage nicht derartig ist, daß es seine Forderungen so hoch spannen kann. Ganz richtig. Nur wäre es völlig verkehrt, daraus den Schluß zu ziehen, daß es bei einem aus Not geschlossenen Frieden auf seine bisherigen Absichten verzichten würde. Im Gegenteil. Bei der nächsten europäischen Krise würde es Deutschland ebenso in den Rücken fallen, wie es jetzt Italien und Rumänien getan haben. Will man in der Tat in ein gutes Verhältnis zu Rußland kommen, so muß man der Konsequenz nicht aus dem Wege gehen und die drei B aus der Politik des deutschen Volkes streichen. Ein Drittes gibt es nicht. Mit Rußland in Freundschaft leben und zu gleicher Zeit an dem Wiederaufbau der Türkei mitarbeiten wollen, hieße nichts anders als die Quadratur des Kreises suchen. All die Russenfreunde, von Prof. Hötzsch bis zu G. Bernhard,

Digitized by Google

haben sich bisher stets über die Stellungnahme zum Dardanellenproblem nicht sehr präzise ausgedrückt. Es würde daher die Diskussion wesentlich fördern, wenn einmal ihrerseits ein offenes Wort zu den russischen Wünschen auf Konstantinopel verlautbart würde. Denn ohne volle Klarheit über diesen Punkt scheint mir jegliche Debatte über die Notwendigkeit oder das Wünschenswerte einer deutsch-russischen Wiederannäherung völlig müßig zu sein, weil die Basis für die Verhandlungen fehlt. Selbst die Rückgabe aller Eroberungen würde nämlich unter keinen Umständen Rußland zu unserm Freunde machen, sofern dabei Konstantinopel nicht in seine Hände fiele. Daher ist es realpolitischer, daß wir Rußland, soviel es an uns liegt, in diesem Kriege schwächen, um es bei seinem nächsten Vorstoß gegen Konstantinopel leichter abfangen zu können. Schon die Absprengung von Polen, Littauen und des Baltikums würde zirka 15 Millionen Menschen nach Mitteleuropa hinüberziehen. Hierdurch würde, von allem andern abgesehen, wenigstens für die nächsten 10 Jahre der größere Geburtenüberschuß in Rußland (zirka 3 Millionen) wettgemacht werden.

Entschlösse man sich dagegen, Rußland Konzessionen zu machen, ohne unsere türkische Politik aufzugeben, so würde man wieder in den alten deutschen Erbfehler verfallen sein, sentimentale Politik zu treiben, die nirgendwo unangebrachter ist, wie bei Rußland.

Allein schon das Berühren des Dardanellenproblems ließ die Seifenblase der deutsch-russischen Wiederannäherung schnell zerplatzen, und dabei war noch gar nicht der „Zukunft Österreichs“ Erwähnung getan, die gleichfalls nach Ansicht der „Rjetsch“ zwischen Deutschland und England stehen soll. Doch genug davon. Wer sich seine politische Erkenntnis noch nicht durch Englandhaß hat stumpf werden lassen, dem wird schon das türkische Beispiel genügen, um die Brüchigkeit des deutsch-russischen Aussöhnungsplanes zu erzeigen. Wer aber, wie die „Deutsche Tageszeitung“, an der „englischen Krankheit“ leidet, dem ist so wie so nicht zu helfen.

Digitized by Google

Von der Macht des englischen Imperialismus

Von Professor Dr. Wilhelm Dibelius, Hamburg

Der Freiburger Anglist Friedrich Brie hat vor einigen Monaten bei Max Niemeyer in Halle ein Buch erscheinen lassen, das eigentlich nicht in den Rahmen dieser Zeitschrift gehört. Es ist eine fachmäßig gelehrte Untersuchung über „Die imperialistischen Strömungen in der englischen Literatur" (so lautet der Titel), welche reich an Tatsachen und Gedanken die imperialistische Entwicklung seit dem 15. Jahrhundert in der englischen Literatur verfolgt, sie nachweist in Lyrik, Drama, Geschichtschreibung und anderen Äußerungen der englischen Gedankenwelt und dabei ein erstaunlich reiches Material ausbreitet, sichtet und mit andern literarischen Strömungen zusammenbringt.

Aber auch für den nicht zum Fache gehörigen Leser, der in das Wesen des Engländertums tiefer eindringen möchte, wird dieses Buch doch von größtem Interesse sein. Hier wird zum erstenmal zusammenhängend und gründlich gezeigt, wie stark der imperialistische Zug die gesamte Gedankenwelt des Engländers durchdringt. Seit dem 16. Jahrhundert ist der Engländer sich bewußt, eine Nation höherer Art zu sein. Zuerst richtet sich der Anspruch Englands auf die Beherrschung der See. Um 1436 verlangt eine kuriose kleine Abhandlung in Versen „The Libell of English Police" zum erstenmal die Beherrschung des Kanals; von dem Rechte Englands, die See zu beherrschen, sind die führenden Engländer schon von Francis Bacon ab durchdrungen. Daneben tritt seit der Puritanerzeit mit staunenswerter Naivität, aber einer durch nichts zu beirrenden Hartnäckigkeit der Anspruch der Engländer auf, das auserwählte Volk Gottes zu sein. Vielleicht gehen diese englischen Ansprüche in ihrer Wurzel noch in ältere Zeit zurück. Italiener des 15. Jahrhunderts beobachteten bereits, — wie Heinrich Spies gezeigt hat — daß ein Engländer einem Fremden nichts Höheres sagen kann als: „Eigentlich verdient Ihr ein Engländer zu sein." Vertieft, geadelt und mit religiöser Glut durchtränkt hat diesen naiven nationalen Egoismus jedoch erst das Puritanertum, wie Brie eingehend nachweist: Überall, auch in Genf und in den kleinen deutschen Konventikeln haben die Kalviniſten dazu geneigt, ihre kleine Gemeinschaft oder ihre Kirche für das auserwählte Volk Gottes zu halten, das

Digitized by Google

in moderner Zeit im Besitze der Verheißung sei, die Gott dem auserwählten Volk des Altertums, den Juden gemacht hat. In England jedoch wurde aus den kleinen Puritanergemeinden unter Cromwell mit einem Male die herrschende Macht eines Großstaates. Der Puritaner des 17. Jahrhunderts glaubt in England seit seinem Aufstieg zur politischen Macht den Gottesstaat verwirklicht zu haben. Der Gegensatz der englischen Republik gegenüber den katholischen Mächten Frankreich und Spanien erhält die religiöse Weihe eines Gegensatzes zwischen dem Reich des Lichts und den Reichen der Finsternis. Es sind gerade die Großen und Tiefsten unter diesen Puritanern, welche den Gedanken vom Engländertum als einem auserwählten Volk und einer missionierenden Macht am schärfsten verkörpern. Besonders schlagende Beispiele führt Brie aus den Schriften von Milton an. Der Engländer Bonifatius habe den Deutschen das Christentum gebracht, der Engländer Wycliffe die Reformation; die Herrschaft der Puritaner in England sei ein Zeichen, daß von neuem eine göttliche Mission von England aus an die Völker geht. Nach Milton hat England die Aufgabe, den Nationen der Erde von den Säulen des Herkules bis zum Indischen Ozean die Freiheit wiederzugeben, die sie so lange verloren haben. Auch nach dem Sturze der Puritaner bleibt die puritanische Weltauffassung, wie in anderen Stücken, so auch hier Gemeingut der Nation. Brie zeigt uns, wie von Milton an bis in die Gegenwart der Gedanke des Imperialismus bei den geistig führenden Engländern seine Gewalt nicht verloren hat, um so mehr als er nicht nur im Herrschen besteht, sondern fast stets einen starken sittlichen Gehalt besitzt. Schon Ende des 17. Jahrhunderts, bei Cromwells Hofpoeten Edmund Waller, taucht der Gedanke des Asylrechts auf, der England dazu bestimmt, der Zufluchtsort der Unterdrückten zu sein, ein Gedanke, der bis heute lebendig geblieben und eigentlich erst während des Weltkrieges durch die Auslieferung der russischen Juden an die russische Wehrpflicht verletzt worden ist. Am stärksten ist der sittliche Gehalt des imperialistischen Idee bei Carlyle. Bei ihm steht weit weniger als je zuvor der Gedanke von Englands Rechten im Vordergrunde, und stärker als je zuvor der Gedanke von Englands Verpflichtungen gegenüber der Menschheit. Wir sehen weiter, wie der imperialistische Gedanke immer von den ersten und besten Engländern vertreten wird, von Carlyle, von Kingsley, von Tennyson, wie

Digitized by Google

er von ihnen dazu benutzt wird, um gegenüber der materialistischen Gewinnsucht des Durchschnittsengländers auf höhere Ziele zu weisen. Brie zeigt aber auch weiter, wie bei der großen Masse des Volks der Imperialismus mehr und mehr zu roher Überhebung entartet, wie oft auch gerade die feinsten und weichsten Dichterseelen mit einem Male angriffslustige Töne hören lassen, sowie die imperialistische Saite berührt wird. Schon der schönheitstrunkene Renaissancedichter Spenser redet von einer Pax Britannica[1], die England kraft seiner Herrschaft zur See allen Nationen zu bringen bestimmt ist — und fordert die rücksichtslose Ausrottung aller Iren. Im 18. Jahrhundert tritt der Handelsinstinkt in oft höchst unangenehmer Weise als Teil des imperialistischen Gedankens hervor. Ganz naiv verkündet der sonst so tränenreiche Dichter Young: „Parts (der Welt) are for Emperors, for her (Britannia) the whole[2]!" Der mystische Seher der frühen Romantik Blake ist sich mit dem revolutionären Pantheisten Swinburne in der Frage des Imperialismus völlig einig; dem letzteren — der sonst so fanatisch gegen allen Gottglauben kämpft — ist es sogar vorbehalten, in einer imperialistischen Hymne einen speziell englischen Gott zu entdecken. Der Robinson-Dichter Defoe setzt den englischen Kaufmann den besten Edelleuten der Welt gleich. Der Imperialismus wird einen Augenblick gehemmt durch die Entmutigung, welche der Abfall Amerikas mit sich bringt; unter dem Einfluß des Krimkrieges, sodann des Burenkrieges und selbstverständlich des Krieges mit Deutschland, welch letzterer von Brie nur andeutungsweise noch mit einbezogen wird, schwillt er dagegen zu einer immer mächtigeren Strömung an. Wie sich ein an russische Art gemahnendes grobes Ausdehnungsbedürfnis in den Köpfen der englischen Imperialisten mit idealen Zielen eint, zeigt am schlagendsten das Testament von Cecil Rhodes von 1877, wo der große Reichsgründer sein Vermögen einer geheimen Gesellschaft hinterlassen will, deren Ziel sein soll die Ausdehnung der englischen Herrschaft über die Welt. Besonders sollen durch britische Ansiedler kolonisiert werden: ganz Afrika, das Heilige Land, das Euphrattal, Kreta, ganz Südamerika, die gesamten Inseln des Stillen Ozeans, der ganze malaiische Archipel (also Holländisch-Indien!), die Küsten von China und Japan. Weiter geht

[1] Britischer Friede.

[2] Teile der Welt sind für die Kaiser, für Britannien das Ganze.

Digitized by Google

das Streben von Rhodes darauf hinaus, die Kolonien, dazu auch die Vereinigten Staaten mit England zu einem großen englisch sprechenden Gesamtorganismus zusammenzuschweißen. Endlich soll dieser Weltbund eine Macht schaffen, die groß genug sein wird, in Zukunft alle Kriege unmöglich zu machen und die besten Interessen der Menschheit zu fördern. Das alles ist, so schwer dem deutschen Leser dies begreiflich zu machen ist, durchaus ehrlich gedacht. Es gibt nur eine höchste Kultur, das ist die englische. Wenn sich ein ehrlicher englischer Imperialist die Frage vorlegt, ob England sein Weltreich wirklich mit den reinen Mitteln zustande gebracht hat, von denen die landläufigen Geschichtsbücher reden und ob England wirklich nur im Interesse der unterworfenen Nationen kolonisiert hat, so kann die Antwort nur verneinend lauten. Sofort aber werden alle Gewissensbisse durch die Erwägung besänftigt, das es schließlich immer zum Segen der unterworfenen Nation ausgeschlagen ist, wenn sie unter englische Botmäßigkeit kam. Ganz naiv sehen wir hier bei Cecil Rhodes, wie mit diesem Gedanken, der natürlich für Zulukaffern und Sudanvölker vollkommen richtig ist, auch die Erwerbung von Südamerika durch England, die Austreibung der Holländer aus ihrem Indien, der Franzosen aus ihrem Teile Ozeaniens als ein großes Kulturwerk aufgefaßt wird. Wer sich über englische Friedensbestrebungen immer entrüstete als über bloße englische Heuchelei, dem mag Cecil Rhodes über den wahren Zusammenhang die Augen öffnen: vollkommen ehrlich strebt das Engländertum nach dem Weltfrieden; es gibt aber nur eine Art von Weltfrieden, nämlich den, bei dem das Land der höchsten Kultur, also England, die allein ausschlaggebende und den Frieden sichernde Weltmacht ist. Damit ist keineswegs gesagt, daß die Staaten zweiten Ranges dann von England im englischen Interesse ausgesaugt werden sollten; im Gegenteil, man würde ihre Interessen auf alle Weise berücksichtigen, so lange sie nur in den wenigen, aber entscheidenden Punkten nachgeben, in denen Englands Machtinteressen den Vorrang verlangen. Mit welchen Gefühlen die nichtenglischen Völker einer Geheimgesellschaft gegenüberstehen würden, die mit allen Mitteln eines übermächtigen Kapitalismus die Pax Britannica befördern will, das ist einem Cecil Rhodes natürlich vollkommen gleichgültig.

Gegenüber den englischen Versuchen, Deutschland immer als die bewaffnete Macht hinzustellen, die auf Störung des Friedens bedacht ist,

Digitized by Google

wäre es eine lohnende Aufgabe, an der Hand von Bries Zusammenstellungen einmal die englischen Stimmen zu vereinigen, welche den Krieg verherrlichen. Es könnte ein interessantes Gegenstück zu Bernhardis Kriegsbuch geben, vor dem sich England vor sittlicher Entrüstung geschüttelt hat — nur daß der zu systematischem Denken so wenig geeignete Engländer unfähig ist, wie der Deutsche, Gedankengänge zu ihrem Ende zu führen, auch wo sie anfangen, unbequem zu werden. Aber auch aus der englischen Literatur lassen sich eine Menge von Stimmen der verschiedensten Jahrhunderte anführen, die den Krieg verherrlichen. Defoe sieht in ihm eine rasch wirkende Medizin, besser als ein unsicherer Friede, Burke nennt ihn das einzige Werkzeug der Gerechtigkeit unter den Nationen, Ruskin hält den Krieg für eine Gewissenspflicht, wenn die Ausbreitung der Herrschaft anderen Nutzen und Schutz bringt; er weiß, daß der Krieg die Völker stark macht, daß alle Nationen durch den Krieg erzeugt und durch den Frieden vernichtet werden. Sogar ein weichlicher Ästhet wie Oscar Wilde, feiert die Welteroberung, und ganz naiv erklärt einmal der Historiker Froude, daß der Krieg mit Rußland wahrscheinlich sei, denn die Engländer haben nun einmal Freude am Krieg, und Rußland sei die einzige Macht, gegen die England mit Aussicht auf Erfolg kämpfen kann! Schwerlich würde sich von einem bedeutenden deutschen Historiker eine Äußerung zitieren lassen, bei der die plumpe Naivität einer habgierigen Volksseele so plötzlich hervorbricht.

Interessant sind Bries Ausführungen über die letzte Phase des englischen Imperialismus. Der ethische Gehalt des imperialistischen Gedankens, der noch bei einem Eroberer wie Cecil Rhodes so überraschend hervortritt, ist in der letzten Generation im Schwinden begriffen. Beim Ausbruch des Burenkrieges fällt die moralische Hülle plötzlich ab, und der nackte Machtinstinkt des Angelsachsentums tritt hervor; denn hier, wo die Riesenmacht des Engländertums sich auf ein schwaches Völklein stürzt, obgleich es zum sittlichen Gedankeninhalt des Imperialismus gehörte, daß England dazu berufen sei, den Schwachen gegen den Starken zu schützen, hier, wo jedermann wußte, daß die englischen Goldgewinner und Finanzleute in Transvaal wahrhaftig nicht die Träger einer höheren Sittlichkeit waren als die patriarchalischen Buren, da gab es schlechterdings kein moralisches Mäntelchen. Aber trotzdem haben fast alle imperialistischen Dichter den

Digitized by Google

Burenkrieg mit Begeisterung verherrlicht. Die Wendung gegen [illegible] land ist den Engländern ebenfalls nicht leicht geworden. [illegible] Imperialisten hatten von Deutschland viel gelernt und [illegible], so Carlyle, Kingsley, Austin; interessant ist es, zu verfolgen, wie [illegible] Meredith allmählich die Bewunderung in Abneigung und [illegible] schlägt, und wie dann das Jahr 1914 ebenfalls eine Wendung [illegible] nur noch schroffer als der Burenkrieg sie mit sich brachte. Deutschland hier aber die Rolle, welche Belgien und die deutschen Gräuel [illegible] gleich Brie auf diesen Punkt nur andeutungsweise eingeht, [illegible] der britische Imperialismus ohne einen sittlichen Gehalt [illegible] er die Nation mit fortreißen soll, und wenn die Ereignisse selbst [illegible] nötigen Sporn geben, dann muß er durch die Presse künstlich [illegible] werden — und deshalb mußte Deutschland über [illegible] diese Gemeinheit niedergehen lassen, die in der Weltgeschichte einzig dasteht.

Vielen Lesern wird die gehaltvolle Untersuchung von Brie [illegible] darüber öffnen, wogegen wir kämpfen. Wir kämpfen nicht [illegible] lische Heuchelei oder Selbstüberhebung. Wäre dies der Fall, [illegible] nicht so schlimm. Wir kämpfen vielmehr gegen ein Dogma[1], das [illegible] von einer auserwählten englischen Nation, die, einer unverantwortlichen Persönlichkeit gleich, letzten Grundes kein Unrecht tun kann. [illegible] gegen eine Auffassung, die seit 300 Jahren jedes englische Kind mit der Muttermilch einsaugt, die hinter allen Äußerungen der nationalen Kultur, hinter dem Drama, der Lyrik, der Geschichtsschreibung, der Predigt, der Erziehung im letzten Hintergrunde steht, die gerade deshalb so gefährlich ist, weil sie von den besten, sittlich hochstehenden Engländern mit besonderer Inbrunst gepredigt wird und gerade bei den besten Engländern am stärksten ist. Es ist eine Kulturerscheinung, die ganz wie bei den Römern des Altertums und in moderner Zeit in China[2] und Rußland tiefe Werte in sich schließt, daraus ihre Stärke zieht und dadurch allen [illegible] Nationen gefährlich wird. Nur eins kann diesen Dünkel mit allen Gefahren, die er mit sich bringt, brechen: eine schwere Niederlage, die England dazu zwingt, aus seiner chinesischen Isolierung herauszutreten.

Aber nur eine schwere Niederlage kann die Gefahr beseitigen, die der [illegible]

[1] Glaubenssatz.

[2] Vergl. Otto Franke, „Deutsche Politik" vom 7. Juli 1910.

Digitized by Google

religiösen Dogma gewordene Dünkel des Engländers für alle anderen Völker in sich schließt. Gallipoli und Kut el Amara bedeuten in dieser Hinsicht gar nichts. Wer sich diese Dinge einmal klar gemacht hat, der wird auch nicht in leichtfertiger Schönfärberei glauben, daß England nur bis zum „letzten Franzosen" kämpfen oder aus Finanzgründen Frieden schließen wird. Die Möglichkeit hierzu bestand vielleicht zu Anfang des Krieges, als er noch im wesentlichen das Werk einzelner imperialistischer Gruppen war. Seit er ein Volkskrieg geworden ist — und das ist er seit Einführung der allgemeinen Wehrpflicht — kämpft der in jedem Engländer wohnende Machtinstinkt um Sein oder Nichtsein und ist zu allen Opfern bereit. Das sollten auch die nie vergessen, die bei der Frage, ob westliche oder östliche Orientierung einer späteren Friedenspolitik aus Verstandes- oder Gefühlsgründen die erstere vorziehen. Sie ist völlig ausgeschlossen, wenn England nicht seinen imperialistischen Dünkel opfert, und kein Volk gibt das Dogma eines Vierteljahrtausends preis, wenn nicht eine bittere Not es dazu zwingt.

„Neuorientierung"?

(„Recht, Verwaltung, Politik im Neuen Deutschland", herausgegeben von Dr. Alfred Bozi und Dr. Hugo Heinemann)

Vom Senatspräsidenten Dr. Strutz

„Noch ist der Krieg nicht zu Ende, noch sinken täglich unbezwingbar scheinende Mauern alter, ehrwürdiger Bauwerke in Schutt und Asche, und schon regen sich Hirne und Hände von Tausenden deutscher Männer und Frauen, um auf den Trümmerstätten des großen Zerstörers neue Werke zu errichten. Das ist nicht nur ein deutlicher Beweis von dem unerschütterlichen Glauben an die Überlegenheit der deutschen Waffen und dem festen Vertrauen auf den endgültigen Erfolg, sondern auch der lebendige Ausdruck des Bestrebens, die Lehren des gewaltigen Weltbebens in feste Formen zu prägen. Auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens finden sich Männer, die bemüht sind, die Stunde zu nützen und das, was im Kriegsgewitter sich als morsch und faul erwies, durch neue lebensfähige Triebe zu ersetzen. Vielleicht ist die Lösung des einen oder anderen aufgeworfenen Problems heute noch nicht möglich, vielleicht kommt die Reifezeit erst nach dem Kriege; aber für die Aussaat des alten

Digitized by Google

Saatkorns bewährter Ideen ist der Boden jetzt gelockert, und wer da wünscht, daß dieses Saatkorn recht bald zur Ähre der Praxis reift, der weiß, daß es besser ist, ein wenig zu früh, als zu spät aufzustehen".

Mit diesen Sätzen leitet Carl Severing seinen Aufsatz „Die Presse der Zukunft" in dem von Bozi und Heinemann bei Ferdinand Enke in Stuttgart herausgegebenen Buche „Recht, Verwaltung und Politik im Neuen Deutschland" ein. Sie enthalten zweifelsohne viel Wahres. Aber man kann doch zweifelhaft sein, ob der Boden für alle die ausgesäeten Saatkörner in der Tat schon jetzt gelockert ist, ob nicht recht vielen dieser Saatkörner für die Gestaltung der Verhältnisse nach dem Kriege ein Reifen zur Ähre nicht beschieden sein wird, und ob nicht aus der allzu frühen und allzu reichlichen Aussaat von Wünschen und Erwartungen auch das Unkraut reichlicher Enttäuschungen aufgehen wird. Es geht da, wie draußen auf dem Felde: nichts ist verhängnisvoller, als selbst an die der Ernte schon nahe Saat Erwartungen und Verheißungen einer überreichen Ernte zu knüpfen, ehe die Ernte in den Scheuern ist; sollten wir diese enttäuschende Erfahrung in diesem Jahre machen müssen, dann sind die verantwortlichen Stellen von der Mitschuld hieran nicht freizusprechen, die schon jetzt ihre Zusage, daß im Herbst eine erhebliche Verbesserung der Lebensmittelversorgung eintreten werde, um einige Monate hinauszuschieben genötigt sind. Wie zwischen dem Reifen der Früchte des Feldes und ihrer Verwertbarkeit für die menschliche Nahrung noch ein Zeitraum liegt, in dem die schönsten Hoffnungen noch zerstört werden können, so zwischen der Gegenwart und dem ach noch so fernen und ungewissen Ende des Völkerringens. Das aber ist die Kehrseite allzurosiger Hoffnungsfreudigkeit, daß ihr eine um so größere Gefahr der Enttäuschung droht. Und darüber soll man sich doch ja keinen Illusionen hingeben, daß, je länger der Krieg dauert, um so mehr Wasser in ihren Wein diejenigen werden gießen müssen, die von der Zeit nach dem Kriege die Erfüllung weitgehender Erwartungen auf eine völlige Verjüngung unseres öffentlichen Lebens erwarten. Jeder weitere Monat der Kriegsdauer vermindert schon die materiellen Grundlagen solcher Hoffnungen, zu deren Voraussetzungen eine neu erstarkte Volkswirtschaft und ein erträgliches Maß von öffentlichen Lasten gehört. Die „Lockerung des Bodens", die die Säeleute „bewährter Ideen" eine baldige Reifung zur Ähre der Praxis erwarten läßt,

Digitized by Google

sehen sie in erster Linie wohl in der erwarteten Reinigung der Atmosphäre [illegible] politischen Lebens und Kampfes durch den Krieg. Auch diese Erwartung gewinnt indes mit der Länge des Krieges nicht an Wahrscheinlichkeit. Von den schätzenswerten Kräften, die sich noch nicht durch die [illegible] des politischen Kampfes vor dem Kriege abgestoßen fühlten, [illegible] wird sicherlich wenig durch die jahrelange Dauer der Hinderung [illegible] Meinungsäußerung, der Aufhebung der verfassungsmäßigen [illegible] und Rechtsgarantien, der Ausschaltung nicht bloß der verfassungsmäßig für die vollziehende Gewalt berufenen und verantwortlichen Faktoren, sondern auch der Volksvertretung aus den einschneidendsten Gebieten der Gesetzgebung, und durch die Zurückhaltung, die sich die [illegible] während der Kriegsdauer, gerade wo es sich nicht um [illegible] und äußere Politik handelt, auferlegt hat, an dem Werte des [illegible] politischen Lebens irregeworden sein. Daß dem verständnisvollen [illegible] politisch weniger geschulter weiterer Kreise für die nach [illegible] zu lösenden innerpolitischen Probleme die durch jene Umstände [illegible] lange Stagnation eines freien innerpolitischen Lebens [illegible] verschuldet sein sollte, wird man allgemein auch kaum erwarten [illegible]. Aus den des politischen Kampfes noch nicht müden oder abgeneigten [illegible] endlich werden nicht wenige aus eben denselben Gründen, [illegible] aus dem Kriegszustand in die Friedenszeit einen, bei manchen [illegible] ihnen gegenüber begangene Mißgriffe und Härten verschärften, [illegible] Übernehmen, der wenig zur Milderung der künftigen politischen [illegible] beitragen wird.

[illegible] von Below und Heinemann unter dem Titel „Recht, Verwaltung [illegible] politischen Neuen Deutschland" gesammelten, untereinander in keinem [illegible] Zusammenhang stehenden 25 Einzelaufsätze verlieren sich im großen und [illegible] weniger wie viele andere ähnliche Veröffentlichungen in Utopien, [illegible] sie am allerwenigsten angebracht sind, solange es noch völlig im [illegible] steht, wann und wie der Weltkrieg enden und wie es dann im „Neuen Deutschland" aussehen wird. Allerdings auch mit gewissen [illegible] kommen, so, wenn Georg Bernhard eine einheitliche Einkommensteuer mit einer dem Reiche zufließenden, „für alle Einkommen, gleichgültig wie hoch sie sind und aus welcher Quelle sie fließen", gleichen „Reichsrate" und den Einzelstaaten zufließenden Zuschlägen nach der

Digitized by Google

Höhe und der Art des Einkommens fordert, ein Vorschlag, der nicht nur aus Gründen der Steuersouveränität der Einzelstaaten, sondern auch wegen seiner willkürlichen Auseinanderreißung der nur einheitlich zu beurteilenden und zu regelnden Gesichtspunkte einer hochentwickelten Einkommensteuer zwischen Reich und Einzelstaaten den unbedingtesten Widerspruch nicht nur der verbündeten Regierungen und ihrer Landtage, sondern auch eines noch nicht alle Grundsätze rationeller und gerechter Steuerpolitik verleugnenden Reichstags herausfordern müßte.

Weniger als dem Fehler der Aufstellung aller Voraussicht nach unerfüllbarer Zukunftsideale entgeht die Bozi-Heinemannsche Sammlung naturgemäß dem für jede solche Sammlung während des Krieges unentrinnbaren einer gewissen Lückenhaftigkeit. Zu den nach dem Kriege zu lösenden Problemen gehören in allererster Reihe auch solche, deren Erörterung zurzeit durch die Rücksichten auf den Krieg oder die diese überspannende, das wirklich rein militärische und außenpolitische Gebiet verlassende Zensur gehindert wird. Nicht notwendig daraus resultiert, es erklärt sich aber aus der politischen Richtung und Betätigung der Herausgeber und Mitarbeiter, daß die Arbeiterfragen verhältnismäßig denn doch einen noch über ihre unleugbare eminente Bedeutung hinausgehenden Raum einnehmen, worunter andere Probleme leiden. Was über die „Finanzwirtschaft im Deutschen Reiche" Bernhard auf 22 Seiten bietet, ist gewiß alles mögliche; aber was ist über ein solches noch nie dagewesenes Problem auf solchem Raum zu bieten?! Die Verfasser der Arbeiterfragen behandelnden Aufsätze haben mit Erfolg ihr bestes Wissen und Können diesen Fragen gewidmet. Da ist es erklärlich, daß sie den ihnen am Herzen liegenden, noch ungelösten Fragen eine überragende Wichtigkeit beimessen und dabei trotz aller Mäßigung Licht und Schatten nicht immer ganz gerecht verteilen. Von der zu einseitigen Betonung der Arbeiterinteressen gegenüber den auch berechtigten der Arbeitgeber macht eine Ausnahme Hoffmeister in seinem Beitrag „Einiges zur Landarbeiterfrage". Er verfällt eher in das entgegengesetzte Extrem. Von dem, was er gegen die Ausdehnung des Koalitionsrechts auf die Landarbeiter geltend macht, verdient allerdings der Gesichtspunkt des unwiederbringlichen Schadens eines Streikes der Landarbeiter für die Volkswirtschaft ernste Beachtung. Aber, wenn man ihnen im Interesse des Gemeinwohls ein den Industriearbeitern

Digitized by Google

gewährtes Mittel zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage vorenthalten wollte, wäre die Konsequenz die Verpflichtung des Staates, ihnen andere gleichwertige Sicherungen gegen die Übermacht der Arbeitgeber zu gewährleisten. Daß die Landwirtschaftskammern ausreichende Vertretungen auch der Arbeitnehmer wären, ist, wie die Dinge tatsächlich liegen, nicht zuzugeben. Weniger erklärlich als die Stellungnahme der die Arbeiterfragen behandelnden Mitarbeiter ist es, wenn Heinemann einen Vergleich zwischen der „Zaghaftigkeit und Zurückhaltung" in der Tätigkeit der Zivilbehörden und der „Sicherheit und Energie" der Militärbehörden bei ihrem Eingreifen in die heimische Volkswirtschaft zieht. Ihm als Rechtskundigen und Politiker durfte es nicht entgehen, daß er damit inkommensurable Dinge mit einander vergleicht, weil die Zivilbehörden an gesetzliche Schranken und Rechtskontrollen gebunden sind, die für die Militärbehörden das Belagerungszustandsgesetz und in noch weiterem Umfange, als es dieses Gesetz nach seinem Wortlaut und der Absicht seines Gesetzgebers erfordert, seine Auslegung beseitigt. Und gerade er wird doch ebensowenig wie irgendeiner, der nicht dem absoluten Polizeistaat vor dem Rechtsstaat den Vorzug gibt, wünschen, daß Rechtszustände, wie sie das Belagerungszustandsgesetz, seine Handhabung und Auslegung zeitigen, in die Friedenszeit übernommen werden, und er wird doch wohl nicht auf die Rechtssicherheit und den Rechtsschutz, die die Friedensgesetzgebung gegenüber den Behörden gewährt, verzichten wollen, weil die Kriegsverhältnisse dazu geführt haben, daß das Eingreifen der Militärbehörden in die Volkswirtschaft notgedrungen den sozialistisch-kommunistischen Forderungen sehr weit entgegenkommt. Weiß Heinemann endlich, wieviel von jenen Anordnungen der Militärbehörden in Wahrheit auf die Initiative der Militärbefehlshaber und ihrer Stabschefs und nicht vielmehr auf die der sachverständigen Zivilbehörden oder den Militärbefehlshabern beigegebenen Zivilbeamten zurückzuführen ist? Gewiß ist unser Behördenapparat und unser Beamtentum nicht ohne Mängel. Aber auf eine gerechtere Beurteilung, als ihnen hier und anderwärts gerade in der Gegenwart zuteil wird, haben sie denn doch Anspruch. Um unser Beamtentum hat uns bisher das Ausland nicht weniger beneidet als um unser Offizierskorps, und ich wüßte nicht, wodurch sich das erstere während des Krieges dieses Urteils unwerter als früher gezeigt hätte. Ehe

Digitized by Google

man ein Urteil wie Heinemann abgibt, müßte man doch erst einmal gleiche Voraussetzungen schaffen, die Zivilbehörden mit denselben Befugnissen ausstatten, wie sie der Kriegszustand den Militärbehörden gibt, anderseits diese in ihren Entschlüssen lediglich auf sich stellen ohne Anregung und Mitwirkung von Zivilbehörden und Zivilbeamten.

Eine ähnlich ungerechte Beurteilung widerfährt gelegentlich in anderen Beiträgen des Buches den Juristen, Richtern und Verwaltungsbehörden, so stellenweise von Franz („Juristische Vorbildung und Auslese der Verwaltungsbeamten"), Heine („Berufsrichter und Volksrichter") und Lindemann („Die Selbstverwaltung"). Es wäre vielleicht zweckmäßiger gewesen, über die juristische Vorbildung und Auslese der Verwaltuugsbeamten nicht nur den Professor einer technischen Hochschule zu Worte kommen zu lassen. Ich schätze eine juristische Vorbildung, allerdings nur eine gründliche, für Verwaltungsbeamte so hoch, daß ich, selbst aus der Verwaltung hervorgegangen, letzteres seit langem bedauert habe und eine Rekrutierung der Regierungsassessoren aus den Gerichtsassessoren für die vielleicht der Verwaltung ersprießlichste Lösung der Frage des Ersatzes der höheren Verwaltungsbeamten anzusehen geneigt bin. Ich bin überzeugt, daß ich, wenn ich statt des Regierungs- das Gerichtsassessorexamen abgelegt hätte, nach ein paar Jahren Beschäftigung bei einer Regierung kein schlechterer Landrat und Ministerialrat und vielleicht ein besserer höchster Verwaltungsrichter geworden wäre, als ich es geworden bin, wenn ich auch die beiden ersteren Stellungen dann ein paar Jahre später erreicht hätte, was kein Fehler gewesen wäre, da Landräte von 28 und Ministerialräte von 32 Jahren reichlich zu jung sind. Ich habe — wie gesagt, selbst Nichtjurist — stets die Wahrnehmung gemacht, daß keine Vorbildung besser als die juristische zur Orientierung in neuen Aufgabenkreisen befähigt. Und wenn Franz meint, in Deutschland seien, abgesehen vom Kriegsminister und Staatssekretär des Reichsmarineamts, „alle leitenden Männer vom Reichskanzler bis zum kleinen Vereinssekretär und bis weit in die vielverzweigte Privatwirtschaft Juristen", so ist das zunächst einmal sehr übertrieben. Soweit es aber zutrifft, wäre es doch nur dann ein Fehler, wenn die Juristen ihren Aufgaben nicht gerecht geworden wären. Franz nennt als Beispiele die Ministerien des Kultus, der öffentlichen Arbeiten, der Landwirtschaft — wo es, wie die Namen Lucius,

Digitized by Google

v. Arnim, v. Podbielski beweisen, nicht zutrifft —, der Finanzen und des Handels. Nun, ich denke, mit den „Juristen" Goßler, Bosse, Studt, Trott, ihren Unterstaatssekretären und Direktoren Schwarzkopff, Kügler, Althoff, Naumann im Kultus-, mit Thielen und Breitenbach im Arbeits-, Schorlemer im Landwirtschafts-, Miquel, Rheinbaben und ihren Mitarbeitern, wie Burghart, Wallach, Havenstein, v. Dombois im Finanz-, mit Delbrück im Handelsministerium hätten wir nicht gar so schlechte Erfahrungen gemacht, auch die technischen Hochschulen nicht. Hält vielleicht Franz zur Leitung eines nicht bloß das Unterrichtswesen, sondern auch die geistlichen Angelegenheiten, die Pflege von Kunst und Wissenschaft umfassenden Ministeriums einen Professor eines anderen Faches als der Rechtswissenschaft, einen Geistlichen oder Künstler für von vornherein qualifizierter als einen Juristen? Und glaubt er, daß die „Privatwirtschaft" sich die „Juristen" aus blinder Vorliebe für diese holt und nicht vielmehr, weil sie die Erfahrung gemacht hat, daß sie mit diesen recht gut fährt?

Gerade auch in dem vorliegenden Werke zeigen sich die Mitarbeiter aus Richterkreisen, Marx („Richter und Justizverwaltung"), v. Campe („Richter, Anwalt, Staatsanwalt"), Riß („Gesetzgebung und Rechtsprechung") ihren Aufgaben in hervorragendem Maße gewachsen. Womit durchaus nicht gesagt ist, daß alle ihre Ausstellungen und Vorschläge zu unterschreiben sind. Insbesondere beweisen sie eine von „Weltfremdheit" weit entfernte Beobachtung des tatsächlichen Lebens, so, um nur ein Beispiel zu nennen, wenn Campe und Riß sich gegen das Übermaß von Strafandrohungen und Strafverfolgungen wegen nicht auf bösem Willen, sondern Unkenntnis oder Ungewandtheit beruhender Gesetzesverletzungen wenden. An demselben Tage, an dem ich diese Ausführungen las, las ich auch in der Zeitung, daß das Berliner Polizeipräsidium in dem Entwurfe einer neuen Straßenordnung das Linksausweichen von Fußgängern unter Strafe stellen wolle! Kann es ein drastischeres Beispiel für die Bemerkung von Riß geben, daß wir auf dem Gebiete des Polizeirechts an einer Überfülle von Strafdrohungen leiden, „die zur Folge haben, daß unser ganzes Polizeiwesen den Charakter der staatlichen Fürsorge, den es haben sollte, fast ganz verloren und dafür jenen des lästigen Zwanges angenommen hat?" Nicht minder beachtenswert ist, was von Riß, Marx und Campe über eine freiere Stellung des Richters in der Anwendung

Digitized by Google

der Gesetze und von Marx über die Notwendigkeit eines besseren Schutzes der richterlichen Unabhängigkeit gesagt wird, womit übrigens eine von mir im Interesse einer Verminderung der Beamtenzahl empfohlene gesetzliche Altersgrenze auch für Richter nicht im Widerspruch stehen würde, wenn sie eine unbedingte, nicht in ihrer Anwendung von dem Ressortchef abhängig wäre. Wenn freilich Marx auch den Windthorstschen Gedanken aufnimmt, der Richter dürfe keine persönlichen Titel und Orden erhalten, so glaube ich, bei unseren Charaktereigenschaften und auch nach dem Krieg nicht verschwindenden Anschaungen, wenn nicht ein — für den Staat wahrscheinlich kostspieligerer — Ersatz geschaffen würde, nicht, daß dadurch das Ansehen des Richterstandes und die Neigung, sich ihm zuzuwenden und ihm treu zu bleiben, gefördert werden würde. Wohl aber erfordern es diese Rücksichten und die Notwendigkeit, überall mit weniger zahlreichen aber gut bezahlten und zufriedenen und darum arbeitsfähigen und arbeitslustigen Beamten auszukommen, daß mit der von Marx ebenfalls betonten Zurücksetznng der Richter gegenüber den Verwaltungsbeamten nach dem Kriege mit aller Entschiedenheit gebrochen wird und die Parlamente hierauf mit aller Energie dringen. Übrigens beschränkt sich die von Marx hervorgehobene Benachteiligung der Richter nicht auf die der Justizverwaltung, sondern sie findet in Preußen mindestens nicht weniger gegenüber denen des höchsten Verwaltungsgerichtshofs statt.

Mit der „staatsbürgerlichen Erziehung" beschäftigt sich Professor Niebergall, mit der „Schulorganisation der Zukunft" Professor Rein. Auf den in der Hauptsache unterrichtstechnischen Inhalt dieser Aufsätze einzugehen, verbietet mir schon meine nicht genügende Sachkunde. Nur zwei Bemerkungen seien mir in dieser Beziehung gestattet. Es ist nicht bloß, wie Rein meint, „Egoismus" der „sogenannten besseren Stände", die Angehörige dieser der „allgemeinen Grundschule" abgeneigt macht, sondern nicht unberechtigte Besorgnisse, daß das, was ihre Kinder dort von denen anderer Kreise hören und sehen, ihnen nicht zum Segen gereicht. Der Geschichtsunterricht aber, für den Niebergall im übrigen sehr richtige Richtlinien aufstellt, sollte über diesen auch Objektivität nicht vergessen, sich davor hüten, unerfreuliche Vorgänge der eigenen Geschichte zu bemänteln oder verschweigen; aus den Fehlern der Vergangenheit sollen wir lernen und auch erkennen, daß wir nicht das allein auserwählte Volk

Digitized by Google

sind. Umgekehrt freilich ist es ungerecht, wenn Niebergall den Vorwurf erhebt, der Staat sei während des jetzigen Krieges in seinem Vertrauen von dem Volke „oft schwer getäuscht worden, wenn er so ernst zur Sparsamkeit und Einschränkung mahnte", „leider" habe „die Unvernunft der an das Regiertwerden gewöhnten Bevölkerung sein Vertrauen nicht gerechtfertigt und darum den Zwang der verschiedenen Karten unvermeidlich gemacht". Solche Vorwürfe erzeugen nur Verdrossenheit und dienen der Opferfreudigkeit ebensowenig wie die Kapuzinaden, die ich von der Kanzel gehört und aus der Feder von Geistlichen gelesen habe, als ob es dem Volke eigentlich noch unverdient gut ginge und seine Einschränkungen Lappalien seien, oder wie Äußerungen vom Bundesratstische, die die heutigen Ernährungsschwierigkeiten nur als eine „vorübergehende Rückkehr zu den Lebensgewohnheiten der 70er Jahre" hinzustellen suchen, als ob damals sich die Bevölkerung mit einem Fleisch-, Fett-, Butter- und Milchverbrauche wie heute begnügt hätte. Da versteht der Präsident des Kriegsernährungsamtes die Volksseele besser und wird dem Volke gerechter, wenn er in seinen — vielleicht etwas reichlich häufigen — Veröffentlichungen und Interwiews der Opferwilligkeit und Standhaftigkeit, mit der das Volk alles Ungemach des Aushungerungskrieges trägt, Anerkennung zollt, mag auch er noch die Schwierigkeiten der Ernährung anscheinend unterschätzen, wenn er in seinem Aufrufe „An Deutschlands Landfrauen" immer nur von der Notwendigkeit der Fürsorge für die arbeitende Bevölkerung und die „ärmeren Familien" in den Großstädten spricht, als ob den nicht zu diesen Gehörigen der Bezug der notwendigen Lebensmittel, wenn diese eben fehlen, leichter wäre oder sie weniger Anspruch auf solche hätten. Die Geduld und Gelassenheit, mit der unser Volk in allen seinen Kreisen die schweren Entbehrungen des Krieges trägt, kann nicht genug und sollte viel nachdrücklicher, als es geschieht, anerkannt werden, statt daß man ihm immer noch Vorhaltungen macht, mit denen höchstens das Gegenteil des Erwünschten erreicht wird. Wenn auch reichlich schroff, finde ich dagegen von Niebergall dem Sinne nach dasselbe ausgesprochen, was ich wiederholt im engeren Kreise ausgesprochen habe, „daß unendlich viel Verbitterung infolge von tausend Ungerechtigkeiten und Ausbrüchen einer sich gehenlassenden Roheit aus dem Felde zurückkehren wird". Es braucht sich nicht einmal um „Ungerechtigkeiten" und „Roh-

Digitized by Google

heiten" zu handeln, denen die Heeresverwaltung in redlichem Bemühen vorzubeugen und zu steuern sucht; schon die durch nichts anderes als die frühere Untauglichkeit zum Heeresdienst bewirkte jetzige Heranziehung gebildeter Kreise als gewöhnliche Landsturmleute und ihre nicht immer geschickte Verwendung und Behandlung wird meiner Überzeugung nach nicht wenig solcher Elemente politisch völlig radikalisiert zurückkehren lassen, zum Frommen einer sich gemäßigt gebenden Sozialdemokratie, deren Weizen nach dem Kriege blühen wird, nachdem die bürgerliche Linke durch ihren Mangel an entschiedenem Auftreten gerade in die nicht rein militärischen Fragen der Kriegführung, die auswärtige Politik und die Friedensziele, wo für sie größte Zurückhaltung allerdings geboten ist, betreffenden Dingen die Gunst der Situation verpaßt und viele Elemente weiter nach links getrieben hat.

Wenn auch in mancher Beziehung übertreibend, so doch vieles Richtige enthaltend und meine Erwartungen übertreffend ist der Aufsatz von Anna Pappritz „Der Kampf gegen die öffentliche Unsittlichkeit". An die Formulierung von Gesetzesparagraphen sollte sich freilich die Verfasserin nicht heranmachen; das unglaubliche Deutsch eines (S. 321) vorgeschlagenen Gesetzesparagraphen „Wer wissend oder den Umständen nach annehmen muß, daß er usw." fällt freilich nicht Fräulein Pappritz, sondern der „Abolitionistischen Förderation" zur Last, an deren Namen übrigens der Deutsche Sprachverein seine helle Freude haben dürfte.

Recht viel Wahres enthält der schon eingangs erwähnte Aufsatz von Severing über „Die Presse der Zukunft". Ihre Aufgabe wird nach dem Kriege eine ebenso hochbedeutsame wie durch die Behandlung, die ihr während des Krieges zuteil geworden ist, noch besonders erschwerte sein. Die jahrelange, über die notwendigen Gebiete der rein militärischen Angelegenheiten und der auswärtigen Politik hinaus ausgedehnte Zensur ruft bei ihr nicht nur nach dem Kriege sich auslösende Erbitterung hervor und wird sie wahrscheinlich manche besonders tüchtige, unabhängige Kraft, deren Geschmack es nicht ist, unter behördlicher Kontrolle seine Ansicht zu sagen, verlieren lassen, sondern raubt ihr auch Wert und Ansehen in den Augen der Leser, die nie wissen, wieweit die Ausführungen ihrer Zeitung deren freie Überzeugung wiedergeben oder von der Zensur zurechtgestutzt oder soufflliert sind. Ich gestehe ganz offen, daß ich aus diesen Gründen

Digitized by Google

den Zeitungen nie so wenig Beachtung geschenkt habe wie während des Krieges, und daß ich deshalb den Gedanken einiger weniger „kopfloser Zeitungen" unter der Herrschaft der Zensur für gar nicht so ungeheuerlich und im Interesse der Ersparnis an Papier und Druckerschwärze für gar nicht so unzweckmäßig halte; im großen und ganzen bringen doch heute alle Zeitungen dasselbe. Es wird für die Tagespresse nicht ganz leicht sein, die von ihr nicht verschuldete Einbuße an Ansehen und Vertrauen wieder wettzumachen.

Daß, worauf ich ebenfalls schon eingangs hinwies, die Sammlungen der vorliegenden Art an dem Mangel kranken müssen, daß über viele Dinge noch zu wenig gesagt werden darf, tritt besonders in dem Beitrage von M. v. Hagen, „Die auswärtige Politik nach dem Kriege", zutage: darüber, worüber man etwas zu hören erwartet, nämlich über die Fehler unserer bisherigen auswärtigen Politik und den Einfluß dieser Fehler auf die Entstehung des Weltkrieges und die Mächtekonstellation, sowie über die Möglichkeit, der Volksvertretung einen Einfluß auf die, wie der Krieg zeigt, schicksalsschwerste Staatsbetätigung zu verschaffen, erfährt man nichts oder fast nichts, mehr über des Verfassers Ansicht von Naumanns „Mitteleuropa". Mehr referierend als selbstschöpferisch gibt sich Jöhlinger über „Kolonialpolitik", wobei er aber den hohen Verdiensten eines Dernburg, Rechenberg und Solf in erfreulicher Weise gerecht wird.

Wenn somit auch, was an sich schon bei so wenig geklärten Fragen natürlich ist, der Inhalt des Buches vielfachen Widerspruch hervorrufen muß, und wenn dies insbesondere bei denen der Fall sein wird, die mit mir die erste Aufgabe unserer inneren Politik nicht darin sehen, immer und immer wieder nur in mechanischer Gleichmacherei Besitz und Bildung Rechte zu nehmen und neue Lasten aufzubürden, der Arbeiterklasse aber umgekehrt neue Rechte einzuräumen und Lasten abzunehmen, sondern mehr darin, Gegensätze zu mildern und offenbare Unbilligkeiten auszugleichen, dabei aber Licht und Schatten gleichmäßig zu verteilen und allen Klassen das Dasein im „Neuen Deutschland" so erträglich zu gestalten, als es nur eben unter den finanziellen Lasten, die, wie der Abgeordnete v. Heydebrand unlängst in Frankfurt a. M. mit Recht sagte, „jeden Steuerzahler mit Grausen erfüllen müssen", noch möglich sein wird, so bietet das Bozi-Heinemannsche Sammelwerk doch eine reiche

Digitized by Google

Fülle von Anregungen und Interessantem und bildet eine in hohem Grade fesselnde Lektüre. Vielleicht würde man den Widerspruch gegen manche Ausführungen auch fallen lassen oder einschränken, wenn die Verfasser in der Lage gewesen wären, ihre Gedanken eingehender auszugestalten. Da aber keinem von ihnen mehr als einige 20 Seiten zur Verfügung standen — das Buch bringt auf 403 Seiten 25 Beiträge —, konnten sie zumeist nicht mehr als Skizzen geben. Gerade das wenig auf Einzelheiten eingehende Skizzenhafte der Darstellung trägt aber andererseits neben der bunten Abwechselung der Gegenstände und der Verfasser dazu bei, die Lektüre zu einer anregenden und verhältnismäßig leichten zu machen, macht freilich ein Eingehen auf die einzelnen Fragen im Rahmen dieses Aufsatzes unmöglich; denn das hieße, den Inhalt des selbst schon diese Fragen aufs knappste behandelnden Buches wiedergeben.

Interessant ist das Buch auch wegen der Zusammenarbeit von Mitarbeitern so verschiedener Parteirichtung und Berufsstellung, soweit ich erstere kenne, neben den Sozialisten Heinemann, Heine, Lindemann, Cohen, Leipart, Müller, Severing den Freisinnigen Bernhard und Jöhlinger, den Nationalliberalen Campe und Bamberger, den Zentrumsleuten Marx und Drick, dem Berufe nach Richtern, Rechtsanwälten, Professoren, Abgeordneten, Journalisten, Arbeitersekretären usw.

Bad Sooden a. Werra, am 1. September 1916.

Vlämisches Proletariat

Tatsachen und Aufgaben

Von Walther Kluge

Vlämisches Proletariat! Wen ich dazu rechne? Fast ausnahmslos Bauern, Häusler, ländliche Arbeiter und Fabrikarbeiter. In Flandern lernte ich dieses vlämische Proletariat kennen. Mir scheint, es ist sehr wichtig für die vlämische Frage überhaupt, einmal seine Charaktereigenschaften zu untersuchen. Ein reichliches Jahr habe ich in enger Arbeitsgemeinschaft mit ihm vollbracht, hatte Gelegenheit, es bei der Arbeit und der Ruhe, auf dem Acker und im Hause, im bürgerlichen und kirchlichen Leben kennen zu lernen. So lernte ich viel von seinem Charakter und seiner Eigenart verstehen.

Digitized by Google

Soll ich alle meine Erfahrungen und Erlebnisse mit den Vlamen auf eine kurze Formel bringen, so müßte diese etwa lauten: Wir haben es bei dem Proletariat der Vlamen mit einem von Natur aus gesunden, aber jetzt zum Teil entarteten, zum Teil irregeleiteten Volksteil zu tun. Es hat nach verschiedenen Seiten Schaden genommen und bedarf vielfach sowohl körperlich, wie auch geistig und sittlich der Wiedergeburt. Das vlämische Proletariat ist zum Teil körperlich entartet. Trotzdem gibt es noch viele große Gestalten wetterharter eigensinnig stolzer Bauern und viele hohe, schlanke, blonde Mädchenfiguren vom germanischen Typus, an denen keine Krankheitserscheinungen zu erkennen waren. Auch aus vielen Gesichtszügen, besonders denen mancher Bauern, sprach etwas Germanisches. Demgegenüber aber redete doch aus den Gesichtszügen vieler Frauen und Mädchen etwas, was uns fremd, ungermanisch schien. In dem breiten Gesicht, dem breiten Mund und der breiten Nase prägte sich zweifellos etwas von romanischem Typus aus. Bei den Frauen mehr als bei den Männern. Bei Männern und Frauen Flanderns aber fällt zweierlei auf: erstens die Häßlichkeit vieler Frauen und zum andern die Kraftlosigkeit der meisten Männer. Und häßliche Frauen und kraftlose Männer sind gewiß Anzeichen für Entartungserscheinungen. Bei diesen Erscheinungen ist es nicht zum Verwundern, daß bei den immerhin ziemlich zahlreichen Geburten innerhalb des Proletariats doch auffallend viel schwache Kinder geboren werden und die Säuglingssterblichkeit erheblich ist. Es ist geradezu auffallend, wie spät die Kleinen in den meisten Fällen das Laufen lernen. Merkwürdig ist auch, daß außerordentlich viele Leute mit Augenübeln behaftet sind. Und nicht weniger auffallend, daß es so viele sich an Stöcken hinschleppende und im Kreuz gelähmte Männer unter der ärmeren Bevölkerung Flanderns gibt.

Für diese Erscheinungen, die doch auf einen Verfall schließen lassen, ist es notwendig, eine Erklärung zu suchen. Drei Übel scheinen ganz besonders die Ursache zu sein. Vielleicht ist zu einem kleinen Teile auch das ziemlich gering entwickelte Wohnungswesen mit schuld. Obwohl es als ein großer Vorteil der flandrischen Wohnweise auch für den größten Teil der niederen Klassen angesehen werden muß, daß sie in Klein- und Einzelhäuschen wohnen, so sind doch die kleinen und zugigen Wohnungen, von denen viele auch noch, durch offene Kamine geheizt, von stickendem

Digitized by Google

Rauche angefüllt sind und deren schlechte Luft nur selten wirklich absichtlich durch gute ersetzt wird, und in denen oft gar eng eine sehr zahlreiche Familie haust, ein ungesunder Aufenthalt. Die drei Übel aber, die vor allem an der Entartung des vlämischen Proletariats Schuld haben, sind übermäßiger Tabakgenuß, Trunksucht und geschlechtliche Ausschweifung. Schon Kinder von drei bis vier Jahren habe ich kauen und rauchen sehen. Und die Jungen im Alter von zehn, zwölf Jahren sind schon ganz leidenschaftliche Raucher. Ich glaube nicht, daß es einen Tabakabstinenten männlichen Geschlechts gibt. Aber auch viele Mädchen sind an das Tabakrauchen gewöhnt. Die Menge des Tabakverbrauchs läßt sich zum Teil daran einschätzen, daß jedermann einen gewissen Teil seines Ackerlandes mit Tabak bepflanzt, nicht allein zum Verkaufe, sondern vor allem zu seinem persönlichen Bedarf. Dem übermäßigen und frühen Tabakgenuß gesellt sich der nicht weniger reichliche Bierverbrauch ebenbürtig zur Seite. Selbst Frauen und Kinder sehen im Biertrinken einen besonderen Genuß. Aber auch Verächter des Schnapses sind sie nicht. Zu diesen beiden Lastern gesellt sich als drittes fernerhin die geschlechtliche Ausschweifung. Schon Jungen und kaum der Schule entwachsene Mädchen geben sich dem Geschlechtsgenusse hin. Auch sonst ist das Verhältnis zwischen den Geschlechtern ein freies, ungebundenes. Daß an diesen drei Lastern das Volk noch nicht zugrunde gegangen ist, liegt an mancherlei Dingen, die diesen Auflösungs- und Verfallsprozeß aufhalten. Zunächst daran, daß wir es mit einem von Natur aus gesunden und kräftigen Menschenschlag der germanischen Rasse zu tun haben, der eben nicht so schnell zugrunde gerichtet werden kann. Zudem muß ja ein anderer Teil ihrer Lebensweise als gesund angesehen werden, das Wohnen in den Einzelhäusern und die Beschäftigung in der Natur. Selbst der Fabrikarbeiter pachtet sich noch ein Stück Feld, um dort seinen Tabak, sein Gemüse, vor allem Bohnen und seine Kartoffeln zu bauen. Das Land ist zum weitaus größten Teil im Besitz weniger Reicher, die es aber doch in mehr oder weniger großen Parzellen wieder für nicht zu hohe Pachtpreise verpachten. Dazu kommt eine immerhin ziemlich naturgemäße Lebensweise. Die Erzeugnisse des starke Weidewirtschaft treibenden Landes werden bevorzugt. So sind neben Eiern Butter, Milch und Käse Hauptnahrungsmittel. Außerdem wird viel grünes Gemüse, vor allem Salat

Digitized by Google

und Bohnen genossen. Und das Brot ist mit seinem starken Kleiegehalt äußerst nahrhaft.

Trotzdem hat das vlämische Proletariat keine Stellung zur Arbeit. Der niedere Vlame ist ein Feind der Arbeit und fühlt sich in einem stumpfen Nichtstun äußerst wohl. Dieser Hang zum Nichtstun ist eine Verbindung natürlicher Anlage und überkommener Gewohnheit. Er wird gefördert durch das an sich reiche Land. Der Vlame ringt dem Boden die Erzeugnisse nicht in zäher Arbeit ab. Dazu ist das Land zu ertragreich. Außerdem ist ja nur ein verhältnismäßig geringer Prozentsatz unterm Pfluge, da ja viel Weideland benötigt wird. Die Feldarbeit wird in richtigen kleinen Abschnitten geleistet. Ein großer Teil der Zeit wird eben mit „Ausruhen" hingebracht. Von einer regelmäßigen Arbeitszeit ist in vielen Fällen wenig zu merken. Auch diejenigen Arbeiter, die zur Fabrik gehen, nehmen es damit nicht allzu genau. Sie bleiben dort vor allem Montags weg, aber es gibt Arbeiter, die manche Wochen nur die halbe Zeit arbeiten. Frauen- und Kinderarbeit in einer ungesunden Steigerung der Heimarbeit ist nichts seltenes. In manchen Gegenden ist es die Tabakindustrie, in anderen vor allem die Klöppelei, die bei geringen Löhnen die weiblichen und kindlichen Arbeitskräfte aufs äußerste ausnutzt. So ist die Arbeit in diesen sozialen Verhältnissen nur das Mittel zur Befriedigung der allernötigsten Lebensbedürfnisse. Eine Freude an der Arbeit, die aber als Last empfunden wird, ist so gut wie ausgeschlossen und eine Genugtuung über eine Leistung den Allermeisten vollständig fremd. Arbeit als aufbauendes Schaffen, Arbeit als sittliche Tat ist ihnen bei ihrer proletarischen Lebensauffassung unverständlich.

Eine andere unangenehme Eigenschaft dieser Vlamen ist ihre Falschheit und Hinterhältigkeit. Von ihr sind so gut wie alle deutschen Soldaten überzeugt, denn sie haben sie aus tausend und abertausend kleinen Zügen erkannt. Bei aller Gerechtigkeit, die wir den Vlamen in solchen Fällen gegenüber walten lassen müssen, können wir wohl ihre Deutschfeindlichkeit verstehen, nicht aber ihre Hinterhältigkeit, die sich hinter scheinbarer Freundlichkeit verbirgt. Diese Hinterlist hat ja auch blutige Opfer gefordert. Auch die Spionage hat nie aufgehört. Dennoch müssen wir zugeben, daß das äußere Verhältnis des „vlämischen Volkes" zum deutschen Soldaten im Laufe der Zeit ein erträgliches geworden ist, aber es ist kaum

Digitized by Google

anzunehmen, daß die Grundstimmung eine andere geworden ist. Man muß nun allerdings in Rücksicht ziehen, daß die Hinterlist und Verschlagenheit gegen die Deutschen zum allergrößten Teil als ein Erziehungs- und Bildungsfehler anzusehen ist. Die Bildung des vlämischen Volkes steht auf einer sehr niederen Stufe. Dazu kommt, daß die geringe Bildung so tendenziös mitgeteilt worden ist, daß man von Verbilden und Irreleiten sprechen kann. So ist dies Verhältnis zu den Deutschen das Ergebnis einer franzosenfreundlichen und deutschfeindlichen Erziehung. Denn trotz aller völkisch-vlämischen Bestrebungen ist von diesen das vlämische Proletariat noch nicht tief erfaßt worden, wenn sie auch das Lied vom „vlaamschen Blut", das aber als ein Trutzlied gegen das Deutschtum angesehen wird, gern singen und johlen, aber der Grundzug ihrer Bildung ist ein französischer, sie lieben Frankreich, mit dem sie auch wirtschaftlich ziemlich eng zusammenhängen. Die allermeisten von ihnen haben ja auch im französischen Industriegebiet gearbeitet oder arbeiten noch dort. So ist der germanische Sinn trotz der niederdeutschen Sprache vollkommen ins Gegenteil verkehrt.

Die Bildungsstufe des vlämischen Proletariats ist durch den bis zum Kriege fehlenden Schulzwang eine überaus niedere. Es gibt viele Leute, die nicht schreiben, aber auch noch solche, die nicht lesen können. Die Kenntnisse in anderen Fächern, besonders in Geographie, sind äußerst gering, wenn auch das Urteil über verschiedene staatliche und soziale Fragen bei vielen der Arbeiter sehr scharf und treffend ist. Man mag das einem starken Eindringen sozialistischer Lehren zuschreiben. Bildungssehnsucht und Lesebedürfnis ist kaum vorhanden, wenn auch manch einer die Tageszeitung liest. Trotz aller Selbständigkeit aber, die man den meisten nicht absprechen kann, die sich auch im Haß gegen die Besitzenden, zu denen auch meistens der Pacht-Bauer mit gerechnet wird, äußerst stark zeigt, sind sie in starker Abhängigkeit von Kirche und Klerus. Es ist geradezu seltsam, wie stark ihr Gehorsam gegen die Kirche ist, obwohl sie sich sonst gar nicht scheuen, Kirche und Geistliche lächerlich zu machen. Und von einem „frommen" Leben als wirklicher Folge ihres Kirchengehens kann man unter keinen Umständen reden. Es ist nur ein ganz äußerliches Verhältnis, von dem auf der Gegenseite sicher der Gehorsam als das angenehmste empfunden wird.

Es ist ein eigenartiges Gemisch dieser Charakter des vlämischen Prole-

Digitized by Google

tariats. Aber nach allem, was ich erfahren habe, muß man betonen, daß es körperlich geistig und sittlich einer besonderen Pflege und Erziehung bedarf. Die völkisch-vlämische Bewegung hat sie, wenn überhaupt — nur oberflächlich erfaßt. Die völkisch gesinnten Kreise der Vlämisch-Intellektuellen müßten aus diesen Verhältnissen lernen, daß das vlämische Volk ohne den Anschluß an das Großgermanentum nicht gesunden kann. Das mag zunächst eine Bildungsfrage sein. Aber nur, wenn die vlämische Bildung zugleich eine germanische ist, wird der irregeleitete Geist auf die rechte Bahn geführt werden können. Dann bedarf es vor allem aber auch rassehygienischer Maßnahmen, um der Entartung zu steuern. Das sind die Aufgaben für die vlämische Nationalbewegung.

Notizen

Die Wirkung der Kriegsbegeisterung Lloyd Georges und Northcliffes. In Betrachtungen über die Notwendigkeit, zeitweilig durch die Musik etwa des Pilgerchors im „Tannhäuser" oder durch die religiöse Veranstaltung in der Westminister Abtei (die unter dem Namen National Mission of Repentance and Hope am 1. Oktober eröffnet werden sollen) zur inneren Einkehr gebracht zu werden, hüllt A. G. G. in der „Daily News" Worte ernsten Widerwillens gegen die Kriegstreiber: Wir durchleben die Zeit des „großen Tötens". Unsere Kinder und Kindeskinder werden staunend darauf zurückblicken wie auf irgendeine unermeßliche Umwälzung der Natur. Sie werden seine Motive erforschen und seine Ergebnisse einschätzen; sie werden aussprechen, wer recht und wer unrecht hatte, und nichts, was wir heute sagen mögen, wird an ihrem Urteil etwas ändern. Sie werden fragen, ob wir gänzlich unschuldig gewesen sind irgendeines Anteils an der Herbeiführung dieser Kamalität... Durch die blendenden Flammen und den Rauch der Schlacht können wir nicht sehen und abwägen und prüfen. Wir sind mitten in die Wut des Sturmes geraten und teilen die Leidenschaft seiner Unduldsamkeit. Wir können nicht rechtlich denken, auf daß nicht das Urteil unseren Vorsatz schwäche. Wir sind unter der Einwirkung all der Greuel, die unser täglich Brot geworden sind, in einen abnormen Zustand geraten... Wir sind dazu gekommen, den Krieg nicht als eine Art teuflische Verirrung anzusehen, sondern als sei er das Ziel all unseres Strebens. ‚Hände weg vom Krieg', so schrien Lord Northcliffes Plakate gestern so, als beschütze er einen kostbaren Besitz vor der Befleckung gemeiner Hände. Morgens erwachen wir zu der Lektüre des Gemetzels von Tausenden und Zehntausenden unserer Mitmenschen, und schlägt die Wage für uns auf, so freuen wir uns und beten, daß morgen das Übergewicht noch größer sein möge. Wir haben uns an den Kriegskodex gewöhnt, daß wir dazu gekommen sind, in Mitleid Schwäche

Digitized by Google

zu sehen, in der Menschlichkeit einen veralteten Aberglauben und in jedem Reden von Frieden ein Symptom zweifelhaften Patriotismus ...

A. A. G. ermahnt des weiteren zu ernster Gewissensprüfung, wodurch der Arm Englands nicht gelähmt werden würde, sondern nur ein Vorsatz gereinigt. Das könne in der Kriegsatmosphäre nicht geschehen, dazu gehöre eine geistige Verfassung, zu der ein Cromwell in seinen mächtigen Worten die schottische Synode aufrief. „Ich bitte euch inständig bei den Eingeweiden Christi, haltet es für möglich, daß ihr euch irren könntet." Eine solche innere Reinigung sei besonders darum möglich, damit nicht vergessen werde, welche große Aufgabe jetzt vor der Welt liegt. Wir haben das alte Gebäude in Ruinen von Tod und Vernichtung zusammenbrechen sehen, aber vor uns liegt die Aufgabe, eine Wohnung zu errichten, in der die Zukunft weilen kann. Danach, wie wir diese Aufgabe erfüllen, werden wir gerichtet werden. Wir dürfen den Anspruch nehmen, daß wir in diesem Unglück in großem Maße die Opfer der Vergangenheit sind, alt eingewurzelter Feindseligkeit unglücklicher lang vergangener Ereignisse, Ehrgeizes von früheren Zeiten, von Rassentendenzen und Streitigkeiten, die uns fern in die Dämmerzeit der Geschichte zurückführen. Aber die Zukunft gehört uns. Wir können daraus machen, was wir wollen. Wir können unseren Kindern ein Schicksal bereiten, wie unser eigenes es war, oder wir können uns an die Arbeit machen, den Strom des Lebens in glücklichere Kanäle zu leiten ... Machen wir es uns klar, daß, wenn wir das alte Königreich des Teufels nicht wieder aufrichten wollen, wenn wir das mögliche Königreich Gottes auf Erden verwirklichen wollen, daß wir dann einen neuen Geist und einen neuen Glauben bauen müssen ... Die Stimmen der Vernunftlosigkeit und Leidenschaft, die in unseren Ohren schallen, die Versuchung, irre zu gehen, den Bau des neuen Königsreichs auf alte Weise bei grellem Licht unter den Eingebungen der Schlacht zu beginnen, ist nahezu unwiderstehlich, aber der bessere Weg wird gefunden werden, wenn wir ihn in Bußfertigkeit und Glauben suchen.

Von der Einigkeit der Entente. Der Kardinal Gaspari hat sich, wie der „Radical" meldet, folgende schwerwiegende Äußerungen entschlüpfen lassen: Frankreich muß sich sehr vor den Gefahren hüten, die ihm durch den Sieg seiner Verbündeten bereitet werden. Ist es möglich, daß die Republik nicht die russische Gefahr begreift? In wenigen Jahren werden die Slawen uns überfluten. Der ganze Einfluß Frankreichs wird zugrunde gehen, und die katholische Religion wird traurige Tage erleben. England wird sich benehmen wie immer, es wird nur seinen Interessen dienen. Und sprechen Sie mir nicht von Italien. Haben Sie denn jemals an die Gelüste eines siegreichen Italiens gedacht? ... Österreich zerstören? Was ist das für eine Wahnsinnspolitik! Warum will man das tun? Und wem will man es geben? Frankreich soll doch ja an die Zukunft denken, die es sich vorbereitet.

Englands Furcht vor der Eroberung Rußlands. Bei Betrachtung der möglichen künftigen Landkarte als Folge eines entschiedenen Sieges der Alliierten prüft „New Statesman" die Anwendbarkeit des Prinzips der Nationalitäten. Auf die

Digitized by Google

Burenstaaten sei es bereits nicht anwendbar, und das Russische Reich würde bei seiner Durchführung aufhören zu existieren. Die neue Landkarte wird sicherlich die Ideale irgendeines unserer Ethnographen nicht verkörpern; sie wird ein Kompromiß zwischen benachbarten Rassen und ebenfalls ein Kompromiß zwischen Nationalismus und Imperialismus. Alles, was wir zu erreichen hoffen können, ist dies, daß es die beste und nicht die schlechteste Art von Kompromiß werden möge. Das Russische Reich wird als Erfolg eines vollständigen Sieges der Alliierten wesentlich vergrößert werden, und so lange sich die Vergrößerung auf die Aufsaugung slawischer Rassen beschränkt, besteht kein besonderer Grund für die westlichen Nationen, dem eine Grenze setzen zu wollen, vorausgesetzt, daß es Hand in Hand geht mit einem durchführbaren Plane der Dezentralisation und lokalen Autonomie. Bedeutet aber andererseits die Vergrößerung, daß neue Menschenmassen — etwa die verhältnismäßig freien Polen Galiziens — unter direkte Verwaltungszentrale der Petrograder Bureaukratie gebracht werden, dann brauchen wir nicht die Tatsache zu verschleiern, daß dieses durch die ganze Welt als ein fast uneingeschränktes Unheil angesehen werden würde. Es ist eine Frage, die tief an die Wurzel der künftigen Beziehungen Rußlands zu den Westmächten greift. Wenn der Sieg der Alliierten den Erfolg haben sollte, daß irgendeine Bevölkerung sagen kann, sie habe den Verlust ihrer vorher genossenen Freiheit erlitten, dann wäre jede Entwicklung des gegenwärtigen Bündnisses zu einer dauernden Freundschaft außer Frage gestellt. Man hat schon eine Zeitlang Gerüchte herumgetragen, daß die russische Regierung ihre Vorschläge für die Zukunft Polens formulieren würde, und es ist bekannt, daß im russischen Kabinett hierüber verschiedene Meinungen bestehen. Sollte die liberale Gruppe obsiegen, und Polen — zweifellos in Übereinstimmung mit den Wünschen der großen Mehrheit des russischen Volkes — praktische Rechte der Selbstregierung erhalten, die etwa, sagen wir, denen gleichkommen, die Irland durch das Home Rule-Gesetz gewinnen wird, dann würde Rußlands Stellung auf der Friedenskonferenz gewaltig gestärkt sein. Die russische Lösung des polnischen Problems wäre dann eine Sache, die Rußlands Verbündeten uneingeschränkt annehmen könnten, und als natürliche Folge würden sie um so bereiter sein, seinen Wünschen in anderer Richtung entgegenzukommen.

Die Behandlung der südslawischen Frage in den französischen Zeitschriften gibt Francesco Coppola wiederum Anlaß, in der italienischen Zeitung „Idea Nazionale" den französischen Bundesgenossen zu Gemüte zu führen, daß 1. die franko-italienische Solidarität niemals fest und aufrichtig begründet werden wird, so lange eine französische Tendenz besteht, Italien das zu bestreiten, was seine historischen Lebensnotwendigkeiten sind, und zu diesen gehört in erster Reihe aus politischen, strategischen und nationalen Gründen die Wiedergewinnung Dalmatiens. Wollen die Franzosen wahrhaftig unsere Solidarität, so mögen sie sich nicht von Intriganten verleiten lassen, sich, vielleicht unbewußt, zwischen uns und unsere Geschichte zu stellen. 2. Ist die adriatische Frage im allgemeinen und die Dalmatiens im besonderen eine ausschließlich italienische Frage,

Digitized by Google

deren Lösung nur Italien zukommt. Unsere Bundesgenossen würden mit viel mehr Klugheit und Takt handeln, wenn sie davon Abstand nehmen würden, sie ihrerseits lösen zu wollen. Sie brauchten übrigens dieser Frage gegenüber nur die gleiche Klugheit und Diskretion zu bewahren wie bei anderen Problemen, die andere Verbündete betreffen, wo sie sich streng jeder Diskussion enthalten, sogar bezüglich Polens. Sie können sich auch an uns ein Beispiel nehmen und an unserer strengen Zurückhaltung, die französischen Rechte auf Elsaß Lothringen zu diskutieren, denen doch der brutale zahlenmäßige Einwand der deutschen Statistiken gegenübersteht. Es ist eine selbstverständliche Regel sowohl des gesunden Verstandes als des guten Geschmacks, daß jeder der Verbündeten sich davor hüte, die besonderen Probleme lösen zu wollen, die zu dem natürlichen historischen Kreise der anderen gehören. Dies sei nicht bloß den Verbündeten gesagt, sondern auch der italienischen Regierung, die endlich einmal fordern soll, daß auch über die adriatische Frage unter den Verbündeten die Erörterungen Unberufener aufhören, und ein für allemal feststellen, daß diese Frage ausschließlich Italien angeht.

Die neue Orientverbindung. Im „Avvenire" wird das Projekt besprochen, den Verkehr nach dem Orient von dem Bahnsystem der Mittelmächte abzulenken und durch Italien über Otranto, Valona zu leiten. Es ist geplant, raschestens eine Vollbahn von Valona über Monastir nach Saloniki zu bauen. Von Saloniki wird die Bahn über Serres, Drama nach Dedeagatsch, Adrianopel, Konstantinopel weiter geleitet. Die Strecke von Valona nach Monastir beträgt 200 Kilometer; von Monastir nach Saloniki 219 Kilometer und von dort nach Konstantinopel 711 Kilometer. Zwischen Otranto und Valona wird der Verkehr durch Dampffähren aufrechterhalten.

Die deutsche Russenfreundlichkeit. „Russkija Wjedomosti" verzeichnet mit Behagen die Mitteilungen einer aus Berlin heimgekehrten russischen Familie über die Stimmung in Berlin: Das Verhalten den Russen gegenüber, das zu Beginn des Krieges feindlich und erbittert war, hat sich sehr geändert. Jetzt ist es korrekt, fast wohlwollend. Alle Beschränkungsmaßnahmen sind aufgehoben, und die in Berlin zurückgebliebenen Russen erfreuen sich einer vollen Freiheit. Der ganze Haß der Berliner richtet sich jetzt gegen England.

Wie Jaurès über den Krieg dachte. In dem unter den Papieren Jaurès vorgefundenen letzten Briefe Jaurès' (vom 30. Juli 1914) heißt es laut „Berner Tagwacht": Hier in Frankreich arbeiten wir mit allen Gewaltmitteln für einen Krieg, der ausgefochten werden muß, um ekelhafte Begierden zu befriedigen, und weil die Pariser und Londoner Börsen in Petersburg spekuliert haben. Ich muß mich jetzt an die Franzosen wenden, von Versammlung zu Versammlung gehen, vielleicht muß ich auch zum Generalstreik schreiten, der die Mobilisation in Frankreich verhindern würde. Auch Sie müssen alle Mittel aufbieten, um den Frieden zu erhalten. Zu dieser Veröffentlichung bemerkt die „Bern. Tagw.": Man versteht, weshalb der Prozeß gegen den Mörder Jaurès' immer wieder im Einverständnis mit den führenden Geistern der französischen Sozialistenpartei vertagt wird,

Digitized by Google

Neuerscheinungen

Georg Brandes' Buch über den Weltkrieg (Nordischer Forlag, Kopenhagen) beansprucht in der Menge der Kriegsliteratur eine Stellung für sich. B. ist nicht nur ein außergewöhnlicher Vertreter der dänischen Kultur. Er hat auch die Welt durch persönliche Studien eingehender kennen gelernt als die meisten der jetzigen Generation. Deshalb sind die zahlreichen Essays des Werkes, von denen einige schon längst vor dem Kriege geschrieben sind, und den Krieg prophezeien, die kritische Würdigung des Weltkrieges von seiten einer Persönlichkeit, die über den Dingen schwebt oder sich zum mindesten ehrlich bemüht, einen superneutralen Standpunkt einzunehmen. Es ist dem deutschen Publikum nicht unbekannt geblieben, daß Brandes trotzdem von verschiedenen Seiten angegriffen worden ist und zwar am heftigsten von seinem alten Freund Clemenceau. Dies wäre ein Beweis dafür, daß ein neutraler Standpunkt, der allem gerecht wird, eine Anomalie geworden ist, in dem stets irgendein Mitglied der kämpfenden Parteien sich verletzt fühlt. Schon in diesem Umstande liegt sicherlich eine Erklärung der wiederholten Angriffe gegen Brandes, die tiefste aber ist in der Eigenart Brandes' zu suchen.

Georg Brandes war ja stets einer der genialsten Kampfnaturen der modernen Kulturwelt Europas, und seine Ideale wurden in immer ausgeprägterer Form die Freiheit der Persönlichkeit auf jedem geistigen Gebiete und die Vorherrschaft der reinen Vernunft. Der greise Kämpfer erklärt selbst, er verdanke Frankreich seine Bildung, und er ist auch in seiner ganzen intellektuellen Art ein Zögling Voltaires. Würde Voltaire heute auferstehen, dann hätte er den Weltkrieg von derselben Front aus betrachtet wie Brandes. Das Wertvollste und Bleibende an der Kritik Brandes' ist seine intellektuelle Verzweiflung über die furchtbare Tatsache des Krieges überhaupt und über die schrankenlose Macht der Lüge und der Dummheit. Er hält sich mit Trauer und Schaudern den Untergang Europas vor Augen, da er durchaus nicht die naive Ansicht teilt, daß dieser Krieg der letzte sein würde, eben weil diese Prophezeiung schon früher aufgestellt worden ist. Wenn Europa nur zwei große Staatsmänner besessen hätte, seufzt er, wäre der Krieg nie entstanden. Am allerstärksten scheint mir Brandes zu wirken, wenn sein leidenschaftlicher Freiheitsdrang sich mit seinen alten Lieblingen, mit den Polen beschäftigt, die er gleichfalls von dem kritischen Standpunkte aus zu würdigen versteht. Sympathie hegt er sonst im Grunde genommen für keinerlei Partei; ebenso wie die weitschauenden Persönlichkeiten Schwedens scheint ihm das Bündnis der Westmächte mit Rußland die größte Gefahr der Zukunft zu bedeuten.

Trotz der äußerst anregenden Gesichtspunkte und der vielen glänzenden Bemerkungen scheint Georg Brandes doch an dem Angelpunkt der ganzen gewaltigen Bewegung vorbeizusteuern, und dies weil er den Begriff der Nationalität am liebsten vollständig von der Erde vertilgen möchte. Er wird hier nicht länger Kritiker, eher Verneiner, er geht tatsächlich auf das Jahrhundert der großen Aufklärung zurück. Wiederum ist es völlig unrecht, zu behaupten, wie

Digitized by Google

dies in einer angesehenen schwedischen Zeitung geschah, daß es Brandes mit seinen Ansichten über den Weltkrieg nicht ernst sei, weil ihm der Begriff der Nationalität abgeht; allzusehr merkt man an den polemischen Artikeln gegen Clemenceau und William Archer, wie tief er über ihr Unverständnis verletzt ist. Dies ist geradezu überraschend. Ein Mensch, der sich so über die ungeheure Dummheit der Menschen und die mittelalterlichen Zustände der Jetztzeit im klaren ist, wie Brandes, dürfte doch nicht mehr überrascht werden, wenn er wieder einmal mißverstanden und verhöhnt wird. Es bringt eben eine gewisse Gefahr mit sich, mit Völkern und Persönlichkeiten in ununterbrochenem Konflikt zu liegen, für entfernte Ideale zu fechten, es kommt ein Zug von Skepsis und Verneinung in die Weltanschauung eines solchen Vorkämpfers hinein, der dem geschichtlichen Verständnis Hindernisse in den Weg stellt. Auch der größte Vorkämpfer der Freiheit wird schließlich eine Art Dogmatiker. Brandes isoliert sich von der ungeheuren Bewegung des Nationalismus, aus dem der Weltkrieg gewachsen ist, den wir allerdings kritisieren, aber nicht ignorieren dürfen.

In seiner Ablehnung des Nationalismus wird Brandes besonders Deutschland ungerecht, weil er das deutsche Wesen stets mit einer zu großen Subjektivität betrachtet hat, und einfach über den Widerspruch Weimar—Potsdam nicht hinwegkommt, deren Zusammenhang er nicht aufdecken will. Glaubt er wirklich, daß ein Faust und eine Beethoven-Symphonie sich mit lauter Stahlfedern verteidigen lassen? In einem Artikel gibt er übrigens zu erkennen, daß er die wirkliche Lage trotz allem einzuschätzen weiß. Er kritisiert aufs schärfste den materiellen Geist seines Volkes, der den Krieg als eine Jagd nach Gold auffaßt und fährt fort: „Es ist wehmütig erhebend, von dem einstimmigen nationalen Opferwillen in Belgien, Serbien, Frankreich und Deutschland Zeuge zu sein."

Die Lehre des Buddha. Die Religion der Vernunft von Dr. Georg Grimm (Verlag R. Piper & Co., München).

Die Lehre Gautama Buddhas, des Stifters des Buddhismus, ist ebenso wie die Lehre Christi nicht vom Religionsstifter selbst aufgezeichnet worden, sondern nach dem Tode des Stifters zunächst von seinen Jüngern von Mund zu Mund weitergegeben und erst einige Jahrhunderte später aufgezeichnet worden. Auch der Buddhismus hat, wie die anderen Weltreligionen, das Schicksal erlebt, daß die ursprüngliche Lehre im Laufe der Zeiten immer mehr entstellt und verdunkelt worden ist. Verfasser hat es sich zur Aufgabe gestellt, die reine Lehre des Buddha aus den heiligen Büchern des Buddhismus, soweit sie in deutscher Übersetzung vorliegen, wiederherzustellen. Für jeden entwickelten Gedanken sind hinreichende Belegstellen beigebracht, so daß sich der Leser selbst ein Urteil darüber bilden kann, ob das Vorgetragene auch wirklich die Lehre des Buddha ist.

Friedrich Naumann hat seine Eindrücke und Erfahrungen in Bulgarien zu einem kleinen Buche ausgebaut, das Bulgariens Stellung zu Mitteleuropa begreift und klarlegt. Die kleine Schrift ist eine Ergänzung zu dem Buche Mitteleuropa, aus demselben Geist der Gründlichkeit, Sachlichkeit und Anschaulichkeit geschrieben. (Georg Reimer, Berlin.)

Digitized by Google

Literatur

Theodor Hamacher, Gemeindebaurat, Reg.-Baumeister, **Die Kreditgefährdung beim großstädtischen Grundbesitz.** (Putikammer & Mühlbrecht 1916. Preis M. 4.—.)

Die Tätigkeit des Verfassers als Bausachverständigen und Beamten einer großen vor den Toren Berlins liegenden, rasch emporgewachsenen Gemeinde läßt ihn besonders geeignet zur Beleuchtung einer Frage erscheinen, die die städtischen und staatlichen Instanzen bereits seit langer Zeit auf das ernsteste beschäftigt und die in den Schätzungsämtern ihr letztes Ergebnis gezeitigt hat. Ein eingehendes Studium der einschlägigen Literatur, insbesondere die Heranziehung von behördlichen und gerichtlichen Akten, machen die Arbeit für den Kommunalpolitiker wie für den Parlamentarier zu einem geeigneten Orientierungsmittel über die Lage des großstädtischen Grundbesitzes und die Gründe, die zu der allgemein bekannten Kalamität auf dem Grundstücks- und Baumarkte bereits vor Kriegsausbruch geführt haben. In ausführlicher Weise sind, unterstützt durch statistisches, auch tabellarisches Material, die Verhältnisse auf dem Berliner Grundstücksmarkt, die verschiedenen Arten von „Schiebungen" dargestellt und deren erschreckende Folgen für leichtgläubige und gewinnlüsterne Hypothekengläubiger. Die Mängel des Taxwesens und die teils aus Unkenntnis, teils aus Gewissenlosigkeit der Bauunternehmer entstehenden Schädigungen des Wohnungswesens unter besonderer Berücksichtigung der Schwammfrage werden eingehend an Hand sehr bezeichnender Beispiele erörtert.

Zum Schluß gibt der Verfasser eine Übersicht über die auf dem Gebiete des Realkredites seitens der Kommunen bereits unternommenen Gesundungsversuche, und er weist, leider mit vieler Berechtigung, darauf hin, daß das Erreichte im allgemeinen nur als ein schwacher Versuch anzusehen sei einer Aufgabe gegenüber, auf deren Lösung seit Jahrzehnten hingewiesen werde, davon Gesundheit und Lebensfreudigkeit des Volkes in erheblichem Grade abhängen. Richtige Taxen, von Taxämtern aufgestellt, Neuregelung des Grundbuchwesens, die Eigentümer- und Zwischenhypotheken unmöglich macht und vor allem Trennung der Bodenwerte von den Bauwerten — diese Momente seien in erster Linie zur Gesundung des Realkredites zu beachten. Pr.

Zur gefl. Beachtung! Wir möchten nicht verfehlen, unsere Leser auf den der heutigen Auflage beiliegenden Prospekt des Delphin-Verlages, München, über den Zwei-Mark-Bilderband der Türkei besonders aufmerksam zu machen, der gerade bei unseren Lesern sicher besondere Beachtung finden wird.

Nachdruck aus dem Inhalt unter genauer Quellenangabe ist gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 50, Augsburgerstr. 741. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Weimar. Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

1. Jahrgang * 27. Oktober 1916 * Heft 44

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Ein russisches Geständnis und unsere „Neo-Russophilen"

Von Dr. Paul Rohrbach

Unter den nichtbeamteten Persönlichkeiten des heutigen Rußland ist die bedeutendste und einflußreichste ohne Zweifel der Führer der sogenannten Kadettenpartei und Leiter des Dumablocks, P. N. Miljukow. Er ist ein Mann in mittleren Jahren und seinem ursprünglichen Beruf nach Universitätslehrer. Als Dozent an der Moskauer Universität machte er sich durch seine Teilnahme an der freiheitlichen Bewegung in Rußland mißliebig, so daß er die Heimat verlassen mußte. Er ging nach Bulgarien und wirkte etwa zehn Jahre als Professor der Geschichte in Sofia. 1905, als Rußland eine Verfassung erhielt, kehrte er zurück und wurde sofort der Führer der konstitutionell-demokratischen Partei. Auch gegenwärtig ist er Vorsitzender der Partei und der Dumafraktion, außerdem Herausgeber des maßgebenden Parteiblatts „Rjetsch", der einflußreichsten Zeitung unter den Gebildeten in Rußland.

Miljukows große Stellung in der russischen Politik beruht darauf, daß er nicht nur erst jetzt, während des Krieges, gleich allen russischen Liberalen als entschlossener Befürworter der gewaltsamen Ausdehnungspolitik nach Süden aufgetreten ist, sondern von vornherein die auswärtige Politik des Ministers Ssasonow unterstützte. Von seiner Tätigkeit in Sofia her besitzt er bedeutende Kenntnisse in der Orientpolitik und stellte sich mit diesen Ssasonow zur Verfügung, der ihn seinerseits über alle wichtigen Zielpunkte seiner Politik unterrichtet hielt. Miljukow und Ssasonow haben über sieben Jahre zusammengearbeitet, und man kann sicher sein,

Digitized by Google

in allem was Miljukow über die russische auswärtige Politik öffentlich vertritt und vertreten hat, den Standpunkt des russischen Ministeriums des Auswärtigen unter Ssasonow wiederzufinden.

Bei der nahen Vertrautheit zwischen Miljukow und Ssasonow dürfen wir annehmen, daß Miljukow vom Beginn der Entwicklung an, die zum Ausbruch des Krieges führte, über die Mittel und Wege, die Rußland am Balkan benutzte, unterrichtet war. Das Ziel bildeten Konstantinopel, der Bosporus und die Dardanellen. Diese sollten unmittelbar in russischen Besitz übergeführt werden. Außerdem aber war es der feste Entschluß der russischen Politik, die österreichisch-ungarische Monarchie zu zertrümmern von der sie eine dauernde Störung ihrer Balkanpläne und vor allem eine zunehmende Gefährdung des russischen Machtgedankens durch die von Galizien ausgehenden ukrainischen Einflüsse befürchtete. Dieser Standpunkt gegen Österreich leuchtete schon erkennbar genug aus dem Briefe Mitrofanows an Hans Delbrück in den „Preußischen Jahrbüchern" im Juniheft 1914 hervor, und er wurde auch von Delbrück in seiner Antwort an Mitrofanow sofort in aller Schärfe charakterisiert. Nun aber hat Miljukow selber hierüber ein Geständnis abgelegt, wie es schlagender und überraschender kaum gedacht werden kann. Es läßt sich ohne Übertreibung sagen, daß in Miljukows Worten geradezu die treibende Schuld Rußlands am Ausbruch des Weltkrieges eingestanden wird, indem die Gemeinsamkeit der Interessen und die Gemeinsamkeit des Handelns zwischen Serbien und Rußland von der Ermordung Alexanders und Dragas im Jahre 1903 an bekannt und diesem Bekenntnis ausdrücklich hinzugefügt wird, die serbisch-russischen Ziele seien auf Kosten des Bestandes Österreich-Ungarns zu verwirklichen gewesen. Wir finden diese überraschenden Ausführungen in dem kürzlich erschienenen „Jahrbuch" der Zeitung „Rjetsch", dessen Inhalt zum großen Teil auf mehreren Hundert Seiten eine Anzahl umfassender Aufsätze von Miljukow selbst über die Vorgeschichte des Krieges und den Beginn des Krieges bildet.

In dem Abschnitt „Dreiverband gegen Dreibund", Seite 17 ff., gibt er zunächst einen Überblick über den Wechsel der deutschen Politik in den großen Weltfragen von der Zeit Bismarcks bis zur Gegenwart, kommt auf die Bagdadbahn-Konzession zu sprechen und wendet sich dann dem Balkan zu. „In Serbien", lesen wir, „fiel 1903 die Dynastie Obreno-

Digitized by Google

witsch als Mörderopfer. Ihre Stelle nahm die alte Dynastie der Karageorgewitsche ein, die Serbiens Orientierung scharf von der österreichischen auf die russische Seite herumwarf, in der Hoffnung, von Rußland die nationale Einigung und Unabhängigkeit zu erringen. Durch die Annäherung zwischen Serbien und Rußland änderte sich die überlieferte Abgrenzung der Einflußgebiete auf dem Balkan wesentlich, und das bedrohte das österreichisch-deutsche Streben nach dem Osten über Saloniki mit Stillstand.“

Hier schreibt also Miljukow ganz kaltblütig, Serbien sei nach der Ermordung des Königs Alexander von der österreichischen auf die russische Seite hinübergeschwenkt, um seine nationale Selbständigkeit und Einigung von Rußland zu erreichen! Er hätte hinzufügen sollen, daß die Beseitigung Alexanders und die Berufung Peters bereits wohl nicht ohne positive Anteilnahme der russischen Politik erfolgt sind. Es war nicht nur Serbien, das zu Rußland ging, sondern ebensosehr Rußland, das Serbien als sein politisches Werkzeug an sich zog. Selbst aber wenn man diese Frage auf sich beruhen lassen will, was heißt es dann, daß Serbien von Rußland seine nationale „Einigung“ erstrebte? Nichts anderes, als daß Rußland Serbien dazu verhelfen sollte, Bosnien, Dalmatien, Kroatien und die übrigen österreichisch-ungarischen Landesteile zu gewinnen, in denen Serben mit griechisch-orthodoxem, katholischem oder mohammedanischem Bekenntnisse wohnten. Das verstehen die Serben unter ihrer Einigung. Im serbischen wie im russischen Sinne könnte diese also nur durch die Zerstörung Österreich-Ungarns, mit anderen Worten durch den Umsturz aller Verhältnisse in Mitteleuropa, erlangt werden. Das liegt mit offenbarer Folgerichtigkeit in dem Aufriß der Ereignisse zutage, den Miljukow mit einer Offenheit gibt, die nur dadurch erklärt werden kann, daß hier ihm selber unbewußt sein innerstes russisches Fühlen elementar durchgebrochen ist. Was er von dem deutschen und österreichischen Drang nach Osten sagt, bezieht sich auf das vermeintliche Streben der österreichisch-ungarischen Politik nach Saloniki, worüber der Kronprinz Rudolf von Österreich einmal gesagt hat, die Standarte der Habsburger könne in Saloniki aufgepflanzt werden, wenn die russische über Konstantinopel wehe. Dieser Gedanke der Teilung der Balkanhalbinsel in ein österreichisches und ein russisches Einflußgebiet ist ja auch

Digitized by Google

Bismarck nicht fremd gewesen — damals, als es noch keine deutschen Orientinteressen im Sinne der Gegenwart gab. Heute ist er so unmöglich, wie die Selbstaufgabe Deutschlands. Was Miljukow, und mit ihm der überwältigende Teil der russischen politischen Welt, will, ist die Zerstörung Österreich-Ungars durch Serbien und danach die russische Alleinherrschaft von den Karpathen und vom Schwarzen Meer bis zur Adria. Die Grenzen, die Rußland für Serbien verlangt, würden bis an die Steiermark, bis nach Durazzo und bis in die ungarische Tiefebene reichen, und dieses Serbien, durch Rußland geschaffen, würde nie etwas anderes als ein russischer Vasallenstaat sein können.

Einige Seiten weiter kommt Miljukow von neuem auf Serbien zu sprechen. Wiederum und noch schärfer verrät er den Zerstörungsgedanken gegen Österreich-Ungarn um der Balkanherrschaft willen als die Triebfeder der russischen Politik. Miljukow schreibt: „Die Türkei wurde vom Ende des 19. Jahrhunderts an deutsches Einflußgebiet und schien ‚beinahe ein Glied des Dreibundes' zu sein. Aber im Juli 1908 geschah in Konstantinopel die jungtürkische Revolution, und der Einfluß Deutschlands wurde zeitweilig gestürzt. Die Jungtürken machten sich daran, die türkische Macht in den von der Türkei halb abgefallenen Provinzen wiederherzustellen, darunter auch in Bosnien und der Herzegowina, woher sie Deputierte für das neue türkische Parlament haben wollten. Österreich-Ungarn war durch dies Auftreten des ottomanischen Nationalismus durchaus nicht erbaut, und es proklamierte, zur allgemeinen Überraschung, die Annexion der Provinzen, die es seit 1878 gemäß § 25 des Berliner Vertrages, ‚besetzt hielt' und ‚verwaltete'. Serbien sah hierin mit Recht den Umsturz seines nationaleu Ideals — der Vereinigung des ganzen serbischen Volkes in ein ‚Großserbien'. Natürlich erwartete es bei dieser Gelegenheit die erste ernstliche Probe der Unterstützung bei Rußland ... Serbien stand vor dem Dilemma, ob es seine nationale Einigung innerhalb oder außerhalb der Grenzen der Habsburgischen Monarchie erlangen solle, d. h. entweder mit Hilfe Rußlands oder durch Unterwerfung unter Österreich."

Ist es möglich, sich noch deutlicher auszudrücken? Ist es möglich, den Weg, der zum Fürstenmord von Serajewo und zu dem Eintreten Ruß-

Digitized by Google

lands für den Mörderstaat Serbien führte, noch sicherer im voraus zu bezeichnen? Kein politischer Mensch in Europa hat je daran gezweifelt, daß die Stellung Österreich-Ungarns in Bosnien endgültig war. Rußland selbst hatte durch seine Verhandlungen mit Österreich-Ungarn vor dem Balkankriege von 1877, hinter dem Rücken Deutschlands, Bosnien als Preis dafür bewilligt, daß die österreichische Politik dem Vorgehen Rußlands gegen die Türkei zusah. Auf dem Berliner Kongreß wurde Bulgarien russischer Vasallenstaat und Bosnien blieb bei Österreich-Ungarn. Damals bildete nicht Serbien, sondern Bulgarien die Basis der russischen Zukunftshoffnungen am Balkan. Als sich aber zeigte, daß Bulgarien sich nicht für diesen Zweck gebrauchen ließ, wurde Serbien zur Hauptfigur in dem russischen Spiel. Damit war nach russischer Vorstellung eine neue Lage gegeben und alles ausgelöscht, was vorher existiert hatte. Rußland sagte jetzt: die Angliederung Bosniens an Österreich-Ungarn zerstört die serbischen Zukunftshoffnungen; Serbien muß sich jetzt entscheiden, ob es in Österreich aufgehen oder selbst Österreich zertrümmern will, und Rußlands Pflicht ist es, ihm dabei zu helfen! So wird mit klaren Worten um der serbischen und der russischen Interessen willen das Daseinsrecht Österreich-Ungarns in seinem historischen Bestande verneint.

Das eine große Ziel der russischen Politik im Osten, die Zertrümmerung Österreich-Ungarns, steht, wie jedermann sieht, in nahem Zusammenhang mit dem andern, der Eroberung der Meerengen. Der Anschlag auf Österreich-Ungarn enthüllt sich uns zum erstenmal in Bismarcks Gedanken und Erinnerungen, an der Stelle, wo Bismarck erzählt, der Kaiser Alexander II. habe vor dem Türkenkriege von 1877 die Neutralität des Deutschen Reiches verlangt, falls Rußland sich auf Österreich stürzen wolle. Dadurch wurden wir, wie bekannt, zur „Option" zwischen dem russischen und dem österreichischen Bündnis gezwungen. Es ist also eine von alters her tief angelegte Linie in der russischen Politik, die uns Miljukow durch sein Geständnis über Serbien offenbart. Die Existenz Österreich-Ungarns geht ebenso gegen die Lebensinteressen Rußlands, wie Rußland sie versteht, wie die Existenz einer wehrfähigen Macht an den Meerengen es tut. Derselbe Miljukow sagte in seiner großen Dumarede im März 1916: „Wir haben einen Zugang zu dem Meere nötig. Wir haben den Krieg

Digitized by Google

zwar nicht begonnen, aber gerade deswegen dürfen wir ihn nicht früher beenden, als bis wir die Dardanellen in Besitz genommen haben. Rußland ist groß genug, um keine Gebietserweiterungen mehr nötig zu haben, aber ohne einen freien Ausgang zum Meere hat es nicht seine endgültige Gestalt erlangt... Seitdem der Plan Berlin—Bagdad feste Gestalt anzunehmen begann, war es nicht mehr die Frage, ob die Dardanellen russisch werden oder türkisch bleiben sollten, sondern ob sie russisch oder ob sie deutsch werden würden... Wir dürfen uns nicht durch die Losung eines Friedens ohne Annexionen und ohne Kontributionen irreführen lassen... Da Deutschland den Krieg begonnen hat, so kann der Krieg nicht mit einer einfachen Rückkehr zum status quo ante bellum liquidiert werden... Wir haben natürlich nicht die Absicht, Deutschland zu vernichten, aber wir müssen es unschädlich machen. Außerdem aber müssen wir jetzt unsere nationalen Aufgaben (d. h. die ukrainische und die polnische Frage) lösen."

Wir haben nun das Programm der amtlichen russischen Politik nach beiden Seiten: gegen Österreich-Ungarn und gegen die Türkei. Wir sehen, wie tief und fest es im russischen Willen verankert ist, wie konsequent und mit welchen Mitteln Rußland an seiner Durchführung gearbeitet hat und wie tödlich seine Verwirklichung nach der einen wie nach der anderen Seite hin für unsere Zukunft wäre. Unter diesen Umständen berührt es merkwürdig, wenn uns von Rußland her, und zwar gerade in dem Organ Miljukows, der „Rjetsch", vermutlich aus der Feder Miljukows selbst, beschienigt wird, es komme in Deutschland jetzt im Kriege eine rußlandfreundliche Strömung auf. Axel Schmidt hat in unserm vorigen Heft in seinem Artikel über die „Englische Krankheit" die Ausführungen der „Rjetsch" ausführlich wiedergegeben. Wir erinnern noch besonders daran, daß die „Rjetsch" es betonte, nicht nur die Konservativen in Deutschland (denen je nach ihrer politischen Überlieferung dergleichen Ansicht, gleichsam eine „Alt-Russophilie", zuzutrauen ist), sondern merkwürdigerweise auch liberale Organe bei uns fingen an, in „Neo-Russophilie" zu machen. Allerdings, wir werden uns vorstellen können, mit welch einer inneren Ironie ein Mann von dem Einblick Miljukows in den wahren Charakter der russischen politischen Ziele gegenüber Deutschland, ein Mann, der so genau weiß, was die Zertrümmerung Österreich-Ungarns und der Ausschluß

Digitized by Google

vom Orient für Deutschland bedeutet, sich unsere Rußlandfreunde von der Neo-Russophilie der „Vossischen Zeitung“ bis zur Alt-Russophilie des leitenden auswärtigen Politikers der „Kreuzzeitung“ besieht. Es ist einige Monate her, daß Miljukow in seinem „Jahrbuch“ die Solidarität zwischen Rußland und Serbien eingestanden und verteidigt hat. Serbien sollte Rußlands Schildhalter am Balkan, an der Adria und im Donaubecken sein, auf Kosten eines zerschlagenen Österreich und eines ebenso zerschlagenen Ungarn. Ist es nötig, zu sagen, was das für Deutschland bedeutet? Heute aber hat Herr Miljukow das Vergnügen, in derselben Zeitung, der er kürzlich schon die deutsche Neo-Russophilie quittiert hat, eine nicht tief verhüllte Aufforderung zu lesen, Rußland möge, wenn es Lust dazu hat, später einmal eine Exekution an Norwegen dafür übernehmen, daß Norwegen Unfreundlichkeiten gegen uns begangen hat. „Nach diesem Kriege aber,“ so lesen wir in der „Vossischen Zeitung“ Nr. 530 vom 16. Oktober, „wird England, das jetzt Norwegen bedrängt und es zu schützen verspricht, nicht für immer mit Norwegens gefährlichstem Nachbar — mit Rußland — ein Herz und eine Seele bleiben. Dann wird es den norwegischen Staatsmännern — schneller als es ihnen lieb ist — zum Bewußtsein kommen, daß man auch in Deutschland rechnen und vergelten kann.“ Rußland auf Kosten Norwegens am Atlantischen Ozean, im Besitz der Möglichkeit, von oben herab auf ganz Skandinavien zu drücken und uns noch wirksamer als bisher im „Nassen Dreieck“ festzuhalten, das ist schon eine Neo-Russophilie, von der man nicht weiß, ob man die Neuheit oder die einseitige Freundschaft für Rußland voranstellen soll.

Rußland wird nie von seinen einmal aufgestellten und zähe festgehaltenen Zielen ablassen, solange es Kraft genug dazu behält. Mit seinen serbischen und galizischen Zielen will es Österreich zertrümmern und uns bis zur Rettungslosigkeit isolieren. Mit seinem Willen, die Meerengen zu besetzen, will es sich zum Herrn im Orient machen, der Türkei, deren Existenz für uns eine Lebensfrage ist, ein Ende bereiten und auch auf diesem Wege unsere Zukunft zerstören. Wohl möglich, daß es jetzt in der Not darauf eingehen wird, scheinbar hier wie dort einen Schritt zurück zu tun. Wenn man die Meerengen jetzt nicht erobern kann, so wird man wahrscheinlich anfangen, von Neutralisierung oder dergleichen zu spre-

Digitized by Google

chen. Der Reichstagsabgeordnete Spahn hat vor kurzem geäußert, Deutschland habe vor dem Kriege sein Einverständnis damit erklärt, daß Rußland die freie Durchfahrt durch die Engen erhielte. Für die Neutralisierung hat man in Rußland sogar schon eine Formel bereit, aber auch sie zeigt, wie einseitig dabei der russische Standpunkt gewahrt werden soll. Der Fürst G. Trubetzkoi, bis zum Tode des Gesandten Hartwig, dem er in Belgrad folgte, Leiter der nahöstlichen Abteilung im russischen Auswärtigen Amt, schrieb in seinem 1913 bei der Deutschen Verlagsanstalt in Übersetzung erschienenen Buche „Rußland als Großmacht" (Seite 153): Eine Lösung der Meerengenfrage in dem Sinne, daß die Engen nur für die Küstenstaaten des Schwarzen Meeres geöffnet würden, sei für Rußland wichtig und wünschenswert und solle von der russischen Diplomatie „bis zu einer bestimmten Zeit" für jeden Fall im Auge behalten werden. Dann aber fährt der Verfasser fort: „Was den Plan der Öffnung der Meerengen für die Schiffe aller Nationen betrifft, so protestieren wir entschieden gegen eine derartige Fragestellung. Die Möglichkeit, unsere Schwarzemeer-Schiffe nach dem Mittelmeer hinauszuführen, würde für uns sehr viel an Wert verlieren, wenn die ausländischen Mächte das Recht hätten, jederzeit ihre Schiffe in der unmittelbaren Nähe von Sebastopol und Odessa zu haben."

So also schreibt der hohe Beamte des russischen auswärtigen Dienstes, und genau entsprechend hat sich der nächste Vertraute des russischen Ministeriums des Auswärtigen, Miljukow, während des Krieges in derselben Dumarede ausgedrückt, aus der wir bereits die Stellen über Konstantinopel und die Meerengen zitierten. Er sagte dort: „Ich bin kein Gegner einer partiellen Neutralisation der Meerengen, selbst wenn diese in unsern Besitz übergehen sollten. Ich bin aber ein Gegner der absoluten Neutralisation der Meerengen. Ich bin ein Gegner der Zulassung einer freien Durchfahrt für Kriegsschiffe ins Schwarze Meer."

Wir lasen neulich in der neo-russophilen deutschen Zeitung: „Für Rußland kommt es doch in allererster Linie darauf an, sich wirtschaftlich ausbreiten zu können und seinen Waren Absatz auch nach der Türkei und nach deren Hinterländern zu verschaffen. Was nützt ihm nach dieser Richtung der Besitz von Konstantinopel? ... Wenn es gelänge, die Dardanellenfrage durch andere Abmachungen als die bisherigen zu lösen, die ja

Digitized by Google

immer nur dem englischen Interesse entsprochen haben, so würde die Türkei für Rußlands Handelsbeziehungen kein Hindernis mehr, sondern eine Brücke sein. Dann würden sich auch Deutschlands und Rußlands Wege in Konstantinopel nicht mehr feindlich kreuzen." Diese neo-russophilen Vorstellungen von der Harmlosigkeit der russischen Wünsche in Konstantinopel und den Meerengen stimmen schlecht zu Miljukow, Trubetzkoi und Genossen. Wenn man aber imstande ist, den Russen eine Stellung in Skandinavien am Atlantischen Ozean anzubieten, dann ist es allerdings auch kein Wunder, wenn man ihnen zutraut, sie würden an den Meerengen mit bloßen handelswirtschaftlichen Zugeständnissen zufrieden sein.

Der Zusammenbruch der französischen Linken

Unsere Leser werden sich erinnern, daß ich in Nr. 23 der „Deutschen Politik" vom 2. Juli den Brief eines meiner Freunde aus der Schweiz über das Anwachsen der monarchistischen Bewegung in Frankreich veröffentlichte. Dieser Brief, den ein gründlicher Kenner Frankreichs nach seinem letzten Besuch in Paris an mich richtete, hat mir zahlreiche Zuschriften eingetragen, in denen die von dem Verfasser des Briefes geschilderten Zustände und geäußerten Ansichten bezweifelt, ja teilweise bestritten wurden. Die Sammlung dieser Zuschriften erreichten meinen Freund infolge längerer Reisen erst jetzt, daher hatte er nicht früher Gelegenheit, sie zusammenfassend zu beantworten. Diese neue Darstellung der Zustände in Frankreich, die er mir heute übermittelt, enthält meiner Ansicht so viel neues Material, daß auch die bis jetzt Zweifelnden an das Anwachsen der monarchistischen Bewegung in Frankreich glauben werden, vor allem, da es mit französischen Zeugnissen belegt ist. Paul Rohrbach

....."Wenn mir z. B. einer Ihrer Leser entgegnet, daß das Kräfteverhältnis der sozialistischen Mehrheit zu der sozialistischen Minderheit, wie es auf dem Kongreß des Nationalrates der sozialistischen Partei im August dieses Jahres zutage trat, und die schwache Zunahme der Minorität in den letzten Monaten gegen meine Auffassung sprächen, so muß ich ihm erwidern, daß trotz dieses Stimmenzuwachses die sozialistische Minorität an Einfluß und Bedeutung eher verloren als gewonnen hat 1. weil die sozialistische Partei Frankreichs sich in drei Teile gespaltet hat, von denen die beiden größeren Teile in allen prinzipiellen Fragen noch einig sind und den imperialistischen Sozialismus vertreten, während die

Digitized by Google

ernsthaften Oppositionellen, die drei Kienthaler, endgültig von der Partei abgeschüttelt worden sind, 2. können diejenigen, die ihre Hoffnung immer noch auf den französischen Sozialismus setzen, diese Hoffnung allein auf die drei Kienthaler, Blanc, Brizon, Raffin-Dugens gründen. Diese drei aber haben in der Kammerverhandlung vom 19. und 21. September von Briand unter dem Beifall des ganzen Hauses eine endgültige Abfuhr erfahren, die so vollständig war, daß sogar ihre Parteigenossen sich von ihnen lossagten. Und da diese drei trotz ihrer schüchternen und maßvollen Angriffe im Volke nur einen geringen Rückhalt haben, so konnte die Regierung der Presse der Rechten gestatten, die drei Kienthaler mit den wüstesten Schmähungen zu überschütten. Weder Blanc, Brizon und Raffin-Dugens persönlich, noch die kleinen ihnen zur Verfügung stehenden Zeitungen durften sich erlauben, gegen diese Verleumdungen aufzutreten, immer aus demselben Grunde, weil sie allein stehen und keine Volksmassen ihre Stellung stützen. Wie stark sich die Rechte fühlt, werden am besten einige Zitate aus der Presse beweisen, in denen die Wut über die drei Kienthaler sich hemmungslos austobt.

Der „Gaulois" nannte Raffin-Dugens einen Elenden. Die „Liberté" fragte, warum man diese Menschensorte immer noch als Franzosen behandle. Die „Action française" schrieb am 23. September: „Eigentlich müßte man gegen Brizon und Raffin-Dugens gerichtlich vorgehen"; und der „Nouvelliste de Lyon" äußerte sich am 21. September über die Kammerverhandlung vom 19. und 21. September folgendermaßen:

„Es war bereits reichlich schändlich, daß mitten im Kriege, während unsere Kinder unter den Schlägen eines durch sein barbarisches Verhalten auf immer unmöglich gemachten Feindes fielen, französische Abgeordnete ins Ausland gingen, um mit den Deutschen zu kokettieren und mit ihnen über das Schicksal unseres Landes zu verhandeln. Aber sich dessen noch obendrein dem Parlament gegenüber rühmen und dort ihre internationalen Lehren vortragen, das heißt dem Zynismus und der frechen Schamlosigkeit einen beinahe verbrecherischen Akt hinzufügen ... Ist es zulässig, daß die parlamentarische Unverletzlichkeit solche ernsten Frevel decken kann? Und wie soll man sich erklären, daß man auf der Tribüne eine Sprache dulden kann, die in einem Kaffee oder auf einem öffentlichen Platz geführt, sofort die Verhaftung des Urhebers zur Folge hätte?"

Digitized by Google

Die drei Kienthaler haben auf alle diese scharfen Angriffe nicht nur betroffen geschwiegen, sondern haben den Zorn der Rechten dadurch zu besänftigen versucht, daß sie in ihnen nahestehenden Zeitungen ebenso maßlose Kriegsziele forderten, wie die Presse der Rechten.

Die Zeitung der Gewerkschaftler „La Bataille" schrieb am 29. August: „Da der Sieg sich nach vielem Schwanken bemerkbar macht, ist es ganz natürlich, daß man jetzt von der Bestrafung der Verantwortlichen spricht... Ihr wollt für diese mörderischen Cäsaren die Rotte der Henker sein, nein, das ist zu viel Ehre, die Unsrigen sind nicht wert, von Soldaten erschossen zu werden, die ihr ganzes Leben lang die Schande mit sich schleppen würden; diese Wunder von Vernichtern sind nur Guillotinenfutter, zwei Stück, zwei dreckige Fetzen, sicherlich schwer zu bekommen, aber die wir trotzdem bekommen werden, davon bin ich überzeugt. Ja, diese Ungeheuer mit Menschenantlitz, die Millionen Mütter zum Weinen brachten, diese blutdürstigen Wahnsinnigen, die Millionen stumpfsinnige Mörder auf ihrem Gewissen haben (angenommen, daß sie überhaupt eins haben), diese wilden Bestien, die unglückliche oder schwachsinnige Völker sich als Tyrannen nahmen oder annahmen, können nur durch die Guillotine sterben."

So hat der Zorn der Rechten die aufrechten drei Männer, die vor kurzem noch vorgaben für Volksverständigung, Völkerverbrüderung, für das Prinzip: Gleiches Recht für Alle zu kämpfen, umgeweht und sie veranlaßt, mit den heulenden Hysterikern der Rechten die Hinrichtung der Kaiser von Deutschland und von Österreich-Ungarn zu verlangen. Wer diese Tatsachen kennt, wird nicht mehr auf die Mannhaftigkeit und die Kraft der drei Kienthaler zu rechnen hoffen.

Andere, die meinen Brief gelesen haben, setzten ihr Vertrauen in Clémenceau und versicherten, dieser alte Ministerstürzer würde auch dieses Mal zur rechten Stunde das rechte Mittel finden. Diese Hoffenden übersehen erstens die allgemeine Tatsache, daß Clémenceau heute 75 Jahre alt ist, wissen zweitens wohl nicht, daß Clémenceau in der Senatssitzung vom 9. Juli eine vollständige Niederlage erlitten hat, als der Senat mit der Regierung mit 251 Stimmen gegen 6 sein Vertrauen ausdrückte.

Da sah man, daß Clémenceau im ganzen Senat nur sechs Gesinnungsgenossen hatte.

„Excelsior" brachte am nächsten Morgen eine Zeichnung, wie Briand

Digitized by Google

ein Tigerfell zertritt, und „Libre Parole“ schrieb: „Gestern noch Tiger, heute Bettvorleger“ — ein Ausspruch, der wochenlang in Paris als geflügeltes Wort umlief. „Die Geheimsitzung des Senats endete mit einer triumphierenden Abstimmung für die Regierung,“ schrieb Gustave Hervé in seiner „Victoire“. Das „Journal des Débats“ höhnte: „Man erwartete in der Schlußabstimmung des Senats die Ziffer der Treuen, die der Führer der ewigen, antiministeriellen Opposition um seinen Namen versammelt. Wir besitzen jetzt diese Ziffer. Es sind sechs.“

Wäre diese Niederlage Clémenceaus nicht so vollständig und endgültig gewesen, so hätte er sicher seinen alten Haß gegen Briand weiter gepflegt und auch fernerhin Angriffe gegen die Regierung geschmiedet. Da er sich aber in seiner Einsamkeit nicht wohl fühlte und dem Abonnentenschwund seiner Zeitung steuern wollte, schwenkte auch er um. Am 21. September schrieb Clémenceau: „Mit großem Vergnügen kann ich konstatieren, daß Briand alles, was zu sagen war, vorzüglich gesagt hat. Meine Stimme fehlte nicht für den Maueranschlag seiner Rede. Wenn ich es nicht für nötig befinde, hier die Erörterungen meines Beifalls niederzuschreiben, so geschieht das nicht mit einem einschränkenden Gedanken. Der Grund ist einfach darin zu suchen, daß außerhalb der kleinen Gruppe des dogmatischen Friedens der Ministerpräsident Deutschland und der Welt alles gesagt hat, was zu sagen war, im Namen aller Franzosen ... Vor allen Dingen möge man nicht glauben, daß ich da einen retrospektiven (rückblickend) Streit suche.“

Nachdem ich durch diese Tatsache alle Einwände entkräftet zu haben glaube gegen die Darstellung der inneren Lage Frankreichs, wie ich sie in meinem Briefe an Sie zum Ausdruck brachte, möchte ich noch einige neue Tatsachen zur Erhärtung meines Standpunktes vorbringen, d. h. Beweise für die Zunahme des Monarchismus.

Seit etwa zwei Monaten mehren sich in auffallender Weise Äußerungen monarchistischer Gesinnung, gegen die die Regierung nicht aufzutreten wagt, weil, wie mir ein hier in Bern ansässiger französischer Hochschulprofessor, der früher in Berlin wirkte, sagte, die Regierung sich ohnmächtig fühlt gegenüber der gewaltig anschwellenden Bewegung, die, der republikanischen Regierungsform überdrüssig, nach der monarchistischen Staatsform verlangt.

Digitized by Google

„Etwas Großes kommt über das Land. Wird es ein Mann, oder gar ein Prinzip[1], oder etwa ein Mann sein, der sich auf ein Prinzip stützt? Die, die gut aufhorchen und geschichtliche Kenntnisse besitzen, werden nicht übersehen, daß das Sehnen sich verkörpert, die Atmosphäre sich verdichtet und daß der Geist dazu dient, sich einen sicheren Weg zu bahnen. Die früheren Krisen unseres Landes haben uns Jeanne d'Arc und Napoleon geschenkt," schrieb die „Action française" am 16. August in der durchsichtigen Erwartung, daß auch die gegenwärtige Krise Frankreich einen Monarchen schenken wird. Unverschleierter stellte „Action française" am 22. September die Forderung nach einem König auf und ebenfalls Dumont-Wilden im „Œuvre" vom 23. September.

Bemerkenswert ist, daß seit zwei Monaten die offiziellen Vertreter der heutigen Republik: „Le Temps" und „Journal des Débats", schärfer als früher zensiert werden und zwar in diesen Zeitungen gerade Artikel, die sich gegen die Propaganda[2] der Royalisten wenden. Nur ganz allgemein gehaltene Wendungen gegen die monarchistische Staatsidee, die diese beiden führenden Zeitungen neuerdings fortgesetzt einzuflechten für nötig halten, werden unbeanstandet gelassen, wie im Artikel des „Temps" vom 22. September: „Der triumphierende Royalismus würde aus unserer Verfassung das Wort und die Sache der Republik tilgen . . . Damit könnte die Republik noch einige Zeit existieren, in dem Maße, wie es den Worten, die die toten Einrichtungen überleben, gelingt, die Erinnerung daran wachzurufen. Aber Frankreich würde sich nicht wiedererkennen und in der unangenehmen Verwirrung, in die es versetzt würde, welchen neuen Verwirrungen, welchen betrügerischen Hilfen wäre es dann ausgesetzt? Man möge sich in acht nehmen: Die Cäsarismen folgen sich. In Frankreich ist die Geschichte der Republick fruchtbar an Lehren. Wir bitten, daß man sich daran erinnere. Wir wollen weder Tyrannei, noch Willkür irgendwelcher Art. Negatives Programm? Im Gegenteil, ein wesentlich positives Programm, denn nur die Freiheit ist die Quelle des Lebens."

Und am 2. Oktober schrieb die „Humanité": „Heute fügen wir hinzu, daß wir die Fortsetzung der abscheulichen Propaganda nicht erlauben, ohne sie aufzudecken, die nicht nur Personen berührt, sondern sich bemüht, die Fortschrittseinrichtungen anzutasten, denen Frankreich sich während eines

[1] Grundsatz. [2] Werbetätigkeit.

Digitized by Google

Jahrhunderts von Revolutionen hingegeben hat... Heute begnügen sich die Royalisten damit, das Land aufzuwiegeln und Verleumdung zu säen. Seit Beginn des Krieges haben sie keinen Augenblick ihr trauriges Geschäft aufgegeben. Neulich erklärte einer unserer Kollegen, daß die Beleidigungen der Royalisten schon lange nicht mehr zu zählen sind. Das ist wahr. Und wir gehen so weit, daß wir sie nicht mehr lesen, sie nicht beachten und uns weigern, sie zu beantworten. Aber es gehört sich, die heimliche Arbeit, die diese Bewunderer des Burgfriedens verfolgen, nicht zu übersehen. In dem Zeitpunkt, in dem wir gegenwärtig stehen, erlaubt man zu sagen, daß die Republik in Frankreich die Herrschaft des Auslandes ist, daß „der republikanische Geist die Volksverteidigung desorganisiert". Diese überlegte, ausgeklügelte Propaganda ist von anderer Bedeutung als die unklugen Worte, die Bürgern guten Glaubens im Eifer eines Wortgefechtes Mann gegen Mann entschlüpft sind."

Am 4. 10. beschäftigte sich der „Temps" noch einmal mit der Gefahr der royalistischen Propaganda: „Ja, es ist seltsam und unangebracht, daß sie seit Kriegsbeginn vorgibt, neue Nahrung und zweifelhafte Mittel aus sich zu schöpfen, damit ihre Sache triumphiere. Man kann mit Erstaunen wahrnehmen, daß sich seit zwei Jahren mit Nachdruck in ihren Zeitungen die außergewöhnliche Behauptung breit macht, daß Frankreich der Republik „fünf Invasionen in kaum einem Jahrhundert" danke; daß die Monarchie allein „die nationale Regierungsform" bleibe; daß die Republik „die Herrschaft des Auslandes" ist. Die Ironie ist ein wenig grob, oder das Gewissen ein wenig kurz."

Ähnliche Artikel, in denen schüchtern und zaghaft auf die wachsende Gefahr der royalistischen Propaganda für die französische Republik hingewiesen wird, erschienen in den letzten Wochen im „Rappel", in „Bonnet rouge", in „Homme enchaîné", im „Radical", in „La Bataille", in „Populaire du Centre", während „La Croix", „La Liberté", „La Libre Parole", „L'Action française", „Echo de Paris", „Le Gaulois" ihren royalistischen Propagandaeifer gleichzeitig verdoppeln.

Ich bitte Ihre Leser sich noch einmal über die Verbreitung der verschiedenen Zeitungen, wie ich sie in meinem ersten Briefe an Sie andeutete, Rechenschaft zu geben. Dann werden sie nicht mehr zweifeln, daß man mit Recht von einem Zusammenbruch der französischen Linken in Frank-

Digitized by Google

reich sprechen kann. Und wer trotzdem noch zweifelt, der erkundige sich gelegentlich einmal bei Franzosen, die im neutralen Ausland leben, — wie z. B. bei dem vorhin genannten Berliner Hochschullehrer in Bern —, der bestätigen kann, was ich auf meinen wiederholten Reisen durch Frankreich und durch die Lektüre der trostlosen Kriegsliteratur erfahren habe. Wenn man einen Tatbestand aufnehmen will, muß man seine persönlichen Neigungen zurückstellen. Der Tatbestand beweist aber, daß die demokratische Staatsidee in Frankreich so gut wie erledigt ist und bald, allerdings vielleicht erst nach dem Frieden, von dem Monarchismus abgelöst werden wird.

Deutsche Geburtenpolitik

Von Hermann W. Siemens

Immer mächtiger ringt sich die Erkenntnis durch, daß die Tendenz der Bevölkerungsbewegung von entscheidender Bedeutung für die politische Zukunft eines jeden Volkes ist. Insonderheit die Geburtenbewegung wird künftighin die Aufmerksamkeit aller weitschauenden Politiker in Anspruch nehmen, denn sie entscheidet letzten Endes über die Menge und über die Beschaffenheit des Materials, aus dem sich Heer und Volk der Zukunft zusammensetzen. Die innere Politik sieht sich durch diese Erkenntnis vor eine neue, höchst wichtige Aufgabe gestellt; sie muß versuchen, die Geburtenbewegung in einer für das Vaterland erwünschten Weise zu beeinflussen, um so bei den kommenden Geschlechtern „die größtmögliche Tüchtigkeit der größtmöglichen Zahl" (Lenz) zu erreichen. Diesem hohen vaterländischen Ziele gilt die Bevölkerungspolitik. In ihrem Mittelpunkt steht zurzeit die Bekämpfung des Geburtenrückgangs.

Die Ursache des Geburtenrückgangs ist anerkanntermaßen die Geburtenverhütung. Die Beweggründe für diese Praxis sind ökonomisch-wirtschaftlicher Natur: jedes Kind bedeutet für seine Familie 15 bis 25 Jahre hindurch eine ununterbrochene Folge schwerer wirtschaftlicher Opfer. Von den Mitteln, die besonders häufig gegen den Geburtenrückgang empfohlen werden, betrachten wir zunächst die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit. Unsere Säuglingssterblichkeit hat in den letzten Jahrzehnten erheblich abgenommen; trotzdem nahm, wie bekannt, in

Digitized by Google

der gleichen Zeit der Geburtenrückgang reißend zu. Schon daraus erkennen wir, daß der Geburtenrückgang auch bei erfolgreicher Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit ungehindert seinen Fortgang nehmen kann. Der Geburtenrückgang kommt ja nicht dadurch zustande, daß zu viel Säuglinge sterben, sondern dadurch, daß zu wenig geboren werden! Jede Bevölkerungspolitik, die etwas anderes im Auge hat als die Ermöglichung und Förderung neuer ehelicher Zeugungen, trifft den Nagel nicht auf den Kopf.

Das gleiche gilt von der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Wie überhaupt die Bekämpfung aller Krankheiten, so ist auch der Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten ein lobenswertes und sozial bedeutungsvolles Bestreben; ein Mittel zur Bekämpfung des Geburtenrückgangs ist er jedoch nicht. Gewiß ist es richtig, daß die Geschlechtskrankheiten zuweilen Unfruchtbarkeit bedingen; aber sie haben das seit Jahrhunderten getan, ohne daß es deshalb zu einem „Geburtenrückgang" gekommen wäre. Der Geburtenausfall infolge Fortpflanzungsunfähigkeit muß sogar bei uns in letzter Zeit geringer geworden sein, denn seit dem Jahre 1900 hat die Ausbreitung der Geschlechtskrankheiten in Deutschland dauernd abgenommen. Dessenungeachtet stieg zu gleicher Zeit der Geburtenrückgang an. Daran haben wir wieder den geschichtlichen Beweis, daß auch eine erfolgreiche Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten den Geburtenrückgang ungestört fortschreiten läßt.

Von manchem Politiker wird auch viel von der Macht der Imponderabilien (Unwägbarkeiten) erwartet. Besonders glaubt man in der Religion ein Heilmittel gegen den Geburtenrückgang zu besitzen. Doch ist nicht einzusehen, inwiefern z. B. der evangelische Glaube in einem Gegensatz zum Verhütungsverkehr stehen soll. Der Beweis, daß die evangelische Lehre vom Menschen verlangt, mehr Kinder in die Welt zu setzen, als er „standesgemäß" großziehen kann, dürfte schwer zu erbringen sein. Aber auch die katholische Religion, die die Anwendung von Verhütungsmitteln aufs strengste verbietet, kann heutzutage nicht mehr als eine taugliche Waffe gegen den Geburtenrückgang betrachtet werden. Das beweist einwandfrei die Tatsache, daß ein katholisches Land, Frankreich, allen andern in der Verminderung seines Nachwuchses voraneilt. Selbst die mosaische Religion hat sich, trotz ihres eindringlichen

Digitized by Google

Gebotes: Seid fruchtbar und mehret euch! als machtlos gegenüber dem Geburtenrückgang erwiesen. Das Aussterben der spanischen Juden als Folge der Geburtenverhütung hat Felix A. Theilhaber in seinem „Untergang der deutschen Juden" zwingend dargetan.

Auch die Macht des Familiengefühls und die Pflege der Familientradition ist an den wirtschaftlichen Gründen, die zur Geburtenverhütung locken, kraftlos zerschellt. Das beweist das rasche Aussterben so vieler Adelsgeschlechter und die zur Erhaltung ungenügende Fruchtbarkeit der nordwesteuropäischen Juden, trotzdem doch nach allgemeiner Ansicht das Familiengefühl gerade bei den Juden besonders ausgeprägt ist.

Blind sind auch die Bestrebungen, die sich gegen den Handel mit Verhütungsmitteln wenden. Es ist allbekannt, wie gut dem französischen Bauern seine Geburtenbeschränkung geglückt ist ohne alle die kostspieligen Hilfsmittel der Industrie.

Unter den bevölkerungspolitischen Vorschlägen, die man am häufigsten hört, spielen halbe Maßnahmen eine große Rolle, Maßnahmen, die wohl den richtigen Weg einschlagen, von denen aber kein Umschwung zu erwarten ist, da sie in den Anfängen stecken bleiben. Dahin gehört z. B. das Bestreben, die Ehehäufigkeit zu vergrößern. Anstatt einen Schritt weiter zu gehen und die kinderlose und die kinderarme Ehe zu bekämpfen, wendet man sich nur gegen die Ehelosigkeit. Man setzt dabei voraus, daß die Geburtenhäufigkeit der Ehehäufigkeit parallel gehe. Aber diese Annahme ist grundfalsch; gerade das Gegenteil trifft zu. In allen Geburtenrückgangsländern hat die Ehehäufigkeit stetig zugenommen. Wir machen also die sehr wichtige Beobachtnng, daß der Geburtenrückgang bei uns fortschreitet, trotzdem die Zahl der Ehen zunimmt, trotzdem die Säuglingssterblichkeit abnimmt, und trotzdem sich die krankhafte Unfruchtbarkeit vermindert. Selbst die vereinte Wirkung von Zunahme der Ehen, Abnahme der Sterblichkeit und Abnahme der ungewollten Unfruchtbarkeit bleibt also ohne den geringsten sichtbaren Einfluß auf den Geburtenrückgang.

Eine halbe Maßnahme ist auch die Junggesellensteuer. Der Staat hat gar kein Lebensinteresse daran, daß die Tüchtigeren unter seinen Bürgern heiraten, sondern daß sie eheliche Kinder zeugen und großziehen. Ein kinderloser Ehemann ist bevölkerungspolitisch keine Spur mehr wert

Digitized by Google

als ein Junggeselle. Nicht das Junggesellentum, sondern die Kinderlosigkeit muß deshalb besteuert werden. Aber auch eine Besteuerung der Kinderlosigkeit wäre noch ein Steckenbleiben auf halbem Wege. Ein Volk, in dem auf die Ehe im Durchschnitt nicht mehr als zwei oder drei Kinder kommen, ist rettungslos dem allmählichen Aussterben verfallen. Deshalb würden bevölkerungspolitische Sondersteuern unvollständig bleiben, solange sie neben den Kinderlosen nicht auch — in geeigneter Abstufung — die Kinderarmen treffen.

Halbe und deshalb vergebliche Maßnahmen sind auch die „Schwangerenunterstützung" und die „Wöchnerinnenfürsorge". Nicht die rasch vorübergehenden Mehrausgaben, die mit Geburt und Wochenbett verknüpft sind, sondern die jahrzehntelangen Kosten der Kinderaufzucht sind die Veranlassung zur Geburtenverhütung. Deshalb bedeuten alle Maßnahmen zur Unterstützung von Schwangeren und Wöchnerinnen nicht mehr als einen Tropfen auf den heißen Stein.

Eine besonders große Rolle spielen seit einiger Zeit bei der Bekämpfung des Geburtenrückgangs soziale Vorschläge. Weil die Beweggründe, die zur Geburtenverhütung treiben, ökonomisch-wirtschaftlicher Natur sind, so glauben viele, daß man durch Unterstützung Kinderreicher dem Geburtenrückgang steuern könne. Auch diesen Bestrebungen liegt eine Unklarheit der Begriffe zugrunde. Die Grundaufgabe der Geburtenpolitik ist es nicht, Leuten, die viele Kinder haben, das Leben angenehm zu machen, sondern die Kinderlosen und die Kinderarmen zur Erzeugung eines ausreichenden ehelichen Nachwuchses anzustacheln. Das aber kann durch Unterstützungen nie erreicht werden. Geldunterstützungen sind nämlich — der Natur der Sache nach — nur für die sozial tieferen Schichten von wirklicher Bedeutung. Nun findet aber bekanntermaßen die Geburtenverhütung ganz vornehmlich in den wohlhabenden Kreisen und in den Kreisen des Mittelstandes statt, während gerade den bäuerlichen und proletarischen Massen (proletarii = Nachkommenschaftserzeuger) überall der größte Anteil an der Erzeugung der nächsten Generation zukommt. In der Bevölkerungspolitik ist demnach — umgekehrt wie in der Sozialpolitik — ein Mensch um so bedürftiger, je größer sein Hab und Gut ist[1]. Alle sozialen Maßnahmen, wie überhaupt die Unterstützung

[1] Ich habe diese Dinge an anderer Stelle ausführlich behandelt: Hermann W. Sie-

Digitized by Google

Kinderreicher, sind folglich keine eingreifenden Mittel gegen den Geburtenrückgang, da sie allein den armen, das ist kinderreichsten Bevölkerungsschichten zugute kommen.

Der wahre Grund der Geburtenverhütung ist folgendes: die Kosten der Kinderaufzucht, besonders die Lebensansprüche, wachsen mit der Höhe der sozialen Stellung viel rascher als die Einnahmen der Eltern. Dadurch erklärt es sich, daß das Mißverhältnis zwischen den Kosten der Kinderaufzucht und den Berufseinnahmen des Vaters im allgemeinen um so größer wird, je höher die soziale Stellung der Familie ist. Dazu kommt noch das zum Sport gewordene Streben, die Kinder über die eigene Lebenshaltung hinauszuheben. Das Mißverhältnis zwischen den Ansprüchen der mittleren und höheren Stände und ihren Einnahmen ist die Hauptquelle unseres Geburtenrückgangs. Wohl kann man der Meinung sein, daß diese modernen Lebensansprüche berechtigt sind, nicht aber, daß für eine größere Kinderzahl die Daseinsmöglichkeit fehlte.

Die Betreibung der Bevölkerungspolitik durch soziale Reformen untersteht jedoch noch einem besonderen Verhängnis. Die verhältnismäßig hohe Kinderzahl der proletarii verdeckt die eigentliche Gefahr des Geburtenrückgangs, welche darin besteht, daß durch ihn vornehmlich die begabtesten Elemente jedes Volkes aussterben, d. h. diejenigen Familien, die infolge ihrer erblichen Tüchtigkeit im sozialen Wettkampfe erfolgreich waren. Diese fortschreitende Verarmung unseres Volkes an begabten Familien, die eben im sogenannten „Geburtenrückgang" ihren statistischen Ausdruck findet, wird kaum mehr erkennbar sein, sobald die Fruchtbarkeit der breiten Masse noch künstlich erhöht wird. Die soziale Bevölkerungspolitik würde aber nicht nur die durchschnittliche Begabung unseres Volkes herabdrücken, sie würde auch die Entnationalisierung befördern. Denn gerade unter der niedern Bevölkerung befinden sich starke Massen ausländischer Elemente (z. B. die italienischen Arbeiter und die Polen).

Von verschiedenen Seiten wurde auch die Förderung unehelicher Zeugungen als geburtenpolitische Maßnahme in Vorschlag gebracht. Solche Vorschläge müssen scharf zurückgewiesen werden. Ein Staat, der

mens, Die Proletarisierung unseres Nachwuchses, eine Gefahr unrassenhygienischer Bevölkerungspolitik. Archiv für Rassen- und Gesellschaftsbiologie, 12. Jahrg.

Digitized by Google

sich wie der unsrige auf der Ehe aufbaut, kann nicht gleichzeitig das uneheliche Verhältnis anerkennen; das ist eine Forderung der Logik. Eine Förderung ungesetzlicher Geburten wäre aber nicht nur staatszerrüttend, sie wäre auch völlig sinnlos. Denn der Geburtenrückgang beruht auf zu geringer *ehelicher* Fruchtbarkeit; die Geburtenzahl der Unehelichen nimmt dagegen seit 1903 wieder fortgesetzt zu.

Auch *ländliche Siedlungspolitik* wird als unfehlbares Mittel gegen den Geburtenrückgang gepriesen. Demgegenüber genügt der Hinweis, daß unser jetziger europäischer Geburtenrückgang auf dem *Lande*, nämlich bei den französischen *Bauern* angefangen hat. Naumanns beliebtes Schlagwort: Bauerngut an Bauerngut bis zur russischen Grenze! enthält also zum mindesten kein *bevölkerungspolitisches* Programm. Nicht darauf kommt es in der Bevölkerungspolitik an, daß Bauerngüter da sind, sondern darauf, daß eheliche Kinder erzeugt und großgezogen werden.

*

Nachdem wir so viel untaugliche Heilmittel besprochen haben, können wir uns über das, worauf es ankommt, kurz fassen. Vornweg muß ein Satz stehen, der sich allen aufdrängt, die tiefer in die bevölkerungspolitischen Probleme eindringen: *Ohne sehr grausame Paragraphen gibt es keinen wirklichen Umschwung!* Die Paragraphen müssen aber in erster Linie diejenigen Bevölkerungsschichten treffen, die die eigentlich Schuldigen[1] an dem Geburtenrückgang sind: die Besitzenden. Staatliche Unterstützungen müßten bei dieser Klasse erfolglos bleiben; denn nie wird es dem Staate möglich sein, die ungeheuern Geldmittel aufzubringeu, die nötig wären, um die riesigen Kosten der Kinderaufzucht bei den Wohlhabenden auch nur einigermaßen zu decken. Die Bekämpfung des Geburtenrückgangs kann deshalb nur in umgekehrter Weise erfolgen: nicht dadurch, daß man die Kinderreichen unterstützt, sondern indem man die *Kinderarmen schwer belastet*[2]. Die Belastung kann erfolgen einerseits durch hohe direkte Sondersteuern auf Besitz und Vermögen, andrer-

[1] Das „schuldig" darf nicht in juristischem Sinne verstanden werden; es würde unserer zurzeit gültigen Sitte durchaus widersprechen, jemandem aus der Kinderbeschränkung einen ehrenrührigen sittlichen Vorwurf zu machen, denn auf Zeugung gerichtete Pflicht- und Ehrgefühle bestehen bei uns leider nicht.

[2] Näheres darüber in meiner ausführlichen Arbeit: H. W. *Siemens*, a. a. O.

Digitized by Google

seits durch ungeheure Verluste beim Erbschaftsgange. Prof. von Gruber hat das letztere Moment ausführlich behandelt[1]. Nach seinem Vorschlag dürfte z. B. an ein Kind nie mehr als der vierte Teil des elterlichen Vermögens kommen. Wenn also jemand nur ein Kind hätte, würde nach seinem Tode drei Viertel seines Vermögens an Seitenverwandte fallen; erst bei vier Kindern hätte er die Möglichkeit, sein gesamtes Vermögen auf seine unmittelbaren Nachkommen zu vererben. Bezüglich der Einzelheiten verweise ich auf von Gruber. Jedenfalls bleibt der erste bevölkerungspolitische Gesichtspunkt der, den Besitzenden die Kinderarmut wirtschaftlich zu erschweren. Der einzige Weg dazu ist:

sehr hohe Steuerbelastung der kinderarmen und kinderlosen Besitzenden, sowohl auf dem Wege einer einfachen direkten Besteuerung, als auch besonders durch tiefgreifende Berücksichtigung der Kinderzahl beim Erbrecht.

Den Besitzenden schließt sich eine andere Klasse an, deren Kinderzahl von größter Bedeutung für das staatliche Gedeihen ist: die — kleineren und größeren — Grund-Besitzenden, die Bauern. Auch hier kommt es, wie bei den Wohlhabenden, vornehmlich auf eine Änderung des Erbrechtes an. Wie bedeutungsvoll gerade für die Kinderzahl der Bauern das Erbrecht ist, beweist die Tatsache, daß die französischen Bauern genau von dem Zeitpunkt an ihre Geburtenzahl in größerem Umfange einschränkten, als ein unbedachtes Erbgesetz die gleichmäßige Aufteilung des Bodens unter die Kinder befahl. Der Bauer mußte also seine Kinderzahl beschränken, wenn er seinen Besitz ungeteilt vererben wollte, wenn er vermeiden wollte, daß seine Nachkommen mit jeder Generation zu kleineren Bauern herabsinken. Die Herren, die am grünen Tisch dieses Gesetz erfanden, haben schwerlich geahnt, daß sie damit seelenruhig begannen, die Volkskraft ihres Vaterlandes zu erdrosseln. — Einer Änderung unseres jetzigen bäuerlichen Erbrechtes, das zwar nicht schädlich wie das französische, aber doch bevölkerungspolitisch gleichgültig ist, dürften vorläufig unüberwindbare Schwierigkeiten im Wege stehen. Um so leichter aber wäre es, bei der nach dem Kriege vermutlich bei uns einsetzenden Siedlungspolitik bevölkerungspolitische Bahnen zu wandeln. Vor allem sollten die betreffenden Behörden den äußerst prakti-

[1] von Gruber, a. a. O.

Digitized by Google

schen und einfachen Vorschlag des bekannten Rassenhygienikers Dr. Fritz Lenz annehmen. Derselbe lautet kurz: Siedelung in Form „bäuerlicher Lehen", deren Erblichkeit an das Vorhandensein einer noch näher zu bestimmenden, die Erhaltung der Familie gewährleistenden Kinderzahl gebunden ist[1].

Wenn ich nach diesen beiden grundlegenden Maßnahmen auch noch der Unterstützung Kinderreicher gedenke, so geschieht das mit ganz gutem Gewissen. Denn für diese bedenkliche Art der Bevölkerungspolitik wird überall so laut die Trommel gerührt, daß man vielleicht dem Vaterlande besser diente, wenn man sie totschwiege. Die Unterstützung Kinderreicher ist als soziale Maßnahme vielleicht zu billigen; als Mittel gegen den Geburtenrückgang stehen ihr die wichtigen Bedenken entgegen, die schon oben geschildert wurden. Danach ist die „soziale Bevölkerungspolitik" vor allem nicht durchgreifend, da sie vornehmlich denen zugute kommt, die so wie so schon die größte Fruchtbarkeit haben; außerdem aber ist sie auch nicht einmal ungefährlich, indem sie der Proletarisierung und der Entnationalisierung unseres Volkes Vorschub leistet. Eine planmäßige Geburtenpolitik muß daher stets bei den Besitzenden beginnen.

Streiflichter zur Weltlage XVIII

Von Professor Dr. Schiemann

Es geht vorwärts auf dem Wege zum endlichen, entscheidenden Erfolge. Die von unserer obersten Heeresleitung verfolgte Methode hat die Verteidigung auf den Westen, den Angriff auf den Osten und Süden vereinigt und damit ein Doppeltes erreicht. Im Westen verbluten langsam aber sicher, in furchtbar teuer bezahltem geringfügigen Geländegewinn Engländer und Franzosen ihr streitbares Material an Männern. Wie ein englisches Blatt kürzlich berechnete, verliert England monatlich 100000 Mann, was, wenn es in gleich langsamem Tempo weitergehe, 1 200000 Mann für ein weiteres Jahr ausmachen und auch die Kitchener-Armee völlig aufzehren würde. Die Zahl der französischen Verluste kennen wir und kennt auch Frankreich nicht. Das ist ein grausiges Geheimnis des

[1] Näheres bei M. v. Gruber, Über Siedlungsreform. Zeitschr. f. Wohnungswesen in Bayern. Jg. XIII, Nr. 10/11.

Digitized by Google

kleinen Kreises der Wissenden um Poincaré-Briand-Joffre, aber der immer lauter von der offiziösen französischen Presse erhobene Ruf nach „gemeinsamen Reserven", d. h. nach dem Ausfüllen der klaffenden Lücken der französischen Armee durch Italiener, Engländer, Russen und durch das Gemisch der Farbigen, die aus den unterjochten Gebieten Afrikas und Asiens herangezogen werden, spricht deutlich für die Erschöpfung der eigenen Volkskraft Frankreichs. Beide, Frankreich und England, beginnen zugleich die würgende Hand der Lebensmittelnot zu spüren, und die Energie, die unsere U-Boote jetzt wieder in allen Meeren entfalten, über welche die „Alliierten" ihre Zufuhr beziehen, wird diese Not von Woche zu Woche steigern. Es tritt immer deutlicher zutage, daß es vor der Wachsamkeit und dem Wagemut unserer Tauchboote kein Entrinnen gibt, und die peinliche Sorgfalt, mit der dabei, trotz der damit verbundenen Gefahren, von uns die völkerrechtlichen Vorschriften eingehalten werden, entwaffnet jeden sachlich zu rechtfertigenden Protest. Die theoretische Seite der Frage ist von Professor Zorn in der „Kölnischen Zeitung" mit unwiderleglichen Gründen klargelegt worden und rechtfertigt unser Verhalten vor unserem Gewissen wie vor allen, die sich noch einen Rest ruhigen und sachlichen Urteils aus dem leidenschaftlichen und unwahren Treiben unserer Feinde gerettet haben. Wir begrüßen es daher mit besonderer Genugtuung, daß die amerikanische Regierung mit größtmöglicher Bestimmtheit den Anspruch der Alliierten abgewiesen hat, „Unterseeboote der Kriegführenden von neutralen Gewässern auszuschließen". Die amerikanische Regierung hat ihre ablehnende Entscheidung auf folgende Form gebracht: „Damit kein Mißverständnis über die Haltung der Vereinigten Staaten bestehe, teilt die Regierung der Vereinigten Staaten den alliierten Mächten mit, daß sie es für die Pflicht der kriegführenden Mächte hält, zwischen Unterseebooten neutraler und kriegführender Mächte zu unterscheiden und daß die Verantwortung für jeden Zwischenfall, der zwischen Kriegsschiffen der Kriegführenden und neutralen Unterseebooten infolge der Außerachtlassung solcher Unterscheidung zwischen diesen Arten von Unterseebooten entstehen kann, völlig auf den diese Unterscheidung vernachlässigenden Mächten ruhen wird."

Vorausgeschickt war der Satz: „Nach der Meinung der Regierung der Vereinigten Staaten haben die alliierten Mächte, betreffend den Gebrauch

Digitized by Google

von Handels- und Kriegsunterseebooten, nichts vorgebracht, noch kann die Regierung der Vereinigten Staaten einen Anlaß sehen, durch den die bestehenden Regeln des Völkerrechts auf diese nicht anwendbar würden.

Angesichts dieser Tatsache, sowie der Mitteilung und Warnung der alliierten Mächte, die in ihrem Memorandum ausgesprochen und in Erwägung gezogen ist, sieht sich die Regierung der Vereinigten Staaten gezwungen, den Regierungen von Frankreich, Großbritannien, Rußland und Japan mitzuteilen, daß, was die Behandlung von Handels- und Kriegsunterseebooten in amerikanischen Gewässern betrifft, die Regierung der Vereinigten Staaten ihre Handlungsfreiheit in jeder Beziehung sich vorbehält und solche Fahrzeuge so behandeln wird, wie nach ihrer Meinung das Verhalten einer Macht zu sein hat, von der gesagt werden kann, daß sie die ersten Schritte zur Festlegung der Grundsätze der Neutralität getan hat, und die mehr als ein Jahrhundert lang diese Grundsätze in überliefertem Geiste und mit hohem Sinn für Unparteilichkeit aufrecht erhalten hat, aus dem heraus sie entstanden sind."

Der Schlußsatz, den ich vorausgestellt habe, weist die halb versteckte Drohung ab, die das englische Rundschreiben vom 23. August enthielt; die längere Ausführung ist von besonderem Interesse für uns, und durch das Verhalten Amerikas der „Deutschland" wie der „U 53" gegenüber in erfreulichster Weise bestätigt worden. Da bekanntlich Norwegen sich den englischen Forderungen gebeugt hat, tritt die Haltung Amerikas in um so helleres Licht. Wir dürfen es demnach für völlig ausgeschlossen halten, daß die Regierung der Vereinigten Staaten, so lange als sie eine neutrale Macht bleibt, von den hier ausgesprochenen Grundsätzen abweichen wird. Sie wird auch ferner Handelsunterseeboote als Handelsschiffe, Kriegsunterseeboote als Kriegsschiffe nach den Grundsätzen des Völkerrechts behandeln, ohne dadurch irre zu werden, daß England und die anderen alliierten Mächte diese Grundsätze schon längst über Bord geworfen haben.

Wir können daher auch diese amerikanische Antwort den Erfolgen anschließen, die uns die letzten vierzehn Tage gebracht haben. Im Osten rechnen wir dazu die Blockierung der Murmanküste und des Hafens von Archangelsk, wobei doch ausdrücklich darauf hinzuweisen ist, daß diese Blockade in jetziger Jahreszeit und im Hinblick auf die zu bewältigenden

Digitized by Google

Entfernungen und die zu überwindenden Gefahren wiederum eine Großtat unserer Marine ist, der unsere Feinde nicht Gleichartiges entgegenzustellen haben. Ein Gegenstück zu Lande zeigt unsere Ostfront, die trotz der gewaltigen Kämpfe, die wir im Westen siegreich bestehen, nicht nur die ungeheure Front gegen Rußland behauptet, sondern den Mannschaftsbestand des Feindes dort so erheblich schwächt, daß selbst die Menschenmasse des Zarenreiches nur noch unzureichenden Ersatz zu schaffen fähig ist. Der große Plan, durch ein Zusammenwirken russischer, rumänischer und serbischer Truppen und den Anschluß der Armee von Saloniki Österreich-Ungarn und Bulgarien zu Fall zu bringen, kann gleichfalls heute schon als gescheitert betrachtet werden. Der Einfall in Siebenbürgen ist bereits furchtbar an der rumänischen Armee bestraft worden, zerbrochen und todwund suchen ihre Reste Rettung in der Heimat, aber es ist nicht ausgeschlossen, daß ihr rechter Flügel eine Zuflucht in Beßarabien von Rußlands Gnaden erbitten muß. Mit bewunderungswürdiger Tapferkeit behaupten die Bulgaren ihre Stellung gegen das verzweifelte Anstürmen der Serben einerseits und gegen Sarrails Völkergemisch, das übrigens bisher nichts Erhebliches zu leisten vermochte. Dagegen haben die Diplomaten, die Truppen und die Flotten der Ententemächte eine wahrhaft teuflische Meisterschaft in ihren Quälereien Griechenland gegenüber gezeigt, ohne damit mehr erreicht zu haben, als eine Gefolgschaft von wenigen Tausenden, die sich dem Verräter Venizelos angeschlossen haben. Sie bringen ihm ihr böses Gewissen, auf dem der Eidbruch lastet, den sie an ihrem Könige verschuldet haben, und eine sehr zweifelhafte militärische Leistungsfähigkeit. Es sind eben die schlechtesten Elemente der griechischen Armee und Flotte, dir ihm zugefallen sind. Das Volk in seiner ungeheuren Mehrzahl hält treu zum Könige, und man darf daher wohl schon jetzt sagen, daß die Venizelistische Revolution gescheitert ist. Griechenland bleibt neutral, weil es durch Anschluß an die Alliierten keinen Selbstmord begehen will, und weil es ein Gefühl der Schmach hat, die ihm durch die niederträchtige Politik der „Kämpfer für die Freiheit der kleinen Nationen" angetan wird. Genommen hat man ihnen die Flotte, die wichtigsten Eisenbahnen, ihre Küstenbefestigungen, man kürzt ihnen die Zufuhren an Lebensmitteln, und Italien bemächtigt sich unbehindert der griechischen Besitzungen im Epirus. Das alles wirkt so stark auf die Seele

Digitized by Google

des griechischen Volkes, daß darüber der alte Gegensatz gegen Bulgarien immer mehr zu schwinden beginnt. Die Not der Zeit und die neuen Feindschaften haben ältere Feindschaften erstickt. Das zeigt auch die großartige Haltung, welche die Türkei unentwegt behauptet hat, seit sie den rettenden Entschluß faßte, sich den Mittelmächten anzuschließen. Sie kämpft heute für Bulgarien in der Dobrudscha, für Persien in Vorderasien, gegen England in Mesopotamien und an den Grenzen Ägyptens. Und überall mit gleich bewährter Tapferkeit. Inzwischen aber beginnt man in England und Frankreich, gewiß nicht ohne Weisung von oben, darüber zu hadern, wer von ihnen in Zukunft sich Syrien aneignen soll, und Rußland läßt jetzt auch seinerseits daran erinnern, daß es unveräußerliche Rechte an den „heiligen Stätten" habe. Sie sind eben, wie sich bei jeder Gelegenheit zeigt, politische Nebenbuhler — sie haben nur für einige Zeit die Augen geschlossen, um unvertilgbare Gegensätze nicht sehen zu müssen. Zutage treten aber werden sie bestimmt, und wenn wir recht sehen, noch vor Beendigung dieses Weltkrieges.

Verhältnismäßig geringe Aufmerksamkeit ist bisher dem ostasiatischen Mitgliede des Verbandes, Japan, zugewandt worden, das durch seinen Zutritt zur russisch-englischen Verschwörung erst den Begriff des Weltkrieges zur vollen Wahrheit gemacht hat. Die Teilnahme Japans hat eine doppelte Bedeutung: sie verstärkt von Osten her durch Munitions- und Geschützlieferungen die Widerstandskraft Rußlands und hat zweitens, teils direkt, teils indirekt, alle Gestade des Großen Ozeans im Westen bis zum 40. Grade südlicher Breite, im Osten bis zum 10. Grade nördlicher Breite genötigt, die Zukunftspolitik Japans zu einem bestimmenden Faktor ihrer auswärtigen Politik zu machen. Hand in Hand damit ist eine Ausbreitung japanischen Landbesitzes und japanischen Einflusses gegangen. Neu-Seeland und Australien sind genötigt gewesen, ihre gegen das Eindringen japanischen Handels und japanischer Ansiedelungen gerichtete Politik aufzugeben oder mindestens sich zu stellen, als hätten sie diesem gefährlichen Bundesgenossen England gegenüber ihre Abneigung fallen lassen. Ihre Zeitungen bringen seit dem August 1914 keine Angriffe auf Japan und japanische Händler faßten auf dem bisher schwer zugänglichen Boden festen Fuß. Die Erbschaft an deutschem Inselbesitz, den Australien nur zu gern ganz übernommen hätte, ist zum großen Teil auf Japan übergegangen.

Digitized by Google

Aber man verbeißt den Ärger und schweigt, wohl in der Hoffnung, später einmal abzurechnen. Ähnlich ist die Stimmung in den westlichen Staaten Amerikas und in Kanada, wo die gleiche Abneigung gegen die „Gelben" bekanntlich tief Wurzeln gefaßt hat. Mit den Vereinigten Staaten aber hat es noch eine besondere Bewandtnis. Hawai und die Philippinen sind Gebiete japanischer Begehrlichkeit und japanischer Ansiedelung, namentlich Hawai, wo wirtschaftlich das japanische Element bereits vorherrscht. Man hat in Amerika schon vor Ausbruch des Krieges daran gedacht, die schwer verdaulichen Philippinen aufzugeben, allerdings nicht, um sie Japan zu überlassen, sondern um die Philippinos unter gewissen Vorsichtsmaßregeln selbständig zu machen. Kein Mensch in Amerika aber denkt daran, auf das herrliche Hawai zu verzichten, das wird man behaupten — so lange es irgend möglich ist. Es kommen aber noch andere Sorgen hinzu. Die Japaner sitzen noch immer in der Magdalenenbai und haben sich dort so häuslich eingerichtet, daß sie niemandem gestatten, sich dem Hafen einige Meilen zu nähern. Hier aber sind sie Nachbarn von Mexiko, das eben jetzt in Felix Diaz einen neuen Prätendenten für den Präsidentenstuhl erhalten hat, auf den bekanntlich als Schützling der Vereinigten Staaten Carranza seine von Villa angefochtene Stellung, so gut wie es gehen will, sich zu erhalten sucht.

Daß auch die Frage des Panamakanals — der eine politische und technische Enttäuschung zu bringen droht — und die des bereits geplanten Nicaragua-Kanals mit der japanischen Gefahr im Zusammenhang steht, braucht nicht ausführlich dargelegt zu werden. Aber das alles sind nicht Fragen, die schon jetzt aktuell zu werden brauchen, sehr aktuell ist dagegen der amerikanisch-japanische Interessengegensatz in China. Um diese Dinge richtig zu verstehen, ist es unerläßlich, zunächst einen Blick auf die politischen Verhältnisse zu werfen, die sich dort abspielen. Der Nachfolger Yuanshikais, Liyuanhung, verfolgte den Plan, seine Regierung dadurch zu stärken, daß er einen der Führer des unruhigen Südens, den Kantonesen Tongschaoyi, in sein Kabinett zu ziehen suchte. Er bot ihm das Ministerium des Auswärtigen an, stieß aber dabei auf den entschiedenen Widerstand der Militärgouverneure der Provinzen und sah sich genötigt, unter ihrem Einfluß dem im Süden verhaßten Loutsentsiang dieses Ministerium zu übertragen. Darüber ist es zu einem Zusammenstoß zwischen

Digitized by Google

dem Präsidenten und dem Parlament gekommen. Das seit 1913 tagende Parlament ist aus den Kreisen der damals überwiegenden revolutionären Partei hervorgegangen und genießt den schlechtesten Ruf, weil viele Parlamentarier ihre Stellung zu unsauberen Geldgeschäften benutzen. Naturgemäß sind sie auch Feinde des energischen Kriegsministers Toantsijoei, erfreuen sich dagegen der Gunst Japans, das von jeher jede revolutionäre oder sonst die chinesische Regierung lähmende Vereinigung unterstützt hat.

Der Sieg der Militärpartei stand daher in Widerspruch zur Richtung der japanischen Politik, und ein Zusammenstoß, der zwischen japanischen und chinesischen Truppen in Schang Schia Tung in der Mandschurei stattfand, wurde noch von dem damaligen Ministerpräsidenten Okuma benutzt, um 21 Forderungen an China zu stellen, die, wenn sie genehmigt wären, die militärische und wirtschaftliche Abhängigkeit Chinas von Japan legalisiert hätten. Der Wortlaut dieser Forderungen wurde damals geheim gehalten, er ist aber jetzt abschriftlich in die Hände der Vereinigten Staaten gelangt, die darauf als gegen eine Verletzung ihrer Vertragsrechte Protest einlegten. Es handelt sich dabei um den 1908 abgeschlossenen Root-Takahira-Vertrag, durch den Japan sich den Vereinigten Staaten gegenüber verpflichtet hatte, ihnen von allen Ereignissen Mitteilung zu machen, die geeignet seien, den Status quo in China abzuändern. Eine entsprechende Gegenverpflichtung hatte auch Root im Namen Amerikas übernommen.

Es ist nun nicht unwahrscheinlich, daß es diese Zusammenhänge sind, die den Rat der Alten, das Genro, veranlaßt haben, auf den Rücktritt des Grafen Okuma zu dringen und ihn durch den infolge seiner energischen Politik in Korea beliebten Marschall Teranchi zu ersetzen, während Okuma den Vicomte Kato als Nachfolger empfohlen hatte. Als Minister des Auswärtigen soll der Petersburger Botschafter Motono in Aussicht genommen sein. Überlegt man diese Zusammenhänge, so wird es nicht unwahrscheinlich, daß ein neuer chinesisch-japanischer Konflikt bevorsteht, dem die Vereinigten Staaten um so weniger werden gleichgültig gegenüberstehen können, als ihr Interesse an den chinesischen Angelegenheiten gerade während der Kriegsjahre besonders lebhaft zutage getreten ist. Bei dem allgemeinen Bestreben, das Erbe des gelähmten deutschen See-

Digitized by Google

handels anzutreten, hat Präsident Wilson nicht zurückstehen wollen. Während er früher den amerikanischen Handel von Unternehmungen in China fernzuhalten bemüht war, ist er seit August 1914 bemüht, ihn zu ermutigen. So haben amerikanische Unternehmer eine Konzession auf 1100 englische Meilen Bahnbau erhalten, andere ein Monopol für Motoren, und endlich amerikanische Ingenieure die beste Aussicht den großen Kanal zu regulieren und durch Umbau modernen Anforderungen anzupassen. Die „Times", der ich die letzterwähnten Tatsachen entnehme, bemerkt hierzu: „Hinter diesen Spekulanten stehen einige der wichtigsten Finanzgrößen der Vereinigten Staaten, und es wird nicht zum Vorteil der amerikanisch-japanischen Beziehungen dienen, wenn die japanische Presse eine gegen China gerichtete Politik unterstützen sollte, die in Amerika als im Gegensatz zu den Rechten und Interessen der Vereinigten Staaten stehend angesehen wird."

Diese englische Betrachtung gibt um so mehr zu denken, als im Grunde England mindestens ebensosehr daran interessiert ist, wie Amerika, daß China weder wirtschaftlich noch militärisch den Japanern zur Beute überlassen wird. Sir Roger Casement, der doch einen Einblick in die englische Politik hatte, war der Meinung, daß ein Eventualbündnis zwischen England und den Vereinigten Staaten gegen China abgeschlossen oder mindestens vorbereitet worden sei.

Ein Telegramm der „Nowoje Wremja" aus Charbin will wissen, daß ein Attentat gegen den Präsidenten Liyuanhung stattgefunden habe und daß eine militärische Intrige auf Auflösung des chinesischen Parlamentes hinarbeite, während das letztere einen der Militärgouverneure des Südens zum Vizepräsidenten der Republik unter der Bedingung erheben wolle, daß er das Parlament in seinem gegenwärtigen Bestande fortbestehen lasse. Man kann sich diesen Tatsachen und Gerüchten gegenüber nicht des Eindrucks erwehren, daß sich im Großen Orient eine ernste Krisis vorbereitet. Es ist keineswegs unmöglich, daß die Lawinen der chinesischen Auswanderer die sich jetzt vornehmlich aus der Mandschurei nach Rußland wälzten, in Zusammenhang mit den unsicheren politischen Verhältnissen in China stehen, wenngleich sicher ist, daß russische Agenten rüstig am Werk sind, um chinesische Arbeiter für die Landwirtschaft und die Munitionsfabriken Rußlands zu gewinnen. In Charkow, Kiew, Nishni-

Digitized by Google

Nowgorod sind sie zu vielen Tausenden eingetroffen, während andere Tausende sich in Sibirien festsetzen. Wo sie erscheinen, verdrängen sie durch Fleiß und Bedürfnislosigkeit die einheimische Bevölkerung. Die gelbe Gefahr rückt auf diesen Wegen unzweifelhaft näher an Europa heran, zumal da gleichzeitig ein anderer Strom chinesischer Kulis zu Wasser nach Frankreich gelangt, und auch England begonnen hat, Chinesen zur Bemannung seiner Schiffe zu verwenden.

In dem seit dem 10. Oktober wieder tagenden englischen Parlament tritt vor der Frage „Man power" (männliche Arbeitskraft) zurzeit alles andere Interesse zurück. In der Tat, wie soll England die Lücken füllen, die der Krieg Tag für Tag in den Mannschaftsbestand reißt. Der „Manchester Guardian" berechnet den täglichen Verlust auf 2—3000 Mann an Toten, das würde in jedem Monat zwischen 80—100000 Mann ausmachen. Es ist ein schlechter Trost, wenn man in der englischen Presse auf die lange Reihe von Jahren hinweist, die England, zeitweilig fast allein, im Kriege gegen Napoleon standhielt und schließlich siegte. Es waren andere Zeiten, andere Waffen und andere Männer. Seine Festlandsschlachten — und wie wenige sind es gewesen — hat England mit gepreßten Soldaten und mit fremden, zum Teil deutschen Söldnern geschlagen. Waterloo aber, auf das sie noch heute so stolz sind, war doch vor allem ein Sieg Blüchers und Gneisenaus, die den bereits verzweifelnden Herzog von Wellington gerettet haben. Kanadier, Australier, Neuseeländer und Südafrikaner werden bereits knapp, ebenso die Abenteurer, die aus Amerika hinüberkommen, um Kriegssport zu treiben. Daß dieser Krieg noch Sport sei, glaubt aber, außer Lloyd George, kein Mensch mehr in England, und die tapfersten der englischen Soldaten, die Freiwilligen, die Irland hergegeben hat, wollen nicht mehr kommen. Die Parole: „Das ist nicht unser Krieg", die zuerst Sir Roger Casement ausgegeben hat, ist das allgemeine Losungswort in Irland geworden, und selbst Redmond und Dillon raten auf das ernstlichste von Aufzwingung der allgemeinen Wehrpflicht ab.

Der in Frankreich laut gewordene Ruf nach „gemeinsamen Reserven" hat weder in England noch in Italien Aussicht, Gehör zu finden. In England ist man sich darüber vollkommen klar, daß man seine letzten Reserven zusammenzuhalten hat, um — wenn die böse Stunde schlagen sollte,

Digitized by Google

an die man nicht glauben mag und von der man unter keinen Umständen redet, diese Reserven zur Verteidigung Englands und Ägyptens verwenden zu können. Jetzt sollen Kriegsmaschinen ersetzen, wo das „Man power" versagt, die „Tanks", jene Ketten-Kriegswalzen, an deren Wirksamkeit man 8 Tage lang glaubte, und die heute bereits zum großen Teil zusammengeschossen am Boden liegen — als altes Eisen. Sie trösten das Volk mit den möglichen Zukunftstaten ihrer Super Dreadnoughts, um die „sous barbares" (Unterbarbaren), wie das neueste Schimpfwort der Franzosen für die deutschen Gegner lautet, zu Paaren zu treiben, und wagen doch nicht, sie in das nasse Dreieck zu senden.

Man jubelt über die beiden Zeppeline, deren Trümmer ihnen zur Beute gefallen sind, und wagt nicht auch nur ein Wort von den furchtbaren Verlusten in die Presse dringen zulassen, die London durch die letzten Angriffe unserer Luftschiffe erlitten hat. Gewiß, sie beißen die Zähne zusammen und schweigen, aber sie können ihre Augen der Wirklichkeit nicht verschließen, die sie täglich vor sich sehen, und vor der noch so tapfere Worte nicht zu schützen vermögen. Ihre Triumphe feiern sie in Afrika in Bekämpfung des Häufleins deutscher Helden, die dort jeden Zoll deutschen Bodens verteidigen — solange der Atem reicht. Deutsche Helden! Zu ihnen rechnen wir auch die unglücklichen Deutschen, die diesen Krieg als russische Untertanen auf russischem Boden erlebt haben. Das Wort Goremykins, „wir bekämpfen nicht nur Deutschland, sondern das Deutschtum", ist praktische Wirklichkeit in Rußland geworden, und unter der Losung: „Kampf gegen die deutsche Vergewaltigung" wird seit über zwei Jahren in dem ganzen weiten Gebiet des russischen Reiches eine Verfolgung aller Deutschen und deutschen Eigentums durchgeführt, die neben der Barbarei der unteren Regierungsorgane durch die raffinierte Bosheit der leitenden Regierungsorgane den Charakter einer seelischen und nur zu häufig auch einer körperlichen Folter gewinnt. Es soll hier nicht wiedererzählt werden, was an Mißhandlungen verschleppter Reichsdeutscher, verschickter Deutscher aus den baltischen Provinzen, widerrechtlich von Haus und Hof verjagter deutscher Kolonisten verbrochen worden ist, das alles ist wohlbekannt und schreit gen Himmel, ganz wie die wahrhaft niederträchtige Behandlung deutscher Kriegsgefangener in den nicht für die Kontrolle durch Neutrale bestimmten russischen Gefangenlagern.

Digitized by Google

Vergeltungsmaßnahmen, die gleiches mit gleichem vergelten, sind ja ausgeschlossen; der russischen Regierung ist völlig gleichgültig, was mit ihren gefangenen Untertanen geschieht, und sagt sich mit Recht, daß diese Leute es immer noch besser bei uns haben, als zu Hause.

Aber eine neue Tatsache verdient doch niedriger gehängt zu werden. Es gibt einen § 78 der russischen Staatsgrundgesetze, der von der russischen Regierung als gesetzliche Grundlage für einen kaiserlichen Ukas benutzt worden ist, der für den gesamten Umfang des russischen Reiches die deutsche Sprache als Gegenstand des Unterrichts verbietet und zugleich bestimmt, daß fortan Vorlesungen über protestantische Theologie an der Universität Dorpat nur in russischer Sprache stattfinden dürfen.

Dieser § 78 aber lautet folgendermaßen: „Die russischen Untertanen haben das Recht, Versammlungen zu Zwecken, die den Gesetzen nicht zuwider sind, friedlich und ohne Waffen zu veranstalten. Durch das Gesetz werden die Bedingungen bestimmt, unter welchen Versammlungen stattfinden können, die Form, wie sie zu schließen sind, sowie die örtlichen Beschränkungen für Versammlungen", die russische Logik hat nun offenbar folgende Schlüsse gezogen: Schulen sind Versammlungen die zwar den Gesetzen nicht zuwider sind, aber das Gesetz hat die Bedingungen zu bestimmen, unter welcher die Schüler versammelt werden dürfen, und kann daher, um die russische Jugend vor „deutscher Vergewaltigung" zu schützen, auch die Verbreitung der staatsgefährlichen deutschen Sprache verbieten! Nun ist fast die gesamte Literatur der russischen Schulbücher aus dem Deutschen übersetzt, und da nach russischer Auffassung die Gefahr im deutschen Geiste liegt, wäre es nur folgerichtig, auch diese Bücher und überhaupt das gesamte deutsche Gift, das in die wissenschaftliche und schöngeistige Literatur Rußlands eingedrungen ist, zu verbieten. Es wäre eine großartige Aufgabe für die Petersburger Akademie der Wissenschaften, diese Säuberungsarbeit vorzunehmen, und höchst interessant festzustellen, was danach schließlich als Erzeugnis echt russischen Geistes übrig bleibt!

Digitized by Google

Notizen

Die Konferenz der skandinavischen Staaten wird in der russischen Presse eifrig besprochen. Sie schließt aus der Tatsache der Veröffentlichung der ziemlich umfangreichen Mitteilung über die Beschlüsse der Konferenz, „daß die skandinavischen Staaten in Zukunft hartnäckig auf ihren Handelsinteressen bestehen werden". Die russischen Zeitungen versichern dabei die skandinavischen Staaten, daß sie in diesen Bemühungen durchaus die Sympathien der Entente auf ihrer Seite haben, denn „das Bestehen auf einer loyalen Neutralität entspreche durchaus den Absichten der Verbündeten, die nie daran gedacht hätten, die nordischen Staaten gegen ihren Willen in den Krieg hineinzuziehen". Wie man in Rußland aber dann denkt, wenn es sich nicht um grundsätzliche Erklärungen, sondern um wirkliche Tatsachen handelt, lehrt die Stellungnahme derselben Presse über Schwedens Verhalten gegenüber den Handels-U-Booten. „Die Antwort Wallenbergs", sagte das „Nowoje Wremja", „beweist, daß die schwedische Regierung Deutschland und die Verbündeten nicht auf das gleiche Niveau stellt", und die Zeitung bedauert, daß die Dinge eine so wenig tröstliche Wendung genommen haben. Und das alles nur darum, weil die schwedische Regierung billigerweise bestimmt hat, „daß die Handels-U-Boote das Recht hätten, sich in den schwedischen Territorialgewässern aufzuhalten".

Mexiko und Japan. Auch den Amerikanern wird es jetzt deutlich, daß die Japaner an Mexiko Interesse haben. So sagt „New York Times": „Die Berichte über japanische Versuche, in Mexiko Fuß zu fassen und tatsächlich die mexikanische Regierung für ein Bündnis zu gewinnen, entbehren nicht eines guten Grundes. Es läßt sich nicht leugnen, daß die mexikanische Regierung die japanischen Vorschläge eher ermutigt als entmutigt hat." Es ist nur eine matte Selbstberuhigung, wenn die Zeitung fortfährt: „So widerspruchsvoll die Lage auf den ersten Blick erscheinen könnte, die Mexikaner fürchten die Beweggründe der Japaner mehr als selbst der Teil der Amerikaner, der in jeder Bewegung des kleinen östlichen Kaiserreichs eine Bedrohung Amerikas sieht."

Die südslawische Frage wird im Anschluß an das Interview Bisolatis in der italienischen Presse von neuem heiß umkämpft. Der „Secolo" macht dabei die freundschaftlichen Beziehungen mit den Südslawen abhängig von der Erlangung „der zu seiner Sicherung nötigen strategischen Garantien". Offener äußert sich der „Corriere", wenn er nach einer Klage über den feindseligen Ton der Südslawen versichert, „daß zu einem Verzicht in Worten heute niemand befähigt ist, nicht einmal ein Minister". Wie wenig man sich mit Verzicht zu beeilen gedenkt, sagt ebenso deutlich die „Idea Nazionale" mit dem besonderen Hinweis auf Frankreich, das auch auf den Elsaß nicht verzichtet, „obwohl es ausschließlich von Deutschen bewohnt sei". „In Italien hingegen, wo unsere Nation in bezug auf Dalmatien in einer geschichtlichen und nationalen weit günstigeren Lage ist als Frankreich dem Elsaß gegenüber, gerät man bei dem Geschrei der

Digitized by Google

fanatischen Südslawen in Verwirrung." Der „Messaggero" teilt mit, daß die Vereinigung „Pro Dalmatia - Italiana" zahlreiche Anhänger in ganz Italien habe, darunter 40 Abgeordnete. Wie die „Tribuna" ergänzend hinzufügt, bis nach Sizilien hinein.

Bethmann-Hollweg und Lloyd George. Die italienische Presse stellt die Rede des Reichskanzlers mit den Äußerungen Lloyd Georges zusammen. Der „Avvenire" sagt dabei, die allgemeine Ermüdung bei sämtlichen Völkern hätte den Weg zu einer Verständigung öffnen können, Lloyd George habe diesen Weg energisch abgeschnitten. Dagegen habe in der maßvollen Rede des Reichskanzlers schon von vornherein der künftige Friede aufgedämmert.

Die Zukunft Mesopotamiens. Vor kurzem hat ein anonym gebliebener deutscher Volkswirt aus Bodenbeschaffenheit und geschichtlicher Vergangenheit die Zukunftsaussichten Mesopotamiens in hellsten Farben geschildert. Er erhält jetzt einen Helfer in Sir William Willcocks, einem bekannten Sachverständigen in Bewässerungsanlagen, der in „The Near East" sagt: Mit der Regulierung der Euphrat-Tigris-Überschwemmungen würde das Delta dieser Flüsse eine Fruchtbarkeit erlangen, wie sie die Geschichte bisher noch nicht gesehen hat; aus Osten und Westen würden die Männer herbeiströmen und die Ebene von Shinar zum Rivalen von Ägypten machen. Man kann wohl sagen, daß sich der Wert eines jeden Morgen Landes im gemeinsamen Delta der beiden Flüsse, noch ehe die Bewässerungsanlagen durchgeführt wären, verdreifachen und nach Vollendung derselben verhundertfachen würde.

England und Deutschland nach dem Krieg. In der illustrierten amerikanischen Sonderbeilage des „Manchester Guardian" schreibt C. W. Elliot, der langjährige Präsident der Harvard-Universität, ein beredter Anhänger der Verbündeten, über den Wirtschaftskrieg nach dem Krieg: England bietet das große Beispiel für die Vorteile des Freihandels. Es hat enorm von seinem unerschütterlichen Festhalten an diesem Grundsatz profitiert. Im allgemeinen hoffen die Amerikaner, daß, wenn die aufgewühlten Leidenschaften dieses Krieges sich beruhigt haben, Deutschland seine glänzende industrielle und wirtschaftliche Entwicklung ungehindert weiter verfolgen darf, und England an seinem charakteristischen Grundsatz der industriellen und wirtschaftlichen Freiheit festhalten wird. Es würde eine zweite furchtbare Katastrophe für Europa bedeuten, wenn die entsetzlichen Grausamkeiten und Zerstörungen jahrelanger blutiger Kämpfe künstliche wirtschaftliche Schranken zur Folge haben würden, welche den alten Haß vertiefen und einen neuen heraufbeschwören würden. Übrigens benützt Elliot die Gelegenheit, um bei Betrachtung einer Verbindung zwischen amerikanischen Wünschen und der europäischen Krisis das Interesse des amerikanischen Volkes an der Demokratisierung Englands zu betonen und von dem Krieg große politische und soziale Umwälzungen für England und seine Kolonien zu erhoffen.

Die Zukunft der Zentralmächte in englischer Beleuchtung. Im letzten Heft des „Statist" hat der nüchterne leidenschaftslose englische Geschäftsgeist

Digitized by Google

wieder einmal über die Tiraden (Worterguß) des Hasses und die böswilligen Verhetzungen gesiegt, mit denen sich seit kurzem fast die ganze englische Presse ihrer Wirkung und ihres Wertes beraubt. Die Zeitschrift kann die Freude darüber nicht verhehlen, daß infolge des Aufbrauchs aller Rohstoffe während des Krieges an England sofort bei Friedensschluß große Anforderungen herantreten werden „sowohl wegen seiner Nähe wie wegen seines Besitzes an größten Transportmitteln". Wer bezweifelt, ob England den Feinden etwas liefern wird, mag sich das abgewöhnen, denn mit dem Einstellen der Feindseligkeiten werden die Forderungen der Menschlichkeit auftauchen. Betreffs der Fähigkeit Deutschlands, seinen Bedarf zu bezahlen, sollten unsere Leser sich vorhalten, daß der Schutz des Lebens der geschlagenen Völker die wichtigere Forderung ist..

Neuerscheinungen

Deutschlands Rohstoffversorgung wird von Walter Rathenau, dem Organisator der Rohstoffversorgung in Deutschland, auf Grund eines Vortrages in einem kleinen Heft geschildert, das bei S. Fischer, Berlin, erscheint. Das Heft ist geeignet, ein eindrucksvolles Bild der gewaltigen Leistung Deutschlands zu vermitteln. Überflüssig ist der Anhang von fünf Briefen, die als persönliche Angelegenheit des Verfassers mit der behandelten Sache nichts zu tun haben.

Deutsche Kraft heißt ein Sammelwerk, das zur Wertung der deutschen Kriegskultur und Heimarbeit Leo Colze in dem Verlag von A. Collignon, Berlin (geb. M. 12.—) herausgibt. Die Arbeit der Daheimgebliebenen für den Krieg und für die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung, Handel, Wirtschaft und geistige Kultur, werden in kurzen Aufsätzen dargestellt. Auf diesem Wege wird versucht, ein Gesamtbild von dem Leben Deutschlands im Kriege zu geben.

Georg Steinhausen, Geschichte der deutschen Kultur. Die kurz vor dem Kriege in zwei starken reichen Bänden erfolgte neue Herausgabe (Bibliographisches Institut, Leipzig) wird zumal in ihrem zweiten Bande durchzustudieren heute besonders nutzbringend sein, wo wir die Grundlagen zu dem Lebensstil schaffen, in dem wir unser Dasein nach dem Kriege aufbauen wollen. Steinhausen hat noch sagen können, daß man sich in dem Suchen nach eigenem Lebensstil in Deutschland dem englischen genähert habe und die Geschichte der folgenden Jahre hat ihm recht gegeben, wenn er sagte, das sei ein falscher Weg, weil aus der Eigenart des Volkes allein sein Lebensstil herauswachsen könne. Dafür besteht um so mehr der Satz zu Recht, der ihm die Grundlage für alle späteren Versuche ist, einen eigenen Lebensstil zu erkämpfen: „Vielleicht mag ein deutscher Lebensstil aus dem heute stark überwiegenden militärischen Geist der Nation einigen Nutzen ziehen: aber die Hauptsache muß doch die innerliche Art der Deutschen bleiben. Der höhere deutsche Lebensstil wird kommen, wenn wir ein dem ganzen Volk gemeinsames Kulturideal besitzen werden."

Die Kriegsschauplätze Armeniens und Mesopotamiens schildert vom geo-

Digitized by Google

logischen, geographischen und wirtschaftlichen Standpunkte Professor Dr. Frech, Bergrat in Breslau (B. G. Teubner, Leipzig). Die Sammlung dieser Hefte gibt damit ein weiteres Hilfsmittel an die Hand, sich über die militärische Aktion tiefer zu orientieren, als das ohne Kenntnis des Bodens möglich ist.

„Para Pacem", ein Organ des österreichischen Verbandes für allgemeine Völkerverständigung, ist mit vier Nummern herausgekommen, die in der Verlagsbuchhandlung Karl Frommel in Wien erscheint. Das Organ will einen Meinungsaustausch zwischen den Anhängern des Gedankens der internationalen Völkerverständigung vermitteln, den Völkerhaß bekämpfen und Bausteine für einen Völkerfrieden herbeischaffen. Ihren Standpunkt stellen eine Reihe von Äußerungen fest, die als Antwort auf eine Rundfrage über das gegenseitige Verhältnis der Völker erlassen worden ist. Ihren Standpunkt bezeichnet der Satz, den sie über Mitteleuropa aussprechen: „Wir wollen Mitteleuropa als Etappe zum einigen Europa, aber nicht Mitteleuropa mit Schützengräben als moderne chinesische Mauer."

„Neue Jüdische Monatshefte" nennt sich eine neue Zeitschrift, die im Verlage der „Neuen Jüdischen Monatshefte" Berlin-München erscheint. Als Mitarbeiter zeichnen Hermann Cohen, Alexander Eliasberg, Franz Oppenheimer u. a. Die Zeitschrift, der Politik, Wirtschaft und Literatur gewidmet, ist bestrebt, der Versöhnung der jüdischen Parteien zu dienen, das Organ der deutschen zu werden und für die Gleichberechtigung der Juden in Staat und Gesellschaft einzutreten.

Im Lande des Khediven, ein Reisebuch von Fritz Milert (Friedrich Bustedt, Regensburg) schildert nach einem kurzen Überblick über die Geschichte des alten und neuen Ägyptens eine Reise durch ganz Kairo, vom geopraphischen, geschichtlichen, kulturellen Standpunkte aus. Von Land und Leuten ergibt sich daraus ein lebhaftes Bild, das zahlreiche scharfe Aufnahmen fördern.

Feldbücher. Unter den mancherlei Sammlungen erzählender und betrachtender Schriften für die Hand der Feldgrauen, die uns der Krieg beschert hat, steht die kleine, billige Sammlung, die der Verlag Fleischel & Co. in Berlin unter dem Titel „Feldbücher" herausgibt, mit in der vordersten Reihe. Für den Preis von einer Mark für den Band erhalten wir hier größere Dichtungen und gefällige Auswahlen kleiner Erzählungen und Skizzen von den besten älteren und jüngeren Mitarbeitern des Verlages, und zwar sind auch solche ausgesucht, die in die Schützengräben und in die Lazarette gehören. Vermitteln sie doch entweder, wie die türkischen Märchen von Rud. Lindau („Die Stimme Allahs") den vollen Zauber der dichterischen Phantasie unsrer morgenländischen Bundesgenossen, oder die trauten Klänge der verschiedensten Landschaften unsrer Heimat. Denn Heimatkunst im besten Sinne bieten die Erzählungen von Clara Viebig („Kinder der Eifel"). die Rheinlandgeschichten von Schmidtbonn („Schlaraffenland") oder der größere Bauernroman aus Hessen von Alfred Bock („Der Flurschütz"). Und Heimatkunst ist wiederum die versonnene Geschichte vom „Armen Lukas" von

Digitized by Google

W. Holzamer. Der Humor überwiegt in dem Kolonialroman („Hauptmann Hamtiegel") von W. Mühlau und in den künstlerisch höher stehenden Erzählungen von Ompteda („Alle Neune"). Mehr zur satirischen Schilderung neigt G. Hermann („Guckkasten"), und Raoul Auernheimer behandelt in seinen „Herzen in Schwebe" gewagte Themata, ohne jemals zu verletzen. Recht eigentlich in die kriegerische Zeit führen uns die Balladen von Borries Frhr. v. Münchhausen und eine Reihe neuer Erscheinungen von besonderem Gewichte. So ernste, phrasenfreie und doch von tapferstem Kriegsmute durchwehte Geschichten aus dem Weltkriege wie die von O. Wöhrle („Das Bumserbuch") entsinnen wir uns nicht gelesen zu haben. Das steht so hoch über jedem Kriegskitsch, wie das prächtige Bekenntnisbuch von Cäsar Flaischlen, der mit seinen Gedichten, Sprüchen und Skizzen als reifer Führer junger Seelen zu einem wahrhaft deutschen Leben im Geiste vor uns tritt („Heimat und Welt"). Endlich bringt die Sammlung einen neuen, geschichtlichen Roman von Auguste Hauschner („Der Tod des Löwen"), in dessen Mittelpunkt die Gestalt Kaiser Rudolf II. steht. Die Erzählung erreicht weder die Tiefe von M. Brods „Tycho Brahe", der in derselben Zeit spielt, noch die geheimnisvolle Zauberkraft von Meyrinks „Golem", obwohl auch sie in die Judenstadt von Prag führt, aber sie vermittelt lebensvolle Bilder und bedeutet einen beachtenswerten Versuch, einem der fesselndsten Charaktere der deutschen Geschichte gerecht zu werden.... Alles in allem gesunde Kost für unsere feldgrauen Brüder.

Britischer Imperialismus von Prof. Felix Salomon, Leipzig. Im Verlage B. G. Teubner, Leipzig, ist ein neues Werk von Professor Felix Salomon „Der britische Imperialismus" erschienen, das gerade im gegenwärtigen Zeitpunkte angesichts unseres Kampfes gegen England und der steigenden Erkenntnis des ganzen deutschen Volkes, daß England unser gefährlichster Gegner ist, den es vor allen Dingen zu bezwingen gilt, Anspruch auf ganz besonderes Interesse hat. Der Verfasser gibt eine ganz gedrängte Übersicht über die gesamte Geschichte des englischen Volkes von der Römerzeit an. Er zeigt uns, wie in den ältesten Zeiten die englischen Inseln fortgesetzt das Ziel der Einwanderung fremder Volksstämme sind. — Er zeigt uns, wie bereits unter den Normannenkönigen und den Königen aus dem Königshause der Anjou sich ein — in der Hauptsache dynastischer — Imperialismus entwickelt, der im Mittelalter mit dem Erstarken des englischen Handels und englischer Industrie zum merkantilistischen Imperalismus wird. Wir sehen die Anfänge der englischen Kolonialpolitik, die Gründung der ersten Kolonien, und die Kämpfe mit den anderen, älteren Kolonialvölkern, insbesondere den Spaniern, Holländern, und den Beginn der Kämpfe mit den Franzosen, schließlich den amerikanischen Unabhängigkeitskampf und den Ausgang des merkantilistischen Imperiums (Handelsreiches). Das merkantilistische Imperium wird abgelöst durch die Freihandelspolitik. Wir erleben die letzte Phase in dem hundertjährigen Ringen zwischen England und Frankreich und die Gründung des neuen Kolonialreiches, sowie des Welthandelsmonopols nach Napoleons Niederwerfung

Digitized by Google

Der Imperialismus in der Blüte des Freihandels wird schließlich abgelöst durch den modernen Imperialismus, der dadurch gekennzeichnet ist, daß er die ganze Welt ohne Ausnahme als Tätigkeitsfeld für die britische Ausdehnung betrachtet und dadurch schließlich den jetzigen Weltkrieg herbeiführt. Besonders interessant ist für uns die Geschichte des hundertjährigen Kampfes mit Frankreich. Fast auf Schritt und Tritt können wir dieselben Gedankengänge verfolgen, die zum jetzigen Weltkriege geführt haben und die uns auch jetzt immer wieder entgegentreten. Das Studium dieser Kämpfe, insbesondere auch der die einzelnen Abschnitte beendigenden Friedensverträge, ist mit Rücksicht auf den hoffentlich bald mit England zu schließenden Frieden hochinteressant. — Es wäre wünschenswert, daß jeder Staatsmann und Politiker, der auf die Gestaltung dieses Friedens auch nur den geringsten Einfluß hat, sich eingehend damit beschäftigte. Hier können wir England wirklich kennen lernen — und nur, wenn die uns hier gegebenen Lehren befolgt werden, können wir wirklich darauf rechnen, die Sieger im Kampfe zu bleiben. So ist das ganze Werk ein Quellenwerk ersten Ranges, eine unerschöpfliche Fundgrube zur Erkenntnis der englischen Art und Denkweise.

Literatur

Sax Emil, Nicht galizische, nicht innerösterreichische: **Europäische Kanäle!** Wien, Manz 1911. 105 Seiten. Geb. K. 2.50.

Im Jahre 1901 wurde in Österreich durch ein Wasserstraßengesetz der Bau eines großzügigen Kanalnetzes beschlossen, das einen Donau—Oder-, Donau—Moldau—Elbe- und Oder — Weichsel—Dniestr-Kanal in erster Linie in sich schloß. Bei den nachher vorgenommenen genaueren Vorstudien erwies sich die Anlage viel schwieriger und kostspieliger, als die meisten gedacht hatten, und in der Thronrede von 1910 wurde das Gesetz als undurchführbar bezeichnet. Da setzte eine neue Agitation ein und die Regierung zeigte sich bald geneigt, einen veränderten Plan zu begünstigen, in dem der Donau—Oder-Kanal (mit späterer Abzweigung an die Elbe) und die galizischen Wasserstraßen im Vordergrunde standen. Starke Einflüsse suchten zu erreichen, daß — unabhängig vom Schicksal des Donau—Oder-Projekts — die galizischen Kanäle unverzüglich in Angriff genommen werden, und schienen dies in der Tat durchzusetzen. Der kostspielige und entbehrliche Donau—Moldau-Kanal schien endgültig abgetan. Durch spätere Ereignisse zurückgedrängt, gewannen die Kanalpläne neues Leben durch den „mitteleuropäischen Gedanken". Diesem entspricht ja die Herstellung eines großen Wasserstraßennetzes, und manche können sich dies gar nicht verzweigt genug denken. Auch der „Gebirgekanal" Linz—Budweis findet wieder beredte Anhänger! Um so notwendiger ist es, auf die Schrift hinzuweisen, in welcher der Gedanke, den jetzt so viele im Munde führen, zuerst mit wissenschaftlicher Schärfe, aber ohne die in der Kanalliteratur so häufigen Verallgemeinerungen und

Digitized by Google

Übertreibungen vertreten wurde. Die Darlegungen des greisen Nationalökonomen, der insbesondere auf dem Gebiete der Verkehrswirtschaft eine erste Autorität ist, waren ein patiotischer Notschrei, eine sorgenvolle Warnung vor den 1911 herschenden Absichten; Pathos und Ironie fehlen der Flugschrift nicht, aber ihr Kern sind nüchterne, kritisch behandelte Zahlen, durch welche die Erörterung der Kanalfrage auf eine neue Grundlage gestellt wurde. Die geographische Kritik (am ausführlichsten mein Aufsatz in der Geogr. Zeitschr. 1901) hatte dargetan, daß Bau- und Betriebsschwierigkeiten und Kosten zu groß, der mutmaßliche Verkehr zu klein seien, um den geplanten Wasserstraßen neben der Bahn besonders günstige Aussichten zu eröffnen; dies vermöge am ehesten der Auslandsverkehr, die nötigen Anschlüsse seien aber nicht gesichert. So trat der (auch von solchen unabhängige) Kanal Wien—Prerau—Pardubitz in den Vordergrund. Sax erörtert nun die Bedingungen, unter denen Kanäle lebensfähig sind, ihr Verhältnis zu den Bahnen und die Vorteile eines Kanal*netzes* vor Einzelkanälen allgemein, ebenso die Bedingungen eines rationellen Netzes. Das damals in Frage stehende Netz, der Donau—Oder-Kanal mit der Abzweigung nach Pardubitz, das als kürzestes Liniensystem die Wege Donau—Elbe, Donau—Oder und Elbe—Oder umschließt und das, wenn die Weichsel einmal ein Schiffahrtstrom geworden ist, nach Osten fortgesetzt werden kann, ist an sich rationell. Sax bestimmt Bau- und Betriebskosten und den Verkehr, den die Kanäle den Bahnen abnehmen können oder selbständig zu entwickeln vermögen, für jede einzelne Linie. Er stellt fest, daß dieser weit hinter der Verzinsung und den Betriebskosten zurückbleibt, am weitesten in Galizien. Finanzielle und volkswirtschaftliche Rentabilität hat kein Kanal an sich, aber auch das Kanalnetz als Ganzes ist durch den intern österreichischen Verkehr, der überwiegend gemischter Verkehr mit Umschlag von oder zu der Bahn wäre, nicht gerechtfertigt. Auf die Bedeutung der Kanäle als Kraftquellen und die Möglichkeit, daß sie Fabriken und Siedlungen an sich ziehen, geht Sax nicht ein; aber sie wird meist sehr überschätzt und ist — angesichts der Wasser- und Eisverhältnisse — kaum groß, sicher nicht ausschlaggebend. Hingegen könnte das Netz erhebliche wirtschaftliche Bedeutung aus dem *Fernverkehr*, also im internationalen und besonders Transitverkehr gewinnen. Das zwingt nun aber zu der Folgerung, daß der Vorteil nicht in erster Linie Österreich, sondern dem Deutschen Reich, in sehr hohem Maße auch Ungarn und anderen Staaten zukomme. Heute muß man wohl noch stärker hervorheben, als dies Sax tut, daß der Transit wesentlich reine Wasserverbindungen benützt, bei diesen aber die Verbilligung gegenüber der Bahn sich um so stärker geltend macht, je länger die Strecke ist; sie kommt also vor allem den Endländern zugute. Mit vollem Recht folgert Sax weiter, daß Bau, Betriebsregelung und Kosten nicht von Österreich allein übernommen werden können; sie sind eine *gemeinsame* Sache der beteiligten Staaten und Sax weist mehrere Wege zu ihrer zweckmäßigen Ordnung. Eben-

Digitized by Google

sowenig ist ihm der Donau—Main-Kanal eine rein bayerische Angelegenheit und, ich glaube, daraus folgt auch, daß die Regulierung der österreichischen Donau nicht die österreichischen Finanzen allein belasten darf. Es wäre bedauerlich, wenn die öffentliche Meinung die vorsichtigen exakten Berechnungen von Sax einem schwärmerischen Enthusiasmus nachstellen würde oder gar, wenn seine Gesichtspunkte bei den Verhandlungen vernachlässigt würden, die früher oder später mindestens zwischen Deutschland, Österreich und Ungarn geführt werden müssen. Das könnte Folgen haben, die später — wenn man die Dinge wieder real ansieht — der Entwicklung des mitteleuropäischen Gedankens schaden könnten. Deshalb wünsche ich dem „alten" Büchlein — das „aktueller" ist, als manches von den neuesten — viele Leser.

Robert Sieger

Die Kriegsziele des Großrussentums und der Fremdvölker Rußlands. Von Dr. Kurt Stavenhagen. Charlottenburg 1916, Ostlandverlag. 96 S. Preis brosch. M. 1.—.

Zweck dieser sehr temperamentvollen, auf reichem und durchweg einwandfreiem Tatsachenmaterial fußenden Schrift ist, zu zeigen, wie der Imperialismmus dem Großrussen im Blut steckt, wie „Unterdrückung aller Fremden im Innern und ruhelose Ausdehnung nach außen" von jeher die eigentlichen Ziele der russischen Politik gewesen sind, gleichviel, ob sie sich reaktionär oder liberal gebärdete, wie daher auch von einem Ausgleich zwischen Rußland und Deutschland nie die Rede sein kann. Höchst beachtenswert ist die Art und Weise, wie Stavenhagen den „russischen Volksimperialismus" psychologisch zu erklären versucht.

Im zweiten Teil des Buches werden die Kriegsziele der Fremdvölker Rußlands erörtert. Sehr gut ist hier das einleitende Kapitel, das uns Bismarcks Stellung zu den innerrussischen Dingen in wesentlich anderer Beleuchtung zeigt, als man sie bei uns — wenigstens vor diesem Kriege — zu sehen gewohnt war. Weiter wird dann im einzelnen erörtert, was Polen, Balten, Letten und Esthen, Finnländer, Ukrainer, Kaukasier, Tataren von uns erwarten, erhoffen oder befürchten. Lobenswert ist die sachliche Objektivität des Verfassers, die besonders in der Behandlung der ukrainischen Frage zutage tritt. Etwas eingehender hätten vielleicht die kaukasischen und turko-tatarischen Volksstämme behandelt werden können. A. L.

NB. Die Besprechung: „Georg Brandes' Buch über den Weltkrieg" in Heft 43, Seite 1888 stammt aus der Feder von Dr. David Marcus, Berlin.

Nachdruck aus dem Inhalt unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 50. Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Weimar. Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

1. Jahrgang • 3. November 1916 • Heft 45

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Das neue Programm der „Christlichen Arbeiterbewegung"

Von Prof. Dr. Troeltsch

Die seit 1903 zur „christlich-nationalen Arbeiterbewegung" lose zusammengeschlossenen Verbände haben sich jetzt während des Krieges fester organisiert und ein neues, nach allen Seiten durchgearbeitetes Programm gegeben. Es ist bis jetzt nur ein Programm-Entwurf, der erst nach dem Kriege seine endgültige Form und Genehmigung finden kann. Inzwischen ersucht der Redaktionsausschuß verschiedene Männer des öffentlichen Lebens um Abgabe eines Urteils. Ich bin ersucht worden, hier in dieser Zeitschrift, einerlei ob zustimmend oder ablehnend, dazu Stellung zu nehmen und komme dieser Bitte naturgemäß gerne nach, soweit der Theoretiker und Geschichtsphilosoph in solchen hervorragend praktischen Dingen eine Stimme haben kann. In die Zuständigkeit des Praktikers gehören auch die Fragen, wieweit etwa taktische Erwägungen die Einbeziehung der Angestelltenverbände und dann die weite Ausdehnung der sozialen Reformforderungen in dem neuen Programm mitbestimmt haben mögen, auch wieweit Einrichtungen der Kriegsgemeinwirtschaft in das Programm übernommen und für die Zukunft weiterhin durchführbar sein mögen. Ich halte mich meinerseits lediglich an den Gedankengehalt des Programms, wie es sich fertig darbietet. Auch seine rein theoretische Erörterung bietet Stoff und Interesse genug.

Eine sehr klar geschriebene Einleitung gibt den historischen Rückblick auf die Entstehung der jetzt einheitlichen und geschlossenen christlichen Arbeiterbewegung aus sehr schwachen und zerfahrenen Anfängen. Die von

Digitized by Google

der modernen Industrialisierung geschaffene Arbeiterbewegung hat in England zuerst und vorwiegend den Weg des wirtschaftlichen, d. h. Verdienst und Wohlfahrt sichernden Selbstschutzes betreten und stand dort in ihren ersten Wurzeln schon den christlichen Gedanken sehr nahe, wie das in England überhaupt nichts Auffälliges ist. Erst sehr viel später hat sie sich in England zu einer politischen Klassenpartei ausgeweitet, die ähnlich wie die kontinentale Sozialdemokratie von dem politischen Einfluß auf die Gesetzgebung, der politischen Parteiorganisation und einer radikalen, mit Erlangung der Regierungsgewalt einsetzenden Umformung der ganzen Gesellschaft das Heil erwartet. In Deutschland dagegen ist umgekehrt zuerst die politische Arbeiterbewegung hervorgetreten und hat die zu Gewerkschaften umgewandelten Fachvereine in ihre Tendenz und Marschordnung eingereiht, wozu die Zurückstoßung der Arbeiterwelt durch das Sozialistengesetz und die Sozialistenverfolgung sehr erheblich beigetragen hat. So konnten die christlichen Verbände zunächst kaum aufkommen und wurden dann überdies ihrerseits durch den Kulturkampf zerstreut, geschwächt und entmutigt, vor allem von der Vereinigung der Arbeiter beider Konfessionen zurückgehalten, die doch die Voraussetzung jedes Erfolges und jeder Machtstellung ist. Man sieht, wie tief auch nach dieser Seite hin diese beiden Katastrophen des neuen deutschen Staates in die normale Entwicklung eingeschnitten und die Bildung gesunder Verhältnisse erschwert haben. Nach Beendigung des Kulturkampfes und nach Zurückdrängung des Bismarckschen Einflusses fingen unter der Regierung des jetzigen Kaisers und auf Ermunterung des Papstes und der preußischen Oberkirchenbehörde die christlichen „Arbeitervereine" sich zu bilden an, überdies angeregt durch die verschiedenen Selbsthilfe-Organisationen zahlreicher anderer Gruppen und Interessen. Aber erst 1894 entstanden die interkonfessionellen „christlichen Gewerkschaften" als ausdrückliche wirtschaftliche Organisationen des Selbstschutzes neben den die allgemeinen Arbeiterinteressen pflegenden christlichen Arbeitervereinen, die der Natur der Sache nach konfessionell getrennt blieben und gerade dadurch die rein wirtschaftlichen christlichen Gewerkschaften von der Verfolgung der konfessionellen Ziele und der Pflege konfessioneller Parteiauffassung und Weltanschauung entlasteten. Das dann auf dem Kongreß von 1899 beschlossene, allerdings rein wirtschaftlich-gewerkschaftliche Programm ist mitgeteilt, ebenso wie die Son-

Digitized by Google

derprogramme der daneben selbständig stehenden christlichen Arbeitervereine evangelischer und katholischer Richtung. Es darf schon hier bemerkt werden, daß die beiden letzteren Programme gegenüber der Bestimmtheit des christlichen Gewerkschaftsprogramms einen wenig klaren und deutlichen Charakter haben; sie lauten wie unbestimmte und zerflossene Dubletten des erstgenannten mit sehr undeutlicher Bestimmung ihrer Sonderfunktionen und mit ebenso undeutlicher Bestimmung ihres organisatorischen Verhältnisses zu den Gewerkschaften. Das deutet offenbar auf Verhältnisse hin, die auch in der Tat nicht ganz klar und durchsichtig sind, wie es denn ja auch zwischen den Berliner katholischen Arbeitervereinen und der interkonfessionellen Gewerkschaft bekanntlich zu scharfen Gegensätzen gekommen ist. Es steckt dahinter die ganze Schwierigkeit einer interkonfessionellen Vereinigung inmitten konfessionell so scharf getrennter Verhältnisse und die weitere Schwierigkeit einer Trennung der wirtschaftlichen Arbeiterinteressen von den allgemeinen Fragen der Weltanschauung, der politischen Partei- und der Kulturauffassung. Es ist schon daran klar, daß die sozialistische Zusammenfassung von politischer Arbeiterpartei, Gewerkschaft und sozialistischer Weltanschauung gewisse Vorteile der Geschlossenheit, Anziehungskraft und Wirkungsmöglichkeit hat, wenn sie auch natürlich die rein wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft dadurch andererseits mit endlosen praktischen und theoretischen Verwickelungen belastet. Wenn die „Christlichen" etwas gewaltsam und künstlich, vielleicht auch ein bißchen scheinbar, *entlastet* sind, so sind die „Sozialisten" mit einer ganzen Welt von Problemen *überlastet*. Es ist keineswegs sicher, daß das letztere für immer ein Vorteil bleibt. Die „Christlichen" scheinen zu meinen, daß heute die Lage der Entlasteten die günstigere sei oder zu werden verspreche.

Jedenfalls haben sie bald Kraft und Bedürfnis zu einer Erweiterung empfunden, indem sie von 1913 an den Deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverband, eine Anzahl sonstiger Privat- und Staatsangestelltenverbände und ihre Zwillinge, die katholischen und evangelischen Arbeitervereine, mit sich enger zusammenschlossen. Aus den „christlichen Gewerkschaften" wurde so die „christliche Arbeiterbewegung". Man kann freilich fragen, ob die so herangezogenen Verbände wirklich unter den Gesichtspunkt der Arbeiterbewegung und nicht viel mehr unter den der christlichen

Digitized by Google

und nationalen Gesinnungsgemeinschaft fallen, ob das also wirklich als Stärkung der reinen Arbeiterbewegung betrachtet werden darf. Im Programm selbst heißt es einmal S. 55 statt des offenbar offiziellen Ausdrucks „Arbeiterbewegung" vielmehr „christlich-nationale Arbeiter- und Angestelltenbewegung" oder an anderer Stelle (S. 39) „Lohnarbeiter und ihnen gleichgestellte Existenzen". Gehören diese Gruppen wirklich zusammen und können sie zusammen sozialpolitisch handeln und kämpfen? Da ist eine der Fragen, die nur die Praxis beantworten kann. Ist sie zu bejahen, dann ist doch auch das ein Zeichen, daß die rein wirtschaftliche Interessenpflege überall in nicht ganz klarer Verwickelung mit den Weltanschauungselementen steht und die letzteren doch leicht das Übergewicht über die ersteren gewinnen, wie das bei der Sozialdemokratie längst der Fall ist und eben deshalb die Weltanschauungselemente bei ihr so krampfhaft und einseitig auf den Proletarier ausgerichtet sind. Jedenfalls aber hat die zunächst lose und nur je nach Bedürfnis tagende Sammelgruppe sich jetzt während des Krieges noch enger zusammengeschlossen und „für die Zukunft ein planmäßiges, einheitlicheres und aktionsfähigeres Zusammenwirken" beschlossen. Sie gibt bei dieser Gelegenheit ihre Zahlen; sie hat 1 340 000 Mitglieder, wobei freilich dem Anschein nach die mehreren Vereinen gleichzeitig Angehörenden ebenso vielfach mitgezählt sind; die wirkliche Zahl erfährt man also nicht. Dagegen erfährt man die Zahl der im Felde Stehenden, es sind rund 750 000 Mitglieder, also eine sehr stattliche Zahl, die im deutschen Leben wohl etwas zu bedeuten beanspruchen kann. Die erste Tat des neuen engeren Zusammenschlusses ist das neue vorliegende Programm.

Das Programm besteht aus einem sehr klar formulierten eigentlichen Programm und vortrefflich geschriebenen Erläuterungen, in denen eine kluge und umsichtige Durcharbeitung der sozialwissenschaftlichen und sozialpolitischen Fragen der Gegenwart zum Ausdruck kommt. Es wäre ihm die weiteste Verbreitung und ernstliches Studium durch die nicht unmittelbar Interessierten zu wünschen.

Unverkennbar sind die Grundzüge der christlichen Sozialphilosophie dem Ganzen aufgeprägt, wie sie seit einem Jahrtausend das kirchliche Christentum ausgebildet hat und wie sie sich von denjenigen eines nichtkirchlichen, sektenhaften Christentums und seiner Neigung zum radikalen Individualismus und zur sozialen Utopie sehr wesentlich unter-

Digitized by Google

scheiden. Es ist, wie das Programm mehrfach hervorhebt, der Grundsatz einer organischen und ständischen Gesellschaftslehre, die nicht von dem Individuum, seinen Ansprüchen, sondern von den Ständen und Gruppen und ihrer gegenseitigen Ergänzung und Wechselwirkung ausgeht. Dabei sind diese Stände und Gruppen selbst nur Besonderungen innerhalb eines ihnen übergeordneten sozialen Ganzen, innerhalb dessen und aus dem heraus sie sich selbst erst bilden. Leitend bleibt also der Gedanke des Organismus, dessen einzelne Glieder von der Idee des Ganzen aus in ihrem gegenseitigen Verhältnis bestimmt und geleitet sind und das als Ganzes einer starken Vertretung der Autorität und Ordnung bedarf. Innerhalb dieses organischen Ganzen bedeutet die heutige Arbeiterbewegung die Bildung eines neuen Standes, der durch die Industrialisierung der modernen Völker, die Verschiebung der Bevölkerung vom Land in die großen Städte und Industriemittelpunkte, die damit verbundene Entwurzelung aus alten und Einfügung in neue Lebensverhältnisse, insbesondere durch die mit dem neuen Erwerb ermöglichte ungeheure Bevölkerungssteigerung notwendig geworden ist. Bei der erstaunlichen Größe der hierbei in Frage kommenden Masse — das Programm berechnet 15½ Millionen von Lohnarbeitern, also weit über die Hälfte aller Erwerbstätigen überhaupt — ist die Bildung und Einordnung dieses neuen Standes die eigentliche „soziale Frage" der modernen Gesellschaft geworden, während die vorindustrielle und vorkapitalistische Gesellschaft ihre sozialen Fragen an anderen Punkten hatte und empfand. Bei der Schwierigkeit, eine solche entwurzelte Masse neu einzuwurzeln, und bei der Künstlichkeit der Lage, wo dem neuen Stande infolge der Trennung von Kapital und Arbeit sehr schwierige und abhängige Existenzbedingungen gesetzt und nur sehr verwickelte Mittel des Selbstschutzes zur Verfügung gestellt sind, ist die neue Standesbildung überdies ein ganz besonders schwieriges, die ganze Gesellschaft vorübergehend erschütterndes und mit allen großen Kulturfragen überhaupt zusammenhängendes Unternehmen. Beides, die Wichtigkeit und die Schwierigkeit, sind in dem Programm deutlich ausgesprochen. Ebenso deutlich aber spricht es auch die Erwartung aus, daß bei gutem Willen der Gesamtgesellschaft und kluger Gewissenhaftigkeit der regierenden Beamtenschaft das Problem auf dem Boden der christlichen Sozialphilosophie lösbar ist. Die Christlichkeit,

Digitized by Google

die hierbei vorausgesetzt wird, ist eine völlig undogmatische und interkonfessionelle, besteht ganz wesentlich eben in der christlichen Sozialphilosophie, die wenigstens in Deutschland bei beiden Konfessionen grundsätzlich übereinstimmt. Es kommt dabei in der Hauptsache auf denjenigen Zweig der christlichen Ethik an, der sich mit den natürlichen Gemeinschaften beschäftigt und sie im Grunde doch nur mittelbar mit dem eigentlichen Hauptstamm der christlichen Ideenwelt verbindet. Deshalb kann alles Dogmatische und Konfessionelle so leicht zurücktreten und den kirchlichen Gemeinschaften oder der persönlichen Überzeugung vorbehalten werden. Eben deshalb kann auch der einheitliche Zusammenschluß unserer deutschen Gesellschaft im deutschen Staate so nachdrücklich betont werden. Denn sieht man die Gesellschaft mit der herkömmlichen christlichen Ethik als einen lokal begrenzten und innerhalb dieser Grenzen in seinen Ständen aufeinander bezogenen Organismus an, dann rückt natürlich der nationale Staat in den Vordergrund und müssen auch alle Folgerungen über das für die Erhaltung eines nationalen Staates Notwendige gezogen und anerkannt werden. Sozialphilosophisch ist die christliche Ethik naturgemäß national, und die Bezeichnung der ganzen Bewegung als „christlich-national" ist vollkommen logisch. Von irgendeinem unchristlichen Nationalismus ist nicht die Rede, vielmehr ist auf die Stellung des nationalen Staates innerhalb eines Staatensystems und einer Weltwirtschaft ausdrücklich Rücksicht genommen. Auch das entspricht vollkommen der christlichen Idee, die ja ihrerseits das Rückgrat aller etwas tiefer erfaßten Internationalität bis heute ist.

Mit alledem ist der grundsätzliche Unterschied gegen die andere größere Arbeitergruppe, die sozialistische Bewegung, klar ausgesprochen. Diese geht vom modernen rationalistischen und darum internationalen Individualismus aus, von der Idee, daß alle Gesellschaft von den gleichberechtigten Individuen her demokratisch aufgebaut werden müsse. Der normale Fall des modernen Individuums ist ihr bei der ungeheuren Masse der Lohnarbeiterschaft eben der vom Kapitalbesitz getrennte Lohnarbeiter. Daher baut sie von ihm, seinen Interessen und seiner internationalen Ausbreitung her die neue Gesellschaft auf. Die Lohnarbeiter sind nicht ein Stand innerhalb des nationalen Gesellschaftsganzen, sondern eine internationale Klasse durch die ganze Welt hindurch. Bei ihrer gewaltigen

Digitized by Google

zahlenmäßigen Überlegenheit können sie vom Standpunkt der Gerechtigkeit gegen alle und der Wohlfahrt aller verlangen, daß die gesellschaftliche Ordnung sich nach ihnen und ihren Interessen richte. Daher ist für sie die soziale Frage nicht die Schaffung und Einordnung eines neuen Standes in das nationale Gesellschaftsganze, sondern ein völliger Umbau aller Gesellschaften und Staaten in ihrem Interesse, den sie durch eine internationale politische Parteibildung zu erzwingen hoffen. Bei der Verflechtung der Weltwirtschaft scheint ihnen das Problem auf dem nationalen Boden praktisch nicht lösbar, und theoretisch ist es nur selbstverständlich, daß ein so allgemeines Problem von der allgemeinen, in jedem Individuum identischen Menschheitsvernunft aus gelöst werde. So handelt es sich für sie nicht um eine nationale Reform und Standesbildung, sondern um eine internationale Gesellschaftsumwälzung, um die Herbeiführung einer völlig neuen Gesellschaftsordnung überhaupt. Das Recht zu solchen Erwartungen wird begründet auf die Marxistische Geschichtsphilosophie, derzufolge die naturgesetzlich notwendige, dialektische Entwicklung der Bourgeoisie von selbst zur Auflösung ihrer selbst und damit zu der Situation führe, in der das durch die gleiche Entwicklung emporgehobene Proletariat die Gewalt ergreifen und den seinen Interessen entsprechenden Gesellschaftsbau aufrichten könne. Diese Geschichtsphilosophie und der Glaube an das Menschenrecht der einzelnen Persönlichkeit tritt für sie an Stelle der christlichen Religion und der nationalstaatlichen Ethik. Das Programm erkennt diesen Unterschied sehr genau und führt ihn auf die letzten Wurzeln zurück. Die christliche Sozialphilosophie ist in der Tat trotz der auch von ihr behaupteten Idee des Menschenrechtes der Persönlichkeit und des internationalen Menschheitsverbandes grundsätzlich anders ausgerichtet.

Dabei darf man freilich nicht übersehen, daß die sozialistische Lehre außer ihren besonderen Theorien doch auch noch einen sehr verständlichen rein praktischen Grund hat. Das Besondere des modernen sozialen Problems nämlich liegt in der Riesenhaftigkeit der Verhältnisse, die es etwa von der Entstehung des mittelalterlichen Bürgerstandes sehr unterscheidet. Riesige Massen sind durch die moderne Freizügigkeit, den politischen Individualismus und die Industrialisierung in Bewegung geraten, und solange diese Bewegung als eine grenzenlos sich steigernde, alle Länder

Digitized by Google

überflutende, im Vorschreiten und Rückgang völlig unberechenbare betrachtet werden müßte, möchte es in der Tat unmöglich scheinen, sie in die Dämme einer neuen Standesbildung zu fassen. An das letztere kann nur gedacht werden, wenn mit der Herausstellung fester Verhältnisse, einer gleichbleibenden und dauernden Produktionsmenge und einem entsprechenden dauernden und gleichmäßigen Arbeiterbedarf gerechnet werden kann. Solange die sozialistische Krisenlehre mit den wirklichen Verhältnissen im Einklange steht, ist in der Tat an eine Standesbildung schwer zu denken. Die mittelalterliche Standesbildung hing eben mit der Übersehbarkeit der Verhältnisse und sorgfältig gesicherten Entsprechung von Erzeugung und Absatz zusammen. Sie kannte die Erschütterung durch die Krisen des Weltmarktes nicht. Über diese Krisenlehre spricht das Programm nicht. Es scheint aber anzunehmen, daß die Anarchie der modernen Wirtschaft gerade durch Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Verbände und durch die modernen Bindungen und Regulierungen des Marktes aufgehoben werde. Diese Annahme nun müßte dann an Stelle der Marxistischen Geschichtsphilosophie treten und wäre für das christliche Programm so organisch notwendig wie jene für das sozialistische.

Nehmen wir also diese Grundidee einer neuen Standesbildung als richtig und möglich an, wie ich für meine Person glaube, daß sie es ist und immer mehr werden wird, so ist diese alte Idee von dem Programm doch in einem sehr modernen und lebendigen Sinne gedacht. Es hat hier die Lehren der modernen Arbeiterbewegung gründlich verwertet und tritt unter dem Gesichtspunkte der Mittel für die Verwirklichung seines Ideals dem sozialistischen Programm praktisch doch wieder sehr nahe. Das kann auch gar nicht anders sein. Lage und Erfahrung ist hüben und drüben dieselbe, und im Eigentlich-Praktischen muß sich naturgemäß manche Berührung ergeben. Es gibt eben im Grunde nur wenige und ganz bestimmte Mittel zur Förderung der Lohnarbeiterschaft, wenn man einmal von den Theorien und Weltanschauungen absieht. Weg fällt im Grunde für die Christlichen nur die Idee einer Erringung der politischen Herrschaft durch die Arbeiterklasse, die Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln, der Internationalismus und der Klassenkampf. Das ist wichtig genug, aber doch wesentlich im Unterschied der Theorien begründet. Für die praktische Arbeit fordern aber auch die Christlichen politische Gleichberechti-

Digitized by Google

gung in Einzelstaat und Gemeinde und die entsprechende Reform der Wahlrechte, sowie Vertretung ihrer Interessen durch die politischen Parteien, die dabei von Arbeiterausschüssen ihrer Parteiangehörigen beraten werden sollen; ferner möglichst ausgedehnte und gleichartige Schulbildung mit Erleichterung des Aufstieges ihrer begabten Kinder in andere Stände; volle Koalitionsfreiheit, wobei die nicht privatwirtschaftlich arbeitenden Staatsunternehmungen ihren Angestellten eine besondere, durch Reichsgesetz festgelegte Art der Koalitionsfreiheit einräumen sollen; Berufskammern, Schutz gegen ausländische Lohndrücker, staatliche Organisation des Arbeitsnachweises; Streikrecht; Einigungsämter und vor allem ein Reichseinigungsamt; die Kodifikation eines umfassenden Arbeitsrechtes durch das Reich; Fortbildung des Arbeiterschutzes; Sonntagsruhe; Höchstarbeitstag; Heimarbeitergesetz; energische Fortsetzung der Sozialreform im Versicherungswesen; gesetzliche Arbeitslosenfürsorge; Sicherung angemessener Lebensmittelpreise durch entsprechende Zoll- und Handelspolitik; Lebensmittelämter und Preisprüfungsstellen; gründlichste Wohnungsreform; starke Anpassung der Steuergesetzgebung an die Bedürfnisse der Unbemittelten; Pflege des Familienlebens durch Säuglingspflege, Kinderbewahranstalten, Tuberkulosebekämpfung, Trinkerfürsorge usw. von Staatswegen. Vor allem wird bei aller Anerkennung des Privateigentums und der Unentbehrlichkeit der Unternehmerkraft doch bei der Verteilung des Arbeitsertrages eine gründliche Rücksicht auf die Kapitallosen, nur über ihre Hände Verfügenden gefordert, eine Berichtigung der Notstände, die aus der naturnotwendigen modernen Trennung von Kapital und Arbeit folgen. Sie soll und kann nicht aufgehoben werden, aber ihre schlimmen und ungerechten Wirkungen müssen nach Möglichkeit eingeschränkt werden. Die Trennung von Kapital und Arbeit ist im Grunde doch auch für die Christlichen der Geburtsfehler der modernen Gesellschaft. Dafür verspricht das Programm mit aller Zähigkeit und unter Benutzung aller rechtlich zulässigen Mittel zu kämpfen, indem es zugleich die letzteren sehr erheblich erweitert sehen will. Überdies fordert es für diesen Kampf die Bundesgenossenschaft des Gewissens der besitzenden Bevölkerung.

Alles das ist vom Arbeiterstandpunkt aus durchaus begründet und berechtigt. Wie weit es praktisch möglich ist, darüber mögen die Praktiker, aber auch das Gewissen der von diesen Forderungen Betroffenen entscheiden.

Digitized by Google

Nur ist aber doch hervorzuheben, daß damit die Bildung eines neuen aufstrebenden Standes in einen sehr breiten und großen Rahmen eintritt und doch auch ihrerseits eine Art umfassender Gesellschaftsreform bedeutet. Es ist eben keine Kleinigkeit, aus dem Fünftel eines Volkes einen Stand zu bilden. Standesbildung und Totalreform der Gesellschaft gehen hier leicht ineinander über. Und vor allem setzt eine solche Totalreform der Gesellschaft eine andauernd aufsteigende Entwickelung, Arbeitsgelegenheit und Besitzvermehrung im ganzen voraus. Nur eine stark vorschreitende Gesamtgesellschaft kann solche Forderungen bewilligen, vorausgesetzt, daß sie überhaupt den guten Willen dazu hat. Starke politische Erschütterungen von außen, wirtschaftliche Weltkatastrophen, Veränderungen der Bevölkerungsmasse können ein solches Programm sehr ins Wanken bringen. Es ist auf keine mühsame Sparwirtschaft eingerichtet. Aus eben diesen Gründen ist ja auch die ganze Arbeiterschaft, christlich oder sozialistisch, so stark an dem Ausgang des Krieges interessiert. Auch die Christlichen betonen mit Recht die großen Leistungen der organisierten Arbeiterschaft im Krieg und für den Krieg. Die Anerkennung dafür durch die Gesellschaft und das Vertrauen zu ihrer Leistungsfähigkeit und volkserziehenden Kraft verlangen sie mit vollstem Recht. Aber ob ihr Programm durchführbar sein wird, das hängt noch von vielen anderen Dingen ab. Es hängt vom Gesamtzustand der Gesellschaft ab, den ja schon das Programm selbst einer sehr erheblichen Neuordnung unterzieht; aber auch von Bedingungen des Gesamtzustandes, die jeder formenden Idee und jeder guten Absicht entzogen sind, vielmehr den Charakter dessen tragen, was man force majeure[1] zu nennen pflegt. Auch ist in der Tat die Frage, wie weit sich solche Reformen doch nur in Rücksicht auf ihr gleichzeitiges Stattfinden bei anderen Völkern durchführen lassen.

Sind hiermit die anfangs so scharf betonten Grenzen zwischen Standesbildung und Gesellschaftsreform immerhin ein bißchen verwischt, so ergibt sich vollends eine gänzliche Übereinstimmung mit den Forderungen aller Arbeiterparteien in dem Ideal der Gleichberechtigung in rechtlicher, gesellschaftlicher und menschlicher Hinsicht. Sie wollen gesicherte Existenz, Anteil an den Gütern der Bildung und des Geistes, vor allem die moralische Gleichberechtigung der Umgangs- und Verhandlungsformen. Das soll natürlich rechtlich zum Ausdruck kommen, aber es ist doch in erster

[1] Höhere Gewalt

Digitized by Google

Linie eine moralische und menschliche Forderung. Sie hat mit den Theorien über Anfang und Ursprung, Wesen und Konstruktion der Gesellschaft im Grunde nichts zu tun. Die kann man sich dabei vorstellen, wie man will. Es ist vielmehr eine Forderung, die innerhalb jeder verbreiterten und verfeinerten Kultur auftritt, die Forderung des Rechtes der Persönlichkeit auf Achtung rein in seiner menschlichen Würde und sittlichen Gleichberechtigung. Solche Forderungen bilden sich aus dem Gruppen- und Massenzustand, dem Gemeingefühl und der Blutsverbindung überall mit der Individualisierung und Verfeinerung heraus; sie sind nicht der Anfang und die Konstruktionsregel der Gesellschaft, aber ihr Höhepunkt und ihre menschlich ethische Durchbildung. Von den obersten Klassen senkt sie sich immer weiter herab auf die Mitte und kommt schließlich auf den Grund, um von hier aus dem moralischen Menschenrecht auf die Formen und Verbindlichkeiten des Umgangs und der Behandlung eine immer weiter ausgebreitete Geltung zu verschaffen. Die Arbeiter und Angestellten wollen nicht Objekte, sondern verhandlungsberechtigte Subjekte sein und in diesen Verhandlungen der Menschenwürde entsprechend behandelt sein. Das ist die natürlichste und berechtigste, aber freilich auch die schwierigste Forderung. Nichts in der Welt versteht sich weniger von selbst als das Moralische, und vor allem gerade dieses Moralische. Es muß in der Regel erst erzwungen werden im Kampf, der der Macht die Macht zeigt und sich die Achtung erzwingt. Darüber scheint sich das Programm auch keiner Täuschung hinzugeben. Dieser wichtigste und dem deutschen Leben notwendigste Fortschritt muß erkämpft werden. Aber er rechnet doch auch auf die Unterstützung durch das Gewissen und das Gefühl der herrschenden Klassen und beruft sich gerade in dieser Sache vor allem auf das Christentum.

Damit stehen wir wieder bei dem Ausgangspunkt. Das Programm hebt ihn am Schluß dementsprechend auch noch einmal nachdrücklichst hervor. Der Sozialismus glaubt, daß der wirtschaftlich-politischen Umwälzung die moralische Erneuerung von selbst folge nach seiner bekannten Lehre über das Verhältnis der wirtschaftlich-technischen Grundnatur aller Gesellschaft, deren jeweiliger Art die Ideologien angeblich von selbst folgen. Unser Programm bekennt sich zum entgegengesetzten Standpunkt. Dem Sozialismus werde nach der Verdunstung seiner Theorien und Utopien nur der nackte egoistische Wirtschaftskampf und die geistige

Digitized by Google

Verödung übrig bleiben. Die Christlichen dagegen leiten ihren Standeskampf ein in die allgemeine Voraussetzung eines christlichen Gemeingefühls und Verantwortungssinnes der Gesellschaft gegenüber ihren Gliedern und der Glieder gegen die Gesellschaft. Das ist nach ihrer Meinung gerade die Wirkung der christlichen Religiosität. Sie flößt den Herrschenden den Willen zu Zugeständnissen, den Emporstrebenden die Disziplin und Selbstbeherrschung, dem Ganzen die wechselseitige Rücksicht seiner Glieder auf einander ein. Diese Kraft ströme aus dem Christentum, und da dieses doch nur in seinen organisierten Religionsgemeinschaften eine wirkliche Kraft sei, aus den beiden großen Kirchen, ohne daß damit der Zustrom aus anderen idealen Quellen geleugnet wird. Aus diesem Grunde wird für die Kirchen-Bewegungs- und Entwicklungsfreiheit gefordert, übrigens in einer Form, die auch andere Religionsgemeinschaften von dieser Wohltat nicht ausschließt. Insbesondere wird in diesem Zusammenhang auf die Bedeutung der christlichen Arbeitervereine neben den Gewerkschaften hingewiesen; sie haben die religiöse Vertiefung und die geistige und ethische Standesbildung zu gewähren, eine Formulierung, die vermutlich katholischer Herkunft ist. Damit ist, wenn man das Programm ernst nimmt, allerdings dem Christentum eine große Aufgabe zugewiesen. Die Christlichkeit der Arbeiterschaft muß sehr stark und tief sein, um das Erziehungs- und Anpassungswerk wirklich im Sinne des Programms zu leisten. Ebenso muß die Christlichkeit der Gesellschaft sehr lebendig und opferfähig sein, um die Forderungen zu verstehen und zu erfüllen. Ob die Christlichkeit aller Beteiligten so stark ist, um alles das leisten zu können? Das Christentum hat so große soziale Leistungen aus sich allein heraus bisher in religiös wärmeren Zeiten nie zustande gebracht. Sollten sie ihm in unseren religiös kalten Zeiten gelingen? Ist das Christentum stärker als die sozialistische Entwickelungs- und Revolutionsmetaphysik? Es ist vielleicht möglich. Gerade das Programm und die in ihm vertretene Bewegung deutet auf starke Schichten gesunder Gottesfurcht und ehrlicher Menschenliebe hin, die zwar für unsere übergeistige Literatur kaum existieren, die aber doch den Kern der Volksgesundheit bilden. Die hier verborgenen Kräfte sind vielleicht stärker als wir glauben und wissen. Immerhin, die aufgeworfenen Fragen liegen nahe genug. Die Antworten darauf sind schwer zu geben. Jedenfalls hat das Programm neben dem Christentum den

Digitized by Google

Standeskampf mit allem Nachdruck vorgesehen und sich nicht rein dem Christentum anvertraut. Christentum und Krieg scheinen beide unsterblich nebeneinander in der Welt zu sein, in den internationalen Völkerbeziehungen und in den innerstaatlichen Gesellschaftskämpfen. An diesem Nebeneinander scheitert jede Theorie und jedes Bedürfnis nach einheitlicher Ethik. So ist es vielleicht ganz vernünftig, daß das Programm in dieser Richtung überhaupt gar keinen Versuch gemacht hat. Niemand weiß eine Lösung, und so kann man auch von ihm keine verlangen. Es wird genügen, wenn es Erfolg hat so oder so, durch Kampf oder durch Christentum oder durch beide zusammen.

Die kirchliche Ethik hat soziale Probleme bis jetzt immer nur durch Nächstenliebe, Charität und kirchliche Hilfstätigkeit lösen wollen. Neuerdings hat die katholische Ethik die organisierte Selbsthilfe, die rechtliche Neubildung und den politischen Kampf als hierzu unentbehrlich anerkannt. Auf dieser Grundlage, die vor allem die katholische Kirche darbot, wurde die christliche Arbeiterbewegung möglich. Das Studium unseres Programms kann deutlich zeigen, daß damit ein schwieriger Weg betreten ist; doch sind diese Schwierigkeiten mehr theoretische und systematische, um die die Praxis sich schließlich nicht allzuviel zu bekümmern braucht. Die ist nirgends widerspruchslos. Über das Praktische aber mögen die Praktiker sprechen. Der Theoretiker kann dem menschlich achtungswerten und gedanklich gut durchgearbeiteten Programm nur seine besten Wünsche mit auf den Weg geben und die Hoffnung, daß unsere tatsächlichen politischen und wirtschaftlichen Weltverhältnisse der Zukunft ihm keine allzu großen Schwierigkeiten in den Weg legen mögen.

Wie müssen Kapital und Arbeit ihren Kampf nach dem Kriege weiter führen?

Von Heinr. Peus, M. d. R.

Nach diesem furchtbaren Kriege wird für jedes Land und Volk alles darauf ankommen, alle vermeidbare Energievergeudung aus seinem Leben auszuschalten. Der ungeheure Kräfteverlust, den der Krieg mit sich gebracht hat, muß zu einem Antrieb werden, durch Besserordnung der Dinge in Staat und Gesellschaft neue Kräfte zu erzeugen, die insbeson-

Digitized by Google

dere auf die Dauer positiv die Verluste des Krieges trotz ihrer schrecklichen Größe bei weitem überragen. Nur wenn der Kampf, der jetzt die Kulturmenschheit durchtobt, zu solchem Ergebnis führt, kann der Geist der Lebens- und Schaffensfreudigkeit in den jeweilig Lebenden lebendig werden, um aus den Gräbern der in diesem Streit Gefallenen neue Menschheitskultur für mehr Menschen und für bessere Menschen erblühen zu machen.

Der Glaube, daß der Krieg jene Katastrophe erzeuge, aus der mit jener Gewaltsamkeit, die aller Geburt mehr oder weniger anhaftet, der Sozialismus geboren werde, wird nun endgültig abgetan sein. Der „Kriegssozialismus" wirkt zu sehr diskreditierend, um den Glauben an die Macht künstlicher Beschleunigung der sozialen Entwicklung zu stärken. Gewiß, der Krieg wird den Sozialismus über alle Maßen fördern, aber doch nur in dem Sinne, daß er Maßnahmen, die an das Gegebene engstens anknüpfen, als die allein wirksamen Umformungskräfte erkennbar werden läßt. Daß der Kapitalismus und Imperialismus die Väter des Sozialismus sind, ohne die der Sohn nie ins Leben zu treten Aussicht hätte, das wird durch den Krieg noch besonders tief erkannt werden.

Auch nach diesem Kriege gibt es die unsere Gesellschaft kennzeichnende Teilung in solche, die durch den Besitz der Produktionsmittel oder noch besser die Herrschaft über sie die Herren der Produktionsbetriebe sind, und solche, die im wesentlichen nur über ihre Arbeitskraft verfügen. Die Aufhebung des Klassengegensatzes, seine Auflösung in die klassenlose Gesellschaft steht noch nicht bevor. Also muß der Klassenkampf weiter geführt werden?! Aber mit dieser allgemeinen Formulierung ist im Grunde gar nichts gesagt, denn alles kommt darauf an, nicht daß, sondern wie der Kampf geführt wird. Dieses Wie werden die einen so definieren, daß für die andern gar kein Kampf mehr übrig bleibt, während jene erst in der von den anderen verworfenen Art des Kampfes allein eine Garantie für wirkliche Erfolge, für die Erreichung des Kampfzieles erblicken.

Wo die Lage der Dinge verschiedenen Klassen der Bevölkerung verschiedene wirtschaftliche Aufgaben zuweist, ist und bleibt der Klassenkampf insofern gegeben, als jedes sachlich begründete Interesse seine besondere Vertretung erforderlich macht. Solange die Gesellschaft zerfällt in Kapitalisten, die für Kapital, das sie in Produktionsbetriebe stecken, möglichst

Digitized by Google

hohe Profite herauszuwirtschaften suchen, was immer nur mehr oder weniger auf Kosten der zu zahlenden Löhne möglich ist, und solange andererseits es Menschen gibt, die nur von dem Lohne leben, den sie beim Verkauf ihrer Arbeitskraft erzielen können, wird auch der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit und ihren Interessen nicht aus der Welt verschwinden. Und die Arbeiter werden für ihre Lohninteressen eintreten müssen, wie man es andererseits auch von den Unternehmern und Kapitalisten begreiflich finden kann, daß sie auf möglichst hohe Verzinsung ihres Kapitals bedacht sind. Solange die Produktion auf die Weise zustande kommt, daß die einen ihr Kapital und die anderen ihre Arbeitskraft hergeben, ist ein völlig gemeinsames und gleichartiges Interesse an der Produktion für jene beiden Komponenten der Produktion unmöglich. Es ist aber auch unnatürlich, vom einen Teil zu fordern oder ihm zuzutrauen, daß er imstande sei, in Selbstlosigkeit aus sich heraus auch die Interessen des anderen wahrzunehmen, ohne daß der andere nötig habe, sich seinerseits darum zu kümmern. Das werden die Unternehmer den Arbeitern nicht zutrauen, und es ist nicht abzusehen, warum die Arbeiter zu den Unternehmern größeres Vertrauen haben sollten. Steht das fest, dann ist auch die weitere Konsequenz zuzugestehen, daß jeder Teil auch als Recht muß verlangen können, die Vertretung seiner Interessen so wirksam wie möglich zu gestalten. Jeder Teil muß dem andern das Recht zuerkennen, seine Interessenten durch Organisation, durch Sammlung, Gliederung und heermäßige Führung mächtig zu machen. Das bedeutet in der Praxis, daß von den Unternehmern die Arbeiterorganisationen in ihrer Betätigung als offizielle Vertreter der Lohnarbeiterinteressen als berechtigt und notwendig anerkannt werden. Ich empfinde es als eine Pflicht der Gerechtigkeit, an dieser Stelle daran zu erinnern, daß der leider schon im Jahre 1903 verstorbene Abgeordnete Brauereidirektor Rich. Roesicke, der langjährige Vertreter von Anhalt-Dessau, es war, der als „weißer Rabe" unter seinen Klassengenossen für diesen Anspruch der Arbeiter so lebhaft eintrat, daß ein anderer bürgerlicher Abgeordneter aus einem Nachbarkreise sich einmal in einer Reichstagssitzung zu dem Ausruf verleiten ließ, ihn (den Roesicke) wegen dieser seiner arbeiterorganisationsfreundlichen Haltung ohrfeigen zu mögen. Der sich so entrüstete, ist in seiner Weise eine tüchtige Persönlichkeit, es sprach aus ihm das ungebro-

Digitized by Google

chene Empfinden für unanfechtbare Herrschbetätigung. Heute ist's schon anders. Hat doch der Konservative Dietrich v. Oertzen-Doberan in Friedrich Thimmes Buch „Vom innern Frieden" geschrieben: „Was aber erreichbar bleibt, ist die gegenseitige offene und rückhaltlose Anerkennung der Standesverbündungen, die beiderseits geschlossen worden sind, um die Standesinteressen zu vertreten. Und zwar muß der Arbeiter fordern dürfen, daß die von ihm bevollmächtigte Gewerkschaft seine ganze Vertretung in Standessachen fest in die Hand nimmt, vor allen Dingen, daß sie den Arbeitsvertrag (als Tarifvertrag) abschließt, nachdem sie seine Bedingungen vereinbarte. Es muß endlich aufhören, daß denjenigen, die 5 oder 10 Tausend Mark Einkommen haben, die Wahrung ihrer Interessen im öffentlichen Leben als berechtigt zugestanden wird, daß aber diejenigen, die höchstens ein einziges Tausend zu verzehren haben, sofort der Begehrlichkeit geziehen werden, wenn sie zusammentreten, um ihre Lage zu bessern." Das ist ein mutiges Wort, ein kluges Wort. Hoffen wir, daß es nicht noch oft zitiert werden muß! Hoffen wir, daß Herr von Oertzen nicht ein weißer Rabe unter den Konservativen ist, wie Richard Roesicke es vor $1\frac{1}{2}$ Jahrzehnten unter den liberalen Großindustriellen war. Wie einer aus der Schicht der letzteren heute urteilt, das kann man im Thimmeschen Buche bei Fritz Rößler nachlesen; der Direktor der Frankfurter Gold- und Silber-Scheideanstalt sagt da: „Die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen ihrer Mitglieder wird naturgemäß auch in Zukunft die erste Aufgabe der Gewerkschaften bleiben. Das ist aber doch an sich kein ausreichender Grund, um sie grundsätzlich zu bekämpfen. Man kann im Gegenteil die Ansicht vertreten, daß die Industrie eine ruhig fortschreitende Entwicklung der Gewerkschaften nur begrüßen sollte, aus der Überzeugung heraus, in der Größe der Gewerkschaften die beste Sicherung gegen leichtsinnige Arbeitseinstellungen zu haben. Denn mit der Zahl der Mitglieder und der Größe des Vermögens wächst die Verantwortung der Führer für jeden unüberlegten Schritt... Es muß allerdings auch auf der Gegenseite der gute Wille zum Verhandeln und Vertragen mehr zum Vorschein kommen, als das heute bei den Arbeitgeberverbänden der Fall ist, deren leider sehr viele die Bekämpfung der Arbeiterorganisationen auf ihre Fahne geschrieben haben." „Und doch wären gerade die großen Verbände, ihre

Digitized by Google

Vorstände und ihre Zeitungen die gegebenen Organe, um auf Verständigung und Versöhnung hinzuarbeiten, anstatt sich mit Wort und Schrift zu bekämpfen." Das sind ebenfalls sehr verständige Worte, auf denen eine viel bessere Zukunft sich aufbauen kann. Nicht die Versöhnung ist gemeint, die den tatsächlich gegebenen Interessengegensatz negieren, verkleistern, über ihn hinwegtäuschen möchte, sondern die ihn sachlich, ehrlich auszufechten sucht. Das ist ja die große Gefahr beim menschlichen Denken, daß es eifrig begrifflich trennt, aber nur zu oft vergißt, daß das wirkliche Leben doch die Vereinigung des begrifflich Getrennten fordert und darstellt. Der Kapitalist will Profit und der Arbeiter Lohn, der eine wird auf Kosten des andern erzielt, und doch ist auch der andere ohne den einen nicht möglich. Beide müssen in der Produktion sich finden. Wo kein Kapital, da auch keine Arbeit, da auch kein Arbeitslohn. Wo aber kein Arbeitslohn, da auch kein Profit. So sehr der Arbeiter für seinen Arbeitslohn eintreten und insofern Klassenkämpfer sein muß, und so gewiß auch der Kapitalist der privatkapitalistischen Produktionswelt auf die Herauswirtschaftung von Profit bedacht sein muß, ist doch der sicherste Weg für die Förderung der entgegengesetzten Interessen beider ein möglichst gründliches und selbst liebevolles Suchen des Verständnisses des ganzen Produktionsprozesses und der gesamten wirtschaftlichen Lage. Kapitalisten, die ganz rücksichtslos in möglichst herabgedrückten Arbeiterlöhnen ihr Heil suchen, ruinieren sich selber oder anderen Kapitalisten die Käufer für die von ihnen produzierten Waren. Der Hutfabrikant hätte Anlaß, dem Schuhfabrikanten zuzurufen: Bezahle deine Arbeiter gut, damit sie meine Hüte kaufen können, und umgekehrt hätte der Schuhfabrikant das gleiche Interesse an guter Bezahlung der Hutarbeiter. Der aus solcher Betrachtung der Dinge als erforderlich erscheinende Druck auf Zahlung höherer Löhne kann aber nur durch die Organisation der Interessenten ausgeübt werden. Es ist in der Tat vom einzelnen Schuhfabrikanten zu viel verlangt, daß er aus sich heraus die Löhne seiner Arbeiter und Arbeiterinnen möglichst hoch schraube, damit die Hutindustrie nicht aus Mangel an Käufern Schaden leide.

Andererseits ist auch zuzugestehen, daß die Arbeiter sich bei ihren Lohnansprüchen über die Notwendigkeit der Kapitalerneuerung und Kapitalvermehrung klar werden müssen. Wenn in einer Konsumgenossenschaft

Digitized by Google

für die Mitglieder Eigenproduktion betrieben wird, dann lernen die Arbeiter die Grenzen von Lohnansprüchen besser kennen.

In konsumgenossenschaftlichen Bäckereien und Schlächtereien können die Löhne auch nicht über ein bestimmtes Maß erhöht werden, ohne die bessere Lage der Arbeiter in diesen Genossenschaftsbetrieben direkt zu gefährden, denn würden die höheren Löhne zu solcher Verteurung der Preise der produzierten Waren führen, daß die kaufenden Mitglieder ihren Bedarf lieber anderswo deckten, dann fiele mit der Produktion auch die Möglichkeit der Zahlung höherer Löhne fort. Gutgeleitete genossenschaftliche Produktion muß aber obendrein solche Preis- und Lohnpolitik betreiben, daß die dringend erforderliche und höchst heilsame Akkumulation von Kapital nicht ausbleibt. Denn eine Konsumgenossenschaft, die ewig mit geborgtem Kapital wirtschaftet, die ihren Gläubigern vorweg ihre Zinsen herauswirtschaften muß, kann für ihre Mitglieder nichts Gutes, nicht das Bestmögliche leisten. Die Entwicklung genossenschaftlicher Eigenproduktion der Konsumenten ist schon deshalb dringend erwünscht, weil ihre Praxis von dem Wahne befreien hilft, als sei aller Kapitalprofit bestimmt, so dem Genußleben der Besitzenden zuzufließen, wie der Arbeitslohn durch den Verbrauch der Arbeiter verzehrt wird. Daß der Kapitalprofit in hohem Maße notwendig ist, damit die bis heute den Privatkapitalisten überlassene Aufgabe, das von der Gesellschaft benötigte Produktionskapital anzusammeln, gelöst werde, wodurch allein auch wieder neue Produktion, neue Arbeitsgelegenheit geschaffen wird, ist eine Wahrheit, die nur die in ruhiger Klarheit erkennen werden, die Gelegenheit bekommen, den ganzen Produktionsprozeß, die gesamte wirtschaftliche Lage nicht nur vom Standpunkte des Lohn heischenden Arbeiters, sondern auch von der höheren Warte der Produktion überhaupt zu betrachten. Soll es aber zu dieser Erkenntnis kommen, dann müssen Unternehmer und Arbeiter durch ihre berufenen Sachwalter zu gemeinsamer sachlicher Erörterung der ganzen Produktionsverhältnisse kommen, was nur dann möglich ist, wenn die beiderseitigen Organisationen sich als gleichberechtigte Faktoren der gesellschaftlichen Arbeit anerkennen. Wenn der englische Professor Ashley in der Vorrede zur englischen Ausgabe von Naumanns „Mitteleuropa" einen gewaltigen Vorteil Englands darin findet, daß jene „Entfremdung zwischen den sozialen Klassen, die Deutschlands großer und in

Digitized by Google

die Augen fallender Fehler sei", in England fehle, so sei dahingestellt, ob das letztere so weit zutrifft, wie Ashley es annimmt, richtig ist aber, daß solche Entfremdung, solche von Haßgefühlen beherrschte Gegensätzlichkeit Energie vergeudende Reibungen im Wirtschaftsleben erzeugt, die auf den Erfolg der Produktion zum Schaden beider Teile sehr nachteilig einwirken müssen. Es liegt deshalb außerordentlich viel daran, daß sich mit dem Bewußtsein der Interessengegensätzlichkeit zwischen Kapital und Arbeit und dem Willen, charaktervoll für sein Interesse einzutreten, verbinde die Erkenntnis, „daß gleichwohl beide in möglichst erfolgreicher Produktion ein gemeinsames Interesse haben, das aber nur dann zu kraftvoller Aktion kommen kann, wenn man sich beiderseits auf dem Fuße der Gleichberechtigung behandelt und ein würdiges Entgegenkommen zeigt.

Der Krieg bringt allen Völkern Europas fürchterliche Verluste. Unwiederbringlich sind die Menschenverluste. Die Völker werden gleichwohl weiterleben. Die materiellen Verluste aber können die Völker wieder wettmachen, wenn sie bisherige Energievergeudung mit rückhaltloser Energie ausschalten und ihre noch immer unabsehbar steigerungsfähige Produktivkraft weiter entwickeln. Eins der wesentlichen Fundamente dieser Steigerungsfähigkeit wird aber sein, daß der rohe Klassenkampf verfeinert, auf eine höhere Entwicklungsstufe gebracht wird, daß an die Stelle von Haß und Schimpf die Kunst sachlicher Austragung von Gegensätzen trete. Man sagt, die Politik verdirbt den Charakter, und manchem Politiker steht der Ekel bis zum Halse. Das liegt aber nicht an der zu lösenden Aufgabe, sondern an den unfähigen, ungebildeten Menschen, die sich an sie heranmachen. Auch die wirtschaftlichen und politischen Probleme, die zwischen Kapital und Arbeit gelöst werden müssen, können den Inhalt genußreichster Lebenskunst bilden, es kommt nur darauf an, daß die Menschen sie dazu machen. Gleichzeitig fließt aus solcher persönlich beglückenden Arbeit der größtmögliche sachliche Erfolg für alle. Möge der furchtbare Krieg solche Hinaufentwicklung der Geister bringen, dann ist er nicht nur zerstörende Macht.

Digitized by Google

Neurussischer Kulturmessianismus

Von Bruno Goetz, Berlin

Wem die Herrschaft über die Tatsachen und Geschehnisse entgleitet, neigt dazu, sie ins Unwirkliche zu verflüchtigen und seine Unterlegenheit in eine Überlegenheit umzulügen. Er tut das dadurch, daß er den wirklichen, ihn bedrängenden Dingen einen Sinn unterschiebt, den er einen „tieferen" nennt.

Es ist deshalb symptomatisch, wenn die Fragen nach dem verborgenen Sinn der gegenwärtigen Ereignisse in der russischen Presse seit einiger Zeit immer häufiger auftauchen und immer entschiedener mit Hinweisen auf Unbeweisbares, Irrationales und Mystisches beantwortet werden. Man überträgt die letzten Ursachen des Tatsächlichen aus der realen Welt ins Unbeweisbare und Unfaßbare, aus dem Politischen ins Mystische und Religiöse und glaubt dadurch vor der Geschichte und vor dem eigenen Gewissen gerechtfertigt dazustehen.

Das Negative wird also in ein Positives umgewandelt, das, von Rußland ausgehend, die Welt durchdringen und erneuern soll.

Man denke an den Hintergrund, auf dem sich das alles abspielt, an den russischen Hintergrund, wie Maxim Gorki ihn kürzlich in der Zeitschrift „Ljetopisj" zeichnete — und man wird die Haltlosigkeit eines russischen Kulturmessianismus begreifen. Gorki schreibt: „Von dem Tag an, da man uns den Schnaps nahm, besoffen wir uns an Worten. Das literarische Dirnentum in Rußland hat noch nie solche Orgien gefeiert, wie im Kriege. Wie immer im Augenblick von Katastrophen waren Schurken die lautesten Schreier . . . Es hat sich jetzt unzweifelhaft herausgestellt, daß wir Russen während dieses Weltunglücks die geringsten bürgerlichen Tugenden bewiesen haben. Ich glaube, es ist nicht notwendig, erst noch Beweise für den sozialen Verfall, die soziale Fäulnis anzuführen, — diese Beweise liegen für alle klar zutage. Das allerorts bei uns beliebte gegenseitige Sichberauben, der schamloseste Diebstahl, Schlemmerei und Zuchtlosigkeit — ein jeder weiß um diese Dinge. Gauner und Diebe gibt es natürlich in jedem Lande. Ich habe aber allen Grund, davon überzeugt zu sein, daß für die Westeuropäer der Begriff ‚Vaterland' einen bestimmteren und wirklicheren Inhalt hat, als für den russischen

Digitized by Google

‚Einwohner', der in jeder Hinsicht der einsichtslosen Willkür seiner Behörden unterworfen ist. Wir können uns vor Europa nur dessen rühmen, daß man bei uns offener, schamloser und reichlicher stiehlt."

Es ist psychologisch verständlich, daß man in Rußland, wenn man an der Möglichkeit einer Änderung verzweifelt, die Augen schließt und sich in eine eingebildete Mönchszelle zurückzieht, oder von einer ersehnten, alles von selbst wie durch ein Wunder umwandelnden religiösen Erneuerung zu phantasieren beginnt, anstatt mit verdoppelter Anstrengung an einer wirklichen Besserung zu arbeiten. Eine ganze Reihe der klügsten russischen Köpfe ist in die Arme der Kirche geflüchtet. Sie wollen dabei keine Erneuerung der Kirche, sie wollen ganz im alten Sinne kirchlich sein, sie wetteifern in der Strenge ihrer Gläubigkeit. Von dieser Rückkehr zum heiligen Alten erhoffen sie nicht nur eine Rettung für Rußland, sondern auch seine Erstarkung. Denn in der russischen Orthodoxie sehen sie die Allgemeinreligion der Zukunft, der sich früher oder später die ganze Welt unterwerfen muß, weil sie alle Widersprüche einschließt und auflöst. Wie eine derartige Welteroberung vor sich gehen soll, wissen diese Mystiker nicht zu sagen. Sie wird, ihrer Ansicht nach, irgendwie von selbst geschehn, durch ein unbegreifliches Wunder Gottes. Der jetzige Krieg sei ein untaugliches, ungöttliches Mittel, dieses Ziel, das irgendwie in jedem Russen lebe, zu erreichen; die Greuel des Krieges seien die Strafen für die mangelnde Einsicht in die Art des Zieles; die ganze gegenwärtige Politik der Völker sei eine Sünde vor Gott. Der typischste Vertreter dieser Richtung ist S. N. Bulgakow, für den es nur eine Rechtfertigung des „dummen menschlichen Daseins" gibt: — die Hinnahme des Lebens als schwere Last, als Folge und Buße für unsere Sünden. Den Menschen liebt Bulgakow nicht, an seine schöpferische Kraft glaubt er nicht. Er liebt auch nicht die Wissenschaft, er fürchtet sie und rechnet mit ihr als mit einer bedrohlichen Außenmacht. Ein Schaffenwollen ist, seiner Ansicht nach, eine Anmaßung, die an Teufelei grenzt; dem Menschen sei es nicht gegeben zu schaffen, sondern nur nachzuschaffen; alles sei vorausbestimmt, Freiheit gebe es nicht. In dieser Erkenntnis liegt für ihn alles echt und wahrhaft Russische beschlossen. Vor ihr wird sich, wie er glaubt, in Zukunft die ganze Welt neigen. In ähnlichen Gedankengängen bewegen sich auch Florenski, Trubezkoi, Öhrn und Iwa-

Digitized by Google

now. Aus diesen Äußerungen spricht eine tiefe Ermüdung und Erschöpfung. Viele von denen, die sich jetzt zu den eben gekennzeichneten Anschauungen bekennen, haben vor nicht allzulanger Zeit tapfer und wagemutig im furchtbaren und erschreckenden Chaos nach neuen Wegen und Lichtungen gesucht. Ihr Niederbrechen vor den toten Formeln einer toten Kirche beweist, daß sie bis ins Mark getroffen sind von der Einsicht in die Ohnmacht des noch so begabten und noch so hervorragenden Einzelmenschen gegenüber dem unaufhaltsamen rasenden Lauf der Weltgeschehnisse, der ihrer Meinung nach ins Verderben, in die vollkommene Auflösung, in einen höllischen Abgrund führt. Sie sehen keinen Ausweg mehr. Dem ganzen modernen Leben in all seinen Erscheinungsformen stehen sie verneinend gegenüber. Sie sind geistige Nihilisten. Sie wollen aber nicht verzichten. So erträumen sie sich eine Rettung im scheinbar festen Gefüge der russischen Kirche, die sie als Trägerin ein welterlösenden Allgemeinreligion rühmen, — eine Idee, mit der sich jederzeit Eroberungspläne „begründen" und „rechtfertigen" lassen. Wenn die Vertreter dieser Idee auch noch so weit von aller Politik abzurücken scheinen, — in ihrem Kern birgt sie trotz alledem etwas Kriegerisches, denn sie versucht, etwas spezifisch Russisches als allgemeingültig hinzustellen. Sie schließt zwar nicht direkt den Krieg ein, — trachtet aber nach einer Unterwerfung anderer Völker unter die russische Kirche! denn das ist ja der geheime Sinn einer jeden Nationalkirche, die sich für eine Universalkirche ausgibt. Einen Beweis dafür, wie verlogen, wie wenig in sich selbst begründet, wie abgeleitet und maskenhaft diese scheinbar so weltfremde Kirchenmystik (bei aller nicht abzuleugnenden subjektiven Wahrhaftigkeit ihrer Vertreter) ist, bieten einige kürzlich im „Nowoje Wremja" erschienenen Artikel Rosanows, die sich gegen jeden Kulturmessianismus wenden, jedes Streben nach Vorherrschaft in der Welt als Vermessenheit bezeichnen und sogar Dostojewskis religiöse Demut als heimlichen Hochmut verdächtigen. Diesem allen setzt Rosanow die russische Faulheit in vollem Ernst als übergeordnetes Prinzip entgegen. Wenn es für ihn einen Messianismus gibt, so ist es der Messianismus der Faulheit. Für das Recht auf Faulheit fechte jetzt Rußland diesen Krieg gegen die unanständige Betriebsamkeit Deutschlands aus, Rußland wolle nicht des religiösen Kernes, der in seiner Faulheit steckt, verlustig gehen. Es

Digitized by Google

wolle sich nicht in eine hochmütige und verwerfliche Kulturtätigkeit hineinzwingen lassen, die ja doch keinen Sinn habe.

Diese Äußerungen Rosanows richten sich gegen Nikolai Berdjajew, den hervorragendsten Vertreter einer anderen Richtung, der aktivistisch und revolutionärgesinnten Mystiker, die im Russentum so etwas wie einen Jungbrunnen sehen, aus welchem sich Ströme lebendigen Wassers in alle Welt ergießen. Charakteristisch ist dabei, wie Berdjajew sich mit dem Deutschtum auseinandersetzt. Er bemüht sich, das deutsche Wesen, ohne Rücksicht auf landläufige Vorurteile, zu erkennen und zu umreißen. Und er weiß trotz mancher Mißverständnisse viel Grundlegendes und Richtiges mitzuteilen. Er sagt uns allerdings nichts Neues. Wohl aber gewährt uns das Bild, das er vom Deutschtum entwirft, einen Einblick in das, was er als das Wesen des Russentums aufgefaßt wissen will. Sein in den „Birschewyja Wjedomosti" erschienenes Essay über die „Religion des Deutschtums" sei deshalb auszugsweise hier angeführt. Die deutsche Religion beruht, seiner Ansicht nach, auf der Überzeugung des Deutschen, daß das Chaos der Urgrund alles Seins sei und daß es Sache der aus dem Willen gewordenen Tat sei, das Chaos, die Finsternis und das Irrationale zu rationalisieren, und in Ordnung zu bringen; vor dem deutschen Bewußtsein steht, wie Berdjajew dartut, der kategorische Imperativ: die Welt muß in Ordnung gebracht werden; diese Ordnung zu schaffen, fühlt der Deutsche sich berufen. Weiter heißt es dann wörtlich: „Der Deutsche vergewaltigt das Leben mit seinem ethischen Pathos. Er gibt sich nicht den Geheimnissen des Daseins hin. Alles andere und alle anderen sind für ihn Chaos und Nacht, nur in sich selbst sucht er den Urquell aller Organisation, alles Lichtes und aller Kultur. Dem Untergrunde des Unbewußten und des göttlichen Wahnsinns gegenüber empfindet er sich als den Weckrufer zum Bewußtsein, als Werkzeug der Ordnung. Die Tragödie des Deutschtums ist vor allem die Tragödie des überzüchteten Willens, des zu anspruchsvollen, zu angespannten, zu ausschließenden, zu männlichen Willens eines tief innerlichen aber ehelosen Geistes. Der deutsche Geist ist jetzt reif geworden, seinen Willen nach außen zu wenden, um seine organisierende und ordnende Kraft auch in der Welt der Wirklichkeit kund zu tun. Der Wille zur Macht über die Welt ist auf geistigem Boden entstanden, ist nur möglich, weil die Welt dem Deutschen als

Digitized by Google

etwas Ungeordnetes erscheint. Kant baute geistige Kasernen. Die heutigen Deutschen ziehen es vor, leibhaftige Kasernen zu bauen. Der Deutsche fühlt sich nur in der Kaserne frei, in der freien Natur erschreckt ihn das Chaotische. In der Auffassung der Freiheit werden wir uns mit den Deutschen nie einigen können. Dem deutschen Geiste fehlt die slawische Maßlosigkeit und Grenzenlosigkeit. Er ist groß und tief, aber begrenzt. Deshalb ist auch die deutsche Religion im tiefsten Grunde dem Christentum entgegengesetzt: in dieser Religion fehlt der Geist Christi, — es ist eine Religion ohne unvernünftige Antinomien, ohne Apokalypse. Sie verlegt die Quelle alles Übels in eine unbekannte Gottheit, in das Ur-Chaos, nie in den Menschen selbst. Sie ist die Anerkennung der einigen und göttlichen Natur, — sie lehnt den Dualismus ab. Nur scheinbar erhebt sie also den Menschen zu einer überragenden Höhe, letzten Endes verneint sie ihn als ursprüngliches religiöses Prinzip. Es gibt in ihr keine Verheißungen einer neuen Lebensepoche, eines neuen Landes, eines neuen Himmels und einer neuen Stadt, die für das Slawentum so charakteristisch sind. Die deutsche monistische Organisation und Ordnung duldet keine apokalyptischen Erlebnisse, keine Vorahnungen des Endes der alten Welt. Diese Welt wird von den Deutschen zu einer schlechten Unendlichkeit verdammt. Die Apokalypse überlassen sie gerne dem russischen Chaos, das sie ebensosehr verachten, wie wir die ewige deutsche Ordnung verachten. Die deutsche Welt — das ist Mitteleuropa. — Die deutschen Ideologen sehen in den Deutschen die Schöpfer und Erhalter der mitteleuropäischen Kultur. Das Schicksal des Deutschtums wird von ihnen als das Schicksal Europas hingestellt, der Sieg des Deutschtums würde demnach den Sieg der europäischen Kultur bedeuten. Die Religion des Deutschtums stellt die Deutschen als das einzige arische Volk hin, das die Aufgabe hat, die europäische Kultur nicht nur durch Geist, sondern auch durch Blut und Eisen zu befestigen. Das Deutschtum will für alle Zeiten die Weltherrschaft Mitteleuropas begründen, es dehnt seinen Einfluß auf den Osten, auf die Türkei, auf China aus. Überallhin trägt es seine eng-deutsche, eng-europäische Kultur. Es erkennt nichts und niemanden an und stellt sich als das große Hindernis heraus auf dem Wege eines endlichen Zusammenflusses von Ost und West, in welchem die wichtigste Aufgabe der Weltgeschichte besteht. Diese Ansprüche des deutschen Geistes konnte die

Digitized by Google

Welt nicht länger ertragen. Wir Russen am allerwenigsten. Wir müssen ihnen unsern Geist, unsere Religion, unsere Träume entgegensetzen. Nicht dem deutschen Mitteleuropa darf die Weltherrschaft zufallen. Im russischen Geiste ist viel mehr christlicher Universalismus, viel mehr Anerkennung von allem und allen enthalten."

Der russische Geist erhebt also, diesen Äußerungen zufolge, Anspruch auf einen allumfassenden „Universalismus". Er lehnt eine „ethische Vergewaltigung" des Chaos ab, er nimmt es fromm als gegeben hin und verlangt nicht nach einer Aufhellung der Geheimnisse des Daseins, denn er empfindet das Chaos nicht als ein feindliches, die Welt der Ordnung und des Lichts bedrohendes Element, sondern er sieht in ihm den mütterlichen Schoß aller Dinge. Daher stammt, wie Berdjajew sich ausdrückt, das erotische Verhalten des Russentums zur Welt, die es mit brüderlicher Liebe umfaßt, im Gegensatz zu den Herrentendenzen des „innerlichen, aber eheloſen" deutschen Geistes. Der russische Geist ist „maßlos, grenzenlos und unerschöpflich". Sein Ziel ist demzufolge eine Aufhebung aller Grenzen, eine Auflösung aller Bindungen, eine Verneinung aller Formen: er träumt von einem apokalyptischen Untergange der durch einen usurpatorischen Gestalterwillen geformten Welt und dem Aufblühen „eines neuen Lebens, eines neuen Himmels und einer neuen Stadt" nach der endgültigen Befreiung der Menschheit vom „europäischen Zentrum". Dieses Ziel nennt Berdjajew ein „Zusammenfließen von West und Ost". Im Grunde genommen würde es aber ein Aufgesaugtwerden des Westens durch den Osten, ein Verzicht des Westens auf alles, was er gewollt und wonach er gestrebt, eine reuige Umkehr auf seinem hochmütigen Irrweg, der ihn den mütterlichen Quellen des Lebens entfremdet hat, bedeuten.

Es ist klar, worauf das alles praktisch hinausläuft: auf eine Entwaffnung des Herrenwillens und auf eine Verherrlichung der Masse. Und zwar nicht im Sinne einer stolzen und freien Demokratie, die sich im Kerne am besten mit echtem und schöpferischem Herrentume verträgt, sondern im Sinne eines Zurücksinkens in das Nicht-mehr-wollen Nicht-mehr-tun, in einen vom Zwange des Schaffens, Organisierens und Formens befreiten Zustand.

Das Russentum muß die Welt erobern, damit die Welt den

Digitized by Google

Weg zum heiligen Chaos zurückfinde: so legt die neuruſſiſche Myſtik den Sinn dieſes Krieges aus.

Krieg und Seelenleben

Von Dr. Julian Marcuſe (Ebenhauſen-München).

Die Kriegsliteratur hat verſchiedene Phaſen hinter ſich: Im Sturm der Begeiſterung wurden ihre erſten Erzeugniſſe hinweggeweht, Gehör fand nur die Tat, deren Vielheit wurde mehr und mehr zum Bekenntnis des Erlebten, und es entſtand damit die Hochflut der Darſtellung, die erſt jetzt allmählig zu verſiegen beginnt. Denn zu ſehr drängten ſich die Ereigniſſe, das Heldentum des einzelnen wurde zur Maſſenerſcheinung, und damit ſchwand der Nimbus, der über die eine oder die andere heroiſche Tat ausgebreitet lag. Die Wiſſenſchaft als ſolche feierte, ihre Wege, die mühſam aufgebaut werden müſſen auf Erkenntnisreihen, wurden von dem Brauſen der Gefühle niedergehalten, ſie war ſcheinbar unwertig geworden. Aber trat ſie auch nicht in die Öffentlichkeit, deren Sinn nur den Taten des Tages zugewandt war, Forſchergeiſt läßt ſich in einem Kulturvolk auf die Dauer nicht unterdrücken, mögen die Zeitläufe auch einzig und allein vom Donner der Geſchütze und von tauſendfältigem Weh erfüllt ſein. Man begann, die Geſchehniſſe des Krieges zu analyſieren, ihren Urſachen nachzugehen, die Eindrücke zu werten und Schlüſſe für die Allgemeinheit zu ziehen, mit einem Wort wiſſenſchaftliche Arbeit zu leiſten. Und dies insbeſondere in den Zuſammenhängen zwiſchen dem Krieg als ſolchem und dem Seelenleben des einzelnen wie der Maſſe, und ſo ſtehen wir heute bereits vor einer Reihe von Arbeiten, die die Reaktion der Menſchen auf die kataſtrophalen Ereigniſſe der Gegenwart zum Ausgangspunkt der Erforſchung genommen haben.

Den Reigen beginnt Erich Everth mit einem kleinen, anſpruchsloſen, inhaltlich aber außerordentlich bedeutſamen Heftchen: „Von der Seele des Soldaten im Felde“[1]. In der pſychologiſchen Kriegsliteratur ſteht ſie nicht nur zeitlich, ſondern auch textlich an erſter Stelle, man muß ſie geleſen haben, will man ſich über die Pſyche des Soldaten ein Verſtändnis bilden. Der Verfaſſer verfügt über die für dieſe Unterſuchung erfor-

[1] Eugen Diederichs, Jena. Preis M. —.60.

Digitized by Google

derliche Schulung, er verfügt aber auch weiterhin über einen klaren, freien Blick und er schildert die Dinge nicht nur, wie er sie sieht, sondern wie sie sind, in ihren inneren Ursachen, ihrem Zustandekommen, ihren Folgeerscheinungen, exakt und fesselnd.

Anscheinend zwanglose Einzelbilder der mannigfachen Vorgänge des Kriegslebens, beginnend mit Abschied und Ausreise und endend mit der Nachbarschaft des Todes. Und doch ein inneres Band, das alle diese Einzelerlebnisse einer Gesamtidee unterordnet, den seelischen Motivationen und ihrem Gefühls- und Pflichtausdruck. Wir greifen einiges heraus, was den Gang der Untersuchung und der Erlebnisse — sie beruhen auf persönlichen Beobachtungen im Schützengraben, auf Miterleben also, und das ist ihr hoher Wert — andeuten soll, denn nur darauf kommt es bei der kurzen Erwähnung dieser und der folgenden Publikationen an. Als Grundpfeiler aller Kriegspsychologie bezeichnet Everth das stark aktive, tatkräftige und handelnde Wesen und die große Gemeinsamkeit. Die Tat ist das Bestimmende, sie dämmt oder erhebt die Gefühlsregungen je nach gewolltem oder auferlegtem Zweck, und sie verliert einen Teil ihrer Verantwortlichkeit durch das Tun der Masse, die den einzelnen mit fortreißt, ihn gleichzeitig aber auch deckt und schützt. Diese militärische Umwelt mit ihrer Kollektivseele begleitet den Soldaten durch alle Erlebnisse und Gefährnisse, sie bestimmt und erklärt sein Empfinden und Tun beim Verlassen der Heimat, in Reih und Glied, in der Zeit der Freiheit und Ruhe, im Kampf und gegenüber dem Tode. Die einzelnen Abschnitte führen den Leser an all diesen Daseinsstufen vorbei, wir blicken in das wilde, heroische Freiluftleben mit seiner Steigerung der körperlichen Widerstandsfähigkeit, in die dauernde Selbständigkeit des praktischen Handelns, die Freiheit verleiht und damit ein innerliches Verhältnis zum Ganzen, in den neuen Lebensstil, der eine schwankungsfreie Festigkeit, keine Begeisterung nach „Schema" erzeugt, in die Wandlungen des Wertbewußtseins, die das Gefühl der Todesfurcht einengen und aufheben, in die religiösen Stimmungen des einzelnen und der Masse. „Dinge, die wir alle empfunden und erlebt haben, ohne uns über den inneren Zusammenhang derselben klar zu werden", dieses Urteil eines seit Kriegsbeginn im Felde stehenden Soldaten möchte ich als Schlußwort der Besprechung des Everthschen Schriftchens anfügen.

Digitized by Google

„Unser Seelenleben im Kriege", psychologische Betrachtungen eines Nervenarztes, von Wilhelm Steckel[1], sie sind wie alle folgenden Besprechungen hinter der Front entstanden, ihr Verfasser schöpft seine Beobachtungen und Erlebnisse aus seiner ärztlichen Spitaltätigkeit. Damit verlieren sie von vornherein an Lebendigkeit der Darstellung und sind gezwungen, wenn sie nicht rein wissenschaftliche Untersuchungen sein sollen, skizzenhaft und feuilletonistisch zu werden. Zwar spricht ihr Verfasser unmittelbar zu uns, allein das, was er sagt, sind keine durch die Ereignisse hervorgerufenen Empfindungen, als vielmehr Reflexionen über diesen oder jenen Gedanken, Stimmungsbilder oder novellistische Fragmente. Hierin erschöpft sich auch das Steckelsche Buch. In den Eingangskapiteln schildert er den Seelenzustand der verschiedenen Phasen des Kriegsbeginnes, die von ihm geprägten mannigfachen Neurosen (den Verräter, die Gefangenenliebe, die Neurose der Macht usw.), dazwischen wirft er eine Reihe sozialer Probleme auf (Krieg und Frauenfrage, Bevölkerungsproblem u. a. m.), ohne in ihre Tiefe zu dringen. Sehr anfechtbare Gedanken treten dort zutage, wo er ernstere Themen berührt; er stellt unter anderem eine eigene Kriegsneurose und Kriegspsychose auf, die erst auf der jüngsten Tagung der deutschen Psychiater und Neurologen einstimmig abgelehnt wurde, in der Frage des Geburtenrückganges operiert er mit längst als hinfällig erkannten Momenten, in der Betrachtung von „Krieg und Kunst" verallgemeinert er Begriffe, die nur im einzelnen Gültigkeit haben. Wo der plaudernde Feuilletonist zu Worte kommt, wie in den Skizzen „Die Alten im Kriege", „Nachtdienst" und „Der Steckschuß", da bietet der Stoff Gelegenheit zu flüchtigem Genuß.

Auch die Broschüre von Prof. R. Sommer, „Krieg und Seelenleben"[2] schöpft nicht aus unmittelbaren Erlebnissen im Felde, allein sie findet ihren unbestreitbaren Wert in der methodisch durchgeführten psychologischen Analyse der verschiedensten Teile und Erscheinungen des Weltkrieges. Nach einer kurzen Schilderung des Wesens des Militarismus und der Scheidung des Stoffes in die seelischen Vorgänge bei den Truppen und bei den im bürgerlichen Leben Zurückgebliebenen werden die einzelnen Charakter- und Tateigenschaften militärischen Handelns in ihre

[1] Verlag: Otto Salle, Berlin. Preis Mk. 2.—.

[2] Verlag: Otto Nemnich, Leipzig. Preis Mk. 1.—.

Digitized by Google

Affekte und Impulse zerlegt und ihr Zustandekommen psychologisch zu erklären gesucht. Die allgemeinverständliche Form dieser Ausführungen ist auch textlich durch kleine Kapitel für sich innegehalten. Zahlreiche inhaltlich wiedergegebene Feldpostbriefe sollen das Aufgehen der Einzelperson in die Gesamtauffassung der Kriegsteilnehmer und damit die ungeheure Steigerung der Kräfte des Ganzen erläutern. In dem Abschnitt „Der geistige Zustand der Verwundeten und Ermüdeten" werden zusammenfassend die physiologisch veränderten Erscheinungen vor allem im Gebiet des Schlafes und der Träume geschildert. Der zweite Teil des Büchleins beschäftigt sich mit der Völkerpsychologie, dem Nationalcharakter aller im Kriege auf den Plan getretener Nationen. Diese knappen, scharf stilisierten Abrisse der nationalen Eigenschaften der Franzosen, Russen, Engländer und Italiener, ihres wirtschaftlichen und kulturellen Werdeganges bieten außerordentlich viel Anregung, kann man auch mit manchen Thesen- und Beweisgängen von Sommer sich nicht einverstanden erklären. Für die augenblicklich im Vordergrunde der politischen Diskussion stehende Frage unseres künftigen Verhältnisses zu England möchte ich die Schlußsätze des Verfassers anfügen: „Wir dürfen uns darüber nicht täuschen, daß es zwischen dem deutschen Geist und dem in den letzten Jahrhunderten zum Typus gewordenen englischen Charakter einen Ausgleich nicht geben kann. Falls wir diesen Krieg, wie wir bestimmt hoffen, gewinnen, so wird die größte Gefahr für das deutsche Volk darin bestehen, daß es verengländert, d. h. auf die gleichen Bahnen der wirtschaftlichen und politischen Überhebung kommt, die zu der Entartung des englischen Charakters geführt hat. Jedem Ansatz zu einer derartigen Umbildung des deutschen Charakters im englischen Sinne muß auf dem Boden der deutschen Kultur dringend entgegengetreten werden. Wenn wir unseren deutschen Grundcharakter bewahren wollen, so muß unsere Losung im geistigen wie bisher schon im wirtschaftlichen Leben sein: „Los von England". Der Schluß des Büchleins beschäftigt sich mit der Psychopatologie des Krieges, das heißt mit der Frage, ob und inwieweit Geisteskrankheiten und Nervenstörungen durch den Krieg verursacht werden können. Die Beantwortung derselben ist eine im großen und ganzen recht günstige, das Gesamturteil läßt sich dahin aussprechen, daß die psychische Widerstandsfähigkeit des deutschen Volkes sowohl der in militärischer

Digitized by Google

Verwendung stehenden, wie der Zivilbevölkerung sich unerwartet groß erweist, während die Psychiater im allgemeinen mit ängstlicher Spannung die Einwirkung des Krieges auf den geistigen Zustand verfolgt hatten.

„Gehirn und Krieg" betitelt Gerhardi[1] seinen Versuch, dem Krieg die Rolle als Entschleierer und Enthüller der innersten wahrsten Natur aller Dinge und Seelen, als Probierstein und Scheidewasser einzelner Menschen und ganzer Völker beizumessen. Eine psychoanalytische Studie, die in ihrer teilweise geistvollen Darstellung mannigfache Anregung bietet, aber auch stark zum Widerspruch reizt. Nach einer kurzen, aber recht belehrbaren Einführung in die Grundbegriffe der Psychologie sucht Gerhardi dem Verhältnis von Fühlen und Denken als den Wesensteilen bewußten Handelns im Gehirn der verschiedenen Völker nachzugehen und hieran ihre Stellung zum und im Kriege zu erklären. Hierbei gelangt er zur Charakterisierung des italienischen Gehirns als eines infantilen (Überwiegen des Gefühls über die Denktätigkeit), des französischen demselben ähnelnd, mithin auch auf einem kindhaften Standpunkt der Entwicklung stehen geblieben, beim russischen versagt diese analytische Sonde infolge mangelnder Kenntnis der seelischen Grundlagen. Für das englische Gehirn, dem der breiteste Raum der Abhandlung gewidmet ist, werden völkischer Hochmut und besonders stark ausgebildeter Erwerbs- und Handelstrieb als Grundeigenschaften, mithin ein Überwiegen des Denkens über des Fühlen, beigemessen; aus ihnen folgt die staunenswerte Einseitigkeit und Amoralität in Sachen der äußeren Politik. Zum Unterschiede davon zeigt das deutsche Gehirn eine Mischung von hohem Intellekt (also Verstandestätigkeit) mit sittlichem Empfinden und den daraus herzuleitenden Hemmungen gegen tierische Triebe. Aus dieser Harmonie entstammen einmal Manneszucht, Tapferkeit und Führungsgenie und weiterhin höchste Friedfertigkeit, aber zugleich auch höchste Kriegsfertigkeit. Soweit der Inhalt des Büchleins. So treffend auch nach mancher Richtung hin nationale Eigenschaften der einzelnen Völker in den Vordergrund gestellt und in eine gewisse Abhängigkeit von der Struktur ihres Gehirns, das heißt also von ihrem Fühlen und Denken, gebracht werden, auf so tönernen Füßen beruht die ganze Problemstellung. Wer

[1] Verlag: Hellmann, Glogau-Leipzig. Preis M. —.80.

Digitized by Google

den Krieg als eine gesetzmäßige Erscheinung des Völkerlebens ansieht, als Reinigungs- oder Regenerationsprozeß der Menschheit, der kann wenigstens theoretisch diese politisch-anthropologischen Merkmale, wie sie Gerhardi aufstellt, zur Richtschnur seiner Schlußfolgerungen nehmen. Aber auch sie werden keine Beweiskraft haben, da der Entwicklungsgang der Völker und damit ihre Lebensauffassung als Einzelindividuen wie als geschlossenes Ganze von unzähligen anderen Faktoren noch bestimmt wird als von der Bauart ihres Gehirns. Geographische Lage, Klima, Bodenbeschaffenheit, wirtschaftliche, soziale, religiöse Verhältnisse, Abhängigkeit von anderen Staatsgebieten, und wie die tatsächlichen Dinge noch alle heißen mögen, sie bestimmen vor allem Denken und Fühlen und mit ihrer Umgestaltung ändern sich auch Empfindungen, Wollen und Handeln. Wer dagegen kriegerische Verwicklungen unter Kulturvölkern als Rückfälle der Menschheitsentwicklung ansieht, die durch sie hervorgerufene Ausjätung als eine wahllose Vernichtung, für den wird der Krieg nie „der Enthüller der innersten wahrsten Natur aller Dinge und Seelen sein", ganz abgesehen davon, daß alle Wesensbegriffe des Krieges in ihrer Rückwirkung auf Individuum und Masse den normalen Ablauf seelischer Regungen und Vorstellungen gewaltsam ändern und teilweise verzerren. Und selbst wenn alle diese schwerwiegenden Einwände fortfielen, ist eine Untersuchung wie die von Gerhardi mitten im Ringen der Völker und unter dem steten, bewegenden Eindruck der Kriegswirren objektiv undurchführbar, wenn überhaupt gehört sie, wenn sie nicht einseitig und damit unwissenschaftlich werden soll, in die Zeitläufe nach dem Kriege. —

Der bekannte Münchener Neurologe Löwenfeld hat unter dem Titel „Mußte er kommen? Der Weltkrieg, seine Ursachen und Folgen im Lichte des Kausalitätsgesetzes"[1] seine Gedanken der Öffentlichkeit übergeben. Die uns allen wohl auf den Lippen liegende Frage sucht der Autor durch den Nachweis zu beantworten, daß das Kausalitätsgesetz, auf welchem alle Naturgeschehnisse notwendige Folgen bestimmter Ursachen sind, auch für die Entstehung, den Verlauf und die Folgen des Weltkrieges unbeschränkte Geltung besitzt. Der Krieg war mithin nicht nur für uns, sondern auch für unsere Gegner unvermeidbar. Es ist an

[1] Verlag: J. F. Bergmann, Wiesbaden. Preis Mk. 1.40.

Digitized by Google

sich eine außerordentliche schwierige Materie, die Löwenfeld anschneidet, katastrophale Geschehnisse mit ihren unübersehbaren Motiven und Gegenmotiven auf den Kausalzusammenhang mit vorausgegangenen psychischen Prozessen zurückzuführen. Und diese Schwierigkeit wächst dort, wo unter dem Einfluß des steten Erlebens, des Ablaufs der Ereignisse vor unseren Augen die Objektivität ermangelt, die allein entscheidend sein kann für einen derartigen Beweisgang. Auch dieses Problem kann seine Lösung erst finden in späteren Zeiten, in denen hoffentlich die Quellen der Erkenntnis über die veranlassenden Momente und Vorgänge, die zum Kriege führten, klarer fließen werden. Aber abgesehen von diesem, weniger die Berechtigung als die Beweiskraft eines derartigen Versuches in Frage stellenden Moment bietet die Löwenfeldsche Arbeit in ihrem logischen Aufbau, der gedrängten Zusammenfassung des weitschichtigen Materiales und der klaren Darstellung sehr viel Anregung und insbesondere in dem letzten Kapitel „Die Folgen des Weltkriegs und das Kausalitätsgesetz" mannigfache Ausblicke auf innerpolitische Zukunftsfragen. Von diesen ist insbesondere der Vorschlag der Gewährung von Erziehungsbeiträgen behufs Sicherstellung des Bevölkerungsstandes ernstester Prüfung wert.

Notizen

Krieg und Staatskunst. In einer der letzten Nummern der englischen Zeitschrift „Nation" steht zu lesen: Die Welt braucht nicht erst an all das Schlimme erinnert zu werden, das sie der Theorie schuldet, die in der Entwicklung des Menschen eine weitere Phase des Kampfes ums Dasein der Tiere entdeckte. Was der Materialist des 19. Jahrhunderts im Geiste sah, erblicken wir, die wir im 20. Jahrhundert christlicher Zeitrechnung leben, nicht nur in dem deutschen Militarismus. Die Lehre breitet sich aus und vergröbert sich, sie umfängt die Gedanken unserer Zeit und wendet ihre Politik und Wirtschaft auf die Endziele: Tod und moralische Reaktion. Der Krieg ist überall und er wird mehr und mehr als Endziel an sich angesehen. Für Mr. Lloyd George scheint er sogar den zweckvollen Charakter des Darwinschen Kampfes zu entbehren. Diese Tragödie unserer Zeit, die Europa in eine mit den Leichnamen unserer jungen Männer besäte Bühne verwandelt, zeigt sich ihm etwa im Lichte eines Hundewettkampfes. Unsere kämpfenden Soldaten sind für ihn, wie er einem amerikanischen Interviewer sagte, „Sport-Hunde", die die Tugenden ihrer Rasse besitzen. Wenn sie zu verlieren scheinen, „so bleiben sie, ohne zu winseln, bei der Sache" und „halten aus, ohne zu zucken". Selbst nachdem sie wieder in den Besitz ihrer Menschlichkeit gebracht sind, er-

Digitized by Google

scheinen sie in der Hauptsache als „gute Sportsmänner", die in die Arena kommen, um dem Ausfechten einer guten Sache „im besten Sinne" sportlichen Geistes beizuwohnen, wobei sie für sich selbst nicht mehr als eine „Sport-Chance" verlangen. In dieser Verfassung „spielen sie das Spiel", indem sie weder „ablassen", noch „winseln". Das Ende wählen sie selbst. Die Zuschauer haben keinerlei Rechte. „In diesem Stadium", sagte Mr. George, „kann es kein Eingreifen von außen geben; der Kampf muß bis zum Ende durchgeführt werden — bis zur definitiven Niederwerfung. Bis dies erreicht ist, kennt die britische Armee weder Tag noch Stunde", denn die Zeit, die Menschenleben vergeudet, ist „der geringste Lebensfaktor". Friede kann erst dann kommen, wenn er nach der Entscheidung des Siegers „die endgültige und vollkommene Beseitigung" der Ursache des Konfliktes mit sich bringt.

Es genügt wohl, wenn wir sagen, daß, wenn der Krieg in diesen dem Hundezwinger und der Preisringer-Arena entlehnten Ausdrücken wirklich und wahrhaftig beschrieben werden kann, wir niemals hätten in ihn eintreten sollen. Aber so schlimm der Krieg auch ist, schlimmer noch ist es, zu denken, daß diejenigen, die ihn führen, ihn unmenschlich führen. Ihr Wille hat mit dem Ursprung des Krieges nichts zu tun und wenig mit der Art, in der er geführt wird; ihr Intellekt gibt sich keine Rechenschaft mit philosophischen Erwägungen und Bestrebungen. Sie werden der Sache sehr bald überdrüssig, so sehr, daß wir uns sehr gut vorstellen können, daß bei einer heimlich vorgenommenen Abstimmung unter den an den Schlachtfeldern festgehaltenen Deutschen und unter unseren eigenen Leuten sie für ein Ende am morgigen Tage stimmen würden. Wir zweifeln nicht daran, daß unsere Leute weit mehr im Geiste von Sportsleuten, als von wütenden Hunden kämpfen. Nur daß sie keinerlei Einsatz im „Spiele" haben. Die Motive, die manche unter ihnen hatten, waren durchaus vornehmer Natur. Sie hatten, wie wir glauben, eine ziemlich bestimmte Vorstellung davon, daß sie sich zum Kampfe für Menschlichkeit und Freiheit anwerben ließen. Andere wieder glaubten, daß ihr Vaterland in Gefahr sei oder seine Ehre auf dem Spiele stehe, oder aber sie traten aus Freude am Kampf ins Heer ein. Was aber die Soldaten denken mögen, weder sie, noch die bürgerliche Gemeinschaft erblickt in Staatsmännern die bloßen Kriegsleiter. Der Soldat kämpft und leidet; der Staatsmann tut nichts dergleichen, es sei denn in seinem Gewissen. Vorausgesetzt, daß er eins hat ... Er stellt den Einfluß dar, der dem Gebrauch der Macht entgegenwirkt. Hat die Macht ihre Aufgabe erfüllt, so ist es seine Aufgabe, das normale Staatsleben wieder herzustellen. Es ist daher in keinem Sinne seine Sache, irgendwelche Empfindungen, selbst in seinem Widersacher, zu übersteigern, denn er weiß, daß die vom Feinde genährte Leidenschaft oder Furcht den Krieg über den Punkt hinaus verlängern könnte, an dem den Rechten und Interessen seines Landes in vernünftiger Weise Genüge geschehen ist.

Aber es gibt noch andere menschliche Grenzen für den so weit ausgebreiteten Hader. Es sind Neutrale da, und Neutrale haben ihre Rechte. Beinahe alle haben

Digitized by Google

unter irgend etwas zu leiden; die Schwächsten am allerschlimmsten, denn ihre Neutralität und damit ihr nationales Dasein ist in Gefahr. Aber wenn die Gesellschaft der Nationen ebenso heftig erschüttert ist wie unsere eigene, so birgt die Stunde doch ein kleines Linderungsmittel: hinter den Leidenschaften der Kriegführenden und als ein Ausweg aus vollständiger Stockung gibt es etwas oder jemanden in Gestalt eines Vermittlers ... Vielleicht braucht man ihn nicht. Aber vielleicht braucht man ihn doch. Dann kann er der Welt den Dienst erweisen, dem Sieger all das zu geben, was er im wesentlichen braucht, dem Besiegten aber die Möglichkeit, seine Niederlage hinzunehmen, ohne die äußerste Demütigung einer formellen Übergabe an den Feind. Es ist dies eine wichtige Funktion, wenn die Gefühle dermaßen verbittert sind, daß die Kämpfer den riesigen Verheerungen, die der Krieg angerichtet hat, durch direkte Unterhandlungen keinen Einhalt tun können ...

Es gibt noch eine weitere Grenze für Mr. Georges Recht, das Land für einen Krieg von nie endender Länge zu engagieren. Wir befinden uns in einem Bündnis. Als Mitglieder einer Allianz haben wir nach dem Gesetze der Natur, weniger als unsere Genossen durch den Verlust an Blut, sowie durch grausame Invasion zu leiden. Es ist daher nicht unsere Sache, zu sagen, daß wir bis zum „Niederbruch" kämpfen wollen, d. h. bis zum Punkte einer vollständigen Unterjochung, wie sie selbst Ludwig XIV. oder Napoleon niemals im Kampfe mit ihren größeren Widersachern erreicht haben. Es ist nicht leicht, einen so roh gefügten Gedankengang wie den von Mr. George auf das Maß der Gedanken zurückzuführen. Es sind jedoch abgrenzbare Ziele vorhanden, auf die er hätte sein Augenmerk und seine Fähigkeit, die Dinge zu fixieren, richten können. Es sind entweder diskutierbare Ziele oder sie können ohne einen Krieg bis zum „Niederbruch" erreicht werden. Freilich geben sie den Leidenschaften und den deutschen Kriegstreibern keine Nahrung. Diese Nahrung liefert aber Lloyd Georges Phrasenschwall. Daraufhin kann der Krieg weiter ins Ungemessene wachsen, lange nachdem seine materiellen nnd intellektuellen Ziele bereits erreicht sind. Aus reinem Mangel an Intelligenz und Gewissen bei den europäischen Staatsmännern werden wir vielleicht den Frieden verlangen, aber nicht bekommen. Wir mögen ihn durch einen unsagbaren Aufwand an Mühe und Blutvergießen verdient haben und ihn dennoch aus bloßem Stolz und falscher Einschätzung verscherzen.

Polen, Deutschland und Rußland. Das „Nowoje Wremja" schrieb neuerdings zur polnischen Frage: Es wäre eine unaufrichtige Sentimentalität, wenn man behaupten wollte, daß die Polen die Russen als so nahe Brüder betrachten, daß sie von ihnen nur Liebes und Gutes erwarten. Nein, die Polen erwarten von den Russen gar keinen Altruismus. Indem sie für gewöhnlich jedem jede Freiheit verkünden, hielten es bei uns sogar die Progressisten für nötig, den Polen ihre Sprache und Literatur als eine niedrigere, als eine Übergangsstufe zur höheren russischen Sprache und Literatur, vorzuhalten. Auch forderten sie von den Polen, daß sie alle ihre Hoffnungen nicht auf die höchste Macht, sondern auf den Markt

Digitized by Google

der Duma und des Reichsrates setzen sollten. Die polnisch-russische Wahrheit lebt schon in Millionen polnischer und russischer Herzen, und nur die für beide Völker bösesste Macht kann sie von dort herausreißen. Und dennoch ist sie nur ein Wort, es fehlt ihr die Bekräftigung durch einen Staatsakt. Dieser Akt ist für die Polen notwendig.

Schwedens Handelspolitik wird von „Stockholms Dagblad" folgendermaßen umrissen: Unsere Handelspolitik muß im Kriege darauf aufgebaut werden, daß wir sowohl England als Deutschland brauchen. Auch die Handelspolitik muß neutral sein, und Schweden hat ebenso eifrig für den Eisenexport nach Deutschland wie für den Holzwarenexport nach England gekämpft. Dieser Kampf bedeutet zugleich einen Kampf für unsere Selbständigkeit.

Die gelbe Gefahr. Dem „Nowoje Wremja" wird es um die Geister bange, die Rußland beschworen hat. Es sagt: Der Arbeitermangel und die Teuerung der Arbeitskräfte hat unsere privaten und staatlichen Industrieunternehmungen gezwungen, sich aus dem fernen Osten Arbeiter kommen zu lassen. Hunderttausende von Chinesen befinden sich schon in Rußland. In der Mandschurei und von Peking bis Tiansing werden neue Arbeitermassen angeworben. Der gelbe Strom fließt, sich beständig vertiefend und erweiternd, zum Ural, und es ist nicht schwer vorauszusagen, daß er in Zukunft ohne künstliche Hindernisse immer reißender werden wird. Die Übersiedlung der Gelben findet auf allerbreitester Grundlage statt, wobei alle die Kräfte und Mittel in Anspruch genommen werden, die früher mit der Ansiedlung von russischen Bauern im fernen Osten beschäftigt waren. Von Tschiljabinsk bis Charbin zieht sich ein fertiger, ausgezeichnet für die Übersiedlung ausgerüsteter Kanal hin. Auf diesen Wegen der russischen Kolonisation bewegt sich jetzt der gelbe Strom, nur in umgekehrter Richtung. Das Eindringen der chinesischen Kulis ist für die arbeitenden Massen verhängnisvoll, weil es überall die Arbeit bis aufs äußerste verbilligt, unter welchen Bedingungen die Arbeiter anderer Nationalitäten nicht existieren können. Sehr gefährlich ist auch der Zustrom der Gelben in hygienischer Hinsicht. Im Gouvernement Archangelsk sind unter den dort arbeitenden Chinesen schon verschiedene ansteckende Krankheiten ausgebrochen. Selbst in der Umgebung von Petersburg, in Nowaja Derewnja, hat sich ein chinesisches Viertel gebildet, ein für die Hauptstadt gefährlicher Herd für ansteckende Epidemien. Es wäre in unserem Interesse, diesen chinesischen Zustrom nicht nur vom wirtschaftlichen Standpunkt zu betrachten, sondern auch in allen seinen möglichen Folgen zu übersehen und zu regulieren.

Die Ernährung in Belgien. Der Korrespondent der „Gotenburger Handelszeitung" schreibt aus Berlin in einem Feuilleton: „Belgische Studien". Bevor ich Belgien besuchte, war ich der Auffassung, daß das belgische Volk hungert. Jetzt scheint mir aber, daß „das wohlgenährte Belgien" ein geeigneterer Titel sei als „das hungernde Belgien", wie sich das Buch eines angesehenen schwedischen Sozialpolitikers benennt. Die Verhältnisse in Belgien scheinen günstiger als in verschiedenen anderen kriegführenden Ländern.

Digitized by Google

Zur parlamentarischen Kontrolle unserer auswärtigen Politik. Im Hauptausschuß des Reichstages haben die liberalen Anträge auf Stärkung der parlamentarischen Kontrolle in den Fragen der auswärtigen Politik durch die Annahme des Zentrumsantrages ein Begräbnis erster Klasse gefunden. Man mag über Wesen und Bedeutung des Parlamentarismus, sowie über die Notwendigkeit seiner Stärkung denken wie man will: was hier gefordert wird, ist in wesentlichen Punkten praktisch undurchführbar und deshalb verfehlt; daß diese Forderung jedoch aufgestellt werden konnte, beweist, wie wenig auch die führenden Männer unserer großen Parteien vom Geschäftsgang des Auswärtigen Amts, ja von der Führung diplomatischer Verhandlungen wissen. Nur einen Punkt aus den Beratungen möchte ich herausgreifen und daran erweisen, daß die Verhältnisse wirklich nicht so einfach liegen, wie der Laie sie sich vorzustellen geneigt ist.

In der Begründung des nationalliberalen Antrages heißt es („Kölnische Zeitung" Nr. 1032): „Wenn der Reichskanzler die Zustimmung des Reichstages zu seiner Politik wünsche, so müßten auch dem Reichstag die Unterlagen für eine Beurteilung, z. B. Berichte der Gesandten, zugänglich gemacht werden." Das scheint eine nicht mißverständliche, leicht zu erfüllende Forderung zu sein, und wenn die Tätigkeiten der Gesandten sich lediglich in der Abfassung und Versendung mit laufender Nummer versehener Berichte an seine vorgesetzte Behörde erschöpfte, so wäre die Forderung einer parlamentarischen Kontrolle durch vertrauliche Mitteilung dieser Berichte an eigens bestimmte Abgeordnete leicht zu erfüllen. Allerdings der Zweck der neuen Einrichtung wäre damit nicht erreicht. Denn jeder, welcher diplomatische Verhandlungen aus den Akten heraus studiert hat, weiß, daß diese laufenden Berichte, mögen sie auch als geheim und vertraulich oder wie nur immer bezeichnet werden, das Wesentliche nicht enthalten und nicht enthalten können, da sie bei dem üblichen Geschäftsbetrieb durch zu viele Hände gehen. Was irgendwie vertraulicher Natur ist, wird dem privaten Briefwechsel zwischen Gesandten und Minister vorbehalten — Bismarcks Briefe an Schleinitz aus Petersburg sind ein klassisches Beispiel für diese Art der Berichterstattung —, und daß es auch in Staaten mit verantwortlichen Ministerien eine noch vertraulichere Berichterstattung zwischen Gesandten und Souverän gibt über den Kopf des Ministers hinweg und oft, weil gegen dessen Politik gerichtet, ohne des Ministers Vorwissen, ist allen Kennern des Kapitels über Graf Arnim in Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen" eine längst bekannte Tatsache. Würde also wirklich der erhoffte Zweck erreicht werden, wenn die rein amtlichen, in vielen Fällen von Anfang an zur weiteren Mitteilung an verbündete oder befreundete Regierungen bestimmten Berichte den betreffenden Abgeordneten zur Kenntnisnahme vorgelegt würden, während die wichtige Privatberichterstattung, der eigentliche Schlüssel der Verhandlungen, ihnen notwendigerweise vorenthalten bleiben müßte?

Jedoch selbst wenn man sich aus der Mitteilung jener amtlichen Berichte einen

Digitized by Google

praktischen Erfolg verspricht, so erhebt sich die Frage: Was soll bekanntgegeben werden? Zu scheiden wäre hier doch zwischen großen und kleinen, besonders aber zwischen verbündeten und nicht verbündeten Mächten. Daß abgesehen von sämtlichen europäischen Staaten hier nur die Großmächte in Betracht kommen können, ist selbstverständlich, aber auch hier dürfte es bei den meisten Abgeordneten an den nötigen Vorkenntnissen fehlen zu sachverständiger und kritischer Würdigung dieser Berichte; die Bemerkung eines Vertreters der konservativen Partei war deshalb durchaus berechtigt, daß hier der weniger Tüchtige dem Tüchtigen ins Handwerk pfuscht. Diesem Übelstand soll freilich abgeholfen werden durch Ernennung von Referenten für einzelne Länder, die sich nach und nach in ihr Gebiet einarbeiten können: als ob die so vielfältig verschlungene internationale auswärtige Politik sich einfach nach Ständen oder auch Mächtegruppen schematisieren ließe!

Wichtiger ist noch die Frage der Geheimhaltung: selbst wenn man das Pflichtbewußtsein und die Verschwiegenheit der Abgeordneten noch so hoch einschätzt, der außerhalb der Persönlichkeit liegenden Hemmungen sind zu wenige, der Verlockungen sind zu viele, um ihnen rückhaltlose Offenheit entgegen bringen zu können. Der Beamte verliert sein Amt, wenn er durch Ausplaudern wichtiger Dienstgeheimnisse das Staatsinteresse gefährdet; daß die Partei einen bewährten Abgeordneten mit erprobtem Einfluß auf die Massen von einer Wiederwahl aus solchem Grunde ausschließen würde, ist kaum anzunehmen.

Es wäre deshalb ein kühnes Unterfangen, die vertraulichen Beziehungen zu fremden Staaten vor unverantwortlichen Abgeordneten offen aufzudecken. Daß auch zwischen verbündeten Mächten Meinungsverschiedenheiten immer wieder auftauchen, ist unvermeidlich; schädigend wirken sie meistens aber erst, wenn sie aus ihrer gewissermaßen amtlichen Sphäre herausgehoben werden; und wenn wir auch nach dem Weltkriege den Versicherungen über den Stand unserer Beziehungen zu nicht verbündeten Staaten mit stärkerem Mißtrauen als bisher begegnen werden, so wird unsere Diplomatie doch auch fernerhin sorgfältig bemüht sein müssen, solange sie nicht durch schwerstes Geschütz wirken muß, eine kritische Lage nicht vorzeitig bekannt zu geben.

Lebten wir in einer idealen Welt, so wäre der Vorschlag der Parteien durchaus annehmbar, aber dann brauchten wir auch keine Diplomaten, die Berichte schreiben, und keine Parlamentarier, welche den Inhalt dieser Berichte kontrollieren wollen. Da dies aber nicht der Fall ist, da eine Verhandlung sich nicht als etwas von Anfang an Fertiges, sondern als etwas nach und nach Werdendes darstellt, dessen Vollendung von dem oft geheimnisvollen langsamen Wirken vieler Faktoren abhängig ist, so bedeutet ein plötzliches willkürliches Dreinreden nicht Beteiligter etwas Erzwungens. Nach Bismarcks Ausspruch ist „Politik die Kunst des Möglichen": es hieße den Begriff der Kunst aus der Politik ausschalten, wollte man die letzte Entscheidung über wichtige Entschlüsse von außerhalb der Dinge stehenden und deshalb unsachlichen Faktoren abhängig machen.

Digitized by Google

Wenn die parlamentarische Kontrolle durch Mitteilung von Gesandtenberichten wirklich später doch noch erzwungen würde, so wäre das praktische Ergebnis lediglich eine Mehrbelastung unserer Diplomaten: wie in England schon längst besondere Berichte eigens für die am Parlament vorzulegenden Blaubücher verfaßt werden, so würden auch unsere Vertreter an den fremden Höfen angewiesen werden, ihre amtliche Berichterstattung mit Rücksicht auf eine spätere Bekanntgabe an Abgeordnete abzufassen. Die Berichterstattung brauchte deshalb nicht unwahr zu sein, aber die volle Wahrheit enthielte sie nicht, und dadurch liefe sie am letzten Ende nicht auf eine Belehrung, sondern auf eine Irreführung der Abgeordneten hinaus. Prof. Dr. Adolf Hasenclever, Halle a. S.

Neuerscheinungen

Die Fremdvölker in Rußland (nach der Volkszählung von 1897 stehen 56 Millionen Großrussen 75 Millionen Fremdstämmige gegenüber) werden von Sachkennern in einem Buche geschildert, das, unsachlich und irreführend, den Titel „Koloß auf tönernen Füßen" führt (Finnland von Rudolf Eucken, die baltischen Provinzen von Prof. Haller-Tübingen, Littauer und Weißrussen vom Herausgeber Arel Ripke, die politischen Parteien in Russisch-Polen von Leon Wasilewski, die Ukrainer von Lewicky, der Kaukasus von Adolf Dirr und die mohammedanischen Turko-Tataren von A. Olga Jussuf [J. F. Lehmanns Verlag, München]).

Wenn sie siegten. Von Wilhelm Schmidtbonn (Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart, Preis M. 0.40).

Zusammenstellung von Forderungen und Aussprüchen der leitenden Blätter und Personen der feindlichen Mächte.

In England interniert. Ein Deutscher, der bis Frühjahr 1916 in englischen Konzentrationslagern gewesen ist, schildert seine Erlebnisse in einer kleinen Schrift (J. A. Perthes, Gotha). Sie gibt ein umfassendes, anschauliches Bild von dem Leben der Internierten in den mannigfachen Wandlungen vermittelt, die es durch die eigene Organisation der Gefangenen und durch das Eingreifen der deutschen Regierung durchgemacht hat. Hübsche kleine Bilder vertiefen den Eindruck des Wortes.

Unsere Feinde werden in Charakterköpfen aus deutschen Kriegs-Gefangenlagern aus eigenen Aufnahmen des Prof. O. Stiehl in einem kleinen Bändchen gezeigt, das Julius Hofmann in Stuttgart herausgibt. Man sieht aus dieser reichhaltigen ethnographischen Sammlung, wie sehr das Wort „Weltkrieg" zu Recht besteht.

Die Wiederkehr des Gleichen. Der Krieg hat unseren Blick für die Erscheinungen der Vergangenheit geschärft, die in ihrem Wesen und Verlauf denen gleichartig sind, denen wir heute gegenüber stehen. Das beweist zuletzt Engelbert Drerup, Professor der Philologie in Würzburg, mit einem Buch, in dem er Demosthenes und seine Zeit aus den politischen Tendenzen der Gegenwart zu begreifen und zu verstehen unternimmt. (Das Buch ist erschienen unter dem

Digitized by Google

Titel: Aus einer alten Advokatenrepublik, als „Auch ein Kriegsbuch" bei Ferdinand Schöningh, Paderborn.) Das Buch leuchtet in das Parteigetriebe der demosthenischen Zeit in Athen, wo weltgeschichtliche Ideen und kleinbürgerliche Parteilichkeit um die Herrschaft rangen. Es versucht dabei die Überschätzung des Demosthenes als Parteiführer zu beseitigen. „Daß die Persönlichkeit des Demosthenes, jenes Helden der klingenden Phrase und der pathetischen Geste, in ein immer weniger sympathisches Licht getreten ist, war nur die notwendige Folge einer rein realistischen, an den politischen Erfahrungen des Weltkrieges geschulten Betrachtungsweise, die die verhängnisvollen Tendenzen und die skrupellosen Methoden der Advokatenpolitiker vom Schlage eines Asquith und Lloyd George, eines Poincaré und Briand, eines Venizelos und Take Jonescu zu würdigen gelernt hat — von dem klassischen Lande des Treubruchs ganz zu schweigen." „Den eigensüchtigen Patriotismus irgendeines dieser Männer, wie den des Demosthenes und seiner Genossen anzuzweifeln, liegt ebensowenig ein zwingender Grund vor, wie man die eigentlichen Wortführer der makedonischen Partei in Athen, einen Aischines vor allem, mit Grund des Vaterlandsverrats bezichtigen kann. Selbst die Käuflichkeit mancher Politiker in Athen und anderswo schließt nicht unbedingt eine „patriotische" Gesinnung aus. Nur darf man nicht den deutschen Begriff politischer Rechtschaffenheit in eine Advokatenrepublik hineintragen wollen, wo die führenden Politiker, ohne vom Staate bezahlt zu sein, doch vom Staate zu leben pflegen. Auch Demosthenes, der in seinen späteren Jahren nacheinander als bezahlter persischer Agent, als bezahlter politischer „Geschäftemacher", als „Anleihe"-Empfänger des Harpalos auftritt, ist in diesem Punkte ein Kind seiner Zeit gewesen: dabei ein Mann der fanatischen Hingabe an eine politische Doktrin, die in der unbedingten „Freiheit" der Vaterstadt und ihres Advokatenregiments gipfelte, die aber auch ein Paktieren mit König Philipp, mit dem Perserkönig, mit dem großen Alexander gestattete, ohne durch die blasse Theorie von der Heiligkeit beschworener Verträge bedrückt zu sein." Drerup glaubt auf diese Weise der deutschen Schule der neuen Zeit als erstes Opfer die Geschichtslüge Demosthenes' bringen zu müssen. „Denn die formale Kunst des Redners wiegt an pädagogischem Wert nicht den Unwert seiner ganzen Sinnes- und Denkart auf, die in ihrem egoistischen Chauvinismus und skrupellosen Parteifanatismus, ihrer einträglichen Vielgeschäftigkeit und politischen Unzuverlässigkeit, ihrer rabulistischen Unwahrhaftigkeit und maßlosen Schmähsucht für die deutsche Jugend nichts weniger als ein leuchtendes Beispiel ist." Es ist lobenswert, wenn unter den Erfahrungen des Krieges auch die alte Geschichte ihre Erkenntnisse neu sichtet und wertet. Trotzdem scheint es verfrüht, aus der von Leidenschaft nicht freien Stimmung unserer Zeit neue Rückschlüsse auf die Vergangenheit zu ziehen. Was dem Politiker möglich sein sollte, ohne Leidenschaft und Voreingenommenheit seiner Zeit gegenüber zu stehen, das müßte noch mehr für die Geschichte gelten, sonst wird der Geist der Geschichte gar zu sehr der Herren eigner Geist.

Digitized by Google

Literatur

Die Entwicklung der Bagdadbahnpolitik. Von Dr. C. A. Schaefer. 17. Heft der deutschen Orientbücherei. Verlag Gustav Kiepenheuer, Weimar. Mit einer farbigen Karte der Bagdadbahn. M. 2—.

Trotz ihrer noch vorhandenen Lücken hat sich die Bagdadbahn in diesem Krieg als ein kaum zu überschätzendes deutsch-türkisches Kriegswerkzeug gegen England erwiesen. Das deutsche Interesse an diesem Unternehmen, das einen Georg v. Siemens unsterblich machen wird, ist im Gegensatz zu ehemaliger Verständnislosigkeit wohl für immer volkstümlich geworden; und so darf Schaefers Darstellung der Geschichte der Bagdadbahn in Form einer übersichtlichen Zeittafel gewiß als außerordentlich zeitgemäß betrachtet werden. Das ausgezeichnete Büchlein erschöpft sich aber nicht in einer Abhandlung über die Bagdadbahngeschichte; sein Titel läßt Größeres ahnen, und der zweite Teil der Schrift erfüllt unter der bescheidenen Überschrift „Randbemerkungen" mehr als dieser Titel verspricht. Er führt als Hintergrund des Werdens und des Wandels der Bagdadbahnidee die ganze hohe Politik des vergangenen europäischen Jahrhunderts herauf, als deren kritischer Schauplatz der nahe Osten zu gelten hat, und wirft darüber hinaus kühne Schlaglichter auf Gegenwart und Zukunft des zwanzigsten Jahrhunderts. Die Türkei ist der Angel- und Brennpunkt des diplomatischen Spiels der drei Großmächte Deutschland, England und Rußland — keines Spiels freilich, sondern eines Kampfes um letzte Fragen der Weltgeltung und Weltmacht; und Schäfer hat außer einem trefflichen Rüstzeug von geschichtlichem Wissen und Verstehn, das ihm zu Gebote steht, die nicht ganz alltägliche Gabe, die einzelnen entscheidenden Stellungen dieses Kampfes in Form von knappen und oft überraschend scharf zugespitzten Sätzen außerordentlich packend darzustellen. Besonders klar herausgearbeitet wird von dem Verfasser die Beziehung der englischen Türkenpolitik zu dessen immer dahinter als treibende Kraft stehenden Indienpolitik, die unlösbare Verknüpfung des „nahen" und des „mittleren" Ostens in dessen diplomatischer Berechnung. Von dem Tage der politischen Preisgabe Konstantinopels durch England an Rußland rechnet Schäfer „die neue weltgeschichtliche Epoche, in der die neue große Frage die europäische Politik beherrscht: soll Konstantinopel türkisch oder Indien englisch bleiben?" „Bei der Entscheidung dieser, Europa das politische Gesicht gebenden Frage stehen Deutschland, England und Rußland in einem „dreieckigen Verhältnis" zueinander: im Kampf um Konstantinopel bildet Deutschland, im Kampf um Indien bildet England die Dreieckspitze, die den beiden anderen gegenübersteht." Die erste Hälfte der Frage erklärt Schäfer durch den Gang des jetzigen Krieges für beantwortet. Damit ist die Zukunft der deutschen Bagdadbahnpolitik gesichert, aber auch die Gefährdung Indiens durch Rußland in Zukunft von neuem gegeben; denn immer, wenn es von Konstantinopel abgewiesen worden war, ist dieses bisher zu einem Anlauf auf Indien zurückgekehrt. „Rußland hat im fernen Osten Japan als den Stärkeren erkannt, jetzt muß es im nahen Osten Deutschland als den Stärkeren anerkennen; wird es im mittleren Osten auch England als den Stärkeren anerkennen?" E. Sch.

Nachdruck aus dem Inhalt unter genauer Quellenangabe gestattet.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 10, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Weimar. Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

1. Jahrgang * 10. November 1916 * Heft 46

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Eine persönliche Antwort

Von Dr. Paul Rohrbach

Seit dem Beginn des Krieges haben sich unsere Gegner und gelegentlich auch einige unter den Neutralen wiederholt mit meiner bescheidenen Person und meinen schriftstellerisch-politischen Arbeiten beschäftigt. Ich würde hieraus sicher keine Veranlassung entnehmen, die Leser der „Deutschen Politik" mit diesem Gegenstand zu behelligen — wenn nicht unsere Zeitschrift als solche in wachsendem Maße vom Auslande beachtet würde. Uns, d. h. den Herausgebern und der Redaktion, liegt eine ganze Reihe von Zeugnissen dafür vor, daß man die „Deutsche Politik" in der gegnerischen und in der neutralen Presse verfolgt, und daß nicht weniges von dem, was wir bringen, jenseits der Grenzen Aufmerksamkeit findet, wiedergegeben und kommentiert wird. Aus diesem Grunde möchte ich hier das Wort ergreifen, um auf Kritiken an mir, die um ihres sachlichen Inhalts willen vielleicht auch unsere Leser interessieren, zu antworten.

Ich wende mich zuerst einer russischen Stimme zu. Die angesehene Zeitschrift „Russkaja Myssl" bespricht im Augustheft dieses Jahres mein Buch „Rußland und wir", das 1915 im Verlage von Engelhorns Nachfolger in Stuttgart erschienen ist. Eingangs wird festgestellt: „Rohrbach ist wirklich mit den russischen Dingen sehr gut vertraut. Nicht nur in Deutschland, sondern auch in Rußland lenkten z. B. seine Kritik der Finanzpolitik Wittes und seine Monographie über Rußland in Mittelasien die Aufmerksamkeit auf sich. Zu gleicher Zeit steht Rohrbach, wie bekannt (!) den regierenden Kreisen Deutschlands und den Ideen, die in ihnen herrschen, sehr nahe. Alles dieses zusammen gibt seiner im vergangenen

Digitized by Google

Jahre veröffentlichten Broschüre „Rußland und wir" eine große Bedeutung."

Es folgt eine eingehende und objektiv gehaltene Wiedergabe des Inhalts meiner Arbeit, wofür ich als Probe den hier folgenden Abschnitt über die Bedeutung der ukrainischen Frage für Rußland zitieren möchte. Was ich darüber in „Rußland und wir" gesagt habe, faßt die „Russkaja Myssl" folgendermaßen zusammen:

„Das Gebiet des gegenwärtigen russischen Staates hat sich auf dreifache Art gebildet: erstens aus dem früheren Moskauer Zartum und seinen asiatischen Besitzungen; zweitens aus jenem Gebiet, auf welchem sich das russische Volk ursprünglich entwickelt hat, und das jetzt die Benennung Ukraina führt, die sich südlich und südwestlich von Moskau erstreckt; drittens aus den in neuerer Zeit erworbenen Gebieten — Finnland, Livland, Polen, Beßarabien, Kaukasus und Turkestan.

Infolge seiner Vereinigung mit der Ukraina gewann der Moskauer Staat jene Macht, ohne welche ihm seine gewaltige kriegerische Ausbreitung unmöglich gewesen wäre, die unmittelbar nach dieser Vereinigung einsetzte. Nur dank dieser Vereinigung ist es dem russischen, moskowitisch-ukrainischen Staate gelungen, den breiten Streifen westeuropäischen Kulturgebietes von Skandinavien fast bis zum Schwarzen Meer sich zu unterwerfen, sowie den Kaukasus und Turkestan sich anzugliedern und dadurch sowohl bis an die Pforten Indiens zu gelangen, als auch im fernen Osten festen Fuß zu fassen.

Aber dieser Besitz der Ukraina und Westrußlands stößt Rußland mit unwiderstehlicher Kraft auf den Weg weiterer Eroberungen. Aus Befürchtungen, die ihm von der im österreichischen Galizien sich entwickelnden ukrainischen Bewegung eingeflößt werden, will es Galizien den Österreichern abnehmen. Im Interesse seiner gewaltigen Getreideerzeugung und seines immer mehr anwachsenden Handelsverkehrs mit ausländischen Staaten, der sich hauptsächlich auf die reichen Hilfsquellen der Ukraina gründet, strebt es den Besitz der türkischen Meerengen an, um über den Ausgang zum Meer zu herrschen. Zur Sicherung des Besitzes der Meerengen verlangt es nach der Herrschaft über den ganzen Balkan und Kleinasien. Da es aber auch für den Fall einer Eroberung der Meerengen immer noch keinen freien Ausgang zum absolut offenen Ozean hätte, beabsichtigt es auch noch den nördlichen Teil Skandinaviens sich anzugliedern. — Aus diesen Gründen fließt für Rohrbach die Notwendigkeit, die Ukraina von Rußland abzutrennen. Es ist wahr, sagt er, daß der ukrainischen separatistischen Bewegung eine gewisse Skepsis entgegengebracht wird, indem man von ihr als von einer Armee spreche, die zwar Feldherrn, aber keine Soldaten besitze. Rohrbach hält aber einen derartigen Skeptizismus für ungerechtfertigt. Es handelt sich gar nicht darum, ob die 30 bis 35 Millionen Ukrainer schon jetzt vom Bestreben durchdrungen sind, von Moskau abzufallen, sondern darum, daß man, wenn die Ukraina vom mosko-

Digitized by Google

witischen Rußland abgetrennt werden würde, die Entwickelung eines in nationaler, wirtschaftlicher und politischer Hinsicht selbständigen ukrainischen Volkes, wenn nicht sofort, so doch in einer nahen Zukunft erhoffen kann. Dieses ukrainische Volk würde sich immer mehr vom russischen Volke entfernen. Man muß auch im Auge behalten, daß im ukrainischen Gebiete die größten Eisen- und Kohlenreichtümer Rußlands konzentriert sind, daß auch der Kaukasus mit seinen Mineralschätzen und Naphtaquellen geographisch und politisch nicht zur Sphäre des moskowitischen, sondern des ukrainischen Staates gehören würde, daß sich in der Ukraina der größte Teil des russischen Schwarzerdegebietes befindet, daß dort der größte Teil des russischen Weizens produziert wird, und fast die gesamte Menge der Zuckerrüben und des Tabaks. Die Ukraina besitzt also alle Voraussetzungen, die für das Dasein eines selbständigen Staates notwendig sind.

Hiernach heißt es in der „Russkaja Myssl" weiter: „Wir haben diese Broschüre natürlich nicht deshalb wiedergegeben, um mit dem Autor derselben polemisieren, sondern deshalb, weil sie äußerst symptomatisch ist, besonders in Anbetracht der Bedeutung (!) der Persönlichkeit Rohrbachs für die Stimmung der deutschen imperialistischen Kreise. Erklären, daß Rußland notwendig einer solchen chirurgischen Operation unterzogen werden soll, die es annähernd auf den Umfang des Moskauschen Staates der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts zurückführen würde, und dieses Programm in dem Augenblick formulieren, wo Rußland im Bunde mit England, Frankreich und Italien kämpft, kann man nur, nachdem man die reale Vorstellung des Kräfteverhältnisses und der Hilfsquellen beider Koalationen völlig verloren hat. Und wenn Deutschland sich solche Aufgaben stellt, den Sinn des Krieges auf der östlichen Front in einer solchen Schwächung Rußlands erblickt, die nach der Ansicht Rohrbachs von den Interessen Deutschlands diktiert wird, so soll sich Deutschland nicht verwundern und sich darüber beklagen, daß auch in Rußland die Forderung laut wird, den Krieg bis zur völligen Erschöpfung Deutschlands zu führen, da die Aufgaben dieser Großmacht sich in einem unversöhnlichen Gegensatz zu der wirtschaftlichen und politischen Machtstellung Rußlands befinden."

Es wird mir also, wie man sieht, von einer angesehenen russischen Stelle eine gewisse Sachkunde in russischen Dingen zugeschrieben. Aus diesem Attest allein würde ich ja sicher noch keine Veranlassung entnehmen, den Lesern der „Deutschen Politik" den Artikel aus der „Russkaja Myssl" vorzuführen. Wohl aber möchte ich darauf hinweisen, daß

Digitized by Google

doch wohl auch meine Auffassung derjenigen Seite des russischen Problems, die ich wiederholt für die eigentlich grundlegende erklärt habe, sofern ich die „Russkaja Myssl" recht verstehe, mit unter ihr Generalurteil fällt, ich verstände etwas von Rußland. Die ukrainische Frage gehört zu denjenigen russischen Dingen, denen in Deutschland mit ausgesprochenem Mangel an Verständnis begegnet wird. Es scheint auch fast aussichtslos, zu hoffen, daß diesem Mangel im Laufe der nächsten Zukunft noch abgeholfen werden könnte. Dazu gehört mehr geschichtliche, politische und auch wirtschaftliche Vertrautheit mit den russischen Dingen, als bei uns vor dem Kriege vorhanden war. Man kann zwar im Laufe eines mehrjährigen Krieges ein Flugzeugwesen neu schaffen, eine neue Taktik ausbilden, zur Not sogar Versorgungsorganisationen neu einrichten, aber man kann nicht neue fundamentale politische Vorstellungen in so kurzer Zeit hervorrufen. Das ukrainische Thema wird sicher einmal auch für das Bewußtsein unserer öffentlichen politischen Meinung das wichtigste russische Thema sein, aber es wird, das fürchte ich, erst sein, wenn eine andere Generation als die heute bestimmende, Politik machen wird.

Das andere, das mir die „Ruskaja Myssl" bescheinigen zu sollen glaubt, ist die vermeintliche nahe Verwandtschaft meiner Ideen mit denen, die „in den regierenden Kreisen Deutschlands" herrschen sollen. Es tut mir leid, aber der Charakteristik als offiziöser Schriftsteller, die doch wohl in der Wendung der „Russkaja Myssl" enthalten sein soll, muß ich nachdrücklich widersprechen. Es kann nicht leicht einen vollkommeneren Irrtum geben, als die Annahme, daß von mir ausgesprochene Meinungen oder Gedanken in einem besonderen Zusammenhang mit der Auffassung amtlicher oder halbamtlicher Stellen ständen. Man kann es sicherlich nicht vermeiden, unter Umständen auch Dinge zu sagen, die sich möglicherweise mit offiziellen Anschauungen berühren, aber ich muß auf das entschiedenste feststellen, daß ich meine Meinungen, mögen sie nun richtig oder falsch sein, nur aus dem mir zugänglichen sachlichen Material abzuleiten pflege und keinerlei „Eingebungen" empfange. Die „Russkaja Myssl" ist auch im Irrtum, wenn sie meint, daß ich mit meinen Ideen über Rußland den regierenden Kreisen Deutschlands „sehr nahe" stände. Wie die „regierenden Kreise Deutschlands"

Digitized by Google

über Rußland und über meine Rußland betreffenden Schriften denken, weiß ich nicht. Sollten sie so denken wie ich, so würde mir das sowohl für Deutschland als auch für die regierenden Kreise erfreulich scheinen, aber ich möchte fast eher vermuten, daß, wenn nicht regierende, so doch der Regierung gegenüber nicht ohne Einfluß dastehende Kreise ganz und gar anders denken als ich. Für die Diskussion über Rußland fehlen, wie gesagt, bei dem größten Teil unserer in Betracht kommenden Faktoren mancherlei notwendige Voraussetzungen. Über Jahr und Tag, wenn man sich, wie nach diesem Kriege natürlich ist, bei uns mit Rußland gründlicher beschäftigt haben wird als bisher, werden auch diese Voraussetzungen vorliegen. Bis dahin bleibt denen, die ein etwas eingehenderes Wissen von Rußland haben, nichts übrig als, wenn sie schon keinen Einfluß ausüben können, wenigstens ihr Gewissen zu salvieren und auszusprechen, wozu sie sich nach ihrer unmaßgeblichen Kenntnis verpflichtet fühlen.

Die „Russkaja Myssl" nennt mich einen Imperialisten, und ich bin bereit, diese Bezeichnung anzunehmen. Sie nennt mich, wie ich mit Dank bemerke, nicht gleich der „Nowoje Wremja", der „Rjetsch" und anderen ihrer russischen Kolleginnen, einen Pangermanisten. Unter dieser Bezeichnung werde ich zu meinem Bedauern sonst in der Regel durch die ausländische Presse geschleppt und an den Marterpfahl gestellt. Der „Temps" z. B. gab Anfangs dieses Jahres sehr ausführlich den Artikel wieder, den ich in der „Deutschen Politik" über die mitteleuropäisch-orientalische Genossenschaft und ihre Notwendigkeit gegen die Übermacht der drei Weltvölker, der Russen, Engländer und Amerikaner, geschrieben habe. Natürlich heißt es gleich zu Anfang:

„L'un des principaux chefs du pangermanisme, le docteur Paul Rohrbach vient de publier dans une revue allemande, (die „Deutsche Politik" wird freundlicher Weise nicht genannt), une étude très curieuse sur les buts poursuivis par l'Allemagne en Orient." Also: Ein großer Häuptling der Alldeutschen, der Doktor Paul Rohrbach, hat in einer deutschen Zeitschrift einen sehr merkwürdigen Artikel über Deutschlands Ziele im Orient geschrieben.

Auch „Temps" und Genossen verfehlen nicht, bei anderer Gelegenheit mich, außer als „Pangermaniste", auch noch, um den gefährlichen Eindruck auf ihre Leser zu erhöhen, als Mann der Regierung darzustellen. Ich kann dagegen nichts tun, als ihnen dasselbe antworten, wie der „Russkaja Myssl", wenn ich auch fürchte, daß sie darum auf den Popanz, den sie nun einmal brauchen, nicht verzichten werden.

Digitized by Google

Um so angenehmer überrascht war ich in dieser Beziehung in der letzten Nummer der englischen „Nation", der bekannten demokratischen Wochenschrift, eine Charakteristik meines kleinen Buches über den Deutschen Gedanken in der Welt zu finden, aus dem ich diejenigen Stellen, mit denen eine Auseinandersetzung notwendig ist, gleichfalls wiedergeben will. Es heißt:

Dr. Paul Rohrbach wird manchmal in der englischen Kampfliteratur als „Alldeutscher" angeführt. Das ist eine widersinnige falsche Benennung, aber sicher ist er ein begeisterter Imperialist, der an große Flotten und starke Heere glaubt, an ein großes Kolonialreich, eine hohe Geburtenziffer, die absoluten Ansprüche der Moral, die Religion Jesu von Nazareth und einige andere unvereinbare Dinge. Von Geburt ein Deutscher aus den russischen Ostseeprovinzen, und eine Zeitlang Missionar in der Türkei (!) schreibt er mit voller Kenntnis der östlichen Angelegenheiten, und in Afrika ist er auch gereist. Er selbst würde seine Stellung bezeichnen als die eines „idealistischen Imperialisten", und obwohl er mancherlei zu sagen hat über die wirtschaftlichen Gründe für eine Ausdehnungspolitik, so zieht er es doch vor, den Impuls zu betonen, der ein großes ziviliſiertes Volk treibt, seinen „Gedanken" in der Welt auszubreiten. Das schließt nicht notwendig, wie er hervorhebt, die Herrschaft ein, aber was es einschließt, das ist Expansion, wenn nicht durch wirkliche Kolonisation, dann doch durch Handel, Schulen und politischen Einfluß. Die Weltgeschichte dreht sich seiner Meinung nach zum großen Teil um drei weittragende außereuropäische Probleme: die Ziviliſierung der Neger, die Anpassung des Islam an die moderne Welt, und das Wiedererwachen der alten orientalischen Kulturen, besonders der chinesischen. Im ganzen schien die Lösung dieser drei Probleme zu Ende des vorigen Jahrhunderts in britischen Händen zu ruhen. Dr. Rohrbach zollt der Fähigkeit dieser Hände einen großmütigen Tribut, aber er hat den natürlichen und nicht unwürdigen Ehrgeiz, sich seiner eigenen bedienen zu wollen. Das Problem der Weltpolitik ist deshalb das: Ob das britische Weltreich für ein deutsches Weltreich neben sich Platz machen will! So etwa ist in Umrissen seine Gedankenführung, aber die reichliche Hälfte seines Buches besteht aus schneidender demokratischer Selbstkritik. Der britische Erfolg, das betont er, kommt hauptsächlich von Eigenschaften des Charakters, und der deutsche Erfolg könnte durch gewisse nationale Fehler beeinträchtigt oder zunichte gemacht werden."

Es ist richtig, daß ein großer Teil meines Büchleins den inneren Hemmungen gewidmet ist, die aus der geschichtlich gewordenen deutschen und namentlich neudeutschen Art sich gegenüber dem Ziel erheben, um das wir uns mühen: ein Weltvolk zu werden und uns als solches neben den Angelsachsen zu behaupten. Hierüber habe ich mich im „Deutschen Gedanken" deutlich genug ausgesprochen, aber ich glaube, ich bin auch darüber deut-

Digitized by Google

lich gewesen, daß ich ganz und gar nicht als Wortführer der demokratischen Idee gelten möchte. Das was ich für uns als Volk wünsche, ist durchaus nicht Demokratie, und wenn jemand, die im „Deutschen Gedanken" geübte Kritik eine demokratische Selbstkritik nennt, so hat er das was dort steht, entweder nicht verstanden oder er denkt sich etwas anderes unter Demokratie. Was aber die „Nation" sonst demokratisch nennt, ist doch eine fest bestimmte und wohlbekannte Sache: die Beherrschung der öffentlichen Angelegenheiten durch den sogenannten Volkswillen. Diese Beherrschung (wenn es eine Herrschaft im Wortsinn ist), ist aber ganz und gar vom Übel. Volkswille und Regierungsautorität sind zwei entgegengesetzte Pole des politischen Lebens; durch ihr Aufeinanderwirken entsteht ein Ausgleich, der nur dann gesund ist, wenn keine der beiden Kräfte imstande gewesen ist, die andere zu unterdrücken und auszuschalten. Eine rein demokratische sogenannte Selbstregierung des Volks führt zum Unheil, und gouvernementale Allmacht tut dasselbe. Hierüber möchte ich der „Nation" (und nicht minder von Herzen allen Lesern der „Deutschen Politik") das klassische Büchlein von Hans Delbrück „Regierung und Volkswille" empfehlen.

Die „Nation" erinnert sich auch im ferneren Verfolg ihres Artikels nicht, daß ich mich gegen die Anklage auf Demokratie verwahrt habe, denn sie schreibt weiter:

Bewahre uns der Himmel davor, diese Bekenntnisse mit Selbstgefälligkeit zu lesen! Auch bei uns gibt es zu viel Kastengeist, obwohl weniger als in Deutschland. Unsere „öffentlichen Schulen" entsprechen den deutschen studentischen „Korps", und die anglikanische Kirche ist weit davon entfernt, eine „Volkskirche" zu sein. Was unsere Erziehung angeht, so ist der Grund, warum wir zu wenig Spezialkenntnisse besitzen, nicht der, daß unsere oberen und mittleren Klassen als Ganzes dem Vorwurf „innerer Unbildung" nicht unterlägen. Aber wir ziehen in Frage, ob selbst Dr. Rohrbach, der ein so ehrlicher Denker ist, seine eigene Stellung ganz durchgedacht hat. Er beklagt sich über das Fehlen nationaler Einigkeit in Deutschland. Es leuchtet ein, daß es gerade dieser Mangel gewesen ist, der zur Errichtung des aristokratischen, bureaukratischen, militärischen preußischen Staates geführt hat. Wenn die innere Einigkeit mangelt, so muß eine äußere auferlegt und durch eine Maschinerie aufgebaut werden. Gerade die eine Tatsache, die in unserer Generation das Überleben dieses einschnürenden, hierarchischen Organisation veranlaßt hat, ist unseres Erachtens die Verfolgung imperialistischer Ziele — besonders im Elsaß und in Polen. Das Deutschland, das sich eine militärische Aufgabe gestellt hatte, war genötigt, in seinem täglichen sozialen

Digitized by Google

und politischen Leben die Organisation eines Heerlagers hinzunehmen. Radikale, wie Dr. Rohrbach und Dr. Naumann, die den Imperialismus unterstützen, aber dem Antidemokratischen gegenüber Einwände erheben, scheinen uns einen Gedanken halb zu verfolgen. Wir sehen wenig Schädliches oder Unvernünftiges in ihrem Wunsche nach Expansion, aber um Deutschlands willen muß die Ausdehnung auf anderen Werkzeugen beruhen als auf Flotten und Heeren. Solange sie sich dieser Technik bedient, bezweifeln wir ihre Fähigkeit, die preußische Tradition zu reformieren. Diese Tradition hat eine Absicht, und war dieser Absicht gut angepaßt — erst der Verteidigung, dann der Eroberung, aber immer der Verteidigung vermittels der Eroberung."

Hier sieht man trotz des noblen Tons und trotz allen Wohlwollens, die der englische Verfasser dem Gegner darzubieten sich bemüht, doch das große und so lange es besteht vollkommen trennende Hemmnis einer Verständigung zwischen der bloß demokratischen und der geschichtlich politischen Weltanschauung. Die „Nation" hat einen demokratischen Oberkollegen (wenigstens war er das einmal), den Herrn Lloyd George, der jetzt auch ganz furchtbar auf den deutschen Militarismus als auf das politische böse Prinzip schilt. Derselbe Lloyd George hat aber, wie unsere Zeitungen neulich hervorhoben, einige Jahre zuvor in einer öffentlichen Rede die Frage gestellt, was England tun würde, wenn es sich in einer ähnlichen, von starken und ehrgeizigen Nationen unmittelbar eingeschlossenen Lage befände, wie Deutschland, und er hat darauf die sehr verständige, jetzt leider von ihm vergessene Antwort gegeben: „Alsdann würde England sich genau so rüsten, wie Deutschland sich rüstet!" Mit andern Worten: der deutsche Militarismus als solcher ist nicht das Ergebnis einer falschen und sittlich verwerflichen politischen Willensrichtung, sondern er ist das Ergebnis unserer geographischen Zwangslage im Herzen Europas, die Deutschland, so lange es nicht politisch geeint und nicht militaristisch im Sinne Friedrichs des Großen, Moltkes und Hindenburgs war, zu dem Schauplatz gemacht hat, auf dem alle unsere Nachbarn ihre Kämpfe untereinander ausgetragen haben, und um die Stücke von unserem Leibe, die sie begehrten. Schweden und Dänen, Russen und Türken, Franzosen und Spanier haben in den Ruinen und sonstigen Kriegsdenkmälern, die sie auf deutschem Boden hinterlassen haben, genügend Zeugnis dafür abgelegt, was ohne Militarismus aus uns wurde, und sollte es die „Nation" vergessen haben, daß gerade England in dem Deutschland der vormilitaristischen Periode sich die

Digitized by Google

Truppen kaufen konnte, mit denen es Yankees und Kaffern und schließlich seinen größten Feind Napoleon I. bekämpfte?

Jedoch, ich will es diesem Feinde nicht vergessen, daß er mich zwar des Imperialismus geziehen hat, wogegen ich, wie gesagt, keinen Widerspruch erhebe, daß er aber einsichtig und ehrlich genug ist, um den notwendigen Unterschied zwischen imperialistisch und alldeutsch zu machen. Nicht ganz so kann ich mich bei dem holländischen Kritiker bedanken, der in dem deutschfeindlichen Wochenblatt „De Amsterdammer" in diesem Sommer mein „Weltpolitisches Wanderbuch" besprochen hat. Er betont zwar auch, ich sei in seinen Augen kein „Scharfmacher", aber er schreibt mir Behauptungen zu, wie die, daß nicht allein in allen Ländern der Welt eine besondere Kulturaufgabe auf uns warte, sondern daß wir als Deutsche auch allein geschickt seien, sie zu erfüllen; nur die Deutschen könnten höheres Leben über die ganze Erde bringen und nur Deutschland sei darum berechtigt, Weltpolitik zu treiben. Wenn schon Leute, wie ich, so dächten, dann könne man sich eine Vorstellung von der Geistesverfassung der „mindere goden, die altijd de meerderheid vormen" machen. Das ist keine objektive Kritik mehr. Das ist ein Beispiel, wie Politiker, die nun einmal eine Abneigung gegen Deutschland haben, Worte, die sie wohl begriffen haben können, ihrem Sinne nach so lange wenden und umdrehen, bis sie die gewünschte Anklage auf Pangermanismus herausbekommen. Dann ist man mit der freundlichsten Manier von der Welt moralisch totgeschlagen. Genau so, wie es in der „Action Nationale" vom „Deutschen Gedanken" gesagt wird, der Pangermanismus, der hier gepredigt werde, tue zwar mit der Idee schön, aber er stütze sich in Wirklichkeit doch auf die Gewalt. Das ist dann dasselbe Buch, von dem ein alldeutscher Kritiker schrieb, sein Verfasser sei wegen der moralischen Giftwirkung, die von ihm auf das nationale Empfinden ausgehe, ein schlimmerer Schädling, als jener Giftmischer Hofrichter, der seine Vorderleute im Avancement mit Arsenikpillen beseitigen wollte.

Endlich zum Schluß noch ein kleines Wort an einen wohlwollenden und trotzdem weder gegen den Verfasser noch gegen sein Volk bis zur wirklichen Gerechtigkeit durchdringenden dänischen Kritiker in der Zeitung „Politiken". Die Ungerechtigkeit hier finde ich sicher nicht darin, daß gesagt wird, meine Schriften seien zwar nützlich und interessant zu lesen,

Digitized by Google

aber ich verstände nicht gut zu schreiben und teilte dies Schicksal mit dem größten Teil der Schriftsteller des Deutschen Reichs. Das ist Geschmackssache, und man kann jemandem, der so etwas sagt, stets für die Schärfung des schriftstellerischen Gewissens danken. Die Ungerechtigkeit liegt aber da, wo er ein Wort von mir über die Gründung des englischen Weltreichs zitiert: es gebe nun einmal keine große Idee, die ohne Unvollkommenheit und ohne Gewalt verwirklicht werden könne — und dann fortfährt: „Und die Deutschen wollen jetzt ihre große Idee zu verwirklichen suchen, sicher auch nicht ohne Unvollkommenheit, und durch Gewalt!" Darin liegt wieder die stets von neuem zurückkehrende, den Ursprung dieses Krieges und alle Bemühungen, ihn darzustellen, mißverstehende Auffassung: Deutschland hat doch diesen Krieg hervorgerufen und hat ihn gewollt, weil es seine große Idee, den Pangermanismus, zu verwirklichen gedachte. Solange wie dies Urteil in der nichtdeutschen Welt über uns besteht, solange wird es für uns nicht möglich sein, an wirkliche Objektivität und wirkliches sachliches Bemühen derer, die uns beurteilen wollen, zu glauben. Solange werden wir freilich auch von uns aus nicht ablassen dürfen, alles was uns möglich ist zu tun, um die Beweisgründe dafür auszubreiten, daß man uns gezwungen hat, für unsere nationale Zukunft zu kämpfen, und daß man das Schwert gegen uns angerufen hat, wo wir doch bereit waren, mit der Waffe des deutschen Gedankens um die Weltstellung des Deutschtums zu ringen.

Ministerwechsel in Japan

Von Dr. Fritz Wertheimer

Wenn ein kriegführender Staat zwischen den Schlachten den Steuermann des Staatsschiffes wechselt, so hat das seine Bedeutung und seine Gründe, und es ist verständlich, daß sich auch in Ländern, in denen man die inneren Beweggründe solcher politischen Wandlungen nicht ganz erkennt und überblickt, alles auf das neue Ereignis stürzt und es unter dem Gesichtspunkt auszuwerten sucht, ob es kriegverlängernd oder kriegverkürzend wirken werde, ob der neue Mann ein „Freund" oder ein „Feind" sei. An und für sich ist wohl in keinem kriegführenden Lande ein Wechsel des Ministerpräsidenten von so geringem

Digitized by Google

Einflusse auf die aktuellen Ereignisse, als gerade in Japan. Denn in Japan ist es keineswegs der Ministerpräsident, der die Politik macht und ihre großen Richtlinien festlegt, sondern es ist der geheime Rat der Alten, der Genros, jene vollkommen außerhalb jeder geschriebenen Verfassung stehende aber machtvolle Organisation, die die Dinge festlegt und die sich ihren Ministerpräsidenten schafft, damit er ihre Politik einem mehr oder minder zustimmenden oder widerstrebenden Parlamente gegenüber durchsetzt. Es hat Ministerpräsidenten gegeben, die durch eigene Tüchtigkeit ihre Stellung aus der eines Beauftragten in die eines Führers der Genros wandelten. Männer wie Ito und Katsura besaßen soviel überragende Staatskunst, daß sie wirkliche Führer genannt werden konnten. Aber seit der Zeit des frühen Todes Katsuras gab es nicht einmal mehr einen, der den politischen Willen der Genros in einem schlichten, kraftvollen, energischen Geschäftsministerium lange Zeit hätte durchführen können. Japan ist das Land, in dem wie in kaum einem sonst, Parlament und Volk begierig nach Neuerungen sind, in dem man neue Männer liebt. Es ist unbestreitbar, daß gerade in einem solchen Lande die konservative Einrichtung der Genros ihre besondere Bedeutung und, nach dem bisherigen politischen Erfolge Japans zu urteilen, auch ihr Gutes gezeitigt hat. Radikale plötzliche Änderung bestehender politischer Systeme und Richtungen hat sie bis jetzt ausgeschlossen und schließt sie aus. Ob der Ministerpräsident Okuma oder Terautschi heißt, bleibt für den Augenblick ohne Bedeutung.

Betrachten wir zunächst die Männer, um deren Kommen und Gehen auf den Ministersesseln man jetzt streitet.

Der alte Okuma hätte sich vor dem Krieg kaum träumen lassen, daß er an der Schwelle seines Lebensabends noch einmal Ministerpräsident werden könnte, und man hätte in Japan jeden Politiker ausgelacht, der ihm prophezeit hätte, daß er es so lange Zeit bleiben würde. Der alte Okuma war nämlich sein Leben lang ein Schwätzer, wenn auch ein kluger und geschickter Schwätzer, und Leute, die ihr Herz so auf der Zunge tragen, können es in Japan zur Popularität oder zum Volkshaß bringen, aber sie werden selten oder bleiben selten lange Minister. Okuma war Ende der achtziger Jahre Handelsminister und verbesserte zwar in dem damals noch nicht als volle Großmacht anerkannten

Digitized by Google

Japan die bestehenden für das politische Selbständigkeitsgefühl der Japaner schwer drückenden Handelsverträge, aber die Bombe eines politischen Fanatikers kostete ihm doch ein Bein, weil er damals nicht die volle zollpolitische Selbständigkeit des Inselstaates durchdrücken konnte. Die politische Jugend Japans haßte ihn. Später besuchte er den Attentäter im Gefängnis, soll ihn umarmt und ihm als einem rein politischen Gegner verziehen haben, und die große Geste gewann ihm Sympathien. Er war noch ein paarmal Minister, ohne etwas zu bedeuten. Als Orchideenzüchter dagegen war er eine ostasiatische Berühmtheit, und seine private Gründung der Waseda-Universität war eine kulturelle Tat. Wie man bei Reisen im fremden Lande die Orte besucht, die der Baedecker mit einem Sternchen geschmückt hat, so mußte man bei Reisen in Japan den alten Okuma gesprochen haben. Ein Schwarm gefälliger Führer und Zeitungsleute vermittelte solche Interviews. Da saß man denn zuerst in einem europäisch übertünchten modernen Empfangsraum bei einer Tasse Tee und konnte dann, wenn man Glück hatte, in den Garten und die berühmten Orchideen-Häuser, vielleicht auch in das eigentliche, bezeichnenderweise vollkommen national japanische, Wohnhaus des Grafen gelangen. Und man hörte Lob und Schmeicheleien, die je nach der Nationalität des Besuchers abgetönt und gefärbt waren. Es wird wohl keiner gegangen sein, dem nicht der alte Graf seine besondere Freundschaft gerade für sein Heimatland versichert hätte. Er hatte ein gutes Gedächtnis, er erinnerte sich, wenn einer aus Frankfurt a. M. kam, daß dorther Japan seine erste Maschine zur Briefmarken- oder Papiergeld-Herstellung bezogen hatte, und konnte, wenn einer aus Paris kam, aufzählen, mit wem er alles dort korrespondiere und befreundet sei. Er war stets liebenswürdig, lebhaft, von starkem gewandtem Intellekt, geistig regsam und frisch, politisch immer etwas radikal oppositionell, ein guter Redner mit lebhafter Geste, ein angenehmer Plauderer. Daß er kurz vor Ausbruch des Weltkrieges im Frühjahr 1914 Ministerpräsident wurde, ist wahrhaftig nicht sein Verdienst. Das Kabinett des Admirals Yamamoto war über einen argen und eine gewaltige Beamten-Korruption aufdeckenden Marine-Bestechungs-Skandal gestürzt. Die Leidenschaften gingen hoch, die Preß-Polemik war erregter denn je, man suchte nach einem Mann des Ausgleichs, nach einem Manne, dessen politisches Bild nicht durch

Digitized by Google

irgendeine Ministeriumsbeteiligung der letzten Jahre belastet war, nach einem Verlegenheitskandidaten, der das Amt übernehme, bis die Wogen sich geglättet hätten und wieder die Zeit für einen wirklichen Ministerpräsidenten gekommen sei. Da kam man zu dem alten Okuma, der noch aus früheren Tagen etwas von der guten alten Überlieferung der Ito-Katsura hatte, der aber doch ein neuer Besen war, von dem man für wenige Monate ein ganz gutes Kehren erwarten mochte. Ehrgeiz genug war vorhanden, er nahm an. Daß er zwei und ein halb Jahr Ministerpräsident sein konnte, verdankt er nur dem Weltkriege.

In dem Okumaschen Ministerium war bedeutendste und führende Persönlichkeit der Minister des Auswärtigen Kato. Der ehemalige Ministerpräsident Fürst Katsura hatte, als ein grausames Leiden schon seinen Körper zu zerwühlen begann und ihm das Schicksal schon ein allzufrühes Ende vorgezeichnet hatte, noch den Versuch gemacht, sich von dem ewigen Paktieren mit der Mehrheitspartei der Seijukai zu befreien und eine eigene Partei zu gründen, eine Arbeitspartei sozusagen, die Doschikai. Helfer war ihm dabei sein treuer Kolonial- und Verkehrsminister Baron Goto, wie auch der einstige Botschafter in London und Unterzeichner des englisch-japanischen Vertrages, Baron Kato, dessen Persönlichkeit auch viele Mitglieder der Seijukai ins neue Lager herüberzog. Ehe noch der neue Wahlkampf über das Schicksal der neuen Partei, die mit Katsura stand und fiel, entscheiden konnte, starb der Fürst. Baron Goto sah mit gewohnter Klugheit die Ereignisse voraus, trennte sich von der neuen Partei und wartete als stiller Privatmann kommende Zeiten ab. Kato trat an die Spitze der zur Bedeutungslosigkeit verurteilten Doschikai. Seine Englandfreundlichkeit war bekannt und wurde vielfach in Japan als eine Englandabhängigkeit bezeichnet. Als eine unselbständige Filiale des Londoner foreign office hat man in Japan selbst seine Amtsführung und sein Amt verhöhnt. Okuma nahm ihn in sein Kabinett auf, weil die Doschikai sein eigenes schwaches Häuflein der eigenen Parteigänger, der Koyukai, verstärken konnte und weil er immerhin zur Mehrheitspartei der Seijukai in freundlichen persönlichen Beziehungen stand. Die Rechnung stimmte und bewährte sich. Trotzdem schlugen Okumas Versuche, alle kleinen Minderheitsparteien unter Katos Führung zu einer der Seijukai einigermaßen gewachsenen starken Minderheitspartei zu vereinen,

Digitized by Google

fehl. Katsura wäre der Mann für ein solches Beginnen gewesen, Kato war es nicht. Das Wort von dem „Filialisten des Londoner Auswärtigen Amtes" hing ihm zu sehr nach, und der durch das ganze japanische Volk gehende Zug nach voller Selbständigkeit und Unabhängigkeit auch, und gerade vom „treuen" Bundesgenossen England war zu stark, als daß auch einem Kato hier eine Einigung möglich gewesen wäre. Sicherlich strebte Kato die Nachfolgerschaft Okumas an, und dieser hätte sie ihm sicherlich nicht ungern übertragen, weil es für den abgehenden Ministerpräsidenten immer noch ein Zeichen der Stärke und Bedeutung ist, wenn er seinen Nachfolger, sei es auch nur zum Schein, selbst wählen und durchdrücken kann. Aber Okuma hat der Krieg genützt, Kato hat er geschadet. Darüber wird gleich zu sprechen sein.

Der neue Ministerpräsident, Graf, oder jetzt auch schon, wenn wir nicht irren, Marquis Terautschi tritt politisch unbelastet sein Amt an, in das ihn starke Sympathien in ganz Japan begleiten. Ein Soldat von reinstem Wasser, ein Mann der starken und entschiedenen Maßnahmen, einer aus der Gefolgschaft des Fürsten Katsura, der das starke Vertrauen des Hauptes der Genro, des uralten Fürsten Yamagata, des eigentlichen Drahtziehers der japanischen Politik, genießt. Als den klugen und vorsichtigen Diplomaten Ito, der immer für ein langsames Aufsaugen des fremden koreanischen Staatswesens war und zur Milde gegenüber den Koreanern mahnte, koreanische Mörder gefällt hatten, ging der General Terautschi als Nachfolger nach Seoul. Er war ein strenger, rechtlicher, aber energischer Generalgouvernenr. Es war wohl schon bei seinem Amtsantritt beschlossene Sache, Korea rasch und mit einem Gewaltakte zu annektieren, und so ist es vielleicht unverdiente Volkstümlichkeit, daß ihm gerade das japanische Volk diesen Gewinn zuschreibt. Daß aber der Gewinn so verhältnismäßig reibungslos verdaut wurde, war sicherlich sein Werk. Er besaß den klaren Blick für wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten ebenso wie für militärische Notwendigkeiten. Die Hebung der koreanischen Wirtschaft, die Förderung des koreanischen Eisenbahn-Ausbaues standen bei ihm unter dem Zeichen des künftigen möglichen Gegners: Rußlands. Es wird noch allgemein in Erinnerung sein, welchen innerpolitischen Kampf er in Japan kämpfte, um die Aufstellung der beiden neuen japanischen Divisionen für Korea durchzusetzen, die er unter der

Digitized by Google

Schutzmarke der Aufrechterhaltung der Ordnung in Korea forderte und die in Wirklichkeit rasche entscheidende Streiche im Falle möglicher Zusammenstöße mit Rußland, jedenfalls aber eine künftige Kriegführung nicht auf koreanisch-japanischem Boden, sondern auf mandschurisch-chinesischem, oder gar russisch-chinesischem Lande ermöglichen sollten. Er hat seinen Willen nach harten Kämpfen durchgesetzt. Trotzdem wäre es falsch, ihn heute gar als einen unversöhnlichen Gegner Rußlands zu bezeichnen, im Gegenteil, er hat gerade das russisch-japanische Bündnis des Jahres 1916 sehr energisch unterstützt. Japans Staatsleute sind alle mehr oder minder bewegliche reale Opportunitäts-Politiker. Ito wollte zu Anfang des Jahrhunderts ein russisch-japanisches Bündnis durchsetzen und reiste zu dem Zwecke nach Petersburg. Katsura sah damals schärfer: Japan konnte mit dem Rußland von 1902 nicht groß werden und brauchte dazu die englische Bundesgenossenschaft. Dieser englische Bundesgenosse schürte den Krieg mit Rußland, weil es in alter Diplomatie den russischen Druck auf Mittelasien, der sich gegen England nicht zuletzt richtete, mindern wollte und gleichzeitig ein durch einen Krieg geschwächtes und ausgeblutetes Japan seinen ostasiatischen Plänen nur förderlich erschien. Japan siegte 1904/05, aber es siegte sich in die vollkommene Industrie- und Finanz-Abhängigkeit von England hinein. Katsura, der auch der Mann dazu gewesen wäre, konnte es aus dieser Stellung nicht mehr herausführen, er versuchte es nur mit allen Mitteln zu kräftigen und zu heben, ohne das Ende zu erleben. Sein Ministeriumskollege und Freund Terautschi vollendet den Anfang. Das heute 1914/15 abermals riesenhaft geschwächte Rußland ist ein bequemer Bundesgenosse, weil es Japans Lieferungen so bitter nötig hat, daß es sie politisch mit allen nur möglichen Zugeständnissen bezahlt. Das England 1914/16 hat gleichfalls bluten müssen, an Menschen und an Geld, wie nie in seinem Dasein. Es kann den Prozeß des Selbständigwerdens Japans nicht mehr hindern, und es mußte mit sauersüßer Miene sogar das Bündnis Japans mit seinem Entente-Genossen Rußland billigen, das es in Friedenszeiten mit allen Künsten der Diplomatie und brutaler Finanzgewalt verhindert hätte, weil es sich letzen Endes gegen England selbst richtet und richten muß.

Damit sind wir schon im politischen Gewirr Ostasiens, dessen Verzweigungen und Verästelungen in so knappem Rahmen gar nicht voll auf-

Digitized by Google

gedeckt werden können. Okuma fand das englisch-japanische Bündnis vor und beugte sich ihm, nicht etwa nur, weil sein Minister des Auswärtigen Kato hieß. Japan stand in drückender Geldabhängigkeit von der Londoner Börse, es war übersteuert, arm, mit passiver Handelsbilanz stark belastet. Es mag, so unwahrscheinlich es an sich klingt, dahingestellt bleiben, ob England zu Beginn des Krieges von Japan nur eine Art passiver Teilnahme am Kriege verlangte, weil ihm selbst schon vor einer Aktivität Japans gegen Deutschlands Ostasien-Besitzungen bange war. Daß Okuma aktiv sich am Weltkriege beteiligte, war vom japanischen Standpunkte aus klug und richtig. Okuma und Japan griffen nicht in den Krieg ein, weil sie sich an Deutschland rächen wollten, sondern weil sie mit Tsingtau und Schantung eine Handhabe gegen China gewannen, den zweiten Teil der Zange, deren anderes Ende die Liaotung-Halbinsel mit Port Arthur und Dalni vorstellt, und deren Zugreifen und Zusammenklappen nun ganz Nordchina unter japanischen Einfluß brachte. Okuma ergriff einfach die günstige Gelegenheit, um seinen Namen als den eines Führers und Erfüllers an die Spitze der Bewegung zu setzen, die nach dem „Groß-Japan" strebt, einem über den schmalen engen Inselraum hinaus auf dem Festlande fest eingewurzelten Groß-Japan, das den alten Schlachtruf: „Asien den Asiaten, und Japan die Führung darin!" in territoriale Wirklichkeit umsetzt. Okuma gefiel sich von je in allerhand staatsphilosophischen Wendungen und weltpolitischen Entwicklungs-Gedanken. Bald war er ein Gegner, bald ein Freund aller möglichen politischen Richtungen. Aber die erste Gelegenheit zur wirklichen Machtvergrößerung Japans ergriff er rasch und uns gegenüber mit einer gewissen Brutalität der Sprache. Okuma und mit ihm das „kriegführende" Japan gewannen in der Südsee und in Schantung neue Stützpunkte, deren Zukunftswert gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Hätte er überhaupt anders handeln können? Ein Neutralbleiben zu Beginn des Weltkrieges hätte ihm die englische Freundschaft gekostet, hätte namentlich bei dem doch von aller Welt erwarteten baldigen Kriegsende die finanzielle Abhängigkeit Japans bis ins Unerträgliche gesteigert. Ein Bruch des englisch-japanischen Bündnisses aber wäre, immer vom japanischen Standpunkt aus gesehen, das ja unsere deutsche Kraftentfaltung noch weniger ahnen und begreifen konnte, wie Frankreich oder England, weil es uns ferner lag, ein solcher Bruch wäre ganz unmöglich gewesen. Von

Digitized by Google

allen Möglichkeiten war die der Kriegserklärung an Deutschland diejenige, die am billigsten war, die am wenigsten Menschen und Geld zu kosten versprach. Es fällt auch nicht Okumas Leistungen zu, wenn schließlich dieser Weltkrieg für Japan geradezu zu einem Glück wurde, das ihm unverdient in den Schoß flatterte. Allein die Länge des europäischen Krieges wirkte für Japan. Man kann es auch paradox sagen: Hindenburg hat Japan groß gemacht. Der große Zusammenbruch des russischen Heeres, der Verlust ungeheuren Materials machten für Rußland den Ersatz an Kanonen, Munition, Heeresausrüstung zur dringlichsten Frage. Der nächste Lieferant war Japan; auch der nach ostasiatischen Arbeitsverhältnissen billigste. England beeilte sich, dem „Bundesgenossen" die bisher vorenthaltenen Maschinen und Einrichtungen zu liefern, nur damit er seine Munitionsfabriken und Kriegslieferungs-Einrichtungen in aller Hast und Eile ausbauen konnte. England mußte ja Rußland stützen, damit es nicht die gesamte deutsche Kraft auf den Schlachtfelder des Westen zu spüren bekam. Japan erntete langsam die Früchte des Krieges. Seine Kriegslieferungen wuchsen ins Ungeheure, und es schuf sich unbeachtet eine Kriegsindustrie und einen Stamm gelernter Arbeiter, der ihm nicht nur künftig alles im Inlande wird herstellen können, was es bisher aus dem Auslande und namentlich aus England bezog, sondern der es auch künftig zu einem großen Kriegsrüstungs-Lieferanten der ostasiatischen Welt machen wird. Und daneben schob es langsam seine wirtschaftlichen Fühler auf die von den Europäern notgedrungen vernachlässigten ostasiatischen Märkte vor. Japan begann zu verdienen, und es verdiente auch mit derselben Brutalität, die man oft an ihm gespürt hat. Ein Deutschland hätte vielleicht die Gelegenheit benutzt, der gut verdienenden Industrie nun endlich die sozialen Lasten einer Arbeitergesetzgebung aufzuerlegen, die in Japan immer noch fehlt und immer abgelehnt worden ist, weil man die in den Kinderschuhen steckende Industrie nicht belasten und „konkurrenzfähig" erhalten wollte. Japan dachte nicht daran. Mehr als andere Länder ist es imperialistisch zentriert. Seine Schiffahrt genießt Staatsunterstützung und muß dafür japanische Ware in erster Linie berücksichtigen, darf auch nach neueren Bestimmungen fremde Frachten nicht annehmen, solange japanische der Verschiffung harren. Zwar sind die Frachtsätze festgelegt, und diese Bindung hindert die japanischen Schiffahrtsgesellschaften gerade jetzt in einer Zeit der un-

Digitized by Google

geheuerlichsten Frachtensteigerung, ins Ungemessene zu verdienen. Aber diese weise Einschränkung kommt der japanischen Industrie zugute, und diese Industrie soll zunächst erst fest in den Sattel kommen. Die japanische Regierung treibt damit zwar brutalen Raubbau an ihrer bedrückten und armseligen Arbeiterbevölkerung, aber sie erreicht mit Riesenschritten ihr Ziel der industriellen Selbstversorgung und der industriellen Einflußgewinnung in ganz Ostasien. Japan baut militärisch und wirtschaftlich seine Stellung für die Zeit nach dem Kriege aus. Vier Fünftel von all diesen Handlungen richten sich der natürlichen Kräfteverteilung nach gegen den Bundesgenossen England, mit dessen Flottenherrschaft im Gelben Meere es ebenso aus ist, wie mit seinem unbeschränkten Handels-Wirtschaftsreich.

Okuma hatte daneben noch das Glück, daß ihm der Zusammenbruch der amerikanischen Panama-Hoffnung abermals eine gewaltige Stärkung der japanischen Ostasien-Stellung brachte. Japans Beziehungen zu Amerika waren nie die besten. Amerika weigerte sich beharrlich, die das politische und moralische Gefühl der Japaner bedrückende Einwanderungsbestimmung zu mildern. Okuma hielt sich wie seine Vorgänger klug an das Abkommen, die Auswanderung der Japaner nicht zu fördern oder sie vielmehr nach China abzulenken, was auch den imperialistischen Zielen der japanischen Regierung zu statten kam, da so eine Verzettelung der japanischen Auswanderung vermieden wurde. Der fertiggestellte und betriebsfähige Panamakanal hätte Verschiebungen der amerikanischen Flotte erleichtert und Amerikas Stellung zur See Japan gegenüber gefördert. Umgekehrt bedeutet das Mißlingen der Kanalbauten eine Stärkung Japans. Wenn nun Amerika sich auch mit Macht an einen Flottenausbau heranwagt, so kann doch das finanziell reicher gewordene Japan ein Flottenprogramm aufstellen, das zum mindesten eine Kräfteverschiebung zugunsten Amerikas verhindert. Zwar ist keine Besserung noch eine Klärung der politischen Beziehungen zu Amerika eingetreten, aber trotz aller amerikanischen Nervosität über das bevorstehende „Zuschlagen der offenen Türe" in China auch keine sonderliche Verschlechterung. Solange die amerikanischen Geschäftspolitiker so ausgezeichnet am europäischen Kriege verdienen, haben sie wenig Lust und Neigung, die nicht brennende Frage der japanischen Beziehungen in Fluß zu bringen.

Digitized by Google

Erst wenn das Kriegsgeschäft beendet sein wird und damit die Frage des amerikanischen Handels in China wieder mehr Gewinninteresse erregt, wird Japan dieser drohenden Auseinandersetzung ins Antlitz zu sehen haben. Japan ist zweifellos in jeder Beziehung politisch reifer als Amerika, seine Bevölkerung denkt mehr an die rein politischen Aufgaben, ohne allerdings die finanziellen zu unterschätzen. Es hat wohl starken Eindruck gemacht, daß anstatt des 100 Millionen Einfuhr-Überschusses des Jahres 1911 auf etwa 400 Millionen Ausfuhr-Überschuß im Jahre 1916 zu rechnen ist, wobei man noch zu berücksichtigen hat, daß in den Kriegsjahren die gesamte Einfuhr Japans stark produktiven Zwecken diente, daß also die wirkliche innere Verbesserung der japanischen Handelsbilanz noch größer ist. Aber alles dieses Verdienen hat die japanischen Kreise dem Okumaschen Kabinett gegenüber nicht freundlicher stimmen können, weil die Dinge in China sich nicht so rasch entwickelt haben, als die Masse es wollte und verlangte, und weil das mit der wirtschaftlichen Erstarkung in hohem Maße gewachsene Selbständigkeitsgefühl der Japaner die ungelöste amerikanische Einwanderungsfrage als eine moralische Knechtung wertet und empfindet.

Die Kreise, die in diesen Fragen treibend sind, sind nicht nur in erster Linie Militärkreise, denen ja auch Terauchi nicht allzu fern steht. Sie setzen sich aus Staatsmännern, Wirtschaftsführern und Professoren, Parlamentariern und Kolonialpolitikern gleichermaßen zusammen. Ihr Sprachrohr ist die Monatsschrift „Dai Nippon", deren Forderungen sind die ihren: entweder England wird ein wirklicher, wahrer Bundesgenosse, oder das Bündnis wird gekündigt. Um ein wahrer Bundesgenosse zu werden, müßte England den durchlöcherten Bündnisvertrag wieder voll herstellen, nämlich auch seine Waffenhilfe gegen Amerika im Kriegsfalle zusichern, die Japaner in allen britischen Gebieten völlig gleichstellen und auf Japans Chinawünsche eingehen, da nun einmal England im Westen, Japan aber im Osten herrschen solle. Diese Forderungen aufstellen, heißt, da England unter allen Umständen einen Zusammenstoß mit Amerika vermeiden will und da ein durch Annahme seiner an England gerichteten Forderung unweigerlich zum Kriege mit Amerika drängendes Japan diesen Zusammenstoß herbeizuführen suchen würde, die Auflösung des englisch-japanischen Bündnisses fordern. Auch Japan wird einmal sagen

Digitized by Google

können: der Mohr hat seine Arbeit getan, der Mohr kann gehn. Es hat sich eine Rückendeckung nach Rußland hin geschaffen, die „Dai Nippon" droht gar schon offen mit einem deutsch-japanischen Bündnis gegen England. Das mag uns etwas vermessen erscheinen, solange unsere eigenen Streitfragen mit Japan, Tsingtau und die Südsee betreffend, nicht geklärt sind. Die Beseitigung solcher Schwierigkeiten aber wäre für die großzügig denkenden japanischen Politiker eine cura posterior (spätere Sorge), sie wären sicherlich zu jedem Entgegenkommen bereit, wo es sich für sie um den Kampf um die Selbständigkeit, um die asiatische von England politisch und wirtschaftlich immer noch in Anspruch genommene Vorherrschaft dreht. Japan will unter allen Umständen zunächst einmal eine energische Durchführung seiner chinesischen Pläne. Und hier liegt der einzige Punkt, wo man Okuma ein nicht allzu geschicktes Vorgehen vorwerfen kann. Seine Mischung von Liebenswürdigkeit und Drohen mit der gepanzerten Faust hat China viel mehr in Wallung gebracht und antijapanische Neigungen mehr gesteigert und gefördert, als er für Japan wirklich bei allen Zusammenstößen herausschlagen konnte. Was er tat und was er nicht tat, wurde ihm vorgeworfen. Bald war er zu schwach, bald war er zu energisch. Auch hier liegt die Schuld aber vielleicht gar nicht so sehr an ihm als an den Verhältnissen. Jede Regierung wird in Japan nach dem Abschluß des Tsingtau-Zuges und dem Aufhören des wirklichen „Krieges" die Zeit des reinen Kriegsverdienens nicht ohne Not stören und beeinträchtigen wollen, ob sie Okuma oder Terautschi heißt. Und so wird jede Regierung in einen gewissen Gegensatz zu den Heißspornen der Politik kommen, die alles auf einmal erreichen wollen. Das japanische Volk will einen „neuen Mann" sehen, will einen neuen Kurs haben. Diesen Wunsch erfüllen ihm die Genros. Aber Terautschi wird zunächst die Bahn Okumas gar nicht verlassen. Er wird die finanzielle und wirtschaftliche Erstarkung Japans zunächst nicht zu unterbrechen wünschen, und er wird zunächst weder kriegverlängernd noch kriegverkürzend wirken wollen und können. Aber er ist für einen kommenden Friedensschluß eine andere Kraft als Okuma, ein stärkerer Charakter, ein festerer Wille. Und unter diesem Gesichtspunkte werden ihn auch wohl die Genros gewählt haben. Japans Früchte reiften schon und reifen immer mehr, je länger der Krieg dauert, aber die letzte, schönste

Digitized by Google

Frucht wirst erst bei Friedensschluß und nach Friedensschluß zu pflücken sein, jene Frucht, die der ganzen japanischen Politik die bestimmende Richtung gibt. Terautschi ist durch keinen Kato im Ministerium belastet, er ist Soldat und Patriot, und das alles entscheidet bei seiner Persönlichkeit. Die Genros aber streben dem alten Ziele der völligen Autarkie und bestimmenden Vorherrschaft Japans in Ostasien nach. Okuma hat die ersten, man möchte sagen die selbstverständlichen Schritte zur Erreichung des Zieles getan. Terautschi soll das Werk vollenden. Das Ende ist schwerer als der Anfang. Okuma fielen die Erfolge sozusagen mühelos in den Schoß, Terautschi wird zu erwerben haben, was er besitzen will. Wir können zunächst mit kühler Ruhe erwarten, wie die Dinge sich entwickeln werden.

Streiflichter zur Weltlage XIX

Von Professor Dr. Schiemann

Am 23. Oktober hat Viscount Grey in der Genossenschaft fremder Presse (Foreign Press Association) im Cecil-Hotel zu London eine Rede gehalten, deren Hauptinhalt sich darin zusammenfassen läßt, daß er zunächst seine so häufig vorgebrachte Legende über die Entstehung des Krieges wiederholte: wie Rußland, Frankreich und England, die nur dem Friedensgedanken lebten („im Juli 1914 dachte niemand daran, Deutschland zu überfallen"), als wir sie überfielen, obgleich England mit einem Konferenzantrag kam, den Rußland, Frankreich und Italien annahmen und nur Deutschland ablehnte, wie Rußland bemüht war, die Entscheidung dem Haager Tribunal zuzuweisen, Frankreich sich verpflichtete, die Neutralität Belgiens zu achten, und wie alle die abgestandenen Scheinwahrheiten und Unwahrheiten sonst lauten, die unzählige Male vorgebracht und ebenso oft widerlegt worden sind. Grey hat nicht das Wort ergriffen, um diese Dinge vorzubringen. Der Zweck der Rede war ein anderer. Einmal erklärte er auf das nachdrücklichste, daß die Sache der Alliierten von der Englands nicht zu trennen sei („that their cause and ours is one"), daß sie zusammen bis ans Ende stehen oder fallen würden („that to the end and for the future we fall and stand together"). Denn es handele sich nicht nur um die Notwendigkeit zu siegen, sondern um Leben und Gedeihen für alle Zukunft (fu-

Digitized by Google

ture life and success). Was diese Sätze bedeuten, wird namentlich Herr Cambon, der zugegen war, nicht mißverstanden haben. Sie sagen, daß England entschlossen ist, seine Bundesgenossen nicht frei zu geben. Es wird kämpfen, so lange noch ein französischer oder russischer Soldat aufrecht stehen kann, bis zum letzten Blutstropfen Italiens, und so lange es noch ein Handelsschiff der Neutralen gibt, das sich auf die hohe See wagen darf.

Daran, daß es ihm bitterer Ernst mit dieser Absicht ist, kann nicht gezweifelt werden. Als er redete, war soeben die jüngste Verlustliste Englands veröffentlicht worden: 320 Offiziere und 7708 Mann. Wie kann England bei solchen Verlusten zugeben, daß seine Freunde, deren Verluste zwar noch viel größer sind, beginnen könnten, zu erwägen, wie weit ihre eigenen Interessen und ihre eigene Zukunft noch mit der Fortsetzung dieses für sie aussichtslosen Krieges vereinbar sind. Die Rumänen haben am 20. Oktober ihre Verluste auf 208680 Mann angegeben, darunter 6992 Offiziere, von denen 9 Generale waren, und die russischen Verluste hat eine am 24. Oktober hier bekannt gewordene Verlustliste des Kiewer Zentralerkennungsdienstes für die Zeit seit dem 1. Juli auf 1797522 Mann angegeben, darunter 65981 Offiziere! Viscount Grey wird diese Zahlen, die gewiß nicht übertrieben sind, aller Wahrscheinlichkeit nach früher gekannt haben als wir, und das mag ihm die Befürchtung eingegeben haben, daß am Ende doch der Augenblick kommen könnte, da die Sorge um die eigene Fortexistenz auf die Alliierten stärker wirkt als die Verpflichtung, die ihnen England auferlegt hat, vor allen Dingen an England und dessen gesicherte Zukunft zu denken.

Es folgte, und das war das andere Hauptmotiv seiner Rede, eine Apostrophe an die Neutralen.

„Ich möchte die Neutralen bitten, zu erwägen, daß kriegführende Länder, die, wie heute wir, in einem Kampf auf Leben oder Tod verwickelt sind, und allerdings um den Sieg fechten, dessen Aussichten sich uns sichtlich nähern, aber doch wissen, daß, wenn wir kurz vor dem Siege halt machen, wir kurz vor allem halt machen (we stop short of every thing) — daß von Nationen, die in einem derartigen Kampf stehen, nicht erwartet werden kann, daß sie viel Zeit haben, um festzustellen, was nach gesichertem Siege getan werden kann. Aber die Neutralen können es tun,

Digitized by Google

und es ist interessant, die Haltung nicht nur von Präsident Wilson, sondern auch von Mr. Hughes zu beobachten. In den Vereinigten Staaten ist bereits ein Bund entstanden, der von verschiedenen angesehenen Männern unterstützt wird, nicht mit dem Ziel, den Kriegführenden in den Arm zu fallen, wohl aber um bereit zu sein, für eine internationale Vereinigung (association), nachdem der Krieg beendigt ist, die, was an ihr liegt, tun soll, den Frieden in Zukunft zu sichern. Wenn wir nun selbst in währendem Kriege wenig Zeit haben, solche Ideen selbst zu verfolgen, so ist es doch ein Werk der Neutralen, auf das wir mit Beifall und Hoffnung blicken. Aber daran müßt ihr festhalten, daß, wenn die Nationen nach dem Kriege imstande sein sollten, etwas Wirksameres zu tun als sie bisher zu tun fähig waren, und sie sich untereinander binden wollen zu dem gemeinsamen Zweck, den Frieden zu erhalten, sie auch bereit sein müssen, nicht mehr zu unternehmen, als sie entschlossen sind, mit Gewalt aufrecht zu erhalten. Mit anderen Worten, wir sagen den Neutralen, daß wir ihre Pläne begünstigen. Aber wenn für sie die Zeit gekommen sein wird, eine Anfrage an uns über diese Sache zu richten, dann werden wir fragen: „werdet ihr das Spiel auch beginnen, wenn die Zeit kommt?" Dazu genügt nicht die Unterschrift eines Präsidenten oder Souveräns, sondern Parlament und Wille des Volkes müssen dahinter stehen. Ziel dieses Bundes ist, auf Einhalten von Verträgen zu bestehen, und darauf, daß andere Auswege versucht werden, bevor zum Kriege geschritten wird. Im Juli 1914 bestand kein derartiger Verband. Angenommen, daß Verhältnisse, wie sie 1914 bestanden, wiederkehren, und daß dann ein solcher Bund besteht, so kann und muß er den Frieden erhalten. Alles wird davon abhängen, ob das nationale Gefühl, das hinter ihm steht, so sehr von den Lehren dieses Krieges durchdrungen ist, um zu fühlen, daß in Zukunft jede Nation, selbst wenn sie nicht sofort in den Streit verwickelt wird, daran interessiert, und als Lebensinteresse interessiert ist, etwas zu tun, und zwar wenn nicht anders, durch Zwang zu tun, um den Frieden aufrecht zu erhalten."

Wir haben diesen Abschnitt aus der Rede Greys in eigener Übersetzung wiedergegeben, weil der telegraphische Bericht nicht vollständig und nicht ganz korrekt war. Man hat aber an diesen telegraphischen Text die Schlußfolgerung geknüpft, daß in ihm der Wunsch Greys nach einer Vermitte-

Digitized by Google

lung der Neutralen, wenn auch verblümt, zum Ausdruck komme. Das Gegenteil ist der Fall, Grey will seine Alliierten noch fester an England knüpfen und die Liga der Neutralen, die übrigens nicht vorhanden ist, nur zum Zukunftsbüttel für englische Kulturziele machen. Die „Times" hat in ihrem Kommentar der Rede dafür den klassischen Ausdruck gefunden: „Die Alliierten als Schutzleute (constables) der Zivilisation, bekämpfen jetzt einen Feind der menschlichen Rasse, daraus folgt, daß sie einen gebieterischen Anspruch (imperative claim) auf die Sympathie und Hilfe aller Neutralen haben, und daß den Neutralen nicht gestattet werden wird und nicht gestattet werden kann, zwischen England und dem großen Anarchisten (Deutschland) zu vermitteln oder irgendwie einzugreifen."

Das kann nicht mißverstanden werden. Was aber die immerhin etwas gepreßt zum Ausdruck gekommene Siegeszuversicht Greys betrifft, so wissen wir, daß sie ein notwendiger Teil jeder Rede ist, die aus dem Kreise der Alliierten herüberklingt, trotz der langen Reihe von Niederlagen, die sie sich zugezogen haben und trotz des vergeblichen Anstürmens gegen unsere Fronten. Wir stellen ihnen die ganz anders gerechtfertigte Zuversicht entgegen, die aus den Mitteilungen des Generalfeldmarschalls von Hindenburg und des Generalquartiermeisters von Ludendorff bei uns und unseren Verbündeten geschöpft wird. Ob die endliche Entscheidung im Osten oder im Westen fallen werde, ließ Hindenburg offen. Er sprach vom Frühjahr 1917 als möglichen Zeitpunkt.

Eine Reihe lapidarer Aussprüche Ludendorffs fiel dazwischen: „Wir denken nicht an Frieden . . . es gibt nur ein Mittel den Krieg abzukürzen: der feste Wille, ihn siegreich zu beenden.

Nicht die Granate, sondern der Geist der Soldaten führt die letzte Entscheidung herbei.

Übermacht und Gefahr existieren nur für die Schwachen. Wer das Verhängnis anklagt, sollte richtiger sich anklagen. Ein fester Wille schafft das Schicksal selber. Es gibt kein Verhängnis!"

Es ist der Geist der Männer, die in den Tagen der Freiheitskriege die Grundlage zu dem neuen Preußen und dem neuen Deutschland gelegt, der Scharnhorst, Fichte, Gneisenau, der heute in unserem großen Hauptquartier lebendig ist, zu uns spricht und unsere Truppen von Sieg zu

Digitized by Google

Sieg führt. Ebenso nehmen wir die Kraft dieses Geistes, der stärker ist, als die Ungunst der Zeiten und die Macht der Feinde, in Anspruch für die ruhmvollen Kämpfer auf unserer Flotte und ihre Führer, sowie für die Helden, die heute im Luftkampf Tag für Tag ihr Leben einsetzen und zu siegen und zu sterben wissen, wie der unvergeßliche Böcke! Eben jetzt hat unsere Marine durch einen Vorstoß unserer Torpedoboote bewiesen, daß der Teil des Kanals, den die Engländer wie ihren Augapfel behüteten, ihnen ebenso zugänglich ist, wie die Küsten des nördlichen Eismeeres unseren Unterseekreuzern, denn Mannes Herz und Mut überwindet alles. England ruft nach seiner „meerbeherrschenden" Flotte von Überdreadnoughts. Aber die englische Armada liegt hinter schützenden Netzen und wagt sich nicht hinaus in das nasse Dreieck in der nicht unberechtigten Befürchtung, daß es ihr wiederum so gehen könnte, wie am first of June! Sie trösten sich mit der Erinnerung an Trafalgar, dessen Jahrestag sie am 21. Oktober zum drittenmal im Verlauf dieses Krieges feiern, den sie durch ein neues Trafalgar schon 1914 zu beendigen dachten, und ergötzen sich an den Fabeln, die ihnen Rudyard Kipling über die Skagerrakschlacht — oder wie sie sagen, über die Jütlandsschlacht vorgaukelt: „Als die deutsche Flotte in der Nacht des 31. Mai nach Hause lief, gab es ein allgemeines sauve qui peut, während der Teufel, der leibhaftig durch unsere Zerstörer vertreten war, hinter ihnen her jagte. Unsere Flottillen gingen weit und breit frohen Muts an die Arbeit. Ein Mann verglich sie mit einer Meute, die ein halbes Hundert versprengter Füchse jagt." Das ist allerdings zum Lachen, aber ernster zu nehmen ist eine Zuschrift des Admirals Fremantle an die „Times", die folgendermaßen eingeleitet wird: „Sir N. Bowden Smith scheint in dem ersten der Briefe, die er am 11. Oktober an die „Times" richtete, mit Kapitän Smith von der Vereinigten Staatenflotte und mit Mr. Winston Churchill die Ansicht zu teilen, daß die Jütlandschlacht ein Fehler und unnütz war, „da die Admirale eine Schlacht an feindlichen Küsten nicht hätten suchen sollen". Da aber diese Schlacht nahe an der Küste des Feindes geschlagen wurde, ohne Verlust durch Minen oder U-Boote, wird die Warnung des Admirals Bowden Smith nicht durch das Ergebnis der Schlacht gerechtfertigt." Unter Berufung auf das leuchtende Beispiel der Drake Hawke, Nelson und Cochrane tritt er für den Angriff ein.

Digitized by Google

„Hawke nahm den Feind zum Piloten und den Blitz der Kanonen zum Leuchtfeuer; Nelson griff bei Abukir bei Anbruch der Nacht an, als ein Teil seiner Schiffe noch detachiert war und Villeneuve klagte: „Nous voir et nous attaquer a été l'affaire d'un moment". In beiden Fällen war der Sieg entscheidend und alle unsere Hauptschlachten, St. Vincent, Comperdown, Trafalgar, wurden nahe der feindlichen Küste geschlagen. Wenn wir unser maritimes Übergewicht und das Vertrauen unserer Seeleute bewahren wollen, müssen wir jeden Feind angreifen, der auf der See erscheint."

Es ist leider nur wenig wahrscheinlich, daß die Autorität Fremantles die Winston Churchills überwiegt. Unsere Seeleute haben den Beweis mehr als einmal erbracht, daß sie die feindliche Küste nicht fürchten. Auch findet Admiral Henderson, der in der Streitfrage gleichfalls das Wort ergreift, daß die englischen Admirale recht taten am 19. August, die ihnen von unserer Flotte gebotene Schlacht nicht anzunehmen, da sie in eine durch Minen und U-Boote vorbereitete Falle geraten wären. Die Grundsätze von Drake, Hawke und Nelson seien am 31. Mai voll aufrecht erhalten worden, aber die Voraussetzungen von Quiberon und Abukir andere als die in der südlichen Nordsee. Das ist ganz richtig, und da die Engländer Wilhelmshaven und Helgoland fürchten und den Tag verfluchen, da Kaiser Wilhelm Helgoland erwarb und Wilhelmshaven zu dem machte, was es heute ist, wird die englische Flotte trotz Nelson, Drake und Hawke, nach wie vor in ihrem Versteck bleiben und ihre Handels-, Wach- und Transportschiffe allmählich von unseren Torpedobooten und U-Bootkreuzern unter Wasser setzen lassen. Inzwischen aber mögen sie ihre Truppen und die der Franzosen gegen unsere Westfront anrennen lassen. Was danach folgen wird, muß eine wohl nicht sehr ferne Zukunft zeigen. Zunächst haben wir nichts dagegen einzuwenden, daß die englischen Seestrategen einander in die Haare fahren, zumal unsere U-Boote inzwischen die Zeit benutzt haben, dem Beispiel der Torpedoboote folgend, dem Kanal einen zweiten Besuch zu machen und dabei 21 Schiffe in die Tiefe zu schicken. Wie diese Dinge auf das englische und auf das französische Publikum wirken, zeigt die erneut aufgenommene Diskussion über die Untertunnelung des Kanals, die, wie stets vorher, an der Erwägung scheitern wird, daß auch Zeiten nicht undenk-

Digitized by Google

bar sind, in denen diese bequeme Verbindung zwischen England und Frankreich außerordentlich gefährlich werden könnte. Aber andere Sorgen gehen zurzeit entschieden vor. Das zeigt die jetzt angekündigte Verstaatlichung aller Weizenvorräte Englands, die Kartoffelkrankheit in Irland, die Ausgabe sechsprozentiger Schatzscheine und die charakteristische Erklärung, die Asquith am 19. Oktober abgab: „Wir müssen beständig daran denken, daß es nicht darauf ankommt, das nötige Geld in England aufzubringen, sondern in Amerika." In Amerika hat man zwar Geld die Hülle und Fülle dank den auch jetzt noch eifrig fortgesetzten Lieferungen von jeder Art Kriegsmaterial an die Alliierten, während es uns nach wie vor mit von Tugend, Neutralitätsgedanken und republikanischen Maximen strotzenden Noten abfindet. Aber in Amerika hat es zugleich eine Mißernte gegeben, die den Export von Weizen, wie es scheint, fast ganz ausschließen wird, in Amerika herrscht nebenher eine sehr schwer von den kleinen Leuten empfundene Teuerung, große Gleichgültigkeit in der überwiegenden Masse der Bevölkerung gegenüber Fragen europäischer Politik, ausgesprochene Abneigung gegen kriegerische Abenteuer und eine ehrliche Furcht vor dem um sich greifenden Ehrgeiz Japans. Unter diesen Umständen spielt sich das „Finish" der Wahlkampagne ab, deren Ergebnis bekannt sein wird, wenn diese Zeilen im Druck erscheinen. Hie Wilson, hie Hughes ist jetzt noch die Parole, und die Propheten hüben und drüben meinen, Wilson werde schließlich den Sieg davon tragen. Das mag wohl sein, an der Weltlage wird es wenig ändern. Einen Anschluß Amerikas an die Entente halte ich in beiden Fällen für ausgeschlossen. Wird Hughes gewählt, so wird bis zum 4. März eine Art politischer Stillstand eintreten, wird für den second term von Wilson entschieden, so gibt es die Fortsetzung einer Politik, über welche keinerlei Illusionen bei uns vorhanden sind. Auch in bezug auf Amerika gilt der Satz, daß wir am besten für den Frieden wirken, wenn wir unseren Feinden tüchtige Hiebe beibringen. Noch ist Rumänien nicht zur Strecke gebracht, aber wir glauben nicht, daß es noch lange währen kann. Der König ist nach Jassy geflüchtet, wo inzwischen der Typhus seinen Einzug gehalten hat. In Rom, Paris und London entrüstet man sich über das Ausstehen des russischen Millionenheeres, daß den Rumänen ursprünglich den Sieg, jetzt nur noch Rettung vor völlig-

Digitized by Google

ſter Zertrümmerung ihrer Macht bringen ſollte. Es ſcheint daß Bratianu, wie nur natürlich wäre, ſich nicht mehr als Miniſter wird behaupten können, der König ſoll Marghiloman zu ſich gerufen haben, und damit tritt, wenn auch nur höchſt unſicher, die Möglichkeit in den Vordergrund, daß Rumänien ſich noch in zwölfter Stunde entſchließt, um Frieden zu bitten, den wir unter gewiſſen Vorausſetzungen, die unſer Intereſſe und das Intereſſe Öſterreich-Ungarns fordern, wohl auch gewähren könnten. Wird dieſer Entſchluß vom König Ferdinand nicht gefaßt, ſo ſehen wir ihn im Geiſt eine Zuflucht in Beßarabien ſuchen, das er unter ganz anderen Vorausſetzungen hätte betreten können, und Rumänien wird Kriegsſchauplatz und durchlebt alle Schrecken, die ein Krieg heute notwendig mit ſich führt. Es iſt ein Augenblick höchſter Spannung, vor dem das junge Königreich Rumänien ſteht, und es gilt das Wort:

„Was du dem Augenblicke abgeſchlagen,
Bringt keine Ewigkeit zurück!“

Daß es den von Sarrail als Sturmbock vorgeſchickten Serben gelingt, ihr nächſtes Ziel, Monaſtir, zu erreichen, kann als höchſt unwahrſcheinlich gelten, obgleich die anderweitig beſchäftigten Bulgaren und was an deutſchen Truppen zur Zeit am Platz iſt, ſie nur mit der linken Hand abwehren. Die Salonikitruppen und die von Weſten her vorrückenden Italiener haben bisher weder Initiative noch militäriſche Tüchtigkeit gezeigt. Sie werden erſt den vollen Ernſt des Kriegs und die Ungunſt ihrer Lage kennen lernen, wenn die Niederlage Rumäniens ihren Abſchluß gefunden und die dadurch freigewordenen Truppen ſich gegen ſie wenden. Zurzeit werden die niederträchtigen Intrigen gegen König Conſtantin und ſeine Griechen fortgeſetzt. Wie es in Wirklichkeit um Griechenland ſteht, wiſſen wir nicht. Griechenland iſt von dem Teil der Welt telegraphiſch und poſtaliſch abgeſchnitten, der nicht unter der Fuchtel Englands ſteht. Italieniſche, engliſche und franzöſiſche Depeſchen ſind die Quellen, aus denen wir ſchöpfen können, und damit iſt ja jeder Blick in die Wirklichkeit ausgeſchloſſen. Zur Ehre der Griechen nehmen wir an, daß wenn ſie, wie jene Quellen behaupten, ſich wirklich allen Forderungen Sarrails und der übrigen diplomatiſchen und militäriſchen Henker, die ihre Arbeit am Leibe Griechenlands verrichten, gefügt haben ſollten, als Niederſchlag eine Erbitterung zurückgeblieben iſt, die früher oder ſpäter ihre Befriedigung ſuchen und

Digitized by Google

finden wird. Eines aber tritt jetzt immer deutlicher zutage, daß die Nation zum Könige, nicht zu Venizelos steht. Die Reihen des kretischen Verräters beginnen bereits sich zu lichten, und trügt nicht alles, so ist die Stunde nicht fern, da die Nemesis ihn fassen wird.

Übrigens ist, wie unter anderem die skandalöse Wegnahme des „Palazzo di Venezia" zeigt, der Papst in nicht viel besserer Lage als König Constantin. Auch er ist belagert, auch an seinem Hof gehen nur die Vertreter der Allierten ein und aus, auch seine Korrespondenz ist vogelfrei und auch ihn erreichen weder Briefe noch Telegramme der Mittelmächte. Das gibt eine um so unwürdigere und unerträglichere Lage, als die Hüter von Recht, Verträgen und Moral diese Gewaltat an einem ehrwürdigen Greise begehen, dessen internationale Rechtsstellung von aller Welt anerkannt ist. Es wäre nur billig, wenn der Ausgang dieses Krieges dem Papste eine territorial gesicherte Stellung, d. h. die Wiederherstellung eines Kirchenstaates brächte, der ihm die Verbinduug mit aller Welt offen hält.

Wir wenden uns nun Rußland zu, von dem wir nicht wissen, ob es heute noch einen Vertreter bei der Kurie hat. Der Auftrag dieses Vertreters war bisher stets, die Gewalttaten zu entschuldigen, welche die russische Regierung an Katholiken und Uniierten zu begehen pflegte, seit sie Untertanen dieses Glaubens hatte. Die letzten dieser Gewalttaten trafen die unglückliche Bevölkerung des Cholmer Landes, das jetzt glücklich wieder mit dem vom russischen Joch befreiten Kongreßpolen vereinigt ist. Heute würde ein russischer Vertreter am Vatikan kaum noch etwas zu tun finden. Auch liegt diese Seite der Politik dem Empfinden der Russen zeitweilig ganz fern.

Nächst dem erbitterten Kampf um die höchsten Regierungsstellen im Reich, die mit erstaunlicher Schnelligkeit von einer Hand in die andere übergehen, ist es die Sorge um die Ernährung des Landes, die alle Gedanken in Anspruch nimmt. Ein so besonnener und angesehener Nationalökonom wie Tugan Baranowski schildert die Lage in den düstersten Farben. „Was sich am Ende des ersten Kriegsjahres nur so eben andeutete — schreibt er — nimmt jetzt sehr bestimmte Verhältnisse an. Länger können wir nicht warten. Der städtischen Bevölkerung droht etwas weit Schlimmeres als die Teurung. Man muß einen direkten Mangel an Lebensmitteln fürchten. Die Versorgungskrisis wuchs in der ganzen Kriegszeit unabwendbar an. Aber in dem letzten 3 bis 4 Monaten hat sie un-

Digitized by Google

heimlich schnelle Fortschritte gemacht." Das wird nun im einzelnen dargelegt, und der Eindruck, den man gewinnt, ist, daß Rußland noch weit mehr als das von England blockierte Deutschland zu leiden hat. Bei uns weiß jedermann, daß wir trotz aller Chikanen in der Lage sind, jedermann im Deutschen Reich und in den von uns besetzten Gebieten vor Hunger zu schützen. In Rußland ist das schon lange nicht mehr der Fall. Man hat gedacht das Branntweinmonopol wieder einzuführen, um die Bauern zu veranlassen, ihr Getreide gegen Wutky herzugeben, davor aber scheut man sich offenbar, auch weiß man, daß die Bauern sich auf anderen Wegen ihren Schnapshunger stillen. Jetzt ist die Rede durch ein staatliches Getreidemonopol dem Übel abzuhelfen, aber Tugan Baranowski bekennt ehrlich, daß er nicht glaube, daß die russischen Behörden imstande seien, eine solche Aufgabe zu lösen. „Wenn der Getreidehandel in die unkontrollierte Verfügung der Beamten kommt . . dann hört der Austausch von Getreide überhaupt auf." Man kann nicht pessimistischer urteilen, denn die Beamten, von denen er offenbar annimmt, daß sie die unvergleichliche Gelegenheit des Monopols zu grandiosen Diebstählen benutzen werden, sind doch die Männer, welche Rußland regieren. Die ruchlose Ermordung des österreichischen Ministerpräsidenten Grafen Stürgckh hat einen der besten und bestbewährten Männer der Monarchie, Dr. v. Koerber, an die Spitze der österreichischen Regierung geführt. Allseitiges Vertrauen kommt ihm entgegen und ebenso den Männern, die nunmehr von ihm zur Mitarbeit in dieser verantwortungsschweren Zeit herangezogen würden.

Seit acht Tagen harren wir einer großen Entscheidung in der polnischen Frage. Es handelt sich um die Zukunft der Kongreßpolen. Die Entscheidung ist bereits erfolgt und über das „Wie?" müssen die nächsten Tage uns eine offizielle Mitteilung bringen. Bis dahin ist Schweigen geboten. Eines können wir aber schon jetzt sagen, daß keine der zum Urteil berufenen Stellen übergangen worden ist und daß volle Einmütigkeit erreicht wurde.

Digitized by Google

Notizen

Die Debatte über die Meerengenfrage wird in der deutschen Presse lebhaft fortgesetzt. Am bedeutsamsten ist es, daß die „Deutsche Tageszeitung" von der G. Bernhardschen Auffassung in der „Vossischen Zeitung", daß Konstantinopel kein Hindernis, sondern eine „Brücke" zwischen Rußland und Deutschland darstellte, energisch abrückt:

„Die von Rohrbach ebenso wie von Schmidt besonders angegriffene „Vossische Zeitung" ist seinerzeit vom Bestreben ausgegangen, den von dem Russen Miljukow geschriebenen Satz zu entkräften, nach dem sich in Konstantinopel die Wege Rußlands und des Deutschen Reichs kreuzten. Die „Vossische Zeitung" hat nun zwar diese Entkräftung nicht zuwege gebracht, und es beruht auf ihrem Mangel an Kenntnis der Bedeutung und der geschichtlichen Entwickelung des Problems der türkischen Meerengen, wenn das Blatt meint, es genüge, daß Rußland einsähe, daß in Wirklichkeit die Meerengenfrage gar nicht so bedenklich und schwierig sei, zumal ja Rußlands eigentliches Interesse an den Meerengen und Konstantinopel nur wirtschaftlicher Natur sei. Man könne durch andere Meerengenbestimmungen erreichen, daß die Türkei für Rußland kein Hindernis mehr, sondern eine Brücke sei."

Und zum Schluß kommt die „Deutsche Tageszeitung" nochmals auf die Bernhardsche Theorie zu sprechen, indem sie schreibt:

„Daß Rußland nicht, wie die „Vossische Zeitung" meint, sich durch milde Belehrung über sein wahres Heil zu derartigen Kompromissen veranlaßt sehen würde, versteht sich von selbst. Es ist eben die Machtfrage und immer wieder die Machtfrage als die einzig wirkliche erfolgreiche Lehrmeisterin. Bis es so weit ist, das werden die Türkei und werden ihre Bundesgenossen mit Ruhe abwarten, denn sie sind es, welche die Meerengen haben, — nicht die Russen."

Dieses Blatt, in dem Graf Reventlows Geist waltet, macht aber noch einige weitere, beachtenswerte Bemerkungen.

„Wenn Rußland, wie Rohrbach zu meinen scheint, anstatt diese Spatzen (d. h. die freie Durchfahrt) in der Hand, die Taube auf dem Dache, den Besitz von Konstantinopel vorzöge, so wäre die Frage natürlich negativ erledigt. Nach dem Gange der russischen Geschichte ist aber die russische Politik niemals durch Doktrin in der Praxis gestaltet worden. Wenn Rohrbach und seine Gesinnungsgenossen immer wieder sagen, daß Rußland niemals davon ablassen würde, Konstantinopels Besitz anzustreben, so mag das richtig sein, aber ebenso unrichtig ist die Schlußfolgerung daraus, daß ein Kompromiß außer Betracht sei, und noch dazu ein Kompromiß, welcher vorteilhafter wäre, als die bisherigen."

Die Feststellung, daß die von Rohrbach und mir verfochtene Theorie, Rußland werde nie von Konstantinopel lassen, stimmt, wird hier, so viel mir bekannt ist, zum erstenmal in der „Deutschen Tageszeitung" als richtig anerkannt. An sich wäre natürlich nichts gegen den Plan einzuwenden, im Frieden ein einzelnes russisches Kriegs-

Digitized by Google

schiff die Meerengen passieren zu lassen, nur soll man nicht der Einbildung leben, daß hierdurch Rußlands Wünsche befriedigt sein würden. Das Festhalten am Testamente Peters des Großen (d. h. doch die Eroberung Konstantinopels) ist nämlich, wie noch kürzlich eine der führenden Persönlichkeiten im fortschrittlichen Dumablock, Schulgin, meinte, eine Selbstverständlichkeit für jeden Russen. Warum Deutschland also, wenn Rußland doch einmal Konstantinopels wegen Deutschlands Gegner bleibt, ein Interesse daran haben soll, Rußland neuen Konfliktsstoff zu liefern, ist nicht recht verständlich. Würde doch Deutschland durch solch einen Kompromiß leicht wieder in eine Situation geraten, wie zu Beginn dieses Weltkrieges, indem beim nächsten internationalen Konflikt Rußland unweigerlich die Rolle Italiens oder Rumäniens übernehmen würde, um Konstantinopel in seinen Besitz zu bringen.

Jetzt zum „Berliner Tageblatt". Hans Vorst hat in ihm eine Reihe von höchst sonderbaren Entdeckungen gemacht. Vor allem die, daß „General Kuropatkin einer der hervorragendsten Pazifisten" sei. Freilich teilt er selbst einige Zeilen weiter mit, daß dieser friedliche Pazifist den „Erwerb zweier steinerner Ecken am Schwarz-Meer-Ufer des Bosporus Gibraltar ähnlich für wünschenswert hält, um die verwundbarste Stelle des russischen Reiches, die Küste des Schwarzen Meeres vor feindlichen Angriffen zu schützen." „Aber — so fügt H. Vorst beruhigend hinzu: — „auch dieses Ziel ist ihm nicht dringlich und er meint, daß es im Laufe der Jahrhunderte friedlich erreicht werden könne." Selbst H. Vorst findet aber, daß jetzt von Freundschaft mit Rußland zu sprechen, „unwürdig", und „die Spielerei mit Separatfriedensmöglichkeiten politisch ungebildet sei."

Zu diesen Ausführungen wäre nur zu bemerken, daß Kuropatkin natürlich kurz nach der japanischen Niederlage die Balkanfrage nicht für dringlich halten konnte, weil Rußland ganz und gar nicht imstande gewesen wäre, einen Krieg zu führen. Zudem gehörte er zu den wenigen russischen Militärschriftstellern, die Alexanders III. fernasiatischer Politik treu geblieben sind. Er will daher zuerst die asiatischen Probleme Rußlands mit Feuer und Schwert erledigt wissen. Pazifist ist er deswegen noch nicht. Stammt doch von ihm das Wort: „Rußlands natürlicher Zustand ist der Krieg, und zwar der Angriffskrieg." Richtig ist nur, daß Kuropatkin den europäischen Konflikt vertagt, nicht aber aufgegeben sehen wollte, weil durch die stark wachsende russische Bevölkerung jeder spätere Krieg leichter zu gewinnen wäre. Was endlich H. Vorsts schlauen Plan betrifft, daß Deutschland mit England das gemeinsame Interesse besitze, Rußland von den Meerengen fern zu halten und wiederum mit Rußland den gemeinsamen Wunsch, die Freiheit der Meere und Meerengen zu erringen, so bin ich nicht so unhöflich, wie Professor Hoetzsch, es mit dem Worte „barer Unsinn"[1] abzutun, sondern weise auf folgende

[1] Bei dieser Gelegenheit sei festgestellt, daß in Professor Hoetzschs Artikel für den Uneingeweihten der Anschein entsteht, als ob der von ihm mit „barem Unsinn" bezeichnete Gedanke von Rohrbach oder mir stamme, gegen die er polemisiert. Daß es Hans Vorst

Digitized by Google

Tatsache hin. Schon einmal hat solch eine Politik zu schlimmem Ende geführt. Weder hat England es uns gedankt, daß wir den russischen Vorschlag ablehnten, den Burenkrieg auszunutzen, noch Rußland, als wir Englands Anerbieten von uns wiesen, aus seinen japanischen Nöten Vorteil zu ziehen. Wohl aber hat es beide nicht abgehalten, sich zu vereinigen und über uns herzufallen. Doch genug von dem Feuilletonisten Hans Borst, den der Krieg verlockt hat, sich auf das Gebiet der hohen Politik zu begeben. Wichtiger ist es, daß G. Bernhard von der „Deutschen Tageszeitung" wegen seines Brückenschlagens nach Rußland energisch abgeschüttelt worden ist. Daß dabei natürlich gegen Rohrbach und mich mancher Seitenhieb fällt, gehört zum journalistischen Handwerk, um ein Rückzugsgefecht zu decken. Jetzt hat aber wieder Georg Bernhard das Wort, und zwar geht es um den Befähigungsnachweis in orientalischen Dingen, da ihm seitens der „Deutschen Tageszeitung", die es bisher für die „Vossische Zeitung" an Wohlwollen nicht hat fehlen lassen, „Mangel an Kenntnissen" nicht weniger als zweimal attestiert worden ist. Axel Schmidt

Friedenshindernisse in England. In einem Artikel „Weshalb wird der Weltkrieg fortgesetzt" kritisiert „Aftonbladet" die letzten englischen Friedensbedingungen der „Fair Play" und der „National Review". „Wenn man diese Phantasien der ‚höheren Politik' liest, wird man sehr besorgt darüber, wohin Ähnliches führen soll. Ist der englische Wirklichkeitssinn so umnebelt, daß man auch eine Sekunde sich einbilden kann, daß Friedensbedingungen dieser Sorte in Frage kommen könnten? Die Äußerungen der beiden Londoner Zeitungen sind derart, daß niemand daran zweifeln kann, wo die Ursache zu suchen ist, daß der Krieg nicht aufhören kann."

„Wir haben nicht das Recht, Elsaß-Lothringen zurückzufordern!" „Wenn man nur stufenweise Abrüstung fordert und nicht endgültig auf jede Revanche-Idee, auf die mit Waffengewalt zu erzielende Wiederherstellung des Frankreich von 1869 verzichtet, so ist das ein Widerspruch; wir können den Frieden der Welt nur sicherstellen und ihn der Welt vorschlagen, wenn wir ohne Vorbehalt und ohne Hintergedanken jede Idee von einer militärischen Revanche fallen lassen. Wir müssen endlich Stellung nehmen. Wir haben uns lange genug in Zweideutigkeit, Ohnmacht und Lüge bewegt. Die Politik der Wahrheit, ... erlaubt in bezug auf dieses gewaltige Problem kein Beinahe, keinen Kompromiß, keine Hinterhältigkeiten. Wir wollen das ‚ganze' Frankreich durch die ganze Menschheitsidee erwecken. Aber für dieses große Werk, für diese kraftvolle und humanitäre Erziehung des französischen Bewußtseins, sind weder oratorische Vorsichtigkeiten, noch unsichere Verbindungen von nöten. Wir müssen endlich zwischen der Revanche-Politik und der Friedenspolitik unsre Wahl treffen und nicht länger in dunklen Widersprüchen reden, in denen sich seit 30 Jahren unsre Lebenskraft und Wahrhaftigkeit verliert."

---

sei, kann man um so weniger vermuten, als Professor Hoetzsch zu Anfang des Artikels ihn einen Schriftsteller nennt, „der sich ernsthaft um ein eigenes Urteil über Rußland bemüht".

Digitized by Google

Ein anderer Artikel desselben Verfassers richtet sich gegen den „glücklicherweise im Abnehmen begriffenen Revolutions-Chauvinismus in Frankreich". Darin finden wir folgende treffliche Ausführungen:

„Wir wollen nichts von feindseligen und händelsüchtigen Allianzen wissen. Wir wollen nur ein Bündnis Frankreichs mit ganz Europa, gerichtet auf den allgemeinen Frieden und die allgemeine Abrüstung ... Wenn Frankreich für die Fortsetzung und Steigerung des Werks der Revolution, für die Gewährleistung der politischen Freiheit und die Organisation der sozialen Gerechtigkeit die Wiederherstellung seiner Grenzen von 1870 nötig hätte, dann wären wir die ersten, selbst mit Waffengewalt die Revision des Frankfurter Friedenvertrages zu verlangen. ... Aber wir glauben, und wir wissen, daß Frankreich trotz der grausamen Verstümmeluug, die es 1870 erlitten, und ohne von neuem einen Krieg über Europa zu entfesseln, den wesentlichen Teil seines Berufs und seiner Pflicht erfüllen kann. Wenn es will, kann es in den ein wenig engeren Grenzen, die ihm die Härte der Geschichte und auch die Folgen seiner eigenen Fehler angewiesen haben, seine nationale Unabhängigkeit, seine freie und stolze Entwicklung zur vollen politischen und sozialen Demokratie sicherstellen. Es kann dadurch dem Fortschritt der Menschheit und der gemeinsamen Sache der Freiheit und des Rechts dienen. Und im Gegensatz dazu würde es durch hartnäckige Forderungen, für die es keine andere Lösung gibt als den Krieg, und die endlosen Konflikten den Weg öffnen, die Herrschaft der Gewalt in der Welt verlängern. Es würde der unbegrenzten Herrschaft des Militarismus einen nur zu erwünschten Vorwand liefern ... Ich erkläre es rund heraus, wir haben nicht das Recht, die elsaß-lothringische Frage als ewige Ursache eines möglichen Krieges, des Mißtrauens und der Unruhe in der Welt aufrecht zu erhalten. Wir haben nicht das Recht, unter dem plumpen Namen der Revanche oder dem gewählteren der Reparation von der Zukunft die Gunst der Gewalt zu erhoffen ... Alles, was dazu beiträgt, den Frieden zu etwas Ungewissem und Provisorischem zu machen, das man bloß in Erwartung von etwas Besserem erträgt, ist heute gegen das Recht. Das werden wir nicht aufhören zu wiederholen, es wird auch immer mehr die wahre Gesinnung Frankreichs, und nur ein falsches Schamgefühl, eine moralische Feigheit läßt das Volk noch zaudern, über sich selbst und sein wahres Wollen sich Rechenschaft abzulegen. Aber das französische Bewußtsein kann nicht ewig in diesem zweideutigen und verwirrten Zustande verharren, der die wirtschaftliche, politische, soziale und humanitäre Tätigkeit Frankreichs lähmt und beschwert. Weil Frankreich sich nicht dem Krieg verschreiben kann und will, muß es für sich und die Welt das Frankreich des Friedens sein. Nur die sind gute Patrioten, welche ihm helfen, aus der tödlichen Zweideutigkeit und entkräftenden Heuchelei herauszukommen ..."

Und wer war es, der also schrieb? Jean Jaurès, in bisher in Deutschland gar nicht bekannt gewordenen Artikeln der „Petite République" vom 25. Januar und 5. Dezember 1901.

Digitized by Google

Der Zustand der Kathedrale in Reims. In dem Kammerbericht der Kommission für Kriegsschäden zur Prüfung der verschiedenen Gesetzentwürfe über die Heilung der Kriegsschäden befindet sich auch ein Bericht der Abgeordneten Gaston Calpin, Marquis de Kernier und Marquis de Dion über die Kriegsschäden in der Marnegegend. Auf Grund persönlichen Augenscheins berichten sie über den Zustand von Reims: Mehrere parlamentarische Abordnungen haben sich nach Reims begeben. Da anderseits die Beschießung mit Unterbrechungen anhält, kann man nicht vorher sagen, wo die Beschädigungen aufhören werden. Aus diesem Grunde halten wir es für unnötig, sie aufzuzählen. Das reichste Viertel der Stadt ist sehr beschädigt. Die Kathedrale ist weniger betroffen, als man anfänglich glaubte, und obwohl die Schäden erheblich sind, scheint sie uns unbedingt wieder herstellbar, wenn auch um den Preis mehrerer Millionen. Wir können nicht dringend genug auf den kritischen Zustand des Gewölbes hinweisen, das infolge des Dachbrandes dem Unwetter ausgesetzt ist und ständig von Wasser durchdrungen wird. Wenn man es nicht durch irgendein Notdach, Zink, Wetterpiane oder Dachpappe vor Regen schützt, ist zu befürchten, daß der Frost das Gewölbe sprengen und einen allgemeinen Zusammensturz dieses Gewölbes mit sich bringe, was alle Wiederherstellungen, wenn nicht unmöglich, so doch außerordentlich schwierig machen würde. Wir können nicht dringend genug darauf bestehen, daß sofort das Notwendige angeordnet werde.

Französische Außenhandelssorgen. Im August 1916 betrug die Einfuhr 1 083 730 000 Frank, die Ausfuhr 249 965 000 Frank. Für die ersten acht Monate betrug die Einfuhr im Jahre 1916: 6 498 041 000, im Jahre 1915: 5 078 684 000, mithin im Jahre 1916 ein Mehr von 1 419 357 000 Frank; die Ausfuhr dagegen betrug im Jahre 1916: 2 243 814 000, im Jahre 1915: 1 922 453 000, mithin im Jahre 1916 ein Mehr von 321 361 000 Frank.

Die Handelsbilanz für die ersten acht Monate ergibt also unter Zugrundelegung der wahren Sätze von 1914 ein Defizit von 4254 Millionen. Um aber das tatsächliche Defizit kennen zu lernen, muß man die Eingänge um 91 Prozent, die Ausgänge um 50 Prozent erhöhen. Dann kommt man zu folgenden Resultaten: Einfuhr: 12 411 Millionen Frank, Ausfuhr: 3366 Millionen Frank, Einfuhrüberschuß: 9045 Frank.

Dazu schreibt der „Temps“ am 22. September: „Es ist im Interesse unseres Wechselkurses dringend notwendig, daß die Käufe im Ausland eingeschränkt werden.“ Und „Parole“ fügt hinzu: „Leider wird nach dem Krieg unsere Fähigkeit, Ausfuhrhandel zu treiben, sehr gering sein. Dafür wird die Einfuhr höchstwahrscheinlich sehr groß sein. Während die englische Regierung in Voraussicht der Wichtigkeit des Frachtenproblems einige hervorragende Persönlichkeiten des Seehandels in eine beratende Behörde mit weitgehenden Machtbefugnissen berief, hielt es unser Marineminister für richtig, die Schiffsbauer nach seinem Gutdünken zu behandeln, und verbarg sogar nicht seine Absicht, eine gewisse Gesellschaft zu ruinieren. Die Engländer hingegen zögerten nicht, Frachtsätze anzubieten, die die

Digitized by Google

bestehenden um die Hälfte übertrafen; auf diese Art hatten sie die Tonnage, die sie benötigten."

Ein Vernichtungsschlag gegen den russischen Liberalismus. Die „Nowoje Wremja" hat kürzlich folgende „amtliche" Bekanntmachung mitgeteilt: „Der Ministerrat verfügt auf Grundlage des § 87 der Reichsgrundgesetze: Der Minister des Inneren und die von ihm dazu bevollmächtigten Personen erhalten von nun ab das Recht, Polizeibeamte in alle auch nicht öffentliche Versammlungen der gesellschaftlichen Organisationen, in die Sitzungen ihrer Komitees und ihrer Vertrauensleute abzudelegieren, — mit der Vollmacht, die Versammlungen und Sitzungen nötigenfalls zu schließen." Und weiter bringt der „Denj", gleichfalls vom 10./23. September, die Meldung, daß der Minister des Inneren zum Unterhalt von Polizeikommandos im europäischen und asiatischen Rußland für die Zeit vom 1. Juli 1916 bis 1. Januar 1917 eine außerordentliche Anweisung von 6913937 Rubel verlangt.

Diese beiden Verfügungen sind der schwerste im gegenwärtigen Kriege gegen den russischen Liberalismus geführte Schlag, ja ein geradezu beispielloser Affront gegen die gesamte russische Gesellschaft! Wer sind denn diese „gesellschaftlichen Organisationen", deren Versammlungen, Komiteesitzungen und privaten Beratungen von nun ab unter der Kontrolle von mit dem Vetorecht ausgestatteten Polizeibeamten zu stehen haben? Sind es irgendwelche kleinen Vereine, Klubs und Gesellschaften? Ja, gewiß auch solche! Alle privaten Vereinigungen stehen ja von nun ab unter ständiger polizeilicher Aufsicht. In erster Linie wendet sich dieser Erlaß jedoch gegen die beiden größten privaten Kriegsorganisationen, gegen den „Allgemeinen Städteverband" und gegen den „Allgemeinen Landschaftsverband". Das aber sind nicht Duodez-Genossenschaften. Es sind Vereinigungen, die Millionen von Mitgliedern und Millionen an Kapital zählen. An ihrer Spitze stehen der Oberbürgermeister von Moskau und der Fürst Ljwow. Sie umfassen ganz Rußland, — Stadt und Land. In ihren Händen liegt nicht nur — wie zur Zeit ihrer Gründung — die gesamte private Kriegshilfe für Verwundete, für Witwen und Waisen Gefallener; sie unterhalten nicht nur Hunderte von Lazaretten, Lazarettzügen, Speiseanstalten, Apotheken usw. usw.; nein, auch die Organisation der privaten Kriegsindustrie ist von ihnen mit größtem Erfolg in die Hand genommen worden; Munitionsfabriken, Laboratorien, Eisen- und Stahlwerke haben sie gegründet und erhalten. Zu ihnen gehört alles, was in Rußland den Kriegswillen verkörpert. Und gegen diese mächtigen Organisationen, ohne deren Hilfe, ohne deren (für Rußland beispiellose) Zähigkeit und Opferfreudigkeit nie und nimmer die heutige große Offensive hätte unternommen werden können — gegen diese wendet sich jetzt die Regierung, lähmt ihre Tatkraft, beaufsichtigt ihre Versammlungen und Sitzungen, stellt den Polizeibeamten anheim, zu entscheiden, ob und was dort verhandelt, beraten, beschlossen werden kann! Und das alles nicht auf normalem Wege, auf Beschluß der gesetzgebenden Körperschaften. Nein, auf

Digitized by Google

Grund des § 87, der der Regierung das Recht verleiht, außerhalb der Legislaturperiode in dringendsten Fällen über den Kopf des Parlaments hinweg Gesetze zu erlassen, ergeht diese Verordnung! Was hat das zu bedeuten? Die beiden genannten Organisationen repräsentieren, wie gesagt, den kriegsbereiten, ja den kriegsbegeisterten Teil des russischen Volkes. Wendet sich die neue Verfügung gegen die Verbände wegen dieses ihres kriegerischen Charakters? Haben wir eine wachsende Friedensstimmung innerhalb der russischen Regierung daraus zu folgern? Es läge nahe, dieses anzunehmen — denn zweifellos wird das neue Gesetz den Arbeitswillen, die Arbeitsfreudigkeit der Verbände lähmen, und dadurch die Schlagkraft des russischen Heeres herabsetzen, die Verpflegung der Verwundeten und die Versorgung der Armee mit Waffen und Munition gefährden.

Trotz dieser sicheren Folgen müssen wir einer solchen Auslegung der Beweggründe der russischen Regierung nur mit Vorsicht begegnen. Denn noch eine andere Erklärung wäre möglich und hat vieles für sich. Die genannten Verbände sind nämlich nicht mehr und nicht weniger als der gesamte organisierte russische Liberalismus. Noch einmal — der organisierte, in vaterländischer zielbewußter Arbeit erstarkte, zusammengeschweißte, zum Bewußtsein seiner Macht erwachte Liberalismus. Die liberale russische Gesellschaft hat ein großes, ja gewaltiges Kriegswerk getan, hat die bisher von ihr befehdete Regierung gestützt und gefördert, hat Opfer für den erhofften Sieg der russischen Waffen gebracht, die in der russischen Geschichte ohnegleichen sind. Nicht unsonst. Die Rechnung wird einst den russischen Regierenden präsentiert werden — mit Zins und Zinseszins — und das ist es, was diese fürchtet. Zu stark, zu mächtig, zu selbstbewußt, zu wohlgefügt ist dieser liberale russische Kriegsbau, als daß die konservative russische Regierung seinem weiteren Wachsen und Erstarken ruhig zusehen könnte. Nur allzuleicht könnte das zur Bekämpfung des äußeren Feindes geschaffene Werk sich nach dem Kriege der Bekämpfung der konservativen Regierung zuwenden. Das aber darf nicht sein. Dem muß ein Riegel vorgeschoben werden — solange es noch Zeit ist, ehe die großen Organisationen innerlich so gefestigt sind, daß sie durch nichts mehr erschüttert werden können. Darum — heran die Polizisten, heran die kleinliche Schikane und Nörgelei, die den Mitgliedern der Verbände die Arbeit so lange verleiden und verekeln sollen, bis sie es vorziehen, die Hände davon zu lassen. Dann hat die Regierung gewonnenes Spiel: der zermürbte und zerbröckelnde Bau wird auf den ersten festen Anstoß zusammenbrechen.

So etwa ließe sich der neueste Schritt der russischen Regierung auch noch erklären. Auch noch. Denn — sollte die konservative russische Regierung wirklich zu einem Frieden geneigt sein, dann schlüge sie mit der Vernichtung der gesellschaftlichen Verbände zwei Fliegen mit einer Klappe: sie träfe die überzeugtesten Träger des russischen Kriegsgedankens aufs Haupt und versetzte gleichzeitig dem gefürchteten russischen Liberalismus den schwersten Schlag.

Digitized by Google

Was wird der neue russische Innenminister Protopopow, dem man eine liberale Gesinnung nachsagt, zu diesem einige Tage vor seinem Amtsantritt erlassenen Gesetz sagen? Die allernächste Zeit muß die Entscheidung bringen, wohin das russische Staatsschiff steuert.

Neuerscheinungen

Die Kämpfe auf dem Balkan schildert Emil Ludwig in Berichten aus der Türkei, Serbien und Griechenland aus den Jahren 1915—16. Kriegsfahrten, Augenblicksbilder aus dem Balkan, Persönlichkeiten, politische Probleme der Balkanländer werden von einem guten Beobachter und lebhaften Schilderer dem Interesse nahe gebracht. (S. Fischer, Berlin).

Dem alten Wien ist wieder ein Denkmal gesetzt worden: Richard Smekal ließ aus zeitgenössischen Stimmen und Bekenntnissen von der Zeit des Barok bis in den Vormärz des 19. Jahrhunderts die Geschichte des Burgtheaters erstehen („Das alte Burgtheater"; der Kunstverlag Anton Schroll & Co., Wien bringt es in guter freundlicher Ausstattung heraus). Dieses Theater ist ein Wahrzeichen Wiens wie der Stephansdom als die höchste geistige Pflegstätte alter österreichischer Kultur. Die Österreicher nennen es mit Liebe und Stolz, Reichsdeutsche und die Welt mit Verehrung und Achtung. Aus unmittelbarem Erleben sprechen diese Blätter von Dichtern, Direktoren, Schauspielern und Publikum. Sie spiegeln den wechselnden Zeitgeschmack und die Tageslaune, aber auch den steten Ernst und reinen Willen zur Kunst, Österreich zu Ruhm und Ehre.

Die neuen Inselbücher, die jetzt schon bis zur Zahl 205 vorgeschritten sind, werden mit einem Stück aus Ranke („Die großen Mächte") eingeleitet. Die folgenden Nummern bringen Dichtungen und Geschichten aus der Kultur des Orients, Gedichte des alten Chinesen Li-tai-pe, das Gilgamesch-Epos und Jüdische Geschichten von J. L. Perez. Die Übertragung von Zolas Gustave Flaubert stellt der Unvoreingenommenheit des deutschen Buchhandels ein neues günstiges Zeugnis aus.

Literatur

Joh. Pfitzner, Die Panamerikanische Finanzkonferenz vom 24. bis 29. Mai 1915. Jena, Verlag von Gustav Fischer 1915. 8°. 41 S (Kriegswirtschaftliche Untersuchungen aus dem Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft an der Universität Kiel. Herausgegeben von Prof. Dr. Bernhard Harms. Zweites Heft.)

Zu den Traditionen der nicht ideenreichen auswärtigen Politik der Vereinigten Staaten von Amerika gehört der „panamerikanische" Gedanke, der seit Anfang des 19. Jahrhunderts zuerst in der mehr politischen Form der Monroe-Doktrin auftrat, seit den achtziger Jahren aber mit größerer Bewußtheit eine wirtschaftliche Annäherung

Digitized by Google

der Staaten Nord- und Südamerikas anstrebte. Es wurden bisher von diesen Staaten beschickte Konferenzen, 1889, 1901, 1906 und 1910 abgehalten, und ein gemeinsames Bureau in Washington gibt zahlreiche Druckschriften heraus, unter denen sich insbesondere das monatliche Bulletin der Union, ein gefälliges Bilderbuch, guten Absatzes erfreut.

Die Schrift Pfitzners, die sich im wesentlichen auf einen lediglich referierenden Bericht beschränkt, ohne einer sachhaltigen Untersuchung der Probleme näherzutreten, bietet einleitend einen kurzen Abriß über die bisherige Geschichte der Bewegung. Als eine Besonderheit darf aus diesen Mitteilungen hervorgehoben werden, daß sich die erste Konferenz, nach Konstituierung des Bureaus, zunächst auf eine 42-tägige Rundreise durch die Vereinigten Staaten begab. Aber trotz dieses Versuches, die Geschäftsformen eines Wanderzirkus für die Zwecke der Diplomatie fruchtbar zu machen, hat die Bewegung eine wirklich elementare Kraft bisher nicht erwerben können. Sie entspringt keineswegs einem spontanen Bedürfnis aller amerikanischen Staaten, sondern sie ist wesentlich ein mit Beharrlichkeit angewandtes Instrument in der Politik der Vereinigten Staaten, die Hegemonie über seinen Kontinent mit den Mitteln kommerzieller Durchdringung, statt militärischer Überwältigung, zu erwerben.

Diesem Ziele sollte auch die jüngst abgehaltene Finanzkonferenz dienen, die sich in der Tat mit allen wirtschaftlichen Fragen befaßte. Durch den amerikanischen Schatzsekretär, Mc. Adoo, werden wir darüber belehrt, daß die Länder der amerikanischen Hemisphäre schwer betroffen seien, und sie auf Mittel und Wege sinnen müßten, ihre Interessen gegenüber den Folgen des europäischen Krieges zu wahren. Im übrigen seien es nicht egoistische Motive und schmutziges Verlangen nach materiellem Gewinn, die diese Konferenz ins Leben gerufen hätten, sondern es seien hohe Ideale der Freiheit, Gerechtigung, der Menschlichkeit und überhaupt einer Stärkung der moralischen Macht. Der Verlauf des Krieges hat uns die Möglichkeit gegeben, den eigentümlichen Reiz dieser vornehmen Sprache völlig zu genießen. Immerhin läßt sich fragen, ob nicht vom Standpunkt „hoher Ideale" eine Zusammenfassung aller neutralen Staaten folgerichtiger gewesen wäre, als eine einseitige Bevorzugung derer, von denen man erwartete, daß sie der ökonomischen Einflußsphäre der europäischen Staaten für die Dauer des Krieges entzogen sein würden.

Die wirtschaftlichen Erwägungen und Beschlüsse, die sich auf alle Gebiete der Verwaltung bezogen, stellen zwar ein großartiges Programm auf, das jedoch nur in geringem Umfange auf Verwirklichung rechnen kann. Das Kernstück der Verhandlungen bildete die Rede von Paul M. Warburg über die künftige Stellung des Dollar-Wechsels, der eine Darlegung der technischen Seiten der Federal Reserve Act von 1913 durch den Gouverneur des Bundesreserveamts vorausgegangen war. Warburg glaubt, daß es gelingen werde, mit Hilfe der neu errichteten Auslandsbanken auch dem Dollar-Wechsel einen geachteten Platz neben dem Mark- und

Digitized by Google

Pfund-Wechsel zu verschaffen. Er ist vorsichtig genug, nicht von einer Verdrängung Londons durch New York zu sprechen. Auch wird man noch abwarten müssen, welche Wirkung das neue Gesetz haben wird, das vorerst, für eine auf etwa zwanzig Jahre bemessene Übergangsfrist, den komplizierten Charakter des amerikanischen Bankwesens noch nicht beseitigt, in welchem sich doktrinäre Denkfehler und partikularistisches Mißtrauen zu Gebilden von anarchischer Unform verdichtet haben.

Mit den panamerikanischen Bestrebungen haben diese Fragen aber wenig zu tun. Wenn die Bewegung nichts weiter bezweckt, als Europa eine schärfere Konkurrenz als bisher in den amerikanischen Staaten entgegenzustellen, so muß ihre Einkleidung als allzu gewichtig bezeichnet werden. Glaubt sie aber eine wirkliche wirtschaftliche und damit auch politische Übermacht der Vereinigten Staaten auf dem amerikanischen Kontinent herbeiführen zu können, so verkennt sie völlig die Richtung, in welcher die ökonomischen Kraftlinien verlaufen. Die gesamten Staaten Amerikas sind auch heute noch insofern Kolonien Europas, als, trotz teilweise veränderten Charakters des Warenaustausches, die Kausation der wirtschaftlichen Bewegung in Europa liegt, und über dieses auch noch ein bedeutender Teil der Verbindungen zwischen dem amerikanischen Süden und Norden verläuft. Das so geschaffene Grundgewebe von wirtschaftlichen Beziehungen kann auch durch den europäischen Krieg noch nicht wesentlich verändert werden. Die Vereinigten Staaten hatten allerdings zu Beginn des Krieges eine kurze Spanne der Entscheidung, ob sie den Versuch machen wollten, ihre mit ungeheuren Kräften ausgestattete Wirtschaftsmaschine einer zielbewußten Eroberung neuer Märkte dienstbar zu machen. Die Pflicht gegenüber ihren „hohen Idealen" hat sie jedoch dahin geführt, ihre metallurgische und chemische Industrie so völlig in den Dienst des Kriegsbetriebes der Alliierten zu stellen, daß sie wirklich stoßfähige Kräfte zur Verfolgung großer wirtschaftlicher Ziele kaum noch frei haben können. Ob ihnen diese Freiheit aus dem neuen Reichtum erstehen wird, ist sehr fraglich, denn wirtschaftliche Schuldverhältnisse entscheiden noch nicht über politische Macht.

Vom Standpunkt der europäischen, und im besonderen auch der deutschen Politik kann dem Gedanken der panamerikanischen Union besondere Bedeutung nicht zuerkannt werden. Entscheidende wirtschaftliche Aktionen können nur von einem politisch durchgebildeten Volke ausgeführt werden. Die Amerikaner bemühen sich auf wunderbaren Wegen, zu einem solchen Volke heranzureifen. Einstweilen sind sie doch wohl, trotz der Bedeutung, welche ihrer Stellungnahme aus rein mechanischen Gründen in der gegenwärtigen Lage zukommt, politisch noch so amorph, daß ihnen kein Führer das Opfer eines wahrhaften Krieges, sei es auch nur mit Mexiko, ansinnen darf.

Eduard Rosenbaum

Nachdruck aus dem Inhalt unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kölbe, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Weimar. Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Diesch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

1. Jahrgang * 17. November 1916 * Heft 47

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:
Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Polen

Von Dr. Paul Rohrbach

Über die Wiederherstellung des Königreichs Polen ist es einstweilen nur mit Schwierigkeiten möglich, sich auszusprechen. Auch ohne äußere Beschränkung liegen Hindernisse der verschiedensten Art in der inneren Natur der augenblicklichen Lage. Die Grenzen, die für das Königreich im Frieden zu erstreben sind, die Gestaltung seines Verhältnisses zu Deutschland und zu Mitteleuropa, seine innern Einrichtungen, die Folgen, die sich aus seinem Dasein für manche reichsdeutschen Fragen ergeben, und noch einiges andere — es entzieht sich, solange nicht eine allgemeine politisch-militärische Klärung eintritt, der öffentlichen Behandlung. Man könnte also vielleicht meinen, es sei am besten, über Polen vorläufig gar nichts Eigenes zu schreiben, und sich auf die Wiedergabe der offiziellen und offiziösen Kundgebungen zu beschränken.

Man könnte es, aber es wäre falsch. An zwei Punkten von wesentlicher, ja von entscheidender Wichtigkeit ist die Erörterung frei und daher geboten. Bei dem einen handelt es sich um die Wesensverschiedenheit, die zwischen dem einstigen und dem jetzigen Polen in wirtschaftlich-sozialer Hinsicht besteht; bei dem anderen um die Begründung, die der Proklamation über das wiederhergestellte Polen von halbamtlicher Seite mitgegeben worden ist.

Der frühere polnische Staat ist zugrunde gegangen, weil er keinen Ausweg aus den seine Kräfte auflösenden Wirkungen des ständischen Prinzips fand. Die Stände in Polen waren Adel und Geistlichkeit; einen dritten Stand gab es nicht. Der Kampf zwischen Ständen und Krone endete in

Digitized by Google

Polen mit der unbedingten Übermacht des Adels. Er ist nicht nur auf polnischem Gebiet durchgekämpft worden, sondern er hat im 17. und 18. Jahrhundert, der Zeit, wo Polen niederging, auch noch andere europäische Gemeinwesen erfüllt. In Preußen führte er zum vollkommenen Siege der Monarchie unter dem großen Kurfürsten und Friedrich Wilhelm I. In England wurde die Monarchie zwar in der Tat ausgeschaltet, wie in Polen, aber das Ständewesen, das dort von Anfang an einen anderen Charakter getragen hatte, wandelte sich gleichzeitig in der Form des englischen Parlaments zu einem nationalpolitischen Faktor von neuer Art um. In Frankreich gelangte das Königtum in seinem Kampf mit den Ständen, d. h. den bevorrechteten oberen Schichten der Nation, scheinbar bis zum Absolutismus, aber an einer entscheidenden Stelle, der Steuerbewilligung, vermochte es mit den ständischen Vorrechten doch nicht fertig zu werden. Die Folge davon war der finanzpolitische Zusammenbruch, und aus diesem entstand durch die Kraft des dritten Standes, der sich ohne Vorrechte gebildet hatte, die Revolution. Was in Polen in den beiden letzten anderthalb Jahrhunderten des polnischen staatlichen Daseins, unter der vollen Adelsanarchie, sich entwickelte, war also, wenn auch in seiner äußeren Erscheinung polnisch, so doch in seinen ursächlich wirkenden Kräften den allgemein europäischen Verhältnissen verwandt.

Polens Unglück war, daß es ihm an einem selbständigen Städtewesen und an einem entwickelten Mittelstande fehlte. Daher gab es keine feste wirtschaftliche Kraft im Volk und daher konnte das Königtum keine Stütze finden und keinen sozial ordnenden Einfluß ausüben. In dieser Beziehung liegen jetzt alle Voraussetzungen in Polen anders als früher. Am meisten Ähnlichkeit mit den altpolnischen Zuständen haben vielleicht heute noch die galizischen, wenngleich sich natürlich auch da vieles geändert hat. Man kann aber nicht leugnen, daß die Mittelstandsbildung und damit die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung unter allen Teilen des ehemaligen polnischen Staates in Galizien am wenigsten weit vorgeschritten ist. Galizien hat ein starkes Adelsregiment und ist wirtschaftlich sowohl im Vergleich zum ehemals russischen Polen als auch zu den polnischen Landesteilen Preußens rückständig. Als einigermaßen vollberechtigt hat sich in Galizien im Grunde nur der polnische Akademiker neben den polnischen Adeligen gesetzt.

Digitized by Google

Wie die preußisch-deutsche allgemeine Kulturpolitik und wie unsere besondere Polenpolitik in Posen und Westpreußen gewirkt haben, ist bekannt. Wir wissen und spüren, daß dort jetzt ein wirtschaftlich und in jeder anderen Beziehung leistungsfähiger, tatkräftiger und gebildeter Mittelstand erzogen worden ist, der die eigentliche Arbeit bei den Bemühungen der preußischen Polen um Aufrechterhaltung ihres äußern und inneren nationalen Besitzstandes leistet. Diese Entwicklung des Polentums innerhalb der deutschen Grenzen wird nach Lage der Dinge ohne besondere Bedeutung — wenigstens ohne unmittelbare Bedeutung — für das wiederhergestellte polnische Königreich bleiben. Es ist aber nicht so bekannt, und doch im höchsten Grade wichtig, ja entscheidend, daß im sogenannten Kongreßpolen, d. h. im bisherigen russischen Polen, die moderne Entwicklung, namentlich nach der industriellen Seite hin, verhältnismäßig noch folgenreicher vor sich gegangen ist, als in Preußen. Merkwürdigerweise wissen es nur wenige bei uns, welch ein dichtbevölkertes Land das heutige Kongreßpolen im Durchschnitt ist. Frankreich hat etwa 75 Einwohner auf den Quadratkilometer und Deutschland nahe an 120; Polen steht mit 95—96 in der Mitte zwischen beiden. Natürlich sind die besonderen Industriegebiete in Polen, die Gegenden der Fabriken und Bergwerke, noch dichter bewohnt, während anderwärts die Besiedlung auch ziemlich dünn ist. Es gibt aber kaum einen größeren Bezirk im Königreich, wo so wenig Menschen auf dem Quadratkilometer leben, wie z. B. bei uns im Großherzogtum Mecklenburg-Strelitz. Das heutige Königreich Polen wird in seinem Innern ohne Zweifel auch sozialpolitisch mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, aber seine Grundlagen sind wirtschaftlich (und soweit auch sozial) modern; gesund und tragfähig. Von den alten Zuständen, die Polens Untergang herbeigeführt haben, ist tatsächlich nichts mehr übrig geblieben, außer, wenn man will, eine gewisse nationale Charakterveranlagung ins Breite und Repräsentative. Sonst aber versteht man im heutigen Polen sehr gut zu rechnen, zu sparen, sich wirtschaftlich und politisch einzurichten. Auch die Russenherrschaft hat in ausgesprochener Weise dahin gewirkt, einen klugen, wohlhabenden und selbstbewußten polnischen Mittelstand zu schaffen. Das hat sie allerdings sehr wider Willen und Absicht getan, aber sie hat es doch getan und auf diese Weise sehr wirksam dazu beigetragen, daß

Digitized by Google

jetzt überhaupt die Möglichkeit besteht, ein erneuertes Königreich Polen mit politisch möglichen Aussichten zu schaffen. Auch die Lage der polnischen Bauern hat Rußland in ausgesprochener Weise verbessert, um durch die Bauern ein Gegengewicht gegen die russenfeindliche Intelligenz und den russenfeindlichen Adel zu haben. Es bleibt noch die große und wichtige wirtschaftspolitische Frage übrig, wie es möglich sein wird, der polnischen Industrie, die bis zum Kriege mit ihrem Absatz außer auf den innern Markt so gut wie ausschließlich auf Rußland angewiesen war, auch unter den neuen Verhältnissen die Daseins- und Entwicklungsmöglichkeit zu sichern. Das wird möglicherweise nicht leicht sein, aber es wird gehen.

Der zweite Punkt, den wir weiter oben als jetzt schon diskussionsfähig bezeichnet haben, ist jener Satz aus der Begründung des Unabhängigkeitsmanifestes: das Königreich Polen sei wiedererweckt, weil Deutschland ein Interesse an der polnischen Bundesgenossenschaft gegen das alljährlich um 3 Millionen wachsende Russentum hat. Daß hierauf in der halbamtlichen Erläuterung zur Unabhängigkeitserklärung hingewiesen worden ist, das halten wir für eine Tat, in der sich die größte politische Bedeutung und die entsprechende politische Einsicht vereinen. Auf dieser Linie liegt die Bewahrung der Zukunft für das Deutschtum. Wenn das deutsche Wesen sich gegen die riesenhafte Vermehrung des Slawentums und gegen die stets mögliche slawisch-romanisch-angelsächsische Vereinigung halten soll, so ist es notwendig, die Westslawen von den Ostslawen zu trennen. Das stärkste und am weitesten entwickelte westslawische Volk sind die Polen. Gehören die Polen zum abendländischen Europa, so ist damit dasselbe auch für die kleineren westslawischen Völker unter österreichischer Führung, und erst recht für die Südslawen, entschieden. Die Aufgabe der Zukunft wird es dann sein, zu erkennen, daß auch in der fälschlich für eine geschlossene Einheit gehaltenen ostslawischen Masse eine innere Trennungslinie besteht: die zwischen Russen und Ukrainern. Wirkliche Ostslawen, mit starker finnischer Beimischung, sind nur die Russen; die Ukrainer stehen zwischen den Ostslawen, Südslawen und Westslawen als ein ebenso gesonderter, sprachlich und ethnographisch selbständiger Zweig der slawischen Rasse da.

Rußland in seinem bisherigen Umfange zählte um das Jahr 1815, als

Digitized by Google

Kongreßpolen durch den Wiener Kongreß dem Zaren zugesprochen wurde, vielleicht 30 Millionen Einwohner. 1870 waren es etwa 80 Millionen geworden, 1914 war das Wachstum bis auf 175 Millionen fortgeschritten. Die nähere Berechnung ergibt, daß die durchschnittliche jährliche Vermehrungsrate von der letzten Volkszählung in Rußland, 1897, bis zum Ausbruch des Krieges 2,9 Millionen ausmachte. Das ist, wie gesagt, das Durchschnittsergebnis aus 17 Jahren; tatsächlich war die Jahresziffer in der letzten Zeit schon auf mehr als 3 Millionen gewachsen.

Zu einer richtigen Vorstellung von der russischen Gefahr im Sinne des russischen Volkswachstums gehört, daß man sich nicht nur die Zunahme der Menge vergegenwärtigt, sondern auch den Spielraum, den sie für ihre Ausdehnung besitzt, und die großen Möglichkeiten, die Ertragsfähigkeit des Bodens zu verbessern, über die Rußland noch verfügt. Rußland hat sechsmal soviel brauchbares Ackerland, als die Gesamtoberfläche von Deutschland ausmacht, und dieses Land trägt, auf die Flächeneinheit berechnet, etwa ein Viertel von dem, was der deutsche Acker trägt. Der russische Minderertrag rührt aber nicht von Minderwertigkeit des Bodens her, — dieser ist vielmehr, namentlich im Gebiet der sogenannten schwarzen Erde, meist fruchtbarer als bei uns — sondern von der mangelhaften Verbesserung und Bearbeitung. In dieser Beziehung sind in Rußland noch unermeßliche Fortschritte möglich, und dazu kommt, daß auch die Landreform, die vor dem Kriege sehr erfolgreich begonnen wurde, nach dem Kriege weitergehen und große Wirkungen für den Fortschritt des Bauernstandes haben wird. Die 3 Millionen Jahreszuwachs, die sich in absehbarer Zeit auf 4 und auf 5 Millionen steigern werden, denn es gilt hier das Gesetz der Zinseszinsrechnung, können also noch auf lange Jahre hinaus in Rußland untergebracht werden. Im Verlage dieser Zeitschrift ist jetzt eben in deutscher Übersetzung ein sehr wichtiges russisches Aktenstück erschienen: Denkschrift über die russische Agrarreform 1909 bis 1913, verfaßt vom russischen Landwirtschaftsministerium. Diese Veröffentlichung möchte ich recht genau dem Studium unserer Politiker empfehlen. Sie ist streng sachlich-nüchtern und liest sich für den Unkundigen ganz harmlos. Wer aber mit den russischen Dingen Bescheid weiß und näher zusieht, der wird gewahr, wie sich hinter der Denkschrift das Riesenbild des zukünftigen Rußland, eines Landes mit

Digitized by Google

300 und mehr Millionen Menschen, auf fester landwirtschaftlicher Grundlage ruhend, als eine überwältigende tatsächliche Gefahr für Deutschland, für Mitteleuropa, ja für unseren ganzen Erdteil erhebt.

Wann wird Rußland 300 Millionen Einwohner haben? Wenn nichts geschieht, um Teile von der russischen Masse loszumachen und in die Entwicklung Mitteleuropas mit einzubeziehen, so braucht nicht viel länger als ein Menschenalter zu vergehen, bis die Dinge so weit sind. Schon die jetzige Zuwachsrate von 3 Millionen und mehr jährlich ergibt in 30 Jahren gegen 100 Millionen und in 40 Jahren eine Zahl, die so groß ist, wie die ganze heutige Bevölkerung Deutschlands und Österreich-Ungarns zusammengenommen. Was sind 30 oder 40 Jahre im Leben der Völker! Der deutsch-französische Krieg 1870 liegt schon ein Stück länger hinter uns zurück, und die Feldherren, die heute unsere Heere führen, waren damals schon junge Offiziere. Die Leutnants von heute werden die Generale und Marschälle von 1950 und 1960 sein. Das aber ist die Zeit, wo Rußland, falls seine Entwicklung nicht in wirksamer Weise unterbrochen wird, als eine Macht von 300 Millionen dastehen wird.

An diese Dinge müssen wir denken, wenn wir die Wiederherstellung des Königreichs Polen richtig beurteilen wollen. Polen hatte vor dem Kriege reichlich 12 Millionen Einwohner. Durch die russischen Maßnahmen nach den Niederlagen im Sommer 1915 ist ein Teil davon aus dem Lande vertrieben worden und hin und her in Rußland zerstreut, namentlich in Sibirien angesiedelt. Von diesen russischen Gewaltsamkeiten wurden aber nur die östlichen Gebiete Polens betroffen. Außerdem zeichnete sich Polen auch nach russischen Verhältnissen durch eine kräftige Volksvermehrung aus und wird die Verluste bald ersetzen. 10 oder 12 Millionen auf der Seite Rußlands weniger und auf der Seite Mitteleuropas mehr, das macht schon eine spürbare Verschiebung aus. Dazu kommt, daß ja nicht nur Polen, sondern auch noch andere Teile des politisch von Rußland unterworfenen, national und kulturell nicht zu Rußland gehörigen Westgebiets von unseren verbündeten Truppen erobert sind und wohl auch noch weitere Teile erobert werden könnten. Sie würden der Abgliederung von Rußland ebensowenig innere Widerstände entgegensetzen, wie Polen. Vielleicht ist es noch verfrüht, hierüber zu reden, wenn auch der Reichskanzler ja gesagt hat, alle Gebiete zwischen den

Digitized by Google

wolhynischen Sümpfen und dem baltischen Meer sollten nicht unter das russische Joch zurückkehren. Wie das aber auch kommen möge — die Begründung, die wir für das Königreich Polen gelesen haben, zeigt uns Licht und Kraft nach Osten!

Zur römischen Frage

Von Universitätsprofessor Dr. F. X. Seppelt, Breslau

Es ist eine Tatsache, daß die römische Frage, die man außerhalb katholischer Kreise vor Kriegsbeginn zumeist nicht mehr als solche anzuerkennen willens gewesen war, durch den Krieg Gegenstand allgemeinster Teilnahme geworden ist, hat sich doch das Unhaltbare und Unwürdige der gegenwärtigen Lage des Papsttums und die Unzulänglichkeit und Wertlosigkeit des italienischen Garantiegesetzes immer deutlicher offenbart; und infolgedessen verstärkt sich die Überzeugung, daß bei der großen Neuordnung, die dem gewaltigen Völkerringen folgen muß, auch für die römische Frage die Stunde gekommen sein wird, sie einer befriedigenden Lösung zuzuführen. Mit Eifer wird daher die Erörterung der römischen Frage in Zeitschriftenaufsätzen und Schriften fortgesetzt. Von letzteren darf neben der in dieser Zeitschrift (Heft 31) schon gewürdigten ausgezeichneten Arbeit von Lulvès die eben erschienene Studie von Karl Hoeber, „Der Papst und die römische Frage in religids-kirchlicher, geschichtlicher und völkerrechtlicher Beziehung" (Köln, Bachem 1916. 64 Seiten, M. 1.20) besondere Beachtung beanspruchen. Ihr Hauptwert liegt nicht in den drei ersten Abschnitten, welche die römische Frage nach den drei im Titel angegebenen Richtungen erörtern, sondern in dem Schlußkapitel, das überschrieben ist: „Neuere Vorschläge und Richtlinien zur Lösung der römischen Frage". Von diesen Vorschlägen behandelt Hoeber zuerst die viel erörterte Internationalisierung des italienischen Garantiegesetzes; in treffender und überzeugender Weise deckt er die Schwierigkeiten und unausbleiblichen schlimmen Folgen eines derartigen Lösungsversuches auf und kommt zu dem Schluß, die Internationalisierung „würde den gordischen Knoten dieser heiklen Frage womöglich noch mehr verwickeln und verwirren" (S. 47). Wichtiger noch ist es, daß Hoeber dann seinerseits einen anderen Versuch, die römische Frage aus der Welt zu schaffen,

Digitized by Google

zur Erörterung stellt und zugleich mitteilen kann, daß seine Darlegungen durch den Vatikan gebilligt werden. Hoeber fordert nämlich für den Papst ein eigenes Staatsgebiet als nötige Grundlage seiner Selbständigkeit, seiner wirklichen Freiheit und Unabhängigkeit, fügt aber bei, daß sein Gebiet an sich nur wenige Quadratkilometer zu umfassen brauchte. Seitens maßgebender Kreise des Vatikans ist auf eine Anfrage an ihn die Antwort ergangen, welche zeigt, daß von dieser Seite die Auffassung Hoebers, besonders auch der Vorschlag des kleinen Territoriums, zum mindesten nicht mißbilligt wird, sondern sogar auf Beifall rechnen darf. Das ist ein beträchtlicher Fortschritt; denn damit sind der weiteren Erörterung der römischen Frage bestimmtere Bahnen vorgezeichnet, und der Stand der schließlich doch unfruchtbaren, rein theoretischen Erörterungen der römischen Frage darf als überwunden gelten.

Schon Hoebers Ausführungen lassen durchblicken, wie er sich etwa den künftigen kleinen Kirchenstaat denkt.

Noch klarer spricht sich über das Ausmaß und die Umgrenzung desselben ein beachtenswerter Aufsatz von P. Fr. Ehrle aus: „Benedikt XV. und die Lösung der römischen Frage" (Stimmen der Zeit, Septemberheft 1916). Die Persönlichkeit des Verfassers, der lange Jahre hindurch bis vor kurzem der vatikanischen Bücherei vorgestanden hat, und der Ort der Veröffentlichung, das Organ der deutschen Jesuiten, bürgen in gleicher Weise dafür, daß die Ausführungen des Artikels dem Vatikan in keiner Weise unangenehm und seinen Absichten zuwider sind. Auch Ehrle übt scharfe wohlberechtigte Kritik an dem Garantiegesetz vom 13. Mai 1871; er betont besonders, daß es dem Papst nur die Ehren eines Souveräns zuerkenne, also nur den Schein, nicht aber die Wirklichkeit, tatsächlich aber ihn als Untertan des italienischen Staates oder doch als einen im wesentlichen der italienischen Staatshoheit unterworfenen Ausländer oder Staatslosen ansehe und behandle, indem es dem Papst — was vielfach nicht genügend beachtet wird — nur den Nießbrauch der apostolischen Paläste samt deren Zubehör, nicht aber deren wirklichen Besitz zuspreche. Demgegenüber fordert Ehrle für den Papst einen Kirchenstaat als bei der gegenwärtigen Weltlage zur Wahrung seiner Würde und Unabhängigkeit unerläßlich. Nachdem Ehrle dann vorweg festgestellt und damit der Überzeugung aller Katholiken Ausdruck geliehen hat, daß die weltliche

Digitized by Google

Herrschaft des Papstes selbstverständlich den Vatikan umfassen müsse, stellt er die Frage: „Kann das nun einmal bestehende Königreich Italien soviel von seinem tatsächlichen Landbesitz dem Papst zurückgeben, als für dessen Würde und Freiheit unerläßlich ist?" Durch diese Fragestellung ist die Wiederherstellung des ganzen Kirchenstaates, die Rückgabe Roms und auch die Überlassung nur des ganzen rechtstiberinischen Roms einschließlich der Prati di Castello von der weiteren Erörterung ausgeschlossen; denn es liegt auf der Hand, daß die italienische Regierung sicherlich nur durch Gewalt und durch die äußerste Not bewogen werden könnte, zu einer dieser Lösungen ihre Zustimmung zu geben, und daß sie dadurch in die größten Schwierigkeiten gestürzt würde. Eine derartige, in jedem Fall gewaltsame Lösung der römischen Frage liegt aber, wie Ehrle mit Hinweis auf die Äußerungen des Kardinal-Staatssekretärs zum Leiter des „Corriere d'Italia" vom Juni 1915 feststellt, durchaus den Absichten Benedikts XV. fern: Benedikt XV. will keinen Lösungsversuch, welcher der italienischen Regierung wesentliche Schwierigkeiten bereiten würde, und er will die dringend nötige Besserung seiner Lage nur „als willige und dessen wahren Interessen durchaus entsprechende Gabe des sich hoffentlich in immer weiteren Kreisen durchsetzenden Gerechtigkeitssinnes des italienischen Volkes entgegennehmen". Dieser Standpunkt ist ein ehrenvolles Zeugnis des dem gegenwärtigen Papste „eigenen, nur auf die geistigen Ziele seiner Hirtensorge zugewandten Edelsinnes", er entspricht aber auch durchaus den wohlerwogenen Interessen der Kurie und trägt der Entwicklung Rechnung, die die Dinge seit 1870 in Italien genommen haben. Es darf auch nicht vergessen werden, daß eine Wiederherstellung des Kirchenstaates in einer der oben angegebenen Umgrenzungen die Kurie bei der Regierung derselben einer Fülle kaum überwindbarer Schwierigkeiten gegenüberstellen würde.

So bleibt nur die Möglichkeit übrig, daß der dem Papst nach dem Garantiegesetz nur zum Nießbrauch überlassene Vatikan ihm als souveräner weltlicher Besitz zurückgestellt wird. Mit Recht betont aber Ehrle, daß diese Umgrenzung des neuen Kirchenstaates auf den Vatikan in seinem jetzigen Umfang das Mindestmaß darstellen würde; er selber bezeichnet eine Abrundung des vatikanischen Gebiets derart, daß die im Halbkreis um die Peterskirche liegenden ohnehin zumeist in kirchlichem Besitz befind-

Digitized by Google

lichen oder schon der päpstlichen Palastverwaltung gehörigen Baulichkeiten zu demselben hinzugeschlagen würden, als sehr wünschenswert. Wer mit der Örtlichkeit vertraut ist, wird diese Abrundung, die er durch einen Plan veranschaulicht, als durchaus sachgemäß anerkennen; ernsthafte Bedenken dürften sich gegen dieselbe kaum erheben lassen. Karl Bachem, der eben in zwei Aufsätzen der „Kölnischen Volkszeitung" (Nr. 752 und 756) „Ein neuer Kirchenstaat und sein Umfang" die Lösung der römischen Frage im gleichen Sinn wie P. Ehrle erörtert, hält es für dringlich, daß zum Vatikan in seinem gegenwärtigen Umfang aus dem hinter dem Vatikan liegenden fast unbebauten Gebiet so viel hinzugefügt werde, „daß ein kleines päpstliches Fürstentum entsteht, wo der Papst die Gebäude für die zentralen Verwaltungseinrichtungen der Kirche und wo die beim Vatikan beglaubigten Gesandten ihr Gesandtschaftsgebäude errichten können". Auch dieser Vorschlag erscheint immerhin diskutierbar; er ist jedenfalls leichter zu verwirklichen als etwa der früher vielbesprochene Gedanke eines „Korridors" zum Meere. Man könnte statt dessen aber auch daran denken, ein Stück Campagna rings um die Villa Castel Gandolfo — die doch sicherlich auch päpstlicher Besitz bleiben bzw. werden soll — zum neuen Kirchenstaat hinzuzuschlagen. Und gegen die Schaffung der „Gebäude für die zentralen Verwaltungseinrichtungen der Kirche" auf dem Gebiet hinter dem Vatikan wäre einzuwenden, daß es wohl unerwünscht und unnötig wäre, daß wichtige Kurialbehörden ihre im Innern der Stadt gelegenen Paläste (Cancellaria, Propaganda, Dataria) räumen sollten, um sich in der Campagna hinter St. Peter anzusiedeln. Es dürfte praktischer sein, wenn diesen Palästen — ich habe nur die wichtigsten genannt — gleich dem Lateranpalast, der nach dem Garantiegesetz dem Papst ja schon zum Nießbrauch überlassen ist, und gleich den Patriarchalbasiliken St. Peter, Lateran, Maria Maggiore, die Exterritorialität verliehen würde; diese Paläste und Kirchen würden dann also Enklaven des neuen Kirchenstaates im Königreich Italien bilden. Wenn es dann gelungen ist, die territoriale Frage durch eine Vereinbarung zwischen dem Papst und dem Königreich Italien in dem angegebenen Sinn befriedigend zu lösen, so würde nach Karl Bachem — und ähnlich nach P. Ehrle — die Lösung der römischen Frage in folgender Weise zu denken sein: durch die Vereinbarung würde ein neuer Kirchenstaat als

Digitized by Google

voll souveränes weltliches Fürstentum entstehen, etwa wie San Marino oder Monaco. „Die Entstehung dieses neuen Staates wird gemeinschaftlich von Italien und dem Papste den übrigen Mächten anzeigen. Diese Mächte nehmen Akt von dieser Anzeige und erkennen dadurch den neuentstandenen souveränen Staat völkerrechtlich an. Auf diese Weise wäre die Frage gelöst in einer Form, welche gewiß mit der Würde des italienischen Staates und Volkes vereinbar sein dürfte, und ebenso den Katholiken aller Länder die notwendige Gewähr für die tatsächliche Freiheit des Heiligen Stuhles geben würde." Was die Frage der Verzichtleistung des Papstes auf das, was ihm entzogen worden ist, betrifft, so steht dem der Geschichte Kundigen die Möglichkeit und Zulässigkeit eines solchen Verzichtes außer Zweifel; es ist gut, daß Bachem darauf hinweist, daß im Fall des Zustandekommens einer Vereinbarung ein solcher aber nicht förmlich ausgesprochen zu werden brauchte, sondern stillschweigend schon in einem derartigen Übereinkommen enthalten wäre.

Man wird eingestehen müssen, daß in diesen Vorschlägen ein durchaus gangbarer Weg zur endlichen befriedigenden Lösung der römischen Frage gewiesen wird. Und sicher wird sich nach menschlichem Ermessen kaum jemals wieder für Italien eine so günstige Gelegenheit bieten wie bei Beendigung des Weltkrieges, die im Jahre 1871 begangenen Fehler, deren verhängnisvolle Wirkungen nunmehr klarer denn je zutage treten, zu verbessern und — nicht zuletzt im wohlverstandenen eigenen Interesse — die Hand zu reichen, daß dem Papsttum eine ihm würdige Stellung geschaffen werde. Freilich die Schwierigkeiten, die sich trotz allem gegen die Lösung der römischen Frage auftürmen, dürfen nicht übersehen werden. Die Gebietsfrage müßte sich, so sollte man meinen, noch am leichtesten lösen lassen. Viel verwickelter erscheint, um dies wenigstens anzudeuten, das Problem, wenn man die Rückwirkungen in Betracht zieht, die sich aus dem dann friedlichen Nebeneinander auf die innere Politik Italiens ergeben müssen; unüberwindbar sind aber auch diese Schwierigkeiten nicht. — Schließlich wird man angesichts der Erfahrungen im jetzigem Kriege nicht unterlassen dürfen, zu untersuchen, wie bei etwaigen neuen kriegerischen Verwicklungen die Unabhängigkeit und der ungehinderte freie Verkehr des Papstes mit dem ganzen katholischen Erdkreis in wirklich wirksamer Weise gesichert werden könnte; das Bestehen eines kleineren oder größeren

Digitized by Google

Kirchenstaates und dessen völkerrechtliche Anerkennung bieten an sich ja, wie die Erfahrungen dieses Krieges lehren, keine hinreichende Bürgschaft hierfür. Um die einzelnen Regierungen zum unbedingten Schutz der Freiheit und Unabhängigkeit auch in Konfliktszeiten zu bewegen, dürfte es sich empfehlen, daß die römischen Kurialbehörden, vor allem die Kongregationen, ihren überwiegend italienischen Charakter ablegten, und daß in ihre Beamtenschaft, die höhere wie die niedere, in viel weiterem Ausmaß als bisher geeignete Kräfte aus den verschiedenen Nationen eingereiht würden; diese Internationalisierung der kirchlichen Zentralverwaltung, die freilich einen Bruch mit seit langem bestehenden Gewohnheiten bedeutete, und die sich natürlich nicht von heut auf morgen durchführen ließe, entspräche jedenfalls dem weltumfassenden Charakter der katholischen Kirche, sie ließe sich jetzt auch leichter ins Werk setzen als in früheren Zeiten. Wichtiger aber noch wird es sein, daß die Katholiken jetzt und künftighin mit Nachdruck ihre Stimme und ihren Einfluß für eine würdige, freie und unabhängige Stellung ihres geistlichen Oberhauptes einsetzen. Diese moralische Unterstützung durch die Katholiken, nicht zuletzt durch die deutschen Katholiken, wird dem Papsttum ein fester Rückhalt sein, dessen unvergleichliche Bedeutung als geistige und moralische Macht gerade jetzt klarer als je sich offenbart, sie wird ihm ein zuverlässiger Schutz sein, der etwelche Versuche, seine Selbständigkeit und Freiheit anzutasten, hintanzuhalten imstande ist. Zunächst aber wird sie in die Wagschale geworfen werden müssen, damit wirklich die Lage des Papstes eine befriedigende, seiner hohen Würde und seinen großen Aufgaben entsprechende Regelung erfährt.

Französische Wirtschaftssorgen in französischer Beleuchtung

Von Dr. Erich Noether

In den Blättern aller Parteien Frankreichs finden sich mehr oder minder offene Mitteilungen, aus denen hervorgeht, daß die wirtschaftliche Lage Frankreichs nicht zum besten ist und daß die gesamte Organisation und Behandlung wirtschaftlicher Fragen viele Wünsche unbefriedigt läßt.

Digitized by Google

Die gesamte Lage wird von der Zeitschrift „La Revue“ vom 15. September folgendermaßen beurteilt:

„Jedes Jahr bewies die Statistik den wirtschaftlichen Niedergang Frankreichs. Die Tatsachen ergaben, daß Frankreich, das sich den veränderten Bedingungen des Wirtschaftslebens nicht anpassen konnte, auf dem Weltmarkt zurückging. Aber diese Lehren hatten keinerlei Erfolg. Es ist keineswegs zu leugnen, daß Frankreich seit Monaten unter einer Krise leidet, die sehr schwierig zu werden droht, wenn die Regierung nicht unverzüglich die nötigen Maßnahmen ergreift. Bis jetzt wurde keine Schwierigkeit in befriedigender Weise gelöst.“ (Wie ungeheuer die Anforderungen sind, die an die französische Finanzkraft gestellt werden, geht aus dem Gesetzentwurf über die Bewilligung der provisorischen Kredite für das vierte Vierteljahr 1916 hervor. Der Entwurf weist eine erhebliche Steigerung der Ausgaben für die Herstellung von Kriegsmaterial auf, und zwar gegenüber dem Vorjahr um über 200 %; darunter um 4,9 Milliarden Frank für Artillerie, 657 Millionen für Luftdienst, 277 Millionen für Pionierwesen, 260 Millionen für Pulvererzeugung, 141 Millionen für militärische Eisenbahnen. Die Gesamtkredite für 1916 (32,3 Milliarden) weisen gegenüber 1915 (22,7 Milliarden) ein Mehr von 9,6 Milliarden auf, wovon 8,4 Milliarden auf Kriegszwecke entfallen.)

Es ist leicht erklärlich, daß unter diesen Umständen die Presse über die Erschließung neuer Einnahmequellen für den französischen Staatshaushalt sich Sorgen macht:

„Es ist unumgänglich notwendig, daß die Maßnahmen, die nötig sind, um die Einnahmen des Staatshaushaltes zu vermehren, möglichst bald im Parlament besprochen und genehmigt werden. Unser Land kann und darf nicht länger der einzige kriegführende Staat sein, der bei der Bezahlung der enormen Kriegslasten nur auf die Zukunft rechnet und der von seinen Steuerpflichtigen kein sofortiges und ernsthaftes Opfer verlangt.“ („Journal des Débats“ vom 2. September.)

„Unter Hinzufügung der Staatsschuld von 31 Milliarden, die vor dem Krieg bestand, kommen wir unter Berücksichtigung der Kriegslasten zu einer Summe von beinahe 100 Milliarden, einer schrecklichen Last, deren Gewicht und Folgen uns mit Furcht erfüllt. Unter Berechnung der Mehrbelastung von 3,8 Milliarden, die die Kriegsschuld von 65 Milliarden zum Zinsendienst verlangt, 1,3 Milliarden für die Pensionen, der Erhöhung der Beamtengehälter infolge der Lebensmittelteuerung, der Wiederherstellung der verwüsteten Gebiete, der Ausführung unaufschiebbarer Arbeiten, nähern wir uns einem jährlichen Budget von mehr als 10 Milliarden; 5 1/2 Milliarden neuer Steuern müssen jedes Jahr gefunden werden. Das ist das beängstigende Problem von morgen.“ („Indépendance des Pyrénées orientales“ vom 4. September.)

Die Finanzlage hat Frankreich sogar gezwungen, Gold an die Bank von England abzuführen. Der Finanzminister Ribot hat zu dem Korrespondenten der „Times“ in Paris folgende Bemerkungen gemacht:

Digitized by Google

„Ein Punkt, der augenblicklich unsere ganze Aufmerksamkeit erfordert, ist die Frage, wie wir die Mittel finden sollen, um unsere Käufe im Auslande zu bezahlen und uns eine größere Bewegungsfreiheit auf dem amerikanischen Markt zu sichern. Wir versuchen die Grundlage unseres Handelskredits zu erweitern, da dieser durch die Gebräuche der Vereinigten Staaten etwas eingeengt ist. England wünscht sehr, seine Goldreserven zu vermehren, um seinen Kredit in den Vereinigten Staaten zu vergrößern. Da die Bank von Frankreich augenblicklich einen Goldbestand von mehr als 4 Milliarden hat, sind wir in der Lage, England eine beträchtliche Summe zuzuführen." („Journal des Débats" vom 13. September.)

Die Regierung sieht sich genötigt, durch neue Steuern die Finanzlage zu verbessern, sie gerät hierbei auf vielfachen Widerspruch mit den Interessen starker Parteien:

„Im alten Frankreich wurde die Steuer durch die bestimmt, die sie bezahlten. Heute sind wir in die merkwürdige Lage geraten, daß die Steuer von denen beschlossen wird, die sie nicht bezahlen." („Libre Parole" vom 17. September.)

„Die neuen Einkommensteuern, die teils an Stelle der alten Patentsteuer für Handel und Industrie treten, teils die bisher noch nicht herangezogenen Einkommen aus Landwirtschaft, Gehältern und Pensionen und dem Einkommen aus freien Berufen treffen („Journal des Débats" vom 26. September), haben weniger das Ziel, dem Staat neue Hilfsquellen zu erschließen, als nach und nach das alte Steuersystem, das auf sichtbaren äußeren Merkmalen beruht, aufzugeben, um schrittweise zu einem System kontrollierter Erklärungen überzugehen. Dieses neue Regime wird im ganzen nur 60 Millionen einbringen. Aber wie viele Millionen wird seine Durchführung kosten? Ribot war viel klüger, als er ganz einfach eine Erhöhung der jetzt bestehenden direkten Steuern vorschlug." („Nouvelliste de Lyon" vom 27. September.)

Ferner muß sich die Regierung allerhand Ratschläge gefallen lassen:

„Der Staat hätte sämtliche Kriegsindustrien beschlagnahmen, den Unternehmern den Durchschnittsverdienst der letzten Jahre garantieren und unter Leitung des mobilisierten Industriellen den Betrieb zum Nutzen des Staates führen sollen. Der französische Staat hätte auf diese Art einen großen Gewinn gehabt und die gesamte Industrie des Landes auf gleiche Höhe gebracht. Dieser Gedanke, den ich nicht nicht verschweigen konnte, wird sicherlich nach dem Kriege sich Geltung verschaffen." („Le Rappel" vom 1. Oktober.)

In Fragen der Landwirtschaft hat vor allem das Gesetz über die Bebauung brachliegender Ländereien seiner angeblich sozialistischen Tendenz wegen heftige Angriffe hervorgerufen. Andrerseits wird der Regierung Untätigkeit vorgeworfen. („L'Echo de Paris" vom 24. September.)

„Das Fehlen von Arbeitskräften auf dem Lande, die unerhörten Schwierigkeiten,

Digitized by Google

den landwirtschaftlichen Betrieb in Gang zu setzen, der Mangel an Verkehrsmitteln, die Seltenheit und Verteuerung der Düngemittel haben unsere Landwirtschaft in eine so schwierige Lage gebracht, daß eine große Anstrengung sich jetzt dringend nötig erweist, wenn man die Landwirtschaft vor der ihr drohenden Gefahr retten will." („Humanité" vom 8. September.)

Handel und Industrie lassen vielfach Wünsche verlauten:

„Der Bericht, mit dem eine weitere Verlängerung des Handelsmoratoriums angezeigt wird, unterscheidet sich in nichts von denen vom 20. Juni und 21. März dieses Jahres und bringt die so bizarre Begründung, an die wir uns allmählich gewöhnt haben. ‚Nun, alles geht gut', heißt es zu Beginn, ‚Dank dem guten Willen der Schuldner und der Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Tätigkeit des wirtschaftlichen Lebens vollzieht sich der Rückfluß gestundeter Effekten an der Bank von Frankreich in sehr erfreulicher Weise. . . Angesichts dieser Sachlage glauben wir, daß kein Grund vorhanden ist. . .' Jeder glaubt doch nun, daß der so begonnene Satz weiter gehen wird mit: ‚die augenblickliche Ordnung beizubehalten.' Nein. Anstatt ‚beizubehalten' heißt es in dem Dekret ‚zu ändern.'" („Journal des Débats" vom 21. September.) „Die Frage nach der Versorgung mit Gas ist ‚brennend' geworden." („Le Rappel" vom 26. September.) Wird die Frage der Kohlenversorgung endlich geordnet werden?" („L'Œuvre" 25. September.)

Ein Kapitel, das so besonders reich an Klagen ist, ist das des Außenhandels.

„Frankreich hat 45 Dampfer mit einem Tonnengehalt von 131 612 Tonnen und 18 Segelschiffe mit einem Tonnengehalt von 26 375 Tonnen verloren." („L'Economiste Européen" vom 25. August.) „Die französischen Käufe im Ausland haben sich im Juli 1916 wiederum vermehrt; die Einfuhr hat in diesem Monat die Ausfuhr um 677 053 000 Frank übertroffen. Dabei ist zu bemerken, daß diese Zahl auf den Preisen von 1914 beruht, und daß man, um den tatsächlichen Wert der heutigen Käufe und Verkäufe zu erhalten, die Einfuhrpreise um 91 %, die Ausfuhrpreise um 50 % erhöhen muß. Man erhält sodann für die Einfuhr 1 820 Millionen Franken, für die Ausfuhr 414 Millionen Frank, so daß sich für den Monat Juli ein Einfuhrüberschuß von 1 406 Millionen Frank ergibt." („L'Economiste Européen" vom 25. August.)

„Während der ersten 7 Monate dieses Jahres haben wir für 3 Milliarden Frank an das Ausland verkauft, im Auslande aber für mehr als 10 Milliarden Frank Einkäufe gemacht, so daß sich unsere auswärtige Schuld um 7 Milliarden vermehrt hat. Um dies abzutragen, muß man wiederum Gold ins Ausland schicken und von unserem Wertpapierbesitz neue Werte verpfänden. Diese Finanzoperationen werden das bedauerliche Resultat zeitigen, den sowieso schon ungünstigen Wechselkurs für uns noch ungünstiger zu gestalten, so daß wir zukünftige Käufe bei den Neutralen noch teurer werden bezahlen müssen". („L'Homme enchaîné" vom 31. August.)

Digitized by Google

„Für den September kündigt man uns die Ankunft einer Kommission amerikanischer Ingenieure und Finanzleute an, die, vollgefüllt mit unserem Golde, kommen, um an Ort und Stelle die Verwertung Frankreichs zum Besten des transatlantischen Kapitals zu versuchen, dessen gedrückte Proletarier wir morgen alle sein werden." („Le Sémaphore de Marseille" vom 26. August.)

„Die Verschiffung von englischer Kohle nach Frankreich betrug:

	1915	1916
Juni	1 546 559 Tonnen	1 497 923 Tonnen
Juli	1 533 713 „	1 481 823 „

Man wird bemerken, daß die Verringerung im Juli stärker war. Die Folge der Festsetzung für Höchstpreise für Frachten macht sich eben mehr bemerkbar. Zur Vervollständigung dieser Zahlen müssen wir noch folgende Ziffern anführen. Es betrug die englische Kohlenausfuhr nach:

	1915	1916
Schweden	131 382 Tonnen	150 315 Tonnen
Italien	356 576 „	575 401 „
Spanien	187 246 „	206 293 „

Diese Statistik bezieht sich ebenfalls auf den Juli. Man sieht also: bemerkenswerte Verminderung in Frankreich infolge der Höchstpreise, Erhöhung in den anderen Ländern. Ohne weiteren Kommentar. („La Liberté" vom 28. Oktober.)

„Leider wird nach dem Krieg unsere Fähigkeit, Ausfuhrhandel zu treiben, sehr gering sein. Dafür wird die Einfuhr höchstwahrscheinlich sehr groß sein. Während die englische Regierung in Voraussicht der Wichtigkeit des Frachtenproblems einige hervorragende Persönlichkeiten des Seehandels in eine beratende Behörde mit weitgehenden Machtbefugnissen berief, hielt es unser Marineminister für richtig, die Schiffsbauer nach seinem Gutdünken zu behandeln, und verbarg sogar nicht seine Absicht, eine gewisse Gesellschaft zu ruinieren. Die Engländer hingegen zögerten nicht, Frachtsätze anzubieten, die die bestehenden um die Hälfte übertrafen; auf diese Art hatten sie die Tonnage, die sie benötigten." („Libre Parole" vom 15. September.)

„Die Frachten von Cardiff nach Havre sind gestiegen von 5.25 Frank auf 42.— Frank,
von Cardiff nach Rouen von . 7.— „ „ 45.— „
von Cardiff nach Bordeaux von 7.— „ „ 45.— „
von Cardiff nach Marseille von 11.— „ „ 51.25 „ "
(„La Revue" vom 15. September.)

Ganz besondere Sorge bereitet der Menschenmangel.

„Alles Übel, unter dem wir augenblicklich leiden, kommt daher, daß Frankreich nicht genügend bevölkert ist." („L'Echo de Paris" vom 5. September.) „Wenn man Frankreich durcheilt, so sieht man überall die Spuren eines vergangenen Reichtums." („Journal" vom 5. September.)

Digitized by Google

Abgesehen von dem mangelnden Nachwuchs erregt auch das Eindringen fremder Arbeiter in Frankreich die öffentliche Meinung sehr:

„Wir werden, um unserer Industrie das nötige Personal zuführen zu können, in Zukunft in Frankreich die Mitarbeit der Bevölkerung unserer Kolonien in Anspruch nehmen müssen, vor allem für niedere Dienste und da, wo die Frau den Mann nicht ersetzen kann. Eine Einheit muß alle Kinder in der Familie des ‚Größeren Frankreichs' umfassen. Schon beginnt dieser Plan vor unseren Augen in der Gegend von Marseille sich zu verwirklichen." („Sémaphore de Marseille" vom 8. August.)

Mit den größten Raum nehmen die Klagen über die Teuerung der Lebensmittel ein:

„Wir sind noch in der guten Jahreszeit und trotzdem haben wir die schönste Teuerung aller Lebensmittel, vor allem der Butter und des Zuckers, sodann der Eier. Auch die Schweinefleischpreise sind enorm in die Höhe gegangen. Die Kartoffelpreise haben am 24. August die Rekordhöhe von 40 Frank (für den Doppelzentner) erreicht." („Le Matin" vom 25. August.) „Der Preis der Gerste ist von 30 Frank in normalen Zeiten auf 76 Frank gestiegen." („Le Temps" vom 26. August.) „Auch die ungünstigen Nachrichten über die Ernteaussichten in Argentinien und über die schlechten Ernten in Nordamerika erregen sichtliche Beunruhigung. In Frankreich ist die Anbaufläche zurückgegangen. Die laufenden Erntearbeiten erschweren den Drusch, der Wagenmangel verhindert die Transporte. Eine erhebliche Steigerung der Getreidepreise wird namentlich auch infolge der Frachtenkrise erwartet." („Le Temps" vom 12. Dezember. „Homme enchaîné" vom 14. Oktober.)

„Nach einer Mitteilung des Handelsministeriums ist die diesjährige Ernte seit vielen Jahren die schlechteste. Sie kann nicht auf höher als 60 Millionen Zentner geschätzt werden. Der bisherige Verbrauch betrug 94 Millionen, wovon infolge der Besetzung eines Gebietsteiles 8 Millionen abgehen. 10 Millionen erfordert der Heeresbedarf. Der Bedarf der Zivilbevölkerung beträgt 76 Millionen. Der Ausfall beläuft sich daher auf 16 Millionen Zentner. („Le Temps" vom 14. Oktober.)

Auch über die Kohlenversorgung herrscht lebhaft Besorgnis: „Le Temps" vom 7. Oktober druckt einen Brief ab, der sich mit der erschreckenden Transportkrise und ihren Folgen für den Kohlenbezug beschäftigt:

„Im gegenwärtigen Augenblick haben zahlreiche Fabrikanten keine genügende Kohle, um ihren Betrieb aufrechtzuerhalten; Industriekohle wird auf Versteigerungen gekauft, wobei nur der Höchststeigernde von dem wenig Vorhandenen etwas erhält. Die Einfuhrbewilligungen sind um 10 und dann um weitere 2 % gekürzt worden. Andererseits künden die englischen Blätter eine gewaltige Minderung um mehrere tausend Tonnen die Woche für die Ausfuhr an mangels

Digitized by Google

notwendiger Ausfuhrbewilligungen für die Käufer. Trotzdem verkünden die Behörden, daß die Einfuhrzahlen sich wesentlich verbessert hätten. Es wäre interessant zu wissen, ob nicht die für Italien bestimmten Kohlenmengen in den Einfuhrziffern enthalten sind. Andererseits steigt der Bedarf in fühlbarer Weise infolge der fast täglichen Neugründung von Kriegsfabriken und der Wiedereröffnung geschlossener Fabriken."

Die Mieterfrage, die vor einem halben Jahr beinahe zum Bruch der inneren Einigkeit geführt hätte, spielt nicht mehr eine so beherrschende Rolle. Ihre endgültige Regelung wird wohl erst im Frieden erfolgen. Bedauert wird das Elend der kleinen Hausbesitzer.

„Man hat uns Hausbesitzer genannt, die um ihr Leben fristen zu können, Zeitungen verkaufen." („L'Œuvre" vom 7. September.)

Ein großes Kapitel in der französischen Presse nimmt unter den wirtschaftlichen Erörterungen die Behandlung aller Fragen ein, die sich auf die Zeit nach dem Kriege beziehen.

„Die große Republik der Vereinigten Staaten hat sich seit zwei Jahren durch Lieferungen an die Entente dermaßen bereichert, daß sie augenblicklich einen Goldbestand von 13 Milliarden besitzt, das heißt ungefähr gerade so viel wie Frankreich, England, Rußland, Deutschland und Österreich zusammen. Man wird leicht einsehen, welche ungeheuren Vorteile diese wirtschaftliche Lage Amerika in den kommenden Wirtschaftskämpfen bieten wird. Man würde sich sehr freuen, wenn es mit diesen starken Mitteln dem von den Alliierten getroffenen Arrangement beitreten würde. Was bezwecken denn diese schließlich durch dieses Arrangement? Sie wollen Deutschland wirtschaftlich isolieren und sind der Ansicht, daß sie auch dadurch für die Gerechtigkeit kämpfen. Wie sollten wir also nicht hoffen, daß die Amerikaner, die gleichfalls so viele heldenhafte Kämpfe für die Gerechtigkeit gefochten haben, sich nicht mit uns vereinigen werden zur Niederzwingung der ewigen Verächter des Rechtes, der Freiheit und Gerechtigkeit." („Petite Gironde" vom 6. September.)

Bei diesen Bestrebungen geht aber nicht alles nach Wunsch:

„Es ist unbedingt notwendig, daß die Tätigkeit der französischen Vertreter in Archangelsk nicht nur ein Kriegsunternehmen bleibt. Von all den vielen Anstrengungen und Kosten wird nichts übrig bleiben, als das Bewußtsein, der gemeinsamen Sache gedient zu haben. Kein Vorteil, kein Verdienst. Dabei wäre es für Frankreich leicht gewesen, den Platz, den England im dortigen Handel einzunehmen sich anschickt, mit diesem in loyaler Weise zu teilen. Nichts ist in diesem Sinne geschehen. Die englischen Schiffe werden nach dem Frieden wiederkommen, die unsrigen nicht. Unsere Handelskommissionen, die dort waren, hätten für die Zeit nach dem Kriege vorbauen sollen. Aber es scheint, daß dort, wie anderswo, wir diesen Gesichtspunkt außer acht gelassen haben. („La Victoire" vom 3. Oktober).

Digitized by Google

Sehr weitreichend sind die Bestrebungen, die französischen Handelsbeziehungen durch Stärkung des französischen Außenhandels und der Kolonien zu verbessern:

„Marseille, Bordeaux, Brest, Le Havre müssen Freihäfen werden. Außerdem Dünkirchen, da Frankreich an den Norden seines Landes eine Ehrenschuld zu zahlen hat. Die Freihafenzone von Dünkirchen muß nötigenfalls Lille, Roubaix und Tourcoing einschließen, damit die Industrie jener Gegend wieder aufleben kann. („Mercure" vom 1. September.)

„Man muß eine Handelsflotte schaffen, die Frankreich und ebenso Rußland mit Algier, Tunis, Marokko verbindet. Was Rußland betrifft, so sind wichtige Handelsbeziehungen in Vorbereitung, und sogleich nach Beendigung der Feindseligkeiten wird ein regelmäßiger Geschäftsverkehr zwischen Rußland und Nordafrika geschaffen werden. Ferner ist notwendig eine regelmäßige Küstenschiffahrt von Tunis bis Marokko und die Erstellung regelmäßiger Handelsverbindungen der wichtigsten Häfen Afrikas mit Frankreich. Diese Verbindungen müssen vor allem im Anfang zu sehr niedrigen Preisen arbeiten, um die geschäftlichen Unternehmungen zu erleichtern. Ein solches Programm kann nur unter Beteiligung aller Interessenten durchgeführt werden. Die Zahl dieser und der Reichtum der Kolonien erlauben die Hoffnung, ein beträchtliches Kapital zusammenzubringen. Ein großer Vorteil für die geplanten Verbindungen ist das Vorkommen von Kohle in Algier in der Nähe eines Hafens. Unsere algerischen Freunde müssen uns wohl verstehen: Um die Frachtenkrise zu beseitigen, darf man nicht allzuviel auf die großen Schiffahrtsgesellschaften zählen. Diese werden nach dem Kriege genug zu tun haben, ihre Flotte wieder instand zu bringen." („Mercure" vom 1. September.)

Auch Anstrengungen, die gesamte innere Handelsorganisation Frankreichs zu verbessern, finden sich häufig.

„Deutschland bereitet sich für die Friedenszeit vor, und wird hierbei gerade so wie bei der Vorbereitung für den Krieg die Initiative nicht den Privaten allein überlassen. Es ist dringend nötig, daß auch bei uns die Gesamtorganisation derartige Bestrebungen unterstützt, die durchzuführen der Staat allein imstande ist. Denn ich glaube, daß der Krieg genügend gezeigt hat, daß die großen nationalen Fragen nicht ohne Hilfe eines vorausseh enden Staates erledigt werden können." (‚Action française" vom 15. September.)

Bei allen diesen Bestrebungen ist der Wille, Neuerungen zu schaffen, vorhanden. Aber Frankreich wird nach dem Kriege überreichlich mit der Wiederherstellung normaler wirtschaftlicher Verhältnisse im eigenen Lande beschäftigt sein, ehe es die aus Haß geborenen Gedanken des Wirtschaftskrieges gegen Deutschland — dessen Gefahren für Frankreich übrigens einsichtsvolle französische Wirtschaftspolitiker, wie z. B. Hoschiller, bereits dargelegt haben — zur Ausführung bringen kann.

Digitized by Google

Die Frau in der Gemeinde

Ausblicke von Jenny Apolant

Eine Betrachtung der kommunalen Frauenarbeit unserer Tage steht naturgemäß unter dem Eindruck der starken Anregung, die sie während der Kriegszeit empfangen hat. Tausende von Frauen sind durch die Anforderungen des kommunalen Heimatdienstes in den Bereich der städtischen Verwaltungen hineingezogen worden. Der größte Teil arbeitet auf den verschiedenen Gebieten der praktischen Kriegsfürsorge mit, ein kleinerer nimmt an den Sitzungen der vielen städtischen Kommissionen teil, die während des Krieges ins Leben gerufen worden sind. Es sei hier an die Unterstützungskommissionen der Lieferungsverbände, Mieteinigungsämter, Lebensmittelkommissionen, Preisprüfungsstellen, Kommissionen für die Familien von Kriegsteilnehmern oder für die Hinterbliebenen erinnert.

Wer sich um eine möglichst objektive Würdigung der Zukunftsaufgaben und -Aussichten der Frau in der Gemeinde bemüht, hat die besonderen Verhältnisse der beiden Kriegsjahre wohl zu berücksichtigen, er muß sich aber davor hüten, einen unter abnormen Bedingungen eingetretenen Aufschwung als Ausdruck einer normalen Entwickelung zu nehmen. — Die Entwickelungsmöglichkeiten der Zukunft können nur aus den Entwickelungsbedingungen der Vergangenheit verstanden werden, und diese sind so fest in den wirtschaftlichen, sozialen und ethischen Verhältnissen ihrer Zeit verankert, daß es mir notwendig erscheint, hier einen Augenblick zu verweilen.

Man vergegenwärtige sich, daß von allen Ländern Europas Deutschland dasjenige ist, dessen Verstadtlichung in den letzten Jahrzehnten die größten Fortschritte gemacht hat. Während vor einem Drittel Jahrhundert von den Einwohnern des Deutschen Reichs etwa drei Fünftel auf dem Lande und nur zwei Fünftel in den Städten wohnten, hat sich das Verhältnis seitdem in das Gegenteil und darüber hinaus geändert. Die 25 Millionen, um die unser Volk gewachsen ist, sind nur den Städten zugeflossen. Nichts gibt vielleicht ein sinnfälligeres Bild von dem Tempo der deutschen Verstadtlichung als ein Blick auf die Entwickelung der Großstädte. (Großstadt-Stadt mit mehr als 100 000 Einwohnern.) Zu Beginn des 19. Jahr-

Digitized by Google

hunderts zählte Europa nur 12 Großstädte, an deren Spitze London mit weniger als einer Million Einwohneren stand. Berlin zählte damals 172 132 Seelen, Hamburg etwa 100 000. Bis zur Mitte des Jahrhunderts kam Breslau als Großstadt hinzu, dann Cöln und München, bis 1870 noch Dresden, Königsberg und Leipzig. 1880 gab es erst 15 deutsche Großstädte, 1890: 26, 1900: 33, 1905: 41, 1910: 48, eine Zahl, die nur von den Vereinigten Staaten übertroffen wird. Die Reichshauptstadt zählt mit ihren Vororten heute etwa 4 Millionen Einwohner, d. h. mehr als die Schweiz.

Mit der schnellen und starken Städteentwickelung steht die Industrialisierung Deutschlands und die Zusammenballung armer Bevölkerungsmassen in den großen Städten in engstem ursächlichen und zeitlichen Zusammenhang. Und in diesem Rahmen der modernen deutschen Großstadt erwachte in bis dahin nicht geahnter Stärke der Wille zur Organisation und das Bewußtsein der sozialen Pflicht und Verantwortlichkeit.

Das war der Boden, in dem die kommunale Wohlfahrtspflege zu einer schnellen, außerordentlich segensreichen Entfaltung gelangte und der die ersten Wurzeln weiblicher Tätigkeit in sich aufnahm. Die erstmalige Eingliederung der Frau in den kommunalen Fürsorgeapparat vollzog sich durchaus nicht mit der Einfachheit und Selbstverständlichkeit, wie wir es, unter dem Zwang der Verhältnisse, bei der Zusammensetzung der vielen Kriegsfürsorgeeinrichtungen erlebt haben. Langsam, zögernd öffneten sich die Tore der Verwaltungen. Es galt, nicht nur gegen die gesetzlichen Schranken, sondern auch gegen eine Welt von Vorurteilen anzukämpfen, um die Ausübung naheliegendster menschlicher Pflichten durchzusetzen. Vorurteile auf seiten der Verwaltungen, der männlichen pflegerischen Organe (Armenpfleger, Waisenräte) und auch in der Reihen der jeder sogenannten öffentlichen Tätigkeit ängstlich gegenüberstehenden Frauen.

In den achtziger Jahren nahmen einzelne Städte wie Ratibor und Cassel weibliche Armenpfleger auf, aber zu einem bemerkenswerten Faktor in dem sich ständig erweiternden Kreise der kommunalen Wohlfahrtspflege wurde die weibliche Mitarbeit erst unter dem Druck großer Organisationen und öffentlicher Körperschaften, wie z. B. des Deutschen Vereins für

Digitized by Google

Armenpflege und Wohltätigkeit, der in einer Entschließung aus dem Jahre 1896 „die Heranziehung von Frauen zur öffentlichen Armenpflege als dringende Notwendigkeit" bezeichnete. Es sei hier noch an das Eintreten des dritten Preußischen Städtetages für die Frau als Armenpflegerin im Jahre 1910 und an die Äußerungen der preußischen Justizverwaltung, betreffend die Mitwirkung der Frau bei der Waisenpflege und Vormundschaft aus dem Jahre 1909 erinnert. Hierzu kam die in den letzten Jahrzehnten stark einsetzende Propaganda eines Teiles der organisierten Frauenbewegung, insbesondere der ältesten deutschen Frauenorganisation, des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins, der zur Zentralisierung aller auf dem Gebiet kommunaler Frauenarbeit vorhandenen oder einsetzenden Bestrebungen im Jahre 1907 eine „Zentralstelle für Gemeindeämter der Frau" ins Leben gerufen hat. In dieser Zentralstelle (Frankfurt a. M., Hochstraße 49) wird unter ständiger Fühlungnahme mit den städtischen Verwaltungen alles einschlägige Material zusammengetragen, bearbeitet und der Öffentlichkeit übergeben.

Die nachfolgenden, dem Aktenmaterial der Zentralstelle entnommenen Zahlen mögen einen kurzen Einblick in die kurz vor dem Kriege bestehenden Verhältnisse der ehrenamtlichen und besoldeten Frauenarbeit innerhalb der kommunalen Wohlfahrtspflege geben.

Im Jahre 1913 wirkten in 593 deutschen Gemeinden mit mehr als 6000 Einwohnern 17 960 weibliche Hilfskräfte in der städtischen Fürsorge mit, davon entfielen 16 939 auf die ehrenamtliche Arbeit (Armenpflege, Waisenpflege, Ziehkinderüberwachung, Schulverwaltung, verschiedene andere Deputationen und Kommissionen), 1021 auf die besoldete Tätigkeit (Armen-, Waisen-, Säuglings-, Ziehkinderpflege, Wohnungs-, Schul-, Polizeipflege, Tuberkulose-, Trinkerfürsorge, Arbeitsnachweis.)

Seitdem ist die Entwickelung auf sämtlichen Gebieten in steigendem Maße fortgeschritten. Als Beweismaterial können zwar nur Zahlen der Großstädte herangezogen werden, da die Zentralstelle während der Kriegszeit von einer umfassenderen Umfrage absehen mußte, aber es darf mit Sicherheit angenommen werden, daß die Entwicklung im Reich der in den Großstädten im wesentlichen entspricht.

Digitized by Google

A. Ehrenamtliche Arbeit (45 Großstädte).

	1910 Zahl der Frauen	1913 Zahl der Frauen	1915 Zahl der Frauen
Armenpflege	1 697	2 086	2 623
Waisenpflege	4 645	6 594	7 224
Deputationen, Kommissionen	58	205	253
Schulverwaltung	104	238	334
Schulpflege	—	46	62
Wohnungspflege	16	47	64
	6 520	9 216	10 560

B. Besoldete Arbeit (45 Großstädte).

Armen-, Waisen-, Säuglingspflege	325	478	609
Arbeitsnachweis	80	130	153
Polizeipflege	15	23	36
Wohnungspflege	—	7	17
Schulpflege	9	44	82
	429	682	897

Auf eine Einschränkung des vorher Gesagten muß allerdings hingewiesen werden, nämlich die, daß die Teilnahme der Frau an der besoldeten Arbeit während der gleichen Zeitspanne in den Großstädten schneller gestiegen ist als im Reich, eine Erscheinung, die in den Verhältnissen der modernen Großstadt ihre Erklärung findet. Jede Großstadtverwaltung ist sich heute bewußt, daß sie nicht imstande ist, mit dem rein ehrenamtlichen System der Fürsorge den vielen schwierigen Anforderungen gerecht zu werden. Die Voraussetzung befriedigender Arbeitsergebnisse liegt in der Ergänzung der freiwilligen Tätigkeit durch die systematische Arbeit berufsmäßig ausgebildeter, besoldeter Kräfte. Ein noch so kleiner Einblick in die unendlich mühevollen, verwickelten Aufgaben einer Schul- oder Wohnungspflegerin oder einer Polizeiassistentin zeigt, daß hier ein Maß an Zeit, Kraft und Fachkenntnissen notwendig ist, wie es nur bei arbeits- und berufsgeschulten Persönlichkeiten zu finden sein dürfte.

In Berücksichtigung der großen und im Laufe der nächsten Jahre zweifellos noch steigenden Bedeutung der berufsmäßigen Frauenarbeit im kommunalen Wohlfahrtsdienst erscheint es mir unerläßlich, die Arbeitsbedingungen der weiblichen Hilfskräfte einer kritischen Betrachtung zu unterziehen. Wir unterscheiden drei Gruppen derartiger Hilfsarbeiterin-

Digitized by Google

nen: 1. die Absolventinnen sozialer Frauenschulen und Seminare, 2. die aus rein praktisch sozialer Arbeit hervorgegangenen, unter ihnen eine große Anzahl Krankenpflegerinnen, und schließlich die Akademikerinnen, (Nationaldkonominnen, Juristinnen, Medizinerinnen), mit praktisch sozialer Schulung. Die Anstellungsverhältnisse stehen bei keiner der drei Gruppen in einem gerechten Verhältnis zur Arbeitsleistung; sie lassen nach jeder Richtung zu wünschen übrig. Die Gehälter der Akademikerinnen erheben sich selten über 3000 M. (die z. T. viel höheren Gehälter einiger Kriegsvertreterinnen kommen hier nicht in Betracht), und der Jahresverdienst einer Nichtakademikerin liegt gewöhnlich zwischen 1200 und 1800 M. Abgesehen von einer Erhöhung der Gehaltssätze wäre für die Zukunft auch eine bessere Regelung der Urlaubs- und Ruhegehaltsverhältnisse anzustreben, und schließlich wäre die Zulassung der Frauen zu allen Prüfungen, ihr Aufstieg in unkündbare Stellungen mit der Folge ihrer vollständigen Eingliederung in den Beamtenorganismus der Kommune dringend zu wünschen.

Viel unübersichtlicher als bei der besoldeten Hilfstätigkeit liegen heute noch die Verhältnisse auf den großen Gebieten freiwilliger Hilfsarbeit, der Armen- und Waisenpflege, der Schulverwaltung usw. Unverständnis und Vorurteile sind jetzt, besonders unter dem lebendigen Eindruck der Kriegserfahrungen, allerdings schneller überwindbar als vor 20 Jahren, wenn auch hier noch ein hartes Stück Arbeit zu leisten sein wird, aber der eigentliche Kampf hat den gesetzlichen Hindernissen zu gelten, deren es trotz mancher Fortschritte in den letzten Jahren noch viele und verschiedenartige gibt. Ich führe nur einige Gesetzesbestimmungen an, deren Fortbestehen sehr verhängnisvoll wäre. Von dem „Musterländle" Baden und dem kleinen Fürstentum Reuß j. L. abgesehen, ist den Frauen in sämtlichen Bundesstaaten das Amt des Waisenrats verschlossen, da sie nicht zu den stimmfähigen Bürgern gehören. Im Jahre 1913 arbeiteten etwa 11 000 Waisenpflegerinnen unter Leitung des Gemeindewaisenrats bei der Beaufsichtigung der im Kindesalter stehenden Mündel und bei der Überwachung der weiblichen Mündel. Begreiflicherweise sind es gerade die tüchtigsten Elemente unter ihnen, die seit Jahren den lebhaften Wunsch empfinden, nicht nur als Hilfsorgan des Waisenrats, sondern als dessen Mitglied mitzuwirken, d. h. über ihr eigenes Arbeitsgebiet auch

Digitized by Google

mitzubestimmen. Zahlreiche in diesem Sinn gehaltene Eingaben der organisierten Frauenbewegung wanderten in die Papierkörbe der gesetzgebenden Körperschaften, das gleiche Schicksal erlitten zwei Petitionen der Magistrate von Charlottenburg und Breslau, die im Jahre 1910 die Regierung um Abänderung des betr. Paragraphen im Preußischen Ausführungsgesetz zum BGB. ersuchten.

Die stimmberechtigte Zugehörigkeit zu einer großen Anzahl städtischer Abordnungen und Ausschüsse ist ebenfalls den stimmfähigen Bürgern vorbehalten, und wenn es auch richtig ist, daß ein sachverständiges Kommissionsmitglied mit nur „beratender Stimme" meist Gehör findet, so sollte doch schon aus Gerechtigkeitsgründen die nicht auf sachlichen Voraussetzungen beruhende, sondern durch die Geschlechtszugehörigkeit bedingte Bestimmung fallen. Auch dürfte häufig erst das Bewußtsein, eine gleichberechtigte Mitarbeiterin zu sein, das volle Verantwortungsgefühl auslösen.

Ganz ungenügend sind in den meisten Bundesstaaten auch die gesetzlichen Grundlagen für die Mitarbeit der Frau auf dem Gebiet der kommunalen Schulverwaltung; weniger für die Lehrerin als für die Frau und Mutter. Es wäre gut, wenn sich die preußische Regierung einer Ministerialverfügung aus dem Jahre 1811 erinnerte, in welcher der damalige Minister Wilhelm von Humboldt die Schulabordnungen auffordern ließ, bei der Aufsicht über die Töchterschule die verständigsten und achtbarsten Frauen aus den verschiedensten Ständen zu Rate zu ziehen und die Hausmütter des Ortes auf alle Weise für die Besserung der weiblichen Erziehung zu interessieren zu suchen. Die verständigen Hausmütter wären auch heute sehr am Platze, wo Erziehungsfragen unserer Töchter — besser noch unserer Kinder — behandelt werden oder wo Fragen der Schulhygiene und Schulpflege zur Beratung stehen.

Die Verhältnisse auf dem Gebiet der kommunalen Armenpflege liegen insofern besser als auf den vorher gestreiften, weil es eine gesetzliche Ausschließung der Frau von dem Amt einer Armenpflegerin in keinem Bundesstaat gibt. Da die örtliche Regelung aber gewöhnlich den Gemeindeverwaltungen überlassen bleibt und diese — häufig unter dem Einfluß der männlichen Pfleger — dem Eintritt der Frauen ablehnend oder gleichgültig gegenüberstehen, vollzieht sich die Entwicklung in schneckenhaftem

Digitized by Google

Tempo. Trotz eifriger Werbung der Frauenvereine arbeiten heute in Berlin z. B. erst 157 Frauen neben mehr als 5000 Männern, in Hamburg 20 weibliche Armenpfleger und 5 Helferinnen neben 1873 männlichen Pflegern!

Das zukünftige Deutschland darf sich nicht mehr den Luxus leisten, auf Grund einiger überlebter Gesetzesbestimmungen auf die volle Ausnutzung der ihm zur Verfügung stehenden Kräfte zu verzichten. Die Neuorientierung der Kommunalpolitik kann an der Stellung der Frau in der Kommune nicht vorübergehen. Es ist möglich, daß sie zur Schaffung besonderer Gesetzesbestimmungen für die Heranziehung von Frauen zu einzelnen Verwaltungszweigen führen wird nach dem Muster einiger Bundesstaaten (Bayern Armengesetz 1914, Baden, Hessen, Oldenburg Kommissionsbestimmungen 1910, 1911 und 1913), es ist denkbar, daß einzelne Bundesstaaten die vielen Hindernisse mit einem Schlage lösen, indem sie den Frauen das kommunale Wahlrecht geben. Die bisherige Richtung der Einzellandtage lag mehr auf dem zuerst genannten Wege. Ich halte es für schlechterdings unmöglich, heute eine Voraussage für die Zeit nach Friedensschluß zu geben; doch scheint es mir zweckmäßig, den allzu großen Optimisten vor Augen zu halten, daß die Forderung der vollen Eingliederung der Frau in die kommunale Wohlfahrtspflege weitestgehende Billigung und Unterstützung findet, während Ansichten und Wünsche hart aufeinander stoßen, sobald das kommunale Frauenwahlrecht zur Erörterung steht. Selbst die eifrigsten Förderer der Frauenrechte innerhalb der Gemeindeverwaltung sehen einer durch das Wahlrecht gegebenen Erweiterung dem weiblichen Einflußkreise mit einer gewissen Beklemmung entgegen. Sie vergessen häufig, an die Erfahrungen zu denken, die in den nordischen Staaten, in England und Amerika mit dem kommunalen Frauenwahlrecht gemacht worden sind und übersehen die Tatsache, daß in vielen deutschen Landgemeinden die Frauen als Grundbesitzerinnen ein beschränktes Wahlrecht bereits seit langer Zeit ausüben.

Während der letzten Jahre ist die Frage der Verleihung des kommunalen Wahlrechts an die Frauen in verschiedenen gesetzgebenden Körperschaften erörtert worden: 1911 im Preußischen Abgeordnetenhaus gelegentlich der in Aussicht genommenen Durchsicht der Rheinischen Gemeindeordnung, 1914 im Landtage von Sachsen-Weimar-Eisenach bei der

Digitized by Google

Behandlung zweier Petitionen von Eisenacher und Jenaer Bürgerinnen und 1912 in Oldenburg gelegentlich der Durchsicht der allgemeinen Gemeindeordnung. In Oldenburg handelte es sich merkwürdigerweise um das passive Frauenwahlrecht. Mit 22 gegen 19 Stimmen wurde folgender Antrag angenommen: „Das passive Wahlrecht zu den Körperschaften der Gemeinde ist allen im Vollbesitz der bürgerlichen Ehrenrechte befindlichen weiblichen Gemeindeangehörigen zu verleihen, die das 24. Lebensjahr vollendet haben, und die entweder verheiratet sind oder als selbständig steuerpflichtig drei Jahre zu den Gemeindelasten beigetragen haben." Die Regierung äußerte sich im Plenum unbestimmt und gab im Landtagsabschied keine weiteren Erklärungen zu diesem Punkt der Verhandlungen ab. Neben ganz alten, abgegriffenen Beweisgründen der Gegner und dem merkwürdigen Einwand des Regierungsvertreters, „Oldenburg habe gar keine Veranlassung, in bezug auf das Frauenwahlrecht in Deutschland voranzugehen", gab es unter den Landtagsabgeordneten so warme Befürworter des Antrages, daß es trotz der praktischen Ergebnislosigkeit ihres Eintretens jetzt noch eine Freude ist, die Protokolle durchzusehen. Wenn der Abgeordnete Tantzen (Heering) sagt: „Die größte Zahl der Gegner sind Gegner aus Unkenntnis. Es sind die Gegner im Lande, im allgemeinen ungefährliche, die die Tatsachen gar nicht übersehen und sich auch einer wirklichen Gründlichkeit des Nachdenkens über diese Materie nicht befleißigen", so unterschätzt er doch vielleicht die Ungefährlichkeit gerade dieser Gruppe von Gegnern. Um so rückhaltloser ist seinen Schlußworten zuzustimmen: „Es wird immer von dem Familienleben gesprochen. Welche Mutter ist denn die beste zur Erziehung der Kinder? Ich kann nicht die Antwort geben: Die Mutter, die gar nicht beteiligt ist am öffentlichen Leben und infolgedessen auch kein Interesse für diese Dinge haben kann. Ich bin der Meinung, das ist die beste Mutter, die für diese Dinge Verständnis hat. Und das kann sie nur dadurch gewinnen, daß sie mitbeteiligt ist. Alles in allem ist es meine Überzeugung, daß auch die Frau die Höhe ihres Persönlichkeitswertes und ihrer sozialen Leistung nur erreicht durch innere Freiheit. Und diese innere Freiheit kann die Frau nur gewinnen, indem man sie Anteil nehmen läßt an den Kulturgütern aller Art, auch an den Interessen des öffentlichen Lebens."

Im Laufe der Verhandlungen ist von gegnerischer Seite nicht nur die

Digitized by Google

Stimmfähigkeit, sondern auch das Bedürfnis der Frauen nach dem Wahlrecht verneint und damit ein wunder Punkt berührt worden. Zweifellos legen viele Frauen gar kein Gewicht darauf, das Wahlrecht zu bekommen, viele stehen dem Gedanken sogar mit deutlichen Abwehrgefühlen gegenüber. Sie gehören zu den Gegnern aus Unkenntnis, sie wissen nichts von dem Aufgabenkreis der Gemeinde, von volkswirtschaftlichen und ethischen Werten, die das weibliche Element hineinträgt, nichts von der Bereicherung und dem Wachsen der Persönlichkeit innerhalb einer großen Gemeinschaft. Es ist richtig, daß in vielen, die früher abseits standen vom Schicksal ihres Volkes, das furchtbare Geschehen unserer Zeit zum Weckruf geworden ist, aber man glaube ja nicht, daß sich soziales Verantwortungsgefühl immer mit staatsbürgerlichem Bewußtsein deckt. Das Schlagwort von der „Politisierung der Frau" bedeutet nichts anderes als das Erwecken ihrer produktiven Kräfte innerhalb der Staatsgemeinschaft für Gemeinde und Staat. Die Forderung der staatsbürgerlichen Erziehung der Frau wird nicht mehr verschwinden, weil ihre Erfüllung eine Brücke zu werden verspricht, die zu diesem Ziele führt.

Alles Wissen und Erkennen wird erst dann für die Allgemeinheit fruchtbar, wenn es sich in ein Mitschaffen umsetzt. Wie immer sich die kommunal-politische Neuorientierung gestalten möge: das zukünftige Deutschland braucht zu seiner glücklichen Entwickelung eine große Frauengemeinschaft, die im vollen Bewußtsein ihres engen Verbundenseins mit Gemeinde und Staat von einem starken und festen Willen erfüllt ist mitschaffend teilzunehmen an dem Wiederaufbau ihres Vaterlandes.

„Home Rule" für Flandern

Von Huibrecht van Ael, Lier in Flandern

In Flandern gibt es neben Jungvlamen, welche die Gründung eines selbständigen vlämischen Staates verlangen, auch Vlamen, die „Home Rule" für Flandern und Wallonien in einem wiederhergestellten Belgien vorziehen. Diese weniger radikalen, aber ebenso aufrichtigen Vlamen folgern also: „Im Westen wird der europäische Frieden durch die belgische wie im Osten durch die Balkan-Frage beherrscht. Im Interesse des europäischen Friedens muß Belgien wiederhergestellt werden.

Digitized by Google

Aber dieses wiederhergestellte Belgien darf dem früheren nicht gleich sein. Für die vlämischen Interessen ist es unbedingt nötig, daß Belgien von seiner früheren Vereinheitlichung der Staatsgeschäfte ablasse: Flandern und Wallonien sollen „Home Rule“ erlangen. Dies wird den belgischen Staat nach innen und infolgedessen auch nach außen stärken.“

Diesem Standpunkt sei folgendes gegenübergestellt:

Die Vlamen haben vor allem im Interesse ihres Volkes, nicht im Interesse des europäischen Friedens zu arbeiten; darnach kommt das Interesse des Germanentums, welch letzteres, auch mit Rücksicht auf die vlämischen Interessen, gegenüber dem sich allenthalben verbreitenden Einfluß des Romanentums, möglichst stark sein muß. In ganz Europa wütet der Krieg; er wird jetzt durch uns nicht schlimmer und nicht geringer. Eben darum ist es unsre Pflicht, gerade jetzt dafür zu sorgen, daß alle früheren ungünstigen Verhältnisse möglichst gründlich geändert werden, damit wir innerhalb der Grenzen der eigenen vlämischen Heimat völligen Frieden schaffen; und dies geschieht nur, wenn wir endlich eine vollständige Freiheit gewinnen.

Die Beeinflussung des europäischen Friedens durch die Balkanfrage im Osten und durch die belgische Frage im Westen ist nicht von derselben Art. Dies lassen wir hier beiseite und vermerken nur, daß die Gründung Belgiens 1830 durch Störung des europäischen Friedens und zum Nachteil der Vlamen geschah. Frankreich gelang es, mit Hilfe der Wallonen und Französlinge die Revolution zum Ausbruch zu bringen, und diese mit seiner Politik und seinem Heere zu dem bekannten Ende zu führen. Es war Englands Mitschuld, daß das Königreich der Vereinigten Niederlande nicht bestehen blieb. Es wäre für England leicht möglich gewesen, wenn es ernstlich gewollt hätte, seine Macht den französischen Interessen in den südlichen Niederlanden gegenüber zu behaupten und die Gründung des neuen unnationalen Staates zu hindern. Indessen begnügte es sich damit, die Annexion der südlichen Niederlande an Frankreich zu verhindern, während Preußen und Rußland sich passiv verhielten und in die Gründung Belgiens nur einwilligten, weil andere Schwierigkeiten sie von einem tatsächlichen Widerstand abhielten.

Im Verein mit Holland bildeten die südlichen Niederlande ein verhältnismäßig starkes Königreich, welches immer stärker geworden wäre,

Digitized by Google

während die Schwäche des auf sich angewiesenen Belgiens dieses unmöglich gegen feindliche Angriffe und dem damit verbundenen Blutvergießen sichern konnte. Die einseitige Sympathie der belgischen Regierung und infolgedessen der immer wachsende Einfluß Frankreichs mußten den Staat noch mehr schwächen. Nur im politischen Verband mit anderen Ländern durften die südlichen Niederlande oder wenigstens Flandern mit der Sicherheit eines dauerhaften Friedens rechnen; für sich allein konnten sie je länger je weniger den Frieden sichern.

Hätte nicht die französische Politik 1830, mit Gefährdung des europäischen Friedens, ein schwächliches Staätchen mit doppelter Nationalitä an seiner Nordgrenze errichtet, so gäbe es heute keine „belgische Frage" und hätte diese niemals die Friedensinteressen Europas beherrscht. Europa erntet heute die Folgen der Gründung Belgiens vor 85 Jahren. Frankreich, das durch seine rücksichtslose Politik 1830 solche erheblichen Erfolge erreichte (nämlich die Zersplitterung der Niederlande) wird als Sieger sicherlich auch heute keine Bedenken tragen, eine endgültige und radikale Ordnung der belgischen Frage in seinem Interesse herbeizuführen. Darum ist auch von der anderen Seite eine Rücksicht unangebracht. In jedem Fall muß Belgien nach Beendigung des Krieges, also bei Aufnahme der diplomatischen Besprechungen, entweder einen Posten bilden auf dem Konto der Zentralen oder auf demjenigen der Entente.

Deutschlands Interesse verlangt es, daß die Engländer auf dem Festlande keinen Brückenkopf behalten; daß Frankreich keine europäische Kolonie zur Verfügung hat, in welcher kulturell-französischer Einfluß sich immer mehr geltend macht und politische Intrigen der geistigen Annexion folgen würden. Kein Einfallstor soll Deutschlands Feinden im Westen verbleiben; Deutschland muß sichere Bürgschaften von seinen Feinden fordern.

Merkwürdig ist, daß diejenigen Blamen, die in „Home Rule" eine Stärkung des belgischen Staates nach innen und außen erblicken, die deutsche Forderung sicherer Bürgschaften mit Jauchzen empfangen. Die Gewährung aber dieser Bürgschaften kann keineswegs eine Stärkung des belgischen Staates nach außen bedeuten; vielmehr würde sie dem Verluste der belgischen Souveränität gleich sein. So entstehen ganz sonderbare Widersprüche in den verschiedenen Behauptungen der Verteidiger von „Home Rule".

Digitized by Google

Auch kann die Wiederherstellung Belgiens mit „Home Rule" keine Stärkung der inneren Landeseinheit sein und noch weniger ein festes Unterpfand für die Sicherung des „belgischen" und europäischen Friedens. Man sollte doch nicht vergessen, daß in einem wiederhergestellten Belgien die Wallonen niemals gezwungen werden können, ihre heiße Vorliebe für Frankreich aufzugeben. Und jeder weiß, daß die Wallonen mit ihrer ganzen Seele die Annexion ihrer wallonischen Heimat an Frankreich wünschen. Auch jetzt, während der Besetzung Belgiens durch deutsche Truppen, wird die Werbearbeit zur vollständigen Anschließung Walloniens bei dem französischen „Mutterlande" eifrigst fortgesetzt. Besitzen die Wallonen in einem wiederhergestellten Belgien „Home Rule", so werden sie ohne Zögern jede Gelegenheit zur Durchführung ihres Planes ergreifen. Der Wille, sich von auferlegten Bürgschaften zugunsten der tief verhaßten „Boches" zu befreien, wird im gegebenen Augenblick ihren Entschluß steifen und stärken. Mit der Einführung des „Home Rule" erfolgt die Trennung der belgischen Armee in vlämische und wallonische Regimenter; auch die Vlamen fordern diese Trennung. Aber dies wird die Wallonen noch mehr dazu anspornen, den eisernen Würfel in die Wagschale zu werfen; wir würden ohne Zweifel eine wallonische Revolution erleben mit dem Endziel: Annexion à la douce mère-patrie (Vereinigung mit der süßen Mutter [Frankreich]). Was würde mit Flandern geschehen? Kaum wird ein einziger Vlame gefunden werden, der sich einzubilden wagt, daß in einem wiederhergestellten Belgien der jahrhundertelang geschwächte national-vlämische Charakter in kurzer Zeit sich so entwickeln könne, daß er imstande wäre, sich einer wallonischen Revolution zu widersetzen. Und die Folge würde sein, daß entweder die Wallonen sich an Frankreich anschließen würden oder daß der belgische Staat sich „gezwungen" sähe, ihnen Zugeständnisse zu machen zum Nachteile Flanderns. Ich glaube durchaus nicht, daß Europa die Vereinigung eines Teiles von Belgien mit Frankreich ohne weiteres zulassen würde; aber die Aufwerfung der Frage schon, die unausbleiblich ist, würde den europäischen Frieden in große Gefahr bringen.

Einem wiederhergestellten Belgien müßte Freiheit seiner auswärtigen Politik gestattet werden. Sonst wäre es ja kein unabhängiges Belgien mehr. Trotz einer frei erwählten oder auferlegten Neutralität des Staates

Digitized by Google

würden sich die Sympathien Walloniens immer dahin richten, in starker politischer Fühlung mit Frankreich zu bleiben. Auch ist es nicht ausgeschlossen, daß die früheren Regierungsmänner, die bereits einmal so eigenartig mit der Neutralität umgegangen sind, sich wieder ein kleines Probestückchen ihrer Liebe für Frankreich erlauben, mit welchem Lande diese Herren so viele Interessen verbinden. Und dies um so mehr, da doch Frankreich seine Politik stets nach Norden richten muß, wenn es seiner Ausbreitungssucht und Ländergier nicht entsagen will. In einem wiederhergestellten Belgien gäbe es für die Zwecke solcher französischer Politik genug anziehende Kräfte. Nicht nur die Wallonen, sondern auch die vlämischen Franzdslinge würden dieser Politik eine hilfreiche Hand bieten.

Und endlich, wer wird bürgen für die praktische Ausführung der Bürgschaften, welche Deutschland fordern will durch Belgien? Wenn die belgische Regierung, nachdem alles so glatt verlaufen ist und sie selbst ruhig wieder Besitz genommen hat von ihrer Würde und ihrer Macht, sich weigert, die versprochenen Bürgschaften praktisch zu leisten und die Unzufriedenheit der Wallonen zur Rechtfertigung dieser Weigerung geltend macht: wird dann nicht die Welt infolge dieses Verhaltens der belgischen Regierung ein neues Blutbad sehen müssen? Und ist nicht zu befürchten, daß England die Unzufriedenheit der Wallonen benützen wird, um auf dem Festlande Uneinigkeit zu verursachen? Und wenn die Vlamen, trotz aller niedergeschriebenen Versicherungen zur Erhaltung ihrer Rechte, doch weiter unterdrückt werden: wird dann nicht aus diesem Grunde ein neuer Krieg entstehen?

In einem wiederhergestellten Belgien erblicken wir durchaus keine Lösung der vlämischen Frage. Weder die Sicherung der kulturellen Rechte Flanderns, noch die entsprechenden Verbesserungen auf sozialem und ökonomischem Gebiete werden durch eine Wiederherstellung Belgiens erlangt werden.

Und jedenfalls würde ein solches mit „Home Rule“ ausgestattetes Belgien fortwährend den schwachen Punkt bilden im ehernen System der europäischen Politik und eine stete Veranlassung zur Störung des internationalen Gleichgewichts und des europäischen Friedens sein.

„Home Rule“ für Flandern und Wallonien in einem wiederhergestellten Belgien kann nicht die Lösung der belgischen Frage sein.

Digitized by Google

Notizen

Mehr Vertrauen. Wir erhalten unter diesem Titel folgenden Brief aus dem Felde:

Die lange Dauer des Krieges hat die anfängliche Begeisterung langsam schwinden lassen. Egoistische Gleichgültigkeit klingt neben der Sehnsucht nach Frieden aus so manchem Brief, der aus der Heimat zu uns gelangt. In dem harten Kampf ums Dasein vergißt man das große Ziel, glaubt, daß ein Friede um jeden Preis das Leben erleichtern wird, ohne zu ahnen, daß die Not bei einem ungünstigen Ende noch größer würde. So mancher hat das Wort vom Leben: „und wenn es köstlich gewesen ist, so ist es Mühe und Arbeit gewesen", längst vergessen. Ein Glück ist es, daß der kleine Teil der Presse, der ein Verfechter derselben Idee ist, an den Zensor gebunden wird, denn der politisch Ungeschulte hier draußen und daheim besitzt nicht die Fähigkeit und kann sie nicht besitzen, sich eine Vorstellung von den Folgen des Friedens um jeden Preis zu machen.

Schädlicher aber wirken die Unentwegten, da sie bisher Mittel in Händen haben, um die Politik der Reichsleitung zu bekämpfen. In fast jeder Zeitung lese ich davon und Bekannte kommen mir mit der bangen Frage: Wohin wird das führen? Was wird aus unserer schönen Einigkeit? Ist Bethmann wirklich ein so schlechter Führer der Reichspolitik? — Was würden diese Herren sagen, wenn der Führer einer Kompanie oder gar eines Regimentes den Befehl den Generals nicht ausführen will, weil er den Untergang seines Truppenteils voraussieht? Von ihm verlangt man blinden Gehorsam, denn der Schlachtenplan ist ihm nicht bekannt. Es ist eben nötig, daß sein Truppenteil geschlagen wird, damit der Sieg der Armee vollständig wird. Mißtrauen gegen höhere Vorgesetzte gibt es nicht. Und wenn wir einmal anderer Meinung sind, so sagen wir uns ganz bescheiden: Das geht nicht hinein in deinen Kanonierverstand, denn du hast nicht die letzten Karten in der Hand. Diese Einsicht besteht bei den unverantwortlichen Politikern leider nicht immer. Mit anonymen Schriften überschütten uns die Unentwegten hier draußen, um unser Vertrauen zur Reichspolitik und damit indirekt zur Heeresleitung zu erschüttern. Aber das Deutschland an der Front wird sich, seitdem es seinen Hindenburg an der Spitze hat, nicht irre machen lassen. Von ihm wissen wir, daß er England haßt, daß er nicht um seiner Stellung willen sich den Gebrauch der Kriegsmittel durch andere, und sei es der Reichskanzler, vorschreiben läßt. Es sollte allen die Augen geöffnet haben, daß er und Ludendorff sich bereit gefunden haben, öffentlich gegen die Treibereien Front zu machen. Sie kennen die letzten Akten, die man den Vertretern jener Clique nicht voll und ganz auf den Tisch legen kann und wird, denn durch die Veröffentlichungen in der „Germania", die beschlagnahmt werden mußte, zeigte sich, daß Unverantwortliche das Vertrauen, das man auf sie setzte, nicht rechtfertigten. Die letzten Akten über den Siebenjährigen Krieg sind uns heute noch Geheimnis, und Sybel, der Historiker schreibt — wenn ich nicht irre — in der Einleitung seines Buches „Die Be-

Digitized by Google

gründung des Deutschen Reiches", daß Bismarck ihm die letzten Akten vorenthalten habe. Das sollte uns alle zum Nachdenken zwingen und das deutsche Volk käme der Einheit vom 4. August um ein großes Stück näher; wir wären wieder „ein einig Volk von Brüdern", wenn noch dazu die Gegensätze auf dem Gebiet der inneren Politik verwischt würden. Der radikalen Linken geht der Reichskanzler nicht weit genug, die Rechte befürchtet eine zu starke Demokratisierung. Gerade daß diese beiden Flügel sich über die innere Politik der Leitung betrogen fühlen, zeigt, daß Bethmann, wenn auch nicht in jedem Punkt, so doch in den großen Richtlinien seiner Politik auf dem rechten Wege ist. Unterstützen wir darum alle, jeder nach seinem Vermögen, die Regierung, damit das feindliche Ausland erkennt, daß wir noch die Alten vom 4. August sind. Das sinkende Vertrauen unserer Feinde wird von ihren Regierungen nicht mehr aufgelodert werden können, indem man auf unsere Zwietracht weist. Dann werden wir einem baldigen günstigen Frieden, der uns zwar keine großen Eroberungen, wohl aber gute Handelsverträge, günstige Grenzberichtigungen und schöne Kolonien bringt, entgegen gehen."

Anders beantwortet die Frage eine Schrift aus dem Inland, die unter dem Titel „Wie beenden wir den Krieg?" eine Reihe von Denkschriften an den Kaiser und die oberste Kriegs- und Reichsleitung eines rheinischen Eisenwerks veröffentlicht. Sie verlangen Brandbomben, Trommelfeuer durch die Zeppeline auf London und rücksichtslose Anwendung aller Kriegsmittel gegen England. Sie sind voll von Ratschlägen an die militärische und politische Reichsleitung, voll Fett- und Sperrdruck und bezeichnen sich als vox populi, als Stimme und Meinung des deutschen Volkes.

Zur Beisetzung Immelmanns. In Heft 40 haben wir unter dem Titel „Wie ein Engländer über den Krieg denkt" eine uns von befreundeter Seite zur Verfügung gestellte Mitteilung veröffentlicht, in welcher ein Engländer sein Erstaunen und seinen Widerwillen über die durch die deutsche Presse gegangene Notiz von der Teilnahme englischer Flieger beim Absturz Immelmanns ausdrückte. Aus dem Felde wird uns hierzu von einem Fliegeroffizier folgendes mitgeteilt:

„Im Heft 40 vom 1. Oktober 1916 der „Deutschen Politik" möchte ich zu dem Artikel „Wie ein Engländer über den Krieg denkt" folgendes Tatsächliche bemerken:

Der von Herrn H. S. interviewte gefangene englische Offizier meint, es sei eine Schwindelnachricht in unseren Zeitungen gewesen, daß ein englischer Flieger anläßlich des Absturzes Immelmanns einen Kranz mit Widmung hinter unsern Linien abgeworfen habe. Das ist aber doch der Fall gewesen. Eines Abends bei starker Dämmerung kam ein englischer Parasol-Eindecker dicht über unsern in der Nähe von Bapaume gelegenen Flugplatz und warf einen aus Glasperlen in der Form unseres Fliegerabzeichens gefertigten Kranz ab. In einer Tasche befanden sich zwei Briefe. Der eine, offizielle, lautete ungefähr (aus dem Englischen übersetzt): „Dem Andenken des Leutnants Immelmann, unseres tapferen und großmütigen (generous) Gegners, das Royal Flying Corps." Dazu hatten die zwei Insassen des

Digitized by Google

Flugzeugs, die Leutnants Hiller und Allister B. Long, noch einen Brief geschrieben, des ungefähren Inhalts: „Wir haben die Ehre, dazu bestimmt worden zu sein, diesen Kranz abzuwerfen. Wir bedauern alle sehr den Tod Immelmanns, den wir alle als hervorragenden sportsman (!) schätzen" usw. Der Leutnant Long wurde übrigens einige Tage darauf heruntergeschossen und gefangen genommen. Kranz und Briefe wurden dem Feldflugchef übersandt.

Falls also die Nachricht über diesen Vorfall wirklich in unseren Zeitungen dementiert worden ist, ist das zu Unrecht geschehen.

Inzwischen hat die „Köln. Ztg." vom 8. November (Nr. 1138) in Zusammenhang mit der Ehrung Böckes durch englische Flieger diese Ausführungen bestätigt.

Am 1. Juli dieses Jahres, kurz nach dem Tode Immelmanns, wurde abends von einem englischen Eindecker über dem Flugplatz einer deutschen Armee ein Kranz abgeworfen, an den ein Umschlag mit zwei Briefbogen angeheftet war. Das erste Briefblatt, mit dem englischen Wappen in Blinddruck geziert, trägt in Schreibmaschinenschrift folgende englische, hier übersetzte Widmung:

Zum Andenken an Leutnant Immelmann, unsern tapfern und ritterlichen Gegner.

Vom Königlich Britischen Flieger-Korps.

Der zweite Brief ist auf gewöhnlichem Papier mit der Hand geschrieben und lautet in Übersetzung:

Wir sind herübergekommen, um als Zeichen der Hochachtung, die das Britische Flieger-Korps für Lt. Immelmann hegte, diesen Kranz abzuwerfen. Wir betrachten es als eine Ehre, für diese besondere Aufgabe bestimmt worden zu sein. Lt. Immelmann wurde von allen britischen Fliegern geachtet, die sämtlich darin übereinstimmten, daß er ein vollkommener Sportsmann war.

Allister H. Hiller, Lt.-Führer,
Howard O. Long, Lt.-Beobachter.

Der Kranz ist damals an die Mutter Immelmanns gesandt worden. Die beiden Briefe sind im Besitz der deutschen Militärbehörden.

Englands Außenhandel. Der Bekanntgabe der Außenhandelsziffern Großbritanniens für die ersten neun Monate 1916 hat Reuter die Bemerkung hinzugefügt, daß mit ihnen die beiden Kriegsjahre und Friedensjahre 1913 überholt worden seien. In der Tat hatte die Einfuhr in England für die ersten neun Monate 1916 einen Wert von 14 Milliarden Mark, während der Wert für das volle Jahr 1913 nur 15,6 Milliarden Mark betrug. Die Ausfuhr für die ersten neun Monate 1916 wird mit 7,6 Milliarden Mark angegeben, gegen 13 Milliarden für das volle Jahr 1913. In den ersten neun Monaten 1913 hatte die Einfuhr einen Wert von 12,9, die Ausfuhr von 5,9 Milliarden Mark. Die Schlußfolgerung, die Reuter daran knüpft, daß der englische Außenhandel sich trotz der Kriegsschäden erholt habe und der Höhe seiner Friedenserfolge zueile oder sie gar überschreite, ist hinfällig. Denn die Zunahme beruht nicht allgemein auf gesteigerten Export- und Importmengen, sondern nur auf der der Werte.

Digitized by Google

Englands Einfuhr an Getreide und Mehl betrug in den ersten neun Monaten 1915 rund 7,7 Millionen Tonnen; ihr Wert 1,7 Milliarden Mark. In der gleichen Zeit 1916 ging die eingeführte Menge auf 7,6 Millionen Tonnen zurück, aber der Wert stieg auf 2 Milliarden Mark. An Fleisch und Fleischwaren aller Art wurden 1915 1 Million Tonnen für 1,3 Milliarden Mark importiert; 1916 ging der Import auf 850 000 Tonnen zurück, deren Wert auf über 1,4 Milliarden Mark sich erhöhte. Bei andern Nahrungsmitteln, die in der englischen Statistik bündelweise als „other food and drinks" gezählt werden, reduzierten sich die eingeführten Quantitäten durchweg mehr und minder erheblich. Insgesamt wurden für diese Nahrungsmittelgruppe, darunter Käse, Eier, Schweinemalz, Kartoffeln 1915 rund 1340 Millionen Mark bezahlt, 1916, trotz des Rückgangs der importierten Mengen, 1360 Millionen Mark. Ebenso auffällig treten diese Verschiebungen bei der Gruppe von Rohstoffen und Halbfabrikaten hervor. Der Gesamtwert der Einfuhr der Rohstoffe und Halbfabrikate war 1915 rund 4,5 Milliarden Mark; 1916 stieg er auf rund 5 Milliarden Mark. 1913 betrug er für das ganze Jahr 5,7 Milliarden Mark. Halb- und Ganzfabrikate wurden in den ersten Monaten 1915 2,7 Milliarden Mark importiert; 1916 für 2,8 Milliarden Mark, für das volle Jahr 1913 rund 3,8 Milliarden Mark. Auch hier beruht die Zunahme gegen 1915 auf Preissteigerungen. An Roheisen und Stahl wurden 1915 rund 900 000 Tonnen eingeführt, im Werte von 155 Millionen Mark. 1916 wich die Menge auf 610 000 Tonnen, deren Wert aber 170 Millionen Mark betrug.

Der Ausfuhrwert in den ersten neun Monaten 1915 wird mit 5,6 Milliarden, der für 1916 mit 7,5 Milliarden angegeben. Die Steigerung um fast 2 Milliarden Mark ist beträchtlich, aber nicht das Verdienst gesteigerter Produktion, sondern nur der erhöhten Preise. So wurden Kohlen und Koks rund 35 Millionen Tonnen im Werte von 600 Millionen Mark ausgeführt; 1916 ging die Menge auf 31,4 Millionen Tonnen zurück, deren Wert aber auf 760 Millionen Mark stieg. Dabei hatte beispielsweise Frankreich für 13 Millionen Tonnen Kohlen, die es in den ersten neun Monaten 1915 erhielt, rund 200 Millionen Mark zu zahlen, 1916 für das gleiche Quantum 285 Millionen Mark. Das ist ein Teil der Aufwärtsbewegung des britischen Außenhandels. Der andere ist an den Exportziffern der Textilindustrie abzulesen. Insgesamt betrug der Wert der Baumwollfabrikate 1915 rund 1,3, 1916 rund 1,7, 1913 für das volle Jahr 2,5 Milliarden Mark. Wo gegen 1915 eine Quantitätszunahme erfolgte, geschah das durch die Steigerung des Exports nach den britischen Dominions. Auch nach den südamerikanischen Staaten hat der Export sich verbessert, und das verdient unsere Aufmerksamkeit. Charakteristisch ist hier ebenfalls die starke Preisnachholung. So wurden im September 1915 nach Brasilien rund 2,2 Millionen lbs Baumwollstoffe exportiert im Werte von 850000 Mark; September 1916 stieg die Menge auf 3,6 Millionen lbs, ihr Wert aber auf 2,5 Millionen Mark. Die chemische Industrie Englands hat große Erfolge in ihren Anstrengungen, den

Digitized by Google

Weltmarkt an sich zu reißen, nicht gemacht. Die ohnehin nicht beträchtlichen Quantitäten fast aller chemischen Erzeugnisse sind noch mehr zurückgegangen, namentlich bei den Teerprodukten. Stark gestiegen sind nur die Preise.

Russische Zukunftshoffnungen. Nur eine Verbesserung der Qualitäten unserer Waren, nur eine Vervollkommnung unserer Transportmittel werden in Wirklichkeit, und nicht nur mit Worten, die verloren gegangenen Märkte zurückgewinnen, und die nahen wirtschaftlichen Beziehungen zu England wiederherstellen, die in der ersten Hälfte des 19. Jahrhundert bestanden, urteilt „Russkoje Wjedomosti". Wie die russische Industrie das machen soll ohne die Hilfe der Deutschen, die diese Industrie in Rußland erst geschaffen hat, sagt „Russkoje Wjedomosti" nicht.

Joseph Bertourieux, der Verfasser der mutigen Anklageschrift „La Vérité" (vgl. „Deutsche Politik" Heft 31, Seite 1349 f., sie ist inzwischen auch in deutscher Übersetzung erschienen) ist nach einer Mitteilung des „Literarischen Echo" (XIX, 1) am 21. August gestorben. „Er war ein Graf de Bonal, alias Gabriel Dausse. Aus seinem etwas altmodischen Französisch, in dem er seine ruhigen und sachlichen Erörterungen, die sehr zuungunsten Englands und Frankreichs ausfielen, veröffentlichte, suchte die französische Presse zu beweisen, daß er Deutscher sei."

Neuerscheinungen

Die Kämpfe um die Feste Vaux werden von Mitstreitern in einem Sammelbuche beschrieben, das von der „feldgrauen" illustrierten Kriegszeitschrift der 50. Infanterie-Division herausgegeben und durch den Insel-Verlag in Leipzig vertrieben wird. Man kann aus der letzteren Tatsache auf die Qualität des Buches rückschließen.

Nordschleswigsche Soldatenbriefe. Aus den Sammlungen der Briefe aus dem Felde erwächst (wenn sie so gut angelegt sind, wie die diese Briefe, die von Harald Nilsen bei Diederichs in Jena herausgegeben werden) allmählich der Typus des Deutschen und zu schärferen Formen, als das im Frieden möglich war. Was daraus besonders in die Augen fällt, ist die schlichte Selbstverständlichkeit, mit der der einfache deutsche Mensch seine Pflicht an jeder Stelle tut, wohin man ihn stellt. Was man bewundert, ist die Einfachheit, mit der er die Erlebnisse draußen schildert, die Kraft, die er aus der Liebe zur Heimat und aus sich selbst zieht. Diese Sammlung erfüllt darüber hinaus noch den besonderen Zweck, den Charakter und die Stellung des Nordgermanentums zum Krieg zu umschreiben. Die Zuverlässigkeit der Nordschleswiger auch in geistiger Hinsicht offenbart neben dem menschlichen auch den vaterländischen Wert des Buches.

Reden an die deutsche Nation. Um es vorweg zu sagen, der Titel ist keine Blasphemie. Er steht über einem Buch von Hermann Kutter (Diederichs, Jena), das aus der Zeit gewachsen ist wie die Reden Fichtes. Das hat an sich mit der Qualität und Größe des einen und des anderen Werkes nichts zu tun. Lassen wir es dabei, daß die Zeitgemäßheit beide Bücher innerlich zusammenschließt. Was

Digitized by Google

hat Hermann Kutter dem deutschen Volk zu sagen? „Warum ist dir die Welt ein Rätsel, warum kannst du die Geschichte der Völker nicht begreifen? Warum entlockt dir das geheimnisvolle und furchtbare Schauspiel, Menschenleben genannt, immer wieder schmerzliche Klagen? Weil du aus dem wahren Leben hinwegschaust, in die Dinge hineinschaust, dich in sie vergaffst und nur noch Dinge siehst — etwas. Was ist das für ein Etwas? Was ist überhaupt Etwas? Du begreifst es nicht. Warum nicht? O, nicht wahr, weil es dir nur ein Was geworden ist — das Es! Du begreifst nicht, daß es Dinge und Ereignisse gibt, die nur das sind, die mit dir selbst nichts zu tun haben. Es schaudert dich, daß ein fremdes dingliches Sein über dich kommt und dich dahinreißt." „Ein Kommen — niemand weiß woher. Ein Gehen — niemand weiß wohin. Ein Jagen, Hasten, Eilen, verzweifelte Gebärden, Seufzer, die in der Luft verhallen, Flüche, die Gott herausfordern, blitzende Schwerter, Blutströme, Staaten, Völker. Sie kommen und schauen sehnsuchtsvoll dich an — und verschwinden. Eine Menge Bücher, die alles erklären, Professoren, die darüber dozieren, Zeitungsschreiber, die alles wissen... Und das rollt immer weiter und heißt — Weltgeschichte. Die Geschichte des Scheines. Ein Theaterstück." Kutter verweist den Menschen zu Gott, indem er ihn Mensch da sein lassen will, wo er allein Mensch sein kann. Dieser religiöse, vielleicht sogar christliche Einschlag ist die einzige Beschränkung des Fühlens und Denkens, aus dem dieses Buch entstanden ist. Kutter kann es freilich auch in das allgemein Menschliche wenden. Er sagt an anderer Stelle: „Kehre zurück! Aus dem Ding zu deiner Seele. Sei Seele!" In diesem Satz liegt die Forderung und die Sicherheit der Zukunft geschlossen. Er hat das Recht, Leitmotiv aller dieser Reden an die deutsche Nation zu sein.

Das Deutschtum soll in einer Reihe von Heften der Süddeutschen Monatshefte abgehandelt werden. Den Anfang macht das Oktoberheft, daß einige „unveränderliche Züge deutschen Wesens" festzuhalten sucht. Einführung und Anlage des ersten Heftes weisen die Richtung: in den geringen politischen Fähigkeiten des deutschen Volkes das Grundübel zu sehen, so sehr, daß der Satz gewagt werden kann: „Die ungünstige geographische Lage Deutschlands ist vielleicht nicht Ursache, sondern Folge unpolitischer Eigenschaften." Und die Besorgnisse gelten nicht nur dem Handeln einzelner Staatsmänner, sondern auch dem zunehmenden Verständnis, das dieses Handeln bei Millionen findet; der Neigung nach innen unduldsam und mißtrauisch, nach außen duldsam und vertrauend zu sein. Die Süddeutschen Monatshefte, die durch den Krieg veranlaßt worden sind, sich der Politik zu widmen, zeigen damit, daß sie sich für Kulturaufgaben nicht mehr einstellen können. Die Gefahren und Forderungen des Deutschtums müssen in die Politik einmünden, aber nicht von ihr ausgehen. Nicht der Blick nach außen, sondern der nach innen wird uns die Zukunft finden lassen, die wir brauchen, Selbstbewußtsein und Einkehr, Glaube und Halt in sich selbst.

Digitized by Google

Literatur

Admiral z. D. v. Grapow, Die deutsche Flagge im Stillen Ozean. Berlin, Dietrich Reimer (Ernst Vohsen) 1916, 60 S.

Wenn auch Dauer und Ausgang des Krieges noch nicht feststehn und die Erörterung deutscher Kriegsziele noch immer verboten ist, so wird es doch angesichts der Umwälzungen im fernen Osten geradezu unmöglich, auch fernerhin an der Frage, welche Möglichkeiten sich uns für die Wiedererlangung unserer Schutzgebiete in der Südsee beim Friedensschluß bieten werden, vorbeizugehen. Man weiß, daß die englischen Kolonialrepubliken den weitaus größten und wertvollsten Teil der deutschen Erde im Stillen Ozean besetzt haben. Während sich die Japaner mit den weit zerstreuten pazifischen Inselgruppen der Marianen, Karolinen und Marschalinseln begnügen mußten, besetzten die Australier Neuguinea und den Bismarckarchipel, und Samoa wurde als leichte Beute den Neuseeländern überlassen. Von den 245 000 qkm Gesamtfläche sind den Japanern nur 2000 qkm zugefallen. Nicht von Japan, sondern von den britischen Kolonialrepubliken haben wir unseren Kolonialbesitz in der Südsee zurückzufordern. Nun hat freilich vor Jahresfrist Legationsrat Dr. Georg Irmer in seinem vielgelesenen Buch „Völkerdämmerung im Stillen Ozean" Zweifel daran geäußert, ob England am Ende des Krieges auch bei gutem Willen noch stark genug sein wird, um von seinen Tochterstaaten die Räumung der besetzten Gebiete erzwingen zu können, wobei er durchblicken ließ, daß man vielleicht gut daran tun wird, um den Preis eines größeren Kolonialreichs in Afrika die Südseebesitzungen England und seinen Tochterstaaten als Opfer darzubringen. Gegen diese Anschauung ist die kleine, aber inhaltreiche Schrift des Admirals v. Grapow gerichtet. Wie Irmer, so kennt v. Grapow die Verhältnisse im Stillen Ozean aus eigener Anschauung. Eindringlich und klar legt der Verfasser die wirtschaftlichen Verhältnisse in der Südsee dar, wobei er zu der Schlußfolgerung gelangt, daß unsere Südseebesitzungen wirtschaftliche Aussichten haben, die ein Aufgeben dieser Kolonien nicht empfehlenswert erscheinen lassen. Mit Recht wendet sich v. Grapow gegen die Irmersche Auffassung, daß England im Stillen Ozean so machtlos werden könnte, um die Rückgabe der deutschen Kolonien nicht mehr durchsetzen zu können. Andererseits sieht er die japanische Gefahr auch nicht so groß und so unmittelbar *für uns* bevorstehend an, „daß es nötig wäre, für ewige Zeiten aus dem politischen und damit natürlich auch dem wirtschaftlichen Wettstreit der Völker im weiten Osten auszuscheiden."

Es scheint mir das eigentlich Verdienstvolle an der Grapowschen Schrift, daß sie den Glauben zerstört, als ob wir Japans wegen unsere Flagge im Stillen Ozean herunterholen müßten. Wie schon gesagt, haben wir von Japan nur einen Bruchteil unserer Südseebesitzungen zurückzufordern. Übrigens könnten wir uns, wie Grapow sehr verständig bemerkt, „zu der Aufgabe der für uns

Digitized by Google

wirtschaftlich nicht wertvollen Marianen-Inseln an Japan verstehen". In der Tat wäre nicht recht einzusehen, warum Deutschland, das im Stillen Ozean doch keine machtpolitischen, sondern nur wirtschaftspolitische Interessen zu vertreten hat, mit Japan nicht zu einem Ausgleich und modus vivendi gelangen sollte. Japan wird nichts daran liegen, unseren Handel dort zugunsten des englischen zu beseitigen. Andererseits hat Japan auch kein Interesse daran, daß Neuguinea, das Bismarckarchipel und Samoa im Besitz der britischen Kolonialrepubliken verbleiben. Mir scheint, daß, wie die Dinge im Stillen Ozean sich gestalten haben, man sogar annehmen darf, ein Verbleiben der deutschen Flagge im Stillen Ozean werde den Japanern nicht unwillkommen sein. Der Krieg hat eine ziemlich weitgehende Übereinstimmung der englischen und amerikanischen Interessen im Stillen Ozean offenbart. Im Einverständnis mit England rüstet Amerika gegen Japan. In seiner Studie über die militärische Macht der Vereinigten Staaten in der „Revue de Paris" (Nr. 9 vom 1. Mai 1916) spricht Daniel Bellet es offen aus, daß die am 2. Juni vom Repräsentantenhaus angenommene Riesenflottenvorlage, die den amerikanischen Marineetat nach seinen Berechnungen auf jährlich 2600 Millionen Franks erhöhen wird, sich nicht, wie behauptet wird, gegen Deutschland, sondern gegen Japan richtet. War schon vor dem Kriege der amerikanische Marineetat reichlich doppelt so hoch wie der japanische, so wird er jetzt, eine Verdoppelung des japanischen vorausgesetzt, mehr als das Fünffache des japanischen betragen. Nun scheint mir aus den flottenpolitischen Aufsätzen des amerikanischen Admirals Bradley A. Fiske und des englischen Marinesachverständigen Arthur H. Pollen, mit denen die sehr einflußreiche „North American Review" die Agitation für Wilsons große Flottenvorlage betrieb, zweierlei hervorzugehen: einmal haben die Rüstungen Amerikas gegen Japan in England geradezu ein Gefühl der Erleichterung geschaffen und zweitens sind sie ganz offenbar dazu bestimmt, den japanischen Anspruch auf Gleichberechtigung im Stillen Ozean zu beseitigen. Bei dieser Sachlage kann Japan wirklich nichts daran liegen, durch Beseitigung der deutschen Flagge im Stillen Ozean das maritime Übergewicht Amerikas und damit in gewisser Hinsicht auch Englands noch zu verstärken. Aus diesen Gründen scheint mir das Ziel, uns unseren Kolonialbesitz in der Südsee im möglichsten Einverständnis mit Japan zu erhalten, keineswegs unerreichbar zu sein.

Dr. Ludwig Quessel, M. d. R.

Zur gefl. Beachtung! Wir möchten nicht verfehlen, unseren Lesern den der heutigen Auflage beiliegenden Prospekt der Rüsch'schen Verlagsbuchhandlung, Großenwörden bei Hamburg, einer besonderen Beachtung zu empfehlen.

Nachdruck aus dem Inhalt unter genauer Quellenangabe gestattet.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 50, Augsburgerstr. 741l. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Weimar. Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

1. Jahrgang • 24. November 1916 • Heft 48

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Hindenburgs Brief

Von Dr. Paul Rohrbach

Es scheint noch nicht überall in unserem Volke durchgedrungen zu sein, wie ernst der Kampf ist, in dem wir stehen, und worum es sich für uns handelt! So lesen wir in dem Schreiben Hindenburgs an den Reichskanzler. Der Feldmarschall wendet sich mit seiner Mahnung besonders an die deutsche Landwirtschaft. Das liegt in dem Zweck begründet, den seine Worte verfolgen: von den Landwirten die Mittel zur ausreichenden Ernährung der Industrie- und namentlich der Munitionsarbeiter zu erhalten. Nachdem eine so ernste Anrede erfolgt ist, wird man wohl nicht mehr daran zu zweifeln brauchen, daß die gewünschte Wirkung sich einstellt. Dagegen wäre es ein Irrtum, wenn jemand glauben wollte, es gäbe sonst keine Stellen in Deutschland, die aufgefordert werden müßten, sich richtig zu überlegen, was für uns auf dem Spiele steht und daß es ums Ganze geht.

Es gibt in Deutschland eine Richtung, namentlich auf unserer Linken, innerhalb derer aus dem an sich verständlichen und lobenswerten Bemühen, dem Frieden die Wege zu ebnen, etwas zu häufig so geredet und geschrieben wird, als ob Entscheidendes darauf ankäme, daß wir unsere Friedensbereitschaft unterstreichen und dazu betonen, daß unsere Friedensziele nicht unmäßig sind. Das klingt, wenn sonst Vernunft bei der Sache ist und die nationale Note deutlich mit hörbar wird, manchmal ganz

Anmerkung. Die Herstellungsverhältnisse für jede einzelne Nummer einer Wochenschrift sind jetzt während des Krieges leider so schwierig und erfordern so viel Zeit, daß es uns nicht möglich gewesen ist, die Kundgebung des Feldmarschalls früher als erst in der heutigen Nummer zu behandeln. Redaktion

Digitized by Google

schön und gut, aber wir fürchten, die Gemütsverfassung und der Wille unserer Gegner werden dabei nicht richtig erkannt. Wer sie erkannt hat, das ist Hindenburg, das sind alle diejenigen, die mit ihm bereit sind, ohne Schwanken und Bedenken alles an alles zu setzen. Auch das Kriegsarbeitsamt, auch die angekündigte Arbeitsdienstpflicht der nicht Wehrpflichtigen gehören hierher. Es ist ein fester, starker Zug in allem, was jetzt von der obersten Heeresleitung kommt. Die oberste Leitung des deutschen Feldheeres wird mehr und mehr zur obersten Leitung der deutschen Nation im ganzen. Das spüren wir jetzt und sind beruhigt und beglückt darüber.

Schon geht durch die feindliche Presse ein bestürztes Aufhorchen: Was ist das mit Deutschland! Was wollen die Deutschen tun? Es scheint, als ob sie zu unerhörten Anstrengungen willens sind — offenbar müssen wir uns jetzt auf schwere Dinge gefaßt machen! So die Franzosen, die offenbar am betroffensten sind, weil sie wissen, daß sie selber an der äußersten Grenze ihrer Leistungsfähigkeit stehen; so aber auch die Engländer und die Italiener. Aus Rußland liegen zurzeit, wo dies geschrieben wird, noch keine Stimmen vor. Unsere Feinde haben im ganzen früher als wir begriffen, worum es geht; sie erfassen ihre Lage und die Aussichten in ihre Zukunft für den Fall, daß nicht sie, sondern wir siegen, in Wirklichkeit sehr viel besser, als es äußerlich nach den Reden und Preßäußerungen der feindlichen Staatsmänner und Politiker scheint. Daher rührt der verzweifelte, harte Kriegswille bei ihnen. Dieser feindliche Kriegswille, den kennt Hindenburg, und den schätzt er mit aller Schärfe und Klarheit als die Tatsache ein, mit der unsere oberste Heeresleitung vor allen Dingen rechnen muß. Daher seine Forderungen an uns. Er kennt den Feind; darum weiß er, daß er uns nicht schonen darf. Der Feind selber erzieht uns dazu, daß wir uns darauf besinnen, wozu wir noch über unsere jetzigen Leistungen hinaus noch imstande sind.

Was ist besser: Alles herzugeben, um alles zu gewinnen, oder um die Hergabe feilschen und darüber am Ende Unabsehbares verlieren? Betrachten wir unsere Gegner, wie sie in ihrer Lage denken. Die englischen Kriegspolitiker haben diesen Krieg leichten Herzens begonnen, weil sie glaubten, sie könnten sicher sein, daß Deutschland bald geschlagen würde. Grey hat es ja selbst gesagt, Englands Verluste würden im Falle der Beteiligung am Kriege nicht viel geringer sein, als wenn England abseits stände, weil

Digitized by Google

durch Englands Mitgehen gegen Deutschland die Entscheidung schneller und sozusagen schmerzloser zu erwarten sei. Darin ist die ungeheure Täuschung eingetreten. England hat jetzt erkannt, daß es nicht nur den Krieg, sondern auch das Fundament seiner bisherigen Weltstellung verloren hat, wenn es uns nicht zu Boden werfen kann. Man braucht nur die maßgebende englische Presse zu verfolgen, um trotz der Mühe, die man sich drüben um die Verschleierung der Sachlage vor dem eigenen öffentlichen Urteil gibt, zwischen den Zeilen und selbst in den Zeilen das Eingeständnis zu lesen: der Krieg führt zu einer inneren Katastrophe unseres Imperiums, wenn wir ihn nicht bis zum tatsächlichen Siege über Deutschland und seine Bundesgenossen durchkämpfen können!

Es gab eine Zeit während des Krieges in England, zwischen dem großen Fehlschlag an den Dardanellen und der erfolgreichen russischen Sommeroffensive, da tauchte hier und da in der englischen Presse und sonst ganz schüchtern die Formel von den „zwei Siegern" in diesem Kampfe auf, England und Deutschland. Darin lag der Gedanke, daß die englische Politik sich im Notfall mit einem unentschiedenen Ausgang des Krieges würde begnügen können. Vom englischen Standpunkt aus war das aber nur halb und wenig klar gedacht. Heute urtei'en die Engländer viel richtiger, wenn sie sagen, daß, wenn die Partie zwischen ihnen und uns äußerlich zweifelhaft endet, wir die Sieger und sie die Geschlagenen sind. Wir haben schon einmal auf den bedeutsamen Vortrag hingewiesen, den der englische Politiker Garvin im vergangenen Sommer in der Kolonialgesellschaft in London hielt, wo er ausführte, bisher seien die Deutschen die Sieger, und wenn man sie besiegen wolle, so müsse man ihre Verbindung mit dem Orient zerstören; sonst habe es mit der auf sich selber ruhenden Sicherheit des englischen Weltreichs ein Ende. Das ist klar gedacht, denn in der Tat — wenn die Mittelmächte mit Bulgarien und dem türkischen Orient einen geschlossenen politischen Block über den Balkan hinweg bilden, so ist es aus den nächstliegenden politisch-geographischen Erwägungen für England in Zukunft nicht mehr möglich, englische Weltpolitik im bisherigen Sinne zu machen. Die englische Politik ruhte im Unterschied zu der aller übrigen europäischen Mächte auf der Tatsache der Unangreifbarkeit nicht nur Englands selber, sondern auch aller direkt lebenswichtigen Teile des Reichs. Das war eine

Digitized by Google

sehr ausgesprochene Vorzugstellung Englands vor den anderen Mächten, aber die Engländer haben sich jetzt seit länger als einem Jahrhundert daran gewöhnt, sie als selbstverständlich und notwendig zu betrachten. Ein England, das gezwungen wäre, fortan in seine Politik den Faktor der Abhängigkeit und notwendigen Rücksicht sehr viel stärker einzustellen, als vor dem Kriege, namentlich gegenüber Deutschland und den mit ihm verbündeten Mächten, wäre nach englischen Begriffen, wie sie sich durch eine ununterbrochene Folge von vier oder fünf politischen Generationen hindurch gebildet haben, überhaupt kein England mehr.

An diesen schlimmen Aussichten wird für England nichts Wesentliches geändert, wenn der Krieg nach englischen Vorstellungen „unentschieden" ausgeht. Wenn die Engländer Ägypten und Indien auch weiterhin unangreifbar behalten wollen, und wenn sie sich vor der deutschen Unterseebootsgefahr retten wollen, so müssen sie uns soweit besiegen, daß wir die Verbindung mit dem Orient verlieren, daß wir nichts dagegen tun können, wenn die Türkei zugunsten Englands und der Ententegenossen zertrümmert wird, und daß wir uns dauernde Behinderungen im Ausbauen und im Gebrauch der Unterseebootswaffe gefallen lassen müssen. Dann, wenn England das alles erreicht hat, keinen Augenblick eher, hat es gesiegt; hat es aber diese Ziele nicht erreicht, wenn der Friede geschlossen wird, hat es nach seinem eigenen Eingeständnis den Krieg verloren. Hier und nirgendwo anders liegt die Wurzel des englischen Kriegswillens. Es hat im Grunde erstaunlich lange gedauert, bis das ganze England oder wenigstens der größte Teil des englischen Volks diese Sachlage erkannt hat. Jetzt aber ist sie erkannt, und darum können wir sicher sein, daß England nicht eher vom Kriege abstehen wird, mag er auch die größten eigenen englischen Opfer kosten, als bis es sich geschlagen sieht.

Die Engländer sind ein zähes Volk und sie wissen, was das Spiel für sie gilt. Ebensogut wie die Engländer wissen es die Franzosen. Franzosen und Engländer haben deutlich vor Augen, daß wir Deutsche auch wirtschaftlich imstande wären, wenn es sein müßte, allein aus eigenen Kräften die Folgen des Krieges zu überwinden. England könnte rein wirtschaftlich das auch, aber Frankreich wäre ruiniert, wenn es zum Schluß vor der Tatsache stände, daß alle seine maßlosen Aufwendungen und seine wahrhaft furchtbaren Verluste an Menschen und an industrieller Kraft

Digitized by Google

für nichts geschehen sind. Es ist nur zu begreiflich, daß auch Frankreich seine äußersten Kräfte zusammenraffen will, bevor es sich darin ergibt, in einen solchen Abgrund zu stürzen. Auch für Frankreich ist nichts damit geholfen, wenn der Krieg ein unentschiedenes Ende nimmt; will es sich überhaupt für die Zukunft erholen, so muß es siegen. Auch Italien ist aus der Liste der großen Nationen getreten, wenn am Schluß alle Opfer und Anstrengungen ertraglos bleiben und rein auf Verlustkonto gebucht werden müssen.

Über diesen englischen Standpunkt kann man sich aufhalten soviel man will; er ist nun einmal eine Tatsache und er bestimmt den englischen Willen. Die Engländer sagen sich erstens, daß wenn die Türkei als militärisch starke Macht und gleichzeitig die mitteleuropäisch-türkische Verbindung bestehen bleibt, die Länder von Ägypten bis Indien eine Nachbarschaft erhalten, die imstande ist, einen dauernden Druck auf die britische Politik auszuüben, und sie sagen sich zweitens, daß die deutschen Unterseeboote mit furchtbarer Sicherheit auch das unangreifbare England zwischen der Nordsee und dem Atlantischen Ozean in ein angreifbares verwandeln werden. Sie sehen mit täglich wachsendem Grauen, was unsere Unterseeboote sogar in der jetzigen behinderten Form ihrer Tätigkeit leisten, und man kann sich denken, wie die englischen Vorstellungen von einem unbehinderten deutschen Unterseebootskrieg aussehen. Vielleicht ist die Angst vor dem zukünftigen Unterseebootsdruck noch größer, als die vor dem zukünftigen Druck im Orient.

Nur Rußland wäre imstande, einen halb verlorenen oder unentschiedenen Krieg hinzunehmen, in der Aussicht, sich wieder aufzurichten und bei besserer Gelegenheit das diesmal vergeblich erstrebte Ziel neu aufzupflanzen. Rußland aber wird nicht in den Fall kommen, um deswillen einen Sonderfrieden mit uns zu schließen, denn wenn die übrigen Mitglieder der Entente sehen sollten, daß Rußland eines Tages wirklich nicht mehr will oder nicht mehr kann, so werden sie, nachdem alle Versuche umsonst geblieben sind, Rußland doch noch mitzureißen, den bittern Trank des gemeinsamen siegloſen Friedens zu trinken vorziehen, denn sie wissen, daß sie ohne Rußland unter allen Umständen einer nach dem andern verloren sind. Bis es aber dahin kommt, werden alle unsere Feinde das Äußerste hergeben, was sie herzugeben haben. Das weiß Hindenburg, und darum hat er an das deutsche Volk geschrieben.

Digitized by Google

Der Stand der österreichischen Probleme und das neue Ministerium

Von Robert Sieger, Graz

Abermals hat die Mordwaffe eines Fanatikers in das Schicksal Österreich-Ungarns eingegriffen und an die Stelle einer Persönlichkeit, mit deren Einfluß und Charakter und zum Teil auch mit deren Absichten die Zukunftsprognose als mit bekannten Größen rechnen konnte, treten solche, über deren Anschauungen und Ziele zunächst nur Vermutungen bestehen können. Dem geistvollen und beredten Grafen Stürgkh, der als vortrefflicher Beamter und Mann von Pflichtgefühl galt, waren nicht nur seine Gegner geneigt, eine gewisse Abneigung gegen einschneidende Reformen wenigstens während des Krieges nachzusagen. Wer der Ansicht war, daß der Krieg und die durch ihn bewirkte Belebung des Staatsgefühls die gegebene Gelegenheit zur Sicherung bestimmter Staatsnotwendigkeiten sei — insbesondere jene deutschen Kreise, welche verlangten, daß der Staat sich ohne Zögern gegenüber den Nationalitäten und den partikularistischen Bestrebungen „Lebensraum und Sprache“[1] sichern müsse — der sah sich immer mehr enttäuscht und so setzten die meisten ihre Hoffnungen auf andere Mitglieder der Regierung, insbesondre den Minister des Innern Prinzen Hohenlohe und den an seine Seite berufenen Statthalter Oberösterreichs, Freiherrn von Handel-Mazetti. Immer wieder tauchte das Gerücht auf, daß eine Ordnung der sprachlichen Fragen, die von den Deutschen verlangte Kreisteilung Böhmens, ja ein „oktroyierter böhmischer Ausgleich“ unmittelbar bevorstünden, und es nahm schließlich die Form an, daß sie längst ausgearbeitet, aber „auf dem Tisch“ (oder auch „in der Lade“) des Ministerpräsidenten liegen geblieben seien. In neuester Zeit hingegen verbreitete sich, gerade in vorgeschritten nationalen deutschen Kreisen, die Anschauung, daß Graf Stürgkh selbst mit derartigen Reformen heraustreten wolle, aber erst, wenn ihm die Ereignisse und wohl auch die Vorstellungen der Parteien dazu die Handhabe geben würden. Abseits vom

[1] Diese Worte habe ich in meinen Ende 1914 niedergeschriebenen „Geographischen Grundlagen der österreichisch-ungarischen Monarchie usw.“ (2. Aufl., Leipzig 1916), S. 53, gebraucht.

Digitized by Google

politischen Zentrum Österreichs lebend und außerhalb der großen Parteien stehend, vermag ich den Wahrscheinlichkeitsgrad aller dieser Vermutungen nicht festzustellen; ich habe einigen Grund anzunehmen, daß Graf Stürgkh selbst sein Ministerium mehr als ein solches des Übergangs und der Vorbereitung betrachtete. Viele sahen auch sein Scheiden als nahe bevorstehend an und man nannte für seine Nachfolge wesentlich drei Namen, dieselben, wie nach seinem Tode: den Prinzen Hohenlohe, den ehemaligen Ministerpräsidenten Wladimir Freiherrn von Beck und Ernst von Koerber, für den sich nunmehr der Monarch entschieden hat. Da er seine Mitarbeiter nicht aus der bisherigen Regierung nahm, ist nunmehr das Schicksal der vorhandenen oder geplanten Gesetzentwürfe fraglich geworden. Obwohl Herr von Koerber nach seiner fünfjährigen Premierschaft (1900—1904) bis zu seiner Ernennung zum gemeinsamen Finanzminister in politischer Zurückgezogenheit gelebt hat und daher über seine künftige Richtungslinie und über die zu erwartenden Reformen widersprechende Vermutungen bestehen, ist man darüber einig, daß mit ihm ein hervorragender Staatsmann ans Ruder gekommen ist, der mit aller Tatkraft die schwebenden Fragen angreifen dürfte. Zweifellos ist Koerber ein Staatsmann, der immer darauf Gewicht legte, als „moderner Staatsmann" zu gelten und der als Ministerpräsident insbesondere auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet eine Fülle von Anregungen gegeben und zahlreiche wichtige, wenn auch zum Teil umstrittene Gesetzesvorlagen eingebracht hat. Der Hoffnung mancher, daß durch eine größere Aktivität des leitenden Staatsmanns das politische Leben überhaupt wieder aufgefrischt werde, das — nach der erhebenden Bewegung zu Kriegsbeginn — in den letzten Monaten immer mehr gegen wirtschaftliche Sorgen und Wünsche zurücktrat, daß vor allem wieder eine größere Teilnahme der Bevölkerung an den Lebensfragen von Staat und Volk neben die rein parteipolitischen Bestrebungen trete, steht die Besorgnis anderer vor einer allzugroßen Geschäftigkeit, die an den großen Problemen vorbeigehn und auf die Dauer nachteilig wirken könnte, gegenüber. Bedeutungsvoll bleibt in jedem Falle, daß man von Anfang an von dem neuen Mann einen bestimmten, der Öffentlichkeit auch erkennbaren Kurs — im Gegensatz zu Stürgkh — erwartete.

Digitized by Google

Daß die Richtung dieses Kurses nicht sofort ersichtlich sein wird, liegt ebenso auf der Hand, wie, daß die Stellung der Parteien zur neuen Regierung sich erst in einiger Zeit klären kann. Am meisten erörtert wurde in den letzten Wochen das Verlangen nach Einberufung der parlamentarischen Körperschaften, das am 22. Oktober in Wien in einer großen, von Angehörigen verschiedener Parteien einberufenen, aber kurz vorher von der Regierung untersagten Versammlung hätte erörtert werden sollen. Tiefer greifende Fragen sind jene nach der Regelung der sprachlichen Verhältnisse Österreichs und der Stellung der Regierung zu den nationalen Problemen und damit auch zu der Frage der Landesautonomie, jener der Kreisteilung usw., die Probleme des Ausgleichs mit Ungarn und des mitteleuropäischen Wirtschaftsbundes, die Stellung der Staatsgewalt zu den internationalistischen Gruppen, natürlich auch alle die großen finanziellen, sozialen und wirtschaftlichen Fragen der nächsten Zukunft, des Übergangs aus der Kriegs- in die Friedenswirtschaft usw. Können die zuletzt genannten, ebenso wie alle mit Außenpolitik und Kriegszielen enger verknüpften Probleme hier nur gestreift werden, so möchte ich dafür einleitend eine Verwaltungsfrage berühren, deren Beantwortung die Stellung des Ministerpräsidenten zu den großen Fragen beeinflussen muß.

Eine 1915 erschienene christlich-soziale Denkschrift[1] gelangt aus einer Kritik der beiden Typen des parlamentarischen und des Beamtenministeriums zu der Forderung einer neuen Organisation, in der es nur einen einzigen politischen, dem Reichsrat verantwortlichen Minister, den Premier, geben soll, während die Fachminister nicht der Beamtenschaft, sondern den Sachverständigen ohne Ansehen der Nation und der Partei entnommen werden und von einem Wechsel des politischen Ministers nicht unbedingt berührt werden. Was man auch immer für oder gegen diesen Vorschlag sagen mag, es ist eine zu wenig bekannte Tatsache, daß die letzten Jahre eine nicht unbedeutende Annäherung an seinen Inhalt brachten. Der Ministerrat ist unter Stürgkh selten zusammengetreten; es kam vor, daß einzelne Minister einander und den Ministerpräsidenten wochenlang nicht oder doch nicht eingehend zu sprechen bekamen (welcher Gegensatz zum Budapester Nationalkasino und den dortigen Klubs!). Die innere

[1] Österreich-Ungarns Schicksalsstunde. Wien 1915. S. 88f.

Digitized by Google

Politik wurde immer ausschließlicher von dem Premier in Gemeinschaft mit dem Minister des Inneren bestimmt. Die aus verschiedenen Nationen und Parteien entnommenen Fachminister besaßen dafür in ihren „Ressorts" eine große Selbständigkeit auch in politisch wichtigen Angelegenheiten, wie z. B. die sprachlichen und die Personalfragen. Eine Übereinstimmung zwischen der Richtung ihrer Verfügungen in diesen brauchte so wenig zu bestehen, daß man — kaum mit starker Übertreibung — geradezu von deutschfreundlichen und tschechenfreundlichen Ressorts sprach. So durfte man besonders gespannt darauf sein, ob der neue Ministerpräsident, wie viele seiner Vorgänger und er selbst vor einem halben Menschenalter, auch sein eigener Minister des Innern sein werde. Das ist nicht der Fall, wohl aber wurde auf diese Stelle ein Mann berufen, der in der „Ära Koerber" als Statthalter von Tirol den Bemühungen des Ministerpräsidenten um einen Ausgleich zwischen beiden Völkern des Landes und eine Autonomie Welschtirols im Rahmen der Landeseinheit mit Hingebung diente. Freiherr von Schwartzenau hat später der Kommission zur Förderung der Verwaltungsreform vorgestanden; Verwaltungsreform aber war ein Leitmotiv der Koerberschen Regierung. Man darf also annehmen, daß zwischen den beiden für die innere Politik bestimmenden Ministerien eine enge Beziehung hergestellt wurde.

Im ganzen ist das Ministerium ein Beamtenministerium mit parlamentarischem Einschlag, gleich dem scheidenden, aber auch mit verstärktem militärischen Einschlag. Neben den wiederernannten Landesverteidigungsminister Freiherrn von Georgi tritt Generalmajor Schaible, bisher Kommandant der Verkehrstruppenbrigade, als Eisenbahnminister. An die Stelle der hervorragenden Fachmänner des Ministeriums Stürgkh treten zum Teil nicht minder bedeutende. Der bewährte Gesetzgeber und Organisator Franz Klein tritt an die Spitze der Justizverwaltung und damit kommt ein Mann ins Ministerium, der in der Kriegszeit sich mit den Fragen der Neuordnung gründlich beschäftigt und an einer Einigung der Deutschen mitgearbeitet hat. Nach fast 10 Jahren kehrt Franz Stibral, seinerzeit eine der bedeutendsten Kräfte des Handelsministeriums, aus einem verfrühten Ruhestand in freudiges Schaffen zurück. Bedeutende fachliche Leistungen hat auch der neue Finanzminister Karl Marek aufzuweisen. Der Unterrichtsminister Max Freiherr von Hus-

Digitized by Google

ſarek bleibt an ſeinem Poſten. Während der „deutſche Beſitzſtand“ im Miniſterium durch das Ausſcheiden des Eiſenbahnminiſters Freiherrn von Forſter eine Beeinträchtigung erfuhr, blieben den Tſchechen ihre beiden Miniſterſtellen erhalten. Der Arbeitsminiſter Freiherr von Trnka wurde übernommen; an Stelle des Ackerbauminiſters Zenker tritt Graf Heinrich Clam-Martinic. Graf Clam iſt nicht Beamter, wie alle die genannten, ſondern Parlamentarier. Einer der führenden Familien des böhmiſchen Feudaladels angehörig, ſeinerzeit ein Vertrauter des Erzherzogs Franz Ferdinand, iſt er Obmannſtellvertreter des Klubs der konſervativen Großgrundbeſitzer im böhmiſchen Landtag und ſeit 1913 Obmann der Rechten im Herrenhaus. Wiederholt iſt er als Vertreter des Herrenhauſes oder ſeiner drei Parteien bei Verhandlungen mit dem Abgeordnetenhauſe oder deſſen Führern hervorgetreten. Die Rolle, die er bei den Verſuchen, einen böhmiſchen Ausgleich herbeizuführen, geſpielt hat, mag ihn dem Miniſterpräſidenten beſonders empfohlen haben. Seine Ernennung läßt vermuten, daß Herr von Koerber die Ideen, die ihn vor einem Vierteljahrhundert beſtimmten, nicht aufgegeben hat und abermals die Wege der Ausgleichsvermittlung betreten will. Sie iſt aber noch in einer anderen Hinſicht bedeutungsvoll. Sie zeigt, daß der in Öſterreich ſo einflußreiche böhmiſche Feudaladel, auf deſſen Einfluß man ſo manche Vorgänge der parlamentsloſen Zeit zurückführte, ſeinen Anteil an der Regierung und die Verantwortung dafür auch öffentlich übernehmen will. Das trägt zur Klärung der Verhältniſſe bei und muß inſofern willkommen ſein. Man darf endlich nicht überſehen, daß der der Krone naheſtehende Feudaladel trotz ſeines Bekenntniſſes zum Tſchechentum nicht in allem dieſelben Wege geht, wie die andern tſchechiſchen Gruppen. Wie die Tſchechen haben die Polen, die ein Fachminiſterium abgelehnt haben ſollen, durch den Wechſel in der Perſon ihres „Landsmannminiſters“ eine politiſche Perſönlichkeit von hoher Bedeutung als Vertreter in die Regierung gebracht, den früheren galiziſchen Statthalter Michael Bobrzynſki. Kann man ſomit das Kabinett als „Koalitionsminiſterium“ bezeichnen, ſo hat es die Eigenart, daß die Deutſchen durch Beamte, die Nichtdeutſchen durch hervorragende Politiker vertreten ſind. Es wird ſich zeigen, was das für die Behandlung der nationalen Probleme bedeutet. Herr von Koerber wird ſich jedenfalls das Vertrauen der Deutſchen, die ihm

Digitized by Google

keineswegs ablehnend gegenüberstehen, erst erwerben müssen. Er wird sich wohl keiner Täuschung darüber hingeben, wie wenig die hauptstädtische Presse ihn über die Volksstimmungen zu unterrichten vermag.

Die Ausschaltung des österreichischen Reichsrates während der Kriegszeit wurde lange von allen Seiten, doktrinäre Sozialdemokraten ausgenommen, als selbstverständlich angesehen. Auch nach dem Ausscheiden gewisser bedenklicher Elemente erwartete man von dem Parlament mit seinen schlechten Gewohnheiten und seiner ungenügenden Geschäftsordnung keine durch Würde und Eintracht wirkungsvolle Tagung. Man meinte vielfach, die Regierung müsse vorerst durch eine neue Geschäftsordnung und andre Maßnahmen die Vorbedingungen hierfür schaffen. Die lange Kriegsdauer, das Schweigen der Regierung zu den großen Problemen, das Ausbleiben der erhofften Reformen, auch jener der Geschäftsordnung, der wachsende Wunsch nach einer kritischen Aussprache über die Wirtschaftsorganisation und die Wirtschaftsprobleme der Kriegszeit, aber auch über die der kommenden Jahre — es sei nur auf den „mitteleuropäischen Gedanken" hingewiesen — die Wirksamkeit der Zensur, der Fortgang der Ausgleichsverhandlungen mit Ungarn und die Besorgnis, daß ein ungünstiger Ausgleich mit Hilfe des § 14 gemacht werden könne, das Bewußtsein, daß das parlamentlose Österreich an Einfluß und Ansehen im In- und Ausland neben dem konstitutionellen Ungarn immer mehr verlieren müsse, der Verdruß darüber, daß Österreich seinen Kriegs- und Opferwillen nicht durch die berufene Volksvertretung bekunden konnte — diese und manche andere Umstände haben allmählich die Zahl derjenigen verstärkt, die eine Einberufung des Parlaments für wünschenswert und möglich hielten. Die Bedenken, nach meiner Ansicht schwerwiegende nationale und allgemein politische Bedenken, die gegen einen Zusammentritt des Reichsrats sprachen — namentlich, wenn nicht die erwähnten „Voraussetzungen" für einen gedeihlichen Verlauf der Tagung geschaffen würden — wären aber doch wohl schwerer überwunden worden, wenn nicht einerseits das Wiedererwachen der politischen Parteien[1] und damit das neuerliche stärkere Hervortreten der Abgeordneten, andererseits das — in Österreich vielfach geteilte — Ver-

[1] Vergl. meine Aufsätze, „Deutsche Politik" vom 8. August und (früher geschrieben) „Deutsche Arbeit", Augustheft 1916.

Digitized by Google

langen der ungarischen Opposition nach Einberufung der Delegationen, also auch der österreichischen Delegation, die nach der Rechtsanschauung der meisten vom Reichsrate neu gewählt werden müßte, dazu gekommen wäre. Am längsten verhielt sich ein Teil der Tschechen und ein namhafter Teil der Deutschen ablehnend. Da die Deutschradikalen dessen Sprecher waren, sah es so aus, als würden ihre Gegner auch diese Frage in den Bereich der Parteifragen ziehen; aber schließlich zeigte sich, daß die Meinungen in allen deutschen Parteien geteilt waren.

Die Mehrheiten fast aller Parteien des Abgeordnetenhauses und damit diese Parteien selbst sprachen sich für die Einberufung des Reichsrates und der Delegationen aus, während die drei Parteien des Herrenhauses dies einmütig für das erstrebenswerte Ziel erklärten, sich aber angesichts der offenkundigen Schwierigkeiten auch mit der Wiedereinberufung der alten Delegation allein begnügen wollten. Gemeinsame Beratungen der Parteiführer haben zu einer Annäherung zwischen den Standpunkten beider Häuser geführt. Man bezeichnete es als notwendig, „gewisse Garantien für eine geordnete Funktion" des Parlaments zu schaffen und erklärte sich bereit, sich gemeinsam darum zu bemühen. Praktisch bedeutet das wohl, daß die Parteien sich eine gewisse rednerische Zurückhaltung und den Verzicht auf parteipolitische Ergüsse auferlegen, und daß sie untereinander und mit der Regierung den Verlauf der Tagung und vielleicht sogar Verbesserungen der Geschäftsordnung vereinbaren wollen. Zuletzt haben auch die Deutschradikalen, ohne ihre grundsätzlichen Bedenken aufzugeben, keinen Widerspruch mehr erhoben. Das mag mit einem endlich erreichten engeren Zusammenschluß der bürgerlichen deutschen Parteien in Verbindung stehen, der weniger ein grundsätzlicher als ein taktischer ist und ihnen im Parlament eine bessere Stellung verspricht. Der „Deutsche Nationalverband" umfaßt jetzt die drei Gruppen der Deutschen Arbeitsgemeinschaft, der Deutschradikalen Partei und der Deutschen Agrarpartei, die sich sämtlich das Recht selbständigen Vorgehens gewahrt haben. Aber er hat sich als Ganzes am 10. Oktober mit den Christlich-Sozialen „zu einem Zusammenwirken in nationalen und wirtschaftlichen Fragen, besonders auf dem Gebiete der Korruptionsbekämpfung und der großkapitalistischen Ausschreitungen, der Ausbeutung und Bewucherung von Staat und Volk im Kriege" vereinigt. Es wurde dazu ein gemeinsamer Aus-

Digitized by Google

schuß gewählt, in den der Nationalverband, die Christlich-soziale Vereinigung des Reichsrats und (was in mehrfacher Hinsicht Beachtung verdient) die Wiener Christlich-soziale Parteileitung ihre Vertreter entsendeten. Das sind also dieselben Gruppen, die sich schon im September 1915 verständigt hatten. In der Besprechung der Führer des Abgeordnetenhauses am 27. Oktober sprach der Abgeordnete Groß im Namen des gesamten Nationalverbandes.

Da alle parlamentarischen Parteien für die Wiederbelebung des Reichsrates sind, dürfte an den neuen Ministerpräsidenten bald die Einladung dazu herantreten. Man erwartete von ihm von vornherein, daß er ihr — im Gegensatz zu dem Grafen Stürgkh, der selbst gegen die Einberufung der Delegationen sich ablehnend verhielt — früher oder später entsprechen werde. Ein demokratischer Schriftsteller, der die „Ära Koerber" im allgemeinen sehr günstig beurteilt[1], wirft ihm zwar vor, er habe über das Parlament hinwegregiert und den Reichsrat zu einem Schattengebilde herabgedrückt. Aber wenn dies der Fall war, so ist die Mitschuld der Parlamentsparteien ebensowenig zu übersehen, wie wenn es zeitweise Herrn von Koerber gelang, durch Zuckerbrot von der Art der Kanalgesetze und der Prager Subventionen sich ein „gutes Parlament" und „eine gute Presse" zu sichern. Die lange tschechische Obstruktion hätte wohl manchen früher zur Anwendung des § 14 veranlaßt, als ihn. Gegenwärtig bedeutet es einen äußeren Erfolg für den leitenden Staatsmann, wenn er das Parlament flott machen kann. Auch wenn es — wie ich glauben möchte — nur zu einer Kriegstagung und nicht zu so eingreifender und regelmäßiger Arbeit wie im Deutschen Reich und in Ungarn zu bringen wäre.

Für die Neuordnung der Sprachenfragen — als solche treten ja die nationalen Fragen vor allem an die Staatsregierung heran — und für die festere Verknüpfung der Nationalitäten mit dem Staatsgedanken sind der Stürgkhschen Regierung von sehr verschiedenen Seiten Vorschläge erstattet worden, deren manche auch veröffentlicht wurden. Die Deutschen fühlen sich als Träger des historischen Staatsgedankens. Manche betonen ausschließlich, daß die Monarchie nach Lage,

[1] Charmatz, Österreichs innere Geschichte 1848—1907, II. Band, 2. Auflage, Leipzig 1912, S. 139—159. Genaueren Studien dient das große Werk von G. Kolmer, Parlament und Verfassung in Österreich.

Digitized by Google

Kultur und Geschichte eine Brücke zwischen Mitteleuropa und dem Orient ist und ziehen daraus jene Folgerungen, die ich in dieser Zeitschrift[1] gekennzeichnet habe. Die Mehrzahl aber fügt nachdrücklich hinzu, daß Österreich in seinem Wesen mitteleuropäisch ist und es bleiben muß, daß also seine Deutschen nicht nur Kulturvermittler, sondern auch die natürlichen Wegweiser und Führer bei der dauerhaften Neugestaltung des staatlichen Lebens sein müssen. Ihre enge Verbindung mit den Kulturzentren Mitteleuropas wie mit der Geschichte Österreichs, aber auch ihre erprobte Gerechtigkeit und Unbefangenheit, die selbst dann nicht versagte, wenn sie gerade als Träger des Staatsgedankens von ihren Mitvölkern angefeindet wurden, weist ihnen diese Aufgabe zu. Ihre Führung soll keine Herrschaft und keine Zurücksetzung für andere Nationen bedeuten, wohl aber eine gewisse Sicherung gegen Angriffe der erwähnten Art, gegen nationale Ausnützung der Landesautonomie auf ihre Kosten und — darf man im dritten Kriegsjahr wohl hinzufügen — auch gegen eine Beeinträchtigung ihrer Stellung durch ihre schweren Kriegsverluste in sich schließen. Daß die Deutschösterreicher im Verhältnis zu ihrer Zahl und auch zu ihrem Wohlstande die größten Opfer an Gut und Blut gebracht haben, darf seit kurzem öffentlich ausgesprochen werden; schon vorher ist es durch viele Ziffern begründet worden. Die nationale Abgrenzung der Wahlkreise verhindert, daß zu diesen numerischen und materiellen Einbußen eine unmittelbare politische hinzutritt. Aber soviel ist sicher, unser Volk tritt mit geschwächten Kräften an gesteigerte Aufgaben heran. Wenn es sein Anrecht auf das Wohlwollen der Staatslenker geltend macht, wenn es in einer schematischen Gleichberechtigung auf sprachlichem Gebiet vielfach eine Störung des nationalen Gleichgewichts und eine künstliche Hemmung seiner Entwicklung erblicken muß[2] und insbesondere eine schematische Regelung des Sprachstudiums im Sinne der Kronlandsautonomie ablehnt, wenn es eine bestimmte Regelung der galizischen Probleme als Voraussetzung für die Arbeit ansieht, die ihm als Wahrer des österreichischen Staatsgedankens erwachsen muß —, so erregt dies vielfach bei den Nichtdeutschen eine gewisse Empfindlichkeit. Sie betonen ihr Recht

[1] „Deutsche Politik" 1916, 1376ff.

[2] Noch immer bestehen A. von Dumreichers Darlegungen hierüber (Südostdeutsche Betrachtungen, Leipzig 1893) zu Recht.

Digitized by Google

und ihre Pflicht, bei der Neuordnung mitzureden, und weisen besonders auf ihre Kriegsopfer und den kaiserlichen Wahlspruch: Viribus unitis hin. Demgegenüber heben die Deutschen immer wieder hervor, daß ihnen jeder staatstreue Mitarbeiter willkommen ist, daß aber der Staatsgedanke über den nationalen Wünschen stehen muß.

Die Tschechen, bei denen schon aus taktischen Gründen der rechte Flügel die Führung übernommen hat[1], haben auch in der neuen Regierung neben den Ressortministern keinen „Landsmann-Minister". Wir wissen nicht, ob Herr von Koerber diese Art nationaler Vertretung der größeren Völker in der Regierung — abgesehen von dem herkömmlichen Minister für Galizien — grundsätzlich ablehnt. Daß die Tschechen die gleichen Ressorts behielten wie bisher, ist einem Wechsel vorzuziehen — wissen wir doch nicht erst durch die nachgelassenen Schriften Kaizls, weshalb sie einen solchen lieber sehen. Die persönliche Bedeutung des Grafen Clam kommt natürlich auch der politischen Stellung der Tschechen zugute. Die Slowenen, die vom Grafen Stürgkh eine ihren Wünschen entsprechende Änderung der Krainer Landesfarben und die Genehmigung einer „Illyrischen Bank" in Laibach erreicht haben, verlangen die Befestigung ihrer Herrschaft in Krain und die Unterstützung der Regierung in dem gemischtsprachigen Küstenland wie in Untersteier und Kärnten. Es wäre ein verhängnisvoller Fehler, wenn man über die zur Bekämpfung des Irredentismus erforderlichen Maßregeln hinaus gegenüber den österreichischen Italienern und Serben eine unfreundliche Haltung annähme — Vorsicht wird ihnen gegenüber ja allerdings geboten sein.

Wir haben noch keine Anhaltspunkte dafür, wie sich die Regierung zu den slawischen Wünschen verhalten wird. Für die Vermutung, daß sie nationalen „Ausgleichen", vor allem dem böhmischen, über den noch 1914 erfolglos verhandelt wurde, freundlich gestimmt sei, spricht die Geschichte des ersten Ministeriums Koerber. Der Ministerpräsident legte damals wiederholt den Vertretern beider Völker Böhmens Gesetzentwürfe als Grundlage für ihre Verständigung vor, überließ es aber im Rahmen gewisser Grundsätze ihnen selbst, sich zu einigen, was nicht gelang. Viele österreichische Politiker waren der Meinung, daß der böhmische Ausgleich nur „oktroy-

[1] W. Kosch hat in verschiedenen reichsdeutschen Blättern und in den „Süddeutschen Monatsheften" vom Oktober 1916 S. 64 über sie manches Zutreffende gesagt.

Digitized by Google

iert" werden könne und dürften diese Meinung nicht geändert haben, obwohl heute vielleicht die Tschechen entgegenkommender sind als bisher. Ich habe mit Nachdruck die Ansicht vertreten, daß über einen Ausgleich in Böhmen oder in einem andern Land erst dann mit Aussicht auf Erfolg verhandelt werden kann, wenn die notwendigen Bedürfnisse des Staates gesichert sind und die Verhandlungen sich also mit Ausschluß aller staatspolitischen Fragen auf rein nationale und sprachliche beschränken können. Das würde uns viele vergebliche Kraftaufwendungen und manche überflüssige Verstimmungen der Völker ersparen. Seinerzeit ist Koerber für die Schaffung einer Kreisverwaltung eingetreten, doch erlaubt dies kaum eine Folgerung für heute.

Vom Ausgleich mit Ungarn wird wohl mit Recht behauptet, daß er schon bis nahe an den formellen Abschluß der Verhandlungen gediehen sei. Hand in Hand damit sollen gewisse Beratungen über die „wirtschaftliche Annäherung" an Deutschland gegangen sein, wie das ja wohl sachlich geboten ist. Die Hoffnungen auf ein für Österreich günstiges Ausgleichsergebnis waren allmählich in weiten Kreisen immer mehr herabgestimmt worden. Von Anfang an hatte man erwartet, daß Ungarn seine staatsrechtlichen Überzeugungen und Wünsche mit allem Nachdruck vertreten werde. Aber die Öffentlichkeit hatte gemeint, daß der Wunsch der Österreicher nach einem „langfristigen Ausgleich", dessen Bestimmungen eine automatische Regelung oder eine leichte Verständigung über die aus der Entwicklung innerhalb der Vertragsdauer sich jeweils ergebenden Abänderungen ermöglichen, auch in Ungarn ein Echo finden werde. Immer mehr aber machte sich das Gefühl geltend, daß dies nicht zu erwarten sei, daß die Ungarn vielmehr für die Verlängerung der Vertragsdauer sachliche Zugeständnisse verlangen würden. Es wurzelte in der Erfahrung, daß nach einem geflügelten Wort bei den Ausgleichsverhandlungen bisher immer derjenige recht behalten hatte, der „am längsten Nein sagen konnte", daß insbesondere die bescheidenen Erfolge Österreichs beim Abschluß des derzeit geltenden Ausgleichs darauf beruhten, daß damals Ungarn grundsätzliche Forderungen aufgestellt hatte. Diese Besorgnisse, die vielleicht nicht vollberechtigt sein mögen, waren jedenfalls ein Hauptgrund der Forderung nach Einberufung des Parlaments, das über den Ausgleich selbst entscheiden sollte. Man übersah dabei, daß eine

Digitized by Google

parlamentarische Behandlung des Ausgleichs beim Fortbestehen der bisherigen Verhältnisse im Abgeordnetenhause wohl zu denselben Zuständen führen müßte, wie bei den früheren Ausgleichen; die Regierung müßte sich eine Mehrheit für die Vorlagen durch Zugeständnisse an die Parteien ohne Rücksicht auf deren sachliche Berechtigung schaffen. Der Tod des Grafen Stürgkh warf aber eine Frage von unmittelbarerer Bedeutung auf, nämlich ob dessen Nachfolger die bisherigen Abmachungen übernehmen müsse und wolle. Die Meldung, daß sich Herr von Koerber noch vor Amtsantritt die Zusage einer Verlängerung des ablaufenden Ausgleichs aus Budapest geholt habe, an die sich die Vorstellung von weiteren Verhandlungen auf neuer Grundlage anknüpfte, erwies sich als falsch; die Mitteilungen des „Pester Lloyd" bestätigen die Ansicht, daß der Ausgleich im ganzen fertiggestellt sei. Sicherlich wird die neue Regierung in Einzelheiten, auch in wichtigen, gewisse Abänderungen erreichen können. Aber nur Eingeweihte werden beurteilen können, wie weit das Endergebnis auf ihre, wie weit auf die Rechnung der früheren Minister zu setzen sein wird. Es ist übrigens nicht leicht, einen Ausgleich — bei dem staatsrechtliche, politische, wirtschaftliche Fragen aller Art zur Verhandlung kommen — in seiner Gesamtheit zu bewerten: die Quote für die gemeinsamen Auslagen ist durchaus nicht in dem Grade der Wertmesser für das Ganze, wie die volkstümliche Auffassung dies annimmt. Gerade vom Standpunkte des Ausgleichs gesehen, spielen die Persönlichkeiten der einzelnen Fachminister eine bedeutende Rolle und gehen die Urteile über die einzelnen Mitglieder des alten und des neuen Kabinetts auseinander. Man wird die Sachkenntnis und die Beharrlichkeit mancher ungern vermissen, diejenige mancher von den neuen Männern als relativen und absoluten Gewinn buchen dürfen. Unbedingt aber erwartet man von Dr. von Koerber eine energische Weiterführung der Verhandlungen. Das gleiche gilt von den „mitteleuropäischen" Fragen. Einzelne Mitglieder der neuen Regierung sind als entschiedene Anhänger des „wirtschaftlichen Zusammenschlusses" bekannt; wie sie sich als Ganzes dazu stellt, ist aber noch eine offene Frage.

In den internationalistisch angehauchten Kreisen Österreichs ohne Unterschied der Konfession hat Herr von Koerber während seiner früheren Regierung besondere Sympathien genossen. Sie äußern sich auch heute,

Digitized by Google

wenn auch nicht mehr so ausnahmslos. Am wenigsten innerhalb der streng katholischen Gruppe, die bei seinem Sturz mitgewirkt hat. Daß sie während des Krieges eine lebhafte Tätigkeit entfaltete, ist bekannt, aber ein neuer „Kulturkampf" steht heute nicht auf der Tagesordnung. Im Kabinett gehören Schwartzenau, Clam und Hussarek der „katholischen" Richtung an. Das internationale Kapital und sein Vertreter, das Judentum, auf der einen, die Sozialdemokratie auf der andern Seite aber stehen im Mittelpunkte der Fragen, die aus dem Kriege erwachsen sind. Alle Volksparteien fordern mit Entschiedenheit ein Eingreifen des Staates ins Kartell- und Bankwesen und andere Schutzmaßnahmen gegen die „drohende Übermacht des Kapitalismus", insbesondere auch gegen „die Zerreibung des Mittelstandes" — die Regierung wird dazu Stellung nehmen müssen. Gegenüber der Sozialdemokratie, deren Kraft durch die Auswüchse des Wirtschaftslebens im Kriege verstärkt wurde, treten nach und nach Scharfmacher auf, eine in Österreich neue Erscheinung. Die Sozialdemokratie wurde bisher von den Regierungen als Gegengewicht gegen die Entwicklung des Nationalismus ganz gern gesehen. Sie war in Österreich weniger doktrinär als in Deutschland, und die Abneigung der Österreicher, auf grundsätzliche Standpunkte und abstrakte Theorien viel Gewicht zu legen, hat auch ihre Gegner abgehalten, die praktische Bedeutung des theoretischen Republikanertums zu überschätzen. So steht einer Geneigtheit der Sozialdemokraten, im Parlament und Gemeindeleben, in den Beiräten der Regierung und an anderen Stellen mitzuarbeiten, seit langem die gleiche Geneigtheit der bürgerlichen Parteien, mit ihnen gemeinsam auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet zu arbeiten, zur Seite. Man betrachtet sie — unbeschadet ihres wohlverdienten Rufes, die alte liberale Partei an Doktrinarismus noch zu übertreffen — nicht als Umsturzpartei, sondern als Klassenvertretung und soziale Reformpartei wie andere auch. Das Eindringen nationaler Anschauungen in die „Internationale", das sich besonders bei den Nichtdeutschen schon länger vollzog, ist durch den Krieg namentlich bei den Deutschen wesentlich gefördert worden. Dagegen konnte sich innerhalb der doktrinären Teile der Partei eine nicht unbedenkliche pazifistische Richtung ausbilden, die sich den Anschauungen der Liebknecht-Gruppe nähert. Die Zugehörigkeit des Mörders Adler zur Sozialdemokratie hat ihr natürlich geschadet. Doch

Digitized by Google

dürfte sie kaum Repressalien im Gefolge haben, die auch ein schwerer Fehler wären. Denn sie würden die besprochene Annäherung an die nationalen Parteien, aber auch die besonnene Haltung, welche der Sozialdemokratie durch das demokratische Wahlrecht und die Mitverantwortlichkeit einer großen Partei für die Politik, auch für die Nationalitätenpolitik, des Parlaments zur Pflicht wird, stören und der extremen Richtung allein zugute kommen. Der Forderung der Sozialdemokratie nach Ausdehnung des Reichsratswahlrechts auf die Landtage, vollends auf die Gemeindewahlen, dürfte die Regierung aus gewichtigen Gründen ebenso ablehnend gegenüberstehen, wie ihre Vorgängerinnen.

Auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet ist große und dringende Arbeit zu leisten und gerade auf diesem ist Koerber zu Anfang dieses Jahrhunderts besonders eifrig tätig gewesen. Daher bringen ihm auf diesem Gebiet so verschiedene Kreise hoffnungsvolles Vertrauen entgegen, daß es kaum möglich sein wird, es bei ihnen allen zu bewahren. Es ist selbstverständlich, daß die neuen Männer an die schweren Aufgaben der Gegenwart nicht übereilt herantreten können, wenn auch mancher von ihnen gründliche Vorstudien dazu mitbringen mag. Aber in den dringendsten Problemen kann der Ministerwechsel keine Unterbrechung der Arbeit mit sich bringen und so wurde schon am 29. Oktober „aus der Umgebung Koerbers" mitgeteilt, seine erste Tat werde die Neugestaltung des Nahrungsmittelamtes nach der Richtung hin sein, daß dies vorwiegend aus Männern der Praxis zusammengesetzt und die Bureaukratie darin nur „in dem zur Geschäftsführung notwendigem Maße" vertreten sein soll. Wenn dies unter Fernhaltung der einflußreichen „reinen Interessenten" geschehen kann, so wird die Allgemeinheit dem neuen Staatslenker freudigen Dank zollen. Sympathien und Antipathien für das Ministerium werden vor allem von den Erfolgen abhängen, die es in der raschen und befriedigenden Regelung der Ernährungs- und Rohstoff-Fragen erzielen kann. Sie werden den politischen Sympathien oder Antipathien, die sich erst langsamer gestalten, voraneilen und auf sie einwirken. Aber auch auf politischem Gebiet gibt es Fragen, die — wenn sie auch in der Öffentlichkeit kaum besprochen werden — doch dem allgemeinen Empfinden nach „brennende" sind. So erwartet man von Herrn von Koerber auf Grund seiner Vergangenheit eine befriedigende

Digitized by Google

Ordnung des Zensurwesens, das seinem eigentlichen Zweck allein dienen soll[1]. In späterer Zeit dürfte er wohl die ins Stocken geratenen Vorarbeiten zu der vielgeforderten „Verwaltungsreform" schon aus taktischen Gründen wieder energisch in Fluß bringen. Endlich erwartet man, daß Koerber auch in Hinkunft versuchen wird — wie er dies seinerzeit mit wechselndem Erfolg versucht hat — die Bevölkerung von den nationalen und politischen Streitigkeiten durch eine großzügige wirtschaftliche Betätigung abzulenken. Dabei dürften Verkehrsfragen, wie die Ausgestaltung des Wasserstraßennetzes, in den Vordergrund treten. Die Not der Zeiten wird hoffentlich Regierung und Parlament zu größerer kritischer Bedachtsamkeit nötigen. Doch das sind Sorgen späterer Tage.

In den wenigsten Fragen läßt sich heute schon vorhersagen, wie die Haltung der Regierung sein wird, noch weniger, wie sie von den einzelnen Völkern und Parteien aufgenommen werden wird. Auch die Deutschösterreicher sind heute kaum darüber einig, ob sie dem neuen Ministerium mehr oder weniger Zuneigung und Vertrauen entgegenbringen sollen. Die Bedeutung des Ministerwechsels liegt also zunächst nicht in dem „Programm" der Regierung, sondern in der allgemeinen Erwartung, daß sie mit einem klaren, großzügigen Programm an die Dinge herangehen und eine bestimmte Richtung mit Nachdruck verfolgen wird, ohne Rücksicht auf die ihr im Verborgenen entgegenwirkenden Bestrebungen und daß sie, wenn es not tut, auch die Interessen Österreichs im Verkehr mit den andern Faktoren der Monarchie entschieden wahren wird. Hierzu bietet schon die Versorgungsfrage Anlaß und Gelegenheit.

Streiflichter zur Weltlage XX

(13. November 1916)

Von Professor Dr. Schiemann

Die letzten 14 Tage sind so voller politischer Ereignisse gewesen, daß darüber die militärischen Berichte in den Hintergrund treten.

Der 5. November brachte die Proklamierung des mit dem Friedensschluß

[1] Daß die Freiheit der Meinungsäußerung auch von anderen Gefahren bedroht ist, lehrt in eindringlicher Weise der eben veröffentlichte Beschluß der Grazer „Concordia" vom 1. November, der die Regierung „auf die Bestrebungen, die österreichische Presse zu vertrusten" aufmerksam macht.

Digitized by Google

ins Leben tretenden selbständigen konstitutionellen Königreichs Polen, der 9. November die Antwort des Reichskanzlers auf die von uns in den Streiflichtern XIX charakterisierte Rede Greys. An demselben Tage veröffentlichte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" die russische Mobilmachungsorder vom 30. September a. St. 1912. Vorausgegangen war am 1. November das glückliche Eintreffen der „Deutschland" in New London, und am 7. November fand die große Wahlschlacht zwischen Republikanern und Demokraten in dem gesamten Gebiet der Vereinigten Staaten statt, als deren Ergebnis, wie jetzt sicher feststeht, Präsident Woodrow Wilson am 4. März 1917 seine zweite vierjährige Dienstzeit antreten wird. Endlich hat uns der 13. November die Nachricht gebracht, daß eine Mobilisierung der zivilen Arbeitskräfte Deutschlands bevorsteht. Das sind lauter bedeutsame Tatsachen, die es wohl verdienen, gewürdigt zu werden.

In der festen Hoffnung auf eine gedeihliche Zukunftsentwickelung treten wir an die Schöpfung eines Königreichs Polen heran, dem man in die Wiege als Patengeschenk die Bundesgenossenschaft zweier mächtiger Kaiserreiche gelegt hat. Ohne kleinliches Markten ist ihm in vollstem Umfang der Charakter eines national-polnischen Staates mit konstitutioneller Verfassung unter eigenem Könige gesichert, und dazu haben die Polen bereits jetzt eine national-polnische Universität und die Grundlagen für die Bildung einer polnischen Armee erhalten. Auch die ersten Schritte zur Organisation eines Staatsrats sind getroffen. Was bisher an Äußerungen der Polen aus dem Okkupationsgebiet und aus Galizien vorliegt, ist durchweg erfreulich und läßt erwarten, daß die Generation, der die Aufgabe zugefallen ist, das Königreich Polen ins Leben zu führen, sich ihr auch gewachsen zeigt. Daß die polnischen Mitglieder des russischen Reichsrats mit Herrn Skirmunt als Führer gegen ein nicht russisches Polen protestieren, wundert uns nicht. Aber wir möchten uns nicht dafür verbürgen, daß ihre Gedanken und ihre offiziellen Reden sich decken. Sowohl Skirmunts Rede wie die von Meysztowicz läßt eine doppelte Auslegung zu. Von den polnischen Dumamitgliedern ist bisher nur Haruszewicz mit einer russenfreundlichen Erklärung hervorgetreten, und wir glauben nicht, daß er mehr als vereinzelte Nachfolger haben wird. Dagegen sei hervorgehoben, daß Herr Lempicki, der sich so hervorragende Verdienste um die Verständigung in der polnischen Frage erworben hat,

Digitized by Google

nunmehr seinen Austritt aus der Duma formell anzeigt. Die russische Presse, die bisher zu uns gelangt ist, reicht nicht über den 5. November hinaus, aber es finden sich seit Anfang Oktober zahlreiche Artikel, die zum Teil aus polnischer Feder zu stammen scheinen. In einem derselbe, vom 10. Oktober, plädiert M—s dafür daß Rußland den Deutschen die Losung der Befreiung Polens vorwegnehmen solle, ein anderer von dem bekannten Redakteur der „Nowoje Wremja" J. Kutschinski (23. Oktober) geht von einer angeblichen Äußerung des bekannten tapferen Führers der polnisch-österreichischen Legionen, Pilsudski aus, der neuerdings seinen Abschied eingereicht habe, obgleich er früher erklärt hätte, „ich bin bereit, mich mit dem Teufel zu verbinden, wenn es nur gegen die Russen geht." Sein Rücktritt bedeute daher, daß er die Deutschen für noch schlimmer halte als den Teufel. Trotzdem kommt Kutschinski zum Schluß daß Rußland einen politischen Fehler begangen habe, als es versäumte, den Polen neben der Autonomie auch staatliche Selbständigkeit zu bieten. Aber er rechnet darauf, daß die Polen in ihrer Mehrzahl den Glauben an den Sieg Rußlands nicht aufgeben, und sich weigern würden, an einer aktiven polnischen Politik teilzunehmen. Solange die deutsche Okkupation dauere, sei daher die Losung: „Unabhängigkeit" sowohl für die Polen wie für Rußland günstig. Er glaubt an eine Schwenkung, je nach dem Verlauf der Kriegsereignisse, von seiten der Realisten, National-Demokraten, Progressisten und Parteilosen, wenn er auch zugibt, daß für die Gruppe der „Unversöhnlichen" jenes Losungswort sehr wirkungsvoll sei.

Wir dürfen wohl annehmen, daß die Ereignisse Herrn Kutschinski und seine Gesinnungsgenossen inzwischen eines besseren belehrt haben werden. Die Polen des werdenden Königreichs glauben an die Zukunft, sie wissen, was sie von Rußland zu erwarten haben, und wissen auch die Bürgschaften zu schätzen, die sie für den Bestand ihrer nationalen Unabhängigkeit erhalten haben.

Daß aber die Proklamierung eines Königreichs Polen von den Mächten der Entente als ein schwerer politischer Schlag empfunden wird, beweist die Haltung ihrer Presse. Der „Temps" vom 11. November, dem die Zensur den Anfang seines Leitartikels über die Herstellung des Königreichs Polen gestrichen hat, fährt in seinen Betrachtungen folgendermaßen

Digitized by Google

fort: „Die polnische Frage, wir wiederholen es und werden nicht müde werden es zu wiederholen, ist eine europäische Lebensfrage für unsere Koalition. Es ist eine Lebensfrage zunächst für Rußland, das seit zwei Jahren erfahren hat, wie viel Übeles Deutschland ihm antun kann, und ohne allen Zweifel auch ermißt, welche Steigerung der deutschen Macht es bedeutet, wenn sie ihre Hand an ein Königreich Polen legt. Es ist eine Lebensfrage für Frankreich, England und Italien, in einem Wort für die Westmächte, die ja wissen, daß ein dauerhafter Friede nicht möglich ist, bevor der pangermanistische Traum zusammenbricht.

Wir wollen uns nicht täuschen: die Proklamation des Königreichs Polen ohne Grenzen und ohne andere Rechte, als das, den Deutschen Mannschaften zu liefern, ist die erste Kundgebung des pangermanistischen Gedankens, das erste Festsetzen eines Mitteleuropa, das seit Marne und Yser das unmittelbare Ziel des Krieges geworden ist. Nach dem Scheitern vor Paris und Calais hat sich Deutschland nach dem Osten gewandt. Dort sucht es, nachdem es 1915 nicht endgültig siegen konnte, 1916 in mißlicher Lage, die Elemente für einen positiven Gewinn, der den Theorien von Liszt, Naumann und Tannenberg (!) entsprechen soll. Sollte dieser Gewinn errungen werden, so brauchte Deutschland nicht weiter zu kämpfen, denn es stände für die Zukunft in unangreifbarer Stellung" ... Über diese französische Einschätzung der Bedeutung, die Polen im Bunde mit den Mittelmächten gewinnen kann, können wir uns nur freuen. Nur erscheint sie uns einigermaßen sanguinisch. Mit Polen allein wäre die unangreifbare Stellung Deutschlands, vor welcher der „Temps" zittert, gewiß noch nicht erreicht.

Aus der Rede des Reichskanzlers in der Reichstagskommission hatte die „Agence Havas" ursprünglich den Abschnitt weggelassen, in welchem Herr von Bethmann Hollweg erklärte, daß er niemals angedeutet habe, daß er beabsichtige Belgien zu annektieren. Das wird jetzt nachgetragen, dagegen bringen die französischen Zeitungen bisher keine Andeutung von der russischen Mobilmachungsorder vom 30. September/12. Oktober 1912, die fortan für die Geschichte des Ursprungs der großen Welterschütterung von 1914 als Ausgangspunkt zu dienen hat. Sie sagte bekanntlich: „In Abänderung aller früher erfolgten Anordnungen bezüglich des operativen Teiles teile ich Ihnen (dem Kommandeur des VI. Armeekorps) auf Be-

Digitized by Google

fehl des Kommandierenden der Truppen nachstehende leitende Gesichtspunkte mit: Allerhöchst ist befohlen, daß die Verkündung der Mobilisation zugleich auch die Verkündung des Krieges mit Deutschland ist." Dieser Tagesbefehl ist nicht aufgehoben worden, er stand noch im Juli 1914 in Kraft und war den Engländern und Franzosen unzweifelhaft bekannt. Aus Polen nach Deutschland hinein, in dessen Gebiet der Krieg geführt werden soll, das ist der weitere Inhalt dieser Order. Nun hat es zwar fast zwei Jahre gedauert, ehe sich die Gelegenheit bot, es mit der Ausführung zu versuchen. Das sind allbekannte Dinge. Weniger bekannt ist aber die Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen im Jahre 1912 und die ungeheure Treulosigkeit, mit der die leitenden Staatsmänner darauf hingearbeitet haben, durch trügerische Worte die Vorstellung zu erwecken, daß eine neue Periode inniger Freundschaftsbeziehungen zwischen Rußland und Deutschland sich anbahne.

Ich will versuchen, diese Zusammenhänge klarzulegen. Mit dem neuen Jahre 1912 waren die militärischen Blätter Frankreichs in wahrhaft unerhörter Weise frech und herausfordernd geworden. In Rußland beschäftigte sich die Presse fast ausschließlich mit inneren Angelegenheiten und ging in der damals außerordentlich erregenden Rasputin-Angelegenheit so angreifend vor, daß Herr Ssasonow erklärte, die „Nowoje Wremja" nicht mehr als offiziöses Organ der Regierung benutzen zu können. Fast gleichzeitig wurden dann im April Reden des Reichskanzlers und Herrn Ssasonows gehalten, in welchen beide Staatsmänner nachdrücklich erklärten, daß die Weltlage keinerlei Besorgnisse erwecke. Um diese Zeit sprach Herr Ssasonow dem deutschen Botschafter in St. Petersburg den lebhaften Wunsch nach einem Besuch Kaiser Wilhelms in Rußland aus. Am 4. Juli fand die Zusammenkunft beider Kaiser in Baltischport statt, die dadurch einen politischen Charakter erhielt, daß Kaiser Wilhelm den Reichskanzler, Kaiser Nikolaus II. die Herren Kokowzow und Ssasonow mitgenommen hatte. Man tauschte Versicherungen gegenseitiger Freundschaft aus, und aus den Verhandlungen ging ein von Kokowzow entworfenes Kommuniqué hervor, das ein gewisses Aufsehen erregte, da es das Vorhandensein der englisch-französisch-russischen Entente als eine wohltätige Notwendigkeit anerkannte. Am 7. Juli traf Kaiser Wilhelm wieder in

Digitized by Google

Potsdam ein und an demſelben Tage wurde das Kommuniqué in gleichem Wortlaut in Petersburg und Berlin veröffentlicht. Der Reichskanzler fuhr noch von Baltiſchport nach Petersburg und Moskau und kehrte am 13. nach Berlin zurück. Bald danach aber ereigneten ſich Dinge, die im Lichte der ſpäteren Ereigniſſe den Charakter der Vorbereitung zu einer gemeinſamen Aktion der Ententemächte gewinnen. Am 21. Juli traf der ſpätere japaniſche Miniſterpräſident Katſura in politiſcher Sendung in Petersburg ein. Der Tod des Mikado am 29. Juli nötigte ihn, nach Japan zurückzukehren, wahrſcheinlich aber brachte er den japaniſch-ruſſiſchen Bündnisvertrag bereits mit. Weit bedeutſamer war jedoch, daß am 10. Auguſt Miniſterpräſident Poincaré in Petersburg eintraf, nachdem bereits am 1. Auguſt der „Temps“ erklärt hatte, daß die franzöſiſche und die ruſſiſche Flotte im Kriegsfall zuſammenwirken würden. Da nicht zweifelhaft ſein konnte gegen wen, trug dieſe Ankündigung einen höchſt auffallenden Charakter. Dieſes Marineabkommen war in Paris, wohin der ruſſiſche Generalſtabschef und der Chef des Admiralſtabes ſich begeben hatten, abgeſchloſſen worden, während Kokowzow und Sſaſonow mit dem Reichskanzler verhandelten. Sie hatten damals auch über die Teilnahme Rußlands an der Enthüllung des Völkerſchlachtdenkmals in Leipzig Vereinbarungen getroffen, und Sſaſonow dabei bemerkt, wie ſehr dieſe Teilnahme Rußlands Frankreich mißſtimmen werde: comme ils jureront! Poincaré verſprach den Ruſſen, für Einführung der dreijährigen Dienſtzeit in Frankreich zu ſorgen, wenn er Präſident der Republik werde, und erhielt das Verſprechen, daß die ruſſiſchen Streitkräfte näher an die deutſchen und öſterreichiſchen Grenzen gebracht werden ſollten. Wohlverſtanden, Rußland hatte bereits im Frühjahr jenes Balkanbündnis zuſtande gebracht, das zunächſt gegen die Türkei verwendet werden ſollte, vornehmlich aber als Kriegswerkzeug gegen Öſterreich-Ungarn gedacht war. Nachdem ſo die Hauptſachen mit Frankreich geregelt waren, fuhr Herr Sſaſonow nach London, und am 20. September kehrte er mit Mr. Asquith nach Paris zurück, wo beide Gelegenheit hatten, mit Herrn Poincaré die gegenſeitigen Eindrücke auszutauſchen. Der Großfürſt Nikolai Nikolajewitſch hatte inzwiſchen die franzöſiſche Armee, die eine Art Generalprobe für eine Invaſion in Deutſchland vornahm, eingeſehen und ſich höchſt befriedigt über ihre Leiſtungen ausgeſprochen. Am 1. Oktober war Sſaſonow auf

Digitized by Google

der Durchfahrt nach Petersburg in Berlin. Es war der Tag der verfrühten Kriegserklärung Montenegros an die Türkei, und Ssasonow war nun bemüht, uns zu bewegen, einen Druck auf Österreich auszuüben, damit es verspreche, nicht in die Balkanhändel einzugreifen. Das lehnte der Staatssekretär von Kiderlen-Wächter sehr bestimmt ab. Ssasonow verließ Berlin und gleich nach seiner Rückkehr wurde jener Mobilmachungsbefehl erlassen, den wir an die Spitze unserer Betrachtung gestellt haben.

Es ist dabei noch nachzuholen, daß im Frühjahr oder Sommer 1912 über ein Zusammentreffen der englischen und russischen Flotte vor Kopenhagen verhandelt worden ist, daß aber der Plan an dem Widerspruch Dänemarks scheiterte, das mit Recht annahm, durch Förderung einer derartigen Kundgebung lebhafte und nicht ungebührliche Mißstimmung in Deutschland hervorzurufen.

Ich habe diesen rein tatsächlichen Angaben kaum noch etwas hinzuzufügen. Sie beweisen schlagend, daß unter russischem Vorangehen die Ententemächte sich zum Angriff vorbereiteten und daß es nicht ihr Verdienst ist, wenn das Jahr 1913 nicht den Ausbruch des geplanten Krieges gebracht hat. Eine Vorbedingung des Gelingens ihres Unternehmens aber war jene Zusammenkunft in Baltischport, die keinen anderen Zweck gehabt hat als den, Deutschland in trügerische Sicherheit einzuwiegen.

Die Entscheidung in der großen Wahlschlacht der Vereinigten Staaten hat sich mehrere Tage länger als gewöhnlich hingezogen und erweckte zunächst den Glauben, daß Hughes der Sieger sei. Das hatte zur Folge, daß die immer durchgehenden Franzosen Wilson nach Möglichkeit schlecht machten. Sie hatten ihm nicht verziehen, daß er in einer seiner Wahlreden sagte, es sei unmöglich, schon jetzt zu erkennen, wer der eigentliche Urheber des Krieges sei. Der „Temps" hatte schon, gleich nachdem der Wortlaut der Reden nach Europa herübergekabelt war, erklärt, entweder habe Wilson die Stimmen der deutschen Amerikaner gewinnen wollen oder sein Mangel an Verständnis habe einen Grad erreicht, der noch nie übertroffen worden sei (Leitartikel vom 3. November). Die „Débats" kanzeln ihn noch am 10. November wie einen dummen Jungen ab, und sind jetzt bemüht, allmählich den Übergang zu seiner notwendig gewordenen Verherrlichung zu finden. Wir stehen der gefallenen Entscheidung kühl gegenüber und neigten von vornherein mehr zu Wilson,

Digitized by Google

weil Hughes als eine unberechenbare Potenz erschien, die zudem durch die Brandreden Roosevelts schlecht eingeführt war. Vielleicht findet Wilson jetzt, da ihm eine lange Amtsdauer sicher ist, den Entschluß, sich an die Spitze der Neutralen zu stellen, um die Freiheit des Handels, soweit er völkerrechtlich gesichert ist, für Amerika sowohl wie für die anderen neutralen Staaten zu verlangen und durchzusetzen. Es bedarf eben nur des Entschlusses, da gar nicht daran zu denken ist, daß England dem bestimmt ausgesprochenen Willen Amerikas wirklichen Widerstand entgegensetzen könnte. Auch will uns scheinen, daß Amerika alle Ursache hätte, seine Aufmerksamkeit der Tatsache zuzuwenden, daß Japan, der Verbündete Englands und Rußlands, die Gunst der Lage benutzt, um sich zum Herrn des Großen Ozeans zu machen, den noch Roosevelt für die Vorherrschaft Amerikas in Anspruch nahm. An großen Worten sind freilich die Japaner trotz der rücksichtslosen Selbstsucht, mit der sie ihre Ausbreitungspläne zu Land und See verfolgen, schwer zu übertreffen. Sie triefen von Tugendgrundsätzen. Am 3. November hat der aus Petersburg scheidende japanische Botschafter Motono auf einem Bankett, das ihm zu Ehren gegeben wurde, sich unter anderem folgendermaßen geäußert: „In diesem Weltkriege verteidigen wir, außer den Interessen unserer Sache, die gemeinsamen Interessen der gesamten Menschheit. Es ist wichtig zu wissen, ob Wahrheit und Gerechtigkeit siegen werden, oder ob nicht. Man darf keinen Augenblick aus dem Auge verlieren, daß alle verbündeten Nationen diese beiden Ziele verfolgen. Deshalb müssen wir das heilige Bündnis nicht nur zwischen unseren Regierungen, sondern auch zwischen den verbündeten Völkern, stützen. Das ist die notwendige Voraussetzung eines schnellen und vollständigen Sieges. Verzeihen Sie, meine Herren, daß ich Ihre Aufmerksamkeit so lange in Anspruch genommen habe, aber als treuer und ehrlicher Freund des großen und mächtigen Rußland wollte ich, bevor ich Sie verlasse, vor Ihnen Zeugnis ablegen von der tiefen Anhänglichkeit, die ich stets Ihrem Lande bewahren werde. Jetzt, da die Grundlagen einer festen und lange dauernden Freundschaft in den Seelen beider Völker Wurzel geschlagen haben, müssen wir darauf hinarbeiten, die zwischen Japan und Rußland bestehenden Beziehungen möglichst fruchtbar zu machen. Sie können überzeugt sein, daß ich auf meinem neuen Posten (als Minister) alles, was ich vermag, nach dieser

Digitized by Google

Richtung tun werde . . ." Folgen weitere Dankesworte auch im Namen des vicountess Motono. Motono übernimmt bekanntlich in dem neuen Kabinett Terauchi das Ministerium des Auswärtigen, dessen Aufgabe es sein wird, allerdings die japanisch-russischen Beziehungen möglichst fruchtbar zu machen, aber doch nur für Japan. Die Russen wissen sehr wohl, daß sie getäuscht worden sind, und die „Nowoje Wremja" hat recht ärgerlich, mit Seitenhieben auf Ssasonow, der den Vertrag mit Japan abgeschlossen hat, darauf hingewiesen, daß fortan die ostchinesische Bahn von Kwantschensi bis zum Sungari in Japans Hände übergegangen ist, woraus sich mit Sicherheit ergibt, daß in nicht allzu ferner Zeit die gesamte Schiffahrt auf dem Sungari in japanische Hände übergegangen sein wird. Da der Vertrag ihnen zudem das Recht der Ansiedlung in ganz Sibirien, in der Mongolei und in der Mandschurei erteilt, wird die gelbe Gefahr den Russen sehr bald so nahe auf den Leib rücken, daß ihnen selbst dabei bange werden wird. Ähnlich aber ist die Entwicklung, die sich in freilich langsamerem Tempo für Westamerika und für Australien und Neuseeland vorbereitet, natürlich — wie Motono so schön sagte — geschieht das im Interesse der gesamten Menschheit!

In Rußland geht der Kampf zwischen Regierung und Volk weiter. Weder Stürmer noch der neue Stern am Himmel des russischen Ministeriums, Protopopow, fühlen sich in ihrer Stellung sicher. Es läßt sich mit Sicherheit vorhersagen, daß eine stürmische und für die Regierung gefährliche Sitzung der Duma bevorsteht. Daß den Russen günstige Nachrichten vom Kriegsschauplatz eine Wendung zum Besseren herbeiführen, indem sie die erschütterte Stellung der Regierung festigen, ist nicht gerade wahrscheinlich. Brussilow freilich hat vor einigen Tagen erklärt, jetzt sei der Krieg bereits als gewonnen zu betrachten! Das ist eine uns an ihm und an den Russen überhaupt ungewohnte Bescheidenheit, mit der wir daher nicht rechten wollen.

Nicht ohne Spannung warten wir auf den Ausgang der Sendung des französischen Kriegsministers Rocques nach Saloniki. Sie soll über das Schicksal von Sarrail entscheiden, und wohl zugleich über die Frage, ob das Saloniki-Unternehmen sich behaupten läßt. Da es ein in seinem Ursprung französisches Unternehmen ist und der Ministerpräsident Briand als der geistige Urheber an seiner Fortsetzung interessiert ist, läßt sich er-

Digitized by Google

warten, daß es aufrecht erhalten wird, so lange er im Amt bleibt. Dann wird es, wie in der Politik des heutigen Kabinetts überhaupt, heißen: après nous le déluge!

In der Zeit vom 30. Oktober waren die Verluste der Engländer in Frankreich:

30. Oktober	5000	Mann	und	93	Offiziere
31. „	4736	„	„	79	„
1. November	4350	„	„	150	„
2. „	2400	„	„	135	„

wobei die überseeischen Truppen, Kanadier, Australier, Neuseeländer, Inder, nicht mitgerechnet werden. Offenbar hat man in England die Empfindung, daß sich der schließliche Erfolg billiger erreichen lasse, und ist nicht abgeneigt, zu drastischeren Mitteln zu greifen. Unter der Überschrift „Ein Rekord der Niedertracht" finden wir folgende in diesen Zusammenhang fallende Notiz: Einen selbst für englische Verhetzung ungewöhnlichen Rekord erreicht die neueste Nummer der von dem berüchtigten Horatio Bottomley herausgegebenen Wochenschrift „John Bull", die, beiläufig bemerkt, eine Auflage von mehr als einer Million erreicht. Am 4. November spricht hier ein Leser des Blattes die Befürchtung aus, daß die englische Regierung sich nicht dazu aufraffen werde, den deutschen Kaiser, wie er es doch verdiene, aufknüpfen zu lassen. Er regt daher die Gründung einer internationalen Vereinigung an, deren Mitgliederbeiträge dazu dienen sollen, nach Friedensschluß einen beherzten Mann zur Ermordung des Kaisers zu dingen. „Ich würde die Sache ja gern selbst machen, wenn ich nur das nötige Geld dazu hätte" — so meint der Biedermann zum Schluß, und die Redaktion des „John Bull" beantwortet diesen Wink mit der Aufforderung, „der Gentleman (wörtlich) möge nach Friedensschluß bei ihrer Kasse vorsprechen!"

Die Mobilisierung der Zivilbevölkerung Deutschlands, die in vollem Ernst geplant wird, muß unsern Feinden zeigen, wie fest der Entschluß Deutschlands ist, ihre Anschläge zunichte zu machen.

Digitized by Google

Verkannte Hemmnisse der „Weltkunde"

Von Oberlehrer Dr. Hans Offe

Mit vollem Recht fordert P. Rohrbach[1] den Ausbau gerade des erdkundlichen Unterrichts zu einer Art „Weltkunde", namentlich im Hinblick auf die dem Deutschen dringend notwendige regere und verständnisvollere Teilnahme an Fragen der äußeren Politik. Neben den vielen Anregungen, die vor und während der Kriegszeit zur Reform dieses Unterrichtsfaches an höheren Schulen gemacht worden sind, verdient jener Vorschlag eine ganz besondere Beachtung; denn er enthält für den Kenner der Verhältnisse zugleich einen wertvollen Hinweis auf die besonderen Schwierigkeiten, die der rechten Würdigung und Verwirklichung dieses Gedankens entgegenstehen.

Zunächst gilt es zu betonen, daß die „Weltkunde" — lehrplanmäßig gedacht — sich nicht etwa auf den Geschichts-, sondern auf den Erdkundeunterricht gründen soll. Das ist unendlich viel mehr als eine bloße schultechnische Einzelfrage: man könnte beinahe von einer (im engeren Sinne zu verstehenden) Weltauffassung reden, die sich in dieser Entscheidung kundgibt. Es steht natürlich außer Zweifel, daß der Geschichtsunterricht nach wie vor politisch-geschichtlichen Sinn und staatsbürgerliches Denken und Empfinden wecken und stählen wird — in seiner Weise und im Rahmen der ihm seiner Natur nach gebotenen Möglichkeit. Aber es scheint doch, als behindere immer noch in den weitesten Kreisen der Gebildeten die etwas einseitig-historische Auffassung und Betrachtung der Vorgänge im Staaten-, Völker- uud Kulturleben den politischen Fernblick, so wie ihn die Gegenwart, mehr noch die Zukunft unerbittlich fordert: ich erinnere nur an die Tatsache der fast sprungweisen Erweiterung des politischen Schuplatzes seit etwa einem Menschenalter; demnächst darf auch die (ideelle wie tatsächliche) Untrennbarkeit von Weltpolitik und Weltwirtschaft nicht außer acht gelassen werden.

An dieser Stelle erübrigt sich eine ausführlichere Begründung der Notwendigkeit eines zeitgemäß ausgebauten erdkundlichen Unterrichts. Um so mehr dürfte es angebracht sein, auf die im allgemeinen wenig bekannten Hemmnisse hinzuweisen, die entsprechenden erdkundlichen Reform-

[1] Siehe „Deutsche Politik" Heft 21, 1916.

Digitized by Google

plänen für unsere höheren Schulen, zumal für deren Oberstufe, entgegenstehen.

So sicher der praktische Politiker, dessen Gesichtskreis durch die Nebel gelehrtenhaften Theoretisierens nicht eingeengt ist, die Forderung eines vollwertigen Erdkundeunterrichts für die künftigen Führer des Volkes unterschreiben wird, so weit verbreitet ist der Widerstand gegen jede einschneidende Änderung zugunsten dieses Lehrfaches ausgerechnet in den Kreisen der höheren Schule selbst. In der Tat begegnet die Erdkunde, diese in hohem Maße „komplexe" („vielseitige") Wissenschaft, wie es letzten Endes scheint gerade um dieser ihrer Eigenschaft willen einer bedauerlichen Verständnislosigkeit oder doch Gleichgültigkeit, wenn es sich um die Anerkennung und praktische Würdigung ihrer erzieherischen Aufgaben handelt. Von der altväterhaften Vorstellung — sie ist trotz allem noch nicht tot — der Erdkunde als einem Sammelbecken der verschiedensten Notizen über Länder, Staaten, Städte usw. will ich nicht weiter reden. Allein bei der Wirtschaftsgeographie stocke ich schon ... Soll man es z. B. für möglich halten, daß noch nach einem Jahr Weltkrieg von seiten des humanistischen Gymnasiums immer noch gegen einen gründlicheren Betrieb dieses bedeutsamen Zweiges der Schulerdkunde geeifert wurde, des Sinnes, er vertrage sich nicht mit der idealistischen Weltauffassung, und überhaupt nicht mit dem ganzen Wesen einer „humanistischen" Lehranstalt!? Oder was soll man dazu sagen, wenn andererseits für naturwissenschaftlich vorgebildete Lehrer die Erdkunde sich vielfach heute noch in „Wolken, Luft und Winde" nebst einer verwässerten Geologie „bei näherem Zusehen" aufzulösen scheint!? Unter diesen Umständen muß allerdings jedes noch so kleine Opfer seitens dieses oder jenes Lehrfaches zugunsten der Erdkunde unerträglich dünken.

Kaum viel besser ist, von rühmlichen Ausnahmen abgesehen, die durchschnittliche Wertung unseres Faches durch die Schulleitungen. Nur so kann man es verstehen, daß ungeachtet alles dessen, was dagegen seit Jahren in Wort und Schrift geltend gemacht wurde, eine zuverlässige Statistik aus dem letzten Jahrzehnt Ungeheuerlichkeiten bezeugt, die man im Zeitalter der angeblich so weit fortgeschrittenen Arbeitsteilung auf jedwedem Gebiet kaum für möglich halten sollte: in verschiedenen deutschen Landesteilen, so in Groß-Berlin, Königreich Sachsen, Reichslanden wurden

Digitized by Google

40—50 % und darüber von allen Unterrichtsstunden in Erdkunde durch Nichtfachleute erteilt, trotzdem der Bedarf an fachwissenschaftlich vorgebildeten Lehrkräften überreichlich gedeckt war. —

Wenn irgendeiner Forderung an die deutsche Schule der Zukunft allseitig zugestimmt wird, so ist es wohl die einer entschieden deutsch-nationalen Bildung und Erziehung. Es läßt sich nicht leugnen, daß die an sich gewiß rühmliche deutsche „Objektivität" allem Fremden gegenüber nicht zum wenigsten auf dem Gebiete des höheren Schulwesens zur Folgeerscheinungen geführt hat, die besser nicht wären. Im allgemeinen gibt man diesen offenkundigen Tatbestand mehr oder minder uneingeschränkt zu und sucht mit Fleiß, wie dem abzuhelfen sei. Um so peinlicher berührt es, wenn auf der Heidelberger Tagung deutscher Hochschulgeographen im April 1916 bereits weithinschallende Warnungssignale gegeben wurden: die „Objektivität" solle der Stolz deutscher Wissenschaft bleiben; die Beschäftigung mit deutscher Landes- und Volkskunde dürfe daher keinesfalls auf Kosten der Betrachtung fremder Weltgegenden erweitert werden u. dergl. m.[1] — Schulreform ohne Universitätsreform? —

Unter solchen und ähnlichen Umständen wird der nüchtern Urteilende keine wundertätigen Wirkungen von einem etwaigen Ministerialerlaß — man denke an den vorjährigen preußischen zum Geschichtsunterricht — erwarten. Denn da die Geschichte allgemein und mit genügender Stundenzahl bis zum Schluß des Schulunterichts durchgeführt ist, wo sie zudem ganz überwiegend von fachwissenschaftlich und fachmethodisch geschulten Lehrkräften unterrichtet wird, kann sie mit einer ungleich besseren Würdigung seitens aller Beteiligten rechnen, als dies der Schulerdkunde wohl noch auf längere Zeit hinaus beschieden sein dürfte. Für dies Schulfach müssen wir also erst das nötige allgemeine Verständnis fördern, als Vorbedingung eines gedeihlichen Erkundeunterrichts der Zukunft.

Man sage nicht, das seien keine realpolitischen Erwägungen, die zudem mehr schultechnischen Charakter trügen. Im Gegenteil: es würde von

[1] Gerade die letztere „These" nimmt sich sehr seltsam aus, da (laut Petermanns Mitteilungen) von 86 geographischen Darbietungen im Sommersemester 1916 auf deutschen Universitäten sich eine! mit Deutschland beschäftigte, während drei Teile bzw. besondere Gesichtspunkte der deutschen Landeskunde behandelten.

Digitized by Google

großer Unkenntnis und schwacher Psychologie zeugen, wollte man einen grundstürzenden und plötzlichen Wandel bei solchen Dingen erhoffen, die durch tausend Fäden an die wissenschaftliche Seite erzieherisch tätiger Persönlichkeiten unweigerlich gebunden sind. Jedenfalls wäre es grundsätzlich verkehrt, wie die Dinge gegenwärtig liegen, wirklich befriedigende Ergebnisse der Erd- und Weltkunde vom höheren Schulunterricht in kurzer Frist zu verlangen. So seltsam es ist: in unserem Falle muß das Schwergewicht der öffentlichen Meinung auf das Ganze des höheren Schulwesens dauernd einzuwirken streben. Die der höheren Schule Fernstehenden mögen sich die erforderliche Arbeit nicht gar zu einfach vorstellen! Daher diese Zeilen.

Notizen

Die englischen Friedensbedingungen. Garwin setzt sich im „Observer" neuerdings mit den Friedensbedingungen auseinander, die England zu stellen habe. Er rechnet dabei besonders mit Herrn Trevelyan ab, der für die Zaghaften gesprochen habe. Trevelyans Meinung war gewesen: wir können alles, was wir wollen, von den Deutschen bekommen, wenn sie sich aus Belgien zurückziehen, eine Kriegsentschädigung zahlen, Frankreich räumen, einen Teil von Lothringen aufgeben, die Unabhängigkeit Serbiens wiederherstellen. Demgegenüber stellt Garvin als Ziel des Friedens fest, den die Mehrzahl im Lande verlange: „Wir wollen mit Asquiths Worten Genugtuung für die Vergangenheit, Sicherheit für die Zukunft. Die Friedensmacher täten gut, sich daran zu erinnern, daß wir im Bündnis mit anderen Mächten fechten und daß wir uns für verpflichtet halten, nur einen Frieden mit ihnen gemeinschaftlich zu machen. Die Haltung des Herrn Trevelyan und seiner Freunde würde für die Russen unannehmbar sein. Glücklicherweise können wir unseren treuen Bundesgenossen versichern, daß sie nur einen mikroskopisch kleinen Bruchteil der Meinung dieses Landes darstellen."

Das Zusammenwirken der Entente ist durch die Vorgänge in Rumänien wieder auf einem kritischen Punkt angelangt. Die italienische öffentliche Meinung, die ja auch sonst ihr Herz am schnellsten auf der Zunge hat, erkennt das offen an. Zuletzt der „Messagero", wenn er diese Vorgänge auf das Fehlen einer einheitlichen Leitung des Krieges zurückführt und seinen Betrachtungen über das Versagen des Zusammenwirkens in diesem einzelnen Falle allgemein hinzufügt: „Die Zusammenkünfte von Calais und Boulogne zeigen, daß die politischen Voreingenommenheiten häufig die militärischen Operationen hindern. Nur unter der Bedingung, daß die Vereinheitlichung zustande kommt, könnten wir einem etwaigen Anerbieten Deutschlands, die Waffen vor dem Sieg niederzulegen, kalten Blutes entgegensehen."

Hanotaux' Kriegsziele. Die letzte Nummer der „Revue deux mondes" bringt

Digitized by Google

einige Artikel von Hanotaux über Frankreichs Kriegsziele. Sieht man von der rhetorischen Einkleidung ab, so bleibt folgender Kern: Die Stunde ist gekommen, die Gründung einer Staatengesellschaft zu beschließen, die die Gewalt hat, den Frieden zu sichern. Für die Zukunft wird nur eine Internationale mit dem Einverständnis aller getroffener Einrichtungen das Recht der Verträge kennen und die Macht haben, sie aufrechtzuerhalten. Dieser Staatenbund und diese Maßnahmen setzen die Existenz des geeinigten Deutschlands nicht voraus. Denn, so erläutert „Figaro", die deutsche Einheit ist eine dauernde Bedrohung für das neue Europa. An Hanotaux hat das „Berner Tagblatt" folgende Antwort gegeben: Er habe keine Ahnung von der im deutschen Volk wohnenden Kraft des Zusammenhangs, die sich wohl unter den Wirkungen einer großen Niederlage eine Zeitlang eindämmen ließe, um dann im günstigen Augenblick mit um so elementarerer Wucht die Fesseln zu sprengen. Ein aufgezwungener Friede würde das deutsche Volk für den Frieden Europas noch gefährlicher machen, als das Russentum und die englische Seeherrschaft zusammengenommen. Das törichte Programm Hanotaux' sei ein Moment der Stärkung des deutschen Widerstandes und der deutschen Offensivkraft.

Die italienische Presse zu Bissolatis Rede. Bissolatis Rede bei der Feier Cesare Battistis in Cremona hat, den Urteilen der Presse nach zu schließen, ungeheures Aufsehen gemacht. Das offiziöse Regierungsorgan, das „Giornale d'Italia", nimmt ihn gegen seine Angreifer in Schutz. Es nennt die Gelegenheit, die offiziellen Sozialisten bei der Feier Battistis, der selbst Sozialist war, anzugreifen, glücklich. Und die Angriffe Bissolatis auf die Katholiken bezeichnet es als Gegenschlag gegen die vatikanische Note wegen des Palazzo Venizia, durch die sich die italienische Nation beleidigt fühle. Die Nationalisten, voran die „Idea Nazionale", machen immerhin schon einige Ausstellungen, vor allem die, daß Bissolati als Vorkämpfer für die Begründung eines südslawischen Staates eintritt. In dem weitaus größeren Lager seiner offenen Gegner ist naturgemäß die klerikale Presse Führerin. Sie wirft ihm vor, der Vater des Gedankens zu sein, ein italienisches Heer von $1\frac{1}{2}$ Millionen Soldaten in das Ausland zu schicken. „Avvenire" hält die Stellung Bissolatis in einem nationalen Ministerium für unmöglich haltbar. Die politische Differenzierung zwischen der Regierung in ihrer Gesamtheit und Bissolatis in seinen individuellen Ankündigungen trete immer offensichtlicher zutage. Und Graf Soderini schreibt in einem Brief an den „Corriere d'Italia": Bissolati hat mit seiner Rede nur Österreich einen Dienst geleistet, das versucht hatte, die italienischen Katholiken von ihrem Staat zu trennen. Nun erhält es durch Bissolati die erfreuliche Bestätigung, daß das zum Teil gelungen ist. Ebenso angenehm wird es dem Feind auch sein, durch einen Minister von den Verschwörungen der italienischen Sozialisten zu hören. Aus diesen Angriffen ist die Anfrage des klerikalen Abgeordneten Bertini an den Kammerpräsidenten erwachsen: Wie die Erklärungen Bissolatis vereinbar seien mit den Voraussetzungen nationaler Eintracht, die zu der Bildung des gegenwärtigen Ministe-

Digitized by Google

riums führten? Nur die demokratische Presse ist voll des Lobes für Bissolati, daß er mitten in der heftigen Opposition gegen den Krieg der Sozialisten, mitten in vielleicht noch schlimmeren heimlichen Machenschaften eines Paradepatriotismus, wie sie von gewissen das Volksbewußtsein vergiftenden Katholiken ausgehen, mitten in einer nach Frieden begehrenden Deutschfreundlichkeit, einer anderen Klasse lauer Patrioten, die weder Sozialisten noch Katholiken sind, über Abgeordnete und Minister hinausgegangen ist".

Zum Rücktritt Tittonis. Der „Berner Bund" hat hinter den angeblichen Gesundheitsgründen für den Rücktritt Tittonis auf politische Ursachen geschlossen, namentlich in gewissen Balkanfragen, in denen die italienischen und die von Frankreich unterstützten jugo-slawischen Interessen scharf aneinanderstoßen.

Eine Bestätigung dafür gibt der „Temps" vom 2. Nov., der im Anschluß an die Nachricht von Tittonis Rücktritt anerkennt, Italien brauche Sicherheiten für die Zukunft, aber fortfährt:

Es kennt natürlich die Gefühle und Absichten derer, an deren Seite es kämpft, aber die Politik besteht weder aus Absichten noch aus Gefühlen.

Auch hinter einem Artikel des Saint Brice im „Journal" vom 31. Okt. verbirgt sich die politische Frage, mit der Tittonis Demission verknüpft ist. Saint Brice stellt mit Genugtuung fest, daß die griechische Frage zur Zufriedenheit Frankreichs erledigt sei, seitdem die Polizei in den Händen der Alliierten die Demobilisierung vollendet, das Heer aus Thessalien zurückgezogen sei. Freilich beständen noch immer Hindernisse, und man könne den hellenischen Faktor bei der endgültigen Regelung des Orientproblems nicht ignorieren.

Die italienische Presse würdigt Tittonis Verdienste im allgemeinen nach Gesichtspunkten, für die Äußerungen der „Tribuna" und Criepoltis im „Avvenire" charakteristisch sind: Tittonis Einfluß ist spürbar bei den jüngsten Vereinbarungen jeder Art auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet, die zwischen Italien und seinen Verbündeten getroffen wurden. Er hat gleichzeitig die gemeinsamen Interessen der Entente wahrgenommen und über die Interessen seines Landes gewacht. Seine Reden, die den Interessen der Entente dienen sollten, enthielten gleichzeitig Mahnungen zum Nutzen derer, für die er sprach. Er warnte vor dem Zusammenbruch, dem sich Europa aussetzte; er kündigte unvermeidliche innere Revolutionen an, wenn das alte System der Rüstungen nach dem Kriege fortgesetzt würde. Er erinnerte daran, nicht unter den Eindrücken des Krieges Beziehungen zwischen den Nationen aufs Spiel zu setzen, die weiter bestehen müssen, wenn einmal die Kriegspsychose vorüber sein wird. Die Verdienste, die er sich erworben hat, lassen von ihm das beste auch noch für die Zukunft erhoffen. Durch den Kampf der Waffen wird die Arbeit der Politiker nicht zurückgesetzt. Ja, diese sind es, die schließlich die Geschicke der Völker entscheiden. Deshalb ist es ein Trost, daß Tittoni in anderer Eigenschaft dem Vaterlande erhalten bleiben wird."

Briand und Kitchener. „Verdens Gang" läßt sich in einem Brief aus Paris schreiben: Briand stieß auf den kräftigsten Widerstand bei Lord Kitchener. Ohne

Digitized by Google

das Andenken an einen der bedeutendsten Männer Englands zu verletzen, kann wohl jetzt festgestellt werden, daß der plötzliche und unerklärliche Tod Kitcheners einer der größten Glücksfälle war, der Frankreich während des Krieges betroffen hat. Die Politik Kitcheners ging darauf aus, die Kolonialherrschaft Englands zu verteidigen, während er Frankreich nur eine so kleine Truppenabteilung sandte, wie es der Anstand verlangte. Es lag ihm sicherlich fern, soviel junge englische Leute zu opfern, wie sie Lloyd George in so ungeheuren Mengen an der Somme ins Feuer gesandt hat. Auf dem Balkan war seine Politik dieselbe, vorsichtig, ökonomisch, zögernd. Aber Briand überwand alle Hindernisse. Die Führung der Orientpolitik glitt unmerklich in seine Hände über und er führte gleichzeitig mit der militärischen Einigung die der politischen Entscheidungen durch. Wenn Verdun nicht das Werk Briands ist, ist es wenigstens sein Glück, der Schlüssel und die Ursache seiner diplomatischen Siege. Es wäre unpassend und unrichtig zu behaupten, daß der Tod Kitcheners Freude in Frankreich hervorrief; im Gegenteil, die Nachricht erweckte aufrichtige Trauer. Es ist auch zu ungeschickt zu behaupten, daß der Tod Kitcheners das Glück Briands war. Richtig ist es aber, daß, nachdem Kitchener starb und Briand der stärkste Mann wurde, eine weit größere Einigung der Unternehmungen der Alliierten sich gezeigt hat. Vor ihm war es ein Konzert ohne einen Dirigenten. Lord Edward Grey, der die Stelle des Dirigenten hätte einnehmen sollen, hatte bei verschiedenen Gelegenheiten sogar seine wärmsten Bewunderer enttäuscht. Das große Verdienst Briands ist es, der Entente ein Oberhaupt gegeben zu haben. Dies erklärt die vollständige Organisation bei der Verteilung der Munition und des Kriegsmaterials, was wiederum die russische Offensive erklärt. Dies erklärt die Einnahme Görz, Italiens Kriegserklärung an Deutschland und die Intervention Rumäniens.

Im übrigen ist es interessant, daß der Pariser Berichterstatter Russo in der „Stampa" einen Anteil an diesem Verdienst Briands Tittoni zuweist. Er schreibt: „Tittoni hat hauptsächlich Briand seit einem Jahr darin unterstützt, ein einheitliches Vorgehen der Verbündeten herbeizuführen: er war sein wesentlicher Mitarbeiter."

Rußland und England. Die „Rjetsch" sagt im Anschluß an die Rede Greys:

Bei uns gibt es nicht eine derartige Einigkeit zwischen den Stimmen der Regierung und der öffentlichen Meinung, wie sie sich in England beim letzten Pressebankett offenbart. Die englische Presse nimmt eine stolze und mächtige Position im Staate ein. Warum tragen die Beziehungen unserer Pressevertreter zur Staatsgewalt einen so zufälligen Charakter? Warum haben sie so gar keine staatspolitische Bedeutung? Das kommt daher, daß sowohl Regierung wie Gesellschaft sich bei uns so sehr an Gleichgültigkeit gewöhnt haben. Wir besitzen weder Initiative noch Energie, wir erfüllen unsere Pflichten mit jener Trägheit und Indifferenz, die allen vorzeitig gealterten und enttäuschten Menschen eigen sind. Wir haben ein Gewitter nötig, rollenden Donner und zuckende Blitze, wir haben eine Reinigung der Atmosphäre nötig, eine allgemeine Gesundung, eine starke

Digitized by Google

Jugend mit lichten Hoffnungen, mit Kühnheit und Enthusiasmus. Alles das besitzen wir nicht. Wir müssen es uns erringen.

Das Programm der sozialistischen Konferenz im Monat Januar. Für die von der französischen Sozialistenpartei auf Januar 1917 einberufene internationale Konferenz ist nach Mitteilung von Camille Huysmans folgendes Programm aufgestellt worden: a) Die Politik des eigenen Landes in der Weise zu beeinflussen, daß während und nach dem Kriege aller Eroberungs- und Annexionsgeist ausgeschlossen wird und daß mit dem Tage des Friedens die Achtung der Rechte der verschiedenen Nationalitäten durch internationale Abmachungen gesichert werde, welche materiell den Bestand eines dauernden Friedens garantieren. b) Die Regierungen zu veranlassen, alles auszuschließen, was während oder nach dem Kriege zu einer erhöhten Ausnutzung des internationalen Proletariats führen, ebenso wie alles, was zu neuen Reibungen zwischen den Völkern führen könnte. Die Konferenz hätte weiterhin das Ziel, vorzusorgen, daß die fraglichen Abmachungen nicht zu Sprungbrettern zur Verlängerung des Krieges werden. c) Die technische Organisation der Konferenz fällt dem Sekretariat des internationalen Sozialistenbureaus zu, welches Sorge tragen wird, daß die Traditionen des internationalen Kongresses in bezug auf Erteilung des Wortes peinlichst gewahrt bleiben.

Neuerscheinungen

Polen als Absatzgebiet für die mitteleuropäische Maschinen- und Bauindustrie untersucht Ingenieur L. K. Fiedler in Charlottenburg in einer im Selbstverlage erschienenen Schrift.

Galizien hat seit der polnischen Proklamation besonderes Interesse auf sich gezogen. Das merkt man daran, daß das Buch von Guttry „Galizien Land und Leute" schon kurze Zeit nach seinem Erscheinen in zweiter Auflage herauskommen kann (Georg Müller in München). Freilich ist auch, abgesehen von dem augenblicklichen Interesse, das Buch so mannigfaltig bunt und abenteuerlich in Darstellung des Landes und seiner Geschichte, daß man es auch an sich mit hohem menschlichen Anteil liest, zumal wegen der geschichtlichen und kulturellen Mission, die Galizien als Hauptschanze der Grenzmark, als Schutzwall gegen die zahlreichen Feinde der polnischen Republik gehabt hat.

Der Weltkrieg und die Judenfrage wird von Max Simon in einer kleinen bei Teubner erschienenen Schrift (M. 1.20) behandelt. Der Kreis der Betrachtungen, die zu dem Weltkrieg vom Standpunkt der großen beherrschenden Leitziele der jüdischen Politik Stellung nahmen, wird durch folgende Zusammenfassung geschlossen: Die Notwendigkeit und die Interessen unserer Lage erfordern den Sieg der Zentralmächte. Vom Gesichtspunkt der Frage des deutschen Antisemitismus ist der Ausgang des Krieges für uns ziemlich gleichgültig. Eine Niederlage Deutschlands würde keinesfalls eine Vernichtung des deutschen Anti-

Digitized by Google

semitismus bedeuten; im Gegenteil, nur ein Sieg Deutschlands erhöht, wie wir gezeigt haben, die Wahrscheinlichkeit seines Verschwindens. Aber nicht gleichgültig kann uns die Entscheidung des Krieges vom Standpunkt der drei großen beherrschenden Fragen unserer jüdischen Gegenwart sein. Der eine Fall — der Sieg der Entente — bedeutet eine Fortdauer der unerträglichen Lage der russischen Judenheit auf Jahrzehnte hinaus, bedeutet die Vernichtung jeglicher Hoffnung auf eine freie, national-kulturelle Entwicklungsmöglichkeit des Ostjudentums und bedeutet endlich den Zusammenbruch unserer Hoffnungen auf die Entstehung eines neuen jüdischen Zentrums mit eigener hebräischer Kultur in Palästina. Der andere Fall aber — der Sieg der Zentralmächte — gibt uns die Hoffnung auf Befreiung eines großen Teiles der russischen Judenheit, auf eine freie, gleichberechtigte national-kulturelle Entwicklungsmöglichkeit für die jüdische Bevölkerung der von Rußland losgelösten Westprovinzen und auf eine bedeutsame Zukunft der Einwanderung nach der Türkei und der jüdischen Kolonisation Palästinas. Wer so den Weltkrieg frei von jeder Sentimentalität und Voreingenommenheit, mit den Augen des nüchtern und sachlich prüfenden jüdischen Politikers betrachtet, kann gar nicht daran zweifeln, daß wir als Juden nur den Sieg der Zentralmächte herbeiwünschen müssen.

Åland. Schwedische Stimmen über die militärpolitische Bedeutung der finnischen Inselgruppe hat Wilhelm Habermann für den Münchner Verlag Duncker & Humblot aus dem „Aftonbladet" übersetzt. Diese Aufsätze sind Äußerungen desjenigen Teiles des schwedischen Volkes, der seiner nationalen Selbständigkeit bewußt für die Gefahr, die dieser Selbständigkeit durch Rußlands Vorgehen droht, nicht blind ist und der Schweden die Fähigkeit militärischer Bewegungsfreiheit sichern will.

Die bildende Kunst des Ostens schildert in einem kurzen, mit charakteristischen Bildbeigaben versehenen Überblick über die für Europa bedeutungsvollen Hauptströmungen Josef Strzygowsky, Professor an der Universität Wien. Der Gesichtskreis wird durch diese Schrift über den Mittelmeerkreis hinaus bis Iran und Altai erweitert und der Zusammenhang des deutschen Geistes mit dem Osten dargelegt. Die Schrift ist ein Gegengewicht gegen die einseitige Betonung des griechisch-römischen Einflusses auf unsere Kultur und eine seltsame Ergänzung unserer politischen Zielrichtung.

Literatur

Krieg und Presse. Das Verhältnis der Presse zum Kriege und ihre Stellung während des Krieges ist vielfach betrachtet worden. Eine Zusammenstellung der wichtigsten Variationen bietet das Jahrbuch des Evang. Preßverbandes für Deutschland[1]. Der Vor-

[1] Evangelische Preßbestrebungen und Hoffnungen für die Jahre 1914 und 1915. 2. Jahrbuch des Evang. Preßverbandes für Deutschland. Verlag des Evang. Preßverbandes für Deutschland, Berlin-Steglitz, 1916. Preis 1 M.

Digitized by Google

sitzende, Admiral Büchsel, gibt zunächst einen Überblick über die Kriegsarbeit des Verbandes. Aus der im Frieden erschienenen „Korrespondenz des EPD", die vierzehntägig an die Vertrauensmänner abgegeben worden war, um durch sie an die Presse übermittelt zu werden, erwuchs mit Kriegsausbruch eine „Kriegs-Korrespondenz des EDP", die zweimal wöchentlich einigen Hundert Zeitungen kostenlos zugestellt wurde. Neben dieser rein journalistischen Tätigkeit leistete der Verband auch durch Sendung literarisch und künstlerisch wertvoller Preßerzeugnisse an die kämpfenden Truppen gute Dienste. Nach Vereinbarung mit der im Oktober 1914 gegründeten Zentralstelle für Auslandsdienst schuf der Verband eine „Auslands-Korrespondenz", die an 63 Vertrauensmänner in 14 neutralen Staaten versendet wird.

Dann gibt Eberhard Buchner eine allgemeine Betrachtung über das Verhältnis der Presse zum Krieg, die in den Wunsch ausklingt, „daß die Zeitung in Zukunft strenger noch denn zuvor jeden Ton der Gehässigkeit unseren Gegnern gegenüber vermeiden möge". Damit ist das Thema berührt, das in dem Jahrbuch immer wieder anklingt, besonders im Zusammenhang mit der Anklage Professor Büchers, denn Buchner schreibt, daß auch die deutsche Presse manche Entgleisung im Sinne der Bücherschen Anklage aufweist. Er zitiert dabei mit Recht jenen Feldpostbrief eines österreichischen Offiziers, der in „Danzers Armeezeitung" erschien und mit flammenden Worten den niedrigen Zeitungskrieg verdammte. Jedem von uns sind gelegentlich Zeitungsaufsätze vor Augen gekommen, die wir in deutschen Blättern lieber nicht gefunden hätten.

Beachtung verdient, was der Herausgeber der „Täglichen Rundschau", Heinrich Rippler, über die „Deutsche Presse während des Krieges" sagt. Er weist besonders auf das hin, was ich schon eingangs erwähnte: daß man sich nach dem Kriege von seiten der Regierung wie von seiten der Öffentlichkeit eingehender mit der Presse werde beschäftigen müssen als vorher, „daß das deutsche Volk und seine Regierung der deutschen Presse mehr Achtung und Verständnis entgegenbringen müssen, als es bisher geschehen ist". „Kein anderes Land, sagt er, entzieht der eigenen Presse die Wirkungsmöglichkeit so sehr wie wir. In den ersten Kriegsmonaten waren wir fast nur auf die Berichterstattung ausländischer Journalisten angewiesen, und alle wichtigen Informationen, alle Interviews sind ausnahmslos fremden Journalisten, namentlich amerikanischen, gegeben worden. Derartige Auslassungen an fremde Journalisten sind oft notwendig und können namentlich in Kriegszeiten wertvollere Dienste leisten als Informationen der heimischen Presse. Aber diese Art der Unterrichtung des Auslandes gewinnt einen seltsamen Charakter, wenn sie sich ausschließlich der Auslandspresse bedient. ... Wenn die Presse des neutralen Auslandes weiß, daß die wichtigen Auslassungen der Regierung ihr direkt zugehen, welchen Fleiß soll sie dann noch auf die ohnedies meist auf Schwierigkeiten stoßende Lektüre der deutschen Zeitungen legen, welche Einschätzungen für sie bereithalten?" Allen notwendigen Reformen (Änderung des Kabeldienstes, Einstellung von

Digitized by Google

Presse-Attachees bei den Botschaften, Entsendung begabter Pressestudenten ins Ausland usw.) muß also eine Hebung des Ansehens der deutschen Presse vorausgehen.

Aus der Zahl der übrigen, sehr lesenswerten Aufsätze („Volkserziehung im Kriege durch die Tagespresse", „Wie unsere Feinde lügen!", „Der Redakteur im Kriege", „Bierbankpolitiker" u. a. m.) möchte ich besonders noch einen hervorheben: „Die v. Loebellschen Preßerlasse und ihre Beurteilung in der Öffentlichkeit", in dem der Chefredakteur Katsch die in der Tagespresse nur ziemlich zerstreut und unübersichtlich gegebenen Dokumente zu der Frage: „Preßfreiheit oder staatliche Beeinflussung der Presse?" zusammenstellt und kommentiert. Da die v. Loebellschen Erlasse aufs engste mit der jüngst von neuem im Reichstage eigehend behandelten Gesamtfrage der Preßzensur zusammenhängen, so sei auf die erschöpfende, durchaus objektive Darstellung Katschs nachdrücklichst hingewiesen.

Als ein Kuriosum des Jahrbuchs möchte ich schließlich den Artikel des Mitherausgebers Swierczewski „Todesanzeigen für unsere gefallenen Helden" erwähnen. Hier werden nämlich die inhaltsleeren, dichterisch wertlosen Reimereien, die die Todesanzeigen unserer Helden verunzieren, an den Pranger gestellt; diese Reimereien, die ja (in den meisten Fällen wenigstens) keineswegs dem poetischen Drange und — Unvermögen der Angehörigen, sondern geschäftstüchtigen „Nachruf-Fabrikanten" ihr bedauerliches Dasein verdanken. 59 poetische Nachrufe stellt Swierczewski zusammen, und man ist erstaunt über die Fülle von Plattheiten und Geschmacklosigkeiten, die sich hier unsere wehrlos gewordenen Tapferen gefallen lassen müssen. „Wer sich, so schließt der Verfasser, durch diesen gefühlsseligen und dabei oft gefühlsfalschen Wust von gereimter und ungereimter Trauer, in der so überaus selten ein *eigener*, warmer Herzenston anklingt, hindurchgearbeitet hat, der wird darin mit mir, von ästhetischen Gesichtspunkten ganz abgesehen, nur allzu oft rechten Christentrost, durchhaltenden Glauben und lebendige Auferstehungshoffnung schmerzlich vermissen und die Zeitungen anflehen: Sorgt doch an Eurem Teile dafür, daß das ergreifende Bild *echter* Trauer über unsere geliebten Helden in der Presse ein *würdigeres* Echo finde!"

Wer ernstlich an unserer deutschen Presse, ihrer Wirksamkeit und ihrem Ansehen Anteil nimmt, der wird in dem Jahrbuch reiche Belehrung und Anregung finden. Es wäre zu wünschen, daß durch die wachsende Erkenntnis von der Bedeutung der Presse als politischen Kampfmittels und als „moralischer Anstalt" das alte Vorurteil gegen den Journalistenberuf verdrängt würde, das noch immer in weiten Volkskreisen anzutreffen ist. Unsere Presse braucht tüchtige junge Kräfte. Für ihre schwere Aufgabe sind die klügsten und besten gerade klug und gut genug.

Friedrich Michael

Nachdruck aus dem Inhalt unter genauer Quellenangabe gestattet.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 30, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Weimar. Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

1. Jahrgang • 1. Dezember 1916 • Heft 49

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Kaiser Franz Josef †

Es ist noch nicht an der Zeit, die Summe seiner Existenz zu ziehen. Das Schicksal hat seinem Leben ein Ende gesetzt, noch ehe es das große Ereignis erfüllte, dessen Ausgang auch über seinen Namen in der Geschichte entscheidet. Die Welt mißt Tun und Können des Menschen nach seinen Erfolgen. Wir glauben an den letzten großen Erfolg seiner Existenz, dessen Reifen zu erleben ihm noch gegönnt war. Aber es wäre vermessen und gegen die Natur alles Werdens, ihn in Rechnung zu stellen, bevor er sich vollzogen hat.

Wir ahnen nur die Folgerichtigkeit in dem Lebenswerk dieses Herrschers. Der Sinn des Zusammengehens mit Deutschland, die Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit Italien, seine Orientpolitik, die drei Grundgedanken seiner Regierung erleben erst die große harte Probe auf ihre Richtigkeit.

Kaiser Franz Josef hat sie gegen einen großen Teil seiner Umgebung gedacht und festgehalten. Den ersten seit der Berufung des Innenministers Anton von Schmerling im Jahre 1860, dessen Wirksamkeit durch die Aufrechterhaltung der Vorherrschaft des deutschen Elements und die enge Verbindung Österreich-Ungarns mit Deutschland bestimmt war. Den letzten hat er aus Metternichs Satz genommen, daß die Türkei für Österreich die sicherste Grenze sei, „sicherer als das Meer". Metternichs Worte sind ein Stück seines eigenen Glaubens geworden. Die Gegner widerrieten aus Furcht vor Rußland. Denn

Digitized by Google

Kaiser Nikolaus hat vor dem Krimkrieg einmal gesagt: „Wenn ich von Rußland spreche, spreche ich ebensogut von Österreich. Unsere Interessen bezüglich der Türkei sind übereinstimmend.“ Franz Josef blieb entschlossen, die Interessen des eigenen Landes zu wahren. Er hoffte, daß es darüber zu offener Feindschaft nicht zu kommen brauche. Aber in seinem politischen Bekenntnis lag der Entschluß, ihm auch gegen Rußlands Willen treu zu bleiben.

Wir begnügen uns damit, diese Grundlinien seines Lebenswerks zu ahnen.

Der Kampf, der es rechtfertigen soll, läßt uns dafür das Bild des Menschen und Kaisers noch einmal tief empfinden, tiefer vielleicht, als es frühere Zeiten zugelassen hätten. Die Not, die Länder und Völker zusammenschließt, hat auch ihre Menschen zueinandergeführt. Und der gemeinsame Kampf hat die Schranken niedergerissen, die sonst den Hochgestellten vom Volke scheiden.

Es ist, als sei einer aus unserer Mitte genommen, der zu uns gehörte: der Kaiser eines befreundeten Staates und ein Mensch, dessen Gestalt und Name auch bei uns Gemeingut und Stolz des Volkes war.

Er hat sein Heer nicht mehr im Felde sehen dürfen. Aber wir denken daran zurück, daß er noch im Herbst 1909 die Bitte des Thronfolgers, mit ihm und dem deutschen Kaiser in Ruhe zu frühstücken, vom Sattel aus mit dem Satz abwehrte: „Eine Semmel und ein Glas Wein; so bin ich's im Manöver gewöhnt; und dazu brauche ich nicht erst vom Pferd zu steigen.“ Dann wissen wir, wie der Kaiser im Felde gestanden hätte, wenn Gesundheit und Alter es ihm noch möglich gemacht hätten.

Er ist seit geraumer Zeit nicht mehr in die Öffentlichkeit getreten. Aber sein Bild stand lebendig neben denen der verbündeten Herrscher.

Und in ungetrübter Frische gelten noch heute die Sätze, mit denen Bismarck schon den jungen Herrscher in Briefen an seine Frau und an Leopold von Gerlach kennzeichnete.

An seine Frau:

Digitized by Google

„Ich habe heute viel Uniform getragen, in feierlicher Audienz dem jungen Herrscher dieses Landes meine Kreditive überreicht und einen sehr wohltuenden Eindruck von ihm erhalten. Zwanzigjähriges Feuer, mit besonnener Ruhe gepaart. Er kann sehr gewinnend sein: Das habe ich gesehen. Ob er es immer will, weiß ich nicht; er hat es auch nicht nötig. Jedenfalls ist er für dieses Land gerade, was es braucht und mehr als Das für die Ruhe der Nachbarn, wenn ihm Gott nicht ein friedliebend Herz gibt."

An Leopold von Gerlach:

„Der junge Herrscher dieses Landes hat mir einen sehr angenehmen Eindruck gemacht: zwanzigjähriges Feuer, mit der Würde und Besonnenheit reifen Alters gepaart; ein schönes Auge, besonders wenn er lebhaft wird, und ein gewinnender Ausdruck von Offenheit, namentlich beim Lächeln. Wenn er nicht Kaiser wäre, würde ich ihn für seine Jahre etwas zu ernst finden. Die Ungarn sind begeistert von dem nationalen Akzent, mit dem er ihre Sprache redet, und von der Eleganz, mit der er reitet."

Er trug das schwere Amt des Kaisers in einem Lande, dessen Kompliziertheit Staatsgeschäfte unsäglich erschwert, und er blieb von der geduldigen Güte, die der Grund seines Wesens war. Er hat als Mensch Schweres und Hartes erfahren. Und er hielt doch die Verbitterung von sich fern, die harte Schicksalsschläge so gern mit sich bringen. Er war Gebieter und doch stark genug, Herzenswünschen zu entsagen. So, als er auf die Berufung der Deszendenz seiner Lieblingstochter Marie Valerie zur Erbfolge verzichtete, weil sie gegen das Hausgesetz verstieß. Er war Herrscher und ist Mensch geblieben.

Es gibt keinen höheren Ruhmestitel auch für einen Kaiser, dessen Tugenden wie die jedes Berufes in der Reinheit und Klarheit der menschlichen Eigenschaften wurzeln.

Digitized by Google

Die russischen Enthüllungen und der Kriegswille in Rußland

Von Dr. Paul Rohrbach

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" hat am 24. November mitgeteilt, archivalische Nachforschungen und protokollarische Vernehmungen im Generalgouvernement Warschau und in andern Gouvernements hätten neue Beweise dafür geliefert, daß Rußland den Krieg gegen Deutschland längst wollte und sorgfältig vorbereitete. Dafür werden aktenmäßige Belege gegeben und folgendes festgestellt:

Seit Februar 1914 begann eine planmäßige Verlegung von Truppen aus Ostrußland und Sibirien nach Polen, woraus sich erklärt, daß die sibirischen und kaukasischen Korps bereits im September 1914 operationsbereit an der Weichsel standen.

Es wurde eine geheime Kontrolle der deutschen und österreichisch-ungarischen Staatsangehörigen organisiert, damit diese am rechtzeitigen Grenzübertritt im Kriegsfall verhindert werden konnten.

Die eigenen russischen Heerespflichtigen, die als Saisonarbeiter nach Deutschland gingen, erhielten seit dem Frühjahr 1914 die Anweisung, Mitte Juli in die Heimat zurückzukehren.

Anfang 1914 wurden sämtliche Kreischefs (Landräte) deutscher Abstammung aus den Grenzgebieten in das Innere Rußlands versetzt; bei den Zivilbehörden wurden die militärpflichtigen Beamten durch militärfreie ersetzt und die deutsche Bevölkerung aus dem Bereiche der Festung Nowogeorgiewsk ausgewiesen.

Seit Anfang Mai 1914 wurde den höheren russischen Beamten kein Urlaub erteilt, mit der auf einem gedruckten geheimen Formular zugestellten Begründung, es könne ein Krieg mit Deutschland ausbrechen.

Die gefährdeten Grenzdistrikte wurden bereits vor der Mobilmachung geräumt, Ende Juni und Anfang Juli wurde mit dem Versand von Wertgegenständen aus dem kaiserlichen Jagdschloß Skierniewice (im westlichen Polen) nach Moskau und St. Petersburg begonnen.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt hierzu: **Jede der angeführten Einzeltatsachen, für sich allein betrachtet, läßt eine unverfängliche Deutung zu ... Zusammengefaßt, geben sie indes ein erdrückendes Belastungsmaterial.** Es ist sehr gut, daß diese Beweise gesammelt und veröffentlicht worden sind; vielleicht werden ihnen auch noch andere folgen. Sie machen es deutlich, daß der russische Kriegswille, die Entschlossenheit, den Krieg zu entzünden, schon geraume

Digitized by Google

Zeit vor der offiziellen Mobilmachung vorhanden war. Den Lesern der „Deutschen Politik" werden diese Dinge nichts Überraschendes bringen. Ein großer Teil erinnert sich wohl noch an die Zeit, wo das Blatt der Herausgeber und Mitarbeiter dieser Zeitschrift noch nicht die „Deutsche Politik" sondern das „Größere Deutschland" hieß. Aus dem „Größeren Deutschland", aus den „Preußischen Jahrbüchern" und aus der „Hilfe" habe ich gleich nach Ausbruch des Krieges eine Sammlung derjenigen Artikel (und einiger darüber hinaus), in denen ich den russischen Krieg vorausgesagt hatte, zusammengestellt (Zum Weltvolk hindurch, Stuttgart. J. Engelhorns Nachf.). Im Frühjahr 1914 gründete ich mit meinem Freunde Jäckh die Vorgängerin der „Deutschen Politik", um unsere öffentliche Meinung direkt auf den Krieg vorzubereiten. Am 10. April 1914 schrieb ich dort:

Die Gefahrenquelle für den Frieden Europas liegt heute in Rußland, und wir werden gut tun, wenn wir uns auf diese Tatsache so ernst, so nachdrücklich und so unmittelbar wie möglich einrichten. . . Für die wirkliche politische Einsicht kann und soll kein Schleier über die Krisis ausgebreitet werden, die allem Anscheine nach heraufzieht. Am 18. Juni schrieb ich: Die Verhältnisse in Rußland drängen zur Krisis, und wenig spricht dafür, daß es eine Krisis zur nationalen Entspannung wird. So furchtbar drohend wie heute, haben die Dinge vor einem Jahr noch nicht ausgesehen. Trotzdem hätte, wer tiefer blickte, die Entwicklung kommen sehen müssen!

Schon als der erste Aufmarsch der russischen Armee beim Beginn des Krieges deutlich wurde, konnte niemand mehr daran zweifeln, daß der Entschluß zum Kriege mindestens seit Monaten gefaßt war. Andernfalls wäre die russische militärische Bereitschaft unmöglich gewesen. Auch das habe ich von Anfang an wiederholt und mit aller Bestimmtheit ausgesprochen. Im Herbst 1914 veröffentlichte ich die erste Auflage einer kleinen Schrift über den Krieg und die deutsche Politik, die seitdem in erweitertem Abdruck erschienen ist (Verlag das Größere Deutschland in Dresden). Darin heißt es auf Seite 130:

„Wäre der Krieg auf einen Kampf zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn auf der einen, Rußland, Frankreich und Serbien auf der andern Seite beschränkt geblieben, so wäre sein Ausgang mit ziemlicher Sicherheit vorauszusehen gewesen. Dadurch aber, daß die englische und die belgische Armee gleich anfangs auf feindlicher Seite in den Festlandskrieg mit eingriff, und noch mehr dadurch, daß es Rußland gelang, den wirklichen Beginn seiner Mobilmachung

Digitized by Google

monatelang vor uns zu verheimlichen, verschoben sich die Verhältnisse von vornherein stark gegen die ursprüngliche Annahme."

Ähnlich habe ich mich auch in der „Deutschen Politik" zu wiederholten Malen ausgedrückt, und wenn jetzt durch die in Warschau und sonst angestellten Untersuchungen der dokumentarische Beweis hierfür geliefert worden ist, so werden unsere Leser vielleicht zugeben, daß es nicht möglich ist, die russischen Dinge zu durchschauen, wenn die Voraussetzungen für ein halbwegs richtiges Urteil vorliegen. Sehr wichtig aber ist es, daß jetzt, nachdem der Beginn der wirklichen akuten Kriegsvorbereitung in Rußland auf Anfang 1914 beglaubigt ist, die Vermutung so gut wie zur Gewißheit wird, daß die englisch-deutschen Verhandlungen über die Bagdadbahn und die anscheinende Bereitwilligkeit Englands, deutsche Interessen in Konstantinopel und der asiatischen Türkei anzuerkennen, den Anstoß dazu gegeben haben, daß England nicht erst 1916, sondern sofort, noch im Sommer 1914, beschloß, den Krieg zu erzwingen und die Ententegenossen mit fortzureißen. Die zeitliche Übereinstimmung der Vorgänge ist schlagend. Über das Nähere darf ich den Leser, soweit er sich für die Sache interessiert, auf die jetzt eben im Verlage von Gustav Kiepenhener in Weimar erscheinende zweite Auflage meiner Schrift „Woher kam der Krieg, wohin führt er" verweisen.

Am russischen Kriegswillen hat es nicht gefehlt und fehlt es auch heute nach allen Schlägen noch nicht. Ein Beweis dafür sind die jüngsten Vorgänge in St. Petersburg bei der Eröffnung der Duma und dem Abgang Stürmers vom Ministerpräsidium und vom Ministerium des Auswärtigen. Das Nachrichtenmaterial über die Vorgänge in der Duma ist infolge der russischen Zensur sehr unvollständig, und wir sind vielfach auf Vermutungen und Ergänzungen angewiesen. Soviel aber ist ganz deutlich, daß der beispiellose Sturm, der sich gegen die Regierung erhoben hat, nur zum Teil um der Unfähigkeit willen ausgebrochen ist, die die russische Bureaukratie der Lebensmittelnot gegenüber gezeigt hat. Diese Not ist da, und wir können sicher sein, daß sie noch lange nicht auf ihrer Höhe ist. Auch die russische Regierung sieht, wie es scheint, eine hochgradige Steigerung der Gefahr voraus und ist voller Unruhe. Im Zusammenhange hiermit und mit der trostlosen Verfassung der Finanzen hat es offenbar Unstimmigkeiten mit England gegeben. Als drittes Moment kommt der

Digitized by Google

Streit um die Polenpolitik zwischen Rußland und seinen Verbündeten hinzu. Die Erklärung Polens zum unabhängigen Königreich hat zunächst eine wahre Verwüstung hinter den Kulissen der Entente angerichtet; einen politisch wirksameren Schlag haben wir jener bisher noch nicht beibringen können.

Darauf daß es im geheimen einen russisch-englischen Konflikt gegeben hat und deswegen ein großer Ausbruch in der Duma passiert ist, deutet verschiedenes, vor allem eine große Rede Schulgins, des zweiten Vorsitzenden des fortschrittlichen Blocks. Schulgin scheint sogar der Regierung vorgeworfen zu haben, daß sie Friedensgedanken hege. Was Schulgin in der Duma selbst gesagt hat, ist vorläufig nicht zu erfahren. „Russkoje Slowo" aber, das Blatt, das seine Nachrichten und seine Haltung von dem früheren Minister des Auswärtigen Ssasonow bezieht, hat vor der Eröffnung der Duma einen Ausfrager zu Schulgin geschickt, und dieser hat von ihm folgende Erklärung erhalten, die sich offenbar inhaltlich mit der Stellungnahme Schulgins als Wortführer des Blocks in der Duma deckt: „Die Bildung des Blocks hat das Ziel verfolgt, den Krieg bis zum siegreichen Ende zu führen. Dieses Ziel steht für die Mehrheit (der Duma) auch heute fest. Nur eine einheitliche und starke Macht kann das Land auf den Weg des Sieges führen. Im Augenblick, wo sich die Dumamehrheit bildete, zeigte sich die bestehende Gewalt schwach und höchst unvollkommen, aber der Block trat nicht offen gegen sie auf, weil ihm der ganze Wert des Regierungsapparats für die erfolgreiche Führung des Krieges bewußt war. Jetzt, nach zwei Jahren Kampf mit dem auswärtigen Feinde, ist uns allen klar, daß die vorhandene Regierung den Kriegszielen und der Losung nicht entspricht, von der das ganze Land lebt. Wir verändern daher die Taktik, und setzen im Namen eben desselben großen Zieles alle für uns verfügbaren parlamentarischen Mittel in Bewegung, um einen vollständigen Wechsel der Regierung herbeizuführen. Ohne das ist weder die Erreichung des Sieges möglich noch sind es die wichtigsten Reformen."

Nach diesem Rezept ist verfahren worden — zunächst bei Stürmer. Er hat dem Toben der Duma weichen müssen, weil er der Dumamehrheit nicht sicher genug zu Englands festem Kriegswillen stand. In der Sitzung vom 14. November sagte der Dumapräsident Rodsjanko: „Der Krieg muß gewonnen werden. (Zurufe: Richtig!) Das erfordert die Volksehre

Digitized by Google

(Zuruf von links: Ja) und das Gewissen des Volkes; das erfordert gebieterisch nicht nur die Staatssicherheit, sondern das Wohl der kommenden Geschlechter. (Stürmisches und anhaltendes Händeklatschen auf allen Bänken; Zurufe: Richtig! Bravo!) Die Regierung darf nicht einen vom Volk getrennten Weg gehen. (Stimmen: Richtig!) Die feindlichen Intrigen sind umsonst. Rußland hat sein Wort gegeben, den gemeinsamen Kampf mit den verbündeten Völkern zum vollen und endgültigen Siege zu führen. (Zurufe: Richtig!) Rußland verrät seine Freunde nicht (Zurufe: Richtig! Beifall) und weist mit Verachtung jeden Gedanken an einen Separatfrieden ab. (Zurufe: Bravo! lebhafter Beifall auf allen Bänken.)

In derselben Sitzung verlas das Mitglied des Fortschrittlichen Blocks Schidlowski eine große Erklärung gegen die Regierungspolitik, in der mit besonders lebhaftem Beifall eine Lobeserhebung auf England aufgenommen wurde. Die Abgeordneten erheben sich, heißt es im Sitzungsbericht und klatschen lebhaft, zur Loge Sir Buchanans (!) gewandt, der sich aber in dem Augenblick nicht mehr darin befindet! Die Huldigung vor der leeren Loge des englischen Botschafters entbehrt sicher nicht einer gewissen komischen Kraft, aber sie zeigt, was die Dumamehrheit will: Krieg, Krieg und nochmals Krieg. Bezeichnend ist auch die Äußerung des früheren Ministers Chwostow, es sei ganz gleichgültig, wer in Rußland Minister sei; Rußland sei eine so elementare Macht, daß einzelne Persönlichkeiten keinen Einfluß auf sein Schicksal ausüben könnten. Man müsse sagen, daß diese einzelnen Persönlichkeiten nicht nur die Erwartungen nicht erfüllten, sondern sogar ihre Freunde oft stutzig machten. Dies Wort ist eine deutliche Illustration zu allen Ministerwechseln in Rußland, auch dem jetzigen. Die öffentliche Meinung und die Duma wollen den Krieg, und sie haben, wenn es überhaupt je Leute in der russischen Regierung gegeben hat, die den Krieg nicht wollten, mit ihrem Willen gesiegt, bedingungslos gesiegt. Auch die Reichskanzlerrede ist in Rußland mit Hohn zurückgewiesen worden. Diese Art, kann man sagen, „fährt nicht aus", es sei denn durch Hunger und Hindenburg. Beides sollen sie haben.

Digitized by Google

Ist eine östliche Orientierung unserer Außenpolitik möglich?

Von Dr. Ludwig Quessel, M. d. R.

Die Manifeste der Mittelmächte, die am 5. November der überrascht aufhorchenden Welt verkündeten, daß aus den eroberten Gebieten Polens ein selbständiger Staat gebildet werden soll, scheinen die auf einen Ausgleich mit den Ostmächten gerichtete Politik der Anhänger der östlichen Orientierung über den Haufen geworfen zu haben. In der Tat kann nicht bestritten werden, daß eine Auferstehung Polens allein auf Kosten Rußlands die Aussicht, mit den Ostmächten zu einem Ausgleich zu gelangen, herabgemindert hat. Zweifellos ist nach dem Manifest der beiden Kaiser eine Verständigung der Mittelmächte mit den Ostmächten schwieriger geworden als vordem, was namentlich den ententefreundlichen Polen gesagt werden muß, die sich einbilden, daß bei der Wiederherstellung Polens der Gewinn lediglich auf Seiten der Mittelmächte liegt. Als gescheitert sind aber die Aussichten für eine östliche Orientierung unserer Außenpolitik noch nicht anzusehen, da für das zukünftige Verhältnis der Ostmächte zu den Mittelmächten sehr viel von der endgültigen Regeluug der polnischen Frage abhängen wird, die sich schließlich in Formen vollziehen kann, die eine Revanchestimmung in Rußland nicht unbedingt aufkommen zu lassen brauchen.

Weil nun die Politik der östlichen Orientierung durch die Auferstehung Polens keineswegs als erledigt angesehen werden kann, ist es nicht ohne Wert, auf ihren Gedankeninhalt näher einzugehen. Zunächst: Wer sind ihre Anhänger? Es sind durch den Krieg geschaffene Gruppen im Konservativismus, Liberalismus und Sozialismus, die innerpolitisch mit einander nichts zu tun haben und nur außenpolitisch in bezug auf die Orientierung unserer Politik in und nach dem Kriege eine ziemlich weitgehende Über-

Mit dem Inhalt dieses Artikels kann sich die Schriftleitung nicht in allen Teilen einverstanden erklären, sie hält es indes für eine Pflicht der ausgleichenden Gerechtigkeit, daß nachdem hier in Heft 49 gegen den Standpunkt der Neo-Russophilen geschrieben worden ist, diesen Gelegenheit gegeben wird, ihren eigenen Standpunkt klarzulegen. Die Schriftleitung hofft damit Anlaß zu geben zu einer weiteren Klärung dieser wichtigen Frage.

Digitized by Google

einstimmung der Ansichten aufweisen. Das Übereinstimmende ihrer Anschauungen liegt darin, daß sie eine östliche Orientierung unserer Außenpolitik erstreben. Bestimmend hierfür ist für sie weniger das, was war, als das, was nach dem Kriege sein wird. Ihrer Auffassung nach wird sich die Situation im Westen für Deutschland nach dem Kriege etwa folgendermaßen gestalten: Wie auch immer die Friedensverträge aussehen mögen, sie werden menschlicher Voraussicht nach den deutsch-englischen und den deutsch-französischen Gegensatz nicht aus der Welt schaffen können. Ja, man kann sogar sagen, daß, wenn Deutschland seine wirtschaftliche und militärische Kraft in diesem großen Koalitionskrieg ungeschwächt behauptet, sich die vor dem Krieg im Westen vorhandenen Gegensätze noch vertiefen können. Was unseren Gegensatz zu England betrifft, so war dieser vor dem Krieg kolonialer und kommerzieller Natur. Nach der Annexion des Sudans und der Burenrepubliken war in Afrika nur noch die Eroberung von Deutsch-Südwest- und Deutsch-Ostafrika notwendig, um das große Ziel des britischen Neuimperialismus, die Herstellung des schon von Cecil Rhodes geplanten, vom Kap der Guten Hoffnung bis zur Nilmündung sich erstreckenden britischen Kolonialreichs in Afrika, und dessen strategische Zusammenfassung durch die Kap-Kairobahn, zu verwirklichen. Nach Ansicht der Anhänger der östlichen Orientierung besteht wenig Aussicht, daß England dieses große koloniale Ziel freiwillig aufgeben wird. Der koloniale Gegensatz zwischen England und Deutschland in Afrika wird daher auch in Zukunft bestehen bleiben. Ähnlich liegen die Dinge in Asien. Nachdem unter britischer Führung die afrikanische und europäische Türkei 1911 und 1913 aufgeteilt worden war, ging Englands Bestreben dahin, durch Aufteilung der asiatischen Türkei sich ein zusammenhängendes Kolonialreich in Asien von Kairo bis Kalkutta zu schaffen, wobei Syrien, Arabien, Mesopotamien und Südpersien an England, der verbleibende Rest an Rußland und Frankreich fallen sollte. Auch wenn der Reichskanzler in seiner Rede vom 9. November es nicht ausdrücklich festgestellt hätte, daß zwischen England, Rußland und Frankreich schon 1915 ein Abkommen über die Aufteilung der asiatischen Türkei zustande gekommen sei, könnte hierüber unter Politikern, die Englands asiatische Politik kennen, kein Zweifel bestehen. Seit 1890 dient die britische Politik in Persien, Arabien und Klein-

Digitized by Google

asien dem von Lord Curzon aufgestellten Ziel: „Kairo—Kalkutta". Ihr steht im unversöhnlichen Widerspruch die deutsche Politik gegenüber, die die Türkei wahrhaft selbständig, möglichst wehrhaft und wirtschaftlich blühend gestalten will. England im Besitze eines Kolonialreichs, das sich vom Kap der Guten Hoffnung bis zur Nilmündung und von Kairo bis Kalkutta erstreckt, würde, wenn es sich dazu noch gegenüber Japan seine Einflußsphäre in China (Yangtsetal) erhalten könnte[1], zu einer Machtsteigerung gelangen, der gegenüber auch Rußland mit Konstantinopel keine selbständige Außenpolitik mehr treiben könnte. Wem das als eine Überschätzung erscheint, dem gebe ich zu bedenken, daß dieses von England erstrebte Herrschafts- bezw. Einflußgebiet die Verfügungsgewalt über die Rohstoff- und Nahrungsmittelproduktion von nahezu einer Milliarde farbiger Menschen in sich schließt.

Könnte England in diesem Kriege seine riesenhaften kolonialen Ziele in Afrika und Asien erreichen, so würde wahrscheinlich der kommerzielle Gegensatz zwischen England und Deutschland eine Abschwächung erfahren. Die Erfahrung eines halben Jahrhunderts hat nämlich gezeigt, daß England das faktische Handels- und Industriemonopol, das es von 1815 bis 1870 für den ganzen Weltmarkt besaß, in seinen Kolonien und Einflußsphären hat ziemlich aufrecht erhalten können[2]. Da wir nun aber alle davon überzeugt sind, daß es England in diesem Kriege nicht gelingen wird, die deutschen Kolonien zu annektieren und die Türkei aufzuteilen, so ergibt sich, daß England nach dem Kriege in einen wahrscheinlich noch verschärften Wettbewerb mit Deutschland auf allen offenen Märkten der Welt wird eintreten müssen, wenn es seine früheren Ausfuhrleistungen aufrecht erhalten will. So wenig wie der koloniale wird daher auch der zwischen England und Deutschland bestehende kommerzielle Gegensatz nach dem Kriege eine Milderung erfahren.

Was Frankreich betrifft, so kenne ich keinen Politiker, der die Ansicht zu vertreten gewagt hätte, daß unsere Beziehungen zur Republik nach dem Kriege sich günstiger wie vor ihm gestalten könnten. Ganz ähnlich liegen die Dinge, was Italien, Rumänien und Österreich-Ungarn anbe-

[1] Siehe Franke, Deutschland und China vor, in und nach dem Kriege, 1915, S. 12 ff.
[2] Siehe meinen Aufsatz „Sozialismus und Kolonialpolitik", „Neue Rundschau" 1916, S. 765—766.

Digitized by Google

trifft. Andererseits steht es fest, daß die Beziehungen zwischen Frankreich, Italien und Rumänien *innigere* geworden sind. Es wäre gefährlich, wenn wir uns darüber täuschen würden, daß wir mit der lateinischen Solidarität, die schon 1870 sich offenbarte und in diesem Krieg uns im Sommer 1915 den fast schon vollendeten Sieg wieder streitig machte, auch in Zukunft zu rechnen haben werden. Wir können schon froh sein, wenn Spanien in Zukunft seine stolze und nach allen Seiten unabhängige Haltung weiter aufrecht erhält. Im übrigen werden die Mittelmächte nach dem Kriege England und die ihm verbündeten lateinischen Staaten auch fernerhin als Gegner anzusehen haben. Wir werden also, wenn wir unserer Berechnung die Bevölkerungsziffern vor dem Krieg zugrunde legen, nach dem Kriege mit der Wehrmacht einer feindlichen Bevölkerung von 125 Millionen allein im Westen und Süden zu rechnen haben, denn niemand wird gewiß so optimistisch sein, anzunehmen, daß England die allgemeine Dienstpflicht wieder preisgeben wird.

An dieser Sachlage wird nach Ansicht derjenigen, die die östliche Orientierung unserer Außenpolitik befürworten, auch das Tauchboot nicht viel ändern können. Sollte sich nämlich herausstellen, daß die Übersee-Verbindung zwischen England und Frankreich durch eine Tauchbootflottille ernstlich gefährdet werden könnte, so wird England gewiß nicht zögern, durch den Bau eines Tunnels zwischen Dover und Calais eine Untersee-Verbindung herzustellen. Auch das Problem, im nächsten Krieg die britischen Zufuhren gegen die Tauchboote zu schützen, wird man nicht ohne weiteres als unlösbar ansehen dürfen. Es genügt nun aber nicht, nur den europäischen Westen in Betracht zu ziehen. Die Anhänger der östlichen Orientierung fürchten, daß die Worte Wilsons, Amerika werde in dem nächsten Krieg nicht mehr neutral bleiben können, nur so zu deuten sind, daß dann Amerika mit seinem Landheer und seiner Flotte an der Seite Englands kämpfen wird. Die Worte des Fürsten Bülow, daß der Weltkrieg „das angelsächsische Solidaritätsgefühl" derart gekräftigt hat, daß seit dessen Ausbruch „uns die ganze englisch sprechende Welt, soweit sie angelsächsische Rasse ist und noch darüber hinaus, feindlich gegenübersteht[1]", scheinen ihnen das zukünftige Verhältnis zwischen Deutschtum und Angelsachsentum richtig zu kennzeichnen. Dementsprechend ist auch ihre

[1] Siehe Fürst von Bülow, „Deutsche Politik" 1916, S. 19.

Digitized by Google

Beurteilung der amerikanischen Neutralität. Sie sind der Überzeugung, daß Amerika in diesem Krieg nur deshalb neutral geblieben ist, weil es, um mit den Worten des Herausgebers der „English Review" zu sprechen, „England als exportierende neutrale Macht wahrscheinlich mehr denn als kriegführende" helfen konnte.

Von diesen Erwägungen ausgehend, kommen die Anhänger der östlichen Orientierung zu der Auffassung, daß auch hier ein siegreiches Mitteleuropa, angesichts der neuen Weltlage eine Annäherung an andere Mächte zu wünschen sein wird. Wie vor dem Kriege wird England bestrebt sein, uns im Osten zu isolieren, um für die Verständigung mit den Westmächten einen Preis fordern zu können, der dem Verzicht auf unsere Großmachtstellung nahe kommt. Dem muß schon jetzt die politische Führung des Krieges nach Möglichkeit entgegenwirken, indem sie den Boden für eine Verständigung mit den Ostmächten nach dem Kriege vorbereitet. Die Frage, ob dies möglich ist, beantworten sie mit einem entschiedenen Ja. Was zunächst die Ostmacht Japan anbetrifft, so halten sie es für ganz unmöglich, daß wegen Kiautschou und der paar Südseeinseln, die Japan besetzt hält, wir zu einer dauernden Verfeindung mit der gewaltig aufstrebenden ostasiatischen Großmacht kommen könnten. Da wir andererseits die Absicht, in China und der Südsee territoriale Eroberungen zu machen, wenn sie überhaupt jemals bestanden hat, seit langem restlos aufgegeben haben, so wäre auch wirklich nicht einzusehen, was uns von Japan dauernd trennen könnte. Die Bekämpfung der sogenannten „gelben Gefahr" ist jedenfalls nicht unsere, sondern Amerikas Sache. Wir werden von ihr nicht bedroht. Andererseits kann kaum noch ein Zweifel daran bestehen, daß Japans Vorgehen in China das Inselreich in einen scharfen Gegensatz zu England und Amerika bringen wird. Es braucht hierauf nicht näher eingegangen zu werden, weil im Grunde hierüber zwischen den Anhängern und Gegnern der östlichen Orientierung erhebliche Streitigkeiten nicht bestehen. Bewahrheitet sich also die Ansicht, daß der Gegensatz zwischen England und Japan unversöhnlich ist, so muß die Macht der Tatsachen Japan an die Seite der Mittelmächte führen, weil sie im Grunde beide nur einen Feind haben: England.

Die tiefste Meinungsverschiedenheit zwischen den beiden Richtungen besteht aber über unser zukünftiges Verhältnis zu Rußland. Die Anhänger der

Digitized by Google

östlichen Orientierung legen großen Nachdruck darauf, daß im Bewußtsein aller gebildeten Russen das Zarenreich nicht nur eine europäische, sondern auch eine asiatische Großmacht ist. Man hat das auch so ausgedrückt, daß der russische Doppeladler mit einem Kopf nach Europa, mit dem anderen nach Asien blickt. Dem entsprechend hat es in der russischen Außenpolitik immer zwei Richtungen gegeben, von denen die eine die russischen Interessen in Südosteuropa und am Goldenen Horn in den Vordergrund schob, während die andere den asiatischen Interessen Rußlands den Vorzug gab. In der Praxis folgte man zumeist der Linie des vermeintlich geringsten Widerstandes, wobei man sich allerdings häufig gründlich verrechnete. Selbst ausgesprochene Befürworter der europäischen Richtung haben niemals vergessen, daß Rußland auch eine asiatische Großmacht ist. Als Fürst G. Trubetzkoi 1910 die Bilanz der russischen Außenpolitik zog und dabei eine energische europäische Politik lebhaft befürwortete, bemerkte er jedoch, daß „Rußland nicht nur eine europäische Macht sei; wir dürfen nicht, dem Ruf wohlmeinender und interessierter Freunde folgend, der Verlockung nachgeben, ganz nach Europa zurückzukehren[1]". Tatsächlich hat Rußland „dem Ruf wohlmeinender und interessierter Freunde" nicht widerstehen können. Die Beute, die ihm in Aussicht gestellt wurde, war zu groß. Aus Miljukows Munde wissen wir, daß Rußland Galizien, Ostpreußen, Konstantinopel, Bosporus und Dardanellen als Siegespreis erhalten sollte. In diesem Sinne schrieb am 3. Mai 1915 Peter Struwe, daß „dieser Krieg in seinem ganzen Charakter ein Kampf um die Beerbung Österreichs und der Türkei sei".

Nun gab es freilich in Rußland auch Männer, die gegenüber „dem Ruf wohlmeinender und interessierter Freunde" das Banner der sogenannten „asiatischen Politik" unentwegt hochhielten. Zu diesen gehörte Graf Witte, der am 3. Mai 1914 in einem an Max Theodor Behrmann gerichteten Brief schrieb:

„Wenn ich im Jahre 1905 das Bestreben hatte, Deutschland an Frankreich zu nähern ... da hatte ich die zweifellose Gefahr im Auge, die schon damals England für den europäischen Frieden bot. Die Träume der russischen und französischen Schreier von einem Feldzug gegen Berlin und Wien konnten eine greifbare Form nur unter dem öffentlichen Schutz Londons erhalten ..."[2]

[1] Siehe Fürst G. Trubetzkoi, Rußland als Großmacht, 1913, S. 159.

[2] Siehe „Vossische Zeitung" Nr. 374 vom 24. Juli 1916.

Digitized by Google

Wie Graf Witte, so kämpfte auch Baron Rosen gegen die europäische Politik mit großer Entschiedenheit an. Im Jahre 1913 verfaßte er eine geheime Denkschrift, deren wesentlichster Teil nach der Inhaltsangabe des früheren Dumaabgeordneten Alexinsky wie folgt lautet:

„Nach der Niederlage des letzten Krieges, schreibt Rosen, und unserer ganzen Politik im Fernen Osten, abenteuerlich geführt von Leuten, die sich nicht Rechenschaft ablegten von ihrer enormen Wichtigkeit für Rußland und dessen Interessen in jenen Regionen, scheint es, als ob in der öffentlichen Meinung sich die Idee tief verankert hätte, daß Rußland von neuem das Zentrum seiner Interessen in Europa suchen soll. Rosen hat andere Ansichten. Er glaubt, daß Rußland im Nahen Orient keine Mission zu erfüllen hat ... Rosen spricht sich für eine Entente mit Österreich aus ... Ein Bündnis Rußlands mit Deutschland erscheint Baron Rosen noch notwendiger. Alliiert mit Frankreich und England, befindet sich Rußland in einem Deutschland feindlichen Lager. Rosen glaubt, daß die ganze Verantwortung für die Feindschaft zwischen den drei Mächten nicht auf Deutschland, sondern auf Frankreich und England fällt. In der ersten Reihe der Ursachen dieser gegenseitigen Feindschaft sehen wir den unversöhnlichen französisch-deutschen Antagonismus ... Zu dieser Ursache hat sich in den letzten Jahren eine andere gesellt: der englisch-deutsche Antagonismus, sich gründend auf die kommerzielle, industrielle und koloniale Konkurrenz und auf die der maritimen Rüstungen. Diese beiden Motive sind jedoch den Lebensinteressen Rußlands absolut fremd ... Rosen kann durchaus nicht verstehen, weshalb die deutsche Vorherrschaft in Europa den Interessen Rußlands, das doch eher eine asiatische Macht sei, entgegengesetzt sein soll. Indem Rußland die Suprematie über den westlichen Teil Europas Deutschland überläßt und sich völlig desinteressiert zeigt gegenüber der Rivalität zwischen den europäischen Mächten auf dem Gebiet rein europäischer Interessen, sichert es sich seine westlichen Grenzen und bekommt freie Hand, um seine Mission in Asien zu erfüllen." [1]

Die Anschauungen der Anhänger der „asiatischen Politik" gelangen in Rosens Denkschrift, die ein Jahr vor Ausbruch des Krieges erschien und damals auch in der französischen Presse lebhaft bekämpft worden ist, klar und scharf zum Ausdruck. Vom deutschen Standpunkt aus ist dazu zu sagen, daß Deutschland mit Rußland, soweit es als asiatische Großmacht auftritt, überhaupt in keinem Gegensatz steht. Niemals hat die asiatische Politik Rußlands uns Veranlassung zu irgendwelchen Vorstellungen in Petersburg gegeben. Es scheint mir dies um so wichtiger hervorzuheben, als Rußlands Aufstieg zum Weltreich sich in den letzten 100 Jahren fast ausschließlich durch Erweiterung seiner asiatischen Machtsphäre vollzogen

[1] Siehe Alexinsky, La Russie et la guerre, Paris 1915, S. 15 ff.

Digitized by Google

hat. Nirgends tritt die Verblendung der russischen Kriegspartei, die das russische Volk zu dem blutigen Abenteuer westlicher Eroberungen trieb, mehr in Erscheinung, als bei ihrer Auffassung, daß eine Aufteilung der Türkei, bei der Britisch-Asien sich von Kairo bis Kalkutta erweitern würde, Rußlands Stellung als asiatische Großmacht unberührt lassen könnte. Was Rußland durch Konstantinopel und die Meerengen in Europa an Macht gewinnen würde, müßte es in Asien doppelt verlieren. Was in aller Welt könnte Rußland gegen ein britisches Reich in Asien von solch gewaltiger Ausdehnung, dessen Einflußgebiet sich von Kalkutta ja noch weiter über das Yangtsetal bis zum Stillen Ozean erstrecken würde, denn überhaupt noch ausrichten? Haben es sich die russischen Politiker überhaupt klar gemacht, was die Verfügungsgewalt über die Rohstoff- und Lebensmittelproduktion von fast einer Milliarde farbiger Menschen in den Händen Englands machtpolitisch bedeutet? Es scheint, daß nach dem Abschluß jenes vom Reichskanzler erwähnten englisch-russischen Abkommens über die Aufteilung der Türkei die Russen selbst Grauen vor ihrem Werk bekommen haben und deshalb schnell zu dem russisch-japanischen Abkommen schritten, um mit Hilfe Japans sich ihre Großmachtstellung in Asien gegenüber England zu erhalten. Jedenfalls stehen das englisch-russische Abkommen über die Einflußsphären im Nahen Orient von 1915 und das japanisch-russische Abkommen über die Einflußsphären im Fernen Orient von 1916 in einem engen inneren Zusammenhang.

Von der Anschauung ausgehend, daß Rußlands Aufstieg zum Weltreich sich nicht durch westliche Eroberungen, sondern durch innere Kolonisation der Ukraina und Ausweitung der russischen Machtsphäre in Asien vollzogen hat, kommen die Anhänger der östlichen Orientierung zu der Überzeugung, daß die Lebensinteressen der Mittelmächte und Rußlands einander nicht entgegenstehen, da weder für Deutschland noch für Österreich-Ungarn irgendein Grund vorliegt, der inneren Kolonisation der Russen und der Ausdehnung ihrer Machtsphäre in Asien entgegenzuwirken. Ja, noch mehr. Nach ihrer Ansicht können die Mittelmächte jedes Erstarken Rußlands in Asien auf Kosten Englands freudig begrüßen. Was Rosen von dem englisch-deutschen Antagonismus sagt, daß er mit den Lebensinteressen Rußlands rein gar nichts zu tun habe, weil sich Rußlands Aufstieg weder industriell auf dem Weltmarkt noch maritim-kommerziell durch

Digitized by Google

die Schiffahrt vollzieht, gilt auch für den russisch-englischen Gegensatz in Asien, der uns durchaus nicht berührt, der unseren Lebensinteressen durchaus fremd bleibt. Deutschland hat in Asien nur kommerzielle Interessen zu vertreten, und das werden wir um so erfolgreicher tun können, je weniger wir uns dort territorial und machtpolitisch interessiert zeigen. Was von den Russen, die Anhänger der „asiatischen Politik" sind, in bezug auf die Streitigkeiten der europäischen Staaten gesagt wird, daß sie Rußland im Grunde so gleichgültig sein könnten, „als spielten sie sich auf dem Monde ab", können wir von den territorialen Streitigkeiten der drei asiatischen Großmächte sagen, soweit sie nicht die Existenz der Türkei in Frage stellen. Wenn wir überhaupt ein asiatisches Interesse nicht kommerzieller Natur zu vertreten hätten, so wäre es gewiß das, dafür zu sorgen, daß England durch seine Übermacht nicht im Bunde mit Amerika die beiden anderen asiatischen Großmächte erdrückt. Insbesondere könnte es uns nur willkommen sein, wenn das 9 von den 18 Provinzen des chinesischen Riesenreiches umfassende Yangtsegebiet den Charakter einer englischen Einflußsphäre verliert.

Mit Recht ist von den Mitarbeitern der „Deutschen Politik" gesagt worden, daß sich die deutschen und russischen Interessen eigentlich erst am Goldenen Horn zu kreuzen beginnen. Es wäre natürlich eine riesige Torheit, anzunehmen, daß, so lange noch irgendeine militärische Aussicht auf die Erlangung der „Territorialherrschaft über Konstantinopel und den Bosporus und das Westufer der Dardanellen mit Hinterland" besteht, welche Gebiete nach der Erklärung des Reichskanzlers vom 9. November Rußland von England zugesprochen sind, die Russen davon abstehen könnten, den Krieg fortzusetzen. Auch die Anhänger der östlichen Orientierung geben sich nicht dem Wahn hin, daß hierüber durch eine andere Kraft wie das Schwert die Entscheidung getroffen werden könnte. Gewiß ist es den russischen Politikern im zweiten Kriegsjahr klar geworden, daß der Machtzuwachs, den England als asiatische Großmacht durch Aufteilung der Türkei gewinnen wird, weit, weit größer ist als der Rußland in Aussicht gestellte Machtzuwachs in Europa, aber man hat in Petersburg augenscheinlich geglaubt, die Gefahren, die der Stellung Rußlands als asiatischer Großmacht von seiten Englands drohen, durch das Bündnis mit Japan abwenden zu können. Nachdem aber die Eroberung Konstanti-

Digitized by Google

nopels durch die britische Flotte gescheitert ist und die Aussichten, dies Ziel auf dem Landwege zu erreichen, auch durch den Eintritt Rumäniens in den Krieg sich nicht verbessert haben, so bleibt immerhin die Hoffnung bestehen, daß die Russen die Aufteilung der Türkei bald als ein in diesem Kriege nicht mehr erreichbares Ziel erkennen werden. Wie steht es aber damit im nächsten Krieg? Ist es denkbar, daß die Russen den Plan, Konstantinopel und die Meerengen mit Hilfe der Westmächte zu erobern, ganz aufgeben können? Dazu ist zu sagen: In diesem Krieg hatten die Russen England, Frankreich, Italien, Belgien, Serbien, Rumänien, Portugal und Japan auf ihrer Seite und konnten ihr Ziel bisher doch nicht erreichen. Sollte dies in Petersburg und Moskau nicht zu der Einsicht führen, daß dies Ziel auch in Zukunft nicht zu erreichen sein wird? Die Anhänger der östlichen Orientierung sind der Ansicht, daß, wenn in Rußland die entsetzlichen Verwüstungen an Gut und Blut, die dieser Krieg gerade für das Slawentum herbeigeführt hat, nach dem Kriege bekannt geworden sein werden, die Russen „dem Ruf wohlmeinender und interessierter Freunde", von denen Fürst Trubetzkoi 1910 sprach, nicht mehr so leicht folgen werden. Finden sich die Russen aber mit der Existenz einer wehrhaften Türkei einmal ab, so gibt es auf dem Erdenrund keinen Punkt mehr, wo sich die Wege Rußlands und der Mittelmächte kreuzten.

Man wird hier einwenden, daß die Anhänger der östlichen Orientierung die Existenz des Panslawismus zu ignorieren scheinen. Es ist wahr, der Panslawismus erstrebt die Vereinigung aller slawischen Völker zu einem großen Reich unter dem Zepter bezw. unter dem Protektorat Rußlands. Getragen wurde die panslawistische Lehre von dem Glauben, daß alle slawischen Völker zum mindesten das Protektorat Rußlands wünschen. Dieser Glaube hat sich aber im Weltkrieg als ein Wahn erwiesen. Zunächst zeigte sich, daß die preußischen und österreichischen Slawen von dem russischen Protektorat nichts wissen wollten. Dann zwang Rußland die Macht der Verhältnisse dazu, die Slawen an der Adria an Italien auszuliefern, um diesen Staat zum Krieg gegen Österreich zu bestimmen. Das war ein Schlag, den Rußland der panslawistischen Idee selbst versetzen mußte. Der zweite und schwerere Schlag, der den Panslawismus traf, war der Eintritt der Bulgaren in den Krieg, um ihre Brüder vom serbischen Joch zu befreien.

Digitized by Google

Der dritte Schlag ist Polens Auferstehung und Galiziens autonome Verselbständigung nicht als das Werk der Moskauer Panslawisten, sondern als die Schöpfung der Deutschen, der Mittelmächte, die damit zeigen, daß kein Rassenhaß gegenüber den slawischen Völkern in ihrer Seele wohnt, daß sie bestrebt sind, historisches Unrecht, soweit es in ihrer Kraft liegt, wieder in leidliches Recht zu verwandeln. Vielleicht ist die Annahme falsch, wenn sie glauben, daß das, was sich in diesem Kriege auf slawischem-Gebiet vollzogen hat, dem Zusammenbruch des Panslawismus gleichkommt. Das aber wird man allgemein zugeben können, daß die Ereignisse des Krieges der panslawistischen Lehre viel von ihrem verführerischen Glanz geraubt haben. Jedenfalls wird der Panslawismus als Machtmittel russischer „europäischer Politik" in Zukunft nicht mehr die große Rolle spielen können wie vor 1914. Die slawischen Völker sind gewarnt worden. Sie wissen, daß, wer vom Brot des Panslawismus ißt, daran stirbt.

Harte Schicksalsmächte sind es, die nach der Anschauung derjenigen, die die östliche Orientierung unserer Außenpolitik empfehlen, den englisch-deutschen Gegensatz geschaffen haben. Deutschland kann nur wachsen und gedeihen, wenn es England auf allen Märkten der Welt Konkurrenz macht, wenn es seine Handelsflotte vergrößert, seine Häfen ausbaut und im freien Wettbewerb einen möglichst großen Teils des Welthandels an sich zu ziehen sucht. Was hilft es da, daß beide Völker in ihrem geistigen Wesen einander so nahe stehen. Das Schicksal macht sie zu Konkurrenten und Feinden. Deutschland ist aber auch darauf angewiesen, sich die koloniale Basis für seine physische Existenz in Mittelafrika zu suchen und so den schönsten Traum aller Briten von dem großen, zusammenhängenden Reich in Afrika zu zerstören; es muß weiter die Türkei wehrhaft gegen seine Feinde machen, um sich den großen Handelsweg Hamburg—Bagdad offenzuhalten, und dadurch den britischen Plan, ein großes Reich von Kairo bis Kalkutta zu schaffen, vereiteln. Kein Volk der Welt kann die Größe und Herrlichkeit des britischen Welteroberungsgedankens, der unsere Seele erschauern läßt, besser begreifen als das deutsche, aber es ist nun einmal sein Schicksal, England auf allen entscheidenden Punkten entgegentreten zu müssen, wenn es seine eigene Zukunft nicht preisgeben will. England aber weiß, daß es nur emporsteigen oder sinken kann, daß es

Digitized by Google

einem Gegner gegenüber, der seine Bevölkerungsziffer durch Handel und Industrie jährlich um rund eine Million vergrößert, keinen Beharrungszustand geben kann. Alles das weiß England und ist deshalb unser erbarmungslosester Feind. Wer sich nun nicht, so meinen die Anhänger der östlichen Orientierung, durch Autosuggestion darüber hinwegtäuschen kann, daß der deutsch-englische Gegensatz sehr schwer auszugleichen ist, der muß auch einsehen, daß ein Ausgleich der Gegensätze, der uns einen dauernden Frieden verbürgt und unsere Zukunft sichert, leichter im Osten wie im Westen gefunden werden kann. Es scheint ihnen daher im gegenwärtigen Stadium des Krieges fast unmöglich zu verkennen, daß der Weg zum dauernden Frieden nicht der sinkenden, sondern der aufgehenden Sonne zuführt.

Die deutsch-finnländische Vereinigung

Von Rudolf Eucken

Es mag für den ersten Blick auffallend erscheinen, daß in einer Zeit die uns Deutschen wahrlich genug bei uns selbst zu tun gibt, zu den verschiedenen mit anderen Völkern befaßten Vereinigungen sich eine neue gesellt, die sich mit einem uns äußerlich fernliegenden Volke beschäftigt. Aber jede nähere Erwägung zeigt, daß in Wahrheit ein Band gegenseitiger Interessen Deutschland und Finnland verknüpft, und daß das Schicksal Finnlands auch für uns von großer Bedeutung ist.

Zunächst sei mit einigen Worten dessen gedacht, wie nahe Finnland sich Deutschland fühlt. Daß seine heißesten Wünsche heute Deutschlands Waffen begleiten, das ergibt sich ja leicht aus der jetzigen Stellung der Mächte, aber Finnlands Sympathie für uns ward keineswegs erst durch die gegenwärtige Lage herbeigeführt, sie war seit langer Zeit vorhanden, sie erwies sich in einem engen Anschluß an die deutsche Kultur, sowie in der hervorragenden Stellung, welche die deutsche Sprache im Unterricht und in der Bildung jenes Volkes einnimmt, und die auch auf der höchsten Stufe in der häufigen Wahl der deutschen Sprache für Doktorarbeiten an der Universität Helsingfors erscheint. Dürfen wir Deutsche unsererseits schon das nicht gering anschlagen, daß ein kernhaftes, hochgebildetes, freiheitsliebendes Volk sich uns so nahe fühlt — wir sind ja durch die Sympathie

Digitized by Google

fremder Völker nicht gerade verwöhnt —, so sind für uns von entscheidender Bedeutung reale Interessen politischer und wirtschaftlicher Art. Finnland ist nicht nur ein Vorposten europäischer Kultur, es hält auch die Russen von einem weiteren Vordringen an der Ostsee ab, es ist weiteren Eroberungsplänen gegenüber ein Schutzwall für Schweden und Norwegen; daß heute in diesen Ländern manche einem einträglichen Frieden zuliebe die Augen vor der Gefahr verschließen, das hebt diese keineswegs auf, und das kann uns Deutschen die drohende Verwandlung der Ostsee in ein russisches Meer nicht als eine Kleinigkeit behandeln lassen. Zu den politischen Interessen kommen die wirtschaftlichen, wir hatten einen recht bedeutenden, unablässig wachsenden Handel mit Finnland, ja wir waren für dieses das wichtigste Einfuhrland; kann uns der Verlust dieses Absatzgebietes unserer Erzeugnisse gleichgültig sein?

Aber man kann diese Interessen anerkennen und doch zweifeln, ob eine deutsch-finnländische Vereinigung zu ihrer Förderung etwas leisten kann. Darauf sei erwidert, daß, wie diese Vereinigung keine politische Gesellschaft sein will, sie das nicht in direkter Weise zu tun vermag, daß sie aber vorbereitend und wegebahnend Ersprießliches wirken kann. Denn sie setzt sich zum Zwecke „die Aufklärung der deutschen Öffentlichkeit über Geschichte, Kultur, Literatur und Kunstbetätigung des finnischen Volkes sowie über die wirtschaftliche Bedeutung der von ihm bewohnten Gebiete." Eine solche Aufklärung aber ist durchaus nicht überflüssig. Denn nicht nur fehlt vielen Deutschen ein deutliches Bild jenes Landes und Volkes, sondern es finden sich auch völlig irrige Vorstellungen, welche die Schätzung jenes Volkes und die Teilnahme an seinen Geschicken stark gefährden müssen. Selbst aus dem Munde von Gelehrten fand ich die Meinung ausgesprochen, die Finnländer seien mit ihrem Lose ganz zufrieden und ließen sich die russische Herrschaft gern gefallen, während sie in Wahrheit den tapfersten und zähesten Kampf zur Verteidigung ihres Rechtes führten und heute nur durch weitüberlegene Gewalt geknebelt sind (Finnland hat etwas über 3, Rußland 170 Millionen Einwohner).

Ferner gab es bekanntlich in Finnland manche Kämpfe über das Verhältnis der von altersher die Kulturarbeit beherrschenden schwedischen und der jugendkräftig aufstrebenden finnischen Sprache, zwischen den sogenannten Suecomanen und den Fennomanen, und dies wird von man-

Digitized by Google

chen als eine das Zusammenhalten des Volkes bedrohende Spaltung verstanden. In Wahrheit sind beide Richtungen einig in der Liebe zum gemeinsamen Vaterland und in der Verteidigung seiner Selbständigkeit. Neuerdings, wo die Sozialdemokraten die Mehrheit in der finnischen Volksvertretung erlangten, kam bei uns wohl die Meinung auf, das Eintreten für jene Selbständigkeit würde dadurch Schaden erleiden; in Wahrheit kämpfen die Sozialdemokraten ebenso entschieden für ihr Vaterland wie die anderen Parteien, die entgegengesetzten Hoffnungen russischer Politiker haben sich rasch als eitel erwiesen.

Wo solche Mißverständnisse möglich sind, da ist eine Aufklärung dringend geboten, und es bedarf keiner Begründung, daß eine solche mit vereinten Kräften und in zielbewußter Arbeit weit besser gelingen kann, als wenn sie einzelnen überlassen bleibt. So findet die deutsch-finnländische Gesellschaft sicherlich ein fruchtbares Arbeitsfeld, und man darf hoffen, daß, wenn sie sich nächstens an weitere Kreise wendet, sie die Teilnahme dieser finden wird. Sie gedenkt aber für ihre Zwecke zunächst zu wirken durch öffentliche Vorträge, durch literarische Veröffentlichungen, durch Mitherausgabe der „Osteuropäischen Zukunft" als des Vereinsorgans, durch Auskunfterteilung über alle Finnland betreffenden Fragen an die Mitglieder, durch Förderung in Deutschland studierender Finnländer, durch Förderung und Nachweis von finnischen Sprachkursen in Deutschland. — Politisch und religiös ist die Vereinigung neutral.

Die Aufnahme der letzten Kanzlerrede durch die fremde Presse

Von Professor Dr. Karl Hönn

Zwei Thesen und Antithesen sind die Grundlagen der letzten Kanzlerrede. Die erste: Grey schiebt die Schuld am Ausbruch des Krieges Deutschland zu. Der Tatbestand beweist das Gegenteil. Die andere: die Entente erhebt immer nur die Frage nach der Fortsetzung, Deutschland zusammen mit der nach dem Fortgang zugleich die nach der Beendigung des Krieges.

Daß Grey, hauptsächlich durch seine Tischrede vor dem Auslandspresseverein, die Fragestellung der Kanzlerrede bestimmt hat, ist für beide Thesen wertvoll geworden.

*

Digitized by Google

Für die erste: sie hat den Reichskanzler veranlaßt, den Tatbestand wieder neu festzustellen. Und wenn er auch selbst erklärt, es widerstrebe ihm im Grund retrospektive Betrachtungen zu erneuern: die Verteidigung wurde zugleich Anlaß zu einem Vorstoß, der die letzten Reste von Nebel zerstreute, die über der Frage nach dem Ausbruch des Krieges noch lagen. Zwei neue Argumente tragen und stützen diesen Vorstoß: die russische Mobilmachungsorder vom Jahre 1912 und der Telegrammwechsel mit Wien am 30. Juli. Die Mobilmachungsorder von 1912 brauchte für das Jahr 1914 an sich nichts zu besagen. Sie tut es als Glied der Beweise, die der Reichskanzler dafür anführen kann, daß die angebliche Mobilisierung Österreich-Ungarns keinen Grund für die russische allgemeine Mobilmachung abgeben konnte, daß also die russische Generalmobilmachung in der Nacht vom 30. auf den 31. Juli gleichbedeutend mit der Kriegserklärung war. Mit der Schuld Rußlands rückt die Englands in neues Licht. Frankreich stellte sich seit der russischen Mobilisierung in jedem Falle auf die Seite des Verbündeten, aber erst England hat das russische Drängen nach dem Krieg dadurch wirksam gemacht, daß es gegenüber Rußland in Schweigen verharrte, daß es das Auslaufen unserer Flotte als casus belli erklärte, daß es jedes Neutralitätsversprechen ablehnte. Die Schuld am Krieg ist damit auf Grund von Argumenten nachgewiesen, an deren Eindeutigkeit nicht zu rühren ist. Dem nächsten politischen Zweck ist damit Genüge getan. Denn der Reichskanzler hat mit Recht das Wort Greys festgehalten, der Nachweis des Ursprungs des Krieges sei von Einfluß auf die Bedingungen des Friedens. Das hindert nicht, daß das Widerstreben des Reichskanzlers, oft Bewiesenes von neuem beweisen zu müssen, nicht nur in dem Widerstreben des praktischen Politikers begründet ist, retrospektive kritische Untersuchungen in einer Zeit zu unternehmen, die zur praktischen Arbeit drängt. Es steckt darin auch das Gefühl eines Mannes, der geistig genug geschult ist, um einzusehen, daß die Ursachen des Weltkrieges nicht aus den letzten Wochen vor Kriegsausbruch, sondern nur aus der Geschichte der letzten Jahrzehnte gedeutet werden können; daß, wie Thucydides die Geschichte Griechenlands bis auf seine Zeit entwickeln mußte, als er daran ging, den peloponnesischen Krieg zu schildern, so nur auf weiter und tief wurzelnder Grundlage die Ursachen dieses Krieges der Erkenntnis zugänglich werden.

Digitized by Google

Die deutsche Presse hat sich damit begnügt, ihre Genugtuung darüber festzustellen, daß die Rede des Kanzlers die unmittelbar gegebene Aufgabe erfüllt hat, für die praktische politische Arbeit die Schuldfrage geklärt zu haben.

Die fremde Presse hat den Versuch gemacht, Deutschlands Schuld am Kriege aus der Geschichte zu beweisen, in dem Bestreben, den Nachweis aus den Ereignissen und Zielen langer Jahre vor dem Krieg zu erhärten, in dem Bewußtsein oder dem dunklen Gefühl der Schwäche, aus den Verhandlungen des Juli 1914 Deutschland überführen zu können. So beruft sich die „Morning Post" vom 11. November auf das Buch von Tittoni, das unter dem unbescheidenen Titel „Das Urteil der Geschichte" den Fall anführt, daß schon 1908 durch die Herausforderung der österreichischen Annexion Bosniens Serbien so entrüstet war, daß Österreich mobilisierte. Derselben Zeitung beweisen die Kriegsvorbereitungen Deutschlands während zweier Generationen die Absicht eines Eroberungskrieges. „Nicht wer den Krieg angefangen, sondern wer ihn beabsichtigt hat," fährt die Zeitung fort, „ist der Schuldige." Auch die „Times" von demselben Tage beruft sich auf das Zeugnis der Geschichte: „Es fehlt nicht an Zeugnissen dafür, wo wirklich die Schuld gelegen hat. Man braucht sich nur zu beziehen auf die Enthüllungen Giolittis über die Einladung Österreichs an Italien 1913, einen „Defensiv"-Krieg gegen Serbien zu unternehmen. Minder bekannt ist die Tatsache, daß am 15. Juli 1914 Diplomaten der Alliierten in Wien Mitteilungen erhalten hatten, nicht nur, daß Österreich einen Angriff auf Serbien vorhabe, sondern auch, daß der deutsche Kaiser Österreich eine Mitteilung der Ermutigung zu dem Unternehmen geschickt und ihm jede Unterstützung zugesagt habe. Jetzt ist es dem Kanzler darum zu tun, England zum Bösewicht zu machen. Früher hat man auch manches Mal Rußland dazu gemacht. Herr Ballin hat im Namen des Deutschen Reiches Rußland allein die Schuld gegeben, Europa im August 1914 den Krieg aufgezwungen zu haben, und im folgenden April hat er Lord Grey dieses Verbrechens angeklagt." „Die Alliierten", folgert dann die „Morning Post", „griffen zu den Waffen, weil Deutschland einen Eroberungskrieg begonnen hatte, der ihm die Weltherrschaft geben sollte," nachdem am Tage vorher die „Westminster Gazette" gesagt hatte: „die Ereignisse haben uns gezeigt, welche

Digitized by Google

tief angelegten Pläne Deutschland für einen überraschenden Angriff auf Europa gehegt hatte." Die französische Presse sekundiert die englische Kollegin. Der „Temps" vom 12. schildert an Hand der Zahlen Deutschlands Vorbereitungen zum Krieg, die in den Jahren 1883—1913 in den Ausgaben für den Heeresetat sich spiegelten. Diese Ausgaben hätten in Frankreich um 70 Prozent, in Rußland um 114 Prozent, in Deutschland um 229 Prozent zugenommen. „Radical" sagt: „Die wahre Ursache des Krieges liegt im wesentlichen in der Absicht Deutschlands, die Partie zu versuchen, auf die es sich mit seiner ganzen Willenskraft vorbereitet hat. Ist es unbedingt nötig, noch einmal die vorausgehenden Zwischenfälle ins Gedächtnis zu rufen, welche die Entscheidung Deutschlands bestimmt haben, der Menschheit eine Herausforderung ins Gesicht zu schleudern?" Und selbst die russische Presse glaubt, aus der Geschichte den Schluß ziehen zu müssen, daß der ganze Krieg gegen die „deutsche Hegemonie" geführt wird. Nach dem „Djen" hat es die „Nowoje Wremja" deutlich genug ausgesprochen: „Der Krieg war unvermeidlich geworden, weil die deutsche Regierung sich entschlossen hatte, den Krieg unter allen Umständen zu beginnen. Österreich-Ungarn war infolge der Entschlossenheit Rußlands, die Vernichtung Serbiens nicht zuzulassen, schon bereit, auf Verhandlungen mit uns einzugehen. Aber die deutsche Regierung beeilte sich, in der Befürchtung, daß das Ganze doch noch friedlich ausgehen könne, ihrer Armee den Befehl zu erteilen, in Rußland einzubrechen." Trotzdem macht die Presse in allen Ländern der Entente den Versuch, die einzelnen Argumente zu entkräften, mit denen der Reichskanzler Deutschlands Verhalten vor Kriegsausbruch rechtfertigt, insbesondere die russische und die englische. Die „Nowoje Wremja" tut es folgendermaßen: „Die Ratschläge aus Berlin waren lediglich für die Historie bestimmt. Wenn Deutschland wirklich in allem Ernst von Österreich verlangt hätte, eine Vermittlung zu den vorgeschlagenen Bedingungen anzunehmen und sich mit der Besetzung Belgrads zu begnügen, sollten dann derartige hartnäckige Weisungen Deutschlands nicht doch schließlich in Betracht gezogen worden sein? Die Erklärungen Bethmanns mildern also im besten Falle seine persönliche Schuld, legen sie aber anderen Elementen desselben Deutschland auf." Die russische Presse wird darin insbesonders von der italienischen unterstützt. „Die russische Mobilmachung", schreibt

Digitized by Google

die „Tribuna“ vom 12., „war erst eine Folge des österreichischen Ultimatums an Serbien und der österreichischen Mobilisierung. Die beiden letzteren Vorgänge sind daher als die eigentlichen Kriegsursachen anzusehen.“ Wie die italienische Presse Rußland, so sucht die französische (der die Schuld Deutschlands auch nach der Kanzlerrede feststeht) England zu entlasten. „England hat bis zum letzten Augenblick die Freiheit seiner Handlungsweise bewahrt. Ebenso wie es die Vorschläge Deutschlands zurückstieß, hatte es Rußland und Frankreich wissen lassen, daß es, falls ihre Politik den Frieden gefährdete, die Verantwortung für die Folgen ablehne. Und wenn England Deutschland den Krieg erklärt hat, so ist das tatsächlich auf Grund der Verletzung der belgischen Neutralität geschehen. Es wird nicht Frieden schließen, ehe dieser Schaden nicht gut gemacht ist.“ („Humanité“ v. 12.) In der englischen Presse ist es nur die Nation, die sich auch jetzt Urteil und Meinungsäußerung freigehalten hat: „Die starke Versicherung des Kanzlers, daß er wirklich am 30. Juli die berühmte Depesche nach Wien gesandt hat und die neu der Öffentlichkeit übergebene zweite Depesche mit der starken Empfehlung der Greyschen Vermittlungsformel ist folgenschwer.“ „Wir können sie nur als höchst gewichtig (momentous) betrachten.“ Eine Parallele findet diese Unvoreingenommenheit merkwürdigerweise in Italien, wo die „Tribuna“ am 12., freilich mit allerlei Einschränkungen, doch den Satz wagt: „Eines kann zugegeben werden, daß das politische Deutschland, abgesehen von den Militaristen, die in letzter Stunde die Diplomaten vergewaltigten, den Krieg gern vermieden hätte.“ Was die „Tribuna“ nur unter dem Anschein der Ablehnung zugeben kann, gestehen die Neutralen offen ein. So die „Gotenburger Handelszeitung“: „Der Meinungsaustausch über die Ursachen des Weltkrieges sei sehr glücklich. Es falle den Ententeregierungen natürlich sehr schwer zu erkennen, daß die Hauptschuld am Kriege nicht auf Deutschland falle, denn damit werde der Nerv der Kriegsstimmung abgeschnitten.“ Die „Basler Nachrichten“ sind mit den Erörterungen über die Schuld am Kriege nicht in allen Punkten einverstanden und meinen, daß dieser Streit bis nach dem Kriege aufgeschoben werden solle. Es ist bezeichnend, daß auch die amerikanische Presse den letzten Standpunkt einzunehmen scheint und nicht auf die Schuldfrage eingeht. Die Berichte in den englischen Zeitungen besagen

Digitized by Google

nur, daß Bethmann Hollwegs Rede in Amerika größere Aufmerksamkeit auf sich zieht, als irgendeine deutsche Äußerung seit langer Zeit, und die „Times" berichtet weiter: „Obwohl Herrn von Bethmanns Rede etwas durch die Wahl überschwemmt worden ist und die deutsche Aufrichtigkeit noch in Frage gezogen wird, ist es doch wohl billig zu sagen, daß dieser Friedensschachzug, wenn er nicht um seine Wirkung gebracht wird, hier in Amerika ernstere Aufmerksamkeit erhalten wird als irgendein vorhergehender." Der Korrespondent führt zum Beweis eine Stelle der „New York Times" an: Jetzt sei die Wahrheit offenbar geworden, daß Deutschland ungefähr reif für den Frieden ist, daß es seinen zerstörenden Ehrgeiz nach Weltmacht aufgegeben hat, daß es gern die Mittel erwägen würde, eine solche ungeheuerliche Katastrophe in Zukunft unmöglich zu machen. Das ist die ganze Idee und Absicht auch Großbritanniens, Frankreichs und Rußlands im gegenwärtigen Augenblick.

*

Was der New Yorker Korrespondent der „Times" in diesen letzten Worten sagt, ist die Meinung Amerikas, vielleicht der Welt. Ihr gegenüber stellt die Rede des Reichskanzlers fest: „Der Kern der eingehenden Besprechungen, welche hier im Hauptausschuß in allen vergangenen Wochen geführt worden sind, ist schließlich immer die Frage nach dem Fortgang und der Beendigung des Krieges gewesen. Bei unseren Feinden ist in der Regel nur von der Fortsetzung des Krieges die Rede." Die Gegner Deutschlands hören nicht auf, Annexionsabsichten auf Konstantinopel und den Bosporus, auf Elsaß-Lothringen zu äußern. „Ich habe bei der Besprechung unserer Kriegsziele die Annexion Belgiens niemals als unsere Absicht bezeichnet. Die Richtigkeit dieses letzten Satzes ist die „Morning Post" ungeschickt genug, gerade in dem jetzigen Augenblick zu erhärten. In ihrer Besprechung der Rede vom 11. November stehen die Sätze: „Die Rede des deutschen Kanzlers steht auf so schwachen Füßen, daß sie es unterläßt, eine Erklärung dafür zu geben, was es Deutschland anging, wenn Rußland wirklich Konstantinopel zu besitzen wünschte. Es sei denn, daß Deutschland selbst nach der Stadt gelüstete." „England betreffend, so ist es derartig sorglos gegenüber der deutschen Durchdringung auf politischem und kommerziellem Gebiete gewesen, daß nach weiteren zehn Jahren Deutschland der tatsächliche Beherrscher Großbritanniens

Digitized by Google

geworden wäre." Die Entgleisung der „Morning Post" in dem ersten Satz wird nahezu gleichzeitig von der „Nowoje Wremja" mitgemacht: „Wenn es sich jetzt um die Liquidation der Türkei", um die „Sicherstellung der russischen Herrschaft über Konstantinopel und die Dardanellen", sowie um die „Teilung Kleinasiens" handelt, so hat Deutschland selbst dem Ottomanischen Reiche dieses Schicksal dadurch bereitet, daß es sich in den Dardanellen und in Kleinasien als Herr festzusetzen trachtete." Der zweite Satz wird seiner Zufälligkeit durch die Bestätigung entkleidet, die „Daily News" am 11. in dem Satz gibt: „Eine Macht, deren „Lebenswille" so sehr entwickelt ist, daß sie dauernd Bedrohung dieses Lebens von anderer Seite wittert, und aus diesem Mißtrauen anderer Leute Lebensrechte in Frage stellt, ist notwendig eine dauernde Bedrohung des Friedens." Um so unbequemer ist für die feindliche Presse das Geständnis des Reichskanzlers über Belgien. Sie muß schon zwei Scheingründe zu Hilfe nehmen: die Stellung der deutschen Parteiführer zu der Erklärung des Kanzlers[1] über Belgien (die mit der Erklärung des Kanzlers nichts zu tun hat) und das Zusammenfallen der Erklärung mit der Proklamation des Königreichs Polen (die ebenfalls eine Sache für sich ist). So schreibt z. B. der „Corriere": „Um die Tragweite dieser Bemerkung zu ermessen, muß man die Kommentare, die sie in der Diskussion fand, heranziehen. Man braucht nur die Definition der Nationalliberalen zu betrachten, um zu begreifen, was sie sich unter einer Unabhängigkeit Belgiens vorstellen." Die „Westminster Gazette" zieht namentlich die Bemerkungen des Zentrums und der Konservativen heran und folgert daraus: „Belgien soll nicht ‚annektiert', aber deutschen Garantien unterworfen werden und zur Verstärkung der deutschen Stellung auf dem Meere benutzt werden." Der „Gaulois" schreibt am 12.: „Die Parteiführer haben die Gefühle des Bundes zum Ausdruck gebracht, als sie erklärt haben, daß Belgien politisch, militärisch und wirtschaftlich unter deutscher Botmäßigkeit bleiben müsse. Das ist eine zu reiche Beute, als daß man sie sich entgehen lassen könnte." Und „Rappel" erklärt am 11.: „Bethmann beklagt unsere Eroberungslust am Morgen der Annexion Polens." Nur die neutrale Presse ist so gerecht, die Erklä-

[1] Vgl. „Neue Preußische Zeitung" vom 10.; „Deutsche Tageszeitung" vom 10.; „Rheinisch-Westfälische" vom 10.; „Münchner Neueste Nachrichten" vom 10. und 12.

Digitized by Google

rung hinzunehmen, wie sie gemeint war. „Politiken" vom 11.: „Der Punkt in der großen bedeutungsvollen Rede Bethmann Hollwegs, der zuerst die Aufmerksamkeit auf sich zieht, ist seine Erklärung, daß er niemals eine Annexion Belgiens als die Absicht Deutschlands bezeichnet habe." „Von Bedeutung ist aber weiter, wie in der deutschen Öffentlichkeit der Verzicht auf die Annexion von Belgien wirkt. Als das Wesentliche der deutschen Kanzlerrede muß festgehalten werden: Der verantwortliche Staatsmann des Deutschen Reiches hat die Hand zu einem Frieden ohne Annexionen im Westen dargeboten." („Zürcher Post" vom 11.)

Dieselbe „Zürcher Post" sieht die weltpolitische Bedeutung der Rede freilich in der Bereitwilligkeit Deutschlands, an überstaatlichen, den Frieden sichernden Abmachungen teilzunehmen. Nach den Widerständen, die (z. B. von den „Hamburger Nachrichten" vom 10.) in der deutschen Presse gegen das Zugeständnis des Kanzlers erhoben worden sind, kann es nicht überraschen, auch in der Entente auf Ablehnung zu stoßen. Sie ist begründet mit dem Hinweis auf die Völkerrechtswidrigkeiten in Belgien, die gerade in der letzten Zeit durch die englische Presse tendenziös benützt werden, durch die Erinnerungen an die begangenen Greueltaten, an den Einfall in Belgien. Als neues Moment kommt das Wort des Kanzlers hinzu, Deutschland sei sogar bereit, sich an die Spitze eines Völkerbundes zu stellen, der Friedensstörer im Zaume halte. „Daily Chronicle" erklärt im Hinblick auf dieses als rhetorischer Überschwang zu verstehende Wort: die Zeit sei vorüber, in der Deutschland sich an die Spitze des Beratungstisches der Welt setzen könne[1] und sie fügt dieser Ablehnung die zweite hinzu: „Soll die vorgeschlagene Liga überhaupt irgendeinen Zweck haben, so müsse sie aus Nationen bestehen, die Verträge ehren und einander trauen können. Für Deutschland könne doch kein Raum in einer solchen Liga sein." Aber andererseits gesteht „Daily News" ein: das Bild, das der deutsche Kanzler von der jetzigen Haltung seines Landes zum Kriege entwerfe, sei ein entschiedener Fortschritt gegen frühere Darstellugen, und im „Manchester Guardian" antwortet Hobson auf die Interpretation, die das Blatt am

[1] Vergl. „Nowoje Wremja" vom 12.: „Das Amüsanteste an der Rede des Kanzlers war die Erklärung seiner Bereitschaft, an die Spitze eines internationalen Bundes zur Vorbeugung blutiger Zusammenstöße und zum Schutze der kleinen Völker vor Vergewaltigungen zu treten.

Digitized by Google

11. 11. der Kanzlerrede gegeben hat: „Dürfen wir nicht die Rede des deutschen Kanzlers als einen entschiedenen Vorstoß zu einem Angebot möglicher Friedensbedingungen ansehen? Zum ersten Male hat er über Belgien eine Erklärung abgegeben, die seine Kritiker im Reichstag mit ihnen als Angebot vollständiger Zurückziehung aus Belgien ansehen." „Von seiten des Kanzlers bezeichnet es eine entschiedene Konzession des Hauptziels, für das wir eingestandenermaßen in den Krieg eingetreten sind, nämlich die Herstellung einer wirklichen europäischen Partnerschaft auf der Basis der Anerkennung gleichen Rechts, erzwungen und durchgesetzt durch einen gemeinsamen Willen." „Die Annahme dieses Standpunkts durch den Kanzler bedeutet eine ausdrückliche Aufgabe der Politik willkürlichen Handelns in internationalen Dingen, das dem preußischen Militarismus in der Seele steckt." Der französischen Presse gehen solche englische Eingeständnisse schon zu weit, daß sie die ausdrückliche Erklärung für angebracht hält („Victoire" vom 15.): „Die öffentliche Mäßigung Bethmanns kann auf niemand Eindruck machen, vielleicht mit der Ausnahme von einigen unbekehrten Pazifisten und einigen englischen „Radikalen", deren insularer Geist sie dem Verständnis aller europäischen Fragen unzugänglich macht. Diese Herren hegen keine Sorge vor „dem Insandeverlaufen", weil sie sich schmeicheln, daß eine halbe Niederlage, die auf der anderen Seite ein halber Sieg wäre, ausreichen würde, um die deutsche Wesensart zu wandeln." Um diesen englischen Querköpfen die wahren Gefühle der Deutschen zu zeigen, hält es die Zeitung für nötig, ihnen die wahre deutsche Gesinnung an einem Zeugnis darzutun, das sie nach der Meinung dieser Zeitung besonders kennzeichnet, den Aufruf des Unabhängigen Ausschusses für einen deutschen Frieden, in dem England als unser gefährlichster Feind dargestellt wird, weil es die Verbündeten leitet, ihre Einigkeit erhält. Diesem blinden Radikalismus gegenüber stehen freilich selbst in Frankreich Äußerungen, wie die Hervettes im „Echo": „Man sollte auf unserer Seite das feindliche Manöver nicht indifferent behandeln! Diese Methode hat bisher zu wenig Erfolg gehabt. Als die Deutschen es für gut befanden, den Krieg zu erklären, hat ihnen der Schrecken, den sie verbreiteten, geholfen. Jetzt versuchen sie, Vertrauen einzuflößen. Wir fordern, daß jemand im Namen der Verbandsmächte das Wort ergreift und den trüge-

Digitized by Google

rischen Versicherungen Deutschlands Beweisgründe und Projekte der Verbandsmächte entgegenstellt. Nur die Verbandsmächte können das Gleichgewicht und den Frieden bringen." Und selbst in der russischen Presse gesteht der „Djen": „Die Rede bedeutet einen Wendepunkt in der Psychologie der deutschen Regierungskreise."

Als eine Nachwirkung der Kanzlerworte sind in Frankreich gewiß auch die Äußerungen im „Bonnet Rouge" vom 12. anzusehen: „Je mehr wir in diesem Krieg fortschreiten, desto mehr verlangt die Öffentlichkeit zu wissen, und nicht allein die Erklärungen der Leiter der verbündeten Staaten kennen zu lernen, sondern auch die Tonart, in der die feindlichen Staatsleiter ihren Völkern gegenüber ihre Sache vertreten und sich bemühen, das Recht auf ihre Seite zu bringen." Solche Äußerungen beweisen, daß trotz aller Polemik, die auch diese Kanzlerrede in der Entente entfacht hat, der Eindruck tiefer und nachhaltiger ist als je zuvor. Der phrasenlosen Richtigkeit der Rede konnte sich selbst ein Feind nicht entziehen, der sich an den Rausch von Rhetorik schon so gewöhnt hat, daß einfache Worte nicht mehr in sein Ohr dringen. Aus solchen schüchternen versteckten und unsicheren Ansätzen mag man schon heute sehen, wie sehr diese Rede als deutsches Zeugnis in die Nachwelt wirken wird. Erst wenn die Leidenschaften, die Europa und die Welt durchtoben, zur Ruhe gekommen sind, wird man auch draußen in der Welt einsehen, was wir im eigenen Land so stark fühlen: daß die wechselseitige Durchdringung der politischen und menschlichen Forderungen in dieser Rede des Kanzlers den Anfang des neuen großen Wollens darstellt, dem der Satz Ausdruck gibt: „Wenn bei und nach der Beendigung des Krieges seine entsetzlichen Verwüstungen an Gut und Blut der Welt erst zum vollen Bewußtsein kommen werden, dann wird durch die ganze Menschheit ein Schrei nach friedlichen Abmachungen und Verständigungen gehen, die, soweit es irgend in Menschenmacht liegt, die Wiederkehr einer so ungeheuerlichen Katastrophe verhüten. Dieser Schrei wird so stark und so berechtigt sein, daß er zu einem Ergebnis führen muß."

Digitized by Google

Notizen

Die Ziele der russischen Politik. Die russische Wochenschrift „Problemy Welikoi Rossiji" beschäftigt sich in ihrer letzten Nummer mit den beiden Wegen der auswärtigen Politik Rußlands: „Zwei Möglichkeiten gibt es für Rußland: ein Rußland, das nicht nur für die Unabhängigkeit seines Reiches, sondern auch für die Macht über andere Völker kämpft, und ein Rußland, das sein eigen und nationale Kultur ohne jede Bestrebung nach einer Vorherrschaft verteidigt. Nur derjenige Staat ist berechtigt, nach einer Hegemonie über die anderen Völker zu streben, der selbst einen Überfluß geistiger und materieller Werte besitzt. Einen solchen Staat gibt es gegenwärtig noch nicht. Für eine solche Mission sind weder England, Frankreich, noch Rußland, am allerwenigsten aber Deutschland berufen.

Rußland stehen folgende drei Aufgaben bevor: Als Resultat dieses Krieges muß Rußland geben, nehmen und behalten. Rußland muß den Polen Polen zurückgeben, aber nicht den Deutschen, sondern den Polen.

Die zweite, nicht weniger wichtige Aufgabe betrifft die Meerengen. In den Grenzen der Möglichkeit, die dem Gang der Kriegsereignisse unterworfen ist, muß Rußland danach streben, Konstantinopel, die Meerengen und den territorialen Streifen am Südufer des Schwarzen Meeres, der unmittelbar mit dem Kaukasus verbunden ist, zu erobern. Die Gründe hierfür sind genügend bekannt: Konstantinopel ist uns nicht für die Beherrschung des Balkans, sondern für den wirklichen Besitz des Schlüssels vom Schwarzen Meer, der uns die freie Durchfahrt ins Mittelmeer verbürgt. notwendig.

Schließlich muß Rußland alle die Gebiete, die historisch mit seinem Reiche verknüpft sind, in ihrer Unantastbarkeit erhalten.

Eine Ausnahme könnten nur unbedeutende „Grenzverbesserungen" bilden, deren Zweckmäßigkeit in gewissen Fällen keinem ernsten Einwand unterliegt. Indem wir den polnischen Staat festsetzen und uns dadurch von der schwersten Last der polnischen Frage befreien, täten wir gut, wenn wir uns nach Beendigung des Krieges einer allzu aktiven Balkanpolitik enthielten. Die Idee des Balkanblockes im Geiste des Bundes von 1912 unter der Hegemonie Rußlands entbehrt nicht der Größe, aber der Weg zu ihr ist durch Kriegsschwierigkeiten, die für den Erfolg unserer inneren kulturellen Entwicklung zu gefährlich sind, verstellt.

Die wirtschaftliche Entwicklung Rußlands erfordert vor allen Dingen Märkte für den Absatz der eigenen Produkte zur Gesundung der russischen Valuta, die Sicherstellung des Zuflusses ausländischer Kapitalien für den energischen Aufschwung unserer Produktionskräfte und schließlich eine richtige Regelung der Einfuhr ausländischer Waren, entsprechend den Bedürfnissen des russischen Marktes und den Forderungen der einheimischen Produkte. Diese drei Grundforderungen müssen von unseren Verbündeten durchaus anerkannt werden. Wir

Digitized by Google

haben nicht deshalb gekämpft, um von einer wirtschaftlichen Abhängigkeit in die andere zu gelangen. Selbstverständlich können und werden England und Frankreich in ihren Beziehungen zu Rußland materielle Vorteile vorsehen, aber diese Vorteile dürfen nicht den Charakter einer einseitigen Ausbeutung haben.

Was die russisch japanischen Beziehungen betrifft, so ist die Einräumung von Vorrechten, die Rußland in eine untergeordnete Lage bringen, äußerst gefährlich. Ganz besonders unzulässig ist aber die Beschränkung Rußlands bei der strategischen Sicherstellung der östlichen Grenzen. Wie auch unsere Beziehungen zu Japan sein mögen, wir können nicht den Rechten entsagen, die jedem souveränen Staate zustehen.

Äußerst schwer ist die Aufgabe, einen vernünftigen „modus vivendi" mit Deutschland zu finden. In dieser Frage müssen wir von der klaren Erkenntnis ausgehen, daß eine Absperrung dieses Nachbarlandes, wohin wir unser Getreide exportierten — die Grundlage unseres wirtschaftlichen Wohlstandes —, durch eine chinesische Mauer weder möglich noch zweckmäßig wäre. Wir müssen mit der Tatsache rechnen, daß Deutschland unser nächster und größter Markt ist, den zu ignorieren nicht in unserem Interesse liegt. Dasselbe müssen wir hinsichtlich der deutschen Wareneinfuhr nach Rußland behaupten. Weit davon entfernt, die bisherige Überschwemmung des russischen Marktes durch deutsche Fabrikate zu befürworten, müssen wir doch bekennen, daß wir vieles nicht werden entbehren können und daß das Vorhandensein gewisser wirtschaftlicher Gegengewichte für die Beseitigung unerwünschter Erscheinungen einer Monopolisation unseres Marktes durch irgendeinen Staat notwendig ist. Die Richtigkeit dieser Erwägung wird durch die negativen Resultate unserer bisherigen wirtschaftlichen Abhängigkeit von Deutschland genügend bestätigt.

Mit der größten Vorsicht sollten wir uns zu den Arbeiten der Pariser Wirtschaftskonferenz verhalten, ohne ihren unzweifelhaften Wert zu verkennen. Die gegen die deutschen Übergriffe geplante Zusammenschließung aller wirtschaftlichen Kräfte darf nicht auf dauernde Zeit feindliche Übergriffe gegen Deutschland festsetzen. Deutschland während des Krieges einem systematischen Boykott zu unterwerfen, ist durchaus notwendig. Diese Maßnahmen aber auch über den Krieg hinaus für den kommenden Frieden auszudehnen, wäre wohl kaum wünschenswert. Dies hieße für ein neues Weltfeuer, noch furchtbarer als das gegenwärtige, Brennstoff anhäufen.

Zum künftigen Handelskrieg. Die letzte Nummer des „Economist" bringt die ausführliche Besprechung einer Schrift von Yves Guyot über die Ursachen und Folgen des Krieges. Unter diesen Folgen wird zum Handelskrieg Stellung genommen: „Ultraradikale sprechen von einem Wirtschaftskriege, sie träumen von einem Friedensvertrage, der eine Ära von Handelsboykotten einführen soll... Sie möchten den Russen verbieten, Getreide an Deutschland zu liefern, und den Franzosen, aus dem Ruhrgebiet Kohlen für die Hochöfen von Briey zu beziehen. Das hieße also nicht nur nach dem Friedensschluß im Kriegszustand verharren,

Digitized by Google

sondern unter den Alliierten Interessengegensätze bloßlegen ... Es liege auf der Hand, daß keine Nation, auch keine Völkergruppe, sich ausreichend allein versorgen kann ... „Handelsboykott" sei der Weg des Wahnsinns, der unfehlbar zu künftigen Kriegen und zu Zwistigkeiten unter den Verbündeten führen müsse, zudem nur Deutschland Amerika in die Arme treibe ... Die wirtschaftliche Frage sei nur durch Aufhebung von Schutzzöllen in den Zentralstaaten zu lösen. Großbritannien müsse seinem Freihandel treu bleiben, denn der britische Arbeiter werde bei seiner Rückkehr aus den Schützengräben die Lebensmittelpreise nicht durch Schutzzölle in die Höhe getrieben zu sehen wünschen. Frankreich müsse gleichfalls nach Freihandel streben, es könne England, Belgien und Holland nicht länger als wirtschaftliche Feinde behandeln, auch Amerika die Meistbegünstigung nicht vorenthalten. Seine Ruinen könne es nur wieder aufbauen, wenn es die notwendigen Gerätschaften und Materialien zu möglichst niedrigsten Preise erstehe ... Kurzum, Freihandel ist die Losung und er muß die Grundlage des internationalen Handelsverkehrs werden." Der „Economist" fügt als seine Meinung hinzu: „Diese Ansichten eines so hervorragenden Franzosen dürften in den Ländern der Alliierten nicht wenig ins Gewicht fallen. Wenn sein Buch im Lande so viel gelesen werde, wie es verdiene, müßte es auf das wirtschaftliche Denken und die Handelspolitik Englands mäßigend einwirken" In ähnlichem Sinne nimmt dieser Tage auch „Daily News" in einer aus Rom datierten Erörterung über den Handel mit Italien Stellung: Es ist falsch, anzunehmen, Italien werde nach dem Kriege mit englischen Waren überschwemmt werden. Wenn jetzt in England die Gelegenheit verabsäumt wird, werden andere schon nicht verfehlen, sie so schnell wie möglich zu ergreifen ... Das italienische Geschäft ist mit so viel Schwierigkeiten verwoben, daß die englischen Fabrikanten es offenbar nicht der Mühe wert finden, ihre Fabrikate nach Italien zu exportieren. Und doch hat Deutschland vor dem Kriege für 18 Millionen Lire jährlich nach Italien gesandt und für 15 Millionen Lire von dort bezogen. Zweifellos hat man dort das Geschäft trotz aller Schwierigkeiten höchst gewinnbringend gefunden. Durch einfache und praktische Bearbeitung gelang es den Deutschen, diesen Handel zu monopolisieren. Das ganze Geheimnis bestand in Entsendung von tüchtigen Geschäftsreisenden.

Griechenlands Kriegslust. Die italienische Presse ist ungehalten über die den Tatsachen nicht entsprechende Berichterstattung der Ententepresse über Griechenland. Der „Corriere" sagt: Die Wahrheit ist, daß in Griechenland kein Mensch den Krieg will und das Unternehmen Venizelos' so gut wie gescheitert ist. Der König ist außerordentlich populär, und sein Erscheinen ruft überall begeisterten Jubel hervor. Die Stimmung des Volkes kennzeichnet man am besten mit drei Worten: „Nur keinen Krieg." Der König will den Krieg nicht und wird daher vergöttert, Venizelos will Krieg und — ist verlassen.

Die japanische Durchdringung der Nordmandschurei. Das am 3. Juli zwischen Rußland und Japan geschlossene Mandschureiabkommen liefert den

Digitized by Google

Japanern nicht nur die Strecke Changchun—Sungari der ostchinesischen Bahn und damit den Anschluß an den schiffbaren Sungarifluß, sondern auch die Schiffahrt auf demselben aus. Diese findet während 6 bis 7 Monaten im Jahre statt und ist neben der ostchinesischen Bahn das wichtigste Verkehrsmittel der Nordmandschurei. Während alle anderen schiffbaren Flüsse Chinas der fremden Schiffahrt offen stehen, war bis jetzt auf Grund des Vertrages von Aigun (1858) die Schiffahrt auf dem Grenzfluß Amur und seinem Nebenfluß Sungari ausschließlich Chinesen und Russen vorbehalten. Dieses Vorrecht ist infolge des obigen Abkommens auf die Japaner ausgedehnt worden, die in allen auf die Niederlassung und den Handel in der Nordmandschurei und im ostchinesischen Bahngebiet wie auch im russischen Priamurgebiet bezüglichen Rechten den Russen gleichgestellt werden. Es soll hier nur die wirtschaftliche Bedeutung dieser Rechte erörtert und im besonderen untersucht werden, welche Möglichkeiten die Benutzung des Sungari für die wirtschaftliche Durchdringung der Nordmandschurei den Japanern bietet. Zurzeit umfaßt die Sungarihandelsflotte etwa 30 Dampfer, während die Amurflotte sich auf ungefähr das Zehnfache beläuft. Von den Sungaridampfern gehören 10 der ostchinesischen Bahn, 11 der chinesischen Regierung und ungefähr 10 privaten Unternehmern. Die Dampfer der ostchinesischen Bahngesellschaft verkehren zwischen Kirin und Taolaichao, Bodune und Charbin und Charbin und Chamuitui (von Charbin flußabwärts). Sie umfassen sowohl Passagier- wie Fracht- und Schleppdampfer. Vom Pier in Taolaichao bis zur Eisenbahnstation, die jetzt in japanische Hände übergegangen ist, stellt den Anschluß ein fünf englische Meilen langer Schienenstrang her, auf dem Passagiere und Frachten befördert werden. Die chinesischen Regierungsdampfer gehören zum größten Teil der vom Generalgouverneur der drei östlichen Provinzen 1909 gegründeten staatlichen Sungari- und Amur-Postdampfer-Gesellschaft. Die Dampfer verkehren zwischen Kirin und Sansing und haben gleichfalle Anschluß an die nunmehr in japanische Hände übergangene Eisenbahnstrecke. Die nichtstaatlichen Dampfer verkehren meistens zwischen Kirin und Bodune. Eine Dampferlinie zwischen den Häfen des Amur und Charbin wird von der Blagoweschtschensk-Dampfschiffahrts-Gesellschaft unterhalten, eine weitere Linie vermittelt den Verkehr zwischen Sansing am Sungari und Nikolajewsk an der Mündung des Amur. Im Jahre 1910 beförderten die Dampfer der ostchinesischen Eisenbahngesellschaft allein etwa 25 000 Passagiere, 6 000 000 Pud Fracht, 422 Stück Rindvieh und Pferde und 1960 Postpakete. Die Fracht bestand zumeist aus Weizen, Sojabohnen, Holz, Mehl und Baumaterialien. Die Bodenprodukte der Nordmandschurei werden fast durchweg auf der Bahn oder mit dem Dampfer nach Charbin gebracht und von dort mit der Bahn nach Wladiwostok und nach Dalny oder mit dem Schiff den Amur hinab befördert. Ein Teil davon wird nunmehr schon in Taolaichao von den Japanern aus dem Dampfer auf die südmandschurische Eisenbahn verladen und nach Süden abgeleitet werden können. Aber auch vom unteren Sungari können nunmehr japanische Dampfer Frachten nach Taoloidao

Digitized by Google

bringen. Es ist anzunehmen, daß auf diese Weise ein großer Teil der Bodenprodukte der Sungariebene den Weg, anstatt über Charbin und Pogranitchaja nach Wladiwostok, nunmehr über Changchun nach Dalny oder Korea und von dort nach Japan nehmen wird. Der gesamte auswärtige Handeler Mandschurei bewertete sich im Jahre 1913 auf 132 Millionen Tael, wovon auf die Südmandschurei etwa 90 Millionen, auf die Nordmandschurei etwa 42 Millionen entfielen. Von letzteren kamen auf die Einfuhr etwa 20½ Millionen, auf die Ausfuhr etwa 22 Millionen Tael. In diesen Ziffern sind nicht die fremden Güter enthalten, die über die Südmandschurei nach der Nordmandschurei eingeführt wurden, ebensowenig die einheimischen aus der Südmandschurei nach dort ausgeführten Güter. Nach russischen amtlichen Angaben belief sich im Jahre 1913 der Wert der Einfuhr fremder Güter nach der Nordmandschurei über Dalny allein auf 9½ Millionen Tael, wovon die meisten japanischen Ursprungs waren. Mit Recht läßt sich erwarten, daß die Abtretung eines Teiles der ostchinesischen Bahn und die Zulassung der Japaner zur Schiffahrt auf dem Sungari auch den wirtschaftlichen Einfluß Japans in der Nordmandschurei gewaltig vermehren wird, zum Nachteil Wladiwostoks und der anderen russischen Häfen des Küsten- und Amurgebietes.

Neuerscheinungen

Troeltsch, „Das neue Programm der „Christlichen Arbeiterbewegung" Heft 45. Das Programm ist unter dem Titel „Die christlich-nationale Arbeiterbewegung" erschienen, herausgegeben vom Ausschuß der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, Köln 1916, Christlicher Gewerkschaftsverlag, Vonloer Wall 9. 56 Seiten.

Englands Weltherrschaft wird vom geographischen Standpunkt aus von Professor Alfred Hettner in dem Buch „Englands Weltherrschaft und der Krieg" behandelt, das jetzt schon in der zweiten Auflage vorliegt (B. G. Teubner in Leipzig, broschiert M. 3.—). Das Buch erfaßt die englische Weltherrschaft in ihrer Ausbreitung über die Erde, indem es von den Naturbedingungen von Volk und Staat ausgeht, aus diesen die Entwicklung des Kolonialreiches, der Verkehrsmacht, der Weltstellung und Politik verfolgt. Neben der geschichtlichen und nationalökonomischen Betrachtung vermag dieses geographisch orientierte dem Wesen der englischen Weltherrschaft bis in ihre letzten Wurzeln nahezukommen. Aus dem Kapitel „Die Kämpfe um die Zukunft" seien ein paar bemerkenswerte Sätze hierher gesetzt: „Deutschlands Stellung zu England hängt von Englands Stellungnahme ab. Solange England den Anspruch auf Weltherrschaft aufrecht erhält und uns unser gleiches Recht an der Erde streitig macht, solange ist es unser Feind, den wir bekämpfen müssen. Sobald es aber seine Ansprüche aufgibt und uns unser Recht zugesteht, können wir uns politisch mit ihm verständigen. Wir können nicht für immer mit unseren drei großen Nachbarn in Feindschaft leben, sondern müssen nach dem Friedensschlusse die zer-

Digitized by Google

rissenen Fäden wieder anknüpfen und eine politische Verständigung anstreben; es wäre falsch, wenn wir diese nur nach der einen oder nach der anderen Seite anstreben und uns nicht nach beiden Seiten, nach England ebenso wie nach Rußland, die Möglichkeit der Verständigung offen halten wollten. Ist Rußland unser europäischer Nachbar, so berühren wir uns mit England in allen Teilen der Erde. Jeden Tag ergeben sich Fragen, die sich besser in Eintracht lösen lassen, und in vieler Beziehung sind unsere und Englands Interessen gegenüber den Interessen anderer Staaten, namentlich gegenüber Rußland, Japan, den Vereinigten Staaten, die gleichen."

Briefe einer Deutsch-Französin. Annette Kolb, die bekannte Deutsch-Französin, läßt ihre gesammelten Briefe über den Krieg bei Erich Reiß, Berlin erscheinen. Sie sprechen europäische Worte aus, weil „einer doch anfangen muß" und suchen ihre Stärke in der Aufzeigung der Forderungen von Energie, welche der Frieden auferlegt, und der Anzeichen dafür, daß wir die richtige Lehre aus der Prüfung dieses Krieges ziehen. Diese Anzeichen fehlen nach ihrer Ansicht sicherlich nicht bei jenen Deutschen, welche als ein selbstbewußtes und auf sein Recht eifersüchtiges Volk aus dem heldenhaft bestandenen Kampfe zurückkommen werden, wohl aber bei den zu Hause Gebliebenen, die sich vielfach eine merkwürdige Begriffsverwirrung gestatten. Für den vaterländischen Standpunkt der Verfasserin bezeichnend sind Sätze wie diese: „Nie erging noch die Forderung so gebieterisch an das Gewissen derer, die nicht im Felde stehen, sich auf die Unze genau zu ihrem Blut zu bekennen. Nur so behaupten auch sie in ihrer Bedrängnis die ihnen zugedachten Posten." „Wir sehen, daß sich deutsche Wesensfülle seit 44 Jahren nicht näher geklärt hat." Ihr Ideal liegt daher bei den Deutschen vor der Zeit der großen Entfremdung zu der romanischen Art. Er war darum eine so „überbietende Erscheinung," weil er sich spielend gleichsam auch der romanischen Vorzüge bemächtigte. Es war gerade sein Deutschtum, das dabei seine glücklichste Entfaltung und mächtigsten Ausdruck fand." Das Grundübel für diese Entfremdung sieht sie in dem Wirken der Presse. „Wären allerorts die Auserwählten eines Volkes auch dessen führende Geister, Europa böte heute ein anderes Bild. Wir können gar nicht verstehen, daß die Völker, die doch allesamt ihre Revolution hatten oder zu haben versuchten, warum sie sich allesamt ihre hetzerische Presse noch gefallen lassen, warum sie noch nicht zusammentraten und gegen sie rebellierten? Man hat schon Regierungen davongejagt, aber der Herausgeber eines Hetzblattes thront wie ein Gesalbter des Herrn auf seiner Redaktion." Annette Kolb kämpft gegen diese Hetzpresse in den Briefen mit besonderer Energie, „weil wenigstens in den ersten Friedensjahren nur diejenigen Ideen Ansehen genießen werden, die schon im Krieg sich einen Platz in den Gemütern errangen."

Eine Quellensammlung zu den gegenwärtigen politischen Problemen erscheint in dem Rahmen von kleinen Heften, die ursprünglich nur für den geschichtlichen Unterricht an höheren Schulen bestimmt waren und nun auch für die Allgemein-

Digitized by Google

heit wichtig werden. Der Ausbruch des Weltkrieges, die Mobilmachung, die Kämpfe um die deutsch-italienischen Grenzgebiete, die Geschichte Österreich-Ungarns, das preußische und deutsche Heer, die Ostseeprovinzen, die Begriffe Krieg, Vaterland werden in Quellenstücken veranschaulicht, die auf jedes erklärende Wort verzichten und allein durch sich selbst und durch ihre Zusammenstellung wirken. Preis 40 Pf. das Heft. (B. G. Teubner, Leipzig.)

Über die Grundlagen des Pazifismus unterrichtet eine Schrift von Dr. Alfred H. Fried (Orell Füßli, Zürich). Begründungen und Ziele der sozialistischen Bewegung werden referierend dargestellt.

Eine kulturgeschichtliche und sozialpolitische Studie von Sir Oliver Lodge würdigt Kant, Fichte und Hegel und begründet „unseren geistigen Niedergang" durch den Einfluß von Nietzsche, Treitschke und Bernhardi, also die Entwicklung zur materialistischen Weltanschauung, Auflehnung gegen das Christentum, zum Bekenntnis zum napoleonischen Ideal eines einzelnen, autokratischen Staates, dem alle anderen untertan sein sollen. In einer Untersuchung der Gegenwart wird Deutschlands Kultur als eine einfache Nutzbarmachung aller praktischen Wissenschaften für die Bereitschaft zum Kriege dargestellt. Ein dritter Teil gibt Ausblicke in die Zeit nach dem Kriege. Deutsche Forschung wird gelobt und die Hoffnung ausgesprochen, in der Wissenschaft das Bindeglied der Völker zu finden.

Mit den Bulgaren ist Adolf Köster durch Serbien und Mazedonien gezogen. Unter diesem Titel gibt er bei Albert Langen (München) seine Kriegsberichte heraus, die von Land und Leuten, historisch-politischem Zusammenhang, von Volkstum und Gebräuchen wie vom Krieg und Kriegsleben handeln, abwechslungsreich Wesentliches und Bemerkenswertes schildern.

Zeitung der 10. Armee. Die Zeitung der 10. Armee sendet uns ihre Nummer 148 zu. Die Nummer ist der deutschen Schule gewidmet. Sie handelt über „Unterrichtsfragen in der Kriegszeit", über Musikunterricht, über die Ziele der zukünftigen Schule, über Jugendpflege und ihren Wert im Kriege usw. — Welch' ein Zeugnis für die Daseinskraft und Zuversicht unserer Kämpfer, die stündlich dem Tode ins Auge sehen!

Unsere Zwölfjährigen und der Krieg. Marx-Lobsien in Kiel hat Beobachtungen über die Eindrücke gesammelt, die der Krieg auf die Zwölfjährigen gemacht hat. (Sämannschrift Nr. 18 bei B. G. Teubner in Leipzig.) Von den Beobachtungen sind wirklich fruchtbar nur die Antworten auf die Frage, wie sich die Kinder das Schlachtfeld vorstellen. Alle übrigen Fragen (unser gefährlichster Gegner, unsere Verbündeten, Kriegsgründe, Kriegsziele, unser größter Sieg, Landung in England, Nutzen der U-Boote usw.) können nur zu Wiederholungen der Schlagwörter führen, die Kinder aus den Gesprächen der Erwachsenen oder aus einem Blick in die Zeitungen auffangen. Es ist also unpädagogisch, solche Fragen zu stellen, und unfruchtbar, die Ergebnisse zu sammeln.

Digitized by Google

Literatur

Außenhandelsamt, ein Zentralamt zur Förderung des deutschen Außenhandels. Von Prof. Dr. Max Apt. Leipzig 1916, Verlag von Quelle & Meyer.

Mit der sehr aktuellen Frage der Förderung der deutschen Ausfuhr befaßt sich in der vorliegenden Broschüre der Syndikus der Ältesten der Kaufmannschaft, Prof. Dr. Max Apt. Er gibt zunächst eine Übersicht darüber, was im Auslande geschehen ist, um nach Kriegsbeendigung den deutschen Außenhandel vom Weltmarkt zu vertreiben oder ihm das Dasein zu erschweren. Daran schließt sich eine Zusammenstellung über die bis jetzt bestehenden Einrichtungen zur Förderung des Außenhandels in anderen Ländern. Die Gegenüberstellung ist sehr interessant. Sie zeigt uns, welche Anstrengungen man im Auslande gemacht hat, um den Export zu erleichtern und den Wettbewerb auf dem Weltmarkt zu ermöglichen. Namentlich in Nordamerika hat man auf diesem Gebiete viel geleistet. In Deutschland ist die Wissenschaft in der Forschung des Materials nicht müßig gewesen. Aus der neueren Zeit besitzen wir eine ganze Reihe von Vorschlägen über die Förderung des Außenhandels. Die wesentlichsten Forderungen, die bisher erhoben worden sind, werden vom Verfasser kurz zusammengestellt. Daran knüpft sich eine Erörterung der Stellung der Handelsorganisationen und der deutschen Regierung zur Frage der Exportförderung an. Nach Untersuchung der gemachten Vorschläge und der Forderungen, die aus der Praxis erhoben werden, zeigt der Verfasser, wie im Auslande die einzelnen Institute arbeiten, und fordert, daß man in Deutschland nach dem Kriege die Hebung des Exportes in einem besonderen Reichsamt konzentriert. Er weist darauf hin, daß zurzeit zwei Reichsämter sich mit der Förderung des deutschen Außenhandels beschäftigen, nämlich: das Reichsamt des Innern und das Auswärtige Amt. Da aber das Reichsamt des Innern über nicht weniger als 21 Ressorts verfügt, so wird es sich als zwingend notwendig erweisen, diese Behörde nach dem Kriege noch mehr als jetzt geschieht, zu entlasten. Diese Entlastung soll durch eine besondere Reichsbehörde, das Außenhandelsamt, erfolgen. Der Verfasser schlägt eine besondere Konstruktion für dieses Amt vor und zwar soll sich an der Errichtung dieses Amtes nicht nur die Reichsregierung beteiligen, sondern auch die wirtschaftlichen Interessenten, ein Vorschlag, der freilich in der Tagespresse auch an einzelnen Stellen gewisse Bedenken hervorgerufen hat. Dem Verfasser schwebt für die Organisation das Informationsbureau des Philadelphia-Institutes als nachahmenswert vor, das eine Reihe von Unterabteilungen besitzt, die sich sehr bewährt haben. Im einzelnen werden in der Broschüre bemerkenswerte Vorschläge gemacht, wie ein solches Amt ausgestaltet werden soll. Wie man auch zu den einzelnen Vorschlägen stehen mag, jeder Leser der Broschüre wird zugeben, daß das Aptsche Büchlein einen sehr wertvollen Beitrag zur Frage

Digitized by Google

der Förderung des deutschen Außenhandels darstellt, und jeder wird mit dem Verfasser der Ansicht sein, daß eine besondere Organisation des Außenhandels nach dem Kriege notwendig ist, damit planmäßig alles geschieht, was unseren Export, auf den wir im Interesse unserer Zahlungs- und Handelsbilanz unbedingt angewiesen sind, fördern kann. Otto Jöhlinger

C. Fritzsche, Die Englandpolitik Friedrich Wilhelm IV. (Heft 13 der Bibliothek für Volks- und Weltwirtschaft, herausgegeben von Prof. Dr. F. v. Mammen), Dresden, Verlag „Globus".

In der Geschichte der deutsch-englischen Beziehungen bildet die Zeit Friedrich Wilhelm IV. ein an bitteren Erfahrungen und schmerzlichen Erinnerungen besonders reiches Kapitel. Von seiner Thronbesteigung an ist dieser Fürst der englischen Regierung mit unbedingtem, uns heute geradezu unbegreiflichem Vertrauen begegnet. Seine stark gefühlsmäßige, christlich-romantische Weltauffassung erblickte in dem Inselreiche, der ersten protestantischen Großmacht, Preußens natürlichen Bundesgenossen. Die Einigkeit im Glauben galt ihm als die sicherste Bürgschaft für die Gemeinsamkeit der politischen Ziele. Dazu kam eine unklare Begeisterung für die englische Verfassung, die in der Wirklichkeit den politischen Idealen des Hohenzollern sehr wenig entsprach, und eine persönliche Verehrung für die junge Königin, als deren „Allertreuesten und Allersichersten Alliierten" der ritterliche Monarch sich überzeugungsvoll bekannte. Der wahre Charakter der englischen Politik, die, jeder sentimentalen Regung bar, von jeher gleißnerische Freundlichkeit und brutale Rücksichtslosigkeit gleich meisterhaft zu gebrauchen verstand, ist dem König zeitlebens verborgen geblieben. So waren denn alle seine Versuche, die Unterstützung Englands in politischen Schwierigkeiten (Schleswig-Holsteinische Frage, Unionspolitik, Krimkrieg, Neuenburger Händel) sich zu sichern, von vornherein zum Scheitern bestimmt. Ein schweres Teil der Schuld an diesen Mißerfolgen trifft den damaligen preußischen Vertreter am englischen Hofe, Josias Freiherr von Bunsen, der, völlig verengländert, dazu lächerlich eitel und in politischen Dingen urteilslos sich zum blinden Vollstrecker der englischen Pläne hergab und seine diplomatische Pflicht so gröblich verletzte, daß ihn der allzu nachsichtige königliche Freund endlich abberufen mußte. Sein Nachkomme hat im August 1914 Englands Kriegserklärung in Wien überreicht!) Es ist in diesen Tagen, da unverbesserliche Optimisten noch immer von einer Verständigung mit England träumen, von besonderem Reiz, in der lebendig geschriebenen Schrift von C. Fritzsche, die sich auf die als grundlegend anerkannte Geschichtsdarstellung und Denkwürdigkeiten der Zeitgenossen stützt, jene politischen Vorgänge im Zusammenhange zu verfolgen. Sie erbringen aufs neue den unumstößlichen Beweis, daß England bei jeder Gelegenheit mit allen Mitteln einer hinterhältigen Politik dem Erstarken Deutschlands entgegengearbeitet hat und in ihm wohl einen ergebenen Schützling, aber niemals eine gleichberechtigte Macht anzuerkennen gewillt ist.

Dr. W. St.

Nachdruck aus dem Inhalt unter genauer Quellenangabe gestattet.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Weimar
Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

1. Jahrgang • 8. Dezember 1916 • Heft 50

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Tittoni und sein Nachfolger

Von Werner Weisbach

Der frühere Botschafter Italiens in Paris, der eben seinen Posten verlassen hat, gilt in seinem Lande als einer der fähigsten Politiker und Diplomaten. Über die Ursachen, die Tittoni zu seinem Rücktritt veranlaßten, verlautet in der Öffentlichkeit nichts weiter, als daß er durch seinen Gesundheitszustand gezwungen sei, ein milderes Klima aufzusuchen. Da er seinen Wohnsitz in Rom nimmt, so wird er als Senator des Königreichs weiterhin Gelegenheit haben, politischen Einfluß auszuüben und seine Erfahrungen zu verwerten.

Die Pariser Stellung hatte er im Jahre 1909 übernommen, nachdem er sechs Jahre lang Minister des Auswärtigen gewesen war. Giolitti hat ihn in sein Ministerium berufen, und nur in den wenigen Monaten des Jahres 1906, als dieser die Ministerpräsidentschaft verloren hatte, war auch er abgetreten und zum Botschafter in London ernannt worden. Die Epoche, während der er die äußeren Geschäfte leitete, ist eine der wichtigsten nicht nur für die Orientierung Italiens, sondern auch für die Weltpolitik gewesen. In ihr wurden die Knoten geschürzt, die sich so verwirrten, daß daraus die gewaltsame Zerschneidung durch die europäische Katastrophe folgte. In diese Zeit fielen die Besuche des Königs von England in Gaëta und des russischen Zaren in Racconigi und die sich daran knüpfenden politischen Folgen, ferner die Konferenz von Algeciras, die Annexion von Bosnien und der Herzegowina.

Es war Tittonis Aufgabe, den Dreibund über alle Fährnisse hin aufrecht zu erhalten und für ihn gegen eine sehr heftige und lärmende Opposi-

Digitized by Google

tion einzutreten. In der großen Kammerrede vom 18. Dezember 1906, in der er nach Algeciras seine Staatskunst verteidigte, hat er sich über die Taktik des Interessenausgleichs, über „die Kompliziertheit der Bündnisse, Freundschaften, Ententes cordiales" ausgesprochen und Italiens gleichzeitige Politik des Dreibunds und der Freundschaften dagegen, daß sie machiavellistisch genannt werden könne, in Schutz genommen. Und wiederum nach dem englischen Königsbesuch, nach den Besprechungen mit Bülow in Rapallo, nach der Reise des italienischen Königs nach Athen pries er „dieses System von Bündnissen, Freundschaften und Spezialabkommen, das übrigens keine italienische Erfindung, sondern das charakteristische Gesicht der modernen Weltpolitik ist". Es war für ihn der Weisheit letzter Schluß, das wesentliche Mittel, die Gefahr eines europäischen Krieges zu beschwören — denn, sagte er einmal in einer Rede, „die Folgen eines Krieges zwischen den Großmächten lassen sich kurz in die Worte fassen: allgemeiner Zusammenbruch Europas".

Als ein Grundsatz kehrte in seinen Reden immer wieder, daß allenthalben die Verantwortungslosen es seien, die eine unausgesetzte Gefahr für den Frieden bedeuteten. Mit ihnen rechtet er, daß durch ihren Ungestüm die sachliche und einheitliche Geschäftsführung der Regierung beeinträchtigt würde. Wie mag es ihn da wohl berührt haben, als während der Zeit der italienischen Neutralität die Horde der Verantwortungslosen losgelassen wurde!

In seiner Dreibund-Politik sah sich Tittoni aufs schärfste bekämpft von den Demokraten verschiedener Schattierung, die ihre Neigung zu den Westmächten Frankreich und England hinzog. Mit dem redegewandten Republikaner Barzilai, dem Minister des abgedankten Kabinetts Salandra, hat er mehr als eine Klinge gekreuzt. Der mit ungewöhnlicher agitatorischer Begabung ausgestattete Triestiner war das Haupt der unversöhnlichen antiösterreichischen Gesinnung. Als Tittoni Leute dieses Schlages unbequem waren, da wußte er in einer Kammerrede vom 15. Dezember 1903 wohl empörte Worte zu finden gegen den „irredentistischen Dilettantismus in Universität und Parlament". Seine politischen Gegner wollten ihn in seiner Schaukelpolitik zu einer Entscheidung drängen zwischen dem Dreibund und dem Anschluß an die Westmächte. Im Frühling 1906, als die internationale Lage ein recht bedrohliches An

Digitized by Google

sehen hatte, schrieb der bekannte demokratische Publizist, Francesco Papafava, in einem seiner Monatsberichte für das „Giornale degli Economisti", die 1913 gesammelt in einer zweibändigen Ausgabe erschienen: „Die Grundfrage ist die: zu wem sollen wir im Fall eines Krieges zwischen Frankreich und Deutschland halten? Wer auf die Vertragsakten sieht, wird antworten: ‚zu Deutschland'; wer auf die Gefühle der Nationen sieht, antwortet: ‚zu Frankreich'. Frankreich und England bedeuten etwas, das mit unserer nationalen Seele mehr zusammenklingt als Deutschland und Österreich, und man weiß, welche außerordentliche Bedeutung das Gefühl im Kriege und bei den Vorbereitungen für einen Krieg hat."

Seit seinem Austritt aus der Regierung lag Tittoni die Aufgabe ob, die Beziehungen zwischen Frankreich und Italien zu pflegen, und die Presse beider Länder stellt ihm bei seinem Scheiden von Paris das Zeugnis aus, daß er das in hervorragendem Maße verstanden hat. Wie tief die Interessengemeinschaft und die gegenseitige Neigung der Nationen geführt worden ist, läßt sich heute, wo sie durch die Not des Krieges aneinander geschmiedet sind, nicht ermessen. Es gibt aber eine ganze Anzahl stachliger Probleme, an denen sich die Gemüter in der Erregung hüben und drüben festhaken. In Frankreich hegt man zuweilen den Verdacht, daß die militärische Unterstützung, die Italien den gemeinsamen Operationen des Vierverbands zuteil werden läßt, nicht genüge und den ihm zu Gebote stehenden Mitteln nicht entspräche. Die Italiener nehmen an dem Philhellenismus gewisser französischer Kreise und an ihrem Liebäugeln mit den Südslawen Ärgernis. Das gibt gelegentlich zu recht scharfen Auseinandersetzungen Anlaß. Alle Steine sind also von Tittoni nicht aus dem Wege geräumt worden.

In der Zeit des Botschafterwechsels wollte gerade Bissolati, der demokratische Störenfried des Ministeriums der nationalen Eintracht, eine Extratour nach Frankreich unternehmen, um seinerseits für eine Auffrischung der Stimmung zwischen den beiden Ländern Sorge zu tragen. Böse Zungen sagten ihm nach, er hätte den Franzosen einige hunderttausend italienischer Soldaten für ihre Front zugedacht. Aber nach der so arg mißglückten Rede in Brescia zur Feier des irredentistischen Märtyrers Cesare Battisti, durch die er alle Parteien verhetzt hatte, wollte man sich wohl nicht auch noch den unübersehbaren Eventualitäten und Gefahren

Digitized by Google

einer solchen Mission aussetzen. Der Ministerpräsident Boselli hat, wie Bissolati selbst erklärt hat, ihm, als schon sein Gepäck bereit stand, die Genehmigung zur Abfahrt versagt.

Ob Tittoni dabei die Hand im Spiele hatte, das unbequeme und undisziplinierte Regierungsmitglied von dem Terrain seiner besonderen Fürsorge fernzuhalten, läßt sich nicht übersehen. Er ist zunächst noch in Paris geblieben, um seinen Nachfolger in das Amt einzuführen und erst in den letzten Novembertagen nach Rom übergesiedelt.

Wie Fürst Bülow, der zu derselben kritischen Zeit, als Tittoni dem Ministerium des Äußeren vorstand, deutscher Reichskanzler war, sich veranlaßt sah, in seiner Schrift: „Deutsche Politik" die staatsmännischen Grundzüge, die ihn leiteten, zu entwickeln, so hat auch Tittoni das Bedürfnis gefühlt, die Art seiner Führung der Geschäfte angesichts des in Flammen stehenden Europa zu rechtfertigen. Er tat es in einem Aufsatz der „Nuova Antologia" vom 16. September dieses Jahres. Hier versucht er verständlich zu machen, wie sich aus seiner früheren Dreibund-Politik, für deren Zweckmäßigkeit er sich wiederum einsetzt, mit logischer Folgerichtigkeit die heutige italienische Politik entwickelt habe. Um sich und sein Land von dem Vorwurf des Vertragsbruchs zu entlasten, stellt er die Behauptung auf, er habe durch sein am 26. Juli 1914 der französischen Regierung gesandtes Telegramm, in dem er ihr den Entschluß Italiens, neutral zu bleiben, bekannt gab, nur einen Druck auf die österreichische und deutsche Regierung ausüben wollen, um sie in letzter Stunde von ihrem kriegerischen Unternehmen zurückzuhalten. Die Umstände, unter denen der europäische Konflikt sich entspann, stellt er in Parallele zu der Lage, vor der die Großmächte im Jahre 1909 gelegentlich der Annexion von Bosnien und der Herzegowina standen. Damals sei es den gemeinsamen Bemühungen von ihm und Sir Edward Grey gelungen, Österreich von einem Angriff auf Serbien abzuhalten, die Streitpunkte durch eine Verständigungspolitik auszugleichen und so den Frieden der Welt zu bewahren. Ganz ähnlich hätten die Verhältnisse im Jahre 1914 gelegen; nur bestand diesmal Österreich auf dem Überfall Serbiens. Der Apologet läßt aber bei seinen Folgerungen ganz außer acht, daß damals kein österreichischer Thronfolger ermordet worden war.

Die Selbstrechtfertigung Tittonis scheint in seinem Lande ihre Wirkung

Digitized by Google

nicht verfehlt zu haben. Man bezog sich öfter auf sie in den Nachrufen, die ihm beim Verlassen des Pariser Postens gewidmet wurden. Einstimmig war die dankbare Hochachtung, die man ihm bei dieser Gelegenheit darbrachte. Auch die klerikale Presse, die in manchen Fällen als Stimmungsmesser angesehen werden kann, beteiligte sich an der Ovation. Das besagt, daß ihr Tittoni nicht als einer der Intransigenten und Unversöhnlichen gilt. Den Wünschen der Katholiken kommt er entgegen, indem er sich dahin ausgesprochen hat, es müßten beim Friedensschlusse Mittel und Wege gefunden werden, um durch eine Beschränkung der Rüstungen die Gefahr künftiger Kriege möglichst einzuschränken. „Er erinnerte daran," schreibt der bekannte klerikale Politiker Marchese Filippo Crispolti, „daß nicht unter den Eindrücken des Krieges Beziehungen zwischen den Nationen aufs Spiel gesetzt werden dürften, die weiterbestehen müssen, wenn einmal die Kriegspsychose vorüber sein wird."

War Tittoni aus dem parlamentarischen Leben hervorgegangen, in den Zentren des politischen Europa eine bekannte und geschätzte Persönlichkeit, und in ständiger Berührung mit den treibenden staatlichen Kräften, so ist sein Nachfolger ein neuer Mann, der ganz im diplomatischen Auslandsdienst groß geworden ist. Marchese Salvago Raggi, der aus Ligurien stammt, ist erst 49 Jahre alt. Er war während des Boxeraufstandes Gesandter in Peking und soll sich bei dieser Gelegenheit, wie ihm nachgerühmt wird, durch große Energie und Umsicht ausgezeichnet haben. Dann leitete er als Gouverneur die Kolonie Eritrea. Nach Ausbruch des Krieges trat er in das italienische Heer ein, fand jedoch bald wieder eine diplomatische Verwendung und wurde als Ministerresident nach Kairo geschickt. Seine Beförderung von dort auf den Pariser Botschafterposten erregte Aufsehen und gilt als außerordentlicher Sprung in der Karriere. Da er der Presse und den römischen politischen Kreisen fast ganz unbekannt ist, so vermag man sich nur in allgemeinen Betrachtungen darüber zu bewegen, was Sonnino wohl zu der Wahl bestimmt hat. Verschiedentlich wurde geltend gemacht, daß er wegen seiner ausschließlichen Betätigung in überseeischem und kolonialem Gebiete mehr für London als für Paris befähigt sei.

Auffallend kühl wurde seine Ernennung von der demokratisch-freimaurerischen Presse aufgenommen, der ja eine Pflege der italienisch-

Digitized by Google

französischen Beziehungen besonders am Herzen liegt. Ihr Organ in Mailand, der „Secolo", meint, es gäbe auch außerhalb der diplomatischen Zunft wohl jemanden, der Salvago Raggi an Geschicklichkeit und Auszeichnung übertrafe. Das römische Blatt „Il Messaggero" hat auszusetzen, daß er infolge der Art seiner Laufbahn gar keine Beziehungen, Sympathien und Anknüpfungspunkte in der Presse hätte, worauf es in einem Milieu, wie dem Pariser, besonders ankomme. Dem Minister des Äußern, dem großen Schweiger, habe er sich wohl durch eine gewisse Verwandtschaft ihrer Naturen empfohlen. „Sonnino hat ihn offenbar gewählt, außer wegen seiner hohen geistigen Fähigkeiten, wegen seines Temperaments, das dem seinigen ähnelt, und das ihn ihm sympathisch machen muß aus denselben Gründen, die ihn der Mehrheit der Menschen fernrücken. Er hat keine Parteigänger in der politischen Welt, keine Zeitungen oder Journalisten zu Freunden, ist höflich aber kalt und verschlossen wie ein gegen alle Einbrecherkünste gesicherter Geldschrank — das heißt, auch für die geschicktesten journalistischen Anzapfungen unzugänglich. Wenn er englisch spricht, möchte man darauf schwören, daß er ein vollendeter britischer Gentleman ist — so fern steht er dem lateinischen Wesen."

Daß dieses Porträt mit Liebe entworfen sei, wird kaum jemand behaupten wollen, und namentlich der boshafte Schlußsatz wendet sich geradezu gegen die Begabung Salvago Raggis als Nachfolger von Tittoni. Mag auch die Zeichnung von einer gegnerischen Feder herrühren, man wird ihr doch vielleicht einzelne charakteristische Züge entnehmen können. Ein besser begründetes Urteil wird man sich aufsparen müssen, bis von dem neuen Botschafter erst Handlungen bekannt geworden sind. Zunächst liegt als einzige Äußerung von ihm die Ansprache vor, die er bei dem offiziellen Empfang im Elysee an den Präsidenten der Französischen Republik gehalten hat. Er verspricht darin, die Beziehungen zwischen den beiden Ländern weiterzuführen in der Richtung, die sein ausgezeichneter Vorgänger angegeben hat, und erhebt — nach dem genugsam bekannten Schema — das gemeinsame Kriegsziel der lateinischen Schwesternationen: „die Verteidigung eines Ideals der Freiheit und Gerechtigkeit"; die gewöhnliche rhetorische Formel, mit der den blutenden Völkern der verfaulte Brocken eines abgestandenen Idealismus vorgeworfen wird — mag sie von einem Tittoni oder einem Salvago Raggi kommen.

Digitized by Google

Streiflichter zur Weltlage XXI

(23. November 1916)

Von Professor Dr. Schiemann

In England, Frankreich und Rußland steht — platonisch — die polnische Frage auf der Tagesordnung. Man hätte in London und Paris gewünscht, daß die deutsche Proklamation des „unabhängigen, konstitutionellen Königreichs Polen" in irgendwelcher Weise übertrumpft worden wäre. Als es trotz des überwiegenden Einflusses, den der englische Botschafter in Petersburg, Buchanan, ausübt, nicht gelang, dieses Ziel zu erreichen, griff man auf die Proklamation Nikolai Nikolajewitschs zurück, die den Polen Autonomie versprach und die Eroberung von Ostpreußen, Schlesien, Posen und Galizien in Aussicht stellte. Aber die Erinnerung an diese weitgehenden Verheißungen des Großfürsten zog um so weniger, als Rußland seither nur von Niederlagen zu berichten hatte. Wenn man heute Wahrscheinlichkeit gegen Wahrscheinlichkeit abwägen wollte, spricht sehr viel dafür, daß die Waffen der Mittelmächte noch weiter nach Osten vordringen — nach Wolhynien, Podolien, Kiew —, sehr wenig für ein Vordringen Rußlands über die Grenzen hinaus, die unsere Schützengräben den Russen gesetzt haben. Die Dampfwalze, die Ostpreußen und Galizien verwüstet hat, kann Polen nicht mehr schädigen. Polen ist wirklich wiedererstanden und im Begriff, sich militärisch zu organisieren, um im Bunde mit uns, in größerem Umfange als bisher, einen Anteil an der Behauptnng des neu erstandenen Königreichs für sich in Anspruch nehmen zu können, denn trotz der ruhmvollen Kämpfe der polnischen Legionen auf galizischem Boden ist das „Königreich" ein Geschenk, das der polnischen Nation fast ohne ihr Zutun in den Schoß gefallen ist, so daß man noch heute von russisch-gesinnten Polen in Warschau und in Lublin reden kann. Darüber sich zu wundern, oder gar zu entrüsten, liegt keinerlei Grund vor. Land und Leute befinden sich in einem Übergangsstadium, und es fällt ihnen offenbar nicht leicht, zu verstehen, daß die Okkupationsregierung in währendem Kriege dem staatlichen und wirtschaftlichen Leben Beschränkungen auferlegen muß. Vielleicht am schwersten tragen die Polen daran, daß eine Demarkationslinie das deutsch verwaltete General-Gouvernement Warschau vom General-Gou-

Digitized by Google

vernement Lublin trennt, das von Österreich verwaltet wird. Auch liegt auf der Hand, daß aus politischen wie aus militärischen Gründen das ehemalige Kongreßpolen schon jetzt zu einer Einheit zusammengefaßt werden muß, und daß die einheitliche Spitze des bis zum Friedensschluß notwendigen Provisoriums nur eine deutsche sein kann. Die ungeteilte Anerkennung, die sich der General von Beseler unter den schwierigsten Verhältnissen zu erwerben vermocht hat, legt es nahe, daß an ihn als an den „Statthalter" gedacht wird, der dem „Könige" Polen im Namen Deutschlands und Österreich-Ungarns dereinst zu übergeben haben wird. Dadurch, daß Österreich-Ungarn die früheren polnischen Legionen als polnisches Hilfskorps dem Warschauer General-Gouverneur zur Übernahme in ein noch zu bildendes polnisches Heer zugeführt hat, ist ein erster Anfang für diese unerläßliche Verschmelzung geschehen. Am Sonntag, den 26., haben diese Erstlinge des „polnischen Heeres" ihren Einzug in Warschau gehalten, und man darf wohl annehmen, daß der Zuzug von Freiwilligen nunmehr rüstig fortschreiten wird. Tempo und Umfang des Zuströmens werden für Freund und Feind ein Maßstab für die Aufrichtigkeit des polnischen Anschlusses an die Mittelmächte sein, gleichsam ein Thermometer, das den Grad des polnischen Patriotismus anzeigt.

Während diese Zeilen geschrieben werden, finden in Warschau Beratungen über die Organisation des provisorischen Staatsrats statt. Auch dabei wird es von entscheidender Bedeutung sein, daß ihm eine einheitliche Spitze gegeben wird, die naturgemäß nur der Statthalter sein kann, wenn anders nicht ein lähmendes Hin und Her zwischen Wien und Berlin jede rationelle Entwicklung hemmen oder gar unmöglich machen soll. Es sind da ungeheure Aufgaben, die neben der Verteidigung der Ostgrenze des neuen Königreichs gelöst werden müssen, und die bereits mit mächtigen Schritten der Lösung entgegengeführt werden. Das Land ist entseucht worden; daß Flecktyphus, Cholera und Pocken so gut wie völlig geschwunden sind, ist ein Verdienst der deutschen Okkupation, sie hat die Universität Warschau so ins Leben gerufen, daß sie bereits heute, fast könnte man sagen „normal" funktioniert, das gesamte Wege- und Eisenbahnnetz des Landes ist teils wieder instand gesetzt, teils völlig neu geschaffen worden, Handel und Wandel haben sich in die neue Lage gefunden, welche die Hungerblockade Englands auch für Polen geschaffen hat, und von Hunger

Digitized by Google

— wie er unzweifelhaft in Rußland drückt — kann im Okkupationsgebiet keine Rede sein. Als eine höchste Anerkennung verdienende Leistung der Polen sei die von der polnischen Miliz übernommene Straßenpolizei Warschaus hervorgehoben; sie hält musterhaft Ordnung, höflich und umsichtig, so daß keinerlei Unordnungen vorkommen. Aber, wie gesagt, es ist noch unendlich viel zu tun und ganz undenkbar, schon jetzt die Verwaltung durch den Staatsrat ganz in polnische Hände übergehen zu lassen. Es ist dabei zu bedenken, daß in der russischen Zeit die Polen als politisch verdächtige Elemente von jeder Teilnahme an der Regierung von Kongreßpolen ferngehalten wurden. Sie haben nur die sogenannten freien Berufe ausgeübt und müßten erst geschult werden, wenn sie ersprießliche Arbeit leisten sollen. Auch ist nicht zu übersehen, daß die überall korrupte russische Verwaltung korrumpierend gewirkt hat. Es unterliegt keinem Zweifel, daß ein bedeutender Teil der russischen politischen Polizei in Warschau zurückgeblieben und die Bevölkerung in russischem Interesse zu beeinflussen bemüht ist. Auch unter der bäuerlichen Bevölkerung, die von den Russen in der letzten Zeit ihrer politischen Herrlichkei sehr absichtlich bevorzugt und verwöhnt wurden, sind russische Sympathien zu finden, endlich gibt es nicht wenige ängstliche Gemüter, die eine Rückkehr der Russen nicht für ausgeschlossen halten und deshalb — nun, sagen wir — sehr zurückhaltend sind. Alle diese Dinge können sich erst zum Besseren wenden, wenn der „Statthalter" mit voller Regierungsgewalt in Funktion tritt.

So gut wie gar kein Echo hat der Protest der polnischen Emigranten gegen die Proklamierung des Königreichs Polen gefunden. Er bedeutete nicht mehr als eine Wiederholung der von der französischen und englischen Presse ausgegebenen Losungsworte. Herr Maximilian Harden hat sich das eigenartige Verdienst erworben, den Gegnern der von uns ins Leben gerufenen Polenpolitik ein neues Argument für ihren Protest geliefert zu haben. Es fehle dem Manifest die Unterschrift des Reichskanzlers! Das „Journal des Débats" folgert daraus, daß die Proklamation des Königreichs Polen als „nulle et non avenue"[1] zu betrachten sei.

Mehr Beachtung verdienen die Verhandlungen, die in der Duma und im Petersburger Reichsrat über die Polenfrage stattgefunden haben. In der Duma gab Haruſſewicz dem Protest der Polen gegen das Manifest

[1] Ungültig und nicht erlassen.

Digitized by Google

vom 5. November Ausdruck, aber offenbar ist es nicht die Lösung Kongreßpolens von Rußland, was ihn bekümmert, sondern „das polnische Volk stimmt — wie er sagt — der deutschen Lösung nicht zu", weil es auf „die Stunde der Wiedererstehung eines freien einigen Polens" wartet, was nicht anders zu verstehen ist, als daß Haruszewicz Polen in den Grenzen von 1772 hergestellt wissen will, wobei bekanntlich Rußland die weitaus größten Verluste an Land und Leuten erleiden müßte. Den gleichen Ton schlug der Vertreter des polnischen Kolo, Schebeko, im Reichsrat an. Schebeko ist, wie sein Name beweist, Ukrainer, aber offenbar völlig Pole geworden, wie so viele seine Landsleute. Auch er verlangte die Vereinigung aller polnischen Lande und die Wiederherstellung eines freien Polen. Die Antwort darauf gab im Namen der Rechten der frühere Justizminister Schtscheglowitow: „Ihr König ist der russische Imperator, denn von dem Throne des russischen Imperators ist der Thron des Zartums Polen nicht zu trennen." Er erinnerte an das bekannte Wort Puschkins, daß die Slawen im russischen Meer aufgehen würden, erhielt aber darauf von Schebeko die bezeichnende Antwort: „Wenn es Leute gibt, die glauben, daß man das polnische Volk mit dem Versprechen aufmuntern kann, daß es wie ein Fluß im russischen Meer aufgehen wird, und wenn man sich dabei auf den historischen Vers Puschkins beruft, so glaube ich, daß solche Leute das polnische Volk auf einen schlechten Weg drängen, nicht auf den slawischen. Das polnische Volk ist der Ansicht, daß es als Nation seinen eigenen selbständigen Wert hat und daß es nicht in irgendwelchem Meer aufzugehen braucht ..." Der Eindruck, den uns diese polnischen Stimmen in den russischen Vertretungskörpern machen, ist nicht ungünstig. Sie haben sich nicht blindlings der vorherrschenden Strömung hingegeben, und gegen die Russifizierungspolitik tapfer protestiert; daß sie sich nicht öffentlich für das neue Königreich erklären konnten, ist natürlich, und wäre nur jenseits der russischen Grenzpfähle möglich gewesen. Herr Lempicki hat das korrekte Beispiel gegeben, indem er sein Mandat als Mitglied der Duma öffentlich niederlegte. Er gehörte dem Kolo Polskie an, das ist derselben polnischen Partei im russischen Parlament, zu der die Herren Haruszewicz und Schebeko noch heute gehören. Es läßt sich aber den Äußerungen von Polen auf russischem Boden und vollends in russischen Vertretungskörperschaften keine andere Bedeutung beimessen

Digitized by Google

als eine opportunistische. In dem heutigen Rußland steht nichts auf sicherem Boden. Die Verhandlungen der Duma haben den erwarteten stürmischen regierungsfeindlichen Verlauf allerdings genommen. Schon die Eröffnungsrede des Duma-Präsidenten Rodzianko klang wie eine Herausforderung der Regierung. „Die Regierung soll von uns hören, was für das Land notwendig ist . . . Die Regierung kann nicht ihren Weg abseits vom Volk gehen. Sie muß die Kräfte der Gesellschaft aufrufen — anders geht es nicht . . ." Von den Reden, die sich dem vom Präsidenten angeschlagenen Ton anschlossen, ist ein Teil ganz gestrichen, ein anderer stark beschnitten. Den größten Eindruck hat Miljukow gemacht, dem zwar seine Fraktion einen Dank aussprach, dessen Rede aber von Anfang bis zu Ende von der Zensur gestrichen wurde und der jetzt selbst, wie es heißt wegen Verleumdung, unter Anklage gestellt ist. Falls es sich bestätigen sollte, daß den Anlaß dazu beleidigende Bemerkungen über die Zarin gegeben hätten, so wäre damit bestätigt, daß der Einfluß Rasputins in letzter Zeit wieder erheblich zugenommen hat. Das steht aber erfahrungsmäßig stets in Zusammenhang mit der Sorge der Zarin um die Gesundheit des Großfürsten Thronfolgers. Am Tage nach jener Dumasitzung, am 15. November, hat dann in Kiew ein Familienrat stattgefunden, an dem die Zarin nicht persönlich, aber durch einen Vertreter teilnahm. Sie weilt zurzeit in Petersburg. Wie es heißt, wurde im Hinblick auf die Zustände im Innern des Reiches der Großfürst Nikolai Nikolajewitsch für eine Diktatorstellung in Aussicht genommen. Es folgte die Sitzung der Duma vom 18. November, die als Überraschung das Erscheinen des Kriegsministers Schuwajew und des Marineministers Grigorowitsch auf der Rednertribüne brachte. Beide betonten die Notwendigkeit des Zusammenwirkens von Heer und Flotte mit der Volksvertretung und gaben ihrer unbedingten Zuversicht auf den Sieg Rußlands Ausdruck. Jeder Tag — sagte Schuwajew — bringt uns dem Siege und den Feind dem Untergang näher, eine Behauptung, die stürmischen Beifall hervorrief, obgleich die Tatsachen der Kriegslage nicht eben geeignet waren, diese Zuversicht zu rechtfertigen. Die Reden, die aus den Reihen der Abgeordneten folgten, sind von der Zensur bis auf einige einleitende Worte von Rodischtschew sämtlich von der Zensur gestrichen worden, aber die „Rjetsch" berichtet, man habe aus der Anwesenheit der Minister ge-

Digitized by Google

schlossen, daß von einer Vertagung der Duma keine Rede sein könne. Auch hebt sie hervor, daß Schuwajew mit Miljukow in freundschaftlicher Unterredung gestanden habe, was in Hinblick auf die gegen Miljukow schwebende Verleumdungsklage allerdings auffallend ist. Offenbar gehen die Ansichten in den russischen Regierungskreisen auseinander. Bald danach kam aus neutraler Quelle die Nachricht, daß der Großfürst sein Kommando über die Kaukasusarmee niedergelegt habe, um ein wichtigeres Kommando in Europa zu übernehmen, und zugleich die überraschende Kunde, daß der russische Generalstabschef Alexejew beurlaubt und durch General Hurko ersetzt worden sei.

Das alles verdient um so mehr beachtet zu werden, als es einerseits in Zusammenhang mit der Ersetzung des russischen Ministerpräsidenten Stürmer durch Trepow und dem Avancement Neratows zum Minister des Auswärtigen steht, andererseits wohl auch als Reflex der sich für die Entente immer ungünstiger gestaltenden Kriegslage zu betrachten ist. Von dem Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch erwartet man jetzt Beweise eben jener rücksichtslosen Energie, derentwegen man ihn vor einigen Monaten kalt gestellt hat, von Trepow, dem wohl in nicht zu ferner Frist auch ein neuer Minister des Innern zur Seite treten wird, vor allem Beseitigung der Nahrungsmittelnot, die bereits den Charakter einer Hungersnot anzunehmen begonnen hat. In zweiter Linie rechnet man wohl auch darauf, daß er der Duma — die zunächst auf kurze Zeit, angeblich bis zum 2. Dezember, vertagt ist — gegenüber größere Festigkeit zeigen wird, als sein Vorgänger. Alexander Feodorowitsch Trepow, Senator und Mitglied des Reichsrats, ist direkt vom Zaren zum Nachfolger Stürmers ernannt worden, den er bereits früher mehrfach vertreten hat, so z. B. in den letzten Sitzungen des Reichsrats. Trepow wurde am 31. Oktober zum Nachfolger Ruchlows als Minister der Wege und Eisenbahnen ernannt und soll durch energisches Eingreifen erreicht haben, daß die Hungersnot in Rußland nicht das gesamte Reich erfassen konnte. Die Murmaneisenbahn ist vornehmlich sein Werk und damit fällt ihm die Verantwortung für die schändliche Mißhandlung der deutschen Kriegsgefangenen zu, die zu diesen Arbeiten mißbraucht wurden.

Er ist Oberjägermeister, und es heißt, daß er ein besonderer Vertrauter des Zaren ist, soweit bei letzterem überhaupt von Vertrauen die Rede sein kann.

Digitized by Google

Der „Temps“ erinnert nicht ohne Sorge daran, daß Trepow früher zur Gruppe der sogenannten deutschfreundlichen Partei gehörte, tröstet seine Leser aber durch die Bemerkung, daß in Rußland der Zar es sei, der allein die Richtung der auswärtigen Politik bestimme, an der Entschlossenheit Nikolaus II., mit den Alliierten Hand in Hand zu gehen, aber könne kein Zweifel aufkommen. Er habe zu Trepow gegriffen, um die unermeßlichen Hilfsquellen Rußlands für den Krieg systematisch in Fluß zu bringen. Der neue Minister des Auswärtigen kann als ein alter ego[1] Ssasonows bezeichnet werden und damit ist zugleich gesagt, daß dieser wichtige Posten in vollem Einverständnis mit dem englischen Botschafter am Petersburger Hof, Buchanan, besetzt worden ist. In der Tat hat Neratow fast alle Schreiben redigiert, die das Auswärtige Amt Rußlands in der Periode ausgehen ließ, die dem Abschluß der großen, gegen Deutschland gerichteten Verschwörung vorherging. Sir George William Buchanan ist aber heute ein bestimmender Faktor der russischen Politik, und seine in London eintreffenden Berichte schließen oder öffnen den englischen Geldbeutel. Er ist es auch, der den Preis bestimmt, den Rußland den Engländern für ihre Hilfsleistungen zu entrichten hat: Konzessionen, wo immer edles Metall zu haben ist, Zugeständnisse in betreff der militärischen Pläne, die unter allen Umständen den augenblicklichen Interessen Englands entsprechen müssen, endlich geht neuerdings das Gerücht, daß England sich durch Buchanan um einen territorialen Erwerb an einer der russischen Küsten beworben habe. Unmöglich ist es nicht, wenn auch nicht wahrscheinlich, da England neuerdings außerordentlich vorsichtig geworden ist, wenn es sich um Aufgaben handelt, die seine Flotte lösen soll.

Daß Teile unserer Seestreitkräfte (nach englischer Meldung sechs Torpedobootszerstörer) zweimal der Reihe nach in Abständen von nur vier Tagen in den Kanal dringen und das erstemal Ramsgate beschießen, das zweitemal bei Lowestoft ein feindliches Wachtschiff versenken und einige neutrale Dampfer anhalten und untersuchen konnte, ohne daß die englische Flotte nur ein Lebenszeichen zu geben vermochte, beweist jedenfalls, wie unendlich der Unternehmungsgeist unserer Marine dem der englischen überlegen ist. England verbraucht heute, wie stets vorher, was es an Energie aufbringt an Mißhandlung der Schwachen oder doch der Schwächeren. Davon wissen heute alle neutralen Staaten ohne Ausnahme

[1] anderes Ich.

Digitized by Google

zu erzählen, denn auch da, wo Frankreich den Druck ausübt, ist England die anspornende Macht; das gilt sowohl von der Schweiz, die dank ihrer Lage noch verhältnismäßig glimpflich behandelt wird, wie namentlich von Griechenland, gegen welches die Mächte der Entente mit einer Brutalität und Niedertracht vorgehen, die nur in den Annalen Englands eine Analogie — Irland — aufweist. Wir können aber wohl schon heute sagen, daß Sarrail mit seiner Saloniki-Expedition trotz der strategischen Anweisungen, die ihm der Kriegsminister Roques gebracht und trotz der Verstärkungen, die ihm zugeflossen sind, verurteilt ist, zu scheitern. Das Triumphgeschrei, das der Einnahme von Monastir folgte, ist verstummt nach der schweren Niederlage, welche Sarrail sich bei seinem Angriff auf Tirnowa geholt hat und damit auch entschieden, daß die Alliierten nichts tun können, um Rumänien der furchtbaren Züchtigung zu entziehen, die es durch seinen Treubruch heraufbeschworen hat. Es ist ein wunderbar glänzender Feldzug, den unter Leitung unseres großen Generalstabes Falkenhayn und Mackensen durchgeführt haben. Der Durchbruch durch die Pässe einerseits, der Übergang über die Donau andererseits sind Großtaten militärischer Einsicht der Führer und Heldentaten der Truppen, die alle Hindernisse bewältigt haben, die ihnen in den Weg traten. Liegt erst Rumänien ganz am Boden, so kommt auch für die Griechen die Stunde der Befreiung, und wenn Venizelos nicht den Boden des Königreichs Griechenland verläßt, für ihn die Strafe, die einem Landesverräter gebührt, es sei denn, daß England ihm jenes Asylrecht gewährt, das bisher die russischen Nihilisten dort fanden. Eine besondere Färbung erhält das Saloniki-Unternehmen noch dadurch, daß es durch rücksichtslose Opferung der Reste serbischer Volkskraft aufrecht erhalten wurde. Sie werden, da auch die Russen in der Dobrudscha und an den Grenzen der Moldau mit Vorliebe serbische Truppen ins Feuer schicken, bald völlig aufgerieben sein und das macht es verständlich, wenn jetzt die Franzosen aufs neue ihr Augenmerk den Japanern zuwenden. Der „Temps“ vom 25. November widmet der Alliance Japonaise einen Leitartikel, der den neuen Minister der Auswärtigen Motono in wahrhaft unerhörter Weise umschmeichelt, aber die französische Zensur hat nicht gestattet, die Bitte um Sendung japanischer Armeen nach Europa deutlich auszusprechen. Nach 16 gestrichenen Zeilen fährt jedoch der „Temps“ mit folgenden nicht

Digitized by Google

mißzuverstehenden Sätzen fort: „Nachdem das japanische Kaiserreich seine Aufgabe im Gelben Meer vollendet hatte, erklärte der Mikado, daß sein Volk berufen sein könnte, andere Pflichten den Alliierten gegenüber zum Abschluß zu bringen. Dachte er damals daran, einige Reserve-Armeekorps seiner bewunderungswürdigen Truppen dem Abendlande zu Hilfe zu schicken oder an die materielle Unterstützung, die den Russen jetzt zugute kommt? Ist es Schuld der Diplomaten, daß die Japaner bisher in Reserve geblieben sind, oder haben die Streitigkeiten mit China die Absichten des Herrschers gelähmt?" Vielleicht wirkte beides zusammen. Folgen 9 gestrichene Zeilen, dann heißt es weiter: „Herr Motono ist von der Größe des gemeinsamen Werkes, von seiner Wichtigkeit für alle Nationen durchdrungen. Er kennt seine Pflichten gegen die Alliierten und die Interessen seines Landes. Das bürgt dafür, daß die mächtige Hilfe der japanischen Industrie sich entwickeln wird ... folgen 6 gestrichene Zeilen, die den Schluß dieses Leitartikels gebildet haben.

Wir haben ihn hergesetzt, weil er eine ganz falsche Beurteilung der japanischen Psyche zeigt. Japan kennt keine anderen Interessen als seine eigenen, und hat im ganzen Verlauf seiner Geschichte sich niemals durch Verträge binden lassen. Wer die japanische Geschichte seit dem chinesischen Kriege kennt, darf darüber nicht im Zweifel sein und kann namentlich an der Geschichte Koreas die japanischen Methoden studieren. Man hat also zu fragen, wohin das japanische Interesse weist und darauf lautet die Antwort, auf möglichste Schwächung aller europäischen Völker, zumeist aber auf Schwächung Englands. Denn nichts kann für die Japaner gefährlicher werden als ein England, das als Sieger aus diesem Kriege hervorgeht und dann vor allem bemüht sein muß, sich seine Stellung am Großen Ozean, speziell in China, am Yangtse und wo sonst die Japaner Fuß gefaßt haben, zurückzugewinnen. Das ist so unbedingt richtig daß kein Zweifel darüber bestehen kann, daß die englischen Staatsmänner die Pläne bereits fertiggestellt haben, nach denen sie gegen Japan vorzugehen entschlossen sind, sobald sie freie Hand haben. Für diesen Zeitpunkt, der auch bei einem besiegten und unterlegenen England schließlich eintreten muß, hält Japan sich Rußland in Reserve, von dessen tiefer Erbitterung gegen England es gewiß eine ebenso klare Vorstellung hat wie Sir George Buchanan, auf den wir oben hingewiesen haben. Wie weit Japan sich

Digitized by Google

seine Zukunftsziele steckt, zeigt u. a., daß jetzt in Java ein japanischer Journalist verhaftet wurde, der die Eingeborenen gegen die niederländische Regierung aufhetzte und für den Fall eines Aufstandes japanische Hilfe versprach. Wir weisen in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die Niederlage der drei Hughes, des australischen, des kanadischen und des amerikanischen, als ein Triumph bezeichnet werden kann, der den Japanern ohne ihr Zutun in den Schoß gefallen ist. Der australische Hughes vertrat die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, was den Japanern, die in Australien ein Kolonisationsgebiet der Zukunft erkannt haben, nicht genehm sein konnte, der kanadische galt für einen entschiedenen Vertreter kanadischer Seemacht, und der von Wilson geschlagene Präsidentschaftskandidat für einen Anhänger der auf Beherrschung des Großen Ozeans gerichteten Ideen Roosevelts. Offenbar lächelt das Glück dem Reich der aufgehenden Sonne.

In allen Staaten der Mittelmächte wehen jetzt die Fahnen halbmast. Kaiser Franz Joseph ist gestorben, der Senior unter den Monarchen Europas, dem ein gnädiges Geschick noch gestattet hat zu erleben, wie der tükkische Einfall der Rumänen zurückgeschlagen und seine Truppen siegreich den Boden des Feindes betreten konnten. Friede seiner Asche! Er hat mehr tragen müssen, als die Kraft der meisten Menschen zu tragen fähig ist und hat trotz aller Schicksalsschläge den Kopf hoch gehalten bis ans Ende, stets arbeitend, nie rastend, bis schließlich die müden Augen ihm zufielen. An seine Stelle ist nun der Kaiser und König Karl getreten, in rüstiger Jugendkraft, Karl IV. in Ungarn, Karl I. in Österreich. Voll Vertrauen blicken wir ihm entgegen. Er hat in schwerer Zeit sich auf dem Schlachtfelde als Soldat und als Führer bewährt und ist uns als Bundesgenosse und als Freund unseres Kaisers auch persönlich lieb geworden. Enger als je vorher sind heute Deutschland und Österreich-Ungarn mit einander verbunden, und dabei soll es bleiben.

Nur mit Ekel läßt sich darauf hinweisen, daß der „Temps", das offizielle Organ des französischen Ministers des Auswärtigen, den Tod Franz Josephs zum Anlaß eines Schmähartikels genommen hat, der an Niedrigkeit der Gesinnung seinesgleichen schwerlich finden wird. Es ist derselbe sadistische Zug, den wir im Verlauf dieses Krieges bei den Franzosen immer aufs neue hervortreten sehen und der sich nicht scheut, selbst das Andenken

Digitized by Google

der Toten mit dem Schmutz der eigenen Seele zu beflecken. Das gehört zu den Dingen, die nur in Frankreich vorkommen können und für die wir einen gewissen Parallelismus in der anderen Tatsache finden, daß jetzt das „Journal des Débats" über den gefallenen Minister Stürmer herfällt, von dem es bis vor kurzem nicht genug Rühmens machen konnte. Die russischen Bauern haben ein Sprichwort: „Den Gefallenen schlägt man nicht!" In Frankreich hätte es nicht entstehen können, und Zola wußte was er tat, als er sein Buch von der „bête humaine"[1] schrieb.

In ein verwandtes Gebiet führt die systematische Lügenkampagne unserer Feinde, die auch vor direkter Fälschung nicht zurückschreckt. Das Neueste darin hat die Petersburger Telegraphenagentur geleistet, indem sie den russischen Mobilisationsbefehl vom 30. September 1912 in das Jahr 1914 versetzte. Da die oben erwähnte Rede des russischen Kriegsministers Schuwajew mit der Beteuerung begann, daß Zar Nikolaus II. niemals daran gedacht habe, Deutschland mit Krieg zu überziehen, wollen wir annehmen, daß nur die russische Telegraphenagentur ihm als Quelle gedient hat.

Zum Schluß sei noch unserer Befriedigung über die Ernennung von Exzellenz Zimmermann zum Staatssekretär im Auswärtigen Amt Ausdruck gegeben. Das „Journal des Débats" bemerkt zu dieser Ernennung: „C'est un adversaire dont les moindres gestes devront être suivis avec attention."[2]

Das ist ein ungewolltes Kompliment, zu dem wir den Staatssekretär beglückwünschen.

Was hat England aus Ägypten gemacht?

Von Dr. Winterer

Geographisch betrachtet ist Ägypten das Marmarameer, der Suezkanal der Bosporus der modernen mittelländischen Welt. Da letzterer im Brennpunkt zwischen Ost und West liegt, ist Ägypten der wichtigste Umschlagsplatz des internationalen Handels und ein Hauptstützpunkt für Seemacht und Weltherrschaft — Gibraltar, Malta und Ägypten — (1704, 1803, 1882). Mit diesen Worten ist die geschichtliche Entwicklung der Begründung der englischen mittelländischen Herrschaft ge-

[1] menschliche Bestie.

[2] Es ist ein Gegner, dessen geringste Bewegungen aufmerksam verfolgt werden müssen.

Digitized by Google

geben. Ägypten ist der strategische Punkt, der die Königreiche von Großbritannien und Irland mit ihren östlichen Besitzungen verbindet.

Das englische Kolonisationsprinzip läßt sich kurz definieren, daß Kolonien zum Wohle des Mutterlandes da sind. Sie sollen, wenn möglich, ihre Verwaltungskosten selbst aufbringen. Sonst dienen sie nur dazu, gewinnbringende Anlagen für das englische Kapital zu bilden und die englische Handelsbilanz entsprechend zu beeinflussen. Man könnte dieses als eine Art Neomerkantilismus bezeichnen. Daß hier die geistigen und materiellen Interessen des Landes erst in letzter Linie berücksichtigt werden, liegt auf der Hand. Die englische Regierung schützt die Bevölkerung gegen die einheimische Korruption und Mißverwaltung nicht um idealer Tendenzen willen, sondern um diese durch Garantie eines gehobenen Existenzminimums zu einer intensiveren Tätigkeit zu veranlassen.

Seit 1882 ist England de facto Herrscher in Ägypten und kennzeichnet sich seine Herrschaft in einem großen wirtschaftlichen Aufschwung des Landes. Napoleon sagt in seinen Memoiren: „Unter einer guten Verwaltung gewinnt der Nil über die Wüste, unter einer schlechten die Wüste über den Nil." Der Ausbau der Kanäle ist für Ägypten zu einer Lebensfrage geworden, seitdem durch Mehemet-Ali dieses Bewässerungssystem eingeführt wurde. Bis dahin wurde in Ägypten das vom Altertum her überlieferte System der Überschwemmungsbassins angewendet. Das Kulturland längs des Niltales ist hier durch Dämme in Bassins von 2000 bis 40000 Feddans geschieden, die sich infolge der Gestaltung der Talsohle terrassenförmig senken. Bei Eintritt der Nilhochflut werden diese unter Wasser gesetzt und die festen alluvialen Bestandteile des Wassers[1] senken sich auf die Felder nieder. Nachdem der Boden so einen Wasser- und Humusvorrat aufgesaugt hat, wird nach zirka einem Monat das

[1] Auf je 100000 Gewichtsteile Wasser kamen feste Bestandteile:

	1896	1897	1898	1899
15. Juli	9,6	9,8	20,1	13,1
15. August	96,0	163,7	186,2	112,2
15. September	156,2	155,2	128,8	120,2
15. Oktober	128,3	96,6	90,8	63,4
15. November	85,9	57,5	58,0	32,8
15. Dezember	58,2	32,7	42,9	13,8

September und Oktober Zeiten des Wasserhochstandes.

Digitized by Google

Wasser wieder abgelassen. Die Kanalbewässerung beruht nun auf dem Prinzip, daß durch Staudämme während der Hochflut soviel Wasser angesammelt wird, daß auch nach dem Fallen des Nils die Felder durch ein ausgebildetes Netz von Be- und Entwässerungskanälen entsprechend versorgt werden können. (Bahr-Jussuf-, Mamudieh-Kanal 1819—1821.) Die Engländer haben hier Großartiges geleistet und durch Vollendung der „Barrage du Nil" (1885) und Anlegen des Assiut- (1898—1902) und Assuandammes (1898—1903) große Strecken einer intensiveren Bodenwirtschaft erschlossen[1]. Die nun allgemeine Möglichkeit, 2—3 Ernten vom gleichen Land jährlich zu erzielen, hat die ägyptische Landwirtschaft günstig beeinflußt. Mißernten sind aus Ursachen einer unzureichenden Nilflut jetzt nicht mehr möglich.

Die englisch-ägyptische Regierung erleichterte die Lage des Bauern. Sie brachte ihm das freie Eigentumsrecht an seinem Grund und Boden und die Befreiung vom Frondienst (Corvée). Letzterer bestand hauptsächlich zur Reinigung der Kanäle, abgeschafft durch Gesetz von 1892. Er blieb nur in beschränktem Maßstabe als Deichzwang zur Sicherung bei Hochflut bestehen (1910: 19201 Arbeiter einberufen). Sie führte durch Gesetz von 1899 nach Anlage eines neuen Katasters eine gleichmäßige steuerliche Bodenbelastung ein, in der der Pachtwert zur Basis der Grundsteuerbemessung gemacht wurde, im Gegensatz zu den früheren Ouchouri- und Karadjiländereien, die Steuerdifferenzen von 300 % mit sich brachten. Durch Parzellierung und Verkauf der Domänen an den Fellachen erfuhr der Kleinbetrieb, der sich gerade für die ägyptischen Verhältnisse eignet, eine wesentliche Vermehrung. Es konnte jedoch dadurch nicht eine Latifundienbildung in europäischen Händen verhindert werden. Der Besitz der eingeborenen Eigentümer wurde durchschnittlich immer kleiner[2].

[1] Das ägyptische Staatsgebiet beträgt 995000 qkm, wovon 34000 qkm wirtschaftlich nutzbar sind. 11,2 Millionen Einwohner, 800 auf 1 qkm. (Belgien 571 auf 1 qkm.) 1897 waren 5002071 Feddan (à 0,42 ha), 1907 5447056 Feddan angebaut.

[2] Vergl. Pyritz, S. 11, Die volkswirtschaftliche Entwicklungstendenz in Ägypten.

	Besitzer	Fläche in Feddan	Durchschnittsgröße
1896: Eingeborene	760,731	4 427 128	5,22
Ausländer	6 529	573 819	87,88
	767 260	5 001 001	— —

Digitized by Google

Auch bei Großbetrieben ist Verpachtung die Regel, jedoch unter Einschieben einer Reihe von Zwischeninstanzen. Dieser Umstand bringt eine weitgehende Verteuerung des Landes für den kapitalschwachen Fellachen mit sich. Um ihn aus den Händen der meist griechischen Wucherer zu befreien, gründete die Regierung 1902 die Agricultural Bank of Egypt, die von den Behörden bei ihrer Tätigkeit weitgehend unterstützt, den kleinen Besitzern Darlehen zu 8 % gewährt. Dieser hohe Zinsfuß bedingt eine beträchtliche Steigerung der Produktionskosten.

Geht aus dem Dargelegten unzweifelhaft hervor, daß die englisch-ägyptische Regierung die Lage des Bauern gehoben hat, so hat sich unter ihrer Verwaltung die wirtschaftliche Struktur des Landes vollkommen geändert. Ägypten galt in der alten Zeit als Kornkammer Roms und Konstantinopels. Auch in den Jahren vor 1882 exportierte es noch nennenswert Weizen[1]. 1877 waren 20,95 %, 1902 15,38 % der Gesamtkulturfläche mit Weizen bestellt. In ähnlichem Maßstabe verringerte sich auch der Anteil für Bohnen und Gerste[2], so daß Ägypten auf weitgehenden Import von Zerealien angewiesen ist, um seinen Lebensmittelbedarf zu decken. 1909 wurden Lebensmittel im Werte von 832394 e. Pfd., 1910 im Werte von 949000 e. Pfd. eingeführt. Es bedeutet dieses, da ein achtprozentiger Einfuhrzoll besteht, eine schwere Belastung der Bevölkerung. Der Grund dieser auffallenden Änderung ist die höhere Rentabilität des Baumwollbaues, der von den Engländern auf das eifrigste gefördert wird. Bei einem Durchschnittspreis von je 100 stellte sich amerikanische Baumwolle 1908 auf 84,64, ägyptische auf 106,47 und stieg diese Differenz in den letzten Jahren immer mehr. Trotzdem Ägypten nur 6 % des Weltbedarfs an Baumwolle liefert, ist die ägyptische Baumwolle infolge ihrer hervorragenden Qualität — Länge und Feinheit der Faser — konkurrenzlos, wenn sie auch in den letzten Jahren an Ertragsmenge und Feinheit zurückgegangen ist. Es hängt dieses mit den zwanzigjährigen

1908: Eingeborene	1 303 983	4,762 017	3,65
Ausländer	6 105	710 898	116,44
	1 310 088	5 472 915	— —

[1] 1862: 179 129, 1879: 171 674, 1880: 127 650, 1898: 154 635 t à 1000 kg.

Bohnen: 1877 14,50 %, 1908 7,12 %. Gerste: 1877 11,54 %, 1908 5,80 %. Für Mais und Reis erhöhten sich die Ziffern.

Digitized by Google

Perioden der einzelnen Baumwollarten zusammen und scheint man in der Nubariwolle eine entsprechende Nachfolgerin der Mit-Afifi-Wolle gefunden zu haben. 1908 nahm die Baumwolle 21,59 % der Gesamtanbaufläche ein. Ihre Kultur ist von einer intensiven Kanalbewässerung abhängig[1] und hat sich infolge der in den letzten Jahrzehnten erfolgten Kanalbauten die mit Baumwolle bestellte Kulturfläche von 864302 Feddan im Jahre 1890, auf 1 642000 Feddan im Jahre 1910 erhöht. Im gleichen Jahre bestand die ägyptische Warenausfuhr zu 91,25 % aus Rohbaumwolle und Baumwollsamen. Der Hauptabnehmer ist England, an zweiter Stelle Deutschland. Ein wichtiger Produktionszweig bildet die Verwertung des Baumwollsamens, der außerordentlich ölhaltig ist. Die Entfaserung der Baumwolle, sowie die Ölgewinnung aus dem Samen erfolgt in einigen großen englischen Fabriken, die ein wirtschaftliches Monopol besitzen. (1905 Associated Cotton Ginners of E. Ltd., Kafr-el-Zayat-Cotton Co. Ltd., E. Salt and Soda Co. Ltd.)

Im Verhältnis zur Baumwolle sind die anderen landwirtschaftlichen Zweige Ägyptens von untergeordneter Bedeutung. Die Zuckerindustrie, die 1820 von Mehemet-Ali eingeführt wurde, ist seit 1902 in der Société Générale des Sucrereries et de la Raffinerie d'Egypte monopolisiert, welche 1905 den Konkurs anmelden mußte. Der Anbau von Zuckerrohr geht ziemlich zurück, da dieses den Boden zu sehr aussaugt und die zweijährige Kulturzeit des Rohrs für ägyptische Verhältnisse zu lange dauert. Doch hat die englische Regierung ein gewisses Entgegenkommen gezeigt, indem sie den Einfuhrzoll für Rohzucker, der in dessen Fabriken weiter verarbeitet wird, herabsetzte. Erklärlich ist dieses dadurch, daß England hier nicht besonders interessiert ist. Nicht zu unterschätzen ist die ägyptische Viehzucht, die zwar bei den gegenwärtigen hohen Bodenpreisen nicht lohnend ist und Ägypten von der Türkei Fleisch einführt. Der Fellache nützt sein Vieh nur als Last- und Zugtier ohne Rücksicht auf Milchgewinnung und Fleischproduktion. Der Tabakbau ist durch Gesetz von 1890 verboten. Wenn Ägypten auch momentan für Baumwolle eine Art Monopolstellung besitzt, so bildet diese Tendenz des Wirtschaftslebens, die sich durch

[1] Die jährliche Durchschnittstemperatur beträgt in Mittelägypten 26° C., im Delta 21,4° C., die jährliche Regenmenge ist im Durchschnitt unter 250 mm. Das Klima selbst zeichnet sich durch eine ziemlich gleichbleibende Temperatur aus.

Digitized by Google

Steigen der Bodenpreise und Produktionskosten und starker Landverschuldung[1] offenbart, eine schwere Gefahr für das Land. Es ist in einem Maßstabe in den Weltmarkt verflochten, der bei einer nur kleinen Preisschwankung — dazu kann und wird die Erschließung des Sudan das ihrige beitragen — notwendigerweise eine schwere Krisis für das Land bedeuten wird. Bis jetzt steht es sich dabei gut und hat sich seine Bevölkerung seit 1882 ungefähr verdoppelt (1882: 6831131, 1907: 11287359 Einwohner).

73 % davon sind in der Landwirtschaft, nur 11 % im Gewerbe beschäftigt.

Ägypten ist kein Industriestaat, da es sämtliches Heizmaterial, Kohlen und Petroleum, aus dem Auslande beziehen muß[2]. Außer den Zuckerraffinerien, den Entkernungsanstalten und den Ölpressen — die zwei letzteren bilden englische Konzerne — gibt es keine besondere Industrie im Lande. Das ausländische Kapital ist größtenteils in Finanz- und Terraingesellschaften angelegt, da eine Abneigung gegen industrielle Gründungen bei wiederholten schlechten Erfahrungen auf diesem Gebiete besteht. Es betrng am 31. Dezember 1907 das Aktienkapital der Finanz- und Terraingesellschaften 15797166 e. Pfd., der Industrie- und Handelsgesellschaften 6232510 e. Pfd. Man müßte sich erst ein entsprechendes Personal heranziehen und ist auch die ägyptische Baumwolle für die gröberen Fabrikate viel zu teuer. Diese Industrie war trotz der an und für sich schwierigen Verhältnisse nicht durch Schutzzölle geschützt, da der achtprozentige Wertzoll auf eingeführte Textilwaren auch von den inländischen Unternehmern erhoben wurde, angeblich als Ausgleich für den entstehenden Zollverlust — eine echt englische Maßnahme —. Die bedeutende Tabakindustrie beschäftigt hauptsächlich nur griechische Arbeiter. Durch Gesetz von 1890 wurde die Tabaksteuer, deren Erträgnis 45 % der Gesamtzolleinnahmen ausmachen, beträchtlich erhöht. Der größere Teil dieses Tabakes wird in Ägypten selbst verbraucht, nur 1/10 der Gesamtproduktion exportiert. Müllerei, Bierbrauerei, Salzgewinnung, Eisengießereien, Zementfabriken haben nur eine lokale Bedeutung.

[1] 8,6 % des Bodenwertes, Frankreich 10 %, Deutschland 30 %, England 50 %.

[2] Angeblich wurden 1909 am Gebel Gensah am Roten Meere ergiebige Petroleumquellen entdeckt.

Digitized by Google

Die Engländer haben in der Finanzorganisation für Ägypten Großes geleistet, allerdings war auch hier zum großen Teil das Interesse der englischen Gläubiger maßgebend. Die Stellung der ägyptischen Anleihen auf dem internationalen Geldmarkt hat sich seit 1882 bedeutend verbessert. Im allgemeinen haben sich die Steuern seit 1882 nicht wesentlich verändert. Die Grundsteuern mit der Tabaksteuer bringen mehr als die Hälfte aller Einnahmen. Wenn man noch die Einfuhrzölle dazunimmt, so ergibt dieses sogar $^2/_3$. Die steuerliche Belastung ist trotz raschen Anwachsens der Bevölkerung, 1880: 6516040, 1907: 11287358, im Verhältnis gestiegen. 1880 betrug die steuerliche Belastung pro Feddan 1,058, 1890 1,036, 1900 0,792, 1910 0,904 e. Pfd. Es ist hierbei folgendes zu berücksichtigen: In den letzten 10 Jahren wurde die Bodenkultur auf große Strecken von Neuland ausgedehnt, dieses kann in den ersten Jahren seiner Bebauung nur geringe Steuern tragen. Bei einer schlechten Baumwollernte wächst die relative Höhe der Grundsteuer. Im Ausgabeetat bilden die Schuldzinsen für die Anleihen den größten Posten. Nach ihnen kommen die Ausgaben für Bewässerung. Auch für einen entsprechenden Ausbau der ägyptischen Verkehrsmittel haben die Engländer gesorgt. Für andere Kulturfragen haben sie kein Verständnis bewiesen. So blieb von 1880 bis 1900 der für Unterricht festgesetzte Etat in der Höhe zwischen 70—85000 e. Pfd., um erst im Jahre 1909 auf 130000 e. Pfd. zu steigen. Bei einer Bevölkerung von $11^1/_4$ Millionen zählte Ägypten 1907 $10^1/_2$ Millionen Analphabeten, von seiner Bevölkerung sind 4 % blind. Eine nicht unbeträchtliche finanzielle Last bilden die in Ägypten angestellten englischen Beamten, deren Gehälter man 1899 auf 208440 e. Pfd. veranschlagte. Ferner muß Ägypten die Kosten der englischen Okkupationsarmee im Betrage von jährlich 1700000 Mark aufbringen.

Dank der mehr als dreißigjährigen Okkupationsperiode haben die Engländer sich in Ägypten eine wirtschaftlich dominierende Stellung errungen. Die Hauptbanken, welche in Ägypten arbeiten, sind mit englischem Kapital begründet[1]. Eine englische Gesellschaft hat 1898 die einzige ägyp-

[1] Anglo Egvptian Bank Ltd., 1000000 e. Pfd., London, Alexandria, Kairo, Port-Said. — Bank of Egypt, 250000 e. Pfd., Alexandria, Kairo. — The Land and Mertgage Co. of Egypt, 900000 e. Pfd., London. — Credit Lyonnais, Credit Foncier Banque Impériale Ottomane.

Digitized by Google

tische Schiffahrtslinie, Paquebots-Poste-Khedivièh, welche die Küstenfahrt am Roten Meer und an der kleinasiatischen Küste besorgte, aufgekauft (jetzt Khedivial Mail Steamship). England nimmt 4/5 der ägyptischen Baumwollernte im Werte von 250 Millionen Mark ab und liefert dafür Textilwaren im Werte von 77 Millionen Mark, Metallwaren und Kohle (die beiden letzteren im Werte von 130 Millionen Mark).

Ägypten ist unter englischer Führung ein einseitiger Textilagrarstaat geworden. Es führt den rohen Spinnstoff aus, um dafür seine Bedarfsartikel einzutauschen.

Der Sudan

Wenn die Stellung Englands in Ägypten eines Rechtstitels entbehrte, so ist dieses beim Sudan nicht der Fall. In dem Abkommen vom 19. Januar 1899 ist es als der Mitbesitzer des ägyptischen Sudans anerkannt und hat sich somit in einem der zukunftreichsten Gebiete Zentralafrikas eine dauernde Stellung gesichert. Die ägyptische Regierung hat jährlich zur Deckung des Sudandefizits Zuschüsse in Höhe von 200000 und 300000 e. Pfd. zu leisten, abgesehen von den 9 Millionen e. Pfd., die es in der Zeit von 1899 bis 1909 diesem geliehen hat. Ist doch die Wiedereroberung des Sudans auf Kosten des ägyptischen Budgets vor sich gegangen.

Der Sudan hat ein Areal von 2501900 qkm (doppelt so groß wie Deutschland und Frankreich zusammen), wovon nach dem deutschen Konsulatsbericht von 1906 757050 qkm anbaufähiger Boden ist, Ägypten besitzt 31140 qkm Kulturfläche. Davon können nach dem Projekt von Garstin nach Regelung der Nilquellen am Viktoria- und Tsanasee 12 Millionen Feddan bewässert und einer intensiven Kultur erschlossen werden. Die Agrarprodukte sind die gleichen: Durrha, Sesam, Baumwolle, in Qualität der ägyptischen ebenbürtig, Erdnüsse und Weizen, ferner auch Gummi (1910 Export 14022 t). Am Blauen Nil findet sich Gold, das von einer englischen Gesellschaft (Soudan Goldfields Co.) gefördert wird, in Kordofan und Darfur Eisen. Einer intensiveren Bodenbestellung stand bis jetzt ein bedeutender Arbeitermangel entgegen. Der Sudan zählte 1910 2,6 Millionen Einwohner, während er vor dem Mahdi-Aufstand 8,5 Millionen Einwohner hatte. Man ist infolgedessen in weitgehendstem Maßstabe auf Import von Arbeitskräften angewiesen. Die Engländer

Digitized by Google

haben den Sudan durch Bahnen zum großen Teil erschlossen, jedoch ist die Bahnpolitik von rein englischem Interesse geleitet[1].

Die ägyptische Regierung hatte sich im Abkommen vom 18. Januar 1899 den Hafen von Suakin, der einzigen alten Handelsstadt am Roten Meer, gesichert, um an dem Ausfuhrhandel des Sudans einen entsprechenden Anteil zu haben. England setzte es jedoch durch, daß 35 Meilen nördlich Port Sudan zu einem Hafen eingerichtet und mit Berber durch eine Bahn verbunden wurde. Ägypten mußte die Kosten im Betrage von 980000 e. Pfd. tragen, um dort moderne Hafenanlagen zu schaffen, die für England einen wichtigen militärischen Stützpunkt am Roten Meer bilden. Die größte Zukunft für den Sudan liegt in der Viehzucht, die günstige Exportmöglichkeiten bietet. (1910 63000 Schafe und Ziegen, 5318 Rinder nach Ägypten exportiert.)

Ägypten und der Sudan sind aufeinander angewiesen. In dem Maßstabe, in dem ersteres sich der Baumwollkultur widmet, wird für ihn die Nahrungsmittelversorgung aus dem Sudan wichtig. Den Hauptvorteil am Sudan hat England, indem es einen Stützpunkt an der indischen Straße erworben hat und von dort aus Ägypten kontrolliert. Der Sudan ist ihm ein Lieferant für Nahrungsmittel und Baumwolle, ein zukunftreiches Absatzgebiet für Textil- und Metallwaren.

Die weitere Entwicklung des Sudans wird von der Lösung der Bevölkerungs- und Bewässerungsfrage abhängen.

Mitteleuropa und der Frieden

Von Dr. Max Seber, Dresden

Von Amerika aus ist der Plan eines internationalen Staatenbundes zur Sicherung des Weltfriedens in die öffentliche Besprechung geworfen worden. Von englischer Seite haben ihr Grey, von deutscher Seite Bethmann Hollweg ihre Zustimmung gegeben. Damit scheint wieder die internationale Abmachung als Friedensinstrument

[1] 1899: Wadi Halfa—Halfaya; 1907: Abu Hammed—Kerma; 1906: Atbara Suakin—Port Sudan; 1909: Eisenbahnbrücke über den Nil bei Khartum; 1909: Khartum—Wad Medani; 1912: Wad Medani—El Obeid. Ägypten selbst ist mit dem Sudan nicht durch eine Eisenbahnlinie verbunden, sondern auf die Nilschiffahrt angewiesen.

Digitized by Google

in den Vordergrund zu rücken. Da Wilson wiederum amerikanischer Präsident geworden ist, kann nicht bezweifelt werden, daß er seine im Wahlfeldzug verkündete Idee eines internationalen Staatenbundes, die ihm die Stimmen der Frauen und damit den Sieg gebracht hat, auch tatsächlich auszuführen bestrebt sein wird. Betrachten wir aber nun die Sache ganz nüchtern, so gelangen wir zu einer Anschauung, die erheblich hinter dem Schwung unserer internationalen Pazifisten zurückbleibt.

Der kommende internationale Staatenbund wird nicht viel mehr als ein Stimmungsausdruck sein, erzwungen durch die Gefühle der Massen, als Folge eines ursprünglich aggressiv geplanten scheinpazifistisch-diplomatischen Ränkespiels. Welche tatsächliche Kraft man ihm beimessen kann, wird sich erst zeigen, wenn die Friedensverhandlungen abgeschlossen werden ... Verzichtet da England auf die Beherrschung der Meere, indem es Ägypten der Türkei zurückgibt, Rußland auf die Dardanellen und Armenien, so wäre augenscheinlich das Bündnis an die Stelle eignen Machtstrebens getreten. Wer glaubt dies aber? Wird hingegen die englische und russische Machtpolitik in gleicher Weise wie bisher fortgeführt, so würde auch ein internationaler Staatenbund den Frieden nicht bewahren können. Die Gefahr ist nicht zu verkennen, daß er schließlich auch zu einem Einkreisungsinstrument werden kann, zum wirksamsten, das denkbar ist. Auch etwaige Abrüstungsabmachungen würden den Staatenbund nicht zum Friedensmittel gestalten. Denn auch hinter dem Vorhang solcher Verträge läßt sich noch Machtpolitik treiben. Ist aber Aussicht, daß England und Rußland innerlich umkehren, den ganzen Charakter ihrer Politik ändern? Das wäre nur denkbar, wenn durch ein weiteres Abkommen die Ansprüche der Staaten untereinander auszugleichen wären. Die Dardanellen und der Suezkanal sind aber zwei Schneidepunkte, die bei der national-psychologischen Verfassung des englischen und russischen Volkes nicht auszugleichen sind. Diese Punkte festzuhalten bzw. zu erobern, werden beide Staaten bis aufs letzte entschlossen sein. Erst die tatsächliche Unmöglichkeit, das Schwinden jeder Aussicht kann ihre Anstrengungen erlahmen lassen. Schaffen wir diese!

Heißt dies nun deutsche Machtpolitik? Es bedeutet dies nicht. Denn weder die Dardanellen noch der Suezkanal können je deutsche Eigenziele sein.

Digitized by Google

Aber es sind indirekte Ziele, weil nur ihr türkischer Besitz Deutschland die Bewegungsfreiheit wahrt, die es braucht, um zum Weltstaat zu wachsen. Der deutsche Weltstaatsgedanke, der komplizierteste von allen, beruht wesentlich auf einem föderativen Bündnissystem. In diesem Umstand ist es begründet, daß der deutsche Imperialismus nicht friedensbedrohend ist, er ist fast ausschließlich wirtschaftlich-kultureller Art, es ist ihm nicht um politische Herrschaft zu tun. Er braucht offene Märkte, freie Bahn. Selbst diese Möglichkeiten sollen ihm vom französisch-englisch-russischen Länderverteilungssyndikat verschlossen werden. Will sich Deutschland in Zukunft Betätigungszonen offen halten, so ist es auf das mitteleuropäisch-türkische Bündnis angewiesen. Die alten und neuen mitteleuropäischen Staaten hinwiederum sind auf die deutsche Militärmacht angewiesen, um ihre Unabhängigkeit gegenüber russisch-englischen Teilungsplänen zu behaupten. Schließlich bedarf aber auch Deutschland der mitteleuropäischen Militärkraft, um sich gegen seine Flankenmächte besser verteidigen zu können. Dies alles zeigt aufs deutlichste, daß der mitteleuropäische Bund ein reiner Verteidigungsbund ist. Das einzig denkbare offensive Ziel ist die Gewinnung eines ausreichenden Kolonialreiches in Landzusammenhang mit dem Bundesgebiet. Dieses Ziel wird nun entweder bei dem jetzigen Friedensschluß erreicht werden oder es wird nie erreichbar sein. In beiden Fällen scheidet es aus den Zielen mitteleuropäischer Bundespolitik aus.

Welche Wirkung wird also dann der mitteleuropäische Staatenbund, den wir uns zunächst aus Deutschland, Österreich-Ungarn, Polen, Bulgarien und der Türkei zusammengesetzt denken, auf die Bewahrung und Gestaltung des Weltfriedens ausüben? Von pazifistischer Seite stammt der Einwand, daß ein solches Bündnis die davon ausgeschlossenen Mächte zusammenführen müßte und dadurch die Weltlage noch eine viel stärkere Spannung wie vor dem Krieg erfahren würde. Selbst wenn auf beiden Seiten rein defensive Absichten vorhanden wären, müßten sich aus dem unausrottbaren Mißtrauen doch wieder Mißverständnisse, Gegensätze, Spannungen entwickeln. Deswegen empfehlen viele pazifistische Organisationen, die ja im Krieg wie die Pilze emporgeschossen sind, in ihren Programmen ein striktes Verbot jedweder Bündnisse, denen sie eine wichtige, ja ausschlaggebende Rolle an der Entstehung des Weltkriegs beimessen. Soweit diese Auffassung historisches Gewicht beansprucht, läßt sie sich durch den Hin-

Digitized by Google

weis auf den Dreibund erledigen, dessen Bestehen doch keinesfalls die Mittelmächte zu aggressiven Taten gereizt hat. Daß aber das Bestehen des Dreiverbands die Vertragsteilnehmer allmählich und wider ihren Willen zu kriegerischen Wagnissen verlockt habe, wird durch alles widerlegt, was wir über die näheren Umstände dieser Allianzen wissen. Das Zustandekommen eines mitteleuropäischen Bundes wird ja zweifellos die Gegner anspornen, ebenfalls miteinander ein engeres Verhältnis zu schließen. Es fragt sich nur, ob ihr Haß- und Machttrieb sie nicht ohnehin dazu treiben würde. Alles, was wir über den Wirtschaftskrieg nach dem Kriege hören, die umfangreichen Vorbereitungen zu umfassendem Boykott der Mittelmächte, läßt eine solche Annahme wohl begründet erscheinen. Sollen also die Mittelmächte den günstigen Augenblick versäumen, um erst abzuwarten, was man auf der Gegenseite tun will? Dazu ist es kaum richtig, von einem engeren Zusammenschluß in beiden Lagern eine stärkere Gefährdung des Friedens zu befürchten. Verbinden sich Staaten mit allen Seiten ihres Wesens, so werden sie von einander abhängig, die aggressive Initiative wird gelähmt, es ergeben sich Rücksichten und Bedenklichkeiten aller Art. Gefährlich sind dagegen die Bündnisse ad hoc und auf Zeit, die lockeren Verbindungen. Diesen wohnt ein stark vorwärtstreibendes Moment inne, denn es gilt die Gelegenheit auszunützen, da niemand weiß wie lange die günstige Konstellation währen wird. Nichts zeigt dies deutlicher als ein Vergleich des Dreiverbands mit dem Dreibund. Gerade weil der Dreiverband aus Staaten sich zusammensetzte, deren Interessen in vielen wesentlichen Punkten stark gegensätzlich gelagert waren und gewissermaßen nur für den Augenblick abgeblendet wurden, erwies er sich als Friedensstörer. Das formelle Bündnis zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn war zwar kaum enger, wurde es aber faktisch durch den Interessengleichklang. So war denn auch die Rücksichtnahme auf den Partner beim Dreiverband sehr viel geringer als beim Dreibund, wie am besten die vom Zaune gebrochene russische Mobilisierung und die Klagen erweisen, daß der Krieg zu früh ausgebrochen sei. Sollte es also den Vierverbandsmächten tatsächlich gelingen, dem mitteleuropäischen Bund einen engen Gegenbund hinzustellen, so ist keineswegs zu fürchten, daß dann die internationale Spannung steigen wird. Gelingt ihnen aber dies, wie es wahrscheinlicher ist, nicht, so wird es nur von dem Festigkeitsgrad und

Digitized by Google

der Machtstellung Mitteleuropas abhängen, ob und wann sie sich trennen und jedes wieder seine eigenen Wege verfolgt. Wird nämlich damit die Erreichung ihrer Angriffsziele immer unwahrscheinlicher, so drängen sich von selbst die künstlich zurückgeschraubten gegensätzlichen Interessen vor und erzwingen eine andere Politik. Auch die Klage, daß Mitteleuropa den Zerfall Europas in zwei gegensätzliche Lager in Permanenz erklärt, und den Weg zur Harmonie der einzelnen Staaten verbaut, ist nicht angebracht. Zunächst ist es unwahrscheinlich, daß es so kommen wird, und weiterhin ist dieser Zustand dem atomisierten Nebeneinander der Staaten vorzuziehen, wobei die Konfliktsmöglichkeiten vielfältiger und häufiger, die Willensrichtungen zahlreicher und unberechenbarer sind. Gerade wer das Ziel der Vereinigten Staaten von Europa für erstrebenswert hält, muß eine Konzentration als Übergang und Erziehungsnotwendigkeit anerkennen.

Der entscheidende Gesichtspunkt ist aber wohl der, daß Mitteleuropa allein der friedenssichernde Kern sein kann und sein wird, der allmählich die Mehrzahl der anderen Staaten anzieht und durch solche Angliederung schließlich ganz Europa überwächst. Und Mitteleuropa ist dieser friedenverheißende Kristallisationskern vermöge seines Friedenswillens und seines bloßen Bestehens.

Der Friedenswille ist gesichert durch den friedlichen Charakter seiner führenden Macht Deutschland, einen Charakter, der in der nationalen Psyche des deutschen Volks, seiner Achtung vor fremder Art tief begründet liegt, in dem bundesstaatlichen Aufbau besonders gesichert ist. Er ist gesichert durch den schon aus Selbsterhaltungstrieb notwendigen Friedenswillen des Nationalitätenstaates Österreich-Ungarn, des national befriedigten Bulgarien und der noch lange völlig nach innen beschäftigten Türkei. Den ganzen Bund wird dieser Friedenswille durchdringen als erstes Erfordernis der geographischen Lage. Da aber eigner Friedenswille noch nicht Frieden verbürgt, muß noch etwas anderes hinzukommen, um Mitteleuropa zum wahren Friedensbollwerk zu machen. Dieses andere ergibt sich aus einer gesamtpolitischen Übersicht.

Fragt man sich, welche Ziele die einzelnen eroberungsgierigen Staaten sich gesteckt haben, so gelangt man zu dem Ergebnis, daß sie nach Gebieten ihre Hand ausstrecken, die zum mitteleuropäischen Bund gehören.

Digitized by Google

Darin liegt ja auch ihre augenblickliche Interessenübereinstimmung. Vermag nun Mitteleuropa ein militärisch so starker Staat zu werden, daß die Eroberung dieser umstrittenen Gebiete dem Feinde völlig ausgeschlossen erscheint, so wird sich der gegnerische Eroberungstrieb andern Zielen zuwenden und damit gleichzeitig in seinen Interessen auseinanderwachsen.

Welches sind nun die Haupttriebfedern des gegenwärtigen Krieges und welche den Frieden gefährdende Richtung wird in nächster Zukunft diesen Eroberungskriegen eigen sein?

Es ist bei Frankreich außer dem Vergeltungstrieb die Begierde nach Elsaß-Lothringen, bei Rußland außer dem panslawistischen Eroberungstrieb der Wunsch, Galizien zu besitzen, um die ukrainisch-ruthenischen Selbständigkeitsregungen im Keim zu ersticken, die schließlich in ganz Rußland die Nationalitätsfragen aufrühren und den Koloß zum kranken Mann machen würden, weiter die Sehnsucht nach dem Besitz Konstantinopels, der wirtschaftlich-politische Drang nach den Dardanellen, das Verlangen, Armenien in die Hände zu bekommen, um von hier aus einen Zugang zum Mittelländischen oder Persischen Meer zu bekommen. England schließlich schielte auf Mesopotamien und Arabien, womit es sein Riesenkolonialreich abrunden und in Landzusammenhang bringen wollte. Freilich spielte dies neben dem Konkurrenzneid und der Reizung seines Herrschaftstriebes durch die erstarkende deutsche Flotte. Immerhin aber zeigte sich gerade im Verlauf dieses Weltkrieges ein bis dahin kaum geahnter Gegensatz in dem Besitz des Suezkanals. Will Deutschland ein Kolonialreich in Landzusammenhang mit dem mitteleuropäisch-türkischen Bundesgebiet, will es eine reale Garantie für die Freiheit der Meere, so darf es Ägypten und den Suezkanal nicht in englischen Händen lassen. Die besonderen Kriegsgründe der Entente sind also zum größten Teil auf Länder gerichtet gewesen, die innerhalb der großen politischen Senkungslinie von Marokko bis China liegen, wie es der Schweizer Historiker Bächtold anschaulich bezeichnet. Diese aber verläuft zu einem großen Teil innerhalb des künftigen mitteleuropäischen Bundesgebiets. Gelingt es, diese vor allem durch die militärische Erstarkung der Türkei endgültig zu sichern, so werden mit einem Schlag eine ganze Reihe von Kriegsursachen beseitigt, da erfahrungsgemäß politisch ungefestigte Länder

Digitized by Google

am meisten die Eroberungssucht reizen. Werden aber in dieser Hinsicht durch das Bollwerk Mitteleuropa unumstößliche Entscheidungen getroffen, so müssen sich die Machtrichtungen der uns feindlichen Staaten von selbst verschieben. Am gründlichsten wohl bei Frankreich und Rußland. Durch die Wiedererrichtung Polens, den Zusammenbruch Serbiens und den Abfall Bulgariens, die Erstarkung Österreich-Ungarns sind die Grundlagen seiner panslawistischen Politik zerstört. Galizien, der Bosporus, Armenien sind hinter den Schützengräben Mitteleuropas wohlgesichert. Wenn es seinem Ausdehnungsdrang folgen will, muß es die alte Richtung gegen Indien oder China wieder aufnehmen. Dort stößt es aber überall auf Bundesgenossen. Frankreich hat jede Aussicht auf Elsaß-Lothringen verloren, ebenso dürfte Syrien entschwunden sein. Seine Sorgen könnten vielleicht mal eher seinen ostasiatischen Besitzungen gelten, wo England und Japan Grenzanrainer sind oder werden. England wird wohl aus Wirtschafts- und Herrschaftsgründen seine feindliche Haltung auch dann bewahren, wenn es den Plan Kairo—Kalkutta begraben müßte. Aber die russischen und japanischen Freunde werden es schon mal auf andre Gedanken bringen. Bei einer klugen, staatliche Selbständigkeit achtenden Politik wird sich Mitteleuropa bald durch den Anschluß der jetzt neutralen europäischen Staaten erweitern. Sein Machtbereich wird schließlich derart wachsen, daß selbst Frankreich vielleicht als erster der feindlichen Staaten seiner Anlehnung bedürfen wird. Auch die Konflikte zwischen England und Rußland werden dann nicht ohne seine Einflußnahme ausgefochten werden können. Dann wird vielleicht einmal ein Bund der europäischen Staaten möglich.

So schenkt Mitteleuropa sich und ganz Europa Frieden.

Als völlig verfehlt erweist sich schon jetzt die Idee, den Frieden durch schärfste nationale Machtpolitik zu sichern, d. h. durch ein um Nordwest-Frankreich, Belgien, die Ostseeprovinzen und Polen vergrößertes Deutschland. Dabei ist das Verhältnis zu Österreich-Ungarn lockrer gedacht, ein gewisses Einvernehmen mit Rußland steht im Hintergrund.

Dem Friedensstreben ist in Mitteleuropa ein neues Arbeitsfeld gegeben. Diese Staatenzusammenballung zu erreichen, erheischt neben dem unmittelbaren Sicherungs- und Weltstaateninteresse Deutschlands auch das Friedensinteresse. Ein neuer, real denkender Pazifismus sollte dieses

Digitized by Google

Tätigkeitsgebiet aufgreifen und sich wegwenden von den alten zerbrochenen Formen. Nicht internationale Vertragsschließung, sondern übernationale Staatenbünde nach der Art Mitteleuropas muß der neue prinzipielle Inhalt eines solchen realen Pazifismus sein.

Notizen

Antienglische Propaganda in Italien. Unter der Überschrift „Die Schuld hat England" gibt das „Giornale d'Italia" die Thesen der Wühlarbeit bekannt, durch die man in Italien die öffentliche Meinung gegen England aufzureizen sucht. Diese Thesen sind: 1. England will den Krieg verlängern, um Deutschlands Kräfte zu erschöpfen, unbekümmert darum, ob auch Italien, Frankreich und Rußland der Erschöpfung anheimfallen. 2. Um sich dem deutschen Einfluß zu entwinden, liefert sich Italien der Herrschaft Englands aus. 3. England beutet seine Waffengefährten aus, indem es die ganze Last des Krieges auf ihre Schultern wälzt. 4. England bewuchert seine Verbündeten, sowohl an dem Geld, das es ihnen leiht, als auch an den Waren, die es ihnen liefert. Den Ursprung dieser Thesen deutet die Zeitung an, indem sie darauf hinweist, daß die Kampagne „in den verschiedensten Kreisen mit einer die deutsche Organisation verratende Gleichzeitigkeit und Gleichförmigkeit auftritt." Trotzdem druckt der „Avanti" die Anklagepunkte des „Giornale d'Italia" ab, ohne sich um die Widerlegung zu kümmern, und der „Mattino" wagt es sogar zu sagen: „England gibt durch den Mund des General Robertson und seiner besten Militärkritiker zu, sich in seinen Berechnungen geirrt, zu sehr auf den Radikalismus vertraut zu haben und — Zensurlücke — gibt, in voller Aktion begriffen, zu, sein eigentliches Heer noch nicht vorbereitet zu haben: das nur im Frühling den eigentlichen Feldzug wird eröffnen können zur Wiedereroberung der Mosellinie in ihrem ganzen Verlauf. Ist die Mosel wieder genommen, so wäre Deutschland geschlagen, ohne daß man den Rhein zu erreichen brauchte. Ein Fehler bei diesem Unternehmen, ein Mangel in der Vorbereitung und Organisation während des Winters, und das französische Heer wird im nächsten Frühling allein dastehen. Was wäre demnach folgerichtig? Daß die ihrer Pflicht gegen den Vierverband bewußte Presse Robertson und die Torypresse unterstützte in ihrem männlichen Vorhaben, das England ehrt, und gerade das ist, was es von den vermeintlichen Anklagen entlastet, an denen die anglophilen Blätter so sehr Anstoß nehmen und die einfach Konstatierungen aus englischer Quelle entnommen sind. Statt dessen hält es eine Presse, die einem jeden Augenblick den Sieg ins Gesicht wirft, für ihre Pflicht, sich zum Offiziosus zu machen, nicht etwa der Interessen des Vierverbandes oder Englands in seiner eigentlichsten und männlichsten Verkörperung, sondern ganz einfach der augenblicklichen englischen Regierung, ihrer Schwäche und ihrer undiskutierbaren Irrtümer. Und daraus sollte der Sieg hervorgehen?"

Digitized by Google

Die italienischen Kriegsziele. Die italienische Presse ergeht sich in der letzten Zeit wieder lebhaft in der Erörterung der Kriegsziele. Die Fragen, die sich ihr dabei einstellen, sind eine orientalische, eine des Gleichgewichts im Mittelmeer, eine koloniale, eine südslawische. Darüber hinaus sieht man große militärische, national-ökonomische Probleme, die es zu lösen gibt. Italien ist in diesen Fragen besonders beunruhigt durch die englische Politik. „Carlino" z. B. sagt, die veränderte juristische Lage in Ägypten, die Annexion von Kandia bedeuten mehr als bloße Garantien. Auch die südslawische Frage und Kleinasien schaffen neue Beunruhigung, für die erstere die Tätigkeit der Servian Society. Das „Giornale d'Italia", verwahrt sich am 16. November sehr entschieden dagegen, daß an der Stelle Österreichs in der Adria eine für Italien ebenso gefährliche Macht gesetzt wird.

Japans Drang nach der Südsee. Die chinesische Presse sucht sich die Kraft klar zu machen, die in Japans Drang nach einem Ausgang in die Südsee zum Ausdruck kommt. Japan hält nach dieser Auffassung seine Kontrolle über China nur für gesichert, wenn es auch die Philippinen in der Hand hat. Zuletzt hat sich ein hervorragender japanischer Politiker in einem Interview darüber ausgesprochen, das die „Far Eastern Review" vom August veröffentlicht hat: „So lange die Philippinen in amerikanischer Hand sind, wird Japan ihretwegen gewiß keinen Krieg führen. Sollten jedoch die Amerikaner sich zurückziehen, so muß Japan die Kontrolle übernehmen. Es kann die Gefahr nicht ruhig mitansehen, daß sie einer anderen Macht in die Hand fallen." Auch der bekannte Publizist Nichinan Fukumoto äußert sich nach dem „Japan Advertiser" in ähnlicher Weise: Der ganze Inselkranz von den Kurilen bis zu den Philippinen gehört geographisch zu einer Familie, und so wie diese Erde untrennbar ist vom Sonnensystem, sollten diese Inseln als ein untrennbarer Teil vom politischen System Japans betrachtet werden. Denn Japan allein ist von all den betreffenden Völkerschaften fähig, die Herrschaft auszuüben. Es ist ein altes Sprichwort, daß der Himmel uns strafen wird, wenn wir ablehnen, das zu nehmen, was er uns gibt! „Far Eastern Review" erläutert diese Ansprüche aus der Untauglichkeit Chinas für japanische koloniale Ausbreitung und der Notwendigkeit, den Überschuß der japanischen Volksmassen nach den Philippinen oder Australien und Neuseland zu richten.

Was verzeichnet die moderne Presse? Ich durchblättere die letztangekommenen Nummern einer berühmten und bewundernswerten australischen Zeitung. Ich finde Spalte auf Spalte, Seite auf Seite voll von Berichten zur Unterstützung des Wehrpflichtfeldzugs. Hier und da entnehme ich der angedeuteten Dunkelheit eines Paragraphen, daß eine Handvoll der untergeordneteren australischen Arbeiter Gegner der Wehrpflicht sind. Nun belehrt mich das Ergebnis des Referendums, daß dort zufällig mehr als eine Million solcher Gesellen vorhanden sind, und daß sie die eine große Partei und die Zeitungen um Dutzende von Tausenden übersteigen. Besteht nicht bei uns ein gleichartiges Mißverständnis der öffentlichen Meinung? Die journalistische Annahme ist die von einer Nation von Kämpfern bis zum letzten. Und doch berichtet man mir, daß

Digitized by Google

jede Woche die I. L. P. etwa 150 große oder überfüllte Versammlungen abhält, die damit enden, daß einstimmig oder nahezu einstimmig eine gemäßigtere Anschauung vom Kriege empfohlen wird. Es handelt sich durchaus nicht um Pazifismus-um-jeden-Preis. Die befreienden Ziele des Krieges werden aufrecht erhalten. Aber die übliche Gedankenführung ist die doppelte, daß es Zeit für die britische Staatskunst ist, an die Arbeit zu gehen, und daß das allgemeine Ziel ein Friede durch Unterhandlungen sein sollte. Das ist zugleich ein Schritt vorwärts von der krittligen und negativen Kritik der I. L. P. von vor zwei Jahren, und ein Schritt rückwärts von der „Deutschland-Zermalmungsschule". Diese nachdenklichere Haltung verbindet sich mit der populären Reaktion, die die rauheren und rücksichtsloseren Tribunale erregt haben. Daß es sich um keine unbeachtliche Anzahl handelt, kann jeder Beobachter von Straßengesprächen und im Leben sich selbst bestätigen. (Wayfarer in der „Nation" vom 11. 11.)

Die „Stampa" gegen den Wirtschaftskrieg. Die „Stampa" sagt am 13: Unter den vielen ernsten Problemen, die der Krieg für unser Land mit sich gebracht hat, steht das der Befreiung der italienischen Industrie vom fremden Joche und der besseren Ausnutzung der einheimischen Produktionsquellen obenan. Allerdings ist es zugleich auch das von der großen Masse am wenigsten verstandene und das am unverständigsten erörterte. Naive Unkenntnis der grundlegenden Gesetze des Warenaustausches hat in vielen die Anschauung reifen lassen, es sei vollkommen genügend, nach der einen Seite Zollschranken aufzurichten und nach der anderen sie zu öffnen oder niederzureißen, um der Nation ein junges Glück zu sichern. Gleichsam, als vermöchten die lebendigen Kräfte des Weltgeschehens nach den ungeheuerlichen internationalen Verwicklungen nicht mehr über die scheinbaren Notwendigkeiten des Kampfes die Oberhand zu gewinnen und als könnten sie nicht mehr zum friedlichen Austausch und zu den gewohnten Bahnen des Handels, zum natürlichen Prinzip wirtschaftlicher Beziehung auf der Grundlage des vorteilhafteren Preises und der besseren Qualität, zurückkehren. Auch nach dem Kriege werden die Tatsachen stärker sein als trügerische Leidenschaft, und die Wirklichkeit wird die Schädlichkeit dartun des absurden Willens zu unglücklichem Rückschritt, zum überwundenen Alten und zur Wiederaufstellung wirtschaftlicher Richtlinien, die seit über einem halben Jahrhundert beseitigt und von Wissenschaft wie Erfahrung endgültig verurteilt worden waren. Zur Armut verurteilt würde Nation und Welt, die nach der entsetzlichen Krise mehr als je in wirtschaftlicher Freiheit und im freien Wettbewerb die Quelle neuen Schaffens und neuen Handelns und zugleich das Mittel, die Lücken der zerstörten Werte zu schließen, erkennt. Gewiß wird die neue politische Konstellation manch nützliche Änderung bedingen, manche Umgestaltung werden die Handelsverträge und Zolltarife erfahren müssen, vorteilhafte Verschiebungen in den Handelsbeziehungen der verschiedenen Nationen und verschiedenen Märkte werden stattfinden, aber zwischen alldiesem bis zur trübseligen Einbildung von einem immerwährenden Wirtschaftskrieg mit Prohibitivzöllen und chinesischer Mauer ist ein Unter-

Digitized by Google

schied so groß, wie zwischen Vernunft und Wahnsinn, zwischen gut und schlecht. Asquith, Englands erster Minister, hat die den Verbündeten zugeschriebene Absicht, nach dem Frieden unübersteigbare Mauern gegen den deutschen Handel zu errichten, als nicht bestehend bezeichnet; wollten wir's tun, fügte er hinzu, so würde dies wirtschaftlichen Selbstmord bedeuten. Nicht aus ähnlich gearteter Illusion ist wirtschaftliche Wiedergeburt des Landes zu hoffen, nach Befreiung einheimischer Industrie von fremdem Wettbewerb. Der Krieg hat gezeigt, wie Italien in vielen wichtigen Industriezweigen fast auf eigenen Füßen stehen kann, in denen es noch gestern Deutschland untertänig war. Wohlan denn, damit glückliche Lösung aus Knechtschaft sich erfüllt, und die Italiener ihre natürlichen Hilfsquellen besser ausnützen können, genügt es nicht, antideutsche Verbände zu gründen: neue Zünfte gilt es zu bilden, neue Anlagen zu errichten, Fachunterricht einzuführen und zu vertiefen, Mittel müssen gefunden werden, auf daß gleichwertiges Produkt zu gleich billigem Preis hergestellt werden kann.

Deutschlands wirtschaftliche Kraft nach dem Kriege. Im „Japan Advertiser" wird in einer Nummer des September die Kriegslage für die Entente als günstig dargestellt, aber folgende Bemerkung daran geknüpft: „Wird Deutschland nicht nach dem Krieg wirtschaftlich gewinnen, was es im Waffenkampf verliert? In einer deutschen Exportzeitung ist ein Fabrikbild zu sehen mit der Unterschrift: Die Deutschen Schornsteine rauchen noch! Der Inhalt der Nummer zeigt, daß Deutschland mit wenigen Ausnahmen seine Produktion ruhig fortsetzt und mit seinen Erzeugnissen nach dem Krieg den Markt überschwemmen wird. Darum fürchten wir Deutschland nach dem Krieg viel mehr als Deutschland während des Krieges."

Die Mondbewohner nennt der „Mattino" die Vierverbandspolitiker, indem er ihnen vorwirft: Vergleicht man die Äußerungen Grey, Lloyd George, Hanotaux, Pichon, Bissolati, so findet man, daß alle entgegengesetzten Sinnes sind. Es ist ein trauriges Debacle, ein Debacle der Intelligenz vor der Kraft. Grey setzt seine Hoffnungen für die Zukunft auf Konferenzen von Neutralen, er hat aber ganz vergessen, daß er das seinige dazu getan hat, die Zahl der Neutralen in Europa nach Möglichkeit zu verringern. Es ist ihm nicht immer in gleichem Maße gelungen; nicht alle Neutralen haben die Waffen zugunsten Englands ergriffen, aber alle, die ihre Neutralität aufgaben, taten es der Politik Greys wegen; und das darf ihm als Verdienst angerechnet werden. Nun lese man aber in der englischen imperialistischen Presse, wie diese Greys Vorschlag aufnimmt. Wenn in England Grey, einer von denen, dessen Mangel an Umsicht ein gut Teil dazu beigetragen hat, den Konflikt zu entfesseln, kein Recht hat, seine Stimme zu erheben, um wieviel weniger in Italien Bissolati mit seiner bekannten Vergangenheit. Alle, die Grey, Deschanel, Hanotaux, Bissolati, die Deutschenfreunde, die Triplizisten und Pazifisten von gestern, stehen vor einer Realität von Eisen, die sie nicht vorauszusehen wußten, die sie vielmehr freiwillig vor den Augen des Publikums verborgen gehalten haben. Wer gibt ihnen heute das Recht zu sprechen? Sind nicht

Digitized by Google

die kindischen Torheiten, die sie sagen, unwürdig der Männer, die Männer befehlen sollen, der Ausdruck selbst ihrer Überraschung und ihrer geistigen Inferiorität gegenüber dem Ausbruch eines nicht geahnten Vulkans?

Die deutsche Sozialdemokratie und die Zukunft der Letten. Unter dem Titel „Junker, Arbeiter, Bauer in den Ostseeprovinzen Liv-, Est- und Kurland" ist von einem lettischen Sozialdemokraten (Pseudonym „Livonicus"; Genossenschaftsdruckerei Freiburg i. Br.) eine Broschüre veröffentlicht worden, die starken Widerhall in unserer Presse gefunden hat, da sie die oft ventilierte Frage der „Deutschfeindlichkeit" der Letten einer Untersuchung unterzieht.

Wir haben in der Schrift zwei Gedankenreihen zu unterscheiden: eine historische Darstellung der Befestigung und Erhaltung deutsch-baltischer Herrschaft in den Ostseeprovinzen, dann eine Analyse der augenblicklichen Stimmung unter den Letten.

L. stellt die Herrschaft der Deutschen-Balten in den Ostseeprovinzen als eine Kette von Vergewaltigungen an den Letten dar, spricht den Deutsch-Balten das Recht ab, sich „Kulturträger" zu nennen, schildert die herrschenden Zustände als ein im wesentlichen noch fortbestehendes mittelalterliches Faustrecht und malt die wirtschaftliche Lage der lettischen Bauern in den schwärzesten Farben. Dem gegenüber sei festgestellt: Jeder Gerechte wird es ablehnen, die Taten der Ahnen an heutigen Rechtsgrundsätzen zu messen. Ist mithin die Darstellung der baltischen Geschichte bei L. unhistorisch und parteiisch, so ist es noch mehr die von ihm geübte Einschätzung der Kulturleistungen der Balten. Wer hat den Letten die Schriftsprache geschenkt, wer ihnen die Bibel übersetzt, wer ihre Schulen gegründet, wer ihre Lieder gesammelt, ihre Sprache erforscht, ihre wissenschaftlichen Vereine, ihre ersten Zeitungen gegründet? Es waren die vielgeschmähten Deutsch-Balten. Auf wessen Drängen ist die Leibeigenschaft in den baltischen Provinzen fast gleichzeitig mit Preußen und 50 Jahre früher als in Rußland aufgehoben worden? Es waren die „Vergewaltiger" der Letten, — die baltischen Ritterschaften. Wären die Letten noch ebenso „geknechtet", wie Livonicus es hinstellt, — würden sie dann heute den Wohlstand, ja Reichtum aufweisen, der sie himmelweit vom russischen Bauern unterscheidet, der immer aufs neue das Erstaunen unserer in Kurland einrückenden Soldaten auslöste?

Von um so größerer Wichtigkeit für uns Reichsdeutsche aber ist, was er von seinen Landsleuten, den Letten, berichtet, — von ihrer Stellungnahme zu einer eventuellen Angliederung an Deutschland. Da erklärt „Livonicus", daß Haases Auffassung, die Letten suchten ihr Heil und ihre Zukunft im Anschluß an Rußland, grundfalsch ist. „Die Versicherung des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg, daß die Balten und Letten der russischen Gewaltherrschaft nicht wieder ausgeliefert werden sollen, kann jeden wahren und ehrlich denkenden Letten in der Hoffnung auf eine bessere Zukunft seines Volkes nur bestärken," — schreibt Livonicus wörtlich. Die deutsche Verwaltung in Kurland habe jetzt schon bewiesen, daß man eine „zwangsweise Germanisierung" der Letten nicht beabsich-

Digitized by Google

tige, — was auch in der Wiederherstellung der von den Russen vernichteten (übrigens von den Deutsch-Balten begründeten!) lettischen Volksschulen seinen Ausdruck finde. Auch das Verhältnis zwischen den Deutsch-Balten und Letten habe sich bereits sehr gebessert, da Deutchland nicht wie der Zarismus ein Volk gegen das andere auszuspielen brauche und da der lettische Bauer und Landarbeiter an wirklich volksfreundliche baltische Junker niemals mit Haß, sondern eher mit Liebe und Ehrfurcht gedacht habe. Alle Vorbedingungen für eine glückliche Lösung der „lettischen Frage" im Falle einer Angliederung baltischen Landes an Deutschland seien mithin gegeben und es bestehe keinerlei Anlaß, sorgenvoll in die Zukunft zu blicken.

Die „Chemnitzer Volksstimme" zieht daraus folgende Schlußfolgerung:

Wir nehmen von dieser vernünftigen Stellungnahme eines klardenkenden lettischen Parteigenossen mit Freude Kenntnis. Die Deutsch-Balten haben heute keinen sehnlicheren Wunsch als den, beim Deutschen Reiche zu bleiben. Sie haben sich bereit erklärt, ein Drittel ihres allzu ausgedehnten Grundbesitzes dem Deutschen Reiche unentgeltlich zu Ansiedelungszwecken zur Verfügung zu stellen. Es sind demnach im besetzten Gebiet der Ostseeprovinzen alle Voraussetzungen gegeben, um unter deutscher Herrschaft eine erfreuliche soziale Entwicklung anzubahnen. Offen schließt sich die „Chemnitzer Volksstimme" sodann dem „Kriegszielprogramme des Reichskanzlers im Osten" an, und beweist damit, daß unsere Sozialdemokratie immer mehr vom Anti-Annexionsdoktrinarismus abrückt, das grundsätzliche Festhalten an den alten Reichsgrenzen verwirft, und für Erwerbung von Gebieten zu haben ist, die nach Deutschland hin streben und Deutschland erstrebenswert erscheinen.

Neuerscheinungen

Sieg, ein mit Urzeichnungen gut ausgestattetes Kriegsbuch von Ferdinand Gruner (verlegt bei Eduard Strache, Warnsdorf i. B.) sammelt eine Reihe von Kriegserzählungen, die vom Wesen deutschen Heldentums eine gute Vorstellung geben.

Österreich-Ungarns Staatswirtschaften werden in ihren Grundlagen und ihren Systemen in Friedens- und Kriegswirtschaft von Dr. Hans Patzauer in einer kleinen Schrift dargestellt (Wien, Manz Verlag. Preis 3 Kronen), die als Ausdruck für das durch den Krieg vertiefte Bewußtsein Österreich-Ungarns für planmäßiges Zusammenwirken der Volkswirtschaft zu begrüßen ist.

Die polnisch-jüdischen Dichter sind mit ausgewählten Proben ihrer Kunst in einem neuen Bändchen der Liebhaber-Bibliothek von Gustav Kiepenheuer, Weimar, vereinigt. Es handelt sich um J. L. Perez, Scholem-Alejchem und Scholem Asch, Leute mit ursprünglichem, ein eigenartiges Volkstum klar widerspiegelndem Erzählertalent. Zusammen mit diesem Bändchen feiern übrigens die Idyllen von Salomon Geßner heitere Auferstehung, und Dostojewskis Petersburger Novellen,

Digitized by Google

aus den Jugendjahren des Dichters, vermitteln ein menschlichen Anteil gebendes Bild vom Russentum. (Alle Bändchen, für das Feld besonders geeignet. Preis M. 1.50.)

Karl von Clausewitz wird menschlich näher gebracht in einem Lebensbild, das Karl Linnebach aus Briefen und Tagebuchblättern entwirft (Martin Warneck, Berlin. 500 Seiten). Wie es bei den Werken und dem Wirken des Mannes nicht anders zu erwarten war, strömt das Bild des Menschen eine Klarheit, Festigkeit, Folgerichtigkeit und jene sichere Ruhe aus, die uns an den großen Männern der Vergangenheit um so mehr packt, je mehr sie uns als Allgemeingut verloren zu gehen drohte. Das Bild vom Leben dieses Menschen mag unserer Zeit auch darum ansprechen, weil es aufs engste mit dem Schicksal des Vaterlandes verknüpft wird, weil jeder Gedanke an die eigene Person und den eigenen Menschen in dem großen Strom der Gefühle und der Gedanken eingebettet ist, die die Jahre von 1806—1814 ausfüllen. Lebendige Staatsgesinnung und Einkehr bei sich selbst, gesunder politischer Instinkt und feine seelische Reizbarkeit, Stolz auf das eigene nationale Wesen und die Sicherheit, vom fremden Wesen nur das anzunehmen, was das eigene zu läutern und zu vertiefen imstande ist, verbinden sich in all diesen Äußerungen zu einer untrennbaren Einheit.

George Fonsegrive, „Kultur" et Civilisation. (Bloud et Gay, Editeurs Paris-Barcelone. „Pages actuelles".) Die Schrift beginnt mit unsren Kindergärten und verfolgt den Lebensweg des jungen Deutschen durch alle Phasen, Schule, Universität, Beruf, Dienstzeit, Vereinsleben usw. Sie durchforscht die Gebiete der Kunst, der Wissenschaft, wirft vergleichende Blicke in das Militär- und Kulturleben und kommt bei allem zu dem Schluß: die deutsche Natur wird von klein auf vergewaltigt, in eine Schablone gepreßt, es wird ihr keine Luft zur freien Entwicklung gelassen; alles in Deutschland ist schematisiert, eingezwängt in vorgeschriebene, reglementierte Formen dem Militarismus unterworfen. Ein klaffender Abgrund tut sich auf zwischen der deutschen Kultur und dem Begriff Zivilisation. Was der Deutsche seine Kultur nennt, ist Selbstüberhebung. Für ihn gibt es kein Einordnen in die allgemeine Weltordnung, nur ein beherrschendes Darüberstehen.

Literatur

Die Kriegsschauplätze, herausgegeben von Dr. **Alfred Hettner,** Prof. der Geographie. 2. Heft: **Der französisch-belgische Kriegsschauplatz** von Dr. **A. Philippson,** Prof. der Geographie. Mit 1 geolog. Karte, 1 Profiltafel, 1 Formationstabelle. 8°, 92 S. 3. Heft: **Der östliche Kriegsschauplatz** von Dr. **J. Partsch,** Prof. der Geographie. 8°, 120 S. 5. Heft: **Der Kriegsschauplatz in Armenien und Mesopotamien** von Prof. Dr. **F. Frech,** Geh. Bergrat in Breslau. Mit 13 Abbild. auf 4 Tafeln, 3 Kartenskizzen. 8°, 92 S. Leipzig und Berlin, B. G. Teubner.

Der Heidelberger Hochschulprofessor der Geographie Alfred Hettner hat eine

Digitized by Google

Reihe bekannter Geographen und Geologen vereint zur Abfassung gehaltvoller Schilderungen von den Kriegsschauplätzen. Für den Fachmann ist es ein Genuß, diese gedankenvollen Auseinandersetzungen zu lesen; aber vor allem wenden sie sich, wenn sie auch, von Landeskennern geschrieben, auf dem gediegenen Grunde wissenschaftlicher Forschung sich aufbauen, an die breiten Kreise der Gebildeten, die aus ihnen erkennen mögen, wie sehr eine recht angewandte Geographie den Blick für wirtschaftliche, politische, militärische Zusammenhänge schult. Daß das Land und das Meer an sich durch Raum- und Lageverhältnisse, durch die Inhalte an Erzeugnissen über und unter Tage, durch die Oberflächenform, die hier den Verkehr erschweren, dort erleichtern, hier die Völker scheiden, dort zusammenfließen lassen, eine ungemein große Bedeutung für den Staat ausmacht, wird allzuoft über der Betrachtung der Nationalitäten und der geschichtlichen Entwicklungen vergessen. Dabei erleichtert gerade die von Leidenschaftlichkeit und Parteibefangenheit sich fern haltende, ruhig sachliche Bewertung der Land- und Meeresräume durch die wissenschaftliche Geographie die Klärung des Urteils über Kriegsverlauf und Friedensziele. Deshalb seien die Schriften von Philippson, Partsch und Frech, mag auch die Art und Weise, wie die Behandlung der Kriegsschauplätze im Westen, Osten und Südosten angefaßt wird, merklich verschieden sein, aufs wärmste empfohlen. F. Lampe

Die deutsch-türkischen Wirtschaftsbeziehungen. Erstes Heft der „Flugschriften der Auskunftstelle für deutsch-türkische Wirtschaftsfragen". Gustav Kiepenheuer Verlag, Weimar 1916.

Von Februar bis Juli dieses Jahres ist in der „Frankfurter Zeitung" eine Reihe von viel beachteten Aufsätzen Reinhard Junges über die zukünftige Gestaltung der deutsch-türkischen Wirtschaftsbeziehungen erschienen, die hier als Sonderdruck zusammengefaßt werden. Es ist gut, daß diese Arbeiten der Öffentlichkeit noch einmal in einer solchen weniger vergänglichen Form geschenkt werden, denn ihr besonderer Gehalt hebt sie über die Aktualität der Tageszeitung hinaus und läßt sie grundsätzlich wertvoll erscheinen. Der Verfasser ist vielleicht der einzige Deutsche, der das Problem der wirtschaftlichen „Europäisierung des Orients" bereits mit wissenschaftlicher Gründlichkeit an Ort und Stelle jahrelang studiert hat: an dem Schulbeispiel Russisch-Turkestans; und der deshalb berufen ist, seine Beobachtungen und Folgerungen auf die brennende türkische Frage anzuwenden. In der kommenden Praxis mag sich vielleicht im Einzelfall manches anders und in anderer Reihenfolge gestalten und entwickeln als der nationalökonomische Theoretiker voraussehen und empfehlen kann; aber Junge wird gerade vom praktischen Wirtschaftspolitiker und Kaufmann unbedingt gehört werden müssen, denn die Grundlinien für die Anknüpfung und den Ausbau der deutsch-türkischen Wirtschaftsbeziehungen, die er in großen Zügen zeichnet, sind von entscheidender prgrammatischer Bedeutung. Aus politischen und wirtschaftlichen Gründen heraus wird im Verhältnis Deutsch-

Digitized by Google

lands zur Türkei die z. B. von England vorangestellte rein händlerische Beeinflussung des orientalischen Markts unbedingt zurücktreten und das Ziel einer selbständigen wirtschaftlichen Erstarkung der Türkei auch als Inhalt der deutschen Arbeit festgehalten werden müssen. Nur unter dieser Voraussetzung und auf Grund eingehender sachlicher und persönlicher Kenntnisse wird die vorliegende äußerst heikle und verwickelte Aufgabe für beide Teile dauernd befriedigend gelöst werden können; nur so werden schlimme Enttäuschungen und Rückschläge vermieden werden können, wie sie einem überschwänglichen, weil schlecht unterrichteten Optimismus drohen; nur so auch der Pessimismus einer kleinlichen Verärgerung den zahlreichen Anfangsschwierigkeiten gegenüber, die im Verkehr mit der von der europäischen so grundverschiedenen orientalischen Wirtschaft auftreten werden. E. Sch.

Franz Karl Endres, Kaiserl. ottomanischer Major a. D., **Türkische Frauen.** München 1916, Verlag von Arthur Hertz. 198 Seiten.

Endres wird nicht darauf rechnen, daß die vielerlei Urteile, die er mit seinem Büchlein über die türkischen Frauen verbindet, auch nur bei dem größeren Teil seiner Leser Zustimmung finden. Er benutzt den Stoff, den er darstellt, vielfach in freier Weise dazu, um allgemeine Gedanken daran zu knüpfen, die öfters nicht mehr direkt zu dem eigentlichen Thema gehören. Diese Art zu schreiben, wirkt aber bei einem Manne von so viel Geist und so scharf geprägter Ausdrucksweise, wie Endres sie hat, höchst fesselnd; wenn auch, wie gesagt, Widerspruch oft rege wird. Es ist ein umfangreiches, geistreich geschriebenes Feuilleton über die Frauenwelt des türkischen Orients, bei dem sich mehr als einmal die Frage aufdrängt, woher der Verfasser seine manchmal etwas verblüffend intimen Kenntnisse her hat. Beobachtet ist alles ausgezeichnet, und es steht auch vielerlei zum Lernen über das Feuilleton hinaus darin.

Paul Rohrbach

Berichtigung. In dem Artikel im vorigen Heft: „Die russischen Enthüllungen und der Kriegswille in Rußland" sind in einer Anzahl Exemplaren zwei vollkommen sinnstörende Druckfehler stehen geblieben. Beide auf Seite 2096. Dort muß in der sechsten Zeile von oben statt nicht möglich gelesen werden wohl möglich, und auf der vierzehnten Zeile statt England vielmehr Rußland.

Zur gefälligen Beachtung! Wir möchten nicht verfehlen, auf den der heutigen Auflage beiliegenden Prospekt über „Grund- und Zukunftsfragen deutscher Politik" von Professor Stier-Somlo von A. Marcus und E. Webers Verlag in Bonn besonders hinzuweisen, der sicher das ganz besondere Interesse unserer Leser findet.

Nachdruck aus dem Inhalt unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Weimar. Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

1. Jahrgang • 15. Dezember 1916 • Heft 51

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Schatten des Sieges

Von Dr. Paul Rohrbach

Als die rumänische Kriegserklärung gekommen war und mancher bei uns sich dadurch in seiner Stimmung bedrücken ließ, da schrieb ich hier, daß nicht der geringste Grund vorliege, wegen Jonescu, Philipescu und Kompanie schlechte Träume zu haben, und daß wir mit vollkommener Zuversicht und Geduld abwarten dürften, wie sich die Maßnahmen Hindenburgs zur Herbeiführung des Sieges entwickeln würden. Seitdem sind drei Monate vergangen, die Maßnahmen haben sich entwickelt und der Sieg ist da. Er ist da, und er wirft seinen mächtigen Schatten über alle unsere Gegner, über England und Rußland, über Frankreich und Italien. Dieselbe Stimmung, in der wir den schönen Triumph der letzten Wochen, der durch den Fall von Bukarest gekrönt wurde, genießen, die dürfen wir voller Zuversicht auch weiter beibehalten. Es ist nicht gesagt, daß bis zum Ende des Krieges keine schmerzlichen Ereignisse und keine einzelnen Rückschläge mehr sich zutragen könnten, aber wenn auch dergleichen kommen sollte, so wird es an dem Ergebnis nichts ändern. Der Sieg geht seinen Gang. Wir kennen Hindenburgs Gedanken nicht, wie er weiter in der Organisation des Sieges verfahren will, aber wir haben das Vertrauen, daß sie richtig sind und daß sie zum Ziele führen werden. Wenn es nicht menschlich wäre, daß man die Ereignisse, die Hoffnung und Spannung davor und die Freude danach, mit erleben will, so könnte einer sagen: Einschlafen, nach sechs Monaten aufwachen und sich dann erkundigen, *wie* es im einzelnen zu der bis dahin so glücklich weiter veränderten Lage gekommen ist! Ob wir in einem halben Jahre

Digitized by Google

Frieden haben, weiß niemand; daß wir aber in der Zeit dem Endsiege näher als heute sein, vielleicht ihn schon selber in Händen halten werden, darauf dürfen wir alle vertrauen. Indem wir aber diesen Glauben aussprechen, grüßen wir nicht nur diejenigen, die jetzt die schönen Lorbeeren in Rumänien gepflückt haben, sondern mit demselben treuen Gedenken und, wenn es möglich wäre, mit noch größerer und wärmerer Dankbarkeit, diejenigen, die währenddessen in Frankreich, an der Düna und in den Wolhynischen Sümpfen ausgeharrt und durch ihr schweigendes und ertragendes Heldentum den andern den stürmischen Siegeslauf erst ermöglicht haben. Ohne das Heldentum an der Somme wären selbst Hindenburgs und Mackensens Hände schwach.

Unser Siegesschatten fällt auf England. Die Minister, die den Krieg begonnen und die ihn nach der Meinung der englischen Kriegspartei schlecht geführt haben, sollen abtreten. An ihre Stelle soll der starke Mann, Lloyd George. Ihn stützt und schiebt ein anderer starker Mann, Lord Northcliffe. Dieser hält den ganzen englischen Mob sprungbereit an der Leine; ein Trompetenstoß in der Northcliffepresse, und der Mob stürzt sich auf den Gegner, dem die Hetze gilt. Es ist ein groteskes Bild, wie die Gerechtigkeit in der Geschichte waltet; man denkt an die Erzählung im zweiten Buch der Könige, Kapitel 10, Vers 18. Jehu hat das ganze Haus Ahabs umgebracht und ruft das Volk zusammen, um zu ihm zu sprechen: Ahab hat dem Baal schlecht gedient, Jehu wird ihm besser dienen; so ruft denn alle Propheten des Baal, all seine Verehrer und Priester, keiner darf fehlen, denn ich habe ein großes Opferfest für den Baal vor! Als sie aber kamen, ließ Jehu sie samt und sonders umbringen. So tobt es jetzt: Grey und Asquith haben dem Kriege schlecht gedient, Lloyd George wird ihm besser dienen! Das große Schlachtfest an den Halben, den Unentschlossenen, den Zaghaften steht denn auch bevor, und wir werden erleben, wen es hinwegnimmt.

Wenn der Krieg übel geht, dann fallen die Feldherrn und die Minister, denen man die Verantwortlichkeit zuschiebt. Ist es nicht eine Ironie, wie sie im Buche steht, daß die Engländer vor drei Monaten ihre Glossen über uns machten: Der Krieg steht für Deutschland schlecht, die Partei der Verzweiflung und der Rücksichtslosigkeit, die Pangermanisten werden die Oberhand erhalten, der Kanzler wird stürzen, sein Widersacher wird

Digitized by Google

Kanzler werden! — und jetzt geschieht drüben in England genau das Gegenstück dazu, was man bei uns fälschlich als bevorstehend erblicken wollte. Der Gedanke war schon richtig, daß ein schlechter Gang des Krieges nur die Wahl ließe zwischen Mutlosigkeit oder den gefährlichsten Mitteln; nur daß diese Mittel, die manche bei uns aus Ungeduld und falscher Einschätzung der Lage vorzeitig anwenden wollten, jetzt, wo sie der Feind wirklich anwendet, ein deutlicher Beweis dafür sind, wie wenig wohl dem in seiner Haut ist, der zu ihnen greift. Ob Lloyd George sein Ministerium zusammenbekommt, ist, wo dies geschrieben wird, noch nicht sicher. Möglich ist es schon, wenn auch viele in England widerstreben, die einen aus politischem Mißtrauen, die andern, weil sie sich nicht völlig mit verbundenen Augen dem wilden Mann ausliefern wollen, noch andere, wie ein Teil der guten englischen Gesellschaft, möchten nicht mit dem Zweigespann Northcliffe-Lloyd George, Mob und Demagogie, fahren, oder sie sind wie die Iren in ihrem Verhalten zur Kriegsfrage überhaupt durch andere Interessen bestimmt. Uns kann es verhältnismäßig gleichgültig sein, wie diese englische Krisis im deutschen Siegesschatten ausgeht, denn auf keinen Fall wird es die endgültige und letzte sein. Im Schatten ist es kalt, aber die Kälte hat auf England eben erst zu wirken angefangen. Es sind gar keine Spuren von beginnendem Friedenswillen zu sehen, und man könnte wirklich nur wünschen, daß die Friedensheultrompeten, die Friedensschalmeien und das Friedensgesäusel auch in unsern Zeitungen endlich verstummten. Was soll dies Umhersuchen und Raten, ob nicht irgendwo auf der anderen Seite ein Häkchen, eine Anknüpfung sich zeigt, wo man den Friedenswedel aufhängen könnte! Auch wenn ganz gute und brave Leute hinter solchen Stimm- und Schreibübungen stehen, so ist der Eindruck doch ärgerlich, schädlich, unsicher. Wir haben nicht den Mut verloren, als die rumänische Hyäne von ihrem Lager aufstand, und wir triumphieren heute nicht lauter und nicht leidenschaftlicher, als wir damals unsere Überzeugung bekannten: Der Sieg muß und wird kommen! Das, was gekommen ist, macht aber erst den Anfang. Das Ende, davon sind wir überzeugt, wird noch viel besser sein, als der Anfang, und es kann nur verdorben werden, wenn die übrige Welt, Feinde wie Neutrale, immer wieder darauf gebracht werden, es ließe sich aus dem Geraschle im deutschen Papier über den Frieden, der von

Digitized by Google

den andern kommen soll, doch etwas wie Schwächegefühl heraushören.

Auch Rußland beginnt in unserm Siegesschatten zu frieren. Schon vor vierzehn Tagen wies ich auf die Anzeichen aus der russischen Presse und den Dumaverhandlungen hin, daß es eine scharfe Auseinandersetzung mit England gegeben haben muß. Seitdem ist als eine neue und wichtige Tatsache die Rede des Ministers Trepow hinzugekommen, in der mitgeteilt wurde, es bestehe zwischen Rußland und seinen Verbündeten ein Vertrag über Konstantinopel und die Meerengen zugunsten Rußlands. Diese Erklärung Trepows handelt von einem Gegenstande, dessen Vorgeschichte man kennen muß. Im Sommer 1916, während der russischen Erfolge in Galizien, waren die Dumaabgeordneten in England, Frankreich und Italien, um Stimmung zu machen. Unter ihnen befand sich auch Miljukow. Dieser gab in England ein Interview (auch in Italien war hernach in der Presse davon die Rede) und behauptete, Rußland habe durch Vertrag den Bosporus und die Dardanellen zugestanden erhalten. Die englische Presse schwieg aber die Sache tot. Dann kamen die Abgeordneten nach Rußland zurück, und die Frage des Dardanellenvertrages wurde in einer Dumarede von nationalistischer Seite in der Weise aufgegriffen, daß Zweifel an der befriedigenden Natur dieses Vertrages im russischen Interesse geäußert wurden. Darauf stand Ssasonow auf und sagte, es gebe keinen ungünstigen Vertrag über die Meerengen. Ob es einen günstigen gebe und ob es überhaupt einen gebe, sagte er nicht. Miljukow aber glaubte die Gelegenheit ergreifen zu sollen und stellte vor versammelter Duma als seine Schlußfolgerung aus den Worten Ssasonows fest: also ein Vertrag ist da, und er ist für uns günstig!

Die ganze Miljukowsche Aktion in England, in Italien und in der Duma konnte schon damals nicht gut anders verstanden werden, als daß Miljukow versuchte, einen Druck auf diejenigen Bundesgenossen auszuüben, bei denen Abneigung gegen die Übergabe der Dardanellen an Rußland bestand. Das waren ganz offenbar England und Italien. Man kann auch mit Wahrscheinlichkeit vermuten, daß die Abmachungen mit England über die Dardanellen keineswegs die unzweideutige Auslieferung der Meerengen an Rußland enthielten. Wagten sich doch sogar während der

Digitized by Google

englischen Dardanellenexpedition Stimmen in Rußland hervor, die den Verdacht äußerten, wenn England erst die Dardanellen hätte, würde es dort auch selber zu bleiben wünschen! Nun, wo es klar wurde, daß die Bundesgenossenschaft Rumäniens in eine große Enttäuschung und in eine große Verschlechterung der Kriegslage im ganzen für die Entente auslaufen würde, trat der russische Minister des Auswärtigen vor die Duma und präsentierte ihnen den Vertrag, der die Meerengen wie es scheint ohne Hinterhalt an Rußland ausliefern soll. Man kann natürlich über die Ungeschicklichkeit lachen, die es in einem Atem fertig bringt, Konstantinopel als das ewige und unverrückbare Ziel Rußlands seit tausend Jahren zu proklamieren und der Türkei Vorwürfe darüber zu machen, daß sie sich nicht neutral gehalten, d. h. nicht abgewartet hat, bis Rußland sein ewiges Endziel mit geringeren Unbequemlichkeiten als heute in Besitz nehmen konnte. Das ist aber nur eine Nebenerscheinung, die da zeigt, welche diplomatischen Fehler auf der Gegenseite vorkommen können. Das Wichtige und Entscheidende bei Trepows Rede ist die Tatsache, daß er imstande war, dem durch den Verlauf des Krieges bedrängten russischen Kriegswillen die Verschreibung der Entente, vor allen Dingen Englands, nicht nur auf Konstantinopel, sondern auch auf die Dardanellen vorzuzeigen. Militärisch gesprochen sind die Russen von den Meerengen jetzt weiter entfernt und es erheben sich kräftigere Hindernisse zwischen ihnen und ihrem Ziel, als je zuvor. Politisch haben aber die russischen Ansprüche in den vertragsmäßigen Unterlagen, die Trepow für seine Proklamation jedenfalls besaß, den größten Triumph erlebt, den es bisher für sie gegeben hat. Für die öffentliche Stimmung bedeutet das in der Tat sehr viel, ja für den Liberalismus, die russische Kriegspartei, bedeutet es alles.

Vor einigen Wochen hat hier Dr. Ludwig Quessel über die Frage das Wort genommen, ob eine östliche Orientierung unserer Außenpolitik, das heißt eine Verständigung mit Rußland (gegen England, das als unversöhnlich betrachtet wird) nach dem Kriege denkbar sei. Die Versöhnlichkeit oder Unversöhnlichkeit Englands mag hier auf sich beruhen bleiben, bis die Umstände es ratsamer machen als heute, hiervon zu reden. Außerdem müßte man, wenn von Versöhnung oder dergleichen die Rede sein soll, nicht bei uns anfangen, sondern in England. Was aber Rußland

Digitized by Google

betrifft, so möchte ich die Debatte mit unserm verehrten Mitarbeiter Dr. Quessel gleichfalls noch nicht bei dieser Gelegenheit beginnen, sondern heute nur ein Wort anführen, das ich neulich von einer mit Rußland ganz ausgezeichnet vertrauten deutschen großindustriellen Persönlichkeit hörte. Es lautete: Unser Verhältnis nach dem Kriege zu Rußland? Es kann ausgezeichnet werden, aber nur dann, wenn die Russen vorher solche Schläge bekommen haben, daß sie nicht aufstehen können. Bekommen sie aber einen halbwegs günstigen Frieden, so wird ihr Verhalten gegen uns unerträglich und ihre Feindschaft unversöhnlich sein!

Der Mann, der so sprach, der kannte Rußland und die Russen wirklich. Kein Wunder, denn er hat vor den meisten unserer sogenannten Rußlandkenner voraus, daß er ein ganzes Leben in Rußland zugebracht und namentlich diejenige russische Schicht kennen gelernt hat, von der die große Politik und die großen Geschäfte gemacht werden. Hierüber aber sei es für diesmal genug. Das Vergnügen der Debatte über Rußland mit Dr. Quessel wird für mich so groß sein, daß ich es gerne auf einen Zeitpunkt verschiebe, wo mehr Zeit und Raum dafür zur Verfügung steht als in diesem Artikel. Mein Gegner wird mir aber zugestehen, daß die Rede Trepows ein Argument nicht für das spätere Zusammengehen, sondern für das dauernde Auseinandergehen mit Rußland ist, denn dieser russische Minister weiß, warum er in dem Augenblick, wo die Dinge eine höchst ungünstige Wendung für Kriegswillen und Siegeshoffnung nehmen, gerade diesen Preis enthüllt. Die russische Kriegspartei, überhaupt der nationale Wille in Rußland, haben stets nach Konstantinopel und den Dardanellen verlangt, aber sie haben auch stets das sehr begründete Mißtrauen gehabt, die Entente, vor allen Dingen England, werde wenigstens was den Dardanellenausgang betrifft, im entscheidenden Augenblick doch Schwierigkeiteu machen. Jetzt, scheint es, hat man den Engländern gesagt: nur das klare Bekenntnis zu den russischen Dardanellen ist noch imstande, den Kriegswillen bei uns von neuem mächtig anzublasen und heiß zu erhalten! England hat den Preis gezahlt. Es hat als Gegenleistung anscheinend den Sturz des friedensverdächtigen Stürmer und (nach gewissen Anzeichen) vielleicht auch den russischen Rückzug in Persien verlangt. Die Einzelheiten des Geschäfts mögen aber sein wie sie wollen — auf jeden Fall ist klar, daß es im Schatten Hindenburgs,

Digitized by Google

Mackensens und Falkenhayns zustande gekommen ist. Die Dardanellen sind für Rußland wie der andere Preis in Schillers Taucher, die Huld der Königstochter, um dessentwillen der Jüngling sich von neuem in die Charybde stürzt. Er tut es, um nicht wiederzukehren. Auch Rußlands Ausgang wird ähnlich sein, wenn wir wollen, und wenn wir die russischen Dinge so begreifen, wie sie in dem Geleitwort der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" zur Proklamation des Königreichs Polen aufgefaßt sind. England und Rußland, unsere beiden Hauptfeinde, erheben sich, getrieben durch unsere im Orient gefallenen Schläge und durch ihre eigenen Mißerfolge an beiden Fronten, mit mächtigen Gebärden erneut zum Kampf. Hinter ihren Gebärden aber stehen als Treibmittel unsere Waffen, und es ist kein glückverheißendes Vorzeichen, im Schatten unserer Siege handeln zu müssen.

Die Friedenspolitik Lord Greys vor dem Kriege

[Von Prof. Dr. Felix Salomon, Leipzig]

Lord Grey gab in einer seiner letzten Reden [sehr richtig] zu verstehen, daß die Prüfung der Ursachen des Weltkrieges nicht schon zu einer akademischen Angelegenheit geworden sei; es hinge viel von ihrem Ergebnis ab, in welcher Stimmung und Gesinnung wir in die Friedensverhandlungen eintreten würden. In diesem Zusammenhange erklärte er von neuem den „preußischen Militarismus" als den Schuldigen, um dann eine Friedensorganisation zu erörtern, welche künftighin Schutz gegen Friedensstörer bieten sollte. Unser Kanzler widerlegte Greys Anschuldigung, indem er Deutschlands Ringen um den Frieden in den letzten Tagen vor der Entscheidung nochmals darlegte und besonders Rußlands, aber auch Englands Schuld am Mißlingen in grelles Licht rückte; den Plan eines Friedensbundes begrüßte er mit Sympathie und stellte Deutschlands Teilnahme in Aussicht, ja er bot, um sein Interesse zu bekräftigen, Deutschlands Führung in solchem Bunde an. Die englische Presse lehnte sein Angebot ab und antwortete ironisch: „Deutschland über alles"; hinter den Zeilen war zu lesen, daß für solche Führerschaft besser eine andere Macht, nämlich England in Betracht kommen würde. Angesichts dieses Sachverhalts ist es von politischem Interesse daran zu erinnern,

Digitized by Google

daß das Verlangen nach Führung der europäischen Staatengewalt durch England bereits vor dem Kriege nicht nur geäußert, sondern zeitweise schon erfüllt gewesen ist; es ist nicht richtig, wenn Grey behauptet, Europa habe damals unter dem Druck des preußischen Militarismus gestanden, denn England spielte ja in diesem Europa die maßgebende Rolle. Und in welchem Geiste? Da heißt es nun, Englands Politik sei eine Friedenspolitik gewesen. Wer es vorher noch nicht wußte und gemerkt hatte, dem hat man es während des Krieges durch die englische Publizistik einzuhämmern versucht; besonders wirkungsvoll erscheint mir eine Schrift eines ehrlich überzeugten Mannes, das Buch des Oxforder Professors Gilbert Murray „The Foreign Policy of Sir Edward Grey", Oxford, Clarendon Preß 1915. „Laßt diejenigen Grey kritisieren," so schließt der Verfasser seine Beweisführung, „welche noch zu sagen vermögen, daß er unsere Gefahr überschätzte; der Rest von uns wird einem Manne ewig dankbar sein, welcher durch alle diese Jahre der Krisis gerecht handelte und an keine Vergrößerung dachte, welcher seinen Freunden die Treue hielt und für ein gutes Einvernehmen mit seinen Feinden wirkte, welcher nie ein rasches Wort sprach, um die Gefahr näher zu bringen und nie eine Vorsicht vernachlässigte, um ihr zu begegnen, wenn sie kommen sollte." Dem gegenüber ist es unsererseits Pflicht darzulegen, was der sachlich prüfende Historiker mit dem bisher verfügbaren Material über Greys Friedenspolitik auszusagen vermag, soweit dies in aller Kürze an dieser Stelle möglich ist. Ich frage: auf welchen Grundlagen baute sich der Friedenszustand auf, den Grey zu wahren sich mühte; mit welchen Mitteln sollte er gesichert werden? Wie ist es zum Scheitern gekommen?

Die beherrschende Stellung, welche England vor dem Kriege einnahm, verdankte es seinen Freundschaften mit Frankreich und Rußland. Da die Entente mit Frankreich 1904 abgeschlossen wurde und Grey erst 1906 ins Amt kam, begreift es sich, daß er an der entscheidenden Wendung der auswärtigen Politik Englands, die zum System der Ententen führte, keinen Anteil hatte. Er hatte wohl auch keinen an der Einführung der neuen Methode der auswärtigen Politik, die damals Verwendung zu finden begann: an dem Verfahren, anstatt eines festen Bündnisses eine lose Bindung herzustellen, dafür aber den Freundschaftswert durch eine gelegentlich mehr als deutliche Betonung der Kriegsbereitschaft im Dienste des Freun-

Digitized by Google

des zu bekräftigen. Grey hat erst am Abschluß des Systems mitgearbeitet; die Tripel-Entente zählt ihn zu ihren Schöpfern. Als Staatsmann der in den auswärtigen Dienst unter den Augen Lord Roseberys eingeführt war, brachte er den Wunsch nach Annäherung an Rußland als überlieferte Erkenntnis mit; die Weltverhältnisse ermöglichten es ihm, zum Ergebnis zu gelangen. In meinem Buche „Der britische Imperialismus" (Leipzig, B. G. Teubner 1916) habe ich die Entstehung des Dreiverbandes in geschichtlichem Zusammenhang dargelegt und nachgewiesen, wie die Verwundbarkeit und das Schwächegefühl des britischen Reiches in Fortsetzung alter Überlieferung ein Streben nach Weltherrschaft zeitigten. Die Ententegenossen wurden als Partner unter der Bedingung gewonnen, daß sie sich unterordneten; wer im Wege stand bei der nun folgenden Weltverteilung unter den drei Genossen, sollte sich fügen müssen oder lahmgelegt werden. Als Friedensstörer galt fortan, wer sich nicht fügen mochte. Grey setzte sich für das Verhältnis zu Rußland, das er vermittelt hatte, sogleich mit dem ganzen Gewicht seiner Persönlichkeit ein; er sagte im Unterhause: „Ich bin dafür, daß England und Rußland sich auf der Grundlage der Vernunft und der Ehrlichkeit über alle Fragen, die ein gemeinsames Interesse berühren, verständigen, und werde mit diesem Wunsch fallen, wenn das Unterhaus ihm die Erfüllung versagt." (4. Juni 1908.) Von 1908—11 währt die zweite Phase von Greys Wirksamkeit; jetzt galt es das neue politische System aufrecht zu erhalten und auszubauen. Zum Teil wurde die diplomatische Arbeit noch unter den Augen König Eduards fertiggestellt, zum Teil erhielt Grey die erste Gelegenheit, sich selbständig zu betätigen. Die Einzelheiten finden sich in Graf Reventlows Buch und in unseren Vorgeschichten des Weltkrieges; hier sei nur erwähnt, daß die Anfänge der Wirksamkeit des Dreiverbandes eine Enttäuschung brachten; in der bosnischen Krisis erwies sich die Stellung der Mittelmächte als überlegen. Ein Versuch König Eduards, Deutschland gänzlich zu isolieren, scheiterte an der Festigkeit des Zusammenhalts zwischen den Mittelmächten; die englische Politik hatte das Nachsehen. In ihrer Methode war ein Wechsel in Aussicht genommen: auf englischen Wunsch sollte die Entente enger gestaltet werden; am Widerstande Frankreichs und Rußlands scheiterte der Plan (Bericht des belgischen Gesandten in Berlin vom 18. Juli 1908). In der englischen Presse dieser Tage

Digitized by Google

kommt die Verstimmung zum Ausdruck; allein schon die Tatsache, daß Deutschland und Österreich hintereinander standen, wurde als „deutsche Hegemonie in Europa" gedeutet. Mit Übertreibung klagte die „Morning Post": „Es ist klar, daß in der Erhaltung des europäischen Gleichgewichts England nicht mehr viel zählt, und daß andere Nationen nicht auf England rechnen können, sondern für gute Beziehungen zum Dreibund sorgen müssen." Das Verfahren der englischen Politik, die Entente-Genossen mit ihrer Kriegsbereitschaft anzustacheln, war das gleiche geblieben; 1906 hatte König Eduard nach Frankreich wissen lassen, es möge fordern, was es wolle, und eine Truppensendung in Aussicht gestellt, jetzt wurde nach Rußland hin tadelnd bemerkt, die Nachgiebigkeit sei übereilt gewesen. Auf eine Anfrage, welche Haltung England im Falle eines Krieges eingenommen haben würde, lautete nach einem deutschen diplomatischen Bericht vom 5. April 1909 der Bescheid Greys: „Die Entscheidung über Krieg und Frieden hänge in England nicht von der Regierung, sondern ausschließlich von der öffentlichen Meinung ab. Er habe aber das Gefühl gehabt, daß die öffentliche Meinung in England genügend vorbereitet gewesen sei, um der Regierung ein Eingreifen Englands an der Seite Rußlands in den Krieg zu ermöglichen." Im Jahr darauf (30. März 1909) hielt Grey eine programmatische Rede, deren Inhalt nur Eingeweihten verständlich war; er vermerkte: „Was unsere künftigen diplomatischen Beziehungen zu Deutschland anbelangt, so sehe ich einen weiten Raum, in welchem wir heute in Frieden und Freundschaft wandeln können. Zwei entlegene Dinge können einen Konflikt hervorrufen. Eins ist der Versuch von unserer Seite, Deutschland zu isolieren. Keine Nation von der Stärke Deutschlands würde eine Politik der Isolierung, die von benachbarten Mächten verfolgt würde, dulden. Ich möchte bemerken, daß unter den letzten Vorkommnissen nichts grundloser und nichts schlimmer in seiner Wirkung war, als die Behauptung, daß irgendwelche Meinungsverschiedenheiten, die wir in bezug auf den nahen Osten mit Österreich hatten, von der Tatsache diktiert worden seien, daß Deutschland Österreichs Freund sei. Wir haben in allen unseren Beziehungen vielmehr sorgsam alles vermieden, was direkt oder indirekt für diese beiden Großmächte hätte Schwierigkeiten oder Unheil hervorrufen können. Es gibt noch etwas anderes, was sicher eine vollständige gewollte Isolierung

Digitized by Google

Englands hervorrufen würde, nämlich der Versuch irgendeiner kontinentalen Großmacht, zu herrschen und die Politik des Kontinents zu dirigieren. Zwischen den beiden Extremen aber — der Isolierung und der Herrschaft — ist ein weites Gebiet, auf dem die Völker miteinander auf völlig freundschaftlichem Wege wandern können." Grey verband bei diesen Worten ein scheinbares Entgegenkommen mit einer wirklichen Drohung: das Entgegenkommen beruhte darauf, daß er einen Verzicht auf etwas erklärte, was der englischen Politik mißlungen war; die Drohung lautete: kein Rütteln an dem System, das England sich als Grundlage auserkoren hatte. Im Frühling 1910 starb König Eduard; über seine Friedenspolitik urteilte im Rückblick der belgische Gesandte in Berlin als neutraler Beobachter: „Es kann einem nicht entgehen, daß der Weltfrieden niemals ernstlicher bedroht war, als seitdem der König von England sich damit befaßt, ihn zu festigen." Es folgte die Marokkokrisis, von der hier nur berichtet werden soll, daß sie Englands vorhergehendes Mißlingen wettgemacht hat; es gelang der englischen Politik durch ihr Verhalten diesmal zu bekunden, daß sie tatsächlich keinen Widerspruch gegen ihre Verpflichtungen duldete; das Maß der kriegerischen Haltung Englands von damals ist uns allen noch zu deutlich in Erinnerung, als daß ich darauf zurückzukommen brauchte. Aber auch das gehörte noch zur Friedenspolitik König Eduards, denn das Abkommen mit Frankreich, in dem die Marokkokrisis wurzelte, bildete ja, wie gesagt, den Ausgangspunkt des vom Könige neu gegründeten Systems. Hiernach ist ein Einschnitt zu machen. Wir treten in die dritte und letzte Phase der Politik Greys vor dem Kriege ein; es ist diejenige, welche am genauesten zu betrachten ist, wenn wir Greys eigenen Bestrebungen gerecht werden wollen.

Manches deutete auf eine Veränderung in Englands Haltung hin; Grey ließ keine Zweifel darüber, daß dies nur in bedingtem Maße der Fall sein würde. Er wünschte an dem System der Ententen unter allen Umständen festzuhalten. Es erhob sich Widerspruch; man empfand im Lande, wie nahe man am Abgrunde des Krieges gewesen sei und wünschte eine Abkehr von so gefährlichem Vorgehen. Wozu noch die feindselige Richtung gegen Deutschland? Im Kreise der Liberalen und Radikalen wurden Stimmen laut, welche aufrichtig zur Verständigung drängten. Es sei unrichtig, sich der deutschen Ausdehnung entgegenzustellen; Lord Morley

Digitized by Google

sagte: „Der deutsche Ergeiz ist ein vollständig verständlicher und sogar erhabener Ehrgeiz. Wer kann sich wundern, daß ein Staatswesen, das so enorme Fortschritte auf jedem Gebiet gemacht hat, den Wunsch hegt, Gebiete zu finden, damit sich seine überschüssige Bevölkerung eine Existenz gründen kann, ohne ihre Nationalität oder ihre Ideale zu verlieren. Es ist Raum für Deutschland unter der Sonne." Es sei eine falsche Politik, hieß es aus anderem Munde, Deutschland zu isolieren, abzuschließen und mit feindlichen Mächten umgeben zu wollen. Bonar Law versicherte seitens der Opposition: „Wenn es je zum Kriege mit Deutschland kommen würde, so werde es nicht das unvermeidliche Ergebnis eines Naturgesetzes, sondern wahrscheinlich das menschlicher Torheit sein." Das Zusammengehen mit Rußland war nie ganz volkstümlich geworden; selbst in politischen Kreisen wurde das Künstliche dieses Verhältnisses empfunden. Kein Geringerer als Lord Rosebery besorgte, England könnte in eine zu große Abhängigkeit von Rußland geraten; er warnte, England müsse künftig mehr darauf bedacht sein, sich auf sich selbst zu stellen. „Wo würden wir ohne Rußland sein", fragte er bedenklich. Auf Grey lastete eine ungeheure Verantwortung; andererseits winkte nie einem englischen Staatsmanne größerer Ruhm, wenn er das Richtige traf. Und was konnte das sein? In gefahrdrohender Weise begann sich die Wirkung des beständigen Spielens mit dem Kriegsgedanken, das die englische Politik sich zu eigen gemacht hatte, geltend zu machen: in Frankreich drängten immer deutlicher die Anwälte der Revanche, in Rußland die Panslawisten, daß Ernst gemacht würde. War Grey bereit, diesem Streben seiner Bundesgenossen zu willfahren? Aber nein, da doch in seinem eigenen Volke die Mehrheit den Frieden wünschte und auch in den Ländern der Entente die Kriegslustigen schwerlich die Mehrheit besaßen. Das Richtige mußte sein, eine wahrhafte Friedenspolitik einzuleiten; hier stehen wir vor Greys eigentlichem Friedensprogramm. Er beschwichtigte die Bedenklichen, welche an dem politischem System rüttelten; die Aufrechterhaltung der russischen Freundschaft sei das beste Mittel, um Rußland zu zügeln; das russische Reich in Asien zu bezwingen sei eine zehnmal schwierigere Aufgabe, als der Schutz der Integrität Britanniens. Er suchte vor allem klar zu machen, daß das bestehende System eine Freundschaft mit Deutschland keineswegs ausschlösse; er beruhigte: „Sowohl Frankreich wie

Digitized by Google

Rußland wissen sehr wohl, daß die britische öffentliche Meinung einem herausfordernden oder aggressiven Vorgehen gegen Deutschland keine Unterstützung leisten würde." Er betonte, daß er Deutschlands Bedürfnis nach Ausdehnung vollkommen anerkenne; nur müßte sich diese Ausdehnung Englands Interessen anpassen; er wies auf Zentralafrika als auf das Gebiet, wo Deutschland den Engländern nicht in die Quere kommen würde. Er blieb im übrigen wortkarg wie immer, aber ließ seinen Vertrauten J. A. Spender „die Grundlagen der britischen Politik" mit besonderer Rücksichtnahme auf das Verhältnis zu Deutschland auf dem Papier niederlegen; Spenders Arbeit bleibt uns ein geschichtliches Dokument von großem Wert. Spender stellte die Politik der Entente als harmlos hin und bestritt jegliche Feindseligkeit gegen Deutschland; die Grundtendenz faßte er in folgenden Sätzen zusammen: „Vieles, was man in Dentschland und Frankreich über die auswärtige Politik Großbritanniens schreibt, leidet, wenn ich so sagen darf, unter einem Grundfehler: man übersieht, daß die Überseeinteressen in der britischen Politik ausschlaggebend sind. Die englischen Staatsmänner haben nicht den Ehrgeiz, wie man es oft darstellt, eine aktive Rolle auf dem europäischen Schachbrett zu spielen; sie denken weit mehr an ihre weitreichenden Verpflichtungen in anderen Teilen der Welt und an die Rückwirkung der europäischen Politik auf diese." War das nun richtig? Gewiß, es war nicht falsch, aber das für Deutschland Ausschlaggebende war in dieser Zusammenfassung verschwiegen. Die Abkommen, welche England mit seinen Partnern draußen in der Welt getroffen hatte, wirkten ihrerseits in eminenter Weise auf die europäische Politik zurück: Englands Entente mit Frankreich hatte durch die Art, in der Deutschlands Interessen in Marokko mißachtet waren, das Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland vergiftet; Englands Entente mit Rußland aber drängte Rußland vom fernen und mittleren Osten ab und bestimmte es, die Befriedigung seines Expansionsbedürfnisses im nahen Osten zu suchen. Hier stieß es auf der Balkanhalbinsel durch Verwendung Serbiens als Machthebels auf Lebensinteressen Österreichs, wodurch dann wieder Deutschland als Österreichs Bundesgenosse getroffen wurde. Das alles verschwieg Spender in seinem Rückblick, aber dafür bot er einen Ausblick in die Zukunft, wie die bisherige Spannung gehoben werden könnte; er ist in

Digitized by Google

folgender Stelle enthalten: „Es ist nicht unsere Sache, das europäische Gleichgewicht aufrecht zu erhalten, wenn man darunter versteht, daß wir unser Gewicht in die Wagschale zu werfen haben gegen die stärkste Macht, um diese Macht zu verhindern, der Vorteile teilhaftig zu werden, die ihr kraft ihrer Bevölkerung und Stärke zustehen. — In Wahrheit ist dieses europäische Gleichgewicht eine Fiktion der Rechtsgelehrten einer vergangenen Zeit und hat in der modernen Welt wenig oder keinen Sinn. Wenn wir uns in der Geschichte umsehen, finden wir in Wahrheit immer eine Macht in der Vormachtstellung, der aber, trotz alledem, enge Grenzen der Betätigung gesetzt sind, und die, sollte sie diese Grenzen überschreiten, ein gewaltiges Risiko läuft. Tatsächlich und erfahrungsgemäß ist der Friede in Europa immer am besten gesichert gewesen nicht durch ein empfindliches und schwankendes Gleichgewicht zwischen gleichen oder annähernd gleichen Mächten, sondern durch ein mäßiges Übergewicht einer Macht, die man nicht leichthin herausfordert, die aber mehr zu verlieren als zu gewinnen hat, wenn sie die andern herausfordernd behandelt." Das sollte nun heißen: Europa brauchte sich fortan nicht mehr in zwei Lager zu spalten, und Deutschland brauchte kein Mißtrauen mehr zu haben, wenn England die Einrichtung einer neuen Ordnung übernahm. Und wie sollte sie beschaffen sein? Vor Jahren hatte Lord Salisbury einmal gesagt: Das europäische Konzert möge zum Embryo einer Föderation zur Aufrechterhaltung des Friedens werden; die gleiche Perspektive schien sich jetzt vor Grey zu eröffnen. Als Leiter des europäischen Konzerts mochte er meinen, der Sache des Friedens zu dienen. So lassen sich auch die Worte Greys an den deutschen Botschafter deuten: „Seine Politik sei darauf gerichtet, eine erneute Gruppierung der Mächte in zwei Lager zu vermeiden; sie werde mit der Zeit ihre Früchte tragen." Gleichzeitig wandte sich die „Westminster Gazette", das Organ Spenders, nach Paris mit einer Mahnung: „England ist ein guter Freund. Sein Einfluß in Europa ist um so mächtiger, je mehr man weiß, daß es Herr seiner eigenen Politik ist ... Die Notwendigkeit, sein überseeisches Reich zu erhalten, verhindert es, seine Macht für kontinentale Zwecke in Europa zu verpfänden." Indessen waren dies alles nur erst Worte; was ist zur Wirklichkeit geworden? Die deutsche Regierung hatte längst eine Verständigung gern gesehen; aus Berlin stammte der Vorschlag, einen

Digitized by Google

Kabinettsminister dorthin zu senden; jetzt ging man in London darauf ein. Über den Verlauf der Mission Lord Haldanes habe ich hier nicht zu berichten; das jüngst veröffentlichte Urkundenmaterial ließ erkennen, daß Deutschlands Angebot ungewöhnlich groß war, während Englands Einsatz viel zu klein blieb. So zerschlugen sich die Verhandlungen, aber Grey wollte keinen Mißklang aufkommen lassen; er gab der Hoffnung Ausdruck, daß die angebahnten vertrauensvollen Beziehungen weiter ausgebaut würden. Und das Weitere? Wenige Monate später fand jener geheime Briefwechsel zwischen Grey und dem französischen Botschafter in London statt, der eine neue Vereinbarung zwischen diesen Mächten hinter Deutschlands Rücken enthielt zum Zweck, die Maschen der Entente enger zu ziehen. War das der Weg zur Sicherung des Friedens? Im Gegenteil, es erwies sich, daß anstatt im Interesse eines Friedensprogrammes die gegnerischen Mächte einander näherzubringen, von Grey die entgegengesetzte Wirkung erzielt wurde: eine Annäherungsmöglichkeit zwischen Berlin und Paris wurde paralysiert, Frankreichs Eifersucht wurde gemehrt, zu ihrer Befriedigung wurden alsdann Maßnahmen ergriffen, welche die kriegerische Stimmung erhitzten, bevor sie noch hätte nachlassen können. Wir unterlassen hier, nach den Absichten Greys zu forschen; wir begnügen uns, die erste Wirkung seiner Friedenspolitik festzustellen.

Und das letzte? Wie gestalteten sich die Beziehungen zu Rußland? Hier öffnete sich ein Arbeitsgebiet, in dem Grey sich allen Ernstes als Friedenserhalter bewährt zu haben scheint. Die politische Lage war durch den Ausbruch des Balkankriegs wieder sehr ernst geworden; die Gegensätzlichkeit der Interessen zwischen Österreich und Rußland, welche sich 1908 geltend gemacht hatte, nahm wieder einen gefahrdrohenden Charakter an. Jetzt arbeitete die englische Politik nicht mit der früheren Methode, Öl ins Feuer zu gießen; sie suchte tatsächlich, versöhnend zu wirken. Grey brachte eine Botschaftervereinigung in London zusammen; sie war als Organ seiner Friedenspolitik gedacht und sollte fortan zu einer ständigen Einrichtung werden. Die gegen den Orient gerichtete Spitze der Entente wies auf die Kriegsgefahr; Grey sprach sich für die Aufrechterhaltung der Türkei aus. Die russischen Interessen wurden nicht vergessen, aber die vermittelnde Rolle blieb bis zuletzt innegehalten. Beim Auseinandergehen der Vereinigung sagte Grey: „Wir haben das Stadium erreicht, in dem

Digitized by Google

das europäische Konzert so fest begründet ist, daß die bloße Tatsache der Vertagung der Botschaftervereinigung keinen Zweifel an der Gesundheit und an dem Wohlbefinden des Konzertes erregen wird." Und die Wirkung? Gelang es diesmal Grey, nachhaltig zu vermitteln und seine Friedenspolitik zu fördern? Der Bescheid ist rasch gegeben: noch nicht ein Jahr später ist von Petersburg und Paris eine Marinekonvention angeregt worden, welche das Verhältnis zwischen England und Rußland in der Weise festigen sollte, daß die besonderen militär-politischen Abmachungen zwischen Frankreich und England durch analoge Abmachungen zwischen England und Rußland ergänzt wurden. Über Greys Verhalten verlautet in einem deutschen Bericht: „Sir Edward Grey hat die französisch-russische Anregung im englischen Ministerrat warm vertreten, und das Kabinett hat sich seinem Votum angeschlossen." Über die mögliche Wirkung äußerte sich derselbe Diplomat höchst besorgt und prophetisch: „Sei man des Mitgehens Englands erst gewiß, so würden die bekannten panslawistischen Hetzer nicht zögern, die erste sich bietende Gelegenheit zu benutzen, um es zum Kriege zu bringen." Wie ist dieses Verhalten Greys zu erklären? Das europäische Konzert war durch Englands Einfluß auf Rußland ermöglicht worden; es stellte sich heraus, daß dieser nur vorübergehend war. Die russische Regierung betrachtete das Geschehene nur als Aufschub, um die Geltendmachung ihres vollen Programms vorzubereiten; dieses Programm aber machte den Krieg unvermeidlich, weil es den Weg nach Konstantinopel wies, und um diesen frei zu machen, die Zertrümmerung Österreichs und Deutschlands Erniedrigung ins Auge faßte. So wenig Grey dieses Programm in vollem Umfang zugesagt haben mag, er meinte gewiß in Petersburg auch wieder entgegenkommen zu müssen, da ihm die Aufrechterhaltung des Dreiverbands das Grundgesetz seiner Politik bedeutete. Mit anderen Worten: die Führung entglitt seinen Händen; sein Friedensbund verdeckte nur noch die Machenschaften, welche im Falle einer kriegerischen Auseinandersetzung für die Entente die günstigste Position schaffen sollten. In den bangen letzten Julitagen ist Grey dann noch einmal auf den Konferenzplan zurückgekommen; sein Vorschlag konnte aber nur Wert haben, wenn England entsprechende Maßnahmen traf, um seinen Einfluß auf Rußland zurückzugewinnen, d. h. um die Führung in der Entente selbst wieder anzutreten; wir wissen nicht, ob bei

Digitized by Google

Grey die Energie oder der gute Wille gemangelt hat, wir haben nur das Ergebnis zu verzeichnen: der Plan einer Friedensorganisation scheiterte endgültig, weil die Führerschaft im entscheidenden Augenblick versagt hat.

So war Greys Friedenspolitik beschaffen. Zur Grundlage hatte sie ein politisches System, welches die britische Weltherrschaft zu sichern bestimmt war; ihre Handhaben bestanden in Mitteln, welche den in der europäischen Staatenwelt vorhandenen Zündstoff nicht verglimmen ließen, sondern immer von neuem anfachten. Greys Wunsch nach Aufrechterhaltung des Friedens mag echt und aufrichtig gewesen sein; dann haben Mittel und Wege dem Zweck widersprochen. Die Verständigungsverhandlungen mit Deutschland hatten die Wirkung, England dem französischen Revanchegedanken zu verschreiben; die Botschaftervereinigung trug die Keime des Weltkrieges bereits in sich, insofern sie Rußland auf Beistand unter günstigeren Umständen vertröstete. Nach solchen Erfahrungen wird es uns kein Friedensfreund verargen, wenn wir nach Beendigung des Krieges nach anderen Bürgschaften des Friedens verlangen. Auch uns wird jegliche dauerhafte Friedensorganisation willkommen sein, nur will mir dünken, daß des Kanzlers Angebot zur Sicherung des Friedens das Seinige tun zu wollen erst jetzt im rechten Lichte erscheint, wo wir uns durch die Geschichte belehren ließen, wie es vor dem Kriege mit der „Pax britannica" bestellt gewesen ist.

Wilsons Sieg

Von Raymond E. Swing

„Lassen Sie uns alle unsere Streitfragen vergessen und uns zum Dienst der Allgemeinheit vereinigen."

Diese Worte, die Präsident Wilson am Ende der Wahlwoche äußerte, beschlossen den aufregendsten und außergewöhnlichsten Kampf um die Präsidentschaft in der Geschichte der Vereinigten Staaten. Er war aus vielen Gründen außergewöhnlich. Das Endergebnis war zweifelhaft, bis es durch die knappe Entscheidung von fünf westlichen Staaten bestimmt wurde. Volle drei Viertel der politischen Propheten waren aus der Fassung gebracht. Die größte Stimmenzahl der früheren Wahlen war durch mehr als 1 500 000 Stimmen übertroffen; die für Wilson und Hughes

Digitized by Google

im ganzen abgegebenen Stimmen betragen 16 500 000, während die Stimmenzahl vor vier Jahren für alle Kanditaten zusammen nur 15 031 000 ausmachte. Präsident Wilson erhielt die größte Stimmenzahl, die je für einen Kandidaten seiner eigenen oder einer anderen Parte abgegeben wurde. Das Gleiche kann, trotz seines Unterliegens, von dem Richter Hughes gesagt werden. Wilson erhielt in diesem Jahre 2 300 000 Stimmen mehr als 1912. Es ist die erste Wahl, bei der der Osten und mittlere Westen, die für denselben Kandidaten stimmten, nicht den Sieg davontrugen. Es ist die erste Wahl, bei der der radikale Westen die entscheidende Stimme hatte.

Abgesehen von diesen Überraschungen ist diese Wahl, wenn man sie in der Perspektive betrachtet, keine große Abweichung von der Richtung der Wahlen in den letzten zwölf Jahren. Wenn Wilsons Sieg irgendwie allgemein charakterisiert werden kann, so kann man ihn den Sieg des radikalen Liberalismus über konservative Tendenzen nennen. Und dies ist bei den Wahlen der letzten zwölf Jahre der Fall gewesen. Der radikale Liberalismus gewann unter Roosevelts erster Präsidentschaft im ganzen Volk. Er wählte Roosevelt zum zweiten Male. Er wählte Taft, weil Roosevelt dem Lande versicherte, daß Taft der Hauptträger der Rooseveltschen Anschauungen sei. Er ließ Taft fallen, weil dieser sich den Idealen untreu erwies, die den Radikalen des Landes teuer sind. Wilson hätte vor vier Jahren nicht gewonnen, trotz der Spaltung in der republikanischen Partei, wenn er nicht ein Radikaler gewesen wäre. Und diesmal eroberte Wilsons Radikalismus die Weststaaten, wo Hughes wegen seiner politischen Gesellschaft gefürchtet war.

Es ist ein Unterstrom von Beständigkeit und Folgerichtigkeit in dieser Wahl. Die Überraschung liegt in dem Versagen der Beurteiler politischer Strömungen und dem Unvermögen der republikanischen Reaktionäre, die amerikanische Denkungsart klar zu verstehen.

Es ist nicht wahr, wie so oft behauptet wurde, daß Roosevelts Chauvinismus zu Hughes' Unterliegen mithalf. Theodore Roosevelt und sein Kandidat für die Vizepräsidentschaft 1912, der frühere Gouverneur von Kalifornien, Hiram Johnson, sind nun die zwei hervorragendsten Persönlichkeiten der republikanischen Partei. Johnson wurde in den Senat gewählt durch eine republikanische Mehrheit von mehr als 100 000 Kali-

Digitized by Google

forniern; Kalifornien ist einer der Staaten, die Wilson durchbrachten Diese eine Tatsache zeigt, wie richtig es ist, daß die Wahl in diesem typischen westlichen Staat durch den Erfolg des Radikalismus über den Konservatismus entschieden wurde.

Roosevelt unternahm im Wahlkampf nicht viel. Hughes mag ihn nicht leiden, und die reaktionären Leiter der Partei, die die Kampagne — und die Wahlfonds — organisierten, wünschten einen Sieg, der so wenig als möglich von Rooseveltianismus angekränkelt war. Sie hofften auf einen reinen reaktionären Sieg. Sie wollten die „alten republikanischen Prinzipien", das heißt die alten konservativen Prinzipien, unanfechtbar wieder hergestellt sehen.

„Col. Roosevelt fühlte, daß er nicht mehr als vier oder fünf festgesetzte Reden während der Wahlkampagne halten dürfe, damit es nicht so scheinen sollte, als ob er zu sehr hervortreten wolle" — sagte ein republikanischer Parteiführer nach der Wahl. „Hughes liebt Roosevelt ganz und gar nicht. Aber Roosevelt war bereit, überall hinzugehen, wo es gewünscht wurde. Die „Standpatters"[1] im Osten waren entschlossen, Roosevelt so viel als möglich ins Hintertreffen zu stellen. Rufe nach Reden von Roosevelt kamen von Washington, aus Dakota, Utah und Minnesota. Sie blieben unbeachtet. Die Demokraten traten in allen zweifelhaften Staaten für die „Progressives" (Fortschrittler) ein. Sie verschwendeten keine Zeit für Demokraten. Sie sagten, der Westen würde ihnen durch die Missionsarbeit der „Progressive"-Partei zufallen und sie gewannen ihn durch ihre Anstrengungen in dieser Hinsicht." („Chicago Daily News", 10. November 1916.)

Col. Roosevelt sprach in Illinois, New York, Pennsylvanien, Michigan, Connecticut und New Jersey. Alle diese Staaten stimmten für Hughes. Er sprach in Ohio und Kalifornien, welche Hughes verlor. Aber seine Freunde sagen, daß er zu spät dorthin geschickt wurde. Man schätzt die Ausgaben der republikanischen Nationalkomitees auf $ 3000000 bis $ 4000000 während des Wahlfeldzugs. Die Progressisten verlangten 25000 für die zweifelhaften Weststaaten. Diese $ 25000 wurden verwei-

[1] Standpatter im Pokerspiel, ein Spieler, der sich weigert, Karten aufzunehmen, um sein Spiel zu verbessern. In der Politik auf reaktionäre Republikaner angewendet, die keine Änderungen oder politische Fortschritte wünschen.

Digitized by Google

gert. Männer in diesen Staaten, die mit den örtlichen Verhältnissen bekannt waren, sagten, daß diese $ 25000, in verständiger Weise angewandt, diese Staaten für Hughes gerettet haben würden. Man hörte nicht auf sie[1].

Ich bin auf diese Einzelheiten der Leitung der Parteipolitik eingegangen, weil sie zeigen, daß Wilsons Pazifizismus letzten Endes Roosevelts Chauvinismus nicht entgegenstand. Der Europäer ist geneigt, das Ergebnis zu sehr dem Einfluß des Krieges und der Bindestrich-Nationalitäten zuzuschreiben. Wilson, obwohl er beim großen Publikum der Zentralmächte durchweg unbeliebt ist, ist bei der Mehrzahl der Entente ebenso unbeliebt. Die verfrühten Nachrichten von seinem Unterliegen wurden von vielen französischen und einigen deutschen Zeitungsschreibern gleicherweise als ein Beweis seiner Strafe dafür begrüßt, daß er die Interessen der in Frage kommenden französischen und deutschen Blätter nicht vertreten habe. Der Einfluß Morgans in der Wallstreet, der finanziell am meisten vom Sieg der Entente zu gewinnen hat, wirkte fortwährend für Hughes. Und doch waren die Verbündeten Morgans im Widerstand gegen Wilson im Osten keine anderen als die erbitterten Deutschen und Irländer. Zur selben Zeit stimmten Deutsche im mittleren Westen für Wilson, weil sie augenscheinlich den Meltau eines hohen Protektionstarifs für die wiederauflebenden deutschen Industrien nach dem Kriege fürchteten. Wilson kann sich dazu beglückwünschen, daß er seine Wahl keinem fremden Einfluß verdankt, und die Bindestrich-Amerikaner können zufrieden sein, daß sie nicht en masse die Wut des Präsidenten erregt haben.

Der Krieg webte sich durch alle Argumente der Wahlschlachten, denn Krieg ist nachgerade ein Einschlag in dem politischen Gewebe Amerikas geworden. Amerika bildet allmählich seine Ideen über praktischen Pazifismus. Es ist schwer aus der Ferne zu entscheiden, wie viel das Friedensprogramm des Präsidenten Wilson zu seinem Erfolge beitrug. Seine größte Friedensrede war, die er in Cincinnati, Ohio, hielt, und es ist bemerkenswert, daß Wilson daraufhin Ohio gewann, einen Staat, der seit dem Jahre 1860 nur einmal demokratisch wählte. Viel Kapital wurde

[1] Solch große Summen werden bei Präsidentschaftswahlen für Umzüge, Zeitungs- und andere Reklame, Saalmieten und die verschiedensten groß angelegten Propagandamittel ausgegeben, während Bestechung, im Gegensatz zu gewissen städtischen Wahlen, ... Rolle spielt.

Digitized by Google

aus dem Umstand geschlagen, daß Wilson während seiner Präsidentschaft den Krieg vermieden hatte, trotz der Gefahren in Europa und der Versuchungen in Mexiko. „Wilson's wisdom wins without war" — „Peace and prosperity" — und „He kept us out of war" („Wilsons Weisheit gewinnt ohne Krieg" — „Frieden und Gedeihen" — und „Er ersparte uns den Krieg") — diese drei Phrasen wurden von Demokraten überall verwandt, und man konnte sie in Straßenbahnwagen, auf Plakaten und in Zeitungen immerfort erblicken. Und doch, obwohl Wilsons Pazifismus ihm die Stimmen der Frauen eingetragen haben soll, stimmten in Illinois 51 Prozent der Frauen für Hughes, während in Kalifornien, wo die Frauen großen Einfluß haben, vielmehr Wallstreet Hughes schlug als daß der Pazifismus Wilson erwählte. Man kann nicht umhin zu denken, daß nicht der Pazifismus den Ausschlag gab, sondern der Radikalismus. Trotz Roosevelt ist der amerikanische Radikalismus im Herzensgrunde pazifistisch. Roosevelts Chauvinismus ist nicht die Regel, sondern eine sehr seltene Ausnahme. Und Roosevelt ist ein machtvoller radikaler Führer trotz, nicht wegen seines Chauvinismus. Es war amerikanischer Radikalismus, der pazifistisch ist, nicht Amerikas Pazifismus, der radikal ist, der Wilson in der Präsidentschaft erhielt.

Was ist nun dieser amerikanische Radikalismus?

Er nahm seinen Ursprung in dem Kampf gegen besondere Vorrechte, den Roosevelt im Jahre 1905 begann. Er schlug mit Knütteln auf die Schutztarife ein, die die großen Vermögen hatten entstehen lassen und die Kosten der Lebensführung in die Höhe getrieben hatten. Er bekämpfte den unheilvollen Einfluß der Wallstreet auf die amerikanische Gesetzgebung und Regierung. Er ist für Nationalismus, nicht für Imperialismus. Er wünscht „Preparedness" (Rüstung), aber nur um Frieden zu erzwingen. Er hat bis jetzt wenig gemeinsam mit dem europäischen sozialistischen Radikalismus, obwohl die Minimallohn- und Versicherungs-Gesetzgebung 1912 in das Programm der „Progressive"-Fortschritts-(Roosevelt)Partei aufgenommen wurde.

Richter Hughes ist radikal-liberal vom rechten Flügel. Aber die Männer, die seine Wahl organisierten, sind die konservativen „Standpatters", deren eigensinniger Widerstand 1912 die Gründung der fortschrittlichen Partei verursachte. Sie, nicht Hughes, wurden geschlagen. Und das radi-

Digitized by Google

kale Amerika kann sich nur über dies Resultat freuen. Es wird lange dauern, bis die östlichen Republikaner, die Murray Cranes, die Cornelius Blisses, die Henry Cabot Lodges, den Versuch wagen werden, dem Lande eine konservative Regierung aufzundtigen, die lediglich dem zentralisierten Reichtum und amerikanischen Kapitalismus dienen würde.

Die Tendenz der amerikanischen Politik ist Parteilosigkeit und diese Tendenz wird in den nächsten vier Jahren stärker hervortreten. Denn Wilson hat seine sichere Mehrheit im Kongreß verloren. Die Zeitungen, welche die genaue Zusammensetzung des Kongresses mitteilen, sind noch nicht angelangt, aber man kann annehmen, daß zwei oder drei Stimmen dies Ergebnis entscheiden werden. Republikaner und Demokraten werden einander die Wage halten, und ein paar Independenten würden den Ausschlag in Sachen von rein parteilicher Natur geben.

Ob dieses Resultat leicht verschoben ist oder nicht, bedeutet wenig. Denn die amerikanische Gesetzgebung wird auf vier Jahre hinaus auf dem toten Punkt stehen, wenn nicht der Geist patriotischer Parteilosigkeit eine große Gruppe von Gesetzgebern inspiriert. Amerika würde vier Jahre der Untätigkeit im Interesse von Parteierfolg nicht ertragen, und die Republikaner werden zu klug sein, ihren Einfluß auf Wilson für Parteizwecke auszunutzen. Ein Kongreß ohne strenge Parteitrennung wird für das öffentliche Wohl mehr erreichen, als ein egoistischer Parteikongreß. Dieses subtile Gleichgewicht der Kongresse kann günstig möglicherweise auf Wilson rückwirken. Eine der Hauptklagen gegen ihn war, daß er ein herrschsüchtiger einsamer Charakter sei. Es wurde ihm nachgesagt, Vorurteile zu haben und Ratschlägen unzugänglich zu sein. Er hat während der Wahlkampagne überreiche Gelegenheit gehabt, Urteile von manchen ernst- und ehrenhaften Leuten über sich zu hören. Er kann den Kongreß von 1917 nicht wie den von 1913 übergehen. Wenn Amerika Wilson als Person einen Tribut dargebracht hat, so hat es auch eine engere Fessel um seine Macht gelegt.

Die beiden stärksten Männer im öffentlichen Leben Amerikas sind Wilson und Roosevelt. Die Wahl hat beiden festen Fuß gegeben. Die Wahl hat der Herrschaft der östlichen „Plattform"-Reaktion in der republikanischen Partei ein wirksames Ende bereitet. Ebenso wirksam hat sie die Hoffnung der reaktionären „Tammany Democracy" beendet, die Be-

Digitized by Google

ratungen der demokratischen Partei zu führen. Sie ist durch und durch ein Reich des Radikalismus.

Europa darf von diesem Siege etwas erwarten. Man empfindet in Amerika schon etwas wie den Hauch von internationaler Zusammenarbeit. Ich möchte voraussagen, daß Amerika nicht allein bereit sein wird, mit Europa über das Zustandekommen eines gerechten und dauerhaften Friedens zusammenzuarbeiten. Amerika wird bereit sein, dem industriellen Europa mit seinen Märkten und seinen Schätzen wieder auf die Füße zu helfen. In den republikanischen Argumenten für höhere Schutztarife trat ein Zug von kleinlicher Furcht und engherzigem Ausblick zutage. Der amerikanische Arbeiter hat dem Gerede über Dumping[1] kein Gehör geschenkt. Er scheint erkannt zu haben, daß sein eigenes Wohl und Wehe mit dem Wohl und Wehe der Welt verknüpft ist. Amerika hat sich von seiner Vereinzelung losgelöst und marschiert vorwärts auf dem Wege zur Weltkameradschaft.

Rumänien, unser Verbündeter

Von Prof. Dr. Philipp Stein

Am 28. August 1916, am Tage nach der Kriegserklärung Rumäniens sprachen wir in einem Kreis von Leuten, die Rumänien kannten, über die Frage, welche Wirkungen die Kriegserklärung auf die Getreideversorgung Deutschlands und Österreich-Ungarns haben würde. Seelenruhig und voller Zuversicht schloß einer die erregten und bewegten Auseinandersetzungen mit den Worten: „Nur gemach, im vorigen Jahre, am 22. Dezember 1915, haben wir den ersten großen Kaufvertrag mit Rumänien abgeschlossen. Die Ernte dieses Jahres werden wir nicht kaufen, sondern requirieren." Was damals eine phantastische Utopie schien, ist heute Wirklichkeit. Noch vor dem Jahrestag des ersten großen Getreidevertrags ist unsere Militärverwaltung Herrin der Walachei, der einen reichbesetzten Vorratskammer Rumäniens.

Rumäniens Volkswirtschaft ruht auf seinem fruchtbaren Ackerboden und auf den Ölquellen seines Berglands, daneben kommt noch der Holz-

[1] „Dumping" = Überfluten eines fremden Landes mit billig vertriebenen Waren. Die Ententisten in Amerika haben darauf hingewiesen, daß die Zentralmächte Amerika nach dem Kriege mit Waren überschwemmen und so die amerikanische Industrie schädigen würden.

Digitized by Google

reichtum seiner Wälder in Betracht. 1912 belief sich der Wert der Gesamtausfuhr auf 642 Millionen Lei, 486 Millionen entfielen allein auf Getreide, auf Petroleum 66 Millionen, auf Holz 24 Millionen, mit rund 14 Millionen folgten tierische Erzeugnisse.

Die Ausfuhr von Getreide ging zum großen Teil in die Hände unserer Feinde, die auch zwei Drittel der Petroleumausfuhr bezogen.

Der Krieg verschloß mit der Sperrung der Dardanellenstraße die Ausfuhrwege Rumäniens zu den Ländern unserer Gegner. Rußland hatte genug Getreide und Petroleum im eigenen Land, so blieben wir und unsere Verbündeten als die einzigen Käufer. In überstürzter Hast drängten sich die deutschen und österreichisch-ungarischen Händler und Aufkäufer von Gemeinden und staatlichen Stellen auf den rumänischen Markt. Die Preise stiegen in jähen Sprüngen, aber noch schlimmer und verheerender für alles, was Treu und Glauben im Geschäftsleben bedeutet und ist, wirkte das wilde Spiel dunkler Ehrenmänner hüben und drüben, die nur ein Ziel kannten: raschen Verdienst, und nur eine Frage auf den Lippen hatten: Was ist der Preis? gleichviel von Waren oder Menschen. Das Benutzungsrecht eines einzigen Waggons war Tausende wert. 750000 Tonnen Getreide und Hülsenfrüchte, in der Hauptsache Weizen und Mais, sind damals gekauft worden. Nur auf Umwegen und Schleichwegen kamen bis in den Herbst 1915 kleine Mengen davon heraus. Die Ausfuhr und der Abtransport des Getreides war damals eine politische Aktion — zum Schaden der deutschen Käufer wie der Verbraucher. Erst nach den Erfolgen im Serbenkrieg, nach der Öffnung der Donaustraße wurde das Getreidegeschäft, was es hätte sein und bleiben sollen, wieder zu einem kaufmännischen Geschäft. Am 22. Dezember wurde der erste Kaufvertrag zwischen den Vertretern der deutschen Zentral-Einkaufsgesellschaft und den österreichisch-ungarischen Getreidezentralen über 500000 Tonnen Getreide und Hülsenfrüchte abgeschlossen. Am 22. März 1916 folgte der zweite Vertrag über 1 Million Tonnen. Gleichzeitig wurde der Abtransport der früher gekauften 750000 Tonnen geregelt.

In einer Glanzleistung deutscher Organisationsfähigkeit haben der Chef des deutschen Feldeisenbahnwesens und die Zentral-Einkaufsgesellschaft im Verein mit den österreichisch-ungarischen Behörden und Zentralen die Einrichtungen und das System des Abtransports der gewaltigen

Digitized by Google

Getreidemassen geschaffen, die Bahnlinien und namentlich die Donau zu sicheren Verkehrsstraßen gemacht, so daß — ich folge hier den Ziffern, die Herr Direktor Lübbert vom Vorstand der Zentral-Einkaufsgesellschaft in seinem Vortrag in der Schiffsbautechnischen Gesellschaft gegeben hat — vom September 1915 bis August 1916 insgesamt 2332000 Tonnen, und zwar 1488000 Tonnen auf der Donau, 844000 Tonnen mit der Eisenbahn, nach Deutschland und Österreich-Ungarn in gleichen Hälften aus Rumänien herausgeführt worden sind. Interessant spiegelt sich der Rhythmus dieser Arbeit in folgenden Ziffern. In den vier Monaten September—Dezember 1915 betrug die Transportleistung der Getreideausfuhr nach Deutschland 145000 Tonnen. Im Januar war sie 83000 Tonnen, im Februar bereits 150000 Tonnen, stieg im März auf 175000 Tonnen, im April auf 208000 Tonnen und erreichte im Mai den höchsten Stand mit 234000 Tonnen, fiel im Juni auf 216000 Tonnen, im Juli weiter auf 144000 Tonnen und belief sich im August nur noch auf 80000 Tonnen.

Nach der amtlichen rumänischen Schätzung betrugen am 1. Juli 1916 die im Lande befindlichen Vorräte 1600000 Tonnen, davon 440000 Tonnen Weizen und Weizenmehl, 782000 Tonnen Mais und 320000 Tonnen Gerste. Von den 440000 Tonnen Weizen waren 370000 Tonnen Eigentum Englands, das 800000 Tonnen zu Anfang des Jahres 1916 gekauft hatte, wovon aber nur 370000 Tonnen aus der alten Ernte geliefert worden waren. Die neue Ernte, die eine knappe Mittelernte ist, wurde angegeben auf 4400000 Tonnen, und zwar Weizen 1800000 Tonnen, Mais 1600000 Tonnen, Gerste 650000 Tonnen, Hafer 300000 Tonnen, Roggen 50000 Tonnen, dazu kommen noch etwa 70000 Tonnen Hülsenfrüchte. An diesem Ertrag sind die von uns besetzten Gebiete der Walachei und Dobrudscha mit rund zwei Drittel beteiligt. In der Walachei war die diesjährige Ernte in Weizen günstiger, in Mais ungünstiger als in den Moldaubezirken, der anderen großen Vorratskammer Rumäniens.

Die große Frage ist, wieviel ist von diesen Vorräten der alten und der neuen Ernte noch vorhanden? Dabei wird sich ein besonderes, mit Schadenfreude angenehm gewürztes Interesse dem Verbleib des von England gekauften Weizens zuwenden. Nach den Mitteilungen von Sachverständigen, die bis Ende August in Rumänien waren, befinden

Digitized by Google

sich die Vorräte noch bei den Gutsherren und den Bauern oder in Lagern auf dem Lande verstreut.

Manches wird fortgeschleppt, anderes zerstört worden sein. Auf der Donau sind einige Schleppkähne, die für Deutschland und Österreich-Ungarn beladen waren, versenkt worden; andere sind unversehrt geblieben. Rechnet man alle ungünstigen und günstigen Umstände zusammen, so darf man hoffen, daß in den von unseren Truppen besetzten Gebieten der Walachei alles in allem, einschließlich der englischen Waren, $1\frac{1}{2}$—2 Millionen Tonnen Getreide und Hülsenfrüchte, darunter als wertvollster Bestandteil etwa 400000 Tonnen alter Mais vorhanden sein werden. Der Mais der Ernte 1915 ist sofort abtransportierbar, während der Mais der neuen Ernte in geringen Mengen frühestens im Januar, Februar, in seinen Hauptmengen erst im Mai 1917 verwendbar sein wird. Die Vorräte werden, soweit sie nicht von den Truppen gebraucht werden, zum größten Teil für Deutschland und Österreich-Ungarn zur Verfügung stehen, da die Türkei und Bulgarien auf die in der Dobrudscha befindlichen Vorräte zurückgreifen können.

Die andern Erzeugnisse der Landwirtschaft spielen neben dem Getreide und den Hülsenfrüchten nur eine geringere Rolle. Nach der Viehzählung vom April 1916 zählte Rumänien 1219000 Pferde, 2938000 Stück Rindvieh, 7811000 Schafe, 1382000 Schweine und 300000 Ziegen. Schon im letzten Jahr war die Fleischversorgung des Landes ins Stocken geraten, so daß die Regierung regelnd hatte eingreifen müssen. Rumänien kannte schon vor der Kriegserklärung drei fleischfreie Tage in der Woche. Die Ausfuhr von Vieh und Fleisch wird sich deshalb voraussichtlich in engen Grenzen halten, daneben ließe sich noch die Ausfuhr von Eiern und auch von Fischen, namentlich dann, wenn auch die Donaumündungen in unsern Besitz gelangt sein sollten, organisieren.

Das andere wichtige wertvolle Ausfuhrgut Rumäniens ist das Petroleum. Die Ölgebiete Rumäniens liegen eng zusammengedrängt an der Bahnlinie Ploesti — Campina — Sinaia. Der größte Teil dieses Gebietes scheint nach den neuesten Meldungen in unserem Besitz zu sein. Noch banger und unsicherer erhebt sich neben der Frage: Wieviel Vorräte sind vorhanden? die andere: Sind die Bohranlagen unversehrt oder wenigstens rasch wiederherstellbar? Die Vernichtung der Vorräte wäre

Digitized by Google

ein Schaden, mit dem wir uns abfinden könnten. Anders wäre es mit der Zerstörung der Bohranlagen. Hier wäre für uns wie für die Rumänen ein wertvollster Bestandteil des rumänischen Nationalvermögens auf lange hinaus vernichtet. Verschiedene Nachrichten weisen darauf hin, daß die Rumänen sich nicht so willenlos ihren Verführern und Führern hinzuopfern gesinnt waren, daß sie auch in eine Vernichtung der Anlagen unter Tag eingewilligt hätten. Darauf kommt's an. Alles andere können wir wiederherstellen. Daß neben rumänischem Eigentum auch Geld der Ententeländer, neutraler und amerikanischer Besitz zugrunde ging, hat bei den englischen und russischen Führern sicherlich kaum eine Rolle gespielt, könnten sie doch darauf hinweisen, daß das Ausscheiden der rumänischen Konkurrenz für die Besitzer der amerikanischen und auch der russischen Petroleumbezirke sich künftig glänzend bezahlt macht.

Die rumänische Ölerzeugung belief sich im Jahr 1912 auf 1 668 000 Tonnen, erreichte 1914 ihren höchsten Stand mit 1 784 000 Tonnen und sank 1915 auf 1 673 000 Tonnen. 1916 ist sie weiter zurückgegangen, im ersten Vierteljahr 1916 betrug sie 381 000 Tonnen, gegen 469 000 in der gleichen Zeit 1915. Die gesamte Erdöleinfuhr Deutschlands belief sich demgegenüber 1913 auf rund 1¼ Millionen Tonnen.

Die hauptsächlichen Petroleumgesellschaften sind die Steaua Romana, die Romana Americana, die Astra Romana, auf die zu gleichen Teilen insgesamt 65 Proz. der Gesamtölerzeugung Rumäniens entfallen. Vor dem Krieg ist in stetigem Wachsen die Ausfuhr an Petroleum, Benzin usw. bis auf rund 1 000 000 Tonnen jährlich gestiegen. Im ersten Halbjahr 1916 betrug die Ausfuhr nur noch rund 190 000 Tonnen, die zum weitaus größten Teil nach Deutschland gingen. Die Vorräte müßten danach sehr, sehr groß sein.

Eine letzte unbeabsichtigte Hilfe Rumäniens soll nicht unerwähnt bleiben. Obwohl es kaum Kartoffeln noch Kohlen ausführt, würden die Siege in der Walachei, die Eroberung der Bahnlinie Predeal — Ploesti und die Gewinnung Bukarests die Kohlen- und Kartoffelversorgung Deutschlands erleichtern. Die jetzigen Schwierigkeiten unserer Kohlen- und Kartoffelversorgung beruhen z. T. auf Hemmungen und Störungen im Transport, nicht zum wenigsten darin, daß viele tausende Eisenbahnwagen auf den eingleisigen Bahnen Siebenbürgens standen und nicht

Digitized by Google

vor- und rückwärts konnten. Nun haben sie freie Bahn in Feindesland, von wo sie, vollbeladen mit Getreide, zurückkehren in die Heimat, um hier wieder Dienste bei dem Transport von Kohlen und Kartoffeln zu tun.

König Ferdinand und sein Ministerpräsident Bratianu haben den Willen des ersten Königs von Rumänien, das Bündnis mit Deutschland und Österreich-Ungarn zu erfüllen, auf ihre Weise vollstreckt. Sie haben ihr Wort gebrochen, ihr Land wird es halten.

Warschauer Brief

Auf meinen Artikel über „Polen" in Nr. 47 habe ich von sehr geschätzter Seite die folgende Zuschrift aus Warschau erhalten, die ich gerne zum Abdruck bringe. Rohrbach.

Sehr verehrter Herr Doktor!

Erst heute erhielt ich das Heft 47 der „Deutschen Politik" mit Ihrem Aufsatz „Polen", der mich sehr interessierte und mit dem ich in wesentlichen Punkten übereinstimme. Aber doch nicht ganz, und da ich glaube, daß meine abweichende Meinung von vielen Kennern des Landes und des Volkes geteilt wird, so gestatte ich mir die nachstehenden kurzen Bemerkungen.

Mit vollem Recht heben Sie hervor, daß in Polen der Kampf zwischen Ständen und Krone mit der unbedingten Übermacht des Adels geendet hat. Mit einer so ausschließlichen Übermacht des Adels hat er aber nur in Polen geendet; der Sieg des Parlaments in England über das Königtum ist ganz anderer Art. Dabei ist dieser Sieg des polnischen Adels um so einschneidender gewesen, als, wie Sie gleichfalls sehr richtig hervorheben, es in Polen an einem selbständigen Städtewesen und an einem entwickelten Mittelstande fehlte. Das war aber gerade im wesentlichen die Schuld des Adels. Die slawische Natur neigt an sich mehr zum Landleben, Handel und Gewerbe sind in fast allen slawischen Landen mehr von außen hineingetragen, als von innen heraus entwickelt. Aber ungeeignet für Handel und Gewerbe ist der Slawe nicht, wie die Verhältnisse in Böhmen und noch mehr in den preußischen Teilen des ehemaligen Polens beweisen. Daß sich der dortige Mittelstand in wirtschaftlicher und geistiger Beziehung so außerordentlich leistungsfähig entwickelt hat, das, man mag das Verdienst der preußischen Verwaltung hieran noch so hoch anschlagen, war nur möglich, weil das von den Deutschen gestreute Sa-

Digitized by Google

menkorn in einen sehr geeigneten Boden gefallen war. Wiederholt haben starke Einwanderungen deutscher Handwerker und Kaufleute in Polen stattgefunden, wiederholt haben die polnischen Könige sich bemüht, ein selbständiges Städtewesen zu entwickeln, jedesmal ist es dem Adel gelungen, diese Bestrebungen niederzuhalten oder sie nach kurzer Blüte zu zerstören. Den Bedürfnissen der Städte stand der Adel nicht nur verständnislos, sondern sogar feindlich gegenüber; und noch zu den Zeiten des Königs Stanislaus August kämpfte er erbittert und mit Erfolg gegen die Wünsche der Städte. Hand in Hand damit ging aber auch die völlige Unterdrückung und Niederhaltung des Bauernstandes. Nirgends in Europa war der Bauernstand so entrechtet, wie in Polen, herrschte der Adel so unumschränkt wie dort. Absichtlich wurde jede Bildung vom Volke ferngehalten, absichtlich wurde die wiederholt erneuerte deutsche Kulturarbeit im Lande vernichtet. Der selbstsüchtige Adel glaubte darin seinen eigenen wirtschaftlichen Nutzen zu finden, indem er die Bauern nur für sich arbeiten ließ; er glaubte aber auch seine politische Macht zu stärken und zu sichern, indem er ein freies Städtewesen verhinderte. Durch die Schuld des Adels war das Volk verwildert, das Land verwahrlost. So war es am Ende des 18. Jahrhunderts unfähig, seine Selbständigkeit zu retten. Im Gegensatze zum deutschen Volke, das durch sein Wahlkönigtum gleichfalls bis an den Rand des Abgrundes gebracht worden war, das aber nach dem Zusammenbruche von 1806 die innere sittliche Kraft und darum auch die Stärke zu neuem Aufstiege hatte, blieb es ohnmächtig am Boden, mußte es das Schicksal über sich ergehen lassen, das die glücklicheren Nachbarn über es verhängten.

Sie meinen nun, daß in dieser Beziehung jetzt im russischen Teile Polens alle Voraussetzungen anders lägen als früher, daß jetzt die Grundlagen dort wirtschaftlich modern, gesund und tragfähig seien. Dem kann ich nur bedingt beistimmen. Zweifellos hat die polnische Landwirtschaft und auch die bäuerliche Landwirtschaft im 19. Jahrhundert große Fortschritte gemacht und sie am Anfange des 20. noch erheblich gesteigert. Die russische Politik, die sich auf den Bauernstand als Gegengewicht gegen den mehr revolutionär gesinnten Adel stützte, hat viel getan, um jenen sozial und wirtschaftlich zu heben. Aber sie hat ihn auf einer außerordentlich niedrigen Bildungsstufe gelassen. Hinter dem deutschen Bauernstand steht er deshalb weit zurück.

Digitized by Google

Viel ärger liegen die Verhältnisse in den Städten. Unrichtig ist zwar die in Deutschland vielfach verbreitete Ansicht, als ob Polen ein rein landwirtschaftliches Land sei; die Industrie ist stark entwickelt. Warschau und Lodz sind bedeutende Industriestädte, und auch sonst, namentlich im Süden im Anschluß an das benachbarte Oberschlesien, hat sich die Industrie erfreulich entwickelt. Aber diese Industrie ist doch nur zum Teil bodenständig, zum andern Teil ist sie nur entstanden zur Ausnützung des großen russischen Marktes und abhängig von der Zolleinheit mit ihm. Sie ist auch im wesentlichen von Ausländern betriebene Großindustrie. Einen polnischen Mittelstand gibt es, von Warschau abgesehen, in Polen so gut wie gar nicht. In den mittleren und kleineren Städten liegen Handel und Gewerbe fast ausschließlich in den Händen der Juden. In Warschau hat sich allerdings ein kluger und selbstbewußter polnischer Mittelstand herangebildet, aber man darf seinen Einfluß auf das übrige Land nicht überschätzen.

Die Verhältnisse sind deshalb sehr viel unentwickelter als in Posen oder Westpreußen. Es sind zwar die Grundlagen für eine gesunde und kräftige Entwicklung des Bauernstandes gegeben, wobei freilich die Regelung seines Verhältnisses einmal zum grundbesitzenden Adel und sodann zum jüdischen Händlertum sehr große Schwierigkeiten bereiten wird. Ein städtischer Mittelstand muß aber im größten Teile des Landes erst neugeschaffen werden. Hier fehlen zurzeit noch die Grundlagen. Und sie mußten fehlen, weil das Land noch zu Rußland gehörte. Dabei spielt die absichtliche Niederhaltung der Volksbildung, das Verbot des Unterrichts in polnischer Sprache ebenso wie die nur durch militärische Gesichtspunkte geleitete Verkehrspolitik, der Mangel an Straßen und Eisenbahnen, die Verwahrlosung der Flußläufe, eine große Rolle. Wesentlich mitgewirkt hat auch die namentlich in den letzten Jahrzehnten ganz systematisch betriebene Anhäufung der Juden in Polen überhaupt die Judengesetzgebung. Aber viel wichtiger noch ist der dem ganzen russischen Staatsleben innewohnende östliche, asiatische Charakter. Ein gesunder, lebenskräftiger Mittelstand verträgt sich nicht mit Despotismus, der nur Herren und Knechte gebrauchen kann. In Polen, dem Grenzlande zwischen westlicher und östlicher Kultur, ist der Zwiespalt zwischen beiden durchaus nicht ganz zugunsten des Westens entschieden gewesen. Wie in früheren Zeiten durch die Zusammengehörigkeit mit Kiew, so später durch die Ausdehnung des polnischen Reichs über

Digitized by Google

Wolhynien und Podolien, ja bis in die Moldau hinein, sind stets starke östliche Einflüsse maßgebend gewesen. Ja, der entscheidende Sieg des Adels, seine maßlose Überhebung über die anderen Stände ist nur möglich gewesen durch diesen innigen Zusammenhang mit dem Osten. Und es läßt sich nicht leugnen, daß die mehr als hundertjährige Zusammengehörigkeit mit dem Hauptstaate des Ostens, mit Rußland, seine Spuren in dem polnischen Volke zurückgelassen, und daß sie in ihm die östlichen Einflüsse verstärkt hat.]

Diese Einflüsse sind jetzt beseitigt, und damit ist die Möglichkeit gegeben, daß die westliche Kultur, die bisher schon in Polen große Erfolge erzielt hat, und die volle Erhaltung des polnischen Volkstums trotz der schweren mehr als hundertjährigen Bedrückung sich als größtes Verdienst anrechnen kann, nunmehr ungehindert sich entfalten und daß das polnische Volk sich nunmehr mit allen seinen Kräften seiner weltgeschichtlichen Aufgabe widmen kann, ein Bollwerk des Westens gegen den asiatische Osten zu sein.

Indem die Proklamation vom 5. November zugleich zur notwendigen Folge eine Abtrennung Polens vom russischen Wirtschaftsgebiete und eine Annäherung oder Angliederung an das mitteleuropäische Wirtschaftsgebiet hat, drängt sie auch auf eine weitere Durchdringung des Volkes und Landes mit der mitteleuropäischen, d. h. modernen, Wirtschaftsweise. Damit aber sind die Bedingungen erfüllt, unter denen sich in der Landwirtschaft ebenso wie in Handel und Gewerbe ein selbständiger, tatkräftiger Mittelstand entwickeln kann.

Wenn ich also auch bestreite, daß ein solcher Mittelstand, abgesehen von der Hauptstadt, in ausreichendem oder auch nur in erheblichem Umfange vorhanden ist, so glaube ich doch, daß durch die Schaffung eines von Rußland unabhängigen Polens alle Voraussetzungen für die zukünftige Bildung dieses für eine gesunde Entwicklung staatlichen Lebens so notwendigen Standes gegeben sind, daß also im Gegensatz zu der dem Untergange geweihten alten polnischen Adelspolitik dem neuen Staate eine glückliche Zukunft beschieden sein wird.

Verzeihen Sie, sehr geehrter Herr Doktor, wenn ich Ihnen diese längeren Betrachtungen übermittele. . .

Mit hochachtungsvollem Gruße Ihr sehr ergebener N. N.

Digitized by Google

Notizen

Der französische Geist

I.

(Aus den Nachrufen auf Kaiser Franz Josef.) Der „Matin" schreibt am 24. Nov.: „Es gibt Augenblicke, in denen selbst der Tod aufhört heilig zu sein und nicht mehr Schweigen gebietet. Franz Josef war ein Gespenst, ein Wesen, das nur das Aussehen eines Menschen hatte, das aber tatsächlich eine Ausgeburt der Hölle war. Ein böser Geist, hervorgestiegen aus den Tiefen einer Geschichte voll von Verbrechen, Verrat und Vergewaltigungen, in denen seine Vorväter rivalisierten, um auf den Ruinen der niedergeworfenen Nationen, auf dem Leichnam erdrosselter Völker, einen Thron zu errichten. Auf dem Gipfel dieses Berges von Gemeinheit wird die Silhouette Franz Josefs sich bis ans Ende der Welt abheben, beleuchtet von dem roten Licht vergossenen Blutes und brennender Städte. Er wird dort erscheinen, zu Boden gezogen durch seine weißen Haare, seine reiche Kleidung, durch die Kreuze, die auf seiner Brust wie ein Abbild des Galgens erscheinen. So wird er am Schandpfahl der Geschichte angenagelt bleiben, ohne daß man in seinen Augen eine Träne des Mitleids sehen wird." — „La Liberté" vom 23. Nov.: „Der finstere Monarch ist der drohenden Gerechtigkeit entgangen. Er ist aus Angst gestorben; alle denkenden Wesen der zivilisierten Welt werden heute dieselbe Enttäuschung erleben. Wie schade ist es doch, wie ungerecht ist es doch, daß Franz Josef nicht dem Sturz seines Thrones beiwohnt. Mensch ohne Herz, König ohne Ehre, nimmt Franz Josef in sein Grab einen Teil des Prinzips mit, das er verkörperte." — Briand im „Figaro": „Er besaß die Seele eines egoistischen und geizigen Bürgers, gepaart mit dem Hochmut eines beinahe mittelalterlichen Herrschers." — „Le Radical", das Organ der Radikalen: „Über Millionen von Leichnamen, die durch seinen senilen Wahnsinn in die Erde gesenkt wurden, war er ins Grab gestiegen." — „L'Œuvre" vom 23. Nov.: „Er war Tyrann seiner Familie, weiches Wachs in den Händen einiger Schmeichler, Liebhaber von Uniformen, aber kein Soldat. Durch seinen kleinlichen Egoismus kannte er kein Familienleben, und war immer nur von Dienern und Höflingen umgeben. Die Familiendramen in seinem Hause erregten weniger sein Herz, als daß sie sein Vertrauen in die Staatspolizei verringerten." — „La Victoire": „Trotz des päpstlichen Segens, trotz aller Messen und Gebete, wird er sicher in die Hölle fahren; trösten wir uns, er wird dort sicher seine Familie wiederfinden." — „Indépendant des Pyrénées Orientales" und der „Dépêche de Toulouse" schreiben unter dem Titel „Der Tod eines Banditen": „Man ist über den Gedanken empört, daß ein Verbrecher durch den Tod seiner Sühne entgeht. Die Gerechtigkeit hätte gefordert, daß er vor seinem Tod an den Schandpfahl gestellt worden wäre. Seine Regierung, die eine der längsten war, die man kannte, war eine ununterbrochene Folge von Dramen, Verbrechen und Ehrlosigkeiten. Was uns betrifft, so haben wir die Genugtuung, daß wir über die Gemeinheiten

Digitized by Google

und Schändlichkeiten den verstorbenen Schurken schon von jeher richtig geurteilt haben. Der alte Spitzbube hat uns nie getäuscht. Früher ließen sich viele und viele der Unsrigen von einer übertriebenen Empfindlichkeit soweit hinreißen, daß sie die persönlichen Unglücksfälle dieses Herrschers bemitleideten, dessen Familie von der Hand des Schicksals gezeichnet scheint und deren Los ebenso tragisch ist, wie das der Atriden. Schon früher, als man allgemein diesen König der Schurken und diesen Belieferer von Galgen den ehrwürdigen „Doyen der Herrscher" nannte, haben wir, wie es ihm auch zukam, diesen mittelmäßigen Geist und diese beschmutzte Seele gebrandmarkt. Bewußt und mit ruhigem Blut spucken wir auf den Sarg dieses Banditen."

II.

Zu derselben Zeit wird im Seinedepartement bekanntgegeben: Indem das Syndikat der öffentlichen Lehrer und Lehrerinnen des Seinedepartements feststellt, daß die Erziehung zum Chauvinismus und zum Kollektivhaß gegenüber den mit Frankreich im Krieg befindlichen Völkern Gefahr läuft, ein Punkt des öffentlichen Lehrprogramms zu werden, daß unsere Führer uns zu überreden versuchen, es sei unsere Pflicht, diese Ergänzung der Moral ebenso zu lehren, wie wir die Achtung vor den Eltern, die Arithmetik und Geographie unterrichten, daß die Verwaltung sich bereits veranlaßt gesehen hat, gegen Lehrerinnen einzuschreiten, die sich weigerten, dieses neue Evangelium zu verbreiten, erklärt es, daß die Haßerregungen schädlich und gefährlich sind. Schädlich, weil sie, indem sie sich an die brutalsten und niedrigsten Instinkte richten, die Verneinung aller Moral sind. Gefährlich, weil sie die Dauer des gegenwärtigen Krieges nur verlängern und eines Tages verhängnisvollerweise ein Faktor neuer Kriege sein können, wenn sie zwischen den Völkern eine ständige Feindschaft aufrechterhalten. Das Syndikat der öffentlichen Lehrer und Lehrerinnen des Seinedepartements ist daher der Ansicht, daß es von einem erhabeneren Patriotismus zeugt, den Ruf der Gerechtigkeit und Humanität des französischen Volkes bewahren zu wollen, indem man es verhindert, der Masse des deutschen Volkes die Verantwortlichkeit für die Verbrechen seiner Leiter zur Last zu legen, als Frankreich vor dem Urteil der anderen Nationen herabzuziehen, indem man es in einen blinden und erniedrigenden Haß sich verirren läßt; es protestiert gegen die Ansicht jenes Schulinspektors, der im ‚Œuvre' vom 18. Februar schrieb, daß „der Unterricht jenen, von dem Geiste Lamartines und Michelets in so edler Weise beeinflußten, humanitären Charakter vollständig verloren hat", bekundet vielmehr seinen Willen, diesen Charakter dem Unterricht zu bewahren und sich stets „über dem Kampfgewoge" zu halten; und versichert ferner die betroffenen oder beunruhigten Kollegen seiner Sympathien und vollkommenen Solidarität.

Italienische Unzufriedenheit mit England. Die Zahlen über Italiens Außenhandel, die der „Carlino" am 21. November eröffentlicht hat, geben der Zeitung Anlaß zu einer Erläuterung, die für die Stimmung in Italien charakteristisch ist. Der „Carlino" geht aus von einer Opposition gegen den Nationalökonomen Murray,

Digitized by Google

der im „Corriere Economico" sich über die Steigerung des Sterling-Kurses dahin geäußert hatte, daß er sich durch den natürlichen Lauf der Dinge wieder von selbst regulieren werde. Die Zeitung findet die Preissteigerungen, die durch den Stand des Sterling-Kurses für Italien eingetreten sind, zu ungeheuerlich, um sich mit ihnen abzufinden. Der Sterling, welcher zum Pari-Kurse 25,22 wert ist, ist heute 32 wert. Eine Steigerung, die zum größten Teil die Vorteile bezüglich des Kohlenabkommens wieder wett macht, denn die Preisermäßigung für die Kohlen beträgt 25%, für die Frachten 20%. Allein für die englischen und amerikanischen Erzeugnisse ist durch die Entwertung unserer Valuta eine Preissteigerung von 700 Millionen eingetreten. „Carlino" fordert vielmehr, daß Abhilfe geschaffen werde. Mit der politischen Allianz muß eine intime wirtschaftliche Allianz Hand in Hand gehen, damit das in unseren Handelskreisen vorherrschende Gefühl, daß England für seine schwächeren Verbündeten nicht genug tue, verschwinde. Es empfiehlt sich, auf die Wirtschaftskonferenz von Calais zurückzugreifen, wonach England die Zahlungen für seine Verbündeten übernimmt und die Rückzahlungen erst erfolgen, wenn durch den natürlichen Gang der Dinge die Wechselkurse sich wieder gebessert haben.

Elend unter den geflüchteten Letten. Das lettische „Zentralkomitee für Flüchtlingsfürsorge" hat am 2. November in Petersburg eine Generalversammlung abgehalten, auf der gegen den amtlicherseits gegen die Flüchtlinge erhobenen Vorwurf, sie entzögen sich jeder Arbeit und wollten allein von den Unterstützungen leben, protestiert wurde. Von den 760000 lettischen Flüchtlingen bezöge bloß die Hälfte eine Staatsunterstützung, und diese sei so unbedeutend, daß sie nicht einmal die Existenz der Greise und Kinder sicherstelle. Dabei würden die Gelder noch dazu „sehr wenig akkurat" ausgezahlt und das Budget des Komitees werde bedeutend beschnitten. („Rjetsch" vom 24. Oktober bis 6. November 1916.) Nach diesen jedenfalls zuverlässigen (da nichtamtlichen) Angaben ist die Zahl der lettischen Flüchtlinge bedeutend größer, als man bisher annahm. Ihre russenfreundliche Stimmung dürfte angesichts der geschilderten Zustände und der langen Dauer des Krieges nicht gerade gewachsen sein. Wir haben guten Grund, auf eine Heilung der Letten von ihrer unnatürlichen Russophilie zu hoffen und diesen Faktor bei unseren Entscheidungen über das künftige Schicksal der von uns besetzten Gebiete in Rechnung zu stellen.

Die gelbe Gefahr. General Huang-hsing hat bei einem chinesisch-japanischen Verbrüderungsfest in Schanghai gegen die weiße Rasse sich gewendet: „Die Schranke der Rassen, welche den Osten und den Westen scheidet, wird wohl niemals beseitigt werden. Europa hat augenscheinlich keine Zeit, seine Finger in orientalische Angelegenheiten zu stecken. Wenn aber der Krieg vorüber ist, wird es mit verdoppelter Kraft seine ‚Durchdringung des Ostens' erneuern. Es gilt darum für China und Japan, jetzt schon Pläne zu machen, um diesem Ansturm zu begegnen." Die „Japan Times" bezeichnet als die große Aufgabe Japans, die Mauer der Rassenvorurteile niederzureißen: „Die Annäherung von Ost und West,

Digitized by Google

die moralische und intellektuelle Hebung aller Orientalen hat alles nur das eine Ziel: die Befreiung des Ostens von dem Anspruch der Überlegenheit des Westens." „Far Eastern Review" leitet daraus folgenden Mahnruf an die Amerikaner ab: „Versteht ihr Amerikaner wohl, was das bedeutet? Wenn Amerika nicht aus seiner Lethargie erwacht, dann wird es den Tag bereuen, an dem es auf die Predigt gewerbsmäßiger Pazifisten hörte, die das Volk in den Schlaf eingelullt haben, während andere sich waffneten, um ihren Platz an der Sonne zu erobern."

Vom Leben der Jugend. Wir lesen in der Rubrik dieses Titels in den „Schriften zur Jugendbewegung": „Die Potsdamer Strafkammer verurteilte den 15jährigen Fortbildungsschüler Richard Radum wegen ungebührlichen Benehmens vor dem Rektor und im Unterricht zu zwei Wochen Gefängnis. Anlaß zur Klage gab folgender Vorfall: Der Klassenlehrer wollte dem Schüler wegen seines Benehmens eine Ohrfeige geben, wogegen dieser sich wehrte und ausrief: ‚Was unterstehen Sie sich? Anzeigen können Sie mich, aber nicht anfassen!' — Wir verurteilen das Benehmen dieses Schülers, aber auch nicht rückhaltlos; denn wir wissen nicht, wes Geistes die ‚Pädagogen' waren. Aber gegen dieses Urteil legen wir schärfsten Protest im Namen der Jugend ein!"

Die nationale Einheitsschule soll nach einem in den „Schriften für Jugendbewegung" (Heft 8) veröffentlichten Programm a) organisch gegliedert, b) ohne soziale Trennungen, c) ohne konfessionelle Trennungen aufgebaut sein, und sie soll d) einen einheitlichen Lehrerstand aufweisen. — „Die Forderung nach einer einheitlichen Schule für alle Volksgenossen lebt in der Jugend, die keine höhere Bildung genießen durfte, die aber das Verlangen danach in sich trug mit stärkster Intensität, und die Worte, die ein Freund in einem Augenblick heftig aufwallenden Schmerzes zu mir sprach, sind zu verstehen: „Das erste und bitterste Unrecht, das dieser Staat mir tat, ist: daß er mir die geistige Ausbildung versagte, auf die ich auf Grund meiner Befähigung und meines ehrlichen Wollens Anspruch erheben durfte. Aus diesem Grunde werde ich diesen Staat stets verneinen." Diesen Worten stimme ich noch heute bei, wenn ich irgendwo lesen muß, daß diese Einheitsschule ein „Phantom" eine „hirnlose Ideologie" sei."

Neuerscheinungen

Das dreißigste Jahr, S. Fischers Jahres-Almanach (kart. 1 Mark), hat der Zeit entsprechend hauptsächlich ein politisch-wirtschaftliches Gepräge.

Skizzen aus Litauen, Weißrußland und Kurland, eine Sammlung von 60 Steinzeichnungen des Graphikers Hermann Struck, vermitteln eine Anschauung von Leuten, Land und Stadt im Bereich von Oberost. (Verlag Georg Stilke, Berlin, 10 Mk.) Der Dichter Herbert Eulenberg begleitet die Zeichnungen mit Skizzen und Versen. Die Druckerei des Oberbefehlshabers Ost hat das Werk in einer Weise hergestellt, die der deutschen Buchtechnik Ehre macht. Ludendorff, dem das Werk gewidmet ist, kann darauf stolz sein, daß unter seinen Auspizien das

Digitized by Google

unter der Verwaltung von Oberost stehende Gebiet auch kulturell mitten in wilder Kriegszeit erschlossen und menschlich begriffen worden ist.

Eine Schilderung des nordfranzösischen Bauernlebens gibt Emile Guillaumin in einem aus dem Französischen übersetzten Buch „Ein Kampf um die Scholle" (Eugen Diederichs in Jena, XVIII und 233 Seiten in schöner Ausstattung, br. M. 3,—, geb. M. 4.20), mit dem die zur Kenntnis des national eigenartigen Dorfes begründete Sammlung dieses Verlages fortgesetzt wird, die mit dem großen Zyklus von W. S. Reymond „Die polnischen Bauern" eröffnet worden ist.

„Deutsche Arbeit". (Monatsschrift für das geistige Leben der Deutschen in Böhmen, herausgegeben von der Gesellschaft zur Förderung deutscher Wissenschaft, Kunst und Literatur in Böhmen.) Obwohl ihrem Untertitel nach nur für das geistige Leben der Deutschen in Böhmen bestimmt, bietet uns die Zeitschrift in ihrem politischen Teile Berichte wohlunterrichteter Männer aus allen Teilen Österreichs und eine Übersicht in das geistige Leben der Deutsch-Österreicher.

Ungarische Skizzen von Ernö Szép gibt der Falkenverlag in Darmstadt mit einem Vorwort von K. Edschmid heraus (Mk. 1.—).

André Dubosc q, La Hongrie d'hier et de demain. (Bloud et Gay, Editeurs Paris-Barcelone. „Pages actuelles".) Der Verfasser entsendet seine kleine Schrift mit einem Motto von Friedrich Naumann: Ungarn muß sich zu Österreich halten, falls es nicht an Moskau fallen will. Trotzdem soll Ungarn die verdiente Strafe treffen, „weil es im Kriege wie im Frieden zu Deutschland gestanden hat".

Kunst im Haus. Wir buchen als weiteren Beitrag für die Unentwegtheit, mit der in Deutschland auch das kulturelle Leben während des Krieges fortschreitet, daß B. G. Teubner in Leipzig seine Künstlerzeichnungen für das deutsche Haus durch eine Reihe weiterer guter Blätter bereichert hat. Da ist eines, das uns Weihnachten vor dem Feind in Gedanken mitfeiern läßt, weiter das Haus Goethes am Frauenplan als ein Symbol deutschen Lebens und Schaffens. Ein Blumenmarkt in Holland und eine Reihe schöner Blumenstücke lassen für eine Weile Krieg und Sorgen vergessen. (Die Blätter kosten 5—6 Mark.)

Ausblicke in die kunsttechnische Zukunft unseres Volkes tut in einer bei Gustav Kiepenheuer erschienenen Flugschrift Fritz Schumacher. Der Verfasser erhofft von Kriege „moralische Läuterung unserer Schaffensbegriffe".

Platons Gesetze, das klassische griechische Werk über das Wesen des Staates ist von dem Platonkenner Otto Apelt von neuem gut übersetzt und erläutert worden. (Felix Meiner, Leipzig. XXXII und 261 Seiten; der philosophischen Bibliothek 159. Band. Br. 7.50, geb. 8.50.)

Christentum und Antike betrachtet ein „deutscher Romfahrer" in ihren wechselseitigen Werten für „die Selbstbesinnung der germanischen Seele". (E. Haberland, Leipzig. 68 Seiten.)

Digitized by Google

Literatur

Schwedische Kriegsbücher: Herming von Melsted, Das Volk in Gefangenschaft. Ohle'n & Okerlund, Stockholm 1916. **Gustaf Sjöstedt, Hinter den Kulissen des deutschen Krieges.** Albert Bonnier, Stockholm 1916

Der Chefredakteur einer national gesinnten schwedischen Zeitung, H. von Melsted, hat Belgien kurze Zeit bereist, um sich mit eigenen Augen über die Zustände dieses von den Deutschen eroberten Landes zu überzeugen, das soviel Geschrei, Lügen und Schriften in die Welt gesetzt hat. Da er niemals an die Phantasien der Feinde Deutschlands geglaubt hat, ist es ihm eine Genugtuung, feststellen zu können, daß die Verhältnisse beträchtlich anders liegen, wie sie von haßerfüllten Feinden und blinden Neutralen dargestellt werden. Obgleich der Verfasser vorübergehend bei den Frauen besserer Klassen eine Antipathie gegen die Deutschen gespürt hat, scheint es ihm, als ob die Bevölkerung im großen Ganzen sich in ihre Lage gefügt habe und zwar nicht zu ihrem Nachteil.

Denn während das Vergnügungsleben der Großstädte seinen üblichen Verlauf nimmt, während deutsche Soldaten mit den Einwohnern Antwerpens auf freundschaftlichem Fuße verkehren, hat das Land sichtlich auch durch die deutsche Verwaltung profitiert. Es herrscht dort jetzt eine rechtliche Ordnung, soziale Probleme schwieriger Art sind mit gutem Erfolge gehandhabt worden, viele Elemente, die die Entwicklung vor dem Kriege störend beeinflußten, sind soweit wie möglich ausgeschaltet worden. Es ist deshalb nicht ausgeschlossen, daß die Bevölkerung einst auf die Zeit der deutschen Herrschaft zurückblicken wird als auf eine Zeit der Ordnung und der gesunden Entwicklung. Es fehlt auch nicht an einheimischen Stimmen, wie beispielsweise das belgische Blatt ‚L'information", die das belgische Volk eindringlich zur Selbstkritik und Selbstbesinnung auffordern. Belgien ist zwar ein besiegtes Land, was schon an sich ein großes Leid ist. Aber der Verfasser fühlt die Verpflichtung, gegen die Übertreibungen dieses Leids öffentlich zu protestieren. Der energische Generalgouverneur regiert das Land mit dem Wunsche, einmal auf ein gut verwaltetes Land zurückblicken zu können.

Das Werk „Hinter den Kulissen des deutschen Krieges" ist bedeutend umfangreicher und beansprucht ein besonderes Interesse, weil es das erste Zeugnis eines schwedischen Schriftstellers ist, der sich während des ganzen Krieges in Deutschland aufgehalten hat und in seiner Eigenschaft als Korrespondent vielfach Gelegenheit gehabt hat, Reisen nach eroberten Gebieten vorzunehmen. Indessen sind die reinen Reiseschilderungen an die verschiedenen Fronten uns schon vertraute Dinge und es gelingt dem Verfasser nicht, uns hier etwas Neues zu geben. Die Bedeutung seines Buches ist eher die, daß hier dem nordischen Publikum eine Art Kriegstagebuch vorgelegt wird, das die so reichen und wechselnden Stimmungen des deutschen Volkes, vor allem der Berliner, vom Kriegsausbruch bis zu

Digitized by Google

Serbiens Fall wiedergibt. Die Schilderungen gehen zum großen Teil auf die Korrespondenzen des Verfassers zurück und jeder Berliner würde hier die Entwickelung seiner eigenen täglichen Freuden und Sorgen, Hoffnungen und Enttäuschungen wiederfinden. Es ist somit eine zwangslose Zeitgeschichte entstanden, die ihren unbedingten Wert besitzt, besonders, da die ausgeprägte Sympathie des Verfassers für Deutschland ihn niemals zu einer ungerechten Kritik der Feinde Deutschlands verleitet. Aber wiederum verfällt er nie auf Schmeicheleien oder Übertreibungen, sondern unternimmt an Hand der Tatsachen auch eine ruhige Kritik gewissen deutschen Maßnahmen gegenüber, er scheut nicht davor zurück, die unerhörten Schwierigkeiten, mit denen Deutschland innerhalb und außerhalb seines eigenen Gebietes zu kämpfen hat, bei ihrem rechten Namen zu nennen. Die Feinde Deutschlands, die so oft und so gern von der Knebelung des freien Wortes in Preußen reden, sollten doch diese Ausführungen studieren, um sich darüber Gedanken zu machen, was alles einem neutralen Korrespondenten in Deutschland zurzeit des Weltkrieges gestattet wurde. Der Wert des Buches wird durch die vielen Interessen seines Urhebers, die auf finanziellen, kommerziellen und sozialen Gebieten zu finden sind, erheblich erhöht. Dr. Marcus

Ewald Banse, Die Türkei. Eine moderne Geographie. Mit Buchschmuck von Carlos Tips. Mit 62 Abbildungen und einer farbigen Kulturkarte. Verlag von George Westermann. Berlin, Braunschweig, Hamburg 1915. 454 Seiten. **F. C. Endres,** Königl. Bayr. Hauptman im Generalstabe, Kaiserl. Ottomanischer Major a. D., **Die Türkei,** Bilder und Skizzen von Land und Volk. Mit einem Bild des Verfassers. C. H. Becksche Verlagsbuchhandlung Oskar Beck, München 1916. 301 Seiten. **Paul R. Krause,** Kaiserl. Ottomanischer Regierungsrat a. D., **Die Türkei.** Mit 2 Karten im Text und auf einer Tafel. 469. Bändchen der Sammlung: Aus Natur und Geisteswelt. B. G. Teubner, 136 Seiten. Drei Bücher über die Türkei, nach Umfang und Anlage sehr von einander verschieden, aber jedes in seiner Art vortrefflich und alle einander gut ergänzend. Banse beginnt sein Werk mit den charakteristischen Worten: „Dies ist das Buch der Türkei, deren Geographie noch nicht geschrieben ist, sofern wir uns recht unterrichtet haben. Es ist manches historische und manches politische Wort über die Türkei gefallen, aber, man verzeihe, dies geschah ohne hinreichende Kenntnis der Länder und ihrer Bewohner. Es gibt eine große Anzahl von Reiseberichten, jedoch das in ihnen verborgene Material ist zu weitschichtig und liegt dem suchenden Auge zu weit versteckt, als daß es auch nur im geringsten nutzbar würde. Hier hat die Geographie einzuspringen."

Mit diesen Feststellungen hat Banse durchaus recht. Er ist der erste, der uns eine zusammenhängende, auf geologischer Grundlage ruhende, durch ausgedehnte eigene Reisen und Literaturkenntnis gestützte Geographie des türkischen Reichs geschenkt hat. Natürlich ist ein solches Buch nicht ebenso für die zusammenhängende Lektüre geschrieben,

Digitized by Google

wie eine Reiseskizze oder eine wirtschafts-politische Darlegung. Es ist aber das nützlichste, um sich über die türkischen Länder zu orientieren, und nicht nur über die Länder, sondern auch über die Völker und die Wirtschaft. Sehr zu empfehlen ist das einleitende geschichts-politische Kapitel. Eigentümlich ist manchmal die Sprache. Der Verfasser hat selbst eine Empfindung dafür, daß er dem Leser mit seiner Ausdrucksweise gelegentlich etwas zumutet, denn er sagt: „Wenn in diesem Werke gelegentlich Wortformen und Bilder benutzt wurden, welche von denen des üblichen Hausgebrauchs ein wenig abweichen, so wolle man sich erinnern, daß auch die Landformen, Himmelsfarben und Kulturerscheinungen von denen unseres Landes verschieden sind, und wolle zugeben, daß ein eigenartiges Milieu sich seinen Stil schaffen muß." Ich will über diese Theorie nicht rechten; mir persönlich gefallen die etwas barocken Wendungen öfter ganz gut, und sie sind fast immer originell. Andere werden vielleicht mit dem Kopf schütteln. Eine ganz kleine Ausstellung möchte ich noch anbringen. Banse schreibt, wie fast alle übrigen Menschen, konsequent vom Aegäischen Meer. Der alte griechische König aber hieß doch Aegeus. Also nicht Aegäisch, sondern Aegeisch! Dieser Schreibirrtum wird aber, wie es scheint, während des gegenwärtigen Weltlaufs nicht auszurotten sein.

Ich kann es mir nicht versagen, den Schluß des ersten Kapitels als Beweis dafür, wie richtig die Kulturfragen beurteilt werden, herzusetzen. Banse spricht erst von den notwendigen Schulen, die in der Türkei die Kenntnis der deutschen Sprache vermitteln müssen, dann von den Zeitungen und Zeitschriften, für die er Schaffung einer kostenlosen deutsch-türkischen Korrespondenz mit fortlaufenden Nachrichten anregt, und er schlägt die Herausgabe eines kleinen türkischen und arabischen Konversations-lexikon vor, das dem Orient die Augen über das wirkliche Aussehen der Welt öffnen würde. Dies ist ein sehr guter Vorschlag. Dann heißt es weiter: „Einführung von billigen Studienreisen interessierter Ottomanen nach Deutschland und solchen von Deutschen in die Türkei, denn es handelt sich darum, den Untertanen beider Staaten das gegenseitige Verständnis mit allen Mitteln zu erleichtern. Dazu gehören auch Vortragsreisen mit Lichtbildervorführung in der Türkei und Vorbereitung einer billigen, türkisch und arabisch gedruckten Broschürensammlung, beide zur Aufklärung über deutsche Verhältnisse. Hebung der deutschen Touristik in der Türkei und Ablenkung des deutschen Touristenstroms von uns feindlichen Ländern fort hierher; namentlich die Gebirge Kleinasiens und der Libanon verdinen unsere Beachtung auch in diesem Sinne, während Palästina aus religiösen Ursachen schon seit Jahrhunderten ein vielbesuchtes Pilgerziel ist. Wird die Neugeburt der Türkei in ähnlicher Weise angefaßt, so dürfte der alte Fehler der früheren türkischen Reformen vermieden werden, Früchte brechen zu wollen, bevor man sie gepflanzt und gepflegt hat. Nur Takt und Geduld können erwarten, aus der Metamorphose des Orients mehr zu machen, als ein Zerrbild moderner Zivilisation. Nicht mit dem Bajonett allein muß man an dies

Digitized by Google

Problem herantreten, sondern vor allem mit Pflugschar und Schiefertafel, und auf solchem Wege möchte dieses Buch als ein erstmaliger Aufschluß über die geographischen Grundlagen der Türkei der erste Beitrag sein."

Durchaus von anderer Art als Banses Buch ist das von Endres. Der Verfasser ist drei Jahre lang Offizier in türkischen Diensten gewesen. Er gibt keine Geographie, sondern gibt in fünf Kapiteln eine Schilderung der heutigen türkischen Zustände: 1. Gesellschaft und Sitte, 2. Zur neueren Geschichte der Türkei, 3. Völkische Verhältnisse im türkischen Reiche, 4. Volkswirtschaftliches, 5. Von türkischer Kunst und Literatur. Alles ist sehr anregend geschrieben, aber von etwas verschiedener Tiefe und Widerspruchsfreiheit. Überall dort, wo Endres Erlebnisse und Beobachtungen schildert, ganz besonders in dem Kapitel Volkswirtschaftliches, gibt er höchst Wertvolles. Wo er grundsätzliche Urteile ausspricht auf Gebieten wie dem der ehelichen Sittenlehre, anknüpfend an die türkische Polygamie, oder wo er sich auf einem so schwierigen und schwankenden Gebiet bewegt, wie dem der alten orientalischen Kunstgeschichte, wird man ihm gelegentlich mit Zweifel, oder auch mit lebhaftem Widerspruch, begegnen. Der kleine Abschnitt über Literatur, Presse und Theater, nur 10 Seiten, ist trotz seiner Kürze und Unvollständigkeit sehr lehrreich. Daneben aber, wie z. B. auf der Seite mit dem Stammbaum der Türken nach der mongolischen Tradition, kommt in Gestalt einer Anmerkung ein historisch-kritisches Urteil des Verfassers, dem zu begegnen man sich aufrichtig wundert. Weil dieser türkisch-mongolische Völkerstammbaum den alten Noah und seine Söhne an der Spitze hat, meint Endres, die Übereinstimmung der Bibel mit der Ural-Altaischen Schöpfungsgeschichte, die offenbar über Babylon nach Israel gekommen sei (!), wirke überraschend und beweise jedenfalls die Nichtoriginalität der jüdischen Weltschöpfungslegende! Hier weiß man nicht, was man als Kritiker dazu sagen soll. Von solchen Einzelheiten abgesehen, möchte ich das Buch im ganzen als Hilfsmittel zur Einführung in den türkischen Orient lebhaft empfehlen.

Auch der dritte unserer Verfasser, Paul R. Krause, kennt die Türkei, die er schildert, aus guter eigener Anschauung. Die Einleitung über das Land ist ganz knapp, die wenigen Zeilen „Geologisches" wären wohl besser ganz fortgeblieben. Dann folgt ein Abschnitt über die Bevölkerung, über die neueste Geschichte und über Verfassung, Verwaltung, Regierungsrechtspflege und Heer. Diese Kapitel sind wichtig. Auch die Lektüre der folgenden Notizen im Kapitel „Wirtschaftliches Leben" über Finanzen, Land- und Forstwirtschaft, Besitzverhältnisse, Verkehrswesen, Zahlungsmittel usw. sind jedem anzuraten, der sich aus praktischen Gründen mit der Türkei etwas vertraut machen will. Überhaupt ist Krauses Büchlein gut für die erste Orientierung und zur Mitnahme auf die Reise. Wer es gründlich mit seinem Studium der Türkei vorhat, der befolgt am besten die Reihenfolge: Krause, Endres, Banse.

Paul Rohrbach

Nachdruck aus dem Inhalt unter genauer Quellenangabe gestattet.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Weimar. Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

1. Jahrgang • 22. Dezember 1916 • Heft 52

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

An unsere Leser!

Die Linien der „Deutschen Politik" führen wieder zur inneren Politik hin. Zur stärkeren Behandlung innerpolitischer Fragen im Sinne der gemeinsamen Arbeit aller Deutschen am Aufbau unserer Verfassung und Verwaltung im erneuerten, nach außen starken, im Innern befriedeten Deutschen Reich haben wir Herrn Dr. Friedrich Thimme als ständigen Mitarbeiter gewonnen. Herr Dr. Friedrich Thimme ist unseren Lesern bekannt als Herausgeber der beiden erfolgreichen Sammelschriften „Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland" und „Vom inneren Frieden des deutschen Volkes. Ein Buch gegenseitigen Verstehens und Vertrauens", in denen zum erstenmal Vertreter aller Parteien innerpolitische Fragen in jenem Sinne behandelt haben.

Verlag und Schriftleitung der „Deutschen Politik"

Weihnachten 1916

Von Emil Fuchs

Wie viel Menschen mögen wohl an das kommende Fest denken mit dem Gefühl: „Ich kann es nicht ertragen, daß nun wieder Weihnachten ist und ich so einsam, so grenzenlos einsam!" — Wie viel Menschen mögen denken: Ich kann es nicht mehr hören, dies „Frieden auf Erden", das eine große Lüge ist!

Und doch feiert Deutschland Weihnachten! 12 Millionen Mark wurden im deutschen Land gesammelt für unsere Kriegsgefangenen. Da steht sie vor uns die starke Kraft des deutschen Gemütes. Keines der zersprengten

Digitized by Google

Glieder unseres Volkes in der weiten, weitesten Ferne soll ohne Fürsorge, ohne Gruß aus der Heimat sein. Nun gehen die Pakete zu unsern Kriegern, sie gehen in die Lazarette. Überall grüßen Dankbarkeit und Liebe die Not und Einsamkeit, die der Krieg brachte und suchen denen es leichter zu machen, die am härtesten getroffen wurden.

Welch ein liebes, stilles Familienfest hatte das deutsche Gemüt aus dem Weihnachtsfest gestaltet. Es war uns das Fest, in dem wir alles feierten und alles zur Darstellung brachten, was unserm Haus seinen Frieden, sein Glück, seine Schönheit und Zukunftskraft gab. Es war das Fest der Kinder und des Elternglückes geworden. — Welch ein gewaltiges, starkes Fest ist es nun, zu dem ein großes, großes, kämpfendes und blutendes Volk alle seine kämpfenden und leidenden, alle seine zersprengten Glieder aufsucht, drückt ihnen die Hand und spricht zu jedem: Ich denke deiner! Es gehört Kraft dazu, solch ein Fest zu feiern. Kraft und frohe Sicherheit allein machen es möglich, daß aus dem Gemüt solch sonniges, frohes Leuchten ausgehen kann. Und wenn die Zeichen der Liebe nach Japan kommen und an den Baikalsee, nach England und Frankreich! Überall wird es aus ihrem Leuchten in deutsche Herzen klingen: Deutschland ist nicht am Ende seiner Kraft. Deutschland ist noch so stark, daß es Weihnachten feiert, und Weihnachten feiern läßt jedes seiner Glieder in der weiten, weiten Ferne. — Ich meine, wenn die maßgebenden Männer unserer Feinde wirkliches Verständnis hätten für die Beweise ungebrochener Kraft, dann müßten sie es daraus sehen, wie weit, weit sie noch vom Ziele entfernt sind. Ja Deutschland blutet und kämpft mit unendlichen Entbehrungen. Aber das deutsche Gemüt ist noch ungebrochen stark und das deutsche Volk sammelt 12 Millionen für seine Kriegsgefangenen und wie viel ungezählte Millionen sind bereit für andere Not. Deutschland feiert Weihnachten und das deutsche Gemüt durchleuchtet mit Weihnachtsglanz nicht mehr das einzelne Haus, die einzelne Hütte, es leuchtet strahlend, stark durch die Welt hin und spricht zu all den Seinen: Deutsches Wesen ist da stärker, größer, tragkräftiger und arbeitsamer als je, sei froh, feiere Weihnachten und laß dein Gemüt auch ungebrochen und stark sein als das Gemüt eines Deutschen.

Vor wenig Tagen stand ich auf hohem Friedhof über einem alten deutschen Städtlein am Grabe eines lieben, jungen Kämpfers. Er war einer

Digitized by Google

von denen, die sich das Eiserne I. Klasse errungen hatten, an die wir denken, wenn uns das Herz trüb und müd werden will. An einem solchen spürt es dann wieder, welch starke, heilige Zukunftskraft da ist. Nun war er seinen Wunden erlegen. Als aber das trauernde Auge hinab sah zum alten Tor des Städtlein, da quoll dort schwarz, schwarz der unüberseh-bare Zug hervor. Sie alle im Städtlein gaben ihm das Geleite zur letzten Ruhe und trugen den Schmerz mit den Seinen. — Deutschland feiert Weihnachten, ein hehres, heiliges Fest, da alles Leid gemeinsames Leid ist, da es durch die Seelen klingt, wenn ein Haus getroffen wird: „Für uns auch"! Nebeneinander stellen sich die Menschen und es ist der starke Trost, daß einer mit dem andern trägt und mit dem andern sich tröstet. In der heiligen Gemeinschaft des Schmerzes spürt die verwundete Seele die große Gemeinschaft des Lebens und der Zukunft für die sie ihr Opfer brachte — nicht vergebens, nein für diese alle, die es so tief fühlen und für ihre Arbeit und ihre Zukunftshoffnung.

Und Deutschland feiert Weihnachten in der tiefen Ehrfurcht des deut-schen Gemütes vor den Toten. Weil wir wissen, wie heilig das Menschen-wesen und Menschenleben ist, wissen wir, welche Opfer wir bringen und fühlen ihre Wucht in bitterster Seelennot. Aber nun fühlen wir, wie überall die heilige Ehrfurcht vor den Toten durchs Land geht, sie macht die Menschen ernst und mahnt die Menschen an ihre Pflicht für die Gemein-schaft, mahnt die Menschen, der Sache nicht zu vergessen, für die soviel Leben gegeben ist. Zu einer Familie werden die Menschen, wie im stillen Raume einer heiligen Hütte sammeln sie sich dort, wo sie das Heilige, die Kraft des Opfers und die Ehrfurcht vor dem Opfer lebendig fühlen. Wir feierten Weihnachten einst als das Fest der Elternliebe und Eltern-gabe für die Kinder — nun kommt es zu uns groß, hehr, erdrückend ge-waltig und erdrückend heilig, das Fest der höchsten Liebesgabe für die Zukunft der Kinder unseres Volkes. Es sammelt uns in heiliger Ehrfurcht um die größte Liebe — durch die aus dem Kindlein zu Betlehem der Mann wurde, der am Kreuze starb für die andern. Liebe und Leid einen sich und Liebe will und darf nicht gebrochen werden vom größten Leid. — Mein Deutsch-land, so soll es bleiben daß wir immer wieder Weihnachten feiern kön-nen auch im größten Leid, auch in der dunkelsten Nacht; die Liebe, die uns dir verbindet, kann und darf nicht gebrochen werden, sie sammelt uns

Digitized by Google

immer wieder zur Einheit und schafft eine Stätte der starken Treue im Haß und der Dunkelheit der Welt — damals die Hütte zu Bethlehem, nun der unendliche Tempel, der die eint, die in Ehrfurcht der Toten gedenken. Die Ehrfurcht vor den Toten — wie hebt sich das deutsche Gemüt über alle Enge hinaus! Erschütternd schildert es Heinrich Lerch, der Arbeiterdichter:

Es lag schon lang ein Toter vor unserm Drahtverhau,
Die Sonne auf ihn glühte, ihn kühlte Wind und Tau.

Ich sah ihm alle Tage in sein Gesicht hinein,
Und immer fühlt ich's weher, es muß dein Bruder sein.

Oft in der Nacht ein Weinen, das aus dem Schlaf mich trieb:
Mein Bruder, lieber Bruder, hast du mich nicht mehr lieb?

Bis ich trotz allen Kugeln zur Nacht mich ihm genaht
Und ihn geholt, — begraben: ein fremder Kamerad.

Es irrten meine Augen. — Mein Herz, du irrst dich nicht:
Es hat ein jeder Tote des Bruders Angesicht.

Das ist deutsches Gemüt. Es muß dem Toten seine Ehrfurcht zeigen. Es spürt des Menschen Wert bis in den Tod hinein und es sucht die Gemeinschaft. Wo sie nicht mehr hergestellt werden kann, schafft es sich das Sinnbild dafür.

Was muß dies deutsche Gemüt alles tragen und überwinden in diesen furchtbaren Jahren. Wie ist die Gewalt der Lüge über es hingegangen. Noch gilt unser Volk den Völkern draußen als der blutdürstige, machthungrige Urheber dieses Krieges. Noch ist seine Vernichtung dort das Schlagwort. Das deutsche Volk hat es auf sich genommen, ruhig und fest. Es hat die Bitterkeit verwunden und überwunden, die daraus werden wollte. Es kann hinüberschauen zu den Feinden — das einzige der ringenden Völker — und kann Frieden bieten, Verständnis suchen, gerechtes Urteil suchen auch ihnen gegenüber. Wenn bei uns Töne klingen, wie sie dort drüben an der Tagesordnung sind, Töne ungerechten bittern Hasses und Verleumdens, wir wenden uns ab. Da leuchtet aus der unergründlichen Tiefe des deutschen Gemütes die Hoffnung hervor: „Friede auf Erden!" — Wir feiern Weihnachten — ja wir feiern Weihnachten.

Digitized by Google

Mit unerschütterlicher Treue und Einigkeit stehen wir ein für unser Volk und seine Zukunft. — Aber auch wie immer sucht das tiefe deutsche Gemüt Verstehen, Gerechtigkeit, Frieden, Gemeinschaft über Deutschland hinaus bis zu den Feinden hin. — Welch ein stolzes, starkes Weihnachten mitten im Kampf ums Leben, im wirklichen Kampf ums Leben, diese ruhige Gerechtigkeit und reinen Willen zum Frieden zu haben. — Da wird deutsches Gemüt eins mit jener starken Kraft, die aus Urzeiten her Europa zu der Höhe sittlichen Wollens und Wirkens hob, dem Glauben, Hoffen und Sehnen, das von Jesus stammt und dessen wir an Weihnachten gedenken.

Aber du meinst, lieber Leser, ich hätte viel zu rosig geschildert. Darf ich aber nicht zu Weihnachten einmal den Blick nur auf das Gute, nur auf das Große lenken, das wir in unserer Mitte haben? — Doch nein: Das ist auch deutsche Art, deutsches Gemüt, daß wir mit unerbittlicher Strenge an uns selbst das Schwache, Böse, Arme und Armselige nicht vergessen: Ja es sind Menschen da, die gehören nicht in die Weihnachtsstube, nicht ins Weihnachtshüttlein des deutschen Volkes. Es sind solche da, die vergessen der Opfer und meinen, hier sei eine Zeit, sich selbst zu bereichern auf Kosten der andern, der andern, die für sie starben. Es gibt das Zurückhalten der Verräter. Es gibt Menschen, die von dem Entbehren anfangen, bitter, unzufrieden zu werden, es den andern zumuten, selbst nicht das Geringste tragen wollen.

„Wunderst du dich darüber?" Wunderst du dich, daß im Menschen das Tier sich regt, wenn es gilt, Not zu tragen, zu entbehren, das Tier, das in wilder, gieriger Gemeinheit nur seinen Hunger fühlt und nur den stillt? Was ist zu wundern, daß Menschen zu schwach sind, das Tier zu bändigen? Zu wundern aber ist, daß Tausende, Hunderttausende, Millionen mit stiller, fröhlicher Selbstverständlichkeit das Maß von Sorge, Entbehrung, Arbeit und Mühe auf sich nehmen, das jetzt getragen werden muß. Stehe einen Augenblick still vor all dieser Sorge, all diesem Kümmern, all diesem Wirken von oben, all diesem Sicheinfügen von unten, das jetzt die Brotgemeinschaft des deutschen Volkes ist und immer wieder bildet. Es wird geschafft und geleistet, und nur da wird das deutsche Gemüt bitter und unwillig, wo es Ungerechtigkeit an der Arbeit sieht oder vermutet. Und dann sieh, wie trotz all diesem täglichen Quälen Unend-

Digitized by Google

liches geschieht an Fürsorge und Liebe, denke der 12 Millionen für unsere Gefangenen und all der Arbeit, die für sie geleistet wird in Ausschüssen, für sie, für die Kriegsbeschädigten, die Hinterbliebenen der Gefallenen, die Versorgung der Truppen mit geistiger Nahrung. Für alles ist immer noch fröhliche Kraft da. Wie schafft diese fröhliche Kraft zur Gemeinschaft des Kampfes und Entbehrens die Gemeinschaft der Arbeit. Wir fühlen selber, wie sie auch da in großen Gestalten sich bewähren wird.

Weihnachten 1916 — ich feiere Weihnachten, und es wird jene heilige Zuversicht aus den Augusttagen 1914 lebendig, leuchtend und groß: Deutschlands Waffen sind unbesiegbar. — Rumänen — Bukarest — Wir erleben es, wie stark wir sind, mit staunender Bewunderung. Aber dies Deutschland bändigte und bändigt im Innern unsagbare Lebensnot durch Einheit, Liebe und Opferbringen, dies Deutschland behält unter dem gewaltigen Druck von Not, Haß, Lüge, Neid sein freies starkes Gemüt, das Gemeinschaft sucht und Verstehen. Dies Deutschland ist auch an innerlicher Kraft wunderbar reich, unbesieglich. Ein tiefer Brunnen ist das deutsche Gemüt, und es ist im Begriff, sein Weihnachtsfest zu gestalten, nicht nur für ein kleines Haus, nein, für seine große unzerbrechliche Gemeinschaft. — Es wird es schaffen: Es wird Wunden heilen, wird neue, lichte Zeit gestalten nach all dem furchtbaren Geschehen, wird seine Volksgemeinschaft mit dem guten, gerechten Geiste füllen, der aus dem tiefen, unerschöpften Brunnen dieses Gemütslebens aufsteigt, wird darüber hinaus Kraft, Verstehen, Helfen und Fördern haben für die andern Völker. Kräfte sind da, die Zukunft, lichte Zukunft schaffen für uns und die Welt — und diese Kräfte spürst du lebendig in deinem Volke. — Trotz allem Grauen und Entsetzen, trotz der Einsamkeit des Unterstandes und Schützengrabens, trotz Todesleid und Not willst du nicht Weihnachten feiern? Es ist dunkle Nacht um dich. Aber die Hoffnung strahlt siegreich und leuchtend, denn die geistigen Kräfte sind da, die ihrer Verwirklichung entgegenschaffen. Damals war es so, als das Kind in der Wiege lag, klein, hilflos, erfüllt aber von Siegeskraft. Da war die Hoffnung lebendig. Muß sie es nicht wieder sein, dir und mir, dem deutschen Volke, der Welt: Heilige Kraft wird siegen: Ehre sei Gott in der Höhe und Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen.

Digitized by Google

Das Licht aus dem Morgenlande

Von Ernst Jäckh

Die Kriegsfackel ist aus dem Orient gekommen; auch der Friedensfunke scheint aus dem Orient zu kommen. Belgrad hat einst Krieg bedeutet. Das benachbarte Bukarest kann einmal Frieden andeuten. Nicht sogleich und nicht alsbald; aber doch in dem Sinne, daß erst dank dem Falle von Bukarest ein förmliches Friedensangebot des siegessicheren Deutschland an die enttäuschte Feindesfront möglich gewesen ist — eine politische Tat Bethmann Hollwegs, die dem militärischen Triumph Hindenburgs gleichkommt. Die Parallele dieser beiden Entscheidungen zielt auf einen künftigen Frieden hin, dessen erster Lichtschein an diesem 6. und 12. Dezember aufgeblitzt hat, auch wenn sein voller Strahlenkranz noch geraume Zeit auf sich warten lassen sollte.

Daß Belgrad und Bukarest eine entscheidende Bedeutung für diesen Weltkrieg zukommt, so abgelegen sie auch noch vor wenigen Jahren dem deutschen Sonntagnachmittags-Spaziergänger scheinen konnten, das ist den Lesern unserer „Deutschen Politik" geläufig, besonders denen, die sich unserer Darstellung im Heft des 20. März 1915 erinnern: ex oriente lux! Damals schon ist so formuliert worden: Der Krieg kommt aus dem Orient; der Krieg geht um den Orient; und der Krieg entscheidet sich im Orient. Man darf heute auch das aussprechen, daß schon im Januar 1915, also vor bald zwei Jahren, der damalige Staatssekretär Dr. Delbrück im vertrauten Kreise das kluge Wort geprägt hat: „Die Entscheidung des Krieges liegt in Bukarest!" Kriegswirtschaftlich hat Delbrück das zunächst gemeint, aber auch machtpolitisch. Der König von Rumänien hat die Entwicklung der Dinge entschieden — zu unseren Gunsten; eine solche Wirkung war nicht seine Absicht, aber die Folge seiner Falschrechnung, und so wird ihm, der der letzte entscheidende „Kriegskönig" sein wollte, in der Geschichte einst die Zuerkennung „pour le mérite" gebühren, der erste vermittelnde „Friedensfürst" geworden zu sein. Wiederum nicht in der Form etwa eines „Sonderfriedens": denn der Rest von Rumänien ist ja nicht mehr „rumänisch", sondern ganz russisch; aber eben durch eine Wendung, die den deutschen Sieg vor aller Welt offenbart und ein deutsches Friedensangebot ermöglicht.

Digitized by Google

Was ist durch Rumänien entschieden?

Strategisch zunächst das, daß eine gerade Frontverkürzung der mitteleuropäischen Einheit auf bald den zehnten Teil der früheren weitgeschweiften Linie erreicht ist: an einem langen und breiten Sack brauchen wir uns nur noch um die Öffnung zu kümmern. Also: Rissen werden frei zu neuen Schlägen auf anderen Plätzen. Hindenburg hat, als er beim rumänischen Kriegsausbruch das Oberkommando übernahm und die Karten übersah, mit der ihm eigenen Ruhe und Trockenheit erklärt: „Das wird einen sehr interessanten Feldzug geben!" — und er hat richtig gerechnet. Hindenburg hat jetzt erklärt, daß im ganzen Westen und im ganzen Osten die Feinde „auf Granit beißen" werden: zu uns führt kein feindlicher Weg herein; zu ihnen führt aber ein bedrohlicher Weg hinüber.

Dieses Bild vom geöffneten Sack gilt auch wirtschaftlich. Der Sack der rumänischen Walachei, die das „Ostelbien" des Balkans ist, ist so voll wie ein richtiger Weihnachtssack, und er schüttet seine wertvollen Reichtümer über die vier Völker von Mitteleuropa als eine erfreuliche Weihnachtsgabe. Da steht weithin Mais, der noch gar nicht geerntet ist; und da liegen breitgespeichert Getreidevorräte, die das englische Gold bezahlt hat — für uns; und da ragen unübersehbar Erdöltürme, die die rasche rumänische Flucht und der rechnende rumänische Instinkt unversehrt gelassen hat. Die rumänische Sacköffnung ist gleichbedeutend mit einem spürbaren Riß und Loch in die englische Blockade hinein — zu einer Zeit, wo die deutsche Unterseeboot-Blockade gegen England immer dichter und gefährlicher wird: eine halbe Million Tonnenverlust allein im November!

Auch politisch muß die rumänische Offenbarung entscheidend wirken. Ein solches Licht aus dem Morgenland sticht allen Neutralen in die Augen gleich der klarsten Wahrheit: sie aufrichtend (wie Griechenland), andre abwehrend (wenn es nötig sein sollte). Und gar unsere Feinde! Rumänien galt ihnen als der entscheidende Trumpf, der den Zusammenhang von Mitteleuropa ausstechen sollte: auf dem „Weg nach Konstantinopel", auf der „Bahn nach Saloniki". Nun ist auch diese letzte Karte ausgespielt — und nichts ist gewonnen, aber alles auf dem Balkan verloren. Ein „neutrales" Rumänien konnte noch ein Hindernis, ja eine Gefahr für

Digitized by Google

uns sein: ein Hindernis, das uns die Donau durch das Eiserne Tor schloß; eine Gefahr, die uns zur Vorsicht mahnen mußte und uns festhalten konnte. Ein feindliches und geschlagenes Rumänien macht uns frei und stärker — in jeder Beziehung und wird zur gefährlichen Bedrohung nun für unsere Feinde.

Der Weg ist frei — aber nicht für Rußland nach Konstantinopel, noch für England und Frankreich nach Sofia, sondern für die Vorbereitung und Verstärkung von Mitteleuropa. Vorher und bisher war es ein einziger dünner Faden, der bahnmäßig uns verband: jene eine ungarisch-serbisch-bulgarische Linie; heute und künftig ist es ein ganzes breites Netz, das unsern Zusammenhang sichert: neben Belgrad—Sofia auch Kronstadt—Bukarest, und zwischen diesen Parallelen die weite Breite von Serbien und Rumänien. Bisher hing auch Konstantinopel—Bagdad wie Konstantinopel—Suez an jenem einzigen Fadenstrich; heute ist es ein ganzes Bahnnetz, das auch diese Fortsetzungen sichert — wirtschaftlich, politisch und militärisch. England mag sich eines Tags des Wortes des rumänischen König Karol erinnern: „Der kürzeste Weg aus Deutschland nach dem Orient bis Indien und nach Ägypten geht durch Rumänien!"

Das ist heute schon Kriegsgewinn gleichwie die Sicherung des Donauwegs, die ein Friedensgewinn bleiben muß — wie auch das Schicksal Rumäniens sich gestalten wird. Die Donau ist „mitteleuropäisch" geworden; sie gehört dem Vierbund Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien, Türkei, der sie in gemeinsamem Sieg erstritten und gesichert hat. Die Donau war bisher „international", das heißt: Rußland kontrollierte die Mündung, und England und Frankreich konnten gleichfalls dreinreden; Serbien und Rumänien sperrten das Eiserne Tor. Die Donau war also Ententebesitz. Heute ist sie „mitteleuropäisch" — und muß es bleiben. Die Tatsache eines unabhängigen, sicheren Wasserweges quer durch Mitteleuropa und für Mitteleuropa bis zum Schwarzen Meer und durch dieses und durch die Dardanellen zum Weltmeer, und die Aussicht auf eine spätere Verbindung dieser Wasserstraße mit dem Rhein und mit der Oder, also auch mit dem deutschen Meer — das ist eine Wendung durch Rumänien, eine Neuerung für Europa, eine Bedeutung für Deutschland, auf die heute nur hingewiesen werden kann und die eine besondere Dar-

Digitized by Google

stellung nötig macht. Die ganze Tragweite dieser Änderung kann im Augenblick noch gar nicht übersehen werden. Noch sitzt Rußland bei Kilia nahe der jetzigen Donaumündung; warten wir ab, verstehen wir aber auch, was Moltke in den dreißiger Jahren bei seinem Besuch in jenen Donauniederungen notierte:

... Diese Strecke von Rassova (bei Cernavoda) nach Küstendsche (Konstanza) ist auch in anderer Beziehung merkwürdig. Man ist näml·ch durch die lange zusammenhängende Seereihe der Kara-suj oder schwarzen Wasser, welche sich dem Meere bis auf vier Meilen nähert, auf den Gedanken gekommen, ob nicht vor Zeiten hier die Donau ihren Lauf gehabt habe und erst durch irgendein späteres Naturereignis von dieser kürzesten Richtung abgedrängt worden sei. Wirklich bildet das Terrain von den Seen ab nur einen sanft gewölbten Rücken, und in einer der Schluchten am Meere südlich von Küstendsche (Konstanza) ist nicht Fels, sondern nur Lehm und Kies sichtbar. Als nun vor einigen Jahren die Russen in der Sulinamündung Quarantäne errichteten, glaubte man darin einen Versuch zu erkennen, die Schiffahrt und den Handel auf der Donau zu beherrschen, und nun wurde die Frage angeregt: Kann die Donau, oder doch ein Kanal aus derselben, nicht aufs neue längs des Trajanswalles hingeleitet werden? Es war daher sehr interessant, den Niveau-Unterschied der Donau bei Rassova (Cernavoda) und des Meeres bei Küstendsche (Konstanza) und ferner die absolute Erhöhung des niedrigsten Höhensattels über diese Punkte zu ermitteln. Was nun den angeblich früheren Lauf der Donau betrifft, so trägt das Terrain davon durchaus keine Spur, im Gegenteil zeigt der Höhenzug nirgends eine Unterbrechung oder beträchtliche Einsenkung, und überhaupt dreht sich die Donau schon zwei Stunden oberhalb Cernavoda fast rechtwinklig von ihrer Normaldirektion ab. Was dagegen die Ausführung eines Kanals anbelangt, so liegt diese allerdings im Bereich der Möglichkeit, würde aber ein Anlagekapital von mehreren Millionen Talern kosten.

So oder so: Die Donau muß „mitteleuropäisch" bleiben ...

Alle diese Entschuldigungen und Sicherungen verdanken wir Rumäniens Kriegsbeteiligung: „sie gedachten es böse zu machen; aber sie haben es gut gemacht."

Auf der Höhe solcher Siegessicherheit durch die rumänische Entscheidung hat der Reichskanzler von Bethmann Hollweg bewußt und ruhig ein Friedensangebot machen können und gemacht, in völliger Übereinstimmung mit dem Generalfeldmarschall Hindenburg, in völliger Einmütigkeit der vier Verbündeten von Mitteleuropa, mit völliger Zustimmung des Kaisers und auch der Volksvertretung. (Denn der Bassermannsche

Digitized by Google

Antrag auf Besprechung im Reichstag sollte und wollte keine sachliche Verschiedenheit bedeuten, sondern nur den taktischen Anspruch erheben, daß das Friedensangebot als ein Werk nicht nur der Regierung, sondern auch des Parlaments gelten und gewertet werden soll.) Es ist heute kein Geheimnis mehr, daß die Geschichte einst dem Staatsmann Bethmann Hollweg diese politische Tat einzubuchen haben wird, und es muß auch einmal an dieser Stelle ausgesprochen werden, daß, wer das fruchtbare Glück hat, Bethmann Hollweg in der Arbeit zu kennen, auch die feste Überzeugung hat, daß ihm einst die Geschichte das Zeugnis eines wirklichen, den schweren Aufgaben dieses Krieges vollauf gewachsenen Staatsmannes ausstellen wird. Die Geschichte, die den Dingen und Menschen auf den Grund gehen kann, wird die Oberflächlichkeit mancher „öffentlichen Meinung" belächeln und ablehnen, und heutige Träger solcher Unkenntnis werden dereinst vor dem Wahrheitsforum der Geschichte sich selbst ihres heutigen Irrtums nicht mehr erinnern wollen . . .

Ein Friedensangebot ist ein Ausfluß der Schwäche — oder der Stärke. Kann angesichts der wirklichen Tatsachen auf allen unsern Kriegsschauplätzen irgendein Mensch mit fünf gesunden Sinnen an „Schwäche" denken? Es ist nur siegessichere Stärke, die eine solche Note an die Feinde richten kann; Stärke und das Verantwortungsgefühl vor der Menschheit und vor der Geschichte. Ob ein gleiches Verantwortungsgefühl auch bei unsern Feinden vorhanden ist, das wird ihre Antwort lehren.

Ein paar Männer werden darüber entscheiden — schuldbewußte Männer in London, in Paris, in Petersburg, die bisher ihr eigenes Schicksal über das Wohl ihres Volkes gestellt haben, weil sie die Wahrheit fürchten und zu fürchten haben. Würde heute ein Jaurès in Paris noch leben — er hätte den Mut und das Vertrauen, in die dargebotene Hand einschlagen zu können. Heute wird London den Ausschlag geben; denn Paris und Petersburg und Rom sind noch nicht wieder selbständig geworden. Auf London ruht wieder die Verantwortung für Krieg oder Frieden.

Schon einmal in der Geschichte ist es so gewesen: 1799 hat Napoleon England ein Friedensangebot gemacht. England hat nicht geantwortet. Da ist Napoleon hingegangen und hat seine siegreichen Schlachten fortgesetzt . . .

Noch ist es erst ein schwacher Schein von Friedensschimmer, was aus

Digitized by Google

dem balkanischen Morgenlande aufblitzen kann. Der Stern von Bukarest ist noch umnebelt — von Haß und Verlogenheit, von Wut und Verlegenheit. Auch ein anderer Stern hat zuerst nur dünn geleuchtet und hat sich suchen lassen — von Königen, die lange brauchten, ihn zu finden; aber sie waren willig dazu. Wenn es wieder einmal „Friede auf Erden" nicht nur heißen, sondern wirklich sein wird, so wird er wiederum sein Licht aus dem Morgenlande geholt haben: aus der rumänischen Entscheidung um den Orient.

Ministerkrisis in England

Von Ferdinand Tönnies

Der gegenwärtige Erste Minister des Britischen Reiches hat sich mit einem kühnen Schwung in den Sattel geworfen. Der Schwung hatte einige Ähnlichkeit mit einem Staatsstreich, und Lloyd George selber hat gewisse Züge in seinem Wesen, die ihn einem Cäsaren ähnlich machen, wenngleich der militaristische Charakter ihm gänzlich abgeht. Er ist der geborene Volkstribun, hat die gewandte Zunge, die volkstümliche Redeweise, nicht geringe Derbheit und Rücksichtslosigkeit in seinen Äußerungen und unerschrockene Folgerichtigkeit in seinen Handlungen: Eigenschaften, die ihn des Beifalls der Menge sicher und für seine Gegner gefürchtet machten. So ist er in seiner Laufbahn erfolgreich gewesen und bisher hat er kaum eine Niederlage zu verzeichnen gehabt. Unter den Ministern, die durch die Wahlen von 1906 emporgebracht wurden und die doppelten Neuwahlen von 1910 überdauerten, war er derjenige, der am tiefsten in die Geschicke des Landes einzugreifen vermocht hat. Es war ein großes und neues Ereignis, daß ein ausgesprochener Bodenreformer sich in der Lage sah, durch tiefgreifende Steuergesetzgebung einen Einschnitt in die bestehende Eigentumsordnung zu unternehmen, der denn auch wie ein Riß ins frische Fleisch bei der Grundaristokratie gewirkt hat. Ebenso unerhört wie dieses Unterfangen war die Antwort, die das Haus der Lords darauf erteilte. Obgleich es zum anerkannten Herkommen gehörte, daß die gesamte Steuergesetzgebung dem Hause der Gemeinen vorbehalten sei, daß also die Zustimmung des Oberhauses sich von selbst verstehe, so wagte das Oberhaus doch, die Zustimmung zu

Digitized by Google

verweigern. Die Losung wurde ausgegeben, gegen revolutionäre Maßregeln müsse man sich mit allen Kräften und Rechten wehren, auch mit solchen, die sonst geruht hatten und nachher auch wieder ruhen sollten. Die Folge war eine sehr heftige Bewegung gegen die Vorrechte der erblichen Gesetzgeber. An der Spitze dieser Bewegung stand Lloyd George. In öffentlichen Reden sprach der Minister Grundsätze aus, die aus dem Munde eines Ministers mehr befremdeten, als wenn ein Volksredner sie ausspricht, der die Ungerechtigkeit des großen Reichtums bloßzustellen beflissen ist. Und wieder war es ein unerhörtes Ereignis, daß im gleichen Jahr 1910 die zweite Auflösung der Unterhauses erfolgte. Wiederum war das Ergebnis eine Bestätigung der Regierung, wenn auch mit verminderter Mehrheit. Dann folgte im Hochsommer 1911 das Parlamentsgesetz, ein Gesetz, das nicht nur das genannte Herkommen in betreff der Vorlagen, die mit Geldbewilligungen verbunden sind, statutarisch festlegte, sondern zugleich den Machtbefugnissen der Lords, die Gesetzgebung zu hemmen, eine weiteren starken Riegel vorschob. Und dieses Parlamentsgesetz mußte das Haus der Lords selber bewilligen, obgleich nur eine geringe Zahl seiner Mitglieder auf Seiten der Regierung stand. Dies wurde bewirkt durch den Gebrauch, den das Ministerium machte von der stärksten Waffe, die für außerordentliche Zwecke ihm zur Verfügung steht: nämlich die verfassungsmäßige Macht der Krone, neue Peers zu ernennen. Es hätte dies in einem Umfang geschehen müssen, wie es entfernt noch niemals geschehen ist. Es gelang diesmal, wie es bei der Reformbill von 1832 gelungen war, durch die bloße Drohung eines solchen Peerschubs das Oberhaus gefügig zu machen. Damals aber hätte es sich nur um einige Dutzend, jetzt um Hunderte neuer Mitglieder gehandelt. Es war ein sehr bedeutsamer Schritt in der Richtung, den Staatswillen in seiner Regierung einheitlicher und straffer zu gestalten. Oder, was dasselbe bedeutet, die Macht des Kabinetts, solange als es eine sichere Mehrheit im Hause der Gemeinen für sich hat, unbedingt zu machen. Eben dies war das Ziel, das wohl keiner der Minister so bewußt sich gesetzt hatte wie Lloyd George. Sein Absehen dabei war zunächst auf eine durchgreifende sozialpolitische Gesetzgebung gerichtet. Und deren erster Gegenstand, das Versicherungsgesetz — Versicherung gegen Krankheit, Invalidität, und zum Teil gegen Arbeitslosigkeit — das er gegen

Digitized by Google

den lebhaften Widerstand der besitzenden Klassen durchsetzte und bis 1913 vollendete, war, wie er selber nachdrücklich betont hat, dem deutschen Vorbilde nachgeschaffen.

Sehr auffallend war es nun, wie sich der Sozialpolitiker für eine auswärtige Politik einsetzte, die zu den Vorbedingungen des Weltkrieges gehört hat. Es war die Politik der ausgesprochensten Deutschfeindlichkeit, die Lloyd George, als mitten in den Kämpfen um die Parlamentsbill 1911 die Marokkokrisis sich in überraschender Weise verschärfte, zum Sprecher derjenigen englischen Liberalen machte, die es für geboten hielten, die Auslandspolitik in der Richtung fortzuführen, welche König Eduard in Übereinstimmung mit dem vorausgehenden Torykabinett vorgezeichnet hatte. Es war eine Richtung, auf deren Seite nicht die große Menge der liberalen Wähler stand. Die Wahlen von 1906 waren darum ein so ungeheurer Erfolg der Partei, weil sie eine schroffe Absage an die imperialistischen Grundsätze, die zum Burenkrieg geführt hatten, bedeuteten. Wie stark aber diese Grundsätze innerhalb der herrschenden Klassen gewurzelt sind, das trat eben darin zutage, daß mehrere der leitenden Stellen im Ministerium Politikern zuteil wurden, die als Anhänger der liberalen imperialistischen Liga keinen großen persönlichen Anhang im Lande besaßen, aber doch der liberalen Partei als solcher unentbehrlich waren. Ein scharfsinniger Kritiker, J. A. Hobson, weist in seinem Buch „Die Krisis des Liberalismus" nachdrücklich darauf hin, daß das Unterhaus bei seiner scheinbaren Allmacht keineswegs das Recht habe, die Mitglieder des Ministeriums nach seinem Gefallen zu wählen. Schwerlich, so bemerkt er sarkastisch, hätte das Unterhaus von 1906 das Kabinett von 1906 gewählt, vielmehr war es genötigt, dieses Kabinett sich gefallen zu lassen, wie es durch die Parteilage, Parteibedürfnisse, Parteigrundsätze zusammengefügt wurde. Immerhin kann man sagen, Lloyd George wäre gewählt worden. In ihm vermutete man nicht einen wilden Imperialisten und Jingo. Er verriet sich als solchen durch die berüchtigte Mansionhouse-Rede am 21. Juli 1911, die eine dreiste, um nicht zu sagen, freche Herausforderung des Deutschen Reiches in sich schloß. Seit dieser Rede konnte man wissen, daß Lloyd George mehr sein wollte als ein Sozialreformer. Es war eine Rede, die er in Vertretung des ersten Ministers hielt, und vermutlich hat schon damals die Vor-

Digitized by Google

stellung Macht über ihn gewonnen, daß eines Tages die Zeit für ihn gekommen sein werde, des Königs Hand zu küssen. Das berauschende Gefühl, daß er, der arme Lehrerssohn von welscher Abstammung, der nur einer geringen evangelischen Sekte und nicht der glänzenden Kirche von England angehörte, er, den die Großen des Landes — es gibt keinen schöneren Ausdruck dafür — angespien hatten, er, dem sie es nicht vergaßen, daß er ihr Haupt gebeugt hatte, daß er berufen sei, eines Tages die ganze Nobility und Gentry des stolzen England, seine von Haß und Verachtung gegen ihn erfüllten Gegner zu seinen Füßen zu sehen. Ein Traum, dessem Zauber wohl noch nie ein ehrgeiziger Volksführer sich ganz hat entziehen können.

Das Geschick hat sich erfüllt. Der Krieg brachte den betriebsamen, tatkräftigen, gescheiten und beredten Mann bald an die Oberfläche. Aus seinen Feinden wurden Bewunderer. Ihre bis dahin unpopulärsten Forderungen machte er sich zu eigen. Halb schob er sie, halb wurde er geschoben. Wahrscheinlich ist schon das Koalitionsministerium, das im Mai 1915 an die Stelle des englischen liberalen Ministeriums trat, Lloyd Georges Werk gewesen. Er hatte darin Kitchener als Kriegsminister auf seiner Seite. Kitcheners Untergang machte ihn zum Kriegsminister und zum rücksichtslosen Kriegstreiber. Die Krisis trat scheinbar als Wirkung geringfügiger Unstimmigkeiten, in Wahrheit als Folge eines tiefgehenden Gegensatzes zwischen George und seinen bisherigen liberalen Kampfesgefährten ein. Diese waren zweifelhaft geworden in der Zuversicht des Sieges und der Vernichtung Deutschlands, oder wie sie mit schielender Selbstgefälligkeit lieber sagten, der Zertrümmerung des preußischen Militarismus. Sie trauten dabei ohne Zweifel weniger ihrem eigenen Urteil, als sie auf die Stimme der öffentlichen Meinung horchten. Besonders für den Sekretär des Auswärtigen Amtes, Grey, der schon sich ins Oberhaus hatte versetzen lassen, weil er sich des Beifalls im Hause der Gemeinen nicht mehr sicher genug fühlte, ist es in hohem Grade bezeichnend, daß er immer für seine Pflicht hielt, sich nach der öffentlichen Meinung zu richten und daß er eine „sichere" Witterung zu besitzen glaubt für die wechselnden Stimmungen, die dem Chamäleon seine jedesmalige Farbe verleihen. Er ist ein Mann, der seiner selbst nie sehr sicher gewesen ist, also das Widerspiel des Waliser Advokaten. Der bisherige erste Minister,

Digitized by Google

Asquith, hat viel mehr Selbstvertrauen, ist aber der Mann des bedächtigen Wartens und vermutlich immer noch fester überzeugt, daß die finanzielle und wirtschaftliche Kraft Englands der deutschen und derjenigen unserer Bundesgenossen weit überlegen sei und daß diese Überlegenheit schließlich den Ausschlag geben werde. Auch er hatte sein Widerpart in Lloyd George, denn für diesen bedeutete das entschlossene Handeln alles. Entschlossenes Handeln hat ihm den Sieg gegeben in der innern Politik, entschlossenem Handeln will er den Sieg in der äußeren verdanken.

Dieses Handeln, wie es die innere Krisis zu einem vorläufigen Abschluß gebracht hat, verläuft in durchaus revolutionären Bahnen. Das bisherige Kabinett ist nicht, wie es die ungeschriebenen Regeln der Verfassung verlangen, durch ein Mißtrauensvotum des Hauses der Gemeinen gestürzt, sondern Lloyd George hat es aus eigener Kraft zu Falle gebracht. Er kennt seine Unentbehrlichkeit, er trat scheinbar zurück, er machte die Stellung Asquiths dadurch unhaltbar. Eine ungeheure Neuerung führte er zugleich ein: die Bildung eines inneren Kabinetts unter dem Namen eines Kriegsrats, der nur aus fünf Mitgliedern bestehen soll, eine Art von Direktorium, hinter dessen Schatten die Gestalt des ersten Konsuls steht.

Indessen hat man keinen Grund zu glauben, daß er fest im Sattel sitzt. Es wird ein ungemeines Maß von Tatkraft und Einsicht in Anspruch nehmen. An beiden wird es dem Tribunen nicht fehlen, aber sehr ist die Frage, ob das Zusammenwirken der Parteigruppen, aus denen sein Anhang sich zusammensetzt, von langer Dauer sein kann; ob mit anderen Worten nicht die Kriegsmüdigkeit in der großen Menge sich als stärker erweisen wird als das Vertrauen in die Fähigkeiten des neuen Hauptes der Regierung, den erwünschten großen Endsieg zu erzielen, zumal da dieser Führer selber kein Feldherr, auch kein Seeheld ist. Da es doch auch kein Geheimnis bleiben konnte, daß die allgemeine Empfindung den Ergebnissen der Somme-Offensive gegenüber eine ungeheure Enttäuschung erfahren hat. Man steht schaudernd vor dem Abgrund der ungeheuren Verluste, man hat sich für Augenblicke berauscht an den wirklichen und scheinbaren Erfolgen, man muß aber erkennen, daß der Gewinn im Vergleich zu den Kosten außerordentlich gering ist. Sicherlich setzt die große Menge ebenso wie die Franzosen und alle, die aus der Ferne mit stummem

Digitized by Google

Staunen die ungeheure Seemacht Großbritanniens anschauen, noch außerordentliche Hoffnungen auf die Wirksamkeit der Flotte. Ihm stehen aber wieder die sehr ernsthaften Bedenken gegenüber aller derer, die ein besonnenes politisches Urteil in Anspruch nehmen, diese Flotte auf das Spiel entscheidender Kämpfe mit der Flotte des Deutschen Reiches zu setzen. Man hat zwar vermocht, die Schlacht bei Jütland der Welt als einen Sieg vorzustellen. Wie man aber in engeren Kreisen über diesen Sieg dachte, dafür gibt einen sprechenden Beweis der unfreiwillige Abgang des Admirals Jellicoe, des angeblichen Siegers. Wenn Nelson Trafalgar überlebt hätte, so hätte man ihn vermutlich nicht abgesetzt. Man fürchtet die Wertverminderung und die Verminderung des Ansehens der britischen Flotte um so mehr, als zu gleicher Zeit ein neuer Wettbewerb um die Seeherrschaft jenseits des Ozeans sich ergibt, da die Vereinigten Staaten ihre Kriegsgewinne nicht besser glauben verwerten zu können als zu dem Bau einer eigenen großen Kriegsflotte.

In alle diese schwankenden und gärenden Stimmungen, in diese Verfassungskrisis, die das Gespenst einer diktatorischen Gewalt sich erheben sieht, wie sie seit Cromwells Tagen nicht dagewesen ist, in diese durchaus unsichere Lage ist nun das Friedensangebot der vier Mächte wie eine Bombe hineingefallen. Für Lloyd George und sein Kabinett ist die offene und entschiedene Ablehnung eine Sache, die sich wahrscheinlich für sie von selbst versteht. Es gibt freilich auch in Deutschland Leute, die George wegen der Tüchtigkeit, die er in der innern Politik bewährt hat, für einen großen Staatsmann zu halten geneigt sind. Indessen gibt es starken Grund, daran zu zweifeln. Er kennt fremde Länder gar nicht, hat keine Erfahrungen, zeichnet sich nicht durch Besonnenheit aus, und glaubt offenbar mit ehrlich überzeugter Beschränktheit wirklich, daß die Überwindung Deutschlands dauernden Frieden zur Folge haben würde. Indessen ist es nicht wahrscheinlich, daß der zusammengewürfelte Anhang der Extremisten im Unterhaus, auf den die neue Regierung sich stützen muß, durch die Wirkungen der Bombe gestärkt wird. Noch viel weniger wahrscheinlich ist es, daß im Lande unter den Durchschnittswählern, das Predigen des Krieges bis zum äußersten, angesichts gemäßigter Friedensvorschläge, noch eine hinlänglich große Zahl überzeugter und begeisterter Zuhörer finden wird. Dieselben werden vielleicht um so lauter ihre Stimme

Digitized by Google

erheben, aber auch der Widerspruch, der Widerstand werden wachsen. Schon hat das Unterhaus seinen verfassungsmäßigen Termin überlebt. In England bedeutet das mehr als im Deutschen Reich, wo für den Reichstag dasselbe der Fall ist, denn die Mehrheit des Unterhauses bedingt die gesamte Regierung. Darum ist zu erwarten, daß der Ruf nach neuen Wahlen immer dringender sich erhebt. Ob diese Neuwahlen dann eine Mehrheit für Lloyd George ergeben, wird durch den ferneren Verlauf der Ereignisse bedingt sein. Das bisherige Schicksal Rumäniens war zugleich eine Niederlage der englischen Kriegspartei, also auch eine Niederlage des sonst im Inneren so erfolgreichen George. Er ist wie kaum je ein cäsarischer Volkstribun darauf angewiesen, durch augenfällige, starke kriegerische Erfolge sein Prestige zu unterstützen. Wenn dies gelänge, so wäre er vielleicht für die Zeit seines Lebens der Herr des vereinigten Königreichs. Mißlingt es — und wir dürfen uns sicher fühlen, daß es mißlingen wird — so wird er bald eine gefallene Größe sein, und nach Ablauf weniger Jahre wird es dann unter denen, die auf den Ruf eines Politikers Wert legen, nur wenige geben, die sich gern daran erinnern lassen, daß sie einmal an den Stern des Waliser Schullehrerssohn geglaubt haben; ebenso wenige wie in Frankreich im Jahre 1900 noch vorhanden waren, die sich offen dazu bekannten, einmal begeisterte Verehrer des Generals Boulanger gewesen zu sein, der dreizehn Jahre früher das Land an den Rand eines neuen Krieges und eines neuen cäsaristischen Regimes gebracht hatte.

Nach diesem Kriege muß Deutschland ein großes Kolonialreich besitzen

Von Franz Kolbe

Indem ich diese Forderung aufstelle, beabsichtige ich nicht, damit in eine Erörterung der Kriegsziele einzutreten, noch weniger will ich damit sagen, daß wir kämpfen, um uns ein großes Kolonialreich zu erringen. Der Kampf ist uns aufgezwungen, wir kämpfen um unsere Existenz. Aber dieser Existenzkampf kostet furchtbare Opfer, und wenn er siegreich für uns endet — wovon wir fest überzeugt sind, — dann ist es Pflicht derjenigen, welche uns zu diesem Kampfe gezwungen und durch

Digitized by Google

immer neue Hereinziehung Neutraler den Krieg zu einem so langwierigen und kostspieligen gemacht haben, uns für die gebrachten Opfer zu entschädigen. Wenn ich also sage, „der Friede muß uns ein großes Kolonialreich bringen", so ist das mehr zeitlich gedacht — wenn wir jetzt dieses große Kolonialreich nicht bekommen, wo wir berechtigten Anspruch auf weitgehende Entschädigung durch unsere Gegner haben und wo an Zahlung einer hinreichenden Kriegsentschädigung in Geld nicht zu denken ist, dann werden wir es überhaupt nie bekommen. Daß Deutschland aber ein großes Kolonialreich braucht, darüber war sich schon vor Ausbruch des Krieges die deutsche und die englische Presse einig. Die Frage eines größeren deutschen Kolonialreiches ist in den Jahren 1913/14 besonders in der englischen Presse wiederholt besprochen und die Notwendigkeit, Deutschland zu einem solchen Kolonialreich zu verhelfen, anerkannt worden. „Germany must be given a place in the sun", (Deutschland muß einen Platz an der Sonne erhalten) war damals wiederholt in den englischen Blättern zu lesen. Männer wie Lord Morley, D. Morel und John H. Harris, die Leiter der englischen Kongo-Reform-Gesellschaft, vor allem aber der jetzt so grimme Sir Harry Johnston, der in der gesamten englischen Presse immer wieder die Forderung erhebt, Deutschland müsse auf ewig aus Afrika vertrieben werden, und andere namhafte Politiker waren es, die damals die Gerechtigkeit der deutschen Ansprüche anerkannten und ihre Befriedigung verlangten. Die Forderung nach einem großen Kolonialreich für Deutschland ist also durchaus als berechtigt anerkannt.

Was uns anbetrifft, so haben die Erfahrungen des Krieges, in welchem wir bekanntlich von der Versorgung mit kolonialen Rohstoffen vollkommen abgeschnitten sind, die Notwendigkeit eines großen eigenen Kolonialbesitzes nur noch unterstrichen. Es ist leider eine unbestreitbare Tatsache, daß der größte Teil unseres Bedarfes an kolonialen Rohstoffen von unseren eigenen Kolonien nicht gedeckt werden kann, und daß wir zum größten Teil auf den Bezug aus den englischen Kolonien angewiesen waren. Zwar auch das größte deutsche Kolonialreich, das wir uns denken können, würde uns nicht völlig von den Kolonien unserer Gegner unabhängig machen, je mehr wir aber in eigenen Kolonien selbst erzeugen können, desto weniger wird uns der Neid und die Mißgunst unserer

Digitized by Google

Feinde und die wirtschaftliche Abschließung ihrer Kolonien schaden können. Verschiedene Erfahrungen des Krieges aber drängen uns geradezu dahin, die Schaffung eines großen Kolonialreiches nach dem Kriege zu verlangen. Der Verlust unserer Kolonien in diesem Kriege ist, wie die Tatsachen gezeigt haben, in erster Linie dem Umstande zuzuschreiben, daß wir nicht eine große zusammenhängende Kolonie, sondern vier einzelne, weit von einander entfernte Kolonien in Afrika besaßen. Daß eine große Kolonie sich hätte halten können, zeigt das Beispiel Deutsch-Ost-Afrikas. Togo mußte sich ergeben, weil es überhaupt keine Schutztruppe besaß, Deutsch-Südwest-Afrika und Kamerun, weil die Lebensmittel und Munition nicht ausreichten. Alles dies war die Folge davon, daß niemand bei uns einen Krieg in den Kolonien erwartet hatte und unsere Schutztruppen nicht für einen äußeren Feind, sondern nur zur Verteidigung der Kolonien gegen innere Feinde berechnet und ausgebildet waren. Gerade aber die farbigen Schutztruppen in Kamerun und Deutsch-Ost-Afrika haben sich unter Führung deutscher Offiziere so vorzüglich bewährt, daß man getrost behaupten darf: wenn Mittel-Afrika deutsch wird und unsere früheren Kolonien uns zurückgegeben werden, dann kann Deutsch-Mittel-Afrika bei entsprechender Versorgung mit Munition auch den längsten Krieg durchhalten. Je größer dies deutsche Kolonialreich wird, desto mehr Truppen kann es aufstellen, desto gefährlicher wird ein Angriff darauf für unsere Gegner, desto mehr feindliche Truppen werden unsere Schutztruppen im Kriegsfalle in Afrika zurückhalten. Je größer dies deutsche Kolonialreich in Mittel-Afrika ist, eine um so größere Rolle wird es auch im Seekrieg spielen, falls die wichtigsten Häfen, wie Duala, Daressalam usw. als Flottenstützpunkte ausgebaut werden.

Weiter ist als traurige Tatsache zu verzeichnen, daß Engländer und Franzosen sich nicht gescheut haben, farbige Eingeborene der verschiedensten Weltteile gegen uns zu bewaffnen und uns an den verschiedensten Fronten gegenüberzustellen. Rund 450000 Mann dürfte Frankreich bisher bereits an die Front gebracht haben, davon stammten, wie kürzlich im französischen Parlament festgestellt wurde, 120000 Mann aus Französisch-West-Afrika und etwa 123000 aus Französisch-Nord-Afrika. Es ist nicht nur mit aller Bestimmtheit zu erwarten, sondern ist auch bereits von der Tribüne der französischen Kammer aus verlangt worden, daß

Digitized by Google

das Menschenreservoir, über welches Frankreich in seinen Kolonien verfügt, noch in ganz anderem Maße zur Auffüllung der durch die ungeheuren Verluste in den Reihen der französischen Armee entstandenen Lücken Verwendung finden müsse als bisher. Wenn wir den Franzosen, deren Zahl schon jetzt nicht mehr genügt, um den europäischen Teil Frankreichs auszufüllen, die also nur ein verhältnismäßig geringes Kolonialreich brauchen für den Bezug der von ihrer Industrie benötigten Rohstoffe, bei Friedensschluß ihr jetziges viel zu großes Kolonialreich unverändert lassen würden, so hätten wir es uns selbst zuzuschreiben, wenn in einem späteren Kriege Frankreich uns in Europa ungeheure Mengen an Negern aller Art, Asiaten, Madagassen und allen möglichen sonstigen Farbigen entgegenstellt. Hat man es in Frankreich doch oft genug ausgesprochen, daß zwar der eigene Nachwuchs nicht mehr ausreiche, um den Deutschen eine der ihrigen gleichwertige Armee entgegenzustellen, daß man aber in den Kolonien genügendes Menschenmaterial zur Verfügung habe, um damit ein der deutschen Armee weit überlegenes Heer zu schaffen. Sollen unsere Tapferen umsonst geblutet haben? Das kann nicht sein und das darf nicht sein — nachdem die Weltgeschichte gegen Frankreich entschieden hat, dürfen wir nicht selbst den Fehler begehen, Frankreich im Besitz der Machtquellen zu belassen, die, wenn sie ihm auch die Wiedereroberung seiner früheren Stellung nicht ermöglichen können, doch jedenfalls imstande sind, unsere eigenen Verluste ganz erheblich zu steigern. Vergessen wir nie, solange Frankreich noch Aussicht hat, uns zu besiegen, wird es nie Ruhe halten, sondern stets von neuem rüsten, bis ihm die Gelegenheit günstig scheint, um uns niederzuschlagen. Es ist eine unabweisbare Pflicht der Selbsterhaltung, daß wir den Franzosen die Möglichkeit, uns in einem neuen Kriege mit einer bedeutend verstärkten Kolonialarmee entgegenzutreten, beschneiden, und das kann nur geschehen, indem sie ihre Hauptrekrutierungsbezirke an das neuzugründende deutsche Kolonialreich verlieren.

Auch Rücksicht auf England zwingt uns, ein großes Kolonialreich zu verlangen. Vor dem Kriege hat, wie schon erwähnt, England die Berechtigung dieser Forderung anerkannt. Jetzt ist es in das entgegesetzte Extrem verfallen und fordert unsere endgültige Verdrängung aus Afrika. In seinem Anfang 1914 erschienenen Buche „Dawn in Darkest Africa“

Digitized by Google

(Morgendämmerung in Afrika) schreibt John H. Harris, Großbritannien habe bereits soviel Verantwortlichkeiten der Menschheit gegenüber in Afrika, daß es keine weiteren mehr übernehmen könne, und Deutschland sei die einzige Macht, die nicht nur fähig, sondern auch anscheinend bereit sei, ihren Kolonialbesitz zu vergrößern. Harris war damals der erste, der die Abtretung des größten Teils des belgischen Kongo und eines Teils des französischen Kongo an Deutschland vorschlug. Lord Cromer schrieb eine empfehlende Einleitung zu diesem Buch und Sir Harry Johnston beeilte sich, diese Forderung zu unterstützen. Als im August 1914 bekannt wurde, daß England es tatsächlich gewagt habe, das Ansehen der weißen Rasse in Afrika dadurch aufs Spiel zu setzen, daß es im Gegensatz zu der sonst stets von ihm betonten Gemeinsamkeit der europäischen Interessen den Krieg in die Kolonien selbst hineintrug, da war alles bei uns nicht nur entrüstet, sondern noch vielmehr erstaunt. Das Erstaunen wurde noch vergrößert durch die Art und Weise, in der die Verbündeten den Krieg in Afrika führten, die Mißhandlung Weißer vor den Augen der Schwarzen, die Unterstellung der weißen Kriegsgefangenen unter die Aufsicht farbiger Polizisten, Raub und Beschlagnahme deutschen Eigentums, Fortführung aller Deutschen aus den bisherigen deutschen Kolonien, ja sogar ihre teilweise Beschäftigung durch Zwangsarbeit unter schwarzer Aufsicht. England hat alles getan, um das Ansehen des deutschen Namens in Afrika zu untergraben! Das Wort „deutsch" ist zu einem Hohn, zu Schimpf und Schande geworden! Wir sind es dem Ansehen unseres Namens schuldig, daß wir für alle die Verbrechen, die England und Frankreich in Afrika an der weißen Rasse und an der unsrigen insbesondere verbrochen haben, vollkommenste Genugtuung erhalten. Eine Rückgabe der deutschen Kolonien allein würde dazu nicht genügen!

Der Überfall unserer Kolonien durch England wurde dort im Laufe des Krieges motiviert durch die Notwendigkeit, die deutschen Funkspruchstationen zu zerstören, und es fehlte nicht an Stimmen, welche nach Zerstörung dieser Stationen eine Beendigung des Kolonialkrieges in Afrika verlangten. Inzwischen scheint sich England aber anders besonnen zu haben — nicht nur fordert die englische Presse, daß die eroberten deutschen Kolonien englisches Eigentum bleiben, sondern England läßt sich sogar neuerdings die Einkünfte des belgischen Kongo verpfänden und nimmt

Digitized by Google

damit gewissermaßen eine Hypothek auf den belgischen Kongo selbst. Es scheint danach, als ob England beabsichtige, seinen Kolonialbesitz in Afrika noch erheblich zu erweitern.

Diese Vermutung findet ihre Bestätigung, wenn wir die Geschichte des englischen Kolonialreiches studieren, wie sie uns Professor Dr. Salomon in seinem Buch „Der britische Imperialismus"[1] so trefflich geschildert hat. Von Anfang an ist es Englands Streben gewesen, den von anderen Staaten entwickelten Kolonialbesitz diesen zu entreißen und sich selbst anzugliedern. Spanien, Portugal, Holland und Frankreich haben auf diese Art einen großen Teil ihres Kolonialbesitzes der englischen Ländergier opfern müssen. Einen „hundertjährigen Krieg" hat England mit Frankreich um die Vormachtstellung auf dem Weltmeere und den Besitz der Kolonien geführt, und wie ein roter Faden zieht sich durch sämtliche Friedensschlüsse der in diesem Zeitraum geführten Kriege der Gedanke: der französische Kolonialbesitz muß englisch werden. So scheint auch jetzt wieder der Wille Englands dahin zu gehen, Deutschland seines Kolonialbesitzes zu berauben und auch den Kolonialbesitz der Schwächeren unter seinen Verbündeten (wie Belgien und Portugal) in seinen Besitz zu bringen. Da auch Frankreich nach dem Kriege stark an England verschuldet sein wird, würde so ziemlich der ganze Kolonialbesitz der Erde den Engländern zur Verfügung stehen und England imstande sein, uns den Bezug von Rohstoffen in jeder Art zu erschweren, zum mindesten so zu erschweren, daß die Rohstoffe unserer Industrie teuerer einzustehen kommen, als der englischen Industrie, wodurch dann die Konkurrenzfähigkeit letzterer gegenüber ertötet werden könnte.

Auch das darf nicht sein! Wenn wir unsere Kolonien verlieren, wird England sich für den Sieger halten, selbst wenn die belgische Küste militärisch in unserer Hand bleibt! Wie aber Professor Dr. Hermann Lewy in seiner Flugschrift „Die englische Gefahr für die weltwirtschaftliche Zukunft des Deutschen Reiches" (Verlag von Carl Curtius in Berlin) nachweist, werden wir nur dann nach dem Kriege in ein erträgliches Verhältnis zu England kommen, wenn es in diesem Kriege gründlich besiegt worden ist, so daß es dies selber zugestehen muß. „Hier muß die Machtfrage entscheiden. Und diese Machtfrage England gegenüber so zu

[1] Felix Salomon: „Der britische Imperialismus". Verlag: B. G. Teubner, Leipzig.

Digitized by Google

lösen, daß wir weder in einem kommenden Kriege noch im Frieden in unserer weltwirtschaftlichen und damit volkswirtschaftlichen Entwicklung hinter den englischen Interessen zurückstehen müssen, ist das Kriegsziel unserer Volkswirtschaft. Immer wieder und von neuem muß anerkannt und betont werden, was auf dem Spiele stehen würde, wenn dieses Ziel nicht mit den Waffen von uns erfochten würde."

Noch einmal: Wir müssen nach dem Kriege ein großes Kolonialreich haben, einerseits, um unsere Industrie zu gleichen Preisen, wie die der Konkurrenten mit Rohstoffen versehen zu können, zweitens, um uns dagegen zu sichern, daß England und Frankreich in einem späteren Kriege uns nicht wieder neue ungezählte Scharen an farbigen eingeborenen Kriegern auf den europäischen Schlachtfeldern gegenüberzustellen, drittens, weil England sich für unbesiegt halten würde, wenn es unsere deutschen Kolonien nach dem Kriege behalten und eine Vergrößerung des deutschen Kolonialreiches verhindern könnte. England muß aber selbst anerkennen und zugeben, daß es von Deutschland geschlagen ist, sonst ist an ein friedliches Nebeneinanderarbeiten nach dem Kriege nicht zu denken.

Betrachtungen eines englischen Soldaten

(Aus der „Nation" vom 21. Oktober 1916)

Es ist sehr hübsch, wieder zu Hause zu sein. Aber bin ich zu Hause? Man zweifelt manchmal daran. Es gibt Gelegenheiten, wo ich mich wie ein Besucher unter Fremden fühle, deren Absichten freundlich sind, aber deren Denkweise ich weder gänzlich verstehe noch gänzlich billige. Ich ertappe mich dabei, Eindrücke aufzustapeln, hastige und unbefriedigende Zusammenfassungen zu versuchen, um die unersättliche Neugier der Leute zu stillen, bei denen ich in Wirklichkeit zu Hause bin, für das England, das nicht eine Insel oder ein Reich ist, sondern ein nasser menschenreicher Deich, der sich von Flandern bis an die Somme zieht. Und dann gerade, wenn mein Bleistift auf dem Papier ruht, mache ich mir die Hoffnungslosigkeit der Sache klar. Ich pflegte zu Füßen eines Philosophen zu sitzen, der geglaubt hatte, er habe ein gemeinsames intellektuelles Medium zwischen sich und einem indischen Freund hergestellt, bis der letztere seinen

Digitized by Google

Gesichtspunkt durch eine Hypothese einleuchtend machte: „Nehmen wir an," sagte er, „daß Gott beliebt habe, die Gestalt eines Elefanten anzunehmen." Mein Lehrer rang umsonst mit der konkreten Ferngerücktheit dieses orientalischen Bilderwerks; die Tiefe des trennenden Spalts wurde durch die Brücke enthüllt.

Eine Schwierigkeit von fast gleicher Art macht mir Not. Während wir Ansichten austauschen, nimmt einer von euch etwas als möglich oder wahrscheinlich an, das uns ganz ungereimt erscheint, oder schiebt als zu trivial das beiseite, was uns wie eine Tatsache von allererster Wichtigkeit vorkommt. Ihr sprecht leichthin, ihr nehmt an, daß wir leichthin sprechen werden, von Dingen, Gemütsbewegungen, Geisteszuständen, menschlichen Beziehungen und Angelegenheiten, die uns feierlich oder fürchterlich sind. Ihr scheint euch wie einer Art von Schwachheit der Ideen zu schämen, die uns nach Frankreich geführt haben, und für die Tausende eurer Söhne und Liebhaber gestorben sind. Ihr rechnet den Profit aus, der sich aus einem „Krieg nach dem Kriege" ziehen läßt, als sei die unnennbare Qual der Somme ein Item in einer Geschäftsunternehmung. Ihr laßt uns fühlen, daß das Land, zu dem wir zurückgekehrt sind, nicht das Land ist, für das zu kämpfen wir ausgezogen waren! Und eure Zurückhaltung gegenüber den vor Augen liegenden physischen Kriegstatsachen! Und eure Unwissenheit über die Gefühle eurer Verwandten auf diesem Punkt!

Dennoch halte ich mich nicht für verrückt, denn ich bemerke, daß andere Soldaten ungefähr die gleiche Erfahrung machen wie ich. Womit ich nicht vorgeben will, für „das Heer" zu sprechen! Das überlasse ich den Offizieren, die periodisch ins Parlament zurückkehren und ihm erzählen, daß „die Männer an der Front" dies fordern oder jenes beanstanden. Ich sage „wir", weil ich es schwer finde, Meinungen, die ich selbst gebildet, von denen zu trennen, die mir von den Männern, mit denen ich gelebt habe, gebildet worden sind, durch die gelegentliche Unterhaltung, die man sich in Zeiten des Nachlassens der Gefechtstätigkeit in den Gräben ergattert hat, oder durch die Kommentare der Tischgesellschaft, wenn die Zeitungen ankamen mit Georges letzter Rhapsodie über die „heiteren" Tommies mit „dem Glitzern der Schlacht im Auge" oder die hundertste Variation des „Times"-Militärsachverständigen über das Thema, daß

Digitized by Google

die Kriegskunst darin bestehe, mehr Männer des Feindes zu töten, als er von uns tötet, so daß — wie groß auch die Verluste, — anmutige Lehre! — die numerisch überwiegende Seite immer noch, gewissermaßen mit einem Tor gewinnen kann. Wir pflegten zu fluchen und zu lachen und zu sagen: „Ach was, das sind nur die Zeitungen. Die zu Hause können nicht wirklich so sein.“ Aber nach einigen Monaten in England bin ich zu dem Schluß gekommen, daß eure Zeitungen euch nicht so unbarmherzig karikieren, wie wir angenommen hatten. Nein, Tatsache ist, daß wir einander ferngerückt sind. Wir haben uns für Rahel abgearbeitet; aber es hat den Anschein, als würden wir mit Lea zu leben haben.

Wir sind einander ferngerückt, teilweise, weil wir uns gewandelt haben und ihr nicht; teilweise, und das auf den wichtigsten Punkten, weil wir uns nicht gewandelt haben und ihr habt es. Eine solche Spaltung zwischen den Zivilisten, die Zivilisten geblieben sind, und den Zivilisten, die Soldaten werden, ist natürlich keine Neuheit. Sie fand sowohl in dem amerikanischen wie dem englischen Bürgerkrieg statt. Höchst auffällig trat sie in den französischen Heeren von 1793 bis 1809 oder 1810 ein, in denen die Revolution überlebte als ein Zauberbann, der Menschen in den Tod locken konnte, lange, nachdem sie in Paris zum Abscheu oder zur Kuriosität geworden war. Und es scheint immer etwas von der Erschütterung einer unerwarteten Entdeckung mit sich geführt zu haben für solche, die nicht das gleiche Leben genossenschaftlicher Anstrengungen und ertragener Entbehrungen geführt haben und deshalb vergessen, daß der fragloſe Gehorsam, zu dem der Soldat erzogen wird, nicht Gehorsam gegen populäre Meinungen ist, und daß gerade die Abwesenheit der Gelegenheiten zur Diskussion und Äußerung — wie die Einsamkeit — dazu neigt, neuen Eindrücken und schon gebildeten geistigen Gewohnheiten Nachdruck zu verleihen. Der Gegensatz des Lebens, das sie verlassen haben, zu den unvertrauten Pflichten, die ihnen auferlegt werden, schafft einen Gärungsstoff, der nicht weniger mächtig ist, weil oft halb unbewußt, in allen außer den am allerwenigsten nachdenklichen Geistern. Besonders, wenn es wie im jetzigen Kriege geschieht, daß die Männer die Waffen nicht als einen Beruf aufgenommen haben, oder weil sie vom Gesetz dazu gezwungen worden sind, sondern unter dem Einfluß einer Gemütserregung oder eines Prinzips, dann neigen sie dazu, sich von der Idee, die sie zwang,

Digitized by Google

sich anwerben zu lassen, noch lange beherrschen zu lassen, nachdem sie unter den Zivilisten einer modischeren Neuigkeit gewichen ist. Neuen intellektuellen Einflüssen minder ausgesetzt als der Zivilist wird der Soldat leicht die Eindrücke festhalten und sogar vertiefen, die ihn, oft als Widerstrebenden, zuerst zum Soldaten gemacht haben. Er gleicht einem Stück Stein, das trotz dauernder Reibung die Form bewahrt, die ihm eine vulkanische Umwälzung gegeben hat. Wie oft, über das Erträgliche ermüdet oder voll Grauen vor den eigenen Handlungen, greift man nicht zu jenen Ideen, um sich Stütze oder Trost zu holen! „Es ist es wert, weil—" „Es ist fürchterlich, aber ich brauche mich nicht zu verabscheuen, denn —" Wir sehen Dinge, die ihr nur ausdenken könnt. Wir werden durch Betrachtungen gestärkt, die ihr aufgegeben habt. Unsere Gemütslage weicht von der euren ab, sowohl, weil sie der Veränderung mehr ausgesetzt ist, weil sie minder veränderlich ist. Während ihr scheinbar — verzeiht mir, wenn ich unhöflich bin — eure Glaubensartikel mit der nervösen Leichtigkeit eines Beamten zur Tudorzeit aufgegeben habt, mag bei uns der Vordergrund verschieden sein, aber der Hintergrund ist der gleiche. Es ist der vom August bis November 1914. Wir sind eure Revenants.

Der Kontrast enthüllt sich in Kleinigkeiten nicht minder als in großen Dingen. Er erscheint ebenso in der Art, in der ihr die Ereignisse des Krieges ins Auge faßt und euch selbst die Pflichten und die Stimmungen eurer Soldaten auslegt, wie in eurer Auffassung von den Prinzipien, für die wir kämpfen, und der Art von Harmonie, der nationalen und übernationalen, in der die Welt eine Stabilität wiedergewinnen könnte. Aber ich tue Unrecht, von „Kleinigkeiten und großen Dingen" zu sprechen. Klarheit des Blicks und Feinfühligkeit des Urteils sind nicht Eigenschaften, die sich improvisieren lassen. Die Fähigkeit, sie zur Verfügung zu haben, wenn man sie am nötigsten braucht, steht im Verhältnis zu der Aufrichtigkeit, mit der man sich gewöhnt hat, zugänglichere und vertrautere Dinge zu betrachten. Deshalb kann ich nicht als von etwas Unbedeutendem von dem Bilde absehen, welches ihr euch vom Kriege macht, und die Stimmung, in der ihr dies Kunstgebilde beschaut. Es sind Anzeichen der Gemütsverfassung, in der ihr euch den Friedensproblemen nahen werdet. Der Krieg liegt immer unter euren Augen. Ihr lest und redet davon, sollte ich meinen, andauernder als über irgendeine andere Sache. Es liegt

Digitized by Google

euch daran, wahrheitsgetreue Berichte nicht von der Strategie oder anderen Dingen, die mit Recht verborgen bleiben, zu erhalten, sondern von der täglichen Routine und dem Kolorit des Krieges, den Pflichten und Verlegenheiten, den Gefahren und exponierten Lagen, der harten Arbeit und gelegentlichen Ruhe, die das Leben des Frontsoldaten ausmachen. Ihr möchtet gern, soweit das menschlichen Wesen möglich ist, in sein inneres Leben eindringen, um zu wissen, wie er selbst die ihm auferlegte Aufgabe ansieht, wie er sich seine Beziehung zum Feinde und zu euch zurechtlegt, aus welchen Quellen er Ermutigung und Trost schöpft. Ihr möchtet gern diese Dinge wissen; wir sollten wünschen, daß ihr sie kennt. Dennoch hängt zwischen euch und uns ein Schleier. Ihr selbst hauptsächlich habt ihn unbewußt geschaffen. Er ist nicht intellektueller, er ist moralischer Natur. Es ist nicht Unwissenheit (dann würde ich es gar nicht erwähnen); es ist Unwahrhaftigkeit. Ich lese eure Aufsätze und höre eure Gespräche, und ich erkenne deutlich, daß ihr es vorgezogen habt, euch ein Bild des Krieges zu machen, nicht wie er ist, sondern von einer Art, die als malerisch eure Begier nach Neuem, nach Aufregendem, nach bequemer Bewunderung schmeichelt, ohne euch mit beherrschenden Gemütsbewegungen zu beunruhigen. Es hat euch beliebt, sage ich, euch ein Bild zu machen; weil ihr die Wahrheit nicht gern habt, oder nicht tragen könnt, weil ihr Angst vor dem habt, was euren Seelen geschehen könnte, wenn ihr sie den Unfolgerichtigkeiten und Widersprüchen, den Zweifeln und der Wirrheit aussetzen würdet, die unterhalb der Oberfläche der Dinge liegen. Ihr seid nicht getäuscht worden über die Tatsachen; denn Tatsachen dieses Kalibers sind der offiziellen Lüge nicht wert. Ihr seid getäuscht über die eine Tatsache. Was diese angeht, so kann man euch offenbar zutrauen, motu proprio et mera voluntate euch selber zu belügen.

Vielleicht ist dies ein scharfes Urteil. Und dennoch, wenn ich die Schilderungen des Krieges lese, die täglich in eurer Presse geliefert werden, so scheint es mir nicht scharf. In manchen gibt es Züge, die ich als nicht ganz dem Leben untreu wiedererkenne. Aber der allgemeine Eindruck ist tragisch falsch. Ich kann euch verzeihen, daß ihr den Krieg als ein Schauspiel darstellt, anstatt als einen Daseinszustand, denn ich nehme an, dem Korrespondenten, der wohlbehütet zu einem Beobachtungsposten geleitet wird, wenn etwas los ist, mag es wie ein Schauspiel erscheinen. Aber

Digitized by Google

unverzeihlich ist die Darstellung der menschlichen Wesen, die es angeht. Man hat eine Art von konventionellen Soldaten erfunden, dessen Gemütsbewegungen und Gedanken derartige sind, wie sie sich am leichtesten und mit eurem Kaffee und eurer Marmelade vertragen. Und dieser „Tommy" ist ein zugleich lächerliches und abstoßendes Geschöpf. Er wird dargestellt als unveränderlich „guter Dinge", als genösse er mit Wonne die „Aufregung" des Krieges, als suche er einen Sport darin, andere Menschen umzubringen, als „hetze er Deutsche aus den Unterständen, wie ein Terrier Ratten hetzt", als überwältige er mit Freundlichkeit die Gefangenen seines Speers und Bogens. Dies letzte Detail ist lebenswahr, aber die Betonung, die ihr ihm gebt, ist sowohl wenig klug wie beleidigend. Erwartet ihr von uns, daß wir sie aushungern oder ihnen ein Leid tun? Seht ihr nicht ein, daß wir diese Männer, die uns gegenüber im Schlamm gesessen haben, als die Opfer der gleichen Katastrophe betrachten wie wir selbst es sind, als unsre Kameraden im Elend in viel wahrerem Sinne als ihr es seid? Meint ihr, wir seien denen unter euch gleich, die auf das Haupt eines jeden unseligen Gegners die angesammelte Entrüstung ausschütten, als sie für die Bösartigkeit einer Regierung, oder eines sozialen Systems, oder (wenn ihr wollt) einer Nation fühlen? Im übrigen werden wir abgemalt als lustige Mörder, die sich über die Gelegenheit zu einem ‚Stückchen" freuen, von dem wir wissen, daß mehr als dreiviertel unserer Freunde dabei verstümmelt oder getötet werden, achtlos gegen das eigene Leben, strahlend über die Pflicht, menschliche Geschöpfe in Klumpen formlosen Erdreichs zu verwandeln, leichtherzig wie Kinder in einem Garten, die mit einem neuen Luftgewehr nach Spatzen schießen und in die Hände klatschen, wenn sie niederfallen, denen die vorübergehende Schwermut der Kinderjahre durch eine Fußballpartie oder ein Paket Zigaretten hinwegezaubert wird.

Von der ersten materiellen Wirklichkeit des Krieges, von der alles sonst die Färbung erhält, von der endlosen und hassenswerten physischen Erschöpfung sagt ihr wenig, denn es würde das Pikante, die „Verve" des Bildes verderben. Von eures Soldaten innerem Leben, dem fortwährenden Aneinanderprallen widersprechender moralischer Standpunkte, davon, wie seine Seele der Gefahr ausgesetzt ist, sich von der mechanischen Monotonie ganz zu Boden drücken zu lassen, von der Schwierigkeit, sich

Digitized by Google

Quellen der Erfrischung offen zu halten, dem Gefühl, einen profitlosen Anteil an einem Spiel zu nehmen, das von Affen gespielt und von Wahnsinnigen organisiert wird, von alledem macht ihr euch, scheint mir, gar nichts klar[1].

Seid ihr so oberflächlich, daß ihr euch einbildet, Männer fühlten Gemütsbewegungen nicht, von denen sie selten reden? Oder nehmt ihr an, wie es mir ein kultivierter Zivilist einmal auseinandergesetzt hat, daß diese Gefühle auf „Gentlemen" beschränkt seien, und vom „gemeinen Soldaten" nicht geteilt würden? Und hinter den Bildern des Krieges in euren Zeitungen scheint manchmal etwas zu lauern, das schlimmer als ihre Unwahrhaftigkeit ist und mit ihr doch zusammenhängt, eine grauenvolle Unterstellung, daß der Krieg irgendwie dennoch etwas ist, das adelt; daß er, wenn auch nicht die geeignete Beschäftigung des Mannes mindestens eine ist, in der er eine Fülle der Möglichkeit, sich selbst auszudrücken findet, die ihm im Frieden unerreichbar ist; daß in Khaki gekleidet und Gewehre tragend, diese Burschen in wahrerem Sinne „Männer" sind, als wenn sie in Bureaus und Fabriken arbeiten. Vielleicht tue ich euch Unrecht. Aber diese Andeutung scheint mir aus einigen eurer respektablen Spalten zu blicken. Während ich sie lese, denke ich an die Freunde, die nach Erduldung verschiedener Grade der Marter in der Täuschung gestorben sind, daß der Krieg nicht das letzte Wort der christlichen Weisheit sei. Und mir steigt ein Eindruck auf von spitzen Ohren und haarigen Klauen und einem abscheulichen Affengesicht, das in meines grinst — Sünde auf Sünde, Elend über Elend, bis ans Ende der Welt.

O freundliches Publikum — denn einst warst du freundlich und kannst es wieder werden — reinige deinen Geist von all diesen Täuschungen. Die Wirklichkeit ist grausig, aber sie ist nicht so grausig wie das fratzenschneidende Gespenst, das ihr euch vorgestellt habt. Eure Soldaten sind weder so töricht, noch so tapfer, noch so bösartig, wie die aufgezogenen Puppen, die grinsen und töten und wieder grinsen in den Spalten eurer Zeitungen. Zweifellos finden sich hier und da Jungen, denen die Ferien, frei von Eltern und Schulmeistern oder Brotherrn eine frohe

[1] Als ich dies schrieb, hatte ich die Lektüre von „Mr. Britling denkt die Sache durch" noch nicht beendigt. Hugh's Briefe zeigen, daß einige zu Hause es sich doch klar machen. (In der „Nation" erschienener Tendenzroman von H. G. Wells.)

Digitized by Google

Stimmung machen, und deren erste — wie bald verflogene! — Eindrücke leichtgläubige Redakteure abdrucken als typische Äußerungen des „Geists der Armee". Bezaubernde Kinder! Auf Männer, die bis in die Seele hinein mit Schlamm beschmiert sind, wirken sie so erfrischend wie Frühlingssonnenschein nach endlosem Regen und andauernder Kälte. Aber in den Briefen der Mannschaften, die einen Winter in den Gräben verbracht haben, werdet ihr den Krieg nicht als „Sport" beschrieben finden. Es ist eine Last, die sie mit schmerzenden Knochen schleppen, die sie hassen und deren Ungeheuerlichkeit ihnen nicht unbewußt bleibt, die sie in der unklaren Hoffnung auf die Schulter nehmen, daß sie dadurch anderen Menschen in der Zukunft ein Gleiches ersparen — und dabei sehen sie mit einer sogar übertriebenen Liebe auf die Segnungen des Friedens zurück.

Sie tragen ihre Bürde und erhalten wenig Hilfe von euch. Denn ein Heer lebt nicht von Munition allein, sondern auch von Genossenschaftsgeist in einem moralischen Gedanken oder Vorsatz. Und das könnt ihr uns nicht geben. Ihr könnt es nicht geben, weil ihr es nicht besitzt. Ihr seid, das erkenne ich, in eurer Seele gespalten, mehr als ihr es damals wart, als ich Soldat wurde; ihr klagt die Kriegsapostel an und seid doch dabei nicht gänzlich abgeneigt zu glauben, daß der Krieg ein erhabenes Ding sei; ihr deutet halb an, unsre Sache sei die der Menschheit im allgemeinen und der Demokratie im besonderen, und doch wagt ihr nicht es kühn herauszusagen, damit ihr nicht später gezwungen sein möchtet, eure Gelübde zu erfüllen; ihr werdet gemütsruhiger und selbstgefälliger im Verhältnis, wie ihr zuversichtlicher auf den Sieg baut und anderer Nationen weniger bedürft; ihr traut mehr auf die große Maschine, die ihr geschaffen habt, und weniger auf die unsichtbaren Kräfte, die, wenn ihr sie nur lassen wollet, auf eurer Seite arbeiten würden. Und ihr verfallt mehr als früher der Neigung zu, euch im Hasse gehen zu lassen. Haß gegen den Feind ist, glaube ich, nicht üblich unter den Soldaten, die mit ihm gefochten haben. Er ist unvereinbar mit einer angemessenen Erfüllung unsrer Pflicht. Denn im Hasse töten, ist Mord, und wir sind nicht Mörder sondern Scharfrichter. Ich weiß ja, wie viel schwerer es für euch ist, nicht zu hassen, als für uns. Ihr könnt die Qual über eure Verluste nicht dadurch besänftigen, daß ihr, wie wir es tun, fühlt, jeden Tag könnt ihr an die Reihe kommen. Und es ist recht, daß ein feierlicher Ab-

Digitized by Google

scheu über die Sünden Deutschlands bestehe, vorausgesetzt, daß wir dadurch nicht veranlaßt werden, unsre eignen zu vergessen.

Aber es ist nicht unter denen, die am grausamsten gelitten haben oder deren Begreifen des Trauerspiels am tiefsten ist, wo ich den Haß gefunden habe, der erschreckend wirkt. Denn im Leiden, wie im Wissen liegt etwas, das über die persönlichen Gefühle hinausgeht und die Seele mit dem Leiden und der Weisheit Gottes vereinigt. Ich finde ihn eher unter denen, die keinen Anlaß durch Leiden oder durch Tätigkeit haben und im Hasse eine Empfindung von Aktivität entdecken, die ihnen anderswo gemangelt hat. Sie sind zu bedauern, denn auch sie suchen nach einer Vereinigung mit ihresgleichen, obwohl auf einem Pfade, auf dem sie nicht gefunden werden kann. Nichtsdestoweniger ist die Ansteckung mit ihrem Geiste todbringend. Ihr helft weder euch, noch eurem Lande, noch euren Soldaten durch Hassen, sondern einzig durch Lieben und das Streben, liebenswerter zu sein. „Pone te ipsum in pace, et tum poteris alios pacificare."

Inzwischen hat die „Nation" zustimmende Schreiben zu diesem Brief erhalten, wie die folgenden:

„Jeder Mann und jede Frau sollten diesen Aufsatz wieder und wieder lesen. Es fehlt in England wirklich bei den Daheimgebliebenen das rechte Begreifen von dem, was Krieg ist. Sie gehen in hilflosem Fanatismus ihren Weg, wenn ihnen ihre Führer sagen, daß sie bis ans bittere Ende kämpfen müssen, und versuchen kaum, für sich selbst zu urteilen. Man sagt, das Heer sehnt sich nach dem Tage des Triumphs, aber tatsächlich sehnt sich das Heer nach dem Tage des Friedens, vorausgesetzt, daß der Friede so gerecht und dauerhaft ist, wie menschliche Mittel ihn machen können. . . . Das Heer erwartet von denen zu Hause, daß sie bei erster gebotener Gelegenheit einen solchen Frieden herbeiführen. Nie zuvor hat sich eine solche Chance dem menschlichen Geschlecht gezeigt, mit einem Male aller Kriegführung ein Ende zu machen, da jetzt alle zivilisierten Wesen gelernt haben oder haben sollten, was die volle Bedeutung des Krieges ist. Was wird in diesem Augenblick unendlicher Möglichkeiten getan? Sind wir dem Ziel irgend näher gerückt als im Juli 1914?"

Eine andere Zuschrift führt den Fall eines sofort bei Kriegsbeginn ins Heer eingetretenen Irländers an, der gar nicht eilig genug an die Front kommen konnte vor Kriegsbegeisterung. Diesen Frühling kam er auf

Digitized by Google

Urlaub heim. Ganz verändert. Wenn ich Asquith davon reden höre, daß er das Schwert nicht in die Scheide stecken wolle, sagte er, dann gerinnt mein Blut zu Eis; und er fügte einige vielleicht ungerechte Worte über den kriegerischen Geist der Nichtkombattanten hinzu.

Notizen

Eine Geschichte von Admiral von Spee. Wayfarer schreibt in der „Nation" vom 25. 11. 1916: Ein mir wohlvertrauter Briefschreiber übermittelt mir die folgende Geschichte über Admiral von Spee, die er aus dem Munde einer glaubwürdigen Engländerin hat, und zwar mit dem treffenden Kommentar, „sie würde dem alten Plutarch gefallen haben": — „Die Dame lag im November 1914 krank in einem Hotel Valparaisos darnieder, als Admiral von Spee nach seinem Siege über Cradock dort anlangte. In jenem Teile Chiles überwiegen die Deutschen; ich war unter dem Eindruck, als spreche jeder zweite Mensch deutsch. Sie bereiteten von Spee einen großen Empfang. Die Straße war mit Blumen bestreut. Er jedoch sagte: ‚Das ist nicht recht, Blumen streut man auf eines Mannes Grab' oder ‚bewahrt sie für mein Grab' — die Worte wurden in verschiedener Fassung wiedergegeben. Man feierte ihn durch ein Bankett. Einer der Toaste war: ‚Fluch der englischen Flotte!' Von Spee lehnte es ab, darauf zu trinken oder überhaupt einzustimmen."

Ein russisches Glaubensbekenntnis. Im Jahre 1900 überreichte General Kuropatkin, damals russischer Kriegsminister, dem Zaren eine Denkschrift, die 1915 in Petersburg in Druck erschienen ist und nunmehr auch in deutscher Sprache vorliegt („Die russische Gefahr", Beiträge und Urkunden zur Zeitgeschichte. Herausgegeben von Paul Rohrbach. Heft 1: „Rußlands Ländergier" von Richard Pohle. Verlag von J. Engelhorns Nachf. in Stuttgart 1916. Preis 1,50). Die Schrift gewährt uns einen Einblick in die Vorgeschichte des Krieges und die Leitsätze für die traditionelle russische Politik:

Rußlands Bevölkerungszuwachs.

	Rußland	das übrige Europa
Zu Beginn des 18. Jahrhunderts . .	12000000	101 904000
„ „ „ 19. „ . .	35000000	147718000
„ „ „ 20. „ . .	132000000	271725000

„Hieraus ist zu ersehen, daß die Bevölkerung Rußlands vor 200 Jahren kaum ein Neuntel der Bewohnerschaft von Europa betrug. 100 Jahre später war es ein Viertel, und heute beträgt die Zahl die Hälfte. Wenn man annimmt, daß der jährliche Zuwachs der Bevölkerung Rußlands

im Zeitraum von	1900	bis	1925	betragen wird	1,3%
„ „ „	1925	„	1950	„ „	1,2%
„ „ „	1950	„	1975	„ „	1,0%
„ „ „	1975	„	2000	„ „	0,75%

Digitized by Google

so ergibt sich, wenn Rußland seine gegenwärtige Gestalt beibehält:

für das	Jahr	1900	eine	Bevölkerungszahl	von	132 000 000
„	„	„	1925	„	„	„	182 000 000
„	„	„	1950	„	„	„	245 000 000
„	„	„	1975	„	„	„	315 000 000
„	„	„	2000	„	„	„	380 000 000

Rußland überholt mit einer Geburtenzahl von 47,1 auf 1000 Einwohner alle Länder Europas. Somit besitzt Rußland in den lebenden Kräften seiner Bevölkerung eine unerschöpfliche Quelle zur Vervollständigung seiner Armee; es kann in Zukunft ohne jegliche Anstrengung eine entscheidende Rolle im Schicksal der Völker spielen, indem es einfach dem natürlichen Gesetz des Zuwachses seiner friedlichen Bevölkerung Folge leistet."

Für die von Rußland geführten Kriege kommt Kuropatkin zu folgendem Resultat:

„Im ganzen haben wir von 1700 bis 1900 zur Erweiterung unserer Grenzen 22 Eroberungskriege geführt, die einen Zeitraum von 101 Jahren umfassen, und nur vier Kriege zum Zweck unserer Verteidigung, deren Dauer 2½ Jahre betrug. Die im Interesse der europäischen Politik geführten Kriege (7 Kriege und 2 Feldzüge) erforderten 10 Jahre."

„Die militärischen Leistungen der Armee im Laufe von 200 Jahren haben eine ganz bedeutende territoriale Vergrößerung des Reiches zur Folge gehabt.

Wir besaßen:

im Jahre	1700	in Europa	79 300,	in Asien	185 600,	im ganzen	265 000	Quadratmeilen
„	„	1800	„	„	96 000,	„	„	235 000,	„	„	331 000	„
„	„	1900	„	„	107 000,	„	„	298 000,	„	„	405 000	„

Im ganzen sind also im Verlauf von 2 Jahrhunderten 140 000 Quadratmeilen erworben worden, darunter 27 700 in Europa, das heißt ungefähr ein Drittel des Flächenraums, den Rußland vor 200 Jahren besessen hatte. (Ganz Deutschland umfaßt heute 9800 Quadratmeilen!) Hierbei ist, im Vergleich mit dem Jahre 1700, die Westgrenze infolge der Leistungen unserer Armee von Moskau nunmehr nicht 450 Werst, sondern über 1000 Werst entfernt, das heißt die Entfernung hat sich mehr als verdoppelt."

Schließlich deutet Kuropatkin an, wohin nach seiner Meinung Rußlands traditioneller Eroberungsdrang in Zukunft zu richten sei. „Mit Ausnahme der Bosporusfrage gibt es keine Lebensfrage in der auswärtigen Politik, welche ein neues Vergießen von russischem Blute erfordern würde." Und an anderer Stelle: „.... in ihrem südlichen Teil entspricht unsere schwedische Grenze unseren Interessen durchaus, im Norden jedoch ist die Grenze eine allzu künstliche; sie ist für uns unvorteilhaft, weil sie Finnland vom Nördlichen Eismeer abschließt und das ganze Küstengebiet im Besitze Norwegens bleibt.... Obgleich es natürlich in unseren Wünschen liegen muß, unsere Grenze an dieser Stelle zu verbessern, so erscheinen die Vorteile einer derartigen Verbesserung doch nicht bedeutend genug, um als Vorwand für einen Krieg dienen zu können. Aber die Lage der Dinge in diesem Teil unserer Grenze kann vorläufig nicht als normal betrachtet werden."

Digitized by Google

Die Gefahren des Wirtschaftskrieges für Frankreich. Der bekannte Wirtschaftspolitiker Max Hoschiller, der in der „Revue de Paris" schon am 15. Mai einen im Gegensatz zu den Pariser Beschlüssen stehenden, ruhigen Artikel über Erfordernisse zukünftiger Zollpolitik veröffentlicht hat, wird neuerdings durch einen Aufsatz des „Radical" unterstützt. Der Aufsatz bewegt sich in ähnlichen Gedankengängen. Er bringt eine nüchterne Beurteilung der Bedürfnisse Frankreichs, sowie der wirtschaftlichen Stellung zu Deutschland, und führt den Beweis, daß ein Boykott Deutschlands für Frankreich nur sehr schädlich wäre. Nachfolgend geben wir die hauptsächlichsten Äußerungen des Artikels wieder.

Die Alliierten müssen alle Maßnahmen ergreifen, um sich gegen die illoyale deutsche Konkurrenz zu schützen. Sie dürfen aber nicht zu einem übertriebenen Schutzzollsystem übergehen, dessen Kosten das Volk in erster Linie tragen müßte. Wir dürfen uns nicht mehr durch das deutsche Dumping-System täuschen lassen, aber wir dürfen auch nicht glauben, daß alles Unheil für uns sich aus dem Artikel 11 des Frankfurter Friedens herschreibt. Die Meistbegünstigungsklausel hat keineswegs die Bedingungen für unseren Handel und unsere Industrie so schwierig gestaltet. Ein Beweis hierfür ist, daß die Handelsbilanz von 1880 bis 1912 immer zugunsten Frankreichs ist. Wir haben während dieser Zeit mehr nach Deutschland verkauft, als wir von dort bezogen haben. Ein weiterer Beweis ist die heftige Gegnerschaft der deutschen Volkswirtschaftler gegen diesen Artikel 11. Ein Zollsystem einführen, das dem im Frankfurter Frieden beschlossenen entgegengesetzt wäre, hieße Deutschland boykottieren. Aber wäre das vorteilhaft für uns? Wir müssen hier untersuchen, was wir von Deutschland beziehen und welche Produkte es von uns kauft. Deutschland verkauft uns Kohlen, die wir nötig brauchen. Wir kommen nicht darum herum. Wenn wir sie anderswo werden teurer bezahlen müssen, so wird unsere Industrie in Gefahr geraten. Was kauft Deutschland seinerseits von uns? Baumwolle, Wolle, Leder, Mineralien, Agrarprodukte, Frühgemüse. Wenn wir ihm diese Waren nicht mehr verkaufen, werden wir eine große Zahl unserer Bauern, Industriellen und Händler ruinieren. Man kann ja hier einwenden, daß man diese Produkte an unsere heutigen Verbündeten verkaufen kann. Aber ist das ganz sicher?

Die Führerschaft des deutschen Handels beruht nicht auf dem Frankfurter Vertrag, sondern auf den deutschen Arbeits- und Produktionsmethoden. Nehmen wir z. B. Farbstoffe und chemische Produkte, einschließlich derer, die zur Fabrikation von Explosivstoffen dienen. Deutschland hatte sich hierin sozusagen ein Monopol geschaffen und verkaufte an uns für Hunderte von Millionen. Wie hatte Deutschland es fertig gebracht, diese Industrie bei uns zu töten? Weil — so antwortet die Lyoner Handelskammer, die doch Bescheid wissen muß, — die Transporte billiger waren und weil die Kohle in Deutschland billiger war und außerdem — so kann man hinzufügen — weil die deutschen Industriellen sich besser für den wirtschaftlichen Expansionskampf zu rüsten wußten, dank ihrer Syndikate und ihres Kreditsystems.

Digitized by Google

Wenn man die Zölle erhöht und stärkere Abwehrmaßnahmen ergreift, gewinnt man gar nichts. Man wird nur erreichen, daß die französische Textilindustrie ein Lösegeld wird zahlen müssen in Form sehr erhöhter Farbstoffpreise.

Der Artikel 11 des Frankfurter Vertrags, auf den so viele Franzosen hypnotisiert hinstarren, ist also keineswegs der Grund für die wirtschaftliche Überlegenheit Deutschlands. Es ist sehr wünschenswert, daß die französischen Industriellen sich keine falschen Vorstellungen machen. Die Wirtschaftskonferenz der Alliierten hat eine Reihe von wirtschaftlichen Problemen zur Beratung gestellt. Bis heute hat man uns noch keine einzige Lösung gegeben. Aber es ist doch dringend notwendig, daß das französische Volk, ehe es wieder zum Frieden zurückkehrt, weiß, was es fordern soll."

Im Zusammenhang mit den hier wiedergegebenen Äußerungen steht ein Artikel des Abgeordneten Engerand im „Echo de Paris", der sich gegen die Verdächtigungen wendet, die man gegen französische Kapitalistenkreise ausgesprochen hat. England sucht darzustellen, daß diese Kreise selbstverständlich für eine Annexion Elsaß-Lothringens eintreten, obwohl ihre Privatinteressen mit denen der französischen Allgemeinheit in diesem Falle nicht übereinstimmen. Die Beweise und Ziffern, die Engerand hierbei gibt, zeigen in so schlagender Form, wie ungünstig eine Aneignung der Reichslande auf große Teile der französischen Industrie wirken würde, daß wir Engerand im folgenden selbst das Wort erteilen müssen:

„Das Elsaß würde die französische Wollproduktion, die heute nur 230000 Tonnen beträgt, um weitere 100000 Tonnen vermehren. Ist nun anzunehmen, daß diese neue Konkurrenz die französischen Weber sehr erfreuen wird? Und soll man glauben, daß die Besitzer der großen Weinberge in der Gegend von Bordeaux von der Aussicht entzückt sind, daß die Gunst der Weinkenner sich den 600000 Hektolitern guter Weine zuwenden wird, die die Moselgegend Frankreich liefern wird? 1913 besaß Lothringen und das Saargebiet 82 Hochöfen mit einer Produktion von 5539000 Tonnen Roheisen, während ganz Frankreich nur 127 Hochöfen zählte mit einer Produktion von 5300000 Tonnen. Die Rückkehr der lothringischen Provinzen würde also mit einem Schlage unsere Roheisenproduktion verdoppeln. Soll das ein Grund zur Freude sein für unsere Hüttenbesitzer?"

Weltkrieg und zionistische Bewegung. Die Frage, welche Aussichten der Weltkrieg für die zionistische Bewegung eröffnet, stellt Dr. Elias Auerbach aus Haifa in einem Aufsatz des „Archivs für Rassen- und Gesellschaftsbiologie" fest: Das jüdische Volk ist es müde, immer nur Objekt der Geschehnisse zu sein, immer nur der Amboß, auf den die Hämmer sausen. Darum dürften die treibenden Kräfte der zionistischen Bewegung stark anwachsen. Insbesondere beginnt jetzt die amerikanische Judenheit ein starkes Interesse an Palästina zu nehmen, da Amerika sich der Judeneinwanderung zu verschließen beginnt. Trotzdem darf man sich nicht vorstellen, daß Palästina in nächster Zeit große Judenmassen aufnehmen könnte. Auch bei verhältnismäßig raschem Anwachsen seiner jüdischen Bevölkerung kann es im Jahr nur vorläufig einige Tausend, bestenfalls nur 2 bis 3 Zehn-

Digitized by Google

tausende seinem noch unentwickelten Wirtschaftsgefüge einreihen, während die Auswanderung aus Osteuropa sicher in die Hunderttausende gehen wird. Aber seine Aufnahmefähigkeit kann von Jahr zu Jahr gesteigert werden. Das Land, das heute nur 22 Einwohner auf den qkm enthält, kann bei der Bevölkerungsdichte Siziliens, dem es auch im Klima nahesteht, gut die sechsfache Zahl fassen. Dazu ist vor allen Dingen notwendig, daß die jüdischen Organisationen ihre Anstrengungen mehr und mehr auf dieses Gebiet konzentrieren; und eine Entwicklung in dieser Richtung ist in der Tat heute schon unverkennbar. Durch den Plan der jüdischen Besiedlung Palästinas, auch wenn nur die Minderheit der Juden von ihm erfaßt wird, aber kann die Existenz dieser unstreitig begabten und noch keineswegs müden oder degenerierten Rasse als solcher sichern.

Die Proletarisierung unseres Nachwuchses als Gefahr rassenhygienischer Bevölkerungspolitik beleuchtet Hermann W. Siemens im „Archiv für Rassen- und Gesellschaftsbiologie". Es gibt, so schreibt der Verfasser, zwei Wege der Bevölkerungspolitik: Unterstützung des Kinderreichtums und Belastung der Kinderarmut. Beide haben eine geradezu entgegengesetzte Selektionswirkung und somit einen sehr verschiedenen rassehygienischen Wert. Als rassehygienische bevölkerungspolitische Maßnahme kann allein die Belastung der Kinderarmut bezeichnet werden; die Unterstützung des Kinderreichtums ist eine soziale bzw. hypersoziale Maßnahme, die vom rassehygienischen Standpunkt aus nur mit größter Vorsicht befürwortet werden darf, da sie die Proletarisierung unseres Nachwuchses fördert.

Rumänien, unser Bundesgenosse. In dem Aufsatz von Professor Dr. Ph. Stein ist die Angabe, daß die gesamte Erdöleinfuhr Deutschlands sich 1913 auf rund 1¼ Millonen Tonnen belaufen habe, in 2¼ Millionen Tonnen zu berichtigen.

Neuerscheinungen

Martin Luther und die deutsche Reformation schildert aus dem Geiste der Gegenwart Professor Dr. Köhler in einem neuen Bändchen der Sammlung „Aus Natur und Geisteswelt" B. G. Teubner, Leipzig, (IV und 135 S., geb. M. 1.50).

Karl Bertuchs Tagebuch vom Wiener Kongreß, ein bewegtes, anschauliches Bild vom Leben und der geistigen Kultur des alten Wien, ist von Hermann Freiherrn von Egloffstein für den Verlag Gebrüder Paetel, Berlin, in einer ausgezeichneten wissenschaftlichen Ausgabe herausgegeben worden. (VIII und 288 Seiten.)

„Die preußischen Freihändler und die Entstehung der nationalliberalen Partei", die Untersuchung eines jungen, im Felde gefallenen Historikers Werner Schunke (Leipziger Historische Abhandlungen, hrsg. von E. Brandenburg, G. Seeliger, U. Wilcken, Heft 41, Quelle & Meyer, Berlin, 86 Seiten M. 3), weist nach, daß die Freihändler durch ihre Arbeit in den Jahren 1865 und 1866 die

Digitized by Google

nationalliberale Politik der Reichsgründerzeit vorbereitet, bis zu einem gewissen Grade erst möglich gemacht haben.

„Deutsche U-Boot-Taten in Bild und Wort" nennt sich ein von der Reichsmarinestiftung herausgegebenes Büchlein, welches uns in einer Anzahl prachtvoller Bilder von Professor Willy Stöwers Meisterhand Erlebnisse unserer U-Boot-Helden während des Krieges schildert. Jedem Bilde ist ein erläuternder Text beigefügt. Ein Prachtwerk für Mark 2.50.

Vom Kriegsgrund zum Kriegsziel, eine von dem Abgeordneten Schiffer eingeleitete anonyme Flugschrift der Deutschen Verlags-Anstalt (40 Seiten, 50 Pfg.), sucht unsere Kriegsziele auf der Erkenntnis des inneren Grundes des Weltkrieges und auf den Erfahrungen während des Krieges aus nationalen Notwendigkeiten objektiv und methodisch aufzubauen.

Reinhold Seebergs Reden und Aufsätze aus dem Weltkrieg über Geschichte, Volkstum, Kultur, Seelenleben, Andacht, sind zu einen Bande „Geschichte, Krieg und Seele" zusammengefaßt, der von dem Verlag Quelle & Meyer, Leipzig (VI und 289 S., geb. M. 4.80) herausgegeben ist.

Der Krieg und die Helden der Feder. Ein Wiener Schriftsteller Karl Komacka betrachtet in einer Schrift (Verlag Neue Bahnen, Wien, Kr. —.80) Dichtung und Schriftstellerei unserer Tage und zieht gegen die „dichterischen" Ausgeburten zutage, die unsere Schriftsteller und Dichter von Dehmel bis Sanghofer sich abgequält haben.

Mit der **mohammedanischen Glaubenslehre** in den Katechismen des Fudali und des Sanusi eröffnet Marcus' & Webers Verlag in Bonn eine Reihe von Heften, in denen er die Geisteskultur des Orients veranschaulichen will. Die Schrift gibt den Urtext in Übersetzung und mit Erläuterungen. (M. 1.40.)

Georg Kerschensteiner äußert sich über **deutsche Schulerziehung im Krieg und Frieden** in einem Buch dieses Titels (X und 242 Seiten) mit vielen beachtenswerten Anregungen, vor allem für die Frage der nationalen Einheitsschule.

Wesen und Sinn der Einheitsschule stellt eine Schrift von M. Th. Matth. Meyer fest. (14. Sämannschrift bei B. G. Teubner, M. 1.80.)

Der zukünftigen weiblichen Jugend hat Alice Salomon ein Buch gewidmet, das unter dem Titel „Von Kriegsnot und Hilfe und der Jugend Zukunft" (B. G. Teubner in Leipzig, M. 2.40) sich für den inneren Frieden einsetzt.

Bürgerkundlichen Unterricht in Österreich verlangt eine Schrift von Prof. Ludwig Fleischner (Budweis) (Heft 13 der Schriften der Vereinigung für staatsbürgerliche Bildung und Erziehung, IV und 80 S., br. 1.60, B. G. Teubner, Leipzig) — ein weiterer erfreulicher Beweis für die Besinnung auf das staatliche Bewußtsein in Österreich.

Das Archiv für Rassen- und Gesellschaftsbiologie, die Zeitschrift für die Erforschung des Wesens von Rasse und Gesellschaft und ihres gegenseitigen Verhältnisses, kümmert sich wie um die quantitative so um die qualitative Bevölkerungspolitik, um die Frage nach Vererbung und Auslese, Inzucht und Kreu-

Digitized by Google

zung, um die biologischen Grundlagen der Gesellschaftsordnung und um die biologische Erhaltung und Entwicklungsbedingungen unserer Rasse. (24 M. jährlich, B. G. Teubner.) In der Zeit der Diskussion über Geburtenpolit wichtig.

Literatur

Werner Sombart, Der moderne Kapitalismus. Zweite neubearbeitete Auflage. Bd. I. München und Leipzig, Duncker & Humblot. 919 S. 1916.

Das Werk hat in der ersten Bearbeitung um die Jahrhundertwende beträchtliches Aufsehen erregt. Der Historiker-Tag in Heidelberg 1903, widmete dem Werke und seiner Kritik einen halben Vormittag; v. Below, Lamprecht, Sombart selbst besprechen es mit Leidenschaft; eine große Anzahl Arbeiten wirtschaftsgeschichtlichen Inhalts für und wider schloß sich an. Der Verfasser selbst ging scheinbar zu andern Fragestellungen über. „Die Juden und das Wirtschaftsleben" „der Bourgeois", „Krieg und Kapitalismus", „Luxus und Kapitalismus" wurden geschrieben; der Ruhepunkt des Forschens und des im Stillen Weiterschaffens bildete doch das Erstlingswerk.

In dem Vorwort gibt Sombart selbst mit rücksichtsloser Wahrheitsliebe die Schäden der ersten Bearbeitung, ja „böse Schnitzer", „wilde und ungestüme Art" zu, setzt sich zugleich in geistvoller Weise mit den Historikern auseinander. Schon hier sieht man in das Getriebe der geistigen Werkstatt; noch einmal werden auf Seite 22—26 die theoretischen Aufgaben und Ziele des ganzen Werkes auseinandergelegt. Und nun beginnt der Zug der Gestalten, der Länder, Völker, Sitten, Einrichtungen, Gesetzmäßigkeiten in fast nicht loslassender Spannung vor uns lebendig zu werden! Mager und karg fließen die Quellen und Berichte im Anfang jener europäischen Wirtschaftsgeschichte, jener Karolingerzeit, von der aus das Werk seinen Lauf nimmt. Reicher mit der Städtegründung, für welche Sombart eine besonders eindrucksvolle Theorie oder vielmehr Psychologie bereitstellt und mit der Erfindung der Buchdruckerkunst, dem Entstehen von Holzschnitt und Flugschriften. Es ist schwer aus diesem künstlerisch gefügten Mosaik Steine herauszuheben. Einige sind von funkelnder Pracht. Lesbar und anziehend wie eine Epopoe ist fast alles. Hierbei kommt in Betracht, daß der erste Band nur die theoretische und genetische Grundlage des zweiten, noch nicht erschienenen Bandes bildet.

Die Aufgabe, die sich das Werk stellt, hat der Verfasser selbst in einem einleitenden Kapitel so zusammengefaßt: „Während bisher alle umfassenden sogenannten Wirtschaftsgeschichten nichts anderes als Geschichten der Wirtschaftsordnungen waren, will dieses Werk zeigen, wie sich die Unterhaltsfürsorge in Wirklichkeit gestaltet, wie sich die wirtschaftlichen Vorgänge in Wirklichkeit abgespielt haben. Was der Bauer und der Grundherr, der Handwerker und der Kaufmann gedacht, gewollt, getan haben, wie ihre Einzelhandlungen sich zu dem wundersamen Gebilde der

Digitized by Google

allgemeinen, gesellschaftlichen Wirtschaft zusammengefügt haben, möchte dieses Werk zur lebendigen Anschauung bringen. Das Problem, das zu lösen war, bestand darin; dem Leser eine „Fülle der Geschichte" vor Augen zu stellen, ihn den unermeßlichen Reichtum der Einzelerscheinungen intensiv erleben zu lassen und ihm doch jederzeit den klaren Überblick über das Ganze zu bewahren, ihm das sichere Gefühl zu geben, daß er sich unbedenklich der Betrachtung der tausend Einzelheiten überlassen könne, ohne Gefahr zu laufen, sich in dem Wirrwarr der Tatsächlichkeiten zu verlieren. Ihm diese Sicherheit zu verschaffen, dient einerseits die allgemeine streng durchgeführte Ausrichtung aller Erscheinungen auf das jeweils herrschende Wirtschaftssystem, anderseits die im einzelnen durchgeführte Doppelbehandlung jedes Problems: die theoretisch-abstrakte und realistisch-empirische. Von was immer in diesem Werke auch gesprochen wird: ob von Handwerk oder Kapitalismus, von Städte oder Vermögensbildung, von Preis- oder Marktbildung, von Geld- oder Naturalwirtschaft, immer wird der Leser dort, wo der Gegenstand zum ersten Male behandelt wird, auf die empirische Darstellung des Tatsächlichen vorbereitet durch eine theoretische Konstruktion des Erscheinungskomplexes."

Wie weit durch Sombarts Werk die Erforschung des europäischen Wirtschaftslebens von neuem aufgerüttelt wird, wie weit das stolze Bekenntnis, daß die Vorgänger Cunningham, Levasseur, Inama-Sternegg nur Rechtsgeschichten, aber nicht lebendiges Wirtschaftsleben geschildert, zu Recht besteht, mögen Sachverständige beurteilen. Der Aufbau bei gewaltigstem Sammelfleiß, die künstlerische Gestaltung des Werks, das „Diapason", wie Lamprecht es zu nennen pflegte, sind meisterlich; wie so oft bei Sombart, gewähren fernliegende literarische Anspielungen — vom Faust bis zu dem Börsianer Saccard in Zola „Geld" und zu dem Spree-Fischer Wulkow in Gerhardt Hauptmanns Biberpelz besonderen Reiz. Die Literaturangaben sind mit soviel kritischer Prägnanz durchsetzt, daß auch diese trockene Zitaten-Wüste Interesse erregt. Die Weißglut des literarischen Temperaments, der Versuch die stumpfe Welt für seine Überzeugungen und seine Bekenntnisse hinzureißen, drücken diesen „Wirtschaftsbildern aus deutscher Vergangenheit" ihren Stempel auf. Ref. kann von diesem Werk aussagen, was J. P. Friedrich Richter einmal vor mehr als hundert Jahren hinschrieb: „Dies Buch war für mich eine zweite Welt, auf welche meine Seele hinausstieg, während sie den Körper den Stößen der Erde überließ." Dies ist — persönlich gesprochen — um so aufrichtiger und wahrer, als die Lese auf einem in russische Steppen fahrenden deutschen Lazarettzuge dem „A" stattfand. B. Laquer, Wiesbaden

Nachdruck aus dem Inhalt unter genauer Quellenangabe gestattet.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Weimar. Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

Digitized by Google

RETURN TO ➡ **CIRCULATION DEPARTMENT**
202 Main Library

LOAN PERIOD 1 **HOME USE**	2	3
4	5	6

ALL BOOKS MAY BE RECALLED AFTER 7 DAYS

Renewals and Recharges may be made 4 days prior to the due date.

Books may be Renewed by calling 642-3405

DUE AS STAMPED BELOW

JUL 26 1992

AUTO DISC CIRC JUN 30 '92

AUG 24 2005

UNIVERSITY OF CALIFORNIA, BERKELEY
BERKELEY, CA 94720

FORM NO. DD6

Digitized by Google

U.C. BERKELEY LIBRARIES
C039979073

FR. PETERS
Buchbinderei
Buch- & Papierhandlung
RATZEBURG i/LBG.

Digitized by Google

Digitized by Google